

Ausgeschlossen





STANFORD UNIVERSITY
STACKS
JUN 1976

LIBRARY

Amtsblatt

7062

der

Königlichen Regierung zu Potsdam

und der

Stadt Berlin.



Jahrgang 1894.



Potsdam, 1894.

Zu haben bei sämtlichen Kaiserlichen Postanstalten.

Preis 1 Mark 50 Pfennige.

(Der Preis des Alphabetischen Sach- und Namen-Registers vom ganzen Jahrgange beträgt 40 Pfennige.)

JS7

G₃P₆

1894

Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung
zu Potsdam und der Stadt Berlin

im Jahre 1894

erschiedenen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Abkürzungen. Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien sind durch den Buchstaben M. die des Königlichen Ober-Präsidiums durch die Buchstaben O. Pr., die des Königlichen Regierungs-Präsidenten durch die Buchstaben R. Pr., die der Königlichen Regierung durch den Buchstaben R., die der Bezirks-Ausschüsse durch die Buchstaben B. A. die des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin durch die Buchstaben P. Pr., die des Staats-Secretairs des Reichs-Post-Amtes bezw. des Reichs-Post-Amtes durch die Buchstaben R. P. A., die der Kaiserlichen Ober-Post-Direktionen durch die Buchstaben O. P. D., die des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Ko., die des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums der Provinz Brandenburg durch den Buchstaben S., die der Königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichsschulden-Verwaltung durch die Buchstaben H. V. und bezw. R. S. V., die der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere durch den Buchstaben K., die der Königlichen Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben R. B., die der Königlichen General-Kommission für die Provinz Brandenburg durch die Buchstaben G. K., die der Königlichen Provinzial-Steuer-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben P. St. D., die des Königlichen Ober-Berg-Amtes zu Halle durch die Buchstaben O. B. A., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben E. B., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg durch die Buchstaben E. Br., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M. durch die Buchstaben E. F., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg durch die Buchstaben E. M., die des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben L. D. und die der Kreis-Ausschüsse des Regierungs-Bezirks Potsdam durch die Buchstaben K. A. bezeichnet.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
1890.				
Aug. 25.	158. R. Pr.	Die bei den größeren Truppenübungen fungirenden Gendarmerie-Patrouillen.	29	303/304
1893.				
März 2.	R. Pr.	Siehe Nr. 50. R. Pr. unterm 24. Februar 1894.		
- 8.	— —	Königl. Eisenbahn-Betriebsamt (Berlin-Wittenberge) zu Berlin.		
- 14.	51. R. Pr.	Siehe Nr. 51. R. Pr. unterm 14. März 1893.		
- 31.	51. R. Pr.	Genehmigung zum Bau und Betriebe der Eisenbahnlinie zwischen Rauen und Regin.	10	91/93
- 31.	5. R. Pr.	Ausbildung der öffentlichen Fleischbeschauer.	2	11
Mai 4.	R. Pr.	Siehe Nr. 52. R. Pr. unterm 26. Januar 1894.		
- 8.	— —	Königl. Eisenbahn-Betriebsamt zu Cottbus. — Siehe Nr. 52. R. Pr. unterm 26. Januar 1894.		
Aug. 16.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlessen zu Breslau. — Umtausch Schlessischer Pfandbriefe Lit. B.	1	7
Sept. 27.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Verleihung des Enteignungsrechts zur Verbesserung der Stromverhältnisse in der unteren Oder.	14	139
Okt. 6.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin. (Erirabeilage zum 6. Stück.)	6	—
- 11.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Verleihung des Enteignungsrechts zum Bau der Kleinbahn von Rauen nach Regin.	3	19
Nov. 2.	H. V.	Siehe Nr. 1. R. unterm 9. November 1893.		
- 9.	1. R.	Ausreichung der Zinsescheine Reihe II zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4% Staatsanleihe von 1884.	6	45
- 18.	4. R. B.	Kündigung ausgelookter Rentenbriefe der Provinz Brandenburg...	9	84/85
- 24.	1. R. B.	Ausreichung von Entlastungsquittungen über abgelöste Renten....	1	5
Dez. 3.	3. E. Br.	Personenhaltepunkt Gischau auf der Bahnstrecke Straschin—Prangschin	2	15

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Verordnungen und Bekanntmachungen.				
Dez. 5.	R. Pr.	Erhöhung des Preises für das Sach- und Namen-Register zum Amtsblatte.	1	1
- 6.	1. S.	Prüfung der Handarbeitslehrerinnen in Berlin	1	3/4
- 6.	2. S.	Zweite Lehrerprüfung im Königl. Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin.	1	4
- 11.	— —	Allerhöchster Erlaß, betr. Verleihung des Rechts zur Chausseegeld- erhebung auf den Chausseen Perstow-Cossenblatt, Lindenberg— Rehrig, Storkow—Wendisch-Buchholz.	2	11
- 14.	3. S.	Zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick.	1	4
- 16.	1. R. P. A.	Zulassung von Einschreibsendungen mit Nachnahme im Verkehr mit dem Deutschen Postamte in Constantinopel.	1	2
- 16.	3. R. P. A.	Postanweisungen im Verkehr mit Griechenland	1	2/3
- 16.	4. Ko.	Gründung eines zweiten Diaconats in Charlottenburg	3	20
- 16.	H. V.	Siehe Nr. 2. R. unterm 20. Dezember 1893.		
- 16.	H. V.	Siehe Nr. 6. R. unterm 20. Dezember 1893.		
- 18.	2. R. P. A.	Zulässigkeit von Wertangabe bei Postpaketen im Verkehr mit Groß- britannien und Irland.	1	2
- 19.	1. Ko.	Errichtung des Kirchspiels der Himmelfahrt-Kirche zu Berlin	1	3
- 20.	M.	Siehe Nr. 1. R. Pr. und P. Pr. unterm 30. Dezember 1893.		
- 20.	21. R. Pr.	Polizei-Berordnung für den Amtsbezirk Groß-Lichterfelde	5	37
- 20.	2. R.	Ausreichung der Zinscheine Reihe IV zu den 2½% Köthen- Bernburger Eisenbahn-Aktien und der Zinscheine Reihe IX zu den 4% Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Obligationen Lit. A.	6 12	45/46 120
- 20.	2. E. Br.	Bezeichnung der Haltestelle Melchin an der Bahnstrecke Gnesen- Rafel mit dem Namen „Hohenau i. P.“ (in Posen).	1	6
- 20.	— —	Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg zu Berlin. — Rechnungsabluß für das Jahr 1892.	1	7/8
- 21.	4. S.	Zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu- Ruppin.	1	4/5
- 21.	5. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	1	5
- 21.	6. S.	Aufnahmeprüfung ebendasselbst	1	5
- 21.	1. G. K.	Nachweisung der 24 jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Marktorien für das Jahr 1893.	1	6
- 21.	2. G. K.	Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Marktorien für das Jahr 1893.	1	7
- 21.	— —	Elbstrom-Bauverwaltung zu Magdeburg. — Polizei-Berordnung, betr. den Betrieb der Personen-Dampfschiffahrt auf der preussischen Elbstrecke von der sächsischen Grenze bis zur Seeve- mündung.	3	21/23
- 22.	4. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat November 1893 beobachteten Wasserstände.	1	2
- 22.	1. E. Br.	Eröffnung mehrerer Haltestellen und Haltepunkte für den Stückgut- und Eilstückgut-Verkehr.	1	6
- 22.	— —	Friedrich-Wilhelms-Gestüt. — Nachweisung der von den im Jahre 1892 durch Königl. Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten im Jahre 1893 gefallenem Fohlen.	5	41/42
- 23.	2. M.	Polizei-Berordnung, betr. die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marine-Verwaltung auf Land- und Wasserwegen. (Sprengstoff-Versendungs-Vorschrift.)	5	33/35

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dez. 23.	P. Pr.	Siehe Nr. 1. Ko. unterm 19. Dezember 1893.		
- 23.	— —	Königl. Amtsgericht I zu Berlin. — Genossenschaftsregister	1	9
- 23.	— —	Dasselbe. — Handels-, Zeichen- und Muster-Register	1	9
- 27.	2. Ko.	Ernennung des Pfarrverwesers der neuerrichteten Himmelfahrt- Kirchengemeinde zu Berlin.	1	3
- 28.	1. E. B.	Beförderung von Heu und Stroh in Wagenladungen	1	5
- 29.	1. M.	Zusammenberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie	1	1
- 29.	R.	Siehe Nr. 4. Ko. unterm 16. Dezember 1893.		
- 29.	2. E. B.	Ermäßigung der Ausnahme-Frachtsätze für Streu- und Futtermittel im Verkehr der Reichseisenbahnen in Elßaß-Lothringen.	1	5/6
- 30.	1. R. Pr. u. P. Pr.	Arznei-Taxe für 1894.	1	1
- 30.	2. R. Pr.	Wahl von Vertrauensmännern der Tabak-Berufsgenossenschaft. . .	1	1
- 30.	— —	Königl. Polizei-Direktion zu Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. die Anlegung von Bahnbahnen zum An- und Abfahren von Baugrund u.	2	15/16
- 31.	1. O. P. D.	Einrichtung des Rohrpostbetriebes bei dem Postamte in Schöneberg bei Berlin.	1	3
- 31.	4. E. Br.	Eisenbahn-Stationen Klippen und Naujeningken an der Neubau- strecke Ragnit—Pillkallen.	2	15
- 31.	3. E. B.	Erweiterung der Abfertigungsbefugnisse der Haltestelle Zerrenthin	1	6
1894.				
Jan. 2.	3. R. Pr.	Biehseuchen	1	1
- 2.	9. R. Pr. u. P. Pr.	Form der ärztlichen Atteste der Medicinalbeamten.	2	13/14
- 2.	3. Ko.	Uebersicht der Martini-Marktpreise des Roggens nach dem Durch- schnitt der Jahre 1880—1893.	2	17
- 2.	1. H. V.	18. Verloosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen	4	28
- 3.	— —	Allerhöchster Erlaß, betr. die Verleihung des Enteignungsrechts zum Bau einer Kleinbahn von Königs-Wusterhausen nach Töppchin mit Abzweigungen nach Mittenwalde und Schöneicherplan im Kreise Teltow.	27	279
- 3.	4. E. B.	Erleichterte Beförderung von Heu und Stroh.	2	15
- 4.	10. R. Pr.	Aufhebung der Verordnung vom 16. September 1842 betr. die Handhabung der Feuerpolizei u. für verschiedene Städte.	2	14
- 5.	1. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Dezember 1893	2	14/15
- 5.	2. P. Pr.	Verordnung, betreffend den Handel mit Brennmaterialien am Sonntage.	3	19/20
- 5.	2. R. B.	Ausloosung von 3½% Rentenbriefen u.	3	20
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	1	9/10
Jan. 8.	11. R. Pr.	Ernennung eines Vertrauensmannes für den Bezirk VII c. der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft.	3	19
- 9.	6. R. Pr.	Biehseuchen	2	11
- 9.	7. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Dezember 1893 . .	2	12/13
- 9.	8. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschließl. 5% Aufschlag im Monat Dezember 1893.	2	13
- 10.	2. O. P. D.	Verlegung der Brief- und Geldannahme- und Ausgabestellen des Postamts Nr. 4 in Berlin.	3	20
- 10.	6. E. B.	Erweiterung der Abfertigungsbefugnisse der Haltestelle Alt-Mädewitz	3	20

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 11.	7. E. B.	Ausnahme-Frachtsätze für verschiedene Düngemittel	3	20
- 11.	— —	Friedrich-Wilhelms-Gesüt. — Stationirung der Landbeschäler für 1894.	4	29/31
- 12.	13. R. Pr.	Anlegung je einer Apotheke in Reinickendorf und Pichtenberg b. V.	3	19
- 12.	— —	Königl. Amtsgericht zu Kremmen. — Schreibweise des Namens der Stadt Kremmen.	3	23
—	5. E. B.	Erweiterung der Abfertigungsbefugnisse der Station Adlershof	2	15
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	2	18
Jan. 13.	12. R. Pr.	Einstellung Einjährig-Freiwilliger	3	19
- 13.	14. R. Pr.	Apotheker-Gebülsen-Prüfung	3	19
- 13.	8. E. B.	Ausnahme-Tarif für Streu- und Futtermittel	3	20/21
- 13.	5. E. Br.	Ausnahme-Frachtsätze für verschiedene Düngemittel	4	31
- 13.	6. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	4	31
- 13.	1. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim im 3. Vierteljahre 1893/94.	5	42
- 14.	— —	Gesetz, betr. die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene. (Beilage zum 9. Stück, S. 1.)	9	—
- 15.	3. O. P. D.	Stadtfernsprecheinrichtungen	4	27
- 15.	9. O. P. D.		6	48
- 15.	1. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	4	31
- 16.	15 R. Pr.	Viehsteuern	3	19
- 16.	— —	Feuerkassengelder-Ausgleich für die Landfeuerföciätät der Kurmark Brandenburg etc. für das II. Halbjahr 1893.	5	43
- 16.	— —	Deegleichen für die Städtefeuerföciätät der Provinz Brandenburg	6	50/51
- 17.	4. P. Pr.	Statut der Pommerschen Hypotheken-Aktienbank zu Berlin	6	47
- 17.	4. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	4	27/28
- 17.	6. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	5	35/39
- 17.	10. E. B.	Nachtrag IV zu dem seit 1. Februar 1892 bestehenden direkten Tarife.	4	32
- 18.	16. R. Pr.	Bekündigung ortspolizeilicher Vorschriften im Kreise Niederbarnim	4	25
- 18.	2. H. V.	39. Verlosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 ...	5	39
- 19.	17. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Dezember 1893 beobachteten Wasserstände.	4	25
- 19.	11. E. B.	Erleichterte Beförderung von Heu und Stroh	4	32
- 19.	7. E. Br.	Betr. die Haltestellen Alstraben und Lindenbusch und den Personenhaltepunkt Reichelsthal.	5	40
—	9. E. B.	Fahrplan-Änderung im Vorortverkehr zwischen Potsdam und Charlottenburg.	3	21
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	3	23/24
Jan. 20.	5. O. P. D.	Neue Postanstalt No. 110 in Berlin W.	5	38
- 20.	8. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger	5	39
- 20.	1. P. St. D.	Stundung der Maischbottich- und Brannwein Materialsteuer	6	48/49
- 21.	8. E. Br.	Betr. die Bahnsteigkontrolle und das Wiedergültigmachen durchlochter, nicht kennigter Fahrkarten.	5	40
- 22.	18. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Bebauung von Grundstücken in der Altstadt von Köpenick.	4	26/27
- 22.	19. R. Pr.	Konsulat für Portugal in Berlin	4	27
- 23.	1. O. Pr.	Nachweisung der zum Provinzial-Landtage gewählten Abgeordneten	5	35/37

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 23.	20. R. Pr.	Viehseuchen	4	27
- 23.	22. R. Pr.	Schneider-Innung zu Dahme	5	37
- 24.	— —	Allerhöchster Erlaß, betr. die Verleihung des Enteignungsrechts behufs Freilegung der Straße 16 der Abtheilung IV des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins.	8	65
- 24.	2. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	5	39/40
- 24.	3. K.	Desgleichen einer Staatsschuldverschreibung	5	40
- 24.	4. K.	Desgleichen von Staatsschuldverschreibungen	5	40
- 25.	M.	Ausführungsbestimmungen zum Gesetze vom 14. Januar 1894, betr. die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene. (Weilage zum 9. Stück, S. 2/8.)	9	—
- 25.	3. P. Pr.	Zusätze zum § 18 des Regulativs für den Betrieb des Schornstein- fegergewerbes im Stadtbezirke Berlin.	5	38
- 25.	9. E. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuches	5	40
- 26.	52. R. Pr.	Genehmigung zu einer normalspurigen Kleinbahn mit Dampfbetrieb von Königs-Wusterhausen über Schenkendorf—Mittenwalde— Gallun—Nögen—Töppin mit Abzweigung von Gallun nach Schöneicherplan.	10	93/97
- 26.	6. P. Pr.	Verkauf von Schmalz	6	48
- 26.	10. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	6	49
—	12. E. B.	Eröffnung des Haltepunktes Warnitz für den Personen- und Gepäck- Verkehr.	4	32
Jan. 28.	13. E. B.	Frachtermäßigung für Streu- und Futtermittel	6	49
- 29.	— —	Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland, betr. die gegenseitige Uebernahme früherer Angehöriger der beiden Länder.	16	157/158
- 29.	2. O. Pr.	Einberufung des 20. Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg	6	45
- 29.	23. R. Pr.	Verlegung der Reichsgrenze zwischen Berlin und Schöneberg. .	5	37
- 29.	7. O. P. D.	Schreibweise des Namens der Stadt Kremmen	5	39
- 29.	2. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Teltow im IV. Viertel- jahre 1893.	7	60
- 30.	24. R. Pr.	Verlängerung der Schiffsahrtssperre auf dem Oder-Spree-Kanal. .	5	37
- 30.	25. R. Pr.	Viehseuchen	5	37
- 30.	26. R. Pr.	Nordamerikanisches Vice-Generalkonsulat in Berlin	6	46
- 31.	27. R. Pr.	Ernennung eines stellvertretenden Vorsitzenden für das in Rauen bestehende Schiedsgericht zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung im Kreise Osthavelland.	6	46
- 31.	5. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Maßnahmen gegen Verbreitung der Gehirn-Rückenmarkshaut-Entzündung oder des Kopfschlag- frampfs.	6	47/48
- 31.	10. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	6	49
Febr. 1.	28. R. Pr.	Erlebigung eines Kreisphysikats	6	46
- 1.	— —	Reichs-Versicherungsamt. — Abänderung des Formulars für die Unfall-Anzeigen.	8	68/71
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 35—39 des Reichsgesetzblattes für 1893.	5	33
—	— —	Desgleichen von Stück 26—29 der Gesetz-Sammlung für 1893	5	33
Febr. 2.	29. R. Pr.	Dampfapparate in den Apotheken	6	46/47
—	— —	Geschenke an Kirchen etc.	5	43/44
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	5	44

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 3.	7. P. Pr.	Anlage von drei neuen Apotheken in Charlottenburg	6	48
- 5.	30. R. Pr.	Vereinigung der Landgemeinden Albrechtshof und Dargersdorf zu einem Gemeindebezirke „Dargersdorf“.	6	47
- 5.	33. R. Pr.	Betr. den Schirmsunkenfänger von Wilh. Strube zu Magdeburg-Buckau.	7	55
- 5.	2. P. St. D.	Anderweite Uebertragung einer Stempelvertheilerstelle in Berlin ..	7	58
- 5.	3. P. St. D.	Deßgleichen	7	58
- 5.	4. P. St. D.	Neubemessung der Jahresmengen Branntwein, welche während der Contingenzperiode 1893/96 zum niedrigeren Satze der Verbrauchsabgabe hergestellt werden dürfen.	7	58/59
- 6.	M.	Siehe Nr. 7. S. unterm 15. Februar 1894.		
- 6.	31. R. Pr.	Errichtung einer Prüfungskommission für Elbschiffer in Jechenitz..	6	47
- 6.	32. R. Pr.	Biefsachen	6	47
- 6.	5. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Januar 1894. ..	7	58
- 6.	— —	Der Präsident des Königl. Landgerichts zu Neu-Ruppin. — Stellvertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	7	60/61
- 6.	— —	Der Landgerichtspräsident zu Prenzlau. — Deßgleichen	7	61
- 6.	— —	Königl. Berginspektion zu Müdersdorf. — Aufhebung des Stättelgeldtarifs für die Ablagen am Kesselsee und am Mühlenfließ.	7	61
- 7.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Verleihung des Entignungsrechts zum Bau u. einer normalspurigen Eisenbahn von Cummersdorf nach Jüterbog.	10	59
- 7.	—	Allerhöchste Ordre, betr. Abänderung der Vorschriften über die Uniformirung der Executivbeamten der städtischen Polizei-Verwaltungen.	17	167
- 7.	M.	Siehe Nr. 55. R. Pr. unterm 8. März 1894.		
- 7.	10. O. P. D.	Ananbringliche Postsendungen	7	57
- 7.	— —	Der Landgerichtspräsident zu Frankfurt a. D. — Stellvertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	7	61
- 9.	39. R. Pr.	Nährgeldtarif für die Elbschiffbranstalt zu Gnewesdorf.	7	56
- 9.	40. R. Pr.	Fischerei-Aufsicht an der Elbe bei Sandau	7	56
- 9.	5. Ko.	Neuordnung der Parochialverhältnisse in den evangelischen Kirchengemeinden Groß-Beeren, Diederödorf, Heinersdorf und Brig, Diözese Cöln-Land I und II, Kreis Teltow.	10	98
- 9.	3. K. A.	Communalbezirksveränderung im Kreise Jüterbog-Luckenwalde.	7	60
- 9.	— —	Königl. Amtsgericht Luckenwalde. — Führung des Firmen-, Gesellschafts-, Prokuren-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers.	8	68
- 9.	— —	Geschenke an Kirchen u.	6	53/54
- 9.	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralkasse.	6	54
Febr. 10.	—	Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland, betr. die gegenseitige Uebernahme früherer Angehöriger der beiden Länder.	16	157/158
- 10.	34. R. Pr.	Auspielung von Pferden, Wagen u. bei Gelegenheit des Zuchtmarktes für edlere Pferde zu Neubrandenburg.	7	55
- 10.	u. P. Pr.	Stadtfestsetzung in	8	66
- 10.	11. O. P. D.	Königl. Amtsgericht zu Nauen. — Wechselseitige Vertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	8	68
- 10.	— —	Königl. Amtsgericht zu Havelberg. — Deßgleichen	8	68
- 12.	35. R. Pr.	Verkundigung ortspolizeilicher Verordnungen im Kreise Neubarnim.	7	55

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 12.	36. R. Pr.	Entziehung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	7	55
- 12.	4. R. P. A.	Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder.	8	66
- 12.	— —	Königl. Amtsgericht zu Oranienburg. — Wechselseitige Vertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	8	68
- 13.	37. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Januar 1894.	7	55
- 13.	38. R. Pr.	Nachweisung der Marktpreise im Monat Januar 1894	7	56/57
- 13.	41. R. Pr.	Biehseuchen	7	56
- 13.	4. R.	Ernennung eines Commissars für das Ermittlungsverfahren zur Rückstattung der Grundsteuerentschädigungen.	8	65/66
- 13.	5. R. P. A.	Einrichtung einer Postagentur in Mohorro (Deutsch-Ostafrika) ...	8	66
- 13.	3. R. B.	Verloosung 3½% Rentenbriefe der Provinz Brandenburg	8	66/67
- 13.	6. R. B.		13	134/135
- 13.	9. R. B.		22	222
- 13.	5. P. St. D.	Erhebung von Schiffsabgaben für das Befahren des Storkow'er Kanals.	8	67
- 14.	— —	Allerhöchster Erlaß, betr. die Chaussee vom Bahnhof Löwenberg bis zur Grenze der Kreise Ruppin und Templin in der Richtung auf Liebenberg.	10	89
- 14.	— —	Allerhöchster Erlaß. — Siehe Nr. 13. P. Pr. unterm 6. März 1894.		
- 14.	— —	Königl. Amtsgericht zu Zülpzig. — Wechselseitige Stellvertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	8	68
- 15.	M.	Siehe Nr. 10. P. Pr. unterm 28. Februar 1894.		
- 15.	7. S.	Abänderung bezw. Ergänzung der Prüfungsordnung für Zeichen- lehrerinnen vom 23. April 1885.	8	66
- 15.	3. R. S. V.	Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen von 1878 und 1885.	9	84
- 15.	— —	Oderstrom-Bauverwaltung. — Strompolizei-Verordnung für die Oder von der österreichischen Grenze bis Rippertsdorf unter- halb Schwedt.	9	86
- 16.	R. Pr.	Betr. das Gesetz über Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene vom 14. Januar 1894. (Beilage zum 9. Stück, S. 1/8.)	9	—
- 16.	9. P. Pr.	Urkunde für die Errichtung einer altkatholischen Pfarodie in Berlin	9	82/83
- 16.	1. E. M.	Einführung zur baaren Rückzahlung gekündigter Eisenbahn-Prioritäts- obligationen.	9	85/86
- 16.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Einlösung gekündigter 4% Schlesischer Pfandbriefe Lit. B.	9	86
- 16.	— —		27	290/291
- 16.	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	7	61/64
- 17.	5. O. Pr.	Nachweisung der Jahresdurchschnitts-Marktpreise für Getreide- und Mehl in den Normal-Marktorsten für die Jahre 1884—1893.	9	81
- 18.	3. M.	Elbstrombauverwaltung. — Polizei-Verordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe.	9	73/80
- 18.	R.	Siehe Nr. 5. Ko. unterm 9. Februar 1894.		
- 19.	3. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten für den Kreis Arnswalde.	9	80
- 19.	3. R.	Wahl der Kuratoren und deren Stellvertreter für die Elementar- lehrer-Witwen- und Waisenkasse des Regierungs-Bezirks Potsdam.	8	65
- 19.	12. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	9	83/84

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 20.	4. O. Pr.	Bildung eines neuen „Amtsbezirks XLVIII — Friedenau“ im Kreise Teltow.	9	80
- 20.	42. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1894	8	65
- 20.	43. R. Pr.	Viehseuchen	8	65
- 21.	6. R. P. A	Zulässigkeit von Werthangabe bei Postpaketen im Verkehr mit Britischen Besizungen bzw. Postanstalten in außereuropäischen Ländern und mit Gibraltar.	9	83
- 22.	44. R. Pr.	Vorlesungen an der Königl. Universität Greifswald im Sommerhalbjahr 1894	9	81
- 22.	— —	Der katholische Bischof zu Berlin. — Siehe Nr. 9. P. Pr. unterm 16. Februar 1894.		
- 22.	— —	Königl. Amtsgericht zu Belgig. — Wechselseitige Vertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	9	87
- 23.	5. R. B.	Einlösung fälliger Rentenbriefe und Zinsscheine von Rentenbriefen Königl. Polizei-Direktion zu Charlottenburg. — Polizei-Verordnung betr. Aufhebung der Feuer-Polizei- und Löschordnung für die Stadt Charlottenburg.	9 10	85 93
—	— —	Vorlesungen an der Königl. Thierärztlichen Hochschule zu Hannover im Sommerhalbjahr 1894.	8	71
—	— —	Bildung eines Reservefonds der Mecklenburger Feuer-Versicherungsgesellschaft zu Neubrandenburg. (Eitrabeilage zum S. Städt.)	8	—
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	8	71/72
Febr. 24.	7. M.	Uniformirung der Executiv-Beamten der städtischen Polizei-Verwaltungen.	17	167
- 24.	45. R. Pr.	Ortsbenennung „Regelsdorf“ im Kreise Templin	9	81
- 24.	48. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1894 beobachteten Wasserstände.	9	82
- 24.	50. R. Pr.	Genehmigung des Baues und Betriebes der Eisenbahn Stadt Strausberg — Bahnhof Strausberg.	10	89/91
- 27.	46. R. Pr.	Ortsbenennung „Kreuzthal“ bei Liebenwalde	9	81/82
- 27.	47. R. Pr.	Aufhebung der Schifffahrtssperre für den Finow-Kanal	9	82
- 27.	49. R. Pr.	Viehseuchen	9	82
- 28.	10. P. Pr.	Turnlehrerinnen-Prüfung in Berlin	10	97
—	— —	Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle a. S. im Sommerhalbjahr 1894.	10	98/99
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 1 bis 5 des Reichsgesetzblattes von 1894.	9	73
—	— —	Desgleichen von Stück 1 und 2 der Gesetz-Sammlung von 1894	9	73
März 2.	11. P. Pr.	Betr. die Aktiengesellschaft L'Universo, Italienische Transport-Versicherungsgesellschaft in Mailand.	10	98
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	9	87/88
März 3.	54. R. Pr.	Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen bei Staatsbauten und allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauten.	11	101/107
- 3.	5. H. V.	15. Verlosung von 3 1/2 % Staatsschuldsscheinen von 1842	12	121
- 3.	4. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	11	114/115
- 3.	5. K.	Desgleichen	11	115
- 4.	12. E. Br.	Betr. die Durchgangszüge 71 und 72 zwischen Berlin—Charlottenburg und Alexandrowo.	11	116

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 5.	M.	Siehe hinter 6. 7. 1894. — (Beilage zum 27. Stück, S. 63/115)	27	—
- 5.	6. O. Pr.	Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des 66. Communal-Landtages der Kurmark.	11	101
- 5.	4. H. V.	Eintlösung der am 1. April 1894 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatschulden.	11	114
- 5.	11. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	11	115
- 5.	4. K. A.	Wiederherstellung der beim Brande in Reschholz am 5. April 1893 vernichteten Stambesamtsregister.	11	116
- 5.	— —	Stadtauschuß zu Berlin. — Wahl von Beisitzern des Schieds- gerichts der Sektion 39 der Brandenburgischen landwirth- schaftlichen Berufsgenossenschaft.	11	117
- 6.	M.	Zusatzbestimmungen zu den Geschäftsanweisungen für die Kataster- Verwaltung. (Beilage zum 21. Stück.)	21	—
- 6	53. R. Pr.	Viehsteuern	10	97
- 6.	12. P. Pr.	Polizei-Verordnung über die Benutzung öffentlicher Fuhrwerke durch Cholera- etc. Kranke.	11	112
- 6.	13. P. Pr.	Enteignung von Grundstücken behufs Freilegung des Bürgersteiges der Görligerstraße.	11	112
- 6.	1. L. D.	Hauptetat der Verwaltung des Provinzialverbandes der Provinz Brandenburg für 1. April 1894/95.	12	124/126
- 7.	7. R. P. A.	Postanweisungs- und Postausfragoverkehr mit Portugal	11	114
- 7.	13. O. P. D.	Erbauung und Lieferung von Postkutschwagen	11	114
- 7.	13. E. Br.	Eröffnung der Personenhaltepunkte Dabelno und Jezewo für den Stückgut- und Eilstückgut-Verkehr.	11	116
- 8.	4. M.	Anderweite Abgrenzung mehrerer Eisenbahn-Betriebsamtsbezirke	13	129
- 8.	55. R. Pr.	Behandlung der Postsendungen in Staatsdienst-Angelegenheiten	11	107/109
- 8.	60. R. Pr.	Verlegung der Diensträume der Königl. Gewerbe-Inspektion Berlin II (Potsdam).	11	111
- 8.	5. R.	Entnahme von Eis aus den öffentlichen Flüssen	11	112
- 8.	18. R.	Vertheilung über die von den Schulverbänden an die Lehrer-Ruhe- gehaltskasse des Regierungsbezirks Potsdam für 1. April 1894/95 zu entrichtenden Beiträge. (Beilage zum 11. Stück.)	45	434
- 8.	R.	Vertheilung über die von den Schulverbänden an die Lehrer-Ruhe- gehaltskasse des Regierungsbezirks Potsdam für 1. April 1894/95 zu entrichtenden Beiträge. (Beilage zum 11. Stück.)	11	—
- 8.	14. P. Pr.	Anträge auf Erlernung der Hebammenkunst	11	112
- 8.	15. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Februar 1894	11	113
- 8.	16. P. Pr.	Desinfektion von Gebrauchsgegenständen in der Berliner städtischen Desinfektionsanstalt.	11	113/114
- 8.	17. P. Pr.	Straßen- und Platzbenennung	12	121
- 9.	5. M.		14	139
- 9.	6. M.		16	158
- 9.	8. M.		18	177
- 9.	9. M.		20	193
- 9.	11. M.		24	243
- 9.	12. M.	Ankauf von Remonten für 1894	28	296/297
- 9.	13. M.		29	303
- 9.	14. M.		30	313
- 9.	15. M.		31	323
- 9.	16. M.		32	331
- 9.	58. R. Pr.	Auspielung von Pferden, Wagen etc. seitens des Comité's zur Hebung der Zucht gängiger Wagenpferde in Baden.	11	111
- 9.	59. R. Pr.	Desgleichen seitens des Vorstandes des landwirthschaftlichen Vereins zu Zerbst im Herzogthum Anhalt.	11	111

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	10	99/100
März 10.	61. R. Pr.	Errichtung von Chaußeegeleisebestellen im Kreise Borskow-Storkow	11	112
4. 10.	6. P. St. D.	Zusatz zur Ziffer 11a. der Anweisung zur Ausführung des Vereins- zollgesetzes (zu den §§ 41, 47 und 72); sowie des § 23, Abs. 3 des Eisenbahn-Zoll-Regulativs.	13	135
- 10.	14. E. B.	Außerkräfttreten des Ausnahmetarifs für Futtermittel.	12	121/122
- 12.	5. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Borskow-Storkow im Jahre 1893.	12	122
- 13.	56. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Februar 1894	11	110/111
- 13.	57. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Februar 1894.	11	110
- 13.	62. R. Pr.	Biehseuchen	11	112
- 13.	64. R. Pr.	Vorschriften über die Befichtigung (Revision) der Drogen- und ähnlichen Handlungen.	12	119/120
- 13.	18. P. Pr.	Warnung vor dem Ankauf des früher „Homerianather“ genannten Brustthees aus Bogelfindertich.	12	121
- 13.	19. P. Pr.	Aberkennung eines Schammen-Prüfungszeugnisses	12	121
15.	63. R. Pr.	Auszug aus den Gesellschaftsstatuten der Hansatischen See-Ver- sicherungsgesellschaft zu Hamburg.	12	119
- 16.	O. Pr.	Siehe Nr. 66. R. Pr. unterm 21. März 1894.		
- 16.	67. R. Pr.	Barbier- und Friseur-Zunft zu Neu-Weißensee	13	132
- 16.	20. P. Pr.	Warnung vor dem Gebrauch von Fashähnen aus Zinnlegirung mit größerem Bleigehalt.	13	133
- 16.	15. O. P. D.	Berlegung der Postagentur in Grünwald und Umwandlung der- selben in ein Postamt III. Klasse.	13	133
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	11	117/118
März 17.	14. O. P. D.	Neue Postanstalt „Berlin W. 50 (Marburgerstraße)“	13	133
- 17.	6. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	13	134
- 17.	15. E. B.	Einföhrung bereits gekündigter Eisenbahn-Obligationen	13	136/137
- 18.	16. O. P. D.	Umwandlung des Postamts III in Ehorin (Mark) in eine Post- agentur mit Telegraphenbetrieb.	13	134
- 19.	7. P. St. D.	Änderungen in der Abgrenzung der Haupt-Steuer-Amts- und Steuer-Amtsbezirke.	13	135/136
- 19.	14. E. Br.	Nachtrag 3 zum Binnengütertarif	14	141/142
- 19.	—	Oberstrombau-Verwaltung. — Bezeichnung der Durchfahrts- öffnungen der Brücken zu Breslau und Glogau während der Nachtzeit.	14	143
- 20.	65. R. Pr.	Biehseuchen	12	120
- 20.	6. Ko.	Errichtung einer neuen evangelischen Pfarodie der Immanuelkirche in Berlin.	13	134
	7. Ko.		14	141
	8. Ko.		15	149/150
- 21.	66. R. Pr.	Transportkosten-Ordnung für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin.	13	129/132
- 21.	17. O. P. D.	Umwandlung des Postamts II in Steglitz in eine Postanstalt I. Klasse.	13	134
—	2. E. M.	Fahrplan-Änderung	12	122
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	12	126/128
März 24	68. R. Pr. u. P. Pr.	Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes in Weimar.	13	133

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 25.	15. E. Br.	Nachtrag XIII zum Staatseisenbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg	14	142
- 25.	16. E. Br.	Kraftbegünstigung für Ausstellungsgegenstände u.	14	142
- 27.	69. R. Pr.	Biehseuchen	13	133
- 27.	21. P. Pr.	Zulassung von Hebammen in Berlin	14	141
- 28.	6. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Angermünde im I. Viertel- jahr 1894.	14	142
- 29.	72. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Februar 1894 beobachteten Wasserstände.	14	140
- 29.	1. B. A.	Vorarbeiten für eine normalspurige Nebeneisenbahn von Eberswalde nach Neustrelitz.	14	141
- 29	— —	Oberbürgermeister zu Berlin. — Die Uebertragung der nach § 78 Abs. 3 des Reichsgesetzes, betr. die Gewerbegerichte, dem Gemeindevorsteher obliegenden Geschäfte.	15	151
- 30.	70. R. Pr.	Krähjahrschönzeit der Fische	14	139/140
- 30.	— —	Königl. Amtsgericht zu Dramenburg. — Wechselseitige Vertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	14	144
---	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	13	137/138
März 31.	6. O. Pr.	Betr. die Chausseestrecke vom Bahnhof Löwenberg über Borm. Neu- Löwenberg bis zur Templiner Kreisgrenze in der Richtung nach Liebenberg.	16	158
- 31.	71. R. Pr.	Verordnung, betr. den Handel mit Brennmaterialien am Sonntage für die Umgebung von Berlin.	14	140
- 31.	77. R. Pr.	Ausbildung der öffentlichen Fleischbeschauer	15	147
- 31	90. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Abänderung der Polizei-Verordnung für die Wasserläufe des Rhinluchs vom 12. April 1893.	18	177
- 31.	16. E. B.	Staatseisenbahn-Verkehr Elberfeld, Hannover, Köln (rechth.) Berlin.	14	142
- 31.	— —	Elbstrom-Bauverwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. die Auf- hebung von Polizei-Verordnungen, welche für den Geschäfts- bereich der Elbstrom-Bauverwaltung erlassen sind.	15	150
---	— —	Königl. Polizei-Präsidium zu Frankfurt a. M. — Bestimmungen über Annahme u. von Schutzmännern der Frankfurter und Bodenheimer Schutzmännerschaft, welche weder Militäranwärter sind, noch eine 1-jährige aktive Militärdienstzeit zurückgelegt haben.	14	143/144
April 2.	— —	Der Reichskanzler. — Anzeigepflicht für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rothlauf der Schweine. — (Extrablatt vom 14. April 1894. S. 153.)	—	153
- 2.	M.	Siehe Nr. 49. P. Pr. unterm 10. Juli 1894.	—	—
- 3	M.	Siehe hinter 6. Juli 1894. — (Extrabeilage zum 27. Stück, S. 116/215.)	27	—
- 3.	73. R. Pr.	Biehseuchen	14	140/141
- 3.	23. P. Pr.	und Magistrat zu Berlin. — Anstellung von Bezirks-Schornstein- fegermeistern.	15	148
- 3	7. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Teltow im I. Viertel- jahr 1894.	16	160
- 4.	22. P. Pr.	Anstellung eines gewerbetechnischen Rathes des Königl. Polizei- Präsidiums zu Berlin.	15	148
- 4.	12. K.	Liste der im Etatsjahre 1893/94 als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staats- und Reichs-Schuld- urkunden.	19	190/191

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
April 5.	76. R. Pr.	<u>Polizei-Verordnung, betr. das Verbot des Fischens während der Frühjahrschönzeit.</u>	15	146
- 5.	S. R. P. A.	Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder	15	149
- 5.	7. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	15	150
- 5.	— —	Königl. Regierungspräsident zu Merseburg, betr. die noch nicht zur Einföhrung gekommenen Steuer-, Credit-, Kassenscheine und un- verzinslichen Kammer-, Credit-, Kassenscheine.	17	172/173
- 6.	78. R. Pr.	Prüfung von Bauerlaubniß-Gesuchen mit Rücksicht auf etwaige gewerbliche Betriebe.	15	148
- 6.	24. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat März 1894	15	148/149
- 6.	25. P. Pr.	Berliner Wollmarkt:	16	159
- 6.	28. P. Pr.		17	169
- 6.	29. P. Pr.		18	179
- 6.	8. K.		16	159/160
- 6.	— —	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	15	151
- 7.	82. R. Pr.	Königl. Amtsgericht zu Ludenwalde. — Wechselseitige Vertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	16	159
- 7.	18. O. P. D.	Sprechstunden der Gewerbe-Inspektionen	15	149
- 7.	9. K.	Einrichtung einer Postagentur in der Colonie Waidmannslust	16	160
- 7.	17. E. Br.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	16	160/161
- 9.	74. R. Pr.	Kraftbegünstigung für Ausstellungsgegenstände u.	15	145
- 9.	75. R. Pr.	Nachweisung des Monats-Durchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat März 1894.	15	146/147
- 9.	26. P. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat März 1894	16	159
- 10.	79. R. Pr.	Warnung vor dem Ankauf der gesundheitschädlichen Vordeln	15	148
- 10.	12. O. P. D.	Birkseuchen	16	159
- 10.	17. E. B.	(Stettin.) — Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Bergholz, zwischen Brüssow und Pöckig.	17	171
- 11.	R. Pr.	Ausgabe von Rückfahrkarten mit Gutscheinen nach Berlin zum An- schlusse an die daselbst zum Verkaufe stehenden festen Rund- reisefarten.	—	153/155
- 11.	R. Pr.	<u>Gemeinschaftliche Belehrung über die Kennzeichen und den Verlauf der bei den Schweinen auftretenden Seuchen (Rothlaufseuche, Schweineseuche und Schweinepest). (Extrablatt vom 14. April 1894. S. 153/155.)</u>	16	158
- 11.	81. R. Pr.	Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes in Dessau.	17	167/168
- 11.	u. P. Pr.	Töpfer-Junung zu Brandenburg a. N.	17	169/170
- 11.	84. R. Pr.	Inanspruchnahme des Preussischen Staatsschuldbuches im Geschäftsjahre 1893/94.	17	171/172
- 11.	G. H. V.	Ausgabe von Rückfahrkarten mit 45-tägiger Gültigkeitsdauer nach Vadeorten.	16	160
- 11.	18. E. Br.	Königl. Amtsgericht zu Jüterbog. — Wechselseitige Vertretung der Amtsrichter in Behinderungsfällen.	17	169
- 11.	— —	Veröffentlichung der für den Gemeindebezirk der Stadt Pragerbe zu erlassenden Ortspolizei-Verordnungen u.	15	145
- 12.	86. R. Pr.	Inhaltsverzeichnis von Stück 6 bis 10 des Reichsgesetzblattes von 1894.	16	159
- 12.	— —	Anerkennung der Approbation als Arzt	15	151/152
- 12.	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	—	—
April 13.	27. P. Pr.	Allerhöchster Erlaß. — Siehe Nr. 51. P. Pr. unterm 21. Juli 1894.	—	—

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
April 14.	10. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	17	170
- 14.	8. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Osthavelland	17	172
- 15.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. Verleihung des Enteignungsrechtes zum Zwecke der Neuanlage eines Truppen-Übungsplatzes bei Döberitz.	20	193
- 16.	80. R. Pr.	Abänderung des Tarifs über die Gebühren der Schleusennachte bei der Spandauer Schleuse.	16	158
- 16.	87. R. Pr.	Zur Mailäfer- bezw. Engerling-Mlage	17	169
- 16.	1. O. B. A.	Anderweite Abgrenzung der Bergreviere Rottbus, Guben und Frankfurt a. D.	17	170/171
- 17.	83. R. Pr.	Biehseuchen	16	159
- 17.	11. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	17	170
- 18.	M.	Siehe Nr. 150. R. Pr. unterm 30. Juni 1894.		
- 18.	7. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen und Vernichtung ausgeloster Renten- briefe.	17	170
- 19.	19. E. Br.	Betr. die neuen Durchgangszüge 1 und 2 zwischen Berlin, Char- lottenburg und Eydtsuhnen.	17	172
- 19.	20. E. Br.	Eröffnung des Haltepunktes Alt-Beynothen für den unbeschränkten Personen- und Gepäck-Verkehr.	17	172
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 3 und 4 der Gesetz-Sammlung von 1894.	16	157
April 20.	20. O. P. D.	Eröffnung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Gollwitz (Havel)...	17	169
- 20.	21. O. P. D.	Unanbringliche Wertbriefe und Postanweisungen	18	180
- 20.	23. O. P. D.	Einrichtung eines „Postamts der Großen Berliner Kunstausstellung“	18	181/182
—	— —	Geschenke an Kirchen etc.	16	162/163
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	16	163/166
April 21.	85. R. Pr.	Öffnungszeiten für die Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Spandau.	17	168
- 21.	94. R. Pr.	Zweigapotheke in Paerwiesin	18	179
- 21.	22. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	18	180/181
- 21.	21. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	18	183
- 23.	88. R. Pr.	Berichtigung der Transportkostenordnung	17	169
- 23.	26. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Stahnsdorf	18	182
- 24.	— —	Allerhöchster Erlass. — Siehe Nr. 35. P. Pr. unterm 11. Mai 1894.		
- 24.	89. R. Pr.	Biehseuchen	17	169
- 24.	92. R. Pr.	Ersagwahl eines Landtags-Abgeordneten für den 5. Wahlbezirk (Stadt Potsdam).	18	178
- 24.	19. E. B.	Beförderung von Wollsendungen nach Berlin für den dortigen Wollmarkt.	18	182
- 25.	95. R. Pr.	Bezirksveränderung der Stadtgemeinde Tempig	18	179
- 25.	2. O. B. A.	Verlegung des Wohnsitzes eines Marktscheiders	18	182
- 25.	20. E. B.	Aufhebung der Ausnahmetarife für Getreide, Mühlenfabrikate und Malz.	18	182/183
- 25.	— —	Oberstrombauverwaltung. — Strompolizei-Verordnung zur Sicherung des Schiffverkehrs auf der Oder innerhalb der Festung Hogau.	18	184
- 26.	22. E. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuches	18	183
- 27.	93. R. Pr.	Schußfreie Tage auf dem Schießplatze bei Rummelsdorf für 1894	18	178
- 27.	96. R. Pr.	Invalidentät- und Alters-Versicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie.	18	179

Datum	Nummer der Verordnungen und Befanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
April 27.	30. P. Pr.	Warnung vor unvorsichtiger Verwendung von Eis aus den öffentlichen Gewässern.	18	179/180
- 27.	32. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Nachtrag zur Bau-Polizei-Ordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. Januar 1887.	19	180/190
- 27.	24. O. P. D.	Telegraphendienst auf dem Postamt II in Charlottenburg.	18	182
- 27.	25. O. P. D.	Eröffnung von Telegraphenhilfsstellen in Köfendorf und Mäsendorf	18	182
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	17	173/176
April 28.	91. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat März 1894 beobachteten Wasserstände.	18	178
- 28.	22. E. B.	Verfahren gegen Reisende ohne gültige Fahrkarten	19	191
- 28.	23. E. Br.	Eröffnung des Personenhaltepunkts Parkowo für den Gepäc-, Vieh-, und Güterverkehr.	18	183/184
- 30.	9. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Westprignitz	20	198
—	18. E. B.	Eröffnung der Ringbahnstationen „Jungfernhaide“ und „Deusselstraße“ für den Personenverkehr.	18	182
Mai 1.	97. R. Pr.	Einrichtung einer militärischen Fourage-Verabreichungsstelle in Neu-Nuppin.	18	179
- 1.	98. R. Pr.	Biehseuchen	18	179
- 1.	24. E. Br.	Aufhebung der allgemeinen (Staffel-) Ausnahme-Tarife für Getreide- und Mühlenfabrikate.	19	192
- 2.	13. Ko.	Aufhebung der pfarramtlichen Verbindung der evangelischen Kirchengemeinden Cöpenick und Friedrichshagen und Errichtung eines besonderen Pfarramtes Friedrichshagen.	25	257
- 4.	99. R. Pr.	Öffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam.	19	187
- 4.	28. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Linow bei Rheinsberg (Mark).	19	190
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	18	186
Mai 5.	100. R. Pr.	Vorsicht beim Genuß von Mineralwässern	19	188
- 5.	103. R. Pr.	Ernennung eines Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Brandenburg a. H. zur Durchführung der Invaliditäts- und Alters-Versicherung.	20	193
- 5.	34. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Meldung der Aerzte und Hebammen bei dem Stadtphysikus.	20	196/197
- 5.	25. E. Br.	Beförderung von Wollsendungen nach Berlin für den dortigen Wollmarkt.	20	198
- 6.	M.	Siehe Nr. 115. R. Pr. unterm 14. Mai 1894.		
- 6.	101. R. Pr.	Apotheken-Concession für Potsdam	19	188
- 6.	26. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	20	198/199
- 7.	31. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für den Monat April 1894	19	188/189
- 7.	27. O. P. D.	Einrichtung einer Postanstalt auf dem Rennplatz Carlshorst	19	190
- 7.	9. Ko.	General-Kirchenvisitation in der Diözese Havelberg-Wilsnack	20	197
- 7.	13. K.	Ausgebot von Staatsschuldverschreibungen	20	197/198
- 7.	8. P. St. D.	Anmeldungen zur Ausfuhr von Getreide mit dem Anspruch auf Ertheilung von Einfuhrscheinen.	20	198
- 8.	102. R. Pr.	Biehseuchen	19	188
- 8.	33. P. Pr.	Warnung vor dem Ankauf eines Mittels gegen Blutarumh „Elixir Odobineau“.	20	196
- 8.	10. Ko.	Errichtung einer 2. Pfarrstelle in Groß-Nichtersfelde	22	221

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 8.	23.	E. B.	Aufhebung der allgemeinen (Staffel-) Ausnahmetarife für Getreide, Mühlenfabrikate und Malz.	22	199/200
- 9.	—	—	Allerhöchster Erlaß, betr. die Erweiterung des Staatsisenbahnnetzes.	23	237
- 9.	—	M.	Bestimmung der bau- und betriebsleitenden Behörden für mehrere neue Eisenbahnlinien.	23	237
- 9.	108.	R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadtgemeinde Friesack.	20	196
- 9.	111.	R. Pr.	Porto der Standesämter	21	206
- 9.	24.	E. B.	Neuer Tarif für die Beförderung von Steinkohlen, Steinkohlenbriquetts und Koaks aus dem Waldenburger und Neuroder Grubenrevier.	20	200
- 10.	104.	R. Pr.	Aufstellung kleinerer Luftballons mit selbstschreibenden meteorologischen Apparaten.	20	193/195
- 10.	112.	R. Pr.	Standesamts-Bezirksveränderungen in den Kreisen Teltow und Zülpert, Lückowwalde.	21	206
- 10.	29.	O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	20	197
- 10.	14.	K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	21	213
—	—	—	Inhaltsverzeichnis von Stück 12 bis 15 des Reichsgesetzblattes von 1894.	19	187
—	—	—	Desgleichen von Stück 5 bis 9 der Gesetz-Sammlung von 1894	19	187
Mai 11.	—	R.	Siehe Nr. 13. Ko. unterm 2. Mai 1894.	—	—
- 11.	35.	P. Pr.	Enteignung von Grundstücken zwecks Herstellung und Betriebes neuer Pferdebahnhöfe.	20	197
—	21.	E. B.	Einlegung neuer Züge auf der Eisenbahnstrecke Johannisthal—Niederschönweide—Spindlersfeld.	19	191
—	—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	19	182
Mai 12.	7.	O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten für den Kreis Friedeberg N.-M.	21	205
- 14.	—	—	Allerhöchster Erlaß, betr. Verleihung des Enteignungsrechts behufs Erweiterung des Schleusenkanals in Rathenow.	42	417
- 14.	105.	R. Pr.	Fischerei-Aufsicht	20	195
- 14.	115.	R. Pr.	Anweisung zur Ausführung des deutsch-russischen Uebereinkommens vom 10. Februar 1894.	21	209/212
- 15.	106.	R. Pr.	Nachweisung der Markts- u. Preise im Monat April 1894	20	194/195
- 15.	107.	R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat April 1894.	20	196
- 15.	109.	R. Pr.	Viehseuchen	20	196
- 16.	110.	R. Pr.	Betrieb von Wasserwerken mit Sandfiltration	21	205/206
- 16.	—	R.	Siehe Nr. 10. Ko. unterm 8. Mai 1894.	—	—
- 16.	36.	P. Pr.	Zulassung von Hebammen in Berlin	21	213
- 16.	30.	O. P. D.	Zweig-Postanstalt auf dem Gesundbrunnen bei Freienwalde a. D.	21	213
- 17.	113.	R. Pr.	Neues Formular zu den Unfall-Anzeigen für die staatliche Unfall-Versicherung.	21	207/209
- 17.	114.	R. Pr.	Verzeichnis der Vorsitzenden und deren Stellvertreter der Schiedsgerichte für die Unfall-Versicherung.	21	209
- 17.	116.	R. Pr.	Desgleichen der Schiedsgerichte zur Durchführung der Invaliditäts- und Alters-Versicherung.	21	212
- 17.	118.	R. Pr.	Schneider-Innung zu Lückowwalde.	22	217
- 17.	139.	R. Pr.	Nachweisung über den Geschäftsbetrieb der städtischen, Landgemeinden- und Kreis-Sparkassen für 1892 und 1892/93.	26	263/271

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 17.	15. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	21	213
- 18.	8. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen	21	214/215
	12. R. B.		26	275/276
	16. R. B.		36	373/374
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	20	201/204
Mai 19.	37. P. Pr.	Concession zur Anlage einer Apotheke in Berlin „Unter den Linden“	22	219/220
- 19.	44. P. Pr.	Sagungen der „Gegenseitigkeit“, Versicherungsgesellschaft von 1855 zu Leipzig.	28	298
- 21.	2. B. A.	Vorbereitung des Unternehmens, betr. die Errichtung eines Truppen-Übungsplatzes bei Döberitz.	21	213
- 21.	31. O. P. D.	Neues „Postamt der allgemeinen deutschen landwirthschaftlichen Ausstellung“ im Parke zu Treptow bei Berlin.	22	220
- 21.	32. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	22	220/221
- 21.	33. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Gög im Kreise Zauch-Belzig.	22	221
- 21.	8. S.	Prüfung der Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen	22	222
- 21.	10. R. B.	Vernichtung ausgelookter Rentenbriefe	22	222
- 21.	—	Die Gewerbe-Inspektoren für Berlin und Charlottenburg. — Sprech- stunden.	22	224
	—		41	413
- 22.	117. R. Pr.	Viehseuchen	21	212
- 22.	11. R. B.	Berichtigung	22	222
- 23.	122. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat April 1894 beobachteten Wasserstände.	22	219
- 23.	38. P. Pr.	Schuhmacher-Innung zu Berlin	22	220
- 23.	10. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim im 4. Vierteljahre 1893/94.	22	223
- 24.	39. P. Pr.	Warung vor dem Ankauf gefochter Krebse	22	220
- 25.	13. R. B.	Ausfertigung von Entlassungsquittungen über abgelöste Renten . .	28	300
- 25.	9. P. St. D.	Erhebung von Schiffsabgaben für das Befahren der Dahme	23	210
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	21	216
Mai 26.	10. M.	Enttheilung der Steuerseate des Oberverwaltungsgerichts in drei Kammern.	24	243
- 26.	120. R. Pr.	Vornahmen von Druckproben an Gefäßen für gasförmige und flüssige Kohlenäure.	22	218
- 26.	25. E. B.	Ausnahme-Tarif für Wallerde	22	222/223
- 27.	34. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur im Dorfe Bredow im Kreise Osthavelland.	22	221
- 28.	119. R. Pr.	Verzeichniß der Vorsigenden und deren Stellvertreter in den Schiedsgerichten der land- und forstwirtschaftlichen Unfall-Versicherung	22	218
- 28.	40. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Betrieb der Dampfschleppschiffahrt auf der Spree.	23	239
- 28.	35. O. P. D.	Eröffnung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Bergsdorf (Mark) . .	23	239
- 29.	121. R. Pr.	Viehseuchen	22	218/219
- 30.	M.	Siehe Nr. 47. P. Pr. unterm 25. Juni 1894.	—	—
- 30.	123. R. Pr.	Schiffahrtssperre auf der Elbe	23	237
- 31.	R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Abänderung der Anlagen A. und B. zur Bau-Polizei-Ordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892. — (Extrablatt vom 4. Juni 1894, Seite 229/232.)	—	229/232

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 31.	R. Pr.	Abänderung der Anlagen A. und B. zur Bau-Polizei-Ordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892. — (Extra- blatt vom 4. Juni 1894.)	—	233/235
- 31.	147. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. das Verbot des Auflassens fremd- ländischer Brieftauben.	27	281
- 31.	41. P. Pr.	Besetzung der neu begründeten Stelle eines Physikates für die Stadt Charlottenburg.	23	239
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 16 bis 22 des Reichsgesetzblattes von 1894.	22	217
—	— —	Verzeichniß von Stück 10 bis 13 der Gesesammlung von 1894	22	217
Juni 1.	129. R. Pr.	Institut zur Ausbildung von Lehr-Schmiedemeistern zu Charlottenburg	24	243
1.	7. H. V.	Kündigung der sämtlichen noch nicht verloosten Staats-Schuld- verschreibungen von 1868. A.	24	249/250
- 1.	11. Ko.	Erledigung der Pfarrstelle zu Heckelberg, Diözese Eberowalde	22	222
- 1.	12. Ko.	Erledigung der Pfarrstelle zu Werbig, Diözese Jüterbog	22	222
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	22	224/228
Juni 2.	125. R. Pr.	Chemisches Untersuchungsamt für den Kreis Niederbarnim	23	237/238
- 2.	126. R. Pr.	Schutzmaßregeln gegen die Schweinepeste (Schweinpest) und den Rothlauf der Schweine.	23	238/239
- 3.	36. O. P. D.	Unfallmeldestelle bei der Kaiserlichen Postagentur in Wiesdorf	23	239
- 3.	27. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	24	251
- 4.	43. P. Pr.	Verordnung, betr. Schutzmaßregeln gegen die Schweinepeste, die Schweinpest und den Rothlauf der Schweine. — Gemein- schaftliche Belehrung über die Kennzeichen und den Verlauf dieser Seuchen.	24	246/249
- 4.	37. O. P. D.	Errichtung einer Postagentur in der Colonie Haselhorst (Kreis Ost- havelland).	24	249
- 4.	8. H. V.	Einslösung der am 1. Juli 1894 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden.	24	250
- 4.	115 K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Osthavelland	24	251
- 4.	— —	Königl. Regierungspräsident zu Hannover. — Verloosung der vor- mals Hannoverschen 4% Staatsschuldverschreibungen Lit. S. für 1894/95.	25	260/261
- 5.	127. R. Pr.	Pestseuchen	23	239
- 6.	124. R. Pr.	Berichtigung	23	237
- 6.	3. L. D.	Neues Statut für das Wilhelmstift zu Potsdam, Reglement für die Verwaltung desselben und der Brandenburgischen Provinzial- Anstalt für Epileptische zu Potsdam.	25	260
- 6.	— —	Königl. Amtsgericht zu Berlin. — Vertretung der Amtsrichter untereinander.	25	262
- 7.	42. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Mai 1894.	24	245/246
- 7.	39. O. P. D.	Errichtung einer Zweigpostanstalt in Werder (Havel)	24	249
- 7.	10. P. St. D.	Schiffahrtabgaben für mit Grubenhölzer beladene Schiffsgesäße. .	24	250
- 7.	— —	Königl. Amtsgericht zu Charlottenburg. — Handels-, Zeichen-, Muster- und Genossenschafts-Register.	24	252
- 8.	128. R. Pr.	Erledigte Kreisothierarztsstelle des Kreises Westprignitz	24	243
- 8.	40. O. P. D.	Errichtung von Postagenturen in den Dörfern Marwitz und Bögom (Kreis Osthavelland).	24	249
- 8.	26. F. B.	Direkte Abfertigung von Personen und Reisegepäck nach dem Ostsee- badeorte Lohme.	24	250/251

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 8.	2. L. D.	Zählung der abgabepflichtigen Pferde und Rinder.....	25	259
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	23	240/241
Juni 9.	130. R. Pr.	Nachweisung der Markts- u. Preise im Monat Mai 1894.....	24	244/245
- 9.	131. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Mai 1894.	24	244
- 9.	38. O. P. D.	Telegraphenhilfsstelle in Copenhagen	24	249
- 10.	27. E. B.	Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen Berlin und den Ostsee- badeorten Jannowitz und Binz a. Nh.	25	260
- 11.	7. R.	Zusammenstellung der Bestimmungen, betr. die Obliegenheiten der Gemeinde- und Ortsvorstände bei der Veranlagung und Ver- waltung der Gewerbesteuer.	25	254/257
- 11.	41. O. P. D.	Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Bunsau.....	25	257
- 11.	16. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	25	257/258
- 11.	17. K.	Desgleichen	25	258
- 12.	—	Allerhöchster Erlaß, betr. den Bau und Betrieb der Preussischen Strecke der Eisenbahn von Blankensee über Woldegk nach Straßburg i. N.	28	296
- 12.	M.	Siehe Nr. 151. R. Pr. unterm 30. Juni 1894.		
- 12.	133. R. Pr.	Viehseuchen	24	245
- 12.	19. K.	Aufgebot eines Staatsschuldscheins	25	258
- 13.	—	Allerhöchster Erlaß, betr. Verleihung des Enteignungsrechts behufs Kreilegung u. der Straße Nr. 60 der Abtheilung XIII, Section 2 der Umgebungen Berlin's.	28	296
- 13.	132. R. Pr.	Schiffahrtbeschränkung wegen Neubaus der Brücke über die Spree bei Weesow.	24	244/245
- 13.	134. R. Pr.	Verkündigung ortspolizeilicher Vorschriften in der Stadt Biesenthal	25	253
- 13.	29. E. Br.	Neuer Kilometerzeiger	26	277
- 13.	—	Königl. Kredit-Institut für Schlessen zu Breslau. — 47. Ver- loosung von 4% Schlessischen Pfandbriefen Lit. B.	25	261
- 14.	8. O. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Fang wilder Kaninchen	27	281
- 14.	42. O. P. D.	Stadtfiernsprecheinrichtungen	25	257
- 14.	47. O. P. D.	Stadtfiernsprecheinrichtungen	27	283
- 14.	9. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. O.	27	285
- 14.	12. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz ...	27	285
- 14.	14. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin	27	286
- 14.	15. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz	27	286
- 14.	16. S.	Rektoratsprüfung in Berlin	27	286
- 14.	18. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	25	258
- 14.	20. K.	Desgleichen	25	258
- 14.	28. E. Br.	Neuer Tarif für Beförderung von Personen und Reisegepäck nach Stationen der Marienburg-Mlawka'er Eisenbahn.	25	260
- 15.	43. O. P. D.	Postamt in Schlachtensee	25	257
- 15.	10. S.	Entlassungsprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg	27	285
- 15.	11. S.	Zweite Lehrer-Prüfung ebendasselbst	27	285
- 15.	13. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin	27	285/286
- 15.	17. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	27	286
- 15.	19. S.	Aufnahme-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg	27	287
- 15.	20. S.	Prüfung für Handarbeitslehrerinnen in Berlin	27	287
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	24	252

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 16.	M.	Siehe Nr. 58. P. Pr. unterm 15. September 1894.		
- 17.	30. E. Br.	Personenhaltepunkt Schmilgen	26	277
- 18.	— —	Älterhöfster Erlass. — Statut des Hinnerwer Meliorationsverbandes	27	279/281
- 18.	135. R. Pr. u. P. Pr.	Stempelung der Normalgewichte in den Apotheken	25	253/254
- 18.	3. O. B. A.	Bergwerkseigentum „Blitz“	26	276
- 19.	137. R. Pr.	Biehseuchen	25	254
- 19.	138. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Mai 1894 beobachteten Wasserstände.	26	263
- 19.	Ko.	Siehe Nr. 15. Ko. unterm 26. Juni 1894.		
- 19.	18. S.	Prüfung für Sprachlehrerinnen in Berlin	27	286/287
- 19.	21. S.	Entlassungs-Prüfung im königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz ..	27	287/288
- 19.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Kündigung ausgelookter Schlesischer Pfandbriefe Lit. B.	26	277
- 20.	136. R. Pr.	Berichtigung	25	254
- 20.	141. R. Pr.	Polizei-Verordnung für die von Wilhelminenhof nach Bahnhof Johannisthal-Niederischönweide führende Privat-Anschlussbahn.	26	272/273
- 20.	142. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1894	26	273
- 20.	144. R. Pr.	Ernennung eines Fischerrei-Ausschüßers	26	273
- 20.	3. B. A.	Eröffnung der kleinen Jagd im Regierungsbezirke Potsdam ..	26	274
- 20.	5. B. A.	Reisen des Bezirksausschusses zu Berlin	27	283
- 20.	28. E. B.	Fortfall der Arbeiter-Rückfahrkarten nach Neppen, Schwedt a. D., Schwiebus und Tantom.	26	276
- 20.	29. E. B.	Ausnahme-Tarif für Wallerde	26	276/277
- 20.	32. E. Br.	Nachtrag XIV zum Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg	27	288
- 21.	44. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 56 in Berlin	26	274
- 21.	45. O. P. D.	Fernsprecherverkehr zwischen Berlin und Ahbeck, Anclam, Hering- dorf, Misdroy, Stralsund und Swinemünde.	26	274
- 21.	21. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	26	275
- 21.	11. P. St. D.	Erhebung eines Niederlagegeldes für die Benugung der beschränkten Zollniederlage beim königl. Steueramte zu Wittenberge.	27	283
- 21.	4. L. D.	Rechnungs-Übersicht der Brandenburgischen Wittwen- und Waisen- Versorgungsanstalt.	27	290
- 21.	13. K. A.	Auflösung der Landgemeinden Kleptow und Wilsdorf im Kreise Prenzlau.	27	289
—	14. Ko.	Pfarrstelle zu Dallgow, Diözese Potsdam II.	25	257
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	25	262
Juni 23.	140. R. Pr.	Polizei-Verordnung für die Deichverbände des Ober- und Nieder- Oderbruches einschl. des Zehdener Bruches.	26	271/272
- 23.	P. Pr.	Siehe Nr. 151. R. Pr. unterm 30. Juni 1894.		
- 23.	P. Pr.	Siehe Nr. 15. Ko. unterm 26. Juni 1894.		
- 25.	143. R. Pr.	Durchschleusen von Fahrzeugen an der Havelmündung zu Rathenow	26	273
- 25.	8. R.	Artikel 71 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz	26	274
- 25.	47. P. Pr.	Auszug aus den Statuten der Compagnie Internationale des Wagons-lits et des Grand Express Européens, Inter- nationale Gesellschaft für Schlafwagen und für die großen europäischen Expresszüge zu Brüssel.	29	304/308
- 25.	16. Ko.	Einsparung der von auswärts in Berlin neu anziehenden evange- lischen Glaubensgenossen.	27	284

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli	6	23. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	29	308
-	6.	5. L. D.	Provinzial-Abgaben des Brandenburgischen Provinzial-Verbandes im Rechnungsjahre 1894/95.	28	301/302
-	-	-	Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894	Extrabeilage zum 27. Stück S. 1/31.	
-	-	-	Regulativ für Privattransitlager von den in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide etc.) ohne Mitverschluß der Zollbehörde.	-	32/39
-	-	-	Ausführungsbestimmungen zum Gesetz, betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 14. April 1894.	-	40/49
-	-	-	Regulativ, betr. die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereifabrikaten.	-	51/62
-	-	-	Zusatzbestimmungen vom 5. März 1894 zur Ausführungsanweisung des Finanzministers vom 10. April 1892, betr. die Veran- lagung und Verwaltung der Gewerbesteuer.	-	63/97
-	-	-	Anweisung des Finanzministers vom 5. März 1894 zur Ver- anlagung der Betriebssteuer.	-	98/115
-	-	-	Anweisung des Finanzministers vom 3. April 1894 zur Ausführung des Ergänzungs-Steuergesetzes vom 14. Juli 1893.	-	116/215
-	-	17. Ko.	Zweite Predigerstelle zu Dranienburg, Diözese Bernau	27	285
-	-	18. Ko.	Reformirte Schloßpredigerstelle zu Cöpenick, Diözese Cöln-Land II.	27	285
-	-	19. Ko.	Pfarrstelle zu Gütergog, Diözese Potsdam I.	27	285
-	-	-	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	27	291/294
Juli	7.	155. R. Pr.	Nachweisung des Monats-Durchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Juni 1894.	28	297
-	7.	156. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Juni 1894	28	298/299
-	7.	159. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Meyenburg	29	304
-	7.	45. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Juni 1894	28	299/300
-	7.	48. P. Pr.	Verkauf von Kunstfäse oder Margarinefäse	29	308
-	7.	48. O. P. D.	Stadtfernsprecheinrichtungen	29	308
-	7.	50. O. P. D.		30	319
-	9.	10. O. Pr.	Wahl eines Provinzial-Landtagsabgeordneten des Kreises Calau ...	29	303
-	9.	16. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Beeskow-Storkow	29	309
-	10.	153. R. Pr.	Verlobigung für Rettung aus Lebensgefahr	28	297
-	10.	154. R. Pr.	Viehseuchen	28	297
-	10.	49. P. Pr.	Statut der Preussischen Hypotheken-Aktienbank zu Berlin. (Beilage zum 30. Stück.)	30	-
-	10.	14. R. B.	Auslösung von 3 1/2 % Rentenbriefen	29	308
-	10.	31. E. B.	Arbeiter-Rückfahrkarten	29	308
-	10.	-	Oberstrom-Bauverwaltung. — Sperrung der Winste bei Öpfeln bezüglich Neubaus des Ueberfallwehres.	29	309/310
-	10.	-	Direction der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg zu Berlin. — Feuerfassengelder-Ausschreiben für das I. Halbjahr 1894.	33	352/353
-	12.	M.	Siehe Nr. 9. R. unterm 20. Juli 1894.	-	-
-	12.	162. R. Pr.	Berichtigung	29	304
-	-	-	Inhalts-Verzeichniß von Stück 23 bis 28 des Reichsgesetzblattes von 1894.	28	295
-	-	-	Desgleichen von Stück 14 bis 21 der Gesetz-Sammlung von 1894	28	295/296
Juli	13.	165. R. Pr.	Ernennung eines Fischerei-Aufsehers	30	313

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 13.	— —	Stadtauschuß zu Berlin. — Wahl des zweiten stellvertretenden Vertrauensmannes der Section 39 der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft.	30	320
- 14.	160. R. Pr.	Ernennung eines Beauftragten der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft. Section VI.	29	304
- 14.	163. R. Pr.	Ernennung eines stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu Prenzlau zur Durchführung der Invaliditäts- u. Versicherung im Kreise Prenzlau.	30	313
- 14.	Ko.	Siehe Nr. 20. Ko. unterm 25. Juli 1894.		
- 14.	37. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände u.	30	319
- 16.	161. R. Pr.	Warnung vor Verlockung zur Auswanderung	29	304
- 16.	— —	Ständische General-Direction der Land-Feuer-Societät der Kurmark u. zu Berlin. — Feuerkassengelder-Ausschreiben für das I. Halbjahr 1894.	29	310
- 17.	166. R. Pr.	Genehmigung für die elektrische Straßenbahn Groß-Lichterfelde—Lankwitz—Steglitz—Mariendorf (Colonie Südende).	30	313/317
- 18.	167. R. Pr u. P. Pr.	Apothekenkonzessionen	30	317/318
- 18.	— —	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin im Winterhalbjahr 1894/95.	32	345/346
- 19.	164. R. Pr.	Bereinigung der Gutsbezirke Carminow und Hedwigshof im Kreise Prenzlau zu einem Gutsbezirke „Carminow“.	30	313
- 19.	21. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	30	320
- 20.	9. R.	Betr. die Dekoration des Rothen Adler-Ordens mit der Krone...	30	318
- 20.	51. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibbriefe	31	325/326
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	29	310/312
Juli 21.	11. O. Pr.	Beginn und Schluß der Jagd auf Rebhühner im Stadtkreise Berlin	31	323
- 21.	49. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	30	318/319
- 21.	38. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	31	327
- 23.	M.	Siehe Nr. 50 P. Pr. unterm 3. August 1894.		
- 23.	170. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	31	323
- 23.	174. R. Pr.	Errichtung einer Apotheke in Falkenberg i. M.	32	331/332
- 23.	33. E. B.	Ermäßigte Frachttäge für Getreide und Mühlenfabrikate	31	326/327
- 24.	168. R. Pr.	Biehseuchen	30	318
- 24.	49. P. Pr.	Auslegung eines Plans in der Hallisch'schen Enteignungssache zwecks Ausführung von Bauten zur Verbesserung des Spreelaufes.	31	324/325
- 24.	P. Pr.	Siehe Nr. 20. Ko. unterm 25. Juli 1894.		
- 24.	51. P. Pr.	Revidirtes Statut der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank zu Berlin.	32	333/343
- 24.	10. R. P. A.	Postaufträge im Verkehr mit Chili	31	325
- 24.	38. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	31	327
- 25.	169. R. Pr.	Betr. die Behandlung des Fleisches der wegen Schweinepest oder Schweinefenneu nothgeschlachteten Schweine.	31	323
- 25.	11. R. P. A.	Zulassung von Einschreibsendungen mit Nachnahme im Verkehr mit Orten der Levante.	31	325
- 25.	20. Ko.	Errichtung eines Kirchspiels der Christuskirche in Berlin	31	326
- 25.	21. Ko.	Errichtung einer II. Pfarrstelle in Steglitz	32	344
- 26.	171. R. Pr.	Verkehr der Behörden mit dem Auslande	31	324
- 27.	172. R. Pr.	Nordamerikanisches Vice-Generalkonsulat in Berlin	31	324
- 27.	25. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	32	344

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
—	— —	Geschenke an Kirchen etc.	30	320/321
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	30	321/322
Juli 29.	R.	Siehe Nr. 21. Ko. unterm 25. Juli 1894.		
- 28.	12. P. St. D.	Erhebung einer Schlachtfsteuer für Schneehühner und Rennthierfleisch in der Stadt Potsdam.	32	344
- 28.	— —	Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. — Ausbruch der Pferde- Räude.	31	327
- 28.	— —	Direction der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg zu Berlin. — Uebersicht der Verwaltungsergebnisse im Jahre 1893.	34	358/359
- 30.	M.	Siehe Nr. 71. P. Pr. unterm 1. November 1894.		
- 30.	52. O. P. D.	Kernsprechstelle beim Kaiserlichen Postamte Nr. 18 in Berlin	32	343/344
- 31.	— —	Allerhöchster Erlaß. — Concessionsurkunde betr. den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirow durch die Prignitzer Eisenbahn- Gesellschaft.	35	363
- 31.	173. R. Pr.	Biehseuchen	31	324
- 31.	13. P. St. D.	Befugniß des Königl. Hauptsteueramtes für inländische Gegenstände zur Abstempelung von Aktien.	32	344
- 31.	39. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	32	345
—	— —	Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Uni- versität Halle a. S. im Winterhalbjahr 1894/95.	36	376/377
Aug. 1.	M.	Siehe Nr. 52. P. Pr. unterm 10. August 1894.		
- 1.	175. R. Pr.	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Universität Greifswald	32	332
- 1.	177. R. Pr.	Kaiserl. Königl. Landeshospital in Srasewo	32	332
- 2.	53. O. P. D.	Unfallmeldestelle bei dem Kaiserlichen Postamte in Friedrichsfelde bei Berlin.	32	344
- 3.	50. P. Pr.	Turnlehrerinnen-Prüfung in Berlin	32	333
- 3.	53. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Abänderung der §§ 13 und 31 der Polizei-Verordnung über den Betrieb der Pferdeisenbahnen vom 27. Mai 1865.	33	349/350
- 3.	14. P. St. D.	Erhebung von Schiffahrtabgaben an der neuen Spreeschleuse am Mühlendamm in Berlin.	32	344
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	31	329/330
Aug. 4.	— —	Allerhöchster Erlaß, Verleihung des Rechts zur Chausseegelberhebung auf Chausseen im Kreise Teltow.	35	363/364
- 4.	— —	Allerhöchster Erlaß. — Siehe Nr. 65. P. Pr. unterm 1. Sep- tember 1894.		
- 4.	17. M.	Tarif zur Erhebung der Abgaben für Benutzung der städtischen Landungs- und Ladeplätze bei Wittenberge.	35	364
- 4.	12. O. Pr.	Ueberweisung eines Betrages aus den landwirtschaftlichen Zöllen des Rechnungsjahres 1893/94 an die Stadt Berlin.	32	331
- 4.	176. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juni 1894 beobachteten Wasserstände.	32	332
- 4.	189. R. Pr.	Festsetzung des ordentlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter im Gutsbezirke „Artillerieschießplatz Gummersdorf“.	34	355
- 4.	42. E. Br.	Bezeichnung der Personen-Haltestelle Mitzpauhlant mit dem Namen „Milsch“.	33	352
- 6.	40. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	33	350/351
- 6.	41. E. Br.	Erhöhung der Beförderungspreise für Personen- und Reisegepäck zwischen Schneidemühl—Königs—Dirschau.	33	352

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Aug.	7.	178. R. Pr.	Viehseuchen	32	332
-	7.	182. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Juli 1894	33	348/349
-	7.	183. R. Pr.	Nachweisung des Monats-Durchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Juli 1894.	33	348
-	7.	— —	Elbstrombau-Verwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. die Be- förderung von Petroleum in Rastenschiffen auf der Elbe.	36	374/375
-	8.	54. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Juli 1894	33	350
-	8.	— —	Elbstrombau-Verwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. die Er- haltung der Wasserstraßen im Bereich der Elbstrombau-Ver- waltung.	35	369
-	9.	186. R. Pr.	Vereinigung der Gutsbezirke Beerbaum, Grage und Friedrich- Wilhelmshof im Kreise Oberbarnim zu Einem Gutsbezirke „Beerbaum“.	34	355
-	9.	12. R. P. A.	Zeitungsbestellungen betr.	34	357
-	10.	52. P. Pr.	Erlöschen der Concession für die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Equitable“ in New-York.	33	349
-	10.	57. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Untersuchung von ausländischem Speck und Schinken.	34	356/357
—	22.	Ko.	Pfarrstelle zu Premslin, Diözese Verleberg	32	344
—	23.	Ko.	Pfarrstelle zu Bagemühl, Diözese Prenzlau II.	32	344
Aug.	11.	55. P. Pr.	Verordnung, betr. Ergänzung der Verordnung über die Sonntags- ruhe im Handelsgewerbe vom 20. Juni 1892.	34	356
-	12.	43. E. Br.	Aufhebung von Arbeiter-Rückfahrkarten	34	358
-	13.	181. R. Pr.	Nachweisung der den Communalverbänden aus den landwirtschaft- lichen Zöllen des Rechnungsjahres 1893/94 überwiesenen Be- träge.	33	347
-	13.	192. R. Pr.	Errichtung einer neuen Apotheke in Nirdorf	34	356
-	13.	54. O. P. D.	Eröffnung des Rohrpostbetriebes beim Postamt Nr. 47 in Berlin	34	358
-	14.	179. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Abänderung der Polizei-Verordnung für die Wasserläufe des Dossebruches vom 12. April 1893.	33	347
-	14.	180. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Abänderung der Polizei-Verordnungen vom 12. April 1893 und 31. März 1894 für die Wasser- läufe des Rhinlufs.	33	347
-	14.	184. R. Pr.	Viehseuchen	33	348/349
-	14.	187. R. Pr.	Nordamerikanisches Vice-Generalkonsulat in Berlin	34	355
-	15.	185. R. Pr.	Geldlotterie zur Gewinnung der Mittel für die Freilegung der Südseite des Domes zu Regensburg u.	34	355
-	15.	196. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Dahme	35	364
-	15.	56. P. Pr.	Warnung vor der Verwechselung der getrockneten Morcheln mit den Porcheln.	34	356
-	15.	58. P. Pr.	Nachtrag zum Statut der Preussischen Lebensversicherungs-Actien- Gesellschaft in Berlin.	34	357
-	15.	H. V.	Siehe Nr. 11. R. unterm 21. August 1894.		
-	16.	191. R. Pr.	Erhöhung der Vorspann-Vergütungsätze für die Märsche nach dem Uebungsplaz bei Jüterbog.	34	355/356
-	16.	10. R.	Umzug der Veranlagungs-Kommission des Kreises Teltow	34	356
-	16.	55. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	34	358
-	17.	188. R. Pr.	Hebammen-Lehrkurse des Jahres 1894/95	34	355
-	17.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau. — Umtausch bereits gekündigter Schlesischer Pfandbriefe Lit. B.	35	369
—	—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	33	353/354

Datum		Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts
Aug. 18.	190.	R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummerdorf für 1894.	34	355
- 18.	195.	R. Pr.	Ernennung eines Graben-Schaminspectors für den havelländischen Fuchgraben Schauverband.	35	364
- 18.	61.	P. Pr.	Aberkennung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	35	336
- 18.	26.	K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	35	367
- 18.	—	—	Elektrombau-Verwaltung. — Polizei-Verordnung, betr. den Schiffs- verkehr in der Elbe längs der Fischzugstellen bei Naebel u. Werben.	36	375
- 19.	13.	R. P. A.	Postpaketverkehr mit den Niederländischen Antillen und mit Nieder- ländisch-Guyana.	35	366
- 20.	194.	R. Pr.	Schneider-Zinnung zu Gransee	35	364
- 20.	56.	O. P. D.	Unfallmeldestelle bei dem Kaiserlichen Postamte in Pichtenberg bei Berlin.	35	366/367
- 20.	46.	E. Br.	Ausgabe von Platzkarten für nummerirte Wagenplätze	35	368
- 21.	193.	R. Pr.	Viehseuchen	34	356
- 21.	11.	R.	Ausreichung der Zinscheine Reihe II zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4% Staatsanleihe von 1885.	35	365
- 21.	14.	R.		41	409
- 21.	20.	R.		47	447/448
- 21.	57.	O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	35	367
- 22.	197.	R. Pr.	Gesundheitspflege im Stromgebiete der Nege und Warthe in Folge Ausbreitens der Cholera.	35	365
- 22.	204.	R. Pr.	Communalbezirksveränderung der Stadt Wittstock	36	372
- 22.	44.	E. Br.	Eröffnung des Personen-Haltepunktes Contadowalde für den Wagen- ladungs-Güterverkehr.	35	368
- 22.	45.	E. Br.	Krachbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	35	368
- 23.	17.	O. Pr.	Ausübung der Strom- und Schiffsfahrts-Polizei auf der Spree von der Berliner Weichselgrenze bis zur Lehrter Eisenbahnbrücke am Tegeler Wege.	39	393
- 23.	59.	P. Pr.	Anlegung von sechs neuen Apotheken in Berlin	35	366
- 24.	13.	O. Pr.	Ernennung eines zweiten Mitgliedes der Königl. Rentenbankdirection zu Berlin.	35	364
- 24.	60.	P. Pr.	Warnung vor dem Ankauf zweier Geheimmittel „Antihydroticon“ und „Sommerproffen-Cream“.	35	366
- 24.	62.	P. Pr.	Straßen- und Brücken-Benennung in Berlin	36	372
- 24.	10.	R. S. V.	Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen von 1882 und 1886.	36	372
- 24.	15.	R. B.	Verloosung 3½% Rentenbriefe der Provinz Brandenburg	35	367/368
- 24.	18.	R. B.		39	396
- 24.	22.	R. B.		49	479/490
- 24.	18.	K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim im II. Viertel- jahr 1894/95.	36	374
- 24.	—	—	Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. — Feststellung der Kopf- krankheit.	35	369
—	—	—	Vorlesungen an der Königl. Thierärztlichen Hochschule in Hannover im Winterhalbjahr 1894/95.	34	360
—	—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	34	360/362
Aug. 25.	—	—	Königl. Gesefsamlungsamt zu Berlin. — Hauptregister für die Jahre 1884 bis 1893	36	376
- 25.	202.	R. Pr.	Communalbezirksveränderung der Stadt Liebenwalde	36	372
- 27.	M.	—	Siehe Nr. 13. R. unterm 12. September 1894.		
- 27.	17.	R. B.	Einföfung fälliger Zinscheine von Rentenbriefen und von Rentenbriefen	36	374

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stadt des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Aug. 28.	198. R. Pr.	Viehseuchen	35	365
- 28.	199. R. Pr.	Erhöhung der Vorspann-Vergütungsätze für die Herbstübungen des III. Armeekorps und des Gardekorps.	36	371
- 28.	G. R. A.	Vorarbeiten zum Umbau des Bahnhofes Nixdorf, zur Herstellung einer Anschlußbahn von Nixdorf nach Johannisthal-Niederschönweide etc. etc.	35	365
- 28.	27. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung	36	372/373
- 29.	28. Ko.	Auspfarrung der Kirchengemeinde Tegel aus dem Parochialverbande mit den Kirchengemeinden Dalldorf und Lübars.	39	395
—	24. Ko.	Obersparrstelle zu Brück, Diözese Belgia	35	367
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	35	370
Aug. 31.	M.	Anweisung des Finanzministers über die Zu- und Abgänge, das Hebewesen, das Strafverfahren und die Kosten bei der Einkommen-Steuer und Ergänzungs-Steuer. (Extrabeilage zum 47. Stück.)	47	—
Sept. 1.	65. P. Pr.	Verleihung des Enteignungsrechts beabs. Verbreiterung und Freilegung der Fluchlinie eines Theiles der Wallstraße in Berlin.	37	381
- 1.	— —	Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit frischer Kuhmilch.	37	383/384
- 2.	200. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juli 1894 beobachteten Wasserstände.	36	371
- 2.	47. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	37	383
- 3.	11. H. V.	Einfösung der am 1. October 1894 fälligen Zinscheine Preussischer Staatsschulden.	37	382
- 3.	12. H. V.	16. Verloofung von 3½% Staatsschuldscheinen von 1842	39	395
- 4.	66. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat August 1894 ...	33	391
- 5.	14. O. P. D.	Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder	37	381/382
- 6.	63. P. Pr.	Aberkennung eines Hebammen-Prüfungszeugnisses	37	380
- 6.	3. E. M.	Sonderzug zur Magdeburger Messe	37	382
- 6.	— —	Oderstrombau-Verwaltung. — Polizei-Verordnung über das Durchschleusen an den Oderschleusen bei Brieg, Dhlau und in Breslau.	40	405/406
- 6.	— —	Dieselbe. — Polizei-Verordnung über das Verhalten der Schiffer und Flößer vor der Oderschleuse bei Dhlau.	40	406
- 7.	14. O. Pr.	Anbringung von Blech-Tafeln mit aufgedruckter Anweisung zur Wiederbelebung Ertrunkener.	38	389/390
- 7.	203. R. Pr.	Gesundheits-Kontrolle auf dem Ober-Spree-Kanal	37	379
- 7.	204. R. Pr.	Betr. die Winterfchouzeit, das Verbot des Lachsanges mit Zug- und Treibnetzen, sowie das Verbot des Krebsanges.	37	379
- 7.	64. P. Pr.	Apotheken-Neuanlagen in Berlin	37	380/381
—	25. Ko.	Erstes Diaconat zu Luckenwalde und Pfarramt zu Liebzig, Diözese Luckenwalde.	36	372
—	— —	Geschenke an Kirchen etc. — Schreibfehler-Berichtigung	36	377
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	36	377/378
Sept. 8.	209. R. Pr.	Erledigte Kreisobsthiararzstelle des Kreises Templin	38	390
- 8.	211. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	38	390
- 8.	12. R.	Zahlungen aus Domainen- und Forst-Veräußerungen und Ablösungen.	37	380
- 8.	58. O. P. D.	Unfallmeldestelle beim Postamte in Stralau	38	391

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stadt des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 8.	47. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	37	383
- 10.	205. R. Pr.	Nachweisung des Monats-Durchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat August 1894.	37	379
- 10.	206. R. Pr.	Nachweisung der Markte etc. Preise im Monat August 1894	37	380/381
- 10.	R.	Siehe Nr. 28. Ko. unterm 29. August 1894.		
- 11.	207. R. Pr.	Viehseuchen	37	380
- 12.	13. R.	Notirung forstverforgungsberechtigter Jäger der Klasse A.	38	390/391
- 13.	M.	Polizei-Verordnung über den Schiffsverkehr auf dem Stromgebiete der Elbe während der Cholerazeit. (Extrablatt vom 17. Sep- tember 1894. Seite 387.)	—	—
- 13.	50. E. Br.	Ausgabe von Platzkarten auf den Schnellzugstationen der Strecke Berlin—Cydsühnen und auf der Strecke Schneidemühl—Ale- xandrowo.	39	395
- 13.	51. E. Br.	Nachtrag XV zum Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg ..	39	398
- 14.	210. R. Pr.	Erhöhung der Vorspann-Vergütungssätze für den Kreis Teltow ...	38	390
- 14.	212. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	38	390
- 14.	49. E. Br.	Eröffnung verschiedener Eisenbahn-Stationen und Haltepunkte.	39	397/398
—	26. Ko.	Lutherische Pfarrstelle an der Neuen Kirche zu Berlin, Diözese Friedrichswerder.	37	382
—	27. Ko.	Pfarrstelle zu Ningenwalde, Diözese Templin.	37	382
—	28. Ko.	Pfarrstelle zu Stepenitz, Diözese Putzig	37	382
—	—	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	37	385/386
Sept. 15.	20. M.	Befreiung der Offiziere und Militärbeamten in Dienstuniform von der Chausseegeldzahlung.	41	409
- 15.	R. Pr.	Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs im Stromgebiete der Elbe. (Extrablatt vom 17. September 1894. Seite 387.)	—	—
- 15.	59. O. P. D.	Eröffnung des Rohrpostbetriebes bei dem Postamt Nr. 31 in Berlin.	38	391
- 15.	13. H. V.	Kündigung sämtlicher noch nicht gezogener Schuldverschreibungen der Staatsprämienanleihe von 1855.	39	395/396
- 15.	15. P. St. D.	Abfertigung von Mühlenfabrikaten durch das Königl. Steueramt I zu Bärwalde N.-M.	39	396
- 15.	48. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	39	397
- 16.	—	General Kommando des Gardekorps. — Siehe Nr. 16. O. Pr. unterm 19. September 1894.		
- 17.	15. O. Pr.	Außerordentliche Tagung des Communalverbandes der Kurmark. .	39	393
- 17.	208. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung im Kreise Prenzlau	38	390
- 17.	61. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 86 in Berlin	39	391
- 17.	62. O. P. D.	Aufhebung des Kaiserl. Postamts III in Martinikensfelde und Neu- einrichtung der Postanstalt Berlin Nr. 87.	39	394/395
- 18.	213. R. Pr.	Viehseuchen	38	390
- 18.	60. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechkverkehrs zwischen Berlin und Bernau.	39	394
- 18.	—	Königl. Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Schneidemühl zu Berlin. — Güterbeförderung mittels der Strausberger Kleinbahn.	39	398
- 19.	18. M.	Verordnung über die Verwendung von Sprengstoffen.	40	401
- 19.	16. O. Pr.	Danksagung des General-Kommandos des Gardekorps für die gute Aufnahme der Truppen im Manöverterrain.	39	393
- 19.	215. R. Pr.	Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr	39	393
- 19.	217. R. Pr.	Deffnungszeiten der Eisenbahn-Drehbrücken über die Havel bei Spandau.	39	394

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 19	218: R. Pr.	Nordamerikanisches Generalkonsulat in Berlin	39	394
- 19.	219. R. Pr.	Müller-Innung zu Zehdenick	40	402
- 20.	214. R. Pr.	Termine zur Abrechnung von Privatengpässen	39	393
- 20	7. B. A.	Schluß der Jagd auf Rebhühner im Regierungsbezirk Potsdam ..	40	404
- 20.	16. P.St.D.	Erhebung von Schiffsabgaben an der Mühlendamm-Schleuse in Berlin.	39	396/397
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 29 bis 36 des Reichsgesetzblattes von 1894.	38	389
—	— —	Vergleichen von Stück 22 bis 26 der Gesetzsammlung von 1894 .	38	389
Sept. 21.	— —	Oderstrombau-Verwaltung. — Prüfung von Elbschiffern in Breslau	43	424
—	26. Ko.	Pfarrstelle zu Frankenfelde, Diözese Paderborn	38	391
—	— —	Königl. Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Stettin. — Absperrung der Bahnsteige auf der Strecke Berlin-Stettin.	38	392
Sept. 22.	63. O. P. D.	Neue Postanstalt No. 2 in Rixdorf	40	401
- 22.	52. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände u.	40	405
- 24.	53. E. Br.	Norddeutsches Eisenbahn-Karobuch	40	405
- 25.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. Verleihung des Entlehnungsrechts behufs Entwässerung der Riefelfelder zu Carolinenhöhe und Gatow.	46	439
- 25.	19. M.	Gebührentarif für die Prüfung und Stempelung der Käufe und Ver- schlüsse der Handfeuerwaffen.	40	401
- 25.	216: R. Pr.	Viehseuchen	39	393
- 25	229. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat August 1894 beobachteten Wasserstände.	40	403
- 26	32. Ko.	Errichtung einer selbstständigen Pfarrgemeinde Lantwiz	42	418
- 26.	17. P.St.D	Abänderung des § 8 des Regulatives, betr. die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Delfabrikaten.	40	404
- 27.	221. R. Pr.	Neue Apotheke in Wittenberge	40	402
- 27.	19. K. A.	Communalbezirksveränderung im Kreise Oberbarnim	40	405
- 28	220. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Dispense von den Bestimmungen der Bau-Polizeiordnung für das plattdeutsche Land.	40	402
- 28.	226. R. Pr.	Verlegung eines Jahrmarktes in Prenzlau	40	403
- 28.	— —	Königl. Amtsgericht in Prignitz. — Gerichtstage in Pustitz	41	414
—	27. Ko.	Pfarrstelle zu Wendelin, Diözese Kyritz	39	395
—	— —	Nachweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	39	399/400
Sept. 29.	17. O. Pr.	Gemeindefestsetzung, betr. die Unternehmung des von außerhalb nach Berlin eingeführten frischen Fleisches.	40	401/402
- 29.	222. R. Pr.	Institut zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern zu Charlottenburg	40	402
- 29.	233. R. Pr.	Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst forst- und landwirtschaft- licher Arbeiter.	41	412
- 30.	54. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände u.	41	414
—	34. E. B.	Eröffnung des Haltepunktes Eichbornstraße für den Personen- und Gepäckverkehr.	40	404
Okt. 1.	223. R. Pr.	Öffnungszeiten der Eisenbahn-Drehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam.	40	402
- 1.	224. R. Pr.	Erledigung des Kreisphysikats des Kreises Zauch-Belzig	40	402
- 1.	64. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechkreisverkehrs zwischen Berlin und Wolgast ..	40	401
- 2.	225. R. Pr.	Errichtung einer Prüfungskommission für Elbschiffer in Breslau ..	40	402/403
- 2.	227. R. Pr.	Aufhebung eines Schweinemarktes in Plauen a. S.	40	403
- 2.	228. R. Pr.	Viehseuchen	40	403
- 3.	232. R. Pr.	Personenwechsel in den Genossenschaftsorganen der Zucker-Verufs- genossenschaft.	41	411

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Okt.	3.	R. Siehe Nr. 32. Ko. unterm 26. September 1894.		
-	4.	68. P. Pr. und Magistrat zu Berlin. — Anstellung eines Bezirkschornstein- segermeisters.	41	413
-	4.	37. Ko. Errichtung einer zweiten Pfarrstelle an der Gethsemane-Kirche zu Berlin.	45	435
-	4.	20. K. A. Communalbezirksveränderungen im Kreise Niederbarnim im II. Viertel- jahr 1894/95.	41	414
-	5.	15. R. Auflösung der Untersorfsklasse in Freienwalde a. D.	42	418
-	5.	16. R.	43	422
-	5.	67. P. Pr. Berliner und Charlottenburger Preise im Monat September 1894	41	412/413
—	—	29. Ko. Pfarrstelle zu Dalldorf, Diözese Berlin-Land II.	40	401
—	—	— — Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	40	407/408
Okt.	6.	55. E. Br. Kraftbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	42	418
-	8.	230. R. Pr. Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat September 1894...	41	410/411
-	8.	231. R. Pr. Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise im Monat September 1894.	41	410
-	9.	234. R. Pr. Viehseuchen	41	412
-	10.	M. Siehe Nr. 17. R. unterm 18. Oktober 1894.		
-	10.	M. Siehe Nr. 69. P. Pr. unterm 25. Oktober 1894.		
-	10.	4. O. B. A. Verlegung des Wohnsitzes eines Marktscheiders	42	418
-	10.	— — Allerhöchster Erlass, betr. die Verleihung des Enteignungsrechtes behufs Neubaus der Templiner Stadtschleuse und Regulirung des Templiner Kanals im Regierungsbezirke Potsdam.	50	483
-	11.	21. K. A. Communalbezirksveränderung im Kreise Osthavelland	42	419
-	11.	— — Königl. Polizei-Direktion zu Charlottenburg. — Polizei-Berordnung, betr. die Glodensignale im Betriebe der Pferde-Eisenbahnen.	43	424
-	12.	237. R. Pr. Errichtung einer Apotheke in Nowawes-Neuendorf und Eingehen der Filialapotheke daselbst.	43	421
-	12.	15. R. P. A. Pakete mit Fischlaich nach Oesterreich-Ungarn	43	423
—	—	30. Ko. Generalkirchenvisitation in der Diözese Jeydenick.	41	413
—	—	31. Ko. Erledigung der Pfarrstelle zu Blantenburg, Diözese Grawrow	41	413
—	—	— — Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	41	415/416
Okt.	13.	P. Pr. Siehe Nr. 37. Ko. unterm 4. Oktober 1894.		
-	14.	56. E. Br. Betr. die Stationen Grierowalde, Kraplau und Mühlen i. Ostpr. und den Personenhaltepunkt Lichteinen.	43	423/424
-	15.	235. R. Pr. Betrieb von Wasserverken mit Sandfiltration	42	417/418
-	15.	238. R. Pr. Schnusfreie Tage auf dem Schießplatze bei Cummernsdorf für 1894.	43	421
-	15.	14. R. S. V. Vorkommen falscher Zinsscheine von Schuld-Verschreibungen der 3% Deutschen Reichsanleihe.	44	428
-	15.	15. P. St. D. Neues Regulativ zur Erhebung und Beaufsichtigung der Schlacht- steuer als Communalsteuer für die Stadt Potsdam u. — Beilage zum 43 Stück.	43	—
-	15.	— — Königl. Amtsgericht zu Verleberg. — Gerichtstage in Warnow ...	44	431
-	16.	236. R. Pr. Viehseuchen	42	418
-	16.	34. Ko. Errichtung einer neuen evangelischen Parochie der Versöhnungskirche in Berlin.	43	423
-	16.	35. Ko. Königl. Regierungspräsident zu Bromberg. — Schiffsahrtssperre im Bromberger Kanal, der unteren Brabe, der kanalisierten oberen und unteren Nege.	44	429

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- Blatts.	Seitenzahl des Amts- Blatts.
Okt. 17.	8. B. A.	Ausführung von Vorarbeiten für die Eisenbahn von Lichtenberg-Friedrichsfelde nach Briesen.	43	422
- 17.	— —	Königl. Eisenbahn-Kommissariat zu Berlin. — Communalabgabenpflichtiges Reineinkommen der Paulinenaue — Neu-Ruppiner, der Prignitzer und der Dahme-Altroter Eisenbahn.	44	429
- 18.	17. R.	Turnlehrerinnen-Prüfung in Berlin.	43	422
- 18.	37. E. B.	Ungarisch-Deutscher Vieh-Verkehr.	43	423
- 19.	239. R. Pr.	Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsahrtverkehrs im Stromgebiete der Elbe.	43	421
- 19.	22. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Teltow im 3. Vierteljahre 1894.	45	437
- 19.	33. Ko.	Erledigung der Pfarrstelle zu Rohrbeck, Diözese Jüterbog.	42	418
- 19.	— —	Geschenke an Kirchen etc.	42	419
- 19.	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	42	420
- 20.	241. R. Pr.	Behandlung der Bauerlaubnisgesuche für gewerbliche Anlagen.	43	421
- 21.	68. O. P. D.	Aufhebung der Postagentur in Wildau-Hubertusfied und Einrichtung einer neuen Postagentur „Eichhorst-Hubertusfied“.	44	427/428
- 22.	244. R. Pr.	Gemeindebezirksveränderung der Stadt Rheinsberg.	44	425
- 22.	65. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen.	44	426
- 22.	66. O. P. D.	Unbestellbare Einschreibsendungen.	44	426/427
- 22.	28. K.	Aufgebot einer Staatschuldverschreibung.	44	428/429
- 22.	19. R. B.	Anberaumung eines Termins zur Auslosung von Rentenbriefen und Vernichtung früher ausgeloster Rentenbriefe.	44	429
- 22.	58. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	44	429
- 23.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. die Verleihung des Rechts zur Chaussegelderhebung auf der Chaussee von Eberswalde über Spechtshausen und Melchow nach Biesenthal an den Kreis Oberbarnim.	47	447
- 23.	M.	Siehe Nr. 73. P. Pr. unterm 6. November 1894.		
- 23.	240. R. Pr.	Vereinigung der Landgemeinde Schönau im Kreise Teltow mit der Landgemeinde Zehlendorf in demselben Kreise.	43	421
- 23.	242. R. Pr.	Gemeinschaftliche Anleitung zur Gesundheitspflege, unter dem Titel „Gesundheitsbüchlein“.	43	422
- 23.	243. R. Pr.	Viehseuchen.	43	422
- 24.	57. E. Br.	Nachtrag 2 zum Verbandsgütertarif zwischen Stationen des Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawka'er Eisenbahn.	44	429
- 25.	246. R. Pr.	Generalkonsulat von Genador in Berlin.	44	425
- 25.	247. R. Pr.	Bereitigung der Landgemeinde Neuenfund im Kreise Prenzlau mit dem Gutsbezirke Neuenfund in demselben Kreise.	44	425
- 25.	69. P. Pr.	Turnlehrerprüfung in Berlin.	44	425/426
- 25.	18. P. St. D. 19. P. St. D.	Verzeichniß der zur Erhebung der Reichsstempelabgabe, zur Abkempfung von Actien etc. zuständigen Preussischen Steuerstellen in der Provinz Brandenburg.	45 47	436 450/451
- 26.	67. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs zwischen Berlin und Dortmund.	44	427
- 26.	29. K.	Aufgebot einer Staatschuldverschreibung.	45	435/436
—	35. E. B.	Fahrplan-Änderung auf der Berliner Stadtbahn.	43	423
—	36. E. B.	Aufhebung von Zügen auf der Eisenbahnstrecke zwischen Freienwalde a. D. und Eberswalde.	43	423
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	43	424

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Zuk. 27.	60. E. Br.	Frachtbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	45	437
- 29.	245. R. Pr.	Borschriften über die Besichtigung (Revision) der Drogen- und ähnlicher Handlungen.	44	425
- 29.	70. P. Pr.	Betr. die Aktiengesellschaft Potzold and Company, Engineers Limited zu London.	45	434/435
- 29.	23. K. A.	Gemeinde- und Gutsbezirksveränderung im Kreise Westhavelland ..	45	437/438
- 30.	248. R. Pr.	Viehseuchen	44	425
- 30.	69. O. P. D.	Einrichtung einer Unfallmeldestelle beim Postamte in Rummelsburg bei Berlin.	45	435
- 31.	250. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat September 1894 beobachteten Wasserstände.	45	433
- 31.	251. R. Pr.	Nachweisung der Namen und Bezirke der Vertrauensmänner und Ersagmänner der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft im Re- gierungsbezirke Potsdam.	45	434
- 31.	59. E. Br.	Frachtbegünstigung für ausgestellte und unverkaufte Kunstgegenstände Königl. Amtsgericht zu Templin. — Gerichtstage in Voigtburg und Gerswalde.	45	436/437
- 31.	— —		46	445
Nov. 1.	71. P. Pr.	Nachtrag zum Statut der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin.	45	435
- 1.	70. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs zwischen Berlin und Nauendorf (Saalkreis).	45	435
- 1.	5. O. B. A.	Ertheilung der Marktscheider-Conzession an den Marktscheiderkandidaten Emil Grimm in Halle a. S.	45	438
- 1.	— —	Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. — Polizei-Verordnung, betr. die Reinigung und Spülung der Trinkgefäße in den Schank- und Gastwirthschaften.	46	444
- 2.	253. R. Pr.	Bäder-Innung zu Spandau	45	434
- 2.	4. E. M.	Veränderter Fahrplan für die Züge der Wannseebahn (Berlin— Wannsee—Potsdam) im Winter 1894/95.	45	436
- 2.	— —	Ständische Generaldirection der Land-Feuer-Societät der Kurmark etc. zu Berlin. — Rechnungs- und Verwaltungsübersicht für das Jahr 1893.	46	443/444
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	44	431/432
Nov. 4.	21. M.	Communalabgabenspflichtiges Reineinkommen der Preussischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen.	47	447
- 5.	249. R. Pr.	Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaft- licher Arbeiter des Gutsbezirks Spandauer Forst.	45	433
- 5.	252. R. Pr.	Vertrauensmänner der Section X der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für 1. Oktober 1894/95.	45	434
- 5.	— —	Königl. Amtsgericht zu Brandenburg. — Gerichtstage in Telnitz ..	46	445
- 6.	254. R. Pr.	Viehseuchen	45	434
- 6.	255. R. Pr.	Tischler-Innung zu Rixdorf	46	439
- 6.	261. R. Pr.	Verkündigung ortspolizeilicher Verordnungen im Kreise Nieder- barnim.	46	440/441
- 6.	73. P. Pr.	Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen	46	442/443
- 6.	30. K.	Aufgebot von Staatsschuldverschreibungen	46	443
- 7.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. den 6. Nachtrag zum Statut für das Berliner Pfandbrief-Institut vom 8. Mai 1863. (Beilage zum 50. Stück.)	50	—
- 7.	256. R. Pr.	Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffahrtsverkehrs auf der Havel.	46	439

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Erst- druck des Amts- blatts.	Folienzahl des Amts- blatts.
Nov. 7.	258. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat Oktober 1894.	46	439
-	7. 259. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Oktober 1894 . . .	46	440/441
-	7. 260. R. Pr.	Betr. den neuen russischen Konsulargebührentarif	46	440
-	7. 72. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Oktober 1894. . .	46	442
-	8. 77. P. Pr.	Bestimmungen und Satzungen der Union Assekuranz Societät zu London.	49	476
-	36. Ko.	Erledigung der Pfarrstelle zu Marquardt, Diözese Potsdam II . . .	45	435
-	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	45	435
Nov. 10.	19. R.	Sequestration der Domaine Hammer	46	442
-	21. R.		47	448
-	12. 257. R. Pr.	Schiffahrtessperre an den Schleusen zu Plögensee	46	439
-	12. 262. R. Pr.	Nachweisung der ländlichen Polizeibezirke, in welchen öffentliche Fleischbeschauer bisher noch nicht angestellt worden sind.	46	441
-	12. 74. P. Pr.	Erledigung des 5. Bezirksbühnballs in Berlin	47	445
-	12. 33. Ko.	Parochialveränderungen aus Anlaß der Erbauung der Pankerkirche in Berlin.	47	449/450
-	12. 15. H. V.	Aufgebot einer Schuldverschreibung der vormals freien Stadt Frankfurt.	47	451/452
-	13. 263. R. Pr.	Viehsteuern	46	441
-	13. 71. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen	47	448/449
-	15. 18. O. Pr.	Verfügung, betr. die Verlängerung der Frist zur Einreichung der Rechnungen der katholischen Kirchen Privat-Patronats in der Provinz Brandenburg.	48	455
-	15. 72. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprecbetriebes zwischen Altdamm und Berlin. .	47	449
-	15. 40. Ko.	Urkunde, betr. die Errichtung einer 3. Pfarrstelle an der evangelischen Golgathakirche zu Berlin.	49	477
-	16. 267. R. Pr.	Eröffnung einer neuen Apotheke in Zehlendorf, Kreis Teltow . . .	48	455
-	16. 75. P. Pr.	Verwendung gesundheitschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen.	47	448
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	46	445/446
Nov. 17.	73. O. P. D.	Unanbringliche Postsendungen u.	48	456
-	17. 20. R. B.	Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg	47	452/453
-	23. R. B.		52	504
-	17. 21. R. B.	Bernichtung ausgeloster Rentenbriefe der Provinz Brandenburg.	48	457
-	17. — —	Königl. Amtsgericht zu Königs-Wusterhausen. — Erlass öffentlicher Bekanntmachungen.	49	451
-	17. — —	Königl. Amtsgericht zu Angermünde. — Abhaltung der Gerichtstage in Gramzow.	50	490
-	19. 22. M.	Anwendung der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands auf die Eisenbahn von Jüterbog nach Treuenbrietzen.	48	455
-	19. 266. R. Pr.	Ernennung des Vorsitzenden der Prüfungskommission der Schneider-Innung in Perleberg.	48	455
-	19. 22. S.	Aufnahme-Prüfung im Königl. Lehrerinnen-Seminar in Berlin. . .	49	477
-	19. 23. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Potsdam	49	477
-	19. 25. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin	49	478
-	19. 26. S.	Rektoratsprüfung in Berlin	49	478
-	19. — —	Königl. Regierungspräsident zu Magdeburg. — Kanalsperre auf dem Mauer Kanal.	50	488

Datum Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Städ- des Amts- blatte.	Seitenzahl des Amts- blatte.
Nov. 19.	— —	Königl. Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige zu Berlin. — Erfordernisse bei der Meldung zur Prüfung.	48	458
- 19.	— —	Königl. Amtsgericht zu Belgig. — Abhaltung der Gerichtstage in Niemegk.	50	490
- 20.	264. R. Pr.	Schiffahrtssperren im Winter 1894/95	47	448
- 20.	265. R. Pr.	Biehseuchen	47	448
- 20.	24. K. A.	Communalbezirksveränderungen im Kreise Ostprignitz	48	457
- 20.	25. K. A.	Desgleichen	48	457/458
- 20.	— —	Großherzogl. Flussbau-Verwaltungscommission zu Schwerin. — Schiffahrtssperre auf der Elbe.	49	480
- 22.	76. P. Pr.	Verlegung des Berliner Getreide-, Heu- und Strohmarktes	48	456
- 22.	P. Pr.	Siehe Nr. 40. Ko. unterm 15. November 1894.		
- 22.	H. V.	Siehe Nr. 22. R. unterm 28. November 1894.		
- 22.	24. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin	49	478
- 22.	27. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	49	478
- 22.	28. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Frankfurt a. O.	49	478
- 22.	29. S.	Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten in Berlin	49	479
- 22.	30. S.	Prüfung für Sprachlehrerinnen in der französischen und englischen Sprache.	49	479
- 23.	268. R. Pr.	Bereinigung der Landgemeinde Praedifow mit dem Gutsbezirke Praedifow im Kreise Oberbarnim.	48	455
- 23.	269. R. Pr.	Bereinigung der Landgemeinde Proegel und des Gutsbezirks Viechow mit dem Gutsbezirke Proegel im Kreise Oberbarnim.	48	455
- 23.	273. R. Pr.	Errichtung einer Apotheke in Brandenburg a. H.	49	474
- 23.	78. P. Pr.	Tarif für die Fähranstalt über den Landwehrkanal zwischen dem Gottbusser- und Maybachufer im Zuge der Grünauerstraße in Berlin.	49	476
- 23.	74. O. P. D.	Errichtung einer Postanstalt „Züterbog II“ auf dem Bahnhofe in Züterbog.	48	456/457
—	P. Pr.	Berichtigung einer Jahreszahl	47	448
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	47	453/454
Nov. 24.	19. O. Pr.	Eröffnung des Kommunallandtages der Kurmark	48	455
- 24.	272. R. Pr.	Ausdehnung der Verordnung vom 28. Juli 1892 auf den Amts- bezirk Nieder-Schönhausen (Kr. Niederbarnim).	49	474
- 24.	79. P. Pr.	Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in der Weihnachtszeit.	49	476
- 24.	61. E. Br.	Verlegung des Personen-Verkehrs auf dem Personen-Haltepunkt Spirofeldn auf der Bahnstrecke Jüterbog-Lyck.	49	480
- 24.	— —	Königl. pomologisches Institut zu Posen. — Kurse für Lehrer im Obstbau.	50	488
- 25.	16. R. P. A.	Erhöhung der Gewichtsgrenze für Postpakete nach Großbritannien und Irland, sowie nach britischen Colonien. Tarermäßigung für Postpakete nach Mexico.	49	476/477
- 25.	— —	Königl. Polizei-Direction zu Charlottenburg. Ausbruch der Pock- krankheit.	49	480
- 26.	270. R. Pr.	Sprechstunden der Gewerbe-Aufsichtsbeamten	48	455/456
- 26.	33. S.	Zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick	50	486
- 26.	35. S.	Entlassungsprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin	50	486
- 26.	36. S.	Aufnahme-Prüfung ebendasselbst	50	486/487
- 26.	37. S.	Zweite Lehrerprüfung ebendasselbst	50	487

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 26.	40. S.	Aufnahmeprüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick...	50	487
- 26.	41. S.	Entlassungsprüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick..	51	497
- 27.	— —	Königl. Amtsgericht zu Strausberg. — Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handelsregister.	52	505
- 27.	271. R. Pr.	Biehseuchen.	48	456
- 28.	274. R. Pr.	Errichtung einer 2. Apotheke zu Groß-Lichterfelde im Kreise Teltow	49	474/475
- 28.	22. R.	Ausreichung von Zinsscheinen Reihe XXII zu den 3 1/2 % Preussischen Staatsschuldsscheinen von 1842.	49	473/474
- 28.	31. S.	Aufnahmeprüfung am Königl. Stadtschullehrer-Seminar zu Berlin	50	486
- 28.	32. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	50	486
- 28.	34. S.	Zweite Lehrerprüfung ebendasselbst	50	486
- 28.	38. S.	Aufnahmeprüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Prenzlau...	50	487
- 28.	39. S.	Entlassungsprüfung ebendasselbst	50	487
- 28.	— —	Königl. Amtsgericht zu Schwedt. — Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handelsregister.	49	481
- 28.	— —	Dasselbe. — Desgleichen in das Genossenschaftsregister.	49	481
- 29.	276. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1894 beobachteten Wasserstände.	49	475
- 29.	— —	Königl. Amtsgericht zu Treuenbriezen. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister.	50	489
- 30.	275. R. Pr.	Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffahrtsverkehrs im Stromgebiete der Elbe.	49	475
- 30.	17. R. P. A.	Weihnachtsendungen	49	477
- 30.	21. P. St. D.	Erhebung von Schiffahrtsabgaben an den Schleusen zu Brieselang, Rosenbeck und bei Himmelsfort.	51	499
- 30.	62. E. Br.	Krachbegünstigung für Ausstellungsgegenstände etc.	49	480
—	39. Ko.	Pfarrstelle zu Lügnow, Diözese Pomeranien	48	457
—	K.	Berichtigung	48	457
—	38. E. B.	Eröffnung der Haltestelle Schwante für den Stückgut- und Vieh- verkehr.	48	457
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	48	459/460
Dez. 1.	R. Pr.	Bau-Polizei-Ordnung für die Städte des Regierungsbezirks Potsdam mit Ausnahme der Städte Charlottenburg, Köpenick und Teltow. — Extrablatt vom 4. Dezember 1894. S. 561/572.	—	561/572
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Verleberg. — Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handels- etc. Register.	49	481
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Dahme. — Desgleichen	50	489
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Prigwall. — Desgleichen	50	489
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Rheinsberg. — Desgleichen	50	489
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Nauen. — Desgleichen	51	500
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Dranienburg. — Desgleichen	52	506
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Potsdam. — Desgleichen	50	488
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Liebenwalde. — Desgleichen	50	488/489
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Lindow. — Desgleichen	50	489
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Brüssow. — Desgleichen	50	489
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Kirdorf. — Desgleichen	50	489
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Eberswalde. — Gerichtstage in Joachimsthal	50	490
- 4.	277. R. Pr.	Dasselbe. — Gerichtstage in Biesenthal	50	490
- 5.	78. P. Pr.	Biehseuchen	49	476
- 5.	78. P. Pr.	Zusammensetzung der Apothekergehülfsen-Prüfungskommission	51	494

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück	Seitenzahl
			des Amts- blatts.	des Amts- blatts.
Dec. 5.	16. H. V.	Eintösung der am 1. Januar 1895 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschulden.	51	498/499
5.	— —	Königl. Amtsgericht zu Wittstock. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	50	489/490
5.	— —	Königl. Amtsgericht zu Gransee. — Desgleichen	50	490
5.	— —	Königl. Amtsgericht zu Spandau. — Gerichtstage zu Belten	51	500
6.	77. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise im Monat November 1894.	50	484/486
6.	18. R. P. A.	Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder	51	496
6.	20. P. St. D.	Aufhebung des Königl. Steueramts II. Klasse in Treuenbrigen ...	50	488
6.	— —	Königl. Amtsgericht zu Oderberg. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Genossenschaftsregister.	50	489
6.	— —	Königl. Amtsgericht zu Oderberg. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	50	489
6.	— —	Königl. Amtsgericht zu Baruth. — Desgleichen	50	490
6.	— —	Königl. Amtsgericht zu Storkow. — Desgleichen	51	500
6.	— —	Königl. Amtsgericht zu Angermünde. — Desgleichen	51	500
6.	— —	Königl. Amtsgericht II zu Berlin. — Desgleichen	52	506
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 37 bis 40 des Reichs-Gesetz-Blattes für 1894.	49	473
—	— —	Desgleichen von Stück 27 bis 31 der Gesetzsammlung für 1894 ..	49	473
Dec. 7.	80. P. Pr.	Änderungen der Statuten der Fabrik von „Maggi's Nahrungsmitteln.“	51	495/496
7.	— —	Königl. Amtsgericht zu Charlottenburg. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	506
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	49	491/492
Dec. 8.	250. R. Pr.	Nachweisung des Monatsdurchschnitts der höchsten Tagespreise einschl. 5% Aufschlag im Monat November 1894.	50	483
8.	281. R. Pr.	Nachweisung der Markts- u. Preise im Monat November 1894 ..	50	484/485
8.	63. E. Br.	Ausgabe von Weihnachtsrückfahrkarten	51	497
8.	— —	Königl. Amtsgericht zu Mittenwalde. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	505
10.	R. Pr.	Ausgabe des 52. Stücks des Amtsblattes	50	483
10.	R. Pr.	Ausgabe des 52. Stücks des Amtsblattes	51	493
10.	279. R. Pr.	Schiffahrtssperre	50	483
10.	24. R.	Verlegung der Königl. Forstkasse in Alt-Ruppin nach Hl. Zechlin	51	494
10.	75. O. P. D.	Eröffnung des Fernsprechverkehrs mit Lübeck und Travemünde	51	496
10.	31. K.	Aufgebot von Staatsschuldburkunden	50	487/488
10.	— —	Königl. Eisenbahn-Commissariat zu Berlin. — Communalabgabenpflichtiges Reineinkommen der Wittenberge-Perleberger Eisenbahn	52	504
10.	— —	Königl. Amtsgericht zu Werder. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	51	500
11.	278. R. Pr.	Wichseuchen	50	483
11.	23. R.	Vorsitz in der Einkommensteuer-Berufungskommission	51	494
11.	79. P. Pr.	Zusammensetzung der Schornsteinfeger-Prüfungskommission	51	494
11.	41. S.	Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten	51	496
11.	— —	Einkommensteuer-Berufungskommission. — Abgabe der Steuer-Erklärungen für 1895/96.	51	499
12.	284 R. Pr.	Einstellung Einjährig-Freiwilliger	51	493
12.	39. E. B.	Reise-Erleichterung für Weihnachten und Neujahr	51	497
12.	64. E. Br.	Änderung von Beförderungspreisen	52	504

Datum	Nummer der	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dez. 12.	— —	Königl. Amtsgericht zu Brandenburg. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	505
- 12.	— —	Dasselbe. — Desgleichen in das Genossenschaftsregister.	52	506
- 12.	— —	Königl. Amtsgericht zu Kremen. — Desgleichen in das Handels- u. Register.	52	506
- 13.	3. G. K.	Nachweisung der 24-jährigen Martini-Marktpreise des Getreides für 1894.	51	497/498
- 13.	4. G. K.	Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln u. für 1894.	51	498
- 14.	20. R. P. A.	Postpaketverkehr mit Japan. Taxermäßigungen für Postfrachtküden im Verkehr mit Frankreich.	52	502
- 14.	32. K.	Aufgebot einer Staatsschuldverschreibung.	52	502
—	R. B.	Druckfehler-Berichtigung.	50	488
—	— —	Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach dem Centralblatte.	50	491/492
- 15.	282. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1895.	51	493
- 15.	283. R. Pr.	Bildung eines neuen Gutsbezirks „Hermannswerder“ auf der Tornow-Insel bei Potsdam.	51	493
- 15.	286 R. Pr.	Chausseegelderhebung auf der Chaussee von der Jossen-Gummersdorfer Chaussee nach Fern-Neuendorf.	51	494
- 15.	81. P. Pr.	Betr. den Auswanderungsagenten Karl Stangen zu Berlin.	51	496
- 18.	285. R. Pr.	Ermittelung des Ernte-Ertrages.	51	493/494
- 18.	287. R. Pr.	Wichseuchen.	51	494
- 19.	289. R. Pr.	Standesamtsbezirksveränderung im Kreise Templin.	52	502
- 19.	290. R. Pr.	Schussfreie Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1894.	52	502
- 19.	291. R. Pr.	Vorsitz des in Beeskow für den Kreis Beeskow-Storkow errichteten Schiedsgerichts zur Durchführung der Invaliditäts- u. Versicherung.	52	502
- 19.	9. B. A.	Schluss der kleinen Jagd im Regierungsbezirke Potsdam.	52	502
- 19.	— —	Königl. Kredit-Institut zu Breslau. — Kündigung ausgelassener Schlesischer Pfandbriefe Lit. B.	52	504
- 20.	76. O. P. D.	Kernsprechbetrieb zwischen Gelle und Berlin.	52	502
- 21.	288. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat November 1894 beobachteten Wasserstände.	52	501
- 21.	5. G. K.	Nachweisung der 24-jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in Potsdam für 1894.	52	504
- 21.	6. G. K.	Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide u. in Potsdam für 1894.	52	504
—	41. Ko.	Pfarrstelle an der St. Andreaskirche in Berlin.	51	496
—	42. Ko.	Pfarrstelle zu Bornstedt, Diözese Potsdam I.	51	496
- 22.	— —	Königl. Amtsgericht zu Alt-Landsberg. — Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	505
- 24.	292. R. Pr.	Wichseuchen.	52	502
—	19. O. Pr.	Berichtigung des 6. Nachtrages zum Statut des Berliner Pfandbrief-Instituts.	52	501

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 1.

Den 5. Januar

1894.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das **Sach- und Namen-Register** zum Regierungs-Amtsblatte vom Jahre 1893 ab **zum Preise von 40 Pfg.** (statt des bisherigen Preises von 35 Pfg.) für das Exemplar bei der hiesigen Amtsblatts-Redaktion bezogen werden kann.

Die Bestellungen darauf sind **möglichst bald** durch Vermittelung der Kaiserlichen Postanstalten zu leisten, da das Register bereits in der ersten Hälfte des Januar zur Ausgabe gelangt.

Potsdam, den 5. Dezember 1893.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

1. Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 26. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie auf den 16. Januar f. J. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 15. Januar f. J. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 8 Uhr Abends und am 16. Januar f. J. in den Morgenstunden von 8 Uhr ab offen liegen wird. In diesen Büreaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden. Berlin, den 29. Dezember 1893.

Der Minister des Innern. Graf Eulenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Arzneitaxe für 1894.

1. Die in den Einkaufspreisen mehrerer Drogen und Chemikalien eingetretenen Veränderungen haben eine entsprechende Umarbeitung der bisher geltenden Arzneitaxe erforderlich gemacht.

Für Arzneimittel, welche auch in größeren, als den bisher in der Arzneitaxe für die Preisberechnung zu Grunde gelegten Gewichtsmengen häufiger ärztlich verordnet werden, habe ich nach solchen Gewichtsmengen Preise berechnen lassen.

Weisse Gläser dürfen in Zukunft nicht höher als halbweisse berechnet werden;

Lurus-Arzneigefäße dürfen nur unter bestimmten, Seite 73 näher angegebenen Bedingungen zur Verwendung gelangen und berechnet werden.

Die so abgeänderte Arzneitaxe tritt mit dem 1. Januar 1894 in Kraft.

Berlin, den 20. Dezember 1893.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Boffe.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Vermerken zur Kenntniß gebracht, daß die Arzneitaxe durch die R. Gärtners'sche Buchhandlung (Hermann Heyfelder) in Berlin, sowie in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1,20 Mark zu beziehen ist.

Potsdam und Berlin, den 30. Dezember 1893.

Der Königl. Regierungs-Präsident. Der Königl. Polizei-Präsident.

Vertrauensmann der Tabak-Vereinsgenossenschaft betreffend.

2. Im Anschlusse an die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 13. Januar 1892 (A.-Bl. für 1892 Stück 4 Seite 27) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß von der Tabak-Vereinsgenossenschaft seit dem 1. Oktober d. J. für den Regierungsbezirk Potsdam excl. Kreis Angermünde

als Vertrauensmann: Adolf Scheinert in Firma Hesse & Scheinert in Brandenburg a. H.;

als stellvertretende Vertrauensmänner:

a. Wilhelm Platt in Firma P. E. Platt in Jüterbog und

b. für die Stadt Dahme W. Gießler in Dahme gewählt sind. Potsdam, den 30. Dezember 1893.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

3. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche bei einer Kuh des Büdnere Heese in Biesdorf, Kreis Niederbarnim, unter dem Rindvieh des Gutsbesizers Ziem in Mögeln, Kreis Oberbarnim, unter den Schafen des Bauern Peyer in Brunsdorf, Kreis Zauch-Belzig.

Unter den Pferden der 3. Schwadron des Husaren-Regiments von Zieten in Rathenow ist die Brustseuche ausgebrochen.

Festgestellt ist Milzbrand bei einer verendeten Kuh des Bauern Ehrenbrecht in Wernitz, bei einer nothgeschlachteten Kuh des Kossäthen Nölte in Bredow, Kreis Osthavelland, bei einem gefallenem Ochsen des Gutsbesizers Kriewitz in Brandenburg a. H.

Potsdam, den 2. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat November 1893 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober-N.	Unter-N.	Ober-N.	Unter-N.		Ober-N.	Unter-N.	Ober-N.	Unter-N.	
	Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.		Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,28	30,58	2,12	0,36	0,79	1,96	0,62	1,32	0,30	1,06
2	32,28	30,60	2,10	0,46	0,80	1,90	0,62	1,32	0,32	1,06
3	32,28	30,56	2,10	0,42	0,81	1,92	0,62	1,32	0,32	1,08
4	32,28	30,64	2,08	0,52	0,82	1,96	0,62	1,32	0,32	1,08
5	32,28	30,60	2,12	0,42	0,83	1,98	0,62	1,32	0,34	1,10
6	32,28	30,60	2,14	0,42	0,85	2,02	0,62	1,32	0,34	1,10
7	32,28	30,60	2,18	0,42	0,86	2,02	0,62	1,32	0,36	1,12
8	32,28	30,60	2,16	0,44	0,86	2,02	0,64	1,32	0,42	1,14
9	32,28	30,60	2,16	0,42	0,86	2,02	0,68	1,32	0,42	1,16
10	32,28	30,60	2,20	0,42	0,87	2,04	0,70	1,32	0,42	1,16
11	32,28	30,60	2,20	0,44	0,87	2,04	0,70	1,32	0,44	1,16
12	32,28	30,60	2,20	0,44	0,87	2,04	0,70	1,32	0,44	1,16
13	32,28	30,58	2,20	0,46	0,87	2,06	0,72	1,32	0,46	1,16
14	32,26	30,60	2,18	0,46	0,88	2,06	0,76	1,32	0,46	1,18
15	32,26	30,58	2,18	0,48	0,88	2,04	0,76	1,32	0,48	1,20
16	32,26	30,62	2,20	0,46	0,89	2,08	0,78	1,32	0,50	1,22
17	32,28	30,62	2,20	0,46	0,89	2,10	0,82	1,32	0,56	1,24
18	32,26	30,74	2,24	0,52	0,89	2,10	0,84	1,32	0,60	1,26
19	32,28	30,60	2,24	0,46	0,91	2,10	0,86	1,32	0,64	1,28
20	32,28	30,70	2,30	0,60	0,94	2,12	0,90	1,32	0,70	1,34
21	32,26	30,64	2,34	0,50	0,95	2,12	0,90	1,32	0,70	1,40
22	32,28	30,64	2,34	0,54	0,96	2,06	0,90	1,32	0,72	1,44
23	32,26	30,64	2,40	0,58	0,96	2,06	0,90	1,32	0,74	1,50
24	32,28	30,66	2,42	0,56	0,97	2,08	0,92	1,32	0,74	1,54
25	32,30	30,68	2,44	0,62	0,98	2,02	0,90	1,32	0,74	1,60
26	32,30	30,70	2,50	0,64	1,00	2,06	0,92	1,32	0,76	1,64
27	32,26	30,66	2,58	0,62	1,04	2,06	0,94	1,32	0,76	1,70
28	32,30	30,70	2,58	0,72	1,06	2,10	0,96	1,32	0,78	1,72
29	32,28	30,74	2,60	0,76	1,07	2,10	1,00	1,32	0,78	1,74
30	32,30	30,72	2,62	0,72	1,08	2,16	1,04	1,32	0,80	1,76

Potsdam, den 22. Dezember 1893.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Zulassung von Einschreibungen mit Nachnahme im Verkehr mit dem Deutschen Postamt in Constantinopel.

1. Im Verkehr mit dem Deutschen Postamt in Constantinopel sind vom 1. Januar 1894 ab Nachnahmen auf Einschreibungen bis zum Weisbetrage von 400 M. zugelassen. Der einzuziehende Betrag ist in der deutschen Markwährung anzugeben; die Umwandlung in die türkische Goldwährung erfolgt erst in Constantinopel nach dem dort für Postanweisungen nach Deutschland festgesetzten Umwandlungsverhältnis. Ueber das Nähere ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft. Berlin W., 16. Dezember 1893.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Zulässigkeit von Werthangabe bei Postpaketen im Verkehr mit Großbritannien und Irland.

2. Vom 1. Januar 1894 ab wird bei Postpaketen im Verkehr mit Großbritannien und Irland eine Werthangabe bis 1000 Mark zugelassen, für welche

neben dem tarismässigen Packporto eine Versicherungsgebühr nach Maßgabe der Vereinsätze zu entrichten ist. Die Postanstalten ertheilen auf Wunsch nähere Auskunft.

Berlin W., 18. Dezember 1893.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Bestimmungen im Verkehr mit Griechenland.

3. Vom 1. Januar 1894 ab können nach Griechenland Zahlungen bis zum Betrage von 500 Franken im Wege der Postanweisung durch die deutschen Postanstalten vermittelt werden. Auf den Postanweisungen, zu deren Ausstellung Formulare der für den internationalen Postanweisungsverkehr vorgeschriebenen Art zu verwenden sind, ist der dem Empfänger zu zahlende Betrag in Franken und Centimen anzugeben. Die Postanweisungsgebühr beträgt 20 Pfennig für je 20 M. oder einen Theil dieser Summe. Der Abschnitt kann zu schriftlichen Mittheilungen jeder Art benutzt werden.

In dem Verkehr nehmen in Griechenland zunächst nur die Postanstalten in Athen, Piräus, Syra, Volo, Patras und Corfu Theil. Ueber die sonstigen Verbindungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., 16. Dezember 1893.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Errichtung des Rohrpostbetriebes bei dem Postamt in Schöneberg.

I. Am 5. Januar 1894 wird bei dem Postamt in Schöneberg bei Berlin der Rohrpostbetrieb eingerichtet. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C., 31. Dezember 1893.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg. Errichtungsurkunde.

I. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Theilnehmenden wird von den unterzeichneten Behörden hiermit Folgendes festgesetzt:

1. Für die unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Auguste Victoria durch den Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein und die St. Elisabeth-Kirchengemeinde in Berlin erbaute Himmelfahrt-Kirche wird unter Erhebung derselben zur Pfarrkirche ein besonderes Kirchspiel gebildet und abgegrenzt

A. von dem St. Elisabeth-Kirchen Sprengel durch:

- 1) die Linie an der hinteren Grenze der auf der Südseite der Uedomstraße belegenen Grundstücke von dem Schneidungspunkte mit der Parochialgrenze gegen die Friedenskirche bis zum Schneidungspunkte mit der Mittellinie der Hussitenstraße (einschließend die Grundstücke Nr. 60 und 125 der Brunn- und 15 der Hussitenstraße);
- 2) die hintere Grenze der Grundstücke auf der Westseite der Hussitenstraße von der Ecke der Feldstraße an (einschließend das Grundstück Nr. 14 der Feld- und 51 der Hussitenstraße) bis zur hinteren Grenze der auf der Südseite der verlängerten Piesenstraße belegenen Grundstücke;
- 3) die zuletzt genannte Linie bis zum Schneidungspunkte mit der Parochialgrenze gegen den St. Golgatha-Kirchen Sprengel;

B. von dem Sprengel der Friedenskirche durch die Linie an der hinteren Grenze der Nordseite der Rügnerstraße und der Gleimstraße von der Parochialgrenze mit St. Elisabeth ab bis zur Parochialgrenze mit Wertheim, so daß die nördlichen Häuser der Rügner- und Gleimstraße an der Pankufer- und an der Zwinenmünderstraße bei der Friedensgemeinde bleiben.

II. Alle in diesem Sprengel wohnenden Mitglieder der St. Elisabeth-Kirchengemeinde und der Friedenskirchengemeinde werden hiermit aus diesen Kirchengemeinden ausgespart und der Himmelfahrt-Kirchengemeinde zugewiesen.

III. Der Archidiaconus Berlin an St. Elisabeth geht, sobald die Mittel zu seiner Besoldung in der neu zu bildenden Kirchencasse nach dem Ermessen des unterzeichneten Consistoriums vorhanden oder sonst sicher gestellt sein werden, als Pfarrer an die Himmelfahrt-Kirchengemeinde über; und mit diesem Zeitpunkt geht seine Stelle an der St. Elisabeth-Kirche ein.

IV. Die in der Parodie von St. Elisabeth bestehenden Gebührenordnungen sind für die neue Kirchengemeinde verbindlich.

V. Das Mitbenutzungsrecht an den der St. Elisabeth-Kirchengemeinde gehörigen Begräbnisplätzen soll der Himmelfahrt-Kirchengemeinde bis zu der Zeit, da dieselbe sich einen eigenen Begräbnisplatz erworben haben wird, zu den bei St. Elisabeth bestehenden Gebühren und Bedingungen freistehen.

VI. Auf den Fall, daß der von St. Elisabeth an St. Golgatha in einer Jahresrente von 4500 M. abzuführende Zuschuß künftig wegfällt, und die St. Elisabeth-Kirchengemeinde zu diesem Zeitpunkte finanziell unabhängig von den vereinigten Kreissynoden oder einer sonstigen Instanz sein sollte, hat die St. Elisabeth-Kirchengemeinde an die Himmelfahrt-Kirchengemeinde ein Kapital von 30000 M. zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe des freigewordenen Kapitals.

VII. Diese Festsetzungen treten mit dem 1. Januar 1894 in Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 1893.

Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg.

Berlin, den 23. Dezember 1893.

Der Königl. Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

2. Der 2te Geistliche an der St. Elisabeth-Kirche, Prediger Berlin, ist hiermit zunächst zum Pfarrverweser der nach Obigem neuerrichteten Himmelfahrt-Kirchengemeinde bestellt. Derselbe wird die Anmeldung der in dem neuen Parochialbezirk wohnhaften wahlfähigen Gemeindeglieder zur Wählerliste während der noch durch Ranzelabkündigung zu bestimmenden Tagesstunden in der Sakristei der Himmelfahrt-Kirche und außerdem nach Möglichkeit zu jeder anderen Tageszeit in seiner Wohnung, Invalidenstraße 4 I., entgegennehmen. Berlin, den 27. Dezember 1893.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Bekanntmachung.

1. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin in der Augustaschule, Kleinkerenstraße 16/19 hier, vom 7ten Mai 1894 ab stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorchrist-

mäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind spätestens bis zum 9. April 1894 an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugniß über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugniß über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen) anzugeben ist; 2) ein Tauf- bezw. ein Geburtschein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstfiegers berechtigt ist; 4) ein Zeugniß über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w.; 5) ein Zeugniß über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugniß, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häfelstuch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Kante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannsheemd (Herren-Nachthemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Hacken neu eingestrickt und eine Gitterstoppe, sowie eine Strickstoppe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingesehten Kladen; eine weiße und eine bunt karrirte Gitterstoppe; eine Körperstoppe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gotische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungskommissionen und unter Aufsicht derselben an der Arbeit

fortgefahren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulklasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welsch' letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 6. Dezember 1893.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

2. Die zweite Lehrerprüfung im königlichen Stadt-Schullehrer-Seminar zu Berlin wird **vom 22. Juni 1894 an** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in Berlin im Lehramte stehen, sind **bis zum 24. Mai 1894** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift, beide mit der Versicherung, daß sie der Einreicher selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 6. Dezember 1893.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

3. Die zweite Lehrerprüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **vom 8. bis 12. Juni 1894** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind **bis zum 11. Mai 1894** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Kandidat hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbstständig angefertigt und zu der Ausarbeitung keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 14. Dezember 1893.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

4. Die zweite Lehrerprüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Müppin wird **vom 21. bis 25. Mai 1894** abgehalten werden. Die Anmel-

dungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum 23. April 1894 durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Kandidat hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbständig angefertigt und zu der Ausarbeitung keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 21. Dezember 1893.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

5. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **vom 8. bis 14. März 1894** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **bis zum 8. Februar 1894** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsaattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 21. Dezember 1893.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

6. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **am 15. und 16. März 1894** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 21. Februar 1894** an den Herrn Seminar-Direktor Hoffmann einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsaattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachsverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminars gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 21. Dezember 1893.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

1. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten am 30. September d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausgefertigten Entlastungsquittungen den betreffenden Kreiskassen zugestellt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Lösung der Rentenpflicht im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 24. November 1893.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

1. Im Binnen-Verkehr der Preussischen Staats-eisenbahnen, sowie im Wechsel-Verkehr derselben untereinander und mit den Oldenburgischen Staatsbahnen werden, wie dies bereits früher zugelassen war, mit Gültigkeit vom 1. Januar 1894 ab bis auf Weiteres für die Beförderung von **Heu** und **Stroh** in Wagenladungen, für welche offene Wagen von mehr als 7,2 m Länge nicht verfügbar sind, nach Bestimmung der Eisenbahn an Stelle eines Wagens von größerer Ladefähigkeit **zwei** offene Wagen regelmäßiger Ladefähigkeit von je nicht mehr als 7,2 m Länge zur Beladung gestellt. Die Fracht wird in diesem Falle für jeden dieser Wagen nach dem wirklichen Gewicht der Ladung, mindestens aber für je 5000 kg für jeden Wagen nach den Sätzen des Ausnahmetarifs für Streu- und Futtermittel vom 10. September d. J. unter IIa. erhoben. Stellt sich jedoch die Fracht für das Gesamtgewicht des in beide Wagen verladenen Heu's oder Stroh's, mindestens aber für 5000 kg nach den in dem vorbezeichneten Ausnahmetarif unter IIb. angegebenen Sätzen billiger, so kommen nur die letzteren zur Berechnung. Nebengebühren, wie Deckenmiethe, Standgeld, Wägegeld u. s. w., werden für jeden Wagen besonders erhoben. Berlin, den 28. Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich Namens der übrigen theilhaftigen Bewaltungen.

2. Die in dem Ausnahmetarif für Streu- und Futtermittel vom 10. September 1893 gewissen Verkehrsbezirken zugestandene, im Wege nachträglicher Rückerstattung eintretende 25 %ige Ermäßigung der Ausnahmefrachtsätze bzw. Frachtantheile wird auch bei Sendungen **nach** den Stationen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen im Binnen-Verkehr derselben, sowie im direkten Verkehr auf den Strecken der nachstehend aufgeführten Eisenbahnen gewährt und zwar:

a. **vom 9. Dezember 1893 ab**

auf den Strecken der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, sowie der Preussischen Staats-eisenbahnen;

b. **vom 1. Januar 1894 ab**

auf den Strecken der Oberbessischen Eisenbahnen, der Lübeck-Büchener, Eutin-Lübecker, Paulinenau-Neu-Ruppin, Georg-Marienbütten, Saal- und Prignitzer

Eisenbahn, sowie den Pfälzischen Eisenbahnen, von letzteren jedoch nur für ihre Durchgangsfrecken im Verkehr von den Preussischen Staatseisenbahnen.

Diese weitere nachträgliche Frachtermäßigung ist an den durch eine Bescheinigung des Vorstandes des betreffenden landwirthschaftlichen Bezirks- oder Kreisvereins zu führenden Nachweis geknüpft, daß das bezogene Streu- oder Futtermittel unmittelbar in einem landwirthschaftlichen Betriebe Verwendung findet.

Berlin, den 29. Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Erweiterung der Abfertigungsbesugnisse der Haltestelle Zerrenthin.

3. Vom 1. Januar 1894 ab gelangen auf der zwischen den Stationen Pödnitz und Pasewalk gelegenen Haltestelle Zerrenthin auch Stückgüter zur Abfertigung und wird die daselbst hinsichtlich des Frankaturzwanges und der Nachnahmebelastung bestehende Beschränkung beseitigt. Der Frachtabrechnung für Stückausendungen werden bis zur Herausgabe von Tarinadachträgen im Wechselverkehr der Preussischen und Oldenburgischen

Staatseisenbahnen die bei Anstoss von 10 km an Pödnitz bzw. von 8 km an Pasewalk sich ergebenden jeweilig niedrigsten Gesamtentfernungen zu Grunde gelegt.

Berlin, im Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

1. Am 1. Januar 1894 werden die Personen-Haltepunkte Gr.-Neudorf, Gute Herberge, Hermödorf, Kleisau, Widau, Bierzhoslawice und die für den Wagenladungsverkehr eingerichteten Haltestellen Brodbydamm, Kleparz für den Stückgut- und Eilstückgut-Verkehr eröffnet.

Bromberg, den 22. Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

2. Vom 15. Januar 1894 ab führt die an der Bahnstrecke Gnesen-Pasewalk gelegene Haltestelle Melchin die Bezeichnung „Hefenan i. P.“ (in Posen).

Bromberg, den 20. Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen

der Königlichen General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

1. **N a c h w e i s u n g**
der 24jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Markttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1893.

ad § 19 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

No.	N a m e n der S t ä d t e	Weizen.		Roggen.		Große Gerste.		Kleine Gerste.		Hafer.		Erbsen.	
		pro Meuschefel											
		Mark	Sh.	Mark	Sh.	Mark	Sh.	Mark	Sh.	Mark	Sh.	Mark	Sh.
1	Berlin	7	43	5	66	5	21	—	—	3	46	7	64
2	Beeskow	—	—	6	01	4	83	—	—	3	60	—	—
3	Brandenburg (Havel)	—	—	5	98	4	82	—	—	3	61	—	—
4	Dahme	7	63	5	76	4	75	—	—	3	21	13	12
5	Fürstenwalde (Spree)	—	—	5	77	5	05	—	—	3	45	—	—
6	Havelberg	—	—	6	05	4	90	—	—	3	37	—	—
7	Jüterbog	7	54	5	90	4	71	—	—	3	47	—	—
8	Lübben	8	23	6	26	5	37	—	—	3	42	—	—
9	Ludenwalde	7	79	6	16	4	51	—	—	3	41	—	—
10	Perleberg	—	—	5	75	—	—	—	—	3	23	—	—
11	Potsdam	—	—	5	83	5	17	—	—	3	75	—	—
12	Prenzlau	6	99	5	71	4	91	—	—	3	14	7	14
13	Prigwall	7	37	5	63	—	—	—	—	3	21	6	79
14	Rathenow	7	12	5	75	4	77	—	—	3	29	8	01
15	Reu-Muppin	7	63	5	74	4	74	—	—	3	33	8	93
16	Schwedt (Oder)	—	—	6	07	4	89	—	—	3	55	7	04
17	Templin	7	50	5	55	5	03	—	—	3	23	6	81
18	Treuenbriegen	7	46	5	85	4	61	—	—	3	30	—	—
19	Wittstock	7	39	5	76	4	70	—	—	3	14	6	89
20	Wittenberg	7	40	5	94	5	04	—	—	3	31	—	—
21	Wriezen. (Oder)	—	—	5	81	4	82	—	—	3	30	8	62

Wegen der vorstehend fehlenden Obere Durchschnittspreise wird auf die für dieselben eingeklagen, in der Beilage zum Amtsblatt N. 20 der Königlichen Regierung zu Potsdam und Stadt Berlin für 1874 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen. **K a n t i n e n a l**, den 21. Dezember 1893.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Nachweisung
der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in
den Normal-Markttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1893.
 ad § 20 des Abkündigungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

Nr.	Namen der Städte.	Getreide												Kartoffeln		Rauschutter	
		Weizen		Roggen		Grobe Weizen		Kleine Weizen		Hafer		Gersten		pro		Heu	Stroh
		pro		pro		pro		pro		pro		pro		pro			
		100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.		
1	Berlin	14 10	5 51	13 43	4 49	10 52	5 55			17 22	3 79	19 00	7 70	4 00	1 50	8 50	6 65
2	Breslaw	13 20	5 15	12 20	4 70	11 80	3 72			16 75	3 77						
3	Brandenburg a. H.	14 25	5 42	12 65	4 68	15 25	4 80			17 10	4 36	26 00	10 53	2 70	0 95	5 75	5 25
4	Dahme	15 29	5 89	12 50	4 56	13 57	4 34			16 00	3 60	30 00	12 30	3 00	1 37	9 00	5 00
5	Fürstenthum (Spreewald)	13 80	5 30	12 31	4 60	14 35	4 68			16 47	3 47	25 00		2 90	1 10	7 00	5 00
6	Havelberg	13 90	5 35	11 85	4 50	14 00	4 55			16 00	3 60	27 00	11 88	3 25	1 33	8 50	5 40
7	Jüterbog	14 50	5 51	12 93	4 53	15 00	4 65			17 07	4 06	25 00	10 50	2 00	0 80	9 00	5 90
8	Lützen	13 50	5 67	12 60	4 91	17 00	5 95			16 50	3 80	30 00	12 60	3 00	1 41	10 00	5 50
9	Luderswalde	14 37	5 75	12 47	4 66	13 57	4 15			16 35	3 72	38 00	14 25	2 60	1 62	7 75	5 50
10	Perleberg			12 12	4 34					16 10	3 48			3 50	1 26		
11	Potsdam	15 00	5 75	12 78	4 79	15 50	4 88			17 38	4 00	29 00	11 82	3 30	1 32	7 00	5 50
12	Prenzlau	13 80	5 29	11 88	4 37	14 20	4 97			16 05	3 45	15 25	6 33	3 50	1 31	6 00	5 50
13	Prignitz	14 25	5 45	11 75	4 17	15 38	5 00			15 63	3 75	18 00	7 43	2 50	0 91	6 75	5 25
14	Rathenow	14 30	5 40	12 50	4 55	15 00	4 21			16 59	3 55	18 25	7 35	2 80	1 13		
15	Neu Ruppin	16 00	6 08	13 00	4 73	17 00	5 37			16 85	3 80	26 00	10 53	3 00	1 16	4 70	4 75
16	Schwedt a. D.	14 35	5 45	12 80	4 61	15 00	4 73			17 20	3 87	16 00	6 48	2 50	1 13	6 80	5 50
17	Templin	14 00	5 46	12 00	4 32	14 50	4 79			16 00	3 84	14 50	5 66	2 50	1 13	6 00	5 00
18	Treuenbrietzen	14 05	5 41	12 35	4 51	13 75	4 40			16 25	3 66			3 00	1 35	7 00	5 00
19	Wustrow	14 03	5 38	11 93	4 51	14 25	4 85			15 35	3 38	14 25	5 70	2 50	1 00	6 00	4 50
20	Wittenberg	15 08	5 80	12 82	4 63	16 00	5 07	13 50	4 14	17 23	3 81			3 50	1 37	8 80	5 04
21	Wriezen a. D.	13 75	5 29	12 03	4 51	14 62	4 82			15 58	3 45	25 00	10 50	2 75	1 25	7 00	5 75

* Nichtstroh. 100 Mgr. Krummstroh kosten 3,75 M.

Frankfurt a. D., den 21. Dezember 1893. Kgl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg u. Pommern.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber nachgezeichneter, von dem königlichen Credit-Institut für Schlesien ausgetragenen 4 % Pfandbriefe Lit. B., basierend auf dem im Neu-markischen Kreise belegenen Gute **Glend**:

N^o 61235 61239 über je 100 Thaler (100 Mark).

N^o 79054 über 50 Thaler (50 Mark).

werden hierdurch wiederholt aufgerufen, diese Pfandbriefe in künftigen Zustande mit laufenden Zinscoupons an die königliche Instituten-Kasse hierseits (am Leising-Platz im Regierungsgebäude) zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Coupons versehen einzureichen.

Zelte die Präsentationen nicht bis zum **15. Februar 1894** erfolgen, so werden die Inhaber dieser Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedruckte Special-Hypothek präkludiert, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unierem Register, sowie im Grundbuche gelöscht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die, in unierem Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden.

Breslau, den 16. August 1893.

Königliches Credit-Institut für Schlesien.

Buchholz.

Nachstehender Rechnungsabschluss der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg für das Jahr 1892 wird hiermit gemäß § 23 des Statuts veröffentlicht.

A. Einnahmen.

1) Erlös aus dem Verkauf der Beitragsmarken	5044202 M. 50 Pf.
2) Zinsen von angekauften Wertpapieren und sonstigen Kapitalanlagen	202331 „ 09 „
3) Erstattete Renten	805 „ 19 „
4) Strafgebühren und sonstige Einnahmen	5746 „ 83 „

Summa der Einnahme 5253085 M. 61 Pf.

B. Ausgaben.

1) Invalidenrenten	35114 M. 39 Pf.
2) Altersrenten	989679 „ 61 „
3) Kosten des Heilverfahrens	14 „ 60 „
4) Gehälter u. für Beamte	106634 „ 33 „
5) Tagesgelder und Reisekosten an Vorstandsbeamte, Mitglieder des Ausschusses und Vertrauensmänner	2071 „ 30 „
6) Miethe u. für Geschäftsräume	16738 „ 87 „
7) Bureaubedürfnisse	9212 „ 35 „
8) Drucksachen, Porto, Insertionskosten, Buchbinderlohn	27105 „ 44 „
9) Anschaffung und Unterhaltung des Inventars (incl. innere Einrichtung des Quittungsartenmagazins)	65147 „ 26 „
10) Kosten der Quittungsarten und Beitragsmarken	7621 „ 80 „
11) Kosten der Erhebungen vor Gewährung von Renten	1343 „ 05 „
12) Kosten der Schiedsgerichte	16754 „ 28 „
13) Kosten der Kontrolle	12749 „ 88 „
14) Kosten der Rechtsbülfe	2409 „ 81 „
15) Sonstige Ausgaben	6887 „ 32 „
Summa der Ausgabe	1299484 M. 29 Pf.

A b s c h l u ß.

Die Einnahme beträgt	5253085 M. 61 Pf.
Die Ausgabe beträgt	1299484 „ 29 „

Bestand 3953601 M. 32 Pf.

Hierzu wird bemerkt, daß der Kapitalwerth der der Versicherungsanstalt im Jahre 1892 zur Last fallenden Renten auf 1470419 M. 44 Pf. sich berechnet, wovon nach § 21 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 am Schlusse der ersten Beitragsperiode mindestens ein Fünftel dem Reservefonds überwiesen werden muß.

Die verfügbaren Gelder sind in sicheren Beträgen in Höhe von 3787476 M. 45 Pf. zum Erwerbswerthe von 2410522 M. 43 Pf. angelegt worden.

Ein Theil des Bestandes ist in Höhe von 713979 M. 34 Pf. gemäß § 92 Absatz 3 l. c. an die Zentral-Postbehörde als Betriebsfonds abgeführt worden, während der Rest des Bestandes getroffener Bestimmungen gemäß zur Disposition gehalten werden mußte.

Berlin W., den 20. Dezember 1893.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg.

Personalchronik.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Landrathe von Stülpnagel zu Pelszig den Charakter als Geheimrer Regierungsrath zu verleihen.

Der an die hiesige königliche Regierung versetzte Regierungsrath Stolle hat seine Dienstgeschäfte übernommen.

Der Regierungsdassessor Hassel ist dem Landrathe des Kreises Niederbarnim zur Hülfsleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden.

Seine Majestät der König haben den Regierungshauptkassen-Kassirer Rettig hierselbst zum Rechnungsrath zu ernennen geruht.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Regierungshauptkassenbuchhalter Witte hierselbst aus Anlaß seines Uebertrittes in den Ruhestand den Charakter als „Rechnungsrath“ zu verleihen.

Der Regierungs-Sekretariats-Assistent Nowack ist zum Regierungsekretair und der Regierungs-Sekretariats-Assistent Vertuch zum Regierungshauptkassenbuchhalter ernannt worden.

Die Civilanwärter Spieth H. und Paeß hierselbst sind zu Regierungssupernumeraren ernannt worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den Kreisbauinspektoren Reindens zu Rüterbog, Prengel zu Templin und Wichgraf zu Neu-Ruppin, sowie dem Wasserbauinspektor Tolkmitt zu Cöpenick den Charakter als „Baurath“ zu verleihen.

Von des Kaisers und Königs Majestät ist dem Domänenpächter, Oberamtmann Hermann Dömmel zu Grube der Character als „Amtsrath“ Allergnädigst verliehen worden.

Im Kreise Prenzlaue ist an Stelle des verstorbenen Amtsraths Sängers zu Schmölln dessen Nachfolger, der Domainenpächter Kühne zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXIII. — Schmölln — ernannt worden.

Der Stadt- und Polizeisekretär Klement in Wittstock ist zum Stellvertreter des Amtsamwals bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Die Kanzleiidiatare Paß und Hamann sind zu Regierungskanzlisten ernannt worden.

Der Oberpfarrer Richard Albert Schmidt in Zossen ist zum Superintendenten der Diözese Zossen ernannt worden.

Der Pfarrer Gustav Adolf Theodor Frohner in Gramzow ist zum Superintendenten der Diözese Gramzow ernannt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Johannes Heide in Dirschau ist zum Pfarrer der Parodie Guntow, Diözese Havelberg-Wilsnack, bestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen, welche in dem bei uns geführten Genossenschafts-Register erfolgen, werden im nächsten Jahre in nachfolgenden Blättern: 1) dem Deutschen Reichsanzeiger, 2) dem Berliner Intelligenz-Blatt, 3) der Vossischen Zeitung, sofern dieselben aber kleinere Genossenschaften betreffen, nur in den beiden erstgenannten Blättern bekannt gemacht werden.

Berlin, den 23. Dezember 1893.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 89.

Bekanntmachung.

Diejenigen Geschäfte, welche die Führung des Handels-, Zeichen- und Muster-Registers betreffen, werden im Jahre 1894 von dem Amtsgerichts-Rath Misa und einem Hilfsrichter in den Gerichts-Abtheilungen Nr. 89 und 90 bearbeitet werden, und zwar die Handelsregister-Sachen unter Mitwirkung der Amtsgerichts-Secretäre Fanner und Bollensdorff, die Zeichen- und Muster-Register-Sachen unter Mitwirkung des Kanzlei-Rathes Pfau. Die Eintragungen in Handelsregister-Sachen werden durch 1) den Deutschen Reichs-Anzeiger, 2) die Berliner Börsen-Zeitung, 3) die Vossische Zeitung, 4) die National-Zeitung veröffentlicht, — diejenigen Eintragungen, welche Aktiengesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien betreffen, außerdem durch die Bank- und Handels-Zeitung, — dagegen die Eintragungen in Zeichen- und Muster-Register-Sachen nur durch den Deutschen Reichs-Anzeiger. Die Geschäftsräume befinden sich in der Neuen Friedrichstraße Nr. 13, woselbst Anmeldungen zum Handels-Register im Zimmer Nr. 69, Anmeldungen zum Zeichen- und Muster-Register im Zimmer Nr. 135 entgegen genommen werden.

Berlin, den 23. Dezember 1893.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 89/90.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Wohnort	Grund der Verurteilung	Verbot, welche die Ausweisung beschließen hat	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Peter Cierpis (Cierpis), Arbeiter,	geboren im Jahre 1854 zu Wloszyca, Polen, russischer Unterthan,	schwerer Diebstahl in 2 Fällen und versuchte Nothigung (10 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 25. Oktober 1883),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	13. März 1893.
2	Anton Draaßen, Bergmann,	geboren am 5. Dezember 1859 zu Maastricht, Niederlande, ortsangehörig zu Simpefeld, ebendasselbst,	schwerer Diebstahl im Rückfall, versuchte Noth und Verbrechen gegen die Sittlichkeit (8 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 10. Dezember 1885),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	4. Dezember 1893.
3	Albert Moskalla, Arbeiter,	geboren am 24. April 1832 zu Jartsi, Bezirk Chyrzanow, Galizien, ortsangehörig ebend.,	einfacher Diebstahl im Rückfall und Obdachlosigkeit (1 Jahr Zuchthaus laut Erkenntnis vom 16. November 1892),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	21. November 1893.
4	Rosalie Sneyka, geb. Smitaloka, Arbeiterfrau,	geboren im Jahre 1845 zu Rohin, Polen, russische Unterthanin,	Diebstahl (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 4. Dezember 1890),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	17. Juni 1893.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Friedrich Glütsch, Fabrikarbeiter,	geboren am 8. Juli 1868 zu Chur, Kanton Graubünden, Schweiz, ortsangehörig zu Grösch, ebendasselbst,	Landstreicherei,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	16. November 1893.

Rang Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschloß hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
2	Rudolf Heidenfelder, Friseur,	geboren am 2. Novem- ber 1874 zu Presburg, Ungarn, ortsangehörig zu Nemet-Pardany, Komitat Torontal, ebendaselbst,	Landstreichen und Fäl- schung von Legitima- tionspapieren,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	11. November 1893.
3	Josef Kaiser, Weber,	geboren im Jahre 1826 zu Borlov, ortsange- hörig zu Teslebnice, Bezirk Taber, Böhmen,	Vettelrn,	Stadtmagistrat Deg- gendorf, Bayern,	28. Oktober 1893.
4	Ferdinand Knorr, Weber,	geboren am 10. März 1862 zu Kreibitz, Be- zirk Rumburg, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Vettelrn,	Stadtmagistrat Pfassau, Bayern,	4. November 1893.
5	Josef Anton Mendl, Schneider,	15 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Heinzenborn, Bezirk Troppau, Oesterrei- chisch-Schlesien,	Vettelrn,	Großherzoglich badi- scher Landeskommiss- sär zu Mannheim,	23. November 1893.
6	Otto Ohneberg, Dachdecker,	geboren am 19. No- vember 1874 zu Bre- genz, Oesterreich, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	20. November 1893.
7	Karl Heinrich Volkart, Zahntechniker,	34 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Basel, Schweiz,	Vettelrn,	Großherzoglich badi- scher Landeskommiss- sär zu Mannheim,	23. November 1893.
8	Pierre Bohley, Tagelöhner,	geboren am 3. August 1872 zu Cuissy, Be- zirk Vouhans, Depar- tement Saône et Loire, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	24. November 1893.
9	Johann Franz, Bergmann,	geboren am 27. De- zember 1855 zu Jglau, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen, Vettelrn u. Fälschung von Legiti- mationspapieren,	derjelbe,	18. November 1893.
10	Johann Furtbner, Stricker,	geboren am 16. Januar 1855 zu Andorf, Be- zirk Scharding, Ober- österreich, ortsangehö- rig ebendaselbst,	Landstreichen und Fäls- chung eines gefälschten Legitimationspapiers,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühl- dorf,	24. November 1893.
11	Johann Holecek, Schneidergeselle,	geboren am 25. De- zember 1848 zu Ha- brina, Bezirk Königin- hof, Böhmen,	Vettelrn,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	29. November 1893.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Infertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Zeilen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. W. Dahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 2.

Den 12. Januar

1894.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung auf den Chausseem-
recken—Gossenblatt, Lindenberg—Rehrigt,
Storkow—Wendisch-Buchholz.

Auf Ihren Bericht vom 5. Dezember d. J. will
Ich dem Kreise Weesow-Storkow im Regierungs-
bezirk Potsdam, welcher folgende Chausseem-
bezirke hat: 1) von der Weesow-Storkower Chaussee bei Weesow
über Koblendorf, Tauche, Giesenborn und Gossenblatt
bis zur Grenze des Kreises Lübben, 2) von Lindenberg
über Ahrensdorf, Lindenberg nach Rehrigt, 3) von der
Weesow-Storkower Chaussee bei Storkow über Bugt,
Rehrigt, Groß-Giecholz, Münchehofe und Wendisch-
Buchholz bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf
Halbe gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen
Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des
Chausseegeldes nach den Bestimmungen des Chaussee-
geldtarifs vom 29. Februar 1840 (S. S. 94 ff.)
einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen
über die Verteilungen, sowie der sonstigen, die Erhebung
betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der
Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Be-
stimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chaussee-
geldtarifs vom 29. Februar 1840 angehängten Be-
stimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen auf
die gedachten Straßen zur Anwendung kommen. Die
eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Neues Palais, den 11. Dezember 1893.

gez. Wilhelm R.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Die Ausbildung der öffentlichen Fleischbeschauer betreffend.

B. In einer Anzahl Gemeinden des Bezirks wird
die Einführung einer allgemeinen Vieh- und Fleischschau
beabsichtigt. Nach den dafür festgesetzten Bestimmungen
darf diese Schau nur von „amtlich zugelassenen“
Fleischbeschauern ausgeübt werden. Als Fleischbeschauer
können neben den Thierärzten nur solche unbescholtenen
und zuverlässigen Personen zugelassen werden, welche
ihre Befähigung durch Vorbringung eines von dem
Departements-Thierärzte ausgestellten Zeugnisses dar-
thun. In dem Zeugniß muß auf Grund der vor-
genommenen Prüfung amtlich bescheinigt sein, daß der
Geprüfte Kenntniß

a. der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und An-
weisungen,

- b. der einzelnen Körperteile der Schlachthiere und
ihrer Benennung,
- c. der Gesundheitszeichen der Schlachthiere im lebenden
und geschlachteten Zustande,
- d. der hauptsächlichsten Merkmale kranker Schlach-
thiere im lebenden und toten Zustande und der
Merkmale der verdorbenen Fleischwaren,
- e. der Zeichen der wichtigeren ansteckenden Thier-
krankheiten, insbesondere der Tollwuth, des Milz-
brandes, der Pustulenseuche, der Rotlaufes der
Schweine, der Maul- und Klauenseuche, der Tuber-
culose (Pest) u. s. w.

besitzt.

Vor Beginn der Prüfung hat der Prüfling
durch Vorbringung einer Bescheinigung des Vorstehers
nachzuweisen, daß er mindestens sechs Wochen in einem
öffentlichen Schlachthause mit Erfolg beschäftigt gewesen
ist. Zu dieser Beschäftigung wird unbescholtenen Per-
sonen in den öffentlichen Schlachthäusern des Bezirks
nach Möglichkeit Gelegenheit geboten werden.

Die vorgeschriebene Prüfung ist vor dem König-
lichen Departements-Thierärzte, Herrn Professor
Dr. Diederhoff in Berlin, Thierärztliche Hochschule,
Luisenstraße 56, nach zuvoriger schriftlicher Anmeldung
abzulegen. Die vorher zu entrichtende Prüfungsgebühr
beträgt sechs Mark. Potsdam, den 31. März 1893.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

6. Festgestellt ist die Maul- und Klauen-
seuche unter dem Rindvieh des Gutes Tauche, Kreis
Weesow-Storkow, des Rittergutes Marquardt, Kreis
Ost-Havelland, des Gutbesizers Ziem in Mögeln,
Kreis West-Havelland.

Ausgebrochen ist die Influenza unter den
Pferden der 9. Batterie des 2. Garde-Feld-Artillerie-
Regiments hieselbst.

Bei einer dem Büdner Willisch in Mühlenbeck,
Kreis Nieder-Barnim, gehörigen und getödteten Kuh
ist Milzbrand festgestellt worden.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche
unter dem Rindvieh des Rittergutes Schulendorf,
Kreis Oberbarnim, des Bauerntumbesizers Kühne in
Haage, Kreis Westhavelland.

Erlöschen ist der Milzbrand bei dem Vieh-
bestande des Gutbesizers Kriewitz in Brauden-
burg a. S.

Potsdam, den 9. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt		
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es		
		Weizen	Weizen	Gerste	Hafer	Erbsen	Erbsen	Linien	Kartoffeln	Nichtstrob	Krautstrob	Heu	Rindfleisch	
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	von der Seele	Pfundfleisch
1	Angermünde	13 78	11 97	13 74	14 94	25	23	36	3	4 85	3 30	5	1 25	1 15
2	Beeskow	—	12	—	17 50	25	28	45	2 90	5 50	—	—	1 20	1
3	Bernau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Brandenburg	14 29	12 64	15 08	16 68	27	32	55	2 83	5 90	—	7 22	1 36	1 16
5	Dahme	15	12 20	14 28	16	30	40	50	3	5 50	4	10	1	90
6	Eberswalde	14 44	12 88	15 33	15 75	23	23	29	3	0	—	6	1 40	1 30
7	Favelberg	14	12 10	14	16 64	27 56	31 56	45 39	3 14	5 67	4 05	8	1 35	1 10
8	Jüterbog	14 04	12 71	15	16 33	25	22	36	4	5 90	—	9	1 20	1
9	Luderswalde	13 56	12 24	13 57	16 35	38	38	40	3 40	5 55	—	7 50	1 20	1 20
10	Perteberg	14 08	12 01	12 44	17	24	30	40	3 44	5 50	—	8 75	1 50	1 20
11	Potsdam	—	12 74	15	17 35	31 44	31 56	45 56	3 45	6 38	—	7 79	1 39	1 25
12	Prenzlau	13 98	12 09	14 39	15 35	27	26	40	3 50	5	4	6	1 30	1 10
13	Prignitz	13 98	11 48	14 93	15 38	17	22 80	30	2 50	5 55	4 30	6 75	1 40	1 20
14	Rathenow	14 75	12 61	12 83	16 69	26	24	38	2 89	5 22	—	6 80	1 40	1 20
15	Neu Ruppin	16	12 50	14 26	16 53	35	35	50	2 88	5 25	—	6 50	1 35	1 15
16	Schwedt	14 08	12 63	14 24	16 57	26 66	31 25	37 50	3	0 07	—	6 73	1 40	1 20
17	Spandau	14 30	12 55	14 25	17 25	35	25 50	42	3 70	5 75	—	7 50	1 60	1 20
18	Strasberg	14 72	12 39	17 39	18 16	22	33	36	3	7 44	—	10 39	1 40	1 10
19	Teltow	13 67	11 94	15 87	16 09	27	30	50	4 50	5 50	4	9	1 45	1 15
20	Templin	14	12	14	15 50	30	35	50	2 50	5 50	4 50	6	1 20	1
21	Trenenbriegen	14 10	12 40	13 60	16	—	—	—	3	5	—	7	1 20	1
22	Wittstock	14 50	11 86	13 33	15 33	15 50	36	50	2 52	5	4	7	1 20	1
23	Wriezen a. D.	13 90	12 10	14 92	15 28	24	25 88	35 50	2 79	5 75	4 49	7 88	1 30	1 20

Durchschnitt 14 25 | 11 74 | 14 40 | 16 30 | — | — | — | — | 3 13 | 5 67 | — | 7 46 | — | —

Potsdam, den 9. Januar 1894.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Dezember 1893 in den Hauptmärkten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Es kosten je 50 Kilogramm	Beeskow für Kreis Beeskow Storkow	Brandenburg für Brandenburg und Kreis Havel land	Luderswalde für Kreis Jüterbog Luderswalde	Perteberg für Kreis Prignitz	Potsdam für Potsdam und Kreis Zauch Belzig	Prenzlau für die Kreise Prenzlau und Templin	Neu- Ruppin für Kreis Murrin	Schwedt für Kreis Angermünde	Wittstock für Kreis Teltow Prignitz	Bemerkungen
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1.	Hafer	9 19	9 16	9 09	8 93	9 40	8 40	8 73	8 66	8 15	Für die Kreise Eberswalde, Niederbarnim, Ostbarnim und Teltow sowie für Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarktfert.
2.	Heu	—	3 96	4 20	4 60	4 40	3 41	3 41	3 54	3 67	
3.	Nichtstrob	2 89	3 25	3 15	2 89	3 58	3 15	2 89	3 18	2 62	

Potsdam, den 9. Januar 1893.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat December 1893.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
koffet je 1 Kilogramm						Es koffet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Rindfleisch	Lammfleisch	Geflügel	Butter	Öl	Weizen Nr. 1	Gerste Nr. 1	Gerste Nr. 2	Gerste Nr. 3	Gerste Nr. 4	Gerste Nr. 5	Gerste Nr. 6	Gerste Nr. 7	Gerste Nr. 8	Gerste Nr. 9	Gerste Nr. 10	Gerste Nr. 11	Gerste Nr. 12	Gerste Nr. 13
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1 20	1 10	1 05	1 80	2 40	4 80	25	20	50	30	40	45	60	60	3 20	3 60	20	1 80		
1 20	95	1 20				32	26	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 24	1 08	1 24	1 50	2 40	4 60	30	20	50	40	50	50	50	50	3 60	4	20	1 60		
1 20	80	1	1 80	2 40	4	30	25	40	50	40		40	50	2 60	3 20	20	1 40		
1 40	1 30	1 30	1 60	2 60	4 62	24	22	40	30	40		40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	1 30	1 15	1 76	2 28	4 02	29	24	42	45	55	55	45	52	3 25	3 70	20	1 70		
1 30	1	1 20	1 85	2 60	5	30	22	40		40	70	40	40	3	3 60	20	1 60		
1 20	1	1 20	1 90	2 30	4 80	34	22	50	40	40	60	36	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	1 30	1 20	1 80	2 14	4 05	26	26	40	40	50	25	50	50	3 80	3 60	20	1 80		
1 48	1 30	1 32	1 60	2 43	4 44	30	25	45	45	45	40	40	60	3 40	4 40	20	1 30		
1 20	1	1 20	1 50	2 40	4 82	32	26	50	32	50	70	50	60	3 40	3 80	20	1 80		
1 30	1 30	1	1 70	1 91	3 66	25	20	40	40	45	50	40	45	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	1 20	1 20	1 60	2 40	4 40	26	22	40	50	50	50	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 30	1 20	1 20	1 70	2 60	5 40	35	26	45	45	50	45	50	60	2 92	4	20	1 60		
1 20	1	1 20	1 90	2 13	4 98	30	24	50	40	50	50	50	60	3 40	3 60	20	1 80		
1 45	1 40	1 40	1 80	1 30	5 10	32	28	40	40	40	50	50	60	2 80	3 60	20	1 40		
1 40	1 20	1 20	1 60	2 80	4 80	32	24	50	40	50	50	50	50	3 60	3 60	20	1 60		
1 40	1 45	1 40	1 75	2	4 40	50	40	50	40	50	60	60	60	2 60	3 80	20	1 60		
1 20	1	1	1 60	2 60	5	30	25	60	80	70	80	50	60	3 40	3 80	20	1 80		
1 40	1	1 20	1 60	2 20	3 54	30	24	50		40	50	30	50	3 80	4	20	1 60		
1 17	76	1 01	1 80	2 06	3 93	26	20	60	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 60		
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	4 67	20	16	35	24	35	45	40	60	3 50	3 75	20	1 60		

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Form der ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten.

9. Durch das Circular-Reskript vom 20. Januar 1853, hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten von Raumer, Excellenz, für die ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten vorgeschrieben, daß die amtlichen Atteste und Gutachten der Medizinal-Beamten jedesmal enthalten sollen:

- 1) die bestimmte Angabe der Veranlassung zur Ausstellung des Attestes, des Zweckes, zu welchem dasselbe gebraucht, und der Behörde, welcher es vorgelegt werden soll;
- 2) die etwaigen Angaben des Kranken oder der Angehörigen desselben über seinen Zustand;
- 3) bestimmt gesondert von den Angaben zu 2, die **eigenen** tatsächlichen Wahrnehmungen des Beamten über den Zustand des Kranken;
- 4) die aufgefundenen wirklichen Krankheits-Erscheinungen;

5) das **tatsächlich** und **wissenschaftlich** motivirte Urtheil über die Krankheit, über die Zulässigkeit eines Transportes oder einer Haft, oder über die sonst gestellten Fragen;

6) die dienstliche Versicherung, daß die Mittheilungen des Kranken oder seiner Angehörigen (ad 2) richtig in das Attest aufgenommen sind, daß die eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers (ad 3 und 4) überall der Wahrheit gemäß sind und daß das Gutachten auf Grund der eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers nach dessen bestem Wissen abgegeben ist.

Außerdem müssen die Atteste mit vollständigem Datum, vollständiger Namens-Unterschrift, insbesondere mit dem Amts-Charakter des Ausstellers und mit einem Abdruck des Dienstsiegels versehen sein.

Mittels Reskripts vom 11. Februar 1856 ist überdies auch angeordnet, daß die gedachten Atteste in Zukunft jedesmal, außer dem vollständigen Datum

der Ausstellung, auch den Ort und den Tag der stattgefundenen ärztlichen Untersuchungen enthalten müssen, und daß obige Bestimmungen auch auf diejenigen Atteste der Medizinal-Beamten Anwendung finden, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als praktische Ärzte zum Gebrauch vor Gerichts-Behörden ausgestellt werden.

Indem wir Vorsehendes hiermit zur Kenntniß bringen, machen wir den Herren Medizinal-Beamten die genaue Befolgung dieser Vorschriften zur Pflicht, indem wir dieselben darauf aufmerksam machen, daß bei Ausstellung von Zeugnissen in Haft-Angelegenheiten die Wahrscheinlichkeit einer Verschlimmerung des Zustandes eines Arrestanten bei sofortiger Freiheits-Entziehung kein genügender Grund ist, die einstweilige Aussetzung der Strafvollstreckung oder Schuldbast als notwendig zu bezeichnen.

Es müssen vielmehr die Medizinal-Beamten selbst überzeugt sein und nach den Grundsätzen der Wissenschaft durch die selbst wahrgenommenen Krankheits-Erscheinungen motiviren können, daß von der Haft-Vollstreckung eine nahe bedeutende und nicht wieder gut zu machende Gefahr für Leben und Gesundheit zu besorgen ist.

Potsdam und Berlin, den 26. März 1856.

Königliche Regierung
Abtheilung des Innern.

Königliches
Polizei-Präsidium.

Vorstehende Verordnung wird hiermit zur Beachtung wiederholt in Erinnerung gebracht.

Potsdam und Berlin, den 2. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

10. Auf Grund der Nr. 2 der Polizeiverordnung für die Provinz Brandenburg vom 25. März 1893 (Amtsblatt S. 163) setze ich den Zeitpunkt, zu welchem die Aufhebung der Verordnung vom 16. September 1842, betreffend die Handhabung der Feuerpolizei und die bessere Einrichtung der Löschanstalten in den zu einer Versicherungssozietät verbundenen Städten der Kur- und Neumark, des Markgrafenthums Niederlausig, der Remyer Senftenberg und Finsterwalde, sowie der Distrikte Jüterbog und Pelsig (Amtsblatt S. 257) eintreten soll, für die Städte

Angermünde, Peelig, Beeskow, Biesenthal, Brandenburg, Charlottenburg, Cöpenick, Cremen, Dahme, Eberswalde, Havelberg, Jüterbog, Alt-Pandéberg, Pudenwalde, Rauen, Plaue, Potsdam, Prignitz, Ratzenow, Rheinsberg, Alt-Ruppin, Schwedt, Spandau, Strasburg, Teltow, Treuenbriegen, Wittstock, Wriezen, Wusterhausen

auf den 1. Februar d. J.

fest.

Potsdam, den 4. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Dezember 1893.

1.

A. Engros-Marktpreise.
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr.	Weizen (gut)	14	Mark	68	Pf.
"	do. (mittel)	14	"	20	"
"	do. (gering)	13	"	74	"
"	Roggen (gut)	12	"	74	"
"	do. (mittel)	12	"	52	"
"	do. (gering)	12	"	31	"
"	Gerste (gut)	17	"	80	"
"	do. (mittel)	16	"	34	"
"	do. (gering)	14	"	91	"
"	Hafer (gut)	17	"	84	"
"	do. (mittel)	16	"	30	"
"	do. (gering)	15	"	16	"
"	Erbsen (gut)	19	"	01	"
"	do. (mittel)	18	"	11	"
"	do. (gering)	17	"	21	"
"	Nichtstroh	6	"	91	"
"	Heu	8	"	06	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise **einschließlich 5% Aufschlag**
für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat Dezember 9,70 Mk., 3,79 Mk., 5,01 Mk.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr.	Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	—	Pf.
"	Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
"	Linzen	55	"	—	"
"	Kartoffeln	4	"	80	"
1 Kgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	"	35	"
1	Rindfleisch (Bauchfleisch)	1	"	10	"
1	Schweinefleisch	1	"	30	"
1	Kalbfleisch	1	"	25	"
1	Lammfleisch	1	"	10	"
1	Speck (geräuchert)	1	"	60	"
1	Ebutter	2	"	50	"
60 Stück	Eier	4	"	18	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr.	Erbsen (gelbez. Kochen)	35	Mark	—	Pf.
"	Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
"	Linzen	50	"	—	"
"	Kartoffeln	3	"	75	"
1 Kgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	"	40	"
1	(Bauchfleisch)	1	"	10	"
1	Schweinefleisch	1	"	50	"
1	Kalbfleisch	1	"	40	"
1	Lammfleisch	1	"	20	"
1	Speck (geräuchert)	1	"	60	"
1	Ebutter	2	"	49	"
60 Stück	Eier	4	"	59	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Dezember 1893:

1) In Berlin:

für 1 Kgr.	Weizenmehl N ^o 1	30	:
" 1 "	Roggenmehl N ^o 1	30	:
" 1 "	Gerstengraupe	40	:
" 1 "	Gerstengröße	38	:
" 1 "	Buchweizengröße	40	:
" 1 "	Hirse	40	:
" 1 "	Reis (Java)	55	:
" 1 "	Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 70	:
" 1 "	" (gelb in gebr. Bohnen)	3	71
" 1 "	Speisesalz	20	:
" 1 "	Schweineeschmalz (hiefiges)	1	60

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr.	Weizenmehl N ^o 1	35	Pf.,
" 1 "	Roggenmehl N ^o 1	32	:
" 1 "	Gerstengraupe	40	:
" 1 "	Gerstengröße	44	:
" 1 "	Buchweizengröße	41	:
" 1 "	Hirse	43	:
" 1 "	Reis (Java)	55	:
" 1 "	Java-Kaffee (mittler)	2 Mark 72	:
" 1 "	Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3	12
" 1 "	Speisesalz	20	:
" 1 "	Schweineeschmalz (hiefiges)	1	55

Berlin, den 1. Januar 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

3. Vom 15. Januar 1894 ab wird der auf der Bahnstrecke Praust-Carthaus zwischen Praust und Straschin neu eingerichtete Personen-Haltepunkt Gischkau für den Personen- und Gepäck-Verkehr mit der Einschränkung eröffnet, daß für den Verkehr von Gischkau Fahr- und Rückfahrkarten nach Dirschau, Hohenstein i. Westph., Danzig, Lege Thor und den Stationen der Strecke Praust-Carthaus vorausgesetzt werden. Gepäckstücke werden von Gischkau unabgefertigt mitgenommen. Die Fracht hierfür wird auf der Endstation erhoben.

Die Abfahrt der Züge von Gischkau erfolgt:

in der Richtung nach Praust

Zug 609 um 6 Uhr 53 Min. Vorm.

" 617 " 1 " 18 " Nachm.

" 613 " 6 " 50 " "

in der Richtung nach Carthaus

Zug 612 um 7 Uhr 37 Min. Vorm.

" 618 " 2 " 12 " Nachm.

" 616 " 8 " 46 " "

Näheres ist bei den Bahnhofsvorständen zu erfahren.

Bromberg, den 3. Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

4. Am 15. Januar 1894 werden die an der Neubausstrecke Magni-Pillfallen gelegenen Stationen Klapaten und Naueningken für den gesammten Personen-, Gepäck-, Vieh-, Fahrzeug- und Güter-Verkehr eröffnet. Der Frachtberechnung werden im Binnen- und Wechselverkehr der Preussischen und Oldenburgischen Staatsbahnen, sowie im Bromberg-Sächsischen Verbaude bis zur Eröffnung der Schlusstrecke Klapaten-Naueningken die Entfernungen von Tilsit unter Zuschlag von 21 km für Klapaten und von Stallupönen unter Zuschlag von 46 km für Naueningken zu Grunde gelegt.

Bromberg, den 31. Dezember 1893.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

4. Die auf den Preussischen Staatsbahnen und im Wechselverkehr derselben mit den Oldenburgischen Staatsbahnen mit Gültigkeit vom 1. Januar 1894 ab bis auf Weiteres wieder eingeführte Bestimmung, betreffend die erleichterte Beförderung von Heu und Stroh — vergl. Bekanntmachung vom 28. Dezember 1893 — findet gleichfalls vom 1. Januar 1894 ab von Neuem Anwendung:

- 1) im Binnen-Verkehr a. der Großherzoglich Mecklenburgischen Friedrich-Franz-Bahn, b. des Deutsch-Nordischen Lloyd, c. der Mecklenburgischen Südbahn, d. der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen;
- 2) im direkten Verkehr der unter 1 a — c. genannten Bahnen mit den Preussischen Staatsbahnen, sowie
- 3) im Reichsbahn-Staatsbahnverkehr.

Berlin, den 3. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich Namens der übrigen kaiserlichen Verwaltungen.

Erweiterung der Abfertigungsbeschränkungen der Station Adlershof.

5. Vom 8. Januar 1894 ab gelangen auf der zwischen den Stationen Berlin-Görlitzer Bf. und Grünau gelegenen Station Adlershof auch Stückgüter im Einzelgewicht von über 250 kg zur Abfertigung; zugleich werden die dazwischen hinsichtlich des Frankaturzwanges und der Nachnahmebelastung bestehenden Beschränkungen aufgehoben.

Berlin, im Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

betreffend die Anlage von Bahnbahnen zum An- und Abfahren von Baugrund u. s. w.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 142 bis 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 232) verordnet die Königliche Polizei-Direktion zu Charlottenburg unter Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Charlottenburg, was folgt:

§ 1. Zum An- und Abfahren von Baugrund und Baumaterialien zu und von Baustellen, Lagerplätzen, Lehm-, Kies- und Sandgruben mit von Pferden ge-

zogenen Lastwagen muß von der An- und Abfahrtsstelle bis zur nächsten befestigten Straße eine das Erdreich bedeckende, feste Fahrbahn, welche stets in dem zweckentsprechenden Zustande zu erhalten ist, hergestellt und ausschließlich benutzt werden.

§ 2. Die Unternehmer von Bauten sowie die Inhaber von Lagerplätzen und Gruben, welche die Herstellung und Instandhaltung der Fahrbahn (§ 1), sowie die Führer der Wagen, welche die Benutzung derselben unterlassen oder vor deren Herstellung zu oder von den bezeichneten Stellen an- oder abfahren, werden mit Geldstrafen bis zum Betrage von 30 Mark und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3. Ausnahmen von der Bestimmung des § 1 können von der königlichen Polizei-Direktion auf Antrag zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, daß die Herstellung der Fahrbahn mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden ist und anderweitig Vorkehrungen zur Verhütung von Ueberanstrengung und Mißhandlung der Pferde getroffen werden.

§ 4. Auf Straßenbauten bezw. Pflasterungen findet die vorstehende Polizei-Berordnung keine Anwendung.

Charlottenburg, den 30. Dezember 1893.

Königliche Polizei-Direktion. von Salbern.

Personalchronik.

Dem Landrath von Cossel in Jüterbog ist die Kammerherrnwürde Allerhöchst verliehen worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den prakt. Arzt Dr. Buchholz in Neustadt a. D. und Dr. Doyé in Neu-Ruppin den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Der Forstmeister Dreßler in Groß-Schönebeck ist zum Forstamtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht Liebenwalde für den Forstbezirk Pretheich vom 1. Februar d. J. ab ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist, nachdem der Amtsvorsteher August Gottschalk zu Schildow verstorben und der Amtsvorsteher-Stellvertreter Kaufmann Bernhard Gottschalk ebendasselbst sein Amt niedergelegt hat, der kommissarische Amtsvorsteher Schulze in Franz. Buchholz als solcher auch für den Amtsbezirk XXIX. — Blankensfelde — auf 6 Jahre vom 1. Januar 1894 ab bestellt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Kammerherrn Oberstleutnants Grafen von Bock der Rittergutsbesitzer Graf von Bock auf Buch zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXVII. — Buch — und an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Administrators Timm der Gemeindevorsteher Schindler zu Schwanebeck zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des genannten Amtsbezirks ernannt worden.

Im Kreise Deesow-Storkow ist der Landwirth Hermann Schrader zu Birkholz zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks VIII. — Gr. Nieß — und der Rittergutsbesitzer Emil Müntmann zu Saarow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks X. — Reichenwalde. — ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist der Gemeindevorsteher und Bauerntgutsbesitzer Albert Rbinow zu Brädisow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks V. — Haage — ernannt worden.

Im Kreise Ruppin ist wegen des zum 6. Januar d. J. bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit der Rentier H. Fehlow zu Teschendorf aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXVIII. — Löwenberg — ernannt worden.

Dem Schulgutspächter Otto Schmidt in Golzow, Kreis Angermünde, ist der Charakter als königlicher Oberamtmann beigelegt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Wiesenburg, Diözese Belzig, ist durch das Ableben des Pfarrers Fährndrich am 21. November 1893 zur Erledigung gekommen. Die Neubefetzung der Stelle hat zum 1. Juli 1894 zu erfolgen.

Der Stations-Assistent Skirl in Berlin (Stettiner Bahnhof) — Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes (Berlin-Stettin) zu Stettin — ist zum Gütererpedienten ernannt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Dezember 1893 sind:

Verliehen der Charakter als Rechnungsrath: dem Telegraphenamts-Kassirer Dieß, dem Ober-Postdirektionssekretair Bülow, dem Ober-Postsekretair Hahn.

Ernannt zum Postkassirer: der Ober-Postdirektionssekretair Gerken,

zu Ober-Postassistenten: die Postassistenten Picard, Schubert,

etatmäßig angestellt als Postsekretaire: die Postpraktikanten Klein, Wilh. Krause, Lessing, Reinke, Ringel, Siegwandt, Speltzschöcker, **als Postassistenten:** die Postassistenten Regel, Winkelmann.

Versezt von Berlin: der Postsekretair Mendelsjohn nach Neumarkt (Schlef.), der Ober-Telegraphenassistent Schönol nach Weimar.

In den Ruhestand versezt: der Postsekretair Vogel, der Ober-Telegraphenassistent G. M. Hoppe, **getreten:** der Ober-Telegraphenassistent Wilde.

Gestorben: der Postsekretair Enders, der Ober-Telegraphenassistent Salsowski, der Postassistent Carl Rohde.

Personal-Veränderungen beim königlichen Oberbergamte zu Halle a. S. im 4. Vierteljahr 1893.

Der Berghauptmann Freiherr von der Heyden-Rynich in Halle a. S. ist zum Wirklichen Geheimen Ober-Bergrath mit dem Range der Räte erster Klasse ernannt; demselben ist ferner das Kommandeurekreuz 1. Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären mit dem Stern verliehen und die Allerhöchste Genehmigung dazu ertheilt worden.

Der königliche Bergrevierbeamte, Bergrath Wiedenz in Eberswalde wurde zum Ober-Bergrath ernannt.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

U e b e r s i c h t

der Martin-Marktpreise des Roggens, wie solche in den Jahren 1880-1893 einschließlich in den Kreisstädten des Regierungsbezirks Potsdam im Durchschnitt zu stehen gekommen sind.

3. Dieselben betragen für das Feststehen im:

Jahre	Wien in M.	Prag in M.	Triest in M.	Verona in M.	Wien in M.	Prag in M.	Triest in M.	Verona in M.	Wien in M.	Prag in M.	Triest in M.	Verona in M.	Wien in M.	Prag in M.	Triest in M.	Verona in M.	Wien in M.	Prag in M.	Triest in M.	Verona in M.
1880	14.56	13.76	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44
1881	13.60	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44	13.44
1882	9.82	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14
1883	11.12	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82	10.82
1884	9.95	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88	9.88
1885	9.90	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74	9.74
1886	9.30	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14	9.14
1887	8.24	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12	8.12
1888	11.02	11.34	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20	12.20
1889	11.58	12.20	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60
1890	12.76	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60	12.60
1891	16.78	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88	16.88
1892	9.86	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60	9.60
1893	8.95	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02	9.02
in diesen 14 Jahren:	157.50	157.98	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12	157.12

daraus ab die beiden höchsten und die beiden niedrigsten Jahrespreise mit:

16.78	15.76	17.46	15.64	16.71	16.32	14.92	15.08	15.26	15.34	15.98	14.56	14.32	15.74
14.56	16.88	17.76	16.64	16.41	16.80	16.54	16.04	15.46	14.74	17.44	16.78	16.20	16.44
8.98	9.02	9.34	8.70	9.16	8.70	9.10	8.78	8.12	7.92	8.86	8.24	8.28	9.16
8.24	8.12	8.74	9.06	8.44	9.36	8.56	7.72	8.18	8.74	9.22	8.98	7.84	8.44
zusammen	48.56	49.78	53.30	50.04	49.78	49.12	47.62	47.52	46.74	51.50	48.56	46.84	49.78
bleiben für 10 Jahre:	109.24	108.20	113.82	113.36	109.18	107.82	106.90	104.36	106.84	113.06	109.24	106.28	109.18

Es beträgt der Martin-Durchschnittspreis für das Feststehen Roggen, nach welchem die Getreide-Ernte des Jahres 1893 in baarem Gelde zu veranschlagen ist:

[10.92 | 10.82 | 11.38 | 11.34 | 10.92 | 11.26 | 10.78 | 10.69 | 10.44 | 10.68 | 11.31 | 10.92 | 10.63 | 10.92]

Berlin, den 2. Januar 1894.

Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschließen hat.	Datum des Ausweisungs Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Arel Waldemar Karl Kragh, Harber,	geboren am 4. Februar 1871 zu Svendborg, Dänemark, dänischer Staatsangehöriger,	Beiteln,	Polizeibehörde zu Hamburg,	6. Dezember 1893.
2	Philippine Krofer, unverehelicht,	geboren am 7. Oktober 1872 zu Ober-Lindemise, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig zu Weidenau, ebendaselbst,	gewerbemäßige Unzucht,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	11. November 1893.
3	Gustav Adolf, Arbeiter,	geboren am 29. Juni (Juli) 1872 zu Zauerwitz, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	28. November 1893.
4	Robert Gerl, Spengler,	geboren am 8. April 1863 zu St. Ulrich, Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Beiteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Coblenz,	desgleichen.
5	Anton Hollermeyer, Metzger,	geboren am 29. September 1844 zu Unterach, Bezirk Böcklabrunn, Ober-Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Beiteln,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	22. November 1893.
6	Johann Jozef Jurecki, Arbeiter,	geboren am 12. März 1852 zu Gwien, Gouvernement Kalisch, Polen,	desgleichen,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	7. Dezember 1893.
7	Konise Lang, Dienstmagd,	geboren am 1. September 1860 zu Krnasreuth, Bezirk Risch, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. gewerbemäßige Unzucht,	königlich Sächsische Kreisshauptmannschaft Zwickau,	17. Oktober 1893.
8	Marfus Lewy (Lewy), Schneider,	geboren am 20. Januar 1829 zu Kalisch, Polen,	Landstreichen u. Beiteln,	die selbe,	17. November 1893.
9	Ambros Linke, Fabrikarbeiter,	geboren am 10. September 1837 zu Zinsendorf, Bezirk Gabel, Böhmen, ortsangehörig zu Ringelsheim, ebendaselbst,	Beiteln,	königlich Sächsische Kreisshauptmannschaft Bautzen,	24. November 1893.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.

Verlagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Haysen'schen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 3.

Den 19. Januar

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 3. Oktober d. J. will Ich der Aktiengesellschaft Osthavelländische Kreisbahnen zu Nauen im Kreise Osthavelland, Regierungsbezirks Potsdam, welche den Bau einer Kleinbahn von Nauen nach Regin beabsichtigt, das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verleihen.

Hubertusstock, den 11. Oktober 1893.

gez. Wilhelm K.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Bekanntmachung.

11. An Stelle des Herrn Ferdinand Schöppe zu Havelberg ist der Herr Carl Welt ebendasselbst zum Vertrauensmann für den Bezirk VIIc. der Elbschiff-fahrts-Vereinsgenossenschaft, umfassend die Kreise Westhavelland, West- und Ost-Prignitz, vom 1. Januar 1894 ab ernannt worden. Potsdam, den 8. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Einstellung Einjährig-Freiwilliger.

12. Unter Bezugnahme auf § 94, 1 der Wehrordnung bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß nachstehende Truppentheile am 1. April 1894 Einjährig-Freiwillige einstellen:

- 1) Infanterie-Regiment von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48 in Cüstrin,
- 2) 6. Brandenburgisches Infanterie-Regiment von Alvensleben Nr. 52 (I. Bataillon) in Grossen,
- 3) 4. Brandenburgisches Infanterie-Regiment Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin Nr. 24 (I. und II. Bataillon) in Neu-Ruppin.

Potsdam, den 13. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

A. legung zweier Apotheken in Reinickendorf u. Lichtenberg b. B.

13. Im Kreise Niederbarnim sollen zwei neue Apotheken angelegt werden, und zwar je eine in Lichtenberg in der alten Dorfstraße ungefähr an der Einmündung des Pappelweges und in Reinickendorf ungefähr an der Ecke der Residenz- und Hausdorferstraße. Bewerbungen um die Concessionen nehme ich bis zum 1. März d. J. entgegen. In den Gesuchen ist anzugeben, ob die Bewerbung den beiden Anlagen oder welcher von beiden gilt.

Die Bewerber haben ihre Approbation, eine ausführliche Lebensbeschreibung mit Angabe ihrer Familien-

verhältnisse und ihrer Confession, amtlich bestätigte Zeugnisse über ihre bisherige Beschäftigung und Führung einzureichen, auch anzugeben, ob sie bereits im Besitze einer Apotheke gewesen sind und sich mit den Verhältnissen der für die Neuanlagen in Betracht kommenden Orte bekannt gemacht haben, und nachzuweisen, daß ihnen die zur Einrichtung der Apotheke und zum Ankauf des erforderlichen Grundstücks nöthigen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Bewerber, welche nach dem Jahre 1882 approbirt sind, haben keine Aussicht auf Erfolg.

Potsdam, den 12. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Die Apothekergehülfsenprüfung betreffend.

14. Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung des Herrn Reichsfanzlers, betr. die Prüfung der Apothekergehülfsen, vom 13. November 1875 habe ich den Geheimen Medicinalrath Dr. Ranzow zum Vorsitzenden, die Apotheker Stadtrath Benschel und Hofapotheker Scheinert hieselbst zu Mitgliedern, den Apotheker Probst zum stellvertretenden Mitgliede der Apothekergehülfsen-Prüfungs-Commission im hiesigen Regierungsbezirk für die Jahre 1894 bis 1896 ernannt. Die Anträge um Zulassung zur Prüfung sind an mich zu richten. Potsdam, den 13. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viechseuchen.

15. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Warquardt, Kreis Osthavelland, und des Dominiums Birk, Kreis Teltow.

Unter den Schweinen des Rostäthen Schönberg zu Boetnick, Rührberten Bütz, Pannitzfabrikanten Köhl und Hotelbesizers Krenischer zu Nauen, Kreis Osthavelland, ist die Schweinepest ausgebrochen.

Erschienen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestand des Wädnere Heese in Biesdorf, Kreis Niederbarnim, der Milzbrand unter dem Rindvieh des Wädnere Gohl zu Rangsdorf, Kreis Teltow.

Potsdam, den 16. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Verordnung.

2. Unter Abänderung des § 1 der unter dem 20. Juni 1892 erlassenen Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

wird in Ausführung des § 105 h. Absatz 2 der Reichs-Gewerbe-Ordnung für den Stadtkreis Berlin verordnet, was folgt:

§ 1. Im Handel mit Brennmaterialien dürfen **Gehäusen, Pfeiflinge und Arbeiter an Sonntagen und Festtagen** nur während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vormittags beschäftigt werden.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 5. Januar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung der Brief- und Geldannahme- und Ausgabestellen des Postamts 4 (Stettiner Bahnhof).

2. Am 14. Januar Abends nach Dienstschluss werden die Brief- und Geldannahme- und Ausgabestellen des Postamts 4 (Stettiner Bahnhof) vom Stettiner Bahnhofe nach dem Hause Schlegelstraße Nr. 14 verlegt.

Die Zweigstelle Schlegelstraße ist auch zur Annahme von Telegrammen geöffnet.

Berlin C., 10. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Gründung eines zweiten Diaconats in Charlottenburg.

4. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten wird hierdurch Folgendes bestimmt:

I. In der evangelischen Pfarodie der Louisekirche zu Charlottenburg, Diözese Köln-Land I., wird eine vierte geistliche Stelle (zweites Diaconat) errichtet.

II. Die Einrichtung tritt am 1. Januar 1894 in Kraft.
Berlin, den 10. Dezember 1893. Potsdam, den 29. Dezember 1893.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

2. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung von Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am 10. Februar 1894 Vormittags 10 Uhr in unserem Geschäftsloze, Klosterstraße Nr. 76 I. hier selbst, die Auslosung von $3\frac{1}{2}$ procent. Rentenbriefen, sowie die Vermittlung von Rentenbrief-Zinschreinen, unter Zuziehung der von der Provinzialverwaltung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 5. Januar 1894.

Königliche Direktion.

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Erweiterung der Abfertigungsbesugnisse der Haltestelle Alt-Mädewitz.

6. Vom 15. Januar d. J. ab gelangen auf der bisher nur dem Wagenladungs- und beschränkten Stückgut-Verkehr dienenden Haltestelle Alt-Mädewitz (zwischen Briezen und Jarodendorf) auch Leichen und Fahrzeuge zur Abfertigung. Ausgeschlossen hiervon bleiben nur solche Fahrzeuge, deren Ver- und Entladung nur von der Stirnseite des Eisenbahnwagens aus erfolgen kann, sowie schwerwiegende Fahrzeuge (als Lokomotiven, Künstlerwagen u. s. w.). Gleichzeitig wird die auf der genannten Haltestelle hinsichtlich des Frankaturzwanges und der Nachnahmebelastung bestehende Beschränkung aufgehoben.

Berlin, den 10. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

7. Im Binnen- und Wechselverkehr der Preussischen Staatseisenbahnen untereinander, sowie mit den Oldenburgischen Staatseisenbahnen treten mit Wirksamkeit vom 15. Januar d. J. ab für die nachstehend aufgeführten Düngemittel bei Aufgabe von mindestens 10000 kg mit einem Frachtbrief auf einen Wagen oder bei Zahlung der Fracht für dieses Gewicht Ausnahmebefreiung in Kraft, durch welche gegenüber den bisherigen Frachtsätzen Ermäßigungen herbeigeführt werden.

I. **Rohe Kalisalze** (als Kalinit, Karnallit, Kieserit, Arsat, Schwefel, Epsomit), ferner **falzinirtes Düngesalz** aus Klärschlamm oder Zwischenerzeugnissen der Kalisalzverarbeitung bis zu einem Höchstgehalt von 20% reinem Kali, endlich **Konzentrierter Kalidünger** (aus Karnallit gewonnen) mit einem Höchstgehalt von 40% reinem Kali.

II. **Kalk** (auch Dolomit, Gyps, Kreide), **gebrannt** oder **gemahlen**, und **Kalkschlamm**.

Die Anwendung der Ausnahmebefreiung für die unter II. aufgeführten Düngemittel, welche für Entfernungen über 50 km gelten, ist an den Nachweis der tatsächlichen Verwendung zum Düngen geknüpft, und erfolgt die Gewährung der Frachtermäßigung im Erstattungswege. Zunächst gelangen die regelrechten Frachtsätze zur Anwendung.

Ueber die Höhe der Ausnahmebefreiung sowie die Anwendungsbedingungen ertheilen auf Verlangen die Güterabfertigungsstellen, Auskunfts- und Verkehrs-Büreaus der betheiligten Verwaltungen Bescheid.

Berlin, den 11. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion

zugleich Namens der übrigen Königlichen Eisenbahn-Direktionen und der Oldenburgischen Staatseisenbahnen.

8. Im Binnen- und Wechselverkehr der Preussischen Staatseisenbahnen untereinander, im Binnen-Verkehr der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, im Reichsbahn-Staatbahnverkehr, sowie im Wechselverkehr der Preussischen Staatbahnen und der Reichseisenbahnen

in Elbaförbringen mit den Oldenburgischen Staats-
eisenbahnen tritt der Ausnahmetarif für Streu- und
Futtermittel hinsichtlich der unter 2a.—c. der Tarif-
ausgabe vom 10. September 1893 aufgeführten Artikel
am 1. Juli 1894 außer Kraft.

Mit demselben Tage wird auch die außerordentliche
Frachtermäßigung von 25 % für Sendungen nach den
Nothstandsbezirken — veral. IV. der obengezeichneten
Tarifausgabe — in Betreff der **sämmtlichen** Artikel
des Ausnahmetarifs, sowohl der unter **N^o 1** als auch
der unter **N^o 2** benannten, aufgehoben. Dagegen
bleibt für die unter 1 der Tarifausgabe aufgeführten
Artikel (Torsäure und Torsmull, Streutorf und Holz-
sägespäne) sowie für den später unter der gleichen
Nummer aufgenommenen Artikel „Haidekraut“ der ur-
sprünglich festgesetzte Geltungstermin (1. September
1894) bestehen.

Berlin, den 13. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

zugleich Namens der übrigen königlichen Eisenbahn-
Direktionen, der Kaiserlichen General-Direktion zu
Straßburg und der Großherzoglichen Eisenbahn-Direktion
zu Oldenburg.

9. Vom 22. Januar d. J. ab wird der Vorortzug
1021, bisher Potsdam ab 700 Vorm., wie folgt, ver-
legt: Potsdam ab 6⁵⁵ Vorm., Nowawes Neuendorf
ab 703, Neubabelsberg ab 708, Wannsee an 713, ab 716,
Grünwald ab 728, Charlottenburg an 734, ab 737.
Von hier ab verkehrt der Zug in dem bisherigen Fahr-
plane. Berlin, im Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

betreffend den Betrieb der Personen-Dampfschiffahrt auf der
rennischen Elbüferseite von der sächsischen Grenze bis zur See-
mündung. Vom 21. Dezember 1893.

Auf Grund des § 138 des Gesetzes über die
allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883
(Gel. S. 195) werden hierdurch für die Ausübung der
Dampfschiffahrt auf der Elbe zum Zweck der gewerbs-
mäßigen Beförderung von Personen folgende Vor-
schriften erlassen.

§ 1. Erlaubniß.

Für jedes Dampfschiff oder Dampfboot, welches auf
der Elbe zur Personen-Beförderung benutzt werden soll,
ist außer dem im § 10 der Additional-Acte zur Elb-
schiffahrtsacte vom 13. April 1844 vorgeschriebenen
Schiffpatent noch ein besonderer Erlaubnißschein des
Bezirks-Wasserbauinspektors der Elbstrom-Bauverwal-
tung erforderlich. Dieser Erlaubnißschein ist durch den
Schiffeigner oder Schiffsführer in jedem Jahre vor
Beginn der Schiffsahrt von Neuem zu erwirken.

Zuständig für die Ertheilung des Erlaubnißscheines
ist der Baubeamte, in dessen Bezirk der Wohnsitz des
Unternehmers liegt, oder, im Falle dieser außerhalb des
Bereichs der Elbstrom-Bauverwaltung wohnt, der Bau-
beamte, zu dessen Bezirk der Ausgangsort des Unter-
nehmens gehört. Wenn jedoch die Fahrten von einer

anderen Wasserstraße auf die Elbe übergehen, ist der-
jenige Baubeamte zuständig, dessen Bezirk bei den
Fahrten zuerst berührt wird.

In dem Erlaubnißschein wird die zulässige Anzahl
der gleichzeitig auf dem Dampfschiffe oder Dampfboote
zu befördernden Personen und die Zahl der Bemannung
bestimmt. Die in anderen Elbuferstaaten heimatberech-
tigten Dampfschiffe oder Dampfboote unterliegen vor-
stehenden Bestimmungen nicht, sofern sie von ihrer zu-
ständigen Behörde einen Erlaubnißschein zum Betriebe
der Personen-Dampfschiffahrt auf der Elbe führen und
die höchste Anzahl gleichzeitig aufzunehmender Personen
darin festgesetzt ist. Das Schiffpatent und der Er-
laubnißschein sind stets auf dem Schiffe mitzuführen.

§ 2. Beschaffenheit und Ausrüstung des Dampfschiffs.

Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, daß das
Dampfschiff nebst Dampfessel und Maschine während
des Betriebes sich in gutem und brauchbarem Zustande
befindet.

Die Zahl der Personen, welche nach dem Erlaub-
nißschein gleichzeitig auf dem Schiffe befördert werden
darf, ist auf einer in die Augen fallenden Tafel in
mindestens 15 cm hoher Schrift anzugeben.

Das für die Benutzung der Fahrgäste bestimmte
Deck muß mit einer starken Einfriedigung von mindestens
85 cm Höhe, von Oberkante Deck aus gemessen, ver-
sehen sein. Besteht die Einfriedigung aus Stützen,
welche unter einander durch Stangen oder Ketten ver-
bunden sind, so darf die Entfernung der Stützen von
einander 1 m nicht überschreiten. Dieselben müssen am
oberen Ende mit einer festen Handleiste und in den
Zwischenseitern mit Gesecht oder Ketten versehen sein,
um ein Durchfallen von Personen zu verhindern.

Eingänge zu den Maschinen- und Kesselräumen und
die Treppenzugänge müssen sicher eingefriedigt oder in
anderer Weise gegen das Hinein- oder Herabfallen ge-
schützt sein. Die Stellung der Steuervorrichtung und
Commandobrücke muß den dort beschäftigten Personen
einen freien Ueberblick nach allen Seiten gewähren, auch
daß der Zugang vom Deck zur Steuervorrichtung und
Commandobrücke durch Fahrgäste nicht behindert sein.

Jedes Dampfschiff hat bei einer Aufnahmefähigkeit
bis zu 200 Personen mindestens ein Boot bei größerer
Aufnahmefähigkeit mindestens 2 Boote mitzuführen,
welche stets unbeladen bleiben müssen und sofort zum
Gebrauch klar gemacht werden können. Bei denselben
Dampfschiffen und Dampfbooten, welche sich auf kurze
Fahrten in der Nähe belebter Ufer beschränken,
kann die Mitführung von Booten durch den Bezirks-
Wasserbauinspektor erlassen werden. Jedes Dampfschiff
muß mit einem der Größe des Schiffes entsprechenden
Anker sammt zugehöriger Kette sowie mit allem sonstigen
Zubehör der Schiffsahrt ausgerüstet sein. Bei Dampf-
schiffen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als
100 Personen ist noch ein Reserveanker nebst Kette an
Vord zu halten. Jedes zur Personensahrt benutzte
Dampfschiff hat bei einer Aufnahmefähigkeit bis 200 Per-

jonen 4 Rettungsringe und für je 100 Personen mehr je einen weiteren Rettungsring zu führen, welche auf dem Schiff zweckmäßig vertheilt an leicht zugänglichen Stellen aufzubewahren sind.

§ 3. Schiffbesatzung.

Auf jedem zur Personenfahrt bestimmten Dampfer müssen während des Betriebes der Schiffsführer und die für den Dampfkessel, die Maschine und den Schiffsfahrtbetrieb erforderliche Bedienungsmannschaft (§ 1) anwesend sein.

Bei Dampfschiffen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 200 Personen muß außer dem Schiffsführer noch eine zweite Person der Schiffbesatzung das für die Ausübung der Dampfschiffahrt auf der Elbe vorgeschriebene Schifferpatent besitzen.

§ 4. Ausübung des Betriebes.

Kein Personendampfer darf gleichzeitig eine größere Zahl von Personen befördern, als nach dem Erlaubnißschein zulässig ist.

Zum Auf- und Absteigen sind von den Fahrgästen nur die dazu bestimmten Ein- und Ausgänge, Treppen und Landebrücken zu benutzen. Das Auf- und Absteigen darf bei Anlegestellen erst nach vollständiger Festlegung des Dampfschiffs, bei Rahnstationen erst nach eingetretenem Stillstande der Maschine erfolgen und hat im Uebrigen nach näherer Anweisung des Schiffsführers oder der polizeilichen Aufsichtsbeamten stattzufinden. Auf Anordnung derselben müssen die an Bord befindlichen oder überzähligen Personen das Schiff verlassen. Nach Ankunft des Dampfschiffs am Anlegeplatz dürfen Personen nicht eher aufsteigen, als bis die das Schiff Verlassenden abgestiegen sind. Das Aus- und Einladen von Gütern, mit Ausnahme des Gepäcks der absteigenden Fahrgäste, darf an den für das Auf- und Absteigen der Personen dienenden Ausgängen oder Landebrücken erst erfolgen, nachdem die absteigenden Fahrgäste das Schiff verlassen haben. Dagegen haben an den Rahnstationen die auf das Dampfschiff aufsteigenden Personen den Kahn zuerst zu verlassen und es darf die Aufnahme der vom Dampfschiff absteigenden Personen in den Kahn erst erfolgen, nachdem auch alle für das Dampfschiff bestimmten Güter auf dieses geschafft worden sind.

Jedermann muß für das unbehinderte Auf- und Absteigen, sowie Aus- und Einladen Platz machen. Das Drängen, Stoßen und Schieben ist hierbei verboten.

Während des Aus- und Einsteigens der Fahrgäste ist neben dem Landungssteg mindestens ein Bootsmann zur Aufrechterhaltung der Ordnung hinzustellen. Sofern nach eingetretener Dunkelheit eine Benutzung des Landungssteges durch Fahrgäste stattfinden soll, ist für eine gehörige Beleuchtung desselben Sorge zu tragen.

Den Fahrgästen ist das Betreten der Commandobrücke und der Radkasten nicht gestattet. Auf denjenigen Dampfschiffen, welche ein vorschristsmäßig hergerichteter Oberdeck mit besonderem Ausgang führen, darf dieses von den Fahrgästen nach näherer Bestimmung des Schiffsführers zum Aufenthalt benutzt werden. Bedingung ist hierbei, daß der Stand des Schiffsführers und

Steuermannes durch die das Oberdeck betretenden Fahrgäste in keiner Weise behindert wird.

Bei Fahrten während der Nacht oder bei dichtem Nebel muß auf dem von Personen stets freizuhaltenden Vordertheil des Deckes eine Wache aufgestellt sein.

Wenn auf einer Station das Ausnehmen oder Absetzen von Fahrgästen ohne Gefahr für die Personen nicht erfolgen kann, so darf solches nicht stattfinden. Vor der Abfahrt von einer Anlegestelle und bei der Annäherung an Anlegestellen ist mit der Schiffsglocke zu läuten. — Im Uebrigen gelten für die Ausübung des Betriebes und hinsichtlich der gegenseitigen Befugnisse und Obliegenheiten des Schiffsführers, der Mannschaften und der Fahrgäste die für die Dampfschiffahrt auf der Elbe bestehenden allgemeinen Vorschriften.

§ 5. Regelmäßige Fahrten.

Unternehmer, welche Fahrten zwischen bestimmten Orten mit regelmäßig festgesetzten Abfahrts- und Ankunftszeiten unterhalten wollen, haben zuvor der Polizeibehörde des Unternehmungsortes einen Fahrplan nebst Tarif vorzulegen, aus welchem sich die Abfahrts- und Ankunftszeiten ersehen lassen.

Der Fahrplan nebst Tarif ist, nach erfolgter Genehmigung durch die Polizeibehörde, durch Anschlag an den Abfahrtsstellen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und, soweit nicht unvermeidliche äußere Veranlassungen es hindern, pünktlich einzubalten.

Höhere Fahrpreise, als tarismäßig festgesetzt, dürfen unter keinen Umständen gefordert werden.

Von der Ausnahme wie der Einstellung der Fahrten sind die Polizeibehörde des Orts und die zuständigen Bezirks-Wasserbauinspektoren in Kenntniß zu setzen, auch sind Betriebseinstellungen durch Anschlag an den Abfahrtsstellen bekannt zu geben.

§ 6. Einrichtung von Anlegestellen.

Zur Einrichtung und Benutzung von Anlegestellen für die Personen-Dampfschiffahrt ist, abgesehen von der etwa sonst dazu erforderlichen Genehmigung, eine besondere Erlaubniß des zuständigen Bezirks-Wasserbauinspektors einzubohlen.

An jeder Anlegestelle sind die nach Anordnung des Baubeamten erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um das Aus- und Einsteigen der Fahrgäste gefahrlos und bequem zu machen.

Die Landungsstiege müssen mindestens 1 m breit und an beiden Seiten mit einem Geländer versehen sein.

§ 7. Polizeiliche Beaufsichtigung.

Jedes Dampfschiff oder Dampfboot, mit welchem Personen befördert werden, unterliegt hinsichtlich der baulichen Beschaffenheit des Schiffskörpers, der Maschine, der Kessel und der Ausrüstung der Aufsicht des zuständigen Bezirks-Wasserbauinspektors. Dieser ist befugt, sich jeder Zeit persönlich oder durch ihm unterstellte Beamte während des Stilliegens und während der Fahrt des Schiffs von dem Zustande desselben zu überzeugen. Die Führer, Maschinisten und Mannschaften des Fahrzeuges unterliegen in Bezug auf ihre Befähigung ebenfalls der Beaufsichtigung des zuständigen Be-

Wasserbauinspektoren. Dampfschiffe, welche den vorstehend gestellten Anforderungen nicht entsprechen, werden erforderlichen Falls polizeilich außer Betrieb gestellt, und dürfen erst wieder in Betrieb genommen werden, nachdem dies polizeilich genehmigt worden ist. Den zuständigen Aufsichtsbeamten ist die zum Zweck der Ueberwachung des Betriebes erforderlich werdende Mitfabri unentgeltlich zu gestatten.

§ 8. Strafen.

Uebertretungen vorstehender Bestimmungen werden, soweit sie in den allgemeinen Gesetzen nicht mit höheren Strafen bedroht sind, mit Geldstrafe bis zu 60 M., oder mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 9. Schlussbestimmung.

Diese Polizei-Verordnung tritt vom 1. April 1894 ab in Kraft. Derselben entgegenstehende Bestimmungen sind von da ab aufgehoben.

Magdeburg, den 21. Dezember 1893.

Der Chef der Elbschiffbauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Sachsen von und für Pommern: C. C.

Personalchronik.

Im Kreise Oberthurn ist an Stelle des Majors d. D. von Jena in Göthen, welcher sein Amt krankheitsbedingt niedergelegt hat, dessen Sohn, der Lieutenant der Reserve von Jena zum Amtsvorsteher des Amtes bezugs L., Göthen, und an Stelle des aus dem Bezirke entlassenen Amtsgutsbesizers Karbe zu Richterfelde der Amtsbezirks Reuter zu Puchow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VI., Richterfelde, ernannt worden.

Der in die Oberpfarrstelle zu Templin berufene bisherige Oberpfarrer und Superintendent Louis Paul Andreas Friedrich Müller in Beeslow ist zum Superintendenten der Diözese Templin ernannt worden.

Der bisherige Agent und Reiseprediger für die innere Mission im Darmstadt Carl Julius Immanuel Wagner ist zum Pfarrer der Pfarodie Prigge, Diözese Altstadt Brandenburg, bestellt worden.

Die Gemeindefchullehrer Dittschlag und Pops sind als Gemeindefchul-Rectoren in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam. **Ernannt** ist der Postkassirer Severin in Potsdam zum Kaiserlichen Postinspektor.

Versezt sind die etatsmäßig angestellten Postassistenten Bosh von Brandenburg (Havel) nach Berlin und Danick von Berlin nach Brandenburg (Havel).

Gestorben ist der Postsekretair Dunkel in Wittstock (Thyringen).

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Den Eingeseffenen unseres Bezirke machen wir hiermit bekannt, daß die Justizbehörden den Namen der Stadt Gremmen fortan mit dem Anlaute K, also Kremmen schreiben werden.

Kremmen, den 12. Januar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimat	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschloß	Datum des Ausweisungs-Beschlusses
1.	Jacob Voehl, Buchdrucker,	geboren am 15. März 1877 zu Reusseg, Bezirk Radkersburg, Steiermark, österreichischer Staatsangehöriger,	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar	5. Dezember 1893.
2.	Ferdinand Martin, Arbeiter,	geboren am 30. September 1848 zu Lüttich, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	14. November 1893.
3.	Karl Rentwig, Tagearbeiter,	geboren im Jahre 1834 zu Debrec, Bezirk Leithna, Böhmen, ortsangehörig zu Reßelsdorf, ebendasselbst,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	2. Dezember 1893.
4.	Samuel Peyvan, Posamentier,	geboren am 15. Oktober 1875 zu Jpoh-Jeschense bei Budapest, österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	6. Dezember 1893.

N.º	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund	Behörde,	Datum
	des Ausgewiesenen		der Verurtheilung	welche die Ausweisung beschlossen hat	des Ausweisungs-Beschlusses
5	Krang Schindler, Fabrikarbeiter,	geboren am 26. Mai 1869 zu Waldhof, Bezirk Deutsch-Brod, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger.	Landstreicherei, Betteln u. großer Unrug,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regensburg,	25. November 1893.
6	Franz Schmid, Bäcker u. Waldarbeiter,	geboren am 4. Oktober 1827 zu Stadeln, Bezirk Schützenhofen, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger.	Landstreicherei u. Betteln,	dasselbe,	22. November 1893.
7	Josef Seemann, Böttcher,	geboren am 26. Juli 1846 zu Teischn, Böhmen, desgleichen,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungsrath zu Breslau,	2. Dezember 1893.
8	Johann Jakob Seyser, Schlosser,	geboren am 6. Juni 1846 zu Basel, Schweiz, ortsangehörig zu Klein-Hünningen, Kanton Basel,	desgleichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	20. November 1893.
9	Eduard Tiege, Bäckergehilfe,	geboren am 15. Oktober 1871 zu Ruzija, Böhmen, ortsangehörig zu Schindelswald, Bezirk Graslitz, ebendaselbst,	Landstreicherei,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	21. September 1893.
10	Robert Vogel, Weber und Arbeiter,	geboren am 12. November 1864 zu Alerandrowo, Russland,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungsrath zu Stettin,	3. Dezember 1893.
11	Ludwig Wable, Buchbinder,	geboren am 8. April 1853 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	2. November 1893.
12	Karl Walter, Kellner,	geboren am 14. Juli 1870 zu Währing bei Wien, ortsangehörig zu Wien,	Landstreicherei,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	20. November 1893.
13	Albrecht Wittwer, ohne Stand,	54 Jahre alt, geboren zu Schanzen, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Sachbeschädigung, Landstreicherei, Betteln und Schmähung öffentlicher Diener,	Großherzoglich badischer Landeskommissar zu Freiburg,	5. Dezember 1893.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Pagen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. W. Haysen Erben.

Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 4.

Den 26. Januar

1894.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Verordnung ortspolizeilicher Verordnungen im Kreise Niederbarnim
16. Auf Grund des § 144 Absatz 2 des Gesetzes
 über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli
 1883 bestimme ich hierdurch unter dem Vorbehalte des
 jederzeitigen Widerrufs, daß die in dem Amtsbezirke
 Weissensee des Kreises Niederbarnim zu erlassenden
 ortspolizeilichen Verordnungen ihrem ganzen Inhalte
 nach sowohl in das amtliche Kreisblatt für Nieder-

barnim als auch in den zu Neu-Weissensee, z. B. im
 Verlage von L. A. Kenna erscheinenden „Amtlichen
 Anzeiger für Weissensee und Umgegend“ aufzunehmen
 sind und daß hiervon deren Gültigkeit abhängig
 sein soll.

Im Uebrigen verbleibe es bei den Bestimmungen
 meiner Verordnung vom 25. Juni 1886 — Beilage
 zum 28. Stück des Amtsblattes von 1886. —
 Potsdam, den 18. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

17. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat December 1893 beobachteten Wasserstände

Datum.	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	
1	32,30	30,74	2,66	0,76	1,09	2,18	1,02	1,32	0,84	1,78
2	32,28	30,64	2,68	0,76	1,13	2,14	1,08	1,32	0,86	1,78
3	32,30	30,74	2,66	0,72	1,13	2,16	1,08	1,32	0,88	1,80
4	32,30	30,76	2,70	0,84	1,13	2,20	1,10	1,32	0,90	1,82
5	32,28	30,78	2,70	0,78	1,14	2,22	1,16	1,32	0,94	1,86
6	32,28	30,78	2,64	0,86	1,15	2,22	1,20	1,32	0,94	1,86
7	32,28	30,78	2,64	0,82	1,16	2,24	1,22	1,32	0,96	1,86
8	32,28	30,78	2,64	0,82	1,16	2,22	1,24	1,32	0,98	1,86
9	32,28	30,76	2,68	0,80	1,15	2,30	1,18	1,32	1,00	1,86
10	32,26	30,68	2,64	0,80	1,15	2,22	1,26	1,40	1,00	1,86
11	32,26	30,68	2,68	0,80	1,15	2,20	1,26	1,46	1,00	1,86
12	32,28	30,64	2,66	0,76	1,14	2,20	1,28	1,50	1,00	1,80
13	32,28	30,64	2,66	0,76	1,14	2,18	1,30	1,52	1,00	1,80
14	32,28	30,64	2,66	0,76	1,13	2,20	1,32	1,52	1,00	1,80
15	32,28	30,74	2,66	0,76	1,12	2,22	1,32	1,52	1,04	1,80
16	32,26	30,70	2,64	0,82	1,13	2,24	1,34	1,52	1,04	1,80
17	32,30	30,70	2,66	0,76	1,13	2,20	1,34	1,52	1,04	1,84
18	32,30	30,86	2,64	0,84	1,13	2,20	1,34	1,54	1,06	1,88
19	32,30	30,90	2,62	0,88	1,14	2,22	1,36	1,56	1,08	1,90
20	32,28	30,90	2,64	0,90	1,15	2,22	1,36	1,58	1,08	1,90
21	32,28	30,90	2,66	0,88	1,17	2,22	1,36	1,58	1,10	1,90
22	32,28	30,84	2,68	0,88	1,18	2,22	1,36	1,58	1,10	1,92
23	32,28	30,84	2,70	0,88	1,18	2,22	1,36	1,58	1,10	1,92
24	32,28	30,80	2,62	0,86	1,19	2,24	1,42	1,58	1,12	1,92
25	32,28	30,80	2,60	0,86	1,19	2,22	1,42	1,58	1,14	1,92
26	32,28	30,80	2,62	0,86	1,19	2,22	1,44	1,60	1,14	1,92
27	32,26	30,78	2,68	0,86	1,21	2,22	1,46	1,60	1,14	1,92
28	32,28	30,78	2,62	0,90	1,20	2,22	1,48	1,60	1,14	1,92
29	32,28	30,78	2,64	0,86	1,19	2,20	1,50	1,60	1,14	1,92
30	32,28	30,78	2,62	0,82	1,18	2,20	1,50	1,60	1,14	1,92
31	32,26	30,78	2,62	0,80	1,17	2,18	1,48	1,60	1,14	1,92

Potsdam, den 19. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Polizeiverordnung.

18. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265), und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.), wird mit Zustimmung des Regimentschusses für die von der Dahme, der Spree, dem Rieger Graben und dem Schloßgraben umflossene Altstadt von Köpenick folgende Polizeiverordnung erlassen:

Artikel I.

Die §§ 2 bis 6 der Bau-Polizeiordnung für die Vororte von Berlin, vom 3. Dezember 1892 werden für den vorangeführten Stadtbezirk von Köpenick aufgehoben. An ihre Stelle treten daselbst die folgenden Bestimmungen:

§ 1.

Zulässige Bebauung der Grundstücke, Hofraum, Entfernung der Gebäude von einander und von der Grenze.

1) Es dürfen $\frac{2}{3}$ bei Eckgrundstücken $\frac{3}{4}$ der Gesamtfläche eines Grundstücks bebaut werden.

2) Die Bebauung muß durch Höhe von mindestens 90 qm — auf Eckgrundstücken von mindestens 60 qm — Grundfläche, deren geringste Abmessung 6 m beträgt, derart unterbrochen werden, daß die zwischen den Höfen liegenden Gebäudetheile in der Regel eine Tiefe von 18 m nicht überschreiten.

3) Bei Berechnung der Fläche, welche hiernach bebaut werden darf, werden die in Aussicht genommenen Baulichkeiten jeder Art einschließlich aller Vorbauten gemessen in einer 1 m über der Straßenoberfläche gedachten Grundebene — in Ansatz gebracht. Nicht mit berechnet werden: Asch- und Müllbehälter, Freitreppen, die eine Grundfläche von 3 qm und eine Höhe von 1 m nicht überschreiten, massive Grenzmauern, deren Höhe das Maß von 1,80 m nicht übersteigt und deren Stärke sich innerhalb der durch die Zweckbestimmung gegebenen Grenze hält, Grenzzäune aus Holz oder Eisen, Mistbeete und Treibkästen, die nicht höher als 1 m sind.

4) Zwischen allen nicht unmittelbar zusammengebauten Gebäuden muß durchweg ein freier Raum von 6 m innegehalten werden. Das Gleiche gilt für vorspringende Theile desselben Gebäudes, wenn die einander zugekehrten Wände Oeffnungen erhalten sollen. Werden nur in einer Wand Oeffnungen oder überbaut, keine Oeffnungen angelegt, so genügt ein Abstand von 3 m.

5) Die Gebäude sind vorbehaltlich der Vorschrift unter Buchst. 6 unmittelbar an der Grenze zu errichten oder müssen in allen ihren Theilen von ihr mindestens 4 m entfernt bleiben.

6) Quergebäude müssen in allen ihren Theilen von der hinteren Grundstücksgrenze um die Hälfte ihrer Höhe, mindestens aber 6 m entfernt bleiben.

7) Nebenanlagen, wie Ställe, Schuppen, Waschbäuer, Bedürfnisanstalten, Schuttdächer, Verbindungshallen, Regeltabnen, Gewächshäuser u. s. w., sowie

Verstärken jeden Umfanges dürfen, wenn sie nicht höher als 6 m bis zur Traufe und 9 m bis zum First aufgeführt werden, unmittelbar an der hinteren oder seitlichen Grenze errichtet werden.

8) Wo vorstehend von Abständen zwischen Gebäuden und Gebäudetheilen unter sich oder von Grenzen die Rede ist, ist das Maß senkrecht zu den Umfassungswänden zu nehmen. Gefälleversprünge bis 0,30 m Ausladung bleiben außer Betracht.

Höhe der Gebäude und Geschoszahl.

1) An Straßen, welche weniger als 10 m breit sind, dürfen Gebäude bis auf 10 m Höhe aufgeführt werden. An Straßen von größerer Breite darf die Höhe der Gebäude an ihnen die zwischen den Straßenfluchtlinien gemessene Straßenbreite, keinesfalls aber 15 m überschreiten. Hintere Gebäude, wie Seitenflügel, Mittelflügel, Quergebäude u. s. w. dürfen in der Höhe die Ausdehnung des Hofraumes vor ihnen, senkrecht zur Front gemessen, um nicht mehr als 5 m überschreiten, niemals aber höher als 15 m aufgeführt werden. Ist die Straßenbreite ungleich oder ist der Hofraum unregelmäßig gestaltet, oder liegt ein Gebäude an mehreren Straßen, so findet Durchschnittsberechnung statt. Bei der Anlage zweier oder mehrerer Höfe sind die Höhen der hinteren Gebäude nach dem Durchschnitt derjenigen einzelnen Höhen zu berechnen, welche aus der Ausdehnung der das Gebäude umgebenden Höfe hervorgehen. Diejenigen Theile der Seitenflügel, welche zu dem im Vorderbau belegenen Durchgangszimmer, der sogenannten Berliner Suite, gehören, dürfen nebst dem sich an letztere unmittelbar anschließenden Treppenhause für eine Hinterterrasse die gleiche Höhe erhalten, wie das Vordergebäude selbst.

2) Unter Höhe der Gebäude wird für das Vordergebäude das Maß von der Oberflache des Bürgersteiges und für hintere Gebäude das Maß von der Oberflache des Hofraumes bis zur Oberkante des Hauptgesimses und, wo die Anlage einer Anhöhe beabsichtigt wird, bis zu deren Oberkante verstanden. Bei geneigter Oberflache des Bürgersteiges oder Hofraumes in der Längsrichtung der Frontwand ist das mittlere Höhenmaß in Rechnung zu stellen.

3) Oberhalb der zulässigen Fronthöhe dürfen Dächer über eine in einem Winkel von 45° zu der Front gedachte Vertikale nicht hinausgehen. Wird der Ausbau von Thürmen, Giebeln, Dachlufen und dergl. beabsichtigt, so findet Durchschnittsberechnung für die Fronthöhe statt. Die höheren Aufbauten dürfen die zulässige Durchschnittshöhe nicht um mehr als ein Fünftel überschreiten und zusammen nicht mehr als ein Viertel der Gebäudelfrontlänge einnehmen.

4) Es dürfen nicht mehr als drei zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Geschosse über einander angelegt werden.

5) Außerdem darf das Dachgeschoss in übrigens ein- und zweigeschossigen Gebäuden in beliebiger Ausdehnung, in übrigens dreigeschossigen aber nur bis zu

einem Viertel der Grundfläche zu Zwecken des dauernden Aufenthaltes von Menschen eingerichtet werden. Im Kellergeschoße dürfen Räume zu dem gleichen Zwecke überhaupt nicht eingerichtet werden.

Artikel II.

Die Erbauung neuer und der Wiederaufbau eingegangener Scheunen ist untersagt. Dem Neubau werden alle solche Hauptreparaturen gleichgeachtet, welche bestimmt sind, das Gebäude in seinem Hauptbestande zu erhalten, um so der Nothwendigkeit eines Neubaus zu entgegen. Hierher gehören insbesondere

- a. die Erneuerung der Fundamente oder der Wände bis unter Dach,
 - b. die Erneuerung des Dachstuhles und Sparrwerkes.
- Auch die Vergrößerung vorhandener Scheunen ist verboten.

Potsdam, den 22. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hüb de Graaf.

Konsulat für Portugal.

19. Der bisherige Portugiesische Vizekonsul Samuel Felix Eisenmann ist zum Konsul für Portugal in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 22. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Die Viehseuchen.

20. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Bauers Vais in Ruhdorf, Kreis Ostprignitz, die Bruchseuche unter den Pferden des Gutsbesizers Krüger zu Dauer, Kreis Prenzlau, des Rittersgutsbesizers von Klippitz zu Demerthin, Kreis Ostprignitz.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche in Wölfsdendorf, Kreis Ober-Barnim, auf Gut Tauche, Kreis Biesdorf-Storkow, die Bruchseuche unter den Pferden der 2. und 3. Lehrbatterie der Artillerie-Schießschule in Zückerbrog, Kreis Zückerbrog-Luckenwalde.

Potsdam, den 23. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

3. Diejenigen Personen, welche in dem bevorstehenden Frühjahr Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Friedrichshagen, Gr. Lichtefeld, Grünau (Mark), Liepe (Oder), Ludwigsfelde, Neuruppin, Nowawes-Neuendorf, Oberberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Ar. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis Ende Februar an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte und für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst zu richten. Später eingehende Anmeldungen können erst in dem zweiten, nach dem 1. August beginnenden Bauabschnitte berücksichtigt werden.

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 15. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

4. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgelieferte Bnanbringliche Postsendungen:

1. Briefe mit Werthinhalt:

An: Sina: Pionofina in Petersburg	mit 10 Rubel	24. Januar 1893,
An: M. M. Rhes in Colorado Cañon	10 Dollar	14. August
An: Gavrie Gizekka in Budapest	5 Gulden	14. August
An: Paul Lemke in Hamburg	1 M. 40 Pf.	15. August
An: Gavrie Gizekka in Budapest	2 Gulden	17. August
An: Frau Hamann in Berlin	15 M.	29. August
An: Paul Beger in Comp. in Ostpr.	1 M. 40 Pf.	1. September
An: W. Kuchal in Hirschberg Ostpr.	7 Gulden	13. September
An: Monteur Brühn in Berlin	1 M. 10 Pf.	22. September
An: Marie Bärmolf in Andisleben bei Walsleben	1 M.	28. September
An: Emil Berg in Jossen	1 M.	1. Oktober
An: L. Mierschal in Berlin	37 M. 50 Pf.	7. Oktober
An: Frau Heinemann in Berlin	10 M.	27. Oktober
An: C. J. Wolff in Berlin	5 M.	31. Oktober
An: M. Willebrath in Berlin	1 M.	1. November
An: Brüdners in Berlin	3 M.	1. November
An: Karoline Schröder in Berlin	1 M.	1. November

2. Postanweisungen:

An: Fauché in Chateau de la Grave	über 97 M. 44 Pf.	25. Februar 1893,
An: Königsdorf in Braunschw.	6 M. 12 Pf.	24. März
An: Berenda in London	2 M. 56 Pf.	30. März

nach Magdeburg
 Gumbinnen
 Braunschweig
 Feldberg M.
 Postamt in Kaldenkirchen
 nach Hamburg
 Berlin
 Lauer (Sachsen)
 Berlin SO.
 Batinen
 Braunschweig
 Frau Köhn von Jasli in Berlin
 Polizei-Hauptkassse in Berlin
 P. Lüdders & J. Mayer in Hamburg
 nach Berlin
 Polizei-Hauptkassse in Berlin
 G. Maciejewski in Berlin
 Schwarz Heilmann in Bremen
 Salomon Käufer in Arafau
 Jul. Kapfer in Hamburg
 Frau Warrendorf in Berlin
 Administrator Dietrich in Berlin
 Anna Thunig in Berlin
 Piarrer Schuppan in Neuchadow b. W. Buchholz
 A. Iserhorst in Hannover
 Salomon Käufer in Myslowitz
 Gustav Scholz in Breslau
 Röbel in Berlin
 die Gerichtskassse II. in Berlin
 Carl Heidemann in Berlin
 Friedr. Schulz in Berlin
 Anton Albrecht in Obornick

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen bei der Ober-Postdirektion schriftlich zu melden. Anderenfalls werden die bezeichneten Beträge der Post-unterstützungskasse überwiesen werden.
 Berlin C., 17. Januar 1894.

über 10 M. 5 Pf. 6 April 1893,
 3 M. 10 Pf. 10. April 1893,
 27 M. 24. April 1893,
 2 M. 60 Pf. 25. April 1893,
 2 M. 10 Pf. 4. Mai
 1 M. 80 Pf. 12. Juni
 1 M. 50 Pf. 3. Juli
 13 M. 70 Pf. 11. Juli
 8 M. 30 Pf. 14. Juli
 3 M. 25 Pf. 22. Juli
 4 M. 20 Pf. 27. Juli
 100 M. 24. August
 3 M. 26. August
 10 M. 28. August
 1 M. 28. August
 3 M. 5. September
 34 M. 50 Pf. 5. September
 2 M. 8. September
 29 M. 10. September
 6 M. 5 Pf. 16. September
 6 M. 16. September
 3 M. 90 Pf. 22. September
 5 M. 28. September
 3 M. 28. September
 10 M. 18 Pf. 6. Oktober
 30 M. 16. Oktober
 15 M. 17. Oktober
 1 M. 5 Pf. 21. Oktober
 1 M. 65 Pf. 30. Oktober
 3 M. 5 Pf. 2. November
 17 M. 70 Pf. 3. November
 4 M. 4. November

Der kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung

I. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 18. Verlosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern zum 1. Mai 1894 mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern ver-schriebenen Kapitalbeträge vom 1. Mai 1894 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der später zahlbar werdenden Zinsscheine Reihe XIV. Nr. 6 bis 8 bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, Taubenstraße, 29, hierseits zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen

schon vom 2. April 1894 ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Zilgungskasse zur Prüfung vor-zulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Aus-zahlung vom 1. Mai 1894 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinsscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Mai 1894 hört die Ver-zinsung der verloosten Kurmärkischen Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Kur-märkischen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerkten aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den Kündigungssterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuld-verschreibungen über die Zahlungseistung nicht einlassen. Formulare zu den Quittungen werden von sämt-lichen obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 2. Januar 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung der Königl. Direction des Friedrich-Wilhelms-Gestüts.

Stationirung der Landbeschäler pro 1894.

Im Regierungsbezirk Potsdam werden im Jahre 1894 von Anfang Februar bis gegen Ende Juni Beschäler des Brandenburgischen Landgestüts zur Stutenbedeckung aufgestellt werden, und zwar:

Stationort	Kreis	Namen der Hengste	Farbe und Größe	Abkürzung	Treffen ein am	Beginn der Stutenbedeckung
Friedr. Wilhelms-Gestüt	Ruppin	Botschafter	Ruchb	174 Chamant oder Miss Boswell	1. Febr.	1. Febr.
		L. Vollblut		Dreadnought		
		Potrimpos	Ruchb	160 Chamant oder Pulcherrima		
		Vollblut				
		Famos	Stamm	176 Lord Glasgow Fama		
Pindow	do.	Nichts	Hellbraun	175 Nord vom Güstrow		
		Mähgo	Braun	173 Mandrake oder Fortress		
		Vollblut				
		Lorenzo	Rappe	172 Clavigo oder Lioness	2. Febr.	3. Febr.
		Corsar	Braun	170 The Colonel vom Nord		
Fregdorf	do.	Sterlet	Braun	170 Chamant oder Staffa	1. Febr.	2. Febr.
		Columbus	Dunkelbraun	173 Dreadnought oder Columnia		
Blandisow	Ost-Prignitz	Heros	Hellbraun	168 do. oder Hermine		
		J. Martin	Schwarzbr.	170 Martin oder Horn Athlet		
		Graf Roon	Rappe	170 Vulcan oder Brünnette		
Triglib	do.	Gustav	Rothbraun	177 J. Güstrow oder Matador	2. Febr.	3. Febr.
		Pastamirer	Ruchb	177 Jessick vom Jobst		
Dannenwalde	do.	Bogislav	Ruchb	177 Botschafter oder vom Morpheus	1. Febr.	2. Febr.
		Tudor	Braun	168 Dreadnought oder Tilp		
Stadenitz	do.	Victor	do.	173 Larifari oder Victoire		
		Vulcan	Rappe	168 Venzuela oder Fregatte		
		Gilbert	Ruchb	172 Bettelmann oder Glade		
Lenzen	West-Prignitz	Der Komet	Hellbraun	170 Thor oder vom Champion	3. Febr.	5. Febr.
		Bismark	Ruchb	172 Nordlicht oder vom Alhambra		
		Uhland	Braun	174 Dreadnought oder General		
		Coriolan	Rappe	170 Clavigo oder Columnia		
Wilsonsdorf	do.	J. Eberhard	Dunkelbraun	174 Eberhard oder Cleveland-Stute	2. Febr.	3. Febr.
		Siegfried	Ruchb	172 Chamant oder Sidonie		
		Candidat H.	Ruchb	175 Julius oder vom Süd		
		Colmar	Rappe	168 Lebas oder Brünnette		
Cumlosen	do.	Neekar	Braun	179 Nadlock oder vom Flick	3. Febr.	5. Febr.
		Desiderius	Ruchb	173 Larifari oder Désirée		
		Kögel	Rappe	170 Herrscher oder Horaz-Stute		
Stresow	do.	Martini	Braun	172 Hermit oder Sathy-Shof		
		Vollblut				
Bresch	do.	J. Leo	Rappe	167 Leo oder vom Schwarzwald		
		Eberstein	Braun	173 Eberhard oder vom Magnat		
		Ensin	do.	172 Emigrant oder vom einem Nor-		
Regen	West-Havel	Nebromant	Raffantentr.	174 Larifari oder Nereide	1. Febr.	2. Febr.
		Hering	Hellbr.	170 Whitebait oder Huntress		
Weferam	do.	Nostitz	Dunkelbraun	173 Nadlock oder vom Flick	2. Febr.	3. Febr.
		Xaver	Braun	172 Duke of York Xilis		
Tarmow	Ost-Havel	Boniteur	Dunkelruchb	170 Breadalbane oder vom Bonus	1. Febr.	2. Febr.
		Ersding	Hellbraun	168 Botschafter oder unbekannt		
Berlig	Zauch-Belzig	Opulent	Ruchb	170 Opal oder v. J. Isolan		
		Syharit	Schimmel	167 J. Süd oder vom König		
Dapnisdorf	do.	J. Brüns	Schwarzbr.	167 Brüns oder vom Haunoverische		
		Candidat I.	Ruchb	167 Hausteint oder v. Non plus ultra		

Stationenort	Kreis	Name der Hengste	Farbe und Größe	Abkammung		Treffen ein am	Beginn der Stuten- bedeckung
				Vater	Mutter		
Megdorf	Ober-Var- nim	Kabyle	Hellbraun	169 Kahland	Hannöv. Stute	1. Febr. 2.	Febr.
		J. Agamem- non	do.	175 Agamemnon	Oldenb. Stute		
Eberswalde	do.	J. Emigrant	Braun	176 Emigrant	vom Stallmeister		
		J. Xerwin	Rotbraun	174 Xerwin	v. Güstrow		
Vernau	Nieder-Var- nim	Barby	Hellbraun	175 Weissenburg	v. Athlet		
		J. Irenus	Fuchs	176 Irenus	v. Priam		
		Gerdes	Braun	170 Anskar	Holztaube		
Gr. Schönebeck	do.	Friedland	Braun	171 Schlucker	Friedländer Stute		
		Obermohr	Rappe	172 Lebus	Doris		
Kalkenthal	Templin	Alex	Braun	183 Alhambra	v. Ulrich		
		Farnese	Dstfuchs	171 Jahr	Fromage		
Stegelitz	do.	Jubal	Braun	171 Julius	v. Admiral		
		Altan	Dstbr.	180 Altona	v. Agamemnon		
Rubz	do.	Thormann	do.	168 Demedoff	Medlenb. Stute		
		J. Schlütter	Hellbr.	175 Schlütter	v. Figaro		
Templin	do.	J. Pater	Fuchs	170 Pater	unbekannt		
		J. Flock	Braun	168 Flock	v. Simson		
Vyden	do.	Norus	Braun	175 Nordlicht	v. Sir James- Braham		
		Krahmer	do.	169 Athlet	Hastblut-Stute		
Angermünde	Angermünde	Möhr	Dstschimmel	172 Lüderitz	v. J. Meteor		
		Cromwell	Braun	180 J. Cromwell	v. Emigrant		
		Juvenar	Dstfuchs	179 Jussud	v. Schmetterling		
Gramzow	do.	Moloch	Braun	177 Monac	Dstfries. Stute		
		Pustohl	do.	175 Nording	v. Boromaco		
		Junker-Hans	Rappe	172 Hans	v. Doctor		
Zügen	do.	Vido	do.	Hector	Vihorg		
Prenzlau	Prenzlau	J. Modin	Dstrotzbr.	172 Modin	v. Cleveland		
		J. Alhambra	Dstfuchs	169 Alhambra	Hannöv. Stute		
		Erlaucht	Rappe	168 Arao	Euphrosine		
Roskow	do.	Matador	Dstbraun	174 Champion	v. Matador		
		Lord	Rappe	172 Bernstorff	Blaue II.		
		Egbert	Dstbr.	174 Percunos	Euboea		
Neuenhund	do.	Tempter	Hellbr.	172 Larifari	Tarpeja		
		Arak	Braun	175 Odoardo	Anisette		
Al. Luckow	do.	Cormoran	Dstbr.	172 Chamant	Capra		
Beeskow	Beeskow	Labrador	Braun	173 Percunos	Lyra	31. Jan. 1.	Febr.
	Storkow	Claret	Rappe	169 Father-Claret	vom Fannor		
		J. Maass	Dstrotzfuchs	170 Maass	vom Norton		
Storkow	do.	Nadock	Rotfuchs	170 Nadock	vom Flick		
		Goldfasan	Schimmel	169 Uncas	Gudrun		
Hoffen	Teltow	Lothar	Dstbr.	171 Whitebait	Louisiana	1. Febr. 2.	Febr.
		Emil	Schwarzbr.	171 Arak	Emiliana		
Dahme	Züterbog	J. Kahland	Hellbr.	172 Kahland	Dstfries. Stute		
		Commodore	Rappe	173 Clavigo	Camarilla		
Kaltenhausen	do.	Falkenberg	Fuchs	175 Julius	vom Süd		
		J. Well	Hellbr.	176 Well	v. Weissenburg		

Hinsichtlich der Bedingungen, unter welchen die Stutenbedeckung stattfinden kann, wird Seitens der Herren Stationshalter die nöthige Auskunft ertheilt werden, im Uebrigen aber noch Folgendes bemerkt:

- 1) Die Nationale der Beschäler unter Angabe der Deckpreise werden im Stationsstall zur Einsicht aushängen.
- 2) Stuten, welche alt, schwach, mit Erbfehlern behaftet, an Druse oder sonstigen Krankheiten leiden, oder aus Orten sind, in denen ansteckende Krankheiten unter den Pferden herrschen oder unlängst geherrscht haben, dürfen den Beschälern nicht zugestuft werden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

10. Am 1. Februar 1894 tritt zu dem seit 1. Februar 1892 bestehenden direkten Tarife der Nachtrag IV. in Kraft, welcher neue Frachtsätze für die Beförderung von lebendem Geflügel bei Aufgäbe von 5, 10, 15 kg und größeren Mengen, allgemeine Bestimmungen hinsichtlich der Anwendung der Frachtbriele, direkte Frachtsätze für die Beförderung von Vorstienvieh nach Annaberg in Sachsen und Egan, Verordnungen und Kilometerzeiger enthält.

Exemplare dieses Nachtrages, in dem hiesigen Auskunfts-Bureau, Bahnhof Alexanderplatz, häufig zu haben.
Berlin, den 17. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

11. Die durch die Bekanntmachung vom 28. Dezember 1893 und vom 3. Januar 1894 in den daselbst genannten Verkehren mit Gültigkeit vom 1. Januar 1894 ab wieder eingeführte Bestimmung, betreffend die erleichterte Beförderung von Heu und Stroh, findet vom 25. Januar 1894 ab auch Anwendung:

- a. im Binnen-Verkehr der auf Seite 8 des Ausnahmefahrplans für Stren- und Futtermittel unter a. 1, 2, 4-6 bezeichneten Bahnen, sowie der Weimar-Geraer und Oberhessischen Eisenbahnen;
- b. im Wechsel-Verkehr der auf Seite 9 und 10 des Ausnahmefahrplans für Stren- und Futtermittel unter b. 1-7, 9-11, 13-34 aufgeführten Eisenbahnen untereinander, soweit nicht daselbst bezüglich einzelner Verwaltungen Beschränkungen besonders hervor gehoben worden sind.

Auf den Strecken der Hessischen Ludwigs- und Ebernforde-Kappeler Schmalspurbahn wird diese Begünstigung nicht gewährt.

Berlin, den 19. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,

zugleich Namens der übrigen beteiligten Verwaltungen.

Kreisung des Postpunktes Warnig für den Personen- und Gepäc-Verkehr.

12. Am 25. Januar d. J. wird der in Kilometerstation 91,95 der Strecke Angermünde-Prenzlau zwischen den Stationen Wilmersdorf II. M. und Seehausen II. M. belegene Haltepunkt Warnig für den Personen- und Gepäc-Verkehr eröffnet. Es werden daselbst in der Richtung nach Prenzlau die Züge Nr. 829 um 824 Vorm., Nr. 825 um 431 Nachm. und Nr. 833 um 947 Nachm., sowie in der Richtung nach Angermünde die Züge Nr. 834 um 653 Vorm., Nr. 824

um 908 Vorm., Nr. 826 um 113 Nachm. und Nr. 828 um 1033 Nachm. nach Bedarf anhalten.

Berlin, im Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personalchronik.

Des Königs Majestät haben dem Regierungsrathe Martinus hiersebst den Charakter als „Geheimer Regierungsrath“ zu verleihen geruht.

Der Oberförster a. D. Knyphausen in Bielefeld ist zum Stellvertreter des Amtsamts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Im Kreise Oberharnim ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Amtsvorstehers Fuhrmann in Petersdorf der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Gutbesitzer Abrenndt daselbst zum Amtsvorsteher des gleichnamigen Amtsbezirks XI. und zu dessen Stellvertreter der Gemeindevorsteher Schmidt in Wilmersdorf, ferner an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Oberinspektors Kropatschek in Bielefeld der Oberinspektor Horschke ebendasselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XIV. ernannt worden.

Im Kreise Niederharnim ist an Stelle des mit dem 1. November d. J. in den Ruhestand getretenen königlichen Forstmeisters Dehme zu Schönwalde dessen Amtsnachfolger, der königliche Oberförster von Hertell ebendasselbst zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXV. — Schönwalde — ernannt worden.

Zur Kreise Oßtrignitz sind der Domänenpächter Behnke zu Goldbeck zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIV. — Goldbeck —, der Rittergutsbesitzer Otto Mezner zu Eggersdorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXXIII. — Eggersdorf — und der Mühlenpächter Otto Weise zu Fregdorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks VIII. — Fregdorf — ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Götßen, Diözese Eberswalde, Karl Gustav Adolf Nürnberger ist zum 2. Diaconus an der St. Pauls-Kirche, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der bisherige Predigamts-Kandidat Heinrich Gustav Otto Lüpke ist zum Pfarrer der Parochie Wilkenbruch, Diözese Beelitz, bestellt worden.

Die bisherige Forstaufsichtsstelle Koepernitz in der Hausdorffscomms-Oberförsterei Rhernsberg ist in eine Försterstelle umgewandelt und legiere dem zum königlichen Förster ernannten bisherigen Forstaufsichtsprüfung übertragen.

Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 18ten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 2. Januar 1894 zur baaren Einlösung am 1. Mai 1894 gekündigten kurmärkischen Schuldverschreibungen, und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen kurmärkischen Schuldverschreibungen, sowie Vier öffentliche Anzeiger.

(Die Anfertigungsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Abgelegt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Neuzeit

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 5.

Den 2. Februar

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

(Stück 35.) Nr. 2130. Bekanntmachung, betreffend die Anwendung vertragmäßig bestehender Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auf die spanischen Boden- und Industrie-Erzeugnisse. Vom 28. Oktober 1893.

(Stück 36.) Nr. 2131. Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 28. Oktober 1893.

Nr. 2132. Bekanntmachung, betreffend Berichtigung der dem internationalen Aberein kommen über den Eisenbahnverkehr beigefügten Liste. Vom 13. Oktober 1893.

Nr. 2133. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 14. Oktober 1893.

(Stück 37.) Nr. 2134. Bekanntmachung, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Noten der Städtischen Bank zu Breslau. Vom 19. November 1893.

Nr. 2135. Bekanntmachung, betreffend die Nachmittagspausen der in Spinnereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter. Vom 8. Dezember 1893.

(Stück 38.) Nr. 2136. Bekanntmachung, betreffend Ergänzung und Abänderung der Anlage B. zur Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. Vom 15. Dezember 1893.

(Stück 39.) Nr. 2137. Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Serbien. Vom 21./9. August 1892.

Nr. 2138. Aberein kommen zwischen dem Deutschen Reich und Serbien, betreffend den gegenseitigen Muster- und Markenschutz. Vom 21./9. August 1892.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 26.) Nr. 9632. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aldenhoven, Elzweiler, Rheinbach, Bonn, Mörs, Geldern, Rhen, Simmern, Kreuznach, Langenberg, Berncastel, Neuerburg und Hermsdorf. Vom 16. Oktober 1893.

(Stück 27.) Nr. 9639. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Gemünd, Heinsberg, Malmedy, Saint Vith, Rheinbach,

Waldbroel, Bonn, Euskirchen, Königswinter, Rheinberg, Mörs, Aldenau, Abweiler, Poppard, Kreuznach, Kerp, Köln, Bensberg, Grevenbroich, Bergheim, Belbert, Langenberg, Düren, Dammhold, Tholey, Saint Wendel, Völsburg und Wadern. Vom 17. November 1893.

(Stück 28.) Nr. 9640. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Gemünd, Heinsberg, Malmedy, Saint Vith, Geilenkirchen, Siegburg, Hennef, Kobberich, Rempen am Rhein, Geldern, Mörs, Dülken, Coblenz, Gochern, Kirchberg, Mayen, Reichenheim, Münstermaifeld, Sebernheim, Stromberg, Trarbach, Uerdingen, Varmen, Elberfeld, Merzig, Wittlich, Neumagen, Berncastel, Trier, Saarburg, Völsburg, Abhausen, Hillesheim und Prüm. Vom 18. Dezember 1893.

(Stück 29.) Nr. 9641. Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages. Vom 26. Dezember 1893.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

2. Auf Grund des § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) erlassen wir für den Umfang des gesamten Staatsgebietes folgende:

**Polizeiverordnung,
betreffend die Versendung von Sprengstoffen
und Munitionsgegenständen der Militär-
und Marineverwaltung auf Land- und
Wasserwegen. *)**
(Sprengstoff-Versendungs-Vorschrift.)

1. Allgemeine Bestimmungen.

Bei Versendungen von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen ohne militärische Begleitung sind die Bestimmungen der von uns unter dem 19. Oktober 1893 erlassenen Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, mit der Einschränkung maßgebend, daß die vorschristsmäßige Einrichtung, Bezeichnung und Verpackung der Behälter durch den seitens der absendenden Behörde ausgeser-

*) Die Bestimmungen über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Eisenbahnen sind in den Militär-Transport-Ordnungen für Eisenbahnen vom 26. Januar 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 9) und vom 11. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 23) enthalten.

tigten Frachtschein als nachgewiesen anzusehen ist und nicht der polizeilichen Prüfung unterliegt.

Für alle unter militärischer Begleitung stattfindenden Versendungen von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen gelten die vorerwähnten Bestimmungen nach Maßgabe der nachstehend zu den einzelnen Paragraphen aufgeführten Zusagvorschriften.

Welchen Sendungen ein militärisches Begleitkommando beizugeben ist, sowie die Zusammensetzung und Stärke des letzteren, bestimmt die Militär- bezw. Marinebehörde.

Zu §§ 2 und 3.

- a. Die Bestimmungen, betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen, und die nachstehenden Vorschriften kommen nur in Anwendung bei denselben Sprengstoffen und Munitionsgegenständen, welche in Ausführung des § 35 Ziffer 7 der Militär-Transportordnung für Eisenbahnen im Frieden (Friedens-Transport-Ordnung) vom 11. Februar 1885 (Reichsgebl. S. 23) von den vereinigten Ausschüssen des Bundesraths für das Landheer und die Festungen und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen sogleich als „zur Gefahrfasse gehörig“ bezeichnet sind, sowie bei allen von der Militär- und Marineverwaltung zu Versuchszwecken bestimmten, noch nicht eingeführten Sprengstoffen und Munitionsgegenständen; dieselben finden jedoch keine Anwendung bei denselben der vorbezeichneten Sprengstoffe und Munitionsgegenstände, welche in Taschen oder Tornister der Mannschaften verpackt oder in Kriegsfahrzeuge oder auf Kriegsschiffe verladen sind. Diese, sowie alle übrigen in der Militär- und Marineverwaltung eingeführten Sprengstoffe und Munitionsgegenstände unterliegen bei der Versendung unter militärischer Begleitung weder dieser Vorschrift noch den Eingangs gedachten Bestimmungen.
- b. Die Einholung der Genehmigung der Landespolizeibehörde zur Versendung, Aufbewahrung und Veranschaffung von in § 2 nicht aufgeführten, zu Versuchszwecken bestimmten Sprengstoffen etc. ist nicht erforderlich.

Zu § 4.

- a. Dem Präsidenten jeder Regierung, durch deren Bezirk die Sendung geht, ist von der absendenden Behörde die betreffende Marschroute und die Größe der Sendung mitzutheilen. Der Regierungs-Präsident hat die theilhaftigen Unterbehörden anzuweisen, die erforderlichen Anordnungen zum schnellen und sicheren Fortkommen der Sendung zu treffen.

Wird der Stadtkreis Berlin berührt, so ist die Mittheilung an den dortigen Polizei-Präsidenten zu richten, welcher das Erforderliche zu veranlassen hat.

Außer dieser Benachrichtigung erhalten die Polizeibehörden der Durchzugsorte kurz zuvor auch

noch eine Mittheilung durch den Führer des Begleitkommandos über den Zeitpunkt des Eintreffens der Sendung am Orte.

Bei Versendungen, welche in einem Tage zur Ausführung kommen, sind seitens der absendenden Behörde nur die theilhaftigen Ortspolizeibehörden in Kenntniß zu setzen, worauf diese die für die Sicherung und ungehinderte Durchführung der Sendung erforderlichen Maßnahmen zu treffen haben.

Eine Benachrichtigung der Polizeibehörde erfolgt nicht, wenn das Gewicht der Sendung weniger als 250 kg beträgt, und ferner nicht bei allen Versendungen innerhalb der Garnisonen und der zu denselben gehörigen Anlagen. In diesen Fällen hat die Militärbehörde allein die nöthigen Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Wenn unter besonderen Umständen auch hierbei die Hülfsleistung der Polizeibehörde erwünscht ist, so hat diese auf Ansuchen der Kommandantur beziehungsweise des Garnisonältesten die Unterstützung zu gewähren.

- b. Der Vorlage des Frachtscheins an die Ortspolizeibehörde des Absendeortes zur Visirung bedarf es nicht, auch darf von dieser Behörde die Vorlage der bescheinigten Kieferscheine nicht verlangt werden.

Zu § 5.

Die Vorschrift dieses Paragraphen findet auf Sendungen der Militär- und Marineverwaltung nicht Anwendung.

Zu § 6.

- a. Die in der Armee und Marine vorgeschriebenen Packgefäße für Sprengstoffe und Munitionsgegenstände, einschließlich der Geschoskörper mit sicherem Abschusse der Sprengladung, sind nach ihrer Beschaffenheit, der Art ihrer Verpackung und Inhaltsbezeichnung und dem Gewichte als den Bestimmungen entsprechend zu erachten.
- b. Das lose Kornpulver braucht vor der Verpackung in Tonnen oder Kisten nur dann in feine Säcke geschüttet zu werden, wenn die Beförderung länger als einen Tag dauert.

II. Besondere Bestimmungen für den Landverkehr:

Zu § 8.

Wenn das Verladen oder Abladen ausnahmsweise an einer anderen Stelle als vor der Fabrik oder dem Lageraum oder innerhalb dieser Räume geschehen soll, so ist seitens der Kommandantur beziehungsweise des Garnisonältesten die Genehmigung der Polizeibehörde hierzu einzuholen und von letzterer die zur Aufrechterhaltung der Ordnung an der Packstelle erforderliche Polizeimannschaft zu stellen.

Zu § 9.

- a. Das für die Verladung von Tonnen vorgeschriebene Zwischenlegen von Paars oder Strohecken kann durch ein Umwickeln der einzelnen Tonnen mit Strohbindern ersetzt werden.

- b. Zwischen die Kisten und Körbe mit geladenen Geschossen brauchen Haardecken oder andere Mittel nicht gelegt zu werden, nur oberhalb ist die Ladung mit Haardecken zu bedecken.

Zu §§ 12 und 13.

- a. Den von den Begleitkommandos militärischer Sendungen von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen behufs Verhütung der Gefährdung der Sendungen ergehenden Aufforderungen zu Handlungen oder Unterlassungen — insbesondere zum Anhalten, zum langsamen Vorbeifahren oder Vorbeireiten, zum Ausweichen, zum Unterlassen des Rauchens, zum Auslöschten von Feuer — haben Wagenführer, Reiter und andere Personen ungeachtet Folge zu leisten.

Zu widerhandlungen werden, unbeschadet des nöthigenfalls von den Begleitkommandos zur Anwendung zu bringenden unmittelbaren Zwanges, nach § 367 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich (Reichs-Gesetzbl. von 1876 S. 115) bestraft.

- b. Entgegenkommende oder den Transport einholende Fuhrwerke oder Reiter müssen den mit Sprengstoffen etc. beladenen Wagen ganz ausweichen.
- c. Dem Führer des Begleitkommandos ist es gestattet, erforderlichenfalls neben den mit Sprengstoffen etc. beladenen Wagen in schneller Gangart zu reiten.
- d. Besteht die Sendung aus einer größeren Anzahl von Wagen, so können Gruppen von zwei bis drei Wagen gebildet werden, in welchen die einzelnen Wagen nur 10 m Abstand halten; die Gruppen müssen jedoch in mindestens 30 m Entfernung von einander bleiben.

Zu § 15.

Die Fuhrwerke müssen von Eisenbahnzügen oder geheizten Lokomotiven mindestens 300 m entfernt bleiben.

Bei Begehrten, auf welchen wegen der gleichlaufenden Richtung der Eisenbahn und des Weges oder wegen des Verkehrs auf der Bahn der vorstehenden Vorschrift nicht genügt werden kann, ist der Eisenbahnbehörde, der die unmittelbare Betriebsleitung der betreffenden Strecke obliegt, durch die absendende Behörde von dem beabsichtigten Transporte Mittheilung zu machen.

Die Eisenbahnbehörde hat dann die zur Befreiung der Gefahr geeigneten Anordnungen zu treffen.

Zu § 18.

Die Anzeige über eine Sendung, deren weitere Beförderung bedenklich scheint, ist seitens des Führers des Begleitkommandos in Garnisonorten der Kommandantur beziehungsweise dem Garnisonältesten und nur an anderen Orten der Polizeibehörde zu erstatten; diese Stellen haben dann das zur gefahrlosen weiteren Behandlung der Sendung Nöthige zu veranlassen.

Die Zuziehung eines von dem Absender zu entsendenden Sachverständigen zu fordern oder die Veranordnung der Sendung anzuordnen, ist die Polizeibehörde nicht befugt.

Zu § 19.

Bei der Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen von nicht mehr als 35 kg Bruttogewicht haben von den Vorschriften dieses Abschnitts nur die Zusagevorschriften zu §§ 8 und 9 Gültigkeit.

III. Besondere Bestimmungen

für den Wasserverkehr.

Zu § 21.

Die vorstehenden Zusagevorschriften zu §§ 8, 9, 12 und 13 (Punkt a.), 15, 18 und 19 finden auch für den Wasserverkehr Anwendung.

Zu § 23.

Die mit Sprengstoffen etc. beladenen Rähne sind vor allen anderen Rähnen durch die Schleusen zu schaffen. Ein gleichzeitiges Durchschleusen anderer Rähne mit den mit Sprengstoffen beladenen ist unstatthaft.

IV. Schlussbestimmung.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. April 1894 in Kraft, mit welchem Tage die von den Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe unter dem 5. November 1888 erlassene, sowie alle von den Regierungs-Präsidenten und Bezirks-Regierungen bisher erlassenen, denselben Gegenstand regelnden Polizeiverordnungen unwirksam werden.

Berlin, den 23. Dezember 1893.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Bräunbehring.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: v. Wendt.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

1. In Gemäßheit des § 21 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 wird die folgende Nachweisung der in der Provinz Brandenburg auf die Wahlperiode 1894/99 gewählten Abgeordneten zum Provinzial-Landtage hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Abgeordnete:

A. Regierungsbezirk Potsdam:

- 1) Kreis Prenzlau: von Winterfeldt, Geheimer Regierungsrath und Landrath zu Prenzlau, Mertens, Bürgermeister zu Prenzlau, Bettac, Gemeindevorsteher zu Roskow;
- 2) Kreis Templin: von Arnim, Landrath zu Templin, Reiche, Rittergutsbesitzer zu Annenwalde;
- 3) Kreis Angermünde: von Arnim-Densen, Kreisdeputirter und Rittergutsbesitzer zu Schwedt a. D., Rabenhorst, Bürgermeister zu Angermünde, Schulze, Gemeindevorsteher zu Liepe a. D.;
- 4) Kreis Oberbarnim: Orth, Gutsbesitzer zu Neu-Trebbin, Pläschke, Bürgermeister zu Strausberg, Dr. von Weichmann-Höllweg, Landrath in Zelenwalde a. D.;
- 5) Kreis Niederbarnim: Scharnweber, Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D. zu Berlin, von Waldow, Landrath zu Berlin, von Beltzheim, Kreisdeputirter und Ceremonienmeister auf

- Schönslief, Wille, Amtsvorsteher und Gutbesitzer zu Dalldorf, Bernide, Stadtverordneter und Rentier zu Bernau;
- 6) Stadtkreis Charlottenburg: Fritzsche, Oberbürgermeister zu Charlottenburg, Munkel, Justizrath und Stadtverordneten-Vorsteher zu Charlottenburg, Schenk, Stadtverordneter zu Charlottenburg;
- 7) Kreis Teltow: Stubenrauch, Landrath zu Berlin, von Benda, Rittergutsbesitzer zu Rudow, Dr. Pazarus, Justizrath zu Berlin, Zimmermann, Amtsvorsteher zu Steglitz, Borgmann, Bürgermeister zu Coepenick, Keller, Ritterschastsrath zu Gr.-Ziethen;
- 8) Kreis Beeskow-Storkow: von Gersdorff, Landrath zu Beeskow, Osterroht, Rittergutsbesitzer zu Hartensdorf;
- 9) Kreis Jüterbog-Luckenwalde: Schwiege, Rittergutsbesitzer zu Waplsdorf, Emisch, Beigeordneter zu Luckenwalde, Siebecke, Gemeindevorsteher zu Ahrensdorf;
- 10) Kreis Zauch-Belzig: von Kochow, Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. zu Golsow, Geimecke, Bürgermeister zu Treuenbriegen, Stadenbrandt, Lehnshufengutsbesitzer zu Schmergke;
- 11) Stadtkreis Potsdam: Voie, Oberbürgermeister zu Potsdam, Wolff, Stadtrath und Kaufmann zu Potsdam;
- 12) Stadtkreis Spandau: Koelke, Bürgermeister zu Spandau, Neupert, Kaufmann zu Spandau;
- 13) Kreis Osthavelland: von Bredow, Rittergutsbesitzer auf Buchow-Carpow, Dr. Steinmeister, Landrath zu Nauen. Kraas, Gemeindevorsteher zu Marsee;
- 14) Stadtkreis Brandenburg: Hammer, Bürgermeister zu Brandenburg a. H., Reuscher, Oberbürgermeister zu Brandenburg a. H.;
- 15) Kreis Westhavelland: von Loebell, Landrath zu Rathenow, Lüdicke, Bürgermeister zu Friesack, Barsickow, Lehnshufengutsbesitzer zu Gräningen;
- 16) Kreis Ruppini: von Quast, Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer und Hauptmann a. D. zu Bichel, Scheel, Bürgermeister zu Wusterhausen a. D., Beerbaum, Rentier zu Laesickow;
- 17) Kreis Ostprignitz: von Rohr, Rittergutsbesitzer und Rittmeister zu Dannenwalde, Dörfel, Bürgermeister zu Prigwall, Weger, Stellvertretender Amtsvorsteher zu Glienide;
- 18) Kreis Westprignitz: Graf von Wilamowitz-Möllendorf, Majoratsherr auf Gadow, Reil, Rentier zu Havelberg, Jaap, Bauergutsbesitzer zu Wittenberge.
- B. Regierungsbezirk Frankfurt a. D.
- 1) Kreis Königsberg N.-M.: von Levegow, Erzfürst, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, auf Gossow, Fuhrmann, Stadtverordneten-Vorsteher zu Cüstrin, von Salbern, Landrath zu Königsberg N.-M.;
- 2) Kreis Soldin: Köppen, Rittergutsbesitzer zu Ringenwalde, Dr. von Weiß, Landrath zu Soldin;
- 3) Kreis Arnswalde: von Meyer, Landrath zu Arnswalde, der 2. Abgeordnete ist verstorben;
- 4) Kreis Friedeberg N.-M.: von Brand, Kammerherr zu Lauchstädt, Menger, Bürgermeister a. D. zu Woldenberg, Berch, Amtsvorsteher zu Vordamm;
- 5) Stadtkreis Landsberg a. W.: Meydam, Oberbürgermeister a. D. zu Landsberg a. W., Ander, Erster Bürgermeister zu Landsberg a. W.;
- 6) Landkreis Landsberg: Jacobs, Geheimer Regierungs- und Landrath zu Landsberg a. W., Treichel, Rittergutsbesitzer zu Stennewitz, Wille, Amtsvorsteher zu Kernein;
- 7) Kreis Pekus: Schulz, Rittergutsbesitzer zu Boosen, Stimming, Brauerbesitzer zu Kürstenwalde, Horn, Gutbesitzer und Amtsvorsteher zu Gr.-Neuendorf;
- 8) Stadtkreis Frankfurt a. D.: von Kemnis, Oberbürgermeister zu Frankfurt a. D., Lampe, Direktor zu Frankfurt a. D., Dr. Adolph, Bürgermeister zu Frankfurt a. D.;
- 9) Kreis Weststernberg: Bopp, Geheimer Regierungs- und Landrath zu Drossen, Richter, Amtrath zu Frauendorf;
- 10) Kreis Oststernberg: von Bockelberg, Landrath zu Zielengig, Herter, Gutbesitzer zu Burschen, Solf, Beigeordneter zu Sonnenburg;
- 11) Kreis Züllichau-Schwiebus: Student, Rittergutsbesitzer und Landesältester zu Graebitz, von Zimmermann, Ritterschastsrath zu Langweil;
- 12) Kreis Cossen: Karbe, Oekonomierath und Rittergutsbesitzer zu Kurtschow, Schlüter, Bürgermeister zu Sommerfeld, Kreibitz von Blomberg, Landrath zu Cossen a. D.;
- 13) Stadtkreis Guben: Bollmann, Erster Bürgermeister zu Guben, Bohn, Stadtverordneten-Vorsteher zu Guben;
- 14) Landkreis Guben: Meißner, Rittergutsbesitzer und Rittmeister zu Jegnitz (Kauß), Schneider, Gemeindevorsteher und Bauergutsbesitzer zu Wellmis;
- 15) Kreis Lübben: Graf von der Schulenburg, Landrath auf Schloß Lieberose, Koberstein, Bürgermeister zu Lübben;
- 16) Kreis Luckau: Kreibitz, von Mantaußel, Cossen, Landrath zu Luckau, Schlesier, Bürgermeister zu Luckau, Hasche, Amtsvorsteher zu Cahnendorf;
- 17) Kreis Calau: Freiherr von Patow, Geheimer Regierungs- und Landrath zu Calau, Klepisch, Bürgermeister zu Lübbenau, Petz, Rentier zu Radbusch;
- 18) Stadtkreis Cottbus: Werner, Erster Bürgermeister zu Cottbus, Lehmann-Nieß, Stadtverordneten-Vorsteher zu Cottbus;
- 19) Landkreis Cottbus: Krüger, Amtsvorsteher zu Kollwitz, Mollé, Rittergutsbesitzer und Haupt-

mann d. L. zu Händchen, Martin, Bürgermeister zu Peitz;

20) Kreis Sorau: Lehmann, Gutsbesitzer und Amts-vorsteher zu Laubitz, Rausch, Bürgermeister zu Sorau, von Bescherer, Kreisdeputirter und Rittergutsbesitzer zu Simmersdorf, Lehmann, Bürgermeister zu Forst;

21) Kreis Spremberg: Falkenthal, Landrath zu Spremberg, Freytag, Rittergutsbesitzer zu Neiß. Potsdam, den 23. Januar 1894.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungs-Präsidenten.

Polizei-Verordnung.

21. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges. S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges. S. S. 195) wird unter Zustimmung des Bezirks-ausschusses für den Amtsbezirk Groß-Richterfelde folgende Polizeiverordnung erlassen:

Die Polizeiverordnungen vom 16. Dezember 1876 (Amtsblatt S. 457), vom 2. August 1889 (Amtsblatt S. 303) und vom 15. Januar 1892 (Amtsblatt S. 72 Nr. 50) werden für den Amtsbezirk Groß-Richterfelde aufgehoben. An ihre Stelle tritt die Polizeiverordnung vom 15. Januar 1892 (Amtsblatt S. 73 Nr. 51).

Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. April 1894 in Kraft.

Potsdam, den 20. Dezember 1893.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung: Freiherr von Richthofen.

22. Auf Grund der §§ 100e. und f. der Reichs-gewerbeordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Schneider-Innung zu Dahme:

- 1) daß Streitigkeiten über den Antritt, die Abreise oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Ausbändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungs-behörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung ver-tretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung-fähig sein würde, gleichwohl aber der Innung nicht angehört,
- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört;
- 3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art vom 1. April 1894 ab Lehrlinge nicht mehr an-nehmen dürfen,
- 4) daß von ebendemselben Zeitpunkt ab diese Arbeit-geber und deren Gesellen zu den Kosten

a. der von der Innung für das Herbergsgewesen und den Nachweis für Gesellenarbeit getroffenen bzw. unternommenen Einrichtungen (§ 97 Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung),

b. derjenigen Einrichtungen, welche von der Innung zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge getroffen sind, bzw. unternommen werden (§§ 97 Ziffer 3, 97a. Ziffer 1 und 2),

c. des von der Innung errichteten bzw. zu er-richtenden Schiedsgerichts (§ 97a. Ziffer 6) in derselben Weise und nach demselben Maß-stabe beizutragen verpflichtet sind, wie die Innungsmitglieder und deren Gesellen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung: die Stadt Dahme und die Ortschaften Amtsfreiheit Bellen-dorf, Buckow, Gebersdorf, Glienitz, Görsdorf, Hohen-seefeld, Jhlom, Ilmersdorf, Liepe, Liepsdorf, Niebels-dorf, Niederseefeld, Niendorf, Prensdorf, Riedorf, Rosenthal, Schwabendorf, Wilbau und Jagelsdorf um-faßt. Potsdam, den 23. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verlegung der Weichbildgrenze zwischen Berlin und Schöneberg.

23. Der Herr Oberpräsident der Provinz Branden-burg hat die Verlegung der Weichbildgrenze zwischen Berlin und Schöneberg im Zuge der Grunewaldstraße in die Vordämme des südlichen Bürgersteiges der Grunewaldstraße beschlossen.

Potsdam, den 29. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verlängerung der Schiffsahrtsperrre auf dem Oder-Spree-Kanal.

24. Die unterm 6. November v. J. für den Oder-Spree-Kanal bis zum 15. Februar v. J. festgesetzte Schiffsahrtsperrre wird für die 3 Schleusen in Fürsten-berg a./Oder bis zum 15. März v. J. verlängert. Die übrige Strecke des Kanals kann vom 15. Februar ab befahren werden.

Potsdam, den 30. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

25. Festgestellt ist die Maul- und Klauen-seuche unter dem Rindvieh auf dem Vorwerke Neu-hof, Kreis Prenzlau, die Schweinepest bei 2 ver-endeten Schweinen des Aderbürgers Kraft in Kremmen, Kreis Ostbavelland, die Räude bei dem Pferde des Bäckers Meisters Maroldt in Schöneberg, Kreis Teltow, der Milzbrand bei einer Stierkuh des Bauern Leppin in Garz, Kreis Ruppín, und bei einer ver-endeten Kuh des Bauerneigens Bogler in Bred, Kreis Ostbavelland.

Erloschen ist die Maul- und Klauen-seuche in Dectow, Kreis Ostbavelland, in Mögeln, Kreis Westbavelland, in Busendorf, Kreis Zauch-Bezig.

Potsdam, den 30. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

3. Der § 18 des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfeger-Gewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 — Amtsblatt Seite 441 ff. — erhält unter Zustimmung der hiesigen Gemeindebehörde und mit Wirkung vom Tage der Veröffentlichung an die beiden nachstehenden Zusätze:

Abſatz 3. „Ist der Bezirks-Schornsteinfeger länger als 14 Tage durch Krankheit oder aus anderen Anlässen verhindert, die Kehrgeschäfte selbst vorzunehmen oder seine Leute zu beaufsichtigen, so hat er sich eines Stellvertreters zu bedienen. Mit der Stellvertretung können **nur Gesellen** beauftragt werden, welche die Bezirks-Schornsteinfeger-Prüfung vor der hiesigen Prüfungs-Kommission bestanden haben und auch im Uebrigen den Voraussetzungen des § 3a und b. dieses Regulativs entsprechen. Der Bezirks-Schornsteinfeger hat bei Behinderung oder längerer notwendiger Abwesenheit dem Polizei-Präsidium (Abtheilung I.) unter Namhaftmachung des von ihm angenommenen Stellvertreters Anzeige zu erstatten.“

Abſatz 4. „Der Bezirks-Schornsteinfegermeister ist verpflichtet, den abzuhaltenden Feuervisitationen auf Verlangen des Polizei-Revier-Vorstehers in denjenigen Häusern beizuwohnen, in welchen ihm die Reinigung der Schornsteine übertragen ist. Auch hat er allen Vorladungen der Abtheilung für Feuerwehr behufs Vernehmung über Schornsteinbrände, Ausbrennen von Schornsteinen, sowie über Brände, welche durch schadhafte Schornsteine verursacht sind oder verursacht zu sein scheinen, ungehäumt Folge zu leisten und auf Verlangen das Kontrollbuch vorzulegen.“

Berlin, den 25. Januar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

5. Am 1. Februar tritt in Berlin W., Horkstraße Nr. 44a, eine neue Postanstalt in Wirksamkeit, welche die Nummer 110 erhält.

Bei dieser Postanstalt können Postsendungen jeder Art — mit Ausnahme der Pakete mit und ohne Werthangabe — eingeliefert werden. Die Annahme von Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften, sowie die Ausgabe von Zeitungen findet daselbst nicht statt.

Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden festgesetzt an den Wochentagen von 8 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags, an den Sonn- und Festtagen sowie am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers von 8 bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 7 Uhr Nachmittags.

Berlin C., 20. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

6. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe:

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin:

An Carl Müller vom 22. August 1893, an A. Raunzig vom 28. August 1893, an Siedmund vom 30. August 1893, an Fräulein Möller vom 4. September 1893, an Thomar vom 15. September 1893, an Frau Kallmann vom 19. September 1893, an Rabi Langbehn vom 19. September 1893, an Fräulein Karow vom 20. September 1893, an Ida Mey vom 23. September 1893, an Frau Werner vom 23. September 1893, an Frau Boas vom 23. September 1893, an Arndt vom 27. September 1893, an H. J. 102 vom 28. September 1893, an Rsm. Dix vom 29. September 1893, an Clara Mittenzweig vom 30. September 1893, an v. Paper vom 2. Oktober 1893, an Dofar vom 4. Oktober 1893, an D. Brandenburg vom 6. Oktober 1893, an Wilhelm Gloege vom 7. Oktober 1893, an A. v. Gerlach vom 16. Oktober 1893, an Marie Leu vom 18. Oktober 1893, an C. Hirschberg vom 19. Oktober 1893, an Albert Janschkow vom 20. Oktober 1893, an D. Stard vom 23. Oktober, an Anna Hermann vom 27. Oktober 1893, an Anna Streubel vom 28. Oktober 1893, an Jean Kren vom 1. November 1893, an Wilh. Schmidt vom 8. November 1893, an Frau Reiner vom 10. November 1893, an Frau Swildens vom 11. November 1893, an Margarethe Behrends vom 12. November 1893, an H. Porsch vom 13. November, an M. Schurig vom 14. November 1893, an D. Krüger vom 16. November 1893.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten.

An Frig. Perugia in Montevideo vom 15. März 1893, an Paul Menze in Capetown (Afrika) vom 12. April 1893, an Max Kunst in Moskau vom 22. April 1893, an Vicomte de Bredenville in Paris vom 2. Mai 1893, an Josef Nowrot in Odesa vom 11. Mai 1893, an Fanny Hatt in Jampole vom 1. Juli 1893, an Anna Marthes in Rummelsberg vom 6. Juli 1893, an Joseph Pierzgal in Brooklyn vom 7. Juli 1893, an Ernst Soeding in Hamburg vom 11. Juli 1893, an Otto Friedel in Vaku vom 15. Juli 1893, an Buchheim in Schwarzburg (Thür.) vom 21. Juli 1893, an v. Suminski in Hrubleszow vom 25. Juli 1893, an Nathaly Nagfi in Brzozow vom 31. Juli 1893, an Rob. Bruschke in Friedrichsberg vom 1. August 1893, an Fräulein Gronsky in Petersburg vom 1. August 1893, an E. Volker Esq. in West-Hartlepool vom 10. August 1893, an Raphael Volpe in Chicago vom 15. August 1893, an A. Kleber in Petersburg vom 22. August 1893, an Rud. Graf in Perchtoldsdorf bei Viesing vom 25. August 1893, an H. Goldstern in Gulin a. W. vom 29. August 1893, an P. Reimers in Vagern vom 6. September

1893, an Hermann Stelo in Rirdorf vom 7. September 1893, an Reichsgräfin v. Lamberg in Graz vom 8. September 1893, an W. Müller in Dombrawa vom 15. September 1893, an A. Schild in Hamburg vom 18. September 1893, an Herrn Goldenstein in Culm a. W. vom 26. September 1893, an Frau Krag in Gaag b. Hfo. vom 28. September 1893, an Marie Huth in Drossen vom 4. Oktober 1893, an Joel Elipian in Radzymin (Galizien) vom 5. Oktober 1893, an Friedr. Bruhn in Embsbüttel vom 14. Oktober 1893, an Kemier Schulze in Hergfelde bei Berlin vom 15. Oktober 1893, an Ferdinand Kurz in Neubarnim vom 15. Oktober 1893, an Balla Rezzo in Budapest vom 18. Oktober 1893, an Bäckermstr. Schrecke in Wehrstedt vom 19. Oktober 1893, an Arthur Richter in Friedenau vom 20. Oktober 1893, an Königl. Bauinspektion in Schöneberg vom 25. Oktober 1893, an Carl Neumann in St. Paul New-York vom 27. Oktober 1893, an D. G. Schnorr in Lariga (Bosnien) vom 2. November 1893, an N. Graj in Grimma vom 9. November 1893, an Kochmansell des Gastwirth Gersting in Halensee vom 14. November 1893, an Wilhelm Brust in Kasnowken (Ostpr.) vom 16. November 1893, an Hans Schwarz in Hannover vom 18. November 1893.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb 4 Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 17. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

7. Für das im Kreise Ostbavelland belegene Postamt Gremmen wird fortan die Schreibweise „Gremmen“ in Anwendung kommen.

Potsdam, den 29. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

8. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Beihelgängen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Beihelgange ein Annahmehuch mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Werthangabe, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Paketen und Nachnahmefendungen dient.

Will ein Einlieferer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen.

Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Verlegung des Annahmehuches die Ueberzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden.

Es wird hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen

in das Annahmehuch das Mittel zur Sicherstellung des Auslieferers bietet.

Potsdam, den 20. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

die 39. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 betreffend.

2. In der vom 15. d. M. bis heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 39. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 5000 Schuldverschreibungen, welche zu den am 15. September v. J. gezogenen 50 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Betrag der Prämien vom 2. April d. J. ab bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29, hierselbst gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen Zinscheine Reihe V. Nr. 7 über die Zinsen vom 1. April 1893 ab, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Auschluss der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Prämien können auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse in Empfang genommen werden. Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen einer dieser Kassen schon vom 1. März d. J. ab einzureichen, welche sie der Staatsschulden-Zilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 2. April d. J. ab bewirkt.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscheine wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Prämien-Zahlungen nicht einlassen.

Zugleich werden die Besitzer noch rückständiger Schuldverschreibungen aus bereits früher verloosten und gekündigten, auf der beiliegenden Liste bezeichneten Serien, zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

Berlin, den 18. Januar 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

2. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe:

a. von 1876/79 Lit. C. N^o. 39996 über 1000 M.,
h. = 1881. C. N^o. 215179 „ 1000 „
D. = 197751 „ 500 „

welche angeblich in einem am 9. September 1893 von der Kommandite des Schlesischen Bankvereins zu Glatz bei dem Postamt daselbst aufgelisteten, an das Befleidungsamt Königlich Sächsischen XII. Armeekorps in Dresden adressirten und während der Postbeförderung unnachweisbar gewordenen Einschreibbriefe — N^o 276 — enthalten gewesen, auf diese Weise abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Karl Wille hier W., Eichhornstraße 4 anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 24. Januar 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

3. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Maurer Theodor Florack in Düsseldorf, Thalstraße 85 wohnhaft, die Schuldverschreibung der konsolidirten 3%igen Staatsanleihe von 1893

Lit. C. N^o 153015 über 1000 M.

angeblich am 28. Dezember 1893 verloren gegangen ist.

Es wird derselbe, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem H. Florack anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 24. Januar 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

4. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Aktien-Gesellschaft H. F. Eckert hier O., Weidenweg 37, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2%igen Staatsanleihe

a. von 1885 Lit. C. N^o 14279 über 1000 M.,

h. = 1887 E. = 155922 „ 300 „

angeblich in Verlust gerathen, vermuthlich inwands sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der vorzeichneten Aktien-Gesellschaft anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 24. Januar 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

7. Am 1. Februar 1894 werden die zwischen Amsee und Mogilno gelegene Haltestelle Altraden für den gesamten Personen-, Gepäck-, Vieh- und Güterverkehr und die für den Wagenladungsverkehr eingerichtete Haltestelle Lindenburg, sowie der Personen-Haltepunkt Weichselthal für den Stückgut- und Eilstückgut-Verkehr eröffnet. In Altraden findet eine Annahme oder Auslieferung von Fahrzeugen nicht statt. Der Frachtberechnung für Altraden werden in den Staatsbahn-Verbänden Bromberg-Berlin und Bromberg-Breslau bis zur Herausgabe von Nachträgen die Entfernungen von Mogilno unter Zuschlag von 9 Kilometern zu Grunde gelegt. Neben der Vermittlung des Personenverkehrs erfolgt die Abfahrt der Züge von der Haltestelle Altraden in der Richtung Mogilno-Gnesen für Zug Nr. 56 ab Altraden 8 09, Nr. 90 ab Altraden 4 47, in der Richtung Amsee-Inowrazlaw für Zug Nr. 55 ab Altraden 9 14, Nr. 85 ab Altraden 8 41. Bromberg, den 19. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

8. Gleichwie im Berliner Vorort-Verkehr tritt auch für die übrigen Bahnstrecken des Eisenbahn-Direktions-Bezirks Bromberg, auf welchen die Bahnsteigkontrolle eingeführt ist, folgende durch die Landes-Aufsichtsbehörde genehmigte Zusatzbestimmung der Verkehrs-Ordnung sofort in Kraft:

„Fahrkarten, welche wegen Zugüberfüllung oder aus anderen Ursachen nachweislich zur Fahrt nicht benutzt, jedoch bereits durchlocht sind, werden seitens des diensthabenden Beamten handschriftlich oder mittelst Stempels wieder gültig gemacht. Dem Inhaber einer auf diese Weise gültig gemachten Fahrkarte steht es frei, die Fahrt an demselben oder dem nächstfolgenden Tage auszuführen. Wird von demselben die sofortige Zurückerstattung des Fahrgeldes am Schalter verlangt, so erfolgt dieselbe, sofern nicht einer der im § 14 Absatz 1 oder § 26 Absatz 4 der Verkehrsordnung bezeichneten Fälle (Mangel an Platz in der betreffenden Klasse oder Ausfall des Zuges) vorliegt, nur unter Kürzung von 10 Pf. d. i. dem Betrage einer Bahnsteigkarte.“

Bromberg, den 21. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

9. Am 1. Februar d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuches, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Post- und Dampfschiffsverbindungen, Angaben über Rundreise- und Sommerkarten u. s. w. Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorzeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen. Bromberg, den 25. Januar 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung der Königl. Direction des Friedrich-Wilhelms-Gefüts.

Nachweisung der von den im Jahre 1892 durch Königl. Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten im Jahre 1893 gehaltenen Kühen im Regierungs-Bezirk Potsdam.

Namen	Namen des Besitzst. Stationen.	Dasselbe Namen im Jahre 1892 Landbesitzer			Diese haben Stuten gerecht	Diese sind				Von den tragend gewordenen Stuten				Im Jahre 1893	
		alte	4-jährige	Summa		auf gekauft	tragend geworden	verkauft, geboren und nicht abgemeldet	sind lebende Kühen geblieben			haben dieselben Besitzer Stationen	diese haben Stuten gerecht		
									haben verkauft	geborene	stuten				
1	Friedr.-Wilh.-Gesam.	6	1	7	118	35	76	7	6	37	33	70	8	14	
2	Herzberg	2	—	2	69	35	27	7	3	15	9	24	—	—	
3	Lindow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	123	
3	Abbeinberg	1	1	2	45	18	24	3	—	11	13	24	—	—	
4	Mägeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	41	
4	Wandlow	2	—	2	104	39	64	1	6	33	25	58	2	124	
5	Triglitz	2	—	2	90	36	53	1	7	23	23	46	2	92	
6	Halenbeck	1	1	2	65	21	44	3	5	19	17	36	—	—	
7	Dannenwalde	1	1	2	133	42	86	5	7	43	36	79	3	136	
8	Emdenitz	2	1	3	128	18	108	2	21	46	41	87	3	152	
9	Penitz	4	—	4	253	82	160	11	14	74	72	146	4	230	
10	Wittenack	3	1	4	179	36	136	7	10	54	72	126	4	219	
11	Cuntzen	3	—	3	162	32	128	2	12	58	58	116	3	165	
12	Stresow	3	—	3	90	33	57	—	2	28	27	55	2	72	
	Bresch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	79	
13	Reken	2	—	2	70	23	43	4	4	21	18	39	2	94	
14	Tarmow	2	—	2	105	24	78	3	5	40	33	73	2	125	
15	Golzow	2	—	2	57	32	22	3	3	11	8	19	2	40	
16	Dabndorf	2	—	2	62	26	37	—	1	23	13	36	2	96	
17	Meydorf	2	—	2	44	19	25	—	—	16	9	25	2	125	
18	Eberowalde	2	—	2	83	29	52	2	3	22	27	49	2	101	
19	Bernau	2	—	2	97	24	64	9	7	23	34	57	2	123	
20	Gr. Schönebeck	2	—	2	71	22	46	3	3	23	20	43	2	91	
21	Hoppegarten	1	—	1	29	9	16	4	2	8	6	14	—	—	
22	Falkenthal	2	—	2	99	29	64	6	12	26	26	52	2	143	
23	Rubz	2	—	2	93	28	63	2	5	35	23	58	3	117	
24	Lyden	2	—	2	51	17	32	2	4	18	10	28	—	—	
25	Templin	2	—	2	8	29	57	—	2	29	26	55	2	116	
26	Angermünde	2	1	3	98	31	64	3	3	30	31	61	4	183	
27	Gramzow	3	—	3	204	78	126	—	14	50	62	112	3	231	
28	Jügen	1	—	1	10	5	10	1	1	6	3	9	1	20	
29	Wilmerdorf	2	—	2	76	22	50	4	3	20	27	47	—	—	
30	Prenzlau	2	1	3	151	56	95	2	5	50	11	61	3	160	
31	Rössow	3	—	3	170	40	129	1	15	63	52	115	3	173	
32	Neuenfund	2	—	2	75	25	38	12	2	19	17	36	2	79	
33	K. Ludow	1	—	1	28	10	18	—	1	9	8	17	1	29	
34	Schwarzensee	1	—	1	16	6	7	3	—	4	3	7	—	—	
35	Veetow	2	—	2	113	18	92	3	11	47	34	81	3	123	
	Sterkow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	84	
36	Jessen	2	—	2	111	49	61	1	10	27	25	52	2	131	
37	Dahme	2	—	2	131	62	67	2	8	28	31	59	2	135	
38	Lüdenwalde	1	1	2	79	20	59	—	4	24	31	55	—	—	
	Kattenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	69	
	Summa	80	9	89	3655	1160	2376	119	221	1113	1044	2157	89	4172	

¹⁾ Nach Lindow verlegt. ²⁾ Eingegangen. ³⁾ Neu errichtet. ⁴⁾ Eingegangen. ⁵⁾ Neu errichtet.

*) Eingegangen. *) Eingegangen. *) Eingegangen. *) 1 Zwillinggeburt. *) Eingegangen. *) Wieder er-
richtet. *) 1 Zwillinggeburt. *) Nach Kalkenhausen verlegt.

Friedrich Wilhelms-Gestüt, den 22. Dezember 1893.

Der Königl. Gestüt Director.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

I. Nachweisung
der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im III. Quartal 1893/94 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Bisheriger Gemeinde- bezw. Gutsbezirk.	Künftiger Gutsbezirk.
1.	Die auf dem Kartenblatt 1 unter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 36, 37, 40, 41, 42, 44, 47, 48, 49, 51, 52, 54, 11, 14, 15, 16, 18, 19, 20, 23, 55, 56/24, 61/26 verzeichneten Grundstücke des Gutsbezirks Amt Dranienburg in Größe von 23,67,14 ha.	Gutsbezirk Dranienburg Amt.	Gutsbezirk Neu-Holland Forst.
2.	Die auf dem Kartenblatt 1 unter Nr. 33 verzeichneten Grundstücke des Gutsbezirks Plankensfelde in Größe von 5,90 ar.	Gutsbezirk Plankensfelde.	Gemeindebezirk Plankensfelde.
3.	Die auf dem Kartenblatt 1 unter Nr. 56 verzeichneten Grundstücke des Gemeindebezirks Plankensfelde in Größe von 4,10 ar.	Gemeindebezirk Plankensfelde.	Gutsbezirk Plankensfelde.
4.	Die auf dem Kartenblatt 1 unter Nr. 166/136 verzeichneten Grundstücke des Gemeindebezirks Wartenberg in Größe von 4 ar 26 qm.	Gemeindebezirk Wartenberg.	Gutsbezirk Wartenberg.
5.	Die auf dem Kartenblatt 2 unter Nr. 10 verzeichneten Grundstücke des Gutsbezirks Wartenberg in Größe von 4 ar 30 qm.	Gutsbezirk Wartenberg.	Gemeindebezirk Wartenberg.
6.	Die auf dem Kartenblatt 1 unter Nr. 685/3, 697/3, 698/3, 699/3, 700/1 verzeichneten Grundstücke des Gutsbezirks Hermisdorf in Größe von 2,45,32 ha.	Gutsbezirk Hermisdorf.	Gemeindebezirk Hermisdorf.
7.	Die auf dem Kartenblatt 5 unter Nr. 227/56 verzeichneten Grundstücke des Gutsbezirks Corpenick Forst in Größe von 1,24 ar.	Gutsbezirk Corpenick Forst.	Gemeindebezirk Woltersdorf.
8.	Die auf dem Kartenblatt 1 unter Nr. 713/1 und 714/3 verzeichneten Grundstücke des Gutsbezirks Hermisdorf in Größe von 31,77 ar.	Gutsbezirk Hermisdorf.	Gemeindebezirk Hermisdorf.

Berlin, den 13. Januar 1894.

Der Landrath des Kreises Niederbarnim.

: Personalchronik.

Der Königl. Regierungs-Bauführer Ludwig Harres aus Darmstadt ist als solcher vereidigt worden.

Bei der königlichen Ministerialbaukommission zu Berlin sind während des 4. Viertelsjahres 1893 die königlichen Regierungs-Bauführer Karl Rathsfeld, Bruno Landsberger und Franz Borowski vereidigt worden.

Der Apotheker Sikor hat die auf Grund der unterm 26. Juli 1893 ihm erteilten Concession zu Eßner im Kreise Niederbarnim errichtete Apotheke eröffnet.

Der Lehrerin Frau Hefling in Berlin ist die Erlaubnis zur Leitung und Fortführung der hiesigen bisher Zimmermann'schen höheren Mädchenschule, Schönebergerstraße 3, erteilt worden.

Bei der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission sind:

Allenhöchst verliehen: dem Regierungs- und Bau-rath Werner und dem Bauinspektor Poetsch der

Rothe Adler-Orden IV. Klasse, dem Buchhalter Bogner bei seiner Versetzung in den Ruhestand der Rothe Adler-Orden IV. Klasse.

Ueberviesen: der Amtsrichter Dr. Frommel zur prokureurischen Beschäftigung, der Baurath Büchner als Lokal-Baubeamter, der Bauinspektor Elze, der Bauinspektor Endell als technische Mitglieder, und der Regierungs-Assessor Dr. Rose zur dienstlichen Verwendung.

Angestellt: der Feldwebel Friedrich Preßlow als Schleusenwärtergehilfe.

Angenommen: der Abiturient Richard Schwarz und der Primaner Alfred Metke als Civil-Supernumerare, der Zeugfeldwebel-Oberfeuerwerker Reinhold Metke und der Oberfeuerwerker Rudolf Heuer als Vauschreiber-Anwärter, der Sergeant Wendi als Hülfsbote.

Pensionirt: der Buchhalter Bogner und der Büreaudiatar Kuhlmann.

Ausgeschieden: der Bauinspektor Dehmdt und

der Landbauinspektor Mühlle infolge Versetzung,
der Bauinspektor Eger infolge Ernennung zum
Wasserbauinspektor bei der Wasserbau-Inspektion I.,
der Regierungs-Assessor von Neese und Obischau

infolge kommissarischer Verwaltung des Landrathsamts in Sagan, der Sekretariats-Assistent Bilogli
infolge Anstellung als Wehrmei-Registrator im
Königlichen Finanz-Ministerium.

Bermischte Nachrichten.

Feuerpassengelder-Ausschreiben

für die Land-Feuer-Societät der Kurmark Brandenburg, des Markgraftthums Niederlausig und der Districte
Hüterbog und Belgig für das II. Halbjahr 1893.

Für das Jahr 1893 sind von den Societäts-Mitgliedern überhaupt aufzubringen:

a. Vergütungsgebelter für Immobilien-Brandschäden inkl. Abschätzungskosten	1837009	fl.	67	pf.
b. desgl. „ Mobilien- „ „ „ „ „	155101	„	01	„
c. Spritzen-Prämien	21860	„	—	„
d. Wassermagen-Prämien	7050	„	—	„
e. Pertinenzschäden-Vergütungen	19367	„	19	„
f. Verwaltungskosten	131255	„	25	„
g. Extraordinaria	38470	„	55	„
h. Reisekosten	7166	„	—	„

Summa 2217279 M. 67 Pf.

Hier von kommen in Abzug:

a. von den nach den Ausschreiben pro II. Semester 1892 und I. Semester 1893 verbliebenen Guthaben von zusammen	32796 M. 34 Pf.	der Betrag von	2479 M. 38 Pf.
b. die bereits pro I. Semester 1893 aufgebrauchten	826547	„	34 „
c. die Beiträge der Mobiliar-Versicherten pro 1893 von	103218	„	52 „
d. an Zinsen	18031	„	60 „
e. „ extraordinären Einnahmen	15164	„	— „

Zusammen	965440	=	84
----------	--------	---	----

so daß aufzubringen bleiben 1251838 Mk. 83 Pf.

Zur Deckung dieser Summe werden für Gebäude der

I. Klasse	12 Pf.	} für 100 M. Versicherung
II. "	24 "	
III. "	84 "	
IV. "	1 M. 44 "	

ausgeschrieben und sind demnach aufzubringen für Gebäude der

I. Klasse von	340047050	M.	Versicherungskapital	408056	M.	46	Pf.
II.	132588825	"	"	318213	"	18	"
III.	62168075	"	"	522211	"	83	"
IV.	233150	"	"	3357	"	36	"

Zusammen von 535037100 M. Versicherungskapital 1251838 M. 83 Pf.,

nodurch die obige Bedarfssumme gerade erreicht wird.

Die Societäts-Genossen werden hierdurch veranlaßt, die von ihnen zu leistenden Beiträge nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der betreffenden Kreis-Feuer-Societäts-Direktion bzw. Ortsvorsteher ungesäumt zu entrichten.

Berlin, den 16. Januar 1894.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausig.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konfiskorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachstehend benannten Kirchen u. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden:|

Verkau: der Kirche in Seefeld von der Gemeinde:
Kronleuchter, 2 Altarleuchter, Kanzel-, Taufstein- und
Festpredelbekleidung, Beitrag zur Uhr, vom Amtsrath
Schmidt in Löhme: Altarkleidung, von Alice
Kirchbaum-Dos, Margar. Dähle und Elisabeth.
Löhme: Altarteppich, Pfarrer Löhme: Altar- und

Kanzelbühel, der Kirche in Wandlitz vom Kunst
 Angell in Berlin: Bronze-Relief (der brechende
 Heiland);

Gößn-Land I.: der Gößner'schen Mission in Friedenau:
 von verw. Frau Maurermeister Zimmer: 4500 M.;
 Altstadt-Brandenburg: der St. Gotthardt-Kirche in
 Brandenburg a. H. von der Gemeinde: Martteppich
 und versilbertes, innen vergoldetes Ciborium, von
 2 Gemeinde-Gliedern: 2 Piedertafeln, der Kirche in
 Bechow vom Amtsvorsteher Meß: 2 silberne Leuchter;
 Dahme: der Kirche in Hohen-Erfeld von der Gemeinde:

Krone: Kronleuchter und Tauffeinstellung, von Alt-
fegerin Schmidt: rothe Altarkleider, von Wwe.
Palm: Kanzelkleider, von Wwe. Donath:
2 Kanzelleuchter, vom Altbühner Andre: silber-
plattirtes Taufbecken, von Frauen und Jungfrauen:
silberplattirte Taufkanne, von Frau Mittergutsbesitzer
Birkner: Linnetuch für die heil. Geräte, von Fr.

Wille: Belum, von Frau Gastwirth Welf: Erneue-
rung der Altarleuchter, vom Altbühner Schmidt: Kanzel-
kibel, vom Einlieger Gottfr. Vobig: 2 Strahlenleuchter,
von Dr. C. Ernst in Berlin: Altarteppich, der Kirche in
Allmersdorf von Fr. Helene Goepke: weißlinnendes
Belum mit rothseidener Stickerei.
(Schluß folgt.)

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung erlassen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses
1	2	3	4	5	6
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Richter, Arbeiter,	geboren am 16. October 1854 zu Hollenfeld, Euremburg, luxembur- gischer Staatsangehö- riger,	gefallen am 16. October 1854 zu Hollenfeld, Euremburg, luxembur- gischer Staatsangehö- riger,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	13. Dezember 1893.
2	Kambert Dekbelaer, Töpfer,	geboren am 7. Februar 1874 zu Dree, Belgien, ortsangehörig ebendasselbst,	geboren am 7. Februar 1874 zu Dree, Belgien, ortsangehörig ebendasselbst,	Großherzoglich Badischer Landesoberamts- Präsident zu Freiburg,	16. Dezember 1893.
3	Johann Herma, Kellner,	geboren am 2. Juli 1853 zu Alexanderfelde, Bezirk Bielitz, Oester- reichisch-Schlesien, orts- angehörig ebendasselbst,	geboren am 2. Juli 1853 zu Alexanderfelde, Bezirk Bielitz, Oester- reichisch-Schlesien, orts- angehörig ebendasselbst,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	5. Dezember 1893.
4	Marie Elzabeth Marti, unverheiratete,	geboren am 7. November 1866 zu Neu- châtel, Schweiz, orts- angehörig zu Huppel- ried, Kanton Bern, ebendasselbst,	geboren am 7. November 1866 zu Neu- châtel, Schweiz, orts- angehörig zu Huppel- ried, Kanton Bern, ebendasselbst,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	13. November 1893.
5	Josef Petner, Arbeiter,	geboren am 12. Februar 1869 zu Policzka, Be- zirk Chrudim, Böhmen,	geboren am 12. Februar 1869 zu Policzka, Be- zirk Chrudim, Böhmen,	Großherzoglich badischer Ministerium des Innern zu Schwerin,	12. Dezember 1893.
6	Stefan Schlager, Gärtner u. Tagelöhner,	geboren am 15. Juni 1873 zu Huppel- ried, Bezirk Traunstein, Bayern, ortsangehörig zu Auhl, Bezirk Salz- burg, Oesterreich,	geboren am 15. Juni 1873 zu Huppel- ried, Bezirk Traunstein, Bayern, ortsangehörig zu Auhl, Bezirk Salz- burg, Oesterreich,	Königlich bayerischer Polizei-Direktion München,	1. Dezember 1893.
7	Hermann Schuster, Bäcker,	geboren am 7. April 1874 zu Laibach, Bezirk Meran, Tirol, orts- angehörig zu Kästel beil, ebendasselbst,	geboren am 7. April 1874 zu Laibach, Bezirk Meran, Tirol, orts- angehörig zu Kästel beil, ebendasselbst,	dieselbe,	ebendasselben.

Hierzu eine Beilage, enthaltend die Liste der Prämien, welche in der vom 15. bis 18. Januar 1894 erfolgten
39. Verlosung auf die am 15. September 1893 gezogenen 50 Serien der Schuldverschreibungen der Städte
Prämien-Anteile vom Jahre 1855 gefallen sind, sowie fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einmalige Druckzeit 20 Pf.)

Beilageblätter werden der Gegen mit 10 Pf. berechnet.

Verlag von der Königl. Regierung in Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei des H. W. Gahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königlich en Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 6.

Den 9. Februar

1894.

Bekanntmachungen des Könighchen Ober-Präsidenten.

B e k a n n t m a c h u n g.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten
Erlaß vom 15ten d. M. die Einberufung des 20. Pro-
vinziallandtages der Provinz Brandenburg
zum 18. Februar d. J.

zu bestimmen geruht.

Die Mitglieder desselben sind in Folge dessen ein-
geladen worden, sich an dem gedachten Tage Mittags
12 Uhr im Landeshause zu Berlin zur Eröffnungs-
sitzung zu versammeln.

Den Herren Abgeordneten wird, wie früher, Ge-
legenheit geboten sein, gemeinsam an dem Sonntags-
Gottesdienste in der Dom-Interimskirche im Schloß
Konbifou-Garten Theil zu nehmen.

Potsdam, den 29. Januar 1894.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Arnbach.

Bekanntmachungen der Könighchen Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schuldverschrei-
bungen der Preussischen konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1884.

1. Die Zinscheine Reihe II. № 1 bis 20 zu
den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten
4%igen Staatsanleihe von 1884 über die Zinsen für
die Zeit vom 1. Januar 1894 bis 31. Dezember 1903
nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe
werden vom 1. Dezember 1893 ab von der Kontrolle
der Staatspapiere hieselbst, Draniensstraße Nr. 92/94
unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Aus-
nahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei
Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in
Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-
kassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse
bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der
Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder
durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen
Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem
Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda
und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1
unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher
eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so
ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche
Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem
Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit
einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück.

Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Aus-
reichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle
der Staatspapiere sich mit den Inhabern
der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der obengenannten
Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die An-
weisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen.
Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheini-
gung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aus-
händigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare
zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Pro-
vinzialkassen und den von den Könighchen Regierungen
in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen
unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf
es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann,
wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen
sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen
an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der
genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe
einzureichen. Berlin, den 2. November 1893.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken
veröffentlicht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von
unserer Hauptkasse, den Könighchen Kreis- und Forstkassen
und den Königl. Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden
können. Potsdam, den 9. November 1893.

Könighche Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe IV. zu den 2½prozentigen
Röthen-Bernburger Eisenbahn-Aktien und der Zinscheine
Reihe IX. zu den 4prozentigen Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-
Obligationen Lit. A.

2. Die Zinscheine Reihe IV. № 1 bis 10 zu den
2½prozentigen Röthen-Bernburger Eisenbahn-Aktien
über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1894 bis
31. Dezember 1903, sowie die Zinscheine Reihe IX. № 1
bis 12 zu den 4prozentigen Potsdam-Magdeburger Eisen-
bahn-Obligationen Lit. A. über die Zinsen für die Zeit
vom 1. Januar 1894 bis 31. Dezember 1899 nebst
den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihen
werden vom 2. Januar 1894 ab von der Kontrolle
der Staatspapiere hieselbst, Draniensstraße 92/94 unten
links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäfts-
tage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in
Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-

kassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse, die Zinscheine zu den Röhren-Vernburger Eisenbahn-Aktien außerdem durch die Eisenbahn-Hauptkasse in Magdeburg bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehungsweise durch die Eisenbahn-Hauptkasse in Magdeburg beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Aktien beziehungsweise Obligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Aktien beziehungsweise Obligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 16. Dezember 1893.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Haupt-Steuernämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 20. Dezember 1893.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Nordamerikanisches Vice-Generalkonsulat.

26. Der amerikanische Bürger Charles H. Abbot ist an Stelle des Herrn George H. Murphy zum Vice-Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 30. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

27. An Stelle des Amtsgerichtsraths Schulze ist der Amtsrichter Dr. Heilbron in Nauen zum stellvertretenden Vorsitzenden des in Nauen für den Kreis Osthavelland zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichts ernannt worden.

Potsdam, den 31. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gliederung eines Kreis-Physikats.

28. Das Physikats des Kreises Angermünde, mit dem Sitz in Angermünde, ist durch die Versetzung des bisherigen Inhabers erledigt.

Bewerbungen sind bis zum 15. März d. J. unter Beifügung der zum Nachweise der Befähigung und der bisherigen Wirksamkeit erforderlichen Zeugnisse bei mir anzubringen.

Potsdam, den 1. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Dampfapparate in den Apotheken.

29. Die in den Laboratorien der Apotheken verwendeten Dampfapparate lassen sich von dem Gesichtspunkte der Betriebsüberwachung aus in 3 Gruppen theilen:

- 1) die regelmäßigen, mit höherem Druck betriebenen Dampfkessel,
- 2) die offenen sogenannten Apothekerkessel,
- 3) die Apothekerkessel von geschlossener Bauart.

Die zu 1) bezeichneten Kessel unterliegen den Vorschriften über die Genehmigung und Untersuchung der Dampfkessel (Anweisung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. März 1892 und 6. Mai 1893). Sie umfassen ohne

Ausnahme alle die Kessel, die mit einem höheren Ueberdrucke als dem einer halben Atmosphäre betrieben werden.

Die offenen Apothekerkessel — meist Gefäße, deren Deckplatten mit Löchern versehen sind, in die Töpfe ohne weitere Befestigung eingehängt werden — unterliegen, da sie als Dampfkessel nicht angesehen werden können, den für Dampfkessel erlassenen Vorschriften nicht.

Die Apothekerkessel von geschlossener Bauart endlich, die meist so hergestellt sind, daß die Töpfe durch Einschrauben oder durch einen festen Verschuß (Wassernett, Bügel-Verschuß u.) gehindert sind, sich bei entstehendem Ueberdruck zu heben, müssen rechtlich als Dampfkessel angesehen und deshalb entweder allen Vorschriften des Dampfkesselrechts unterstellt oder nach § 22 Absatz 3 der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. August 1890 R. G. Bl. S. 163) mit der Atmosphäre durch ein unverwundbares in den Wasserraum hinabreichendes Standrohr von nicht über 5 m Höhe und mindestens 8 cm Weite verbunden werden.

Da jedoch die Betriebsgefahr bei der geringen Größe dieser Apparate und dem unbedeutenden Druck, mit dem sie betrieben werden, nur unbedeutend ist und sich noch dadurch mindert, daß sie meist von sachver-

händigen und überlegten Personen gebraucht werden, so werden für diese **Apothekerfessel von geschlossener Bauart** auf Grund des gedachten § 22 Ziffer 3 folgende Erleichterungen zugelassen:

An Stelle des in den Wasserraum hinabreichenden 8 cm weichen Standrohrs darf ein vom Dampfraum ausgehendes und von ihm nicht abschließbares offenes Standrohr entweder in Heberform oder nach Art der abgefügten Manometer mit mehreren auf- und niedersteigenden Ästen oder Schenkeln angewendet werden, bei dem die Summe der Längen der aufsteigenden Schenkel bei Wasserfüllung 5 m, bei Quecksilberfüllung 368 mm nicht übersteigen darf und dessen lichte Weite bei einem Inhalte des Fessels

von 0—60 l	mindestens 25 mm
60—95	30
95—160	40
160—250	50
250—350	60
350—450	70
450—	80

betragen muß.

Für Apothekerfessel bis zu 60 l Inhalt darf von einem Standrohr gänzlich abgesehen werden und an seine Stelle ein direct beladetes Sicherheitsventil treten.

Die im Verrieche befindlichen Apparate sind, insofern sie nicht mindestens diesen erleichterten Vorschriften genügen, innerhalb einer Frist, deren Bestimmung ich mir für die einzelnen Fälle vorbehalte, entsprechend zu ändern.

Die Ueberwachung der Befolgung der vorstehenden Vorschriften ist Obliegenheit der Medizinalbeamten.

Potsdam, den 2. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

30. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 4. v. M. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Templin belegene Landgemeinde Wrechtsthal mit der Landgemeinde Dargerödorf in denselben Kreise zu Einem Gemeindebezirke unter dem Namen „Dargerödorf“ vereinigt werde.

Potsdam, den 5. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

betreffend Errichtung einer Prüfungskommission für Schiffsführer.

31. Es wird hiermit zur Kenntniß der Betheiligten gebracht, daß eine Kommission zur Abhaltung von Elbschifferprüfungen in Zehdenick unter dem Vorsteher des königlichen Wasserbauinspektors von Wiedede dasselbst errichtet worden ist. Derselbe wird auf Verlangen beliebige nähere Auskunft erteilen.

Potsdam, den 6. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

32. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Bauergrundbesizers Kühne

in Barnewitz und Rossitten Stimmung in Roskow, Kreis Westhavelland, des Bauern Riedbach in Ruhendorf, Kreis Töpzig; der Mäschenausschlag ist ausgebrochen bei je einer Kuh des Schulzen Rudow, Bauern Grünwald und Eigentümers Brässon in Garlin, Kreis Töpzig; die Brustseuche unter den Pferden der 2. Lehr-Batterie der Artillerie-Schießschule in Jüterbog.

Potsdam, den 6. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

4. In der diesem Stücke beigelegten Extrabeilage bringe ich den Allerhöchsten Erlass vom 6. Oktober 1893 nebst der darin erwähnten Neufassung des Statuts der Pommerischen Hypotheken-Aktienbank zu Berlin mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eintragung ins Handelsregister erfolgt ist.

Berlin, den 17. Januar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Polizei-Berordnung.

betreffend Maßnahmen gegen Verbreitung der Gehirn-Rückenmarkshaut-Entzündung oder des Kopfschmerzkrampfes.

5. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195), sowie der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird im Einverständnis mit dem hiesigen Gemeinde-Vorstand für den Stadtkreis Berlin hierdurch verordnet was folgt:

§ 1. Jeder Arzt ist verpflichtet, jeden in seiner Praxis vorkommenden Fall von Gehirn-Rückenmarkshaut-Entzündung oder Kopfschmerzkrampf (Meningitis cerebros spinalis) ungesäumt der hiesigen königlichen Sanitäts-Commission Alexanderstraße Nr. 3 bis 6 auf den hier üblichen Anzeige-Karten zu melden.

§ 2. Personen, welche von der im § 1 erwähnten Krankheit befallen sind, müssen, soweit als thunlich, von anderen Personen abgesondert werden.

§ 3. Jeder aus einem Hausstande, in welchem ein Fall der in § 1 erwähnten Krankheit besteht, sind vom Schulbesuch Seitens der betreffenden Haushaltungsvorstände so lange fern zu halten, bis die Gefahr der Ansteckung nach ärztlicher Bescheinigung für beseitigt anzusehen ist.

§ 4. Die Krankenzimmer, die Auswurfstoffe, die von dem Kranken während der Erkrankung benutzten Wäsche- und Kleidungsstücke (insbesondere auch die Taschentücher), Kleider und sonstigen Gegenstände sind gründlich zu reinigen und **ausnahmslos** nach Maßgabe der Anweisung zur diesseitigen Polizei-Berordnung vom 7. Februar 1887 (A.-Bl. Stück 7), betreffend Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten, zu desinficieren.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 1 werden mit einer Geldstrafe von 5 bis 30 Mark für jeden Uebertretungsfall, Zuwiderhandlungen

gegen die Bestimmungen der §§ 2 bis 4, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Im Unvermögensfalle tritt an Stelle der Geldstrafe entsprechende Haft.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1889 in Kraft.

Berlin, den 31. März 1889.

Der Polizei-Präsident.

gez. Freiherr von Richthofen.

Vorstehende Polizei-Verordnung wird hiermit wiederholt zur öffentlichen Kenntniss gebracht mit dem Bemerkten, daß für die im § 4 angeführte Polizei-Verordnung vom 7. Februar 1887 die jetzt gültige Polizei-Verordnung vom 3. Juli 1893 (Amts-Blatt Stück 28) maßgebend ist.

Berlin, den 31. Januar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

6. Mit Bezug auf mehrfach hier vorgekommene Zuwiderhandlungen wird das handeltreibende Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß unter Bezeichnungen, wie „Schmalz“, „Bratenschmalz“ oder „raffinirtes Schmalz“ hierorts nur „reines Schweineschmalz“ verkauft werden darf. Fettgemische, die außerdem andere Fette oder Öle enthalten, dürfen unter jener Bezeichnung nicht, sondern nur als „Speisefett“ oder unter ähnlichen feinen Irrthum erregenden Namen zum Verlaufe gelangen.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Gesetzes vom 14. Mai 1879, bestraft.

Berlin, den 26. Januar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

7. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlaß vom 25. Januar dieses Jahres die Anlage von 3 neuen Apotheken in Charlottenburg und zwar: 1) in der Gegend der Danfelmannstraße, 2) in der Gegend der Kaiser Friedrichstraße, 3) in der Gegend des Kaiserin Auguste Viktoriaplazes genehmigt. Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 15. März d. Js. mit dem Bemerkten hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben. Der Meldung sind beizufügen: a. Approbation und sonstige pphstatisch beglaubigte Zeugnisse, b. Lebenslauf, c. amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Uebernahme beziehungsweise Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, d. polizeiliche Führungs-Atteste — siehe Schluß —. Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte — anzugeben,

wo er eine Apotheke besessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besizrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1878 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben. Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnöthigen Schreibwerkes u. am Besten von der Bewerbung ab. Den Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich geführt werden. Die Bewerber haben ihren Meldungen polizeiliche Führungsatteste aus sämtlichen Orten, an welchen sie in oder außerhalb ihrer Laufbahn als Apotheker thätig gewesen sind, beizufügen.

Berlin, den 3. Februar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

9. Diejenigen Personen, welche in dem bevorstehenden Frühjahr Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Friedrichshagen, Gr.-Lichterfelde, Grünau (Mark), Liepe (Oder), Ludwigfelde, Neuruppin, Nowawes-Neuendorf, Oderberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis Ende Februar an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte — für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst — zu richten. Später eingehende Anmeldungen können erst in dem zweiten, nach dem 1. August beginnenden Bauabschnitte berücksichtigt werden.

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 15. Januar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

1. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß an Stelle des § 1 der Bekanntmachung wegen Kreditirung der Brannweinsteuer vom 27. Dezember 1825 — III. 24340 — folgende Vorschrift getreten ist:

„Brennereibesigern kann die Maischbottich- und Brannwein-Materialsteuer auf sechs Monate gestundet werden. Steuerbeträge unter 50 M. sind von der Stundung ausgeschlossen.“

Die Stundung der Maischbottich- und der Brannwein-Materialsteuer ist hiernach künftig nicht

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Ausschreiben

von den Mitgliedern der Städtefeuer-Societät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1893 zu erhaltenden Beiträge

Der Directorialrath der Städtefeuer-Societät der Provinz Brandenburg hat die Beiträge der Mitglieder der Societät für das II. Halbjahr 1893 für 100 Mark Versicherungssumme festgesetzt:

in Klasse IA. auf 2,8 Pf. (0,28 pro mille),	
I. 4	(0,4 - - -),
IB. 5,2	(0,52 - - -),
IIA. 8	(0,8 - - -),
II. 12	(1,2 - - -),
IIIB. 16	(1,6 - - -),
III. 28	(2,8 - - -),
IIIB. 40	(4 - - -),
IV. 56	(5,6 - - -),
IVB. 88	(8,8 - - -).

Demzufolge werden nunmehr ausgeschrieben:

von 49,807,750 M. Versicherungssumme in Klasse IA. auf	43,946 M. 17 Pf.,
343,103,900	I. 137,241 56
23,907,375	IB. 12,431 84
6,274,575	IIA. 5,019 66
132,865,950	II. 159,439 14
17,001,350	IIIB. 27,202 16
14,529,025	III. 40,681 27
5,720,950	IIIB. 22,883 80
2,386,725	IV. 13,365 66
1,455,700	IVB. 12,810 16
überhaupt von 597,053,300 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme	445,021 M. 42 Pf.
Dazu von 744,725 M. Explosionsversicherungssumme zu 1 Pf.	74 47
und 462,000 „ „ 2 „	92 40
	445,188 M. 29 Pf.

Den Mitgliedern in 32 Städten sind wegen der guten Vörscheinrichtungen der letzteren auf Grund des § 65 des Reglements 20, bzw. 15, 12 und 10 Procent ihrer Beiträge erlassen mit

23,300 36
421,887 M. 93 Pf.

Dagegen wird von den Mitgliedern in 8 Städten auf Grund des § 65 Abs. 2 des Reglements ein Zuschlag von 10 bzw. 20 Procent der Beiträge erhoben mit

1,404 11
423,292 M. 04 Pf.

Hervon stehen den Magisträten 5 Procent zu mit
so daß zur Dedung des Bedarfs verfügbar sind

21,164 60
402,127 M. 44 Pf.

Dieser Bedarf beläuft sich für die, in den Monaten Juli bis Dezember 1893 stattgehabten, von der Societät zu vergütenden 204 Brand- und 22 Bligschäden, einschließlich der Spritzen- und Wasserpumpenprämien und Abschätzungskosten auf
und außerdem sind für Schäden an unversicherten Gegenständen, Postgeld, Zuschüsse an die Feuerwehren u. s. w. erforderlich

380,208 M. — Pf.
21,087 —

Dazu treten die Beiträge für die bei dem Verbande der öffentlichen Feuer-
versicherungsanstalten in Deutschland genommene Rückversicherung mit r.

84,000 —
485,295 M. — Pf.

Durch diese Rückversicherung, durch Zinsen und Mobiliarversicherungs-
beiträge sind gedeckt

43,984 —
441,311 M. — Pf.

Das obige Ausschreiben ergibt r.

402,127 —
39,184 M. — Pf.,

mithin weniger
welche dem Betriebsfonds entnommen werden.

Die Magisträte der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungekürzt einziehen und binnen 4 Wochen — § 70 des Reglements — an die Brandenburgische Landeshauptkasse hierselbst abführen lassen. — Ich bemerke hierbei, daß die Erhöhung des regelmäßigen

Vertragssache wieder durch die zahlreichen und großen Brandschäden, welche im abgelaufenen Halbjahre zu regülen waren, herbeigeführt worden ist.

Berlin, den 16. Januar 1894.

Der Direktor der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Personalchronik.

Der Kammergerichtsreferendar Walther Miquel ist zum Regierungsreferendar ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow ist der königliche Justizminister Repler in Colpin zum Amtsvorsteher-Erstellvertreter des Amtsbezirks IV. — Alt-Marlagraisse — ernannt worden.

Im Kreise Templin sind wegen Ablaufs ihrer Dienstzeit der Guisebiger Schoen zu Poglom und der Ammann Schoenermark zu Böhberg aus dem Amtsvorsteher-Erstellvertretern der Amtsbezirke VI. — Dreßlow — bezw. VII. — Sudow — ernannt worden.

Der Apotheker Friedrich Koch hat die nach Maßgabe der Concession vom 30. August 1893 in der Potsdamer Vorstadt zu Spandau, Fichelsdorferstraße 14, errichtete Apotheke eröffnet.

Der Civilanwärter Willy Tornbusch ist zum Regierungs-Civilsupernumerar ernannt worden.

Der Militäranwärter Hahn in Berlin ist zum Regierungs-Militärsupernumerar ernannt worden.

Der Militäranwärter Niemeyer in Berlin ist zum Regierungs-Militärsupernumerar ernannt worden.

Bei der königlichen Direction für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind 1) der Regierungs-Assessor von Eisenhart-Rothe ausgeschieden und mit der kommissarischen Verwaltung des Landraths-Amtes im Kreise Bublitz beauftragt, 2) der Regierungs-Assessor Dr. Curtius ausgeschieden und dem königlichen Landrath im Kreise Mühlheim a. Rh. als Hilfsbeamter überwiesen, 3) die Regierungs-Assessoren Lucke aus Merseburg und Dr. Droske aus Marienwerder zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden, 4) der Regierungs-Sekretär Otto zum Rechnungs-Rath ernannt, 5) der Regierungs-Sekretär Bräsewig unter Verleihung des Charakters als Rechnungs-Rath in den Ruhestand versetzt, 6) der Sekretariats-Assistent Lübbecke zum Regierungs-Sekretär befördert, 7) der Civilsupernumerar Nörenberg als Sekretariats-Assistent angestellt, 8) die Civil-Anwärter Karl Piepe und Karl Wolff als Civil-Supernumerare, 9) die Militair-Anwärter Rohde und Püschel als Kanzlei-Diätare angenommen, 10) die Militair-Anwärter Schulze und Weidemann als Kanzleidiener angestellt worden, 11) der Sekretariats-Assistent von Bardzki verstorben, 12) der Civil-Supernumerar Wegner auf seinen Antrag entlassen.

Zum Kreisverordneten für den Kreis Osthavelland ist der Rittersgutsbesitzer Maximilian Reuter zu Vengke gewählt und als solcher bestätigt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Bischofsdorf in Ob.-Schl. Michael Franz Czopnik ist zum Pfarrer bei den evangelischen Gemeinden der Pfarodie Groß-Machnow, Diözese Königs-Wusterhausen, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Steffen Martin Alberti ist zum Diakonus der evangelischen Gemeinde der Dankeskirche hier, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Dem Rükter, Organisten und Lehrer Gustav Matthias zu Lüdersdorf, Diözese Pinder-Granssee, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Wood ist als Oberlehrer an der 6. Realschule in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Kleiner, Schünke, Streichan, Gilmann, Pinto, Schimberg, Koenig, Zickermann, Gorka, Langer, Ertmann, Pape, Bruch, Nebe, Poema, Knoefel, Richter, Striezel, Herrmann und Beyer sind als Gemeindegemeinschaftslehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Georg Tärde und Dr. Louis Mues sind als Gemeindegemeinschaftslehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Ewert und Arnoldt sind als Gemeindegemeinschaftslehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Gerst, Schiedewahn, Lorenz, Vietsch, Gröger, Reß, Bischoff II., Reimnis, Zaage, Bubes, Hochschulz, Schmidt, Reuter, Davinage, Ulrich, Scharff, Henkelmann, Hinge und Schowon sind als Gemeindegemeinschaftslehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk des Kammergerichts in den Monaten Oktober, November und Dezember 1893.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind der Senatspräsident, Geheimer Ober-Justizrath Werner beim Kammergericht zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Raumburg a. S., der Kammergerichtsrath, Geheimer Justizrath Wolf zum Senatspräsidenten beim Kammergericht, die Landgerichtsräthe Wolfram in Halberstadt und Specht in Posen zu Kammergerichtsräthen, der Landgerichtsrath Haenisch in Greifswald zum Landgerichtsdirektor in Guben, der Landgerichtsrath Voigt in Neu-Ruppin zum Landgerichtsdirektor in Frankfurt a. O.; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Kienig bei dem Amtsgericht in Neppen, Dr. Daberkow bei dem Amtsgericht in Züllichau, Ewald Schmidt bei dem Amtsgericht in Kallies, Otto bei dem Amtsgericht in Labes, Biesel bei dem Amtsgericht in Arnswalde, Dr. Worschke bei dem Amtsgericht in Prenzlau, Dr. Heilfron bei dem Amtsgericht in Rauen, Dr. Sternberg bei dem Amtsgericht in Lützen, Bach bei dem Amtsgericht in Müritzenwalde, Ernst bei dem Amtsgericht in Gostyn, Sternsdorff bei dem Amtsgericht in Falkenberg D.-Schl., Greiff bei dem Amtsgericht I. in Berlin; zu Handelsrichtern bei dem Landgericht I. in Berlin der Handelsbesitzer Gustav Börner, der Handelsdirektor Reinhold Veschast und die Kaufleute Bernhard Croner, Her-

mann, Jacoby; Rudolf Malenkar, Sigismund Samuel, Wilhelm Titel und Robert Hirsch, sämmtlich in Berlin; zu stellvertretenden Handelsrichtern bei dem Landgericht I. in Berlin die Fabrikanten Dr. jur. Alfred Mengers und Albert Hoffstaedt und die Kaufleute Hermann Auerbach zu Berlin, Richard Böhm zu Charlottenburg, Franz Gaedike, George Joachimsthal, Salomon Mosse, Adolf Philippssthal und Julius Rosenheim zu Berlin, der Bankier Richard Dyhrenfurth und der Kaufmann Dr. jur. Caro zu Berlin. Versetzt sind der Amtsgerichtsrath Häufeler in Kehlstein an das Amtsgericht in Neu-Müppin, die Amtsrichter Schröder in Mittenwalde, Lücke in Bergen a. N. und Neumann in Schwedt an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Schmidt in Habelberg als Landrichter an das Landgericht in Neu-Müppin. Pensionirt sind der Kammergerichtsrath Matthies in Berlin und die Landgerichtsräthe Siber in Potsdam und Taddel in Berlin. Verstorben sind der Landgerichts-Direktor Dictus in Potsdam, die Amtsgerichtsräthe Maximilian Schmidt beim Amtsgericht I. und Robert beim Amtsgericht II. in Berlin, die Amtsrichter von Kobylecki beim Amtsgericht I. in Berlin und Mößler in Seelow.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Priester, Sauer, Muth, Appellius, Kraefft, Maywald, Viman, Dr. Matsche, Rosenfeld, Dr. Halpert, Dr. Reichert, Kaul, Dr. Simeon, Griefe, Imberg, Claude, Dr. Meyer, Kirchbäcker, Dr. Spiegelthal, Dr. von Uyden, Dr. Wiener, Ubbelohde, Dr. Boate, Hellwig, Feig, Lüdicke, Jahn, Grunow. Entlassen sind Dr. jur. Platho behufs Uebertritts zur Staatsbahnverwaltung, Plankenstein behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst der Stadt Berlin. Versetzt ist Dr. Gerhard Schmidt in den Bezirk des Oberlandesgerichts in Posen.

III. Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt Unger in Berlin ist zum Ersten Staatsanwalt in Prenzlau ernannt, der Staatsanwalt Schmidt in Landsberg a. W. ist an das Landgericht I. in Berlin versetzt. Zum Amtsanwalt ist ernannt der Bürgermeister Dr. Kronisch in Perleberg beim Amtsgericht daselbst, zu Stellvertretern des Amtsanwalts sind ernannt der Bürgermeister Schmidt in Baruth beim Amtsgericht daselbst und der Stadt- und Polizeisekretär Klement in Wittenberg bei dem Amtsgericht daselbst.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Mosson, Ottohar Müller, Hentig, Bottenbruch und Schönborn beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Krasack beim Landgericht in Neu-Müppin, der Rechtsanwalt Siliten beim Landgericht in Prenzlau, der Rechtsanwalt Max Pießsch bei dem Amtsgericht in Sonnenburg, der Rechtsanwalt Eugen Goldstein beim Landgericht II. in Berlin, der Rechtsanwalt Alfred Levy beim Landgericht in Frankfurt

a. D. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte die Gerichtsassessoren Dr. Voewy und Dr. Salomon und der frühere Rechtsanwalt Bottenbruch beim Kammergericht; die Gerichtsassessoren Masower, Paul Schmidt, Dr. Hugo Cohn, Dr. Nelke, Harry Priester, Dr. Halpert, Dr. Raumann, Rosenfeld, August Arler und Dr. Hanquet, der Rechtsanwalt Knopf aus Schneidemühl und der frühere Gerichtsassessor Dr. Alexander beim Landgericht I. in Berlin, die Rechtsanwälte Mosson und Schönborn, beide bisher beim Landgericht I. und der Gerichtsassessor Alfred Salomon beim Landgericht II. in Berlin, die Rechtsanwälte Krasack aus Neu-Müppin und Goerle aus Bublitz bei dem Amtsgericht in Grossen a. D., der Gerichtsassessor Czach bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, der Gerichtsassessor Jacobsohn beim Amtsgericht in Rixdorf. Zu Notaren sind ernannt die Rechtsanwälte Krasack in Grossen, Bischoff in Drossen und Busch in Perleberg. Den Notaren Justizrath Dr. Goltz und Hentig in Berlin und Pießsch in Sonnenburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte erteilt. Verstorben sind der Rechtsanwalt und Notar, Geheime Justizrath Heilborn in Berlin und der Rechtsanwalt Knobloch in Dobrilugk.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Schindler, Berger, Strassburger, Rossmag, von Puttkamer, Ernst, Pohlandt, Schlichting, Davidsohn, Meyer, Gadebusch, Schmidt, Buchow, Hoffmann, Richter, Herder, Liegmann, von Kayser, Szykany, Heymann, Boetticher, Hendelach, Regenborn, von Hülsen, Köbler, Daniel, Vogel, Seelig, Birke, Abraham, von Dulsig, Meier, Rube, Schulz, von Schwerin, Hünke, Siegmann, Steinböck, Caro, Pielchen, von Bergen, Willins, Goltz, Wiltke, Korth, Keyßner, Thümen, Dr. Cohn, Eggerling, Friedrichs, Strauß. Uebernommen sind Schweiger und Bredow aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Breslau, Krahn aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Kiel, Bauer aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Posen, Hertel aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Cassel, Otto von Puttkamer aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Celle. Entlassen sind Fritz Hellwig, Rogge, Dr. von Schmeling, Freiherr von Falkenhäusen behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsvorbereitungsdienst, Jahn behufs Uebertritts zur Militärverwaltung, Ditz und Mächtig auf ihren Antrag. Verstorben ist Kort.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Gerichtsschreiber Wille beim Landgericht I. in Berlin zum Rechnungsrevisor beim Amtsgericht I. daselbst; zu Gerichtsschreibern die vormaligen Referendare Wölckerling beim Landgericht II. in Berlin und Dr. jur. Hirsch beim Landgericht I. in Berlin, die Gerichtsschreibergehilfen Droemer und Behm vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amts-

gericht zu Charlottenburg bezw. Jossen, der Assistent Rathhauer von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Sorau N.-L.; zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin; der Assistent Janke von der Oberstaatsanwaltschaft daselbst; zu Gerichtsschreibergehilfen die Aktuare Degenhard bei dem Amtsgericht in Dahme, Hildebrand bei dem Amtsgericht I. in Berlin; zu Assistenten der Assistent Gustav Paul Zimmermann von der Staatsanwaltschaft II. in Berlin bei der Oberstaatsanwaltschaft daselbst, der Aktuar Korte bei der Staatsanwaltschaft zu Landsberg a. W.; zu Gerichtsvollziehern die Milfskranwärter Hasselberg, Kleist, Henze, Kersten, Reimann und Groppler bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Klink bei dem Amtsgericht in Lindow, Carl Friedrich Lehmann bei dem Amtsgericht in Kyritz; zu Kanzlisten der Kanzlist Jaehnichen und der Kanzleidiätar Kern, beide vom Landgericht I. in Berlin bei dem Kammergericht, die Kanzleidiätare Wilhelm Wendt und Liefke beim Landgericht I. in Berlin, Paul Hoffmann, Otto Wendt und Menzel beim Amtsgericht I. in Berlin. Verstorben sind die Gerichtsschreiber Marowski vom Amtsgericht in Briezen an das Landgericht I. in Berlin, Laurent von Charlottenburg nach Briezen, Gossarth von Sorau N.-L. nach Fürstenberg a. D., Krohn von Jossen an das Landgericht I. in Berlin, Brand vom Landgericht I. in Berlin nach Königsberg N.-M., die Sekretäre Kohnke von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin als Gerichtsschreiber an das Landgericht I. in Berlin, Max Krüger von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. an die Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts I. in Berlin, Nürnberg von der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts I. an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. in Berlin, die Gerichtsschreibergehilfen Wilhelm Adolf Beyer von Freienwalde a. D. als Assistent zur Staatsanwaltschaft II. in Berlin, Lindemann von Dahme nach Belgig, die Assistenten Block von der Staatsanwaltschaft in Landsberg a. W. als Gerichtsschreibergehilfen an das Amtsgericht in Freienwalde a. D., Wilhelm Beyer von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin als Gerichtsschreibergehilfen an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind die Gerichtsschreiber Troschel, Carl Robert Kühn und Pöppenberg beim Landgericht I. Berlin, Henke beim Landgericht II. in Berlin und Penz in Fürstenberg a. D., der Gefängnisinspektor Nicolau in Frankfurt a. D., die Gerichtsvollzieher Grabert beim Amtsgericht I. in Berlin, Zieme in Lippehne und Mielert in Fürstenberg a. D., die Kanzlisten Kanzleisekretär Seyler beim Kammergericht und Baacke bei dem Landgericht I. in Berlin. Verstorben sind die Gerichtsschreiber Kanzleirath Dehlke in Königsberg N.-M. und Düvert bei dem Amtsgericht I. in Berlin, der Kanzlei-Inspektor Wolff beim Kammergericht. Die Anstellung der Aktuare Hering und Müller als Gerichtsschreibergehilfen bezw. Assistent in Belgig und Prenzlau ist infolge deren Uebertritts in

den Reichsdienst zurückgenommen worden. Entlassen ist der Gerichtsvollzieher Weitz bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Geschenke an Kirchen etc.

(Schluß.)

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachstehend benannten Kirchen etc. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden:

Eberswalde: der Kirche in Schöpsfurth von Frä. Lydia Weber in Dresden: 300 M.;

Nauen: der Kirche in Zeesow vom Oberamtmann Seefeld: 2 Ambracisfen, 2500 M. zur Heizung derselben; 6 Gaslampen;

Perleberg: der Kirche in Kleske von Frau Adminstr. Livonius und Frau v. Trautmann: Altar-, Kanzel- und Taufsteinbekleidung, von Frau Superintendent Crusius: selbstgefertigte Abendmahlsdecke, von Frau Geh. Ober-Post-Rath Dunkel: Altarbild, von einer ungenannten Wittwe: 2 messingene Kanzelleuchter, der Kirche in Kunow von der Gemeinde: 130 M. zu einem Kronleuchter;

Potsdam I.: der Heiligengeist-Kirche in Potsdam von Frä. Kunert: ca. 5000 M.;

Spanbau: der Kirche in Bellen von der Gemeinde: 1226,55 M. für Kirchenheizung und Kirchenportalbau, von Ziegeleibes Blumberg, Krause und Schläter: 7750 Steine zum Kirchenportalbau, von Frauen der Gemeinde: schwarze Altar-, Kanzel- und Taufsteinbekleidung und schwarze Sakristei-Portiere, 50 M. zu Brennmaterial etc.;

Strausberg: der Kirche in Rienbaum von der Gemeinde: schwarze Kanzel- und Taufsteinbekleidung, vom Gutbesitzer Köppen: schwarze Altarbekleidung, von verst. Frau Pastor Dumack: Altarteppich, vom Pfarrer Ritter: Kanzelbibel;

Templin: der Kirche in Mutenberg von der Familie des Oberpfarrers Karl: Kelch und Patene;

Briezen: der Marien-Kirche in Briezen von Gemeindegliedern: Kirchenbeleuchtungsanlage, vom Kaufmann Schläter in Berlin: 2 Gasandelaber für den Altar, der Kirche in Freienwalde a. D. vom Oerst von Daum: 1000 M. zum Bau der Herberge zur Heimath, von Kauf. Gebr. Schulz: 100 M. desgl., von Frau Böse-Kögel: 100 M. desgl., vom Stadtältesten Schmidt: 100 M. desgl., von Frau Stadtrath Wendt: 150 M. desgl., von Frä. von Brunnow: 200 M. desgl., vom Major Corbus: 50 M. desgl., vom Rent. Miersch: 50 M. desgl., von Gemeindegliedern: 132 M. desgl., der Kirche in Cünersdorf vom Baron von Ederstein auf Haselberg: 1500 M. zum Bau des Pfarrhauses, vom Superintendent Wilke in Freienwalde a. D.: 300 M. desgl., von Herrn und Frau v. Oppen: Bauplatz und Garten für das Pfarrhaus, der Kirche in Alt-Friedland von Frau Generalin v. Oppen: 2 Armleuchter, gesticktes Velum, gestickte Altarbekleidung nebst

sein. Dede, gestricke sein. Dede für den Altartisch, der Kirche in Ringenwalde von der Gemeinde; Dede von Joh. Schmidt; messing: Kronleuchter, der Kirche monium, von Frau Generalin v. Dypen in Alt-Trebbin; von Frau Dreivorsehern; Bochow: Friedland: Besum, der Kirche in Grube von der Gemeinde; Tauffeinbede, vom Marier Trapp; Kanzelbibel.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisung, Verurtheiltes
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Alexis Napoleon Galati, Erdarbeiter,	geboren am 14. August 1842 zu Casalmaggiore, Provinz Cremona, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	einfacher und schwerer Diebstahl, im Wiederholten Rückfall (zehn Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 5. Juli 1883),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	16. Dezember 1893.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Johann Adames, Tagelöhner,	geboren im Juni 1834 zu Katerinig, Bezirk Wallfisch-Weiserisch, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen u. Gebrauch gefälschter Zeugnisse,	Stadtmagistrat Memmingen, Bayern,	13. Dezember 1893.
2.	Peter Karl Martinus van Duu, Seemann,	geboren am 12. Oktober 1859 zu Rotterdam, Niederland, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen, Betrug,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	14. Dezember 1893.
3.	Josef Fehrle, Fabrikarbeiter,	geboren am 19. März 1875 zu Habstein, Bezirk Böhmisches Leipa, ortsangehörig zu Klum, Bez. Dauba, Böhmen,	Landstreichen, Betrug, Führung eines falschen Namens und gefälschter Zeugnisse,	Königlich Sächsische Kreisbauamt zu Jülich Zwickau,	22. November 1893.
4.	Theresia Riedler, ledige Tagelöhnerin,	geboren im August 1836 zu Ober-Viehwe, Bezirk Landstron, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	Landstreichen und Gebrauch gefälschter Zeugnisse,	Stadtmagistrat Memmingen, Bayern,	13. Dezember 1893.
5.	Johann Haider, Spängler,	geboren am 18. August 1872 zu Guna, Bezirk Linz, Ober-Österreich, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betrug,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	12. Dezember 1893.
6.	Johann Hoenkamp, Farmer,	geboren am 4. Februar 1846 zu Zwickel, Niederlande, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betrug,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	31. Oktober 1893.
7.	Karl Hörnla, Fabrikarbeiter,	geboren am 3. September 1850 zu Klatern, Bezirk Königshof, Böhmen,	Betrug u. Hausfriedensbruch,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	19. Dezember 1893.

Hierzu eine Extrabeilage, enthaltend den Allerhöchsten Erlass vom 6. Oktober 1893 nebst der darin erwähnten Resolution des Staats der Pommerischen Hypotheken-Aktenbank zu Berlin, sowie fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extra-Beilage

zum 6ten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 9. Februar 1894.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Auf Ihren Bericht vom 27. September d. J. will Ich unter der Voraussetzung, daß die Eintragung der betreffenden Beschlüsse in das Handelsregister erfolgt, hierdurch genehmigen, daß das der Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank — jetzt zu Berlin — unter dem 1. October 1866 ertheilte Privilegium zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Hypotheken-Pfandbriefen auch unter den Aenderungen fortbestehen bleibt, welche durch die vorgelegte, von der ordentlichen Generalversammlung vom 28. Februar d. J. resp. auf Grund der durch diese ertheilten Ermächtigung von der Hauptdirection der Gesellschaft beschlossene Neufassung des Statuts bezeichnet sind, sowie ferner das obige Privilegium in Gemäßheit des gegenwärtigen Statuts auf die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Kommunal-Obligationen ausdehnen.

Bei der in Meiner Ordre vom 18. Mai 1891 Ihnen, dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, ertheilten Ermächtigung behält es sein Bewenden.

Die vorgelegten Statuten-Exemplare erfolgen anbei zurück.

Jagdhaus Rominten, den 6. October 1893.

gez. Wilhelm K.

gegez. Graf zu Eulenburg, von Schelling.
Miquel, von Heyden.

An die Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Statut

der

Pommerschen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin.

Erster Titel.

Firma, Zweck, Gerichtsstand, Dauer und Bekanntmachungen.

§ 1. Unter der Firma:
„Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank“
ist eine Aktien-Gesellschaft gegründet.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Real-Credits und der Betrieb der in §§ 13–15 näher bezeichneten Handelsgeschäfte. Die zur Gewährung der hypothekarischen und Grundschuld-Darlehen erforderlichen Mittel sollen durch Emission von Hypotheken-Pfandbriefen und Obligationen beschafft werden.

§ 2. Die „Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank“ hat ihren Sitz in Berlin.

§ 3. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 100 Jahre, vom 1. October 1866 ab gerechnet, festgesetzt. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft über den vorbestimmten Zeitpunkt hinaus kann in der Generalversammlung nur mit einer Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen und unter Vorbehalt der landesoberlichen Genehmigung gütig beschlossen werden.

§ 4. Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschafts-Organen gelten als gehörig geschehen, wenn sie durch:

1. den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger,
2. die Berliner Börsen-Zeitung,
3. den Berliner Börsen-Courier

erlassen sind. Geht eines dieser Blätter ein, so wählt die Direction sofort an dessen Stelle ein anderes öffentliches Blatt. Auch außer dem Falle des Eingehens ist die Direction einen Wechsel der Gesellschaftsblätter eintreten zu lassen befugt. Der betreffende Beschluß ist zur Eintragung beim Handelsregister anzumelden, bevor er mit rechtsverbindlicher Wirksamkeit zur Ausführung gebracht werden kann. Jede Veränderung in den Gesellschaftsblättern ist in den bisherigen Gesellschaftsblättern, soweit dies angängig, bekannt zu machen.

Bei Bekanntmachungen der Direction sind diejenigen Formen, welche für die Firmenzeichnung vorgeschrieben sind, einzuhalten; Bekanntmachungen des Curatoriums sind von dessen Präsidenten oder seinem Stellvertreter zu unterzeichnen.

Zweiter Titel.

Grundkapital und Actionaire.

§ 5. Das Grundkapital der Gesellschaft besteht zur Zeit

1. aus 3665 (dreitausendsechshundert-fünfundsechzig) Vorzugsactien à 1200 (zwölfhundert) Mark, gleich 4 398 000 Mk. (vier Millionen dreihundertachtund-neunzigtausend Mark),

2. aus 515 (fünfhundertfünfzehn) Stammactien à 1200 (zwölfhundert) Mark, gleich 618 000 Mk. (sechshundertachtzehntausend Mark),

zusammen 5 016 000 Mk.

(fünf Millionen sechszehntausend Mark).

Das Actienkapital kann auf Beschluß der Generalversammlung mit landesherrlicher Genehmigung auf 30 000 000 (dreißig Millionen) Mark erhöht werden.

§ 6. Der Betrag einer jeden Actie ist auf Eintausend zweihundert Mark resp. auf 200 M. bei den durch Abstempelung der Stammactien in Vorzugsactien entstehenden Appoints festgesetzt.

Die Actien à 1200 M. lauten auf den Inhaber, diejenigen à 200 M. auf den Namen und werden mit dem Facsimile des Präsidenten des Curatoriums, sowie der Unterschrift zweier Mitglieder der Direction ausgefertigt und mit Dividendenscheinen auf zehn Jahre, sowie mit einem Talon versehen.

§ 7. Bei eintretender Erhöhung des Grundkapitals hat das Curatorium die Modalitäten der Unterbringung der Actien zu bestimmen. Der Ausgabeкурс darf nicht unter Pari betragen. Der Direction der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank bleibt das Recht der Repartition der Zeichnungen vorbehalten. Wird die Auflegung von Actienzeichnungen mit Ratenzahlungen beschlossen, so sind 25 Procent sofort bei der Actienzeichnung, und fernere mindestens 15 Procent innerhalb des ersten Jahres vom Tage der erfolgten Auflegung der Actienzeichnung, resp. wo eine solche erforderlich ist, vom Tage der ministeriellen, beziehentlich der landesherrlichen Genehmigung einzuzahlen.

Die weiteren Einzahlungen und die Zahlungstermine bestimmt das Curatorium.

Die Aufforderungen zur Einzahlung müssen wenigstens vier Wochen vor den Zahlungsterminen durch die Direction erfolgen.

Ueber die geleisteten Ratenzahlungen werden den Actienzeichnern auf den Namen lautende Interims-Quittungen ertheilt, die durch Indossement mit Genehmigung der Direction an einen bestimmten Rechtsnachfolger, jedoch unbeschadet der unbedingten Haftung des Zeichners für die Einzahlung des Nominalbetrages der Actien, übertragen werden können.

Die Aushändigung der Actien erfolgt erst nach Verichtigung der letzten Ratenzahlung.

§ 8. Wer innerhalb der festgesetzten Frist eine gemäß § 7 ausgeschriebene Rate nicht einzahlt, verfällt in eine Conventionalstrafe von einem Tausend des Betrages derselben und wird zur Nachzahlung der fälligen Rate nebst Conventionalstrafe durch eine zweite öffent-

liche Bekanntmachung mit vierzehntägiger Frist aufgefordert.

Reist er dieser zweiten Aufforderung nicht Folge, so wird dieselbe nochmals mit vierwöchentlicher Frist durch öffentliche Bekanntmachung wiederholt.

Bleibt auch diese dritte Aufforderung erfolglos, so ist die Direction berechtigt, nach ihrer Wahl entweder den säumigen Zeichner im Wege Rechtsens zur Zahlung der betreffenden Rate nebst Conventionalstrafe und 6 Procent Verzugszinsen vom Tage des Ablaufs der dritten Zahlungsfrist an in Anspruch zu nehmen, oder aber seine Zeichnung mittelst öffentlicher Bekanntmachung für erloschen, die auf dieselbe etwa bereits geleisteten Einzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft für verfallen und die über die Annahme der Zeichnung etwa erteilten Bescheinigungen, sowie die Interimsscheine über die auf dieselben geleisteten Ratenzahlungen für nichtig zu erklären.

An Stelle der für erloschen erklärten Zeichnungen werden zur Ergänzung des Grundkapitals der Gesellschaft neue Actien ausgefertigt, welche an der Börse zu verkaufen sind, und auf welche nach dem Ermessen des Curatoriums auch die auf die erloschenen Zeichnungen gezahlten Raten angerechnet werden können.

Von den vorstehenden Conventionalstrafen ist nur die Generalversammlung zu entbinden berechtigt.

§ 9. Dividenden, welche binnen vier Jahren vom letzten Dezember desjenigen Jahres ab, in welchem sie fällig geworden sind, nicht abgehoben werden, verfallen zu Gunsten der Gesellschaft. Ist aber ein Dividendenschein verloren gegangen und der Verlust der Direction innerhalb obiger Frist angezeigt, so wird der Betrag des Dividendenscheins noch innerhalb einer ferneren, vom Ablauf der vier Jahre zu berechnenden, präcisierten Frist von einem Jahre nachgezahlt, insofern nicht etwa der Dividendenschein inzwischen von einem Dritten eingereicht und realisiert ist. Die Gesellschaft wird durch Annahme der Anzeige von dem Verlust eines Dividendenscheins nicht verpflichtet, die Regularisation eines etwaigen Präsentanten desselben zu prüfen oder die Realisation des Scheins zu versagen. Dem Verlierer und dem Inhaber des Scheins bleibt vielmehr die Ausführung ihrer Ansprüche auf den Betrag desselben gegen einander lediglich überlassen. Eine Amortisation verloren gegangener Dividendenscheine findet nicht statt.

§ 10. Auch verlorengegangene Talons können nicht amortisiert werden. Die Austeilung der neuen Serie von Dividendenscheinen erfolgt, wenn der dazu bestimmte Talon nicht eingereicht worden kann, an den Präsentanten der betreffenden Actie.

Ist aber vorher der Verlust des Talons der Direction angezeigt und der Aushändigung der neuen Serie der Dividendenscheine widersprochen worden, so werden dieselben zurückgehalten, bis die zwischen dem Verlierer und dem Präsentanten streitigen Ansprüche auf die neue Serie gutlich oder im Wege des Processes erledigt sind und der Direction der legale Nachweis über die Beilegung des Streits geführt worden ist.

§ 11. Verlorene Actien und Interimsscheine unterliegen der Amortisation, die im Verichtsstande der Gesellschaft bei Gericht nachzusuchen ist.

Auf Grund des rechtskräftigen Amortisationsurtheils erfolgt die Ausfertigung und Ausreichung einer neuen Actie, bezw. Interimsscheins unter neuer Nummer auf Kosten des Antragstellers.

Sind Actien, Talons oder Dividendenscheine zwar nicht verloren, aber beschädigt, jedoch in ihrem wesentlichen Theile noch dergestalt erhalten, daß über ihre Richtigkeit kein Zweifel obwaltet, so ist die Direction ermächtigt, nach Entlieferung der beschädigten Papiere neue gleichartige Papiere auf Kosten des Inhabers, unter gleichen Nummern, auszufertigen und auszureichen.

§ 12. Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und ihren Actionairen wegen rückständig gebliebener Einzahlungen und der dadurch verwirkten Conventionalstrafe und Verzugszinsen sind im Verichtsstande der Gesellschaft anhängig zu machen, wesshalb sich ein jeder Zeichner und dessen Rechtsnachfolger durch die Zeichnung, resp. den Erwerb der Rechte aus der Zeichnung kraft des gegenwärtigen Statuts unterwirft; auch alle übrigen Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft, ihrem Vorstande und ihren Actionairen, die sich auf Gesellschaftsangelegenheiten beziehen, sind im Verichtsstande der Gesellschaft anhängig zu machen.

Dritter Titel. Geschäftskreis.

§ 13. Die Pommersche Hypotheken-Actien-Bank ist befugt:

a) unkündbare und kündbare Hypotheken- und Grundschuld-Darlehen auf Grundbesitz innerhalb des in der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmten Bundesgebietes zu gewähren.

Die ausgegebenen Darlehensprospecte und Antragformulare müssen sämtliche vom Schuldner zu übernehmenden Verbindlichkeiten namentlich auch in Ansehung der sogenannten Nebenleistungen und einer etwaigen Hinausschiebung des Beginnes der Tilgung klar ersichtlich lassen.

Die Darlehens-Balota ist dem Schuldner stets in barem Gelde zu gewähren;

b) Hypotheken und Grundschulden zu erwerben, zu beleihen und zu versichern, sowie die Anlegung von Geldern in Hypotheken und Grundschulden und die Aufnahme und Veräußerung von Hypotheken und Grundschulden zu vermitteln, Hypotheken und Grundschuldbriefe in Verwahrung zu nehmen und die Einziehung und Auszahlung der Zinsen zu besorgen;

c) an Kreise, Communen, öffentliche Corporationen und öffentliche Genossenschaften mit Genehmigung der vorgesetzten Aufsichtsbehörde derselben auch ohne Hypotheken oder Grundschuldssicherheit amortisirbare oder in bestimmter Frist rückzahl-

bare Darlehne zu gewähren und für dieselben entsprechende Obligationen auszugeben;

d) Hypotheken-Pfandbriefe auszugeben;

e) Gelder verzinslich anzunehmen;

1. zu dem Zwecke, die Erwerbung von hypothekarischen oder Grundschuldforderungen zu vermitteln oder dafür Hypotheken-Pfandbriefe auszuhändigen,

2. mit mindestens vierwöchentlichender Kündigungsfrist. Jederzeit rückzahlbare Gelder dürfen nur unverzinslich angenommen werden;

f) das Incasso von Wechseln, Geld, Anweisungen und Effecten zu besorgen;

g) ihre Cassenbestände nutzbar zu machen durch Hinterlegung bei Banthäusern und Bankanstalten; durch Ankauf und Beleihung der von ihr ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe; ferner durch Ankauf von Wechseln und Werthpapieren, sowie im Lombardgeschäft nach den Grundsätzen der Reichsbank;

h) Wechsel und Geldanweisungen auszustellen und in Zahlung zu nehmen.

§ 14. Im Geldverkehr hat sich die Bank der Speculationsgeschäfte für eigene Rechnung zu enthalten und sich auf solche Operationen zu beschränken, welche geeignet sind, den Hypotheken- und Grundschuldverkehr zu erleichtern und zu fördern.

§ 15. Grundstücke zu erwerben ist der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank nur gestattet:

a) zum Zweck der Vermittlung zu Geschäftsräumen;

b) behufs Sicherstellung oder Verwerthung von Gesellschaftsforderungen; im letzteren Falle soll auf die baldigste Wiederveräußerung der Grundstücke möglichst Bedacht genommen werden.

Hypothekarische und Grundschuld-Darlehen.

§ 16. Unkündbare hypothekarische und Grundschuld-Darlehen werden nur in Beträgen von mindestens fünfzehnhundert Mark bewilligt.

Die Tilgung derselben geschieht durch Amortisation.

Der jährliche Tilgungsbeitrag des Schuldners muß mindestens $\frac{1}{2}$ Procent der Darlehenssumme betragen und darf der Beginn der Amortisation höchstens auf 10 Jahre hinausgerückt werden.

Zinsen und diesen rechtlich gleichstehende Leistungen des Schuldners, und die unter der Bezeichnung Verwaltungskostenbeiträge oder einer ähnlichen vom Schuldner zu entrichtenden Beiträge dürfen nur in Procenten des jeweiligen Darlehensrestes erhoben werden. Der überschüssende Betrag der vereinbarten Jahresleistung ist zum Zwecke der Tilgung zu verwenden.

Auf Verwaltungskostenbeiträge und ähnliche Leistungen, welche insgesamt den Betrag von $\frac{1}{4}$ Procent der Schuld nicht überschreiten, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Jedem Darlehensschuldner muß urkundlich das Recht eingeräumt werden, spätestens zum Ablauf des zehnten Jahres nach der Darlehensaufnahme seine Schuld

nach vorausgegangener Kündigung ganz oder theilweise in Baar zurückzahlen. Die Kündigungsfrist darf die Frist von 9 Monaten nicht überschreiten.

Abschlagszahlungen von weniger als 1000 Mark ist die Pommersche Hypotheken-Actien-Bank anzunehmen nicht verpflichtet; sie ist auch befugt, angebotene Abschlagszahlungen nach ihrem Belieben um höchstens 1000 Mark zu erhöhen oder zu ermäßigen und braucht Theilzahlungen überhaupt nur gegen Einräumung des Vorrechts für den ungetilgten Betrag der Schuld anzunehmen.

In Ansehung einer nach den vorstehenden Bestimmungen zulässigen Rückzahlung dürfen Rückzahlungsprovisionen Seitens der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank nicht erheben und die Bestellung einer Kündigungscaution nicht gefordert werden.

Die Bank ist verpflichtet, nach Veröffentlichung der Jahresbilanz jedem ihrer Schuldner auf Verlangen mitzutheilen, welcher Betrag des Darlehns am Schlusse des Vorjahres amortisirt war. Sie ist ferner verpflichtet, sobald 10 Procent, oder bei eintretender Veräußerung des Pfandgrundstücks 5 Procent der Schuld getilgt sind, auf Verlangen des Schuldners Quittung und Lösungsbewilligung für den getilgten Betrag zu erteilen. Die Verpflichtung zur Fortzahlung der nach dem ursprünglichen Tilgungsplan zu entrichtenden Jahresleistung bleibt hierbei unberührt, soweit nicht mit Zustimmung beider Theile für den verminderten Schuldbetrag ein neuer Tilgungsvertrag abgeschlossen wird.

§ 17. In folgenden Fällen kann die sofortige Rückzahlung der unkündbaren hypothekarischen oder Grundschuldendarlehne ausnahmsweise Seitens der Gesellschaft ganz oder theilweise gefordert werden:

- wenn die zu zahlenden Zinsen, Amortisationsbeiträge und Geschäftskostenbeiträge nicht innerhalb eines Monats, sonstige Kosten nicht innerhalb dreier Monate nach dem Fälligkeitstermin an die Gesellschaft berichtigt sind;
- wenn die nach der Schuldburkunde noch beizubringenden Papiere (amtlicher Gebäudesteuerungsbescheinigung u. dgl.) nicht innerhalb der festgesetzten Frist beigebracht werden;
- wenn die Sequestration oder Subhastation über das verpfändete Grundstück oder einen Theil desselben verhängt, oder auch nur ein solches Verfahren eingeleitet ist; oder wenn die Rechtsgültigkeit oder der Rang der bestellten Hypothek bestritten wird;
- wenn der Schuldner in Concurs geräth oder auch nur die Zahlungen einstellt;
- wenn nach dem Gutachten des Sachverständigen der Bank durch irgend welchen Umstand der Werth des Unterpfandes — im Vergleich zu dem bei Gewährung des Darlehns angenommenen Werthe — so gesunken ist, daß der nicht amortisirte Theil des Darlehns nicht mehr hinreichend gesichert erscheint;

f) wenn eine theilweise Veräußerung des Unterpfandes oder eine Theilung desselben unter mehrere Eigenthümer stattgefunden hat, ohne daß wegen Regulirung der Hypothek oder Grundschuld mit der Bank ein Abkommen getroffen ist.

In den Fällen a und f. berechnen Werthvermindernungen, denen kein unwirtschaftliches Verfahren des Besitzers zu Grunde liegt, und solche Veräußerungen, deren Unschädlichkeit von der zuständigen Behörde bescheinigt wird, die Gesellschaft zur Kündigung des gegebenen Darlehns nur in dem Betrage, welcher in dem Werthe der verbleibenden Substanz des Pfandobjectes nicht mehr seine statutenmäßige Deckung findet, und zur Kündigung des gesamten Darlehns nur dann, wenn der gedeckt bleibende Betrag desselben nicht mehr den geringsten Satz einer zulässigen Darlehnsbewilligung erreicht;

g) wenn die Verpflichtungen hinsichtlich der Feuerversicherung (der beliebigen Gebäude, des lebenden und todtten Inventars und der Erndte) und der Eintragung der Verpfändung des Grundstücks in das Feuerkataster, sowie die in Folge eines Besitzwechsels fällig werdende Verpflichtung (Abgabe der Beitrittserklärung des neuen Besitzers zu der f. 3. ausgestellten Schuldburkunde) nicht erfüllt werden.

Der Fall der Auflösung der Bank darf als Kündigungsgrund nicht ausbedungen werden.

§ 18. Hypothekarische oder Grundschuldendarlehne ohne Amortisation dürfen nur unter Verabredung einer bestimmten Kündigungsfrist oder eines festen Rückzahlungstermins gewährt werden. Die dem Schuldner eingeräumte Kündigungsfrist darf die der Bank selbst verbleibende Frist nicht überschreiten.

Soweit solche Darlehne als Unterlage für Hypothekenspfandbriefe dienen sollen, müssen die Beleihungsgrenzen dieselben sein, wie bei den unkündbaren Darlehnen und darf die Gesamtsumme solcher Darlehne die Hälfte der als Hypothekenspfandbrief-Unterlage dienenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen nicht überschreiten.

Bei vorzeitiger Rückzahlung unkündbarer Forderungen dürfen an Stelle derselben bis zum Ablaufe der planmäßigen Tilgungsperiode kündbare Hypotheken und Grundschulden, oder solche mit festen Rückzahlungsterminen zur Deckung benutzt werden.

Hypothekenspfandbriefe und Obligationen.

§ 19. Die Bank ist zur Ausgabe von verzinslichen, auf den Inhaber lautenden und von Seiten der betr. Inhaber unkündbaren, Hypothekenspfandbriefen und Obligationen berechtigt. Die Hypothekenspfandbriefe werden nach dem beiliegenden Schema ausgestellt.

Die Gesamtsumme dieser auszugebenden Papiere darf, so lange das eingezahlte Grundkapital weniger als 10 Millionen Mark beträgt, nicht das Fünzfache,

bei einem höheren Betrage nicht das Zwanzigfache des-
selben übersteigen.

Die Hypotheken-Pfandbriefe, sowie die Obligationen
lauten auf Inhaber. Beide Arten müssen äußerlich
unterscheidbar sein. Sie sind mit dem Facsimile der
Unterschrift des Präsidenten des Curatoriums und mit
den Unterschriften von zwei Mitgliedern der Direction
auszufertigen.

Den Hypotheken-Pfandbriefen und Obligationen
können Uebersetzungen in fremden Sprachen beigelegt
werden. Bei etwaigen Differenzen ist der deutsche Text
und die inländische Währung entscheidend.

Die Bestimmungen der §§ 9—11 in Betreff
beschädigter oder verlorener Actien, Interimsscheine,
Dividendenscheine und Talons finden auch auf be-
schädigte und verlorene Hypotheken-Pfandbriefe, Obli-
gationen, Zinecoupons und Talons entsprechende An-
wendung.

Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Hypotheken-
Pfandbriefe muß in Höhe des Nennwerthes jederzeit
durch Hypotheken oder Grundschulden von mindestens
gleicher Höhe und gleichem Zinsestrage gedeckt sein.

§ 20. Aus dem Hypotheken-Pfandbriefe muß das
Wesentliche des zwischen der Bank und dem Inhaber
bestehenden Rechtsverhältnisses insbesondere in Betreff
der Rückbarkeit der Hypotheken-Pfandbriefe ersichtlich
sein. Die Bank darf auf das Recht zur Kündigung
der Hypotheken-Pfandbriefe nur insoweit verzichten,
als ihr gegenüber die Rückbarkeit der zur Unterlage
dienenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen aus-
geschlossen ist. Demgemäß darf die Rückbarkeit der
Hypotheken-Pfandbriefe keinesfalls für einen längeren
als zehnjährigen Zeitraum ausgeschlossen werden.

§ 21. Die Zinsen werden gegen Ausbändigung
der Coupons an den bekannt gemachten Stellen aus-
gezahlt und verzinst im Falle der Nichterhebung zu
Gunsten der Bank in 4 Jahren, vom 31. December
desjenigen Jahres an gerechnet, in welchem sie fällig
geworden sind.

§ 22. Die Einlösung der Hypotheken-Pfandbriefe
erfolgt durch Rückkauf oder durch Baareinlösung nach
vorgängiger Kündigung Seitens der Bank, bezw. nach
Bestimmung durch das Pöb. Die gekündigten oder
gezogenen Nummern, sowie der Ort und die Zeit der
Auszahlung werden durch die Gesellschaftsblätter dreimal
in angemessenen Zeiträumen bekannt gemacht; das erste
Mal mindestens 3 Monate vor dem Auszahlungstermine,
an welchem die Verzinsung der Hypotheken-Pfandbriefe
aufhört.

§ 23. Die Rückzahlung der gekündigten oder aus-
geloosten Hypotheken-Pfandbriefe erfolgt gegen ihre
Einkieferung nach dem Nennwerthe.

Bei der Rückzahlung sind mit den Hypotheken-
Pfandbriefen die noch nicht fälligen Coupons einzuliefern,
widrigenfalls deren Betrag in Abzug gebracht wird.

§ 24. Die Beleihung von Grundstücken darf,
soweit die auf dieselben gewährten Hypotheken und

Grundschulden als Unterlage für Hypotheken-Pfandbriefe
benutzt werden, nur nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

1. Die Beleihung ist der Regel nach nur zur ersten
Stelle zulässig; sie darf:

- a) bei ländlichen Grundstücken $\frac{2}{3}$,
- b) bei städtischen Grundstücken die Hälfte, bei
besonders gut gelegenen Grundstücken in
größeren Städten mit normal fortschreitender
Entwicklung $\frac{1}{10}$,
- c) bei Weinbergen, Wäldern und solchen Liegen-
schaften, deren Ertrag auf Anpflanzungen
beruht und deren Werth unter Berücksichtigung
dieser Anpflanzungen abgeschätzt ist, $\frac{1}{3}$ des
ermittelten Werths nicht übersteigen.

Im Falle der Nr. c kann, wenn die
dauernde wirtschaftliche Unterhaltung der
Anpflanzungen rechtlich sichergestellt ist, die
Beleihung bis auf $\frac{2}{3}$ des Werths erfolgen.

2. Die bei der Beleihung angenommene Sicherheit
muß sowohl durch den Ertrags- als durch den
Verkaufswert des beleihenden Grundstücks voll-
kommen gerechtfertigt sein.

Bei der Abschätzung sind lediglich die dauernden
Eigenschaften des zu beleihenden Grundstücks und
derjenige Ertrag, welchen das Grundstück bei
gewöhnlicher Bewirtschaftung in den Händen
eines jeden Besitzers nachhaltig gewähren kann,
zu berücksichtigen.

Inbesondere ist bei der Beleihung von Fabriken
und gewerblichen Anlagen nur der von der je-
weiligen Benutzungsart unabhängige dauernde
Werth zu berücksichtigen.

3. Bergwerke, Steinbrüche, Torfstiche und ähnliche,
einen dauernden Ertrag nicht gewährenden Grund-
stücke, sowie Baupläge, dürfen überhaupt nicht
beleihen werden. Darlehne auf Neubauten dürfen
zur Unterlage von Hypotheken-Pfandbriefen erst
dann benutzt werden, wenn die beleihenden Bau-
schaften vollkommen fertiggestellt und ertrags-
fähig sind.

4. Baulichkeiten, welche sich auf den verpfändeten
Grundstücken befinden, müssen nach den speziellen
Bestimmungen des Darlehensvertrages gegen
Feuergefahr versichert sein.

Das Pfandrecht der Gesellschaft ist ausdrücklich
auf die Brandentschädigungsgelder auszudehnen.

Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe.

§ 25. Die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe
und deren Zinsen wird gebildet:

- a) durch die von der Pommerischen Hypotheken-Actien-
Bank erworbenen Hypotheken- und Grundschul-
forderungen von mindestens dem gleichen Betrage,
- b) durch das Grundkapital der Gesellschaft,
- c) überhaupt durch das gesamte Vermögen der
Pommerischen Hypotheken-Actien-Bank, welches
für die Verzinsung und Einlösung der Hypotheken-
Pfandbriefe unbedingt verhaftet ist.

Der Betrag, um welchen sich das Kapital der als Garantie dienenden Hypotheken- und Grundschuld-Forderungen durch Amortisation, Rückzahlung oder in anderer Weise vermindert, muß entweder zur Zurückziehung und Vernichtung von Hypotheken-Pfandbriefen verwendet, oder durch andere Hypotheken- und Grundschuld-Forderungen ersetzt werden. Auch darf die Gesamtverzinsung der Hypotheken-Pfandbriefe niemals den Betrag der Zinsen aus den dafür haftenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen übersteigen.

Obligationen.

§ 26. Die Modalitäten für die an Kreise, Communen, Corporationen und öffentliche Genossenschaften auch ohne hypothekarische oder Grundschuldssicherheit zu gewährenden Darlehne und für die festzusetzende Amortisation derselben, oder für die Rückzahlung ohne Amortisation unterliegen der jedesmaligen besonderen Vereinbarung.

Die in Höhe dieser Darlehne und diesen entsprechend von der Bank amortisierbar oder in bestimmter Frist rückzahlbar auszugebenden Obligationen werden mit dem Facsimile des Präsidenten des Curatoriums und mit den Unterschriften von zwei Mitgliedern der Direction versehen.

Für die Sicherheit der ausgegebenen Obligationen, der Zinsen und Amortisationen haften außer den erworbenen Forderungen noch das Grundkapital, sowie das ganze Vermögen der Gesellschaft.

Im Uebrigen gelten in analogen Fällen die für hypothekarische, resp. Grundschuld-Darlehne und Hypotheken-Pfandbriefe gegebenen Bestimmungen auch für diese Darlehne und Obligationen.

Vierter Titel.

Organisation.

§ 27. Die Organe der Pommerischen Hypotheken-Aktien-Bank sind:

1. die Direction,
2. das Curatorium,
3. die General-Versammlung.

Direction.

§ 28. Die Direction besteht nach Bestimmung des Curatoriums entweder aus zwei oder mehr Directoren, welche vom Curatorium zu notariellem Protocoll gewählt werden.

Das Curatorium kann stellvertretende Mitglieder der Direction und Procuristen bestellen; dies muß alsdann gleichfalls zu notariellem Protocoll erfolgen.

Die Namen der jeweiligen Mitglieder der Direction und der für dieselben ernannten Stellvertreter werden vom Curatorium veröffentlicht.

Die Mitglieder der Direction und die Stellvertreter legitimiren sich durch einen Auszug aus dem Handelsregister, die Beamten der Gesellschaft durch ein Attest der Direction.

Die Geschäftsvertheilung und die Art der Beschlussfassung unter den Mitgliedern der Direction wird durch das Curatorium festgesetzt.

Darüber ob ein besonderer Justitiar für die Gesellschaft zu ernennen, oder ob ein Mitglied der Direction oder ein stellvertretendes Mitglied mit der Function des Justitiars zu betrauen ist, beschließt das Curatorium. In beiden Fällen ist für den Justitiar der Gesellschaft die Qualification zum Richteramt erforderlich.

§ 29. Die Direction bildet den Geschäftsvorstand in Gemäßheit des Handelsgesetzbuches. Sie vertritt die Gesellschaft in außergerichtlichen und gerichtlichen Angelegenheiten und leitet, resp. führt deren Geschäfte innerhalb der statutenmäßigen Grenzen unter Beobachtung der von dem Curatorium und von der Generalversammlung innerhalb des denselben zugewiesenen Ressorts gefaßten Beschlüsse. Die Direction stellt die Beamten der Gesellschaft, mit Ausnahme des vom Curatorium zu ernennenden Justitiars, an und entläßt dieselben. Sofern indes das jährliche Einkommen eines Beamten Viertausend Mark übersteigt, oder er mit länger als dreimonatlicher Kündigung angestellt wird, bedürfen die Anstellungsverträge der Genehmigung des Curatoriums.

Erklärungen, durch welche die Gesellschaft verpflichtet oder berechtigt werden soll, müssen

- a) entweder von zwei Directoren oder
- b) von einem Director und einem Procuristen abgegeben werden.

In entsprechender Weise sind derartige schriftliche Erklärungen in der Form auszustellen, daß der geschriebenen, oder gedruckten Firma mindestens zwei Directionsmitglieder oder ein Director und ein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigter Procurist ihre Unterschriften — letzterer mit einem die Procura ausdeutenden Zusatz — hinzufügen. Für Correspondenzen und Erlasse genügt die Unterschrift auch nur eines Mitgliedes der Direction.

Bei Quittungen über geleistete Zahlungen und Rechnungen über gelieferte Werthpapiere, Wechsel und dergleichen (Kassenquittungen) genügt die gemeinschaftliche Unterschrift eines Directors oder Procuristen (§ 28) und eines Kassenbeamten.

Stellvertretende Mitglieder der Direction haben in Bezug auf die Befugniß zur Vertretung der Gesellschaft gleiche Rechte mit den wirklichen Directoren und es bedarf für ihre Wirksamkeit des Nachweises der Verhinderung der übrigen Directionsmitglieder nicht.

Die Direction ist zur selbstständigen Bestellung und Entlassung von Agenten berechtigt. Verträge mit denselben, durch welche der Gesellschaft besondere Lasten auferlegt werden, oder durch welche der Gesellschaft das Recht der Aufkündigung auf längere Dauer als drei Monate entzogen werden soll, bedürfen der Genehmigung des Curatoriums, unbeschadet jedoch der Wirksamkeit solcher Verträge zu Gunsten des anderen Contrahenten.

Die Direction erstattet alljährlich einen Geschäftsbericht an das Curatorium zur Vorlegung in der ordentlichen Generalversammlung.

§ 30. Der Direction bleibt es vorbehalten, Organe zu schaffen, welche sie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen bestimmt sind.

§ 31. Die Mitglieder der Direction können durch Beschluß des Curatoriums vom Amte suspendirt werden. Diese Suspension ist zum Handelsregister anzumelden. Die endgültige Entlassung kann nur auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung erfolgen.

Curatorium.

§ 32. Das Curatorium besteht aus mindestens drei, höchstens neun von der Generalversammlung aus der Zahl der Actionäre gewählten Mitgliedern, von denen jährlich der dritte Theil ausscheidet. Ist die Zahl der Curatoriumsmitglieder nicht durch drei theilbar, so wird der nicht theilbare Rest den Ausscheidenden des letzten Jahres hinzugefügt.

Bis sich für den Austritt der Mitglieder des Curatoriums eine Reihenfolge gebildet hat, entscheidet das Loos, später das Dienstalter, so daß immer diejenigen Mitglieder, welche das längste Dienstalter haben, ausscheiden. Ausgeschiedene Mitglieder sind wieder wählbar. Scheiden Mitglieder vor Ablauf der Wahlperiode aus, so erfolgt die Ersatzwahl nur für den Rest derselben. Bis zur Ersatzwahl bilden die übrigen Mitglieder das Curatorium. Ist die Zahl jedoch bis auf weniger als fünf herabgegangen, so ist durch eine außerordentliche Generalversammlung alsbald eine Neuwahl vorzunehmen.

Nicht fähig, Mitglied des Curatoriums zu sein, ist, wer fallirt oder auch nur seine Zahlungen eingestellt, oder mit seinen Gläubigern accordirt hat, so lange nicht eine vollständige Rehabilitation erfolgt ist.

Die Bestellung zum Mitgliede des Curatoriums kann auch vor Ablauf des Zeitraumes, für welchen dasselbe gewählt ist, durch die Generalversammlung widerrufen werden; der Beschluß bedarf einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ des in der Generalversammlung vertretenen Stammkapitals.

Die Mitglieder des Curatoriums erhalten die, im Geschäftsinteresse verwendeten Kosten und Auslagen ersetzt. Sie erhalten eine Tantieme vom Reingewinne, aber kein Gehalt.

Die Mitglieder des Curatoriums werden durch notarielles Attest legitimirt.

§ 33. Die Mitglieder des Curatoriums wählen alljährlich aus ihrer Mitte zu notariellem Protocoll einen Präsidenten und einen Stellvertreter desselben. Bei dieser Wahlhandlung führt der bisherige Präsident oder in dessen Behinderung sein Stellvertreter, in Ermangelung Beider jedoch das den Lebensjahre nach älteste Mitglied den Vorsitz. Die Wahl ist in entsprechender Weise zu wiederholen, sobald im Laufe des Geschäftsjahres eines dieser Aemter zur Erledigung kommt, oder sobald nach übereinstimmender Erklärung

aller übrigen Mitglieder andauernde Unfähigkeit zur Verwaltung des betreffenden Amtes eingetreten ist.

§ 34. Das Curatorium übt die allgemeine Controlle über den Geschäftsbetrieb aus und nimmt die Stelle des Aufsichtsraths einer Actien-Gesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuchs ein.

Das Curatorium faßt bindende Beschlüsse über diejenigen Gegenstände, welche weder der Generalversammlung, noch der Direction ausdrücklich vorbehalten sind.

Inbesondere gehören zum Ressort des Curatoriums:

- a) der Abschluß der Verträge mit den Mitgliedern der Direction und dem Justiciar,
- b) die Bestimmung über die Einzahlung des Actienkapitals,
- c) die Ausführungsbestimmungen für die Werthermittelung bei Veleisungen,
- d) die Regulirung der Thätigkeit der Mitglieder der Direction,
- e) Wahl des Präsidenten und seines Stellvertreters.

§ 35. Den Vorsitz im Curatorium führt der Präsident; falls derselbe nicht anwesend ist, dessen Stellvertreter event. das den Lebensjahre nach älteste anwesende Mitglied.

Beschlußfähig ist das Curatorium, wenn mindestens die Hälfte seiner z. Z. noch functionirenden Mitglieder anwesend ist.

Beschlüsse werden nach absoluter Majorität gefaßt.

Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. In dringenden Fällen ist schriftliche oder telegraphische Abstimmung zulässig. Bei Wahlen findet dasselbe Verfahren statt, wie bei den von der Generalversammlung vorzunehmenden Wahlen.

Die Mitglieder der Direction wohnen den Sitzungen des Curatoriums, jedoch nur mit beratender Stimme, bei.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Curatoriums wird ein Protocoll geführt und von sämmtlichen anwesenden Personen vollzogen.

Die Erlasse des Curatoriums werden von dem Präsidenten desselben oder dessen Stellvertreter gezeichnet.

Die Berufung des Curatoriums erfolgt durch den Präsidenten oder dessen Stellvertreter. Dasselbe gilt als gehörig geschehen, wenn Postheime über Abiendung eingeschriebener Briefe an sämmtliche Mitglieder des Curatoriums vorgelegt werden.

Wenn die Direction oder drei Mitglieder des Curatoriums es beantragen, muß in längstens sechs Tagen die Einladung zu einer Sitzung des Curatoriums erfolgen.

§ 36. Der Präsident des Curatoriums ordnet nach seinem Ermessen außerordentliche Revisionen durch die Revisoren (s. Abs. 2) an und ist berechtigt, den Sitzungen der Direction beizuwohnen. Der Stellvertreter hat, sobald er in Vertretung des Präsidenten handelt, mit diesem selbst überall gleiche Rechte.

Behufs Vornahme der ordentlichen, in jedem Jahre mindestens viermal wiederkehrenden Revisionen, werden

zwei Mitglieder des Curatoriums von diesem auf die Dauer eines Jahres ernannt.

Dieselben sind verpflichtet, zu den von ihnen vorzunehmenden Revisionen die Mitglieder der Direction zuzuziehen. Ueber die Revision ist stets ein Protocoll aufzunehmen und dasselbe von den Revisoren und den Mitgliedern der Direction zu vollziehen.

Der Direction, dritten Personen und Behörden gegenüber bedarf es für die Gültigkeit der von dem Stellvertreter des Präsidenten vollzogenen Verhandlungen und Erklärungen niemals des Nachweises der Behinderung des Präsidenten.

Generalversammlung.

§ 37. Alljährlich ein Mal, spätestens im zweiten Vierteljahr, findet in Berlin die ordentliche Generalversammlung der Actionaire statt.

Die Direction beruft dieselbe.

Die Berufung außerordentlicher Generalversammlungen kann sowohl durch die Direction, als durch das Curatorium stattfinden. Dieselbe erfolgt, wenn entweder die Direction oder das Curatorium es für nöthig erachten, oder wenn Actionaire, deren Antheile zusammen den zwanzigsten Theil des Grundkapitals darstellen, unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich darauf antragen.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt unter Angabe der Vorlagen mittelst zweimaliger öffentlicher Bekanntmachung; die letzte Bekanntmachung muß dergestalt erfolgen, daß zwischen dem Datum der, die Bekanntmachung enthaltenden Blätter und dem Datum der Versammlung selbst, beide Daten nicht mitgerechnet, ein Zeitraum von mindestens 22 Tagen liegt.

Jede Vorzugsactie über 1200 Mark hat sechs Stimmen; je zwei Stammactien haben eine Stimme.

Dieserigen Stammactien, welche zur Umwandlung in Vorzugsactien nicht eingereicht sind, haben ihre Stimmberechtigung bis zur nachträglichen Einreichung und Umwandlung derselben verloren.

Es können vertreten werden: Handlungshäuser durch ihre gesetzmäßig bekannt gemachten Procuristen; Behörden und Corporationen durch ihre gesetzlichen Vertreter; Ehefrauen durch ihre Ehemänner; Pflegebefohlene durch ihre Vormünder oder Curatoren.

In allen übrigen Fällen kann ein Actionair nur durch einen anderen stimmberechtigten Actionair vertreten werden.

Die Actionaire oder Bevollmächtigte derselben, welche an der Versammlung Theil nehmen wollen, haben ihre Actien, Vollmachten, Bestellungen etc. spätestens acht mal vierundzwanzig Stunden vor der Stunde der Generalversammlung mit einem schriftlichen Antrage der Direction einzureichen. Es wird ihnen demnächst ein auf ihren Namen ausgestellter, die Zahl der Stimmen ausdrückender Depôtschein ertheilt, welcher zugleich als Legitimation für die Generalversammlung dient.

§ 38. Die Vorlagen zu der ordentlichen Generalversammlung sind:

- a) der Geschäftsbericht;
- b) Bericht der Prüfungskommission und die Erledigung der von dieser etwa gezogenen Monita;
- c) die Jahresbilanz;
- d) die Feststellung der den Actionairen zu zahlenden Dividende;
- e) Ertheilung der Decharge an das Curatorium und an die Direction;
- f) Wahl der Mitglieder des Curatoriums;
- g) anderweitige Vorlagen des Curatoriums und der Direction.

Wenn ein Actionair einen Antrag bis zum 1. Februar schriftlich bei der Direction einreicht, so ist derselbe bei Berufung der demnächstigen Generalversammlung als ein Gegenstand der Beschlussfassung anzuführen. Ebenso haben Actionaire, deren Antheile zusammen den zwanzigsten Theil des Grundkapitals darstellen, das Recht, zu verlangen, daß Gegenstände zur Beschlussfassung einer einberufenen Generalversammlung angekündigt werden, sofern das Verlangen so zeitig gestellt wird, daß die gehörigen Ankündigungen mindestens eine Woche vor dem Tage der Generalversammlung stattfinden können.

§ 39. Der Präsident des Curatoriums oder dessen Stellvertreter, oder im Fall der Behinderung Beider das älteste anwesende Mitglied des Curatoriums, führt den Vorsitz in der Generalversammlung, leitet die Verhandlungen und bestimmt die Art und Weise der Abstimmung. Ist keiner der genannten zum Vorsitz Berufenen anwesend oder bereit, so hat der an Lebensjahren älteste anwesende Actionair die Versammlung zu eröffnen und läßt alsdann dieser einen Vorsitzenden wählen.

Zur Beschlussfassung in der Generalversammlung ist die absolute Mehrheit der vertretenen Stimmen erforderlich, soweit nicht dies Statut oder das Gesetz etwas Anderes bestimmen.

Bei Stimmengleichheit gilt der zur Abstimmung gestellte Antrag als abgelehnt.

Ueber die Verhandlungen wird ein notarielles Protocoll aufgenommen; die Zugiehung von Instrumentenzeugen ist dabei nicht erforderlich. Die Namen der zur Theilnahme an der Versammlung berechtigten und wirklich erschienenen Mitglieder werden durch ein von der Direction zu vollziehendes Verzeichniß constatirt und das Verzeichniß dem Protocolle beigelegt.

In das Protocoll sind die Gegenstände der Verhandlung und das Resultat der Wahlen, sowie die Abstimmungen, unter Angabe der Stimmenzahl zu vermerken.

Die Motive der Vorlagen und die Voten dürfen nicht in das Protocoll aufgenommen werden.

Das Protocoll ist von dem Vorsitzenden, von den anwesenden Mitgliedern des Curatoriums, der Direction und von mindestens einem der anwesenden Actionaire zu unterzeichnen.

§ 40. Statutänderungen können von der Generalversammlung mit einfacher Majorität der vertretenen Stimmen gültig beschlossen werden.

Wenn es sich aber um eine Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens handelt, oder wenn die Gesellschaft durch Uebertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Actiengesellschaft gegen Gewährung von Actien der letzteren aufgelöst werden soll, so muß die Mehrheit wenigstens $\frac{2}{3}$ der vertretenen Stimmen betragen.

Anträge auf Zusage oder Aenderungen des Statuts, welche nicht von dem Präsidenten, dem Curatorium oder der Direction, sondern von den Actionairen ausgehen, müssen erst von der Generalversammlung für zulässig erachtet werden, bevor in einer weiteren Versammlung die definitive Beschlussfassung erfolgt.

Wahlen.

§ 41. Alle auf Grund dieses Statuts stattfindenden Wahlen werden mit absoluter Stimmenmehrheit vollzogen. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung weder eine absolute Stimmenmehrheit, noch Stimmengleichheit, so werden diejenigen Beiden, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl gebracht. Haben mehr als Zwei gleich viel Stimmen erhalten, so wird deren Zahl durch das, von der Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos auf Zwei gebracht. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Fünfter Titel.

Bilanz, Gewinnvertheilung, Amortisations- und Reservefonds.

§ 42. Die Bilanz wird alljährlich auf den 31. December gezogen, innerhalb der nächsten drei Monate von der Direction aufgestellt und den Revisoren (§ 36, al. 2) zur Prüfung vorgelegt. Nach erfolgter Prüfung wird die Bilanz vom Curatorium festgesetzt, in der Generalversammlung vorgelegt und von derselben, wenn keine Anstände vorhanden sind, der Direction und dem Curatorium die Decharge ertheilt.

§ 43. Für die Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung kommen die Vorschriften der Artikel 31 und 185a des Handelsgesetzbuches (in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 1884 R.-G.-Bl. S. 123) mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

1. In der Gewinn- und Verlustrechnung ist in getrennten Positionen der Betrag der eingegangenen Hypothekenzinsen, der Verwaltungskostenbeiträge und der etwaigen sonstigen Leistungen der Schuldner (Provisionen etc.), soweit sie nicht Kapitalsabtrag sind, aufzuführen, ebenso die Höhe der von der Anstalt gezahlten Obligationen- und Hypotheken-Pfandbriefzinsen.
2. In die Bilanz sind in gesonderten Positionen anzugeben:

A. unter den Activen:

- a) der Betrag der zur Deckung der Hypotheken-Pfandbriefe bestimmten hypothekarischen und Grundschuldforderungen,

b) die Höhe der rückständigen Jahresleistungen der Schuldner,

c) die der Bank gehörigen Grundstücke nach ihrer Gesamtzahl, und unter Ansatz des nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (Art. 31, 185a, 239b) zu berechnenden Werths;

B. unter den Passiven:

die ausgegebenen Obligationen und Hypotheken-Pfandbriefe nach ihrem Nennwerthe.

3. Das gesammte, im Berichtsjahre bei Begebung von Obligationen und Hypotheken-Pfandbriefen entstandene Disagio und die durch diese Begebung erwachsenden Unkosten sind zu Lasten des Berichtsjahres zu verrechnen.
4. Wenn im Falle der Hinausrückung der Amortisation die Tilgungsbeiträge vorübergehend zu Gunsten der Bank verrechnet werden, dürfen diese Forderungen in der Bilanz nur als besondere Activposten eingestellt werden.

Dasselbe gilt von sonstigen, von den Darlehensnehmern besonders übernommenen Nebenleistungen (für die Herstellung, Abstempelung und Begebung der Obligationen und Hypotheken-Pfandbriefe, Provision etc.); diese Beträge dürfen den Schuldnern höchstens auf 10 Jahre gestundet werden.

Aus der Bilanz oder dem Geschäftsberichte muß hervorgehen:

1. der Gesamtbetrag der der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank zustehenden ländlichen und derjenige der städtischen Hypotheken, bezw. Grundschulden;
2. der Gesamtbetrag der Amortisationsdarlehne, sowie der ohne Amortisation gewährten Darlehne;
3. die Zahl der bestehenden Darlehne;
4. die Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen (getrennt nach ländlichen und städtischen), an denen die Gesellschaft im Berichtsjahre theilhaftig war;
5. die Zahl der Grundstücke, welche die Gesellschaft im Berichtsjahre hat übernehmen müssen, sowie die Verluste oder Gewinne, die beim Wiederverkauf von erstandenen Grundstücken eingetreten sind;
6. die einzelnen Buchwerthe der von der Gesellschaft erstandenen und noch nicht wieder verkauften Grundstücke;
7. die von den, der Gesellschaft zu entrichtenden Jahresleistungen vorhandenen Rückstände, getrennt nach den Jahren der Fälligkeit;
8. die im Berichtsjahre im Wege der regelmäßigen Amortisation, sowie die aus anderen Gründen erfolgten Rückzahlungen.

§ 44. Von dem aus der Bilanz sich ergebenden Reingewinn werden zunächst 10 Procent zur Bildung eines Reservefonds abgesetzt. Der verbleibende Ueberrest

wird auf die Actionaire in der Art vertheilt, daß bis auf Höhe von 4 Procent des baar eingezahlten Grundkapitals zunächst die Verwendung erfolgt. Sodann erhalten von dem Reste

- a) 10 Procent die Mitglieder des Curatoriums,
- b) 10 Procent die Mitglieder der Direction,
- c) der verbleibende Rest wird gemäß § 38 d zur Verfügung der Generalversammlung gestellt.

Die Dividende wird, nach Feststellung der Bilanz, alljährlich spätestens am 1. Juli gezahlt.

Die Zahlung der Dividende erfolgt an den Präsentanten des Dividendenscheins gegen Ablieferung desselben an der Gesellschaftskasse in Berlin und an anderen speciell bekannt zu machenden Orten.

Die Dividenden verfahren in vier Jahren vom letzten December desjenigen Jahres ab, in welchem sie fällig geworden sind, zu Gunsten der Gesellschaft.

Dieserigen Stammactien, welche nicht in Vorzugsactien umgewandelt sind, haben ihre Dividendenberechtigung bis zur nachträglichen Einreichung und Umwandlung derselben verloren.

§ 45. Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung wird mit dem Geschäftsbericht der Direction und mit den Bemerkungen des Curatoriums gedruckt und mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung in dem Geschäftsfokal der Gesellschaft zur Einsicht der Actionaire ausgelegt.

Außerdem erfolgt die Veröffentlichung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach erfolgter Genehmigung Seitens der Generalversammlung durch die im Statut bezeichneten Gesellschaftsblätter.

Von dem Geschäftsbericht nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ist jedem Inhaber einer Obligation oder eines Hypotheken-Pfandbriefes, welcher dies unter Vorlegung des Stückes oder Talons bis zum Schlusse desjenigen Geschäftsjahres, für welches der Bericht gegeben wird, und später so lange der Vorrath reicht, verlangt, ein Druckeremplar gegen Zahlung von höchstens 50 Pf. und Erstattung der Portokosten zu verabsorgen.

§ 46. Der Amortisationsfonds ist zur Tilgung der unkündbaren Darlehne bestimmt. Er wird gebildet durch die für die Amortisation derselben bestimmten Einzahlungen, die für den bereits amortisirten Theil des Kapitals gezahlten Zinsen, sowie durch die Abschlagszahlungen, und kommt den Schuldnetzen der unkündbaren Darlehne nach Maßgabe der Höhe ihrer Amortisationsquoten, Abzahlungen u. zu Gute.

§ 47. Der Reservefonds ist zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes der Gesellschaft bestimmt. Derselbe wird mit dem übrigen Gesellschaftsvermögen als ein Theil desselben verwaltet. Der daraus erwachsende Gewinn fließt den sonstigen Einnahmen der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank zu.

Sobald der Reservefonds den zehnten Theil des eingezahlten Aktienkapitals erreicht hat, und so lange dieser Betrag sich nicht vermindert, hört die Absetzung der zu seiner Bildung nach § 44 bestimmten 10 Procent auf.

Sechster Titel.

Auflösung und Liquidation.

§ 48. Die Auflösung der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank findet in den im Handelsgesetzbuch bezeichneten Fällen statt.

In einer Generalversammlung, welche über die Auflösung der Gesellschaft Beschluß fassen soll, müssen wenigstens $\frac{3}{4}$ sämtlicher Actien vertreten sein.

Ist die erste zur Fassung des Auflösungsbeschlusses berufene Generalversammlung wegen Unvollständigkeit der vertretenen Stimmen nicht beschlußfähig, so wird eine zweite Generalversammlung berufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlußfähig ist. Hierauf ist in der Einladung zur zweiten Generalversammlung ausdrücklich hinzuweisen.

In jedem Falle kann der Auflösungsbeschluß nur mit einer Mehrheit von mindestens $\frac{3}{4}$ der in der betreffenden Generalversammlung vertretenen Stimmen gültig gefaßt werden.

Nach Auflösung der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank dürfen neue hypothekarische oder Grundschuld-Darlehne nicht mehr gewährt, auch Obligationen oder Hypotheken-Pfandbriefe nicht mehr ausgegeben werden. Es erfolgt vielmehr die Liquidation durch die Direction, unter Aufsicht des Curatoriums.

Nach beendetem Liquidationsgeschäft geschieht die Legung der Schlußrechnung, die Ertheilung der Decharge an die Direction und das Curatorium, sowie die Vertheilung des nach Deckung der Schulden verbleibenden Uberschusses an die Actionaire gegen Rückgabe der Actien und Dividendenscheine.

Erfolgt die Auflösung der Gesellschaft, bevor die Umwandlung der Stammactien in Vorzugsactien vollendet ist, so werden aus den für das Aktienkapital übrig bleibenden Activen in erster Linie die Vorzugsactien zum vollen Nominalbetrage zuzüglich 6 Procent Zinsen vom Tage der letzten Bilanzziehung an, voll befriedigt. Demnächst gelangen die Stammactien bis zur Höhe ihres Nominalbetrages zur Befriedigung. Der alsdann etwa noch verbleibende Rest wird unter beide Actiengattungen pro rata des Nominalbetrages dergestalt vertheilt, daß auf je 100 Mark Nominalkapital jede Vorzugsactie fünfmal soviel hiervon, als jede Stammactie erhält.

Beträge, die binnen sechs Monaten, vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an gerechnet, nicht abgehoben werden, sind auf Kosten der betreffenden Empfänger gerichtlich zu deponiren.

Siebenter Titel.

Staats-Aufsicht.

§ 49. Die nach § 34c) zu erlassenden Vorschriften über die Werthsermittlung bei Ausleihungen gemäß § 24 des Statuts sind der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Der Aufsichtsbehörde ist ferner nach deren näherer Anordnung mit dem jährlichen Geschäftsabslusse ein

Verzeichniß der vorgekommenen Beleihungen vorzulegen, aus welchem das Verhältniß des angenommenen Beleihungswerths zu dem Grundsteuer-Reinertrage bzw. Grundsteuer-nutzungswerthe zu ersehen ist.

Die Aufsichtsbehörde ist befugt, zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechts für beständig oder für einzelne Fälle einen Commissar zu ernennen.

Derelbe ist insbesondere befugt, die Gesellschaftsorgane, einschließlich der Generalversammlung, gültig zu berufen, ihren Berathungen beizuwohnen und jederzeit von den Rassen, Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken der Gesellschaft Einsicht zu nehmen.

Schema.

Hypotheken-Pfandbrief

der

Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank.

Serie..... Nr.....

über Mark.

Die Pommersche Hypotheken-Actien-Bank verschuldet dem Inhaber dieses Hypotheken-Pfandbriefes

Mark,

verzinslich zu..... Procent in halbjährigen Raten am 1..... und 1..... jeden Jahres.

Die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe und deren Zinsen wird nach § 25 des Statuts gebildet:

- a) durch die von der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank erworbenen Hypotheken- und Grundschuldforderungen von mindestens dem gleichen Betrage,
- b) durch das Grundkapital der Gesellschaft,

o) überhaupt durch das gesammte Vermögen der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank, welches für die Verzinsung und Einlösung der Hypotheken-Pfandbriefe unbedingt verhaftet ist.

Der Betrag, um welchen sich das Kapital der als Garantie dienenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen durch Amortisation, Rückzahlung oder in anderer Weise vermindert, muß entweder zur Zurückziehung und Verzichtung von Hypotheken-Pfandbriefen verwendet oder durch andere Hypotheken- und Grundschuldforderungen ersetzt werden.

Die Gesamtsumme der ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe darf nach § 19 des Statuts, so lange das eingezahlte Grundkapital weniger als 10 Millionen Mark beträgt, nicht das Fünfzehnfache, bei einem höheren Betrage nicht das Zwanzigfache desselben übersteigen.

Dieser Hypotheken-Pfandbrief ist von Seiten des Inhabers unkündbar, von Seiten der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank drei Monate nach erfolgter Ausloosung oder Kündigung und öffentlicher Bekanntmachung einlöslich. Von dem Rechte der Ausloosung oder Kündigung dieses Hypotheken-Pfandbriefes darf jedoch

vor dem 1. Januar 19.....

kein Gebrauch gemacht werden.

Berlin, den.....

Pommersche Hypotheken-Actien-Bank.

Das Curatorium.

Die Direction.

Präsident.

Der Controllbeamte:..

21
18
17
16
15
14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

2000

1999

1998

1997

1996

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrig e Märkte									
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es									
		Weizen	Weizen	Gerste	Hafer	Erbsen	Erbsenbohnen	Linien	Kartoffeln	Nichtfroh	Krauttrieb	Äpfel	Rindfleisch	von der	Pan-						
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.						
1	Angermünde	13 75	11 90	14 28	14 93	25	23	—	36	—	3	5 55	3 43	6	1 10	1					
2	Beeskow	—	12	—	15 50	25	28	—	45	—	2 90	—	—	—	1 20	1					
3	Bernau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
4	Brandenburg	14 27	12 62	15 23	16 38	25 50	25	—	42	—	2 87	6 15	—	7 30	1 36	1 16					
5	Dahme	14 70	12 03	14 03	17	—	30	—	40	—	50	3	5 50	4	12	—					
6	Eberswalde	14 25	12 16	15	16 33	23	23	—	33	—	3	6 50	—	7 50	1 40	1 20					
7	Havelberg	14	12 06	14	17 39	26 89	30 71	43 78	3 22	6 50	4 50	8	—	125	1	—					
8	Jüterbog	14	12 33	15	17	—	25	—	22	—	36	4	5 90	—	9	—					
9	Luderswalde	13 56	12	13 57	16 35	35	35	—	45	—	3 50	6 17	—	7 25	1 20	1 20					
10	Perleberg	13 96	11 82	12	15	—	22	—	27	—	46	—	3 50	6 33	—	9 50					
11	Potsdam	—	12 58	14 50	17 38	28 63	28 75	42 62	3 45	6 68	—	—	8 10	1 43	1 26	—					
12	Prenzlau	13 93	12 03	14 40	15 23	27	26	—	40	—	3 50	6	4 03	6 50	1 30	1 10					
13	Prignitz	13 88	11 38	14 38	15 35	17	20 50	30	—	2 50	5 75	4 50	6 75	1 40	1 20	—					
14	Rathenow	14 24	12 47	12 75	16 19	23	22	—	35	—	2 90	5 67	—	6 76	1 40	1 20					
15	Neu-Ruppin	16	12 27	14 40	16 48	35	35	—	50	—	3	5 87	—	8 75	1 35	1 15					
16	Schwedt	13 76	12 57	14 72	15 82	26 66	31 25	37 50	3	—	6 20	—	7 08	1 40	1 20	—					
17	Spandau	14 15	12 50	14	16 85	35	24 50	39	—	3 98	6 30	—	7 75	1 60	1 20	—					
18	Strausberg	14 75	12 75	16	18 25	24 25	31 50	36 50	2 75	7 50	6	—	10	—	1 60	1 20					
19	Teltow	—	12 40	15 74	16 90	29	29	—	47 50	2 75	5 50	5	—	7 25	1 55	1 10					
20	Templin	14	12	14 50	15 75	35	35	—	50	—	2 50	6 50	5	—	8	—					
21	Trenenbriegen	14 10	12 50	13 60	15 88	—	—	—	3	—	5 22	—	7	—	1 20	1					
22	Wittstock	13 50	11 71	13 50	14 50	16 50	36	—	50	—	2 73	5 50	4 50	7 50	1 13	99					
23	Wriezen a. D.	13 90	12 15	15 25	15 20	23 50	22 50	37	2 83	5 50	4 38	8	—	1 30	1 20	—					
Durchschnitt		13 62	12 19	14 33	16 17	—	—	—	3 09	6 04	—	7 55	—	—	—	—					
Potsdam, den 13. Februar 1894.																					

Potsdam, den 13. Februar 1894.

Betrifft den Fährgebtarif für die Elbfähranstalt zu Gnewsdorf.

39. Der am 21. Oktober 1878 im Allerhöchsten Auftrage vollzogene Tarif, nach welchem das Ueberschiffelgeld bei der Elbfähranstalt zu Gnewsdorf im diesseitigen Regierungsbezirk zu erheben ist — Amtsbl. von 1878 Seite 375 — bleibt auf weitere fünf Jahre unverändert fortbestehen.

Potsdam, den 9. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Fischerei-Aufsicht.

40. Der mit der Wahrnehmung der Fischerei-Aufsicht im Nebenamte beauftragte Strommeister Skerka zu Sandau an der Elbe ist am 1. Februar d. J. in den Ruhestand getreten.

Bis auf Weiteres wird die Fischerei-Aufsicht von dem Strommeister-Anwärter Hauschildt ausgeübt.

Potsdam, den 9. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

41. Festgestellt ist die Maul- und Klauen- seuche unter dem Rindvieh des Rieselgutes Malchow und unter dem Viehbestand des Kossäthen Wegemund in Wartenberg, Kreis Nieder-Barnim.

Festgestellt ist Milzbrand bei einer Kuh der Bauer-Witwe Schaale in Burig, Kreis Beeskow-Storkow, unter dem Rindvieh des Kossäthen Schönicke in Liegow, Kreis West-Havelland, bei einer krepirten Kuh des Büdnereis Quigdorf in Diedersdorf, Kreis Teltow.

Bei einem verendeten Pferde des Fuhrherrn Kühle in Spandau ist die Pferdekatte festgelegt worden.

Erlöschen ist der Milzbrand unter dem Rind- vieh des zum Rittergute Staffelde, Kreis Osthavelland, gehörigen Vorwerks Dorothienhof.

Potsdam, den 13. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Januar 1894.

Artikel						Eidenpreise in den letzten Tagen des Monats													
Es kostet je 1 Kilogramm.						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Rindfleisch	Lammfleisch	Ged.	Butter	Ein Sched. Hier	Mehl	Gerste	Ruchweizen	Hafergrütze	Gerste	Reis, Java	Java-Kaffee	mittler gelber in gebr. Bohnen	Erbsen	Schweine- schmalz, flüssig				
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
120	1 10	1 10	1 80	2 20	4 20	25	20	45	30	40	50	50	55	2 60	3 60	20	1 80		
120	95	1 20	1 80	2 10	3 62	32	26	50	40	40	40	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
124	1 08	1 24	1 50	2 40	4 75	30	25	40	40	50	50	50	45	3 70	4	20	1 60		
120	80	1	1 80	2 20	4	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60		
140	1 30	1 30	1 60	2 60	4 71	24	22	40	30	40	45	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
117	1 30	1 20	1 65	1 93	3 97	28	24	42	45	54	52	46	52	3 30	3 95	20	1 70		
140	1 10	1 20	1 80	2 53	4 62	30	22	40		40	70	40	40	2 60	3 60	20	1 60		
120	1	1	1 90	2 20	4 40	29	20	48	48	50	60	35	60	3 20	3 60	20	1 60		
130	1 40	1 25	1 70	1 89	3 56	25	19	35	27	45	46	38	43	2 75	3 55	19	1 80		
150	1 30	1 30	1 60	2 28	4 28	40	27	55		45	45	45	40	2 60	3 30	20	1 50		
120	1	1 20	1 50	2 40	4 62	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60		
130	1 30	1	1 70	1 73	3 57	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80		
130	1 10	1 25	1 60	2 40	4	27	22	40	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 60		
130	1 20	1 20	1 70	2 20	4 47	35	26	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60		
120	1	1 20	1 90	1 91	4 36	30	50	50	40	50	50	50	60	3 40	3 60	20	1 80		
145	1 40	1 40	1 80	1 25	5 45	31	27	40	40	40	50	40	45	2 80	3 30	20	1 40		
120	1 22	1 30	1 80	2 80	4 70	40	24	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
115	1 10	1 10	1 55	2 30	4 50	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 50		
120	1	1	1 60	2 40	5	30	25	60	80	70	80	50	60	2 60	3 60	20	1 80		
140	1	1 20	1 60	2 13	4	30	24	50		40		36	50	3 80	4	20	1 60		
115	70	1	1 80	1 87	3 72	23	22	45	50	45	50	50	50	2 50	3 40	20	1 80		
120	1 20	1 20	1 60	2 20	4 70	20	16	31	25	36	45	38	58	2 70	3 40	20	1 60		

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Postsendungen.

II. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. in Berlin zur Post gegebene Pakete:

- an Born in Berlin,
- Schäfer in Berlin,
- Schmidt in Freienwalde (Pommern),
- Richter in Berlin,
- Bolle in Tempelhof,
- udolf in Berlin,
- Beiland in Berlin.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen, Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

land, Strümpfe, Busennadel (unächt), Lupe, Me-

taltheile, Verbandstoff, Nadeln, Messer, Taschentücher, Scheeren, Uhrketten, Löffel, Uhrhaken, Pelzkragen, Messingbahn, Fächer, Manschettenknöpfe, Nadelbüchsen, Bleisplomben, Stiefelisen, Bürstentafel, Haken, Dosen, Haarnadeln, Schürze, Mütze, Haarpfeile, Ringe, Hornlöffel, Handschuhe, Chenille, Pferdegeschirtheile, Thermometer, Perlen, Marktbeutel, Noten, Kragen, Broches, Bücher, Spindelschloßbeschläge, Sicherheitsrasierer, Bleistifthalter, Armbänder, Garn, Pulswärmer, Schlüssel-schilder.

Die unbekannten Absender und Eigenthümer der vorbezeichneten Sendungen u. werden aufgefordert — spätestens innerhalb 4 Wochen — bei der Ober-Postdirection schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die Gegenstände zum Besten der Postunterstützungskasse versteigert werden.

Berlin C., 7. Februar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Januar 1894.

8. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	14	Mark	67	Pf.
„ „ „ do. (mittel)	14	„	18	„
„ „ „ do. (gering)	13	„	70	„
„ „ „ Roggen (gut)	12	„	84	„
„ „ „ do. (mittel)	12	„	61	„
„ „ „ do. (gering)	12	„	39	„
„ „ „ Gerste (gut)	17	„	83	„
„ „ „ do. (mittel)	16	„	43	„
„ „ „ do. (gering)	15	„	05	„
„ „ „ Hafer (gut)	17	„	71	„
„ „ „ do. (mittel)	16	„	32	„
„ „ „ do. (gering)	14	„	93	„
„ „ „ Erbsen (gut)	18	„	97	„
„ „ „ do. (mittel)	17	„	88	„
„ „ „ do. (gering)	16	„	79	„
„ „ „ Nichtstroh	6	„	91	„
„ „ „ Heu	8	„	27	„

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise **einschließlich 5% Aufschlag** für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat Januar 9,64 Mk., 3,79 Mk., 5,15 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	—	Pf.
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	—	„
„ „ „ Linzen	50	„	—	„
„ „ „ Kartoffeln	4	„	98	„
„ 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	40	„
„ 1 „ Rindfleisch (Bauchfleisch)	1	„	10	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	30	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	25	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	15	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	60	„
„ 1 „ Eibutter	2	„	40	„
„ 60 Stück Eier	4	„	20	„

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	35	Mark	—	Pf.
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	—	„
„ „ „ Linzen	50	„	—	„
„ „ „ Kartoffeln	4	„	28	„
„ 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	40	„
„ 1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	10	„
„ 1 „ Schweinefleisch	1	„	50	„
„ 1 „ Kalbfleisch	1	„	40	„
„ 1 „ Hammelfleisch	1	„	20	„
„ 1 „ Speck (geräuchert)	1	„	60	„
„ 1 „ Eibutter	2	„	43	„
„ 60 Stück Eier	4	„	66	„

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Januar 1894:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	37	„
„ 1 „ Roggenmehl N° 1	33	„
„ 1 „ Gerstengraupe	38	„
„ 1 „ Gerstengröße	38	„
„ 1 „ Buchweizengröße	38	„
„ 1 „ Hirse	38	„
„ 1 „ Reis (Java, mittler)	60	„
„ 1 „ Java-Kaffee (mittler, rob) 3 Mark	10	„
„ 1 „ „ (gelb in gebr. Bohnen)	4	27
„ 1 „ Speisefalz	20	„
„ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges) 1	40	„

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	38	Pf.
„ 1 „ Roggenmehl N° 1	30	„
„ 1 „ Gerstengraupe	43	„
„ 1 „ Gerstengröße	42	„
„ 1 „ Buchweizengröße	41	„
„ 1 „ Hirse	42	„
„ 1 „ Reis (Java, mittler)	61	„
„ 1 „ Java-Kaffee (mittler, rob) 2 Mark	78	„
„ 1 „ Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3	16
„ 1 „ Speisefalz	20	„
„ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges) 1	30	„

Berlin, den 6. Februar 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

2. Die bisher von dem Kaufmann F. Nerhausen hier selbst, Potsdamerstraße 23a., verwaltete Stempelvertheilerstelle ist vom 3. Januar 1894 ab dem Geschäftsnachfolger, Kaufmann Eugen Nerhausen, ebenfalls wohnhaft, widerruflich übertragen worden.

Berlin, den 5. Februar 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachung.

3. Die bisher von dem Kaufmann E. Armasch hier selbst, Breitestraße Nr. 18, verwaltete Stempelvertheilerstelle ist vom 3. Januar 1894 ab dem Geschäftsnachfolger, Kaufmann Hermann Zander, ebenfalls wohnhaft, widerruflich übertragen worden.

Berlin, den 5. Februar 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachung.

4. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 25. Januar d. J. — § 42 der Protokolle — die Neubemessung der Jahresmengen Branntwein, die einzelnen Brennereien während der Contingentsperiode 1893/6 zum niedrigeren Satz der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen, besondere Vorschriften erlassen, die von den Betheiligten in den Geschäftszimmern der

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

Nachweisung

2. Die Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 1 der Landgemeinde-Etatsung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen für das IV. Quartal 1893.

Pfd. Nr.	V e r z e i c h n i s s des in Veracht kommenden Grundstücks	Seitheriger Gemeinde resp. Gutsbezirk	Aufgenommen in den Gemeinde resp. Gutsbezirk.
1.	Die Seitens der Königl. Regierung an den Schneidermeister Friedrich Lehmann zu Schünow veräußerte, in der Gemarkung von Schünow Kartenblatt 3 Nr. 267/83 verzeichnete Dorfsaueparzelle in Größe von 0,0029 ha.	Königl. Domanen-Absus.	Gemeinde Schünow.
2.	Die Seitens der Königl. Regierung an den Pädner Gottlieb Wilcke in Schünow veräußerte, in der Gemarkung Schünow Kartenblatt 3 Parzelle Nr. 268/83 verzeichnete Dorfsaueparzelle in Größe von 0,0038 ha.	Königl. Domanen-Absus.	Gemeinde Schünow.
3.	Die Seitens der Königl. Regierung an den Pädner Gustav Klucke und den Kessäthen Friedrich Ribbecke zu Glienicke veräußerte, in der Gemarkung von Glienicke Kartenblatt 3 Parzelle Nr. 587/44 verzeichnete Dorfsaueparzelle in Größe von 0,0029 ha.	Königl. Domanen-Absus.	Gemeinde Glienicke b. 3.
4.	Die Seitens der Königl. Regierung an den Kessäthen Friedrich Ribbecke veräußerte, in der Gemarkung von Glienicke Kartenblatt 2 Parzelle 588/44 verzeichnete Dorfsaueparzelle in Größe von 5,08 ar.	Königl. Domanen-Absus.	Gemeinde Glienicke b. 3.
5.	Die Parzellen Nr. 2 256/12 und 258/14 Artikel 423 der Mutterrolle von Neuendorf b. P., dem Kaufmann Gustav Krehl zu Berlin gehörig, die Parzelle Nr. 280/12 Artikel 241 der Mutterrolle von Neuendorf, der Societät Neu-Babelsberg gehörig, die Parzelle zu Nr. 281/12 Artikel 425 der Mutterrolle von Neuendorf, dem Königl. Baurath Böckmann zu Berlin gehörig, die Parzelle zu Nr. 281/12 Artikel 424 der Mutterrolle von Neuendorf, dem Königl. Baurath Böckmann und dem Professor Ende zu Berlin gehörig, die Parzelle zu Nr. 282/12 Artikel 425 der Mutterrolle von Neuendorf, dem Königl. Baurath Böckmann zu Berlin gehörig, die Parzelle zu Nr. 282/12 Artikel 424 der Mutterrolle von Neuendorf, dem Königl. Baurath Böckmann und Professor Ende zu Berlin gehörig, die Parzelle Nr. 2 314/12 Artikel 241 der Mutterrolle von Neuendorf, der Societät Neu-Babelsberg gehörig.	Neuendorf b. P.	Klein Glienicke.
	Die Parzellen Nr. 2 192/9, 193/9, 194/8, 495/8, Artikel 110 der Mutterrolle von Klein-Glienicke, dem Amtsgerichtsrath a. D. Pösfardt gehörig.	Klein-Glienicke.	Neuendorf b. P.

Berlin, den 29. Januar 1894.

Der Landrath des Kreises Teltow.

B e k a n n t m a c h u n g.

3. Der Kreisaußschuß des Kreises Jüterbog-Luckenwalde hat beschloffen, daß die von der Kirchengemeinde zu Frankenselde an den Königl. Forstfiskus verkaufte Grundfläche Artikel 53 Kartenblatt 7 Nr. 29 in Größe von 2,211 ha von dem Gemeindebezirk Frankenselde abgetrennt und mit dem Forstgutsbezirk Zinna vereinigt werde.

Jüterbog, den 9. Februar 1894.

Der Kreis-Ausschuß.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Auf Grund der allgemeinen Verfügung vom 22. Dezember 1893 (J.-M.-Bl. S. 361) hat der Herr Kammergerichts-Präsident den Amtsrichtern bei

den nachbenannten Amtsgerichten, sofern dieselben behindert sind, sich wechselseitig zu vertreten (§ 24 Absatz 1 des Gesetzes vom 24. April 1878 G.-S. S. 230) folgende Amtsrichter gemäß § 24 Absatz 2 a. a. D. im Voraus zu Stellvertretern bestellt:

- 1) Den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Havelberg der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Wittenberge,
- 2) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Kyritz der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Wusterhausen a. D.,
- 3) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Perleberg der dem Dienstalter nach älteste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Wittenberge,
- 4) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Prigwitz

der dem Dienstalter nach älteste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Wittstock,

- 5) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Wittenberge der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Verleberg,
- 6) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Wittstock der dem Dienstalter nach älteste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Prigwall,
- 7) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Wusterhausen a. D. der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Kyritz.

Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in Angelegenheiten, auf welche der § 36 der Civilprozeßordnung oder der § 15 der Strafprozeßordnung Anwendung findet.

Neu-Ruppin, den 6. Februar 1894.

Der Präsident des Königl. Landgerichts.

Bekanntmachung.

Auf Grund der allgemeinen Verfügung vom 22. Dezember 1893 (J.-M.-Bl. S. 361) sind durch Erlaß des Herrn Präsidenten des Königl. Kammergerichts vom 3. Februar 1894 den Amtsrichtern bei den nachbenannten Amtsgerichten; sofern die wechselseitige Vertretung (§ 24 Absatz 1 des Gesetzes vom 24. April 1878 — G.-G. S. 230) der Richter dieser Amtsgerichte behindert ist, folgende Amtsrichter gemäß § 24 Absatz 2 des Gesetzes vom 24. April 1878 im Voraus zu Stellvertretern bestellt:

- 1) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Freienwalde a. D. der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Briezen,
- 2) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Schwedt der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Angermünde,
- 3) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Templin der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Zehdenick,
- 4) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Briezen der dem Dienstalter nach älteste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Freienwalde a. D.,
- 5) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Zehdenick der dem Dienstalter nach älteste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Templin.

Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in An-

gelegenheiten, auf welche der § 36 der Deutschen Civilprozeßordnung oder der § 15 der Deutschen Strafprozeßordnung Anwendung findet.

Prenzlau, den 6. Februar 1894.

Der Landgerichts-Präsident.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Allgemeinen Verfügung des Herrn Justizministers vom 22. Dezember 1893 (J.-M.-Bl. S. 361) sind den Amtsrichtern bei den nachbenannten Amtsgerichten, sofern die wechselseitige Vertretung der Richter dieser Amtsgerichte behindert ist, folgende Amtsrichter gemäß § 24 des Gesetzes vom 24. April 1878 im Voraus zu Stellvertretern bestellt:

- 1) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Beeskow der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Frankfurt a. D.,
- 2) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Fürstenwalde der dem Dienstalter nach zweitjüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Frankfurt a. D.,
- 3) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Reppen der dem Dienstalter nach drittjüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Frankfurt a. D.,
- 4) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Sonnenburg der dem Dienstalter nach älteste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Cüstrin,
- 5) den Amtsrichtern des Amtsgerichts zu Storkow der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Fürstenwalde.

Frankfurt a. D., den 7. Februar 1894.

Der Landgerichts-Präsident.

Rüdersdorfer Kalkwerke.

Der für die Benutzung der Ablagen am Kesselsee und am Mühlenfließ bisher gültig gewesene „Stättelgeldtarif vom 10. November 1858“ wird vom 1. April 1894 ab aufgehoben.

Die Benutzung der Ablagen soll jedoch bis auf Weiteres Privatleuten, auch ferner unter den Bedingungen des neuen Tarifs vom 10. Januar 1894 gestattet werden. Diese Bedingungen können bei der Königl. Berginspektion in Kalkberge Rüdersdorf, im Schifferappell-Lokale derselben und bei dem Ablage-Aufseher Kühne in Alte-Grund eingesehen werden.

Vom 1. April 1894 ab wird der neue Tarif auch auf den Ablagen ausgehängt werden.

Rüdersdorf, den 6. Februar 1894.

Königliche Berginspektion.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

- | | | | | | |
|---|---|--|---|---|-------------------|
| 1 | Stanislaus Adolf Schubert, Gerbergeselle, | geboren am 19. September 1861 zu Kalisch, Polen, russischer Staatsangehöriger, | Diebstahl (5 Jahre Zucht-haus laut Erkenntniß vom 12. November 1888), | Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg, | 23. Februar 1893. |
|---|---|--|---|---|-------------------|

1. Lauf Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
2.	3.	4.	5.	6.	
2	Josef Rudolf Jelinek, Maler und Anstreicher,	geboren am 19. Januar 1860 zu Florisdorf, Bezirk Korneuburg, Nieder-Oesterreich, ortsangehörig zu Mostosin, Bezirk Pardubitz, Böhmen,	Verbrechen des schweren Diebstahls (zwei Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 24. November 1891),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	8. November 1893.
1	Franz Hummer, Gärtner,	geboren am 29. März 1869 zu Schwannstadt, Bezirk Böckla-Bruck, Ober-Oesterreich, ortsangehörig zu Rüstorf, ebendasselbst,	b. Auf-Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	13. Dezember 1893.
2	Rosina Kraß, Tagelöhnerin,	geboren am 9. März 1851 zu Inns, Tirol,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Sigmaringen,	20. Dezember 1892.
3	Johann Paul Vietzmann, Müllergefelle,	geboren am 26. Juni 1862 zu Reichstadt, Böhmen,	Betteln, Führung eines falschen Namens und Zeugnisses,	Herzoglich sächsisches Ministerium zu Altenburg,	8. Dezember 1892.
4	Johann Pittal, Drapbinder,	geboren im Jahre 1848 zu Straßow, Ungarn,	Landstreichen, Betteln u. Gebrauch falscher Legitimationspapiere,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	21. Dezember 1893.
5	Wilhelmine Nabl, geb. Schreiterer, Tischler'sfrau,	geboren am 23. Dezember 1859 zu Lauerbach, Bezirk Zwickau, Sachsen, durch Verheirathung österreichische Staatsangehörige und ortsangehörig zu Taus, Böhmen,	gewerbemäßige Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	11. Dezember 1893.
6	Johann Sandner, Handarbeiter,	geboren am 16. Juni (Juli) 1832 zu Ursprung bei Kirchberg, Bezirk Graßlig, Böhmen, ortsangehörig zu Kirchberg,	Betteln,	Königlich Sächsischer Kreisbaupmannschaft Zwickau,	10. November 1893.
7	Leo Stoecklin, Schneider,	geboren am 12. Januar 1851 zu Walheim, Oberelsaß, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	21. Dezember 1893.
8	Johann Damm, Maurer,	geboren am 21. August 1839 zu Markirch, Elsaß-Lothringen, seit 1877 in Frankreich wohnhaft,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	28. Dezember 1893.
9	Georg Egelbacher, Schneider,	geboren am 22. April 1853 zu Humburg, Bezirk Graz, Steiermark, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	1. September 1893.
10	Edhard Ratum, Schiffer,	geboren am 12. Februar 1847 zu Saasen, Kreis	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straß-	9. November 1893.

Rang Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2	3	4	5	6
11	Gustav Fiebiger, Schuhmacher,	Gießen, Hessen, französischer Staatsangehöriger, geboren am 4. Dezember 1858 zu Landtsfren, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	burg, Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	29. Dezember 1893.
12	Vorenz Geipel, Schuhmacher,	geboren am 20. Februar 1875 zu Krugereuth, Gemeinde Neuberg, Bezirk Misch, Böhmen, ortsangehörig zu Grün, ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	6. Dezember 1893.
13	Peter August Gérard, Tagner,	geboren am 28. September 1848 zu Marainviller, Kreis Lunéville, Departement Meurthe und Moselle, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	28. Dezember 1893.
14	Wilhelm Golla, Tagelöhner,	geboren am 6. Januar 1862 zu Ratherein, Bezirk Troppau, Österreichisch-Schlesien, ortsangeh. ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	6. Dezember 1893.
15	Maria Gracins, unverehelichte,	geboren am 19. März 1855 zu Predmest, Bezirk Poltschka, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	Landstreichen,	derselbe,	8. Dezember 1893.
16	Josef Härtl, Maurer,	geboren am 19. März 1838 zu Sobiesak, Bezirk Saaz, Böhmen, ortsangeh. ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühl-dorf,	23. Dezember 1893.
17	Johann Hardegger, Schlosser,	geboren am 12. April 1856 zu Gams, Kanton St. Gallen, Schweiz, ortsangeh. ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	13. Dezember 1893.
18	Vitus Hofan, Schuhmacher,	geboren am 15. Juni 1861 zu Karolinenthal, Böhmen, ortsangeh. zu Tesnic, Bezirk Strakonitz, Böhmen,	desgleichen,	derselbe,	12. Dezember 1893.
19	Benjamin Krobob, Bürstenmacher,	geboren am 17. Juni (Juli) 1857 zu Schreibendorf, Bezirk Hohenstadt, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	29. Dezember 1893.
20	Franz Leufert, Tagearbeiter,	geboren im April 1845 zu Böhmisch-Jurisdau, Bezirk Gabel, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln und Bedrohung,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Baugen,	8. Dezember 1893.

Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
		des Ausgewiesenen				
1.		2.	3.	4.	5.	6.
21		Janaž Melcher, Fleischergeselle,	geboren am 31. Juli 1839 zu Groß-Rungen- dorf, Bez. Freivaldan, Oesterreichisch-Schle- sien, ortsangeh. eben- daselbst,	Verlehn und Verlehdigung,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	29. Dezember 1893.
22		Peter Josef Men- tävön, Uhrmacher,	geboren am 9. Juni 1832 zu Courgenay, Kanton Bern, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	Landstreichen u. Verlehn,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	4. Januar 1894.
23		Heinrich Rohmann, Färber,	geboren am 23. Mai 1870 zu Seebach, Kant. Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendaß.,	desgleichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	19. Dezember 1893.
24		Amand Seiffert, Arbeiter,	geboren am 26. April 1843 zu Schroppen- grund, Bezirk Wei- denau, Oesterreichisch- Schlesien, ortsangehö- rig ebendaßelbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	5. Dezember 1893.
25		Richard Schestak, Bäcker,	geboren am 3. April 1855 zu Leitmeritz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Verlehn,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mem- mingen,	18. Dezember 1893.
26		Karl Schmied, Mekker,	geboren am 30. De- 1873 zu Pfach, sibirische, zember 1873 zu Pfach, sibirische, Bezirk Reutte, Tirol, ortsangehörig ebendaß.,	Verlehn und Arbeit	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	19. Dezember 1893.
27		Josef Sluka, ohne Stand,	geboren am 5. März 1881 zu Jungbunzlau, Böhmen, ortsangehö- rig zu Nejschitz, eben- daselbst,	Landstreichen u. Verlehn,	Königlich sächsische Kreisbauamt- schaft Zwickau,	4. Dezember 1893.
28		Karl Albert, Konditorgehilfe,	geboren am 9. Februar 1870 zu Niedergrund, Bezirk Teischn, Böh- men, ortsangehörig ebendaßelbst,	Friedrabi und Verlehn,	Königlich sächsische Kreisbauamt- schaft Leipzig,	25. Dezember 1893.
29		Ferdinand Berneth, Arbeiter,	geboren am 16. Mai 1870 zu Gommis- wald, Kanton St. Gallen, Schweiz,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	5. Januar 1894.
30		Stuma Grudzinskiy, Schuhmacher,	50 Jahre alt, geboren zu Dobrzatowo, Gou- vernement Konza, Polen,	Landstreichen u. Verlehn,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	desgleichen

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Verlags- und Druckerei.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 8.

Den 23. Februar

1894.

Allerhöchster Erlaß.

Auf Ihren Bericht vom 3. Januar d. J. will Ich der Gemeinde Schöneberg im Kreise Teltow behufs Freilegung der Straße 16 der Abtheilung IV. des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins das Entzugsrecht zum Erwerbe der dazu erforderlichen, in dem zurückerfolgenden Abschnitte des Bebauungsplanes und angelegten Flächen hiermit verleihen.

Berlin, den 24. Januar 1894.

gez. Wilhelm R.

gezt. Thiel.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummerödorf für 1894

42. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummerödorf für das Jahr 1894, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Februar: 25. 28.

März: 1. 4. 5. 7. 11. 13. 14. 18. 22. 23. 25. 26. 27.

April: 1. 2. 4. 8. 10. 11. 15. 16. 18. 22. 25. 26. 29.

Mai: 2. 3. 6. 9. 12. 13. 14. 15. 20. 23. 24. 27. 28. 30.

Juni: 3. 4. 6. 10. 11. 13. 17. 18. 20. 24. 27. 29.

Juli: 1. 4. 5. 8. 9. 11. 15. 16. 18. 22. 23. 25. 29. 30.

August: 1. 5. 6. 8. 12. 13. 15. 19. 20. 22. 26. 27. 29.

September: 2. 5. 8. 9. 10. 12. 16. 18. 19. 23. 24. 26. 30.

Oktober: 1. 3. 7. 9. 10. 14. 15. 17. 21. 22. 24. 26. 31.

November: 1. 4. 5. 7. 11. 12. 14. 18. 19. 21. 25. 26. 28.

Dezember: 2. 5. 8. 9. 12. 13. 16. 19. 20. 23. 25. 26. 30. 31.

Potsdam, den 20. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

43. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Domainen-Vorwerks krummenssee, Kreis Nieder-Barnim, des Gutes Hohenstein, Kreis Ober-Barnim, der Milzbrand

bei einer dem Bauergutsbesitzer Fieting in Haben-Neuendorf, Kreis Ober-Barnim, gehörigen, pöthlich verendeten Kuh, bei einem gefallenen Schafe des Rutzgutsbesizers von Karstedt in Fieders, Kreis Ostprignitz.

Festgestellt ist ferner der Bläschenauschlag bei einem Bullen und den Kühen des Kossäthen Bläse in Gummerödorf, und bei den Kühen der Witwe Schulze und des Büdnere Wosling in Alt-Straßendorf, Kreis Beeskow-Storkow; die Brusseuche ist ausgebrochen unter den Pferden der 2. Lehrbatterie der Feldartillerie-Schießschule in Jüterbog, unter den Pferden der 2. Schwadron des Husaren-Regiments in Rathenow.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Ritzgutes Marquardt, Kreis Ost-Havelland, die Brusseuche unter den Pferden der 4. Schwadron des Husaren-Regiments in Rathenow.

Potsdam, den 20. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Wahl der Kuratoren und deren Stellvertreter für die Elementar-lehrer-Wittwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Potsdam.
3. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß zu Curatoren der Elementar-lehrer-Wittwen- und Waisenkasse für den Regierungsbezirk Potsdam für die Zeit vom 1. April 1894 bis Ende März 1897 in Gemäßheit des § 14 der revidirten Statuten dieser Kasse

1) der Hauptlehrer Eckert in Potsdam,
2) der Lehrer Knappe ebendasselbst,
3) der Lehrer Zemlin in Friedrichsfelde bei Berlin, sowie zu Stellvertretern derselben für die gleiche Zeitdauer:

1) der Hauptlehrer Hohenstein zu Brandenburg a. H.,
2) der Hauptlehrer Zanke zu Potsdam und
3) der Lehrer Lahn zu Stolpe bei Birkenwerder wiedergewählt worden sind.

Potsdam, den 19. Februar 1894.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachung.

4. Zum Kommissar für das Ermittlungsverfahren zur Rückerstattung der Grundsteuerentwädigungen Artikel 18 der Anweisung des Herrn Finanz-Ministers vom 29. November 1893 — ist der Amtsrichter Mer-

lefer, Mitglied des hiesigen Regierungs-Kollegiums, bestellt worden.

Potsdam, den 13. Februar 1894.

Königliche Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts:

Eingziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder.

4. Die noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder, welche seit dem 10ten Dezember 1890 seitens der Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft worden sind, sollen nur noch bis Ende Juni 1894 zur Frankirung von Postsendungen zugelassen werden. Vom 1. Juli 1894 ab verlieren die bezeichneten Worthzeichen ihre Gültigkeit. Dem Publikum soll indeß gestattet sein, vom 1. Juli 1894 ab die alsdann noch nicht verwendeten derartigen Worthzeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwerth des Stempels gegen Freimariken zu 10 oder 3 Pfennig bei gleichzeitigem Rückempfang des Betrages der Herstellungskosten von 1 Pfennig für den Briefumschlag und $\frac{1}{2}$ Pfennig für das Streifband umzutauschen. Ist nur ein einzelnes Streifband umzutauschen, so muß die Vergütung von Herstellungskosten unterbleiben. Ebenso kommen bei dem Umtausch einer größeren, nicht durch 2 theilbaren Zahl von Streifbändern für das überschießende Exemplar Herstellungskosten nicht zur Erstattung. Die Postbülletten und die amtlichen Verkaufsstellen für Postworthzeichen sollen mit dem Umtausch keine Befassung haben, worüber sie seiner Zeit von den Verkehrsanstalten zu verständigen sind. Postsendungen, welche etwa nach dem 30. Juni 1894 noch in Briefumschlägen und Streifbändern der gedachten Art ohne anderweite Frankirung aufgeliefert werden, sind den Absendern unter Hinweis auf die Ungültigkeit der verwendeten Worthzeichen zurückzugeben oder, wenn dies nicht ohne Weiteres thunlich sein sollte, als unfrankirt zu behandeln. Auf gestempelte Briefumschläge und Streifbänder der älteren Ausgabe, welche ihre Gültigkeit bereits am 1. Februar 1891 verloren haben und welche seit dem 1. Juli 1891 nicht mehr umgetauscht werden, sowie auf Robrpost-Briefumschläge erstreckt sich diese Verfügung nicht. Vom 1. Januar 1895 ab sind die Verkehrsanstalten auch zum Umtausch der neueren Briefumschläge und Streifbänder nicht mehr befugt.

Berlin, 12. Februar 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Einrichtung einer Postagentur in Roborro (Deutsch-Ostafrika).

3. In Roborro (Deutsch-Ostafrikanisches Schutzgebiet) ist eine Kaiserliche Postagentur mit Telegraphenbetrieb eingerichtet worden. Dieselbe vermittelt den Austausch von Briefsendungen jeder Art, von Postanweisungen, von Postpaketen ohne Werthangabe bis 5 kg und von Telegrammen, sowie die Bestellung von Zeitungen. Im Post- und Telegraphenverkehr mit der neuen

Postagentur kommen dieselben Taren zur Anwendung, wie für die übrigen Postanstalten Deutsch-Ostafrikas.

Berlin W., 13. Februar 1894.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

11. Diejenigen Personen, welche in dem bevorstehenden Frühjahr Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Friedrichshagen, Gr. Lichtersfelde, Grünau (Mark), Liepe (Oder), Ludwigsfelde, Neuruppin, Nowawes-Neuendorf, Oderberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Sieglitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber **bis Ende Februar** an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte — für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst — zu richten. Später eingehende Anmeldungen können erst in dem zweiten, nach dem 1. August beginnenden Bauabschnitte berücksichtigt werden.

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.
Potsdam, den 10. Februar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Abänderung bzw. Ergänzung der Prüfungs-Ordnung für Zeichenlehrerinnen vom 23. April 1885.

7. In Abänderung bzw. Ergänzung der Prüfungs-Ordnung für Zeichenlehrerinnen vom 23. April 1885 bestimme ich, daß der letzte Absatz des § 1 derselben künftig folgende Fassung erhält:

„Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das 18. Lebensjahr vollendet und die erste Klasse einer höheren Mädchenschule wenigstens ein Jahr lang besucht haben.“

Berlin, den 8. Februar 1894.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehende Bestimmung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 15. Februar 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

3. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 5. v. Mts. am 10. d. Mts. geschehenen öffentlichen Verloosung von $3\frac{1}{2}$ proc. Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 M. 1 Stück und zwar die Nummer 96.

Litt. H. zu 300 M. 2 Stück und zwar die Nummern 7 25.

Litt. J. zu 75 M. 1 Stück und zwar die Nummer 2.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o 6—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. Juli d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1904 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Entlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbankkasse kann auch durch die Post, portofrei und zu dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 13. Februar 1894,

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Erhebung von Schiffabgaben für das Befahren des Storkower Kanals.

3. Mit Bezug auf meine vorläufige Bekanntmachung vom 22. November v. J. (Stück 48 des Amtsblatts für 1893) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Herr Finanz-Minister im Einverständniß mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die Erhebung von Schiffabgaben für das Befahren des Storkower Kanals an der Cümmerdorfer Schleuse nach den für die Märkischen Wasserstraßen allgemein geltenden Tarifbestimmungen vom 1. April d. J. ab verfügt hat.

Mit der Erhebung der Abgaben ist der Schleusenwärter in Cümmerdorf betraut worden.

Berlin, den 13. Februar 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Personalchronik.

Im Kreise Angermünde ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Administrators Saenger zu Wendewitz der Domainenpächter Schreyer ebendasselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks IV. — Zichow — ernannt worden.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde ist an Stelle des verlegten Forstmeisters Hassenpflug zu Woltersdorf der Oberförster Albert ebendasselbst zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XV., Woltersdorf, ernannt worden.

Im Kreise Templin ist der Graf von Arnim zu Voigdenburg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks II.

— Voigdenburg — und zu dessen Stellvertreter der bisherige Amtsvorsteher Amtmann Klasse ebendasselbst ernannt worden.

Der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Gräfl. Forstmeister Schmidt ebendasselbst, hat sein Amt niedergelegt.

Im Kreise Ostprignitz sind wegen Ablaufs ihrer Dienstzeit auf's Neue der Rittmeister a. D. Koloff zu Bantow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VI. — Bantow —, der Rittergutsbesitzer Rosenow zu Königsberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XI. — Grabow —, der Rittergutsbesitzer von Jena zu Rettelbeck zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXVII. — Rettelbeck —, der Rittmeister d. R. von Rohr zu Dannenwalde zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XLII. — Dannenwalde —, der Gemeindevorsteher Bick zu Südenitz zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks III. — Schoenermark —, der Rittergutsbesitzer Gruner zu Grabow b. Pl. zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XI. — Grabow —, der Landesbeamte Bettin zu Schönbagen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXXIX. — Dölln — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist der Gemeindevorsteher Albrecht zu Nassenheide zum Amtsvorsteher des bisher kommissarisch verwalteten Amtsbezirks XXXVIII., Freienhagen, und zu dessen Stellvertreter der Gutsbesitzer Dr. Jarius zu Gut Birkerst ernannt worden.

Der Stadtsecretair Müller in Gransee ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Zum Kreisverordneten für den Kreis Prenzlau ist der Fabrikdirector und Stadtrath Gustav Lemke zu Prenzlau gewählt und als solcher bestätigt worden.

Der Bureau-Diätar Blisse ist als Sekretariats-Assistent beim königlichen Provinzial-Schul-Kollegium in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Prediger Otto Paul Karl Jung zu Neudamm ist zum Oberpfarrer der Pfarhie Briesen a. D., Diözese Briesen a. D., bestellt worden.

Das unter magistratualischem Patronate stehende Archidiaconat zu Treuenbriezen, Diözese gleichen Namens, ist durch das Ableben des Archidiaconus Rinneberg am 15. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Julius Sasse ist als Oberlehrer an dem Realprogymnasium zu Rathenow angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Georg Reich ist als Oberlehrer am Gymnasium zu Groß-Lichterfelde angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam. Ernannt ist der Postkassirer Kümmler in Rathenow zum Postdirector.

Berufen ist der Ober-Postsecretair Gröschel von Luckenwalde nach Schweidnitz, der Postsecretair Donat als commissarischer Ober-Postsecretair von Berlin nach Luckenwalde.

Statsmäßig angestellt ist der Postassistent Peltmann in Verleberg.

Bermischte Nachrichten.

Im Geschäftsjahr 1894 werden die auf die Führung des Firmen-, Gesellschafts-, Prokuren-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregisters bezüglichen Geschäfte beim hiesigen Amtsgericht durch den Gerichtsassessor Rindts und den Sekretär Behrendts bearbeitet.

Liebenwalde, den 9. Februar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Den Amtsrichtern bei dem Amtsgerichte zu Nauen ist, sofern ihre wechselseitige Vertretung (§ 24 Absatz 1 des Gesetzes vom 24. April 1878) behindert ist, der jedesmalige, dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Spandau im Voraus zum Stellvertreter vom Herrn Kammergerichts-Präsidenten bestellt worden. Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in Angelegenheiten, auf welche der § 36 der Deutschen Civil-Prozessordnung oder der § 15 der Deutschen Straf-Prozessordnung Anwendung findet.

Nauen, den 10. Februar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Der aufsichtsführende Richter.

Bekanntmachung.

Es wird bekannt gemacht, daß den Amtsrichtern bei dem unterzeichneten Amtsgericht, sofern dieselben behindert sind, sich wechselseitig zu vertreten (§ 24 Ab-

satz 1 Ges. v. 24. April 1878 G.-G. S. 230), gemäß § 24 Abs. 2 des eben genannten Gesetzes der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Wittenberge im Voraus zum Stellvertreter bestellt. Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in Angelegenheiten, auf welche der § 36 der C.-Pr.-O. oder der § 15 der Str.-Pr.-O. Anwendung findet.

Havelberg, den 10. Februar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Der aufsichtsführende Amtsrichter.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Herrn Kammergerichts-Präsidenten vom 3. Februar 1894 ist den Amtsrichtern des hiesigen Amtsgerichts, sofern dieselben sich nicht wechselseitig vertreten können, der dem Dienstalter nach viert jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts II. zu Berlin zum Stellvertreter bestellt.

Dranienburg, den 12. Februar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Gemäß § 24 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. April 1878 ist den Amtsrichtern zu Jüterbog, sofern die wechselseitige Vertretung (§ 24 Abs. 1 des Gesetzes vom 24. April 1878 (Ges.-G. S. 230) derselben behindert ist, der dem Dienstalter nach jüngste Amtsrichter des Königlichen Amtsgerichts zu Luckenwalde zum Vertreter bestellt.

Jüterbog, den 14. Februar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung,

betreffend die Abänderung des Formulars für die Unfall-Anzeigen.

Vom 1. Februar 1894.

An Stelle des durch die Bekanntmachungen vom 11. September 1885, vom 23. Dezember 1887 und vom 23. März 1888 auf Grund des § 51 Absatz 4 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, des § 59 des Secunfallversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1887 und des § 55 Absatz 4 des landwirthschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Mai 1886 festgesetzten Formulars für die „Unfall-Anzeigen“, welche gemäß § 51 Absatz 1 bis 3, beziehungsweise § 58 Absatz 1 und 2 und §§ 55 Absatz 1 bis 3 der angeführten Gesetze von dem Betriebsunternehmer an die Ortspolizeibehörde zu erstatten sind, wird hierdurch das anliegende anderweitige Formular mit der Maßgabe festgesetzt, daß die Benutzung des alten Formulars behufs Verbrauches der vorhandenen Bestände noch bis zum 1. Januar 1896 zugelassen wird.

Dies somit für den Bereich sämtlicher auf Grund der Unfallversicherungsgesetze errichteten Berufs-genossenschaften — jedoch für den Bereich der See-Berufsgenossenschaft nur hinsichtlich der unter § 1 Absatz 1 Ziffer 2 des Secunfallversicherungsgesetzes fallenden Betriebe — gleichmäßig gültige Formular ist nach Format, Farbe und Inhalt bindend.

Das durch die obengenannte Bekanntmachung vom 23. Dezember 1887 für die „Beschreibung“ der auf dem Schiff während der Reise sich ereignenden Unfälle (§ 57 Absatz 1 des Secunfallversicherungsgesetzes), für die „Nachweisung“ der an Bord sich ereignenden Unfälle, welche die von der Führung eines Schiffsjournals entbundenen Führer kleinerer Fahrzeuge zu führen haben (§ 57 Absatz 2 a. a. D.), und für die vom Schiffsführer vor Antritt oder nach Beendigung der Reise zur erstattende „Unfall-Anzeige“ (§ 57 vorletzter Absatz a. a. D.) festgesetzte bisherige Formular bleibt bis auf Weiteres in Kraft.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Dr. Bödiker.

Berufsgenossenschaft:

Sektion:

Vertrauensmann:

Betriebsunternehmer:

(Name, Stand, Firma, Betriebsort
(Ort, Straße, Hausnummer))Genossenschaftskataster Nr.
(vergl. Mitgliedschein)**Unfall-Anzeige**

an die Ortspolizeibehörde zu

Kreis (Amt u.)

Zur Beachtung.

1. Bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe ist von jedem in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfall, durch welchen eine in demselben beschäftigte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit (Beschränkung der Erwerbsfähigkeit) von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, von dem Betriebsunternehmer bei derjenigen Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten, in deren Bezirke sich der Unfall ereignet hat.

Die Anzeige muß binnen zwei Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der Betriebsunternehmer von dem Unfall Kenntniß erlangt hat.

Für den Betriebsunternehmer kann Derjenige, welcher zur Zeit des Unfalls den Betrieb oder den Betriebsteil, in welchem sich der Unfall ereignete, zu leiten hatte, die Anzeige erstatten; im Falle der Abwesenheit oder Behinderung des Betriebsunternehmers ist er dazu verpflichtet.

2. Wegen der Mittheilung von **Abschriften** dieser Anzeige an die Organe der Berufsgenossenschaft (Vertrauensmann, Sektionsvorstand, Genossenschaftsvorstand) sind die Bestimmungen des Genossenschaftsstatuts maßgebend.

Für jede verletzte oder getödtete Person ist ein besonderes Anzeige-Formular auszufüllen.

1. Wochentag, Datum, Tageszeit und Stunde des Unfalls.	
2. a. Bezeichnung (Gegenstand) des Betriebes und	a.
b. Betriebsteil (Betriebsabteilung), in welchem der Verletzte den Unfall erlitt	b.
möglichst nach der Bezeichnung (Biffer) des Gefahrtarifs, wo ein solcher vorhanden ist	
c. Unfallstelle (Ort, Straße, Hausnummer u.)	c.
3. a. Vor- und Zuname, Wohnort, Wohnung der getödteten oder verletzten Person (bei minderjährigen Personen auch: des Vaters oder Vormundes).	a.
b. Im Betriebe beschäftigt als (Art der Beschäftigung, Arbeitsstellen)?	b.
c. Tag, Monat, Jahr der Geburt (wenn unbekannt, ungefähre Angabe des Lebensalters)?	c.
d. Ledig, verheirathet, verwittwet?	d.

Wenn möglich, nach den Angaben
des Arztes.

4. a. Genaue Bezeichnung der Art der Verletzung und der verletzten Körperteile (rechts und links zu unterscheiden).

b. Ist der Verletzte durch den Unfall getötet?

c. Wird die Verletzung voraussichtlich den Tod, oder

d. eine (irgendwelche) Beeinträchtigung der Erwerbs-(Arbeits-)fähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge haben?

a.

b.

c.

d.

5. a. Ist für die Heilung gesorgt

durch Aufnahme in ein Krankenhaus (genaue Bezeichnung desselben)? oder

durch anderweitige ärztliche Behandlung (zu Hause etc.)?

Name, { I. des behandelnden,
Wohnort, { II. des zuerst zugezogenen
Wohnung { Arztes.

b. Arbeitet der Verletzte trotz der Verletzung weiter?

a.

I.

II.

b.

6. a. Gehört der Verletzte einer Kranken-Kasse an? (Genaue Bezeichnung und Sitz der Kasse.)

b. Bezieht der Verletzte schon Unfall-, Invaliden- oder Altersrente?

a.

b.

7. Veranlassung und Hergang des Unfalls.

Hier ist eine möglichst eingehende Schilderung des Unfalls zu geben. Insbesondere ist die Arbeitsstelle (zum Beispiel: Werkstätte, Wald, Feld, Stall u. s. w.), wo, sowie die Arbeit (Maschine etc.), bei welcher sich der Unfall ereignet hat, genau zu bezeichnen, geeigneten Falls unter Beifügung einer erläuternden Zeichnung.

8. a. Augenzeugen des Unfalls

b. Anderweitige Personen, die zuerst von dem Unfall Kenntnis erhalten haben

Ver- und
Zuname,
Stand,
Wohnort,
Wohnung.

a.

b.

9. Etwaige Bemerkungen (z. B. Angabe von Verletzungen zur Verhütung ähnlicher Unfälle. War der Verletzte schon vor dem Unfälle ganz oder theilweise erwerbsunfähig? und anderes mehr).

Name des die Anzeige erstattenden Unternehmers oder Betriebsleiters.

(Ort) _____, den _____ten _____ 18____

Vorlesungen an der Königlichen Thierärztlichen Hochschule zu Hannover.

Sommersemester 1894. Beginn am 2. April.

Director, Geheimer Regierungsrath, Medicinalrath, Professor Dr. Dammann: Seuchenlehre und Veterinär-Polizei, Diätetik. — Professor Dr. Rustig: Allgemeine Chirurgie, Untersuchungsmethoden, Allgemeine Therapie, Spitalklinik für große Hausthiere. — Professor Dr. Kabe: Allgemeine Pathologie und allgemeine pathologische Anatomie, Spitalklinik für kleine Hausthiere, Obduccionen und pathologisch-anatomische Demonstrationen, Pflanzliche Parasiten, Fleischschau mit Uebungen. — Professor Dr. Kaiser: Operationslehre, Geburtshülfe mit Uebungen am Phantom, Geschichte der Thierheilkunde, Ambulatorische Klinik. — Professor Tereg: Physiologie I., Arzneimittellehre und Toxikologie. — Professor Dr. Arnold: Organische Chemie, Receptir-

funde, Pharmaceutische Uebungen, Uebungen im chemischen Laboratorium. — Professor Boetber: Anatomie der Sinnesorgane, Histologie und Embryologie, Histologische Uebungen, Allgemeine Anatomie, Osteologie und Syndesmologie. — Professor Heß: Botanik. — Lehrer Geiß: Uebungen am Huf. — Sanitätsrath Dr. med. Esberg: Ophthalmooskopischer Course.

Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reise für die Prima eines Gymnasiums oder eines Realgymnasiums oder einer durch die zuständige Centralbehörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich. Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, sofern sie die Zulassung zu den thierärztlichen Staatsprüfungen in Deutschland nicht beanspruchen. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms die Direction der Thierärztlichen Hochschule.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Walbina Skowronska, geb. Windska, Miethsfrau,	geboren am 29. März 1833 zu Ruda, Russisch-Polen, russische Staatsangehörige,	versuchter Mord (zehn Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 1. Dezember 1883),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	6. Juli (ausgeführt 2ten Dezember) 1893.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
2	Adolf Julius Nieder, Eisengießergeselle (führt auch den Familiennamen seines Stiefvaters Martin),	geboren am 4. Januar 1874 zu Birsfelden, Kanton Basel-Land, Schweiz, ortsangehörig zu Rothensfluh, ebendaselbst,	Betteln und Bruch des Aufenthaltverbotes,	Polizeibehörde zu Hamburg,	29. Dezember 1893.
3	Josef Sperlich, Stellmacher,	geboren am 27. August 1860 zu Gurschdorf, Bezirk Freiwaldau, Böhmen,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	12. Januar 1894.
4	Josef Wilhelm Strubel, Handarbeiter,	geboren am 6. Juli 1837 (oder 1839) zu Sebastiansberg, Bezirk Komotau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreisbaupräsident zu Leipzig,	13. Dezember 1893.
5	Johann Wiedermann, Färbergeselle,	geboren am 20. August 1864 zu Wien, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	8. Dezember 1893.

Rang Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verhaftung	Behörde, welche die Anweisung beischießen hat.	Datum der Anweisungs- Beischießung.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
6	Comillo Hildburger, Punkbindergehilfe,	geboren am 18. Februar 1869 zu Nebasitz, Be- zirk Saaz, Böhmen, ortsangeh. zu Hoflau, Bezirk Bistchofsheim, ebendasselbst,	Kontrollirten, Betreuer und Königl. Bund des Ausenbaltis verboten,	Sachverständ. 1. Kreisbaupräsident schaft Zwickau,	1. Dezember 1893.
7	Memrad Aug. Seiler,	geboren am 13. Januar 1870 zu Zülzburg, Bezirk Bregenz, Oester- reich, ortsangehörig ebendasselbst,	Landweiden n. Betreuer, Königl. bayerisches Bezirksamt Münch- berg,	18. Dezember 1893.	
8	Carlo Maluati, Maurer und Hainer,	geboren am 1. April 1868 zu Morazzone, Provinz Como, Ita- lien, ortsangehörig ebendasselbst,	Landweiden, Betreuer, Königl. bayerisches Bezirksamt Münch- berg,	11. Januar 1894.	
9	Josef Maruna, Bäcker,	geboren am 24. Juni 1870 zu Wien, orts- angehörig zu Steyrbach, Bez. Tabor, Böhmen, ebendasselbst,	Landweiden n. Betreuer, Königl. bayerisches Bezirksamt Münch- berg,	29. Dezember 1893.	
10	Niels Tshetti Nöbskov, Kaufmann,	geboren am 22. April 1832 zu Holsheby, Dänemark, dänischer Staatsangehöriger,	Landweiden und Bund des Ausenbaltisverbot,	2. Januar 1894.	
11	Afonso Ben-Rubba, israelitischer Kantor,	geboren am 5. April 1868 zu Adrianopel, Türkei,	Landweiden, Betreuer und Königl. Verband von sieben Urkunden,	16. Januar 1894.	
12	Josef Peter, Maurer,	geboren am 16. Februar 1838 zu Bobrägenitz, Bezirk Tinnau, Böh- men, ortsangehörig ebendasselbst,	Landweiden und Bund des Ausenbaltisverbot,	1. Dezember 1893.	
13	Karl Alexander Petersohn, Hausdiener,	geboren am 20. Mai 1862 zu Durben, Ruß- land (Kurland), orts- angehörig zu Hagen- dorf, ebendasselbst,	Landweiden, Betreuer und Königl. Verband von sieben Urkunden,	10. Januar 1894.	
14	Eduard Fritz, Schlosser,	geboren am 7. März 1873 zu Währing, Bezirk Wien, ortsan- gehörig zu Liebenthal, Bezirk Ragerndorf Oesterreichisch-Schle- sien,	Landweiden n. Betreuer und Königl. Verband von sieben Urkunden,	17. Oktober 1893.	

Diesem Stück des Amtsblattes liegt bei eine Extrabeilage, betreffend die Bildung eines Reserve-Fonds der Mecklenburgischen Feuer Versicherungs-Gesellschaft zu Neubrandenburg, worauf hiermit aufmerksam gemacht wird.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einwältige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Dem von der Generalversammlung der Mecklenburgischen Hagel- und Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Neubrandenburg am 2. März d. Js. gefaßten, seitens der Großherzoglich Mecklenburgischen Landesregierungen unter dem 8. Mai bezw. 7. Juli d. Js. mit der unten bezeichneten Maßnahme bestätigten Beschlüsse, nach welchem die Gesellschaftsstatuten folgenden Zusatz erhalten sollen:

„Zwecks Abminderung der Beiträge in einzelnen von Bränden besonders heimgesuchten Semestern wird ein Reservefonds für die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft gebildet, welcher vormundschaftlich sicher zinsbar zu belegen ist.

I. Diesem Reservefonds fließen zu:

A. einmalig:

- a. Das Baarvermögen der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft nach dem Abschluß der letzten Jahresrechnung,
- b. der gegenwärtige Bestand des sogenannten Depositenfonds, soweit nicht einzelne Mitglieder oder dritte Personen daran noch Ansprüche haben, zu $\frac{1}{2}$ seines Betrages.

B. fortlaufend:

- a. Die Zinsen von den dem Reservefonds gehörenden Capitalien,
- b. die der Gesellschaft nach Artikel 45 und 47 der Statuten, sowie nach § 30 Absatz 3 der Versicherungs-Bedingungen verfallenden Entschädigungsbeträge und Legegelder,
- c. die nach Artikel 47 und 48 der Statuten von den ausscheidenden Mitgliedern zu zahlenden Lösungsgebühren,
- d. die Strafabzüge von den Entschädigungen, welche den Beschädigten gemäß den §§ 2 und 7 und 27 der Versicherungs-Bedingungen gemacht werden,
- e. die gesamten Legegeldzinsen, bis der Reservefonds eine Höhe von 4 ‰ des Versicherungsfonds erreicht hat.
- f. Sobald der für ein Semester auszuschreibende Beitrag 7 Pfg. von 100 Mk. der Beitragssumme nicht übersteigt, wird 1 Pfg. für den Reservefonds mitgeschrieben, dessen Auskunft jedoch zunächst nur zur Hälfte in den Reservefonds fließt, während die andere Hälfte der Ausschreibung des kommenden Semesters überwiesen wird, sofern diese ohne solche Zumeisung 7 Pfg. von 100 Mk. der Beitragssumme überschreiten würde. Diese Ausschreibung für den Reservefonds fällt fort, sobald derselbe die Höhe von 4 ‰ des Versicherungsfonds erreicht hat.

II. Verwendung des Reservefonds:

Sobald der Reservefonds die Höhe von 2 ‰ des Versicherungsfonds erreicht hat, wird, wenn zur Deckung der Schäden und Verwaltungskosten eines Semesters mehr als 10 Pfg. von 100 Mk. des Beitragsfonds ausgeschrieben werden müßten, dazu die Auskunft von 1 Pfg. und im Nothfall auch von 2 Pfg. aus dem Reservefonds

entnommen, jedoch nur so weit als dieser dadurch nicht unter den Bestand von $1\frac{1}{2}$ ‰ des Versicherungsfonds reducirt werden würde. Beträgt der Reservefonds über 4 ‰ des Versicherungsfonds, so kann auch die Aufkunft von 3 Pfg. und selbst von 4 Pfg. von je 100 Mk. der Beitragssumme für ein Semester zur Deckung der Schäden und Verwaltungskosten aus ihm entnommen werden.

Die Bestimmung über diese und im Nothfall auch über eine noch weiter gehende Inanspruchnahme des Reservefonds zur Bezahlung der Schäden steht dem Directorium zu.“

wird die in den Concessionen vom 21. December 1863 und 26. November 1867 vorbehaltene Genehmigung hierdurch mit der Maßgabe ertheilt, daß dieser Zusatz als Artikel 4^a zwischen Artikel 4 und 5 der Statuten eingeschaltet, auch dem Artikel 4 Abs. 1 in fine der Zusatz gegeben wird

„unbeschadet jedoch der Bestimmung im Artikel 4^a unter B.“

Berlin, den 6. September 1893.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

In Vertretung.

Braunbehrens.

Genehmigungs-Urkunde.

I. A. 8618.

Die General-Versammlung der Mecklenburgischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft zu Neubrandenburg hat in ihrer Sitzung vom 2. März 1893 die Ergänzung des Statuts bezüglich der Bildung eines Reservefonds beschlossen, und dieser Beschluß hat die Genehmigung der Großherzoglichen Landes-Regierungen zu Neustrelitz und Schwerin unterm 8. Mai bezw. 7. Juli d. Js. mit der Maßgabe erhalten, daß diese Zusatzbestimmung als Artikel 4^a zwischen Artikel 4 und 5 des Statuts eingeschoben, auch dem Artikel 4 Absatz 1 in fine der Zusatz gegeben wird: „unbeschadet jedoch der Bestimmung in Artikel 4^a unter B^e“.

Nach Maßgabe des hiernach abgeänderten Statuts wird der genannten Gesellschaft der Betrieb der Versicherung gegen Hagelschaden im Königreich Preußen in dem bisherigen Umfange und unter den seitherigen Bedingungen auch fernerhin widerruflich gestattet.

Berlin, den 13. Oktober 1893.

(L. S.)

Der Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage

S t e r n b e r g.

Genehmigungs-Urkunde.

ad I. 20101.

Artikel 4^a.

Zwecks Abminderung der Beiträge in hagelreichen Jahren wird ein **Reservefonds** der Hagel-Versicherungs-Gesellschaft gebildet, welcher vormundschaftlich sicher zinsbar zu belegen ist.

I. Diesem Reservefonds stehen zu:

A. einmalig:

- a. das Paar-Vermögen der Hagel-Versicherungs-Gesellschaft nach dem Abschluß der letzten Jahresrechnung,
- b. der gegenwärtige Bestand des sogenannten Depositenfonds, soweit nicht einzelne Mitglieder oder dritte Personen daran noch Ansprüche haben, zu $\frac{1}{6}$ seines Betrages.

B. fortlaufend:

- a. die Zinsen von den dem Reservefonds gehörigen Capitalien,
- b. die der Gesellschaft nach Artikel 45 und 47 der Statuten und nach § 32 Absatz 4 der Versicherungs-Bedingungen verfallenden Entschädigungsbeträge und Legegelder,

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 9.

Den 2. März

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

- (Stück 1 von 1894.) **N^o 2139.** Handels-, Zoll- und Schiffsahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien. Vom 21. Oktober 1893.
- (Stück 2.) **N^o 2140.** Gesetz, betreffend die Gewährung von Unterstüzungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene. Vom 14. Januar 1894.
- (Stück 3.) **N^o 2141.** Bekanntmachung, betreffend die am 30. Dezember 1893 zu Madrid unterzeichnete Erklärung wegen Regelung der Handelsbeziehungen zu Spanien. Vom 19. Januar 1894.
- (Stück 4.) **N^o 2142.** Erklärung, betreffend die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien (Reichs-Gesetzbl. S. 109) auf die Zeit bis einschließlich zum 31. März 1894. Vom 22. Januar 1894.
- N^o 2143.** Bekanntmachung, betreffend den Markenschutz in Bulgarien. Vom 27. Januar 1894.
- (Stück 5.) **N^o 2144.** Bekanntmachung, betreffend Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands, der Niederlande, Oesterreichs und Ungarns, sowie der Schweiz, und für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und der Schweiz, rücksichtlich der nach dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 (Reichs-Gesetzbl. von 1892 S. 793 ff.) von der Beförderung ausgeschlossenen oder bedingungsweise zugelassenen Gegenstände. Vom 29. Januar 1894.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 1 von 1894.) **N^o 9642.** Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung des von der Korporation der Kaufmannschaft zu Danzig am 15. September 1893 beschlossenen „Revidirten Statuts“ dieser Korporation. Vom 6. Januar 1894.
- N^o 9643.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Erkelenz, Gemünd, Jülich, Malmedy, Sankt Vith, Prüm, Warweiler, Eitorf, Bonn, Dülken, Adenau, Casellaum, Sankt Goar, Kirn, Einzig, Zell, Cöln, Bergheim, Vindlar, Opladen, Böllingen, Lebach, Pers, Merzig, Wadern und Saarburg. Vom 16. Januar 1894.
- (Stück 2.) **N^o 9644.** Verordnung wegen Verpflichtung der Gemeinden und Ortsbezirke zur Erhebung

der direkten Staatssteuern u. s. w. Vom 22. Januar 1894.

N^o 9645. Verordnung, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Mitglieder von Schätzungsausschüssen. Vom 4. Februar 1894.

N^o 9646. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Gemünd, Sankt Vith, Eitorf, Euskirchen, Mors, Kirn, Adenau, Abweiler, Poppard, Münstermaifeld, Düweiler, Sulzbach, Sankt Wendel, Grumbach, Neuenburg und Hermeskeil. Vom 12. Februar 1894.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Polizeiverordnung.

3. Auf Grund des § 136 des Gesetzes über die Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird hierdurch für die Preussische Elbestrede oberhalb Harburg und Hamburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe.

Geltungsbereich.

§ 1. Die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung gelten für die Elbestrede vom Zusammenflusse der kleinen Elbe und der Moldau bei Melnik bis Hamburg oder Harburg. Der Anfangs- und Endpunkt wird durch Tafeln oder Pfähle auf beiden Ufern gekennzeichnet.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 2. Im Sinne dieser Polizeiverordnung bedeutet Nacht die Zeit von einer halben Stunde nach Sonnenuntergang bis eine halbe Stunde vor Sonnenaufgang.

Ein helles weißes Licht im Sinne dieser Polizeiverordnung ist ein solches, welches in einer Laterne mit farblosem und durchsichtigem Glase brennt, ein mattes weißes Licht ein solches, welches durch weißes Milchglas scheint.

Zu den in dieser Polizeiverordnung vorgeschriebenen Signalen müssen Flaggen und Pälle mindestens 1 m im Geviert bzw. Durchmesser haben und Lichter stets hell brennen; ferner muß ein kurzer Pfiff etwa 1 Sekunde, ein langer Pfiff 5 bis höchstens 10 Sekunden dauern und zwischen mehreren Piffen jedesmal etwa 1 Sekunde Pause gelassen werden.

Ein langer Pfiff, wenn demselben zufolge der nachstehenden Vorschriften nicht eine besondere Bedeutung zukommt, bedeutet Achtung!

Vermeiden gegenseitiger Behinderungen und Beschädigungen.

§ 3. Die Führer von Fahrzeugen jeder Art und

von Flößen, die Inhaber von Fahren, Schiffmühlen, Badeanstalten und anderen an oder auf dem Strome befindlichen Anlagen haben stets darauf zu achten, daß gegenseitige Behinderungen und Beschädigungen vermieden werden.

Untersuchung, Ausrüstung und Erhaltung der Schiffe.

§ 4. Jedes Schiff nebst Zubehör ist den durch besondere Bestimmungen vorgeschriebenen amtlichen Untersuchungen pünktlich zu unterwerfen; allen hierbei vorgefundenen Mängeln muß ungesäumt abgeholfen werden.

Auf jedem Schiffe müssen die in dessen Heimathstaate vorgeschriebenen Ausrüstungsgegenstände auf der Fahrt stets vollzählig und in gutem Zustande vorhanden sein.

Bei Dampfschiffen ist sowohl auf die gute Konstruktion, Ausrüstung und Unterhaltung derselben und ihres Zubehörs, insbesondere der Kessel und der Maschinen, als auch auf die genaue Befolgung der die Anlage und den Gebrauch von Dampfapparaten regelnden Vorschriften mit der größten Sorgfalt zu halten.

Mitführen von Booten.

§ 5. Bei jedem auf der Fahrt befindlichen patentirten, d. h. mit einem Schiffspatente für den Elbschiffahrtbetrieb versehenen Schiffe, sowie bei jedem Dampfbagger ist mindestens ein nicht unter 8 Mann tragendes Boot in tüchtigem Zustande mitzuführen; hat das Schiff oder der Bagger mehr als 8 Mann Besatzung, so ist unterhalb Magdeburg noch ein zweites solches Boot erforderlich. Die Boote müssen stets unbeladen bleiben und sofort zum Gebrauche klar gemacht werden können.

Bezeichnung der Schiffe und Befahrzeuge.

§ 6. Jedes patentirte Schiff hat an von außen stets sichtbarer Stelle Ausstellungs- und Nummer seines Patents zu zeigen.

An allen nicht staatlichen Schiffen von 10 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit muß auf beiden Seiten der Kajüte oder des Bugs in deutlich lesbarer Schrift von mindestens 15 cm Höhe der kleinsten Buchstaben, deren Grundstrichbreite jedoch nicht unter ein Fünftel der Höhe betragen soll, dunkel auf hellem oder hell auf dunkeltem Grunde bei Dampfschiffen, deren Name, bei anderen Schiffen Vor- und Zuname oder Firma, sowie der Geschäftssitz des Eigentümers angegeben sein. Bei Dampfschiffen mit seitlichen Rädern kann die Bezeichnung auf den Radkasten angebracht werden. Mehrere Schiffe desselben Eigentümers sind in gleicher Weise jedes noch durch eine besondere Nummer zu kennzeichnen.

An allen zu patentirten Schiffen gehörigen Befahrzeugen (Kähnen oder Booten) muß an beiden Borden in deutlich erkennbarer Weise Name oder Firma sowie der Geschäftssitz des Eigentümers angegeben sein; gehören sie zu einem Dampfschiffe, so braucht nur dessen Name angegeben zu sein.

Abkürzungen der vorstehend vorgeschriebenen Bezeichnungen sind nur mit Genehmigung der zuständigen amtlichen Untersuchungsstelle (§ 4) gestattet.

Besatzung der Schiffe.

§ 7. Die Besatzung jedes Schiffs in Fahrt muß einschließlich des Führers mindestens betragen bei einer Tragfähigkeit des Schiffs von

10 bis 125 Tonnen 2 schiffsfahrtkundige Männer, über 125 Tonnen 3 schiffsfahrtkundige Männer, von denen stets einer am Steuer zu bleiben hat und die übrigen für den Schiffdienst bereit sein müssen. Bei Schiffen unter 40 Tonnen kann unterhalb Mühlberg an Stelle des einen schiffsfahrtkundigen Mannes ein mindestens 14jähriger Junge gesetzt werden.

Einrichtung und Bezeichnung der Flöße.

§ 8. Die ein Floß bildenden Stämme, Balken und sonstigen Hölzer müssen unter sich fest und dauerhaft verbunden und die Flöße selbst an jedem Ende mit ausreichender Steuereinrichtung, mindestens aber mit je zwei Steuerrudern versehen sein. An ihren Längenseiten dürfen weder Floßstiele noch andere Gegenstände über die Streichbäume hinausragen.

Kein Floß darf länger als 130 m sein; die Breite darf in Böhmen 10 m, weiter unterhalb 12,6 m einschließlich der Streichbäume nicht überschreiten.

Jedes Floß muß in der Mitte seiner Länge und in einer Höhe von mindestens 1,5 m über seiner Oberfläche zwei parallel mit der Längsachse übereinander fest angebrachte in seiner Weise zu verdeckende weiße Tafeln führen, welche auf beiden Seiten mit lateinischen Schriftzügen von mindestens 15 cm Höhe der kleinsten Buchstaben, deren Grundstrichbreite jedoch nicht unter ein Fünftel der Höhe betragen soll, die obere in roth, die Anfangsbuchstaben der Vornamen und den Zunamen, sowie den Geschäftssitz des Eigentümers, die untere in schwarz die gleichen Angaben in Betreff des Floßführers nachzuweisen haben.

Besatzung der Flöße.

§ 9. Die Besatzung eines Floßes muß ausschließlich des Führers mindestens betragen bei einem Bestande des Floßes bis zu 150 Festmeter zwei floßfahrtkundige Männer, bei einem größeren Bestande drei floßfahrtkundige Männer.

Ladelinie.

§ 10. Jedes Schiff von mehr als 15 Tonnen Tragfähigkeit muß an der Stelle seiner tiefsten Eintauchung mindestens 25 cm, jedes kleinere Fahrzeug mindestens 15 cm freie Bordhöhe behalten. Diese Höhe ist mittschiffs auf dunkeltem Grunde durch den untern Rand eines 15 cm langen und 2 cm breiten weißen Querschnitts (Ladelinie) zu bezeichnen, welcher Querschnitt von einem gleich breiten weißen Ringe umgeben sein und dessen Durchmesser bilden muß.

Tiefgangsanzeiger.

§ 11. An jedem Schiffe über 30 Tonnen Tragfähigkeit muß auf beiden Seiten vorn, mittschiffs und hinten ein metrischer Tiefgangsanzeiger mit Dreistreichen von 2 cm Höhe angebracht sein. Jeder Anzeiger muß

bis zur höchsten zulässigen Einsenkung hinaufreichen, den Tiefgang des Schiffs richtig angeben, und ohne Weiteres deutlich erkennen lassen.

Beladung der Schiffe und Flöße.

§ 12. Kein Schiff, oder Floß darf stärker, als es die bekannte Beschaffenheit des Fahrwassers und der herrschende Wasserstand erlauben, und kein Floß anders, als mit Holz, Brettern oder anderen schwimmfähigen Gegenständen, beladen werden.

Die Ladung ist so zu verpacken, daß davon weder etwas über Bord fallen, noch durch Hinaustragen über Bord anderen Fahrzeugen beim Begegnen Schaden zuzügen kann. Ueber Bord darf nur in dem Umfange geladen werden, daß dadurch die Betriebssicherheit nicht gefährdet ist.

Bereithalten der Anker.

§ 13. Während der Fahrt muß auf jedem Schiffe in der Vorderkaste ein zum Werfen fester Anker von solcher Stärke, daß das Schiff mit demselben gestellt werden kann und auf Schiffen von 100 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit ebendasselbst noch ein zweiter solcher Anker bereit liegen.

Außerdem ist auf jedem frei oder geschleppt zu Thal fahrenden Schiffe von 100 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit ein gleicher Anker in der Hinterkaste stets bereit zu halten.

Auf den in Schleppzügen zu Berg fahrenden Schiffen dürfen die Anker nicht frei über Bord hängen, müssen aber jederzeit zu sofortigem Gebrauche bereit liegen.

Verhalten bei der Abfahrt.

§ 14. Kein Schiff oder Floß darf von seiner Abfahrtsstelle aus in den Fahrweg eines andern im Fahren begriffenen Schiffs oder Floßes hineinfahren und es in seinem Laufe stören.

Verhalten der Flöße.

§ 15. Flöße dürfen nicht neben, sondern nur hinter einander und nur in Abständen von mindestens 400 m treiben.

Ist ein Floß gestellt und hat ein folgendes sich ihm auf 400 m Abstand genähert, so muß es noch so lange liegen bleiben, bis das andere vorbeigetrieben ist und mindestens 400 m Vorsprung erlangt hat.

Bei Nacht, dichtem Nebel, starkem Schneegestöber oder Sturm ist das Treiben der Flöße nicht gestattet.

Verhalten der Schleppzüge.

§ 16. Schleppzüge dürfen nur da nebeneinander fahren und sich überholen, wo das Fahrwasser genügende Breite hat.

Kettenschleppzüge haben einen Zwischenraum von mindestens 500 m unter sich zu halten; auf der sächsischen Elbstrecke ist 1 km Abstand zu halten, soweit nicht ein kürzerer Zwischenraum gestattet wird.

Einstellen der Thalfahrt bei dichtem Nebel, starkem Schneegestöber oder Sturm.

§ 17. Bei dichtem Nebel, starkem Schneegestöber oder Sturm müssen alle Schiffe auf der Thalfahrt, mit Ausnahme der Dampfschiffe ohne Anhang, an der

nächsten zum Anhalten geeigneten Stelle ihre Fahrt einstellen.

Vorbeifahren der Dampfschiffe an anderen Fahrzeugen und an Strombauwerken.

§ 18. So oft ein Dampfschiff an einer im Gange befindlichen Fähr, an einem kleineren Fahrzeuge oder einem tief geladenen größeren Schiffe, an einem in der Fahrt begriffenen Floße, an einem am Ufer liegenden beladenen Fahrzeuge, welches seine Lage durch Aufziehen einer genügend sichtbaren rothen Flagge kenntlich macht, oder an einem im Strome löschenden oder ladenden Fahrzeuge, an einem Baggerschiffe, einer Schiffmühle oder im Strome liegenden Badeanstalt vorüberfährt, hat es sich zu möglicher Vermeidung jedes gefährdenden Wellenschlages in geeigneter Entfernung zu halten und nicht mit größerer Kraft zu fahren, als zu seiner Fortbewegung und sicheren Steuerung erforderlich ist.

Sollte das Dampfschiff dennoch einem andern Fahrzeuge so nahe gekommen sein, daß auch bei langsamer Fahrt dem letzteren augenscheinlich noch Gefahr durch den Wellenschlag droht, so muß die Maschinenkraft noch weiter gemäßigt und nöthigenfalls die Maschine vollständig angehalten werden, wenn dies ohne Gefahr für das Dampfschiff und dessen Anhang geschehen kann.

Von allen Stellen, an welchen Strombauten ausgeführt werden, hat sich das Dampfschiff möglichst entfernt zu halten und langsam daran vorüber zu fahren, wenn diese Stellen bei Tage durch eine rothe Flagge oder einen rothen Ball, Nachts mit einem rothen und einem hellen weißen Lichte am Ufer bezeichnet sind. Diese beiden Lichter werden 1 m von einander entfernt und in gleicher Höhe, das weiße Licht immer wasserwärts, aufgestellt sein.

Vorbeifahren an Baggermaschinen, beschädigten Fahrzeugen u. s. w.

§ 19. Den zur Räummung des Fahrwassers, zu Strom- und Uferbauten oder zu Messungsarbeiten im Fahrwasser liegenden Baggermaschinen und Fahrzeugen jeder Art — mit Ausnahme jedoch der Baggerfähne — und den zu solchen Zwecken dort hergestellten Vorrichtungen, sowie den im Fahrwasser liegenden beschädigten oder manövrirungsunfähigen Schiffen und Flößen muß von allen anderen Schiffen und Flößen ausgewichen werden.

Es ist jedoch auf jenen im Fahrwasser liegenden Baggermaschinen, Fahrzeugen u. s. w. bei Tage durch Ausstrecken einer rothen Flagge oder eines rothen Balles diejenige Seite anzudeuten, an welcher vorbeizufahren ist; bei Nacht sind diese Zeichen durch zwei neben einander angebrachte Lichter, ein rothes und ein helles weißes, zu ersetzen, von denen das weiße die Seite anzudeuten hat, an welcher vorbei zu fahren ist.

Sperrung des Fahrwassers.

§ 20. Machen irgend welche Anlässe eine völlige Sperrung des Fahrwassers erforderlich, so wird dies an Ort und Stelle und nöthigenfalls auch noch weiter oberhalb im Strome oder an den Ufern durch Aus-

siecken zweier über einander angebrachter rother Flaggen oder rother Bälle, Nachts zweier rother Lichter angezeigt werden. Alle Schiffe und Flöße müssen an so bezeichneten Stellen bis zur Wiederfreigebung der Fahrt beilegen und allen näheren Anweisungen der Aufsichtsbeamten und Wachtposten Folge leisten.

Reinhalten des Fahrwassers.

§ 21. Im Fahrwasser dürfen Ballast, Steine und andere der Schifffahrt hinderliche oder gefährliche Gegenstände nicht ausgeworfen werden.

Die zur Beschränkung der Stewerruder dienenden Steine und anderen Gegenstände sind so sicher zu befestigen und zu verwahren, daß sie nicht herabfallen können.

Nimmt ein Schiffs- oder Floßführer wahr, daß durch sein Fahrzeug oder von demselben aus mittelst der Schleppseile oder durch Anker, Schriffe oder dergleichen Steine oder Hölzer im Fahrwasser derart aufgerichtet worden sind, daß sie anderen Fahrzeugen hinderlich oder gefährlich werden können, so hat er ein solches Hinderniß wenn thunlich sofort selbst in geeigneter Weise zu bezeichnen (vermalen), jedenfalls aber dem nächsten Stromaufsichtsbeamten auf kürzestem Wege Anzeige davon zu machen.

Schonung und Beachtung der Schifffahrtszeichen. Einhalten des Fahrwassers.

§ 22. Die im Strome zur Bezeichnung des Fahrwassers, der Untiefen oder anderer gefährlicher Stellen gelegten oder ausgelegten Merkmale und Warnungszeichen dürfen von Schiffen und Flößen weder beschädigt oder verschleppt, noch verrückt oder entfernt werden. Ist dies gleichwohl geschehen, so hat der Schiffs- oder Floßführer, wenn es ihm irgend möglich ist, das Merkmal oder Zeichen sofort wieder auszubessern, an die richtige Stelle zurückzubringen oder nothdüstig zu ersetzen, jedenfalls aber dem nächsten Stromaufsichtsbeamten auf kürzestem Wege Anzeige davon zu machen.

Jeder Schiffs- und Floßführer hat die durch solche Merkmale und Warnungszeichen bezeichneten hinderlichen und gefährlichen Stellen zu meiden und das Fahrwasser einzuhalten. Insbesondere haben auch die Führer geschleppter Fahrzeuge sorgfältig darüber zu wachen, daß diese im Fahrwasser bleiben.

Schonung der Ufer, Werke, Anlagen, Brücken u. s. w.

§ 23. Die Ufer nebst den daran oder darauf befindlichen Werken und Anlagen, sowie Brücken, Schiffmühlen, Fäbren, Badeanstalten und dergl. dürfen von Schiffen und Flößen auf ihrer Fahrt nicht beschädigt werden. Die Zugleute dürfen die Leinpfade nicht verderben oder zum Nachtheile der anliegenden Grundstücke überschreiten, auch nicht dulden, daß solches von den Zugthieren geschieht.

Dampfschiffe haben sich während der Fahrt von den Ufern möglichst entfernt zu halten, damit diese durch den Wellenschlag nicht leiden.

Wo Telegraphenleitungen oder Ketten quer durch den Strom geführt und am Ufer durch Tafeln bezeichnet

sind, dürfen Anker oder Ketten nicht geworfen oder geschleppt werden, auch sind Schriffe, Stangen und dergl. nur mit besonderer Vorsicht zu gebrauchen.

Anlegen am Ufer.

§ 24. Schiffe und Flöße dürfen am Ufer in der Regel nur an den nach amtlicher Bekanntmachung hierzu bestimmten Landungs- und Ladeplätzen oder da anlegen, wo es außerdem für gewöhnlich gestattet ist. Nur in Nothfällen ist es gestattet, auch an anderen Uferstellen anzulegen, wobei jedoch Buhnen, Uferbefestigungen, Dämme und abbrüchige oder durch Verkohlstafeln bezeichnete Uferstrecken möglichst zu meiden sind.

Auch das Einschlagen von Pfählen und das Anwerfen von Anfern und Landbaken auf dem Ufer, um Schiffe oder Flöße daran zu befestigen, sowie das Befestigen der letzteren an dazu nicht ausdrücklich bestimmten Gegenständen (Geländern, Zäunen, Bäumen, Pfählen, Säulen) ist nur in Nothfällen gestattet.

Ist die Gefahr vorüber oder das Löschen oder Laden erfolgt, so haben die Schiffe und Flöße den außergewöhnlichen Anlegeplatz sofort wieder zu verlassen.

Fahrzeuge, die am Leinpfade anlegen, dürfen dem Schiffszuge weder durch ihre Masten noch in anderer Weise hinderlich werden; andernfalls müssen sie von dort wieder ablegen.

Anlegen an Brücken, in Fahrwegen und auf den Anlegeplätzen von Dampfschiffen.

§ 25. Das Anlegen und Anfern unmittelbar vor und hinter den Pfeilern der Fahröffnungen von Brücken ist verboten; nur den Bergschiffen soll dasselbe einschließ- lich des Befestigens an den Pfeilern durch Tane so lange gestattet sein, als zum Niederlegen der Masten und zum Um- und Anlegen der Zugleine erforderlich ist. Nach der Durchfahrt darf das Wiederaufrichten der Masten erst in solcher Entfernung von der Brücke erfolgen, daß die Durchfahrt anderer Fahrzeuge nicht erschwert oder gehindert wird.

Die Anlegeplätze von Dampfschiffen, sowie die Fahrwege nach und von Häfen, gewöhnlichen Anlege- und Landeplätzen, Schiff- oder Floßbaren Nebenarmen, Nebenflüssen und Kanälen dürfen durch Schiffe und Flöße nicht verlegt werden.

Anfern im Fahrwasser.

§ 26. Im Fahrwasser darf ein Schiff oder Floß nur im Nothfalle und nur an solchen Stellen vor Anker geben, wo die größten anderen Fahrzeuge und Flöße noch unbehindert vorbeifahren können.

Wenn ein stromrecht zu Thal gehendes Fahrzeug während der Fahrt aufankern muß und ein Umhalten desselben für andere Fahrzeuge, Stromwerke, Anlagen oder dergl. gefährlich werden könnte, so ist der Anker von der Hinterkaste auszuwerfen.

Jedes im Fahrwasser der Kettenschleppschiffe vor Anker liegende Schiff oder Floß muß bei Annäherung eines solchen rechtzeitig den Anker beben und das Fahrwasser räumen.

Laden und Ableiten im Fahrwasser.

§ 27. Kein Fahrzeug darf im Fahrwasser an

solchen Stellen um- oder überladen, wo es dem Schiffsverkehr hinderlich ist.

Ist eine Abweichung nöthig, um das Fahrzeug über Untiefen im Fahrwasser hinwegzuschaffen, so muß sie stets vor der Untiefe und an einer Stelle erfolgen, wo Fahrzeug und Leichter den Schiffs- und Floßverkehr nicht hindern oder erschweren.

Ist die Abweichung nöthig, um ein festgefahrenes Schiff wieder abzubringen, so darf auf der Untiefe nicht mehr abgeleitet werden, als erforderlich ist, um das Schiff wieder flott zu machen und in das tiefere Fahrwasser zu bringen.

Begegnen von Segelschiffen untereinander und mit Flößen.

§ 28. Kommt ein Segelschiff einem anderen Segelschiffe oder treibenden Floße entgegen, so muß das Bergschiff, insoweit Wind und Verlichkeit es gestatten, ausweichen und schon zeitig vorher auf derjenigen Seite, an welcher das andere Schiff oder das Floß am besten vorbeikommen kann, mit einer blauen Flagge winken, Nachts eine Laterne mit hellem weißen Lichte schwenken. Das Thalschiff oder Floß muß hierauf sogleich in derselben Weise diejenige Seite bezeichnen, an welcher das Bergschiff vorbeizufahren hat.

Ein vom Leinpfade aus gezogenes Schiff hat am Leinpfadäuser zu bleiben, wenn nicht besondere Verhältnisse es anders bedingen.

Begegnen von Dampfschiffen untereinander.

§ 29. Kommen zwei Dampfschiffe mit oder ohne Anhang sich entgegen, so muß, wenn thunlich, jedes dem andern nach rechts ausweichen und dies schon zeitig vor der Begegnung durch einen kurzen Piff mit der Dampfpfeife ankündigen.

Kann das eine Dampfschiff nach rechts nicht ausweichen, so hat es schon zeitig vor der Begegnung durch zwei kurze Piffe mit der Dampfpfeife anzukündigen, daß es links ausweichen will und das andere Dampfschiff hierauf in gleicher Weise zu antworten, daß es ebenfalls links ausweichen wird.

Kann das eine Dampfschiff überhaupt nicht ausweichen, so hat es dies schon zeitig vor der Begegnung durch drei kurze Piffe mit der Dampfpfeife anzukündigen und zugleich seine Maschine anzubalten, oder, insoweit es erforderlich und thunlich ist, rückwärts gehen zu lassen.

Begegnen von Dampfschiffen mit Segelschiffen und Flößen.

§ 30. Kommt ein Dampfschiff mit oder ohne Anhang einem Segelschiffe oder einem Floße entgegen, so muß es, wenn thunlich, ausweichen und zwar nach derjenigen Seite, auf welcher es ohne Gefahr für beide Theile am besten vorbeikommen kann; auch hat es schon zeitig vor der Begegnung durch einen kurzen Piff mit der Dampfpfeife anzukündigen, daß es rechts, oder durch zwei kurze Piffe, daß es links ausweichen will; das andere Schiff oder Floß muß hierauf sogleich auf derjenigen Seite, an welcher das Dampfschiff vorbeizufahren hat, mit einer blauen Flagge winken, Nachts

muß das Segelschiff eine Laterne mit hellem weißen Lichte schwenken.

Begegnen an schwierigen Stellen.

§ 31. Beim Begegnen in Stromstellen, deren Fahrwasser stark gekrümmt, eng oder leicht ist, haben zu Berg fahrende Schiffe und Schleppzüge den Thalschiffen und Flößen die tiefe Seite des Fahrwassers zu überlassen und ihre Fahrt nach Bedarf zu verlangsamen oder selbst ganz einzustellen.

Langt ein thalwärts fahrender Schleppzug vor einer solchen Stromstelle an, so hat das Dampfschiff die geschleppten Fahrzeuge entweder einzeln über jene Stelle zu bringen, oder alle loszulassen, damit sie einzeln hinabertreiben.

Für welche Stromstellen die vorstehenden Bestimmungen zu gelten haben, wird durch die zuständigen Behörden bekannt gemacht und an Ort und Stelle durch eine weiße Flagge oder einen weißen Ball angezeigt; soweit die Schifffahrt unbeschränkt auch während der Nacht ausgeübt werden darf, werden diese Stellen Nachts durch zwei helle weiße Lichter übereinander bezeichnet.

Begegnen bei Stromengen.

§ 32. Haben ein Schiff, ein Schleppzug oder ein Floß und ein entgegenkommendes Schiff oder ein Schleppzug eine zum Ausweichen zu schmale Stromenge zu durchfahren und ist eines von ihnen schon in dieselbe hineingefahren, so muß das noch außerhalb befindliche Schiff oder Floß so lange beilegen, bis das andere die Stromenge durchfahren hat.

Kommen beide zu gleicher Zeit vor der Stromenge an, so muß das Bergschiff oder der Bergzug so lange anhalten, bis das Thalschiff oder der Thalzug oder das Floß die Enge durchfahren hat. Kann jedoch das Thalschiff stromrecht nicht hindurchfahren, so muß es anhalten und zuvörderst das Bergschiff durchlassen. Daß beide Fahrzeuge in die Stromenge einlaufen, ist nicht gestattet; sollte es gleichwohl geschehen sein, so muß das Bergschiff vor die Mündung der Stromenge zurückfahren und zuvörderst das Thalschiff oder Floß durchlassen.

Welche Stromstellen im Sinne der vorstehenden Bestimmungen als Stromengen zu gelten haben, wird durch die zuständigen Behörden bekannt gemacht und an Ort und Stelle durch zwei Flaggen oder Bälle über einander, die obere Flagge (Ball) weiß, die untere roth, angezeigt. Soweit die Schifffahrt unbeschränkt auch während der Nacht ausgeübt werden darf, werden diese Stellen Nachts durch zwei helle Lichter, das obere weiß, das untere roth, bezeichnet.

Verhalten bei Schifffahrtsstöckungen.

§ 33. Ist eine Schifffahrtsstöckung eingetreten, so müssen nach näherer Anweisung des zuständigen Aufsichtsbeamten die wartenden Berg- und Thalsfahrzeuge die schwierige Stelle abwechselnd durchfahren, bis dahin aber vor derselben bew. jenseits der vor ihr ausgesteckten Zeichen (§ 20) hintereinander beilegen.

Ueberholen.

§ 34. Erreicht ein Schiff oder Floß ein anderes

in derselben Richtung, aber langsamer fahrendes, so kann es verlangen, von diesem vorbeigelassen zu werden, und zwar nach folgenden Regeln:

- a. sind beide Fahrzeuge unter Segel, so muß das Vorbeilassen auf der Windseite erfolgen;
- b. ein Dampfschiff muß das Verlangen, vorbeigelassen zu werden, durch einen langen Piff mit der Dampfpfeife anzeigen; ein darauf folgender kurzer Piff bedeutet, daß es rechts, zwei kurze Piffe, daß es links vorbeifahren will; doch muß bei beschränkter Fahrwasserbreite das Dampfschiff von dem vorfahrenden Thalschiffe einen Abstand von mindestens zwei Schiffslängen so lange halten, bis das Fahrwasser von dem vorfahrenden Schiffe freigegeben ist;
- c. in allen anderen Fällen hat das hinterdrein fahrende Schiff oder treibende Floß die Seite, an welcher es vorbeifahren will, durch Winken mit einer blauen Flagge, Nachts durch Schwenken einer Laterne mit hellem weißen Lichte zu bezeichnen; das vorausfahrende Schiff oder Floß hat hierauf sogleich in derselben Weise zu antworten und entsprechend auszuweichen;
- d. kann das vorausfahrende Schiff oder Floß überhaupt nicht ausweichen, so muß dies sofort und für die Dauer der Verhinderung durch Heizen einer rothen Flagge oder eines rothen Balles am Mast oder an einer mindestens 8 m hohen Stange, in beiden Fällen auf halber Höhe, Nachts aber von einem Dampfschiffe durch fünf kurze Piffe mit der Dampfpfeife, von jedem anderen Fahrzeuge durch Auf- und Niederbewegen einer Laterne mit hellem weißen Lichte, am Steuer zu erkennen gegeben werden.

Anlegen und Abhalten von Personendampfschiffen an Landungsbrücken und Rahnstationen.

§ 35. Will ein Personendampfschiff an eine Landungsbrücke anfahren, so hat es vorher mit der Glocke zu läuten.

Will dasselbe an einer Rahnstation anhalten, so hat es vorher entweder das Achtungssignal (§ 2) zu geben oder bei Tage eine quergetheilte rothweiße Flagge, Nachts eine Laterne mit hellem weißen Lichte zu heizen, welche über den Seitenlichtern an derjenigen Seite anzubringen ist, an welcher der Rahnführer anfahren soll. Eine gleiche Flagge, bei Nacht eine gleiche Laterne, hat auch der Rahnführer, welcher an das Dampfschiff anfahren will, zu zeigen. Bei Annäherung des Rahns an ein Dampfschiff mit Rädern müssen letztere so zeitig still gestellt und bei der Abfahrt so spät wieder in Umlauf gesetzt werden, daß der Kahn gefährliche Schwenkungen nicht erleidet.

Der Rahnführer muß mit seinem Kahne zeitig herauskommen, sich in paralleler Richtung mit der Fahrt des Dampfschiffs halten und an ein Raderschiff nicht eher heranfahren, als bis die Räder stillgestellt sind.

Die eingestiegenen Reisenden haben sich auf die Aufforderung des Rahnführers sogleich niederzuliegen.

Der Kahn muß von einem Schiffskundigen und als nüchtern bekannten starken Manne geführt werden, in gutem Zustande und vollständig ausgerüstet sein.

Andere als die von zuständigen Seite dazu bestimmten Rahnführer dürfen Reisende oder Güter an Personendampfschiffe weder bringen noch von solchen holen.

Handhabung des Fährbetriebes.

§ 36. Der Fährbetrieb ist so zu handhaben, daß kein Thalschiff oder Floß in seiner Fahrt durch ein Fährgefäß aufgehalten oder gestört wird.

Die Anfangspunkte der Fährgerüste sind durch eine gelbe Tonne zu bezeichnen.

Sobald ein Bergdampfschiff oder ein Rettendampfschiff sich einer Fährstelle bis zu einem von der zuständigen Behörde bestimmten Punkte, der durch eine diagonal rothweiß getheilte Tafel örtlich gekennzeichnet ist, genähert und dies durch einen langen Piff mit der Dampfpfeife angekündigt hat, darf, bis das Dampfschiff vorüber ist, das Fährschiff nicht mehr abfahren und muß, wenn es bereits in Fahrt ist, die Fahrstraße namentlich aber die Schleppkette so rasch als möglich wieder freimachen.

Die im Gange befindlichen Fährgefäße und die Stromaufwärts fahrenden Schiffe müssen einander je nach der Dichtigkeit ausweichen.

Nachts sind alle Fährgefäße so hinzulegen, daß die Schleppkette frei bleibt; machen besondere Umstände dies unthunlich, so müssen die Fährgefäße mindestens 5 m hoch über Wasser ein helles grünes Licht und 1 m senkrecht unter diesem noch ein helles weißes Licht zeigen.

Verhalten bei Fahren.

§ 37. Wenn mehrere Schleppzüge bergwärts ummittelbar nacheinander an einer Fährstelle vorüberzufahren im Begriffe sind, so muß auf das von der Fährstelle her erfolgende Winken mit einer weißen Flagge oberhalb Mühlberg jedesmal der zweite, im Uebrigen jedesmal der dritte Schleppzug anhalten und zunächst das Fährschiff vorüber lassen.

Der Führer eines Rettendampfschiffs hat dafür Sorge zu tragen, daß die Kette sich nicht über ein Fährgerüst legt und, wenn solches gleichwohl geschehen, ungefährdet wieder entfernt wird.

In den Ueberfahrtswegen der Fahren darf von Schiffen oder Flößen weder gehalten noch beigestellt, im Bereiche eines Fährgerüsts aber weder geankert noch mit schleppenden Ankern, Ketten oder ähnlichen Gegenständen gesackt werden.

Lichterführung bei Nacht.

§ 38. Nachts sind folgende Lichter zu führen:

- a. Jedes nicht geschleppte Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit hat, wenn es in Fahrt ist, an der Backbordseite (links) ein rothes Licht und an der Steuerbordseite (rechts) ein grünes Licht zu führen. Diese Lichter müssen im Vordertheil des Schiffs auf etwa $\frac{1}{2}$ der Schiffslänge an den Gangborden so hoch angebracht sein, daß sie vom Steuernicht verdeckt werden; auch müssen dieselben so ab-

geblendet sein, daß sie nur von vorn und von derjenigen Seite her, auf welcher sie angebracht sind, gesehen werden können.

Außerdem hat jedes nicht geschleppte Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit am Steuer ein mattes weißes Licht zu führen, welches so abgeblendet sein muß, daß es nur von hinten und von beiden Seiten her gesehen werden kann.

Jedes nicht geschleppte Segelschiff von weniger als 30 Tonnen Tragfähigkeit hat, wenn es in Fahrt ist, nur ein von vorn und von beiden Seiten her sichtbares helles weißes Licht zu führen.

- b. Jedes Dampfschiff hat, wenn es in Fahrt ist, eben solche und ebenso abgeblendete Seitenlichter zu führen, wie ein nicht geschlepptes Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Tragfähigkeit. Diese Seitenlichter müssen bei Dampfschiffen mit Seitenrädern vorn an den Rädern, bei anderen Dampfschiffen außen am Borderschiffe, auf etwa $\frac{1}{4}$ der Schiffslänge, immer aber so hoch angebracht sein, daß sie vom Steuern nicht verdeckt werden.

Außerdem hat jedes in Fahrt begriffene Dampfschiff ein nur von vorn und von beiden Seiten her sichtbares helles weißes Licht zu führen, welches am Vorderstern oder im Vordertheile des Schiffs und mindestens 2 m höher als die Seitenlichter angebracht sein muß. Ein Dampfschiff, welches ein oder mehrere andere Schiffe oder Flöße schleppt, muß senkrecht über diesem hellen weißen Lichte und $\frac{1}{2}$ m bis 1 m höher noch ein zweites eben solches Licht führen.

- c. Jedes von einem Dampfschiffe geschleppte Schiff hat in seinem Vordertheil ein nur von vorn und von beiden Seiten her sichtbares mattes weißes Licht an einer Stange zu führen. Außerdem muß ein einzelnes geschlepptes sowie das letzte von mehreren geschleppten Schiffen hinten am Steuer ein von allen Seiten her sichtbares helles weißes Licht führen.
- d. Ein von einem Dampfschiffe geschlepptes Floß muß an seinem hinteren Ende ein hoch angebrachtes mattes weißes Licht führen.
- e. So lange Schiffsahrt und Flößerei nicht geschlossen sind, muß jedes im Fahrwasser oder in dessen Nähe auf dem freien Strome oder auf einem Nothlandeplage liegende Schiff sowie jede dort befindliche Anlage (Schiffmühle, Badeanstalt und dergl.) ein vom Fahrwasser her zu Berg und zu Thal gut sichtbares helles weißes Licht, jedes Floß aber auf den beiden dem Fahrwasser zugekehrten Enden je ein solches Licht führen.
- f. Wenn die Fahröffnungen fester Brücken Nachts bezeichnet werden, so geschieht dies durch ein rothes Licht mitten über der Öffnung.

Verhalten der Dampfschiffe bei Nebel und Schneegestöber.

§ 39. Bei Nebel und Schneegestöber hat jedes Dampfschiff in Fahrt alle 3 Minuten und außerdem,

wenn es vor sich in seinem Fahrstriche ein anderes Schiff oder Floß bemerkt, sofort nach dessen Wahrnehmung einen langen Pfiff mit der Dampfpfeife zu geben und bei der Thalschiff die Maschinenkraft zu mäßigen.

Ertrag der Dampfpfeife durch die Glocke.

§ 40. Statt der in dieser Polizeiordnung vorgeschriebenen Signale mit der Dampfpfeife dürfen Personendampfschiffe entsprechende Signale mit der Glocke geben.

Im Bereiche größerer Orte kann der Gebrauch der Dampfpfeife zur Signalgebung — abgesehen von den Nebelsignalen der Fracht- und der Schleppdampfschiffe — seitens der zuständigen Polizeibehörde untersagt und die Signalgebung mittelst Glocke vorgeschrieben werden.

Verbot des Mißbrauchs von Signalen.

§ 41. Von den in dieser Polizeiordnung vorgeschriebenen oder gestatteten Signalen darf keins in anderen als den dafür vorgesehenen Fällen zur Anwendung gebracht werden, insbesondere gilt dies auch von dem Achtungssignal (§ 2).

Fahrtgeschwindigkeit der Schleppzüge.

§ 42. Wenn nicht sehr niedriges oder schnell steigendes Wasser, plötzlich eintretender Eisgang oder starker widriger Wind es hindern, so muß die Fahrtgeschwindigkeit der Schleppzüge innerhalb der Strecke von Hamburg oder Harburg bis Magdeburg durchschnittlich mindestens 4 km, von Magdeburg bis Schandau durchschnittlich mindestens $3\frac{1}{2}$ km, von Schandau bis Meißen durchschnittlich mindestens 3 km

während einer Fahrstunde betragen.

Einstellen der Fahrt bei Beschädigungen des Fahrzeugs.

§ 43. Wird ein Fahrzeug auf der Reise gefährlich beschädigt, so ist dessen Fahrt einzustellen und erst nach einer zur Fortsetzung der Fahrt genügenden Ausbesserung des Schadens wieder fortzusetzen.

Verhalten bei Unglücksfällen.

§ 44. Bei Unglücksfällen dürfen der Schiffs- oder Floßführer und die Mannschaften das Schiff oder Floß erst bei augenscheinlicher Lebensgefahr verlassen. Sie müssen zunächst sich angestrengt bemühen, die für das Fahrzeug oder die Fahrgäste und die Ladung eingetretene Gefahr zu beseitigen, sofern hierzu noch Aussicht vorhanden ist, bei dringender Gefahr aber vor Allem auf die Rettung der bedrohten Menschenleben und erst dann auf die Bergung der Ladung bedacht sein.

Führer und Mannschaften der in der Nähe befindlichen Fahrzeuge und Flöße aller Art, insbesondere der entgegen oder hinterher kommenden Dampfschiffe sind bei Unglücksfällen zu schleunigster Hülfsleistung verpflichtet. Insbesondere müssen die Fahrgäste eines beschädigten Schiffs, wenn dieses die Fahrt nicht fortsetzen

kann, von jenen Fahrzeugen und Flößen aufgenommen und befördert werden.

Von jedem Unglücksfalle ist auf kürzestem Wege dem nächsten Stromaufsichtsbeamten Anzeige zu machen und dessen weiteren Anordnungen Folge zu leisten.

Verhalten beim Festfahren und Versinken von Fahrzeugen oder Anlagen.

§ 45. Hindert oder gefährdet ein festgefahrenes oder gesunkenes Schiff oder Floß oder eine gesunkene Anlage (Schiffmühle, Badeanstalt oder dergl.) die Schiff- oder Floßfahrt, so hat der Führer oder Besitzer ungesäumt die Wieder flottmachung oder Heraus- schaffung herbeizuführen, widrigenfalls sie auf seine Kosten von der Strompolizei veranlaßt werden kann.

Stellung des Schiff- und Floßführers zu den Mannschaften und Fahrgästen.

§ 46. Dem Schiff- und Floßführer steht in Allem, was das Fahrzeug selbst, dessen Leitung, Erhaltung, Ladung u. s. w. und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf demselben angeht, der Oberbefehl über die Mannschaft und die Aufsicht über die Fahrgäste zu.

Beide sind verpflichtet, den vom Schiff- oder Floßführer in jenen Beziehungen erteilten Anordnungen ohne Widerspruch Folge zu leisten; doch dürfen Handlungen den Fahrgästen nur in Fällen dringender Noth angeschlossen werden.

In Schleppzügen steht der Oberbefehl dem Führer des schleppenden Dampfschiffs zu; alle im Schleppzuge befindlichen Schiffer und Leute haben seinen Anordnungen unweigerlich Folge zu leisten. Er kann wider- setzliche Schiffer mit ihren Fahrzeugen aus dem Schlepp- zuge verweisen.

Der Schiffsführer hat dafür zu sorgen, daß die ihm untergebenen Mannschaften, auf Dampfschiffen auch die Schaffner, Maschinensführer und Feuerleute ihre Pflicht pünktlich erfüllen, sich anständig und friedfertig unter einander und höflich gegen die Fahrgäste verhalten.

Widergesetzliche, Unordnung veranlassende oder den Anstand verlegende Mannschaften und Fahrgäste kann der Schiffsführer mit ihrer Habe an geeigneter Stelle von den Fahrzeugen entfernen und behufs des Weiteren der Polizeibehörde übergeben.

Seinerseits hat der Schiffsführer stets ein anstän- diges und gemessenes Betragen zu beobachten und den Fahrgästen gegenüber sich höflich und zuvorkommend zu erweisen.

Befolgung der Anordnung der Polizeibeamten. Mitführen eines Abdrucks dieser Polizei- ordnung.

§ 47. Jeder Schiff- und Floßführer hat den Weisungen der die Strom- und Schifffahrtspolizei wahr- nehmenden Beamten, welche an ihrer Dienstkleidung oder anderen Dienstabzeichen erkennbar sind, unweigerlich Folge zu leisten und ihnen zu gestatten, innerhalb ihres Dienstbezirks sowohl sein Schiff oder Floß zu betreten und darauf mitzufahren, als auch ihr Dienstfahrzeug daran anzuhängen.

Jeder Schiff- und Floßführer hat während der Ausübung seines Gewerbes einen Abdruck dieser Poli- zeiordnung mit sich zu führen und den vorgenannten Beamten auf deren Verlangen vorzulegen.

Bestrafung von Zuwiderhandlungen.

§ 48. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, falls sie nicht nach den strafge- setzlichen Bestimmungen zu ahnden sind, im Deutschen Reich mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen, in Oesterreich nach den für die Ueber- tretung von polizeilichen Vorschriften geltenden Be- stimmungen bestraft.

Zusammenstellung der Signale.

§ 49. Die in den §§ 18 bis 20, 23 und 28 bis 39 dieser Polizeiordnung vorgesehenen Signale sind in der Anlage zusammengestellt.

Beförderung von Sprengstoffen und von feuer- gefährlichen Gegenständen.

§ 50. Für die Beförderung von Sprengstoffen und von feuergefährlichen Gegenständen gelten besondere Vorschriften.

Diese Bestimmungen treten vom 1. April d. J. an in Kraft. Von demselben Tage ab werden die auf Grund der Uebereinkunft der Regierungen der Esthni- staaten vom 13. April 1844 für die vorgedachte Elb- strecke geltenden schifffahrt- und strompolizeilichen Vor- schriften sowie deren spätere Abänderungen und Er- gänzungen außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 18. Februar 1894.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Freiherr von Berlepsch.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

3. An Stelle des verstorbenen Kreisdeputierten von der Marwig zu Cölpin ist der Rittergutsbesitzer von Wedell zu Großgut zum Provinzial-Landtags- Abgeordneten des Kreises Arnswalde gewählt worden. Solches wird gemäß des § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 19. Februar 1894.

Der Ober-Präsident,

Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachung.

4. Der Herr Minister des Innern hat im Ein- vernehmen mit dem Bezirksausschusse hiersebst genehmigt, daß die Landgemeinde Friedenau des Kreises Teltow aus dem Amtsbezirk II. -- Deutsch-Wilmersdorf -- ausscheidet und einen eigenen Amtsbezirk bildet.

Dies wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß diese Veränderung der Amts- bezirks-Eintheilung des Kreises Teltow mit dem 1. März d. J. in Wirksamkeit tritt und der neue Amtsbezirk die Bezeichnung „Amtsbezirk XLVIII. -- Friedenau --“ führt.

Potsdam, den 20. Februar 1894.

Der Ober-Präsident,

Staatsminister von Achenbach.



800 m nordwestlich vom Gehöft Stüpnitz belegenden, bisher unter der Benennung „Dorckert's Torfisch“ bekannten, jetzt dem Eigentümer Heinrich Kretzer gehörigen Gehöft ist der Name „Kreuzthal“ beigelegt worden. In der Zugehörigkeit zum Gemeinde-Bezirk der Stadt Liebenwalde wird dadurch nichts geändert.

Potsdam, den 27. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Aufhebung der Schiffsahrtssperre für den Hino-Kanal.

47. Die nach der Amtsblattbekanntmachung vom 6. November v. J. bis einschließlich 14. März d. J. angeordnete Schiffsahrtssperre für den Hino-Kanal wird derartig verkürzt, daß der Kanal vom 5. März d. J. ab für den Schiffsahrtsverkehr offen steht.

Potsdam, den 27. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

48. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.		Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.	
	Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.		Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,26	30,78	2,64	0,78	1,17	2,18	1,48	1,60	1,14	1,90
2	32,28	30,80	2,62	0,84	1,16	2,20	1,50	1,60	1,18	1,90
3	32,26	30,76	2,62	0,78	1,16	2,20	1,50	1,44	1,00	1,80
4	32,24	30,78	2,62	0,76	1,14	2,20	1,54	1,50	1,04	1,50
5	32,22	30,76	2,60	0,76	1,14	2,16	1,62	1,60	1,18	1,20
6	32,22	30,68	2,58	0,78	1,13	2,14	1,70	1,60	1,28	1,58
7	32,24	30,60	2,58	0,66	1,13	2,12	1,72	1,62	1,34	1,68
8	32,22	30,54	2,58	0,66	1,09	2,14	1,70	1,62	1,34	1,80
9	32,22	30,56	2,58	0,64	1,06	2,12	1,64	1,62	1,34	1,86
10	32,22	30,56	2,56	0,60	1,04	2,10	1,60	1,62	1,36	1,88
11	32,24	30,56	2,56	0,60	1,02	2,10	1,60	1,64	1,42	1,90
12	32,26	30,54	2,58	0,56	0,99	2,06	1,56	1,64	1,42	1,90
13	32,26	30,56	2,58	0,54	0,99	2,08	1,58	1,64	1,42	2,08
14	32,28	30,56	2,60	0,52	0,97	2,10	1,54	1,62	1,36	2,10
15	32,28	30,58	2,62	0,54	0,96	2,08	1,52	1,62	1,36	2,10
16	32,30	30,60	2,60	0,54	0,95	2,08	1,50	1,62	1,34	2,12
17	32,30	30,66	2,60	0,60	0,95	2,08	1,48	1,62	1,30	2,12
18	32,30	30,66	2,60	0,62	0,97	2,08	1,48	1,62	1,28	2,12
19	32,30	30,68	2,60	0,62	0,98	2,08	1,48	1,62	1,30	2,18
20	32,30	30,66	2,60	0,60	0,99	2,08	1,46	1,62	1,30	2,22
21	32,30	30,66	2,64	0,58	1,00	2,08	1,42	1,62	1,34	2,24
22	32,30	30,66	2,64	0,64	1,00	2,08	1,42	1,62	1,36	2,22
23	32,30	30,68	2,64	0,62	1,00	2,10	1,40	1,62	1,38	2,46
24	32,30	30,70	2,66	0,62	1,01	2,10	1,38	1,62	1,32	2,32
25	32,32	30,76	2,64	0,70	1,02	2,08	1,38	1,62	1,24	2,24
26	32,28	30,74	2,64	0,72	1,02	2,14	1,36	1,62	1,20	2,22
27	32,28	30,70	2,66	0,72	1,04	2,10	1,32	1,62	1,18	2,18
28	32,30	30,70	2,68	0,72	1,06	2,06	1,30	1,62	1,14	2,14
29	32,30	30,72	2,66	0,78	1,06	2,14	1,30	1,62	1,12	2,12
30	32,30	30,72	2,64	0,76	1,07	2,16	1,30	1,62	1,10	2,08
31	32,30	30,72	2,66	0,76	1,07	2,18	1,30	1,62	1,10	2,08

Potsdam, den 24. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

49. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gemeinde-Vorstehers in Klosterdorf, Kreis Oberbarnim, die Influenza unter den Pferden des Oberamtmanns Keppler in Amt Fehrbellin, Kreis Osthavelland.

Erloschen ist der Milzbrand unter dem Rindvieh des Bauern Aug. Ehrenbrecht zu Bernitz und des Kossäthen Nölte in Bredow, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 27. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin.

9. Gemäß einer Weisung des Herrn Königlichen Polizeipräsidenten von Berlin, Freiherrn von Richthofen, Journ.-N^o I. B. 704 vom 16. Februar 1894 wird hiermit die nachstehende Urkunde verkündet.

„Urkunde“

für die Errichtung einer altkatholischen Pfarodie in Berlin.

Von dem durch Erlaß des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom

2. Februar 1894 dazu ermächtigten Königl. Polizei-Präsident in Berlin und dem katholischen Bischof Joseph Hubert Reinkens wird durch gegenwärtige Urkunde zur Errichtung einer selbstständigen altkatholischen Parochie Berlin Folgendes festgesetzt:

- 1) Mit der Publikation dieser Urkunde werden die unter Artikel 2 dieses bezeichneten Katholiken zu der altkatholischen Parochie Berlin mit dem Pfarrorte Berlin rechtsgültig vereinigt.
- 2) Die Parochie fällt in ihren Grenzen mit dem Stadtkreis Berlin zusammen.

Mitglieder der Parochie sind alle in dem Stadtkreis Berlin wohnenden Katholiken, welche ihren Willen, in die zu errichtende Parochie eingepfarrt zu werden, bereits früher dem Königl. Polizei-Präsident zu Berlin bedingungslos erklärt haben, oder welche sich in Zukunft bei dem Kirchenvorstande der Gemeinde anmelden oder von dazu berechtigten Personen angemeldet werden.

- 3) Als Statut gelten die Bestimmungen des 5. Abschnittes (§§ 35–49) der von der ersten Synode der Altkatholiken des deutschen Reiches vom 27. Mai 1874 definitiv angenommenen Synodal- und Gemeinde-Ordnung, soweit das Gesetz, betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Gemeinden vom 20. Juni 1875 bezw. Art. 14 Gesetz vom 21. Mai 1886 nicht ein Anderes verordnet.

- 4) Der Pfarrer wird gemäß §§ 48 und 54 der vorgedachten Synodal- und Gemeinde-Ordnung von der Gemeinde gewählt, vom Bischof unter Beobachtung der Staatsgesetze bestätigt und eingesetzt.

- 5) Sämmtliche Eingepfarrte haben auf die ihnen aus ihrem bisherigen Parochialverbande erwachsenen vermögensrechtlichen Ansprüche verzichtet.

(L. S.) Berlin, den 16. Februar 1894.

Der Königl. Polizei-Präsident.
v. Richthofen.

(L. S.) Bonn, den 22. Februar 1894.

Katholischer Bischof Dr. Joseph Hubert Reinkens.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Minister von Werthangabe bei Postpaketen im Verkehr mit fremden Besitzungen bz. Britischen Postanstalten in außer-europäischen Ländern und mit Gibraltar.

6. Von jetzt ab wird eine Werthangabe bis 1000 Mark bei Postpaketen nach folgenden Britischen Besitzungen bz. Britischen Auslands-Postanstalten bei der Beförderung über England zugelassen: Gibraltar, Kenfion, Bathurst (Gambia), St. Helena, den Bahama-Inseln, Britisch-Guyana, Britisch-Westindien mit Ausnahme von Jamaica, den Falklands-Inseln, Neu-Fundland, Britisch-Nord-Borneo (jedoch nur nach Sandakan), Ceylon, Hongkong und den anderen Britischen Postanstalten in China, Labuan und den Straits-Settlements. Ueber die Taren und Versendungsbedingungen theilen die Postanstalten auf Verlangen nähere Auskunft.

Berlin W., 21. Februar 1894.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

12. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen und Gegenstände u., welche den Absendern bezw. den Eigenthümern nicht zurückgegeben werden können:

A. Postanweisungen:

- 1) N^o 9047 über 3 M. aus Spandau 2 vom 2ten Oktober 1893 an Frau Lina Arndt in Berlin, N.,
- 2) N^o 9562 über 12 M. aus Brandenburg (Havel) 3 vom 9. Oktober 1893 an Frau Ebert in Bromberg,
- 3) N^o 81 über 5 M. 5 Pf. aus Potsdam 1 vom 1. Oktober 1893 an Anna Schulz in Nowawes-Neuendorf,
- 4) N^o 6798 über 5 M. 5 Pf. aus Potsdam 1 vom 12. Oktober 1893 an den Kellner Albrecht in Spandau,
- 5) N^o 118 über 3 M. 50 Pf. aus Wilsnack vom 3. Mai 1893 an (Empfänger unbekannt),
- 6) N^o 1605 über 18 M. aus Havelberg vom 24. Oktober 1893 an Frau Gricmann in Landsberg (Warthe),
- 7) N^o 67 über 9 M. aus Wannsee vom 2. Juni 1893 an (Empfänger unbekannt) in Berlin.

B. Gewöhnliche Briefe mit Werthinhalt:

- 1) aus Prigwall vom 5. Oktober 1893 an Eigenthümer Karl Mahnke in Eichenselde bei Wittstock, mit 5 Zehnspfennigmarken,
- 2) aus Dabergow vom 10. September 1893 an E. H. 17 postl. in Potsdam mit 2 Kassenscheinen zu je 5 M.,
- 3) aus Spandau 1 vom 23. September 1893 an Katesan Piotrowi (Bestimmungsort fehlt) mit 28 Zehnspfennigmarken,
- 4) aus Potsdam 1 vom 28. Oktober 1893 an Frau Hoffmann in Berlin mit 4 M. in Postwerthzeichen.

C. Post aufgefunden:

- 1) ein Dreimarstück (österreichischer Prägung) am 13. Dezember 1893 11 Uhr 18 Vorm. bei der Leerung des am Zugange des Bahnsteigs in Steglitz angebrachten Postbrieffassens,
- 2) ein Einmarstück am 9. Januar 1894 bei der Entlassungsstelle des Postamts in Spandau,
- 3) drei Einmarstücke am 22. Dezember 1893 in der Packammer des Postamts in Spandau,
- 4) ein goldener Ring mit rothem Stein und vier weißen Perlen am 26. September 1893 bei der ersten Leerung des am Commandanturgebäude in Potsdam angebrachten Postbrieffassens.

D. Einschreibbriefe:

- 1) N^o 896 aus Potsdam 1 vom 16. Oktober 1893 an Johann Neukamm in Kraishain (Bayern),
- 2) N^o 386 aus Potsdam 2 vom 1. November 1893 an Gastwirth J. Labahn in Röbbel,
- 3) N^o 513 aus Spandau 1 vom 12. Dezember 1893 an Carlo Hubn in Goslar a./Harz.

Nr. 551 aus **Postdam** 1. vom 1. September 1893 — angegebener **Verb** 25 M. — an **Salomon Kauer** in **Krakau** (**Galizien**). **postres**.

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigentümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen und Gegenstände etc. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hier selbst geltend zu machen, widrigenfalls mit diesen Sendungen etc. nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Postdam, den 19. Februar 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen vom Jahre 1878 und 1885.

3. Die Zinscheine Reihe V. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 4%igen Deutschen Reichsanleihe von 1878 und Reihe III. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3 1/2 %igen Deutschen Reichsanleihe von 1885 über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. April 1894 bis 31. März 1904 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden von der Königlich Preussischen Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dronienstraße 92/94 unten links, vom 1. März d. J. ab Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Reichsbankhauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbanknebenstellen, sowie durch diejenigen Kaiserlichen Oberpostämter, an deren Sitz sich eine der vorgedachten Bankanstalten nicht befindet, bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen für jede Anleihe mit einem besonderen Verzeichnis zu übergeben zu welchem Formulare ebenda unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher der Zinscheinanweisungen eine nummerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der obengenannten Bankanstalten oder Oberpostämter beziehen will, hat derselben die Anweisungen für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine

wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostämter mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 15. Februar 1894.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

4. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 24. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Nummern gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe. Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 156 Stück und zwar die Nummern:

191	256	475	570	590	1090	1170	1244	1326	1360
1535	1572	1701	1736	1916	2048	2325	2446	2551	
2596	2618	3252	3529	3628	3644	3675	3793	3806	
4188	4349	4380	4445	4514	4958	4974	5291	5303	
5450	5591	5701	5703	6233	6676	6710	6864	7012	
7021	7222	7251	7489	7607	7953	7959	8026	8281	
8337	8387	8468	8472	8619	8782	8813	8820	8851	
8940	9026	9352	9432	9514	9611	9766	9801	10043	
10226	10233	10556	10633	10705	10720	10887			
10904	10953	10971	10982	11046	11094	11227			
11391	11434	11488	11918	12061	12151	12237			
12364	12500	12744	12797	13095	13290	13300			
13393	13433	13493	13556	13678	13782	13857			
14097	14112	14163	14483	14498	14640	14765			
14775	14841	14877	15158	15235	15316	15389			
15452	15835	15851	15921	16366	16469	16486			
16575	16583	16610	16822	16913	16959	16989			
17033	17384	17581	17761	17960	18009	18248			
18379	18432	18459	18540	18630	18750	19057			
19099	19155	19200	19343	19355	19359				

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 59 Stück und zwar die Nummern:

4	404	1207	1319	1608	1818				
2101	2132	2146	2173	2318	2351	2404	2482	2535	
3080	3407	3547	3613	3643	3670	3712	3860	3947	
3955	3975	3998	4131	4196	4246	4529	4549	4727	
4730	4766	4884	5256	5280	5417	5559	5721	5763	
5952	6144	6187	6199	6244	6246	6269	6356	6407	
6413	6876								

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 204 Stück und zwar die Nummern:

304	316	497	557	579	802	848			
852	981	1292	1371	2067	2093	2228	2664	2667	
2752	2852	2926	2930	3734	3790	4073	4275	4441	
4548	4550	4620	4692	4736	4737	4808	5066	5118	
5145	5203	5460	5716	5952	6233	6239	6512	6908	
6994	7153	7175	7679	7813	7862	7882	8020	8479	
9167	9204	9416	9571	9837	9974	10066	10195		
10253	10272	10296	10356	10383	10587	10753			

11001	11058	11173	11332	11402	11432	11458
11494	11583	11617	11626	11770	11958	12174
12177	12385	12682	12781	12940	12970	13012
13078	13227	13510	13529	13592	13730	13822
13823	14316	14662	14676	14688	15071	15155
15264	15337	15411	15642	15645	15746	15908
16110	16175	16197	16276	16303	16387	16413
16481	16559	16586	16702	17012	17067	17323
17447	17893	17947	18011	18059	18216	18383
18482	18491	18591	18708	19000	19016	19156
19221	19515	19626	19820	19881	19908	20023
20029	20169	20283	20351	20631	20699	20988
20996	21183	21218	21221	21287	21317	21437
21475	21501	21610	21640	21641	21834	21842
21847	21857	22171	22334	22482	22578	22652
22653	22662	22739	22751	22804	22828	22976
23068	23089	23390	23398	23472	23549	23637
23820	23883	23947	23992	24060	24084	24168
24390	24589	24683	24745	24783	24795	24824
24829	24850	24852	24883			

Litt. D. zu 75 M. (25 Tblr.). 174 Stück und zwar die Nummern: 24 165 626 837 1072 1087 1247 1297 1300 1591 1806 2022 2224 2263 2388 2753 2831 2895 2897 3187 3250 3346 4181 4574 4610 4612 4633 4874 4974 5069 5121 5145 5621 5629 5661 5679 5784 5835 6000 6076 6243 6366 6505 6653 6654 6932 7368 7457 7498 7576 7648 7893 7972 8166 8226 8268 8389 8424 8639 8709 8797 8992 9083 9359 9437 9614 9969 10017 10109 10123 10507 10676 10754 10928 10943 10984 11003 11127 11479 11559 11762 11824 12192 12262 12386 12410 12468 12549 12625 12938 13062 13122 13327 13398 13438 13518 13705 13756 13828 13920 14141 14557 14564 14812 14880 14966 15001 15010 15104 15126 15166 15176 15315 15342 15465 15661 15696 15738 15903 16047 16114 16123 16158 16190 16214 16260 16355 16804 17000 17203 17240 17255 17265 17277 17426 17539 17605 17631 17819 17967 18044 18063 18099 18244 18287 18353 18404 18459 18484 18564 18632 18694 18810 19100 19368 19381 19422 19462 19622 19717 19791 19827 19941 19956 20123 20127 20242 20245 20389 20454 20496 20529 20620 20686

II. 3 1/2 % Rentenbriefe. Litt. O. zu 75 M. 3 Stück und zwar die Nummern: 4 7 12, Litt. P. zu 30 M. 1 Stück und zwar die Nummer 2.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in vorstehendem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 8-16 beziehungsweise Ser. I Nr. 6-16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse Klosterstraße 76. I. vom 1. April l. J. ab an den Werthagen von 9 bis 1 Uhr anzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Kennverth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen. Vom 1. April l. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit

dem Schlusse des Jahres 1904 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Eosern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 18. November 1893.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

3. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I. hierselbst, wird

- 1) die am 1. April d. J. fälligen Zinscheine der Rentenbriefe **aller** Provinzen schon vom 19. März bis einschließlich den 24. März d. J. und
- 2) die ausgelassenen, am 1. April d. J. fälligen Rentenbriefe **aller** Provinzen vom 21. März bis einschließlich den 24. März d. J. einzulösen und demnächst vom 1. April d. J. mit der Einlösung fortzufahren.

Berlin, den 23. Februar 1894.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

1. Nachstehende zur baaren Rückzahlung gekündigte Prioritäts-Obligationen sind noch nicht zur Einlösung gelangt:

1) Gekündigt zum 2. Januar 1887.

4 % Magdeburg-Halberstädter Prioritäts-Obligationen von 1851 (abzuliefern mit Anweisung)

Nr. 4614.

2) Gekündigt zum 2. Januar 1890.

4 % Magdeburg-Halberstädter Prioritäts-Obligationen von 1865 (abzuliefern mit Anweisung und Zinscheinen Reihe IV. Nr. 9 bis 20)

a. 300 M. Nr. 6294 7582 7738 8232 8693 13546 13548 14505 14511 16355 17496 18958 19222 19582 20182 20193 20513 20992 21391 22279 23383 23626 23798 24753 25100 25102 26626 26627 28919 30423 33449 34455 36474 37840 37998 39894 39895 40140 40396 41497 42636.

II. 4 % Berlin-Potsdam-Magdeburger Prioritäts-Obligationen Litt. C. neue Emission (abzuliefern mit Anweisung und Zinscheinen Reihe V. Nr. 8-12).

Nr. 943 944 945.

Die Einlösung dieser Werthpapiere erfolgt durch





Rang Nr.	Name und Stand		Alter und Heimath	Grund	Verbreitung	Datum
	des Ausgewiesenen.			der Bestrafung	welche die Ausweisung beibringen hat	der Ausweisung-Beschlüsse
9	Franz Josef Wagner, Steinmetz,	geboren am 4. Oktober 1871 zu Dornbirn, Bezirk Feldsitz, Vorarlberg, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,		Königlich bayerische Polizei Direction München,	3. Januar 1894.
10	Rudolf Meirner, Seidenwirker und Schauspieler,	geboren am 17. April 1854 zu Schöenberg, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Diebstahl u. Landstreichen,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	27. November 1893.
11	Franz Pohl, Bäckergehilfe,	geboren am 16. Oktober 1863 zu Kufus, Bezirk Gitschin, Böhmen, ortsangeh. ebendasselbst,	Landstreichen u. Beteln,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	18. Januar 1894.
12	Johann Rüb, Schneidergehilfe,	geboren am 30. September 1862 zu Baltimore, Vereinigte Staaten von Nordamerika,			Polizeibehörde zu Hamburg,	16. Januar 1894.
13	Anton Scherrer, Schösser u. Tagelöhner,	geboren am 20. Juni 1864 zu Schlierbach, Kreis Mülhausen, Elsass, französisch. Staatsangehöriger, ortsangehörig zu Paris,	Landstreichen,		Königlich bayerische Polizei Direction München,	9. Januar 1894.
14	Karl Striwan, Mälzer,	geboren am 28. Januar 1846 zu Nacerades, Bezirk Beneschau, Böhmen, ortsangehörig zu Pölkerskirchen, Bezirk Deutsch-Brod, ebendasselbst,	Landstreichen,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	2. Januar 1894.
15	Jakob Spörri, Sattler,	geboren am 7. Oktober 1863 zu Fischenthal, Kant. Zürich, Schweiz, ortsangeh. ebendasselbst,			Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	14. Januar 1894.
16	Anton Stengel, Bäckergehilfe,	geboren am 4. Mai 1870 zu Jägerndorf, Oesterreich. Schlesien, ortsangeh. ebendasselbst,	Landstreichen u. Beteln,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	29. Dezember 1893.

Die durch Beschluß des Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau vom 19. Dezember v. J. verfügte Ausweisung des Fabrikarbeiters Karl Hörnle aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden.

Hierzu eine Beilage, enthaltend das Geleg vom 14. Januar 1894, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene, und die dazu ergangenen Ausführungs-Bestimmungen, sowie fünf öffentliche Anzeigen.

(Die in § 49 der Polizei-Verordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Februar 1894 (Seite 73/80 dieses Amtsblatts) angeführte Zusammenstellung der Signale für die Elbschiffahrt wird dem nächsten Stücke des Amtsblatts besonders beigelegt werden.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)













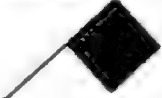

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.















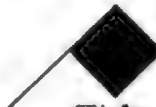

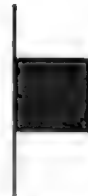


Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Zusammenstellung





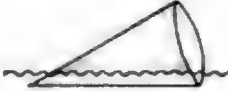






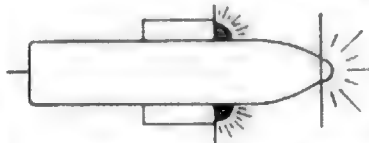

der





in der Polizeiordnung für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe vorgesehenen Signale.

Polizei- ordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
§. 18.	Stelle, an welcher ein beladenes Fahrzeug am Ufer liegt, oder Strombauten ausgeführt werden	 oder  am Ufer.	 oder  am Ufer, das weiße Licht immer wasserwärts
§. 19.	In der Fahrwasser liegende Baggermaschinen, Strombaufahrzeuge, beschädigte oder manövrierunfähige Schiffe oder Flöße	 oder  auf derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.	 oder  das weiße Licht an derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.
§. 20.	Sperrung des Fahrwassers (vergl. auch §. 33)	 oder  am Ufer.	 am Ufer.
§. 23.	Telegraphenleitungen oder Ketten, welche quer durch den Strom geführt sind	 am Ufer.	
§. 25.	Begegnen von Segelschiffen untereinander und mit Flößen	 Winken auf derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.	 Schwenken (bei Schiffen)
§. 29.	Begegnen von Dampfschiffen untereinander: rechts vorbei links vorbei kann nicht ausweichen		

Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
Begegnen von Dampfschiffen mit Segelschiffen und Flößen: Dampfschiff rechts vorbei.. Dampfschiff links vorbei.. Segelschiff oder Floß.....	— — — —	 Winken auf derjenigen Seite, an welcher vorbeizufahren ist.	 Schwenken (bei Schiffen)
stark gekrümmte, enge oder seichte Fahrvasserstellen.....	 oder  am Ufer.	wenn die Schifffahrt unbeschränkt ge- stattet ist   am Ufer.
Stromengen.....	 oder  am Ufer.	wenn die Schifffahrt unbeschränkt ge- stattet ist   am Ufer.
Schifffahrtsstorkungen (vergl. auch §. 20).....	 oder  am Ufer.	  am Ufer.
überholen: Dampfschiff, welches vorbeifahren will rechts vorbei..... links vorbei..... anderes Schiff oder Floß, welches vorbeifahren will, sowie Ant- wort des vorausfahrenden Schiffs oder Floßes.....	— — — — — — — —	 Winken	 Schwenken (bei Schiffen)
vorausfahrendes Schiff oder Floß, welches nicht ausweichen kann	nur Nachts: — — — —	 oder 	
		am Mast oder an mindestens 8 m hoher Stange, in beiden Fällen auf halber Höhe.	

Auf- und Niederbewegen am Steuer von Segelschiffen.

Polizei- ordnung.	Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
§ 35.	Personendampfschiff: beim Anhalten an einer Bahn- station	—	 oder auf derjenigen Seite, an welcher der Bahnführer anfahren soll.	
	Rahnführer beim Anfahren		
§ 36.	Anfangspunkt der Fährseile...		
	Haltetafel bei Fahren..... Bergdampfschiff oder Kettenampf- schiff bei Annäherung an eine Fährstelle	—		
	Fährgefäße bei Nacht und nicht freier Schleppkette	
§ 37.	Von der Fährstelle her für Schlepp- züge	 Winken.	
§ 38.	Lichterführung bei Nacht:			
a.	Nicht geschlepptes Segelschiff von 30 Tonnen oder mehr Trag- fähigkeit in Fahrt	 mattweiß
	Nicht geschlepptes Segelschiff von weniger als 30 Tonnen Trag- fähigkeit in Fahrt	 hellweiß
b.	Dampfschiff in Fahrt	 hellweiß
				Dampfschiff, welches schleppt, üb- dem hellen weißen Lichte noch e- bensolches.
c.	Geschlepptes Schiff	 hellweiß mattweiß Das Licht am Steuer wird nur v- einem einzelnen geschleppten Schi- ffe sowie von dem letzten in einem Schle- ppezuge geführt.

Anwendung der Signale.	Pfeifen- oder Glockensignale der Dampfschiffe.	Flaggen, Bälle, Tafeln, Tonnen.	Lichter bei Nacht.
Nach: Lichterführung bei Nacht: Geschlepptes Floß	 <p>ein hoch angebrachtes mattweißes Licht am hinteren Ende.</p>
Im Fahrwasser oder in dessen Nähe auf freiem Strome oder auf einem Rothlandeplage still- liegendes Fahrzeug (Schiff- mühle, Badeanstalt oder dergl.)	 <p>ein gut sichtbares helles weißes Licht.</p>
Dasselbst stillliegendes Floß	 <p>ein gut sichtbares helles weißes Licht auf den beiden Enden nach dem Fahr- wasser zu.</p>
Ueber den Fahröffnungen fester Brücken	
Dampfschiff in Fahrt bei Nebel oder Schneegeßöber	<p>alle 3 Minuten, außerdem beim Wahrnehmen eines anderen Schiffs oder Floßes im Fahrstriche. Die Maschinenkraft ist bei der Thalsahrt zu mäßigen.</p>		

Beilage

zum 9. Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 2. März 1894.

Bekanntmachung,

betreffend das Gesetz über Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene, vom 14. Januar 1894 (Reichsgesetzblatt Seite 107).

Gesetz,

betreffend

die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene, vom 14. Januar 1894.

(Reichs-Gesetzblatt Seite 107).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Denjenigen Personen des Soldatenstandes und Beamten des Heeres und der Marine, welche in Folge ihrer Theilnahme an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen invalide und zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes beziehungsweise zur Erfüllung ihrer Amtspflichten unfähig geworden, sind zu den zuständigen Gebühren fortlaufende Zuschüsse behufs Erreichung derselben Beträge zu gewähren, welche ihnen nach dem Gesetze vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 275) beziehungsweise nach dem Gesetze vom 31. März 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 61) nebst Abänderungen und Ergänzungen zustehen würden.

§ 2. Die Zuschüsse (§ 1) stehen den Pensionen gleich, welche das Gesetz vom 27. Juni 1871 beziehungsweise das Gesetz vom 31. März 1873 nebst Abänderungen und Ergänzungen gewährt, und unterliegen denselben gesetzlichen Bestimmungen.

§ 3. Den Hinterbliebenen von Theilnehmern an den im § 1 gedachten Kriegen sind, sofern diese letzteren Personen im Kriege oder in Folge von Kriegsverwundungen verstorben sind, fortlaufende Unterstützungen oder Zuschüsse zu den gesetzlichen Bewilligungen — in Grenzen der Sätze, welche die im § 1 angeführten gesetzlichen Bestimmungen vorsehen — zu gewähren. Den

Hinterbliebenen von Theilnehmern an den im § 1 gedachten Kriegen, welche an den ihre Invalidität bedingenden Leiden verstorben sind, können solche Unterstützungen zugewendet werden.

§ 4. Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf die früheren Angehörigen der schleswig-holsteinischen Armee, sowie auf deren Hinterbliebene Anwendung.

§ 5. Eine Nachzahlung für die vor dem Eintritt der verbindlichen Kraft dieses Gesetzes liegende Zeit ist ausgeschlossen.

§ 6. Die Prüfung und Entscheidung aller auf Grund dieses Gesetzes gestellten Anträge erfolgt durch die Militärbehörden.

Ueber die Rechtsansprüche auf Bewilligungen, welche dieses Gesetz gewährt, findet der Rechtsweg unter den im dritten Theil des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 275 ff.) vorgesehenen Maßgaben statt.

§ 7. Die Bewilligungen nach Maßgabe dieses Gesetzes sind aus dem Reichs-Invalidenfonds zu bestreiten. Die für die Jahre 1893/94 und 1894/95 erforderlichen Deckungsmittel dürfen aus dessen Kapitalbeständen bis zum Höchstbetrage von je 1 250 000 Mark flüssig gemacht werden.

§ 8. Dem Königreich Bayern wird zur Bestreitung der gleichartigen Ausgaben alljährlich eine Summe überwiesen, welche sich nach der Höhe des tatsächlichen Aufwandes für Angehörige des Reichsheeres und deren Hinterbliebene, im Verhältniß der Kopfstärke des königlich bayerischen Militärkontingents zu jener der übrigen Theile des Reichsheeres, bemisst.

§ 9. Der Eintritt der verbindlichen Kraft dieses Gesetzes wird auf den 1. April 1893 festgesetzt.

Urkundlich unter Unserer Höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 14. Januar 1894.

(L. S.) Wilhelm.

Graf von Caprivi.

Berlin, den 25. Januar 1894.

Ausführungsbestimmungen

zu dem Gesetz vom 14. Januar 1894, betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene.

A. Offiziere, Sanitätsoffiziere und Beamte.

Zu §§ 1 u. 4.

Die Zuschüsse, welche auf Grund der §§ 1 und 4 den pensionirten, in Folge der Kriege vor 1870 invaliden u. gewordenen Offizieren, Sanitätsoffizieren und Beamten vom 1. April 1893 ab zuständig sind, werden denselben von der Pensionsabtheilung des Kriegsministeriums angewiesen werden, ohne daß es dieserhalb zunächst eines besonderen Antrages seitens der Beteiligten bedarf.

Bei der großen Zahl dieser Pensionäre ist es jedoch nicht möglich, sie sämmtlich vor Ende März 1894 zu befriedigen.

Diesenigen vorgenannten Offiziere u., denen über die Anweisung der ihnen vermeintlich zuständigen Gehältnisse bis Ende März 1894 noch keine Mittheilung zugegangen ist, wollen sich sodann in dieser Angelegenheit an die vorgenannte Abtheilung wenden.

B. Militärpersonen der Unterlassen.

Zu §§ 1 u. 4.

Die Höhe der Zuschüsse, welche den Invaliden aus den Kriegen vor 1870 zu den bisherigen Invaliden-Gehältnissen zu gewähren sind, ergibt sich aus dem Mehrbetrag, der nach dem Gesetze vom 27. Juni 1871 nebst den dazu ergangenen Abänderungen zu berechnenden Pensionen und Pensionszulagen.

Zur Ermittlung des Zuschußbetrages sind sonach in Ansatz zu bringen:

- a) die dem Grade der Erwerbsunfähigkeit entsprechende Pensionsklasse,
- b) die Kriegszulage,
- c) Verstümmelungszulagen,
- d) die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins.

Zu a) Pensionen.

Da in dem Militär-Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 5 Pensionsklassen, in dem Gesetze vom 6. Juli 1865 nur 4 dergleichen vorgesehen sind, ist es nicht angängig, an Stelle der nach dem letzteren Gesetze gewährten Pensionsklasse ohne Weiteres dieselbe Klasse des Gesetzes vom 27. Juni 1871 in Ansatz zu bringen; es ist vielmehr in jedem einzelnen Falle zu prüfen, welche Pensionsklasse nach dem Grade der bei dem Invaliden festgestellten Erwerbsunfähigkeit zuständig sein würde. So ist z. B. für einen Invaliden, der die Pension 1. Klasse des Gesetzes vom 6. Juli 1865 bezieht, die 1. Klasse des Gesetzes vom 27. Juni 1871 nur dann als zu-

ständig zu berechnen, wenn bei demselben, neben völliger Erwerbsunfähigkeit, durch das die Invalidität bedingende Leiden zugleich ein Krankheitszustand besteht, der fremde Wartung und Pflege erfordert.

Bestehen über die Zulässigkeit der Annahme eines solchen Zustandes Zweifel, dann ist die ärztliche Untersuchung und Begutachtung des Invaliden nach dieser Richtung hin zu veranlassen.

Invalide, welche einfach verstümmelt sind, werden als gänzlich erwerbsunfähig, solche, die mehrfach verstümmelt sind, als fremder Wartung und Pflege bedürftig angesehen.

Zu b) Kriegszulage.

Für diejenigen Invaliden, welche bereits zur Verwundungszulage des § 12 des Gesetzes vom 6. Juli 1865 bz. des § 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1867 im Betrage von 6 Mk. anerkannt sind, ist die Kriegszulage von 9 Mk. als zuständig zu berechnen.

Bei den übrigen Invaliden, gleichviel, ob deren Invalidität durch äußere oder innere Kriegsdienstbeschädigung veranlaßt worden ist, kommt die Kriegszulage mit dem Betrage von 9 Mk. neu in Berechnung.

Zu c) Verstümmelungszulagen.

Diesenigen Invaliden, welchen bereits Verstümmelungszulagen des § 13 des Gesetzes vom 6. Juli 1865 bz. des § 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1867 bewilligt sind, erhalten diese Zulagen nach den höheren Sätzen des § 72 des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871.

Im Uebrigen ist sowohl bei diesen wie auch bei denjenigen Invaliden aus den Kriegen vor 1870, welchen Verstümmelungszulagen nicht bewilligt sind, die Frage bezüglich der Zuständigkeit derartiger Zulagen unter Zugrundelegung der günstigeren Bestimmungen des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 zu erörtern.

In zweifelhaften Fällen ist Klarstellung der Frage, ob einfache oder mehrfache Verstümmelung vorliegt, durch ärztliche Untersuchung und Begutachtung herbeizuführen.

Zu d) Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins.

Neben einer Verstümmelungszulage ist die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins nur in der bisherigen Höhe von 9 Mk. zuständig.

Für die übrigen im Genuße der Zulage des § 14 des Gesetzes vom 6. Juli 1865 sich befindenden Invaliden aus den Kriegen vor 1870 ist die beregte Zulage nach dem Satze von 12 Mk. als zuständig zu berechnen.

In Fällen, in denen bei der Art des die Invalidität bedingenden Leidens — wie z. B. bei Epilepsie — § 27 des Gesetzes vom 6. Juli 1865 — es gerechtfertigt erscheint, die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins neu in Ansatz zu bringen, sind bezügliche Anträge dem Departement für das Invaliden-

wesen zur Entscheidung vorzulegen. Vorher ist jedoch festzustellen, daß der Invalide von dem Civilversorgungsschein niemals Gebrauch gemacht, auch den Schein selbst durch rechtskräftiges Erkenntniß nicht verwirkt hat.

Die vorstehenden Ausführungen finden gleichmäßige Anwendung auf die im § 58 der Instruktion vom 26. Juni 1877 bezeichneten Kriegsinvaliden mit Ausnahme der unter d und f ebendasselbst bezeichneten Invaliden.

Zu § 5.

Die Mehrbeträge der ermittelten höheren Invaliden-Gebührrnisse sind vom 1. April 1893 ab, als dem Eintritte der verbindlichen Kraft des Gesetzes, zu gewähren.

Zu § 6.

Die Bezirkskommandos haben alsbald durch allgemeine öffentliche Bekanntmachung die in Betracht kommenden Invaliden aufzufordern, sich unter Vorbringung ihrer Militärpapiere und des Pensions-Darstellungsbuches zur Erlangung der nach § 1 des Gesetzes vom 14. Januar 1894 zu gewährenden Pensionszuschüsse persönlich oder schriftlich bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel anzumelden.

Nach Beschaffung der Invalidenakten ist zunächst festzustellen, daß der Invalide den Anspruch auf die ihm i. Z. zuerkannten Invaliden-Gebührrnisse durch strafgerichtliches Erkenntniß nicht verloren hat.

Eine Bervollständigung der Invalidenakten durch Einforderung von Auszügen aus Kriegsstammlisten, Lazarethpapieren und dergleichen ist nicht erforderlich; dagegen müssen die ärztlichen Zeugnisse über die Folgen der erlittenen Kriegsdienstbeschädigung, sowie die Anerkennungs-Versfügungen des Generalkommandos in den Akten unbedingt vorhanden sein.

Von derjenigen Anerkennungs-Versfügung ausgehend, durch welche die Gebührrnisse bewilligt worden sind, die der Invalide gegenwärtig bezieht, ist der Mehrbetrag der höheren Invaliden-Gebührrnisse nach beiliegendem Muster (Muster I.) durch die zuständigen Bezirkskommandos zu berechnen und die Bewilligung der Zuschüsse von Fall zu Fall auf dem Dienstwege bei den königlichen Generalkommandos zu beantragen.

Eine Beschleunigung der Anweisung ist anzustreben, und sind daher bestimmte Zeitfristen für Einreichung der Anträge der Bezirkskommandos nicht festzusetzen.

Bestehen über die Zuständigkeit der in Ansatz zu bringenden Pensionsbeträge Zweifel, dann ist in solchen Fällen die Entscheidung des Kriegsministeriums, Departements für das Invalidenwesen, einzuholen.

Die Anerkennungs-Versfügungen, in welchen ersichtlich zu machen ist, daß es sich um „Pensionszuschüsse“ zufolge Gesetzes vom 14. Januar 1894 handelt, haben nur auf Zahlung des monatlichen Mehrbetrages der gegen früher zuständigen — nicht aber auf den Gesamtbetrag der Invaliden-Gebührrnisse — zu lauten.

In gleicher Weise ist zu verfahren hinsichtlich der Pensionszuschüsse, welche den etwa jetzt noch neu anzuerkennenden Invaliden aus den Kriegen vor 1870 zu gewähren sind.

Anfangs Dezember 1894 ist dem Departement für das Invalidenwesen eine Nachweisung nach beiliegendem Muster (Muster II.) einzureichen.

C. Bewilligungen für Hinterbliebene.

Zu §§ 3 und 4.

I. Die aus § 3 des Gesetzes sich ergebende Gleichstellung der Hinterbliebenen von Theilnehmern an den Kriegen vor 1870 mit denen von 1870/71 hat:

1. die Erhöhung der den Wittwen nach Maßgabe früherer gesetzlicher oder landesherrlicher Bestimmungen und Verfügungen bewilligten Sätze auf diejenigen des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 zur Folge; sie gewährt ferner
2. ein neues Versorgungsrecht:

- a) für die Ehefrauen der nach den früheren Kriegen Vermissten und für diejenigen Wittwen, denen die Unterstützung bisher mangels ihrer Bedürftigkeit hat versagt oder nach Beseitigung der Bedürftigkeit hat entzogen werden müssen,
- b) für diejenigen Wittwen, deren Ehemann an den Folgen einer durch den Krieg verursachten inneren oder äußeren Beschädigung innerhalb eines Jahres nach dem den betreffenden Krieg beendigenden Frieden verstorben ist,
- c) für diejenigen Eltern und Großeltern, welche Ansprüche im Sinne des letzten Absatzes der §§ 42 und 96 des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 begründen können.

Zu I. 1.

Die Zahlbarmachung der erhöhten Sätze wird seitens der Unterstützungsabtheilung des Kriegsministeriums veranlaßt werden.

Besonderer Anträge seitens der Hinterbliebenen bedarf es hierfür erst, wenn bis zum 31. März 1894 die Anweisung nicht erfolgt ist.

Zu I. 2. a—c.

Die Hinterbliebenen der hier bezeichneten Kategorien haben ihre Ansprüche bei dem zuständigen Landrathsamte (Bezirksamt, Kreisdirektion etc.) oder der Polizeiverwaltung ihres Wohnortes geltend zu machen.

Die über die Vorbereitung der Anträge auf gesetzliche Wittwen- etc. Beihilfen durch die genannten Dienststellen, über Form, Begründung u. s. w. derselben gegebenen Bestimmungen gelten auch für die vorliegenden Fälle. Die Landrathsämter etc. geben die vorbereiteten Anträge an die zuständigen Regierungen etc. weiter. Von Letzteren werden die erhobenen Ansprüche geprüft und diejenigen, welche sich zweifellos als unbegründet erweisen, ohne Weiteres zurückgewiesen, die begründeten Anträge dagegen der Unterstützungs-

abtheilung des Kriegsministeriums zur weiteren Veranlassung vorgelegt.

II. Von den den Wittiven schleswig-holsteinischer Heeresangehörigen auf Grund der Bundesgesetze vom 14. Juni 1868 (§ 6 Absatz 1) und vom 3. März 1870 (§ 8 Absatz 1) [Bundes-Gesetzblatt 1868 Seite 335 und Bundes-Gesetzblatt 1870 Seite 39] bewilligten Beihilfen können nur diejenigen auf die im Militär-Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 vorgesehenen Sätze erhöht werden, welche gewährt worden sind, weil der den Anspruch begründende Heeresangehörige entweder in den Feldzügen 1848 bis 1850 geblieben oder an den erlittenen Verwundungen oder an den Folgen einer durch den Krieg verursachten inneren oder äußeren Beschädigung innerhalb eines Jahres nach der Auflösung der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee gestorben ist.

Wegen Neubewilligung von Unterstützungen an Hinterbliebene früherer Angehörigen der schleswig-holsteinischen Armee gilt das vorstehend unter I. 2. a—c Gesagte.

III. Der Erlass des Departements für das Invalidenwesen vom 22. Oktober 1887 — No. 2027/9. 87. C. 2 —, betreffend die gnadenweise Gewährung von Unterstützungen aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds bei der Reichs-Hauptkasse an die Hinterbliebenen von Kriegsinvaliden aus dem Kriege 1870/71, findet auf die Hinterbliebenen von Kriegsinvaliden aus den Kriegen vor 1870 gleichmäßige Anwendung.

IV. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß den Wittiven im Falle ihrer Wiederverheirathung mit einem Deutschen die Unterstützung noch auf 12 Monate belassen bleibt.

D. Gemeinsame Bestimmungen.

I. Zu §§ 1. u. 2.

I. Die sämtlichen Zuschüsse unterliegen den Bestimmungen über das Ruhen der Pension nach Maßgabe des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871, der Novelle vom 22. Mai 1893, des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 und der zu diesen Gesetzen erlassenen Ausführungs-Bestimmungen.

Die etwa erforderliche Pensions-Neuregelung erfolgt, soweit sie nicht in Betreff der Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Beamten mit der Anweisung nach Maßgabe des oben unter A Bestimmten bereits von der Pensionsabtheilung des Kriegsministeriums bewirkt wird, durch die zuständige Regierung zc. auf Anzeige der dem betreffenden Pensionär vorgesetzten Dienstbehörde (Anstellungsbehörde).

Der Pensionär hat zur Vermeidung von Pensionsüberhebungen seiner vorgesetzten Dienstbehörde von der erfolgten Mehrbewilligung sofort Anzeige zu machen.

II. Die Berechnung der bewilligten Zuschüsse und Unterstützungen erfolgt bei denjenigen Titeln des Etats-Kapitals 80 (Invaliden-Pensionen zc. in Folge der Kriege vor 1870), unter welchen die bisherigen gesetzlichen Bewilligungen nachgewiesen werden.

Bronsart v. Schellendorff.

No. 1591/1. 94. C. 2.

Deckblätter gelangen zur Versendung:

Nr. 1 bis 5 zu der Dienstvorschrift für die Sammel- und Ersatzmagazine.

Muster I.**Berech**

des dem Invaliden aus dem Kriege 18 . . . , ehemaligen N. N. zu N., gemäß Gesetzes

Udc. Nr.	Ebange	Vor- und Zunamen	Bohnort	Grad der Dienst- und Erwerbsunfähigkeit	Bezieht an Invaliden-Gebührrissen nach dem Gesetze vom 6. Juli 1865									Hat den Civil- versor- gungs- schein
					Pension				Ver- wun- dungs- zulage	Verstüm- melungs- zulagen		Zulage für Nicht- beurtheilung des Civil- ver- sorgungs- scheins		
					I.	II.	III.	IV.		ein- fach	mehr- fach			
					Klasse									
					M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.		
1	Feldwebel, Invalide aus dem Kriege 1848	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid, völlig erwerbsunfähig, einfach verstümmelt, un- tauglich zur Verwendung im Civildienst, in Folge Verwundung vor dem Feinde.	30	.	.	.	6	15	.	9	.	
2	Unteroffi- zier, Invali- de aus dem Kriege 1864	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid, größtentheils erwerbs- unfähig in Folge äußerer Kriegedienstbeschädigung	.	15	ja	
3	Musketier, Invalide aus dem Kriege 1866	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid, größtentheils erwerbs- unfähig in Folge innerer Kriegedienstbeschädigung	.	12	ja	
4	do.	N. N.	N. N.	wie vor, jedoch völlig erwerbsunfähig und un- tauglich zur Verwendung im Civildienst innerer Kriegedienstbeschädigung	18	9	.	
5	do.	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid, theilweise erwerbsun- fähig in Folge Verwun- dung vor dem Feinde	.	.	7,5	.	6	.	.	.	nein schlechte Führung	
6	do.	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid - in Folge äußerer Kriegs- dienstbeschädigung.	.	.	.	3	ja	
7	do.	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid, völlig erwerbsunfähig, erblindet, untauglich für Civildienst in Folge Ver- wundung vor dem Feinde.	18	.	.	.	6	.	30	9	.	
8	do.	N. N.	N. N.	Dauernd ganzinvalid, völlig erwerbsunfähig in Folge äußerer Kriegs- dienstbeschädigung.	.	12*	ja	

vom 14. Januar 1894 zu gewährenden Pensionzuschüssen zu seinen bisherigen Invaliden-Gebühren.

Nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1871 und der
dazu ergangenen Abänderungen würden zuständig sein:

Pension					Kriegszulage	Verstüm- melungs- zulagen	Zulagen für Nicht- benutzung des Civil- versorgungsscheins im Betrage von		Pension		Kriegszulage	Ver- stümme- lungs- zulage	Zulage für Nicht- benutzung des Civil- versor- gungs- scheins	Summa	Bemerkungen.
I.	II.	III.	IV.	V.			9	12	M.	M.					
Klasse					M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	
42 ^e					9	18		9		12	3	3		18	*) Mann wegen der Folgen der Verwundung ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen.
24 ^e					9	18*				9	9	18		36	*) In Folge der an- geordneten Kriegsdienstbeschä- digung besteht: Verlust eines Auges bei nicht völliger Gebrauchsfähig- keit des anderen Auges — daher gemäß § 72 Ges. 27. 6. 71 als einfach verstümmelt und demzu- folge nach § 73 a. a. D. als gänzlich erwerbsun- fähig anzusehen.
15 ^e					9					3	9			12	
21 ^e					9			12		3	9		3	15	
9 ^e					9					1,5	3			4,5	
				6	9					3	9			12	
30 ^e					9	dreifach* 54		9		12	3	24		39	*) Als Folgezustand der Verwundung besteht neben Erblindung noch Verlust der Sprache, da- her dreifach verstümmelt.
21 ^e					9					9	9			18	*) Befand sich in Pen- sionsbeschränkung ge- mäß Abschnitt II des Ge- setzes vom 6. 7. 65.

Muster II...... **Armee-corps**

P. N. D. II

..... 12. 94.

J.-No.

Nachweisung

der bis zum 1. Dezember 1894 verfügten Umanerkenntnisse von Invaliden auf Grund des Gesetzes vom 14. Januar 1894.

Es sind mehr bewilligt worden an:										
Charge	Invaliden-Pension		Kriegszulage		Verstümmelungs- zulagen.		Zulage für Nicht- benutzung des Civil- versorgungsscheines		Summe der jährlichen Mehrbewilligung	
	Köpfe a) 12 M. b) 9 M. c) u. s. w. monatlich	Gesamt- Jahres- betrag der Mehrbe- willigung M.	Köpfe a) 3 M. b) 9 M. monatlich	Gesamt- Jahres- betrag der Mehrbe- willigung M.	Köpfe a) 3 M. b) 18 M. c) u. s. w. monatlich	Gesamt- Jahres- betrag der Mehrbe- willigung M.	Köpfe a) 3 M. monatlich	Gesamt- Jahres- betrag der Mehrbe- willigung M.		
Feldwebel	a) b) c)								Bezeich- nung der Inv. Gebüh- nisse	
Sergeanten	a) b) c)								In- validen- Pensionen	
									Kriegs- zulagen	
Unteroffiziere	a) b) c)								Verstüm- melungs- zulagen	
									Zulage für Nicht- benutzung des Civil- ver- sorgungs- scheines	
Gemeine	a) b) c)									
Zusammen									Zu- sammen	

An
das Königl. Kriegsministerium
Departement für das Invalidenwesen
Berlin.

Unterschrift.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniss gebracht.
Potsdam, den 16. Februar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Potsdam, gedruckt in der Buchdruckerei von A. W. Pappe's Erben.

N u t s b l a t t

der Königl. i c h e n Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 10.

Den 9. März

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 6. d. M. will Ich zum Bau und Betriebe einer normal-spurigen Eisenbahn vonummerdors nach Züterbog die Genehmigung unter Verleihung des Rechtes zur Entziehung und Beschränkung des Grundeigenthums nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen hierdurch ertheilen. Bau und Betrieb dieser Bahn ist nach dem durch den landesherrlichen Erlass vom 26. Februar 1874 (G. S. S. 119) genehmigten Abkommen zwischen dem Kriegsminister und dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 27. Januar 1874, die Militär-Eisenbahn von Berlin nach Nummerdors betreffend, auszuführen und zu leiten. Dieser Erlass ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. April 1872 zu veröffentlichen.

Berlin, den 7. Februar 1894.

gez. Wilhelm
R.

gegenges. Graf zu Eulenburg, von Voetticher.

Dr. von Ebelling, Krbr. von Verleypsch.

Graf von Caprivi, Dr. Miquel, von Heyden.

Ebielen, Dr. Basse.

Bronsart von Schellendorff.

An das Staatsministerium.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechtes zur Anwendung der dem Chausseegeldtarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen für die im Kreise Muppin neu erbauten Chaussee vom Bahnhof Pöwenberg bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Pöwenberg.

Auf Ihren Bericht vom 6. Februar d. J. genehmige Ich, daß die dem Chausseegeldtarife vom 29. Februar 1840 (Gesetz-Sammlung, Seite 94, 95) angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen auf die im Kreise Muppin, Regierungsbezirk Potsdam, neu erbauten Chaussee vom Bahnhof Pöwenberg über Bornwerf Neu-Pöwenberg bis zur Grenze des Kreises Tempplin in der Richtung auf Pöwenberg zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Berlin, den 14. Februar 1894.

gez. Wilhelm
R.

gegenges. Ebielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. i c h e n Regierungs-Präsidenten.

30. Durch Erlass des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 18. Mai 1892 II. 10098 ist entschieden, daß die geplante Schienenverbindung der Stadt Straußberg mit dem gleichbenannten Bahnhofs der Königl. Ostbahn nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als Eisenbahn im Sinne der Reichsverfassung und des Preussischen Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 nicht zu erachten, vielmehr es den Verkehroverhältnissen des Unternehmens entsprechen und genügen würde, zum Bau und Betriebe der Bahn nur die Genehmigung der Landespolizeibehörde einzuholen.

Am 29. August 1892 hat die eisenbahntechnische und landespolizeiliche Prüfung des Sonderentwurfs der erwähnten Eisenbahnstrecke stattgefunden und es sind gegen denselben von keiner Seite Einwendungen erhoben worden.

Der Herr Reichsanzler hat unterm 8. Oktober 1892 auf Bundesrathsbeschluss den Unternehmern die Erlaubnis gegeben, auf den Namen lautende Aktien zum Nennwerthe von 500 M. bis zum Betrage von 330000 Mark auszugeben. Demzufolge ertheile ich im Einverständnis mit dem Königl. i c h e n Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Schneidemühl zu Berlin die Genehmigung, daß die für dieses Unternehmen unter dem Namen „Straußberger Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft“ gebildete Vereinigung gemäß § 1, 3 und 13 des Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1892, unter dessen Vorschriften das Unternehmen hiermit gestellt wird, den Bau und Betrieb dieser Linie ausführe.

Die Genehmigung wird ohne Rücksicht auf irgend welche Zeitbeschränkung in der Dauer der Genehmigung ertheilt, da keiner der Fälle vorliegt, in welchem gemäß § 13 a. a. D. und der zu diesem § erlassenen Ausführungsanweisung vom 22. August 1892 die Genehmigung nur mit Zeiteinschränkung ertheilt werden darf. Die Genehmigung wird unter folgenden Bedingungen ertheilt:

1) Die concessionirte Aktiengesellschaft darf diese Genehmigung ohne diesseitige Zustimmung nicht weiter übertragen. Tritt eine Aenderung in der Person der Unternehmerin ein, so ersucht diese Genehmi-

1) Die concessionirte Aktiengesellschaft darf diese Genehmigung ohne diesseitige Zustimmung nicht weiter übertragen. Tritt eine Aenderung in der Person der Unternehmerin ein, so ersucht diese Genehmi-

gung von selbst, sobald nicht die seitige Zustimmung hierzu erteilt worden.

- 2) Der Betrieb kann bei Verlust der Concession nicht früher eröffnet werden, als bis die eisenbahn-technische und landespolizeiliche Abnahme der Strecke stattgefunden und die diesbezügliche Betriebsgenehmigung von mir und dem königlichen Eisenbahn-Betriebs-Amt Berlin-Schneidemühl zu Berlin erteilt worden.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, den eröffneten Betrieb ordnungsmäßig aufrecht zu erhalten.

- 3) Durch das Unternehmen dürfen Rechte Dritter nicht verletzt, insbesondere die jetzt bestehenden Vorfluthverhältnisse, sowie die allgemeinen Verkehrsverhältnisse auf den bei der Bahnlinie befindlichen öffentlichen und privaten Wegen, bei Legeirnen, soweit dies nicht durch den ordnungsmäßigen Betrieb der Bahn bedingt wird, nicht gestört werden.

- 4) Der Uebergang in Schienenhöhe des öffentlichen Verkehrsweges in Stat. 47,5 kann nicht in den projektierten scharfen Winkel, sondern muß in einer entsprechenden Kurve von mindestens 25 m Halbmesser und unter einem Kreuzungswinkel von mindestens 45° überführt werden.

- 5) Der Bau bleibt streng nach dem am 29. August 1892 staatlich geprüften mit dem landespolizeilichen Revisionsvermerk von demselben Datum versehenen Sonderentwurf, welche Revision auch für das jetzige Unternehmen gilt bezw. nach dem beiliegenden mit dem eisenbahn-technischen Prüfungsvermerk vom 11. Februar 1893 versehenen Entwurf. — bestehend aus:

3 Blatt Höhen und Lageplan,

1 Blatt Normalprofil für Planum und Oberbau,

1 Blatt Bahnhofspan Straußberg,

3 Blatt Bahnhofsbauarbeiten,

3 Blatt Ausführungszeichnungen der Schienen und des Oberbaues und

4 Blatt Konstruktionszeichnungen der Weichen — sowie nach den nachstehend auferlegten Bedingungen bei Vermeidung der sofortigen Concessionsentziehung auszuführen.

- a. Der Anschluß der Kleinbahn an die Berlin-Güter-Eisenbahn ist nach dem dem Gründungs-Comité mit Schreiben der königlichen Eisenbahn-Direction zu Bromberg vom 19. Oktober v. J. Nr. 10580 B. übersandten Plane herzustellen.

- b. Für die sämtlichen Bauausführungen müssen die in der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 in der Anlage A. und B. bezeichneten Umgrenzungen des lichten Raumes eingehalten werden.

- c. Für den Unterbau sind auf eine Schienenlänge von 9,0 m 10 Schwellen zu verlegen.

Die Abmessungen der Schwellen dürfen nicht unter eine Länge von 2,30 m, eine Breite von

0,20 m und unter eine Stärke von 0,14 m herab gehen.

- d. An beiden Seiten des Chausseüberganges in Stat. 35,0 sind Warnungs- und Läutetaseln aufzustellen.

- e. Hinter den Weichen sind Merkzeichen zur Kennzeichnung der Punkte anzubringen, bis zu welchen Wagen geschoben werden können, ohne den Verkehr auf den Nebengleisen zu verhindern.

- f. Die lichte Weite der Spurrinnen bei Weichen, Kreuzungen, Ueberwegen u. s. w. darf nicht unter 0,041 m betragen.

- g. Für sämtliche Betriebsmittel sind einachsige Räder zu verwenden.

- h. Das Ladegewicht der Wagen soll durch 500 theilbar sein.

- i. Einzelzeichnungen der zur Ausführung vorgesehenen Betriebsmittel und der Bremsvorrichtungen mit eingeschriebenen Maßen sind mit den erforderlichen Beschreibungen rechtzeitig vor der Betriebsabnahme der Bahn in 3 Ausfertigungen zur Genehmigung vorzulegen.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, die Anlagen und die Betriebsmittel dem genehmigten Entwurf entsprechend ordnungsmäßig zu unterhalten.

- 6) Alle Mehrleistungen, welche gegenüber dem jetzt bestehenden Zustande am Wege und Vorfluthverhältnissen durch die Anlage entstehen, trägt die Unternehmerin.

- 7) Zur Sicherstellung der Bedingungen zu Nr. 6 haftet die von dem Consortium Plafsch und Genossen bei der hiesigen Regierungshauptkasse hinterlegte Kaution von 3000 M. in Worten „Dreitausend Mark“.

- 8) Es bleibt vorbehalten, der Unternehmerin jederzeit die Gestattung der Einführung von Anschlußgleisen für den Privatverkehr gemäß § 10 des Kleinbahngesetzes aufzuerlegen.

- 9) Bezüglich der Vorschrift von Absatz 2 des § 8 a. a. D. bleiben die besonderen Vorschriften der kaiserlichen Reichstelegraphen-Verwaltung noch durch mich einzuholen. Die Unternehmerin hat sich diesen Vorschriften unbedingt zu unterwerfen.

- 10) Bezüglich der kaiserlichen Reichspostverwaltung gelten für das Unternehmen die Bestimmungen des § 42 a. a. D., wobei die kaiserliche Oberpostdirektion zu Potsdam sich mittelst Schreibens vom 25. November 1892 — R. 20166 — in der postseitigen Benutzung der Bahn, soweit dies gesetzlich beansprucht werden kann, im Interesse des Postbetriebes die jederzeitige Einführung einer Aenderung vorbehalten hat.

- 11) Die Genehmigung erlischt von selbst, wenn der Ausbau der Strecke nicht bis zum 1. Oktober 1893 vollständig entwerfsmäßig und abnahmefähig ausgeführt ist.

- 12) Für die Beamten im äußeren Betriebsdienst sind

schriftliche Dienstsanweisungen zu erlassen, durch welche ihre Wirksamkeit und Verantwortlichkeit genauer festgestellt wird.

Die Aufsichtsbehörde behält sich das Recht vor, die in dem äußeren Betriebsdienst angestellten Bediensteten auf ihre technische Befähigung und Zuverlässigkeit zu prüfen.

Der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde ist in jedem Falle Anzeige von Bestrafungen und anderen Vorkommnissen, welche für die Frage der technischen Zuverlässigkeit und Befähigung der betreffenden Beamten erheblich sind, zu machen.

Im äußeren Betriebsdienst beschäftigte technisch nicht befähigte oder unzuverlässige Bedienstete sind sofort zu entlassen.

Am Uebrigen gelten für das Unternehmen die Vorschriften der §§ 15. und folgende — des Kleinbahngesetzes, insbesondere § 17.

- 13) Die Bahn darf mit einer Geschwindigkeit von höchstens 20 Kilometer in der Stunde befahren werden. Die größte Stärke der Züge wird auf 20 Achsen festgelegt.

In jedem Zuge müssen außer den Bremsen an der Lokomotive wenigstens $\frac{1}{10}$ aller Achsen mit Bremsen versehen und ordnungsmäßig bedient sein.

Indeß soll für die ersten 4 Achsen die Lokomotivbremse genügen. Fahrzeuge mit einem Radruck von mehr als 3000 Kilogramm dürfen die Bahn nicht befahren.

100 m vor jedem Ueberweg bis an denselben ist das Läutewerk der Lokomotive in Thätigkeit zu setzen.

- 14) Vor Eröffnung der Bahn sind der Fahrplan und die Betriebsvorschriften, etwaige Abänderungen derselben vor der jedesmaligen Inkraftsetzung, der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Eine wiederholte Prüfung des Fahrplans und der Betriebsvorschriften in Zeitabschnitten von 3 zu 3 Jahren durch die aufsichtsführende Behörde wird vorbehalten.

Der Fahrplan und die Beförderungspreise, sowie die jedesmalige Aenderung derselben sind in dem Potsdamer Regierungs-Anzeigebatte, sowie in den Kreisblättern des Ober- und Nieder-Barnimer Kreises sowie durch Aushang in den für den Beförderungsverkehr bestehenden Räumen der Bahnhöfe öffentlich bekannt zu machen.

- 15) Die Festsetzung der Beförderungspreise steht der Unternehmerin für den Zeitraum von 5 Jahren nach der Betriebseröffnung frei. Von da an wird der Höchstbetrag der Beförderungspreise der Genehmigung der Aufsichtsbehörde in Zeitabschnitten von 3 zu 3 Jahren vorbehalten.

Die festgesetzten Beförderungspreise, sowie etwaige Abänderungen derselben sind der Aufsichtsbehörde vor der Inkraftsetzung mitzuteilen.

- 16) Neue Wagen dürfen erst in Gebrauch genommen werden, nachdem sie untersucht und als sicher be-

funden worden sind. Jeder Wagen ist in Zeiträumen von höchstens 3 Jahren einer gründlichen erneuten Untersuchung zu unterwerfen, bei welcher die Achsen, Lager und Federn abgenommen werden müssen.

Die Radreifen der Wagen dürfen höchstens bis auf eine Stärke von 16 mm abgenutzt werden.

- 17) Falls der wachsende Verkehr eine Erweiterung oder Ergänzung der Bahnanlagen und Betriebsmittel erfordern sollte, ist die Unternehmerin hierzu verpflichtet.

- 18) Von dem genehmigten Entwurf sind 2 Abzeichnungen einzureichen.

- 19) Unternehmerin unterwirft sich den sonst noch etwa im Laufe der Zeit als notwendig herausstellenden landespolizeilichen und eisenbahntechnischen Vorschriften, soweit solche durch das Kleinbahngesetz nicht ausgeschlossen sind.

Potsdam, den 2. März 1893.

(L. S.) Der Regierungs-Präsident.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
Berlin-Schneidemühl.

Zusatz zur Genehmigungs-Urkunde vom 2. März 1893.

Die zur Herstellung und zum Betriebe der Bahn zwischen der Stadt Strausberg und dem Bahnhofs gleichen Namens der Eßbahn ertheilte Genehmigung vom 2. März 1893 wird im Einvernehmen mit dem Königlichen Eisenbahnbetriebsamt Berlin-Schneidemühl zu Berlin dahin abgeändert,

daß die Bahn fortan den Namen: „Strausberger Kleinbahn“ und die Unternehmerin die Bezeichnung: „Strausberger Kleinbahn-Aktiengesellschaft“

zu führen hat.

Potsdam, den 24. Februar 1894.

(L. S.) Der Regierungs-Präsident.

31. Durch Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 2. XII. 92 IV. 5536 III. 23035 ist entschieden, daß die geplante Schienen-Verbindung mit Normalpurbreite zwischen Nauen und Regin, welche von der Aktiengesellschaft „Eshavelländische Kreisbahnen“ ausgeführt werden soll, nicht den Vorschriften des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838, sondern dem Gesetze über die Kleinbahnen vom 28. Juli 1892 zu unterstellen sei.

Nachdem die polizeiliche und eisenbahntechnische Prüfung des aufgestellten unter dem 26. Februar l. J. gemäß § 4 des Kleinbahngesetzes geprüften Entwurfes stattgefunden hat, ertheile ich der Aktiengesellschaft für Eshavelländische Kreisbahnen gemäß § 1, 3 und 13 des angeführten Kleinbahngesetzes, unter dessen Vorschriften die Bahn hiermit gestellt wird, im Einverständnisse mit dem Königlichen Eisenbahnbetriebsamt Berlin-Wittenberge zu Berlin die Genehmigung zum

Bau und Betriebe dieser Linie auf die Dauer von fünf und vierzig Jahren (vom Tage dieser Genehmigungs-Ertheilung an gerechnet) unter nachstehenden Bedingungen.

- 1) Die Unternehmerin darf diese Genehmigung ohne Zustimmung der genehmigenden Behörden nicht weiter übertragen. Tritt eine Aenderung in der Person der Unternehmerin ein, so erlischt diese Genehmigung von selbst, sofern zu dieser Uebersetzung nicht die behördliche Zustimmung ertheilt worden ist.
- 2) Der Betrieb darf bei Verlust der Concession nicht früher eröffnet werden, als bis die eisenbahntechnische und polizeiliche Abnahme der Strecke stattgefunden und die diesbezügliche Betriebsverlaubbuch von den genehmigenden Behörden ertheilt worden ist. Die Unternehmerin ist verpflichtet, den eröffneten Betrieb ordnungsmäßig aufrecht zu erhalten.
- 3) Durch das Unternehmen dürfen Rechte Dritter nicht verletzt, insbesondere die jetzt bestehenden Vorstuf-, sowie die allgemeinen Verkehrsverhältnisse auf den bei der Bahnlinie theilhaftigen öffentlichen wie privaten Wegen nicht gestört werden.
- 4) Bevor mit der Herstellung der Ueberschneidung der Kleinbahn über den Körper der Berlin-Preussischen Staatsbahn begonnen wird, müssen Sonderentwürfe und statische Berechnungen für dieses Bauwerk der königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg und dem königlichen Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Wittenberge zu Berlin vorgelegt und von beiden Behörden genehmigt werden. Bemerkt wird hierbei, daß die Pfeiler des Ueberschneidungsbaues gemauert auszuführen bleiben.

Der Anschluß an die Berlin-Hamburger Staatsbahn auf dem Bahnhofe Nauens hat unter den von der königlichen Eisenbahn-Direktion Altona zu stellenden Bedingungen und zu genehmigenden Plänen zu erfolgen.

- 4a. Die baulichen Anlagen der Kleinbahn sind derartig herzustellen, daß an allen Haupt- und Nebenseiten diejenige Umgrenzung des lichten Raumes gewahrt bleibt, welche durch die Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 für die Nebeneisenbahnen Deutschlands mit voller Spurweite und zwar für Neubauten vorgeschrieben ist.

Für die Höhen- und Breitenmaße der Peco-tiven und Wagen gelten die Bestimmungen, welche in den Normen für den Bau und die Ausrüstung der Hauptbahnen Deutschlands (vom 5. Juli 1892) vorgeschrieben sind.

- 5) Die Unternehmerin hat vor der im § 17 des Kleinbahngesetzes vorgeschriebenen Planfeststellung dem königlichen Landrath Osthavelländer Kreises ein vollständiges Verzeichniß der Durchlässe, sowie der Uebergänge in Schienenhöhe einzureichen. Bevor dies nicht geschehen, darf die Anlegung (§ 17 Nr. 2) nicht erfolgen.

- 6) Die Bahn darf in Stat. 46 bei dem Uebergange in Schienenhöhe über die Nauen-Reginer Kreis-Chaussee nicht in einem so spitzen Winkel wie im Sonderentwurfe angenommen, die erwähnte Straße schneiden.
- 7) Sollten es die öffentlichen Verkehrsverhältnisse für geboten erscheinen lassen, so muß der Uebergang in Schienenhöhe über die Berlin-Hamburger Provinzial-Chaussee seitens der Unternehmerin unmittelbar bewacht und mit Schrauben mit unmittelbarer Verbindung versehen werden.
- 8) Bei den Begehrungen in Schienenhöhe in Stat. 9,5 (Landweg Bredow-Nauen), Stat. 17 (Provinzial-Chaussee Berlin-Hamburg), Stat. 46 (Kreis-Chaussee Nauen-Regin) und Stat. 156 (die selbe Chaussee) dürfen die Züge, Maschinen u. nur mit einer Maximalgeschwindigkeit von 8 Kilometer die Stunde verkehren, während sonst die zulässige Maximalgeschwindigkeit auf der ganzen Linie dreißig Kilometer die Stunde beträgt.
- 9) Sämmtliche Uebergänge in Schienenhöhe müssen seitens der Unternehmerin bewacht werden.
- 10) Im öffentlichen Schiffsverkehrsinteresse hat die Unternehmerin die Grundsohle des bei Regin von ihr anzulegenden Hafens auf 16 Meter zu verbreitern.
- 11) Der Bau ist genau nach dem am 25. Februar 1893 staatlich geprüften und mit dem Revisionsvermerk versehenen Entwurfe auszuführen, wobei bemerkt wird, daß die Bahnlinie in der Feldmark Regin nach dem Entwurfe anzulegen ist, und nicht, wie von einer Seite beantragt, 25 bis 30 Meter von der Nauen-Reginer Kreis-Chaussee abgerückt werden darf. Die ohne behördliche Abweichung erfolgenden Bauänderungen ziehen den sofortigen Verlust der Concession nach sich.
- 11a. Mit Rücksicht auf die unter Nr. 8 gestattete Maximal-Geschwindigkeit wird bestimmt, daß für den Zustand der Bahn, für den Zustand, Unterhaltung und Untersuchung der Betriebsmittel, für die Einrichtungen und Maßregeln für die Handhabung des Betriebes, für das Signalfesen und eventuell für die Bahnpolizeibeamten diejenigen Bestimmungen gelten, welche sich in der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 befinden, falls nicht nach Antrag der Unternehmerin in Rücksicht auf besondere Verhältnisse der Kleinbahn die Aufsichtsbehörde Abweichungen von diesen Vorschriften gestattet.
- Für die Beamten im äußeren Betriebsdienste sind schriftliche Dienstweisungen zu erlassen, durch welche ihre Wirksamkeit und Verantwortung genau festgestellt wird.
- Vor der Betriebseröffnung ist der Aufsichtsbehörde ein namentliches Verzeichniß aller im äußeren Betriebsdienste zu Beschäftigenden vorzulegen und behält sich die genannte Behörde die Prüfung des zu verwendenden Personals

vor, Dasselbe gilt von den nach der Betriebs-
eröffnung einzustellenden Personen.

Der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde ist
in jedem Falle Anzeige von Verstärkungen und
anderen Vorkommnissen, welche für die Frage
der technischen Zuverlässigkeit und Befähigung
der betreffenden Beamten erheblich sind, zu
machen.

Im äußeren Betriebsdienst beschäftigte,
technisch nicht befähigte oder unzuverlässige Be-
dienstele sind sofort zu entlassen.

- 11h. Vor der Eröffnung der Bahn sind der Fahr-
plan und die Betriebs-Vorschriften, etwaige
Abänderungen derselben vor der jedesmaligen
Infratsetzung der Aufsichtsbehörde zur Ge-
nehmigung vorzulegen. Eine wiederholte
Prüfung des Fahrplanes und der Betriebs-
Vorschriften in Zeitabschnitten von 3 zu 3 Jahren
durch die aufsichtsführende Behörde wird vor-
behalten.

Der Fahrplan und die Beförderungspreise,
sowie die jedesmalige Aenderung derselben sind
in dem Potsdamer Amtsblatte und dem St-
havelländer Kreisblatte, sowie durch Anschlag
in den für den Beförderungsverkehr bestehenden
Räumen der Bahnhöfe öffentlich bekannt zu
machen.

- 11c. Die Festsetzung der Beförderungspreise steht der
Unternehmerin für den Zeitraum von 5 Jahren
nach der Betriebseröffnung frei. Von da an
wird der Höchstbetrag der Beförderungspreise
der Genehmigung der Aufsichtsbehörde in Zeit-
abschnitten von 3 zu 3 Jahren vorbehalten.

Die festgesetzten Beförderungspreise, sowie
etwaige Abänderungen derselben sind der Auf-
sichtsbehörde vor der Infratsetzung mitzutheilen.

- 11d. Falls der wachsende Verkehr eine Erweiterung
oder Ergänzung der Bahnanlagen und Be-
triebsmittel erfordern sollte, so ist die Unter-
nehmerin hierzu verpflichtet.

- 12) Alle Mehrleistungen, welche gegenüber dem jetzt
bestehenden Zustande an den Wege- und Vorfluths-
Verhältnissen durch die Bahnanlage entstehen, trägt
die Unternehmerin. Zur Sicherstellung hierfür hat
die Unternehmerin gemäß § 11. eine Kaution in
Höhe von 3000 Mk. in Worten: „Dreitausend
Mark“ baar oder in solchen Wertpapieren bei
der hiesigen königlichen Regierungs-Hauptkasse bis
zum 1. Mai 1893 zu hinterlegen, wie sie für die
Anlegung von Mündelgebirgen in der Vormund-
schaftsordnung vorgeschrieben ist.

- 13) Es bleibt vorbehalten, der Unternehmerin jederzeit
die Erstattung der Einführung von Anschlußgleisen
für den Privatverkehr (§ 10 a. a. D.) aufzu-
erlegen.

- 14) Bezüglich der Vorschrift von Abs. 2 des § 8
a. a. D. bleiben die besonderen Vorschriften der
kaiserlichen Reichstelegraphenverwaltung noch durch

mich einzuholen. Rücksichtlich der Anforderungen
der kaiserlichen Reichspost-Verwaltung hat sich die
Unternehmerin allen diesbezüglichen Ansprüchen
dieser Verwaltung (§ 42 a. a. D.) unbedingt zu
unterwerfen.

- 15) Unternehmerin unterwirft sich den sonst noch etwa
im Laufe der Zeit sich als notwendig heraus-
stellenden landespolizeilichen oder eisenbahntechnischen
Vorschriften, soweit solche durch das Klein-
bahngesetz nicht ausgeschlossen sind. Im Uebrigen
gelten für das Unternehmen die Vorschriften des
Kleinbahngesetzes vom 28. Juli 1892, insbesondere
die §§ 14 und 17.

- 16) Diese Genehmigung erlischt von selbst, wenn der
Ausbau der ganzen Linie entwürfs- und abnehmungs-
fähig nicht bis zum 1. Dezember 1893 fertig ge-
stellt worden ist.

Bezüglich der der Unternehmerin gegenüber der
kaiserlichen Postverwaltung geltenden Verpflichtungen
kommen die Vorschriften des § 42 des
Kleinbahngesetzes in vollem Umfange zur Geltung,
außerdem haben die Unternehmer der Reichspost
alle diejenigen Kosten zu erstatten, welche durch
eine Umlegung oder Höherlegung oder sonstige
Aenderung der in der Nähe der Bahn verlaufenden
Reichstelegraphen- oder Fernsprechklinien entstehen
werden, soweit diese Arbeiten nach dem Ermessen
der Postverwaltung durch die Anlage der Kleinbahn
nötig werden. Die näheren Feststellungen können
erst nach Fertigstellung des Bahnbaues an Ort
und Stelle stattfinden, worauf die kaiserliche Ober-
postdirektion Potsdam das Weitere den Unter-
nehmern mittheilen wird. Der genannten Behörde
muß seitens der Unternehmer sofort nach erfolgter
Ausfertigung dieser Genehmigung eine Lage-
zeichnung des Bahntrassens in den betreffenden
Sektionen der Generalkarte des Maßstab 1 : 50000
direkt eingereicht werden.

- 17) Von den einstweilen hier zurückfolgenden Zeich-
nungen und Beschreibungen haben die Unternehmer
eine behördlich beglaubigte Copie anzufertigen und
solche unmittelbar dem königlichen Eisenbahn-
betriebsamte Berlin-Wittenberge zu Berlin einzu-
reichen, dem unterzeichneten Regierungs-Präsidenten
aber das Original zurückzugeben, welches als Theil
der Genehmigungsurkunde hier aufbewahrt werden
muß.

Potsdam, den 14. März
1893.

Der Regierungs-Präsident,

Berlin, den 8. März 1893.

Das königliche Eisenbahn-
Betriebsamt
(Berlin-Wittenberge).

32. Gemäß § 1, 3 und 13 des Gesetzes über die
Kleinbahnen vom 28. Juli 1892, unter dessen Vor-
schriften die nachbezeichnete Bahn hiermit gestellt wird,
ertheile ich der Actiengesellschaft „Königs-Wusterhausen-
Wittenwalde-Forstlin“er Kleinbahngesellschaft“, im Ein-
verständnis mit dem königlichen Eisenbahn-Betriebs-
amt Cottbus, die Genehmigung zur Herstellung und

zum Betrieb einer der Personen- und Güterbeförderung dienenden, normalspurigen Kleinbahn mit Dampfbetrieb von Königs-Wusterhausen über Schenkendorf-Mittenwalde Gassum-Möken-Loepchin mit Abzweigung von Gassum nach Schöneicherplan unter nachstehenden Bedingungen:

- 1) Die Herstellung der Kleinbahn hat nach Maßgabe des dem Antrage vom 28. Juni 1892 beigefügten Erläuterungsberichtes und der polizeilich geprüften und festgestellten Lage- und Höhenpläne unter Berücksichtigung der von den Unternehmern im Anschluß an die Prüfungsverhandlung vom 15. Juli 1892 vorgenommenen in den Plänen mit blauer Tinte eingetragenen Abänderungen zu erfolgen.
- 2) Für die Herstellung des Anschlusses der Kleinbahn an die Berlin-Görlitzer Eisenbahn bei Bahnhof Königs-Wusterhausen, desgleichen für die Ueberbrückungen von Gräben und Kanälen, endlich für die Bahnbefestigungsanlagen und deren Zugangswege, sowie die Drehscheiben sind von der Unternehmerin binnen drei Monaten noch Spezialpläne zur gesonderten polizeilichen Genehmigung einzureichen.
- 3) Ueber die Benutzung von öffentlichen Wegen hat die Unternehmerin binnen der gleichen Frist noch formell gültige Beschlüsse von den aus Gründen des öffentlichen Rechts zur Unterhaltung der Wege verpflichteten Corporationen beizubringen.
- 4) Hinsichtlich der Wegeübergänge, für deren Breite die Angaben des Erläuterungsberichtes maßgebend sind, hat die Unternehmerin folgenden Mindestanforderungen zu genügen:
 - a. Die Wegerampe darf die Bahnkrone nur unter einem Winkel von nicht weniger als 60 Grad kreuzen.
 - b. Die Zugangsrampen dürfen kein stärkeres Gefälle als 1:40 erhalten und müssen so angeordnet werden, daß zu beiden Seiten von der Mitte der Bahnlinie je eine horizontale Länge von 10 m liegt.
 - c. Bei Rampen dürfen nur Krümmungen mit einem Radius von mindestens 20 m stattfinden.
 - d. Die Einfahrten der Rampe müssen mit Kies und Lehm gut befestigt werden.
 - e. Bei den Wegeübergängen ist zwischen den Schienen Chaussierung zu verwenden, außerhalb der Schienen ist der Anlauf mittels einer 1,5 m breiten Pflasterung herzustellen.
 Den zu 3 aufgeführten Corporationen bleibt es unkenommen, noch weitergehende Bedingungen hinsichtlich der Wegeübergänge zu stellen.
- 5) Auf denjenigen Strecken, wo die Kleinbahn Forstbestände durchschneidet oder unmittelbar neben Forstbeständen geführt wird, müssen Schutzstreifen angelegt werden. Auf denselben darf bis auf 16 m von der Bahnmittellinie aus kein hoher Baum und kein Nadelholz belassen, auch muß für Wundhalten des Bodens Sorge getragen werden.

6) Für die in der Gemarkung Möken an der projektierten Kleinbahn zwischen Station 11,2 und 11,5 gelegenen Gehöfte müssen genügend besetzte Verbindungswege über die Eisenbahn zu der in Folge des Bahnbaues verlegten Teupitz-Mittenwalder Kreischauffee angelegt werden.

Für den sicheren Verkehr auf diesen Verbindungswegen hat die Unternehmerin die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

7) Die Ueberbrückung des Gassum'er Kanals ist so herzurichten, daß die an beiden Ufern des Kanals vorhandenen Treidelsiege ungehindert fortbewegt werden können.

8) Hinsichtlich der Verpflichtung zur Gestattung der Einführung von Anschlussgleisen für den Privatgüterverkehr, sowie hinsichtlich der Verpflichtung gegenüber der Reichs-, Militär-, Post- und Telegraphen-Verwaltung, hat sich die Unternehmerin den Bestimmungen des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen vom 28. Juli 1892 — Ges. S. S. 225 ff. — und den dazu ergangenen bzw. noch ergehenden Ausführungs-Anweisungen zu unterwerfen.

9) Die gesammte Leitung der Bau- und Betriebs-Verwaltung ist einem Betriebsleiter zu übertragen, welcher die Gesellschaft mit den gesetzlichen Befugnissen und Verpflichtungen des Vorstandes einer Aktiengesellschaft vertritt und für die Geschäftsführung, insoweit dieselbe der staatlichen Beaufsichtigung unterliegt, der Aufsichtsbehörde verantwortlich ist.

10) Hinsichtlich des Zustandes der Bahn, des Zustandes der Unterhaltung und Untersuchung der Betriebsmittel, der Einrichtungen und Maßregeln für die Handhabung des Betriebes, des Signalwesens, der Bahnpolizei sind die Bestimmungen der Bahnordnung für die Nebenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 zu beachten.

11) Die Betriebsmittel sind vor ihrer Einstellung in den Betrieb und nach Vornahme erheblicher Abänderungen der Prüfung durch die in § 22 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 bezeichnete Behörde zu unterwerfen.

Von den zur Personenbeförderung nöthigen Betriebsmitteln, insbesondere auch von deren Bremsvorrichtungen sind noch Zeichnungen nebst den zur Erläuterung erforderlichen Beschreibungen einzureichen.

12) Die größte Fahrgeschwindigkeit für Züge und auch einzeln fahrende Lokomotiven hat 30 km in der Stunde zu betragen.

13) Bahnhofsbedeckungssignale sind nur an der Einführung der Bahn in den Bahnhof Königs-Wusterhausen der Berlin-Görlitzer Eisenbahn erforderlich.

14) Von einer Feststellung des Fahrplanes wird vorläufig für einen dreijährigen Zeitraum, von der Eröffnung des Betriebes an gerechnet, Abstand genommen. Doch hat auf der Strecke für den Per-



Nr.	Stationen	Bezeichnung des Weges	Breite des Ueberganges	Bemerkungen
III. Gem. Mittenwalde.				
7.	54 + 20	Feldweg,	4,0	
8.	61 + 60	desgl.	4,0	
9.	62 + 74	Communalweg von Gr. Bessen nach Mittenwalde,	6,0	
10.	10 + 78	Communalweg von Gr. Bessen nach Mittenwalde.	6,0	Abzweigung nach Mittenwalde.
IV. Gem. Gallun (Gemeinde.).				
11.	71 + 62	Communalweg von Krummensee nach Gallun,	6,0	
12.	73 + 16	desgl. von Mittenwalde nach Gr. Köris,	6,0	
13.	74 + 93	Communalweg von Gallun nach Gr. Bessen,	7,0	
14.	2	Feldweg.	4,0	Abzweigung nach Schöneiche.
Gem. Gallun (Gut.).				
15.	86 + 30	Feldweg,	4,0	
16.	0 + 62	Chaussee von Tempitz nach Mittenwalde,	4,0	Abzweigung nach Schöneiche.
17.	7 + 50	Communalweg von Gallun nach Gallinden,	6,0	Der Weg wird in Verbindung mit
18.	11 + 95	Feldweg.	4,0	dem Galluner Kanal überführt.
Gem. Mosen.				
19.	96 + 32	Feldweg,	4,0	
20.	102 + 38	desgl.	4,0	
21.	105 + 50	desgl.	4,0	
22.	109 + 20	desgl.	4,0	
23.	111 + 60	desgl.	4,0	Wird nicht überführt.
24.	117 + 40	desgl.	4,0	
25.	121 + 5	Communalweg von Kl. Bessen nach Mosen,	6,0	
26.	122 + 73	Feldweg,	4,0	
27.	126 + 64	desgl.	4,0	
28.	130 + 5	Communalweg von Gr. Köris nach Mosen,	5,0	
29.	131 + 14	desgl. nach Tempitz,	5,0	
30.	137 + 23	desgl. von Gallinden nach Tempitz.	5,0	
Gem. Töpchin.				
31.	148 + 90	Chaussee von Mittenwalde nach Tempitz,	7,0	
32.	158 + 10	Feldweg,	4,0	
33.	159 + 72	Communalweg von Bessen nach Töpchin,	6,0	
34.	162 + 60	Feldweg,	4,0	
35.	164 + 60	desgl.	4,0	
36.	166 + 76	desgl.	4,0	
Gem. Schöneiche.				
37.	17,0	Feldweg.	4,0	Abzweigung nach Schöneiche.

gestattet und zwar unter nachstehenden Bedingungen:

- Die Wegerampe darf die Bahnlinie nur unter einem Winkel von nicht weniger als 60 Grad kreuzen.
- Die Zugangsrampen dürfen kein stärkeres Gefälle als 1 : 40 erhalten und müssen so angeordnet werden, daß zu beiden Seiten von der Mitte der Bahnlinie je eine horizontale Länge von 10 m liegt.
- Bei Rampen dürfen nur Krümmungen mit einem Radius von mindestens 20 m stattfinden.
- Die Anfahrten der Rampen müssen mit Kies und Lehm gut befestigt werden.

- Bei den Wegeübergängen ist zwischen den Schienen Chausseestruktur zu verwenden, außerhalb der Schienen ist der Anlauf mittels einer 1,5 m breiten Pflasterung herzustellen. Den zur Unterhaltung der Wege verpflichteten Korporationen, sowie den zuständigen Wege-Polizei-Behörden bleibt es unbenommen, noch weitergehende Bedingungen hinsichtlich der Wegeübergänge zu stellen.
- Die für eventl. Entwässerungen erforderlichen Durchlässe sind nach näherer Vorschrift der Wege-Polizei-Behörden anzulegen.
- Allen Anordnungen der Wege-Polizei-Behörden hinsichtlich der zum Bau zu verwendenden Materialien und der Dauer der Bauzeit, sowie

aller aus Veranlassung des Baues im Interesse des öffentlichen Verkehrs und zur Verhütung von Beschädigungen der in Betracht kommenden Wege erforderlichen Maßnahmen ist unbedingt Folge zu leisten.

- h. Der Verkehr auf den öffentlichen Wegen darf während des Baues und auch nach Eröffnung des Betriebes nicht gestört oder beeinträchtigt werden.
 - i. Die anzulegenden Schienengeweise dürfen nicht eher mit Lokomotiven und Eisenbahnwagen befahren werden, bis nach dem Gutachten der Wege-Polizei-Behörden auf den Ueberwegen ein sicherer Verkehr mit Fuhrwerk möglich ist.
 - k. Die Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der Schienengeweisanlagen einschließlich der auszuführenden Pflasterungen, Durchlässe u. liegt der Gesellschaft auf alleinige Kosten für die Dauer des ihr eingeräumten Rechtes zur Benutzung der Wegelände ab.
- B. N° 6 wird dahin ergänzt, daß am Schlusse hinzugefügt wird:
- „Die Anordnung besonderer Sicherungsmaßregeln durch die genehmigende Behörde bleibt vorbehalten.“
- C. N° 8 wird folgendermaßen ergänzt:
- „Unternehmer sind verpflichtet, jederzeit die Einführung von Anschlußgleisen für den Privatverkehr zu gestatten.“
- D. N° 9 wird wie nachstehend ergänzt:
- „Der Betriebsleiter muß die im äußeren Betriebsdienst anzustellenden Personen der Aufsichtsbehörde namhaft machen und dabei gleichzeitig den Nachweis der technischen Befähigung jener Personen erbringen. Bei Beurtheilung der Befähigung sind die vom Reichskanzler erlassenen „Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahn-Betriebsbeamten vom 5. Juli 1892“ anzuwenden, jedoch nur insoweit dieselben sich auf den Dienst einer Nebenbahn beziehen.“
- E. N° 10 erhält nachstehenden Zusatz:
- „Unternehmer werden nöthigenfalls zur strengen Durchführung eines ordnungsmäßigen Zustandes der Bahn und des Betriebes auf derselben durch Exekutivstrafen angehalten werden.“
- F. Hinter N° 18 wird folgende neue N° 19 hinzugefügt:
- „19. Der Bau der Bahn muß in betriebsfähiger Weise bis zum 1. April 1895 ausgeführt sein, widrigenfalls die von den Unternehmern bis zum 15. Januar 1894 in cautionfähigen Papieren zu hinterlegende Kaution von 6000 M., in Worten „Sechs Tausend Mark“ dem Staate verfällt.“
- G. Der Schlußabsatz wird aufgehoben. An seine Stelle tritt nachstehende Bestimmung:

„Die vorstehende Genehmigung kann unter Voraussetzung des Vorhandenseins der gesetzlichen Erfordernisse gemäß §. 23 des Kleinbahngesetzes zurückgezogen werden.“

Potsdam, den 26. Januar 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

33. Festgestellt ist der Milzbrand bei einem nothgeschlachteten Kuh des Domainenpächters Schmidt in Pöhm, Kreis Niederbarnim, an einem gefallenem Schaf des Rittergutsbesizers von Karstedt auf Kresdorf, Kreis Ostprignitz, die Kopfkrankheit bei einem gefallenem Pferde des Fuhrherrn Prusch in Spandau, der Blauschneusfarlag bei einem Bullen des Bauern Hüh, drei Kühen der Bauwe-Wiese, einer Kuh des Bauern Schütz und bei einer Kuh des Bauern Heinicke in Köpplin, Kreis Ostprignitz.

Erlorchen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Kossäthen Stimming in Roskow, Kreis Westhavelland, der Bauern Laid und Kietbach in Ruhsdorf, Kreis Ostprignitz, des Dominiums Brüh, Kreis Teltow.

Potsdam, den 6. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

10. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1894 in Berlin abgehalten ist, habe ich Termin auf Montag den 28. Mai d. J. und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. April d. J., Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum 1. April d. J. anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in keinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizei-Präsidenten hiersebst bis zum 1. April d. J. einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 22. Mai 1890 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrfähigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 15. Februar 1894.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 28. Februar 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

11. Die Alliengeellschaft L'Universo, Italienische Transport-Versicherungs-Gesellschaft in Mailand führt folgenden italienischen Namen:

„L'Universo, Compagnia Italiana di Assicurazione contro i Rischi dei Trasporti“.

was ich unter Hinweis auf § 2 des in der Extrablage zum 22. Stück dieses Amtsblattes vom 2. Juni 1893 veröffentlichten Statuten-Auszuges **berichtigend** zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Berlin, den 2. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Kreiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde.

betreffend die Neuordnung der Parochial-Verhältnisse in den evangelischen Kirchengemeinden Groß-Beeren, Diederöders, Heinersdorf und Brk. Diözese Cöln-Land I. und II., Kreis Teltow.

3. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Betheiligten wird hierdurch Folgendes bestimmt:

§ 1. In der Parochie Diederöders, Diözese Cöln-Land I., ist die Pfarre Jertan wieder zu besetzen.

§ 2. In der Parochie Groß-Beeren gleicher Diözese wird eine 2. Pfarrstelle (Diakonat) errichtet.

§ 3. Mit der Parochie Diederöders tritt die Parochie Groß-Beeren dergestalt in dauernde Verbindung, daß der Pfarrer von Diederöders zugleich Inhaber des Diakonats der Parochie Groß-Beeren ist.

§ 4. Das Gut Döders wird aus der Parochie Brk., Diözese Cöln-Land II., in die Kirchengemeinde Heinersdorf, Diözese Cöln-Land I., umgersetzt.

§ 5. Die Berufung in die nach § 3 verbundenen Stellen der Pfarre zu Diederöders und des Diakonats von Groß-Beeren erfolgt abwechselnd durch das Kirchenpatronat von Groß-Beeren und dasjenige von Diederöders, das erste Mal durch letzteres.

§ 6. Diese Verfügung tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Berlin, den 9. Februar 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Potsdam, 18. Februar 1894.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 8 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265), sowie der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird für den Stadtkreis Charlottenburg unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes Folgendes verordnet:

Die Feuer-Polizei- und Abschordnung für

die Stadt Charlottenburg vom 17. Juli 1845 wird hierdurch aufgehoben.

Charlottenburg, den 23. Februar 1894.

Königliche Polizei-Direktion.

von Saldern.

Personalchronik.

Se. Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchstdiät geruht, dem Rittergutsbesitzer Fricen aus Mesendorf, Kreis Ostprignitz, den Charakter als „Defonomie Rath“ zu verleihen.

Im Kreise Teltow ist, da die Gemeinde Friedenau aus dem Amtsbezirk II. — Deutsch-Wilmersdorf — am 1. März d. J. ausscheidet, für den letzteren Bezirk vom genannten Zeitpunkte ab der Gemeinde-Vorsteher Stork in Deutsch-Wilmersdorf zum Amtsvorsteher und zu dessen Stellvertreter der Gemeinde-Vorsteher Fricse zu Schmargendorf ernannt worden.

Der Königliche Wasserbauinspektor Baurath Thiem zu Eberswalde ist am 6. Februar d. J. gestorben. An dessen Stelle ist vom 1. März d. J. ab der Königliche Wasserbauinspektor, Baurath Tolkmitt, bisher zu Cöpenick, getreten.

Die Wasserbauinspektorstelle zu Cöpenick ist vom gleichen Zeitpunkte ab dem Königlichen Wasserbauinspektor Volken verliehen worden.

In Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Speer zu Kyritz ist der Königliche Kreissekretär Marten daselbst vom 15. Februar 1894 ab nebenamtlich mit der Besorgung der domänen- und fiskalischen Kirchen- u. Patronatsgeschäfte in den Dörfern: Dölle, Görke, Granzow, Guntow, Schönermark, Schönhagen und Jarentzin beauftragt worden.

Das unter Königlichem und magistratualischem Compatronat stehende Diakonat von St. Nicolai zu Potsdam, Diözese Potsdam I., kommt durch die nach altem Rechte erfolgende Versetzung des Diakons Nielsen in den Ruhestand am 1. April d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung steht im vorliegenden Falle der Kirchenbehörde zu.

Die Lehrerin Elisabeth Kowalschütz ist als Gemeindefchullehrerin in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.

Das Sommersemester beginnt am 15. April.

Von den für das Sommersemester 1894 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studierenden der Landwirtschaft folgende hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf sachwissenschaftliche und staatswissenschaftliche Bildung.

Specielle Pflanzenbaulehre, in Verbindung mit praktischen Demonstrationen: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Allgemeine Landwirtschaftslehre (Petri'sche Lehre): Derselbe. — Specielle Thierzucht: Prof. Dr. Freytag. — Praktische Uebungen im Werthschätzen landwirtschaftlicher Objekte: Derselbe. — Landwirtschaftliche Bodenkunde mit Demonstrationen

und praktischen Übungen im Domitren: Prof. Dr. Albert. — Anbau, Gewinnung und Conservirung der Futterpflanzen: Derselbe. — Forstwissenschaften: Prof. Dr. Ewald. — Veterinär-Chirurgie in Verbindung mit klinischen Demonstrationen: Prof. Dr. Püg. — Ueber die Fortpflanzung der Hausvhiere mit Rücksicht auf die Hülfeleistungen vor, bei und nach der Geburt und auf die Krankheiten der neugeborenen Thiere: Derselbe. — Ueber die Hufe der Arbeitsthiere: Derselbe. — Ausgewählte Kapitel aus der landwirthschaftlichen Maschinen- und Geräthefunde: Prof. Dr. Wüst. — Praktische Geometrie und Übungen im Feldmessen und Niveliren: Derselbe. — Landwirthschaftliche Handelswissenschaft: Landes-Deconomierath v. Mendel-Steinfels. — Volkswirtschaftspolitik (II. praktischer Theil der Nationalöconomie: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — Armenwesen: Prof. Dr. Diehl. — Finanzwissenschaft: Derselbe. — Allgemeine Staatslehre (Politik): Prof. Dr. Friedberg. Nationalökonomisches Repetitorium: Derselbe. — Deutsches Handelsrecht: Prof. Dr. Heß. — Wechselrecht: Geh. Justiz-Rath Prof. Dr. Fastig. — Experimentalphysik: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Knoblauch. — Organische Chemie: Prof. Dr. Volhard. — Einleitung in das Studium der Chemie: Dr. Baumert. — Agrikulturchemie, II. Theil (Die Naturgesetze der thierischen Ernährung): Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Maerder. — Ausgewählte Kapitel der Agrikulturchemie: Derselbe. — Geologie: Prof. Dr. v. Fritsch. — Geognosie Mitteldeutschlands: Derselbe. — Krystallographie: Prof. Dr. Lüdcke. — Grundzüge der Botanik: Prof. Dr. Kraus. — Pflanzenfamilien: Derselbe. — Zellkryptogamen: Prof. Dr. Zopf. — Pflanzenpathologie: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Elemente der vergleichenden Anatomie, sowie des Systems der Wirbelthiere: Prof. Dr. Grenacher. — Ausgewählte Kapitel der allgemeinen Zoologie: Derselbe. — Naturgeschichte der Insekten mit besonderer Berücksichtigung der dem Ackerbau schädlichen: Prof. Dr. D. Tschernberg. — Parasitische Thiere, besonders über solche des Menschen und der Hausvhiere: Derselbe. — Der Darwinismus und seine Kritik: Dr. Brandes. — Ueber Gletscher und Eiszeit: Dr. Schend.

b. In Rücksicht auf allgemeine Bildung, insbesondere für Studierende höherer Semester.

Vorlesungen und Übungen aus dem Gebiete der

Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Literatur und eibischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Haym, Erdmann, Baihinger, Uphues, Süsserl, Droysen, Lindner, Ewald, Burdach u. u.

Theoretische und praktische Übungen.

Staatswissenschaftliches Seminar: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Conrad. — Statistische Übungen: Derselbe. — Übungen im physikalischen Laboratorium: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Knoblauch und Prof. Dr. Dorn. — Übungen im chemischen Laboratorium: Prof. Dr. Volhard und Prof. Dr. Döbner. — Mineralogische, geologische, geognostische und paläontologische Übungen: Prof. Dr. von Fritsch und Prof. Dr. Lüdcke. — Phytotomisches Praktikum: Prof. Dr. Kraus. — Demonstrationen im botanischen Garten: Derselbe. — Untersuchungen im kryptogamischen Laboratorium: Prof. Dr. Zopf. — Botanische Exkursionen und Übungen im Pflanzenbestimmen: Prof. Dr. Zopf. — Zoologische Übungen: Prof. Dr. Grenacher. — Systematische Rundgänge im Museum, zoologische Exkursionen und Besprechungen: Dr. Brandes. — Übungen im landwirthschaftlich-physiologischen Laboratorium: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn und Prof. Dr. Albert. — Übungen im Seminar für angewandte Naturkunde: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Landwirthschaftliche Exkursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Freytag. — Demonstrationen in der Thierklinik: Prof. Dr. Püg. — Praktische Übungen im Molkereiwesen: Prof. Dr. Albert. — Geognostische Exkursionen: Prof. Dr. v. Fritsch. — Technische Exkursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Wüst. — Exkursionen zur Erläuterung der landwirthschaftlichen Bodenkunde: Prof. Dr. Albert. — Übungen im Zeichnen und Malen: Zeichenlehrer Schend.

Nähere Auskunft ertheilt die durch jede Buchhandlung zu beziehende Schrift: Das Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle, Schönfeld'sche Verlagsbuchhandlung 1893. Briefliche Anfragen wolle man an den Unterzeichneten richten.
Halle a. d. Saale, im Februar 1894.

Dr. Julius Kühn,
Geh. Ober-Reg.-Rath,
ordentl. öffentl. Professor und Direktor
des landwirthschaftlichen Instituts der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

Auf Grund des § 362. des Strafgesetzbuchs:

1	August Bastia, Erdarbeiter,	geboren am 6. Januar 1854 zu Castelfo, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Landstreichern u. Betteln, Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	22. Januar 1894.
---	--------------------------------	---	--	---------------------

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
2	Franz Fritz Feidenack, (Freidanack), Handarbeiter,	geboren am 25. März 1873 zu Polissow, Polen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Sächsische Kreisauptmann- schaft Weizig,	30. Dezember 1893.
3	Ginseppe Franzosi, Steinbrecher,	geboren am 14. März 1866 zu Exermaggi- ore, Bezirk Trient, Tiro, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen und Angabe eines falschen Namens, jeder Landeskommissär zu Freiburg.	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Freiburg.	26. Januar 1894.
4	Hermann Greiner, Gärtner und Kutscher,	geboren am 29. Dezember 1863 zu Wien, ortsangeh. zu Kloster- neuburg, Bezirk Tulln, Niederösterreich,	Wetteln,	Stadtmagistrat, Deg- gendorf, Bayern,	4. Dezember 1893.
5	Josef Hef, Steinmetz,	geboren am 20. März 1861 zu Neisse, Bezirk Chrudim, Böhmen,	Landstreichen u. Wetteln,	Großherzoglich meck- lenburgisches Mini- sterium des Innern zu Schwerin,	20. Januar 1894.
6	Franz Slavaty, Handschuhmacher,	geboren am 3. Dezember 1875 zu Wien, ortsangehörig zu Stra- konig, Böhmen,	Landstreichen,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	13. Januar 1894.
7	Waino Josef Kof- zowski (Kolkowski), Schneider,	geboren im Jahre 1876 dergleichen, zu Radzimin, Gouver- nement Warschau, orts- angehörig ebendasselbst,	dergleichen,	kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straf- burg,	22. Januar 1894.
8	Wilhelm Koskol, Tapezierer,	geboren am 9. Mai 1872 zu Wien, orts- angehörig zu Radnic, Bezirk Pilsen, Böhmen,	dergleichen,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	16. Januar 1894.
9	Hermann Richard von Merheim, Kaufmann,	geboren am 17. August 1866 zu Harderwijk, Niederlande,	Wetteln,	Königlich Sächsische Kreisauptmann- schaft Zwickau,	11. Januar 1894.
10	Janaž Rejzic, Glaser,	geboren am 2. Mai 1865 zu Tulln, Be- zirk Hernals, Nieder- österreich, ortsangehörig zu Wodschod, Bezirk Kladnitz, Böhmen,	dergleichen,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	11. Januar 1894.
11	Josef Probasla (Probasla), Jungknecht,	geboren am 30. Januar 1848 zu Lambach, Bez. Ratis, Bayern, ortsangeh. zu Inner- gels, Bezirk Schütten- hofen, Böhmen,	Landstreichen und Wetteln,	Stadtmagistrat, Passau, Bayern,	14. Oktober 1893.

Hierzu: Sechs Öffentliche Anzeiger:

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.
Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Neuzeitliches

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 11.

Den 16. März

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

G. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 19. Februar d. J. die von dem ob. Kommunal-Landtage der Kurmark am 17. Januar d. J. vollzogenen Wahlen des Landraths, Geheimen Regierungsraths und Rittergutsbesizers von Winterfeldt auf Mensin im Kreise Prenzlau zum Vorsitzenden und des Majors a. D., Rittergutsbesizers von Bredow auf Buchow-Carxow im Kreise Ost-Havelland, zum Stellvertreter des Vorsitzenden dieses Kommunal-Landtages für die Zeit vom 3. Oktober 1893 bis dahin 1896 zu bestätigen geruht.

Potsdam, den 5. März 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

§ 1. Bedingungen

für die Bewerbung um Arbeiten und
Lieferungen bei Staatsbauten.

§ 1. Persönliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergebung von Arbeiten oder Lieferungen hat Niemand Aussicht, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben — auch in technischer Hinsicht — die erforderliche Sicherheit bietet.

§ 2. Einsicht und Bezug der Verdingungs-
anschläge u.

Verdingungsanschläge, Zeichnungen, Bedingungen u. sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen und werden auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt.

§ 3. Form und Inhalt der Angebote.

Die Angebote sind unter Benützung der etwa vorgeschriebenen Formulare, von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Ueberschrift versehen, versiegelt und frankirt bis zu dem angegebenen Termine einzureichen.

Die Angebote müssen enthalten:

- die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, welche der Ausschreibung zu Grunde gelegt sind, unterwirft;
- die Angabe der geforderten Preise nach Reichs-

währung und zwar sowohl die Angabe der Preise für die Einheiten, als auch der Gesamtsforderung; stimmt die Gesamtsforderung mit den Einheitspreisen nicht überein, so sollen die letzteren maßgebend sein;

c. die genaue Bezeichnung und Adresse des Bewerbers;
d. seitens gemeinschaftlich bietender Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot solidarisch verbindlich machen, und die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlungen Bevollmächtigten; letzteres Erforderniß gilt auch für die Gebote von Gesellschaften;

e. nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen ebenfalls vor dem Bietungstermine eingekandt und derartig bezeichnet sein, daß sich ohne Weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;

f. die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen von Fabrikaten.

Angebote, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, welche bis zu der festgesetzten Terminsstunde bei der Behörde nicht eingegangen sind, welche bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Es sollen indessen solche Angebote nicht ausgeschlossen sein, in welchen der Bewerber erklärt, sich nur während einer kürzeren, als der in der Ausschreibung angegebenen Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden halten zu wollen.

§ 4. Wirkung des Angebots.

Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des Angebots bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist bezw. der von ihnen bezeichneten kürzeren Frist (§ 3 letzter Absatz) an ihre Angebote gebunden.

Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebotes in Bezug auf alle für sie daraus entstehenden Verbindlichkeiten der Gerichtsbarkeit des Ortes, an welchem die ausschreibende Behörde ihren Sitz hat und woselbst auch sie auf Erfordern Domicil nehmen müssen.

§ 5. Zulassung zum Eröffnungstermin.

Den Bewerbern und deren Bevollmächtigten steht der Zutritt zu dem Eröffnungstermine frei. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Gebote ist nicht gestattet.

§ 6. Ertheilung des Zuschlags.

Der Zuschlag wird von dem ausschreibenden Beamten, oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder im Eröffnungsstermin zu dem von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehenden Protokoll oder durch besondere schriftliche Mittheilung ertheilt.

Bestensfalls ist derselbe mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung hiervon innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Postamt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

Trifft die Benachrichtigung trotz rechtzeitiger Absendung erst nach demjenigen Zeitpunkt bei dem Empfänger ein, für welchen dieser bei ordnungsmäßiger Beförderung den Eingang eines rechtzeitig abgeordneten Briefes erwarten darf, so ist der Empfänger an sein Angebot nicht mehr gebunden, falls er ohne Verzug nach dem verspäteten Eintreffen der Zuschlagserklärung von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

Nachricht an diejenigen Bewerber, welche den Zuschlag nicht erhalten, wird nur dann ertheilt, wenn dieselben bei Einreichung des Angebots unter Beifügung des erforderlichen Frankaturbetrages einen desfallsigen Wunsch zu erkennen gegeben haben. Proben werden nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebotsschreiben ausdrücklich verlangt wird, und erfolgt alsdann die Rücksendung auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots nicht statt; ebenso kann im Falle der Ablehnung desselben die Rückgabe insoweit nicht verlangt werden, als die Proben bei den Prüfungen verbraucht sind.

Eingereichte Entwürfe werden auf Verlangen zurückgegeben.

Den Empfang des Zuschlagsschreibens hat der Unternehmer umgehend schriftlich zu bestätigen.

§ 7. Vertragsabschluß.

Der Bewerber, welcher den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Ertheilung des Zuschlages zu Stande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen.

Eosern die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, eine Beglaubigung derselben zu verlangen.

Die der Ausschreibung zu Grunde liegenden Verdingungsanschlätze, Zeichnungen u., welche bereits durch das Angebot anerkannt sind, hat der Bewerber bei Abschluß des Vertrages mit zu unterzeichnen.

§ 8. Kautionstellung.

Innerhalb 14 Tagen nach der Ertheilung des Zuschlages hat der Unternehmer die vorgeschriebene Kaution zu bestellen, widrigenfalls die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz zu beanspruchen.

§ 9. Kosten der Ausschreibung.

Zu den durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten hat der Unternehmer nicht beizutragen.

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauten.

§ 1. Gegenstand des Vertrages.

Der Gegenstand des Unternehmens bildet die Ausführung der im Vertrage bezeichneten Bauwerke, Arbeiten oder Lieferungen. Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Leistungen nach den Verdingungsanschlätzen, den zugehörigen Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verdingungsanschlätzen angenommenen Vorderlage unterliegen jedoch denjenigen näheren Feststellungen, welche — ohne wesentliche Aenderung der dem Vertrage zu Grunde gelegten Bauentwürfe — bei der Ausführung sich ergeben.

Abänderungen der Bauentwürfe anzuordnen, bleibt der bauleitenden Behörde vorbehalten. Leistungen, welche in den Bauentwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

§ 2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zukommende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen bezw. Lieferungen unter Zugrundelegung der vertragmäßigen Einheitspreise berechnet.

Die Vergütung für Tagelohnarbeiten erfolgt nach den vertragmäßig vereinbarten Lohnsätzen.

Außerdem einer besonderen Vergütung für Nebenleistungen, Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstungen u.

Insoweit in den Verdingungsanschlätzen für Nebenleistungen, sowie für das Vorhalten von Werkzeug, Geräthen und Rüstungen und für Herstellung oder Unterhaltung von Zufuhrwegen nicht besondere Preisansätze vorgesehen oder besondere Bestimmungen getroffen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur Erfüllung des Vertrages gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Heranschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau, sowie die Entschädigung für Vorhaltung von Werkzeug, Geräthen u.

Auch die Bestellung der zu den Absteckungen und Abnahmevermessungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß demselben eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

§ 3. Nebenleistungen gegen den Vertrag.

Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung des bauleitenden Beamten darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verdingungsanschlätze nicht vorgesehene Arbeiten oder Lieferungen ausführen.

Diesem Verbot zuwider einseitig von dem Unternehmer bewirkte Leistungen ist der bauleitende Beamte ebenso wie die bauleitende Behörde befugt, auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen; auch hat der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für

derartige Arbeiten und Lieferungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage für die Staatskasse entstanden ist.

§ 4. Minderleistung gegen den Vertrag.

Bleiben die ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen zufolge der von der baulleitenden Behörde oder dem baulleitenden Beamten getroffenen Anordnungen unter der im Vertrage festverdingenen Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den Ersatz des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

Nöthigenfalls entscheidet hierüber das Schiedsgericht (§ 19).

§ 5. Beginn, Fortführung und Vollendung der Arbeiten u. Konventionalstrafe.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten und Lieferungen hat, nach den in den besonderen Bedingungen festgesetzten Fristen zu erfolgen.

Ist über den Beginn der Arbeiten u. in den besonderen Bedingungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung seitens des baulleitenden Beamten mit den Arbeiten oder Lieferungen zu beginnen.

Die Arbeit oder Lieferung muß im Verhältnis zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und Geräte, sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen entsprechen.

Eine im Vertrage bedungene Konventionalstrafe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Eine tageweise zu berechnende Konventionalstrafe für verspätete Ausführung von Bauarbeiten bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntags- und allgemeinen Feiertage außer Anlag.

§ 6. Hinderungen der Bauausführung.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Arbeiten durch Anordnungen der baulleitenden Behörde oder des baulleitenden Beamten oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Arbeiten anderer Unternehmer behindert, so hat er bei dem baulleitenden Beamten oder der baulleitenden Behörde hiervon sofort Anzeige zu erstatten.

Unternehmensfalls werden schon wegen der unterlassenen Anzeige keinerlei auf die betreffenden, angeblich hindernden Umstände begründete Ansprüche oder Einwendungen zugelassen.

Nach Beseitigung derartiger Hinderungen sind die Arbeiten ohne weitere Aufforderung ungesäumt wieder aufzunehmen.

Der baulleitenden Behörde bleibt vorbehalten, falls die bezüglichlichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungsfristen — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeitshinderung — zu bewilligen.

Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der Bauausführung bereits ausgeführten Leistungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenwerthige Leistungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist, unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Werthes der ausgeführten Leistungen gegenüber den noch rückständigen ein von dem verabredeten Durchschnittspreis entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und die darnach zu gewährende Vergütung zu berechnen.

Außerdem kann der Unternehmer im Fall einer Unterbrechung oder gänzlichen Abstandnahme von der Bauausführung den Ersatz des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die die Fortsetzung des Baues hindernden Umstände entweder von der baulleitenden Behörde und deren Organen verschuldet sind, oder, insofern zufällige, von dem Willen der Behörde unabhängige Umstände in Frage stehen, sich auf Seiten der baulleitenden Behörde zuggetragen haben.

Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die betreffenden, die Fortführung des Baues hindernden Umstände von ihm verschuldet sind, oder auf seiner Seite sich zugetragen haben. Ist die Unterbrechung durch Naturereignisse herbeigeführt worden, so kann der Unternehmer einen Schadenersatz nicht beanspruchen.

Auf die gegen den Unternehmer geltend zu machenden Schadenersatzforderungen kommen die etwa eingezogenen oder verwirkten Konventionalstrafen in Anrechnung. Ist die Schadenersatzforderung niedriger als die Konventionalstrafe, so kommt nur die letztere zur Eingelebung.

In Ermangelung gütlicher Einigung entscheidet über die bezüglichlichen Ansprüche das Schiedsgericht (§ 19).

Dauert die Unterbrechung der Bauausführung länger als 6 Monate, so steht jeder der beiden Vertragsparteien der Rücktritt vom Vertrage frei. Die Rücktritts Erklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jeder 6 Monate dem anderen Theile zu gestellt werden; anderenfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Konventionalstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die in demselben ausbedungene Vollendungsfrist um die Dauer der Bauunterbrechung verlängert wird.

§ 7. Güte der Arbeitsleistungen und der Materialien.

Die Arbeitsleistungen müssen den besten Regeln der Technik und besonderen Bestimmungen des Verbindungsantrages und des Vertrages entsprechen.

Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

Arbeitsleistungen, welche der baulleitende Beamte den

gedachten Bedingungen nicht entsprechend findet, sind sofort und unter Ausschluss der Anrufung eines Schiedsgerichts zu beseitigen und durch unadelsame zu ersetzen. Für hierbei entstehende Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Staatskasse schadlos zu halten.

Arbeiter, welche nach dem Urtheile des bauleitenden Beamten untüchtig sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch tüchtige ersetzt werden.

Materialien, welche dem Ansätze bzw. den besonderen Bedingungen oder den dem Vertrage zu Grunde gelegten Proben nicht entsprechen, sind auf Anordnung des bauleitenden Beamten innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen.

Behufs Ueberwachung der Ausführung der Arbeiten steht dem bauleitenden Beamten oder den von demselben zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmer gehörige Arbeiten angefertigt werden.

§ 8. Erfüllung der dem Unternehmer, Handwerkern und Arbeitern gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten.

Der Unternehmer hat der bauleitenden Behörde und dem bauleitenden Beamten über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeit geschlossenen Verträge jederzeit auf Ersuchen Auskunft zu ertheilen.

Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerkern oder Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so bleibt der bauleitenden Behörde das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Lohnlisten u. d. bauleitenden Behörde bzw. dem bauleitenden Beamten zur Verfügung zu stellen.

§ 9. Entziehung der Arbeit u.

Die bauleitende Behörde ist befugt, dem Unternehmer die Arbeiten und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen, und den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

- a. seine Leistungen untüchtig sind, oder
- b. die Arbeiten nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind, oder
- c. der Unternehmer den von der bauleitenden Behörde gemäß § 8 getroffenen Anordnungen nicht nachkommt.

Vor der Entziehung der Arbeiten u. ist der Unternehmer zur Beseitigung der vorliegenden Mängel bzw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern.

Von der verfügten Arbeitsentziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief Eröffnung gemacht.

Auf die Berechnung der für die ausgeführten Leistungen dem Unternehmer zustehenden Vergütung und den Umfang der Verpflichtung desselben zum Schadenertrag finden die Bestimmungen im § 6 gleichmäßig Anwendung.

Nach beendeter Arbeit oder Lieferung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgetheilt.

Abschlagszahlungen können im Falle der Arbeitsentziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

Ueber die infolge der Arbeitsentziehung etwa zu erhebenden vermögensrechtlichen Ansprüche entscheidet in Ermangelung gütlicher Einigung das Schiedsgericht (§ 19).

§ 10. Ordnungsvorschriften.

Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich zufolge Aufforderung des bauleitenden Beamten auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen des letzteren die zu treffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämtlichen auf dem Bau beschäftigten Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatz den Anordnungen des bauleitenden Beamten bzw. dessen Stellvertreters unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann ihre sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

Der Unternehmer hat, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, für das Unterkommen seiner Arbeiter, insofern dies von dem bauleitenden Beamten für erforderlich erachtet wird, selbst zu sorgen. Er muß für seine Arbeiter auf eigene Kosten an dem ihm angewiesenen Orten die nöthigen Abzitte herstellen, sowie für deren regelmäßige Reinigung, Desinfection und demnächstige Beseitigung Sorge tragen.

Für die Bewachung seiner Gerüste, Werkzeuge, Geräte u. sowie seiner auf der Baustelle lagernden Materialien Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers.

Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benutzung zu überlassen. Änderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemeren Benutzung seitens der übrigen Bauhandwerker vorzunehmen, ist der Unternehmer nicht verpflichtet.

§ 11. Beobachtung polizeilicher Vorschriften, Haftung des Unternehmers für seine

Angestellten u.

Für die Befolgung der für Bauausführungen bestehenden polizeilichen Vorschriften und der etwa besonders ergebenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche

ihm dadurch erwachsen, können der Staatskasse gegenüber nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Tüchtigkeit der Mäslungen. Dieser Verantwortungen unterachtet ist er aber auch verpflichtet, eine von dem bauleitenden Beamten angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Mäslungen unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

Für alle Ansprüche, die wegen einer ihm selbst oder seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeitern zur Last fallenden Vernachlässigung polizeilicher Vorschriften an die Verwaltung erhoben werden, hat der Unternehmer in jeder Hinsicht aufzukommen.

Ueberhaupt haftet er in Ausführung des Vertrages für alle Handlungen seiner Bevollmächtigten, Gehülften und Arbeiter persönlich. Er hat insbesondere jeden Schaden an Person oder Eigentum zu vertreten, welcher durch ihn oder seine Organe Dritten oder der Staatskasse zugefügt wird.

Krankenversicherung der Arbeiter.

Der Unternehmer ist verpflichtet, in Gemäßheit des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 (R.-G.-Bl. S. 73) die Versicherung der von ihm bei der Bauausführung beschäftigten Personen gegen Krankheit zu bewirken, soweit dieselben nicht bereits nachweislich Mitglieder einer den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Krankenkasse sind.

Auf Verlangen der bauleitenden Behörde hat er gemäß § 70 des genannten Gesetzes gegen Bestellung ausreichender Sicherheit eine den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechende Baukrankenkasse entweder für seine nicht bereits anderweitig versicherten versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten allein, oder mit anderen Unternehmern, welchen die Ausführung von Arbeiten auf eigene Rechnung übertragen wird, gemeinsam zu errichten.

Wird ihm diese Verpflichtung nicht auferlegt, errichtet jedoch die bauleitende Behörde selbst eine Baukrankenkasse, so hat er seine nicht bereits anderweitig versicherten versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten in diese Kasse aufnehmen zu lassen und erkennt das Statut derselben in allen Bestimmungen als verbindlich an. Zu den Kosten der Rechnungs- und Kassensführung der Baukrankenkasse hat er in diesem Falle auf Verlangen der bauleitenden Behörde einen von derselben festzusetzenden Beitrag zu leisten.

Unterläßt es der Unternehmer, die Krankenversicherung der von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zu bewirken, so ist er verpflichtet, alle Aufwendungen zu erstatten, welche etwa der bauleitenden Behörde hinsichtlich der von ihm beschäftigten Personen durch Erfüllung der aus dem Reichsgesetze vom 15. Juni 1883 sich ergebenden Verpflichtungen erwachsen.

Etwas in diesem Falle von der Baukrankenkasse statutenmäßig geleistete Unterstützungen sind von dem Unternehmer gleichfalls zu ersetzen.

Der Unternehmer erklärt hiermit ausdrücklich die

von ihm gestellte Kaution auf für die Erfüllung der sämtlichen vorstehend bezeichneten Verpflichtungen in Bezug auf die Arbeiter-Krankenversicherung haftbar. § 11a. Haftpflicht des Unternehmers bei Eingriffen desselben in die Rechte Dritter.

Für Beschädigungen angrenzender Ländereien, insbesondere durch Entnahme, durch Auflagerung von Erd- und anderen Materialien, außerhalb der schriftlich dazu angewiesenen Flächen, oder durch unbefugtes Betreten, ingleichen für die Folgen eigenmächtiger Versperrungen von Wegen oder Wasserläufen haftet ausschließlich der Unternehmer, mögen diese Handlungen von ihm oder von seinen Bevollmächtigten, Gehülften oder Arbeitern vorgenommen sein.

Für den Fall einer solchen widerrechtlichen und nach pflichtmäßiger Ueherzeugung der Verwaltung dem Unternehmer zur Last fallenden Beschädigung erklärt sich derselbe damit einverstanden, daß die bauleitende Behörde auf Verlangen des Beschädigten durch einen nach Anhörung des Unternehmers vom ihm zu wählenden Sachverständigen auf seine Kosten den Betrag des Schadens ermittelt und für seine Rechnung an den Beschädigten auszahlt, im Falle eines rechtlichen Zahlungshindernisses aber hinterlegt, sofern die Zahlung oder Hinterlegung mit der Maßgabe erfolgt, daß dem Unternehmer die Rückforderung für den Fall vorbehalten bleibt, daß auf seine gerichtliche Klage dem Beschädigten der Ersatzanspruch ganz oder theilweise aberkannt werden sollte.

§ 12. Aufmessungen während des Baues

und Abnahme.

Der bauleitende Beamte ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Arbeiten von den beiderseits zu bezeichnenden Beamtragten während der Ausführung gegenseitig anzuerkennende Notizen geführt werden, welche demnach der Berechnung zu Grunde zu legen sind.

Von der Vollendung der Arbeiten oder Lieferungen hat der Unternehmer dem bauleitenden Beamten durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen, wobrauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Verbindungschein oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Uefer die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von dem Unternehmer bezw. dem für denselben etwa erschienenen Stellvertreter mit zu vollziehen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgetheilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine, gehöriger Benachrichtigung ungeachtet, weder der Unternehmer selbst, noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufnahmen, Notirungen u. als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer Geleisteten im Falle der Arbeitsentziehung (§ 9) finden diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Müssen Theillieferungen sofort nach ihrer Anlieferung abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

§ 13. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Bauteile und Reihenfolge der Positionsnummern genau nach dem Verbindungsausschlag einzurichten ist, hat der Unternehmer den von der kausleitenden Behörde bezw. dem kausleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Einige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter drückendem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen worden sind.

Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des kausleitenden Beamten seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem kausleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Einige Ausstellungen dagegen sind dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitzutheilen.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem kausleitenden Beamten einzureichen.

§ 14. Zahlungen.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abzlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten, bis zu der von dem kausleitenden Beamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

Bleiben bei der Schlussabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem kausleitenden Beamten oder der kausleitenden Behörde und dem Unternehmer bestehen, so soll das dem Letzteren unbestritten zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden.

Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Bei Empfangnahme des von dem kausleitenden Beamten oder der kausleitenden Behörde als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen etwas anderes festgesetzt ist, auf der Kasse der kausleitenden Behörde.

§ 15. Gewährleistung.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Arbeit oder der Materialien beginnt mit dem Zeitpunkte der Abnahme der Arbeit oder Lieferung.

Der Einwand, nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

§ 16. Sicherheitsleistung. Bürgen.

Bürgen haben als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

Kauttionen.

Kauttionen können in barem Gelde oder guten Werthpapieren oder sicheren — gezogenen — Wechseln oder Sparkassenbüchern bestellt werden.

Die Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellt oder garantiert sind, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und die Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den Preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, werden zum vollen Kurswert als Kauttion angenommen. Die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten werden zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswertes als Kauttion angenommen.

Die Ergänzung einer in Werthpapieren bestellten Kauttion kann gefordert werden, falls in Folge eines Kursrückganges der Kurswert bezw. der zulässige Bruchtheil desselben für den Betrag der Kauttion nicht mehr Dedung bietet.

Baar hinterlegte Kauttionen werden nicht verzinst. Zins tragenden Werthpapieren sind die Talons und Zinsscheine, insoweit bezüglich der letzteren in den besonderen Bedingungen nicht etwas Anderes bestimmt wird, beizufügen. Die Zinsscheine werden so lange, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Dedung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitsterminen dem Unternehmer ausgehändigt. Für den Umtausch der Talons, die Einlösung und den Ersatz ausgelieferter Werthpapiere, sowie den Ersatz abgelieferter Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die Behörde zu ihrer Schadloshaltung auf dem einfachsten, gesetzlich zulässigen Wege die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel veräußern bezw. einkassiren.

Die Rückgabe der Kauttion, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat und insoweit die Kauttion zur Sicherung der Garantieverpflichtung dient, nachdem die Garantiezeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Kauttion in ganzer Höhe zur Dedung der Garantieverbindlichkeit einzubehalten ist.

§ 17. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Genehmigung der bauleitenden Behörde darf der Unternehmer seine vertragmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Verfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die bauleitende Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagszahlungen finden die Bestimmungen des § 9 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die bauleitende Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältnis mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

§ 18. Gerichtsstand.

Für die aus diesem Vertrage entspringenden Streitigkeiten hat der Unternehmer — unbeschadet der im § 19 vorgesehenen Zuständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem für den Ort der Bauausführung zuständigen Gerichte Recht zu nehmen.

§ 19. Schiedsgericht.

Streitigkeiten über die durch den Vertrag begründeten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind zunächst der vertragschließenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Die Entscheidung dieser Behörde gilt als anerkannt, falls der Unternehmer nicht binnen vier Wochen, vom Tage der Zustellung derselben, der Behörde angezeigt, daß er auf schiedsrichterliche Entscheidung antrage.

Die Fortführung der Bauarbeiten nach Maßgabe der von der Verwaltung getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht angehalten werden.

Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Vorschriften der Deutschen Civil-Prozessordnung vom 30. Januar 1877. §§ 851—872 Anwendung.

Falls über die Bildung des Schiedsgerichts durch die besonderen Vertragsbedingungen abweichende Vorschriften nicht getroffen sind, ernennen die Verwaltung und der Unternehmer je einen Schiedsrichter. Dieselben sollen nicht gewählt werden aus der Zahl der unmittelbar Beteiligten oder derjenigen Beamten, zu deren Geschäftskreis die Angelegenheit gehört hat.

Falls die Schiedsrichter sich über einen gemeinsamen Schiedsspruch nicht einigen können, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Derselbe wird von den Schiedsrichtern gewählt, oder, wenn diese sich nicht einigen können, von dem Präsidenten derjenigen benachbarten Provinzialbehörde desselben Verwaltungszweiges ernannt, deren Sitz dem Orte der vertragschließenden Behörde am nächsten belegen ist.

Der Obmann hat die weiteren Verhandlungen zu leiten und darüber zu befinden, ob und in wie weit eine Ergänzung der bisherigen Verhandlungen (Verweisaufnahme u. s. w.) statzufinden hat. Die Entscheidung

über den Streitgegenstand erfolgt dagegen nach Stimmenmehrheit.

Bestehen in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, so wird die für die größte Summen abgegebene Stimme der für die zunächst geringere abgegebenen hinzugerechnet.

Ueber die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen.

Wird der Schiedsspruch in den im § 867 der Civil-Prozessordnung bezeichneten Fällen aufgehoben, so hat die Entscheidung des Streitfalles im ordentlichen Rechtsweg zu erfolgen.

§ 20. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frankirt.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstige Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt der letztere.

Die Kosten des Vertragstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

Die vorstehenden Bedingungen werden hierdurch wiederholt mit dem Bemerkten öffentlich bekannt gemacht, daß dieselben bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung, der Staats-Eisenbahn- und Berg-Verwaltung, sowie im Bereiche der königlichen Ministerien des Innern, der Finanzen, für Handel und Gewerbe, der Justiz, der geistlichen u. Angelegenheiten und für Landwirthschaft, Domainen und Forsten, bei letzterem Ministerium jedoch nur für die landwirthschaftliche und Gutsverwalter in Anwendung zu bringen sind.

Ferner wird mit Bezug auf § 6 der Bedingungen für die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen bemerkt, daß für den Verwaltungsbezirk Berlin eine Zuschlagsfrist von 28 Tagen festgesetzt ist.

Potsdam, den 3. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Behandlung der Pensionen in Staatsdienst-Angelegenheiten.

55. Bestimmungen

über die geschäftliche Behandlung der Postsendungen in Staatsdienst-Angelegenheiten.

Mit der Reichs-Postverwaltung ist auf Grund des § 11 des Gesetzes, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes vom 5. Juni 1869 (Bundes-Gesetzblatt Seite 141), ein Abkommen dahin geschlossen, daß vom 1. April d. J. ab an Stelle der Porto- und beziehungsweise Gebührenbeträge für die einzelnen frankirt abzuschickenden portopflichtigen Sendungen der königlichen Behörden und der einzelnen stehenden königlichen Beamten eine Aversionalsumme an die Reichs-Postverwaltung gezahlt wird.

Von der Aversionirung sind jedoch ausgeschlossen und daher auch ferner an die Postverwaltung im Einzelnen durch Verwendung von Postwerthzeichen beziehungsweise baar zu entrichten:

- a. das Porto für Sendungen nach dem Auslande,
- b. das Porto für Sendungen, welche bei den Behörden unfrankirt eingehehen,
- c. die Gebühr für Bestellung der Briefe mit Werthangabe, Pakete mit oder ohne Werthangabe, Einschreibepakete und Postanweisungen nebst den dazu gehörigen Geldbeiträgen,
- d. das Eilbestellgeld,
- e. die Nebengebühr für die von dem Landbriefträger eingesammelten, zur Weiterendung mit der Post bestimmten Gegenstände, wenn die Sendung selbst, auf welche überhaupt diese Gebühr Anwendung findet, unfrankirt abgesandt werden soll,
- f. die Postanweisungsgebühr für die Uebermittlung der auf Postauftragsendungen eingezogenen und dem Auftraggeber zu übersendenden Beträge.

An Stelle des Regulativs des Königl. Staatsministeriums vom 29. November 1869 treten nun für die geschäftliche Behandlung der Postsendungen in Staatsdienst-Angelegenheiten vom 1. April d. J. ab nachstehende Bestimmungen in Kraft.

§ 1. Frankirt abzuschicken sind alle Postsendungen zwischen königlichen Behörden einschließlich der einzeln stehenden königlichen Beamten, ferner die Postsendungen an andere Empfänger, wenn dieselben entweder

- a. nicht im Interesse der Empfänger, sondern ausschließlich im Staatsinteresse erfolgen, oder
- b. an eine Partei gerichtet sind, welche nach den bisherigen Vorschriften auf portofreie Zustellung einen Rechtsanspruch hat, oder
- c. in einer Prozeß- oder Vormundschaftssache ergehen, für welche einer Partei das Armenrecht bewilligt ist.

Alle sonstigen, von königlichen Behörden ausgehenden Postsendungen sind unfrankirt abzulassen; bei Postanweisungen ist jedoch, da diese dem Frankirungszwange unterliegen, der entfallende Frankobetrag durch den Absender erforderlichen Falles von dem Geldbeitrage der Ueberweisung vorweg abzuziehen.

§ 2. Die frankirt abzuschickenden Sendungen, soweit sie der Aversionirung unterliegen, sind

- 1) mit dem Vermerk „frei laut Aversum N^o 21“, abgefürzt „frei lt. Avers. N^o 21“ und
- 2) mit der Bezeichnung der absendenden Behörde zu versehen.

Der unter 1 bezeichnete Vermerk ist auf die Vorderseite der Sendung beziehungsweise bei Paketen auf die Vorderseite der Paketadresse in die linke untere Ecke, und die Bezeichnung der absendenden Behörde unmittelbar unterhalb dieses Vermerks zu setzen.

Außerdem müssen sich die Sendungen durch den Verschluss mittels des Dienst Siegels oder Dienststempels oder mittels Siegelmarken der absendenden Behörde im Einzelnen als zur amtsgeltlichen Beförderung geeignet, erweisen. Sendungen, welche offen zur Ein-

lieferung gelangen, z. B. Postkarten und Postanweisungen, müssen außer mit dem Vermerk: „frei lt. Avers. N^o 21“ und der Bezeichnung der Behörde ebenfalls mit dem Dienst Siegel oder Dienststempel oder mit Siegelmarken der absendenden Behörde bedruckt werden. Bei Postkarten und Postanweisungen hat dieser Abdruck auf der Adressseite zu erfolgen.

Bei Briefen mit Zustellungsurkunde ist der Vermerk „frei lt. Avers. N^o 21“ auch auf die Außenseite der Zustellungsurkunde zu setzen.

Nachnahme-Postanweisungen werden von dem Postbeamten, welcher dieselben ausfertigt, in der linken unteren Ecke mit dem Vermerk „frei lt. Avers. N^o 21“ versehen.

Von dem vorstehend bezeichneten Erforderniß eines Dienst Siegels oder Dienststempels oder von Siegelmarken wird nur dann abgesehen, wenn der Absender sich nicht im Besitze eines dieser Verschlussmittel befindet und dies auf der Adresse unterhalb des im Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Vermerks durch die Worte „In Ermangelung eines Dienst Siegels“ mit Unterschrift des Namens unter Beilegung der Amteigenschaft bescheinigt.

§ 3. Die Behörden einschließlich der einzeln stehenden, eine Behörde repräsentirenden Beamten haben sich zur Herstellung der im § 2 Absatz 1 unter 1 und 2 bezeichneten Vermerke eines Stempels zu bedienen, welcher der nachstehenden Form entspricht:

frei lt. Avers. N^o 21.
Kgl. Pr. Amtsgericht.

Die Angabe des Ortes, an welchem die Behörde ihren Sitz hat, ist in dem Stempel nicht erforderlich.

Der Stempel ist in einer gegen unbefugten Gebrauch sichernden Weise aufzubewahren.

Einzeln stehende, nicht im Besitze eines Stempels befindliche Beamte, haben den Vermerk „frei lt. Avers. N^o 21“ unter Beilegung ihrer Namensunterschrift und ihrer Amteigenschaft handschriftlich herzustellen. Führen dieselben kein Dienst Siegel, so ist nach der Vorschrift im § 2 Absatz 6 zu verfahren.

§ 4. Die Frankirung der nach Orten außerhalb des Deutschen Reichs bestimmten Sendungen erfolgt in der bisherigen Weise durch Kontirung des Porto und der sonstigen Postgebühren.

Die bezeichneten Sendungen werden von der ablassenden Behörde in ein Porto-Kontobuch eingetragen und demnächst mit dem letzteren der Postanstalt übergeben, welche die tarismäßigen Porto- und Gebührenbeiträge sowohl in dieses Buch, als auch in ihr Gegenbuch einträgt. Ebenso werden das Porto und die Gebühren für sämtliche an eine königliche Behörde gerichtete Sendungen, welche unfrankirt eingehehen, bei der Auslieferung Seitens der Post-Anstalten in den bezeichneten Büchern kontirt.

Allmonatlich werden die kontirten Gesamtbeträge von den Behörden an die Postanstalten gegen Quittung im Kontobuch gezahlt.

§ 5. In Betreff der Wiedereinzahlung derjenigen von einer Behörde veranlagten Porto- und Gebührenbeträge, zu deren Erstattung der Absender oder der Empfänger einer Sendung oder ein sonstiger Interessent verpflichtet ist, bemerkt es bei den bestehenden Vorschriften. Auch fernerhin sind überall die tarismäßigen Porto- und Gebührenbeträge in Ansatz zu bringen.

§ 6. Die nach § 1 unfrankirt abzulassenden portopflichtigen Sendungen sind auf der Adresse als „portopflichtige Dienstsache“ zu bezeichnen und mit dem Dienststempel der absendenden Behörde zu versehen. Einzelne stehende Beamte, welche ein solches nicht führen, haben unter dem Vermerk „portopflichtige Dienstsache“ die „Ermangelung eines Dienststempels“ mit Unterschrift des Namens und Bezeichnung des Amtescharakters zu bescheinigen.

§ 7. Die Königlichen Behörden haben in ihrem Geschäftsverkehr auf thunlichste Beschränkung der Portoaufgaben Bedacht zu nehmen und insbesondere folgende Bestimmungen sorgfältig zu beachten:

- 1) Sollten mehrere Briefe gleichzeitig an eine Adresse abgesandt werden, so sind dieselben in ein gemeinschaftliches Couvert zu verschließen.
- 2) Pakete ohne Werthdeklaration, deren Gewicht mehr als zehn Kilogramm beträgt, sind da, wo Eisenbahnverbindungen bestehen, soweit es ohne unverhältnismäßige Verzögerung ihrer Beförderung oder einen sonstigen Nachtheil geschehen kann, als Frachtgut mit der Eisenbahn zu versenden. Dagegen sind Geld- und andere Werthsendungen stets zur Post zu geben.
- 3) Zu den Kleinschriften der Verfügungen an Privatpersonen ist Papier von solcher Beschaffenheit zu verwenden, daß das Gewicht desselben einschließlich des Couverts das zulässige Maximalgewicht eines einfachen Briefes nicht übersteigt.

§ 8. Die Verrechnung der nicht aversifonirten Porto- und Gebührenbeträge erfolgt nach Anleitung des Etats im Ressort der Justizverwaltung bei dem dazu bestimmten Ausgabe-Kapitel, in allen übrigen Ressorts dagegen bei den betreffenden Bureaubedürfnissfonds.

Behörden und einzelne stehende Beamte, welche nicht mit einem eigenen, auch zur Bestreitung der nicht aversifonirten Porto- und Gebührenbeträge bestimmten Bureaubedürfnissfonds versehen sind, haben diese Ausgaben zusammen mit den etwaigen sonstigen Frachtgebühren für dienstliche Sendungen und den Telegrammgebühren bei der vorgesetzten Behörde zur Erstattung aus deren Bureaubedürfnissfonds zu liquidiren. Ausgenommen sind die Spezialkommissare und Vermessungsbeamten der landwirthschaftlichen Verwaltung, welche die ihnen nach der Aversifonirung noch erwachsenden Porto-Ausgaben, sowie die Telegrammgebühren aus den Bureaubeziehungsweise Amtskosten-Einschädigungen zu bestreiten haben.

§ 9. Den einzelnen Ministerien bleibt vorbehalten, die für ihre Ressorts erforderlichen näheren

Vorschriften über die Ausführung dieser Bestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 7. Februar 1894.

Königliches Staatsministerium.

(gez.) Graf zu Eulenburg. von Voetticher.
von Schelling. Febr. von Verlepsh.

Graf von Caprivi. Miquel. von Heyden.
Thielen. Bosse. Bronsart von Schellendorf.

Vorstehenden Bestimmungen füge ich Folgendes hinzu:

- 1) Die Aversifonirung der Portobeträge erstreckt sich nur auf die nach Orten innerhalb des Deutschen Reichs frankirt abzuschickenden portopflichtigen Sendungen. Die Bestimmungen, in welchen Fällen Sendungen unfrankirt abzulassen oder in Reichsangelegenheiten (Militaria, Marinesachen, Reichsdienstsache und als königliche Angelegenheit portofrei zu befördern sind, bleiben unverändert.
- 2) Zu den aversifonirten Porto- und Postgebührenbeiträgen gehören auch:
 - a. die Porto- und Gebührenbeträge für Sendungen an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk der Aufgake-Postanstalt,
 - b. die Nebengebühren für die von den Landbriefträgern entgegengenommenen, zur Weiterleitung mit der Post bestimmten Sendungen, soweit die betreffenden Sendungen überhaupt einer Nebengebühr unterliegen und bis zum Bestimmungs-orte zu frankiren sind,
 - c. die Gebühr (das Franko) für Postauftragssendungen,
 - d. die Gebühr für die Uebermittlung des eingezogenen Nachnahmebetrages,
 - e. bei frankirt abzusendenden Briefen mit Zustellungsurkunde neben dem Porto für den Hinweg des Briefes die Zustellungsgebühr und das Porto für die Rücksendung der Zustellungsurkunde,
 - f. bei frankirt abzuschickenden Nachnahmesendungen neben dem Porto- und der Vorzeigegebühr die Gebühr für die Uebermittlung der eingezogenen Nachnahmebeträge.

- 3) Die Post darf anlässlich der Aversifonirung zur Beförderung von Sendungen nicht in weiterem Umfang als bisher in Anspruch genommen werden; es verbleibt daher bei den bestehenden Anordnungen über das Abtragen von Briefen durch die Unterbeamten u. der Behörden am Orte der letzteren, ebenso bei den Bestimmungen über die Beförderung größerer Pakete als Frachtgut mit der Eisenbahn und über die Abholung der Sendungen durch die Behörden von der Post.

Die mir unterstellten Königlichen Behörden und einzelne stehenden Königlichen Beamten werden angewiesen, hiernach vom 1. April d. J. ab zu verfahren.

Potsdam, den 8. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

36.

Nachweisung der Märkte etc.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide					Uebrig e Märkte								
		Es kosten je 100 Kilogramm												Es	
		Weizen	Weizen	Gerste	Hafer	Gerste	Erbsenbohnen	Linien	Kartoffeln	Nichtroh	Stammroh	Wen	von der Schule	Hand	
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1	Angermünde	13 75	11 65	14 10	14 75	25 —	27 —	38 —	3 50	5 40	3 30	5 75	1 10	1 —	
2	Beeskow	—	—	—	15 50	25 —	27 —	45 —	2 90	—	—	—	1 20	1 —	
3	Bernau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
4	Brandenburg	14 20	12 33	15 09	15 72	23 —	23 —	37 —	2 90	6 15	—	7 15	1 20	1 10	
5	Dahme	14 11	11 09	12 85	17 —	30 —	40 —	50 —	3 —	5 50	4 —	12 —	1 20	90	
6	Eberswalde	13 71	11 91	12 45	14 05	22 75	21 —	33 —	3 50	7 50	—	6 50	1 40	1 20	
7	Havelberg	13 85	11 91	14 —	17 —	26 75	31 63	43 38	3 63	5 69	3 69	8 —	1 26	1 —	
8	Jüterbog	14 —	12 28	15 —	17 —	25 —	22 —	36 —	4 —	5 90	—	9 —	1 40	1 20	
9	Luderswalde	13 56	12 —	13 87	16 35	35 —	35 —	45 —	3 80	6 33	—	7 50	1 20	1 20	
10	Perleberg	13 78	11 73	12 —	15 56	22 —	26 —	35 —	3 50	6 —	—	8 13	1 35	1 20	
11	Potsdam	—	12 42	—	17 17	—	—	—	3 35	6 36	—	7 56	1 45	1 20	
12	Prenzlau	13 77	11 73	14 56	14 61	27 —	26 —	40 —	3 50	6 —	4 25	6 50	1 30	1 10	
13	Prignitz	13 88	11 25	14 38	15 38	17 —	20 —	30 —	2 50	5 75	4 50	6 75	1 40	1 20	
14	Rathenow	13 53	11 88	12 75	15 78	23 —	22 —	35 —	2 90	5 18	—	6 50	1 40	1 20	
15	Reu-Muppin	14 —	12 15	14 10	15 93	35 —	35 —	50 —	3 07	5 83	—	8 —	1 35	1 15	
16	Schwedt	13 38	12 39	15 —	15 68	26 66	31 25	37 50	3 —	6 70	—	7 60	1 40	1 20	
17	Spandau	13 90	12 20	13 90	15 75	34 —	24 50	39 —	4 —	6 30	—	8 —	1 60	1 20	
18	Strausberg	14 —	12 62	16 62	17 50	24 50	30 50	38 —	2 87	7 75	5 50	9 50	1 60	1 20	
19	Teltow	—	12 12	17 90	16 90	29 —	29 —	47 50	2 75	6 47	4 75	8 —	1 55	1 10	
20	Tempzin	13 50	11 50	15 50	15 50	35 —	35 —	50 —	2 50	6 —	4 50	8 —	1 20	1 —	
21	Trenenbriegen	14 10	11 89	13 60	15 —	—	—	—	3 —	6 —	—	7 —	1 20	1 —	
22	Wittstock	14 50	11 29	14 —	14 —	17 —	36 —	50 —	2 61	5 —	4 50	8 —	1 14	1 —	
23	Wriezen a. D.	13 73	11 83	15 38	14 93	23 50	22 75	37 25	2 73	5 84	4 50	8 —	1 30	1 20	
Durchschnitt		13 86	11 91	14 35	15 77	—	—	—	3 16	6 05	—	7 31	—	—	

Potsdam, den 13. März 1894.

37. Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Februar 1894 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bereichs Potsdam.

Ge- setzten je 50 Kilogramm.	Beeskow für Kreis Beeskow Storkow	Brandenburg für Kreis Brandenburg West- bavari- land.	Luders- walde für Kreis Jüter- bog Luders- walde.	Wriezen für Kreis Prignitz	Potsdam für Kreis Potsdam und Zand- Belzig	Prenzlau für die Kreis Prenzlau und Tempzin	Reu- Muppin für Kreis Muppin	Schwedt für Kreis Anger- münde.	Wittstock für Kreis Lp Büggen	Remerkungen
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1. Hafer	8 40	8 63	9 09	8 17	9 05	8 —	8 44	8 23	6 01	Für die Kreis-Oberrhein- Niederbarnim, Spandau und Teltow sowie für Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkt.
2. Weizen	—	3 56	4 20	4 53	4 35	3 68	4 20	3 99	4 20	
3. Rüböl	—	3 31	3 33	3 41	3 55	3 41	3 06	3 25	2 63	

Potsdam, den 13. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Februar 1894.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
Kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Kaltfleisch	Hammerfleisch	Ferkel	Wasser	Wien	Reis	Gerste	Hafer	Gerste	Wicken	Bohnen	Erbsen	Grüne	Grüne	Grüne	Grüne	Grüne	Grüne	Grüne
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1 20	1 10	1 10	1 80	2 22	3 19	25	20	45	30	40	50	50	55	2 70	3 30	20	1 60		
1 20	— 05	1 20	1 80	2 05	2 90	32	26	50	40	40	80	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 25	1 10	1 25	1 50	2 40	3 80	30	25	45	40	50	50	50	50	3 70	4 —	20	1 60		
1 20	— 80	1 —	1 80	2 20	4 —	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60		
1 40	1 20	1 20	1 60	2 60	3 60	21	17	40	30	40	45	40	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	1 27	1 20	1 65	2 14	3 31	28	24	44	45	53	52	46	52	3 10	3 85	20	1 70		
1 40	1 10	1 20	1 80	2 10	3 50	30	22	40	—	40	70	40	40	2 60	3 60	20	1 60		
1 20	1 —	1 —	1 70	2 20	3 40	29	20	50	50	50	60	35	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	1 30	1 10	1 70	2 —	3 50	23	19	41	27	44	44	38	42	2 75	3 55	19	1 70		
1 40	1 30	1 30	1 60	2 32	3 55	35	28	55	—	45	45	—	40	2 60	3 30	20	1 50		
1 20	1 —	1 20	1 50	2 20	3 24	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60		
1 30	1 30	1 —	1 70	1 91	2 90	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80		
1 30	1 10	1 25	1 60	2 21	3 14	27	22	40	50	50	50	40	50	2 50	3 60	20	1 70		
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	3 75	35	26	45	40	50	50	50	60	3 —	4 —	20	1 60		
1 20	1 —	1 20	1 90	1 80	3 20	30	24	50	40	50	50	50	60	3 40	3 60	20	1 80		
1 45	1 40	1 40	1 80	1 25	1 90	28	27	40	30	40	45	40	40	2 80	3 30	20	1 40		
1 30	1 20	1 20	1 80	2 40	3 90	40	24	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 15	1 10	1 10	1 55	2 40	4 10	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60		
1 20	1 —	1 —	1 60	2 10	4 —	30	25	60	80	70	80	50	60	2 60	3 60	20	1 80		
1 40	1 —	1 20	1 60	2 —	3 53	30	29	50	—	40	50	36	50	3 80	4 —	20	1 60		
1 14	— 70	— 96	1 70	1 94	2 93	23	22	15	50	45	50	50	45	2 50	3 40	20	1 70		
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	3 32	20	16	33	25	36	43	38	58	2 70	3 40	20	1 60		

Der Regierungs-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g.
58. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 12. Februar d. J. dem Comité zur Hebung der Zucht gängiger Wagenpferde in Baden die Genehmigung zu erteilen geruht, zu den von der Großherzoglich-Badischen Landesregierung in den Jahren 1894, 1895 und 1896 gestatteten öffentlichen Ausstellungen von Pferden, Wagen und anderen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete Looje zu vertreiben.
 Potsdam und Berlin, den 9. März 1894.
 Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g.
59. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlaß vom 8. Februar d. J. H. 1390 dem Vorstande des landwirtschaftlichen Vereins zu Zerbst im Herzogtum Anhalt auf Grund Allerhöchster Ermächtigung die Erlaubnis erteilt, zu der ihm von der herzoglichen Landesregierung gestatteten Auspfehlung von Pferden,

Wagen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Gegenständen auch im preussischen Staatsgebiete und zwar in den Kreisen Jerichow I., Calbe, Wanzleben, Aschersleben, Döberitz, Halberstadt (Stadt- und Landkreis), Bernburgerode und im Stadtkreise Magdeburg (Regierungsbezirk Magdeburg), sowie im Kreise Juchow-Belzig (Regierungsbezirk Potsdam) Looje zu vertreiben.
 Potsdam und Berlin, den 9. März 1894.
 Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g.
60. Die Diensträume der königlichen Gewerbeinspektion Berlin (Potsdam) befinden sich vom 15. März d. J. ab bis auf Weiteres im Seitenflügel des Hauses Tempelhofer Ufer 10, Berlin SW. 61. Die Inspektion wird durch den königlichen Gewerbeinspektor Baegoldt verwaltet.
 Potsdam, den 8. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

61. Dem Kreise Breeskow-Storkow ist durch Erlass des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten vom 19. Februar 1894 — III. 1830 — die Genehmigung zur Errichtung von Chauffeegelthebestellen an folgenden Chauffeen ertheilt worden:

- 1) Hebestelle Koblodorf an der von der Breeskow-Storkow'er Chauffee über Koblodorf und Reissenblatt bis zur Grenze des Kreises Rügen führenden Chauffee,
- 2) Hebestelle Lindenberg an der Chauffee Lindenberg-Rehrig,
- 3) Hebestellen Bugt und Wend. Buchholz an der von Storkow über Bugt, Rehrig, Gr. Eichholz und Wend. Buchholz bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Halbe.

Mit der Erhebung des Chauffeegelthes, zu 1 und 2 für je 2 Meilen, zu 3 für je 1 1/2 Meilen, ist am 1. März 1894 begonnen worden.

Potsdam, den 10. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

62. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gutsbesizers in Werneuchen, Kreis Ober-Barnim, die Schweinepest in Marktgrapsitz und Langendamm, Kreis Breeskow-Storkow.

Erschienen ist die Maul- und Klauenseuche in Wartenberg und Malchow, Kreis Niederbarnim, der Milzbrand unter dem Rindvieh des Büdners Quisdorf zu Diedersdorf, Kreis Teltow.

Potsdam, den 13. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen
der königlichen Regierung.

Entnahme von Eis aus den öffentlichen Klüffen.

5. In Abänderung unserer Bekanntmachungen vom 12. Oktober 1875 (Amtsblatt von 1875 S. 357) und vom 10. November 1876 (Amtsblatt von 1876 S. 401) wird bestimmt, daß Anträge auf Entnahme von Eis aus den öffentlichen Klüffen nicht mehr bei den mit Besorgung der Domänen-Geschäfte betrauten Beamten (domänenfiskalischen Vertretern), sondern bei denjenigen Wasserbauinspektoren zu stellen sind, denen die Strom- und Schifffahrtspolizei auf den betreffenden Klüffen zusteht.

Potsdam, den 8. März 1894.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

Polizei-Berordnung.

12. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1853 (G.-S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird hierdurch im Anschluß an die Polizei-Berordnung vom 3. Juli 1893, betreffend

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten, nach Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin Folgendes verordnet:

§ 1. Die Benutzung von öffentlichen Fuhrwerken (Vohnwagen, Droschken, Omnibus, Pferdebahnen, Eisenbahnen) und von öffentlichen Wasserfahrzeugen zum Transport von Cholera-, Pocken-, Darm-, Fleck- und Rückfall-typhus-, Diphtherie-, Ruhr-, Scharlach- und Masern-Kranken, sowie von Choleraverdächtigen ist verboten.

§ 2. Wer diese Vorschriften übertreft, wird, sofern nicht durch die Hinderhandlung, die im § 327 des R.-Str.-G.-B. vorgesehene höhere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe bis zu 10 Tagen tritt, bestraft.

§ 3. Diese Polizei-Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 26. August 1893.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung Friedheim.

Vorstehende Polizei-Berordnung bringe ich hiermit nochmals zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 6. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

13. Auf Ihren Bericht vom 10. Februar d. J. verleihe ich der Stadtgemeinde Berlin das Recht, die zur Freilegung des Bürgersteiges der Oberringerstraße erforderliche, auf dem zurückerfolgenden Plane roth angelegte Fläche im Wege der Enteignung zu erwerben.

Berlin, den 14. Februar 1894.

(gez.) Wilhelm, K.

(gegeg.) Tietzen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 6. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Nitzschen.

Bekanntmachung.

14. Alljährlich müssen Personen, welche das zulässige Alter (jetzt 30 Jahre) überschritten haben, die bereits mit ihren Anträgen, die Hebammenkunst zu erlernen, abgewiesen werden. Vielfach versuchen dann die abschlägig Beschiedenen ihre Ausbildung auf einer außerpreussischen Hebammen-Veranstaltung zu gewinnen, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, vor einer preussischen Prüfungs-Kommission sich prüfen zu lassen. Da eine derartige Genehmigung jetzt nicht mehr ertheilt wird, bringe ich dies beifolgende Warnung der Beteiligten hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 8. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Februar 1894

15. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	14	Mark	66	W.
do. (mittel)	14		16	
do. (gering)	13		68	
do. Roggen (gut)	12		44	
do. (mittel)	12		21	
do. (gering)	12		02	
do. Gerste (gut)	17		53	
do. (mittel)	16		30	
do. (gering)	15		07	
do. Hafer (gut)	17		28	
do. (mittel)	15		78	
do. (gering)	14		30	
do. Erbsen (gut)	18		95	
do. (mittel)	17		75	
do. (gering)	16		55	
do. Nichtstroh	6		44	
Heu	8		15	

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat Februar 9,45 Mf., 3,60 Mf., 4,91 Mf.

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	32	Mark	—	W.
Speisebohnen (weiße)	35		—	
Linsen	50		—	
Kartoffeln	5		—	
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1		40	
1 Rindfleisch (Bauchfleisch)	1		10	
1 Schweinefleisch	1		30	
1 Kalbfleisch	1		25	
1 Hammelfleisch	1		15	
1 Speck (geräuchert)	1		51	
1 Eibutter	2		40	
60 Stück Eier	3		77	

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen)	35	Mark	—	W.
Speisebohnen (weiße)	35		—	
Linsen	50		—	
Kartoffeln	4		27	
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1		40	
1 Rindfleisch (Bauchfleisch)	1		10	
1 Schweinefleisch	1		50	
1 Kalbfleisch	1		40	
1 Hammelfleisch	1		20	
1 Speck (geräuchert)	1		60	
1 Eibutter	2		36	
60 Stück Eier	4		06	

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Februar 1894:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen 33 Pf.,

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Roggen	30	Pf.
Gerstengraupe	38	
Gerstengrüge	38	
Buchweizengrüge	38	
Hirse	38	
Reis (Java, mittler)	60	
Java-Kaffee (mittler, roh) 3 Mark	10	
(gelb in		
gebr. Bohnen)	4	27
Speisesalz		20
Schweineschmalz (hiefiges) 1		50
2) In Charlottenburg:		
für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	38	Pf.
desgl. a. Roggen	28	
Gerstengraupe	45	
Gerstengrüge	43	
Buchweizengrüge	38	
Hirse	40	
Reis (Java, mittler)	70	
Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark	80	
Java-Kaffee (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	60
Speisesalz		20
Schweineschmalz (hiefiges) 1		35

Berlin, den 8. März 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.

Bekanntmachung.

16. Der städtischen Desinfections-Anstalt hieselbst, zu welcher der Zugang nur vom Kottbusser Ufer Nr. 19 stattfinden darf, sind wiederholt von außerhalb Betten, Kleider, Wäsche und andere Gegenstände zur Desinfection zugegangen, welche durchaus ungenügend verpackt gewesen sind.

Da, bei ungenügender Verpackung, der inficirten Sachen leicht eine Uebersragung von ansteckenden Krankheiten auf das mit dem Transporte betraute Personal stattfinden kann, so bestimmen wir hierdurch, daß alle der städtischen Desinfections-Anstalt — Kottbusser Ufer Nr. 19 hieselbst — von außerhalb, einschließlich der benachbarten Ortschaften, zur Desinfection zugehenden Gegenstände in festen, im Innern mit Blech ausgeschlagenen Kisten, verpackt zugesandt werden müssen.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden dem Königlichen Polizei-Präsidium hieselbst Veruß der Bestrafung angezeigt werden.

Die Rückgabe der von Auswärts zur Desinfection eingelieferten Gegenstände erfolgt nur nach vorheriger Bezahlung beziehungsweise unter Nachnahme der tarifmäßigen Gebühren.

Berlin, den 30. Juni 1888.

Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Polizei-Verordnung,

betreffend Verpadung und Verladung von Gebrauchsgegenständen von Ortschaften außerhalb Berlin an die hiesigen städtischen Desinfectionsanstalten.

Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes

über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird hierdurch nach Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin Folgendes verordnet:

Einziger Paragraph.

Wer den, über Verpackung und Versendung von Gebrauchsgegenständen, welche von **außerhalb einschließlic**h der benachbarten Ortschaften den hiesigen städtischen Desinfectionsanstalten zugesandt werden, von dem hiesigen Magistrat unter dem heutigen Tage veröffentlichten Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Berlin, den 30. Juni 1888.

Der Polizei-Präsident.

gez. Freiherr von Richthofen.

Vorstehende Bestimmungen bringe ich hiermit wiederholt in Erinnerung mit dem Bemerken, daß jede Zuwiderhandlung **unnachlässlich** strafrechtlich verfolgt wird. Der Zugang zur Desinfections-Anstalt ist jetzt nach Grünauerstraße 23 verlegt.

Berlin, den 8. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Postanweisungen- und Postauftrags-Verkehr mit Portugal.

7. Die Portugiesische Postverwaltung wird den zeitweilig eingestellten Postanweisungs-Verkehr nach dem Auslande vom 16. März ab wieder aufnehmen. Im Zusammenhang hiermit werden von demselben Zeitpunkt ab auch Postaufträge zur Geldeinzahlung nach Portugal wieder zugelassen. Berlin W., 7. März 1894.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam.

B e k a n n t m a c h u n g.

13. Die Erbauung und Lieferung von Postkutschen für den Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam soll vom 1. September 1894 ab im Wege des öffentlichen Ausschreibungsverfahrens neu vergeben werden.

Die Anbietersbedingungen können im Amtszimmer (Registratur) der Ober-Postdirection in Potsdam innerhalb der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen, auf Verlangen auch schriftlich gegen Erstattung der Schreibgebühren und sonstigen Kosten mitgetheilt werden.

Geeignete Wagenbauer werden hierdurch zur Theilnahme an der schriftlichen Anbietung mit dem Hinzufügen aufgefordert, daß die Preisanbietungen schriftlich und versiegelt mit der Aufschrift „Angebot auf Lieferung von Postwagen“ bis zum 16. April d. J. 11 Uhr Vormittags portofrei an die hiesige Ober-Postdirection einzureichen sind. Zu dieser Zeit wird die Eröffnung der eingegangenen Gebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter erfolgen.

Potsdam, den 7. März 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen

der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

4. Die am 1. April 1894 fälligen Zinsscheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hiersebst —, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten Kassen und Reichsbankanstalten vom 21. d. M. ab eingelöst. Auch werden die am 1. April 1894 fälligen Zinsscheine der nach unserer Bekanntmachung vom 6. März 1891 mit dem 1. April desselben Jahres auf unsere Verwaltung übergegangenen Eisenbahn-Prioritäts-Anleihen bei den vorbezeichneten Kassen, sowie bei den auf diesen Zinsscheinen vermerkten Zahlstellen vom 21. d. M. ab eingelöst.

Die Zinsscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. April fälligen Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zusendung dieser Zinsen mittels der Post sowie ihre Einschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 19. März und 8. April erfolgt, die Baarzahlung aber bei der Staatsschulden-Tilgungskasse am 19. März, bei den Regierungshauptkassen am 24. März und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 2. April beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die Zinszahlungen werktäglich von 9. bis 1 Uhr mit Ausschluß des vorletzten Werktages in jedem Monat, am letzten Monatstage aber von 11. bis 1 Uhr geöffnet.

Die Inhaber Preussischer Konfols machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten, „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ aufmerksam, welche durch jede Buchhandlung für 40 Pfennig oder von dem Verleger J. Guttentag in Berlin durch die Post für 45 Pfennig franco zu beziehen sind.

Berlin, den 5. März 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

4. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-Gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der verwitweten Rentnerin Wilhelmine Haase in Wismar in Mecklenburg die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1882

Lit. F. Nr. 222377 über 200 M.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Gutsbesitzer Friedrich Haase zu Schönebagen bei Prigwall anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 3. März 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht,

daß Herr Hermann Walber zu Meydt (Regierungs-Bezirk Düsseldorf), Hauptstraße Nr. 69 wohnhaft, die Schuldverdrückung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1881

Lit. C. Nr. 195609 über 1000 M., angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn zc. Walber anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 3. März 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

11. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichnenden Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinföhrdung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben angegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Aus- fertigung der Bescheinigung für Ermäßigung	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Geflügel-Ausstellung.	Viegnitz.	9. bis 11. März.	Geflügel, sowie Geräthe und Zeugnisse der Geflügelzucht.	Preussischen Staatsbahnen.	Ausstellungskommission.	4	Wochen
2	Internationale Ausstellung für Gewerbe, Nahrungsmittel und Volks-ernährung.	Genève.	9. bis 15. März.	Gewerbliche Gegenstände und Nahrungsmittel.	Preussischen Staatsbahnen u. Reichsbahnen in Elßaß-Lothringen	Deegleichen.	4	Wochen
3	Geflügel-Ausstellung.	Mühlheim a. d. Ruhr.	11. bis 13. März.	Geflügel, sowie Geräthe und Zeugnisse der Geflügelzucht.	Preussischen Staatsbahnen.	Deegleichen.	14 Tage	
4	Kaninchen-Ausstellung.	Berlin.	23. bis 27. März.	Kaninchen.	Preussischen Staatsbahnen u. Reichsbahnen in Elßaß-Lothringen	Deegleichen.	4	Wochen
5	Internationaler medizinischer Kongreß.	Rom.	29. März bis 5. April.	Medizinisch hygienische Gegenstände.	Preussischen Staatsbahnen, Reichsbahnen in Elßaß-Lothringen, Sächsischen u. Württembergischen Staatsbahnen, Main-Neckarbahn und Oesterreichischen Südbahn.	Deegleichen.	4	Wochen

nach
Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 5. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

12. In die vom 1. Mai d. J. ab zwischen Berlin Charlottenburg und Alexandrowo verkehrenden neuen Durchgangszüge 71 und 72 werden Wagen eingestellt werden, welche durch Gänge und gedeckte Uebergangsbrücken mit einander verbunden und mit numerirten Plätzen versehen sind.

Für die Benützung jedes Platzes ist außer dem Fahrpreise ein Zuschlag von 2 M. für die I. und II. Klasse und von 1 M. für die III. Klasse gegen Ausbändigung einer Platzkarte zu zahlen.

Bromberg, den 4. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

13. Am 1. April 1894 werden die Personen-Haltepunkte Dubelno und Jezewo für den Stückgut- und Eilgütern-Verkehr eröffnet.

Bromberg, den 7. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisausschüsse.

4. Durch den am 5. April 1893 in Rescholz stattgehabten Brand sind u. A. das Geburts- und das Sterberegister des Standesamtes Lüsse pro 1893 vernichtet worden. Diese Register müssen durch Aufnahme neuer Verhandlungen über die bei dem gedachten Standesamte im Jahre 1893 vor dem Brande zur Anzeige gebrachten Geburts- und Sterbefälle ersetzt werden.

Ich fordere daher alle Betheiligten, besonders aber diejenigen Personen, welche Geburten und Sterbefälle während der gedachten Zeit bei dem Standesamte zu Rescholz angemeldet haben, hierdurch auf, sich Behufs Aufnahme neuer Verhandlungen bei dem Herrn Standesbeamten Dähne zu Rescholz persönlich zu melden.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Aufnahme dieser neuen Verhandlungen für alle Interessenten von großer Wichtigkeit ist, insbesondere auch für dieselben in vermögensrechtlicher Beziehung von weittragender Bedeutung sein kann. Es wolle daher kein Betheiligter seine persönliche Meldung unterlassen, diese vielmehr möglichst beschleunigen.

Wesig, den 5. März 1894.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

von Stülpnagel,

Königlicher Landrath und Geheimer Regierungsrath.

Personalchronik.

Im Kreise Ruppín ist der Gemeindevorsteher Wolff in Guten-Germendorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXV. — Daberow — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist wegen erfolgten bzw. bevorstehenden Ablaufs ihrer Dienstzeit von Neuem ernannt worden der Amtsvorsteher Wendhausen zu Bietow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIX. — Seelübbe —, der Amtsvorsteher Mohrbeck zu Ziemendorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXII. — Eichstedt —, der Amtsvorsteher Herz zu Kleptow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXXIV. — Klesow —, der

Amtsvorsteher-Stellvertreter Passow zu Dreesch zum Stellvertreter des Amtsvorstehers des Amtsbezirks XIX.

— Seelübbe —, der Amtsvorsteher-Stellvertreter Schmidt zu Wenkin zum Stellvertreter des Amtsvorstehers des Amtsbezirks XXVI. — Wenkin —.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde ist der Oberamtmann Schüge zu Heinsdorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XI. — Heinsdorf — ernannt worden.

Der Polizeisekretair Grünberg in Prignitz ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Am 1. April d. J. treten in der Wasserbauverwaltung folgende Personalveränderungen ein:

a. **Es werden pensionirt:** die Schleusenmeister Feuerjäger in Finkenheerd, Kope in Eberswalde und Lehmann in Liebenwalde.

b. **Es werden versetzt:** 1) der Brückenaufzieher Schmidt zu Dorf Zerpenschleuse als Schleusenmeister nach Finkenheerd, 2) der Brückenaufzieher Buchholz an der St. Annenbrücke zu Brandenburg a. H. nach Vorwerk Zerpenschleuse, 3) der Schleusenmeister Schöbzig zu Groß-Tränke nach Eberswalde, 4) der Brückenaufzieher Steuer zu Spandau als Schleusenmeister nach Groß-Tränke, 5) der Brückenaufzieher Kühne zu Vorwerk Zerpenschleuse als Schleusenmeister nach Liebenwalde, 6) der Krahnmeister Geppert zu Oberberg i. M. als Brückenaufzieher nach Dorf Zerpenschleuse.

Der Ober-Regierungsrath Bohnstedt in Frankfurt a. O. ist zum 1. April 1894 in gleicher Amtseigenschaft an die Generalkommission zu Düsseldorf versetzt.

Der bisherige Oberpfarrer und Superintendent in Bredow, Louis Paul Andreas Friedrich Müller ist zum Oberpfarrer der Parochie Templin und zum Superintendenten der gleichnamigen Diözese bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Großmantel Ernst Otto Wildegans ist zum Pfarrer der Parochie Parstein, Diözese Angermünde, bestellt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Paul Friedrich Eduard Buhrow in D. Nirdorf ist zum 2. Diakon der Parochie D. Nirdorf, Diözese Köln-Band II., bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Friedrich Karl Eduard Gustav Jaedel ist zum Pfarrer der Parochie Nebelin, Diözese Perleberg, bestellt worden.

Der Hilfslehrer Moll am Seminar zu Dranienburg ist zum ordentlichen Seminarlehrer ernannt worden.

Der Lehrer Paul Hoffmann aus Geißendorf ist unter Ernennung zum Seminarhilslehrer an das Seminar zu Dranienburg berufen worden.

Die Lehrerinnen John, Brose, Schröder, Klöbbe, Marggraff, Sobotta, Komarek sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin:

Im Laufe des Monats Februar 1894 sind:

ernannt zum Ober-Postdirectionssecretair Postsecretair Geyer, zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Brückow, Espenner, Jander, Kroll, Ma-
chowski, J. A. Pohl, zum Ober-Telegraphen-
assistenten Telegraphenassistent K. J. Pohl;

etatsmäßig angestellt als Postassistenten die Post-
assistenten Hammer, Huber, Korwek, Wlosz-
kiewicz, die Postamwärter Giegler, Greibe,
Emil Günther, Hartwich, Marguardt, Moder-
john, Niesstradt, Porath, Ulrich, als Tele-
graphenassistent Telegraphenassistent Rbinow, als
Postsecretaire die Postpraktikanten Frey, Glagel,
Epörer;

versetzt von Berlin die Postsecretaire Donat nach
Rudenwalde, Hubert nach Heidelberg, Postassistent
Kumpf nach Forst (Potsdam), nach Berlin Postsecretair
Arthur Grosse von Markneukirchen;

in den Ruhestand versetzt: Ober-Postassistent
Peterjen, Ober-Telegraphenassistent L. H. Schulz;

gestorben: Postsecretair Eckenrodt, Ober-Post-

assistent Meuter, Ober-Telegraphenassistent Kahl-
baum.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

77. Auf Grund des § 23 des Genossenschafts-
Statuts vom 13. Dezember 1887 wird hierdurch be-
kannt gemacht, daß aus dem Stande der Arbeitgeber
für die Zeit vom 1. April 1894 bis zum 31. März
1898 als Beisitzer des Schwurgerichts der Section 39
der Brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufs-
genossenschaft resp. als Stellvertreter desselben gewählt
resp. wiedergewählt worden sind:

- 1) als Beisitzer: der Gärtnereibesitzer Ludwig Krause,
Frankfurter Allee 138,
- 2) als 1. Stellvertreter desselben: der Gärtnerei-
besitzer Robert Kessel, Urbanstraße 29,
- 3) als 2. Stellvertreter: der Gärtnereibesitzer Karl
Belig, Vorhagenstraße im Belig'schen Hause.

Berlin, den 5. März 1894.

Der Vorstand der Section 39.

(Stadt-Ausschuß)

J. B.

gez.: Friedel.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum des Ausweisungs- Beschlusses

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Karl Rosemeyer, Tagelöhner,	geboren am 15. Januar 1834 zu G'Graven- hagen, Niederlande, ortsangehörig zu Schie- dam, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Münster,	23. Dezember 1893.
2	Josef Seidl, Hutmacher,	geboren am 25. März 1874 zu Moutonic, Bezirk Smichow, Böh- men, ortsangehörig zu Pafel, Bezirk Starke- bach, ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	16. Januar 1894.
3	Eduard Sommerauer, Hafner,	geboren am 1. Januar 1870 zu Salzburg, Oesterreich, ortsange- hörig ebendaselbst,	desgleichen,	dieselbe,	15. Januar 1894.
4	Karl Reichmann, Wegger,	geboren am 9. Sep- tember 1873 zu Wien, ortsangehörig zu Hen- nersdorf, Bez. Jägernd- dorf, Oesterreichisch- Schlesien,	desgleichen,	dieselbe,	4. Januar 1894.
5	Moses Tesar (Doder), Handelsmann,	geboren im Jahre 1860 zu Wissele-Lutewski, Gouvernement Grodno, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	14. März 1893.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs Beschlusses
	1.	2.	3.	4.	5.
6	Anna Tremf, Potenschafterin,	geboren am 4. August 1827 zu München, ortsangeb. zu Markt-Eisenstein, Bez. Schüttenhöfen, Böhmen,	Landsfreiden,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regen,	17. Januar 1894.
7	Josef Tremf, Tagelöhner,	geboren im Jahre 1864 zu Janowitz, Bezirk Klattau, Böhmen, österreicher Staatsangehöriger,	Petteln,	Stadtmagistrat Degendorf, Bayern,	26. Oktober 1893.
8	Antelm Ebard, Arbeiter,	geboren am 22. April 1857 zu Cezzerien, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landsfreiden,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrück,	1. Februar 1894.
9	Josef Xirit, Schuhmacher,	geboren am 20. März 1852 zu Radnic, Bezirk Pilsen, Böhmen, ortsangehörig ebendas.,	Landsfreiden u. Petteln,	Königlich sächsische Kreisbauernschaft Zwickau,	11. Januar 1894.
10	Josef Friedl, Hutmacher,	geboren am 29. September 1861 zu Madlut (Rohrbrunn), Komitat Vas (Eisenburg), Ungarn, ortsangehörig ebendaselbst,	Landsfreiden,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	25. Januar 1894.
11	Dolar Alfred Karg, Steinmetz,	geboren am 8. November 1873 in Hamburg, ortsangehörig zu Breiten, Oesterreich,	Landsfreiden und Hal-	dieselbe,	24. Januar 1894.
12	Lucian Alexander Lecoeur, Schirmmacher,	geboren am 23. Februar 1863 in Rouen, Departement Seine inférieure, Frankreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landsfreiden,	dieselbe,	desgleichen.
13	Alwida Wilhelmine Marie Nielsen, Schneiderin,	geboren am 22. September 1868 zu Kopenhagen, Dänemark, dänische Staatsangehöriger,	gewerkschaftliche Unzucht u. verbotswidrige Hülfslehr,	Polizeibehörde zu Hamburg,	desgleichen.
14	Karl Scheibner, Fabrikarbeiter,	geboren am 17. November 1863 zu Wels, Ober-Oesterreich, ortsangehörig zu Gollern, ebendaselbst,	Landsfreiden u. Petteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	desgleichen.

Hierzu

eine Beilage, enthaltend den Vertheilungsplan über die auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1893, betreffend Ruhegehaltssachen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, von den Schulverbänden an die Lehrer-Ruhegehaltssache für 1. April 1894 bis Ende März 1895 zu entrichtenden Beiträge, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Papp'schen Verlagsbuchhandlung.

Beilage

zum 11. Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 16. März 1894.

Vertheilungsplan

über

die auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1893, betreffend Ruhegehaltskassen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Ges. S. 194), von den einzelnen Schulverbänden des Regierungsbezirks Potsdam an die Lehrer-Ruhegehaltskasse des Bezirks für die Zeit vom 1. April 1894 bis Ende März 1895 zu entrichtenden Beiträge.

Der gemäß § 6 des Gesetzes vom 23. Juli 1893 berechnete Bedarf der Ruhegehaltskasse für die Zeit vom 1. April 1894 bis Ende März 1895 beträgt 201 016,50 Mk.

Das nach § 7 a. a. D. der Vertheilung zum Grunde zu legende Ruhegehaltoberechtigte Dienststeinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks am 1. Oktober 1893 nach Abzug von 800 Mk. für jede Stelle und Abrechnung bei jedem Schulverbande auf volle Hunderte betrug 236 4900 Mk.

Mithin entfallen für 1. April 1894 bis Ende März 1895 auf je 100 Mk. Ruhegehaltoberechtigtes Dienststeinkommen 8,50 Mk.

Die von den einzelnen Schulverbänden des Bezirks an die Lehrer-Ruhegehaltskasse zu zahlenden Beiträge vertheilen sich somit wie folgt:

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltoberechtigten Dienststeinkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Abzug von 800 Mk. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderte gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulverbänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mk.	Mk.
1.	2.	3.	4.
5.	a) Schwedt a. D., evangelischer Schulverband b) Schwedt, katholischer Schulverband	23100 300	1963 50 25 50
6.	Bierraden	4600	391 —
7.	Altenhof	300	25 50
8.	Verkholz	800	68 —
9.	Bertislow	300	25 50
10.	Biesenbrow	800	68 —
11.	Blankenburg	900	76 50
12.	Blumenhagen	700	59 50
13.	Bölkendorf	400	34 —
14.	Briest	600	51 —
15.	Brig	1000	85 —
16.	Brodowin	500	42 50
17.	Bruchhagen	600	51 —
18.	Chorinchen	300	25 50
19.	Criewen	300	25 50
20.	Crusow	400	34 —
21.	Dobberzin	700	59 50
22.	Felschow	400	34 —
23.	Nieder-Kinow	300	25 50
24.	Hlemendorf	300	25 50
25.	Frauenhagen	400	34 —
26.	Frederisdorf	800	68 —
27.	Friedrichswalde	500	42 50
28.	Gatow	300	25 50
29.	Gellmersdorf	1000	85 —
30.	Glambeck	700	59 50
31.	Görlsdorf	500	42 50
32.	Golm	900	76 50
33.	Golzow	800	68 —
34.	Gramzow	4200	357 —

Kreis Angermünde.

1.	Angermünde	9800	833 —
2.	Greiffenberg	2100	178 50
3.	Joachimsthal	3800	323 —
4.	Oderberg i. M.	8300	705 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsomme des ruhgehaltberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertste gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr. Pf.
1	2	3	4
35.	Grimmig, Amt	200	17 —
36.	Grünow	800	68 —
37.	Günterberg	500	42 50
38.	Güstow	800	68 —
39.	Heinersdorf	900	76 50
40.	Hergsprung	300	25 50
41.	Hohenselbe	300	25 50
42.	Alt-Hüttendorf	600	51 —
43.	Kerlow	400	34 —
44.	Alt-Künkendorf	600	51 —
45.	Neu-Künkendorf	300	25 50
46.	Hohen-Landin	700	59 50
47.	Nieder-Landin	300	25 50
48.	Piepe	900	76 50
49.	Lüdersdorf	800	68 —
50.	Lügnow	900	76 50
51.	Lunow	1100	93 50
52.	Reichow	800	68 —
53.	Neu-Reichow	300	25 50
54.	Melzow	400	34 —
55.	Mürow	700	59 50
56.	Neuendorf	300	25 50
57.	Parstein	400	34 —
58.	Parlow	300	25 50
59.	Passow	700	59 50
60.	Pippow	800	68 —
61.	Pöffen	300	25 50
62.	Hohen-Saathen	800	68 —
63.	Sandkrug	300	25 50
64.	a) Schmargendorf, deutsch- luth. röm. Volksschule	700	59 50
	b) Schmargendorf, franz. reformirte Volksschule	300	25 50
65.	Schmiedeberg	300	25 50
66.	Schönermark	700	59 50
67.	Seebausen	900	76 50
68.	Senftenhütte	500	42 50
69.	Serwest	800	68 —
70.	Stechersdörfchen	200	17 —
71.	Steinhöfel	400	34 —
72.	Sündel	300	25 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsomme des ruhgehaltberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertste gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr. Pf.
1	2	3	4
73.	Stolpe a. D.	500	42 50
74.	Stolzenhagen	300	25 50
75.	Stüpfow	300	25 50
76.	Warnig	800	68 —
77.	Welsow	800	68 —
78.	Wendemarshagen	500	42 50
79.	Werbellin	300	25 50
80.	Willmersdorf	400	34 —
81.	Wolkehagen	300	25 50
82.	Zehnebeck	700	59 50
83.	Zichow	400	34 —
84.	Gr.-Zietzen	1100	93 50
85.	Alt.-Zietzen	800	68 —
86.	Züzen	200	17 —
Kreis Nieder-Barnim.			
1.	Alt-Landenberg	6000	510 —
2.	Bernau	18100	1572 50
3.	Liebenwalde	5200	442 —
4.	Dranienburg	11600	986 —
5.	Abrensfelde	900	76 50
6.	Basdorf	500	42 50
7.	Bergfelde	400	34 —
8.	Bernsdorf	700	59 50
9.	Biesdorf	1400	119 —
10.	Birkenwerder	1300	110 50
11.	Birkholz	400	34 —
12.	Blankenburg	900	76 50
13.	Blankensfelde	1000	85 —
14.	Blumberg	1400	119 —
15.	Börnide	900	76 50
16.	Bollensdorf	500	42 50
17.	Borgsdorf	300	25 50
18.	Borhagen-Nummelsburg	21900	1861 50
19.	Buch	600	51 —
20.	Frantz-Buchholz	2400	204 —
21.	Caulsdorf	1400	119 —
22.	Dahlwig	400	34 —
23.	Dalldorf	1300	110 50
24.	Eggerndorf	800	68 —
25.	Eiche	700	59 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des zugehörsbereich- tigen Dienstleistungsumsatzes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 500 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderte gemäß § 7	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr. Pf.

1	2	3	4
26.	Eichhorst	500	42 50
27.	Erkner	3100	263 50
28.	Falkenberg	1000	85 —
29.	Friedersdorf	800	68 —
30.	Freienhagen	700	59 50
31.	Friedrichsfelde	14600	1241 —
32.	Friedrichshagen	8200	697 —
33.	Friedrichsthal	700	59 50
34.	Friedrichsthaler Glashütte	300	25 50
35.	Germendorf	400	34 —
36.	Glienke	800	68 —
37.	Grünheide (Werlsee)	900	76 50
38.	Hammer	700	59 50
39.	Heiligensee	600	51 —
40.	Heinersdorf	600	51 —
41.	Hellersdorf	300	25 50
42.	Hennickendorf	1100	93 50
43.	Hermisdorf	1300	110 50
44.	Hersfelde	2200	187 —
45.	Hoenow	500	42 50
46.	Kagel	700	59 50
47.	Karow	700	59 50
48.	Kienbaum	500	42 50
49.	Klän Dorf	500	42 50
50.	Klostersfelde	600	51 —
51.	Kreuzbruch	300	25 50
52.	Krummensee	700	59 50
53.	Kranke	600	51 —
54.	Lichtenberg	50000	4250 —
55.	Lichtenow	800	68 —
56.	Liebethal	300	25 50
57.	Lindenberg	1200	102 —
58.	Löhme	400	34 —
59.	Lübbers	1700	144 50
60.	Malchow	1400	119 —
61.	Mahlsdorf	800	68 —
62.	Malz	700	59 50
63.	Marienwerder	1000	85 —
64.	Märzahn	700	59 50
65.	Mehrow	1000	85 —
66.	Neu-Mönchwinfel	300	25 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des zugehörsbereich- tigen Dienstleistungsumsatzes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 500 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderte gemäß § 7	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mfr.	Mfr. Pf.

1	2	3	4
67.	Mühlenbeck	800	68 —
68.	Münchehofe	700	59 50
69.	Nassenheide	300	25 50
70.	Hohen-Neuendorf	700	59 50
71.	Neudörfchen	200	17 —
72.	Neuenhagen	800	68 —
73.	Neuholland	500	42 50
74.	Pankow	17900	1521 50
75.	Petershagen	800	68 —
76.	Prennden	500	42 50
77.	Rahnsdorf	800	68 —
78.	Rehsfelde	500	42 50
79.	Reinickendorf	19700	1674 50
80.	Rosenthal	1300	110 50
81.	Rüdersdorf	1900	161 50
82.	Kallberge Rüdersdorf	6100	518 50
83.	Ruhlsdorf	600	51 —
84.	Sachsenhausen	800	68 —
85.	Schildow	700	59 50
86.	Schlust	500	42 50
87.	Schmachtenhagen	800	68 —
88.	Gr. Schönebeck	1900	161 50
89.	Nl. Schönebeck	800	68 —
90.	Schönerlinde	600	51 —
91.	Schöneiche	600	51 —
92.	Schönstieß	700	59 50
93.	Hohen-Schönhausen	1300	110 50
94.	Nieder-Schönhausen	5100	433 50
95.	Schönholz	1200	102 —
96.	Schoenow	1000	85 —
97.	Schönwalde	1400	119 —
98.	Schwanebeck	900	76 50
99.	Seeberg	900	76 50
100.	Seefeld	700	59 50
101.	Sophienstadt	200	17 —
102.	Stolpe	1000	85 —
103.	Stolzenhagen	800	68 —
104.	Stralau	2900	246 50
105.	Summt	500	42 50
106.	Tasdorf	1800	153 —
107.	Tegel	3200	272 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstleistungen von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7. Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.	
		Mfr.	Mfr. Pf.
1.	2.	3.	4.
108.	Bogelsdorf	900	76 50
109.	Wandlig	600	51 —
110.	Wartenberg	600	51 —
111.	Weißensee	5100	433 50
112.	Neu-Weißensee	40800	3468 —
113.	Wensickendorf	500	42 50
114.	Werder	400	34 —
115.	Wolkersdorf	1600	136 —
116.	Zehlendorf	800	68 —
117.	Zepernick	900	76 50
118.	Alt-Zerpenschleuse	600	51 —
119.	Neu-Zerpenschleuse	800	68 —
120.	Zinndorf	600	51 —
121.	Zühlendorf	300	25 50

Kreis Ober-Barnim.

1.	Biesenthal	7700	654 50
2.	Eberswalde	33700	2864 50
3.	Friesenwalde	10500	892 50
4.	Strausberg	17900	1521 50
5.	Werneuchen	2100	178 50
6.	Wriezen	22500	1912 50
7.	Alaunwerk	500	42 50
8.	Amalienhof	200	17 —
9.	Gr.-Barnim	400	34 —
10.	Neu-Barnim	2000	170 —
11.	Baglow	400	34 —
12.	Beauregard	500	42 50
13.	Beerbaum	100	8 50
14.	Beiersdorf	300	25 50
15.	Biesdorf	300	25 50
16.	Alt-Bliesdorf	400	34 —
17.	Neu-Bliesdorf	200	17 —
18.	Broichsdorf	700	59 50
19.	Brunow	700	59 50
20.	Buchholz	800	68 —
21.	Elosterdorf	400	34 —
22.	Eöthen	400	34 —
23.	Eunersdorf	1000	85 —
24.	Danewitz	600	51 —
25.	Dannenberg	700	59 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstleistungen von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7. Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.	
		Mfr.	Mfr. Pf.
1.	2.	3.	4.
26.	Eichwerder	300	25 50
27.	Eisenspalterei	500	42 50
28.	Falkenberg i. M.	400	34 —
29.	Hohen-Finow	300	25 50
30.	Frankenselde	200	17 —
31.	Freudenberg	300	25 50
32.	Alt-Friedland	400	34 —
33.	Neu-Friedland	300	25 50
34.	Garzau	700	59 50
35.	Neu-Gaul	200	17 —
36.	Alt-Gersdorf	800	68 —
37.	Giesdorf	200	17 —
38.	Gottesgabe	100	8 50
38a.	Grünthal	600	51 —
39.	Grunow	900	76 50
40.	Harnefop	300	25 50
41.	Haselberg	500	42 50
42.	Heckelberg	300	25 50
43.	Heegermühle	1500	127 50
44.	Herzborn	100	8 50
45.	Heinrichsdorf	200	17 —
46.	Hirschfelde	700	59 50
47.	Hohenstein-Ruhlsdorf	800	68 —
48.	Islow	800	68 —
49.	Kerzenbruch	500	42 50
50.	Klobbick	500	42 50
51.	Ladeburg	900	76 50
52.	Leuenberg	800	68 —
53.	Alt-Lewin	800	68 —
54.	Neu-Lewin	1100	93 50
55.	Lichterfelde	900	76 50
56.	Lüdersdorf	700	59 50
57.	Alt-Medewitz	700	59 50
58.	Neu-Medewitz	800	68 —
59.	Melchom	700	59 50
60.	Messingwerk	900	76 50
61.	Megdorf	300	25 50
62.	Möglin	500	42 50
63.	Prädifow	800	68 —
64.	Prigshagen	900	76 50
65.	Prögel	900	76 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberechtig- ten Dienstleistungen von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertste gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mf.	Mf.

1.	2.	3.	4.
66.	Alt-Ranft	1100	93 50
67.	Rathsdorf	700	59 50
68.	Reichenberg	800	68 —
69.	Reichenow	300	25 50
70.	Ringenswalde	400	34 —
71.	Rüdzig	900	76 50
72.	Schönfeld	400	34 —
73.	Schönholz	100	8 50
74.	Schöpsfurth	400	34 —
75.	Schulzendorf	200	17 —
76.	Sieging	200	17 —
77.	Sommerfelde	200	17 —
78.	Sonnenburg	100	8 50
79.	Spechtshausen	300	25 50
80.	Steinbeck	500	42 50
81.	Steinsfurth	400	34 —
82.	Sternebeck	400	34 —
83.	Tempelsfelde	800	68 —
84.	Torgelow	100	8 50
85.	Tornow	500	42 50
86.	Trampe	600	51 —
87.	Alt-Trebbin	200	17 —
88.	Neu-Trebbin	2200	187 —
89.	Tuchen	800	68 —
90.	Vermais	500	42 50
91.	Wegenhof	700	59 50
92.	Weesow	800	68 —
93.	Wesendahl	500	42 50
94.	Wilsendorf	200	17 —
95.	Wilmersdorf	300	25 50
96.	Wölligendorf	700	59 50
97.	Wollenberg	300	25 50
98.	Alt-Wriezen	1100	93 50
99.	Wuschewier	400	34 —

Kreis Weesow-Storkow.

1.	Weesow	11300	960 50
2.	Wendisch-Buchholz	2200	187 —
3.	Storkow	6800	578 —
4.	Arnsdorf	200	17 —
5.	Bindow	200	17 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberechtig- ten Dienstleistungen von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertste gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mf.	Mf.

1.	2.	3.	4.
6.	Blossin	200	17 —
7.	Braunsdorf	200	17 —
8.	Briescht	600	51 —
9.	Bugk	600	51 —
10.	Buckow	300	25 50
11.	Cablow	800	68 —
12.	Cöthen	600	51 —
13.	Cossenblatt	200	17 —
14.	Diensdorf	100	8 50
15.	Dolgenbrod	200	17 —
16.	Falkenberg	100	8 50
17.	Friedersdorf	500	42 50
18.	Friedrichshof	200	17 —
19.	Glienide	500	42 50
20.	Görzdorf bei Weesow	600	51 —
21.	Görzdorf bei Storkow	800	68 —
22.	Görzig	400	34 —
23.	Neu-Golm	300	25 50
24.	Gosen	400	34 —
25.	Alt-Hartmannsdorf	500	42 50
26.	Hermisdorf	100	8 50
27.	Herzberg	300	25 50
28.	Rehrigt	700	59 50
29.	Reischendorf	700	59 50
30.	Richtshofen	200	17 —
31.	Rohlsdorf	700	59 50
32.	Krausnick	700	59 50
33.	Krügersdorf	800	68 —
34.	Langewahl	200	17 —
35.	Leibsch	100	8 50
36.	Linsdorf	500	42 50
37.	Lindenberg	700	59 50
38.	Nieder-Lehme	500	42 50
39.	Neu-Lübbenau	600	51 —
40.	Alt-Markgraspieseke	700	59 50
41.	Neu-Markgraspieseke	300	25 50
42.	Mertz	200	17 —
43.	Münchehofe	400	34 —
44.	Neubrück	200	17 —
45.	Neuendorf	200	17 —
46.	Petersdorf	200	17 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstseinkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderterte gemäß § 7		Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beträge.
		M.	M.	

1.	2.	3.	4.
47.	Pfaffendorf	500	42 50
48.	Pieskow	900	76 50
49.	Prieros	400	34 —
50.	Rabinkendorf	300	25 50
51.	Ragow	500	42 50
52.	Rauen	1200	102 —
53.	Reichenwalde	700	59 50
54.	Rieplos	700	59 50
55.	Groß-Rieg	400	34 —
56.	Wendisch-Rieg	700	59 50
57.	Sauen	300	25 50
58.	Alt-Schadow	600	51 —
59.	Neu-Schadow	400	34 —
60.	Schneeberg	200	17 —
61.	Selchow	800	68 —
62.	Spreenhagen	500	42 50
63.	Alt-Stahndorf	300	25 50
64.	Stremmen	200	17 —
65.	Tauche	300	25 50
66.	Trebatsch	300	25 50
67.	Gr.-Wasserburg	600	51 —
68.	Werder	400	34 —
69.	Wernsdorf	800	68 —
70.	Wilmersdorf	400	34 —
71.	Wölzig	200	17 —
72.	Wulfersdorf	200	17 —
73.	Neu-Zittau	400	34 —

Kreis Ost-Savelland.

1.	Cremmen	6700	569 50
2.	Fehrbellin	4900	416 50
3.	Regin	4900	416 50
4.	Rauen	19400	1649 —
5.	Bärenklau	600	51 —
6.	Deeg	600	51 —
7.	Regin	400	34 —
8.	Börnide	600	51 —
9.	Bögon	400	34 —
10.	Bornim	2300	195 50
11.	Bornstädt	1900	161 50
12.	Bredow	1100	93 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstseinkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderterte gemäß § 7.		Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beträge.
		M.	M.	

1.	2.	3.	4.
13.	Brunne	500	42 50
14.	Buchow-Carpzow	800	68 —
15.	Carwefee	400	34 —
16.	Cladow	1000	85 —
17.	Dalgow	300	25 50
18.	Dechtow	900	76 50
19.	Döbrig	700	59 50
20.	Dyrog	900	76 50
21.	Eiche	1100	93 50
22.	Eichstädt	700	59 50
23.	Egin	500	42 50
24.	Fahrland	700	59 50
25.	Falkenhagen	800	68 —
26.	Falkenrehde	700	59 50
27.	Flatow	900	76 50
28.	Gatow	600	51 —
29.	Alt-Geltow	700	59 50
30.	Gr.-Glienicke	300	25 50
31.	Golm	800	68 —
32.	Grube	800	68 —
33.	Grünefeld	700	59 50
34.	Hakenberg	1600	136 —
35.	Haselhorst	1000	85 —
36.	Hennigsdorf	400	34 —
37.	Hertefeld	100	8 50
38.	Hohenbruch	300	25 50
39.	Hoppenrade	400	34 —
40.	Kargow	700	59 50
41.	Kienberg	200	17 —
42.	Knoblauch	600	51 —
43.	Königsberg	300	25 50
44.	Kuhhorst	100	8 50
45.	Lenze	600	51 —
46.	Pinum	2300	195 50
47.	Markau	400	34 —
48.	Markee	400	34 —
49.	Marquardt	600	51 —
50.	Marwig	1100	93 50
51.	Nieder-Neuendorf	700	59 50
52.	Vaaren i. Gl.	500	42 50
53.	Vaaren a. d. B.	200	17 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentgelts von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7.		Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		M.	Mf.	
1.	2.	3.	4.	
54.	Pareß	400	34 —	
55.	Pausin	300	25 50	
56.	Perwenitz	400	34 —	
57.	Pichelsdorf	400	34 —	
58.	Priori	800	68 —	
59.	Rohrbeck	1000	85 —	
60.	Sacrore	700	59 50	
61.	Sagforn	300	25 50	
62.	Schönwalde	500	42 50	
63.	Schwante	600	51 —	
64.	Serburg	300	25 50	
65.	Sergefeld	700	59 50	
66.	Sommerfeld	500	42 50	
67.	Staaken	1300	110 50	
68.	Staffelde	700	59 50	
69.	Tarmow	800	68 —	
70.	Tiefwerder	600	51 —	
71.	Tiegow	300	25 50	
72.	Ueg	400	34 —	
73.	Weglesang	700	59 50	
74.	Welten	7700	654 50	
75.	Werbis	200	17 —	
76.	Wandorf	900	76 50	
77.	Wernitz	800	68 —	
78.	Wolfslake	300	25 50	
79.	Wustermarke	1600	136 —	
80.	Zeesow	500	42 50	
81.	Gr.-Zietzen	700	59 50	
Kreis West-Magelland.				
1.	Friesack	7500	637 50	
2.	Plaue a. S.	2800	238 —	
3.	Prigewitz	2800	238 —	
4.	Rathenow	37500	3187 50	
5.	Rhinow	1800	153 —	
6.	Pagow	400	34 —	
7.	Pamme	400	34 —	
8.	Parnowitz	400	34 —	
9.	Gr.-Pehnis	600	51 —	
10.	Al.-Pehnis	300	25 50	
11.	Berge	1400	119 —	
12.	Bräditow	400	34 —	
13.	Dom. Brandenburg	3600	306 —	
14.	Brielow	1100	93 50	
15.	Briest	400	34 —	
16.	Buckow	400	34 —	
17.	Buschow	400	34 —	
18.	Bugow	300	25 50	
19.	Damme	800	68 —	
20.	Döberitz	900	76 50	
21.	Ferchesar bei Brandenburg	300	25 50	
22.	Ferchesar bei Rathenow	300	25 50	
23.	Kohrde	1000	85 —	
24.	Neu-Friedrichsdorf	200	17 —	
25.	Garzig	1200	102 —	
26.	Görne	300	25 50	
27.	Gehlig	400	34 —	
28.	Gork	800	68 —	
29.	Gränzingen	300	25 50	
30.	Gülpe	800	68 —	
31.	Hage	400	34 —	
32.	Hohennauen	700	59 50	
33.	Regär	300	25 50	
34.	Rieß	100	8 50	
35.	Rießen	300	25 50	
36.	Rosen	1000	85 —	
37.	Al.-Kreuz	600	51 —	
38.	Kriele	300	25 50	
39.	Landin	300	25 50	
40.	Liepe	900	76 50	
41.	Liegow	700	59 50	
42.	Lünow	200	17 —	
43.	Margahne	1100	93 50	
44.	Mögelin	600	51 —	
45.	Möhlitz	900	76 50	
46.	Mögow	700	59 50	
47.	Müglitz	200	17 —	
48.	Nennhausen	1600	136 —	
49.	Neuendorf	300	25 50	
50.	Neuwerder	400	34 —	
51.	Niebede	500	42 50	
52.	Guten-Paaren	200	17 —	

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentgelts von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7. Mf. Pf.	
		Mf.	Pf.
1.	2.	3.	4.
53.	Varay	300	25 50
54.	Paulinane	100	8 50
55.	Paetresin	600	51 —
56.	Pesin	400	34 —
57.	Premniz	900	76 50
58.	Priezen	200	17 —
59.	Radewege	300	25 50
60.	Regow	400	34 —
61.	Ribbeck	1000	85 —
62.	Riewend	800	68 —
63.	Roskow	900	76 50
64.	Saringen	300	25 50
65.	Selbelaug	300	25 50
66.	Semlin	300	25 50
67.	Senzke	300	25 50
68.	Spaag	700	59 50
69.	Stechow	500	42 50
70.	Stöln	300	25 50
71.	Strodehne	600	51 —
72.	Tiefow	200	17 —
73.	Tremmen	1500	127 50
74.	Wiegitz	600	51 —
75.	Wachow	700	59 50
76.	Wagentz	1000	85 —
77.	Warsow	300	25 50
78.	Wassersuppe	300	25 50
79.	Weseram	1000	85 —
80.	Wigke	200	17 —
81.	Wolfter	200	17 —
82.	Zachow	700	59 50

Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

1.	Varuth	4900	416 50
2.	Dahme	15400	1309 —
3.	Jüterbog	5000	425 —
4.	Luckenwalde	22000	1946 50
5.	Binna	3300	280 50
6.	Altenhof	700	59 50
7.	Badenitz	400	34 —
8.	Verkenbrück	300	25 50
9.	Blankensee	300	25 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstentgelts von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7. Mf. Pf.	
		Mf.	Pf.
1.	2.	3.	4.
10.	Bochow	300	25 50
11.	Bollensdorf	100	8 50
12.	Borgisdorf	500	42 50
13.	Buckow	800	68 —
14.	Charlottenfelde	400	34 —
15.	Clasdorf	500	42 50
16.	Clausdorf	300	25 50
17.	Dennewitz	700	59 50
18.	Dobbrickow	700	59 50
19.	Dornwalde	200	17 —
20.	Dümde	300	25 50
21.	Felgentreu	800	68 —
22.	Frankenfelde	500	42 50
23.	Frankenförde	200	17 —
24.	Friedrichshof	600	51 —
25.	Fröhden	300	25 50
26.	Gebersdorf	500	42 50
27.	Glau	200	17 —
28.	Glashütte bei Varuth	200	17 —
29.	Glienitz	200	17 —
30.	Görsdorf	800	68 —
31.	Hohen-Görsdorf	500	42 50
32.	Nieder-Görsdorf	300	25 50
33.	Gottow	200	17 —
34.	Gottsdorf	600	51 —
35.	Grüna	600	51 —
36.	Heinsdorf	300	25 50
37.	Hennickendorf	800	68 —
38.	Holbeck	300	25 50
39.	Iselow	300	25 50
40.	Jämersdorf	500	42 50
41.	Jänickendorf	800	68 —
42.	Kaltenborn	500	42 50
43.	Kemlig	400	34 —
44.	Kemnitz	400	34 —
45.	Kolzenburg	100	8 50
46.	Körbitz	300	25 50
47.	Liebzig	300	25 50
48.	Pepe	200	17 —
49.	Pindow	200	17 —
50.	Pinow	100	8 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstentkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertie gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mf.	Mf. Pf.
1	2	3	4
51.	Langen-Lipsdorf	800	68 —
52.	Ließen	300	25 50
53.	Löwendorf	700	59 50
54.	Mahlisdorf	200	17 —
55.	Maisterhausen	400	34 —
56.	Märtensmühle	300	25 50
57.	Mehlisdorf bei Dahme	200	17 —
58.	Mehlisdorf bei Luckenwalde	200	17 —
59.	Meinsdorf	1000	85 —
60.	Merzdorf	300	25 50
61.	Mietgendorf	700	59 50
62.	Müdenhof	200	17 —
63.	Nettgendorf	400	34 —
64.	Neuhoff bei Zinna	200	17 —
65.	Neuhoff bei Baruth	300	25 50
66.	Neumarkt	1200	102 —
67.	Naplig	600	51 —
68.	Nedwile	700	59 50
69.	Nelkuf	300	25 50
70.	Nrensdorf	200	17 —
71.	Nadeland	700	59 50
72.	Neinsdorf	800	68 —
73.	Nietdorf	700	59 50
74.	Nohrbeck	300	25 50
75.	Rosenthal	700	59 50
76.	Ruhlsdorf	300	25 50
77.	Scharfenbrück	600	51 —
78.	Schlenzer	300	25 50
79.	Schöbendorf	200	17 —
80.	Schönfeld	700	59 50
81.	Schönhagen	200	17 —
82.	Hohen-Seefeld	1000	85 —
83.	Nieder-Seefeld	300	25 50
84.	Sernow	300	25 50
85.	Stangenhagen	200	17 —
86.	Stülpe	700	59 50
87.	Wahlisdorf	300	25 50
88.	Waltersdorf	500	42 50
89.	Welfsdendorf	300	25 50
90.	Werbis	400	34 —
91.	Werder	400	34 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstentkommens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertie gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mf.	Mf. Pf.
1	2	3	4
92.	Wiepersdorf	400	34 —
93.	Wildau	700	59 50
94.	Woltersdorf	800	68 —
95.	Zesch	200	17 —
96.	Gr.-Ziescht	700	59 50
97.	Al.-Ziescht	300	25 50
98.	Dorf Zinna	400	34 —
99.	Zülchendorf	600	51 —
Kreis Prenzlau.			
1.	Brüßow	3000	255 —
2.	a) Prenzlau (evangelischer Schulverband)	14200	1207 —
	b) Prenzlau (katholischer Schulverband)	600	51 —
3.	Straßburg	13000	1105 —
4.	Alexanderhof	600	51 —
5.	Arendsee	800	68 —
6.	Bagemühl	600	51 —
7.	Bandelow	800	68 —
8.	Battin	400	34 —
9.	Baumgarten	300	25 50
10.	Beenz	400	34 —
11.	a) Bergholz, lutherische Ge- meinde	300	25 50
	b) Bergholz, franz. ref. Ge- meinde	500	42 50
12.	Bietikow	600	51 —
13.	Blindow	500	42 50
14.	Blumenhagen	200	17 —
15.	Briegig	800	68 —
16.	Bröllin	800	68 —
17.	Carmzow	300	25 50
18.	Cremzow	300	25 50
19.	Christianshof	700	59 50
20.	Damerow	400	34 —
21.	Damme	200	17 —
22.	Dauer	800	68 —
23.	Debelow	300	25 50
24.	Drense	200	17 —
25.	Eißstedt	800	68 —

Reisende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltsberechtig- tigten Dienstverdiensts von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundert gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		M.	M. Pf.
1.	2.	3.	4.
26.	Ellingen	300	25 50
27.	Fahrenwalde	900	76 50
28.	Kalkenhagen	500	42 50
29.	Kalkenwalde	300	25 50
30.	Kerbinandshorst	600	51 —
31.	Jürsternwerder	1300	110 50
32.	Görig	600	51 —
33.	Gollmig	500	42 50
34.	Grenz	400	34 —
35.	Grimme	400	34 —
36.	Grüneberg	400	34 —
37.	Grünow	400	34 —
38.	Güstow	500	42 50
39.	Güterberg	700	59 50
40.	Hegdorf	300	25 50
41.	Hildebrandshagen	800	68 —
42.	Hindenberg	300	25 50
43.	Holzendorf	400	34 —
44.	Jagow	500	42 50
45.	Alt-Kleinow	300	25 50
46.	Kleptow	600	51 —
47.	Klinkow	400	34 —
48.	Kloßow	400	34 —
49.	Kraag	400	34 —
50.	Kügerow	500	42 50
51.	Lauenhagen	200	17 —
52.	Lemmersdorf	600	51 —
53.	Lübnow	800	68 —
54.	Gr.-Ludow	200	17 —
55.	Alt.-Ludow	200	17 —
56.	Malschow	300	25 50
57.	Menkin	700	59 50
58.	Mielow	500	42 50
59.	Necklin	400	34 —
60.	Neuenfelde	800	68 —
61.	Neuensund	800	68 —
62.	Nieden	400	34 —
63.	Papendorf	300	25 50
64.	Polzow	800	68 —
65.	Rittgärten	200	17 —
66.	Röperndorf	800	68 —

Reisende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltsberechtig- tigten Dienstverdiensts von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundert gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/96 zu zahlenden Beiträge.
		M.	M. Pf.
1.	2.	3.	4.
67.	Roggow	200	17 —
68.	Rollwig	900	76 50
69.	a) Rossow, franz. reform. Schule	800	68 —
	b) Rossow, lutherische Schule	800	68 —
70.	Schapow	300	25 50
71.	Schenkenberg	200	17 —
72.	Schlepfow	300	25 50
73.	Schmarfow	900	76 50
74.	Schmölln	500	42 50
75.	Schönermark	500	42 50
76.	Schönfeld	700	59 50
77.	Schönwerder	800	68 —
78.	Schwaneberg	600	51 —
79.	Schwarzensee	300	25 50
80.	Seelübbe	800	68 —
81.	Gr.-Sperrnwalde	100	8 50
82.	Gr.-Spiegelberg	300	25 50
83.	Sternhagen	300	25 50
84.	Tornow	200	17 —
85.	Trampe	300	25 50
86.	Trebenow	800	68 —
87.	Wallmow	300	25 50
88.	Werbelow	600	51 —
89.	Weselig	500	42 50
90.	Wegenow	800	68 —
91.	Wilhelmshof	700	59 50
92.	Wilsdorf	600	51 —
93.	Wismar	300	25 50
94.	Wittstodt	700	59 50
95.	Wobdow	800	68 —
96.	Wolfschagen	300	25 50
97.	Wollin	700	59 50
98.	Wollschow	300	25 50
99.	Zerrenthin	700	59 50
100.	Ziemkendorf	100	8 50
101.	Zolchow	800	68 —
102.	Züsedom	900	76 50
103.	Zernikow	200	17 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberechtig- tigten Dienstleistenden von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7.		Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberechtig- tigten Dienstleistenden von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mfr. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7.	
		Mfr.	Mfr.			Mfr.	Mfr.
1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
Kreis Ost-Prignitz.				40.	Gadow	700	59 50
1.	Trepenstein	2900	246 50	41.	Gantzkow	800	68 —
2.	Ryris	12800	1088 —	42.	Garz	800	68 —
3.	Meyenburg	2900	246 50	43.	Gerdsbagen	300	25 50
4.	Prigwall	9900	841 50	44.	Giesendorf	700	59 50
5.	Wittstock	10000	850 —	45.	Görcke	300	25 50
6.	Babig	600	51 —	46.	Grabow bei Fehne	400	34 —
7.	Bantzkow	300	25 50	47.	Grabow bei Herzprung	200	17 —
8.	Barenthin	700	59 50	48.	Granzow	900	76 50
9.	Berlinchen	500	68 —	49.	Gumtow	300	25 50
10.	Berlitz	200	17 —	50.	Halenbeck	400	34 —
11.	Beveringen	700	59 50	51.	Al.-Haslow	500	42 50
12.	Blaesendorf	800	68 —	52.	Heinrichsdorf	100	8 50
13.	Biesen	200	17 —	53.	Helle	400	34 —
14.	Blandzkow	500	42 50	54.	Herzprung	200	17 —
15.	Blumenthal	200	17 —	55.	Holzhausen	800	68 —
16.	Boddin	800	68 —	56.	Jabel	200	17 —
17.	Bölzke	300	25 50	57.	Jacobsdorf	100	8 50
18.	Borf	400	34 —	58.	Jaennersdorf	300	25 50
19.	Bredbin	800	68 —	59.	Joachimshof	200	17 —
20.	Breitenfeld	300	25 50	60.	Kehrberg	200	17 —
21.	Brügge	800	68 —	61.	Kemnitz	400	34 —
22.	Brüsenbagen	400	34 —	62.	Königsberg	200	17 —
23.	Buchholz	300	25 50	63.	Köglin	300	25 50
24.	Buckow	200	17 —	64.	Kolrep	200	17 —
25.	Buddenbagen	200	17 —	65.	Kramo	100	8 50
26.	Christdorf	200	17 —	66.	Krempendorf	100	8 50
27.	Dahlhausen	400	34 —	67.	Alt-Krüchow	700	59 50
28.	Damelack	600	51 —	68.	Neu-Krüchow	500	68 —
29.	Dannenwalde	1000	85 —	69.	Kuhbier	300	25 50
30.	Darszkow	200	17 —	70.	Kuhdorf	800	68 —
31.	Demerthin	700	59 50	71.	Kunow	400	34 —
32.	Döllen	400	34 —	72.	Lahnnow	300	25 50
33.	Dossow	500	42 50	73.	Leßichow	600	51 —
34.	Dranse	300	25 50	74.	Liebethal	700	59 50
35.	Drewen	200	17 —	75.	Lindenberg	300	25 50
36.	Eichenfelde	100	8 50	76.	Lohm	900	76 50
37.	Falkenhagen	700	59 50	77.	Luhme	700	59 50
38.	Fehne	700	59 50	78.	Maulbeerwalde	400	34 —
39.	Fregdorf	400	34 —	79.	Melchow	800	68 —
				80.	Merensdorf	400	34 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhengehaltberech- tigten Dienstleistens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mk. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundert gemäß § 7. Mk.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mk.
1.	2.	3.	4.
81.	Mesendorf	800	68 —
82.	Nettelbeck	300	25 50
83.	Niemerslang	800	68 —
84.	Gr.-Pankow	700	59 50
85.	Papenbruch	800	68 —
86.	Preddöhl	300	25 50
87.	Rapshagen	800	68 —
88.	Reckenthin	200	17 —
89.	Reblin	300	25 50
90.	Rehsfeld	300	25 50
91.	Robdahn	200	17 —
92.	Robsdorf	400	34 —
93.	Rosentwinkel	200	17 —
94.	Sadenbeck	700	59 50
95.	Sarnow	700	59 50
96.	Schmöbe	1000	85 —
97.	Schönebeck	300	25 50
98.	Schönermark	200	17 —
99.	Schönhagen bei Döln	300	25 50
100.	Schönhagen bei Prigwall	200	17 —
101.	Schrepkow	200	17 —
102.	Schweinitz	800	68 —
103.	Sechszehneichen	800	68 —
104.	Sewefow	500	42 50
105.	Siebmanshorst	800	68 —
106.	Silmerödorf	200	17 —
107.	Soppiendorf	100	8 50
108.	Steffenshagen	200	17 —
109.	Stepenitz	500	42 50
110.	Stüdenitz	200	17 —
111.	Schulverband Tschow		
	a) Tschow	1000	85 —
	b) Heiligengrabe	600	51 —
112.	Teetz	800	68 —
113.	Telschow	800	68 —
114.	Triglis	200	17 —
115.	Tüchen	200	17 —
116.	Uehlin	300	25 50
117.	Uehlow	800	68 —
118.	Uettlin	200	17 —
119.	Gr.-Welle	300	25 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhengehaltberech- tigten Dienstleistens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mk. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundert gemäß § 7. Mk.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mk.
1.	2.	3.	4.
120.	Bernisow	300	25 50
121.	Bilmerödorf	300	25 50
122.	Gr.-Boltersdorf	300	25 50
123.	Al.-Boltersdorf	200	17 —
124.	Bülserödorf	800	68 —
125.	Bulfow	200	17 —
126.	Bütze	200	17 —
127.	Jaagke	800	68 —
128.	Dorf Zechlin	300	25 50
129.	Klecken Zechlin	1200	102 —
130.	Zechliner Hütte	300	25 50
131.	Zempow	200	17 —
132.	Al.-Zerlang	500	42 50
133.	Zernitz	700	59 50
134.	Zooßen	600	51 —

Kreis West-Prignitz			
1.	Havelberg	15000	1275 —
2.	Lengen	9800	833 —
3.	Perleberg	12900	1096 50
4.	Pullitz	3500	297 50
5.	Wilsnack	5200	442 —
6.	a) Wittenberge ev. Schul- verband	23600	2006 —
	b) Wittenberge kath. Schul- verband	400	34 —
7.	Abbandorf	700	59 50
8.	Baatz	700	59 50
9.	Bärf	500	42 50
10.	Bärlow	200	17 —
11.	Bendelin	200	17 —
12.	Bentwisch	800	68 —
13.	Gr.-Berge	700	59 50
14.	Bernheide	200	17 —
15.	Blumethen	500	42 50
16.	Boberow	600	51 —
17.	Böchin	400	34 —
18.	Gr.-Bresche	300	25 50
19.	Al.-Bresche	600	51 —
20.	Bresch	500	42 50
21.	Gr.-Buchholz	800	68 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des zugehobenen Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7		Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des zugehobenen Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7	
		Mt.	Pf.			Mt.	Pf.
1	2	3	4	1	2	3	4
22.	Burghagen	100	8 50	63.	Lenzerstige	—	—
23.	Cumlosen	700	59 50	64.	Gr.-Leppin	800	68 —
24.	Dallmin	300	25 50	65.	Gr.-Linde	700	59 50
25.	Damerow	100	8 50	66.	Verstädt	300	25 50
26.	Dargardt	700	59 50	67.	Gr.-Lüben	500	42 50
27.	Deibow	200	17 —	68.	Al.-Lüben	300	25 50
28.	Dergentzin	700	59 50	69.	Lützow	200	17 —
29.	Düpow	700	59 50	70.	Lütgendorf	100	8 50
30.	Eldenburg	400	34 —	71.	Lütkenwisch	200	17 —
31.	Gandow	700	59 50	72.	Manßmug	200	17 —
32.	Garlin	700	59 50	73.	Manßfeld	800	68 —
33.	Garßebow	100	8 50	74.	Meißow	400	34 —
34.	Glöwen	300	25 50	75.	Milow	200	17 —
35.	Glöwzin	700	59 50	76.	Mödlitz	400	34 —
36.	Gnewsdorf	100	8 50	77.	Moor	400	34 —
37.	Görnig	200	17 —	78.	Motrich	600	51 —
38.	Gr.-Gottschow	500	42 50	79.	Müggendorf	300	25 50
39.	Al.-Gottschow	300	25 50	80.	Rausdorf	200	17 —
40.	Grube	300	25 50	81.	Nebelin	200	17 —
41.	Gühlitz	800	68 —	82.	Negow	500	42 50
42.	Gulow	300	25 50	83.	Neubausen	400	34 —
43.	Guhlisdorf	200	17 —	84.	Nigow	900	76 50
44.	Hindorf	200	17 —	85.	Pinnow	200	17 —
45.	Hobensier	200	17 —	86.	Pirow	700	59 50
46.	Hülsebeck	200	17 —	87.	Postlin	500	42 50
47.	Jagel	400	34 —	88.	Premelin	700	59 50
48.	Jederitz	900	76 50	89.	Prötslin	500	42 50
49.	Karstädt	300	25 50	90.	Quigöbel	300	25 50
50.	Kiege	700	59 50	91.	Quigow	700	59 50
51.	Kleese	100	8 50	92.	Rambow bei Boberow	200	17 —
52.	Kleinow	200	17 —	93.	Rambow bei Perleberg	300	25 50
53.	Klegke	900	76 50	94.	Redenzin	800	68 —
54.	Kramper	300	25 50	95.	Reeg	800	68 —
55.	Kreuzberg	700	59 50	96.	Roddahn	700	59 50
56.	Kribbe	200	17 —	97.	Rohlsdorf	600	51 —
57.	Krinig	200	17 —	98.	Rosenhagen	500	42 50
58.	Kubblank	700	59 50	99.	Rühstädt	500	42 50
59.	Laaßlich	700	59 50	100.	Sagast	100	8 50
60.	Lanz	600	51 —	101.	Sargleben	600	51 —
61.	Lehde	500	42 50	102.	Schilde	800	68 —
62.	Pennewitz	200	17 —	103.	Schönfeld	200	17 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7.		Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7.	
		Mt.	Mt. Pf.			Mt.	Mt. Pf.
1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
104.	Schweinefosen	100	8 50	19.	Burow	300	25 50
105.	Seddin	400	34 —	20.	Bußkow	200	17 —
106.	Seedorf	400	34 —	21.	Campehl	800	68 —
107.	Söllenthin	300	25 50	22.	Cantow	800	68 —
108.	Spiegelhagen	700	59 50	23.	Elevische Häuser	700	59 50
109.	Stavenow	300	25 50	24.	Dabergow	400	34 —
110.	Stesow	100	8 50	25.	Darrig	200	17 —
111.	Strehlen	500	42 50	26.	Dessow	400	34 —
112.	Südow	700	59 50	27.	Dierberg	400	34 —
113.	Tacken	200	17 —	28.	Dollgow	400	34 —
114.	Toppel	900	76 50	29.	Dreez	1600	136 —
115.	Uenze	800	68 —	30.	Frankendorf	500	42 50
116.	Uehlgast	400	34 —	31.	Friedrichsdorf	500	42 50
117.	Verbig	500	42 50	32.	Alt-Friesack	100	8 50
118.	Wieside	300	25 50	33.	Ganger	900	76 50
119.	Warnow	700	59 50	34.	Gartow	600	51 —
120.	Weifen	300	25 50	35.	Garz	700	59 50
121.	Wentdorf	400	34 —	36.	Alt-Garz	300	25 50
122.	Gr.-Wergin	700	59 50	37.	Guten-Germendorf	400	34 —
123.	Gr.-Woog	500	42 50	38.	Giesenhorst	200	17 —
124.	Wustrow	300	25 50	39.	Glambach	500	42 50
Kreis Ruppin.				40.	Güblen-Glienitz	200	17 —
1.	Neu-Ruppin	14500	1232 50	41.	Alt-Globfow	200	17 —
2.	Alt-Ruppin	4800	408 —	42.	Neu-Globfow	100	8 50
3.	Rheinsberg	5600	476 —	43.	Gnevisow	800	68 —
4.	Neustadt a. D.	1600	136 —	44.	Gottberg	300	25 50
5.	Wusterhausen a. D.	5600	476 —	45.	Grieben	200	17 —
6.	Gransee	8500	722 50	46.	Grüneberg	800	68 —
7.	Pinnow	3600	306 —	47.	Heinrichsdorf	200	17 —
8.	Banzendorf	300	25 50	48.	Herzberg	400	34 —
9.	Barßigow	800	68 —	49.	Hindenberg	400	34 —
10.	Basdorf	200	17 —	50.	Hohenofen	900	76 50
11.	Bartschenhof	300	25 50	51.	Hoppenrade	900	76 50
12.	Baumgarten	800	68 —	52.	Kagar	500	42 50
13.	Bechlin	500	42 50	53.	Karwe	300	25 50
14.	Blankenberg	400	34 —	54.	Katerbow	300	25 50
15.	Braunsberg	800	68 —	55.	Keller	400	34 —
16.	Brunn	200	17 —	56.	Kerzlin	800	68 —
17.	Buberow	800	68 —	57.	Klosterheide	100	8 50
18.	Büchwig	400	34 —	58.	Königstädt	500	42 50
				59.	Körig	900	76 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mk. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertste gemäß § 7	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.	Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes, — Schulort —	Gesamtsumme des Ruhegehaltsberech- tigten Dienstverdienstes von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mk. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hundertste gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
		Mk.	Bl.			Mk.	Bl.
1	2	3	4	1	2	3	4
60.	Koppenbrück (Alt- u. Neu-)	300	25 50	101.	Sonnenberg	300	25 50
61.	Kraas	700	59 50	102.	Spiegelberg	300	25 50
62.	Krangen	900	76 50	103.	Stöffen	500	42 50
63.	Krenzlin	600	51 —	104.	Storbeck	400	34 —
64.	Küdow	200	17 —	105.	Strubensee	300	25 50
65.	Laeskow	800	68 —	106.	Teschendorf	1300	110 50
66.	Langen	1000	85 —	107.	Trammig	700	59 50
67.	Lebbin	800	68 —	108.	Treskow	200	17 —
68.	Lichtenberg	800	68 —	109.	Wichel	600	51 —
69.	Linde	300	25 50	110.	Wielig	500	42 50
70.	Linow	700	59 50	111.	Walschow	1900	161 50
71.	Lögow	800	68 —	112.	Wallig	300	25 50
72.	Neu-Lögow	400	34 —	113.	Walsleben	500	42 50
73.	Pöwenberg i. M.	1700	144 50	114.	Werder	300	25 50
74.	Ludwigsdau (Alt- u. Neu-)	500	42 50	115.	Wildberg	1200	102 —
75.	Lüchfeld	200	17 —	116.	Gr.-Woltersdorf	300	25 50
76.	Lüderodorf	600	51 —	117.	Wulfow	800	68 —
77.	Manter	700	59 50	118.	Wustrau	800	68 —
78.	Menz	1200	102 —	119.	Wuthenow	300	25 50
79.	Meseberg	300	25 50	120.	Wuzeg	300	25 50
80.	Megelshin	300	25 50	121.	Zehow	400	34 —
81.	Moldow	800	68 —	122.	Gr.-Zerlang	200	17 —
82.	Gr.-Mug	400	34 —	123.	Zernikow	300	25 50
83.	Nackel	1100	93 50	124.	Zühlen	800	68 —
84.	Niedwerder	200	17 —	Preis Teltow.			
85.	Pfalzheim	700	59 50				
86.	Plänitz	300	25 50	1.	Cöpenick	27700	2354 50
87.	Progen	1600	136 —	2.	Wittenwalde	3800	323 —
88.	Radensleben	200	17 —	3.	Teltow	8500	748 —
89.	Rägelin	300	25 50	4.	Teupitz	600	51 —
90.	Rönnebeck	600	51 —	5.	Trebbin	6000	510 —
91.	Rohrlach	400	34 —	6.	Zossen	7200	612 —
92.	Rübehorst	1000	85 —	7.	Abtershof	5900	501 50
93.	Rübenick	700	59 50	8.	Ahrensborn	400	34 —
94.	Schönberg	800	68 —	9.	Gr.-Beeren	1400	119 —
95.	Schönermark	700	59 50	10.	Al.-Beeren	700	59 50
96.	Schulzenborn	700	59 50	11.	Gr.-Beuthen	400	34 —
97.	Schwanow	800	68 —	12.	Gr.-Besten	900	76 50
98.	Seebeck	300	25 50	13.	Al.-Besten	300	25 50
99.	Segeles	300	25 50	14.	Plankenfelde	900	76 50
100.	Sieversdorf	1800	153 —	15.	Bohnsdorf	800	68 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltsberechtig- ten Dienstpersonals von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe auf volle Hunderterte gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.	Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltsberechtig- ten Dienstpersonals von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe auf volle Hunderterte gemäß § 7.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge.
1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
16.	Brig	15100	1283 50	57.	Al.-Körig	700	59 50
17.	Brusendorf	500	42 50	58.	Krummensee	600	51 —
18.	Buckow	1200	102 —	59.	Kantwig	2700	229 50
19.	Callinchen	700	59 50	60.	Lichtenrade	1100	93 50
20.	Christindorf	200	17 —	61.	Gr.-Lichterfelde	10500	1402 50
21.	Clausdorf	600	51 —	62.	Löpten	100	8 50
22.	Elieflom	700	59 50	63.	Löwenbruch	500	42 50
23.	Emmersdorf	600	51 —	64.	Lüdersdorf	300	25 50
24.	Dabendorf	800	68 —	65.	Gr.-Machnow	400	34 —
25.	Dahlewig	300	25 50	66.	Al.-Machnow	1100	93 50
26.	Dergischow	600	51 —	67.	Mahlow	300	25 50
27.	Diederichsdorf	700	59 50	68.	Mariendorf	6300	535 50
28.	Drewitz	1200	102 —	69.	Mariensfelde	3300	280 50
29.	Egendorf	100	8 50	70.	Mellen	500	42 50
30.	Fahlhorst	800	68 —	71.	Mierdorf	400	34 —
31.	Freidorf	100	8 50	72.	Mögen	800	68 —
32.	Friedenau	5500	467 50	73.	Müggelsheim	200	17 —
33.	Gadendorf	600	51 —	(Beitrag zahlt Ziesau)			
34.	Gallun	800	68 —	74.	Neuendorf bei Potsdam	6600	561 —
35.	Genshagen	300	25 50	75.	Neuendorf bei Tempitz	—	—
36.	Glasow	800	68 —	76.	Neuendorf bei Trebbin	300	25 50
37.	Glienick bei Zossen	700	59 50	77.	Fern-Neuendorf	800	68 —
38.	Alt-Glienick	3100	263 50	78.	Nächst-Neuendorf	500	42 50
39.	Al.-Glienick	1300	110 50	79.	Neuhoff bei Zossen	100	8 50
40.	Grackendorf	500	42 50	80.	Nikolskoe	1100	93 50
41.	Groeben	900	76 50	(Beitrag zahlt Ziesau)			
42.	Grünau	2500	212 50	81.	Nowawes	14500	1232 50
43.	Gütergog	900	76 50	82.	Rudow	600	51 —
44.	Gusow	300	25 50	83.	Runsdorf	400	34 —
45.	Halbe	1000	85 —	84.	Paetz	300	25 50
46.	Heinersdorf	400	34 —	85.	Philippsthal	300	25 50
47.	Hoherlehme	400	34 —	86.	Ragow	400	34 —
48.	Jachzenbrück	700	59 50	87.	Rangsdorf	300	25 50
49.	Johannisthal	1600	136 —	88.	Rehagen	300	25 50
50.	Jühndorf	800	68 —	89.	Rirsdorf	88500	7512 50
51.	Jühndorf	200	17 —	90.	Rogitz	600	51 —
52.	Kerzendorf	800	68 —	91.	Rudow	1700	144 50
53.	Kieckbusch	400	34 —	92.	Ruhlsdorf	300	25 50
54.	Gr.-Kienitz	500	42 50	93.	Saalom	100	8 50
55.	Al.-Kienitz	400	34 —	94.	Schenkendorf bei Gr.-Beeren	300	25 50
56.	Gr.-Körig	300	25 50				

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstleistungs von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7.	
		Mt.	Mt. Pf.
1.	2.	3.	4.
95.	Schenkendorf bei Königs- Wusterhausen	900	76 50
96.	Schmargendorf	2500	212 50
97.	Schmödewitz	800	68 —
98.	Schöneberg	53400	4539 —
99.	Schönsfeld	900	76 50
100.	Schöneiche	800	68 —
101.	Schönweide	300	25 50
102.	Nieder-Schönweide	3600	306 —
103.	Schönow	300	25 50
104.	Schulzendorf	900	76 50
105.	Gr.-Schulzendorf	500	42 50
106.	Alt.-Schulzendorf	500	42 50
107.	Schwerin	200	17 —
108.	Selchow	300	25 50
109.	Senzig	300	25 50
110.	Siethen	800	68 —
111.	Sperenberg	1000	85 —
112.	Sputenhof bei Teltow	700	59 50
113.	Staakow	100	8 50
114.	Steglig	25800	2193 —
115.	Stolpe	2200	187 —
116.	Telz	300	25 50
117.	Tempelhof	11700	994 50
118.	Thyrow	800	68 —
119.	Töppin	900	76 50
120.	Tornow	400	34 —
121.	Treptow	3300	280 50
122.	Waltersdorf	900	76 50
123.	Wasmannsdorf	700	59 50
124.	Deutsch-Wilmersdorf	14700	1249 50
125.	Wendisch-Wilmersdorf	300	25 50
126.	Wietstock	900	76 50
127.	Wünsdorf	700	59 50
128.	Deutsch-Wusterhausen	800	68 —
129.	Königs-Wusterhausen	2300	195 50
130.	Zeesen	800	68 —
131.	Zehlendorf	8000	680 —
132.	Zehrendorf	200	17 —
133.	Zernsdorf	200	17 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstleistungs von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 M. für jede Stelle und Abrundung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7.	
		Mt.	Mt. Pf.
1.	2.	3.	4.
134.	Zeuthen	700	59 50
135.	Gr.-Zeuthen	1300	110 50
Kreis Templin.			
1.	Lychn	5200	442 —
2.	Templin	17200	1462 —
3.	Zehdenick	7700	654 50
4.	Althensdorf	300	25 50
5.	Annenwalde	300	25 50
6.	Arnimshain	400	34 —
7.	Badingen	900	76 50
8.	Beenz	200	17 —
9.	Bergsdorf	800	68 50
10.	Berkholz	900	76 50
11.	Beutel	300	25 50
12.	Boyzenburg	1700	144 50
13.	Bredereiche	800	68 —
14.	Bräusenwalde	300	25 50
15.	Buchholz	200	17 —
16.	Camp	1900	161 50
17.	Cappe	400	34 —
18.	Clausshagen	800	68 —
19.	Closterwalde	500	42 50
20.	Crowelin	500	42 50
21.	Cüstrinchen	200	17 —
22.	Curtischlag	400	34 —
23.	Damm-Hast	2600	221 —
24.	Dargersdorf	700	59 50
25.	Densow	700	59 50
26.	Gr.-Dölln	300	25 50
27.	Falkenthal	500	42 50
28.	Fergig	300	25 50
29.	Fliech	1300	110 50
30.	Gr.-Friedenwalde	500	42 50
31.	Friedensfelde	400	34 —
32.	Funkenhagen	300	25 50
33.	Gandenitz	400	34 —
34.	Gerdsvalde	1700	144 50
35.	Gollin	800	68 —
36.	Grunewald	300	25 50
37.	Hammelspring	900	76 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhegehaltberechtig- tigten Dienstpersonals von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7. Mf.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mf. Pf.
1.	2.	3.	4.
38.	Hardenbeck	800	68 —
39.	Hasleben	600	51 —
40.	Herzfelde	300	25 50
41.	Himmelfort	400	34 —
42.	Hindenberg	200	17 —
43.	Jacobshagen	300	25 50
44.	Kaafstedt	400	34 —
45.	Krohnhorst	200	17 —
46.	Kröchlendorf	900	76 50
47.	Kubj	900	76 50
48.	Liebenberg	1200	102 —
49.	Marienthal	400	34 —
50.	Megelsb. Hn.	200	17 —
51.	Mildenberg	300	25 50
52.	Milmerodorf	600	51 —
53.	Mittenwalde	500	42 50
54.	N.L.-Mug	300	25 50
55.	Naugarten	800	68 —
56.	Negow	300	25 50
57.	Narmen	700	59 50
58.	Petersdorf	600	51 —
59.	Pegau	300	25 50
60.	Pinnow	700	59 50
61.	Porag	500	42 50
62.	Poglow	900	76 50
63.	Ravensbrück	700	59 50
64.	Regow	200	17 —
65.	Ribbeck	700	59 50
66.	Ringenwalde	1100	93 50
67.	Rödelin	700	59 50
68.	Rosenow	800	68 —
69.	Rutenberg	200	17 —
70.	Stegels	1100	93 50
71.	Storkow	300	25 50
72.	Strehlow	400	34 —
73.	Tangerndorf	300	25 50
74.	Alt-Temmin	800	68 —
75.	Therndorf	300	25 50
76.	Alt-Thymen	700	59 50
77.	Groß Vater	300	25 50
78.	Wiemannsdorf	400	34 —

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhegehaltberechtig- tigten Dienstpersonals von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7. Mf.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mf. Pf.
1.	2.	3.	4.
79.	Warthe	400	34 —
80.	Weggun	300	25 50
81.	Wesendorf	400	34 —
82.	Wichmannsdorf	300	25 50
83.	Zabelsdorf	500	42 50
84.	Zooßen	800	68 —

Kreis Zauch-Belzig.

1.	Peelitz	7200	612 —
2.	Belzig	8800	748 —
3.	Brück	2300	195 50
4.	Niemegk	4300	365 50
5.	Treuenbriezen	12800	1088 —
6.	Werder	11700	994 50
7.	Paß	500	42 50
8.	Benken	200	17 —
9.	Bergholz	900	76 50
10.	Bliesendorf	200	17 —
11.	Rechow	800	68 —
12.	Deutsch-Bork	400	34 —
13.	Wendisch-Bork	700	59 50
14.	Berne	800	68 —
15.	Reßdorf	200	17 —
16.	Brachwitz	300	25 50
17.	Gr.-Priesen	300	25 50
18.	Buchholz b. R.	600	51 —
19.	Buchholz b. Tr.	200	17 —
20.	Gammern	600	51 —
21.	Canin	300	25 50
22.	Caputh	2600	221 —
23.	Damelana	300	25 50
24.	Damsdorf	500	42 50
25.	Dahnsdorf	700	59 50
26.	Deeg	1000	85 —
27.	Derwig	400	34 —
28.	Dieterdorf	100	8 50
29.	Dyrmannsdorf	800	68 —
30.	Elsdorf	600	51 —
31.	Fersch	500	42 50
32.	Niederndorf	800	68 —
33.	Rehndorf	300	25 50

Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhengehaltberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7. Mf.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mf. Pf.	Laufende Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes — Schulort —	Gesamtsumme des ruhengehaltberech- tigten Dienstentlohnens von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderter gemäß § 7. Mf.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mf. Pf.
1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
34.	Freienthal	200	17 —	75.	Neuendorf b. N.	300	25 50
35.	Garrei	200	17 —	76.	Neuendorf a. Br.	200	17 —
36.	Al.-Olien	800	68 —	77.	Nichel	500	42 50
37.	Olinow	2100	178 50	78.	Niebel	500	42 50
38.	Oöhlisdorf	700	59 50	79.	Pernig	300	25 50
39.	Oöttin	600	51 —	80.	Pegow	200	17 —
40.	Oög	400	34 —	81.	Phöben	300	25 50
41.	Oollwig	400	34 —	82.	Plessow	200	17 —
42.	Oolzow	800	68 —	83.	Plögin	200	17 —
43.	Orebs	600	51 —	84.	Preußnig	600	51 —
44.	Orubo	300	25 50	85.	Prügke	300	25 50
45.	Haseloff	600	51 —	86.	Raben	200	17 —
46.	Jeferig bei Wöbgr.	600	51 —	87.	Rädel	500	42 50
47.	Jeferig bei Brdg.	500	42 50	88.	Rädigte	500	42 50
48.	Rähnsdorf	100	8 50	89.	Ragöfen	700	59 50
49.	Remnig	300	25 50	90.	Rähsdorf	500	42 50
50.	Rlepzig	400	34 —	91.	Redahn	500	42 50
51.	Rörzin	400	34 —	92.	Reeg	800	68 —
52.	Krahne	1100	93 50	93.	Reegerhütten	400	34 —
53.	Kranepuhl	700	59 50	94.	Reppinchen	300	25 50
54.	Gr.-Kreuz	900	76 50	95.	Richen	500	42 50
55.	Krielow	500	42 50	96.	Rieg b. Brdg.	800	68 —
56.	Neu-Langerwisch	300	25 50	97.	Rieg b. Trbr.	300	25 50
57.	Lehnin	4400	374 —	98.	Roitzsch	500	42 50
58.	Linthe	1000	85 —	99.	Saarmund	1000	85 —
59.	Lobbensee	800	68 —	100.	Salzbrunn	700	59 50
60.	Lögische	500	42 50	101.	Schäpe	300	25 50
61.	Lübzig	500	42 50	102.	Schlalach	400	34 —
62.	Lüdendorf	600	51 —	103.	Schlamau	800	68 —
63.	Lühdorf	100	8 50	104.	Schlunkendorf	700	59 50
64.	Lüße	700	59 50	105.	Schmergow	1000	85 —
65.	Lütke	700	59 50	106.	Schmerzke	600	51 —
66.	Gr.-Marzahn	400	34 —	107.	Schönefeld	800	68 —
67.	Medewig	500	42 50	108.	Schwanebeck	800	68 —
68.	Michelsdorf	600	51 —	109.	Schwina	500	42 50
69.	Michendorf	800	68 —	110.	Seddin	400	34 —
70.	Mörz	800	68 —	111.	Stüden	700	59 50
71.	Mügdorf	400	34 —	112.	Alt-Töplig	700	59 50
72.	Nahmig	800	68 —	113.	Neu-Töplig	400	34 —
73.	Reischholz	500	42 50	114.	Trechwitz	200	17 —
74.	Regen	800	68 —	115.	Tremédorf	600	51 —

Reihe Nr.	Bezeichnung des Schulverbandes, — Schulort —	Gesamtsumme des ruhgehaltberech- tigten Dienstverhältnisses von den Stellen der einzelnen Schulverbände nach Ab- zug von 800 Mf. für jede Stelle und Abrechnung dieser Summe auf volle Hunderttheile gemäß § 7. Mf.	Höhe der von den einzelnen Schulver- bänden für das Rechnungsjahr 1894/95 zu zahlenden Beiträge. Mf. Pf.	1	2	3	4
116.	Hohen-Werbig	300	25/50	Stadtkreis Brandenburg a. S.			
117.	Nieder-Werbig	500	42/50	Brandenburg 55500 4717/50			
118.	Wiesenburg	1000	85/—	Stadtkreis Charlottenburg.			
119.	Widenbruch	200	17/—	Charlottenburg 183600. 15606/—			
120.	Wilhelmsdorf	200	17/—	Stadtkreis Potsdam.			
121.	Wimbriegen	800	68/—	Potsdam 104500 8882/30			
122.	Wuß	500	42/50	Stadtkreis Spandau.			
123.	Zauchwitz	700	59/50	Spandau 84000 7140/—			
124.	Zeuben	900	76/50				

Vorstehender Verteilungsplan wird hierdurch gemäß § 10 a. a. D. veröffentlicht.
Potsdam, den 8. März 1894.

Königliche Regierung. Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 12.

Den 23. März

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

63. Diesem Stück des Amtsblattes ist eine Beilage, enthaltend die der Hanseatischen See-Versicherungsgesellschaft zu Hamburg ertheilte Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe und den von dem Herrn Regierungspräsidenten zu Königsberg i. Pr. festgestellten Auszug aus den Gesellschaftsstatuten, beigelegt. Zum Generalbevollmächtigten ist von der Gesellschaft Dto Hermes zu Königsberg i. Pr. bestellt worden.

Potsdam, den 13. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

64. Vorschriften

über die Besichtigung (Revision) der Drogen und ähnlichen Handlungen.

1) Verkaufsstellen, an welchen Arzneimittel, Gifte oder giftige Farben festgehalten werden, — Drogen-, Material-, Farben- und ähnliche Handlungen sind nebst den zugehörigen Vorräth- und Arbeitsräumen, sowie dem Geschäftszimmer des Inhabers der Handlung in der Regel alljährlich einmal unvermuthet zu besichtigen. Die Besichtigung erfolgt durch die Drogen-Polizei-Behörde unter Beihülfe eines approbirten Apothekers und, soweit thunlich, unter Zuziehung des zuständigen Physikus, der in diesem Falle die Besichtigung leitet. In seinem Wohnorte muß der Physikus zur Leitung der Besichtigung stets zugezogen werden.

Ein Apotheker darf an dem Orte, an welchem er eine Apotheke besitzt, an der Besichtigung nicht theilnehmen, wenn der Ort über 20000 Seelen zählt; auch in solchen Orten ist von der Mitwirkung eines dort geschäftlich angelegenen Apothekers in den Fällen abzusehen, in denen die zu besichtigende Handlung als Konkurrenzgeschäft für die betreffende Apotheke zu betrachten ist.

2) Bei der Besichtigung ist festzustellen:

a. ob die Bestimmungen der Verordnung vom 27. Januar 1890, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 9) innegehalten worden sind, insbesondere, ob etwa in den Nebenzimmern, namentlich der Drogen-Handlungen, Arzneien auf ärztliche Verordnungen angefertigt werden;

b. ob die Aufbewahrung der Gifte und der Verkehr mit denselben den bestehenden Bestimmungen entspricht, und ob der Phosphor im

Steller vorschriftsmäßig aufbewahrt wird. Auch die Concession zum Gifthandel ist einzusehen und das Giftbuch nebst den Giftscheinen auf ordnungsmäßige Führung zu prüfen.

- 3) Die Prüfung erstreckt sich ferner auf die Aufstellung und Aufbewahrung der indirekten Gifte und der giftigen Farben.
- 4) Die für den Geschäftsverkehr vorgeschriebenen Sondergeräte (Waagen, Vössel, Mörtel) für die Gifte und differenten Mittel müssen vorrätig, gehörig bezeichnet und sauber gehalten sein.
- 5) Die Standgefäße und sonstigen Behältnisse müssen deutlich und in den vorgeschriebenen Farben bezeichnet sein.
- 6) Die vorhandenen Arzneimittel und Arzneistoffe sind auf Güte und Echtheit zu prüfen; sie dürfen weder verdorben noch verunreinigt sein.

Bei der Beurtheilung der Güte der Waaren in denselben Handlungen, in welchen Arzneistoffe festgehalten werden, sind zwar nicht so strenge Anforderungen zu stellen, wie an die Beschaffenheit der Arzneistoffe in Apotheken; jedoch sollen die Waaren brauchbar und dürfen nicht verdorben sein.

- 7) Die Besitzer derartiger Verkaufsstellen sind nicht verpflichtet, präcisirte Waagen und Gewichte zu halten.
- 8) Für die Beseitigung kleiner, offenbar auf Unwissenheit oder Irrthum beruhender Mängel, geringer Unordnung und Unsauberkeit in den Verkaufs- und Nebenzimmern hat die Polizeibehörde unter Hinweis auf den Befund der Besichtigung Sorge zu tragen, gröbere Verstöße, erhebliche Unordnung und Unsauberkeit sind von ihr ernstlich zu rügen und im Wiederholungsfall zur Bestrafung zu bringen.

Wegen der Uebersetzung der Vorschriften der unter Nr. 2 erwähnten Verordnung vom 27. Januar 1890 und der Bestimmungen über den Verkehr mit Giften hat die Polizei-Verwaltung auf Grund des Gesetzes vom 23. April 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 65) in Verbindung mit der Ausführungs-Anweisung vom 8. Juni desselben Jahres (Ministerialblatt für die innere Verwaltung Seite 152) die Strafe festzusetzen, wenn nicht nach Beschaffenheit der Umstände eine die Zuständigkeit der Drogen-Polizei überschreitende Strafe angemessen erscheint, in welchem Falle die gerichtliche Verfolgung durch den Amtsanwalt zu veranlassen ist.

Mit besonderer Strafe sind Fälle der Un-

fertigung von Arzneien auf ärztliche Verordnung (vergl. N^o 2) zu verfolgen.

- 9) Ueber die Befichtigung ist eine Verhandlung anzunehmen, auf Grund deren die Ortspolizeibehörde die erforderlichen Anordnungen trifft.

Vorstehende von den Herren Ministern der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und des Innern unterm 1. Februar 1894 erlassene Vorschriften sind bei den nach Maßgabe der Anweisung vom 18. September 1888 (Amtsblatt S. 373) im hiesigen Regierungsbezirk auszuführenden Revisionen zu beachten.

Potsdam, den 13. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

63. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauen-seuche unter dem Rindvieh des Kolonisten Rahn in Grumfin, Kreis Angermünde, des Eigenthümers Rährmann in Neu-Weißensee, Kreis Niederbarnim, des Majors a. D. Spigner in Wernichow, Kreis Oberbarnim, des Rittergutsbesizers Flügge in Stegelsig, Kreis Templin.

Festgestellt ist der Milzbrand an einer krepirten Stier des Bauergutsbesizers Heise in Lichtenberg, Kreis Ruppin; die Bruckseuche unter den Privatpferden des Rittmeisters von Homard-Bohlen zu Schwedt a. D., den Pferden des Rittergutsbesizers Stolz in Neukammer bei Rauen, Kreis Osthavelland, der 1. Schwadron des Husaren-Regiments von Zieten in Rathenow, die Räude unter den Pferden des Rittergutes Wosley, Kreis Angermünde, die Rogkrankheit bei den Pferden des Fuhrherrn Prusch in Spandau, bei 2 Pferden des Kossäthen Müller in Barnewitz, Kreis Westhavelland.

Erlorchen ist die Maul- und Klauen-seuche unter dem Rindvieh des Gutes Hohenstein und Gemeindevorstehers Puhlmann in Klosterdorf, Kreis Oberbarnim, der Milzbrand unter dem Rindvieh des Bauergutsbesizers Vogler in Begg, Kreis Osthavelland, die Bruckseuche bei den Pferden des Oberamtmanns Reppner in Fehrbellin, Kreis Osthavelland, die Pferdepest bei den Pferden des Fuhrherrn Rühle in Spandau, die Rogkrankheit unter den Pferden des Fuhrherrn Prusch daselbst.

Potsdam, den 20. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe IV. zu den 2½-prozentigen Röhren-Bernburger Eisenbahn-Aktien und der Zinscheine Reihe IX. zu den 4-prozentigen Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Obligationen Lit. A.

6. Die Zinscheine Reihe IV. N^o 1 bis 10 zu den 2½-prozentigen Röhren-Bernburger Eisenbahn-Aktien über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1894 bis 31. Dezember 1903, sowie die Zinscheine Reihe IX. N^o 1 bis 12 zu den 4-prozentigen Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Obligationen Lit. A. über die Zinsen für die Zeit

vom 1. Januar 1894 bis 31. Dezember 1899 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihen werden vom 2. Januar 1894 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Kranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Provinzialkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreisasse, die Zinscheine zu den Röhren-Bernburger Eisenbahn-Aktien außerdem durch die Eisenbahn-Hauptkasse in Magdeburg bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehungsweise durch die Eisenbahn-Hauptkasse in Magdeburg beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Aktien beziehungsweise Obligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Aktien beziehungsweise Obligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 10. Dezember 1893.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und den Königl. Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 20. Dezember 1893.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

17. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem in Abtheilung I. des Bebauungsplans der Umgebungen Berlin's zwischen der Wenden-Straße, der Wiener-Straße und dem östlicher Bahnhofs belegenen Plage den Namen „Spreewald-Platz“, den Straßen N^o 6b. und 6c. der Abtheilung II. des Bebauungsplans den Namen „Planufer“, der eine Verlängerung der Groß-Görschen-Straße von der Mansteinstraße ab nach der Straße N^o 20a. bildenden Straße N^o 11a. der Abtheilung III. des Bebauungsplans ebenfalls den Namen „Groß-Görschen-Straße“, der Straße N^o 7 der Abtheilung VI. des Bebauungsplans den Namen „Sidingen-Straße“, dem Plage A. I. der Abtheilung VIII. des Bebauungsplans den Namen „Union-Platz“, der Straße N^o 88 der Abtheilung IX. des Bebauungsplans den Namen „Scherling-Straße“, der Straße N^o 91 derselben Abtheilung den Namen „Gustav-Meyer-Allee“, der Straße N^o 46 der Abtheilung X. sect. I. des Bebauungsplans den Namen „Barjud-Straße“, der Straße N^o 5 der Abtheilung XI. des Bebauungsplans den Namen „Behm-Straße“, der Straße N^o 36a. derselben Abtheilung den Namen „Graun-Straße“, der Straße N^o 16a. der Abtheilung XII. des Bebauungsplans den Namen „Gerhsemann-Straße“ und der in Verlängerung des Louise-Ufers bis zur Prinzen-Straße an der Barwald-Brücke führenden, bisher „Kohlenufer“ benannten Straße gleichfalls den Namen „Louise-Ufer“ beizulegen.

Berlin, den 8. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

18. Unter der Aufschrift „Lunge und Hals“ wird neuerdings in Zeitungen vielfach ein früher unter dem Namen „Homöopathica“ feilgebotener Brustthee als Heilmittel gegen Brust- und Halskrankheiten (Lungen- und Bronchitis, Luftröhrenkatarrh, Husten, Heiserkeit u. A.) von einem Agenten Ernst Weidemann in Lichtenburg am Harz angepriesen und in Päckchen von 60 Gramm Inhalt — bei einem realen Werthe von 5—6 Pfennigen — zum Preise von 1 Mark verkauft. Das Mittel, welches angeblich aus einer nur in Rußland vorkommenden Kautschukpflanze gewonnen wird, besteht nach sachverständiger Untersuchung aus einfachem Vogelknöterich, der an allen Wegen und oft auch in weniger verkehrreichen städtischen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Eine spezifische Heilwirkung hat das genannte Kraut nicht. Solches wird zur Warnung für das Publikum hierdurch bekannt gemacht.

Berlin, den 13. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

19. Der Frau Christine Ebert, geb. Meiner, früher Dredenerstraße Nr. 7, jetzt Brüggerstraße Nr. 3 hieselbst wohnhaft, ist durch rechtskräftiges, in der Berufungseinstanz bestätigtes Erkenntnis des Bezirks-Aus-

schusses zu Berlin vom 26. September 1893 das Hebammen-Prüfungszeugnis entzogen worden. Die Genannte ist daher als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 13. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen

der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

5. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 15. Verlosung von 3½ prozentigen, unterm 2. Mai 1842 ausgefertigten Staatsschuldscheinen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern zum 1. Juli 1894 mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 2. Juli 1894 ab gegen Quittung und Rückgabe der Staatsschuldscheine und der später zahlbar werdenden Zinscheine Reihe XXI. Nr. 8 nebst Zinscheinanweisungen bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße 29 hieselbst zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungskassensassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. Juni d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 2. Juli 1894 ab bewirkt.

Der Betrag der extra fehlenden Zinscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Juli 1894 hört die Verzinsung der verlosenen Staatsschuldscheine auf.

Zugleich werden die bereits früher gekündigten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldurkunden, nämlich Staatsschuldscheine vom Jahre 1842, Neumärkische Schuldverschreibungen und eine Stammaktie der Münster-Hammer Eisenbahn, wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den einzelnen Kündigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldurkunden über die Zahlungseistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 3. März 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

14. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 13. Januar 1894, betreffend die Aufhebung des Ausnahmetarifs für Futtermittel im Binnen- und Wechselverkehr der Preussischen Staats-Eisenbahnen untereinander u. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Ausnahmetarif bezüglich der Futtermittel allgemein am 1. Juli 1894 außer Kraft tritt.

Von dem gleichen Tage ab wird auch die außerordentliche Frachtermäßigung von 25 % für **Streu- und Futtermittelendungen** nach den Nothstandsbezirken 1 bis 7 der Tarifausgabe vom 10. September 1893, nach der Großherzoglich Hessischen Provinz Oberhessen, sowie nach den Reichsländern Elsaß und Lothringen nicht mehr gewährt. Der Ausnahmestarif bleibt somit vom 1. Juli 1894 ab nur noch für die unter 1 deselben aufgeführten Artikel (Torfstreu und Torfmüll, Streulorf und Holzhägespäne, sowie Heidekraut) bis zu dem ursprünglich festgesetzten Geltungstermin (1. September 1894) bestehen.

Berlin, den 10. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der beteiligten Eisenbahnverwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

Vom 1. April d. J. an kommt der Zug P. 1a. in folgendem Fahrplan von Werder ab zur Beförderung:

Werder	Abfahrt	5 16 Morgens
Wildpark		5 21
Charlottenhof		5 30
Potsdam	Ankunft	5 35

Dagegen kommt der Zug P. 1, welcher jetzt 5 34 Morgens von Werder abgeht, zwischen Werder und Wildpark in Wegfall.

Königliches Eisenbahn Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg).

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

Nachweisung der vom Kreis-Ausschuss des Kreises Poeskow-Storow im Jahre 1893 genehmigten Gemeindefortschreitungen.

Datum der Genehmigung.	Grundstück.	Besitzer.	Vereinbarung des		Bemerkungen.		
			jetzigen	künftigen	Größe des Grundstücks		
			Gemeinde	Gemeinde	ha	a	qm
10. Februar 1893.	Kossathenhof.	Graf von Westarp.	Gemeinde Wahrensdorf.	Gemeinde Wahrensdorf.	3	17	11
11. Novbr. 1893.	Zellstätte Neuhaus, bestehend aus dem Forstausschuss, Bühnenmeister- und Schleusenmeister-Etablissement.	Fiscus.	Gemeinde Biegenbrück, Kreis Pechus.	Gemeinde Neubrück, Kreis Poeskow-Storow.	1	37	28

Poeskow, den 12. März 1894.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses, Landrath von Gersdorff.

Personalchronik.

Im Kreise Poeskow-Storow ist wegen bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit der Gutbesitzer Pechus zu Alt-Marzgräfseele aus Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks IV., Alt-Marzgräfseele, ernannt worden.

Der Kreisbauinspector Bauwath Reindens in Jüterbog tritt am 1. April 1894 in den Ruhestand. Die Verwaltung der Kreisbauinspektion Jüterbog ist von diesem Zeitpunkt ab dem Kreisbauinspector Bauwath Litzmar übertragen worden.

Der königliche Regierungs-Bausührer Hans Hausmann zu Berlin ist vereidigt worden.

Der bisherige Predigerkandidat Bernhard Christian Otto Samuel Hülsen ist zum Diakonus in Pechus, Diözese Pechus, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Krause ist zum Oberlehrer ernannt und dem Victoria-Gymnasium in Potsdam überwiesen worden.

Dem Räder und Lehrer August Schmidt zu Demerthin, Diözese Kottbus, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Personalveränderungen im Bezirk des Kammergerichts in den Monaten Januar und Februar 1894.

I. Richterliche Beamte.

Benannt sind: zu Kammergerichtsräthen die Land-

gerichtsräthe Schulze in Berlin und Predari in Hannover; zum Landgerichtsdirektor der Landgerichtsrath Albrecht in Potsdam beim Landgericht daselbst, zu Amtsrichtern die Gerichts-Assessoren Kerschel bei dem Amtsgericht in Hebrlein, Carl Schmidt bei dem Amtsgericht in Havelberg, Langhoff bei dem Amtsgericht in Zeelow. Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Mademacher in Potsdam als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst, die Amtsrichter Thomazewski in Triebel an das Amtsgericht in Schwet, Klehmet in Deutsch-Crone an das Amtsgericht II. in Berlin, Dr. Schönborg vom Amtsgericht II. als Landrichter an das Landgericht II. in Berlin, die Landrichter Mägel in Hannover und Danielis in Allenstein an das Landgericht I. in Berlin. Der Kammergerichtsrath Dr. Jaechel ist in Folge seiner Ernennung zum Oberverwaltungsgerichtsrath aus dem Justizdienste geschieden. Dem Landgerichtsrath, Fabrikdirektor Pechus in Berlin ist die nachgeordnete Entlassung aus dem Amte ertheilt. Pensionirt sind: der Kammergerichtsrath Klingner, der Landgerichtsdirektor Alexander Schmidt beim Landgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Rudolph in Königsberg N. M., der Amtsrichter Graf von Biemarck in Buserbauken a. D. Verstorben sind: die Landgerichtsräthe Dr. Schwarz beim Landgericht I. in Berlin und Gründler in Gumbus, die Amtsrichter Herms und Meydam in Berlin.

II. Gerichts-Äffessoren.

Zu Gerichts-Äffessoren sind ernannt: die Referendare Huber, Dr. Freund, Hofmann, Dr. Gerth, Schneider, Dr. Reimer, Pries, Gundlach, Gerstmeier, Mar. Cohn, von Glastenapp, Dr. Stranz. Uebernommen ist Maximilian Schulz aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Kiel. Entlassen sind: Karl Gerhardt behufs Uebertritts zur Provinzialverwaltung der Provinz Brandenburg, Dr. Biegmann auf seinen Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Versetzt ist der Staatsanwalt von Pöginger in Meiningen an das Landgericht in Landsberg a. W. Versetzt ist der Staatsanwalt Dr. Voose in Berlin. Ernannt sind: der Forstmeister Dreßler zum Forstamtsanwalt bei dem Amtsgericht in Vickenwalde, der Oberförster Erdmann zum Forstamtsanwalt für die im Bezirke des Amtsgerichts Schwiebus belegenen Theile der Oberförsterei Präs, der Oberförster A. D. Krenzler zum Staatsanwalts-Stellvertreter in Beelitz, der Stadtsekretär Müller in Gransee und der Polizeisekretär Grünberg in Prignitz zu Staatsanwalts-Stellvertretern bei den Amtsgerichten in Gransee bezw. Prignitz.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: die Rechtsanwälte Justizrath Dr. Goltz, Wagenknecht, Sehlmaier und von Malek-Podjaski beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Kaun beim Amtsgericht in Peitz, der Rechtsanwalt Dr. Lövinson beim Landgericht in Neu-Ruppin, die Rechtsanwälte Justizrath Westphal und Dr. Hedemann beim Kammergericht. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Franz Klein aus Margonin, der Rechtsanwalt Alfred Levy aus Frankfurt a. O., und die Gerichts-Äffessoren Adolf Landau, Stettiner, Dr. Mar. Tarslau, Dr. Mar. Michaelis, Paul Abbelohde, Otto Feig, Adolf Blumenthal, Sells, Dr. Paul Tistin, Dr. Brodnig beim Landgericht I. in Berlin; der Gerichts-Äffessor Lau beim Amtsgericht in Dobrilugk, der Gerichts-Äffessor Wulff beim Amtsgericht in Charlottenburg, der Rechtsanwalt Kann aus Peitz beim Amtsgericht in Cottbus und demnächst beim Landgericht daselbst, der Gerichts-Äffessor Nathan Eisenstadt beim Landgericht in Guben, der Rechtsanwalt Dr. Lövinson aus Neu-Ruppin und der Gerichts-Äffessor August Wepel beim Kammergericht, der Rechtsanwalt Dr. von Wurmb aus Elsterwerda beim Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz in Schöneberg, der Gerichts-Äffessor Paul Lüdicke bei dem Amtsgericht in Spandau. Dem Notar Heimann Bernstein in Berlin ist vom 1. März 1894 ab unter Entbindung von der Verpflichtung, in den Stadtbezirken Nr. 228–236 zu wohnen, die anderweite Verpflichtung auferlegt worden, im Stadtbezirke 227, im Stadttheile „Rosenthaler Vorstadt“ beziehungsweise in den Stadtbezirken 209, 210 in dem Stadttheile „Spandauer Viertel“ Wohnung zu nehmen und seine Geschäftsräume zu halten. Der Notar Emil Köffka in Berlin ist

von der Verpflichtung entbunden, innerhalb der Stadtbezirke Nr. 43 bis 49 zu wohnen und seine Geschäftsräume zu halten. In Notaren sind ernannt: die Rechtsanwälte Justizrath Kempner, Schülke, Rosenheim und Gesse. Dem Notar Karst in Peitz ist die nachgeforderte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten Brenske, Dechselhäuser, Fiebelkorn, Kaphengst, Graf von der Goltz, Niedergelasse, Stier-Somlo, Batschorn, Rohrbach, Scheifers, Poeffler, Bodensiedt, Born, Schmiedke, Prinz, Ed. Quassowski, Hamau, Schlichting, Kaiser, Musal, Schmittenborff. Uebernommen sind: Hilpert, Schmaedcke und Dr. Gerloff aus den Bezirken der Oberlandesgerichte zu Naumburg bezw. Frankfurt a. M. und Stettin. Entlassen sind: behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsvorbereitungsdienst Walther Miquel, Dr. Drews, Dr. Treichel, Heyl, Dr. Kyllmann, Kelsch.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern die Gerichtsschreibergehilfen Ebeling vom Kammergericht beim Landgericht I. in Berlin, Schlutius, Jacob und Heuer vom Amtsgericht I. in Berlin bei derselben Behörde; zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin der Gerichtsschreibergehilfe Vaganz vom Amtsgericht I. in Berlin; zu Gerichtsschreibergehilfen der Aktuar Köbner beim Kammergericht, die Militäranwälte Persicke beim Amtsgericht in Alt-Landsberg, Pohl beim Landgericht in Prenzlau, Bitterlich beim Amtsgericht in Cottbus, Runge beim Amtsgericht in Prenzlau; zu Assistenten der Aktuar Lange bei der Staatsanwaltschaft in Prenzlau, der Militäranwälte Ohlenschlaeger bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin; zu Gerichtsvollziehern die Militäranwälte Queiser bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, Heidrich bei dem Amtsgericht in Cöpenick, Albert Koch bei dem Amtsgericht in Rixdorf, Kernick bei dem Amtsgericht in Neurede, Stassow bei dem Amtsgericht in Fürstenberg a. O., Prohl bei dem Amtsgericht in Lippehne und der Gerichtsbienner Fietzing bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Versetzt sind: die Gerichtsschreiber Spiering in Reife und Thomas in Templin an das Amtsgericht I. in Berlin, Eichbaum vom Landgericht in Prenzlau als Sekretär an die Staatsanwaltschaft daselbst, Meyer in Angermünde als Sekretär an die Staatsanwaltschaft II. in Berlin, die Sekretäre Köbner von der Staatsanwaltschaft in Prenzlau als Gerichtsschreiber an das Landgericht daselbst, Gräneberg von der Staatsanwaltschaft II. in Berlin als Gerichtsschreiber an das Amtsgericht in Angermünde, Justus Wilhelm Albert Heinrich Müller von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin als Gerichtsschreiber an das Amtsgericht I. in Berlin; die Gerichtsschreibergehilfen Gelling in Charlottenburg an das Amtsgericht I. in Berlin, Wenzel in Storkow an das Amtsgericht in Sorau N.-L., Patecke von dem

Landgericht in Prenzlau als Assistent an die Staatsanwaltschaft daselbst; der Assistent Lange von der Staatsanwaltschaft in Prenzlau als Gerichtsschreibergehilfe an das Amtsgericht in Peitz, die Gerichtsvollzieher Ferd. Krüger in Storkow, Schwchow in Jossen und Gienisch in Strausberg an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind: die Gerichtsschreiber Haberland und Galsand vom Amtsgericht I. in Berlin, Schersch in Sorau N. L. und der Gerichtsschreibergehilfe Gruber in Sorau. Verstorben sind: die Gerichtsschreiber Lehmann und Hinke vom Amtsgericht I. in Berlin. Entlassen ist der Gerichtsschreibergehilfe Lustig bei dem Amtsgericht in Potsdam.

Bekanntmachung des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Haupt-Stat der Verwaltung des Provinzialverbandes von Brandenburg I. für das Jahr vom 1. April 1894-1895.

		Weitraß für das Etatsjahr 1. April 1891-95. Nr. 11 28.	
A. Laufende Einnahmen.			
I. Aus der Staatskasse.			
	1.	Zehntensteuer (§ 2 des Ges. vom 8. Juli 1873 und Allerb. Verord- nung v. 17. September 1877)	1 549 077
	2.	Für die Verwaltung und Unterhaltung der früheren Staatsdomänen (§ 20 des. Ges. und des. Verordn.)	1 335 047
	3.	Zuschuß für die Gehammen-Verwaltung zu Frankfurt a. O. (§ 13 des. Ges.)	7 518
	4.	Zuschuß zur Unterhaltung niedriger landwirthschaftlicher Verwaltungen (§ 14 des.)	5 400
Summa I.			2 897 072
II. Aus den Kapitalien und Beständen der Provinz.			
	1. 2.	Zinsen	89 250
III. Aus den Neben-Fonds der Provinz.			
	1. 4.	Zinsen	108 500
IV. An Provinzialabgabe			
V. Aus der Chaussee-Verwaltung.			
	1. 9.	Beiträge von Kreisen zu den Besoldungen der Provinzialbaubeamten, Renten, Mieten, Pächte, Erträge aus den Baumpflanzungen und sonstigen Einnahmen	63 800
VI. Aus der Verwaltung des Landarmen- und Korrigenden Wesens.			
	1. 3.	Ersatze für Pflege- und Erziehungsstellen, sowie sonstige Einnahmen	63 515
VII. Aus der Fürsorge für Geisteskranken, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde.			
	1. 4.	Ersatze für Pflege- und Ausbildungsstellen, sowie sonstige Einnahmen (Gesetz vom 11. Juli 1891)	852 800
VIII. Aus der Zwangserziehung verwahrloster Kinder. (Gesetz vom 13. März 1878 bezw. 27. März 1881 und 23. Juni 1884.)			
	1. 2.	Ersatze für Erziehungs- und Unterhaltungsstellen, sowie sonstige Einnahmen	51 400
IX. Aus der Verwaltung des Viehversicherungswesens. (Reichs- Gesetz vom 23. Juni 1880 und Gesetz vom 12. März 1881 bezw. 22. April 1892)			
			2 500
X. Für die Verwaltung anderer Fonds und Kassen			
			29 405
XI. Insgemein			
	1. 3.		3 598
B. Außerordentliche Einnahmen.			
	1.	Aus dem Verkauf von Exemplaren des Inventars der Bau- und Kunst- denkmäler	100
Summa der Einnahmen			6 282 000

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Betrag für das Etatsjahr 1. April 1894-95.	
			M.	Pf.
		Ausgabe.		
		A. Laufende Ausgaben.		
I.		Kosten des Provinziallandtags und seiner Organe.		
	1. 2.	Reisekosten und Tagegelder, sowie Bureaukosten	25 400	
II.		Kosten anderer Verwaltungsorgane.		
	1.	Reisekosten und Tagegelder der gewählten Mitglieder des Provinzialraths	650	
	2.	Kosten der Gewerbekammer der Provinz	8 000	
		Summa II.	8 650	
III.		Kosten der Landesdirektion.		
	1.	Gehälter der Provinzialbeamten nebst Nebenbeschädigungen bezw. Wohnungsgeldzuschüssen	165 917	150
	2.- 10.	Andere persönliche und sächliche Ausgaben	65 633	
		Summa III.	231 550	50
IV.		Beibülfe zur Durchführung der Kreisordnung (§ 5. Nr. 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1875)	287 915	92
V.		Für den Neubau Hauffirter Wege (§ 4. Nr. 1 a. a. D.)	650 000	
VI.		Für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausséen (§ 18 ff. a. a. D.)		
	1.-14. u. 17.	Gehälter der Baubeamten und Chauffeeraufseher, sowie andere persönliche und sächliche Ausgaben	198 535	
	15.	Für die Unterhaltung einzelner Chauffee Straßen durch die betreffenden Gemeinden	5 905	
	16.	Kosten der materiellen Unterhaltung der Provinzial-Chaufféen (etwa 1408 km)	975 600	
		Summa VI.	1 179 440	
VII.		Unterstützungen für den Gemeindegewebau (§ 4. Nr. 1 a. a. D.)	180 000	
VIII.	1.- 3.	Zur Förderung von Landesmeliorationen (§ 4. Nr. 2 a. a. D.)	118 180	
IX.		Zur Förderung des Baues von Kleinbahnen (§ 41 des Gesetzes vom 28. Juli 1892), (Verkaufung des Eisenbahnfonds durch dessen Revenüen)	61 500	
X.		Für die Verwaltung des Landarmen- und Korrigenden- wesens (§ 4. Nr. 3 des Gesetzes vom 8. Juli 1875).		
	1.	Zuschüsse zur Unterhaltung der Provinzialanstalten	347 700	
	3.	Aufwendungen für Landarme außerhalb der Provinzialanstalten	280 000	
	4.	Beibülfe an Ortsarmenverbände	12 000	
	5.	Beibülfe für die Arbeiterkolonie Friedrichswille	6 000	
	6.	Beibülfe zur Unterhaltung der Verpflegungsstationen	32 000	
	2. u. 7.	Zu Unterhaltungen an Anstaltsbeamte und deren Hinterbliebene, sowie sonstige Ausgaben	4 900	
		Summa X.	682 600	
XI.		Zur Fürsorge für Geistesfranke, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde (§ 4. Nr. 4 a. a. D. und Gef. v. 11. Juli 1891)		
	1.	Zuschüsse zur Unterhaltung der Provinzialanstalten	1 509 900	
	2.	Aufwendungen für Geistesfranke in Privatanstalten	127 000	
	3.-6.	Aufwendungen für jugendliche Idioten, Epileptische, Taubstumme, Blinde und arme Augenfranke, sowie sonstige Ausgaben	50 500	
		Summa XI.	1 687 400	
XII.	1.-3.	Für die Zwangserziehung verwahrloster Kinder (§ 12 des Gef. vom 13. März 1875)	102 000	

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Betrag	
			für das Etatsjahr 1. April 1894—95.	
			M.	Pf.
XIII.		Zur Unterstützung milder Stiftungen (§ 4 Nr. 5 des Ges. vom 8. Juli 1875)	15 000	—
XIV.	1. 2.	Zuschüsse für Kunst- und wissenschaftliche Vereine und für Unterhaltung von Denkmälern (§ 4 Nr. 6 a. a. D.)	7 200	—
XV.		Für das Hebammenwesen (§ 13 a. a. D., § 4 des Ges. vom 28. Mai 1875)	17 320	—
XVI.	1.—8.	Zur Unterstützung niederer landwirtschaftlicher Lehranstalten (§ 14 a. a. D.) in Schöllaig, Dranienburg, Dahme, Wusthof, Königsberg Amt., Prenzlau und Gressen a. D.	24 200	—
XVII.	1. 8.	Früher vom Staate geleistete bezw. von der Provinz übernommene fortdauernde Zahlungen	35 748	44
XVIII.	1. 2.	Für die Verwaltung und Unterhaltung des Landeshauses	4 000	—
XIX.		Insgesamt	395	14
XX.		Zur Disposition des Provinzialausschusses zur Befreiung nicht vorgelebener unvermeidlicher Ausgaben	22 500	—
		Summa der laufenden Ausgaben	5 344 000	—
B. Außerordentliche Ausgaben.				
	1.	Zur weiteren baulichen Einrichtung der Landarmen- und Korrigenden-Anstalt zu Lübben als Irrenpflegeanstalt und Ergänzung des Inventars	219 000	—
	2.	Für den Umbau und die Erweiterung des bei dem Wilhelmsstift zu Potsdam (Idiotenbildungsanstalt) vorhandenen Stallgebäudes	14 000	—
	3.	Für die Anstalt für Epileptische zu Potsdam	75 000	—
	4.	Zum Bau der neuen Irrenpflegeanstalt zu Neu-Ruppin, dritte Rate	624 000	—
	5.	Dem Vaterländ. Frauenverein, Provinzialverband Brandenburg, Beihilfe zur Erbauung eines Mutterhauses für Ausbildung von Schwestern im Anschluß an ein eigenes Krankenhaus in Eberswalde	3 000	—
	6.	Für die Brandenb. Kinderheilstätte in Golberg zur Tilgung einer Restbeihilfe, Unterstützung	3 000	—
		Summa B.	938 000	—
		Hierzu Summa A.	5 344 000	—
		Summa der Ausgaben	6 282 000	—
		Die Einnahme beträgt	6 282 000	—
			Balancirt.	

Vorstehender Etat ist von dem Brandenburgischen Provinziallandtage in den Sitzungen vom 23. bezw. 26. Februar d. J. festgestellt worden und wird hierdurch in Gemäßheit des § 101 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 6. März 1894.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Wirkliche Geheime Rath von Loebsow.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

- a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
- | | | | | | |
|---|---------------------------------------|--|---|--|--|
| 1 | Robert Schönborn, Schuhmachergeselle, | geboren am 30. Dezember 1868 zu Trautenau, Böhmen, ordo- | schwerer Diebstahl (ein königlich sächsisches 13. Dezember 1893. | | |
| | | angebörig ebendasselbst, | Jahr 6 Monate Zucht- hause laut Erkenntnis schaft Baugen, vom 24. Juni 1892), | | |

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1	2	3	4	5	6
2	Paul Groegner, Weber,	geboren am 29. März 1873 zu Schönberg, Mähren, ortsangehörig zu Schönbrunn, ebendasselbst,	schwerer Diebstahl, Verurtheilung durch das schwere Diebstahl- und einfacher Diebstahl in 3 Fällen (2 Jahre 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 24. Oktober u. 28. November 1891),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. Dezember 1893.
h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Franz Schrammel, Arbeiter,	geboren am 4. März 1860 zu Klein-Peterswald, Bezirk Nemtschein, Mähren, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	17. Januar 1894.
2	Johann Emetana, Schreiner,	geboren am 8. August 1865 zu Wien, ortsangehörig zu Rejnitz, Bezirk Strakonitz, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Miesbach,	13. Dezember 1893.
3	Kaspar Stary, Fabrikarbeiter,	geboren im Jahre 1877 zu Engelsberg, Bezirk Traunstein, Bayern, ortsangehörig zu Ranshof, Bezirk Ebnethor, Böhmen,	Vettelsh,	Königlich bayerisches Bezirksamt Rausen,	19. Januar 1894.
4	Johann Studer, Keller,	geboren am 2. August 1855 zu Lügelschub, Kanton Bern, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Landstreichen u. Vettelsh,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	30. Januar 1894.
5	Anton Tausch, Färber,	geboren am 12. Oktober 1864 zu Spule, Bezirk Taus, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühlendorf,	28. Januar 1894.
6	Moriz Watta, Dachdecker,	geboren am 14. Dezember 1854 (1855) zu Piliendorf, Bezirk Znaim, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen u. Vettelsh,	Stadtmagistrat Degendorf, Bayern,	18. Januar 1894.
7	Emil Brun, Hiesler,	geboren am 14. Oktober 1850 zu Rougemont le Chateau, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen u. Vettelsh,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	3. Februar 1894.
8	Alfred (Vitalis) Cibulski, Schlossergeselle,	geboren am 28. April 1861 zu Starowozyn, Bezirk Kality, Polen, ortsangehörig ebendasselbst,	Vettelsh,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	7. Februar 1894.
9	Wilhelm Dittich, Dienstknecht,	geboren am 26. Mai 1871 zu Wernsdorf, Bez. Schönberg, Mäh-	Landstreichen u. Vettelsh,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	8. Februar 1894.

Rang.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Stand der Beitragung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
10	Johann Heinrich Erben, ehem. Schneider, z. B. Fabrikarbeiter (Weber),	geboren am 7. März 1869 zu Pegla, Böh- men,	Petteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	30. Januar 1894.
11	Vigilio Putterini, Erdarbeiter,	geboren am 26. Juni 1857 zu Trient, Tirol, österreichischer Staats- angehöriger,	Pandstücken,	kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	7. Februar 1894.
12	Karl August Martin, Spinnler,	geboren am 18. August 1848 zu Münster, El- saß, französ. Staats- angehöriger,	Pandstücken u. Petteln,	derselbe,	19. Dezember 1893.
13	Wilhelm Martin, Packer,	geboren am 23. Novem- ber 1859 zu Schluffe- nau, Böhmen,	Petteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Erfurt,	5. Februar 1894.
14	Heinrich Nievergelt, Karbenearbeiter,	geboren am 2. Februar 1857 zu Oberhelfers- wyl, Bezirk St. Gall- en, Schweiz, ortsan- gehörig ebendaselbst,	ebendaselben,	königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	2. Januar 1894.
15	Johannes Neostropf, Gerber,	geboren am 3. Novem- ber 1864 zu Maas- richt, Niederlande, ortsangehörig ebenda- selbst,	Pandstücken u. Petteln,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	22. Januar 1894.
16	Albert Paulus, Weber,	geboren am 25. No- vember 1859 zu Königs- berg, Bezirk Falkenau, Böhmen, ortsangehö- rig zu Eibenberg, Be- zirk Graditz, ebenda.,	Petteln,	königlich sächsische Kreisbauhauptmann- schaft Zwickau,	11. Januar 1894.
17	Karl Maria Fiech- mayer, ledige Tage- löhnerin,	geboren am 18. Mai 1876 zu Kleinmünchen, Bezirk Prachatitz, Böh- men, ortsangehörig zu Kastanbach, ebenda.,	Pandstücken und Petteln,	königlich bayerische Bezirksamt Pfaff- steden,	3. Februar 1894.
18	Josef Fatzl, Steinbauer,	geboren am 19. März 1840 zu Ljüding, Be- zirk Budweis, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Petteln,	Größherzogthum Loth- ring, Landescollegium für zu Freiburg,	9. Februar 1894.

Hierzu

- 1) einen Auszug aus den Satzungen der Altona-Vereins-Gesellschaft „Vereins-Vereins-Gesellschaft“ in Hamburg,
2) das Verzeichnis gekündigter Staatsanwaltschaften von 1842, Neumärkischer Schuldenverordnungen und Münchener
Hamber Eisenbahn-Stammaktie,

sowie fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Bestellt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Verlag, Buchhandlung der A. W. Hahn'schen Erben.

zum Transport-Versicherungs-Geschäftsbetriebe in Preußen für die Aktiengesellschaft „Hanseatische Seeversicherungs-Gesellschaft“ in Hamburg.

Der Aktiengesellschaft „Hanseatische Seeversicherungs-Gesellschaft“ in Hamburg wird auf Grund der vorgelegten „Abgeänderten Satzungen“ die Erlaubniß zum Transport-versicherungs-geschäftsbetriebe in Preußen unter nachstehenden Bedingungen erteilt.

1. Jede Veränderung der Gesellschafts-Satzungen ist anzuzeigen und bei Verlust der erteilten Erlaubniß der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe zu unterbreiten.

2. Die Erlaubniß, ein von der Landespolizeibehörde (Nr. 6) festzustellender Auszug der Satzungen und etwaige Änderungen der Satzungen sind in den Amtsbüchern derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft durch Agenten Geschäfte betreiben will, auf Kosten der Gesellschaft zu veröffentlichen.

3. In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezeichnete Antheilschein-Kapital aufzuführen.

4. Die Gesellschaft hat wenigstens in einem der Preussischen Orte, in welchen sie Geschäfte betreibt, einen dort ansässigen, zur Haltung eines Geschäftslokals verpflichteten General-Bevollmächtigten zu bestellen, und wegen aller aus ihren Geschäften mit Preussischen Staatsangehörigen entstehenden Verbindlichkeiten, je nach der Wahl der Versicherten, entweder bei dem Gerichte jenes Ortes oder im Gerichtsstande des die Versicherung vermittelnden Agenten Recht zu nehmen. Die bezüglichliche Verpflichtung ist in jede für preussische Staatsangehörige auszustellende Police aufzunehmen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren mit Einschluß des Obmannes Preussische Staatsangehörige sein.

5. Alle Verträge mit preussischen Staatsangehörigen sind von dem Wohnorte des in Preußen bestellten General-Bevollmächtigten oder eines der preussischen Unteragenten aus abzuschließen.

6. Der Königlich Landespolizeibehörde, in deren Bezirk die Geschäfts-Niederlassung sich befindet, ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahrs von dem General-Bevollmächtigten außer der General-Bilanz eine Spezial-Bilanz der bezüglichlichen Geschäfts-Niederlassung für das verflossene Jahr einzureichen und in dieser das in Preußen

befindliche Aktivum von dem übrigen Aktivum gesondert aufzuführen. Der zuständigen Behörde bleibt überlassen, über die Aufstellung dieser Bilanz besondere Bestimmung zu treffen. Die Generalbilanz muß eine Gegenüberstellung sämtlicher Aktiva und sämtlicher Passiva, letzterer einschließlich des Grundkapitals enthalten, unter den Aktivis dürfen die vorhandenen Effekten höchstens zu dem Tageskurse erscheinen, welchen dieselben zur Zeit der Bilanz-Aufstellung haben, sofern dieser Cours jedoch den Anschaffungspreis übersteigt, höchstens zu letzterem angesetzt werden, bloße Gründungs- oder Verwaltungskosten dürfen nicht als Aktiva aufgenommen werden.

7. Der General-Bevollmächtigte hat sich zum Vortheile sämtlicher Gläubiger der Gesellschaft in Preußen persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung hinlänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit der eingereichten Bilanz einzustehen.

8. Der General-Bevollmächtigte ist verpflichtet, die von der Gesellschaft ausgehenden, oder bereits ausgegangenen auf den Geschäftsbetrieb sich beziehenden Schriftstücke, namentlich Instruktionen, Tarife, Geschäftsanweisungen, auf Erfordern des Ministers für Handel und Gewerbe oder der Landespolizei-Behörde vorzulegen, auch alle in Bezug auf die Gesellschaft und die Niederlassung zu gebende sonstige Auskunft zu beschaffen und die betreffenden Papiere vorzulegen.

9. Die Erlaubniß wird nur für den Transport-Versicherungszweig und auch für diesen nur auf so lange erteilt, als die Gesellschaft sich auf den Betrieb dieses Geschäftszweiges beschränkt. Sollte sie zum Betriebe anderer Geschäftszweige übergehen, so ist dies zur Kenntniß des Ministers für Handel und Gewerbe zu bringen und die Verlängerung der Erlaubniß nachzusuchen. Letztere kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen des Ministers für Handel und Gewerbe zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

10. Durch diese Erlaubniß wird die Befugniß zum Erwerbe von Grundstücken in Preußen nicht erteilt, vielmehr bedarf es dazu in jedem einzelnen Falle der besonders nachzusuchenden ministeriellen Genehmigung.

Berlin, den 7. Dezember 1893.

(Sigillum.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: gez. v. Wendt.

Auszug

aus den Satzungen der Aktien-Gesellschaft „Hanseatische Seeversicherungs-Gesellschaft“
in Hamburg.

§ 1.

Die unter der Firma „Hanseatische Seeversicherungs-Gesellschaft“ auf Grund dieser Satzungen gebildete, auf bestimmte Zeit nicht beschränkte Aktiengesellschaft bezweckt die Versicherung gegen die Gefahren der Beförderung von Werthen jeder Art zu Wasser oder zu Lande, einschließlich etwa damit verbundener Gefahr des Aufenthalts an Abgangs-, Durchgangs- oder Bestimmungsorten, des Stapellaufes und des Aufenthalts in Häfen, Rheben oder anderen Plätzen.

§ 2.

Der Sitz der Gesellschaft ist Hamburg mit Zweigniederlassungen in Bremen und Lübeck; die Errichtung fernerer Zweigniederlassungen oder Vertretungen ist gestattet.

Die Gesellschaft nimmt Recht vor den zuständigen Gerichten ihres Sitzes, ferner für alle nicht in Hamburg abgeschlossenen Rechtsgeschäfte an dem Orte beziehungsweise in dem Lande, wo der Abschluß stattgefunden hat. Der Vorstand ist berechtigt, namens der Gesellschaft bezüglich Rechtszuständigkeit oder anderer Einzelbestimmungen diejenigen Erklärungen abzugeben, welche etwa von Behörden zwecks Zulassung zum Gewerbebetriebe in den verschiedenen Orten verlangt werden sollten.

§ 3.

Das Kapital der Gesellschaft ist auf eine Million Mark in 200 Aktien à 5000 Mk. festgesetzt. Die Erhöhung desselben unterliegt der Beschlußfassung der Generalversammlung und darf vor der Volleinzahlung des bisherigen Kapitals erfolgen.

§ 5.

Auf die Aktien sind fünfundzwanzig vom Hundert eingezahlt; weitere Einzahlungen sind nach Bestimmung des Aufsichtsrathes bezüglich Zeitpunkt und Höhe zu leisten. Die Aktionäre unterwerfen sich hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verbindlichkeit zur Einzahlung der bislang uneingezahlten Beträge unter Verzicht auf jede Zurückbehaltungs- und Aufrechnungseinrede, sowie für alle Streitigkeiten mit der Gesellschaft der Gerichtsbarkeit der hamburgischen Gerichte.

Die Aktien werden erst nach voller Leistung des Nennbetrages ausgegeben. Ueber die geleisteten Einzahlungen sind auf Namen lautende Interimscheine ausgegeben. Zu deren Uebertragung ist gleichfalls die Zustimmung der Gesellschaft erforderlich.

Die Gültigkeit der Uebertragung von Aktien oder Interimscheinen erfordert zur Wirksamkeit gegenüber der Gesellschaft einen vom Erwerber zu zeichnenden Vermerk im Aktienbuch der Gesellschaft und die Umschreibung derselben.

§ 9.

Vorstand der Gesellschaft ist der Direktor.

Als Direktor ist zunächst Herr F. Plag bestellt.

§ 10.

Der Vorstand zeichnet die Firma der Gesellschaft durch Hinzufügung seiner Unterschrift.

Er errichtet beziehungsweise bestimmt den inneren Ausbau der Gesellschaft und führt deren Geschäfte, insbesondere schließt er Versicherungs- und Rückversicherungsverträge ab, bezahlt die Schäden, erhebt die Prämien, ernennt und entläßt die Beamten und Vertreter und hat die Verfügung über die Mittel der Gesellschaft.

§ 11.

Der Aufsichtsrath besteht aus fünf von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern, von denen eines seinen Wohnsitz im Bremen haben muß.

§ 12.

Der Aufsichtsrath setzt seine eigene Geschäftsordnung fest. Er wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der nach dem Bedürfnisse des Geschäftes die Sitzungen beruft und auf Antrag zweier Mitglieder zu solcher Berufung verpflichtet ist.

Der Aufsichtsrath ist bei Anwesenheit von drei Mitgliedern beschlußfähig. Die Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrath die Vermögensabrechnung des abgelaufenen Geschäftsjahres nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Vorschlägen zur Gewinnvertheilung, sowie einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht baldthunlichst und jedenfalls vor Ende Mai zur Prüfung vorzulegen. Der Aufsichtsrath übergibt dieselben alsdann einem Rechnungsprüfer, welcher von der ordentlichen Generalversammlung für die Zeit bis zur nächstjährigen ordentlichen Generalversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrathes erwählt wird.

§ 15.

Nach Eingang des Berichtes des Rechnungsprüfers hat der Aufsichtsrath die Vermögensabrechnung und die Vorschläge zur Gewinnvertheilung endgültig festzustellen und darüber der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Vermögensaufstellung, Jahresrechnungen und Gewinnvertheilung gelten für genehmigt, wenn in der Generalversammlung nicht gegentheilig beschlossen wird. Die Genehmigung der Rechnungen und der Gewinnvertheilung enthält die Entlastung des Aufsichtsrathes und des Vorstandes für die betreffende Geschäftszeit.

§ 17.

Die Generalversammlung der Aktionäre wird durch öffentliche Bekanntmachung oder durch Einladungsschreiben abseiten des Aufsichtsrathes oder des Vorstandes mit einer Frist von mindestens zwei Wochen berufen, dieselbe findet in Hamburg statt.

Die ordentliche Generalversammlung behufs Entgegennahme des Jahresberichtes und Vorlage der Rechnungen findet alljährlich spätestens im Monat Juni statt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrathes oder in Verhinderung ein anderes Mitglied desselben leitet die Generalversammlung.

§ 18.

Jede Aktie gewährt eine Stimme.

§ 20.

Der Generalversammlung ist vorbehalten: die Beschlussfassung über die Abänderung des Gegenstandes des Gesellschaftsunternehmens, die Auflösung der Gesellschaft oder die Uebertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Aktiengesellschaft gegen Gewährung von Aktien der letzteren oder anderen Gegenwerthen, die Abänderung des Inhaltes der Satzungen, die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft.

§ 21.

Die Vermögensabrechnung wird nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen aufgemacht. Der nach Abzug der Schulden, des Aktienkapitals, der Kapitalrücklage, der Einrichtungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten, der Rück-

lage für nicht abgerechnete Schäden und für die noch nicht abgelaufenen Gefahren von dem vorhandenen Vermögen verbleibende Ueberschuß bildet den Gewinn.

Von diesem werden fünfundzwanzig vom Hundert der Kapitalrücklage zugeführt, bis diese die Höhe des jeweilig eingezahlten Aktienkapitals erreicht.

Die Kapitalrücklage ist zur Deckung eines aus der Jahresrechnung sich ergebenden Verlustes bestimmt, so lange sie den zehnten Theil des Aktienkapitals nicht überschreitet, im übrigen aber nach Bestimmung des Aufsichtsrathes zu verwenden.

Zehn vom Hundert werden als Gewinnantheil an den Vorstand, fünf vom Hundert als Gewinnantheil an die Mitglieder des Aufsichtsrathes gezahlt und der Rest als Reingewinn an die Aktionäre vertheilt; sollte jedoch der sich hiernach ergebende vertheilbare Gewinn mehr als sechs vom Hundert auf das eingezahlte Kapital betragen, so ist der Ueberschuß mindestens zur Hälfte ferner der Kapitalrücklage zuzuführen, bis diese die oben angegebene Höhe erreicht hat, falls die Generalversammlung nicht anders beschließt.

§ 22.

Eine Auflösung der Gesellschaft tritt ein:

1. wenn die Vermögensabrechnung die Kapitalrücklage und vierzig vom Hundert des Aktienkapitals als verloren ergiebt;
2. auf Antrag des Aufsichtsrathes durch Beschluß der Generalversammlung, wenn derselbe in Folge erheblicher Verluste zu solchem Antrage sich veranlaßt sehen sollte.

Der Aufsichtsrath ist verpflichtet, der ordentlichen Generalversammlung die Frage, ob die Gesellschaft sich auflösen soll oder nicht, zur Beschlussfassung vorzulegen, wenn die Jahresrechnung den Verlust von fünfundzwanzig vom Hundert des Aktienkapitals und der vollen Kapitalrücklage ergiebt.

Ist in diesem Falle der Antrag auf Auflösung nicht vom Aufsichtsrathe gestellt, so gilt er nur dann für beschlossen, wenn mindestens zwei Drittel des Aktienkapitals in der Versammlung vertreten sind und mindestens drei Vierteltheile des vertretenen Aktienkapitals sich für denselben aussprechen.

§ 24.

Öffentliche Bekanntmachungen, welche nach Gesetz oder diesen Satzungen erfolgen, müssen im „Deutschen Reichsanzeiger“ geschehen.

§ 25.

Der Aufsichtsrath ist berechtigt, alle solche Zusätze und Aenderungen dieser Satzungen mit verbindlicher Kraft für alle Aktionäre festzusetzen, welche etwa bei Eintragung derselben gerichtsfällig verlangt werden sollten.

Zur Beurkundung solcher Zusätze und Aenderungen genügt die Erklärung von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrathes.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 13.

Den 30. März

1894.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Uebersichtliche Abgrenzung mehrerer Betriebsamtsbezirke.

1. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Geschäftsbezirke der in der unten stehenden Nachweisung Spalte 2 aufgeführten königlichen Eisenbahn-Betriebsämter in der in Spalte 3 angegebenen Weise zu dem in Spalte 4 bezeichneten Zeitpunkt anderweit abgegrenzt worden sind.

Berlin den 8. März 1894.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
Tbielen.

1.	2.	3.	4.
Stationen	Betriebsamt	Abgrenzung	Bestandtheil der eintretenden Veränderung
Altona	Hamburg	Hagenow—Idreesloe mit Abzweigung nach Mölln.	
Berlin	Berlin (Stadt- und Ringbahn) bezw. Stettin (Berlin—Stettin)	Schönhauser Allee—Pankow (Rangir-bahnhof).	
	Breslau	Sorau—Christiansstadt.	
	(Breslau—Sommerfeld)		
	Stettin	Zwinemünde—Heringödorf	
	(Stettin—Stralsund)		
Breslau	Breslau	Kublinig—Boskowösa.	
	(Breslau—Tarnowitz)		
Bromberg	Allenstein	Mohrungen—Wormditt.	
	Danzig	Osternode—Hohenstein.	
	Bromberg	Nafel-König.	
Elberfeld	Hagen	Haspe—Heubing—Hagen.	
	Düsseldorf	Reinscheid—Menninghausen.	
	(Düsseldorf—Elberfeld)		
Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.	Homburg v. d. H.—Nünchingen.	
Magdeburg	Halberstadt	Ilseburg—Harzburg.	

*) Bemerkung: Von Schönhauser Allee bis km 1,34 — Betriebsamt Berlin (Stadt- und Ringbahn).
von km 1,34 bis Pankow (km 3,93) — Betriebsamt Stettin (Berlin—Stettin).

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Transportkosten-Ordnung für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin.

66. Ueuer Aufhebung des Transportkosten-Regulativs für die Provinz Brandenburg vom 23. Januar 1875 (Amtsblätter der Regierung zu Potsdam S. 101 und der Regierung zu Frankfurt a. O. S. 84) wird hiermit bestimmt, daß Vergütungen für die Beförderung

von Gefangenen, soweit die Kosten der Staatskasse zur Last fallen, vom 1. April 1894 ab nach den nachbezeichneten Vorschriften und Sägen zu gewähren sind.
Berpflückungskosten.

§ 1. An Berpflückungskosten für die Transporten werden die wirklichen Auslagen ohne weiteren Nachweis des Bedürfnisses ersetzt.

Dieselben dürfen jedoch den Betrag von 65 Pf. für jeden Gefangenen und Tag nicht übersteigen.

Bei Bewilligung der Vergütung innerhalb dieser Grenzen sind die am Orte bestehenden Preisverhältnisse

nach pflichtmäßigem Ermessen der betreffenden Polizeibehörden zu Grunde zu legen.

Haftgebühren.

§ 2. Die Haftgebühren dürfen für den Kopf und Tag höchstens 15 Pf. betragen. Daneben sind besondere Vergütungen für Lagerstroh und Licht nicht zu gewähren.

Heizungskosten.

§ 3. Für Heizung des Hafttraumes dürfen erstattet werden:

- a. wenn eine besondere Heizung für einen Gefangenen notwendig geworden ist, nach pflichtmäßigem Ermessen der Polizeibehörden, unter Berücksichtigung der örtlichen Preise des Brennmaterials ein Betrag bis zu 40 Pf.,
- b. wenn zwei oder mehrere Gefangene in einem und demselben Raume untergebracht gewesen sind, für den Kopf und Tag bis zu 25 Pf.

Diese Heizungskosten werden für die Zeit vom 15. Oktober bis 15. April ohne Bescheinigung der Nothwendigkeit zugelassen. Außerhalb dieser Zeit ist die Nothwendigkeit der Heizung von der betreffenden Polizeibehörde jedes Mal zu bescheinigen.

Begleitgebühren.

§ 4. An Begleitgebühren können gezahlt werden

- I. bei Fußtransporten für das Kilometer der einfachen Entfernung
 - a. den Begleitern aus der Provinz Brandenburg ausschließlich des Stadtkreises Charlottenburg in der Regel nicht mehr als 20 Pf.,
 - b. den Begleitern aus dem Stadtkreise Charlottenburg allgemein und in ganz besonderen Ausnahmefällen auch den Begleitern aus den übrigen Theilen der Provinz Brandenburg nach pflichtmäßigem Ermessen der Polizeibehörden und gegen eine dem Kostennachweise sofort binzusetzende Bescheinigung, in welcher die Nothwendigkeit kurz zu begründen ist, bis zu 25 Pf.,
 - c. den Begleitern aus dem Stadtkreise Berlin bis zu 30 Pf.

Bei Berechnung der Entfernungen ist jedes angefangene Kilometer für ein volles Kilometer zu rechnen und bei Entfernungen von weniger als 8 Kilometern, auch wenn die Entfernung nicht zwei volle Kilometer beträgt, der Satz für 8 Kilometer zu gewähren. Ist der Begleiter genöthigt am Ablieferungsort länger als eine Stunde zu warten, so erhält er für jede angefangene Stunde eine Vergütung von 25 Pf., jedoch für die gesammte Wartezeit niemals mehr als 2 Mark.

II. bei Eisenbahntransporten

- 1) innerhalb des Berliner Vorortverkehrs das Fahrgeld für die Hin- und Rückfahrt in III. Wagenklasse bei Benützung der Vorortzüge,
- 2) außerhalb des Berliner Vorortverkehrs, das Fahrgeld für eine Rückfahrkarte III. Wagenklasse, oder wenn die Rückfahrt nicht mittelst

Rückfahrkarte erfolgen kann, das Fahrgeld für die Hin- und Rückfahrt in III. Wagenklasse.

Außerdem erhalten Begleiter:

- a. aus der Provinz Brandenburg, ausschließlich des Stadtkreises Charlottenburg in der Regel für den Tag 3 M.,
- b. aus den Stadtkreisen Berlin und Charlottenburg allgemein, sowie Begleiter aus den übrigen Theilen der Provinz Brandenburg in den zu § 4 Th. erwähnten Ausnahmefällen für den Tag 4 M.

In keinem Falle dürfen bei Eisenbahntransporten höhere Sätze bewilligt werden, als wenn der Transport durch Fußmarsch ausgeführt worden wäre.

III. Bei Bagentransporten erhält der Begleiter die zu IIa. und b. für Transporte mittelst der Eisenbahn festgesetzten Tagegelder, doch niemals höhere Gebühren, als wenn der Transport durch Fußmarsch ausgeführt worden wäre.

IV. Wird der Transport theils unter Benützung der Eisenbahn, oder eines Fuhrwerkes, theils mittelst Fußmarsches bewirkt, so erhalten die Transportbegleiter, außer der unter II. bestimmten Vergütung, für die zu Fuß zurückgelegte Transportstrecke die unter I. festgesetzte Transportgebühr. Bei Berechnung der letzteren ist jedoch nur die wirklich zu Fuß zurückgelegte Wegstrecke zu Grunde zu legen, jedes angefangene Kilometer aber für ein volles zu rechnen. Der Gesamtbetrag darf nicht den Satz übersteigen, welcher zu bewilligen gewesen sein würde, wenn der Transport zu Fuß durchgeführt worden wäre.

Wenn es sich bei derartigen Transporten um mehrere durch eine Eisenbahnstrecke getrennte Landwege handelt, so sind die Entfernungen der verschiedenen Landwege stets zusammen zu rechnen und nur einmal nach der sich ergebenden Gesamtentfernung auf volle Kilometer abzurunden.

Wenn der Bahnhof im Gemeindebezirk des Orts liegt, an welchem der Transport zu übernehmen oder abzuliefern ist, so sind besondere Transportkosten nach den Sätzen für Landtransporte in der Regel nicht zu berechnen. Es können jedoch aus Billigkeitsrücksichten solche neben der Begleitgebühr für die Eisenbahnstrecke gewährt werden, wenn die Entfernung von dem Ausgangspunkte des Transportes bis zum Bahnhofe der Abgangstation, oder die Entfernung vom Bahnhofe der Endstation bis zur Stelle der Ablieferung des Gefangenen zwei Kilometer oder darüber beträgt. In diesem Falle findet jedoch eine Zusammenrechnung der vom Ausgangspunkte des Transportes bis zum Bahnhofe der Abgangstation, und der vom Bahnhofe der Endstation bis zur Ablieferungsstelle zurückgelegten Strecken, wenn diese einzeln weniger als zwei Kilometer betragen, nicht statt.

V. Bei sogenannten Doppeltransporten, d. i. in den

jenigen Fällen, wo Gefangene behufs ihrer Vernehmung als Zeugen oder Angeeschuldigte oder aus sonstigen Gründen von ihrem Hasterie nach einem anderen Orte gebracht werden und die Transportbegleiter dieselben nach der von der zuständigen Behörde hierüber zu treffenden Bestimmung auch wieder nach ihrem Hasterie zurückzuführen haben, werden die Begleitgebühren nach folgenden Grundsätzen berechnet:

a. Insofern zur Ausführung des Hin- und Rücktransportes die Eisenbahn benutzt wird, erhält der Begleiter das oben zu II. 1 bezw. 2 bestimmte Fahrgehalt für die Hin- und Rückreise und außerdem das dort unter a. bezw. h. erwähnte Tagegeld für jeden auch nur angefangenen Tag der Transport- und Wartezeit.

b. Das unter a. bestimmte Tagegeld wird auch gewährt, wenn der Hin- und Rücktransport auf Landwegen unter Benutzung eines Fuhrwerks zur Ausführung gebracht worden ist. Dasselbe findet statt, wenn der Transport theils unter Benutzung der Eisenbahn, theils auf Landwegen mittelst Fuhrwerkes bewirkt worden ist.

c. Bei einem mittelst Fuhrwerkes bewirkten Hin- und Rücktransport wird die für den Hinmarsch zulässige Gebühr der Transportbegleiter um die Hälfte erhöht. Ueber dieser Transportgebühr erhalten die Transportbegleiter, wenn sie am Bestimmungsorte länger als 2 Stunden warten müssen, für jede fernere auch nur angefangene Stunde des Aufenthaltes am Bestimmungsorte ein Wartegeld von 25 Pf., jedoch für die gesammte Wartezeit niemals mehr als 2 Mark.

d. Wird der Transport theils unter Benutzung der Eisenbahn oder eines Fuhrwerks, theils mittelst Fuhrwerkes bewirkt, so erhalten die Transportbegleiter, außer der unter a. bestimmten Vergütung, für die zu Fuß zurückgelegte Transportstrecke die unter c. festgesetzte Transportgebühr mit Ausnahme des Wartegeldes. Bei Berechnung dieser Transportgebühr ist nur die wirklich zu Fuß zurückgelegte Strecke der einfachen Entfernung zu Grunde zu legen, jedes angefangene Kilometer jedoch für ein volles zu rechnen.

Die Transportgebühren dürfen in allen diesen Fällen indessen niemals mehr betragen, als wenn der Hin- und Rücktransport von verschiedenen Transportbegleitern ausgeführt worden wäre.

Eisenbahnfahrkosten.

§ 5. Die Beförderung der Gefangenen auf der Eisenbahn erfolgt gegen Lösung von Fahrkarten III. Wagenklasse.

Als Beleg für die vorausgelegten Fahrgehalte ist der Kostenberechnung eine seitens der Fahrkartenausgabestelle der Ausgangsstation zu ertheilende Bescheinigung über die Zahl und den Preis der gelösten Fahrkarten beizufügen.

Fuhrkosten.

§ 6. In denjenigen Fällen, wo nach den diesbezüglichen Vorschriften zur Beförderung von Gefangenen die Annahme eines Fuhrwerks zulässig ist, erfolgt die Erstattung der Fuhrkosten in nachstehender Weise:

- a. In Orten, wo ein geregeltes Droschkenfuhrwesen besteht, kann bei Fahrten innerhalb des Weichbildes des Orts das Fahrgehalt nach dem amtlich festgesetzten Tarif vergütet werden. Den Kostenberechnungen sind in diesem Falle die Droschkenmarken beizufügen.
- b. für weitere Strecken sowie an allen sonstigen Orten ist bei der Annahme von Fuhrwerken auf die thunlichste Kostenersparniß Bedacht zu nehmen. Es ist deshalb dazwischen in der Regel nur einspänniges Fuhrwerk zu benutzen.

Den Polizeibehörden solcher Orte, an denen erfahrungsmäßig öfter Transporte vorkommen, bleibt es überlassen, nach pflichtmäßigem Ermessen die Fuhrten allfährlich an geeignete Unternehmer im Wege des öffentlichen Ausgebots oder freier Hand gegen feste Preise zu verdingen. Ein Abkommen wegen Bestellung zweispänniger Wagen darf aber hierbei nur geschlossen werden, wenn es nicht gelingt, Besitzer einspänniger Fuhrwerke für die Fuhrtenstellung zu ermitteln. Wo ein derartiges Abkommen nicht getroffen ist, können die ortsüblichen Preise bewilligt und angelegt werden.

Es dürfen aber, gleichviel, ob die Fuhrten vertragsmäßig vergeben sind, oder die Fuhrkosten in jedem besonderen Falle ausbedungen werden, höchstens:

- 1) für den einspännigen Wagen für das Kilometer der einfachen Entfernung:
 - a. in der Provinz Brandenburg ausschließlich des Stadtkreises Charlottenburg 40 Pf.,
 - b. in den Stadtkreisen Berlin und Charlottenburg 44 Pf.,
- 2) für den zweispännigen Wagen für das Kilometer der einfachen Entfernung 60 Pf.

gezahlt und in Ansatz gebracht werden. Jedes angefangene Kilometer wird dabei als ein volles Kilometer gerechnet und als geringste Entfernung stets eine solche von 8 Kilometern in Anrechnung gebracht.

Ueberschreitungen dieser Höchstbeträge sind nur für einzelne Orte und unter besonderen Umständen zulässig und bedürfen in Charlottenburg der Genehmigung des Polizei-Präsidenten zu Berlin, in den übrigen Stadtkreisen der Genehmigung des Regierungs-Präsidenten und in allen anderen Orten der Genehmigung des Landraths. Das Polizei-Präsidium in Berlin ertheilt für die von ihm veranlaßten Gefangenen-Beförderungen die Bescheinigung der Nothwendigkeit selbstständig.

Kann diese Genehmigung nicht sofort den Transportpapieren beigelegt werden, so werden von der zahlungspflichtigen Kasse zunächst nur die vorausgeführten Höchstsätze gewährt; der Mehrbetrag aber wird erst dann gezahlt, wenn die Genehmigung nachträglich beigebracht ist.

In den Kostenberechnungen ist jedes Mal ersichtlich zu machen, ob den Kostenansätzen ein vertragmäßiges Abkommen zu Grunde liegt, oder ob der Preis für den

einzelnen Fall ausbedungen ist. Trifft letzteres zu, so dürfen die Kosten für zweispännige Fuhrwerke nur erstattet werden, wenn die ausdrückliche Bescheinigung hinzugefügt ist, daß einspännige Fuhrwerke für den Transport nicht zu haben gewesen sind.

Arztgebühren.

§ 7. Insofern an einzelnen Orten nicht besondere Verträge mit den Medicinalbeamten bezüglich der Behandlung von Gefangenen und der Untersuchung von polizeilichen Transportaten bestehen, sind bezüglich der ärztlichen Gebühren folgende Bestimmungen zu beachten:

a. Die ärztliche Untersuchung eines auf dem Transport befindlichen Gefangenen wird von den Medicinalbeamten an ihrem Wohnorte unentgeltlich vorgenommen. Müssen dieselben Zwecks dieser Untersuchung Reisen nach anderen Orten unternehmen, so haben sie hierfür nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. März 1872 (Ges. S. S. 265) Tagegelde und Reisekosten zu beanspruchen. Ebenso können sie bei der Untersuchung eines Gefangenen vor Einleitung des Transports den in dem angezogenen Gesetze vorgesehenen Gebührensatz von 3 M. für Ausstellung eines Besundscheins fordern.

b. Privatärzte erhalten, wenn die Untersuchung in ihrer Wohnung geschieht, für den Besundschein 1 M., wenn sie außerhalb ihrer Wohnung erfolgt, was als notwendig jedes Mal polizeilich bescheinigt sein muß, den Betrag von 3 Mark.

Ist der Privatarzt genöthigt, behufs der Untersuchung des Transportaten eine Reise zu unternehmen, so hat derselbe außer der Gebühr für den Besundschein Tagegelde und Reisekosten nach der Medicinaltaxe vom 21. Juni 1815 (Ges. S. S. 109) zu beanspruchen.

c. Wenn sich bei der Untersuchung eines Gefangenen die Nothwendigkeit einer gleichzeitig einzuleitenden, ärztlichen Behandlung herausstellt, so finden die hinsichtlich der hierfür zu gewährenden Vergütung in allen Fällen die Bestimmungen der Medicinaltaxe Anwendung.

d. Ist der Zustand des zu untersuchenden Gefangenen ein derartiger, daß er einen Wagen- oder Eisenbahntransport gestattet, so werden Reisekosten und Tagegelde für den zur Untersuchung herangezogenen Arzt (zu a. und b.) nur dann erstattet, wenn diese geringer sind, als diejenigen Kosten, welche durch den Transport des Gefangenen nach dem Wohnorte des betreffenden Arztes entstanden wären.

Die Kostenansätze sind in dieser Richtung von der Polizeibehörde in jedem Falle auf der Kostenberechnung des Näheren zu begründen und mit entsprechender Bescheinigung zu versehen. Die Gründe, aus denen eine ärztliche Untersuchung notwendig geworden ist, sind jedes Mal anzugeben und von der betreffenden Polizeibehörde zu bescheinigen.

Reinigungskosten.

§ 8. Die Verpflichtung der Staatskasse zur Er-

stattung der Reinigungskosten bestimmt sich nach den bisher geltenden Vorschriften.

Wenn die Erstattung zu erfolgen hat, dürfen die gemachten Auslagen bis zu einem Höchstbetrage von einer Mark in Ansatz gebracht werden.

Die Kostenberechnung ist von der Polizeibehörde jedesmal besonders zu begründen und die Nothwendigkeit zu bescheinigen.

Außerordentliche Kosten.

§ 9. Bei sonstigen außerordentlichen, in den obigen §§ nicht vorgesehenen Kosten (z. B. für die Beschaffung der etwa zum Bedurf des Transports erforderlichen Ausrüstung des Gefangenen) werden die wirklich stattgehabten Anlagen ersetzt.

Die Nothwendigkeit derselben ist in jedem Falle von der betreffenden Polizeibehörde besonders zu begründen und ebenso wie die Angemessenheit zu bescheinigen.

Bei Rechnungen über Kleidungsstücke muß die Bescheinigung ausdrücklich dahin lauten, daß die Beschaffung derselben behufs des Transports nothwendig gewesen ist. Kostenanweisungsvorfahren.

§ 10. Bei den sogenannten Doppeltransporten (§ 4 zu V.) sind die Transportgebühren den Transportbegleitern erst nach der bewirkten Zurückführung des Gefangenen zu zahlen.

Was die Kostenrechnungen betrifft, so sind dieselben in demjenigen Regierungsbezirk zahlbar zu machen, aus welchem der Transportbegleiter gestellt wird, ohne Rücksicht darauf, ob der Transport über die Grenzen dieses Bezirkes hinausgeht.

Mit der Ausführung dieser Transportkostenordnung werden die königlichen Regierungs-Präsidenten zu Potsdam und Frankfurt und der königliche Polizeipräsident zu Berlin beauftragt.

Potsdam, den 16. März 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister.
gez. von Achenbach.

Vorstehende Transportkostenordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 21. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

67. Auf Grund des § 100c. Ziffer 3 der Reichsgewerbeordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Barbier- und Friseur-Innung für Neu-Weissensee und Umgegend zu Neu-Weissensee, daß Arbeitgeber, obwohl sie ein in der Innung vertriebenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Juli 1894 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung die Dr.schaften Neu-Weissensee, Franz. Buchholz, Schönerlinde, Malchow, Pechen-Schönhausen und Marzahn umfaßt.

Potsdam, den 16. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

68. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 26. Februar 1894 dem Verstande für Kunst und Kunstgewerbe zu Weimar die Genehmigung zu erteilen geruht, zu der von der Großherzoglich Sächsischen Staatsregierung gestatteten öffentlichen Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes auch im diesseitigen Staatsgebiete und zwar in dessen ganzen Bereiche Vorse zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 24. März 1894.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

69. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Püdners Siedmann in Dalldoff, des Bauerquieschens Körper in Petershagen, Kreis Niederbarnim, auf dem Rittergute Hirschfelde und dem Rittergute Sternebeck, Kreis Stettin.

Erschienen ist der Bläschenauschlag unter dem Rindvieh in Cummersdorf und Alt-Stabinsdorf, Kreis Bessow-Storkow, in Köslin, Kreis Stettin, die Maul- und Klauenseuche in Barnewitz, Kreis Westhavelland, die Bruckseuche unter den Pferden des Gutspächters Krüger in Dauer, Kreis Prenzlau, der 3. Schwadron des Husaren-Regiments von Jüden in Rathenow.

Potsdam, den 27. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Zur Warnung des Publikums.

20. Es sind öfters Kaffabäue aus Zinnlegierungen zum Abfüllen von Getränken im hiesigen Gewerbebetriebe im Gebrauch, deren Bleigehalt auf die Getränke schädlich einwirkt, so daß durch den Gebrauch oder die Verwendung derselben bei der Zubereitung von Speisen und Getränken die menschliche Gesundheit gefährdet ist. Es ist zwar die reichgezeigte Regelung dieses Gegenstandes in Aussicht genommen, jedoch bietet weder das Nahrungsmittel-Gesetz, noch das Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinnhaltigen Gegenständen, zur Zeit eine geeignete Handhabe zu einem Einschreiten gegen dieselben, die menschliche Gesundheit bedrohenden Brauch.

Zur Abwendung von Gefahren, welche aus der Verwendung derartiger Kaffabäue erwachsen können, läßt das Polizei-Präsidium in den Niederlagen solche Bäue behufs Feststellung ihres Bleigehalts ankaufen und wird die Verkäufer derselben Kaffabäue, deren Bleigehalt die durch die vorstehend angezogenen Gesetze festgesetzten Grenzen mehr oder weniger überschreitet, zur Warnung des Publikums in Zukunft öffentlich namhaft machen.

Berlin, den 5. Dezember 1891.

Der Polizei-Präsident.

Unter Bezugnahme auf die obige Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur Kenntniß, daß Holzaffabäue

mit Einsägen von Zinnlegierung, die nach der chemischen Untersuchung mehr als 10 % Blei enthält, hier

von dem Eisenwaarenhändler Richard Kraag, 11

Seydelsstraße Nr. 22, 11

zum Verkauf gestellt werden.

Berlin, den 16. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

14. Am 1. April tritt in der Markburgerstraße Nr. 12 eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit, welche die Bezeichnung „Berlin W. 50 (Markburgerstraße)“ erhält.

Bei dieser Postanstalt können Postsendungen jeder Art, mit Einschluß von Robrpostsendungen, jedoch mit Ausschluß von Geldsäffern, Geldstücken und Geldkenntnissen eingeliefert werden.

Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden festgesetzt:

an Wochentagen von 7 (im Winterhalbjahr von 8) Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags, an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie am Geburtstage S. M. des Kaisers von 7 bis 8 bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 7 Uhr Nachmittags, außerdem von 12 bis 1 Uhr Mittags für den Telegraphenbetrieb.

Ferner ist das Postamt verpflichtet, außerhalb der vorbezeichneten Dienststunden Telegramme vom Publikum anzunehmen und zu befördern, sofern ein Beamter obnebin in den Diensträumen anwesend ist.

Die Annahme gewöhnlicher Pakete erfolgt täglich nur bis 7 Uhr Nachmittags. Dagegen findet die Annahme von Telegrammen täglich bis 9 Uhr Abends statt.

Berlin C., den 17. März 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Verlegung der Post-Agentur in Grunewald und Umwandlung der selben in ein Postamt III. Klasse.

15. Vom 1. April ab wird die Postagentur in Grunewald aus dem Hause Herthastraße Nr. 16 nach dem Hause Hubertusallee Nr. 3 verlegt und in ein Postamt III. Klasse umgewandelt.

Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden festgesetzt:

an Wochentagen von 7 (im Winterhalbjahr von 8) bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 8 Uhr Nachmittags, an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie am Geburtstage S. M. des Kaisers von 7 (bz. von 8) bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 6 Uhr Nachmittags, außerdem von 12 bis 1 Uhr Mittags für den Telegraphenbetrieb.

Ferner ist das Postamt verpflichtet, außerhalb der vorbezeichneten Dienststunden Telegramme vom Publikum anzunehmen und zu befördern, sofern ein Beamter obnebin in den Diensträumen anwesend ist. Von dem genannten Zeitpunkt ab tritt bei dem Postamt in Grunewald auch eine Unfallmeldestelle in Wirksamkeit.

Berlin C., den 16. März 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

16. Vom 1. April 1894 ab wird das Postamt III. in Eborin (Mark) in eine Postagentur mit Telegraphenbetrieb umgewandelt und in Bezug auf Betriebsverhand und Rechnungslegung dem Postamte in Angermünde zugeheilt werden. Als Ueberweisungsstellen haben die Bahnposten in den Büren der Kurie Berlin-Stettin und Berlin-Stralsund zu dienen. Änderungen in dem Postengange für die demnächstige Postagentur treten nicht ein.

Potsdam, den 18. März 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

B e k a n n t m a c h u n g.

17. Vom 1. April 1894 ab wird das Postamt II. in Steglitz in ein Postamt I. Klasse umgewandelt werden. Änderungen in dem Postengange für das genannte Postamt treten aus diesem Anlaß nicht ein.

Potsdam, den 21. März 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

6. Von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden wird die Errichtung einer neuen evangelischen Pfarodie der Immanuel-Kirche hieselbst beabsichtigt, welcher der unten beschriebene Sprengel unter Ausparung der darin wohnenden Gemeindeglieder der St. Bartholomäus-Kirche aus ihrem jetzigen Parochialverbande mit der St. Bartholomäus-Kirche zugewiesen werden soll. Die Grenzen sind:

a. Im Osten: Die hintere Grenze der an der Westseite der Greifswalderstraße belegenen Grundstücke von der hinteren Grenze der an der Südseite der Heinersdorferstraße belegenen Grundstücke bis zur Weichbildgrenze — alle Eckgrundstücke mit eingeschlossen. —

b. Im Süden: Die hintere Grenze der an der Südseite der Heinersdorferstraße und der an der Ostseite der Prenzlauer Allee bis zum Eingang des Marienkirchhofes Prenzlauer Allee Nr. 7 belegenen Grundstücke, ferner die Südseite des Grundstücks Prenzlauer Allee Nr. 240, sowie die hintere Grenze der an der Südseite der Megerstraße belegenen Grundstücke bis zur Südgrenze der Zionsparodie.

c. Im Westen: Die Parochialgrenzen der Zions- und der Gethsemane-Parodie von dem vorgedachten Punkte bis zum Treffpunkte der Weichbildgrenze.

d. Im Norden: Die Weichbildgrenze von dem sechsten Punkte bis zum Treffpunkte der Grenze ad a. (Südgrenze der Immanuel-Parodie).

Die innerhalb dieses Sprengels der Immanuel-Kirche wohnenden Gemeindeglieder haben hinsichtlich der Verbindungen dieselben Rechte und Pflichten wie die Mitglieder der St. Bartholomäus-Gemeinde.

Indem wir diesen Parochial-Regulierungsplan zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir alle dabei beteiligten Gemeindeglieder auf, etwaige Einwendungen dagegen bis zum 4. April dieses Jahres, während der

Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in dem Auszimmer No. 10 unserer Geschäftsräume (Schützenstraße 26 I.) bei dem Bureauvorsteher Rechnungsrathe Pause oder dessen Stellvertreter unter geeignetem Ausweis über ihre Vertheiligung bei der Sache schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 20. März 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

6. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-Gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1879 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Rentier Otto Thebesius zu Frankfurt am Main, Mendelssohnstraße 71, vom 1. April d. J. ab Richardstraße 56 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1884

Lit. B. No. 617579 und 617580 über je 500 M. angekauft zu Frankfurt am Main verloren gegangen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rentier Thebesius anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 17. März 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

6. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 5. v. Mts. am 10. d. Mts. geschehenen öffentlichen Verlosung von 3. proc. Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. F. zu 3000 M. 1 Stück und zwar die Nummer 96.

Litt. H. zu 300 M. 2 Stück und zwar die Nummern 7 25.

Litt. J. zu 75 M. 1 Stück und zwar die Nummer 2.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. 1. No. 6—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkassa, Klosterstraße Nr. 76 I., vom 1. Juli d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Juli d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf, die selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1904 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelostener Rentenbriefe an die Rentenbankkassa kann auch durch die Post, portofrei und

mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittleit werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Einnahmen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Eosern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 13. Februar 1894.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

6. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 1. d. M. § 58 der Protokolle beschloffen:

1) Die Ziffer 11a. der Anweisung zur Ausführung des Vereins-Zollgesetzes (zu den §§ 41, 47 und 72), sowie der § 23 Absatz 1 des Eisenbahnzoll-Regulativs erhalten folgenden Zusatz:

„Wenn die eingehängenen Massengüter nach Eisenbahnstationen ohne Zollstelle weiter geführt werden sollen, so kann auf Antrag des Waaren-Eigeners, sofern ein dem deklarirten Gewicht entsprechender Abgabebetrag sichergestellt wird, die Verriegelung des leeren Wagens am Entladungsorte durch zwei auf die Wahrnehmung des Zollinteresses besonders verpflichtete Beamte der Bahnverwaltung vorgenommen werden, von denen einer Vorseher der Station oder der Güterabfertigungsstelle oder der Vertreter eines solchen sein muß.“

Ueber das Ergebnis der Ermittlung ist von dem Zollpflichtigen binnen einer von dem Abfertigungsamte zu bestimmenden Frist diesem Amte eine durch die Beamten, welche die Verriegelung vorgenommen haben, ausgestellte Wägebesecheinigung vorzulegen.“

2) In Nummer 11b. Absatz 1 der Anweisung zur Ausführung des Vereinszollgesetzes (zu den §§ 41, 47 und 72), sowie im § 23 Absatz 4 des Eisenbahnzoll-Regulativs werden die Worte:

„nicht mehr als zwei Jahre“

abgeändert in:

„nicht mehr als drei Jahre“.

Berlin, den 10. März 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

B e k a n n t m a c h u n g.

7. In Folge der von dem Herrn Finanzminister angeordneten Steuerorganisation der Haupt-Steueramts- und Ober-Steuer-Kontrolle-Bezirke in der Provinz Brandenburg treten vom 1. April 1894 ab in der Abgrenzung der Haupt-Steuer-Amts- und der Steuer-Amts-Bezirke nachstehende Veränderungen ein:

I. Haupt-Steuer-Amt Lübben.

Es werden überwiesen:

a. von dem Bezirk des Steuer-Amts zu Gollsen,

1) an den zum Bezirk des Haupt-Steuer-Amts zu Lübben übertretenden Bezirk des Steuer-Amts

zu Dahme die Drikschaften Kastenhausen, Pieszen, Mergsdorf und Peilus,

2) an den Bezirk des Steuer-Amts zu Zossen — Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Potsdam — die Drikschaften Baruth, Bernhardsmüh, Jachzenbrück, Linow, Müdendorf, Neuhof, Paplig, die Schmelze, Schönbörs, Sülpe und Zesch.

II. Haupt-Steuer-Amt Potsdam.

Es werden überwiesen:

a. der Bezirk des Steuer-Amts zu Dahme an seinem bisherigen Umfange an den Bezirk des Haupt-Steuer-Amts zu Lübben,

b. von dem Bezirk des Steuer-Amts zu Zossen — Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Lübben — an den Bezirk des Steuer-Amts zu Zossen die Drikschaften Baruth, Bernhardsmüh, Jachzenbrück, Linow, Müdendorf, Neuhof, Paplig, die Schmelze, Schönbörs, Sülpe und Zesch,

c. von dem Bezirk des Steuer-Amts zu Spandau 1) an den Bezirk der Spezialbebestell des Haupt-Steuer-Amts zu Potsdam die Drikschaften Gr. Glienede, Gladow und Neu-Gladow,

2) an den Bezirk des Steuer-Amts zu Cremonen Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Potsdam — die Drikschaften Bögel, Wansdorf, Nieder-Neuendorf und Schönwalde,

d. von dem Bezirk des Steuer-Amts zu Dränienburg an den Bezirk des Steuer-Amts zu Cremonen — Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Potsdam — die Drikschaften Eichstädt und Markwig,

e. der Bezirk des Steuer-Amts zu Nauen in unverändertem Umfange an den Bezirk des Haupt-Steuer-Amts zu Brandenburg a. H.,

f. der Bezirk des Steuer-Amts zu Liebenwalde — Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Eberswalde — in unverändertem Umfange an den Bezirk des Haupt-Steuer-Amts zu Potsdam.

III. Haupt-Steuer-Amt Brandenburg a. H.

Es werden überwiesen:

a. von dem Bezirk des Steuer-Amts zu Friesack an den Bezirk des Steuer-Amts zu Rathenow — Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Brandenburg a. H. — die Drikschaften Buschow, Damme, Gülpe, Kriele, Landin, Piepe und Möhlow,

b. der Bezirk des Steuer-Amts zu Nauen — bisher Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Potsdam — in unverändertem Umfange an das Haupt-Steuer-Amt zu Brandenburg a. H.,

c. der bisherige Bezirk des Steuer-Amts zu Wusterhausen a. D. mit Ausnahme der nachstehend unter d. aufgeführten Drikschaften an den Bezirk des Haupt-Steuer-Amts zu Neu-Ruppin,

d. von dem bisherigen Bezirk des Steuer-Amts zu Wusterhausen a. D. an den Bezirk des Steuer-Amts zu Friesack — Haupt-Steuer-Amts-Bezirk Brandenburg a. H. — die Drikschaften Barischen-dorf, Blumenau, Brensenhof, Damm, Groß- und Klein-Derschan, Drees mit Vänge, Drees,

Fischersdori, Friedrichsdorf, Alt- und Neu-Garz, Giesenhorst, Klausenhof, Rosenstelle, Louisaue, Michaelisbruch, Mühlenland, Rübehorst, Schäferberg, Schönsfeld, Segeley, Sigrothobrucl, Wilhelmminenau, Wusey und Zietbensau.

- e. von dem Bezirk der Spezialbestelle des Haupt-Steuer-Amtes zu Neu-Nuppin an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Fehrbellin die Drikschaften Buskow und Wustrau,

IV. Haupt-Steuer-Amt Neu-Nuppin.

Es werden überwiesen:

- a. von dem Bezirk des Haupt-Steuer-Amtes zu Brandenburg a. H. an den Bezirk des Haupt-Steuer-Amtes zu Neu-Nuppin der bisherige Bezirk des Steuer-Amtes zu Wusterhausen a. D. mit Ausnahme der vorstehend unter III. d. aufgeführten Drikschaften,

- b. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Ayrig,

1) an den zum Bezirk des Haupt-Steuer-Amtes zu Neu-Nuppin überstretenden Bezirk des Steuer-Amtes zu Wusterhausen a. D. die Drikschaft Heinrichsfelde,

- 2) an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Wittstock Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Neu-Nuppin die Drikschaften Bork, Briesenhausen, Dahlhausen, Darßkow, Ganz, Hildebrandshof, Horst, Kellischow, Rosenwinkel, Tregg, Wegeberg und Wulst.

- a. von dem Bezirk der Spezialbestelle des Haupt-Steuer-Amtes zu Neu-Nuppin an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Fehrbellin — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Brandenburg a. H. — die Drikschaften Buskow und Wustrau.

V. Haupt-Steuer-Amt Eberswalde.

Es werden überwiesen:

- a. der Bezirk des Steuer-Amtes zu Liebenwalde in unverändertem Umfange an den Bezirk des Haupt-Steuer-Amtes zu Potsdam,

- b. von dem Bezirk der Spezialbestelle des Haupt-Steuer-Amtes zu Eberswalde an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Bernau — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde — die Drikschaften Arendsee, Biesenthal nebst Kolonie und Bahnhof, Biesenthal, der Heller, Grünthal, Kiez bei Biesenthal, Klosterfelde, Lanke, Melchow, Neudörfchen, Prenden, Seetrag, Sydow, Uepdorf und Großer-Werder,

- c. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Bernau,

1) an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Strausberg — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde — die Drikschaft Hirschfelde,

2) an den Bezirk des neuerrichteten Steuer-Amtes zu Alt-Landenberg — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde — die Drikschaften Bärdenfeld, Carlsbof, Eiche, Hellersdorf, Hönow, Krummensee, Marzahn, Mehrow, Wegendorf, Weiße Taube und Wilhelmminenhof,

- d. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Cöpenick an den Bezirk des neuerrichteten Steuer-Amtes zu

Alt-Landenberg — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde — die Drikschaften Alt-Grund, Bergbrück, Berghof, Bollenndorf, Dahlwig, Elisenhof, Fiebersdorf, Grünelinde, Herzfelde, Hinterberge, Hoppegarten, Krummendamm, Münchhofe, Neuenhagen, Rüdersdorf, Rüdersdorfer Grund, Klein-Schönebeck, Schöneiche, Schulzenhöhe, Taddorf und Vogelsdorf,

- e. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Strausberg an den Bezirk des neuerrichteten Steuer-Amtes zu Alt-Landenberg — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde — die Drikschaften Alt-Landenberg, Amtsfreiheit bei Alt-Landenberg, Egersdorf, Hennigsdorf, Neu-Hönow, Petershagen, Radebrück und Seeburg,

- f. an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Freimwalde Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde —

1) von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Briesen die Drikschaft Alt-Mansf,

2) von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Zehden Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Frankfurt a. D. — die Drikschaften Bralig, Fahrtrag, Schiffmühle und Neuenhagen,

- g. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Petchin — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Frankfurt a. D. — an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Briesen — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Eberswalde — die Drikschaften Giesbof und Carlsbiele.

VI. Haupt-Steuer-Amt Prenzlau.

Es werden überwiesen:

- a. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Brüssow an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Strausburg N.-M. — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Prenzlau — die Drikschaften Briezig, Bröllin, Damerow, Friedrichshof, Nechlin, Nieten, Papendorf, Polzow, Roggon, Röllwig, Rossow, Schmarow, Wegenow, Zerrenthin und Züschow,

- b. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Schwedt a. D. an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Angermünde — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Prenzlau — die Drikschaften Alt-Galow, Densen, Felschow, Flemendorf, Neu-Galow, Schöneberg und Stütkow,

- c. von dem Bezirk des Steuer-Amtes zu Gransee an den Bezirk des Steuer-Amtes zu Zehdenick — Haupt-Steuer-Amt-Bezirk Prenzlau — die Drikschaften Birkenholzgrund, Blumenhof, Grüneberg, Grundmühle, Guten-Germendorf, Hasen, Hoppenrade, Kerfow, Kleve'sche Häuser, Linde, Löwenberg, Marienthal, Neuendorf, Neu-Hasen, Neuhe, Neu-Vötenberg, Osterne mit Mühle, Ribbed, Riefesahl, Schleuen, Teichendorf, Zabelsdorf und Zolltrag.

Berlin, den 19. März 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

13. Nachstehend bezeichnete Eisenbahn-Obligationen sind bisher zur Einlösung nicht vorgelegt und werden daher unter Hinweis auf die in den betreffenden Aller-

böchsten Privilegien festgesetzten Verzählungszeiträumen hiermit öffentlich aufgerufen.

Die Obligationen werden seit den angegebenen Fälligkeitstagen nicht mehr verzinst und erfolgt ihre Einlösung bei der königlichen Eisenbahn-Hauptkasse hier, Königgräberstraße Nr. 132, sofern nachstehend nicht eine andere Kasse benannt ist.

1) Berlin-Anhaltische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen II. Emission.

Zahlungsfällig seit 1. Juli 1887. Abzuliefern mit Kupons Serie V. Nr. 4 bis 20 und Talons an die königliche Regierungshauptkasse in Erfurt.

Zu 100 Thlr. (300 M.) N^o 20619 23804.

Zahlungsfällig seit 1. Juli 1889. Abzuliefern mit Kupons Serie V. Nr. 8 bis 20 und Talons.

Zu 100 Thlr. (300 M.) N^o 25391.

Zahlungsfällig mit den Zinsen für das Vierteljahr Juli-September 1889. Abzuliefern mit Kupons Serie V. Nr. 8 bis 20 und Talons.

Zu 500 Thlr. (1500 M.) N^o 3203 4649 5034.

Zu 100 Thlr. (300 M.) N^o 5607 5709 6909

7313 7482 7483 7759 8630 10264 10265 11339

12369 13041 13042 13275 13310 13444 13804

14682 15673 16143 17602 20371 21048 21582

21778 22448 22753 22907 23109 23124 23586

24453 24555 24885 26620 27473.

2) Berlin-Anhaltische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen Ia. C.

Zahlungsfällig mit den Zinsen für das Vierteljahr Januar-März 1890 seit 1. April 1890. Abzuliefern mit Kupons Serie III. Nr. 9 bis 10 und Talons.

Zu 1000 M. N^o 32171.

Zu 500 M. N^o 1245 6568 6569 6570 6571
6572 11599 11600 15539.

Berlin, den 17. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personalchronik.

Im Kreise Osthavelland ist an Stelle des verstorbeneu Baurgutbesizers Krüger zu Schwante der Gemeindevorsteher Grunow ebenfalls zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks VIII. — Groß-Ziethen — ernannt worden.

Im Kreise Ruppin ist wegen des zum 25ten d. M. bevorstehenden Abgangs seiner Dienstzeit der königliche Oberförster von Marbusius zu Rheinsberg auf's Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVIII. — Rheinsberg — ernannt worden.

Im Kreise Teltow ist der Rittergutbesitzer, Rittmeister a. D. von dem Knesebeck zu Jühndorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXX. — Groß-Schulzendorf — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist wegen des zum 3. April d. J. bevorstehenden Abgangs seiner Dienstzeit der Gemeindevorsteher Grün zu Blumberg auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XIX. — Blumberg — ernannt worden.

Zu Kreisverordneten für den Kreis Teltow sind 1) der Amtmann, Rittergutspächter Paul Sartig zu Groß-Beuthen, 2) der Rentier Hermann Keilspflug zu Jossen, 3) der Gemeindevorsteher Friedrich Haunemann zu Alt-Glienitz gewählt und als solche bestätigt worden.

Der Pfarrer Johannes Martin Paul Reßler in Mödlich ist zum Superintendenten der Diözese Posen ernannt worden.

Die unter privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Groß-Beuthen, Diözese Alstadt-Brandenburg, kommt durch die Verlegung des gegenwärtigen Stelleninhabers am 1. April d. J. zur Erledigung.

Dem Oberlehrer Dr. Mann an der Friedrich-Werderschen Oberrealschule zu Berlin ist der Titel „Professor“ verliehen worden.

Der Lehrer Friedrich Le Fevre ist als Lehrer am französischen Kinderheospiz in Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Germann Brammer, Schlachter,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 23. Deyem ter 1-40 zu Ungarisch Brod, Oesterreich, österreichischer Staats- angehöriger,	Heblerei (4 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 12. November 1889),	königlich preussischer Regierungsrath zu Posen,	23. November 1893.
2	Josef Anders, Bauerngehilfe,	geboren am 11. September 1871 zu Woborschitz, Oesterreich, österreichischer Staats- angehöriger,	schwerer Diebstahl (zwei Polizeibehörden zu Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 7. Januar 1892),	zu	16. Februar 1894.

1. Auf Nr.	2. Name und Stand	3. Alter und Heimath	4. Grund der Verurtheilung	5. Behörde, welche die Ausweisung beschloß	6. Datum des Ausweisungs Beschlusses
3	Josefa Kössner,	geboren am 10. Mai 1859 zu Klein Pressen, Bezirk Oberdori, österreichisch: Edle, hiesigen, ortsangehörig zu Weiskdorf, ebendaß.	Diebstahl im wiederholten königlich preussischer 12. Februar 1894.		
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1 a.	Anna Anders, geb. Cefan, Schneidersfrau, h. Barbara Cefan, Hopfenbreckerin,	geboren zu a. im Jahre 1831, zu b. im Jahre 1831 zu Manowiß, Bezirk Preßß, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	königlich bayerischer 22. November 1893.	
2	Adolf Bogdanowicz, Kaufmann,	geboren am 30. August 1863 zu Tariat Ba jarcoß, Ost-Rumelien, türkischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	königlich preussischer 25. October 1893.	
3	Wenzl Gröbl, Bädergehilfe,	geboren am 27. December 1863 zu Pilsen, Böhmen, ortsangehörig ebendaßelbst,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	königlich sächsischer Kreishauptmannschaft Zwickau, 1. Januar 1894.	
4	Giulio Tobias Invernizzi, Maurer,	geboren am 29. August 1847 zu Vigevano, Provinz Pavia, Italien, ortsangehörig ebendaßelbst,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe, 31. Dezember 1893.	
5	Heinrich Krefling, Fabrikarbeiter,	geboren am 19. October 1872 zu Nymwegen, Niederlande, ortsangehörig ebendaßelbst,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	königlich preussischer 12. Februar 1894.	
6	Albino Ponghi, Tagelöhner,	geboren am 21. October 1861 zu Piedemonte, Bezirk Vercelli, Tirol, ortsangehörig ebendaßelbst,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg, 30. Januar 1894.	
7	Johann Schneider, Sägemüller,	geboren im Jahre 1845 zu Taus, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	königlich bayerischer Bezirksamt Bilsbiburg, 19. Januar 1894.	
8	Johann Czerny, ohne Stand,	geboren am 17. März 1879 zu Niemißchitz, Bezirk Olmütz, Mähren, ortsangehörig zu Weiskdorf, Bezirk Brünn, ebendaßelbst,	Landstreicherei, Betrug, Fälschung von Legitimationspapieren, zu Tuppeln,	königlich preussischer 30. Januar 1894.	

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger,

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.

Verlagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 14.

Den 6. April

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 30. August d. J. will Ich genehmigen, daß bei der von der Staatsbauverwaltung nach Maßgabe des Gesetzes vom 6. Juni 1888 (G.-S. S. 238/9) auszuführenden Verbesserung der Stromverhältnisse in der unteren Oder das Enteignungsrecht zur Erwerbung bezw. zur dauernden Beschränkung des Grundeigentums in Anwendung gebracht werde.

Neues Palais, den 27. September 1893.

(gez.) Wilhelm K.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.
gegengez. Bosse.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Anlauf von Remonten für 1894.

5. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

- | | | |
|------------|------------------------|---------|
| 7. Juni | Neustadt a. Dosse | 9 Uhr, |
| 8. " | Briezen a. Oder | 9 Uhr, |
| 13. " | Angermünde | 10 Uhr, |
| 14. " | Prenzlau | 9 Uhr, |
| 15. " | Nauen | 9 Uhr, |
| 16. " | Rathenow, | |
| 18. " | Wittstock, | |
| 20. " | Wiltsdorf, | |
| 21. " | Penzen a. Elbe, | |
| 14. Juli | Strasburg i. d. N. M., | |
| 17. August | Meyenburg, | |
| 18. " | Kyritz. | |

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Ankosten zurückzunehmen, ebenso Krüppenseker und Klopfbengste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgesehrten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer erjudt, die Schweife der Pferde nicht zu koupiren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Frühjahrschönzeit der Fische.

70. Unter Hinweis auf die Bestimmungen der Verordnung vom 8. August 1887, betr. die Ausführung des Fischerei-Gesetzes in der Provinz Brandenburg und dem Stadtkreis Berlin (veröffentlicht in der Extra-Beilage zum 42. Stück des Amtsblattes vom 21. Oktober 1887), mache ich mit Rücksicht auf das Herannahen der Frühjahrschönzeit der Fische das theilhaftige Publikum, insbesondere die fischereiberechtigten Gemeinden und Privatpersonen darauf aufmerksam,

daß während der Frühjahrschönzeit in allen Gewässern des diesseitigen Bezirkes, soweit sie nicht in § 3 der Verordnung unter Ziffer 2 besonders ausgenommen sind, die Fischerei nur an 3 Tagen jeder in die Schönzeit fallenden Woche, und zwar von Montag Morgen 6 Uhr beginnend und Donnerstag Morgen 6 Uhr schließend, betrieben werden darf; sowie daß während der nicht freigegebenen Zeit, d. h. von Donnerstag Morgen 6 Uhr bis Montag Morgen 6 Uhr die durch das Fischerei-Gesetz vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten ständigen Fischereivorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein müssen.

Die Ausübung irgend welcher Art von Kücherei-
betrieb während der nicht frei gegebenen Zeit ist –
innerhalb der durch die Verordnung selbst gezogenen
Grenzen – nur zulässig auf Grund besonderer von mir
ausgestellter, auf die Person lautender Erlaubnißscheine.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften der
bezeichneten Verordnung werden, soweit sie nicht den
Strafbestimmungen der §§ 49 ff. des Kücherei-Gesetzes
vom 30. Mai 1874 oder denjenigen des Reichs-
Strafgesetzbuches unterliegen, mit Geldstrafe bis zu
150 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Potsdam, den 30. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verordnung.

71. Unter Abänderung des § 1 der unter dem
28. Juli 1892 erlassenen Verordnung über die Sonn-

tagserube im Handelsgewerbe bestimme ich in Ausführung
des § 105h. Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung für
die Stadt Charlottenburg und für die Gemeinden
Tropitz, Norderf., Tempelhof, Schöneberg, Deutsch-
Wilmerdorf, Stralau, Rummelsburg, Lichtenberg, Pan-
kow und Kleinisdorf, sowie für die Amtsbezirke Weissen-
see, Nieder-Schönhausen und Tegel was folgt:

§ 1. Im Handel mit Brennmaterialien dürfen
Gehülsen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Fest-
tagen nur während der Zeit von 5 bis 10 Uhr Vor-
mittags beschäftigt werden.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der
Veröffentlichung in Kraft.

Potsdam, den 31. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Grafs.

72. Nachweisung der an den Pegeln der Elbe und Havel im Monat Februar 1894 beobachteten Wasserstände

Num. Q	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	
1	32,26	30,76	2,68	0,80	1,09	2,18	1,30	1,62	1,10	2,06
2	32,24	30,74	2,64	0,82	1,11	2,16	1,30	1,60	1,10	2,04
3	32,28	30,70	2,64	0,86	1,13	2,14	1,32	1,60	1,10	2,04
4	32,28	30,70	2,62	0,82	1,16	2,12	1,32	1,60	1,10	2,01
5	32,30	30,70	2,64	0,84	1,17	2,20	1,34	1,60	1,10	2,04
6	32,30	30,72	2,66	0,86	1,18	2,24	1,36	1,60	1,10	2,06
7	32,30	30,74	2,68	0,94	1,19	2,16	1,34	1,60	1,10	2,00
8	32,22	30,52	2,66	0,96	1,26	1,98	1,36	1,62	1,10	2,00
9	32,32	30,78	2,62	1,04	1,26	2,20	1,36	1,62	1,10	1,98
10	32,32	30,76	2,64	1,02	1,29	2,04	1,34	1,60	1,10	2,04
11	32,32	30,72	2,66	0,96	1,33	2,16	1,36	1,62	1,10	2,10
12	32,28	30,80	2,64	1,18	1,35	2,02	1,36	1,62	1,10	2,00
13	32,32	30,78	2,66	1,12	1,41	2,26	1,40	1,60	1,10	2,24
14	32,32	30,88	2,68	1,18	1,41	2,26	1,42	1,62	1,10	2,34
15	32,30	30,86	2,70	1,16	1,42	2,30	1,48	1,62	1,12	2,38
16	32,34	30,86	2,74	1,16	1,41	2,30	1,52	1,62	1,12	2,48
17	32,30	30,94	2,74	1,48	1,40	2,30	1,60	1,62	1,12	2,52
18	32,30	30,84	2,72	1,08	1,39	2,28	1,66	1,62	1,16	2,54
19	32,28	30,84	2,72	1,12	1,38	2,26	1,70	1,62	1,18	2,60
20	32,32	30,80	2,68	1,12	1,36	2,26	1,72	1,62	1,26	2,60
21	32,30	30,80	2,64	1,12	1,35	2,26	1,74	1,62	1,28	2,54
22	32,32	30,82	2,66	1,06	1,34	2,24	1,76	1,66	1,32	2,48
23	32,32	30,84	2,60	1,06	1,32	2,22	1,78	1,66	1,34	2,40
24	32,30	30,82	2,60	1,06	1,30	2,22	1,78	1,66	1,34	2,34
25	32,28	30,82	2,62	0,98	1,30	2,20	1,76	1,64	1,38	2,28
26	32,26	30,82	2,64	0,98	1,30	2,12	1,76	1,64	1,42	2,24
27	32,30	30,68	2,62	1,00	1,31	2,22	1,74	1,64	1,42	2,26
28	32,32	30,78	2,64	1,02	1,31	2,24	1,74	1,66	1,44	2,30

Potsdam, den 29. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

73. Festgestellt ist die Maul- und Klauen-
seuche unter dem Rindvieh des Gemeinde-Vorstehers

Karlsw in Karow, des Möllereibesizers Siedtmann in
Dalldorf, Kreis Niederbarnim, des Rittergutes
Marzan, Kreis Oberbarnim; die Maulseuche unter

dem Rindvieh des Dominiums Scheunefeld, Kreis Teltow.

Festgestellt ist Milzbrand bei einem verendeten Zuchtbullen des Gutsbesizers Speyer in Abbau Freienbagen, Kreis Niederbarnim, bei einem Ochsen des Rittergutes Radensleben, Kreis Muppin, bei einer Kärze des Gutsbesizers Wulow in Dreeß, Kreis Jandow-Belzig.

Erschienen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Vorwerkes Krummensief, Kreis Niederbarnim, des Rittergutspächters Klügge in Stegelsig, Kreis Templin.

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bei den Rindern des Ritterguts Sternebeck, Kreis Oberbarnim, hat sich nach stattgefundener Untersuchung nicht bestätigt.

Erschienen ist die Bruckseuche unter den Pferden der 2. reitenden Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments hieselbst.

Potsdam, den 3. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

1. Nachdem einem unter dem Vorsitz des königlichen Landraths von Arnim zu Templin gebildeten Comité von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die Erlaubnis zur Vornahme von Vorarbeiten für eine normalspurige Nebeneisenbahn von Ekerowalde nach Neustrelitz erteilt worden ist, wird auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hiermit angeordnet, daß bis zum 1. Juli 1895 jeder Besitzer auf seinem Grundstück Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerschneiden von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorherige Erlaubnis der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingetragenen Hof- und Gärtenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nach erteilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 29. März 1894.

Namens des Bezirksausschusses:

Der Vorsitzende,

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

21. Die bisherigen Hebammen-Schülerinnen: a. Frau Elise Berger, geb. Projahn, b. Frau Martha Große, geb. Radmann, c. Frau Bertha Pambrecht, geb. Pipp, zur Zeit in der Königlichen Universitäts-Frauen-Klinik hieselbst, Artilleriestraße Nr. 14/16, sind nach bestandener Prüfung als Hebammen zugelassen worden.

Berlin, den 27. März 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

7. Von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden wird die Errichtung einer neuen evangelischen Pfarodie der Immanuel-Kirche hieselbst beabsichtigt, welcher der unten beschriebene Sprengel unter Ausparung der darin wohnenden Gemeindeglieder der St. Bartholomäus-Kirche aus ihrem jetzigen Parochialverbande mit der St. Bartholomäus-Kirche zugewiesen werden soll. Die Grenzen sind:

a. Im Osten: Die hintere Grenze der an der Westseite der Greifswalderstraße belegenen Grundstücke von der hinteren Grenze der an der Südseite der Heinersdorferstraße belegenen Grundstücke bis zur Weichbildgrenze — alle Eckgrundstücke mit ausgeschlossen.

b. Im Süden: Die hintere Grenze der an der Südseite der Heinersdorferstraße und der an der Ostseite der Prenzlauer Allee bis zum Eingang des Marienkirchhofes Prenzlauer Allee Nr. 7 belegenen Grundstücke, ferner die Südseite des Grundstücks Prenzlauer Allee Nr. 240, sowie die hintere Grenze der an der Südseite der Magerstraße belegenen Grundstücke bis zur Ostgrenze der Zionsparodie.

c. Im Westen: Die Parochialsgrenzen der Zions- und der Gethsemane-Parodie von dem vorgedachten Punkte bis zum Treffpunkte der Weichbildgrenze.

d. Im Norden: Die Weichbildgrenze von dem letzteren Punkte bis zum Treffpunkte der Grenze ad a. (Ostgrenze der Immanuel-Parodie).

Die innerhalb dieses Sprengels der Immanuel-Kirche wohnenden Gemeindeglieder haben hinsichtlich der Beerdigungen dieselben Rechte und Pflichten wie die Mitglieder der St. Bartholomäus-Gemeinde.

Indem wir diesen Parochial-Regulierungsplan zur öffentlichen Kenntnis bringen, fordern wir alle dabei beteiligten Gemeindeglieder auf, etwaige Einwendungen dagegen bis zum 4. April dieses Jahres, während der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in dem Amtszimmer Nr. 10, unserer Geschäftsräume (Schützenstraße 26 I.) bei dem Bureauvorsteher Rechnungsrat Paucke oder dessen Stellvertreter unter geeigneter Ausweis über ihre Mitbeteiligung bei der Sache schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 20. März 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

14. Am 1. April 1894 tritt zum Vinnengütertarif des Direktionsbezirks Bromberg der Nachtrag 3 in Kraft. Derselbe enthält: a. Änderungen und Ergänzungen der besonderen Bestimmungen zur Verkehrsordnung, welche von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden sind, b. Ermäßigte und neue Ausnahmefälle für Getreide und Holz, welche erst vom Tage der Verkehrsöffnung auf den

Strecken Eultsee-Echönsee bezw. Wormditt-Mohrungen gelten, c. Ermäßigte Annahmefälle für Eisen und Stahl der Spezialtarife I. und II. im Verkehr von den Berliner Bahnhöfen, d. Berichtigungen und bereits früher veröffentlichte Tarifänderungen. Abzüge des Nachtrages können durch die Fahrkarten-Ausgabestellen unseres Bezirks bezogen werden.

Bromberg, den 19. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

15. Am 1. April 1894 gelangt zum Staatsbahn-Güter-Tarif **Bromberg-Magdeburg** vom 1. ten August 1889 der Nachtrag XIII. zur Einführung. Derselbe enthält: I. Neue Entfernungen und Frachtsätze für

die Stationen des Direktionsbezirks Bromberg: Pischitz, Prigitz, Wiedersee und Zielen, und für die Stationen des Direktionsbezirks Magdeburg: Drensen-Arbolzen, Mieserborst, Quernum und Wenden. Ermäßigte Entfernungen und Frachtsätze für die Stationen des Direktionsbezirks Magdeburg: Braunschweig Hauptbahnhof, Braunschweig Ostbahnhof und Geseß-Gontberg. II. Kalkularien und Düngekalstarif. III. Ausnahmestärke 14 und 15 für Eisen und Stahl der Special-Tarife I. bezw. II. IV. Berichtigungen und Ergänzungen. Druckstücke des Nachtrages sind durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgabestellen unseres Direktionsbezirks zu beziehen.

Bromberg, den 25. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

16. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinföhrderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsaut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtig	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	nach Schluß der Aus- stellung
				für	auf den Strecken der			
1	Geflügel-Ausstellung.	Karbenow	31. März bis 2. April	Geflügel, Geräthe und Er- zeugnisse der Ge- flügelzucht.	Preussischen Staatsbahnen.	Ausstellungs-Kom- mission.	4 Wochen	
2	Deogl.	Borsen i. W.	1.—3. April	Deogl.	Deogl.	Deogleichen.	14 Tage	
3	Deogl.	Cassel	2.—4. Juni	Deogl.	Preussischen Staatsbahnen u. Reichsbahnen in Elsas-Lothringen	Deogleichen.	4 Wochen	

Gleichzeitig bringen wir unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 26. Januar d. J. zur Kenntniß, daß die Frist für die frachtfreie Rückbeförderung der auf der diesjährigen Kunstausstellung in Wien unverkauft gebliebenen Gegenstände bis Ende Juli d. J. ausgedehnt wird.

Bromberg, den 25. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Staatsbahn-Verkehr Ebersfeld, Hannover, Köln (rechtsb.)-Berlin.

16. Mit Gültigkeit vom 1. April 1894 werden die Stationen Tegel und Wolgast als Empfangsstationen in die in den Staatsbahn-Verkehren Ebersfeld-Hannover-Köln (rechtsb.)-Berlin bestehenden Ausnahme-

Tarife für Gießerei-Reisen einbezogen. Ueber die Höhe der Frachtsätze gehen die beteiligten Güter-Abfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbüreau hier, Bahnhof Alexanderplatz, Auskunft.

Berlin, den 31. März 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

6. Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im I. Quartal 1894 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen

Bezeichnung des Grundstücks.	Name des Grundbes.	Künftiger Gemeinde oder Gutsverband.
Eine zur Obersföhrerei Freienwalde gehörige Püsch-Abgabe bei Piepe am Finow-Canal mit einem Flächen-Inhalte von 0,58 ha, bisher dem Königlichen Forst-Köföus gehörig, verzeichnet im Grundbuche von Piepe Band VI. Blatt N ^o 262.	Fabrikbesitzer-Wittwe Grothe in Piepe.	Gemeinde-Verband zu Piepe.

Angermünde, den 28. März 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Den Schiffahrttreibenden wird hierdurch zur Kenntniß gebracht, daß die Durchfahrtsöffnungen der Brücken zu Breslau und Olegau während der Nachtzeit durch grünes und rothes Licht bezeichnet werden.

Breslau, den 19. März 1894.

Der Chef der Oderstrom-Bauverwaltung.

Oberpräsident von Schlesien, Wirkliche Geheim Rath von Seydewitz.

Bestimmungen

über die Annahme, Einstellung und Entlassung von Schutzmännern der Frankfurter und Bodenheimer Schutzmännerschaft, welche weder Militair-Anwärter sind, noch eine neunjährige active Militärdienstzeit zurückgelegt haben.

- 1) Die Bewerber müssen ihrer aktiven Dienstpflicht im Heere, beziehungsweise in der Marine genügt, die Unteroffizier-Charge erlangt haben und dürfen zur Zeit des Antritts ihres Dienstes in der Schutzmännerschaft den Militärpersonen des Friedensstandes nicht mehr angehören. Sie dürfen ferner das 35. Lebensjahr nicht überschritten und müssen eine Körpergröße von mindestens 1,68 M. haben.

Die Auswahl der Bewerber steht dem Polizei-Präsidium allein zu und ist dasselbe nicht verpflichtet, seine ablehnende Verfügung näher zu begründen.

- 2) Die Eingaben wegen Annahme und Einstellung als Schutzmann der in Frankfurt und Bodenheim wohnhaften Bewerber sind unter Beifügung der Militärpapiere (Paß- und Führungs-Attest), eines Physikal.-Attestes über die körperliche und geistige Mündigkeit und von Attesten der betreffenden Ortspolizei-Behörden über die Führung während der außerhalb Frankfurts und Bodenheims zugebrachten Zeit vom vollendeten 16. Lebensjahre bis zur Einstellung beziehungsweise seit der Entlassung aus dem aktiven Militärdienstverhältniß bei dem Polizei-Präsidium einzureichen.

Die übrigen außerhalb Frankfurts und Bodenheims wohnhaften Bewerber haben ihre Gesuche unter gleichzeitiger Vorlage von Attesten der betreffenden Ortspolizeibehörden über ihre Führung während der außerhalb des aktiven Militärdienstes zugebrachten Zeit vom vollendeten 16. Lebensjahre bis zur Einstellung, beziehungsweise seit der Entlassung aus dem aktiven Militärverhältniß an die zuständigen Bezirks-Kommandos zu richten.

Die Bezirks-Kommandos übersenden die Gesuche nebst den beigebrachten Erfordernissen unter Beifügung eines Nationalis ohne Innehaltung von Terminen an das Polizei-Präsidium.

- 3) Die für geeignet befundenen Bewerber werden notirt und nach Bedarf einberufen. Der Annahme geht eine Prüfung hinsichtlich der Schulbildung, eine oherärztliche Untersuchung und in zweifelhaften Fällen auch eine Nachmessung der Körpergröße voraus.

Nicht geeignete Bewerber werden unverzüglich ohne Zahlung von Diäten oder Reisekosten wieder entlassen. Vor der Annahme hat der Bewerber gelegentlich seiner Verpflichtung die pflichtmäßige Versicherung abzugeben, ob und welche Schulden er hat. Zu diesen werden auch ausgelegte Alimamente gerechnet.

Stellt sich die Unwahrheit dieser Versicherung später heraus, so kann nach Bewandniß der Umstände die sofortige Entlassung erfolgen.

- 4) Die angenommenen Bewerber haben sich zunächst einem sechsmonatlichen Vorkereitungsdienst zu unterziehen, aus welchem sie jederzeit ohne Weiteres entlassen werden können.

- 5) Nach Ablauf des Vorkereitungsdienstes erfolgt die Anstellung auf Probe mit vierwöchentlicher Kündigung. Die Probezeit ist auf weitere 6 Monate festgesetzt und berechtigt ebensowenig wie der Vorkereitungsdienst zum Bezuge einer Pension.

Das Recht zu der Kündigung steht sowohl der Behörde als auch dem Schutzmann zu. Beide Theile sind zur Angabe von Gründen nicht verpflichtet.

- 6) Nach beendeter Probezeit erfolgt die definitive Anstellung als Schutzmann, mit welcher nach Maßgabe des Civil-Pensions-Gesetzes die Pensionsberechtigung erworben wird.

- 7) Die auf Grund dieser Bestimmungen zur Annahme gelangten Schutzmänner können sich den Civilversorgungsschein nur erwerben, sofern auf sie die Bestimmungen des § 1 Abs. 4 der Anstellungsgrundsätze Anwendung findet.

(Anmerkung: § 1 Abs. 4 lautet:

Sind in eine militärisch organisirte Gendarmerie (Landjägerkorps) oder Schutzmännerschaft in Ermangelung geeigneter Unteroffiziere von mindestens neunjähriger activer Militärdienstzeit, Unteroffiziere von geringerer, aber mindestens sechsjähriger activer Militärdienstzeit aufgenommen worden, so darf denselben der Civilversorgungsschein nach Anlage C. verliehen werden, wenn sie entweder eine gesammte active Dienstzeit von fünfzehn Jahren zurückgelegt haben oder nach ihrem Uebertritt in die Gendarmerie oder Schutzmännerschaft durch Dienstbeschädigung oder nach einer gesammten, activen Dienstzeit von acht Jahren invalide geworden sind.

Dieser Schein hat nur Gültigkeit für den Civildienst des betreffenden Staates.)

- 8) Während der Vorkereitungszeit erhält der Schutzmann pro Monat 83 Mark 33 1/3 Pfennig — gleich 1000 Mark jährlich — Diäten, welche am Monatschlusse bzw. beim Abgang nachträglich gezahlt werden. Nach geschедener Anstellung auf Probe beträgt das Gehalt 1000 Mark, welches

nebst einem Wohnungsgeldzuschuß von 240 Mark in Vierteljahresraten im Voraus gezahlt wird.

Bei Entlassung sind die überhöhten Gehaltsnüsse zurückzuzahlen.

Mit der definitiven Anstellung als Schutzmann erfährt das Gehalt keine Erhöhung, steigt aber dann bei fortgesetzter guter Führung von 3 zu 3 Jahren bis zum Höchstbetrage von 1500 Mark.

- 9) Die etatemäßigen Bekleidungs- und Ausrüstungssünde werden für die Zeit, während welcher der Schutzmann dienstliche Verwendung findet, unentgeltlich gewährt, indessen müssen sie, bei dem Ausscheiden aus dem Dienste in der Schutzmannschaft in einem der noch darauf basirenden Tragezeit entsprechenden Zustand zurückgeliefert werden.
- 10) Dem Schutzmann ist bei vorwurfsfreier Führung und nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen die Beförderung zum Polizei-Wachmeister nicht verschlossen.

Kranfurt a./M., März 1894.

Königliches Polizei-Präsidium.

Personalchronik.

Im Kreise Teltow sind wegen des bevorstehenden Ablaufs ihrer Dienstzeiten die zeitigen Amtsvorsteher-Stellvertreter Müsschl zu Aldersb., Amtsbesitzer Hoelt zu Mariendorf und Mitterschaffterath Keller zu Groß-Ziethen aus Neue zu Amtsvorsteher-Stellvertretern der Amtsbezirke XXII. Alt-Glienide, XXVI. Mariendorf und XXXIV. Buchow ernannt worden.

Im Kreise Westhavelland ist an Stelle des verstorbenen Rittersgutbesizers von Erleben zu Selbelang der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Gemeindevorsteher Buge zu Regow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XV., Selbelang, und zu dessen Stellvertreter der Rittersgutbesitzer, Kammerjunker von Erleben zu Selbelang ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des Amtsekreitars Trensch in Cöthen, welcher wegen Unterschlagung verhaftet ist und nicht mehr in seine Stellung zurückkehrt, der Administrator Raute in Cöthen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks I. — Cöthen — ernannt worden.

In Stelle des Amtsvorsehers Kreis zu Penzen ist der Bürgermeister Krumpa zu Penzen vom 1. April d. J. ab mit der Versorgung der domänen- und fiskalischen Kirchen- u. Patronatsgeschäfte in den Dörfern Birkholz, Baelern, Breez, Eldenburg, Gandom, Lanz, Penzenitzge, Möblich, Meer, Seedorf, Steefow, Sterbitz, Verbig, Zungenrade beauftragt worden.

Der bisherige Criminal-Polizeiwachmeister Guban ist vom 1. April d. J. ab als Polizeikommissarius bei

der königlichen Polizei-Direktion in Potsdam angestellt werden.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den Landesbauministoren Vollmar Schubert zu Prenzlau und Johann Langen zu Berlin den Charakter als Bauath zu verleihen.

An Stelle des nach Stralsund versetzten Gewerke-Inspektors Schwager ist der Gewerbeinspektor Laurisch aus Frankfurt a. O. für den Gewerbeinspektionsbezirk Potsdam ernannt worden. Als Assistent ist derselben Inspektion der bisherige Regierungsbaumeister und Brandmeister Stobbe an Stelle des nach Bochum versetzten Gewerbeinspektions-Assistenten Wack zugewiesen worden.

Für den Inspektionsbezirk Prignitz ist der Regierungsbaumeister Hesse an Stelle des nach Gumbinnen versetzten Gewerbeinspektors Ramecke mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt worden.

Der Landmesser Johannes Kris Deutcher ist zum Katasterlandmesser bei der hiesigen königlichen Regierung ernannt worden.

Der Militärärzter Hefler in Kyritz ist zum Militär supernumerar ernannt worden.

Der bisherige Predigamtscandidat Richard Emil Rudolf Kersten ist zum Pfarrer der Pfarodie Regur, Diözese Altstadt-Brandenburg, bestellt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Blankensfelde, Diözese Cöln-Land I., kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Veretzung des Pfarrers Wildesau in den Ruhestand am 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Eine anderweitige Regelung der Pfarodialverhältnisse, sowie die sich daraus ergebende Aenderung in Betreff endgültiger Veranschlagung des Dienstfeinkommens für den Nachfolger bleibt vorbehalten.

Der Gemeindefchullehrer Albert Kaufmann ist als Gemeindefchul-Rector in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Herrn Kammergerichts-Präsidenten vom 3. Februar 1894 ist den Amtsrathen des hiesigen Amtsgerichts, sofern dieselben sich nicht wechselseitig vertreten können, der dem Dienstalter nach viert jüngste Amtsrath des Amtsgerichts II. zu Berlin zum Stellvertreter bestellt.

Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in Angelegenheiten, auf welche der § 36 der deutschen Civilproceß-Ordnung oder der § 15 der deutschen Strafproceß-Ordnung Anwendung findet.

Dramenburg, den 30. März 1894.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Pagen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Papp'schen Erben.

der Königl. i. d. Preuss. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 15.

Den 13. April

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

- (Stück 6.) N^o 2145. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 5. Februar 1894.
- (Stück 7.) N^o 2146. Gesetz, betreffend die Ausführung des internationalen Vertrages vom 16. November 1887
14. Februar 1893 zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseestädten auf hoher See. Vom 4. März 1894.
- N^o 2147. Bekanntmachung, betreffend den Antheil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des steuerfreien ungedeckten Notenumlaufs. Vom 27. Februar 1894.
- (Stück 8.) N^o 2148. Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Deutschland und Rußland.
- (Stück 9.) N^o 2149. Gesetz, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs. Vom 12ten März 1894.
- N^o 2150. Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 360). Vom 12. März 1894.
- N^o 2151. Bekanntmachung, betreffend Ergänzung und

Verordnung der dem internationalen Ueberein-
kommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegten
Liste. Vom 8. März 1894.

- (End 10.) N^o 2152. Gesetz, betreffend die Fest-
stellung des Reichshaushalts-Etats für das Etats-
jahr 1894/95. Vom 18. März 1894.
- N^o 2153. Gesetz, betreffend die Ausnahme einer An-
leihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichs-
beeres, der Marine und der Reichseisenbahnen.
Vom 18. März 1894.
- N^o 2154. Gesetz, betreffend die Feststellung des Haus-
halts-Etats für die Schutzgebiete auf das Etats-
jahr 1894/95. Vom 18. März 1894.
- N^o 2155. Gesetz, betreffend die Feststellung eines
dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für
das Etatsjahr 1893/94. Vom 18. März 1894.
- (End 11.) N^o 2156. Gesetz, betreffend die Ver-
längerung des Handelsprovisoriums zwischen dem
Reich und Spanien. Vom 17. März 1894.
- N^o 2157. Bekanntmachung, betreffend die Invalidi-
täts- und Altersversicherung von Handgewerbe-
treibenden der Textilindustrie. Vom 1. März
1894.
- N^o 2158. Bekanntmachung, betreffend Abänderung der
Anlage B. zur Verkehrs-Ordnung für die Eisen-
bahnen Deutschlands. Vom 18. März 1894.

Bekanntmachungen des Königlich-Preussischen Regierangs-Präsidenten.

74th Street at West 125th Street and 1st Ave. **Neighborhood**

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagesreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat März 1894 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Expeditions-Nummer.	Ort	Westphalen für Kreis Wesf.	Franken für Kreis Westphalen.	Sachsen für Kreis Westphalen.	Preußen für Kreis Westphalen.	Potsdam für Kreis Westphalen.	Brandenburg für Kreis Westphalen.	Bayern für Kreis Westphalen.	Sachsen für Kreis Westphalen.	Preußen für Kreis Westphalen.	Bemerkungen
1.	Hafer	—	8 23	9 09	7 91	8 96	8 23	8 14	7 95	7 70	Auf die Kreis Westphalen.
2.	Heu	—	3 67	4 73	4 46	4 24	3 68	4 20	3 44	3 55	Niederbarnim, Schöneberg und Zehlendorf im Stadt- und Landbezirk Berlin als Hauptmarkt.
3.	Nichtstroh	—	2 92	2 80	3 41	3 27	3 41	3 15	3 16	2 63	

Potsdam, den 9. April 1894.

Der Negierungs-Präsident.

Güter-Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrig Markt			
		Eso fassen je 100 Kilogramm										Hinterstich			
		Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	im Handel	von der Gasse	Landes	Handel
		22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.	22. 23.
1	Angermünde	12 59	11 29	13 80	13 99	25 —	27 —	35 —	3 50	6 12	3 68	5 70	1 05	1 10	1 —
2	Beeskow	—	11 45	—	—	25 —	28 —	45 —	2 85	—	—	—	1 —	1 20	1 —
3	Brandenburg	13 90	11 96	14 42	14 96	23 —	26 —	43 —	2 86	5 38	—	6 78	93	1 20	1 10
4	Dahme	13 52	11 03	12 85	17 —	30 —	40 —	50 —	3 —	5 —	4 —	10 —	80	1 20	90
5	Eberswalde	13 42	11 50	11 90	14 24	23 —	21 —	33 —	3 50	6 83	—	6 22	1 20	1 40	1 20
6	Havelberg	13 72	11 60	13 61	16 64	26 75	30 63	43 50	3 49	5 50	3 50	8 —	1 50	1 28	1 —
7	Jüterbog	14 —	12 11	15 —	17 —	25 —	22 —	36 —	3 87	5 70	—	9 —	1 20	1 40	1 20
8	Luderswalde	12 78	11 53	13 57	16 35	35 —	35 —	45 —	3 —	5 —	—	8 25	1 16	1 20	1 20
9	Perleberg	13 56	11 30	12 —	15 06	21 50	26 —	36 —	3 50	6 50	—	8 50	1 40	1 25	1 23
10	Potsdam	—	12 12	—	16 57	—	—	—	3 29	5 97	—	7 51	95	1 45	1 20
11	Prenzlau	13 45	11 53	14 35	15 03	27 —	26 —	40 —	3 50	6 —	4 25	6 50	96	1 30	1 10
12	Prigwall	13 72	10 97	14 17	15 12	17 —	20 —	30 —	2 50	5 75	4 50	6 45	—	1 40	1 20
13	Rathenow	13 75	11 63	12 75	15 75	23 —	22 —	35 —	2 79	4 92	—	6 50	1 —	1 40	1 20
14	Reu-Nuprin	14 —	11 90	14 50	15 10	35 —	35 —	50 —	2 98	5 90	—	7 95	1 00	1 35	1 15
15	Schwedt	13 61	11 68	15 —	15 16	26 66	31 25	37 50	3 22	9 02	—	6 56	1 10	1 30	1 10
16	Spandau	13 90	11 95	13 90	15 50	31 —	24 50	39 —	3 80	5 75	—	8 —	1 15	1 60	1 20
17	Strausberg	14 —	12 06	15 22	17 —	20 60	32 —	38 —	3 —	7 80	5 50	8 90	90	1 40	1 10
18	Teltow	—	11 85	17 68	16 40	29 —	29 —	47 50	2 75	5 50	4 75	6 37	1 10	1 55	1 10
19	Templin	13 50	11 50	16 50	16 50	35 —	35 —	50 —	3 —	6 —	4 50	8 —	1 —	1 20	1 —
20	Treuenbriegen	13 70	11 46	13 60	11 34	—	—	—	3 —	5 34	—	7 —	—	1 20	1 —
21	Wittsted	14 —	11 17	15 —	14 69	29 —	31 —	50 —	2 71	5 —	4 25	7 —	95	1 09	93
22	Briegen a. D.	13 54	11 52	15 —	15 —	23 50	23 50	37 —	2 67	5 31	4 11	5 12	1 —	1 30	1 20
Durchschnitt		13 63	11 59	14 24	15 34	—	—	—	3 13	5 92	—	7 49	1 07	—	—

Potsdam, den 9. April 1894.

Polizeiverordnung.

betreffend das Verbot des Fischens während der Frühjahrschonzeit.

76. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, in Verbindung mit den §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, des § 22 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 und der §§ 5 und 14 der Verordnung, betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Brandenburg und dem Stadtkreis Berlin vom 8. August 1887, wird unter Zustimmung des Bezirksauschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Während der Frühjahrschonzeit, in der Zeit vom 10. April Morgens 6 Uhr bis zum 9. Juni Abends 6 Uhr, ist der Fischfang auf den nicht als Schiffahrtsstraße geltenden Theilen der Havel und ihrer natürlichen Nebengewässer von der Einmündung des westlichen Schiffahrtskanals in Brandenburg in die Havel bis zu ihrer Mündung in die Elbe, in den Nebengewässern von der Mündung bis zum nächsten Stauwerk verboten.

§ 2. Das Verbot findet auf die Havelseen und

die seeartigen Theile der Havel und ihrer natürlichen Nebengewässer keine Anwendung.

Das Verbot des § 1 greift indessen Flag auch auf die Havelseen und die seeartigen Theile der Havel und ihrer natürlichen Nebengewässer für einen an den Ufern sich entlang ziehenden Wasserhefen in einer Breite von 50 m, insofern nicht besondere von den Fischereiaufsichtern angewiesene Zugstellen zum Zwecke des Fischfangs vorhanden sind.

§ 3. Der Fang mit Rastkörben, Rastnähren und Rastnetzen ist in der in § 1 genannten Zeit in allen Gewässern der Havel mit Ausschluß der Gelege von Montag Morgens 6 Uhr bis Sonnabend Abends 6 Uhr gestattet.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 5. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Potsdam, den 5. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.
gez. Graf Hue de Graaf.

Preise im Monat März 1894.

Artikel

Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats

køstet je 1 Kilogramm

Es kostet je 1 Kilogramm.

Schweinefleisch	Kalbfleisch	Schmelfleisch	Speck	Butter	Eier	Weizen Mehl	Roggen Mehl	Gerste	Hafer	Brot	Kaffee	Tee	Zucker	Schokolade	Cacao	Kaffee	Tee	Zucker	Schokolade	Cacao
120	1 10	1 10	1 80	2 50	3 20	25	20	45	30	40	50	50	55	2 70	3 30	20	1 60			
120	— 95	1 20	1 80	2 25	2 70	32	26	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60			
125	1 10	1 25	1 50	2 40	3 20	30	20	50	40	50	50	45	50	3 00	4	20	1 60			
120	— 80	1	1 80	2 20	2 80	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60			
140	1 30	1 30	1 60	2 60	3 38	22	20	40	30	40	45	40	50	3 20	3 60	20	1 60			
120	1 26	1 20	1 55	2 25	2 88	26	22	44	45	52	50	40	52	3 10	3 80	20	1 70			
140	1 10	1 20	1 80	2 40	3 20	30	22	40	—	40	70	40	40	2 60	3 60	20	1 60			
120	1	1	1 70	2 20	3 40	29	20	50	50	50	60	35	60	2 20	3 60	20	1 60			
115	1 35	1 15	1 75	2 08	2 96	22	19	41	28	43	44	30	42	2 75	3 50	19	1 55			
135	1 35	1 25	1 60	2 30	3 08	37	27	55	—	45	45	45	40	2 60	3 30	20	1 50			
120	1	1 20	1 50	2 20	3 27	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60			
130	1 30	1	1 70	2 17	2 54	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80			
130	1 10	1 25	1 60	2 25	3 28	23	20	40	50	50	50	40	50	2 50	3 60	20	1 70			
130	1 20	1 20	1 70	2 20	3 20	35	26	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60			
1	1	1 20	1 80	1 96	3 38	30	24	50	40	50	50	50	60	3 40	3 60	20	1 80			
140	1 40	1 40	1 80	1 25	3 28	28	27	40	30	40	45	40	40	2 80	3 30	20	1 35			
120	1 20	1 20	1 80	2 40	3 60	35	20	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60			
115	1 10	1 10	1 55	2 30	4 50	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60			
120	1	1	1 60	2 40	3 20	30	25	60	80	70	80	50	60	2 60	3 60	20	1 80			
140	1	1 20	1 60	2	3 07	30	24	50	—	40	50	36	50	3 50	4	20	1 60			
112	— 74	— 93	1 70	2 46	2 66	23	22	45	50	45	50	50	45	2 50	3 40	20	1 70			
120	1 20	1 20	1 60	2 20	3 07	20	16	33	28	35	40	33	48	2 70	3 40	20	1 60			

Der Regierungs-Präsident.

Die Ausbildung der öffentlichen Fleischbeschauer betreffend.

77. In einer Anzahl Gemeinden des Bezirks wird die Einführung einer allgemeinen Vieh- und Fleischschau beabsichtigt. Nach den dafür festgesetzten Bestimmungen soll diese Schau nur von „amtlich zugelassenen“ Fleischbeschauern ausgeübt werden. Als Fleischbeschauer können neben den Thierärzten nur solche unbescholtenen und zuverlässigen Personen zugelassen werden, welche ihre Befähigung durch Beibringung eines von dem Departements-Thierarzte ausgestellten Zeugnisses darthun. In dem Zeugnis muß auf Grund der vorgenommenen Prüfung amtlich bescheinigt sein, daß der Geprüfte Kenntnis

- der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Anweisungen,
- der einzelnen Körpertheile der Schlachthiere und ihrer Benennung,
- der Gesundheitszeichen der Schlachthiere im lebenden und geschlachteten Zustande,
- der hauptsächlichsten Merkmale kranker Schlachthiere im lebenden und todtten Zustande und der Merkmale der verdorbenen Fleischwaaren,

e. der Zeichen der wichtigeren ansteckenden Thierkrankheiten, insbesondere der Tollwuth, des Milzbrandes, der Lungenseuche, des Rothlaufs der Schweine, der Maul- und Klauenseuche, der Tuberculose (Perlucht) u. s. w. Geht.

Vor Beginn der Prüfung hat der Prüfling durch Beibringung einer Bescheinigung des Vorstehers nachzuweisen, daß er mindestens sechs Wochen in einem öffentlichen Schlachthause mit Erfolg beschäftigt gewesen ist. Zu dieser Beschäftigung wird unbescholtenen Personen in den öffentlichen Schlachthäusern des Bezirks nach Möglichkeit Gelegenheit geboten werden.

Die vorgeschriebene Prüfung ist vor dem königlichen Departements-Thierarzte, Herrn Professor Dr. Dieckerhoff in Berlin, Thierärztliche Hochschule, Luisenstraße 56, nach zuvoriger schriftlicher Anmeldung abzulegen. Die vorher zu entrichtende Prüfungsgebühr beträgt sechs Mark.

Potsdam, den 31. März 1893.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

78. Es hat zu Unzuträglichkeiten geführt, daß Polizeibehörden für Gebäude, welche zur Ausnahme von nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Betrieben bestimmt waren, die Bauerlaubnis erteilt haben, bevor die zur Beschlußfassung über die Genehmigung der gewerblichen Anlagen zuständigen Behörden (Kreis- oder Stadtausschuß, Magistrat oder Bezirksausschuß) eine Entscheidung getroffen hatten. Da nach § 18 der Gewerbeordnung die Prüfung der Anlage in dem nach §§ 16 ff. a. a. O. erforderlichen Beschlußverfahren sich zugleich auf die Beachtung der baupolizeilichen Vorschriften zu erstrecken hat, haben sich die Polizeibehörden nicht selbstständig mit der Prüfung von Bauerlaubnisgesuchen für derartige Gebäude zu befassen, sich vielmehr nur gutachtlich auf Ersuchen der Beschlußbehörden zu äußern. Etwa bei den Polizeibehörden eingehende Anträge auf Ertheilung der Bauerlaubnis für solche Gebäude sind auf den durch §§ 16 ff. der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Weg zu verweisen.

Die Herren Landräthe wollen diese Bekanntmachung gefälligst durch die Kreisblätter verbreiten.

Potsdam, den 6. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

79. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Schöneberg, Kreis Angermünde, in Barchowdrees, Kreis Oberbarnim, des Bauerntumsbesizers Hoffmann in Schönefeld, Kreis Teltow.

Gestgestellt ist die Räude bei dem Pferde des Töpfermeisters Schulz in Joachimsthal, Kreis Angermünde, der Milzbrand bei einer gesallenen Kuh des Gemeinde-Vorstehers Wendi in Krielow, Kreis Zauch-Belzig.

Erscheinen in die Maul- und Klauenseuche in Neuboh bei Wilsdorf, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 10. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

22. Nachdem der bisherige Regierungs- und Gewerkerath von Stülpnagel mit dem Charakter als Geheimer Regierungsrath in den Ruhestand versetzt und von den Dienstgeschäften des gewerbetechnischen Rathes des Königl. Polizei-Präsidenten entbunden worden ist, ist der bisherige Regierungs- und Gewerkerath in Magdeburg, Dr. Sprenger, an seine Stelle getreten und hat vom 1. April d. J. ab die Dienstgeschäfte übernommen.

Berlin, den 4. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

23. Für den Bezirk der Stadt Berlin sind die Schornsteinfegergesellen Karl Arand, Anklamerstr. 27, und Hermann Kellner, Mauersir. 83, nach den Vorschriften des Regulativs für den Bezirk des Schorn-

steinfegergewerkes im Stadtbezirk Berlin vom 10. November 1888 vom 1. Januar bez. 1. Juli 1894 ab als Bezirkschornsteinfegermeister angestellt worden.

Berlin, den 3. April 1894.

Königliches
Polizei-Präsidium.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat März 1894

24. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr.	Weggen (gut)	14	Mark	46	Pf.
"	do. (mittel)	14	"	05	"
"	do. (gering)	13	"	06	"
"	Weggen (gut)	12	"	20	"
"	do. (mittel)	11	"	91	"
"	do. (gering)	11	"	65	"
"	Gerste (gut)	17	"	38	"
"	do. (mittel)	16	"	14	"
"	do. (gering)	14	"	93	"
"	Hafer (gut)	17	"	11	"
"	do. (mittel)	15	"	55	"
"	do. (gering)	14	"	01	"
"	Erbsen (gut)	18	"	81	"
"	do. (mittel)	17	"	65	"
"	do. (gering)	16	"	52	"
"	Rübspross	6	"	20	"
"	Heu	8	"	59	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer 9,38 Mk., Erbsen 3,41 Mk., Heu 5,22 Mk.
im Monat März

B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr.	Erbsen (gelbez. Roden)	31	Mark	94	Pf.
"	Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
"	Linzen	50	"	—	"
"	Kartoffeln	5	"	—	"
1 Kgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	"	40	"
1 "	(Bauchfleisch)	1	"	10	"
1 "	Schweinefleisch	1	"	30	"
1 "	Kalbfleisch	1	"	25	"
1 "	Hammelfleisch	1	"	15	"
1 "	Speck (geräuchert)	1	"	50	"
1 "	Eibutter	2	"	40	"
60 Stück	Eier	3	"	45	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr.	Erbsen (gelbez. Roden)	35	Mark	—	Pf.
"	Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
"	Linzen	50	"	—	"
"	Kartoffeln	4	"	18	"
1 Kgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	"	38	"
1 "	(Bauchfleisch)	1	"	07	"
1 "	Schweinefleisch	1	"	50	"
1 "	Kalbfleisch	1	"	30	"
1 "	Hammelfleisch	1	"	20	"
1 "	Speck (geräuchert)	1	"	60	"

für 1 Mgr. Eßbutter 2 Mark 26 Pf.,
 = 60 Stück Eier 3 = 48 =
**C. Durchschnitts-Verkaufspreise an einem der
 letzten Tage des Monats März 1894:**

1) In Berlin:

für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	33 Pf.
= 1 = desgl. a. Roggen	30 =
= 1 = Gerstengraupe	38 =
= 1 = Gerstengröße	38 =
= 1 = Buchweizengröße	38 =
= 1 = Hirse	38 =
= 1 = Reis (Java, mittlerer)	60 =
= 1 = Java-Kaffee (mittler, roh) 3 Mark	10 =
= 1 = (gelb in gebr. Bohnen)	4 = 27 =
= 1 = Speisesalz	20 =
= 1 = Schweineschmalz (hiefiges)	1 = 50 =

2) In Charlottenburg:

für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	39 Pf.
= 1 = desgl. a. Roggen	29 =
= 1 = Gerstengraupe	43 =
= 1 = Gerstengröße	42 =
= 1 = Buchweizengröße	45 =
= 1 = Hirse	44 =
= 1 = Reis (Java, mittlerer)	56 =
= 1 = Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark	78 =
= 1 = Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3 = 16 =
= 1 = Speisesalz	20 =
= 1 = Schweineschmalz (hiefiges)	1 = 22 =

Berlin, den 6. April 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

**Bekanntmachungen des Staatssecretairs
 des Reichs-Postamts.**

Gingehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder.

8. Die noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder, welche seit dem 10. Dezember 1890 Seitens der Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft worden sind, sollen nur noch bis **Ende Juni 1894** zur Frankirung von Postsendungen zugelassen werden. Vom 1. Juli 1894 ab verlieren die bezeichneten Werthzeichen ihre Gültigkeit. Dem Publikum soll indeß gestattet sein, vom 1. Juli 1894 ab die alsdann noch nicht verwendeten derartigen Werthzeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwerth des Stempels gegen Freimarken zu 10 oder 3 Pfennig bei gleichzeitigem Rückempfang des Betrages der Herstellungskosten von 1 Pfennig für den Briefumschlag und $\frac{1}{2}$ Pfennig für das Streifband umzutauschen. Ist nur ein einzelnes Streifband umzutauschen, so muß die Vergütung von Herstellungskosten unterbleiben. Ebenso kommen bei dem Umtausch einer größeren, nicht durch 2 theilbaren Zahl von Streifbändern für das überschüssende Exemplar Herstellungskosten nicht zur Erstattung. Die Postbülletten und die amtlichen Verkaufsstellen für Postwerthzeichen haben mit dem Umtausch keine Be-

fassung. Postsendungen, welche etwa nach dem 30. Juni 1894 noch in Briefumschlägen und Streifbändern der gedachten Art ohne anderweitige Frankirung ausgeliefert werden, sind den Absendern unter Hinweis auf die Ungültigkeit der verwendeten Werthzeichen zurückzugeben oder, wenn dies nicht ohne Weiteres thunlich sein sollte, als unfrankirt zu behandeln. Auf gestempelte Briefumschläge und Streifbänder der älteren Ausgabe, welche ihre Gültigkeit bereits am 1. Februar 1891 verloren haben, und welche seit dem 1. Juli 1891 nicht mehr umgetauscht werden, sowie auf Mehrpost-Briefumschläge erstreckt sich diese Anordnung nicht. Vom 1. Januar 1895 ab sind die Verkehrsanstalten auch zum Umtausch der neueren Briefumschläge und Streifbänder nicht mehr befugt.

Berlin, den 5. April 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen
 Ober-Postdirektion zu Potsdam.**

B e k a n n t m a c h u n g.

18. In der zum Kreise Niederbarnim gehörigen Kolonie Waidmannslust wird am 16. April eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten.

Diese Postagentur erhält Verbindung mit den Schaffnerbahnposten in den zwischen Berlin und Oranienburg verkehrenden Vorortzügen 1903, 1913 und 1924, sowie durch Vermittelung dieser Schaffnerbahnposten mit dem zur Abrechnungs-Postanstalt bestimmten Postamt in Hermdorf (Mark). Außerdem fertigt die neue Postagentur auf das Postamt 4 (Stettiner Bahnhof) in Berlin einen Briefkartenschluß, welcher mit dem Vorortzug 1906 dahin zur Abendung gelangt, und erhält von der Bahnpost 3 Berlin—Stralsund im Zuge 907 einen Briefkartenschluß, welcher mit Zug 1926 in in Waidmannslust eingeht.

Dem Landbestellbezirk der Postagentur in Waidmannslust werden die bisher zum Bezirk des Postamts in Hermdorf (Mark) gehörigen Wohnstätten z.

die Lampenfabrik von F. Budweg & Sohn,
 die Mörtelwerke,
 Abbau Jerke, Villa Wartenberg und Villa
 Stein,

sowie die Ziegelei Benedendorfs
 zugeheißt.

Die Postbülletelle in Waidmannslust ist bereits außer Wirksamkeit getreten.

Potsdam, den 7. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

**Bekanntmachungen des Königlichen
 Consistoriums der Provinz Brandenburg.**

Bekanntmachung.

8. Von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden wird die Errichtung einer neuen evangelischen Pfarodie der Immanuel-Kirche hieselbst beabsichtigt, welcher der unten beschriebene Sprengel unter Ausparung der darin wohnenden Gemeindeglieder der St. Bartholomäus-Kirche aus ihrem jetzigen Pfarochialver-

hande mit der St. Bartholomäus-Kirche zugewiesen werden soll. Die Grenzen sind:

a. Im Osten: Die hintere Grenze der an der Westseite der Graßowalderstraße belegenen Grundstücke von der hinteren Grenze der an der Südseite der Heinerodorferstraße belegenen Grundstücke bis zur Reichbildgrenze — alle Eckgrundstücke mit ausgeschlossen. —

b. Im Süden: Die hintere Grenze der an der Südseite der Heinerodorferstraße und der an der Ostseite der Prenzlauer Allee bis zum Eingang des Marienkirchhofes Prenzlauer Allee Nr. 7 belegenen Grundstücke, ferner die Südseite des Grundstücks Prenzlauer Allee Nr. 240, sowie die hintere Grenze der an der Südseite der Meyerstraße belegenen Grundstücke bis zur Ostgrenze der Zioneparochie.

c. Im Westen: Die Parochialgrenzen der Zions- und der Heilsemane-Parochie von dem vorgedachten Punkte bis zum Treffpunkte der Reichbildgrenze.

d. Im Norden: Die Reichbildgrenze von dem letzteren Punkte bis zum Treffpunkte der Grenze ad a. (Ostgrenze der Immanuel-Parochie).

Die innerhalb dieses Sprengels der Immanuel-Kirche wohnenden Gemeindeglieder haben hinsichtlich der Beerdigungen dieselben Rechte und Pflichten wie die Mitglieder der St. Bartholomäus-Gemeinde.

Indem wir diesen Parochial-Regulierungsplan zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir alle dabei beteiligten Gemeindeglieder auf, etwaige Einwendungen dagegen bis zum 4. April dieses Jahres, während der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in dem Amtszimmer Nr. 10 unserer Geschäftsräume (Schützenstraße 26 I.) bei dem Bureauvorsteher Rechnungsrat Paucke oder dessen Stellvertreter unter geeignetem Ausweis über ihre Beteiligung bei der Sache schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 20. März 1894.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

7. In Gemäßheit des § 20. des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6. der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Pfarrer Bleibtreu in Bonn die Schuldverschreibung der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe von 1886

Lit. D. Nr. 92688 über 500 M.

angeblich im Jahre 1890 abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, selbste der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Pfarrer Bleibtreu anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 5. April 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

betreffend die Aufhebung von Polizeiverordnungen, welche für den Geschäftsbereich der Gbärembauverwaltung erlassen sind

Im Anschluß an die vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe unterm 18. Februar 1894 erlassene Polizeiordnung für die „Schiffahrt und Flößerei auf der Elbe“ wird hierdurch auf Grund des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung, Seite 195) verordnet was folgt:

- 1) die Polizei-Verordnung vom 19. April 1875, A. B. S. 132, betreffend das Anfern in der Fahrstraße der Reikenschiffahrt,
- 2) die Polizei-Verordnung vom 6. November 1883, A. B. S. 420, betreffend den Schiffsverkehr auf den Bagger- und Meßungstellen,
- 3) die Polizei-Verordnung vom 7. Dezember 1883, Amtsblatt 1884 Seite 12, betreffend die Beladung der kleinen Fahrzeuge,
- 4) die Polizei-Verordnung vom 13. November 1884, Amtsblatt Seite 467, betreffend die Bemannung der Fahrzeuge,
- 5) die Polizei-Verordnung vom 5. Oktober 1887, Amtsblatt Seite 397, betreffend die Bezeichnung des Tiefganges der Fahrzeuge,
- 6) die Polizei-Verordnung vom 23. September 1889, Amtsblatt Seite 369, betreffend die Bemannung der Fahrzeuge,

sind aufgehoben.

Magdeburg, den 31. März 1894.

Der Chef der Gbärembauverwaltung,
Herr Präsident der Provinz Sachsen.

v. Pommerehne.

Personalchronik.

Im Kreise Juch-Belzig ist der Amtsvorsteher Curdt in Raben wegen Ablaufs seiner Dienstzeit aus Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXXVIII. Raben — ernannt worden.

Der königliche Regierungs-Pausführer Konrad Buddeberg zu Berlin ist als solcher vorzeitig worden.

Der Militärgewerbetreibende Jena in Berlin ist zum Regierungs-Militär-Supernumerar ernannt worden.

Bei der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind 1) der Regierungs-Rath Prozel als Vorsitzender der für den Stadtkreis Stettin gebildeten Einkommensteuer-Veranlagungskommission und der Steueraussschüsse der Gewerbesteuerklassen III. und IV., des für den Regierungsbezirk Stettin gebildeten Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse II. und des für die Provinz Pommern gebildeten Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse I. nach Stettin versetzt, 2) der Regierungs-Sekretär Szlatoslawef insofern seiner Anstellung als Geheimer expedirender Sekretär und Kassator im Finanz-Ministerium ausgeschieden, 3) der Militär-Supernumerar Hänger als Sekretariats-Assistent angestellt, 4) die Militär-Anwärter Kerinnis, Pflaumann, Rielborn, Stölze,

Kleischer, Kiedler, Kriesel, Vauze, Kestau, Schnause, Böhme, Sachse, Dorth, Rothe, Mewes und Hein als Militär-Supernumerare angenommen, 5) der Steuererheber und Vollziehungsbeamte Heß in den Ruhestand versetzt, 6) die Militär-anwärter Kemppe und Wagner als Kammerdiener angestellt.

Der Oberpfarrer Ernst Otto Franz Bätge in Alt-Pandöberg ist zum Superintendenten der Diözese Straßburg ernannt worden.

Der bisherige Prediger an der St. Stephani-Kirche in Bremen Justus August Jacobi ist zum Pfarrer der Parodie der Zion-Kirche, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der Lehrer Paul Schwabe in Coepenick ist als Vorschullehrer an dem Gymnasium in Steglitz angestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Paul Müller ist als Oberlehrer am Königsstädtischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Kräuslein Wäcker in Berlin ist zur Seminarlehrerin berufen und dem mit der Augustaschule verbundenen Lehrerinnen-Seminar in Berlin überwiesen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats März 1894 sind ernannt zum Postdirector: der Postassistent Meyer;

versetzt: die Postsecrtaire R. D. Lehmann nach Dresden, Luasthoff nach Piesnitz;

in den Ruhestand versetzt: die Ober-Telegraphen-assistenten Perret und Rütting;

gestorben: die Postsecrtaire Plümke und Lorenz.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Abgang: Stations-Vorsteher 2. Klasse Almer in Jossen ab 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt, der Betriebsassistent-Mendant Reich in Berlin ist von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten ab 1. März d. J. zum Eisenbahn-Haupt-Kassen-Men-

danten ernannt und als solcher zur Königl. Eisenbahn-Direktion in Altona versetzt worden.

Ernennungen: der Hauptkassen-Buchhalter Möb- ring in Erfurt unter gleichzeitiger Versetzung zum Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amte Berlin zum Königl. Betriebsassistenten-Mendanten ab 16. März d. J.

Versetzungen: Stations-Vorsteher 2. Klasse Heinrich von Gräfenroda nach Jossen ab 1. April d. J.

Personal-Veränderung im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Der Stationsassistent Hennig in Nbg. Nimmelsburg — Bezirk des Königl. Eisenbahn-Betriebs-amtes (Berlin-Sommerfeld) zu Berlin — ist zum Güter-expedienten ernannt worden.

Personal-Veränderung im Bezirke der Elb-strom-Verwaltung.

Der Wohnsig des Vagiermeisters Ebbe ist vom 1. April d. J. ab von Magdeburg nach Wittenberge verlegt worden.

Vermischte Nachrichten.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für den Fall zeitweiliger Verhinderung der sämtlichen hiesigen Richter deren Vertretung durch den ältesten Richter des Königl. Amtsgerichts zu Jüterbog erfolgt. Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in den Angelegenheiten, auf welche § 36 C. P. O. oder § 15 Str.-Pr.-Ordn. Anwendung findet.

Jüterbog, den 6. April 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e s a n n t m a c h u n g.

Es wird hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß die Wahrnehmung der nach § 78 Abj. 3 des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890, dem Gemeindevorsteher obliegenden Geschäfte mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten dem Herrn Stadtrat Hübner, hier, auf ein ferneres Jahr, und zwar für die Zeit vom 1. April d. J. bis 31. März 1895 übertragen worden ist.

Berlin, den 29. März 1894.

Der Oberbürgermeister. gez. Zelle.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Johann Gammiller, geboren am 6. März 1852 zu Kirchheim, Bezirk Mülhausen im Elsaß, durch Option französischer Staatsangehöriger,	geboren am 6. März 1852 zu Kirchheim, Bezirk Mülhausen im Elsaß, durch Option französischer Staatsangehöriger,	langzeitige Erlaubnis zum Aufenthalt in Frankreich (ab 21. August 1893),	Präsident zu Straßburg,	19. Februar 1894.
2	Georg Jakob Fritze, geboren am 20. Februar 1862 zu Emmerich,	geboren am 20. Februar 1862 zu Emmerich,	Verbrechen des schweren Diebstahls (ab 1. März 1894),	Königlich bayerisches Bezirksamt Mülheim,	8. Februar 1894.

1. Rang Nr.	2. Name und Stand des Ausgewiesenen.	3. Alter und Heimath	4. Grund der Verurtheilung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
3	Lippmann Ryschowsky, Uhrmacher,	bar, Bezirk Neu-Byd- schow, Böhmen, öster- reichischer Staatsange- höriger, geboren am 17. März 1867 zu Ralsin, Ser- bien, serbischer Staats- angehöriger,	Jahre Buchhaus, laut Erkenntnis vom 20sten Februar 1886 und 21sten März 1887), Heblerei (1 Jahr Ge- fängnis laut Erkenntnis vom 19. September 1892), b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	15. Februar 1894.
1	Engelbert Heinz, ehemaliger Antscher, jetzt Arbeiter,	geboren am 14. April 1869 zu Lauterbach, Bezirk Falkenau, Böh- men, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	16. Februar 1894.
2	Franz Ibme, Weber und Maurer,	geboren am 18. Januar 1850 zu Krombach, Bezirk Gabel, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreisbaupräsident schaft Baugen,	27. Januar 1894.
3	Johann Kleyu, Austreicher,	geboren am 8. Novem- ber 1861 zu Graven- hagen, Niederlande,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	16. Februar 1894.
4	Josef Metucil (Natu- schil), Tagearbeiter,	geboren am 5ten (9.) Mai 1869 zu Chudic, Bezirk Jungbunzlau, Böhmen, österreichi- scher Staatsangehör.	desgleichen,	Königlich sächsische Kreisbaupräsident schaft Baugen,	31. Januar 1894.
5	Ludwig Ostermann, ehemaliger Commis,	geboren am 26. Februar 1838 zu Laida, Be- zirk Böhmischo-Weipa, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	19. Januar 1894.
6	Franz Schöbel, Schuhmacher,	geboren am 4. August 1871 zu Güntersdorf, Bez. Trautenau, Böh- men,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	17. Februar 1894.
7	Wilhelm Euphanek, Maler,	geboren am 4. Juli 1856 zu Mistle, Mäh- ren, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	9. Februar 1894.
8	Jakob Darmann, Bäckergefelle,	geboren am 24. Juni 1853 zu Damschach, Bezirk Villach, Kärn- then, ortsangehörig zu Wernberg, ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	14. Februar 1894.
9	Karl Windrich, Schuhmachergehilfe,	geboren am 15. Dezem- ber 1847 zu Merzdorf, Böhmen, ortsangehö- rig zu Eulau, Bezirk Tetschen,	Betteln,	Königlich sächsische Kreisbaupräsident schaft Zwickau,	10. Januar 1894.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Verlagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Pagen'schen Witten.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben am 14. April 1894.

Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Schweine- seuche, die Schweinepest und den Rothlauf der Schweine.

Auf Grund des § 10 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 23. Juni 1880 (Reichsgesetzblatt S. 153) bestimme ich:

Für die Königlich preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen wird vom 16. April d. J. ab bis auf Weiteres für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rothlauf der Schweine die Anzeigepflicht im Sinne des § 9 des erwähnten Gesetzes eingeführt.

Berlin, den 2. April 1894.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:
von Voeltzner.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers bringe ich im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß die Unterlassung oder Verzögerung der angeordneten Anzeige gemäß § 65 Ziffer 2 des Reichsviehseuchengesetzes mit Geldstrafe von 10—150 M. oder mit Haft nicht unter einer Woche bestraft wird, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Gleichzeitig veröffentliche ich in Nachstehendem eine

Gemeinfaßliche Belehrung

über

die Kennzeichen und den Verlauf der bei den Schweinen auftretenden Seuchen (Rothlaufseuche, Schweineseuche und Schweinepest).

I.

Rothlaufseuche.

Die Rothlaufseuche tritt viel häufiger in den Sommermonaten, wie im Winter auf und befällt meistens nur einige Thiere eines Stalles, seltener eine große Anzahl von Schweinen gleichzeitig. Beim Ausbruch derselben zeigen die Thiere hohes Fieber mit erhöhter Temperatur der Haut, Verlust der Munterkeit und des Appetits; sie liegen viel, verfrachten sich in der Streu und zeigen nach dem Aufstreiben einen schwankenden Gang. Nach kurzer Zeit, oft schon in

einigen Stunden treten rothe Flecke an der inneren Fläche der Hinterschenkel, an den Geschlechtstheilen, unter dem Bauche, der Brust und dem Halse, zuweilen auch auf dem Nacken, dem Rücken und an den Ohren auf. Diese Rothfärbung der Haut breitet sich schnell weiter aus und wird immer stärker, so daß die Thiere bei vorgeschrittener Krankheit an der unteren Fläche des Körpers kupferroth bis blauröth erscheinen und nicht selten kurz vor dem Tode über den ganzen Körper so gefärbt sind. In den meisten Fällen verenden die Schweine in 24—48 Stunden, seltener dauert die Krankheit mehrere Tage.

Die Genesung der am Rothlauf erkrankten Schweine ist selten. Bei den Thieren, welche die Seuche überstanden haben, entwickelt sich zuweilen als Nachkrankheit eine mit fortschreitender Abmagerung und Anschwellung der Gelenke verbundene Steifigkeit; in andern Fällen zeigen sich bei denselben durch Herzfehler bedingte wassersüchtige Zustände.

Die Section der nach schnellem Verlaufe verendeten oder auf der Höhe der Krankheit geschlachteten Thiere ergiebt eine mehr oder weniger hochgradige Entzündung der Magen- und Darmschleimhaut, Schwellung und blauröthe Färbung der Milz, Schwellung und Röthung der Gefäßdrüsen, Schwellung der Leber und eine meist mit Blutung verbundene Entzündung der Nieren. Die Unterhaut und das Fleisch sind meistens grauroth gefärbt.

Die Rothlaufseuche wird durch einen Ansteckungsstoff verursacht, welcher von den Schweinen mit dem Futter oder auch gelegentlich beim Wühlen in Schmutz und Unrath aufgenommen wird. Die Krankheitskeime vermehren sich in dem Körper der Thiere sehr schnell und befinden sich auch im Blute derselben. Mit den Auswurfstoffen, insbesondere mit dem Rothe kommen sie in die Ställe der Schweine, sowie auf die Dungstätten und Höfe. Hier kann sich der Ansteckungsstoff an feuchten oder nassen Stellen, z. B. im Fußboden des Stalles, in den Jauchrinnen und Pfügen, sowie in faulenden Dungmassen lange Zeit erhalten und weiter entwickeln.

Durch Kälte wird er nicht unschädlich gemacht, aber in der Entwicklung gehemmt. Durch Wärme wird sein Gedeihen gefördert. Deshalb tritt die Rothlaufseuche besonders in der warmen Jahreszeit auf.

Im Fleische geschlachteter kranker Schweine bleibt der Ansteckungsstoff lange wirksam. Durch Pökeln und Räuchern wird er nicht sicher und erst nach langer Zeit zerstört; durch vollständiges Kochen wird er vernichtet.

In Folge dieses Verhaltens des Ansteckungsstoffes ist die Rothlaufseuche in vielen Orten und Gehöften eine ständige bezw. alle Jahre wiederkehrende Krankheit geworden.

Zur Verhütung des Ausbreitens derselben ist eine saubere, möglichst trockene Haltung der Schweine in Ställen mit festem Fußboden erforderlich. Auch sind von Zeit zu Zeit gründliche Reinigungen der Ställe unter Anwendung von heißer Lauge und Desinfektionsmitteln vorzunehmen. Bei Schlachtungen kranker Schweine ist für die unschädliche Beseitigung von Fleischabfällen, Blut und Abwaschwasser u. s. w. Sorge zu tragen. Auch muß darauf geachtet werden, daß bei der späteren Verwertung des Fleisches solche Abfälle nicht zur Verfütterung an Schweine kommen.

Schweinefeuche und Schweinepest.

Die Schweinefeuche (Schweinpest) war früher in Deutschland selten; durch den Bezug von englischen Schweinen ist sie zunächst in die Züchtereien eingeschleppt und dann von hier aus durch den Viehhandel weiter verbreitet worden.

Sie wird hauptsächlich durch den Ankauf von Schweinen in die Ställe gebracht.

Die Schweinefeuche ist viel ansteckender wie der Rothlauf; es erkranken nach dem Ausbruche derselben in kurzer Zeit meistens viele, oft alle Thiere desselben Stalles. Auch breitet sich die Seuche nicht selten schnell über mehrere Bestände desselben Gehöftes aus.

Dem Wesen nach ist die Schweinefeuche eine ansteckende Lungenentzündung. Je nach der vorwiegenden Erkrankung der Lungen oder des Darms sind die Erscheinungen verschieden und treten bald die Symptome der Lungenentzündung, bald die des Darmleidens in den Vordergrund des Krankheitsbildes. In der Regel beginnt die Krankheit mit Fieber, mangelnder Fresslust, Thränen der Augen und großer Schwäche. Letztere ist so auffällig, daß die Thiere mit dem Hintertheil hin- und herschwanzen und der Gang taumelnd wird. Bei den meisten Schweinen, besonders bei halbwachsenden und großen Thieren, zeigt sich dann häufiger Husten und beschleunigtes schmerzhaftes Athmen. Bei vielen Schweinen, namentlich bei Ferkeln und Läufern tritt heftiger Durchfall und ein mit Schorfbildung verbundener Ausschlag am Halse, auf dem Rücken, oder an anderen Körperstellen ein. Neben diesen Symptomen zeigen viele Thiere auch blauröthe Färbungen der Ohren und des Rüssels oder große rothe Flecke und Streifen auf dem Rücken, unter dem Halse, dem Bauche u. s. w. Die Augen der Thiere sind oft durch eine zähe eitrige Masse verklebt. In allen Fällen magern die Thiere schnell ab.

Wirksame Heilmittel kennt man bis jetzt für diese Krankheit nicht.

Die Dauer und der Verlauf des Leidens ist sehr verschieden. Bei heftigem Ausstreuen desselben verenden die Schweine schon nach mehreren Tagen. Meist

häufig dauert die Krankheit aber mehrere Wochen und zuweilen sogar Monate.

Nast alle angestechten Schweine erliegen auch der Seuche; bei weniger bösartigen Ausbreitungen kommt es aber vor, daß einzelne Schweine nur im geringen Grade erkranken und die Seuche lange Zeit versteckt in sich tragen. Durch solche Thiere, die anscheinend gesund sind, wird die Seuche oft verschleppt und in den Schweinezuchten und Mästereien erhalten.

Wenn ein Schwein unter den angegebenen Erscheinungen bald nach dem Ankaufe erkrankt oder, wenn mehrere Schweine eines Bestandes in kurzer Zeit die genannten Symptome zeigen, so liegt der Verdacht des Ausbruchs der Seuche vor. Zur sicheren Feststellung desselben ist die Zuziehung eines Thierarztes erforderlich.

Der Ansteckungsstoff wird von den Schweinen mit der Athmungsluft oder mit dem Futter aufgenommen und verbreitet sich während der Krankheit über alle Theile des Körpers. Er wird wieder bei der Athmung sowie durch die beim Husten entleerten Auswurfstoffe und durch den abgesetzten Roth in die Ställe gebracht, und kann sich besonders in den Futtertrögen bezw. in den hier zurückbleibenden Futterstoffen schnell vermehren. So erklärt sich die häufige rasche Verbreitung der Seuche in den Beständen eines Stalles bezw. Gehöftes.

Durch das Fleisch geschlachteter kranker Schweine kann die Schweinefeuche ebenso wie die Rothlaufseuche unterhalten und verbreitet werden.

Zur Verhütung der Schweinefeuche ist der Zulauf von Schweinen mit großer Vorsicht zu bewirken.

Soweit die Herkunft der neu erworbenen Thiere nicht nachweislich unverdächtig ist, empfiehlt es sich, dieselben zunächst in besonderen Ställen 10-14 Tage lang zu beobachten. Wenn sich die Thiere nach Ablauf dieser Frist vollkommen gesund zeigen, so können sie unbedenklich mit anderen gesunden Schweinen zusammengebracht werden.

Ferner bestimme ich Folgendes:

- 1) Die Herren Landräthe, der Herr Polizei-Präsident hier selbst, sowie die Polizeiverwaltungen zu Brandenburg und Spandau wollen obige Bekanntmachung und „Gemeinschaftliche Belehrung“ durch die Kreisblätter oder die zu amtlichen Veröffentlichungen bestimmten Blätter bekannt geben und die ihnen von mir zugesandten Abdrücke der „Belehrung“ allen Gemeinde- und Ortsvorstehern mit dem Auftrage zu gehen lassen, diese in ersichtlicher Weise zur Kenntniß der Schweinebesitzer ihres Bezirks zu bringen. Auch sämmtlichen örtlichen Polizeibehörden und Kreis-Thierärzten sind Abdrücke der Belehrung zur Verfügung zu stellen.
- 2) Um den Anzeigepflichtigen auf dem Lande die Erstattung der Anzeigen möglichst zu erleichtern, sind diese bezüglich der in Rede stehenden Seuchen sofort an den Gemeinde- bezw. Ortsvorsteher zu

richten und von ihnen — sofern sie nicht zugleich die örtliche Polizei verwalten — unverzüglich der Ortspolizeibehörde (dem Amtsvorsteher) zu übermitteln.

In den Stadtgemeinden ist die Anzeige unmittelbar der Polizeiverwaltung zu erstatten.

- 3) Die Ortspolizeibehörden, sowie die Polizeiverwaltungen haben auf kürzestem Wege den Herren Landräthen Anzeige zu machen, welche alsdann die Kreisbierärzte mit Auftrag zur Feststellung der Seuche zu versehen haben. Damit soll den Herren Landräthen ein genauer Ueberblick über die Verbreitung der Seuchen und den Kreisbierärzten die Möglichkeit gewährt werden, bei Erledigung der ihnen zugegangenen Aufträge zweckmäßige Rundreisen zu machen. Auch ermächtige ich die Herren Landräthe, im Falle des Bedürfnisses gemäß § 2 des mehrerwähnten Gesetzes geeignete private Thierärzte zur Feststellung von Seuchenausbrüchen zuzuziehen.
- 4) Die Tödtung kranker oder verdächtiger Schweine darf in Ermangelung einer ausdrücklichen gesetzlichen Vorschrift gemäß der Bestimmung in § 24 des Reichsgesetzes nicht angeordnet werden, dagegen bin ich ermächtigt worden, von den in den

§§ 19—22 und 22—26 des Reichsgesetzes aufgeführten Schutzmaßregeln die geeignetesten zur Bekämpfung der Schweineseuchen in Anwendung bringen zu lassen, falls das Auftreten und die Verbreitung der Seuchen im Regierungsbezirk oder in einzelnen Theilen desselben die Nothwendigkeit solcher Maßregeln erfordert. Ich behalte mir Weiteres in dieser Beziehung vor.

- 5) Zum 25. April d. J. und dann bis auf Weiteres zum 25. jeden Monats (genau) ist mir von den Herren Landräthen, dem Herrn Polizei-Präsidenten hierselbst und den Polizeiverwaltungen in Spandau und Brandenburg a. H. über das Auftreten und die Verbreitung der Seuchen unter Angabe der Zahl der von den Seuchen betroffenen Ortschaften und Schweinebestände zu berichten, auch anzugeben, ob und welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuchen nothwendig werden.

Es darf erwartet werden, daß die vorstehenden Anordnungen bei dem erheblichen durch die Seuchen veranlaßten Schaden von allen Betheiligten genau befolgt werden.

Potsdam, den 11. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

the first of these is the fact that the
 the second is the fact that the
 the third is the fact that the

the fourth is the fact that the
 the fifth is the fact that the

the sixth is the fact that the
 the seventh is the fact that the

the eighth is the fact that the
 the ninth is the fact that the

the tenth is the fact that the
 the eleventh is the fact that the

the twelfth is the fact that the
 the thirteenth is the fact that the
 the fourteenth is the fact that the

the fifteenth is the fact that the
 the sixteenth is the fact that the

the seventeenth is the fact that the
 the eighteenth is the fact that the

the nineteenth is the fact that the
 the twentieth is the fact that the

the twenty-first is the fact that the
 the twenty-second is the fact that the

W m t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 16.

Den 20. April

1894.

Gesetz-Sammlung
für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 3.) N^o 9647. Staatsvertrag zwischen der Königl. Preussischen und der Königl. Sächsischen Regierung wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der Königl. Preussischen Gemeinde sammt Gutsbezirk Bunzig, Kreis Delitzsch, mit der Königl. Sächsischen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz, Amtshauptmannschaft Grimma. Vom 30. März 1893.

N^o 9648. Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 3. Februar 1894 zu dem Staatsvertrage zwischen der Königl. Preussischen und der Königl. Sächsischen Regierung über die Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der Preussischen Gemeinde sammt Gutsbezirk Bunzig mit der Königl. Sächsischen Kirchen- und Schulgemeinde Thallwitz. Vom 28. Februar 1894.

N^o 9649. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Pauenstein. Vom 1. März 1894.

(Stück 4.) N^o 9650. Kirchengesetz, betreffend Abänderung der Emeritierungsordnung vom 16. Juli 1873. Vom 19. Februar 1894.

N^o 9651. Zusatzbestimmungen zu der Abänderung vom 26. August 1885 des Reglements für die öffentlich anzustellenden Land(Feld)messer (Gesetz-Samml. für 1885 S. 319.) Vom 26. Februar 1894.

Uebereinkommen

zwischen dem Reich u. d. Rußland, betreffend die gegenseitige Uebernahme früherer Angehöriger der beiden Länder.

Die Kaiserlich deutsche Regierung und die Kaiserlich russische Regierung haben sich zur Regelung der Frage, nach welchen Grundsätzen jeder Theil zur Wiederübernahme seiner auf dem Gebiete des anderen Theils lebenden Angehörigen verpflichtet sein soll, über folgende Punkte geeinigt.

Artikel 1.

Beide Theile verpflichten sich, diejenigen ihrer früheren Angehörigen, welche ihre Staatsangehörigkeit durch Abwesenheit im Auslande oder durch förmliche Entlassung oder auf andere Weise verloren haben, zu übernehmen, falls jene nicht eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben.

Diese Uebernahmepflicht soll sich jedoch nicht erstrecken auf Personen, welche die von ihren Eltern ver-

lorene Staatsangehörigkeit ihrerseits niemals bezeugen haben.

Artikel 2.

Die heimzuschaffenden Personen sollen übernommen werden auf Grund eines unmittelbaren Schriftwechsels der deutschen und russischen Grenzbehörden.

Die Heimzuschaffung ist jedesmal der Grenzbehörde desjenigen Bezirks, in welchem die Uebernahme geschehen soll, vorher anzuzeigen, worauf diese nach Prüfung der Verhältnisse und der Ausweisepapiere ihre Zustimmung dazu zu geben hat, daß die betreffende Person an einem bestimmten Ort übernommen werde.

Artikel 3.

Ein vorgängiger Schriftwechsel ist nicht erforderlich, wenn die heimzuschaffende Person mit Papieren versehen ist, die noch gültig oder doch erst seit einem Jahre abgelaufen sind, oder wenn kein Zweifel darüber besteht, daß sie dem übernehmendem Staate angehört oder früher angehört hat.

In allen diesen Fällen sollen die Grenzbehörden die betreffende Person ohne weitere Förmlichkeit übernehmen.

Artikel 4.

Eine diplomatische Verhandlung soll stattfinden in den Fällen, in denen die Grenzbehörden sich über die Uebernahmepflicht nicht einigen können, oder wenn die Entscheidung der Grenzbehörden von den höheren Behörden des Heimathstaats nicht gebilligt wird.

Artikel 5.

Ueber die Grenzorte, wo die Uebernahme der heimzuschaffenden Personen stattfinden hat, werden sich die beiden Regierungen verständigen.

Artikel 6.

Die beiden Regierungen werden einander die Grenzbehörden bezeichnen, in deren Hand die Uebernahmeverhandlungen gelegt werden sollen.

Artikel 7.

Die beiden Regierungen verpflichten sich, ihre Grenzbehörden anzuweisen, alle Uebernahme-Anträge mit größtmöglicher Beschleunigung zu erledigen.

Artikel 8.

Dieses Uebereinkommen soll so lange in Kraft bleiben, als es nicht von einer oder der anderen Seite gekündigt wird. In diesem Fall soll es noch drei Monate über den Tag hinaus bestehen, an welchem die Kündigung des einen Theils dem anderen Theil angezeigt sein wird.

Artikel 9.

Gegenwärtiges Abkommen tritt in Wirksamkeit 20 Tage, nachdem es in beiden Staaten vorschristsmäßig veröffentlicht worden ist.

Berlin, den 10. Februar 1894.
29. Januar

Bekanntmachungen

der Königlichen Ministerien.

Anlauf von Remonten für 1894.

6. — Zum Anlaufe von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königlichen Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

- 7. Juni Neustadt a. Dosse 9 Uhr,
- 8. „ Briesen a. Oder 9 Uhr,
- 13. „ Angermünde 10 Uhr,
- 14. „ Prenzlau 9 Uhr,
- 15. „ Rauen 9 Uhr,
- 16. „ Rathenow,
- 18. „ Wittstock,
- 20. „ Wilsnack,
- 21. „ Penzen a. Elbe,
- 14. Juli Strassburg i. d. N.,
- 17. August Meyenburg,
- 18. „ Kyritz.

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Anlaufkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseker und Klopfbengste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhälfte von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeschriebenen Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppiren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der

Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen

des Königlichen Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

6. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 28. Dezember 1887 (Amtsblatt von 1888 Seite 11) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Chausseestrecke

vom Bahnhof Löwenberg über Bötters Neu-Löwenberg bis zur Templiner Kreisgrenze in der Richtung nach Liebenberg

zu denjenigen daselbst unter B. aufgeführten Kunststraßen gehört, für welche das Recht zur Erhebung von Chausseegeld verliehen ist oder die zusätzlichen Bestimmungen zu dem Chausseegeldtarif vom 29. Februar 1840 (Ges. S. 97) für anwendbar erklärt worden sind.

Potsdam, den 31. März 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Abänderung des Tarifs über die Gebühren der Schleusenrechte bei der Spandauer Schleuse.

80. Die Bekanntmachung der Königlichen Regierung, Abtheilung des Innern, vom 28. Februar 1878 — Amtsblatt von 1878 Stück 10 Seite 67 — wird bezüglich der Nr. V. wie folgt abgeändert:

V. Bei der Spandauer Schleuse stehen den Schleusenrechtlern vom 1. Mai 1894 einschließend ab für ihre Dienstleistungen folgende Gebühren zu:

- | | |
|--|--------|
| 1) mit einem Fahrzeuge nicht über 40,20 m lang, 4,60 m breit | 25 Pf. |
| 2) mit 2 dergleichen Fahrzeugen | 34 |
| 3) mit einem Fahrzeuge über 40,20 m lang, 4,60 m breit | 34 |
| 4) mit einem Fahrzeuge nicht über 40,20 m lang, 4,60 m breit und Klossholz | |
| a. für das Fahrzeug | 17 |
| b. für das Klossholz | 17 |
| 5) mit Klossholz | 34 |

Potsdam, den 16. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

81. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 27. März d. Js. dem Vorstände des Anhaltischen Kunstvereins zu Dessau die Genehmigung zu erteilen geruht, zu der von der Herzöglich Anhaltischen Regierung gestatteten öffentlichen Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes auch im diesseitigen Staatsgebiete und zwar in den Provinzen Hannover, Sachsen und Brandenburg, sowie im Stadtkreise Berlin Vögel zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 11. April 1894.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

82. Behufs Erörterungen und Ertheilungen von Rathschlägen über gewerbepolizeiliche u. gewerbeteknische Fragen (§§ 16 bis 24, 120a. bis 120e, 134 bis 139a. der Reichs Gew.-Ordn.) finden die üblichen Sprechstunden bei den diesseitigen Gewerbeinspektionen zu Potsdam (Mauerstraße 12), zu Berlin I. (Potsdam), (Berlin W., Neue Wollersdorfstraße Nr. 1), zu Berlin II. (Potsdam), (Berlin SW., Tempelhofer Ufer Nr. 10) und zu Prigwitz bis auf Weiteres wochentäglich während der Dienststunden von Morgens 9 bis Nachmittags 6 Uhr für Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt.

Potsdam, den 7. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

83. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gemeinde Vorstehers Brunner in Petershagen, Kreis Niederbarnim, der Bläschenauschlag bei einer Kuh des Gemeindevorstehers Sperling in Kiez bei Storkow, bei dem Bullen des Aderbürgers C. Schröder und bei einer Kuh des Aderbürgers C. Briesenick in Storkow, Kreis Weesow-Storkow.

An Milzbrand ist ein Schaf des Rittergutsbesizers von Rohr in Dannenwalde, Kreis Ostprignitz, erkrankt.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Büdners Rahn in Grumfin, Kreis Angermünde, unter dem Rindvieh des Bauerntgutsbesizers Körper in Petershagen, Kreis Niederbarnim, des Gutspächters Spigner in Werneuchen, Kreis Oberbarnim, die Maulseuche bei den Kühen des Dominikus Schönefeld, Kreis Teltow, die Brustseuche unter den Pferden des Rittmeisters Grafen von Biemarck-Behlen in Schwedt a. O., unter den Pferden des Rittergutsbesizers von Klipping in Demerthin, Kreis Ostprignitz.

Potsdam, den 17. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

25. In Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 7. März 1860 wird der diesjährige Wollmarkt hier selbst in den Tagen vom 19. bis 21. Juni auf dem Terrain der Berliner Lagerhof-Aktien-Gesellschaft abgehalten werden.

Vor den bezeichneten Markttagen darf der Wollmarkt nicht beginnen.

Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden von der Verwaltung der vorgenannten Gesellschaft angewiesen.

Berlin, den 6. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

26. Es ist mehrfach festgestellt worden, daß als „getrocknete Morcheln“ hier vielfach nicht echte Morcheln, sondern die ihnen äußerlich ähnlichen Vorcheln feilgehalten werden, deren Genuß, besonders wenn den-

selben alte, ausgewachsene, wurmförmige und faule Exemplare beigemengt sind, leicht für die Gesundheit gefährliche Folgen haben kann.

Ebenso werden als „getrocknete Champignons“ außerordentlich häufig nicht diese, sondern die zer schnittenen Stiele und Hüte des Steinpilzes nach Entfernung der Röhrenlamellen verkauft, welchen gelegentlich auch giftige Pilze, wie der „Höhrling“, der „Knollenblatterschwamm“ und andere beigemengt sind.

Es wird daher die größte Vorsicht, nicht nur beim Einsammeln, wobei alle verdorbenen und schädlichen Exemplare fern zu halten sind, sondern auch für den Genuß veranlaßt sein, und empfiehlt es sich, die frischen wie die getrockneten Pilze vor der Zubereitung durch kochendes und kaltes Wasser zu reinigen und eventuell aufzufrischen, um alsdann alle ungenießbare und aussehenden Stücke zu entfernen. Hierbei sei bemerkt, daß das Fleisch der eßbaren Steinpilzarten nach dem Trocknen weiß bleibt, während die gefährlichen Nebenarten beim Einsammeln an der Bruchfläche blau und beim Trocknen meist dunkel zu werden pflegen.

Berlin, den 9. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

27. Dem Neue Königstraße Nr. 69 hier selbst wohnhaften Bernhard Evans ist durch Erkenntnis des hiesigen Bezirks-Ausschusses vom 17. Oktober 1893, bestätigt durch Urtheil des königlichen Ober-Verwaltungsgerichts vom 1. März 1894, für die Dauer des gegen denselben erkannten Ehrverlustes die Approbation als Arzt entzogen worden.

Berlin, den 13. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Stettin.

Bekanntmachung.

19. In dem Dreieck zwischen Brüssow und Pödnitz gelegen, wird am 11. April eine Postagentur eingerichtet. Die Postverbindungen werden durch Votenposten zwischen Bergholz und Pödnitz hergestellt.

Stettin, 10. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

8. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. E. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1849 (G. E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Fuhrwerksbesizer H. Friedel in Cassel, Orleansstraße Nr. 38, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 %igen Staatsanleihe

a. von 1886 Lit. F. Nr. 16092 über 200 M.,

b. = 1890 D. Nr. 355712 bis 355714 und 416417 über je 500 M. und Lit. E. Nr. 598733, 612704 und 612705 über je 300 M.

angeblich in der Nacht vom 1. zum 2. Juli 1893

mittels Einbruchs gestohlen worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Justizrath Rieß in Cassel anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 6. April 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Superintendenten a. D. und Pfarrer an St.

Georgen W. Wegener hier C., Landobergerstraße 64, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2%igen Staatsanleihe von

a. 1886 Lit. E. N^o 47020 über je 300 M. und h. 1890. - E. - 594470

angeblich abhandelt gekommen, vermeintlich vernichtet worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Superintendenten a. D. und Pfarrer Wegener anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 7. April 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Kreisausschüsse.

7.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen für das I. Quartal 1894.

No.	Bezeichnung des zu Betracht kommenden Grundstücks.	Seitheriger Gemeinde resp. Gutsbezirk.	Künftiger Gemeinde resp. Gutsbezirk.
		Königlicher Domänenfiskus.	Gemeinde Schönow.
1.	Die Seitens der Königlichen Regierung an die verpöthwete Wüdnier Auguste Reuter, geb. Göres zu Schönow veräußerte, in der Gemarkung von Schönow Kartenblatt III. N ^o 266/83 verzeichnete Dorfjannparzelle in Größe von 0,0354 ha.	Königlicher Domänenfiskus.	Gemeinde Schönow.
2.	Die Seitens der Königlichen Hofkammer der Königlichen Familien-güter an den Maurermeister Karl Lehmann veräußerten Parzellen, Kartenblatt I. N ^o 1071/309 und 1072/309 der Gemarkung Königs-Wusterhausen in Größe von zusammen 5,92 ar.	Hausfideikommiss- Herrschaft Königs- Wusterhausen.	Gemeinde Königs- Wusterhausen.
3.	Die Seitens der Königlichen Hofkammer der Königlichen Familien-güter an den Böttchermeister Valentin veräußerte Parzelle, Kartenblatt I. N ^o 123/63 der Gemarkung Staakow in Größe von 2 ar.	Hausfideikommiss- Herrschaft Königs- Wusterhausen.	Gemeinde Staakow.

Berlin, den 3. April 1894.

Der Vorstand des Kreises Teltow.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Gemäß § 24 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. April 1878 ist den Amtsrichtern bei dem unterzeichneten Amtsgericht, sofern die wechselseitige Vertretung (§ 24 Abs. 1 des Gesetzes vom 24. April 1878, G. S. S. 230) derselben behindert ist, der dem Diensthalter nach jüngste Amtsrichter des Amtsgerichts zu Rüdemünde zum Ver-

treter bestellt. Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung der Richter in Angelegenheiten, auf welche der § 36 der Deutschen Civil-Prozeß-Ordnung oder der § 43 der Deutschen Straf-Prozeß-Ordnung Anwendung findet.

Jüterbog, den 11. April 1894.

Königliches Amtsgericht.

Der ausführendende Amtsrichter.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

17. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeföhrderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bzw. des Duplikat-Beföhrderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bzw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeföhrderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattgefunden. In den ursprünglichen Frachtbriefen bzw. Duplikat-Beföhrderungsscheinen für die Einsendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Art der Ausstellung	Ort	Zeit	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
		1891	für	auf den Strecken der	festsetzung der	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
1. Internationale Ausstellung für Völkernährung, Armenversorgung, Heilungsmittel u. Verleumdung mit einer speziellen Sport-Ausstellung.	Wien.	20. April bis 10. Juni	Gegenstände der Preussischen nebenbezeichneten Art.	Staatseisenbahnen, Elsass-Lothringen u. Rhein-Niederrhein.	4 Wochen	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
2. Pferde-Ausstellung.	Stettin.	1. bis 8. Mai	Pferde.	Königlichen Eisenbahn-Direktionen.	14 Tage	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
3. Distriktschau und Warenausstellung.	Marientburg.	10. Mai	Thiere, sowie Maschinen, Geräte und Erzeugnisse der Landwirthschaft u. Fischerei.	Königlichen Eisenbahn-Direktion.	8 Tage	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
4. Pferde-Ausstellung.	Königsberg.	19. bis 22. Mai	Pferde.	Preussischen Staatseisenbahnen.	4 Wochen	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
5. Internationaler Maschinenmarkt.	Dresden.	31. Mai bis 2. Juni	Maschinen u. Geräte.	Dresdener Eisenbahn-Direktion.	4 Wochen	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
6. Internationale Kunst-Ausstellung.	München.	1. Juni bis 31. Oktober	Kunstgegenstände.	Preussischen Staatseisenbahnen, Elsass-Lothringen u. Rhein-Niederrhein.	2 1/2 Monate	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
7. Internationale Kunst-Ausstellung des Vereins bildender Künstler „Secession“.	München.	1. Juni bis 31. Oktober	Kunstgegenstände.	Preussischen Staatseisenbahnen, Elsass-Lothringen u. Rhein-Niederrhein.	4 Wochen	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
8. Wanderausstellung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.	Berlin.	7. bis 11. Juni	Thiere, landwirthschaftliche Maschinen, Geräte und Erzeugnisse.	Preussischen Staatseisenbahnen, Elsass-Lothringen u. Rhein-Niederrhein.	4 Wochen	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt
9. Allgemeine internationale Ausstellung.	Antwerpen.	1. Mai bis 30. Novbr.	Gegenstände aller Art.	Preussischen Staatseisenbahnen u. Elsass-Lothringen.	4 Wochen	Die Anstaltsverwaltung wird gewährt

Bromberg, den 7. April 1894

Personalchronik.

Der an die hiesige Regierung verlegte Regierungsrath Graf von Hardenberg hat seine Dienstverhältnisse übernommen.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Rechnungsraths Schulte in Dramenburg dessen Ammannsfolger, der königliche Kreisfiskalrath Paulsen zum kommissarischen Untervorsteher des Amtsbezirks XXXVII. — Sachsenhausen — unter dem

Verhale jederzeitigen Witterungs vom 15. d. M. ab ernannt werden.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchst geruht, den praktischen Arzt Dr. Jacob in Prenzlau und Dr. Tietowitzki in Dramenburg den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Bei der General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern in Frankfurt a. O. sind die Landmesser Buschföter in Greifswald, Bartel

in Köslin, Dürting in Stettin, Müller in Neuruppin, von Schmitz in Guben zu königlichen Ober-Landmessern ernannt worden.

Die unter königlicher Patronate stehende Pfarrstelle zu Lehnin, Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Winter in nächster Zeit zur Erledigung. Die Wiederbesetzung steht im vorliegenden Falle dem Kirchentag zu.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Karl Heinrich Hüßmeier ist zum Pfarrer der Pfarre Tunersdorf-Alt-Bliesdorf, Diözese Briesen, bestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Georg Kroß ist als Oberlehrer angestellt und dem Kaiserstädtischen Gymnasium zu Berlin überwiesen worden.

Der Schulamtskandidat Emil Polenz ist als Oberlehrer angestellt und dem Andreas-Realgymnasium in Berlin überwiesen.

Der Schulamtskandidat Dr. Paul Jahn ist als Oberlehrer angestellt und dem Köllnischen Gymnasium in Berlin überwiesen worden.

Der Schulamtskandidat Julius Schulz am Sophien-Realgymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer befördert worden.

Die Gemeindefchullehrer Otto, Widlein und Wende sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Franz Albert Kumm zu Steglitz, Diözese Cöln-Land I., ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirection in Potsdam. **Statsmäßig angestellt sind** die Postassistenten Walter in Bernau (Mark), Bunge in Neustadt (Dosse) Bf., Ried in Strassburg (Uckermark), Taube in Spandau, Voigt in Neuruppin, Benz in Prenzlau, Gurth in Coepenick, Gerbich in Wittenberge (Bez. Potsdam), Geiseler in Spandau, Rietling in Eberswalde, Busse in Brandenburg (Havel), Behrendt in Potsdam, Pries in Wittenberge (Bez. Potsdam), Rahn in Groß-Lichterfelde als Postassistenten, die Postanwärter Hartmann in Brandenburg (Havel), Kuhlmann in Ludenwalde als Postassistenten, der Telegraphenamtswärter Lenfert in Potsdam als Telegraphenassistent, der Postanwärter Koch in Zernitz und der Postassistent Benkowsky in Großpankow als Postverwalter.

Ernannt sind die Postassistenten Brandt in Angermünde, Herrmann in Spandau, Kossak und Thurnagel in Brandenburg (Havel) zu Ober-Postassistenten.

Versetzt sind der Postinspector Ronge von Potsdam zum Reichs-Postamt in Berlin, der Ober-Postdirectionssecretair Krittke von Potsdam in die Vorsteherstelle des Postamts in Steglitz, der Ober-Postdirectionssecretair Ruck von Potsdam als com. Telegraphenamtskassirer nach Chemnitz, der Ober-Telegraphensecretair Schulz von München-Gladbach nach Spandau, die Postsecretaire Schwarz von

Prenzlau nach Witten (Mubl), Zedler von Eberswalde nach Lauban, Ehrhard von Angermünde nach Magdeburg, Lange von Jüterbog nach Potsdam, Red von Rathenow nach Eberswalde, die Postsecretaire Engel von Rallberge Müdersdorf nach Erkner, Krappig von Regin (Havel) nach Rallberge Müdersdorf, Dilling von Großpankow nach Regin (Havel), die Ober-Postassistenten Wenzel von Strassburg (Uckermark) nach Potsdam, Ventzke von Neustadt (Dosse) Bahnhof nach Wittstock (Anprignitz), die Postassistenten Elsholz von Groß-Lichterfelde nach Potsdam, Zieten von Gera (R. f. L.) nach Rauen, Frid von Wittstock nach Brandenburg (Havel), der Telegraphenassistent Weißheimer von Jüterbog nach Brandenburg (Havel). Dem Postkassirer Rutsch aus Karlsruhe (Baden) ist eine Postinspectorstelle für den Bezirk der Ober-Postdirection in Potsdam, dem Ober-Postdirectionssecretair Bissing aus Cöln (Rhein) die Kassirerstelle bei dem Postamt in Potsdam, den Postsecretairen Walzmuth aus Berlin und Thomas aus Hamburg Bureaubeamtenstellen 1. Klasse bei der Ober-Postdirection in Potsdam provisorisch übertragen worden.

Personal-Veränderung im Bezirke der königlichen Eisenbahn-Direction zu Bromberg.

Versetzt ist der Güter-Expedit, Wagner in Lichtenberg-Friedrichsfelde nach Berlin.

Geschenke an Kirchen &c.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachstehend benannten Kirchen &c. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet worden:

Baruth: der Kirche in Wahldorf vom Altstift Gottfr. Lehmann: Abendmahlstisch und 3 Taufsteindecken, vom Mittergutsbesitzer Schwickge: Patene und Weinkanne;

Belzig: der Kirche in Niederwerbig vom Geistlichen der Diözese: Altarstufenteppich, vom Pfarrer Rupprecht in Haseloff: Altarbibel, vom Schulzen Nickelmann und Hüfner G. Nickelmann: Altarraumteppich, vom Rent. A. Görsch: 2 Kreuze für die Altar- und Kanzelbekleidung, vom Pfarrer Hahne in Wandorf: Lichthalter, vom Pfarrer Borchmann: Hostienbrot und Patene, der Kirche in Zehstorf von der Gemeinde: Weinkanne, der Kirche in Reetz von Varenin von Goldacker und Gräfin von Beust: Kirchenglocke;

Berlin-Land II.: der Kirche in Schönfließ von Bar. v. von Beltheim: 6 Wand-, 2 Kanzel- und 2 Orgelleuchter, der Kirche in Lübars: vom Fabrikbes. Budweg in Waidmannslust: 16 Armleuchter;

Bernau: der Kirche in Dranienburg vom Kaufm. Krebs: 2 Pledertafeln, von einer ungenannten Dame: Christbaumschmuck, von der Gemeinde: Altarteppich;

Dom-Brandenburg: der Kirche in Pessin von Fr. v. von Knoblauch: reicher Kanzelbehang, von Ungenannt: klauseidener Kanzelbehang, von Gemeinde-Gliedern:

Nr.	Name und Stand des Angeklagten.	Alter und Heimath.	Grund der Verurtheilung.	Behörden, welche die Anweisung beigefügt hat.	Datum des Anordnungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
		h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:			
5.	Josef Freitag, Kaminkehrer,	geboren am 15. März 1875 zu Graz, Steiermark, ortsangehörig zu Steinberg, Bezirk Voitsberg, ebendasselbst.	Landstreichen u. Betteln, Königlich bayerische	Polizei-Direktion München,	13. Februar 1894.
6.	Adolf Meyer, Schreiber,	geboren am 7. Januar 1863 zu Wadowice, Galizien, ortsangehörig zu Leichen, Oesterreichisch-Schlesien,	Diebstahl Landstreichen u. Betteln u. Verrufsmittelverwendung,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. Februar 1894.
7.	Eduard Grundmann, Dienstknecht,	geboren am 12. Dezember 1875 zu Bernsdorf, Bezirk Trautmannau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	20. Februar 1894.
8.	Franz Vaimböck, Schweizer,	geboren am 16. Juni 1858 zu Vaud, Bezirk Innsbruck, Tirol, ortsangehörig ebendasselbst,	schwerer Diebstahl, Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	17. Februar 1894.
9.	Hann Józef Verba, Vorsänger u. Schachter,	geboren im Jahre 1870 zu Debryn, Kreis Lipno, Russisch-Polen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg,	26. Februar 1894.
10.	Valentin (Valerian) Maslowski, Goldschmied,	geboren am 14. August 1864 zu Tzschima, Galizien,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	20. Februar 1894.
11.	Peter Miczka, Trabanten,	30 Jahre alt, geboren zu Neoszlina, Komitat Trencsin, Ungarn,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	13. Februar 1894.
12.	Eduard Wolf, Arbeiter,	geboren am 11. März 1835 zu Klein-Wobran, Bez. Schönberg, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	20. Februar 1894.
13.	Josef Albert, Glaser,	geboren am 2. März 1851 zu Telna, Ungarn, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	8. Februar 1894.
14.	David Bojarnofsky, Kantelmann,	geboren im Jahre 1843 zu Einsel, Gouvernement Bownjisko, Russland, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	28. Februar 1894.
15.	Johann van der Burg, Gärtner,	geboren am 5. Februar 1867 zu Goerde, Niederlande, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	derselbe,	2. März 1894.
16.	Franz Chaule, Schlosser,	34 Jahre alt, geboren zu Ceryn, Gemeinde Tpa-	Landstreichen,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Mannheim,	21. Februar 1894.

Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund- der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschließen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	
		des Ausgewiesenen				
17		Wenzel Chlapaty, Schuhmacher,	geboren am 4. Sep- tember 1872 zu Prag, Böhmen, österreichi- schen Staatsangehör.	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	3. März 1894.
18		Heinrich Czackert, (Czackert), Zinngießer,	geboren am 12. Januar 1851 zu Wolfersdorf, Bezirk Böhmisches- Leh, Böhmen, ortsan- gehörig zu Tet- schen, Böhmen,	Beiteln,	Königlich sächsische Kreisbauamt- schaft Rauen, zu Düsseldorf,	12. Februar 1894.
19		Peter Derks, Tagelöhner,	geboren am 7. April 1872 (8. März 1872 oder 1869) zu Heyen, Provinz Limburg, Nie- derlande, ortsangehö- rig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	1. März 1894.
20		Karl Diesfeld, Gärtner,	geboren am 12. De- zember 1840 zu Penn, Niederlande, ortsan- gehörig ebendaselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
21		Gottlieb Dorner, Schlosser,	geboren am 2. Dezem- ber 1874 zu Knittel- feld, Bezirk Judenburg, Steiermark, ortsange- hörig zu Schönweg, Bezirk Wolfseberg, Kärnten,	Landstreichen, Beiteln u. s. w.	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	9. Februar 1894.
22		Josef Dresel, Glaserarbeiter,	geboren am 19. März 1869 zu Terefenibal, Bez. Schönbürg, Böh- men,	Beiteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	28. Februar 1894.
23		Josef Goldmann, Handweber,	geboren am 5. Mai 1864 zu Jöhndorf, Bezirk Pöls, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	desgleichen,	derselbe,	2. März 1894.
24		Heinrich Hampel, Arbeiter,	geboren am 28. Oktober 1853 zu Mendisdorf, Kreis Gitschin, Böh- men (oder Mönche- dorf, Bezirk Hohen- elbe), ortsangehörig ebendaselbst,	Widerstand gegen die Staatsgewalt, Ver- drehung und Beiteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Königs- berg,	21. Februar 1894.
25		Josef Kobielitz, Bäckergehilfe,	geboren im März 1870 zu Jlelna, Bezirk Tetschen, Österreichisch- Schlesien, österreichi- scher Staatsangehör.	Landstreichen, Beiteln u. s. w.	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	31. Januar 1894.
26		Johann Kolárik, Fabrikarbeiter,	geboren am 8. April 1865 zu Chrást Pí- sova, Bezirk Píse- k, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	8. Februar 1894.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschloß.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
27	Anton Vádisz, Former,	geboren am 18. April 1863 zu Budapest, ungarischer Staatsangehöriger,	Diebstahl u. Landstreichen,	Großherzoglich mecklenburgische Landesregierung zu Neu-Strelitz,	26. Februar 1894.
28	Alfred Oscar Leonhard, Maurer,	geboren am 5. Dezember 1839 zu Kopenhagen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Freiburg,	24. Februar 1894.
29	Karl Mayerhofer (Meierhofer oder Maierhofer), Töpfer,	geboren am 18. Oktober 1848 zu Neumarkt, Bez. Salzburg, Oesterreich,	Landstreichen u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	25. Februar 1894.
30	Johann (Janos) Remesch, Barbiergehülfe,	geboren am 6. Mai 1859 zu Peterswald, Bezirk Freistadt, Oesterreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	31. Januar 1894.
31	Karl Köffelhuber, Steinrunder,	geboren am 4. November 1850 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	Diebstahl u. Landstreichen,	Polizeibehörde zu Hamburg,	5. März 1894.
32	Josef Rogmann, Weber,	geboren am 1. Oktober zu Práibram, Bezirk Prag, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	28. Februar 1894.
33	Anton Scholze, Weber,	geboren am 22. März 1853 zu Brim, Bez. Gabel, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Nibbach,	12. Februar 1894.
34	Karl Zeif, Bäuer,	geboren am 31. Januar 1872 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl u. Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	deegleichen.
35	Wenzel Slevica, Kaufmann,	geboren am 28. September 1868 zu Milotice, Bezirk Beneschau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen, Diebstahl u. falsche Namensangabe,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Freiburg,	3. März 1894.
36	Matthias Byvadi, Sattler,	geboren am 22. Februar 1867 zu Pustkadek, Kreis Piegarn, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	20. Februar 1894.
37	Mar Börösch, Müller,	geboren am 28. August 1870 zu Salzburg, Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. Februar 1894.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 17.

Den 27. April

1894.

Allerhöchste Ordre,

Betreffend Abänderung der Vorschriften über die Uniformirung der
Ereksivbeamten der städtischen Polizeiverwaltungen.

Auf den Bericht vom 17. Januar d. J., dessen Anlagen anbei zurücksolgen, bestimme ich hiernit, daß die bestehenden Vorschriften über die Uniformirung der Ereksivbeamten der städtischen Polizeiverwaltungen in folgenden Punkten ergänzt und abgeändert werden.

- 1) Die Inspektoren und Kommissare dürfen außer bei feierlichen Gelegenheiten und sonstigen besonderen Anlässen, einen mit dem Abzeichen ihrer Grade versehenen Ueberrock aus dunkelblauem Tuch mit Kermelausschlägen aus demselben Stoff, platten Knöpfen von gelbem Metall, karminrothem Kragen und gleichfarbigen Vorstößen um die Kermelausschläge und an den Taschenseisten tragen, der in Form und Schnitt dem Ueberrock der Offiziere von der Armee nachgebildet ist und bei den Inspektoren an die Stelle des für sie vorgesehenen Interimirockes tritt.
- 2) Von den Wachmeistern und Sergeanten kann anstatt des vorgeschriebenen Uniformirockes aus Tuch bei warmer Witterung ein leichter Rock aus weißem Drill von gleichem Schnitt wie jener mit einer Reihe Waffenkнопfen von gelbem Metall und dem Abzeichen ihrer Grade getragen werden.
- 3) Die für die Achselstücke der Inspektoren vorgeschriebenen Sterne — aus Silber (weißem Metall) — sind nicht, wie bisher, rechts unterhalb des königlichen Wappenschildes anzubringen, sondern der eine oberhalb und der andere unterhalb.
- 4) Die Epaulettalter über den Achselstücken der Wachmeister kommen in Wegfall.
- 5) Die Sergeanten erhalten anstatt ihrer bisherigen Achselstücke eine Achselklappe aus karminrothem Tuch ohne Einfassung mit dem königlichen Wappenschild. Ueberall da, wo mehrere Beamte dieser Kategorie vorhanden sind, müssen die Achselklappen mit fortlaufenden, unter dem Wappenschild anzubringenden Nummern von gelbem Metall versehen werden. Ferner genehmige ich, daß den unteren Ereksivbeamten der Polizeiverwaltungen auf dem Lande auf Antrag dieser Verwaltungen von den Regierungs-Präsidenten in geeigneten Fällen gestattet werde, die Dienstkleidung der städtischen Polizeibeamten anstatt der durch die Ordre vom 30. Mai 1874 vorgeschriebenen zu tragen.

Berlin, den 7. Februar 1894.

Wilhelm R.

Graf zu Eulenburg.

An den Minister des Innern.

Bekanntmachungen

der Königl. Ministerien.

Uniformirung der Ereksivbeamten der städtischen
Polizeiverwaltungen.

7. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 7. Februar d. J. zu bestimmen geruht, daß der nach der Rundverfügung vom 25. Oktober v. J. für die Wachmeister und Sergeanten der städtischen Polizeiverwaltungen eingeführte, bei warmer Witterung zu tragende leichte Rock aus weißem Drill gefertigt werde. Die erwähnte Allerhöchste Ordre, worin auch die übrigen in der Rundverfügung vom 25. Oktober v. J. aufgeführten neuen Bestimmungen über die Uniformirung der Ereksivbeamten bei den städtischen Polizeiverwaltungen zusammengefaßt sind, ist in Nummer 3 des Ministerial-Blatts für 1894 abgedruckt.

Zur Behebung mehrerer hinsichtlich dieser Bestimmungen entstandener Zweifel bemerke ich noch Folgendes:

Die Polizeiwachmeister haben künftig, wie bisher, die früher für die Polizeisergeanten vorgeschriebenen Achselstücke zu tragen. Nur die bei einigen Polizeiverwaltungen für sie eingeführten Epaulettalter über den Achselstücken kommen künftig in Wegfall. Die Art der Befestigung der Achselstücke auf den Röcken kann den Beamten überlassen werden.

Die für die Polizeisergeanten neu eingeführten Achselklappen sind von gleicher Form und Größe wie die militärischen Achselklappen anzufertigen und ebenso wie diese auf den Röcken zu befestigen.

Ueber die ferner angeregte Frage, ob auch auf den Paletots der städtischen Polizei-Ereksivbeamten Gradabzeichen anzubringen seien, wird später Entscheidung getroffen werden.

Berlin, den 24. Februar 1894.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Braunbehrend.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

84. Auf Grund des § 100 e. der Reichsgewerbeordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Töpfer-Innung zu Brandenburg a. H.

- 1) daß Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der

Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung ver-
trete Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme
in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber
der Innung nicht angehört.

- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften
über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, so-
wie über die Ausbildung und Prüfung der Lehr-
linge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr
zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern
gehört,

- 3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art
vom 1. Juli 1894 ab Lehrlinge nicht mehr an-
nehmen dürfen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen
Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung die
Stadt Brandenburg a. H. und die Amtsbezirke Wil-
helmsdorf, Nefahn, Schmergle, Jeierig, Goeß und Deeg
umfaßt.

Potsdam, den 11. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

85.

Nachweisung

der Zeiten, zu welchen die Drehbrücken über die Havel bei Spandau im Zuge der Berlin-Hamburger und
der Berlin-Vehrier Eisenbahn für den Schiffahrts-Verkehr geöffnet sind.

Gültig vom 1. Mai bis 30. September 1894.

Mitteleuropäische Zeit.

I.
Die Drehbrücke
im Zuge der Berlin-Hamburger Eisenbahn

Nr.	ist für den Schiffahrts-Verkehr geöffnet von bis				Zeit dauer Min.	Bemerkungen (in der Spalte zwischen den Zügen)
	Uhr	Min.	Uhr	Min.		
Vormittags						
1	12	21	12	44	23	
2	1	04	2	01	57	
3	2	21	4	34	149	
4	5	55	6	22	27	
5	7	11	7	34	23	
6	7	54	8	01	10	
7	8	46	8	57	11	
8	9	19	9	34	15	
9	10	35	10	55	20	nur, wenn Zug B60. nicht verkehrt.
Nachmittags						
10	3	21	3	37	16	
11	4	43	5	17	34	
12	5	46	6	09	23	
13	6	52	7	15	23	
14	8	12	8	17	5	
15	9	01	9	15	16	
16	11	12	11	18	6	

II.
Die Drehbrücke
im Zuge der Berlin-Vehrier Eisenbahn

Nr.	ist für den Schiffahrts-Verkehr geöffnet von bis				Zeit dauer Min.	Bemerkungen (in der Spalte zwischen den Zügen)
	Uhr	Min.	Uhr	Min.		
Vormittags						
1	1	07	1	32	25	
2	2	35	3	15	40	
3	3	51	4	10	19	
4	4	42	4	56	14	
5	5	47	6	31	44	
6	7	07	7	26	19	
7	8	09	8	41	32	
8	9	40	9	32	22	
9	10	32	11	01	29	
10	11	24	11	43	19	
Nachmittags						
11	12	25	12	50	25	
12	1	45	2	05	20	
13	2	35	2	45	10	
14	4	15	4	55	40	
15	6	09	7	16	67	
16	7	36	7	56	20	nur wenn Züge 822 a L. 820 L. nicht verkehren.
17	8	16	8	38	22	nur desgl. 824 L. 813 L.
18	8	58	9	07	9	nur desgl. 822 L.
19	9	50	9	52	22	nur desgl. 826 L.
20	10	35	11	14	39	nur desgl. 4075, 828 L.
21	11	30	12	30	40	

Anmerkung: Die Schließung der Brücken erfolgt 15 Minuten vor dem planmäßigen Eintreffen der
Züge in Spandau; in die Wiederöffnung der Brücken nach Durchfahrt der Züge sind
5 Minuten in Ansatz gebracht.

Den vorstehenden Zeitangaben sind die fahrplanmäßigen Anfunfts- und
Abfahrts- bzw. Durchfahrtszeiten der Züge zu Grunde gelegt. Bei Zugverspätungen,
sowie bei Abfassung von Sonderzügen (Maschinen) ändern sich die Zeiten, zu welchen
die Brücken für den Schiffahrts-Verkehr zu öffnen sind, entsprechend den tatsächlichen
Verhältnissen des Eisenbahn-Betriebes.

Potsdam, den 21. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

86. Auf Grund des § 144 Abs. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1853 wird hiermit neben dem Kreisblatt für das Westhavelland auch der in der Stadt Brandenburg unter dem Titel: „Brandenburger Anzeiger“ erscheinenden Zeitung die Veröffentlichungsbefugniß aller ortspolizeilicher Verordnungen, welche von der Polizeiverwaltung zu Pragerbe für den dortigen Gemeindebezirk erlassen werden, mit Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs beilegt.

Potsdam, den 12. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Nur Mailfäfer bezw. Engerling-Plage.

87. Wenn auch ein allgemeines Flugjahr der Mailfäfer im Regierungsbezirk nicht zu erwarten ist, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß auf einzelnen Stellen ein mehr oder minder starkes Fliegen der Mailfäfer eintritt.

Sollte diese Plage als eine gemeine Noth erscheinen, so können die Ortspolizeibehörden, gestützt auf § 360 Nr. 10 des Strafgesetzbuches:

mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft:

Nr. 1—9 u. s. w.,

Nr. 10: wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth, von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Hilfe leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte,

die Einwohnerschaft aufwiegen, um die Sammlung und Vernichtung der Mailfäfer durchzuführen.

Es bedarf jedoch keines besonderen Hinweises darauf, daß es sich nur in den **dringendsten Fällen** empfiehlt, von diesem **äußersten Mittel** Gebrauch zu machen.

Am erfolgreichsten ist bisher die Vertilgung der Mailfäfer da durchgeführt, wo neben dem Schutze von Insekten fressenden Vögeln auf das Einsammeln von Engerlingen Bedacht genommen worden ist und namentlich da, wo Gemeinden und Ortsbezirke, auch größere kommunale Verbände oder landwirtschaftliche Vereine für die **Ablieferung einer gewissen Menge Mailfäfer eine sachgemäße Prämie** bezahlt und die Vernichtung der abgelieferten Mailfäfer überwacht haben.

Da die Sammlung der Mailfäfer erfolgreich nur während eines kurzen, meist nur wenige Tage umfassenden Zeitraumes in den frühen Morgenstunden stattfinden kann, so hat die Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, auf meinen Antrag nachgegeben, daß die Herren Volksschulinspektoren auf Antrag der Herren Amtsvorsteher bezw. Ortsvorsteher die größeren Schulkinder, welche sich an der Mailfähereinsammlung beteiligen wollen, auch in diesem Jahr gebotenfalls von dem Unterricht entbinden.

Potsdam, den 16. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Berichtigung.

88. In der im 13. Stück auf Seite 129 bis 132 veröffentlichten Transportkosten-Ordnung vom 16. v. M. muß es im § 4 unter Vc. in der 4. Zeile heißen: „Neben dieser Transportgebühr u. s. w.“

Potsdam, den 23. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

89. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh in Liebäh, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, und in Miersdorf, Kreis Teltow, die Räude bei dem Pferde des Kaufmanns Igisohn in Storkow, Kreis Beeskow-Storkow.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rühen des Eigentümers Rührmund in Weissensee, des Eigentümers Siemann in Dallsdorf, Kreis Niederbarnim, die Räude bei dem Pferde des Bädermeisters Maroldt in Schöneberg, Kreis Teltow, die Brustseuche unter den Pferden des Rittergutsbesizers Stolze in Neufammer, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 24. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

28. In Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 7. März 1860 wird der diesjährige Wollmarkt hierseits in den Tagen vom 19. bis 21. Juni auf dem Terrain der Berliner Lagerhof-Aktien-Gesellschaft abgehalten werden.

Vor den bezeichneten Markttagen darf der Wollmarkt nicht beginnen.

Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden von der Verwaltung der vorgenannten Gesellschaft angewiesen.

Berlin, den 6. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

20. In Gellwig (Havel) wird am 23. April eine mit der Postanstalt daselbst verbundene Reichs-Telegraphenanstalt für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.

Potsdam, den 20. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

6. Das Preussische Staatsschuldbuch ist auch in dem sechsten abgelassenen Geschäftsjahre seitens der Besitzer von Schuldverschreibungen der konsolidierten Staatsschulden lebhaft in Anspruch genommen worden.

Die Zahl der eingetragenen Konten betrug am 31. März

1892: 12039 über 657 645 700 M. Kapital,

1893: 14295 „ 848 777 050 „

sie ist bis zum 31. März 1894 auf

15597 über 949412450 M. Kapital gestiegen.

Von den letztgedachten Konten entfallen 84,3 % auf Kapitalien bis zu 50000 M. und 15,7 % auf größere Kapitalsanlagen.

Für physische Personen waren am 31. März d. J. 10594 Konten über 457590400 M., für juristische Personen 2599 Konten über 312969000 M. eingetragen. Die Zahl der Konten über bevermundete oder in Pflegschaft stehende Personen ist im letzten Jahre von 946 auf 1022 gestiegen.

Von den Zinsen ließen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 8637 Posten von der Staatsschulden-Eilgungskasse in Berlin durch Vertriebs- oder Postanweisung direkt zusenden, 2173 Posten wurden durch Einschrift auf Reichsbank-Girokonto berichtigt und 5096 Posten wurden bei den mit der Auszahlung beauftragten königlichen Kassen abgehoben.

Von den Konteninhabern wohnen 13545 in Preußen, 2461 in anderen Staaten Deutschlands, 147 in den übrigen Staaten Europas, 16 in Asien, 8 in Afrika und 20 in Amerika.

Das Staatsschuldbuch ist allen denjenigen Besitzern Preussischer Konsole zu empfehlen, für welche diese Papiere eine **dauernde** Anlage bilden und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden **unbedingt** sichern wollen, der ihnen, so lange ihr Recht von dem jeweiligen **Besitzer** der Schuldverschreibungen und Zinscheine abhängig ist, durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen dieser Effekten nicht selten entsteht.

Laufende Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern **nicht** erhoben. Für jede Einschrift ist ein **einmaliger** Betrag von 25 Pfennig für jede angefangenen 1000 M. des Kapitalbeitrages, über welchen verfügt wird (mindestens 1 M.), zu zahlen.

Die von uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“, welche über Zweck und Einrichtung des Schuldbuchs Genaueres ergeben, können durch jede Buchhandlung oder direkt von dem Verleger J. Guttentag Berlin für den Preis von 40 Pf. oder durch die Post franko 45 Pf. bezogen werden.

Berlin, den 11. April 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

10. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem inzwischen verstorbenen Grundbesitzer Karl Schilling zu Peterseimark, Kreis Osterburg, bei dessen Lebzeiten angeblich am 7. Oktober 1891 die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1884 Lit. B. Nr. 292469 über 2000 M. vernichtet worden ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Vertreter der Erben des ic. Schilling, Rechtsanwalt und Notar Ascher zu Osterburg, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 14. April 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

11. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Eigenthümer Hermann Westermann in Alt-Lipselsbruch, Kreis Landsberg, wohnhaft, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1885 Lit. D. Nr. 710353 über 500 M. angeblich in Schöneberg bei Berlin abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welche sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der Deutschen Kapital- und Sparbank hier SW., Kochstraße 27, I. anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 17. April 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

7. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung von Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beizügung der Errichtung von Rentengütern, wird am **18. Mai d. J. Vormittags 10 Uhr** in unserer Geschäftslokale, Klosterstraße Nr. 76 hieselbst, die Auslosung von Rentenbriefen, sowie die Vernichtung früher ausgeloseter und eingelieferter Rentenbriefe nebst Coupons, unter Zugiehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 18. April 1894.

Königliche Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen

des Königlichen Ober-Vergamts zu Halle.

Andereitliche Abgrenzung der Bergreviere Kestbus, Guben und Frankfurt a. D.

1. Durch Erlass des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 11. April d. J. 1. 2023 ist auf Grund des § 128 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in Betreff der anderweitigen Eintheilung und Begrenzung bezw. Benennung der Bergreviere Kestbus, Guben und Frankfurt a. D. Folgendes bestimmt worden:

1. Das Bergrevier **Frankfurt a. D.** umfaßt: vom Regierungsbezirk Potsdam den Kreis Beeskow-Storkow; vom Regierungsbezirk Frankfurt a. D.

die Kreise Pabst, Stadtkreis Frankfurt a. O., Landsberg a. W., Soldin, Friedeberg, Arnswalde, West-Sternberg, Ost-Sternberg, Züllichau und der nördlich der Oder gelegene Theil des Kreises Krössen.

II. Das bisherige Revier **Guben** wird mit dem Namen **Ost-Kottbus** bezeichnet und der Sitz dieses Reviers von Guben nach **Kottbus** verlegt. Das Revier **Ost-Kottbus** umfasst den südlich der Oder gelegenen Theil des Kreises Krössen, den Stadt- und Landkreis Guben, die Kreise Sorau und Spremberg und die östlich der Eisenbahn von Spremberg nach Kottbus-Frankfurt a. O. gelegenen Theile der Kreise Kottbus und Lübben.

III. Das bisherige Revier **Kottbus** erhält die Benennung **West-Kottbus** und behält seinen Sitz in Kottbus. Dasselbe umfasst die Kreise Kalau und Luckau und die westlich der Eisenbahn von Spremberg nach Kottbus-Frankfurt a. O. gelegenen Theile der Kreise Kottbus und Lübben.

Diese neue Revier-Einstellung tritt mit dem

1. Juni d. J. in Kraft.

Halle a. S., den 16. April 1894.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

B e k a n n t m a c h u n g.

17. Vom 1. Mai bis einschließlich 30. September d. J. werden Rückfahrkarten mit Gutscheinen nach Berlin zum Anschlusse an die daselbst zum Verfaufe stehenden festen Rundreisekarten, sowie an die Sommer- und Anschluß-Rückfahrkarten mit Gutscheinen wie folgt ausgegeben werden: a. **nach Berlin Stadtbahn:** Von Allenstein, Braunsberg, Bromberg, Egermühl, Danzig Ige und hohe Ther, Dt.-Eylau, Dirschau, Elbing, Gnesen, Graudenz, Insterburg, Jaksonow, Königsberg i. Pr., König, Kerschen, Kreuz, Landsberg a. W., Lausowig, Marienburg, Marienwerder, Memel, Neustettin, Osterode i. Ostpr. Pr. Stargard, Schneidemühl, Thorn und Tilsit mit 60-tägiger Gültigkeitsdauer, von Posen, Breslau, Bries, Bunzlau, Cembus, Gleiwitz, Glogau, Gölzig, Guben, Ratibor, Königszell, Kreuzburg, Liegnitz, Lissa, Reife, Delo, Trepeln, Posen, Ratibor, Sagan, Schweidnitz, Spremberg, Tarnowitz und Waldenburg i. Schl. mit 45-tägiger Gültigkeitsdauer; b. **nach Berlin Stettiner Bahnhof:** Von Belgard, Cöslin, Colberg, Rubnow, Schwelken, Schlawa, Stargard i. Pm. und Stolp mit 60-tägiger und von Anklam, Greifswald, Pasewalk, Prenzlau, Stettin und Stralsund mit 45-tägiger Gültigkeitsdauer; c. **nach Berlin Anhalter Bahnhof:** Von Chemnitz, Dresden-Friedrichstadt, Altstadt und Neustadt und Leipzig (Päpstlicher Bahnhof) mit 45-tägiger Gültigkeitsdauer. Im Anschlusse an Rundreisekarten nach Italien werden jedoch die Rückfahrkarten mit 60-tägiger Gültigkeitsdauer während des ganzen Jahres verkauft. Ermäßigung bei Kinderbeförderung und Gepäckfreigewicht, sowie Auflösung von

Kabikarten beim Uebergange in höhere Wagenklassen wie im gewöhnlichen Verkehre. Bestimmungen an Rückfahrkarten mit Gutscheinen werden durch umgehende Zusendung derselben mit der Post auf Gefahr und Kosten der Vesseller ausgeführt, wenn gleichzeitig mit der Bestellung der Betrag für die Fahrkarten und Gutscheine geküpfert der Fahrkarten-Ausgabestelle zugesandt wird. Rückfahrkarten und Gutscheine werden in jedem Falle mit dem Datum des Tages der Absendung abgekempelt und gilt dieser als der Anfangstag der Gültigkeitsdauer. Bezeichnungen können zum Preise von 10 Pf. für das Stück durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgabestelle bezogen werden und werden den Käufern der Rückfahrkarten mit Gutscheinen ohne besondere Bezahlung verabsolgt. Näheres ist bei den Fahrkarten-Ausgabestellen zu erfahren.

Berlin, Breslau und Bromberg,

den 10. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

18. Rückfahrkarten mit 45-tägiger Gültigkeitsdauer nach Badeorten werden wie folgt verkauft: a. Zum Besuch von Heilbädern vom 1. Mai bis 30. September 1894: Nach **Colberg** von Bromberg, Königsberg a. W., Nafel, Schneidemühl, Stargard i. Pm., Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach **Elbing** (für Rahlberg) von Berlin Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schlesischer Bahnhof, Bromberg und Inowrazlaw, nach **Neuhäuser** von Charlottenburg, Berlin Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schlesischer Bahnhof und Tilsit, nach **Rügenwalde** von Bromberg und Stargard i. Pm., nach **Stolpmünde** von Bromberg, Schneidemühl und Stargard i. Pm., nach **Zoppot** von Stargard i. Pm. über Cöslin, nach **Zoppot oder Neufahrwasser** von Allenstein, Charlottenburg, Berlin Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schlesischer Bahnhof, Bromberg, Cüstrin, Cüstrin Vorstadt, Graudenz, Insterburg, Königsberg i. Pr. Ostpr., König, Landsberg a. W., Nafel, Schneidemühl, Thorn Hauptbahnhof, Thorn Stadt, Tilsit und Wehlau, nach **Grenz** von Allenstein, Charlottenburg, Berlin Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schlesischer Bahnhof, Bromberg, Goldap, Graudenz, König, Marggrabowa, Marienwerder, Friedeberg, Osterode i. Ostpr. und Tilsit. Eine Ueberführung der Fahrkarten-Inhaber findet in Königsberg i. Pr. von und nach dem Bahnhofe der Königsberg-Grauzer bezw. Ostpreussischen Südbahn nicht statt. Die Fahrt kann jedoch in Königsberg i. Pr. auch von dem Ostbahnhofe auf der diesseitigen Strecke Königsberg-Labiau bis Neithen i. Ostpr. zurückgelegt werden; ab Neithen i. Pr. erfolgt die Reise auf der Grauzer-Elektrikbahn. Dasselbe gilt für die umgekehrte Richtung. Das abgefertigte Reisegepäck wird in Königsberg i. Pr. stets von dem einen zum anderen Bahnhofe verwaltungsseitig überführt. b. Zum Besuch von **schlesischen Bädern**

orten: Vom 1. Mai bis 30. September 1894: Nach Landed Bad von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach Langenau Bad von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach Glas von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach Rückers-Reinertz von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach Altwasser, Salzbrunn, Nollhammer, Wüstegiersdorf, Charlottenbrunn und Halbstadt (für Bad Gudowa) von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt, nach Friedeberg a. D., Reibnitz, Hirschberg, Jannowitz, Liebau, Peterdorf, Schmiedeberg und Waimbrunn von Bromberg, Thorn Hauptbahnhof und Thorn Stadt. Näheres ist bei den Fahrkarten-Ausgabestellen zu erfahren.

Bromberg, den 11. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

19. In die vom 1. Juni d. J. ab zwischen Berlin Charlottenburg und Eydslubnen verkehrenden neuen Durchgangszüge 1 und 2 werden Wagen eingestellt

werden, welche durch Gänge und getradite Uebergangsbrücken miteinander verbunden und mit nummerirten Plätzen versehen sind. Für die Benutzung eines solchen Platzes ist außer dem Fahrpreise ein Zuschlag von 2 Mark für die I. und II. Klasse und von 1 Mark für die III. Klasse gegen Aushandigung einer Platzkarte zu zahlen. Bromberg, den 19. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

20. Am 1. Mai 1894 wird der auf der Bahnstrecke Tilsit Labiau zwischen Tilsitten und Tilsit gelegene Haltepunkt Alt-Beyneichen für den unbefchränkten Personen- und Gepäck-Verkehr eröffnet. Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund der Entfernungen des Nachtrages 3 zum Kilometerzeiger und der Preistafel des Lokal-Personen-Tarifs für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg. Näheres ist auf allen Stationen und Haltestellen zu erfahren.

Bromberg, den 19. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

8.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Ostbavelland auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Erordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirken

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke	Proheriger Gemeinde bzw.	Künftiger Gemeinde bzw. Gutsbezirk
1.	Die in den vorläufigen Fortschreibungs-Verhandlungen des Gemeindebezirks Wustermark unter Kartenblatt 2 Nr. 339/130 eingetragene fiscalische, an den Pauergrutbesitzer Theodor Engel in Wustermark veräußerte Parzelle von 48 qm Größe.	Fiscalischer Gutsverband Wustermark.	Gemeindebezirk Wustermark.
2.	Die im Grundbuche Band 1. Blatt 30 des Gemeindebezirks Wustermark unter Kladdenabschnitt 333/130 Kartenblatt 2 verzeichnete, an den Fiskus abgetretene Parzelle von 47 qm.	Gemeindebezirk Wustermark.	Fiscalischer Gutsverband Wustermark.
3.	Die in den vorläufigen Fortschreibungs-Verhandlungen des Gemeindebezirks Perwenig unter Kartenblatt 5 Nr. 181/19 eingetragene, an den Handelsmann Schilling in Perwenig veräußerte domänenfiscalische Dorfstraßen-Parzelle von 20 qm Größe.	Fiscalischer Gutsbezirk Perwenig.	Gemeindeverband Perwenig.
4.	Desgl. unter Kartenblatt 5 Nr. 182/19 eingetragene, an den Halbbüdnier Wilhelm Ribbe zu Perwenig veräußerte domänenfiscalische Dorfstraßen-Parzelle von 21 qm Größe.	Dgl.	Dgl.
5.	Dgl. unter Kartenblatt 5 Nr. 183/19 eingetragene, an die Witwe des verstorbenen Büdners Johann Friedrich Genschow zu Perwenig veräußerte domänenfiscalische Dorfstraßen-Parzelle von 95 qm Größe.	Dgl.	Dgl.
6.	Dgl. des Gemeindebezirks Pausin unter Kartenblatt 5 Nr. 206/16 eingetragene, an die Schulgemeinde Pausin veräußerte domänenfiscalische Dorfstraßen-Parzelle von 30 qm Größe.	Fiscalischer Gutsverband Pausin.	Gemeindeverband Pausin.

Rauen, den 14. April 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Ostbavelland.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

betreffend die noch nicht zur Einlösung gekommenen Steuer-Credit-Rassenscheine und unverzinlichen Kammer-Credit-Rassenscheine.

Nachdem die letzte Verlosung der Steuer-Credit-

Rassenscheine bereits Michaelis 1873 stattgefunden und die Verzinsung schon mit dem Termin 1874 aufgehört hat, sind bis jetzt die nachfolgenden Steuer-Credit-Rassenscheine und unverzinlichen Kammer-Credit-Rassenscheine noch immer nicht zur Einlösung präsentirt:

A. Steuer-Credit-Kassenscheine vom Jahre 1764.

Lit. A. à 1000 Tblr. N^o 5557.

Lit. D. à 100 Tblr. N^o 564 2208.

B. Unverzinsliche Kammer-Credit-Kassenscheine.

Lit. E. à 47 Tblr. N^o 283 1581 1653 2853 4550 4852 6255 6533 7933 8093 8101 8563 8608 8630 8697 8717 8753 9187 9299 9489 9941 10100 10479 10563 10624 10742 10906 12482 14412 14483 14601 14652.

Lit. E. à 49 Tblr. N^o 272 1240 1725 3242 3244 3782 4100 4390 5357 5599 5600 5685 6160 6161 6333 6899 8216 8447 8457 8473 8686 9041 9259 9439 9451 10235 10343 11417 12385 12515 14259 14702.

Die Besitzer dieser Scheine werden an die baldige Abhebung dieser Kapitalbeträge erinnert. Die Abhebung erfolgt bei der hiesigen Regierungshauptkasse gegen Zahlung, zu welchen Formulare von der genannten Kasse unentgeltlich verabfolgt werden und gegen Rückgabe der Scheine.

Merseburg, den 5. April 1894.

Der Königliche Regierungs-Präsident.

Personalchronik.

Im Kreise Prenzlau ist wegen des zum 1. Mai d. J. bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit der

Referentmann Ritsch in Bräunow aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXIV. — Bräunow — ernannt worden.

Der ehemalige Rechtskandidat Ernst Conrad ist zum Amtsanwalt bei dem Königlichen Amtsgericht in Rirdorf ernannt worden.

Der königliche Oberstabsarzt II. Classe Dr. Conrad Benda hat die Verwaltung des Kreis-Physikats in Angermünde kommissarisch übernommen.

Der bisherige Pfarrer Ludwig August Hermann Mar Stoltze in Groß-Behnig, Diözese Altstadt-Brandenburg, ist zum Pfarrer in Groß-Vichtersfelde, Diözese Köln-Land I., bestellt worden.

Der ordentliche Lehrer an der Königlichen Elisabethschule in Berlin Speyer ist zum Oberlehrer ernannt worden.

Die Lehrerinnen Becker, Schlechter, Otto H., Schmolling, Döring, Lehner, Schanz, Dohme, Wittmann und Frank sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Gubke ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Wilhelm Höbne ist als Vorschullehrer am hiesigen Königsstädtischen Realgymnasium angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a) Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Johann Ries (Rieß), Händler,	geboren im Jahre 1843 zu Watsch, Bez. Eger, Böhmen, ortsdangerig zu Lubenz, Bezirk Ludwig, ebendasselbst,	einfacher und schwerer Diebstahl und versuchter Mord (8 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 25. Februar 1886),	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	16. Februar 1894.
2.	Karl Konrad, Schlossergehelfe,	geboren am 29. Juli 1862 zu Graz, Steiermark, österreichischer Staatsangehöriger,	einfacher und schwerer Diebstahl im Rückfall (6 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 16. Februar 1888),	Königlich bayerisches Bezirksamt Kulmbach,	12. Februar 1894.
3.	Nathan Ellinger, Agent,	geboren am 4. November 1857 zu Budapest,	schwerer Diebstahl (drei Jahre 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 11. Oktober 1890),	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	14. Februar 1894.
4.	Josef Schnürmacher, Geschäftsreisender,	geboren am 27. Oktober 1857 zu Waigen, Ungarn,	desgleichen,	deselbe,	desgleichen.
5.	Nikolaus Belter, Knecht,	geboren am 19. Juli 1870 zu Uedingen, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 5ten April 1892),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	26. Februar 1894.

Rang Nr.	Name und Stand	Mutter und Vornamen	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat.	Datum des Anweisungsbefchlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
6	Kranz Welf, Luttmacher,	geboren am 7. März Landstreichen und Pörsch, königlich preussischer 1847 zu Kienwaldau, Oesterreichisch-Schle-		Regierungspräsident zu Oprein,	9. Februar 1894.
7	Pietro Perio, Kasträger und Regelschneider,	geboren am 8. Januar Landstreichen, 1855 zu Butera, Ge- meinde Chions, Distrikt San Vito, Provinz Udine, Italien, orts- angehörig zu Portogruaro, Prov. Venedig,		königlich bayerische Polizei-Direktion München,	8. Februar 1894.
8	Josef Weller, Druckergeselle,	geboren am 11. Februar Pörsch, 1841 zu Hagenberg, Bezirk Jägerndorf, Oesterreichisch-Schle-		königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	10. März 1894.
9	Kris. Berchi, Wegger,	geboren am 13. Juli Landstreichen, 1875 zu Hötting, Ti- rol, ortsangehörig zu Trient, ebendaselbst,		Herzoglich bairische Landessteuerverwaltung zu Freiburg,	12. März 1894.
10	Thomas Brabeneck, Schneidender,	geboren am 10. Nozem Landstreichen, her 1873 zu Demau, Bezirk Rappitz, Böh- men, ortsangehörig zu Lipowic, Bezirk Prachatic, ebendaselbst,		königlich bayerische Polizei-Direktion München,	20. Februar 1894.
11	Peter Feribumer, Tagelöhner,	geboren am 1. Januar Pörsch, 1855 zu Eufenberg, Bezirk Erlaufstein, Steiermark, ortsange- hörig zu Eszding, Be- zirk Welz, Ober-Oester- reich,		königlich bayerische Bezirksamt Erding,	6. Februar 1894.
12	Jacob Kleeschauer, Erntearbeiter,	geboren am 25. März Landstreichen, her 1853 zu Melich, Provinz Pommern, Me- derlande, ortsangehö- rig ebendaselbst,		königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	8. März 1894.
13	Mikolans Olagel, Bader,	geboren am 30. Juli Landstreichen u. Pörsch, 1873 zu Pradl, Be- zirk Innsbruck, Tyrol, ortsangeh. zu Pious, ebendaselbst,		königlich bayerische Polizei-Direktion München,	20. Februar 1894.
14	Ludwig Heimerich, Maidenmädchenlester,	geboren am 16. Februar Landstreichen, 1860 zu Seegraben, Gemeinde Denauwitz, Bezirk Pörsch, Steier- mark, ortsangehörig zu Pörsch, Böhmen,		dieselbe,	16. Februar 1894.

Seri. Nr.	Name und Stand		Alter und Heimath		Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen						
1.	2.	3.	4.	5.	6.		
15	Heinrich Zellmoli, Vater,	geboren am 14. Juli 1858 zu Hallein, Bezirk Salzburg, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Beneln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Traunstein,	6. März 1894.		
16	Paulinus Kellner, ehemaliger Bäckergehilfe,	geboren am 22. April 1858 zu Schweibitz, Gemeinde Reß, Oesterreich,	Landstreichen u. Beneln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Arnberg,	8. Februar 1894.		
17	Josef Klotz, Vater,	geboren am 21. Februar 1865 zu Schögelmühle, Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	Beneln,	Polizeibehörde zu Hamburg,	14. März 1894.		
18	Mois Langer, Sattlergehilfe,	geboren am 14. Juni 1865 zu Marasch, Bez. Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Plegnis,	10. März 1894.		
19	Vincenz Mehwald, Schlosser,	geboren im Jahre 1845 zu Hadelstorf, Bezirk Hohenelbe, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Beneln, Gebrauch falschen Namens u. Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich Sächsischer Kreisbaupfannschast Baugen,	14. Februar 1894.		
20	Franz Remerz, Schlosser,	geboren am 20. Februar 1851 zu Cesticele, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Beneln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Plegnis,	7. März 1894.		
21	Johannes Antonius van der Port, Schreiner,	geboren am 23. Juni 1856 zu Zutphen, Provinz Gelderland, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	17. Februar 1894.		
22	Anton Kaufsmayer, Merzer,	geboren am 11. April 1864 zu Togenbach, Bezirk St. Veit, Nieder-Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	dieselbe,	desgleichen.		
23	Peter Romanet, Bäcker,	geboren am 21. September 1861 zu Paris, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	dieselbe,	1. März 1894.		
24	Adam Rudolf, Folbmweber,	geboren am 3. November 1851 zu Bernersreuth, Bezirk Asch, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regen,	21. Februar 1894.		
25	Ernst Schauer, Schuhmawergehilfe,	geboren am 7. Januar 1846 zu Feuerbach, Bezirk Schärding, Ober-Oesterreich, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	dieselbe,	16. Februar 1894.		

1.	2.	3.	4.	5.	6.
Num.	Name und Stand	Alter und Geburtsort	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloß.	Datum der Ausweisungs-Verfügung
26	Franz Strafa, Tagelöhner,	geboren am 3. Mai 1864 zu Mysletine, Bezirk Deutschbrod, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei u. Betteln	Königlich bayerische Bezirksamt Eichenbach,	7. Dezember 1893.
27	Eufanne Ström, Dienstmagd,	geboren am 13. März 1836 zu Abbsitz, Bezirk Scheibbs, Oesterreich, ortsangehörig zu Walsbami, ebendaselbst,	Landstreicherei und falsche Namensangabe,	Königlich bayerische Polizei-Direction München,	21. Februar 1894.
28	Heinrich Teichmann, Arbeiter,	geboren am 9. Februar 1808 zu Niga, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei, Fälschung russischer Namens- und gefälschter Legitimationen, Papieren,	Königlich preussische Regierungspräsident zu Danabrad,	14. März 1894.
29	Ubaldo Trojano, Kriegelarbeiter,	geboren im Mai 1870 zu Tarcento, Provinz Udine, Italien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei,	Königlich bayerische Polizei-Direction München,	22. Februar 1894.
30	Anton Wenzel, Maier,	geboren am 17. August 1867 zu Praunau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei u. Betteln	Königlich preussische Regierungspräsident zu Breslau,	8. März 1894.
31	Johann Zacharias, Spängler,	geboren am 7. Juli 1849 zu Metelitz, Bezirk Prachanitz, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich bayerische Polizei-Direction München,	27. Februar 1894.
32	Hart Joachim Georg Reblendorf, Tuchmacher,	geboren am 17. Juni 1874 zu Rudsöbing, Dänemark, dänischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei,	Polizeibehörde zu Hamburg,	20. März 1894.
33	Theodor Dämmerich, Bückergerelle,	geboren am 12. April 1861 zu Jägerndorf, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei u. Betteln	Königlich sächsische Kreisbauynmannschaft Zwickau,	27. Januar 1894.
34	Lucian D'or, Schreiftsteller,	34 Jahre alt, geboren zu Semethen, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Betteln unter Drohung,	Königlich preussische Regierungspräsident zu Bromberg,	20. März 1894.
35	Anton Ehrlich, Weber,	geboren am 7. August 1874 zu Waggerndorf, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Jerschmanitz, ebendaselbst,	Landstreicherei u. Betteln	Königlich sächsische Kreisbauynmannschaft Bautzen,	18. Februar 1894.

Hierzu fünf Essentielle Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

Belagoblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Rebiquit von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Pann'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 18.

Den 4. Mai

1894.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Verkauf von Remonten für 1894.

S. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

- | | | |
|------------|------------------------|---------|
| 7. Juni | Neustadt a. Oese | 9 Uhr, |
| 8. " | Briezen a. Oder | 9 Uhr, |
| 13. " | Angermünde | 10 Uhr, |
| 14. " | Prenzlau | 9 Uhr, |
| 15. " | Rauen | 9 Uhr, |
| 16. " | Rathenow, | |
| 18. " | Wusthof, | |
| 20. " | Wilsnack, | |
| 21. " | Penzance a. Elbe, | |
| 14. Juli | Straßburg i. d. N.-M., | |
| 17. August | Meyenburg, | |
| 18. " | Kyritz. | |

Die von der Remonte-Ankaufskommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenfänger und Klopfbengste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei

rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Polizei-Verordnung,

betreffend die Abänderung der Polizei-Verordnung für die Wasserläufe des Rhinlands, vom 12. April 1893. (Amtsblatt S. 245)

90. Gemäß § 137. des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-E. S. 195) wird auf Grund des § 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-E. S. 265), sowie des § 73 der Feldpolizei-Ordnung vom 1. November 1847 (G.-E. S. 376) unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses nachstehende Polizei-Verordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Der § 1 der Polizei-Verordnung vom 12. April 1893 (Amtsblatt S. 245), betreffend die Wasserläufe des Rhinlands, wird wie folgt abgeändert:

§ 1. Folgende Wasserläufe des Rhinlands werden unter Schau gestellt:

- a. der Hauptgraben vom Gölper See aufwärts bis Hehrbellin,
- b. der Bärengraben,
- c. der Büttgraben,
- d. der Mühlenrin,
- e. der Klaffenische Rhin (alte Rhin),
- f. der Kriesacker Rhin,
- g. die Tamms bis zur Wildberger Grenze,
- h. der Langen'sche und Wustraner Rhin vom Hehrbelliner Kanal aufwärts bis zum Kuppiner See,
- i. der Tarmower Rhin von Hehrbellin bis zum Hehrbelliner Kanal (Hafenberg),
- k. der Breite Graben vom Tarmower Rhin aufwärts bis zum Hühnerdamm,
- l. der Gühlen-Graben,
- m. der Hauptgraben im Neukammer Rud.

Die Schau wird durch 5 je aus 3 Mitgliedern bestehende Schauämter (§ 15) ausgeübt.

Potsdam, den 31. März 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Zu Vertretung: Freiherr von Richthofen.

91. Nachweisung der an den Mädel der Greckend. Havel im Monat April 1894 beobachteten Wasserstände.

Numm.	Berlin.		Spandau.		Gold.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel.
	Fluss.	Wasser.	Fluss.	Wasser.		Fluss.	Wasser.	Fluss.	Wasser.	
1	32,24	30,81	2,66	0,96	1,31	2,21	1,71	1,70	1,38	2,34
2	32,32	30,90	2,68	1,12	1,30	2,26	1,76	1,72	1,40	2,38
3	32,32	30,92	2,68	0,96	1,31	2,26	1,76	1,76	1,41	2,42
4	32,32	30,92	2,61	0,92	1,31	2,26	1,76	1,76	1,44	2,50
5	32,32	30,88	2,64	0,96	1,31	2,24	1,76	1,76	1,44	2,56
6	32,31	30,96	2,64	1,16	1,31	2,20	1,76	1,76	1,44	2,68
7	32,32	31,06	2,70	1,24	1,36	2,24	1,76	1,76	1,44	2,74
8	32,30	31,00	2,70	1,22	1,36	2,28	1,76	1,76	1,44	2,80
9	32,30	31,00	2,68	1,18	1,39	2,28	1,80	1,76	1,41	2,80
10	32,30	31,00	2,68	1,26	1,40	2,30	1,80	1,76	1,42	2,80
11	32,30	31,00	2,70	1,20	1,41	2,26	1,82	1,76	1,44	2,82
12	32,30	31,00	2,72	1,24	1,42	2,26	1,84	1,78	1,46	2,84
13	32,32	31,02	2,70	1,30	1,41	2,28	1,86	1,78	1,46	2,84
14	32,30	31,02	2,70	1,30	1,45	2,28	1,88	1,78	1,46	2,84
15	32,28	31,02	2,70	1,40	1,45	2,28	1,90	1,80	1,48	2,84
16	32,28	30,96	2,70	1,28	1,46	2,28	1,90	1,80	1,48	2,86
17	32,28	30,90	2,70	1,26	1,47	2,26	1,90	1,80	1,48	2,84
18	32,32	30,96	2,70	1,18	1,46	2,28	1,90	1,80	1,48	2,88
19	32,32	31,00	2,70	1,26	1,44	2,28	1,90	1,84	1,52	2,90
20	32,30	31,02	2,65	1,30	1,44	2,28	1,90	1,84	1,52	2,92
21	32,30	31,08	2,64	1,22	1,41	2,28	1,90	1,84	1,52	2,94
22	32,30	31,08	2,68	1,20	1,44	2,28	1,90	1,84	1,52	2,94
23	32,30	31,06	2,72	1,18	1,44	2,30	1,92	1,84	1,52	2,96
24	32,28	31,06	2,70	1,16	1,43	2,28	1,92	1,84	1,52	2,98
25	32,28	31,06	2,64	1,12	1,42	2,26	1,92	1,84	1,52	2,98
26	32,28	31,06	2,64	1,14	1,40	2,26	1,92	1,84	1,52	2,96
27	32,30	31,06	2,70	1,16	1,39	2,26	1,92	1,86	1,54	2,96
28	32,28	31,06	2,70	1,12	1,38	2,26	1,92	1,86	1,54	2,90
29	32,30	31,06	2,70	1,18	1,37	2,26	1,94	1,86	1,54	2,88
30	32,30	31,08	2,64	1,12	1,37	2,26	1,90	1,86	1,54	2,86
31	32,30	31,06	2,68	1,12	1,36	2,26	1,90	1,86	1,54	2,84

Potsdam, den 25. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Vorsitzende eines Landtagsabgeordneten.

92. Für den bisherigen Regierungsrath, jetzigen Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichsamt des Innern Dr. Kelsch, welcher sein Mandat zum Hause der Abgeordneten für den 5. Wahlbezirk - Stadt Potsdam - niedergelegt hat, hat eine Ersatzwahl stattgefunden.

Ich habe den Herrn Oberbürgermeister Boie hier selbst zum Wahlcommissar ernannt, die Stadt Potsdam als Wahlort bestimmt und den Tag der Wahlmännerersatzwahlen auf den 19. Juni d. J. und den Tag zur Wahl des Abgeordneten auf den 26. Juni d. J. festgesetzt.

Potsdam, den 24. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bezieht die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cammerdori für 1894.

93. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 (Amtsbl. S. 366) bringe ich

hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cammerdori für das Jahr 1894, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Mai: 9. 12. 13. 14. 15. 20. 23. 24. 27. 28. 30.

Juni: 3. 4. 6. 10. 11. 13. 17. 18. 20. 24. 27. 29.

Juli: 1. 4. 5. 8. 9. 11. 15. 16. 18. 22. 23. 25. 29. 30.

August: 1. 5. 6. 8. 12. 13. 15. 19. 20. 22. 26. 27. 29.

September: 2. 5. 8. 9. 10. 12. 16. 18. 19. 23. 24. 26. 30.

Oktober: 1. 3. 7. 9. 10. 14. 15. 17. 21. 22. 24. 28. 31.

November: 1. 4. 5. 7. 11. 12. 14. 18. 19. 21. 25. 26. 28.

Dezember: 2. 5. 8. 9. 12. 13. 16. 19. 20. 23. 25. 26. 30. 31.

Potsdam, den 27. April 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Dreigipfelthe in Pachtgesin.

97. Der Apotheker Weill, Besitzer der Apotheke zu Dem Brandenburg, hat in Pachtgesin im Kreise Westhavelland eine Dreigipfelthe angelegt und eröffnet.

Potsdam, den 21. April 1894.

Der Regierungspräsident.

Bezirksänderung.

95. Auf Antrag der Königl. Kammer der Königl. Familiengüter zu Berlin in Vertretung des Königl. Preussisch-Brandenburgischen Hausfideikommisses hat der Bezirksausschuß in der Sitzung am 21. Februar d. J. auf Grund des § 2 Nr. 4 und 6 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 nach Einwilligung der beteiligten Eigentümer und der Gemeinde Teupitz sowie nach ergangenen zustimmenden Beschlüssen des Kreistages des Kreises Teltow beschließen:

- I. Von dem hausfideikommissarischen Gutebezirk Königs-Wusterhausen wird abgetrennt und mit der Stadtgemeinde Teupitz vereinigt die von dem Fideicommissarischen Tornow durch Tausch- und Kaufvertrag vom 21. Dezember 1892

erworbene Par-

zelle von 3,8390 ha Größe, welche zu der im Grundbuche des Königl. Amtsgerichts Königs-Wusterhausen von den Rittergütern Band III. Blatt 625 eingetragenen Herrschaft Königs-Wusterhausen gehörte, bei der vorläufigen Fortschreibung als Parzelle Nr. 203 Blatt 11 der Gemarkungsart von Königs-Wusterhausen fort bezeichnet und demnächst in das Grundbuch von Supplement der Rittergüter im Kreise Teltow Band III. Blatt Nr. 66 übertragen ist.

- II. Von der Stadtgemeinde Teupitz wird abgetrennt und mit dem hausfideikommissarischen Gutebezirk Modprebe vereinigt eine Parzelle von 3,8390 ha Größe, welche im Grundbuche des Königl. Amtsgerichts Mittenwalde von Teupitz Band I. Nr. 58 als Zwiendorfer Weinberg Plan Nr. 63, 64, 65 und 66 verzeichnet war, bei der vorläufigen Fortschreibung mit Parzelle Nr. 45/27, 46/27, 48/27 Blatt 1 der Gemarkungsart von Teupitz Gut bezeichnet und demnächst für Seine Majestät, den Deutschen Kaiser, König von Preußen nach Band VII. Nr. 231 des Grundbuchs von Teupitz übertragen ist.

Potsdam, den 25. April 1894.

Der Regierungspräsident.

Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie.

96. Der Vundorath hat beschloffen, die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie der Versicherungspflicht nach dem Alters- und Invaliditätsgesetze zu unterwerfen. Auf Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters vom 1. März d. J. (Nr. 11 des Reichsgesetzblattes) tritt diese Bestimmung mit dem 2. Juli 1894 in Kraft. Ich bringe dieses mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß wegen Ausstellung von Eintrittsarten für die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie in

derselben Besse verfahren wird, wie bei Ausstellung der ersten Eintrittsarten für die auf Grund des jeweiligen Gesetzes versicherungspflichtigen Personen.

Welche Behörden als untere oder höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der oben bezeichneten Bekanntmachung zu gelten hat, ergibt die Bekanntmachung vom 26. Juni 1890.

Potsdam, den 27. April 1894.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

97. Vom 1. d. M. ab bis Ende März 1895 befindet sich in Neu-Dippin eine militärische Verabreichungsstelle für Ferkel.

Potsdam, den 1. Mai 1894.

Der Regierungspräsident.

Biehfeuchen.

98. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Dominikus Marienfelde, Kreis Teltow, in Rauen, Kreis Osthavelland, der Bläschenauschlag bei je einer Kuh des Zimmermanns Otto Gehride, Bauergrundbesitzer Gölse, der Antenor Kind und Kiebler, des Bauergrundbesizers Heuert in Dabendorf, Kreis Teltow.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Schöneberg, Kreis Angermünde, Rittergut Harow, Kreis Niederbarnim, in Schönefeld, Kreis Teltow, die Brustseuche ist erloschen unter den Pferden der 2. Lehrbatterie der Feld-Artillerie-Schießschule in Jüterbog.

Potsdam, den 1. Mai 1894.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

29. In Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 7. März 1860 wird der diesjährige Wollmarkt hier selbst in den Tagen vom 19. bis 21. Juni auf dem Terrain der Berliner Lagerhof-Miscel-Gesellschaft abgehalten werden.

Vor den bezeichneten Markttagen darf der Wollmarkt nicht beginnen.

Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden von der Verwaltung der vorgenannten Gesellschaft angewiesen.

Berlin, den 6. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

30. Durch Untersuchungen im Kaiserlichen Gesundheitsamt ist festgestellt worden, daß das in Berlin zu wirtschaftlichen Zwecken in den Handel kommende Eis, selbst bei gutem Aussehen, in ihrer Entwicklungsfähigkeit nicht veränderte, gesundheitsgefährliche Keime enthalten hat. Es ist dadurch wahrscheinlich geworden, daß die häufiger beobachteten Krankheiten nach dem Genuß von Getränken, welche durch Hineinwerfen von Eiswürfeln gekühlt wurden, weniger durch die Kälte der Getränke, als durch die im Eis vorhandenen Krankheitskeime verursacht werden sind. Dieselben Krankheiten können durch feste Nahrungsmittel z. B. Butter,

welche durch Liegen auf solchem Eise gekühlt wurden, entstehen. Vor dem Genuße von Getränken und anderen Nahrungsmitteln, welche in der vorerwähnten Weise mit Eis gekühlt sind und in Folge dessen gesundheitsgefährlich sein können, wird deshalb hiermit gewarnt.
Berlin, den 27. April 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

21. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgelieferte unanbringliche Postsendungen:

1. Briefe mit Werthinhalt.

An W. Listermann in Singapore mit 15 M., 5ten September 1893,

• V. Krupiski in Postawa mit 3 Rubel, 7. September 1893,

• J. Springholz in Varna mit 300 M., 30. September 1893,

• Auguste Ebert in Innsbruck mit 5 M. 10 Pf., 25. Oktober 1893,

• Ernestine Ruberka hier, Alte Jacobstr. 166, mit 1 M. 10 Pf., 30. November 1893,

• Schulz hier, Beusselstraße 50, mit 5 M. 50 Pf., 5. Dezember 1893,

• Georg Hoffmann b. Inf.-Regt. 50 in Rawitsch mit 1 M., 5. Dezember 1893,

• Walther Böttner in Dresden mit 1 M. 80 Pf., 5. Dezember 1893,

• Nennie Schrend hier, Kurfürstenstr. 62, mit 100 M., 23. Dezember 1893,

• Richard Vogt hier, Müdersdorferstr. 14, 1 Zinschein über 1 M. 75 Pf., 2

• Franz Schirocki mit 1 M., 1. Januar 1894,

• Abt. Schelling in Leopoldshöhe mit 3. M., 8. Januar 1894,

• Mechel Sternag in Tuschin (Rußland) mit 8 Rubel, 9. Januar 1894,

• Vertha Langnick in Hamburg mit 5 M., 3. Februar 1894,

• Mlle. Grandidier hier, Potodamerstr. 130, mit 2 M., 20. Februar 1894.

2. Postanweisungen.

An David Tweedie in Edinburg über 2 M. 50 Pf., 24. Juni 1893,

• M. le Directeur de la poste restante privée à Paris über 2 M. 44 Pf., 7. Juli 1893,

• Drimann hier über 1 M. 35 Pf. 8. Juli 1893, nach Vpf über 6 M., 5. August 1893,

• M. le Directeur de la poste restante privée à Paris über 3 M. 25 Pf., 28. August 1893,

• Schirmer hier, Michaelskirchstr. 22/23, über 4 M. 20 Pf., 1 September 1893,

• nach Braunschweig über 5 M. 90 Pf., 4. September 1893,

• nach Graudenz über 6 M., 4 September 1893,

• Ganz hier über 1 M. 13 Pf., 7. Oktober 1893,

an Gerichtskasse I. 2 über 1 M. 30 Pf., 27. Oktober 1893,

• nach Frankfurt (Oder) über 6 M., 4. November 1893,

• Bollina hier, Urbanstr. 85, über 1 M. 70 Pf., 10. November 1893,

• nach Spandau über 4 M., 12. November 1893,

• nach Graudenz über 6 M., 12. November 1893,

• Gerichtskasse I. hier über 2 M. 15 Pf., 30. November 1893,

• V. Schulz in Frankfurt (Oder) über 26 M. 80 Pf., 4. Dezember 1893,

• Dr. Voll hier, Zimmerstr. 42, über 3 M., 8. Dezember 1893,

• nach hier über 1 M. 20 Pf., 8. Dezember 1893,

• Polizei-Hauptkasse hier über 6 M. 50 Pf., 11ten Dezember 1893,

• Gerichtskasse hier, Jüdenstr., über 3 M. 5 Pf., 16. Dezember 1893,

• Dr. Koch hier, Zimmerstr. 48a, über 3 M., 18. Dezember 1893,

• Haag in Konstanz über 6 M., 20. Dezember 1893,

• Dr. Voll hier, Zimmerstr. 49, über 3 M., 23. Dezember 1893,

• Neg hier, Cranienstr. 32, über 3 M., 24. Dezember 1893,

• Frau Lorenz hier, Bülowstr. 101, über 10 M. 5 Pf., 18. Januar 1894,

• Kurz- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse hier über 7 M. 50 Pf., 23. Januar 1894,

• Gerichtsschreiber Schneider in Zehlendorf bei Berlin über 3 M., 25. Januar 1894,

• Clara Schick in Nürnberg über 6 M., 31. Januar 1894,

• Steuer- und Ciquart-Deputation des Magistrats hier über 4 M. 4 Pf., 2 Februar 1894,

• Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter hier über 17 M. 1 Pf., 9. Februar 1894,

• Hrl. Hohenthal hier, Veteranenstr. 19, über 5 M., 14. Februar 1894.

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, spätestens innerhalb 12 Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden.

Berlin C., 20. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unbekannte Einsendebriefe.

22. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einsendebriefe:

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin:

An Leopold Stein, Groß-Görschenstraße 14, vom

2. Dezember 1893, an Haberecht, Lüsseniser 2, vom 4. Dezember 1893, an Robert Kunze, Besselsstraße 75, vom 10. Dezember 1893, an Hrl. Otto, Mittenwalderstraße 61, vom 21. Dezember 1893, an Geism. Blisse, Stralauer-Platz 15, vom 28. Dezember 1893, an Prof. Zerner, Niemelerstraße 47, vom 28. Dezember 1893, an Schulz, Weissenburgerstraße 61, vom 28. Dezember 1893, an Meyer, Birkenstraße 58, vom 31. Dezember 1893, an Agnes Kruschwitz, Straußbergerstraße 48, vom 2. Januar 1894, an Emil Baumann, Luisenstraße 45, vom 10. Januar 1894, an Heß, Neues Theater, vom 13. Januar 1894, an Fritz Lüdicke, Reichenbergerstraße 121, vom 17. Januar 1894, an Emma Sander, Wallstraße 65, vom 18. Januar 1894, an Mechaniker Roulow, Waldemarstraße 29, vom 22. Januar 1894, an Karl Radtke, Stralunderstraße 43, vom 30. Januar 1894, an A. Riegler, Mittelstraße 53, vom 30. Januar 1894, an Adolf Kämmerer, Weberstraße 26, vom 31. Januar 1894, an A. Fehner, Pallisadenstraße 5, vom 1. Februar 1894, an Paul Schmied, Prinzenstraße 12, vom 1. Februar 1894, an R. Becker, Neue Friedrichstraße 100, vom 3. Februar 1894, an E. Klein, Neue Hochstraße 9, vom 5. Februar 1894, an Elly Reinhardt, Kurfürstenstraße 82, vom 6. Februar 1894, an v. Roeder, Rathenowerstraße 16, vom 7. Februar 1894, an Rich. Beyer, Prützenstraße 13, vom 13. Februar 1894, an Fritz Schaller, Brauerei Tivoli, vom 14. Februar 1894, an Ida Czarna, Möckernstraße 131, vom 17. Februar 1894.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten:

An Ferdinand Schmidt in Newyork, vom 30. Juli 1893, an Fritz Günther in Innsbruck, vom 31. Juli 1893, an Max Orizla in Haiten Palumat, vom 14. August 1893, an Abe Cuschner in Philadelphia, vom 28. September 1893, an Rud. Herder in Neosy Ridge, vom 9. Oktober 1893, an Premier Martin Reiningen in Schöneberg, vom 16. Oktober 1893, an Madame de Karaonossi in Paris, vom 27. Oktober 1893, an Peuy Bauer in Wiener Neustadt, vom 1. November 1893, an Josephine Serger in Wien, vom 10. November 1893, an Henry Luistorp in London vom 13. November 1893, an Salome Magidowski in Smyrna, vom 15. November 1893, an Michael Meikel in New-York, vom 20. November 1893, an Parlawalz in Heidelberg, vom 20. November 1893, an Hanns P. 95 in Wien VIII., vom 28. November 1893, an G. Elink Schumann in Rotterdam, vom 29. November 1893, an Hilmar Steinhayn in San-Francisco, vom 30. November 1893, an H. Stern in Rendsburg, vom 3. Dezember 1893, an E. G. Schmidt in Kiel, vom 4. Dezember 1893, an Dr. F. Thiel in Lüran b. Halle, vom 12. Dezember 1893, an Charles Kels in Straßburg (Els.), vom 13. Dezember 1893, an Eduard Nagel in Cüßrin, vom 18. Dezember 1893, an Alfr. Kuchö in Erfner, vom 18. Dezember 1893, an Aug. Plankenburg in Schöneberg b. Bln., vom 20. Dezember 1893, an Emil Kladen in Jöhstadt i. Sa., vom 28. Dezember 1893,

an G. Wagenknecht in Rummelsburg, vom 5. Januar 1894, an Herrn Marie in Paris, vom 9. Januar 1894, an Baumeister Teuber in Schöneberg, vom 9. Januar 1894, von Agob Zircsian in Constantinopel, vom 11. Januar 1894, an Victor Prehm in Prag, vom 12. Januar 1894, an Rud. Just in Charlottenburg, vom 15. Januar 1894, an Fr. Wich & Co. in London, vom 16. Januar 1894, an Frh. v. Gossler-Dickenburg in Potsdam, vom 16. Januar 1894, an Frau Bornemann in Gr. Lichterfelde, vom 17. Januar 1894, an Hta Szende in Braila, vom 17. Januar 1894, an Baumeister Hosh in Kiel, vom 19. Januar 1894, an Fritz Lange in Brandenburg a. H., vom 29. Januar 1894, an Agob Zircsian in Constantinopel, vom 29. Januar 1894, an Varen v. Redlig in London, vom 13. Februar 1894, an Brandt in 2 Gr. Pfahlsstraße 1, vom 23. Februar 1894, an Dr. Franz in Genthin, vom 11. April 1894.

C. Auswärts aufgelieferte mit anderen Bestimmungen:

Aufgeliefert in: Rummelsburg an Häubler in Zabna bei Wittenberg am 1. Februar 1894, Charlottenburg an Sabá Dmanhida Bal Sidra Baram in Alexandrien am 5. September 1893, Friedrichsberg an Ferdinand Schmidt in Winona, Minnesota.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Oker-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 21. April 1894.

Der Kaiserliche Oker-Postdirektor.

Bekanntmachung.

23. Für die Zeit vom 1. Mai bis einschl. 2. September wird aus Anlaß der in Berlin stattfindenden Großen Kunstausstellung im Landesausstellungspark eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle in Wirkksamkeit treten.

Die Postanstalt erhält die Bezeichnung „Postamt der Großen Berliner Kunstausstellung.“

Dieselbe wird für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein an den Werktagen von 10 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags und an den Sonn- und Feiertagen für den Postdienst von 5 bis 7 Nachmittags, für den Telegraphen- und Fernsprechsprechdienst von 9 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 8 Nachmittags.

Die Geschäfte der neuen Postanstalt werden sich erstrecken:

- a. auf den Verkauf von Postversandzeichen jeder Art, sowie von unbefleckten Formularen zu Postkarten, Postanweisungen u.
- b. auf die Annahme und Abfertigung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefpostsendungen, Postanweisungen, Mehrpostsendungen und Telegrammen;
- c. auf die Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Postanweisungen nebst den zugehörigen Geldestrichen, Telegrammen und Mehrpostsendungen, welche den Vermerk: „postlagernd Landesausstellungsplatz“ tragen,

d. auf die Vesteilung von Telegrammen, welche an Aussteller nach dem Landesausstellungsplage gerichtet sind. Die bei dem Postamt eingerichtete öffentliche Fernsprechstelle kann gegen Entrichtung der tarismäßigen Gebühr benutzt werden.

Berlin C., 20. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

24. Vom 1. Mai ab wird bei dem Kaiserlichen Postamt 2 in Charlottenburg, Göbestr. 1, ununterbrochener Telegraphendienst abgehalten. Die Auslieferer von Telegrammen während der Nachtzeit haben sich zum Herbeirufen des Beamten der durch ein Schild kenntlich gemachten Nachtlode zu bedienen.

Berlin C., 27. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

25. In Köstendorf und Pläntendorf werden am 1. Mai mit den dortigen Postbüxstellen verbundene Telegraphenbüxstellen eröffnet werden.

Potsdam, den 27. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

26. In dem zum Kreise Teltow gehörigen Dorfe Stahndorf wird am 1. Mai eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten.

Diese Postagentur erhält Verbindung mit dem zur Abrechnungspostanstalt bestimmten Postamt in Wannsee durch eine werktäglich zweimalige, Sonntags einmalige Fernpost mit unbeschränkter Beförderung von Postsendungen in nachstehender Weise:

W. km			W.		
7 00	2 00	0 Wannsee	12 15	7 15	
8 15	3 15	5 Stahndorf Ag.	11 00	6 00	

Dem Bestellbezirk der neuen Postagentur werden die nachstehenden, bisher zu dem Landbestellbezirk des Postamts in Zehlendorf (Kr. Teltow) gehörigen Ortschaften z.: Stahndorf, Kleinmachnow, Neumann's Gärtnerei und das Chauffeehaus an der Teltowerstraße zugetheilt, von denen Kleinmachnow mit Stahndorf den Ortbestellbezirk der Postagentur in Stahndorf bilden werden.

Die Postbüxstelle in Stahndorf tritt mit dem 30. April außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 23. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

Bekanntmachung.

2. Unter Bezugnahme auf § 1 der Allgemeinen Vorschriften für die Markscheider im Preussischen Staate vom 21. Dezember 1871 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniss, daß der concessionirte Markscheider und Feldmesser Conrad Schulz seinen Wohnsitz von Giebels nach Pretoria-Transvaal-Republik verlegt hat.

Halle a. S., den 25. April 1894.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

18. Am 1. Mai d. Js. werden die neuen, zwischen Borsing und Wedding am Nordring der Berliner Ringbahn gelegenen Ringbahnstationen „Jungfernheide“ und „Boulevardstraße“ für den Personenverkehr eröffnet. Von demselben Zeitpunkt ab kommt die bisherige Ringbahnstation „Moabit“ für den Personenverkehr in Borsing. Der Fahrplan für die neuen Stationen ist dem vom 1. Mai d. Js. ab gültigen Sommerfahrplan der Berliner Stadt- und Ringbahn enthalten.

Die bahnhafte Beförderung von Reisegepäck nach und von den genannten Stationen ist ausgeschlossen.

Berlin im April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

19. Für den diesjährigen, in der Zeit vom 19. bis 21. Juni auf dem hiesigen Lagerhofe der Berliner Lagerhof-Aktien-Gesellschaft abzuhaltenden Wollmarkt wird die Beförderung der Wollsendungen von den hiesigen Bahnhöfen nach dem Lagerhofe und in umgekehrter Richtung mittelst der Berliner Ringbahn und des Geseisenschlusses der Lagerhof-Aktien-Gesellschaft unter folgenden Bedingungen bewirkt werden:

1) Die auf den hier mündenden Eisenbahnen eingehenden Wollsendungen werden über die Ringbahn nach dem Lagerhofe an die Berliner Lagerhof-Aktien-Gesellschaft befördert, falls die Frachtbriefe deren Adresse tragen. Haben die ursprünglichen Frachtbriefe der ankommenden Wollsendungen eine andere Adresse, so bleibt es dem Adressaten überlassen, nach Verständigung mit der Lagerhof-Aktien-Gesellschaft, die Weiterbeförderung und Aushändigung der Sendungen an die bei der hiesigen Güter-Abfertigungsstelle der zuführenden Bahn, an welche zunächst die Fracht bis Berlin zu zahlen ist, zu beantragen, und werden die Sendungen alsdann in gewünschter Weise über die Ringbahn befördert werden.

2) Die auf dem Lagerhofe zur Auslieferung kommenden Wollsendungen werden auf dem Schienenwege den betreffenden Anschlussbahnen zugeführt, wenn sie von der Lagerhof-Aktien-Gesellschaft als Versender aufgegeben werden.

3) Für die Beförderung der Wollsendungen nach und von dem Lagerhofe kommen die tarismäßigen Gebühren zur Erhebung. Die Beförderung erfolgt durch die auf dem Lagerhofe eingerichtete Güter-Abfertigungsstelle.

Berlin, den 24. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

20. Die seit 1. September 1891 auf Entfernungen von mehr als 200 Kilometer im Binnen-Verkehr der Preussischen Staatsbahnen sowie im Wechselverkehr der selben unter einander und mit den Dänischen Staatsbahnen in Geltung befindlichen **allgemeinen (Staffel-)Ausnahme-Tarife für Getreide und Mühlenfabrikate** bei Aufgabe von mindestens

Lieferung von Fahrzeugen findet in Paskowo nicht statt. Der Frachtberechnung werden im Binnen-Verkehr die Entfernungen des Kilometerzeigers und im Wechselverkehr der Preussischen und Oldenburgischen Staatsbahnen die Entfernungen von Rogosen bzw. Dobornitz unter Zuschlag von 7 bzw. 9 km zu Grunde gelegt.

Bromberg, den 28. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Strompolizei-Verordnung.

Zur Sicherung des Schiffsverkehrs auf der Oder innerhalb der Festung Glogau wird auf Grund des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 folgendes angeordnet: Anker und Anlegen von Schleppzügen und einzelnen Fahrzeugen.

§ 1. Auf der Oderstromstrecke zwischen der Fortifikationsziegelei — km 391,5 — und der 4. linksseitigen Buhne unterhalb der städtischen Ablage am Schießhause — km 394 — ist das Anker und Anlegen von Schleppzügen verboten.

Einzelnen Fahrzeugen ist das Anker nur dann gestattet, wenn das Fahrzeug gänzlich außerhalb des durch die Buhnenlöpfe begrenzten Fahrwassers liegen kann. Das Anlegen einzelner Fahrzeuge darf nur im städtischen Hafen unterhalb der Straßenbrücke und an der städtischen Ablage am Schießhause zum Zwecke des Ladens und Löschens erfolgen.

In den Schleppzügen befindliche Fahrzeuge, welche an dem städtischen Hafen oder an der städtischen Ablage am Schießhause laden oder löschen wollen, sind höchstens zu zweien an die betreffende Ablage zu schleppen, während die übrigen Rähne des Schleppzuges unterhalb km 394 liegen bleiben. Zur Wiedereinstellung in den Schleppzug müssen die Fahrzeuge stromab laden.

Verfahrt von Schleppzügen

§ 2. Auf der Verfahrt befindliche Schleppzüge müssen unterhalb der städtischen Ablage am Schießhause halten, sofern nicht ein auf der Eisenbahnbrücke aufgezogener weißer Ball die Fahrt innerhalb der Festung Glogau als frei bezeichnet.

Ein gleichzeitig auf der Straßenbrücke aufgezogener weißer Ball zeigt den zu Thal gehenden Fahrzeugen das Einfahren von Schleppzügen an und verbietet diesen die Einfahrt in die jetzt für die Thalfahrt geschlossene Strecke.

Nachtsfahrten.

§ 3. Nachtfahrten zu Thal sind zwischen der Fortifikationsziegelei — km 391,5 — und der 4ten linksseitigen Buhne unterhalb der städtischen Ablage am Schießhause verboten.

Ausgenommen hierbei sind Dampfer ohne Anhang.

Strafbestimmung.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden unter Vorbehalt der Verbindlichkeit zum Schadenersatz mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit der entsprechenden Haftstrafe geahndet, soweit nicht nach den bestehenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verurteilt ist.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Mai 1894 in Kraft.

Breslau, den 25. April 1894.

Der Chef der Oderstrom-Bauverwaltung,
Oberpräsident von Schlesien.

In Vertretung: Baurischmidt.

Personalchronik.

Im Kreise Esprignitz sind wegen des Anfangs nächsten Monats bevorstehenden Ablaufs ihrer Dienstzeit der Rittergutsbesitzer von Mohr-Wahlen-Zürgh zu Schloß Meyenburg und der Rittergutsbesitzer von Mohr zu Walsow aus Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXV. — Gut Meyenburg bzw. zum Amtsvorsteher Stellvertreter des Amtsbezirks VI. Baurischmidt ernannt worden.

Die Civilamwärtler Ahmann und Salatenowski hierseits sind zu Regierungs-Supernumeraren ernannt worden.

Der bisherige königliche Regierungsbaumeister Boelker in Wusthof ist zum königlichen Kreisbauinspektor ernannt. Demselben ist die bisher probeweise verwaltete Kreisbauinspektorstelle daselbst vom 1. April 1894 ab endgültig verliehen worden.

Bei der königlichen Ministerial-, Militär- und Bau-Kommission sind überwiesen der Gerichtsassessor von Radecke als juristisches Mitglied und der Regierungsassessor Bencke zur dienstlichen Verwendung; ernannt: der bisherige Amtsrichter Dr. Frommel zum Regierungsrath; angestellt: der Gärtnergehülfe Gené als Gärtner bei der königlichen Thiergarten-Verwaltung; angenommen: die Privatsekretäre Bing und Wille, sowie der Abtinent Pleß und der Ober-Sekundaner Wabling und der Ober-Primaner Bugge als Civil-Supernumerare; pensionirt: der Kanzleirath von Bencke; ausgeschieden: der Regierungsrath von Wilmowski in Folge seiner Versetzung an die königliche Regierung zu Bromberg und der Sekretariats-Assistent Nieddorf in Folge seiner Aufstellung als Postchefs-Kanzlist im Auswärtigen Amte.

Bei der kgl. Ministerial-Baukommission zu Berlin sind im Laufe des ersten Vierteljahres 1894 die königlichen Regierungsbauführer: Otto Carl Georg Kiebelkorn, Theodor Joche, Rudolf Louis Otto Mißke, Ernst Robert Adam Jacobi, Friedrich August Heinrich Willibald Buisse, Albert Carl Adolf Slesinsky, Otto Felix Richard Hirt, Johann Günther Oscar Wilhelm Müller, Albert Probst, Hugo Buch und Abraham Ullmann vereidigt worden.

Der bisherige Predigamt-Kandidat Theodor Friedrich Otto Korb ist zum Pfarrer der Pfarodie Herzprung, Diözese Wittenberg, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Rudow, Diözese Köln-Land II., ist durch das Ableben des Pfarrers Ulrich am 1. September 1893 zur Erledigung gekommen. Eine Neuverteilung der Parochialverhältnisse, insbesondere die Gründung einer zweiten geistlichen Stelle steht in naher Aussicht. Dementsprechend wird sich das Pfarereinkommen verringern. Die Pr-

setzung der Stelle erfolgt im vorliegenden Falle durch die Kirchenbehörde.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Budow, Diözese Posen, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Janke zum 1. Mai d. J. zur Erledigung. Die Besetzung erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

Das unter königlichem Patronat stehende Diaconat zu Nowawes, Diözese Posen, kommt durch den Abgang seines bisherigen Inhabers, des Diaconus Harnisch, zum 16. Mai d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Pfarrwahlgesetzes vom 15. März 1886. Kirchl. Ges. u. Verordn.-Bl. von 1886 S. 39. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. D.

Der Schulamts-Kandidat Dr. Eugen Ober ist als Oberlehrer angestellt und dem Friedrichs-Werderschen Gymnasium in Berlin überwiesen worden.

Der Schulamtskandidat Beyer ist als Oberlehrer angestellt und dem Köstnerischen Gymnasium in Berlin überwiesen worden.

Der Schulamtskandidat Hettner ist als Oberlehrer angestellt und dem Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster überwiesen worden.

Die Lehrer Buchholz IV., Doerflin, Origat, Handke II., Jnicky, Köhler III., Krutke, Kunsmann II., Lehmann XIX., Maerz, Neumann XIII., Neumann XIV., Deßreich, Robbel, Schulze IV., Stemmer, Sternberg, Toppe und Ulrich V. sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der königlichen Eisenbahn-Direction zu Erfurt.

Der Eisenbahn-Stationen-Assistent Rintcher in Coepenick, Bezirk des königlichen Eisenbahn-Verkehrsamtes (Berlin-Sommerfeld) zu Berlin, ist zum Eisenbahn-Stationen-einnehmer ernannt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat März 1894.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Dressel beim Amtsgericht in Krappitz, Heinrich Meyer beim Amtsgericht in Königsberg N.-M., Gustav Schulz beim Amtsgericht in Triebel, Dr. Wallenkamp beim Amtsgericht in Potsdam; der Kaufmann Adolph Philipsthal in Berlin zum Handelsrichter beim Landgericht I. daselbst; der Rentier Oswald Prause und der Direktor Dr. jur. Hugo Raschel, beide in Berlin, zu stellvertretenden Handelsrichtern beim Landgericht I. in Berlin. Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Piesiecki in Waldenburg an das Amtsgericht I. in Berlin, der Landrichter Wachsmann in Landsberg a. W. an das Landgericht I. in Berlin. Die Amtsrichter Dr. Kern in Zehdenick, Dr. Frommel beim Amtsgericht I. in Berlin, Voßener in Fürstenberg a. D. und Maack in Ziefenitz sind in Folge ihrer Ernennung zu Regierungsräthen aus dem Justizdienst geschieden. Verstorben sind: der Amtsgerichtsrath Krönig in Cottbus und der Amtsrichter Schülke in Angermünde.

II. Gerichts-Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die Referendare Schmeißer, Dr. Sells, Dietsch, Dr. Lazarus, Dr. Wolff, Kachndrich, Lüersen. Entlassen sind: Lübke und Dr. Wegis auf ihren Antrag.

III. Staatsanwaltschaft.

Versetzt sind: der Staatsanwalt Schaeffer vom Landgericht I. in Berlin an das Landgericht II. daselbst, der Staatsanwalt Richter in Schneidemühl an das Landgericht I. in Berlin. Der Bürgermeister Westphal in Woldenberg ist zum Staatsanwalt und der Zimmermeister Müblich daselbst zum Staatsanwalts-Stellvertreter bei dem Amtsgericht in Woldenberg ernannt.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: die Rechtsanwälte Bottenbruch beim Kammergericht, Thelen beim Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Eugen Goldstein, bisher beim Landgericht II. in Berlin und die Gerichtsassessoren Eifert und Bunge beim Landgericht I. in Berlin. Zum Notar ist ernannt: der Rechtsanwalt Mengel in Berlin mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst und der Verpflichtung, innerhalb der Stadtebezirke 43 bis 49 (Schöneberger Vorstadt) zu wohnen und seine Geschäftsräume zu halten.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten James Cohn, Wäger, Hahn, Müller, Wehlmann, Wolsarib. Ueberwiesen ist von Chappuis in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Breslau. Entlassen ist Dr. August von Anieriem auf seinen Antrag.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern die Gerichtsschreibergehilfen Paulick in Angermünde beim Landgericht I. in Berlin, Moritz vom Amtsgericht II. in Berlin und Berger vom Amtsgericht I. in Berlin beim Amtsgericht I. daselbst, Giedtke vom Landgericht I. in Berlin beim Amtsgericht in Coepenick, Matusch in Wittenberge beim Amtsgericht in Templin und der Assistent Völke von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. D. beim Amtsgericht in Sorau; zu Gerichtsvollziehern die Militäranwärter Krieger, Robert Lehmann, Kemnitz und Zeller beim Amtsgericht I. in Berlin, Kubitz beim Amtsgericht in Kirchhain. Versetzt sind: der Gerichtsschreiber Drozolin in Coepenick an das Landgericht II. in Berlin, die Gerichtsvollzieher Krohn von Brüssow nach Sorau N.-L. und Petras von Bärwalde N.-M. nach Spandau. Pensionirt sind: die Gerichtsschreiber Trzebiatowski beim Amtsgericht I. in Berlin und Friedrich Albert Richard Müller beim Landgericht I. daselbst, die Gerichtsvollzieher Albert Müller beim Amtsgericht I. in

Berlin und Dertwig in Schwiebus. Verstorben sind: beim Kammergericht und die Gerichtsvollzieher Barna d der Gerichtsschreiber, Rechnungsrath Zimmerbäcker und Frielinghaus beim Amtsgericht I. in Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Kauf Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Adalbert Fischer, Kellner,	geboren am 3. Juni dergleichen, 1868 zu Planer- Schmelzthal, Bezirk Plan, Böhmen,		Königlich bayerisches Bezirksamt Münch- berg,	3. März 1894.
2	Iwan Junewitsch, Arbeiter,	geboren im Jahre 1873, Landstreichen, aus Wolkowyschi, Gouvern. Suwalki, Polen,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	3. Februar 1894.
3	Franz Fedollder, Steinmetzgehilfe,	geboren am 17. Mai dergleichen, 1839 zu Rainbach, Bezirk Freistadt, Ober- Oesterreich,		Stadtmagistrat Do- nauwrörth, Bayern,	6. März 1894.
4	Anton Leide, Schneidergeselle,	geboren am 17. Januar dergleichen, 1853 zu Partschendorf, Bezirk Neutitschein, Mähren, ortsangehö- rig ebendaselbst,		Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	5. Februar 1894.
5	Johann Wenzel Meziva, Fabrikweber,	geboren am 16. (18.) versuchte Nothzucht, Land November 1855 zu Freichen und Betteln, Zliv (Schlies), Bezirk Plan, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,		Königlich Sächsischer Kreisbaupräsident Zwickau,	17. Januar 1894.
6	Josef Pospiech (Pospiech), Schorn- steinfeger,	geboren am 19. März Landstreichen u. Betteln, 1859 zu Tilowitz, Mähren,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. März 1894.
7	Ottomar Neßl, Schafwollbräuer,	geboren am 5. Oktober Landstreichen, 1841 zu Böhmisches Aicha, Bezirk Turnau, Böhmen, ortsangehö- rig ebendaselbst,		Königlich bayerisches Bezirksamt Pfarr- kirchen,	10. März 1894.
8	Giovanni di Niccio, Eisenfieber,	geboren am 17. April Betteln, 1837 zu Ruca Italien,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	15. März 1894.
9	Louis Segert, Arbeiter,	geboren am 1. Oktober Landstreichen u. Betteln, 1855 zu Graz, Steier- mark, ortsangehörig ebendaselbst,		Königlich preussischer dergleichen. Regierungspräsident zu Merseburg,	
10	Franz Le Seur, Fabrikarbeiter,	geboren am 3. Januar Betteln, 1857 zu St. Peters- burg, russischer Staats- angehöriger,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	22. März 1894.

Hierzu Vier Dessenliche Anzeiger.

(Die Injectionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogens mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Buchh.

Neuzeitliches der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 19.

Den 11. Mai

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

- (Stück 12.) N^o 2159. Bekanntmachung, betreffend die Verlängerung des Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien. Vom 30. März 1894.
- (Stück 13.) N^o 2160. Bekanntmachung, betreffend die Anzeigerpflicht für die Schweinepest, die Schweinepest und den Morbustausch beim Schweine. Vom 21. April 1894.
- (Stück 14.) N^o 2161. Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879. Vom 14. April 1894.
- N^o 2162. Bekanntmachung, betreffend Ergänzung und Berichtigung der dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 31. März 1894.
- (Stück 15.) N^o 2163. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Aufnahme einer Anleihe auf Grund der Gesetze vom 16. März 1886, 23. Juli 1893 und 18. März 1894. Vom 15. April 1894.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 5.) N^o 9652. Rundschreiben wegen Abänderung des Kirchengesetzes vom 4. Juli 1876, betreffend die weitere Verbesserung hinreichend dotirter Pfarrstellen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 4. März 1894.
- N^o 9653. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aldenhoven, Düren, Geilenkirchen, Heinsberg, Malmédy, Sankt Vith, Wegberg, Blankenheim, Gemünd, Hillesheim, Rheinbach, Königshinter, Kempen am Rhein, Aldenau, Abweiler, Castellana, Cochem, Woppard, Sankt Goar, Zell, Simmern, Coßlenz, Kirchberg, Kirn, Münstermaifeld, Ratingen, Gerresheim, Biersen, Mettmann, Baumholder, Ebsen, Böllingen, Wittlich, Trier, Neuwied und Perl. Vom 12. März 1894.
- (Stück 6.) N^o 9054. Allerhöchster Erlaß vom 19ten März 1894, betreffend die Verleihung des Ranges der dritten Klasse der höheren Provinzialbeamten und des Charakters als Oberstaatsanwalt an den ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht I. in Berlin.
- (Stück 7.) N^o 9655. Verordnung, betreffend die Abänderung der zur Ausführung des Fischerei-Gesetzes in den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover erlassenen Verordnungen vom 8. August

1887. (Gesetz-Samml. S. 376 ff. und 385 ff.). Vom 4. April 1894.

N^o 9656. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Münden. Vom 13ten April 1894.

(Stück 8.) N^o 9657. Gesetz, betreffend die Geltung des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetz in Helgoland. Vom 8. April 1894.

N^o 9658. Gesetz, betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken. Vom 8. April 1894.

N^o 9659. Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Ronsdorf. Vom 8ten April 1894.

N^o 9660. Allerhöchster Erlaß vom 15. April 1894, betreffend die anderweite Titulatur der Mitglieder der Ober-Rechnungskammer.

N^o 9661. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aachen, Bonn, Hennes, Waldrick, Cleve, Mors, Rheinberg, Aldenau, Abweiler, Kreuznach, Weisenheim, Münstermaifeld, Simmern, Einzig, Trarbach, Gredendroich, Opladen, Langenberg, Saarlouis, Berncastel, Hillesheim, Merzig, Trier, Wabern, Saarburg, Hermeskeil, Lebach und Prüm. Vom 14. April 1894.

(Stück 9.) N^o 9662. Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Rippach-Pörsna einerseits nach Magwig-Lindenau, andererseits nach Marktransdorf. Vom 18. November 1892.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Bekanntmachung.

99. Für die Eisenbahndrehbrücke über die Havelbucht bei Potsdam sind vom 1. Mai d. J. ab bis auf Weiteres die folgenden Doffnungszeiten festgesetzt:

- 1) von 4 25 bis 5 15 Vorm.,
- 2) „ 12 05 „ 12 30 Nachm.,
- 3) „ 6 45 „ 7 05 „

Etwa vorkommende Verspätungen der fahrplanmäßigen Züge, die Ablassung von Sonderzügen, sowie alle sonstigen Betriebszufälle beschränken selbstverständlich die vorgenannten Doffnungszeiten.

Potsdam, den 4. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft Vorsicht bezüglich des Genusses von Mineralwässern.

100. Die an Straßen und anderen Verkehrsstellen zum Genuße feilgehaltenen Mineralwässer, wie Selterswasser, Sodawasser u. dgl. werden an die Abnehmer meist eiskalt verabfolgt. Der Genuß so kalten Wassers zieht leicht ernste Verdauungsstörungen nach sich und befördert zu Zeiten drohender Cholera die Reizung zu ähnlichen Erkrankungen.

Die Verkäufer von Mineralwässern im Ausschank werden daher angewiesen, das Getränk fernerhin, gleichviel ob Cholera drohet oder nicht, nur in einem der Trinkwassertemperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad Celsius abzugeben.

Zugleich wird vor dem Genuß eiskalter Getränke überhaupt, insbesondere der Mineralwässer, gewarnt.

Potsdam, den 5. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Apothekenkonzession für Potsdam.

101. Es ist beschlossen worden, daß die von der Apotheke in der Teltower Vorstadt zu Potsdam abhängende Zweigapotheke in Nowawes-Neuendorf eingehen, in diesem Orte eine selbstständige Apotheke errichtet und die Konzession zum Betriebe der letzteren dem Besitzer der Apotheke in der Teltower Vorstadt, Herrn Hartung, verliehen werden solle, wenn er die im Jahre 1865 für diese Apotheke ertheilte Konzession bedingungslos zurückgebe und das Inventar, den zeitigen Waarenbestand, sowie das Apothekengrundstück für einen dem wirklichen Werthe entsprechenden Preis an den neuen Konzessionar überlasse.

Nachdem Herr Hartung auf diese Bedingungen eingegangen ist, soll die Konzession zum weiteren Betriebe der Apotheke in der Teltower Vorstadt zu Potsdam anderweitig vergeben werden. Dabei werden noch folgende Bedingungen gestellt. Der Werth der nach Vorstehendem zu übernehmenden Gegenstände wird durch vereidete Sachverständige festgestellt; die Kosten der Abschätzung trägt der bisherige Besitzer und der neue Konzessionar zu gleichen Theilen. Letzterer muß mindestens ein Drittel des durch die vereideten Sachverständigen festgestellten Werthbetrages baar anzahlen. Die Uebergabe der Apotheke erfolgt am 1. Oktober 1894.

Bewerbungen nehme ich bis zum 30. Juni entgegen. Dem Bewerbungsgesuche sind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine Lebensbeschreibung mit Angabe der Confection und Familienverhältnisse,
- 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung und Führung während der gesammten Zeit, seit Ablegung der Staatsprüfung; diesen Zeugnissen ist ein Inhaltsverzeichnis beizufügen und in diesem die Zeitdauer ersichtlich zu machen, auf welche die einzelnen Zeugnisse sich beziehen,
- 4) ein amtlich beglaubigter Nachweis über die zur Uebernahme der Apotheke voraussichtlich nöthigen Geldmittel,
- 5) Bewerber, welche bereits eine Apotheke besessen

haben, müssen die Zeit dieses Besizes, sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke nachweisen.

Bewerber, welche nach dem Jahre 1884 approbirt sind, haben geringe Aussicht auf Erfolg.
Potsdam, den 6. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

102. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Alderbürger Hübner und Müller in Rauen, Kreis Osthavelland. Der Witzbrand ist festgestellt bei einer Kuh des Rittergutsbesizers von Knoblauch zu Buchow, Kreis Westhavelland, bei einer Kuh des Feldhüters Johann Wid in Stüdenitz, einer nothgeschlachteten Stierkuh des Rittergutsbesizers von Platen in Butike, Kreis Ostprignitz. Am Bläschenauschlag sind erkrankt ein Zuchtbulle und mehrere Kühe in Frankenfelde, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, der Bulle des Bauergutsbesizers Heller und je eine Kuh des Bauergutsbesizers Greger und Stellmachers Völter in Schönermark, Kreis Ostprignitz.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche in Petershagen, Kreis Niederbarnim, auf dem Rittergute Hirschfelde, Kreis Oberbarnim, die Pferde-Räude in Joachimsthal, Kreis Angermünde, die Brustseuche bei den Pferden des Husaren-Regiments von Rieten in Rathenow.

Potsdam, den 8. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat April 1894.

31. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Klg. Weizen (gut)	14	Mark 57 Pf.
do. (mittel)	14	14
do. (gering)	13	73
roggen (gut)	12	25
do. (mittel)	11	89
do. (gering)	11	55
Gerste (gut)	17	40
do. (mittel)	16	15
do. (gering)	14	95
Hafer (gut)	16	88
do. (mittel)	15	38
do. (gering)	13	90
Erbsen (gut)	17	97
do. (mittel)	16	78
do. (gering)	15	59
Nichtstroh	6	13
Heu	8	34

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag

für 50 Klg. Hafer 25 Mk., Strohhalm 38 Mk.,

im Monat April 9,25 Mk., 3,38 Mk., 5,02 Mk.

R. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelb, rochen)	32	Mark	—	Pf.
Speisebohnen (weiße)	35	—	—	—
Pinen	50	—	—	—
Kartoffeln	5	—	—	—
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	—	40	—
(Bauchfleisch)	1	—	10	—
Schweinefleisch	1	—	30	—
Kalbsteisch	1	—	25	—
Hammelfleisch	1	—	11	—
Speck (geräuchert)	1	—	46	—
Eibutter	2	—	40	—
60 Stück Eier	2	—	93	—

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelb, rochen)	32	Mark	50	Pf.
Speisebohnen (weiße)	32	—	50	—
Pinen	47	—	13	—
Kartoffeln	4	—	25	—
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	—	35	—
(Bauchfleisch)	1	—	02	—
Schweinefleisch	1	—	43	—
Kalbsteisch	1	—	40	—
Hammelfleisch	1	—	20	—
Speck (geräuchert)	1	—	50	—
Eibutter	2	Mark	22	Pf.
60 Stück Eier	2	—	78	—

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats April 1894:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	33	Pf.
desgl. a. Roggen	30	—
Gerstengraupe	38	—
Gerstengrüge	38	—
Buchweizengrüge	38	—
Hirse	38	—
Reis (Java, mittlerer)	60	—
Java-Kaffee (mittler, roh)	3	Mark 10
geb. Bohnen	4	— 27
Speisesalz	20	—
Schweineschmalz (hiefiges)	1	— 50

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	37	Pf.
desgl. a. Roggen	30	—
Gerstengraupe	45	—
Gerstengrüge	45	—
Buchweizengrüge	43	—
Hirse	40	—
Reis (Java, mittlerer)	40	—
Java-Kaffee (mittler, roh)	2	Mark 60
Java-Kaffee (gelb, in geb. Bohnen)	3	— 20
Speisesalz	20	—
Schweineschmalz (hiefiges)	1	— 05

Berlin, den 7. Mai 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Polizei-Verordnung.

betreffende Nachtrag zur Bau-Polizei-Ordnung für den Stadtkreis
Berlin vom 15. Januar 1887.

32. Auf Grund des § 6 des Gesetzes über die
Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-G. S. 265)
und der §§ 143, 144 des Gesetzes über die allgemeine
Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-G. S. 195)
wird hiermit nach Zustimmung des Gemeindevorstandes
der folgende Nachtrag zur Bau-Polizei-Ordnung für
den Stadtkreis Berlin vom 15. Januar 1887 erlassen:

§ 1. Für die nachstehend aufgeführten Gelände,
beziehungsweise einzelnen Straßenzüge gelten die dabei
vermerkten besonderen Beschränkungen in der Bebauung
der daselbst belegenen Grundstücke.

I. Gelände.

a. Die Schöneberger Wiesen zwischen dem Thiergarten,
dem Park Bellevue, der Spree und Siegmundshof.

Die Vordergebäude dürfen außer dem Erd-
geschoß, dessen Fußboden höchstens 2,30 m über
dem Bürgersteige liegen darf, nur noch zwei Stock-
werke, an dem Holsteiner und an dem Schleswiger
Ufer nur noch drei Stockwerke erhalten. Die
Räume im Dachgeschoß der Vordergebäude dürfen
zum dauernden Aufenthalt von Menschen nur in
sofern benutzt werden, als dieselben Zubehör-Räume
zu den Wohnungen im Erdgeschoß oder in den
zwei, beziehungsweise drei Stockwerken darüber sind.

b. Der von der Pichienstein-Allee, der Cornelius-,
Higig- und Stüber-Straße umschlossene frühere
Albrechtshof, sowie der von der Higig-, Rauch-,
Friedrich Wilhelm- und Thiergartenstraße um-
schlossene Theil des früheren Hoffäger-Etablisse-
ments.

Sämmtliche Gebäude dürfen außer dem Erd-
geschoß, dessen Fußboden höchstens 2,30 m über
dem Bürgersteige liegen darf, nur noch zwei Stock-
werke erhalten. Die Räume im Dachgeschoß dürfen
zum dauernden Aufenthalt von Menschen nur in-
sofern benutzt werden, als dieselben Zubehör-Räume
zu den Wohnungen im Erdgeschoß oder in den
zwei Stockwerken darüber sind. Außerdem müssen
die Vorderhäuser und Seitensügel mindestens
3,75 m von den Nachbargrenzen entfernt bleiben
und nach allen Seiten Facaden erhalten. Je zwei
Nachbargebäude dürfen jedoch unmittelbar an ein-
ander errichtet werden, wenn jedes im übrigen den
Bauwidth von 3,75 m innehält und die Frontlänge
der beiden Gebäude zusammen nicht mehr als
40 m beträgt. An ein Eckhaus darf an beiden
Straßenseiten ein Nachbargebäude unmittelbar an-
gebaut werden, wenn an jeder Straße die Front
des Eckhauses und des Nachbargebäudes zusammen
die Länge von 40 m nicht überschreitet und im
übrigen beide Nachbargebäude den Bauwidth von
3,75 m innehalten.

II. Straßenzüge.

a. Hohenzollern-Straße.

Die Bebauung muß durch Zwischengärten in der

Weise unterbrochen werden, daß mindestens von den Grenzen zwischen den Grundstücken:

- N^o 1 und N^o 2,
- N^o 4 und N^o 5,
- N^o 5 und N^o 6,
- N^o 8 und N^o 9,
- N^o 10 und Königin Augusta Straße N^o 40,
- N^o 12 und N^o 13,
- N^o 15 und N^o 16,
- N^o 19 und N^o 20

die Vorderhäuser und Seitenflügel auf jeder Seite mindestens 7,50 m entfernt bleiben.

b. Landgrafen-Straße.

Die Vordergebäude und Seitenflügel müssen mindestens 5,34 m von den Nachbargrenzen entfernt bleiben und nach allen Seiten Facaden erhalten. Je zwei Nachbargebäude dürfen jedoch unmittelbar aneinander errichtet werden, wenn jedes im übrigen den Bauwisch von 5,34 m innehält und die Frontlänge der beiden Gebäude zusammen nicht mehr als 40 m beträgt; bei den Eckhäusern wird in diesem Falle ein Bauwisch nicht innegehalten.

c. Regenten-Straße.

Die Vordergebäude dürfen außer dem Erdgeschoß, dessen Fußboden höchstens 2,30 m über dem Bürgersteige liegen darf, nur noch zwei Stockwerke, die Eckhäuser an der Thiergarten- und an der Königin Augusta-Straße nur noch drei Stockwerke erhalten. Die Räume im Dachgeschoß der Vordergebäude dürfen zum dauernden Aufenthalte von Menschen nur insofern benutzt werden, als dieselben Auhör-Räume zu den Wohnungen im Erdgeschoß oder in den zwei, beziehungsweise drei Stockwerken darüber sind.

§ 2. Auf den durch die Beschränkungen im § 1 betroffenen Grundstücken dürfen Fabrik- oder Speicher-Gebäude nicht errichtet werden.

§ 3. Der Bezirksausschuß kann durch Dispens Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Polizei-Verordnung zulassen.

Berlin, den 27. April 1894.

Der Polizei-Präsident Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Einrichtung einer Postanstalt auf dem Rennplatze Carlshorst.

27. In denjenigen Tagen, an welchen auf dem Rennplatze Carlshorst Vereins-Rennen abgehalten werden, tritt daselbst eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit.

Die Postanstalt erhält die Bezeichnung „Postamt auf dem Rennplatze Carlshorst“. Dieselbe wird für den Verkehr mit dem Publikum zwei Stunden vor dem Beginn des Rennens geöffnet und bis 8 Uhr Abends sich im Betriebe befinden.

Die Geschäfte der neuen Verkehrsanstalt erstrecken sich a. auf den Verkauf von Postwertzeichen jeder Art, von Telegramm-Formularen, sowie von unbestimmten Formularen von Postarten, Postanweisungen u. i. w., b. auf die Annahme und Abfertigung von gewöhnlichen

und eingeschriebenen Briefpostsendungen, von Postanweisungen und Telegrammen, c. auf die Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, von Postanweisungen und Telegrammen, welche den Bemerker „Postlagernd Rennplatz Carlshorst“ tragen, d. auf die Bestellung von Telegrammen und Eilbriefsendungen, welche nach dem Rennplatze gerichtet sind.

Außerhalb der Renntage erfolgt die Bestellung der nach dem Rennplatze gerichteten Postsendungen durch das Postamt in Friedrichsfelde bei Berlin bezw. werden dort die nach dem Rennplatze bestimmten postlagernden Sendungen zur Abholung bereit gehalten.

Die Postanstalt auf dem Rennplatze Carlshorst gelangt zum ersten Male am 9ten 1 Uhr Nachmittags zur Eröffnung.

Berlin C., 7. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

28. In dem zum Kreise Ruppin gehörigen Dorfe Linow bei Rheinsberg (Mark) wird am 16. Mai eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten.

Die erforderlichen Postverbindungen erhält die neue Postagentur durch das täglich zweimal zwischen Rheinsberg und Zechlin verkehrende, zur Postfachbeförderung bereits benutzte Privat-Personenfuhrwerk.

Dem Landbestellbezirk der Postagentur in Linow werden folgende bisher zum Bestellbezirk des Kaiserlichen Postamts in Rheinsberg (Mark) gehörende Dörfer zugezählt: Bienenwalde, Braunsberger Plan, Briesen, Mädern, Uthenberge, Zühlen Dorf (Briel) und Ziegelei.

Die Postbülletelle in Linow wird mit Ablauf des 15. Mai außer Wirksamkeit gesetzt.

Potsdam, den 4. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

12. Liste der im Laufe des Etatsjahres 1893/94 der Kontrolle der Staatspapiere als aufgerufen und getilgt für das Jahr 1894 nachgewiesenen Staats- und Reichsschuldenscheine.

I. Staatsschuldenscheine von 1842.

Lit. F. N ^o 66778	über 100 Tblr.	1
- F. = 139553	über 100 „	1
- G. = 31891	über 50 „	1
- H. = 7952	über 25 „	1
- H. = 4441	über 25 „	1
- H. = 58878	über 25 „	1

II. Staatsanleihe von 1862.

Lit. C. N^o 2975 über 200 Tblr.

III. Formale Kurhessische Prämienscheine von 1843.

Serie 5052 N^o 126300 H. Abfertigung über 40 Tblr.
6283 „ 157066 über 40 Tblr.

IV. Normals Kurhessische Staatsanleihe von 1863.

Lit. D. N^o 14182 über 100 Tblr.

V. Konsolidirte 4prozentige Staatsanleihe: von 1876/79.

Lit. B. N^o 31326 über 2000 M.

- B. = 31327 = 2000

- E. = 80252 = 500

von 1880.

Lit. C. N^o 123159 über 1000 M.

- C. = 151315 = 1000

- C. = 151319 = 1000

- D. = 117231 = 500

- E. = 127645 = 300

- E. = 142795 = 300

- F. = 105988 = 200

- F. = 116577 = 200

von 1881.

Lit. D. N^o 208099 über 500 M.

von 1882.

Lit. B. N^o 162356 über 2000 M.

- B. = 162357 = 2000

- B. = 162367 = 2000

- B. = 162368 = 2000

- B. = 162370 = 2000

- B. = 173880 = 2000

- B. = 189281 = 2000

- B. = 201692 = 2000

- B. = 201693 = 2000

- B. = 201697 = 2000

- B. = 217395 = 2000

- B. = 218055 = 2000

- D. = 361032 = 500

- D. = 361031 = 500

- E. = 514031 = 300

- E. = 531760 = 300

- E. = 554631 = 300

- E. = 586504 = 300

- E. = 615047 = 300

- E. = 632374 = 300

- F. = 199890 = 200

- F. = 202161 = 200

von 1885.

Lit. D. N^o 669253 über 500 M.

- E. = 1121802 = 300

VI. Konsolidirte 3prozentige Staatsanleihe: von 1885.

Lit. F. N^o 4163 über 200 M.

von 1887. 1888.

Lit. C. N^o 103054 über 1000 M.

VII. 4prozentige Reichsanleihe von 1878.

Lit. E. N^o 7984 über 200 M.

- E. = 7987 = 200

Berlin, den 4. April 1894.

Königliche Preussische Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

21. Auf der Strecke Johannishal-Niederschönweide Spindlersfeld wird außer den im Fahrplan vom 1. Mai d. Js. veröffentlichten Zügen versuchsweise und vorbehaltlich des jederzeitigen Widerrufs vom 4. Mai d. Js. ab noch ein Zugpaar und zwar Spindlersfeld ab 9 14 Nachm., Oberpree ab 9 20 Nachm., Johannishal Niederschönweide an 9 25 Nachm. und Johannishal Niederschönweide ab 9 34 Nachm., Oberpree ab 9 39 Nachm., Spindlersfeld an 10 00 Nachm. eingelegt werden. Berlin, im Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

22. Die Bestimmungen des § 21 der Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, betreffend das Verfahren gegen Reisende ohne gültige Fahrkarten, werden von dem Publikum nicht derart beachtet, wie es das Interesse der Reisenden erfordert.

Nach den besonderen Bestimmungen hat derjenige Reisende, welcher ohne gültige Fahrkarte betroffen wird, für die ganze von ihm zurückgelegte Strecke und, wenn die Zugangstation nicht sofort unzweifelhaft nachgewiesen wird, für die ganze vom Zuge zurückgelegte Strecke das Doppelte des gewöhnlichen Fahrpreises, mindestens aber den Betrag von 6 Mark zu entrichten.

Der letztere Betrag ist auch für den Fall zu bezahlen, daß der Zug sich noch nicht in Bewegung gesetzt hat. Derjenige Reisende jedoch, welcher unaufgefordert dem Schaffner oder Zugführer meldet, daß er wegen Verspätung keine Fahrkarte habe lösen können, hat nur den gewöhnlichen Fahrpreis mit einem Zuschlage von 1 Mark, keinesfalls jedoch mehr als den doppelten Fahrpreis zu zahlen.

Um sich gegen Schaden und Weiterungen zu schützen, ist es für den Reisenden in letzterem Falle geboten, sofort vor oder beim Einsteigen dem Schaffner oder Zugführer aus freiem Antriebe zu melden, daß er sich nicht im Besitze einer Fahrkarte befindet, und nicht erst das Erscheinen des Schaffners zur Prüfung bzw. Durchsuchung der Fahrkarten abzuwarten. Die Beobachtung der sofortigen Meldung ist auch insofern besonders wichtig, als auf den abgeperrten Strecken eine Nachprüfung der bereits beim Zugang zum Bahnsteige durchsuchten Karten im Zuge nur noch insoweit stattfindet, als der Aufenthalt des Zuges auf der Station hierzu ausreicht. Reisende, welche die fragliche Meldung unterlassen, haben demnach bei unterwegs stattfindenden Zugrevisionen durch die hierzu besonders angestellten Zugrevisoren zu gewärtigen, daß von ihnen der doppelte gewöhnliche Fahrpreis, mindestens aber der Betrag von 6 Mark eingezogen wird. Der Reisende setzt sich außerdem einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Betruges aus.

Berlin, den 28. April 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

24. Die seit dem 1. September 1891 auf Entfernungen von mehr als 200 Kilometer im Vinnenverkehr der Preussischen Staatsbahnen, sowie im Wechselverkehr derselben untereinander und mit den Odenburgischen Staatsbahnen in Geltung befindlichen **allgemeinen (Staffel-) Ausnahmestafel-Tarife für Getreide und Mühlenfabrikate** werden **am 1. August 1894 aufgehoben.**

Bromberg, den 1. Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personalchronik.

Der Militärärzter Kohn in Berlin ist zum **Regierungssupernumerar** ernannt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Krampfer, Diözese Verleberg, kommt durch die Verlegung des Pfarrers Schmidt am 1. Juni d. J. zur Erledigung.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Derwitz, Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Einritzung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Krause, zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevorstand nach Maßgabe des Pfarrwahlgesetzes vom 15. März 1886.

Sichtl. Ges. u. Verordn. Bl. von 1886, S. 39. - Bewerbungen sind schriftlich bei dem königlichen Konsistorium einzureichen. § 6 a. a. O.

Der Schulanfänger Stalberg ist als Oberlehrer angestellt und dem Gymnasium in Steglitz überwiesen worden.

Der Schulanfänger Dr. Tropske ist als Oberlehrer angestellt und dem Friedrichs-Realgymnasium in Berlin überwiesen worden.

Der Schulanfänger Dschinsky ist als Oberlehrer angestellt und dem Friedrichs-Realgymnasium in Berlin überwiesen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Angenommen ist: der Eisenbahn-Stationsvorsteher Teichmann in Pössow (Uckermark) zum Postverwalter.

Angestellt sind: die Postamtsverwalter Märkte in Angermünde und Tegenbärde in Potsdam als Postassistenten.

Es sind, zunächst probeweise, übertragen: dem Postkassierer Mayer in Spandau die Vorsteherstelle des Postamts in Neunkirchen (Bz. Triest), dem Oberpostdirektionssekretär Dinesorge aus Hannover die Kassierstelle bei dem Postamt in Spandau und dem Oberpostassistenten Wenzel eine Bureauassistentenstelle bei der Oberpostdirektion in Potsdam.

Anweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat.	Datum der Anweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Martin Stegmeyer, geboren am 3. Januar 1848 zu Haag, Niederlande, ortsangehörig ebenda selbst.			königlich bayerische Polizei-Direktion München.	15. März 1894.
2.	Georg Swetly, Bergmann, geboren am 4. Dezember 1862 zu Altwasser, Bezirk Plan, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst.			königlich bayerisches Bezirksamt Amberg.	3. Februar 1894.
3.	Vincentius Walzl, Weber, geboren am 19. Januar 1837 zu Neubaus, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst.			königlich bayerisches Bezirksamt Mühlbach.	3. März 1894.
4.	Ignaz Piranek, Fuhrmann, geboren am 30. Juni 1860 zu Neubudischow, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst.			königlich bayerisches Bezirksamt Erding.	18. Februar 1894.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einwöchige Druckzeile 20 Pf.)

Verlagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Pannschagen & Co.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 20.

Den 18. Mai

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 4. April 1894, dessen Anlagen zurückschicken, verleihe Ich dem Reichs-(Militär-)Richter das Recht zur Entziehung von Grundeigenthum im Umfang von ungefähr 4400 Hektar nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (Gesetz-Sammlung Seite 221) zum Zwecke der eingeleiteten Neuanlage eines Truppen-Uebungsplatzes bei Döberitz.

Karlsruhe, den 15. April 1894.

gez. Wilhelm K.

gegez. Hr. Eulenburg. Preuss. v. Schellendorf.

An den Minister des Innern und den Kriegeminister.

Bekanntmachungen

der königlichen Ministerien.

Anlauf von Remonten für 1894.

9. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

7. Juni	Neustadt a. Dosse	9 Uhr,
8. "	Briezen a. Oder	9 Uhr,
13. "	Angermünde	10 Uhr,
14. "	Prenzlau	9 Uhr,
15. "	Rauen	9 Uhr,
16. "	Rathenow,	
18. "	Wittstock,	
20. "	Wilsnack,	
21. "	Penzen a. Elbe,	
14. Juli	Strasburg i. d. N.-M.,	
17. August	Mevenburg,	
18. "	Appeg.	

Die von der Remonte-Ankaufskommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krüppeliger und Klopfbengel, sowie Wallache mit ausgeprägter Fehlgangart, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem

Gebiß und eine neue Korballter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meier langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckställe resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schwelge der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium. Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungs-Präsidenten.

103. Im Anschluß an die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 4. November 1891 — Amtsblatt Stück 46 Seite 393 von 1891 — bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Seitens der Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe an Stelle des verstorbenen königlichen Regierungsdassessors Grafen von Schlieffen der königliche Regierungsdassessor Dr. Schumann zu Potsdam zum Vorsitzenden des in Brandenburg a. H. zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichts ernannt worden ist.

Potsdam, den 5. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

104. Der „Deutsche Verein zur Förderung der Luftschiffahrt“ in Berlin beabsichtigt im Laufe der nächsten Monate zu wissenschaftlichen Zwecken einige kleinere Luftballons mit selbstschreibenden meteorologischen Apparaten in solche Höhen aufsteigen zu lassen, welche dem Menschen in Folge der Luftverdünnung nicht mehr zugänglich sind.

Es wird dabei vorausgesetzt, daß die Ballons und Apparate aufgefunden und in einem guten Zustande zurückgeliefert werden, so daß die Aufzeichnungen erkennen lassen, welche Verhältnisse in den hohen Schichten der Atmosphäre geherrscht haben.

Das Unternehmen, dessen Kosten aus den von

Seiner Majestät dem Kaiser Allergnädigst bewilligten Mitteln befruchtet werden, ist von großem wissenschaftlichen Werthe; es ist deshalb zu erwarten, daß dasselbe von allen verständigen Leuten soviel als möglich gefördert werde. Zu diesem Zwecke wird Folgendes bekannt gemacht:

1) Ueberall, wo im Kreise ein solcher frei liegender, von Menschen nicht bemannter Luftballon bemerkt wird, suche man die Stelle zu erreichen, wo derselbe zur Erde heruntersinkt.

Vom Ballon hängt an einer Schnur ein kleiner Hafen herab, welcher, wenn er irgend wie festgehalten wird, eine Vorrichtung in Thätigkeit setzt, mittels welcher die Ballonhülle kurz vor der Landung auseinander gerissen wird, so daß die Gasfüllung von selbst entweicht. Trotzdem vermeide man sorgfältig jede Annäherung mit offenem Feuer oder mit einer brennenden Cigarre oder Pfeife, um eine Explosion des Gases zu vermeiden.

2) Sobald man den Luftballon greifen kann, halte man ihn fest, vermeide aber sorgfältig jedes Zerren an dem unterhalb desselben hängenden, in ein Korbgestell eingeschlossenen Apparat. Dieses Korbgestell habe man zunächst aus dem oberen Hafen vorsichtig aus und stelle es, vor Beschädigungen sorgfältig geschützt, an einen trockenen Ort bei Seite. Sobald als möglich trage man dasselbe unter Vermeidung von starken Erschütterungen nach Hause. Jeder Versuch, den Apparat zu öffnen, oder sonst sich in denselben Einblick zu verschaffen, verdirbt die Aufzeichnungen und bringt den Verlust der unter Nr. 5 zu erwähnenden Belohnung mit sich. Den Ballon selbst rolle man, nachdem das Gas vollständig entleert ist, fest zusammen und transportire ihn, wenn möglich in einen Verpackungspan eingeschlagen, nach dem nächsten Orte, wo derselbe an einer trockenen Stelle aufzubewahren ist.

106.

Nachweisung der Markte etc.

Gauende Nummer	Namen der Städte	Getreide											Uebrigc Markt				
		Es kosten je 100 Kilogramm											Es				
													Kilogramm				
		Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	Weizen	im Großhandel	von der Seele	Wendigkeit	Wendigkeit	Wendigkeit
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	13 30	11 32	13 60	13 72	25 —	27 —	38 —	3 25	5 12	3 37	5 62	1 05	1 10	1 —	—	—
2	Peczkow	—	—	—	—	25 —	28 —	45 —	2 43	—	—	—	1 —	1 20	1 —	—	—
3	Brandenburg	13 57	11 89	13 75	14 54	27 —	27 —	45 —	2 70	5 20	—	6 80	89	1 20	1 10	—	—
4	Dahme	14 11	11 03	12 55	16 50	30 —	40 —	50 —	3 —	4 50	4 —	10 —	80	1 20	—	90	—
5	Eberowalde	13 29	11 66	12 59	14 13	23 —	21 —	32 —	3 —	4 31	—	7 —	1 26	1 40	1 20	—	—
6	Havelberg	13 84	11 76	13 50	16 06	26 75	30 63	43 30	3 —	4 31	2 94	6 94	1 05	1 26	1 —	—	—
7	Jüterbog	14 —	11 99	15 —	16 —	25 —	22 —	36 —	3 80	5 60	—	9 —	1 20	1 40	1 20	—	—
8	Ludewalde	13 07	11 49	13 57	16 35	35 —	35 —	45 —	3 —	5 —	—	7 75	1 16	1 20	1 20	—	—
9	Perleberg	13 68	11 45	12 —	14 —	22 —	27 —	34 —	3 50	5 88	—	7 94	1 40	1 35	1 15	—	—
10	Potsdam	—	12 17	—	16 45	22 50	23 50	34 25	3 16	5 43	—	7 28	—	95	1 40	1 25	—
11	Prenzlau	12 74	11 30	14 50	14 50	27 —	26 —	40 —	3 50	6 —	4 25	6 —	—	99	1 30	1 10	—
12	Pritzwalk	13 63	10 88	13 88	14 63	17 —	20 —	30 —	2 50	5 75	4 50	6 25	—	1 40	1 20	—	—
13	Rathenow	13 76	11 94	12 75	15 50	23 —	22 —	35 —	2 84	4 48	—	6 50	1 —	1 40	1 20	—	—
14	Neu Ruppin	14 —	11 57	14 70	15 58	35 —	35 —	50 —	2 88	5 75	—	7 70	1 06	1 35	1 15	—	—
15	Schwebitz	14 —	12 —	15 —	15 —	26 66	31 25	37 30	3 —	5 —	—	5 60	1 10	1 21	1 10	—	—
16	Spandau	14 —	12 20	14 —	15 25	29 50	24 —	37 —	2 90	5 50	—	7 50	1 15	1 60	1 20	—	—
17	Stranow	14 12	12 05	16 —	17 17	22 —	32 —	38 —	3 —	9 37	5 37	8 57	—	90	1 40	1 10	—
18	Teltow	—	12 08	16 —	15 33	29 —	29 —	47 50	2 50	5 50	5 —	7 25	1 10	1 55	1 10	—	—
19	Templin	13 50	12 —	17 —	16 50	35 —	35 —	50 —	3 —	6 —	4 50	8 —	1 —	1 20	1 —	—	—
20	Treuenbriegen	13 50	11 25	13 60	14 —	—	—	—	2 63	5 —	—	7 —	—	—	1 20	1 —	—
21	Wittstock	14 84	11 30	14 84	14 55	29 —	32 —	50 —	2 12	4 75	4 —	6 31	—	95	1 10	—	95
22	Wriezen a. D.	13 40	11 42	14 63	14 93	23 50	23 50	37 —	2 73	4 50	3 75	7 85	1 —	1 30	1 20	—	—
Durchschnitt		13 72	11 67	14 20	15 27	—	—	—	—	5 43	—	7 29	1 05	—	—	—	—

Potsdam, den 15. Mai 1894.

3) Sofort nach Vergung des Apparates und Ballons gebe man folgende Depesche, welche auch am Ballon angebracht ist, auf das nächste Telegraphenamt:

Professor Hermann Grünau (Marf). Ballon mit Apparat gefunden bei Genaue Ortsangabe, Preis, nächste Bahnstation. Name. Die vorausgesetzten Gebühren werden zurück-
erstattet.

4) Darauf erstatte man dem Gemeindevorsteher desjenigen Ortes, auf dessen Gebiet der Ballon gefallen ist, hiervon Meldung und lasse die Namen Desjenigen oder Derjenigen, welche den Ballon zuerst aufgefangen haben, feststellen.

5) Der oben genannte Verein zahlt Demjenigen oder Denjenigen, welche den Ballon in gutem Zustande und den Apparat völlig unbeschädigt und uneröffnet zurückliefern, durch Vermittelung des königlichen Landratsamtes eine Belohnung von „Königlich Mark“.

Für Beschädigungen, welche der Ballon bei der Landung ohne Schuld der Hülfsleistenden erlitten hat, werden die letzteren nicht verantwortlich gemacht.

6) Ballon und Apparat sind so lange sorgfältig aufzubewahren, bis dieselben durch einen Beauftragten von Berlin aus abgeholt werden.

Potsdam, den 10. Mai 1894.

Der Regierungspräsident.

Fischerei-Aufsicht.

105. An Stelle des Försters Ringer zu Caynub ist der Förster Wollanke zu Forsthaus Waisberg zum Fischerei-Aufsicht über die Havel bei Caynub und über das bei Caynub belegene Vaidischenrivier bestellt worden.

Der x. Wollanke gilt hinsichtlich der in seinem Aufsichtsbezirke vorkommenden Fischerei-Polizei-Vergehen x. als Hülfsbeamter der königlichen Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 14. Mai 1894.

Der Regierungspräsident.

Preise im Monat April 1894.

Artikel					Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm					Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- Fleisch	Kaltfleisch	Fammeleisch	Erd	Butter	Gin Eiweiß Gier.	Wehl		Gerste		Buchweizen- größe	Hafersgröße	Gerste	Reis, Java	Java-Kaffee mittler gelber in geb. Bohnen		Ereischalz	Schweine- schmalz, hiesig	
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	Weizen Nr. 1	Weizen Nr. 1	Gerste	Gerste	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 20	1 10	1 10	1 80	2 40	2 90	— 25	— 20	— 45	— 30	— 40	— 50	— 50	— 55	2 70	3 30	— 20	1 60	
1 20	— 95	1 20	1 80	2 13	2 30	— 32	— 26	— 50	— 40	— 40	— 80	— 40	— 60	2 80	3 60	— 20	1 60	
1 25	1 10	1 25	1 50	2 40	3 —	— 30	— 25	— 50	— 10	— 50	— 50	— 45	— 50	2 80	4 —	— 20	1 60	
1 20	— 80	1 —	1 80	2 20	2 80	— 26	— 20	— 40	— 50	— 40	— 60	— 40	— 50	2 60	3 20	— 20	1 60	
1 40	1 30	1 30	1 60	2 40	3 —	— 22	— 20	— 40	— 30	— 40	— 45	— 50	— 50	2 80	3 60	— 20	1 60	
1 20	1 30	1 20	1 55	2 19	2 48	— 25	— 21	— 43	— 43	— 51	— 50	— 46	— 51	3 —	3 75	— 20	1 70	
1 40	1 10	1 20	1 80	2 40	3 20	— 30	— 22	— 40	— —	— 40	— 70	— 40	— 40	2 60	3 60	— 20	1 60	
1 20	1 —	1 —	1 90	2 10	3 20	— 29	— 20	— 50	— 50	— 50	— 60	— 35	— 60	2 20	3 60	— 20	1 60	
1 15	1 35	1 15	1 75	2 12	2 88	— 22	— 10	— 43	— 35	— 44	— 43	— 36	— 43	2 75	3 55	— 19	1 55	
1 50	1 30	1 35	1 60	2 28	2 74	— 37	— 27	— 55	— —	— 45	— 45	— 45	— 40	2 60	3 30	— 20	1 50	
1 20	1 —	1 20	1 50	2 20	3 10	— 31	— 25	— 45	— 31	— 48	— 60	— 55	— 55	2 80	3 40	— 20	1 60	
1 30	1 30	1 —	1 70	1 87	2 30	— 25	— 20	— 40	— 40	— 40	— 50	— 40	— 45	2 60	3 60	— 20	1 80	
1 30	1 10	1 15	1 60	2 25	2 93	— 23	— 20	— 40	— 50	— 50	— 50	— 40	— 50	2 80	3 60	— 20	1 70	
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	2 84	— 35	— 26	— 45	— 40	— 50	— 50	— 50	— 60	3 —	4 —	— 20	1 60	
1 —	1 —	1 20	1 80	2 —	2 90	— 25	— 26	— 50	— 30	— 40	— 50	— 50	— 60	2 60	3 60	— 20	1 60	
1 40	1 40	1 40	1 80	2 50	2 90	— 28	— 27	— 40	— 30	— 40	— 45	— 40	— 40	2 80	3 40	— 20	1 35	
1 20	1 20	1 20	1 80	2 10	3 60	— 35	— 20	— 50	— 40	— 40	— 50	— 40	— 60	2 80	3 60	— 20	1 60	
1 15	1 10	1 10	1 55	2 30	6 —	— 30	— 20	— 50	— 40	— 50	— 60	— 60	— 55	2 50	2 70	— 20	1 60	
1 20	1 —	1 —	1 60	2 40	3 20	— 30	— 25	— 60	— 80	— 70	— 80	— 50	— 60	2 60	3 60	— 20	1 80	
1 40	1 —	1 20	1 60	2 —	2 83	— 30	— 24	— 50	— —	— 40	— 36	— —	— 50	2 60	4 —	— 20	1 60	
1 15	— 69	1 07	1 35	1 99	2 34	— 21	— 19	— 45	— 50	— 45	— 50	— 50	— 38	2 50	3 40	— 20	1 70	
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	2 75	— 20	— 16	— 32	— 27	— 35	— 40	— 35	— 48	2 70	3 40	— 20	1 60	

Der Regierungspräsident.

107.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat April 1894 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Zunehmende Nummer.	Was festsetzen je 50 Kilogramm.	Potsdam für Kreis Westfalen Stettin	Brandenburg für Kreis Westfalen Stettin	Küstenwalde für Kreis Westfalen Stettin	Berlin für Kreis Westfalen Stettin	Potsdam für Kreis Westfalen Stettin	Prenzlau für Kreis Westfalen Stettin	Neumark für Kreis Westfalen Stettin	Sachsen für Kreis Westfalen Stettin	Mitteldeutschland für Kreis Westfalen Stettin	Bemerkungen.
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1.	Hafer	—	8 01	9 09	7 88	8 89	7 88	8 27	7 87	7 78	Für die Kreise: Brandenburg, Niederbarnim, Teltow und Seelow sowie für Stadt Potsdam als Hauptstadt des Bundes.
2.	Heu	—	3 73	4 20	4 43	4 14	3 41	4 20	2 94	3 35	
3.	Richtstroh	—	2 53	2 80	3 35	3 24	3 41	3 41	2 62	2 50	
Potsdam, den 15. Mai 1894.											
Der Regierungs-Präsident.											

Gemeindebezirks-Veränderung betreffend.

108. Der Bezirksausschuß hieselbst hat in seiner Sitzung vom 2. Februar d. J. nach Anhörung des Kreistages des Kreises Westbavelland und mit Einverständnis der Beteiligten beschlossen, die dem Wählerbesitzer Julius Wöigt zu Friesack gehörigen, im Grundbuche von Friesack Band V. Blatt 337 verzeichneten und in der Grundsteuerkatasterkarte Artikel 8 eingetragenen Trennstübe Kartenblatt 11

Nr. 161 in Größe von 2 ar 30 qm,
Nr. 162 „ „ 14 „ 60 „

zusammen 16 ar 90 qm.

von dem Gutsbezirke Wagnitz abzutrennen und mit dem Bezirke der Stadtgemeinde Friesack zu vereinigen.

Potsdam, den 9. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Riesseuchen.

109. Der Vulle des Gemeinde-Vorstehers Ebels in Drenow und je eine Kuh des Bauerntöchterers Dittmann und Bäckers Henning in Vork, Kreis Teltow, sind am Bläschenausschlag erkrankt.

Zwei Schafe des Rittergutspächters Wempe in Köpplin, Kreis Teltow, sind am Milzbrand verendet.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Dominikus Mariensfelde, der Gutsbesitzer Pehner und Israel zu Mierodori, Kreis Teltow, die Bruchseuche unter den Pferden der 9. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments in Potsdam.

Potsdam, den 15. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

33. Unter dem Namen „Elixir Godineau“ wird vielfach in Zeitungen ein Mittel gegen Blutarmuth angepriesen. Dasselbe wird zum Preise von 16,75 Mark pro Flasche verkauft und verhält sich nach der Analyse wie ein mit etwa 2% Fleisch-Extract versetzter Zucker-

sirup. Solches wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht und das Publikum vor dem Ankauf des Präparates gewarnt.

Berlin, den 8. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

Polizei-Verordnung.

34. Auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung (Gesetz-Sammlung 1850 Seite 265) verordnet das Polizei-Präsidium für den Polizei-Bezirk von Berlin und die Stadt Charlottenburg was folgt:

§ 1. Ärzte, Wundärzte, Augenärzte, Geburtshelfer und Zahnärzte, welche in Berlin oder Charlottenburg die Praxis ausüben wollen, haben dies vor Beginn derselben dem Stadtphysikus (gegenwärtig Herr Sanitätsrath Dr. Schulz, Tempelhoferufer 29) unter Vorlegung der Approbation und Angabe ihrer Wohnung zu melden und gleichzeitig demselben die erforderlichen Notizen hinsichtlich ihrer Personal-Verhältnisse anzugeben.

§ 2. Hebammen, welche in Berlin oder in Charlottenburg die Praxis ausüben wollen, haben dies vor Beginn derselben dem Stadtphysikus unter Vorlegung des Prüfungszeugnisses und Angabe ihrer Wohnung zu melden und gleichzeitig demselben die erforderlichen Notizen hinsichtlich ihrer Personal-Verhältnisse anzugeben.

§ 3. Thierärzte, welche in Berlin oder Charlottenburg die Praxis ausüben wollen, haben dies vor Beginn derselben dem Departement's Thierarzt (gegenwärtig Herr Wolff, Frankfurter Allee 87) unter Vorlegung der Approbation und Angabe ihrer Wohnung zu melden und gleichzeitig demselben die erforderlichen Notizen hinsichtlich ihrer Personal-Verhältnisse anzugeben.

§ 4. Etwaigen Wohnungswechsel haben innerhalb 14 Tagen nach Eintritt desselben die in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Personen den ebendasselbst angegebenen Amtsstellen zu melden.

§ 5. Ebenso haben die in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Personen den ebendasselbst bezeichneten Amts-

Lit. E. N^o 1108215 und 1108216 über je 300 M. angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Hofmeyster Bursardt anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 7. Mai 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

8. Es wird hiermit bekannt gemacht, daß Anmeldungen zur Ausfuhr von Getreide mit dem Anspruch auf Ertheilung von Einfuhrscheinen in meinem Verwaltungsbereich bei dem königlichen Haupt-Steuer-Amt für ausländische Gegenstände zu Berlin und den in seinem Namen fungirenden Abfertigungsstellen am Vehrter Bahnhof (Hawlurger Zollschuppen), am Anhaltischen Bahnhof und am Schlesischen Bahnhof, sowie bei den königlichen Haupt-Steuer-Ämtern Frankfurt a. O. und Neu-Ruppin und dem königlichen Steuer-Amt I. Wittenberge, zulässig sind.

Berlin, den 7. Mai 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Gemeindefeldmark-Veränderungen.

9. Durch Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 25. d. M. ist auf Grund des § 2 Abs. 4 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 nach Einwilligung der Theilhaftigen: 1) die Vereinigung der dem Rittergutsbesitzer und Majorats Herrn Grafen von Wilamowitz-Moellendorff auf Gut Gadow gehörigen, in der Gemeindefeldmark Dergenthin belegenen Parzellen Kartenblatt 1, Flächenabschnitte N^o 42/34, 44/34, 41/34 und 43/34, von zusammen 4 ha 17 a Größe mit dem Gutsbezirk Ruhwinkel, 2) die Vereinigung der dem Bauern Wilhelm Hüttmann zu Dergenthin gehörigen, in dem Gutsbezirk Platenhof belegenen Parzelle Kartenblatt 2 N^o 95/71 von 2 ha 55 a 32 qm Größe mit dem Gemeindebezirk Dergenthin, 3) die Vereinigung der dem Bauern Friedrich Hildebrandt zu Dergenthin gehörigen, in dem Gutsbezirk Platenhof belegenen Parzelle, Kartenblatt 2 N^o 94/71 von 2 ha 55 a 32 qm Größe, mit dem Gemeindebezirk Dergenthin und 4) die Vereinigung der dem Rittergutsbesitzer und Majorats Herrn Grafen von Wilamowitz-Moellendorff auf Gut Gadow gehörigen, in

dem Gutsbezirk Platenhof belegenen Parzellen, Kartenblatt 2 N^o 70 und 93/69 von 15 ha 84 a 26 qm Größe mit dem Gutsbezirk Ruhwinkel genehmigt werden, was gemäß § 2 Abs. 8 a. a. D. hiermit bekannt gemacht wird.

Perleberg, den 30. April 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises West-Prignitz.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

25. Für den diesjährigen, in der Zeit vom 1. Mai bis 21. Juni d. J. auf dem Vagerhose der Berliner Vagerhof-Aktien-Gesellschaft in Berlin stattfindenden **Wollmarkt** übernehmen wir die Beförderung der auf unserer Bahnstrecke in Berlin eintreffenden, für den Markt bestimmten Wollsendungen nach dem Vagerhof bei Gesundbrunnen mittelst der Verbindungsbahn und des Gleisanschlusses der Vagerhof-Aktien-Gesellschaft unter folgenden Bedingungen:

Die Frachtbriefe müssen die Adresse „An die Berliner Vagerhof-Aktien-Gesellschaft in Berlin“ tragen und, auch wenn die Sendung tarismäßig als Wagenladung behandelt wird, die Bezeichnung der einzelnen Ballen nach Zeichen und Nummer (insoweit zugänglich auch nach dem Bruttogewicht) enthalten.

Diese nähere Bezeichnung der Ballen kann auch auf einem besonderen, dem Frachtbrief anzuhängenden oder anzulebenden Blatte bewirkt werden. Die Rückbeförderung bezw. die Ueberführung der zur Ausfuhr bestimmten Wolle findet nur dann auf dem Schienenwege statt, wenn die Vagerhof-Aktien-Gesellschaft im Frachtbriefe als Versenderin bezeichnet ist.

Tragen die Frachtbriefe der in Berlin eingehenden Sendungen eine andere Adresse als die der Vagerhof-Aktien-Gesellschaft, so bleibt es den Adressaten überlassen, nach Vereinbarung mit der genannten Gesellschaft die Weiterbeförderung und Aushändigung der Sendungen an dieselbe bei unserer dortigen Güter-Abfertigungsstelle, an welche zunächst die Fracht bis Berlin zu zahlen ist, zu beantragen. Die Sendungen werden alsdann, wenn dem Antrage entsprochen werden kann, mit der Verbindungsbahn zur Weiterbeförderung gelangen.

Für die Beförderung der Wollsendungen nach und von dem Vagerhose kommen die tarismäßigen Gebühren zur Erhebung. Die Abfertigung erfolgt durch die auf dem Vagerhose eingerichtete Güter-Abfertigungsstelle.

Bromberg, den 5. Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

26. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprüng-

lichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für auf den Strecken der		Für Aus- fertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
1	Hunde-Ausstellung.	Krausfurt a. M.	13. bis 15. Mai.	Hunde u. Gegen- stände der Hunde- züchterei,	Preussischen Staatsbahnen u. Reichsbahnen in Elßaß - Lothrin- gen.	Ausstel- lungs-Kom- mission.	4 Wochen
2	Ausstellung von Ge- flügel und Sing- vögeln.	Hildesheim.	19. bis 21. Mai.	Geflügel u. Vögel, sowie Geräte und Erzeugnisse der Geflügel- u. Vogelzucht.	Deogl.	Deogleichen.	4 Wochen
3	Landwirtschaftliche Ausstellung.	Laplan.	17. Mai				
4	Deogl.	Kaufbeuren.	19.				
5	Deogl.	Darkeheim.	22.				
6	Deogl.	Gölkab.	23.				
7	Deogl.	Heiligenbeil	23.				
8	Deogl.	Marggra- bowa.	24.				
9	Deogl.	Barthenstein.	25.				
10	Deogl.	Grünthal bei Memel.	26.				
11	Deogl.	Pr. Holland	29.				
12	Deogl.	Querode.	30.				
13	Deogl.	Neidenburg.	31.				
14	Ausstellung von Zucht- stieren.	Königsberg i. Pr.	31. Mai u. 1. Juni	Zuchtsiere.	Deogl.	Deogleichen.	8 Tage
15	Gewerbe-Ausstellung	Pyd.	14. Juni bis 5. Juli	Gewerbliche Er- zeugnisse.	Deogl.	Deogleichen.	14 Tage
16	Ausstellung von Er- zeugnissen deutscher Handfertigkeitsschu- len.	Danzig.	15. bis 17. Juni	Erzeugnisse und Gegenstände des Handfertigkeitss- unterrichts.	Preussischen u. Ba- dischen Staats- bahnen, sowie Reichsbahnen in Elßaß-Lothringen	Deogleichen.	4 Wochen
17	Rosen-Ausstellung.	Görlitz.	20. Juni bis 30. Septbr.	Rosen, sowie Ge- räte u. Gegen- stände der Rosen- züchterei.	Preussischen Staatsbahnen u. Reichsbahnen in Elßaß - Lothrin- gen.	Deogleichen.	4 Wochen
18	Österreichische Ausstel- lung für Landwirth- schaft und Gewerbe.	Neiden.	23. Juni bis 16. Juli	Maschinen, Ge- räte und Erzeug- nisse der Land- wirtschaft und des Gewerbes.	Deogl.	Deogleichen.	4 Wochen
19	Garten- und Obst- bau-Ausstellung.	Königsberg i. Pr.	1. bis 15. September	Geräte und Er- zeugnisse des Garten- u. Obst- baus.	Preussischen Staatsbahnen.	Deogleichen.	4 Wochen

Bromberg, den 6. Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

23. Mit dem 1. August 1894 gelangen zur Auf-
hebung die für Entfernungen von mehr als 200 Kilo-

meter bei Aufgabe von mindestens 10000 kg für den
Frachtbrief und Wagen oder bei Frachtabzahlung für diese
Gewichtsmenge in Geltung befindlichen **allgemeinen**
(Staffel-) **Ausnahme-Tarife** für Getreide und

Mühlenfabrikate in den Staatsbahn-Verkehren Berlin-Erfeld, Berlin-Röln, Linforb, Berlin-Röln rechtsrh. und Berlin-Hannover hinsichtlich des Verkehrs mit der Eisen-Sieger, Grefelder, Dortmund-Gronau-Enschede, Georgs-Marienhütten, Farge-Begeßader, Hoyer und Warstein-Vippstadter Eisenbahn, mit den auf deutschem Gebiete gelegenen Stationen der Holländischen Eisenbahn, sowie mit den Stationen der Nordbrabant-Deutschen Eisenbahn, ferner im Hanseatisch-Ostdeutschen und Berlin-Hanseatischen Verbaunde und im Staatsbahn-Verkehr mit der Alt-Damm-Kolberger Eisenbahn. An demselben Tage treten im Staatsbahn-Verkehre Berlin-Röln rechtsrh. auch die Ausnahmefrachtsätze für **Malz** in Ladungen von mindestens 10000 kg für den Frachtbrief und Wagen oder bei Frachtzahlung für diese Gewichtsmenge im Verkehr mit den Stationen Dortmund und Gronau der Dortmund-Gronau-Enscheder Eisenbahn außer Kraft.

Berlin, den 8. Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der übrigen beteiligten Verwaltungen.

24. Am 1. Juni d. J. tritt für die Beförderung von **Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks aus dem Waldenburger und Neuroder Gruben-Revier** im Binnen-Verkehr des diesseitigen Bezirks an Stelle des Tarifs vom 1. September 1884 und der vom 1. November 1886 ab gültigen zweiten Auflage desselben ein neuer Tarif in Kraft. Derselbe enthält zumeist die bisherigen Frachtsätze, in einzelnen Stationsverbindungen jedoch neben Ermäßigungen auch geringe Erhöhungen. Soweit Erhöhungen eintreten, gelten die bisherigen Frachtsätze noch bis zum 1. Juli d. J. Neu aufgenommen in den Tarif sind u. A. die Stationen Groß-Wubiser und Zerrenthin, sowie die Stationen Ahlbeck und Heringsdorf der Neubaulinie Swinemünde-Heringsdorf. Die Frachtsätze der beiden letzteren Stationen haben erst vom Tage der Betriebseröffnung derselben für den Wagenladungsverkehr ab Gültigkeit. Die theilweise um geringe Beträge ermäßigten Frachtsätze für Station Zittau des diesseitigen Bezirks finden für Sendungen nach der Schmalspurbahn Zittau-Marlerdorf auch im Verkehr mit Station Zittau (trags.) der Sächsischen Staatsbahn Anwendung. Druckabzüge des Tarifs sind zum Preise von 50 Pf. für das Stück durch die beteiligten Güter-Abfertigungsstellen und das Auskunfts-Bureau auf dem hiesigen Stadtbahnhofe Alexanderplatz zu beziehen.

Berlin, den 9. Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personalchronik.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Inspektors Nechenberg in Eydow der Rittergutsbesitzer Graf von der Schulenburg auf Grünthal zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks VIII. — Grünthal — ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist wegen Ablaufs der Dienstzeit der Rentant Gerlach in Traump auf's Neue

zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks III. Traump — ernannt worden.

Bei der königlichen Strafanstalt zu Brandenburg ist der Direktor, Hauptmann a. D. Wiesner verstorben, der Inspektor und Rentant, Rittmeister a. D. Nordorff in den Ruhestand getreten und in dessen Stelle der Inspektor und Rentant Zander, bisher in Striegau, angestellt worden.

Der bisherige Pfarrer in Neu-Tornow, Gottfried Emanuel Psannschmidt, ist zum Pfarrer der Pfarodie Köpen, Diocese Eberswalde, bestellt worden.

Der Gemeindefchulrektor Jahnke ist zum Direktor der Waisen-Erziehungsanstalt der Stadt Berlin in Nimmelsburg ernannt worden.

Der Taubstummenlehrer Neuschert aus Briezen a. D. ist als ordentlicher Lehrer an der königlichen Taubstummen-Anstalt zu Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats April 1894 sind
ernannt zum Postassistenten der Ober-Postdirektions-Secretair Wleje,

zu Bureauassistenten der Kanzlist Syring, der Ober-Postassistent C. Lantz, der Ober-Telegraphenassistent O. A. Krause, der Telegraphenassistent Dams,

zu Kanzlisten der Ober-Postassistent Chall, Ober-Telegraphenassistent Mücke, die Telegraphenassistenten Stache und Stamm,

zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Abt, Bartel, Barz, von Bergen, N. Braun, Bredow, Burkhart, Ehrst, Otto Fischer, Fohl, Friejede, Greim, Grobbel, Grunke, Grunert, Carl Haase, Hamling, Herbst, H. Hoffmann, Kiewewetter, Kreizirel, Kämmerling, Kentsch, Kier, Lindenau, Lorenz, Lübeck, Mainzer, Georg Meyer, Moos, Franz Müller, Münnich, Nitsch, Petri, Präppler, Rau, Rauch, Medzch, Nebländer, Roth, N. Schill, Schönsfelder, Herm. Schulze, Schütter, Stahn, Birchow, Weilandt, Weinhold, Wengel, Franz Werner, A. Wille, Zeltinger, Ziesch, der Telegraphenassistent Timmler,

zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Awe, Baensch, Beda, Bodemann, N. Böhm, E. Braun, Daasch, Dahm, Drangojch, Dürheim, Ebeling, Ebert, Eisler, A. Frank, Franz, Haupt, Hempf, Oscar Hoffmann, Hönike, Jacoby, Kasch, Carl Kleine, Klingbeil, Knabe, Krüger, Kumm, Kühnast, Lindenblatt, Machalle, Moser, Pö. Müller, Neesemann, Nitsche, Pödzun, Quaasdorf, Regling, Schleich, Wilhelm Schulz, Seydel, Siesarth, Tilgner, Träger, Vollmann, Wender, Wendi, Paul Werner, Wansch, Wond Warm, Wilmann, der Postassistent Wichoff,

zum Postassistenten der Postverwaltung Caspary.
(Fortsetzung im nächsten Hefte.)

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	1.	2.	3.	4.	5.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Moris (Moses) Zigmann, Barbier,	geboren am 1. März 1866 zu Siertst, Polen, ortsangehörig ebendaselbst,	Diebstahl im wiederholten Rückfall (2 Jahre sechs Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 25ten April 1891),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Gumbinnen,	22. März 1893.
2.	Moses Menkes, Kaufmann,	geboren am 12. März 1857 zu Remterg, Galizien, österreichischer Unterthan,	Diebstahl im wiederholten Rückfall, Urkundenfälschung und Widerstand gegen die Staatsgewalt (3 Jahre 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 30. Oktober 1890),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	30. März 1894.
3.	Matthias Strzypeczak, Arbeiter,	geboren am 22. Januar 1860 zu Bialobrzeg, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	einfacher und schwerer Diebstahl (3 Jahre sechs Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1sten August 1890),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder,	desgleichen.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
4.	Josef Chonavel, Weber,	geboren am 16. November 1848 zu Mupide Fontaine, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Vandstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar,	27. März 1894.
5.	Martin Fischer, Schlosser,	geboren am 27. August 1842 zu Senwillern, Bezirk Klattau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Viechtach,	16. Februar 1894.
6.	Alfred Günthardt, Maschinenschlosser,	geboren am 8. Februar 1856 zu Wetzikon, Kant. Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig,	5. März 1894.
7.	Rudolf Henke, Schauspieler u. Kellner,	geboren am 11. April 1871 zu Deutsch-Paulowitz, Bezirk Jägerndorf, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendaselbst,	Vandstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. März 1894.
8.	Joseph Janeczak, Schuhmacher,	geboren am 19. März 1872 zu Wolfenbüttel, Braunschweig, ortsangehörig zu Königshof, Böhmen,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	13. Februar 1894.
9.	Josef Zwick, Fabrikarbeiter,	geboren am 17. Dezember 1867 zu Pilsnau, Bez. Trautenau, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln, Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	7. Oktober 1894.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Ort der Verurtheilung	Gefährliche Ausweisung beschloffen hat.	Datum der Ausweisung beschloffen.
10	Mar Kaiser, Tagelöhner,	geboren am 12. März 1876 zu Nieder-Mörs, Bezirk Teisfen, Böhmen, Ortsangehörig zu Hilleinshof, ebenda selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	12. Februar 1894.
11	Anton Kannofsky, Kürschner,	geboren am 11. April 1847 zu Raaden, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger.	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Viechtach,	16. Februar 1894.
12	Adalbert Bögl, Buchbinder,	geboren am 29. Juli 1876 zu Wien, Ortsangehörig zu Ruffein, Tirol,	Landstreichen, Betrugsversuch und Fälschung eines Legitimationspapiers,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	22. März 1894.
13	Ludwig Krahl, Buchbinder,	geboren am 21. März 1874 zu Weir, Böhmen, Ortsangehörig zu Mollsdorf, Bezirk Malsdorf, ebenda selbst,	Landstreichen, Betteln und Fälschung eines Arbeitsbuchs,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	31. März 1894.
14	Peter Meriadec, ohne Stand,	geboren am 17. Januar 1848 zu Meisberchris, Canton St. Devonect, Département Finistère, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Straßburg,	29. März 1894.
15	Martin Poplawsky, Arbeiter,	geboren im Juli 1872 zu Mladut, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	31. Januar 1894.
16	Josef Schmidt, Weber,	geboren am 17. August 1868 zu Kreinwaldau, Österreichisch-Schlesien,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	29. März 1894.
17	Johann Schönberr, recte (Kaiser), Schuhmachergeselle,	geboren am 1. Januar 1866 zu Pöschlberg, Böhmen, Bezirk Saaz, Ortsangeh. zu Schmiedeburg, Bezirk Raaden, ebenda selbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	8. März 1894.
18	Josef Sentner, Formen,	geboren am 19. Januar 1851 zu Enderodorf, Bezirk Kreinwaldau, Österreichisch-Schlesien,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	2. März 1894.
19	Marie Stadler, unverheh. Arbeiterin,	geboren am 6. Juni 1864 (1861) zu Tschau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	31. März 1894.
20	Maximas Urban, Steinmetz,	geboren im Juni (Juli) 1854 zu Mladut, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	21. März 1894.

Nr. Satz.	Name und Stand des Angeklagten.	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat.	Datum der Anweisungs- Beschlusse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
21	Philipp Jacobus Daemo, Cigarren- arbeiter,	geboren am 29. April 1840 zu Antwerpen, Belgien, ortsdangehörig ebendaselbst,	Vetteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	3. April 1894.
22	Josefa Heibach, ledige Näherin,	geboren am 27. No- vember 1855 zu Wolf- furt, Bezirk Bregenz, Vorarlberg, ortsdange- hörig zu St. Martin, Bezirk Meran, Tirol,	Landstetten,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	23. März 1894.
23	Andolf Henke, Schauspieler u. Kellner,	geboren am 11. April 1871 zu Deutsch-Pau- lowitz, Bezirk Jäger- dorf, Oesterreichisch- Schlesien, ortsdangehö- rig ebendaselbst,	Landstetten und Vetteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. März 1894.
24	Josef Erdnast, Arbeiter,	geboren am 17. April 1857 zu Kolowa, Ko- mitat Trenczin, Un- garn, ortsdangehörig ebendaselbst,	Landstetten,	Verhabe,	27. März 1894.
25	Johann Heinrich Jansen, Anstreicher,	geboren am 7. Januar 1858 zu Zuyphen, Niederlande, ortsdan- gehörig ebendaselbst,	Vetteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	3. April 1894.
26	Anton Krenschler, Arbeiter,	geboren am 23. Dezem- ber 1832 zu Sennerö- dorf, Bezirk Jäger- dorf, Oesterreichisch- Schlesien, ortsdangehö- rig ebendaselbst,	Landstetten u. Vetteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. März 1894.
27	Anton Kucera, Arbeiter,	geboren am 20. Januar 1859 zu Podin, Bezirk Königsgrätz, Böhmen,	Vetteln,	königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	13. März 1894.
28	Franz Antonie, Kommis,	geboren am 10. Oktober 1873 zu Töflitz, Be- zirk Neustadt, Krain, Oesterreich, ortsdan- gehörig ebendaselbst,	Landstetten u. Vetteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. März 1894.
29	Wilhelm Lübbers, Tischlergeselle,	geboren am 15. April 1859 zu Alderp, Pro- vinz Overingen, Nie- derlande,	Landstetten,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrid,	3. April 1894.
30	Konstantin Deschger, Gutmacher,	geboren am 24. Oktober 1866 zu Basel, Schweiz, wohnhaft zuletzt zu Pellfort, Frankreich, französischer Staatsan- gehöriger,	Landstetten u. Vetteln,	keiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	7. April 1894.
31	Alcis Meiner, Vieh- und Tagelöhner,	geboren am 2. ... 1858 zu Ostermiesing,	Landstetten u. Vetteln,	königlich bayerische Polizei-Direktion	27. März 1894.

Rang Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Geburtsort	Grund der Verweisung	Behörde welche den Ausweisungsbefehl ertheilt hat	Datum des Ausweisungsbefchlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
32	Jos. Sedlacek, Schneidergehilfe,	Bezirk Braunau, Ober- Oesterreich, ortsange- hörig ebendaselbst, geboren am 18. Oktober 1857 zu Zbraslawitz, Bez. Kuttenberg, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,		München, Stadtmagistratskassen heim, Bayern,	29. März 1894.
33	Johanna Urban, jetzige Fabrikarbeiterin,	geboren am 20. Mai 1874 zu Wien, orts- angehörig zu Alt-Bo- stschow, Bezirk Pil- gram, Böhmen,	Verurtheilt u. Verurtheilt u. großer Unfug,	königlich bayerisches Bezirksamt Wasser- burg,	21. März 1894.
34	Rudolf Witt, Schneidergeselle,	geboren am 5. April 1841 zu Lobositz, Be- zirk Leitmeritz, Böhmen,	Verurtheilt u. Verurtheilt u. Verurtheilt u. Verurtheilt u.	königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Dresden,	2. März 1894.
35	Jos. Böhm, Wegger,	geboren am 16. März 1859 zu Plan, Böh- men, österreichischer Staatsangehöriger,		königlich bayerische Bezirksamt Münch- berg,	17. März 1894.
36	Robert Brejda, Schlosser,	geboren am 30. März 1876 zu Trautenau, Böhmen, ortsangehö- rig zu Barnsdorf, Bezirk Hainburg, eben- daselbst,	Verurtheilt u. Verurtheilt u. Verurtheilt u. Verurtheilt u.	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	6. April 1894.
37	Jakob Burtischer, Maurergehilfe,	geboren am 19. November 1857 zu Tschag- gung, Bezirk Mladetz, Oesterreich, ortsange- hörig ebendaselbst,		Stadtmagistrat No. 10 Regleiden. senheim, Bayern,	
38	Karl Schmid, Glaser,	geboren am 25. September 1865 zu Lun- denburg, Bezirk Gö- ding, Mähren, orts- angehörig ebendaselbst,		königlich bayerische Polizei-Direktion München,	2. April 1894.
39	Karl Rezel, Tischlergehilfe,	geboren am 15. Juli 1842 zu Reischitz, und Verteln, Bezirk Deutschbrod, Böhmen,		königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Dresden,	21. März 1894.

Der in einer früheren Nummer des anzuwendenden angeführte Max Kautzer war eine nicht mehr zu ermittelnde andere Person als die in dem vorstehenden Verzeichnisse unter Nr. 19 angeführte. Da dieser Ausweisungsbefehl ist deshalb zurückgenommen worden.

Der ausgewiesene Deutsche Johann Michaelis, Sohn des Michaelis, geb. 1844, ist nicht aus Mähren, sondern aus Böhmen, Gemeinde Schwarzenburg, Kanton Pern, gebürtig.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.)

Verlagsblätter werden der Wegens mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Pohnschen Geden.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 21.

Den 25. Mai

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Beitrag zur Bekämpfung der Cholera.

7. An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters a. D. Wenger zu Wobdenberg ist der Bürgermeister Redding zu Oriesen zum Provinzial-Landtagsabgeordneten des Kreises Kriesberg N. W. gewählt worden. Solches Bescheid gemäß § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 12. Mai 1894.

Der Oberpräsident, Staatsminister

von Uechterhoff.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Beitrag zur Bekämpfung der Cholera.

110. Mit Bezugnahme auf die unterm 24. Oktober 1892 im Amtsblatt S. 455 veröffentlichten Erfahrungen, nach welchen der vorbeschriebene Betrieb zu führen ist, um in Cholerazeiten Ansteckungsgefahren thunlichst auszuschließen, theile ich mit, daß die Cholera-Kommission unter Zuziehung bewährter Sachverständiger diese Angelegenheit einer erneuten Erörterung unterzogen und folgende Grundsätze für die Reinigung von Oberflächengewässern durch Sandfiltration zu Zeiten der Cholera-Gefahr aufgestellt hat:

§ 1. Bei der Beurtheilung eines filtrirten Oberflächengewässers sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

a. die Wirkung der Filter ist als eine befriedigende anzusehen, wenn der Keimgehalt des Filtrats ein möglichst geringer ist und jene Grenze nicht überschreitet, welche erfahrungsgemäß durch eine gute Sandfiltration für das betreffende Wasserwerk erreichbar ist. Bevor man nicht bestimmte Kenntnisse über die örtlichen und zeitlichen Verhältnisse der einzelnen Wasserwerke, insbesondere auch über den Einfluß des Rohwassers gesammelt hat, ist als Regel zu betrachten, daß ein befriedigendes Filtrat beim Verlassen des Filters nicht mehr als ungefähr 100 Keime im cem enthalten darf;

b. das Filtrat soll möglichst klar sein und darf in Bezug auf Farbe, Geschmack, Temperatur und chemisches Verhalten nicht schlechter sein als vor der Filtration;

§ 2. Um das Wasserwerk in bakteriologischer Beziehung fortlaufend zu kontrolliren, muß vorläufig das Filtrat jedes einzelnen Filters täglich untersucht werden; hierbei ist namentlich auf ein plötzliches Ansteigen des Keimgehaltes zu achten, das den Verdacht

einer Störung im Filterbetrieb begründet und die Betriebsleitung zu erhöhter Aufmerksamkeit mahnt;

§ 3. Um bakteriologische Untersuchungen im Sinne des § 1 zu 2. veranlassen zu können, muß das Filtrat eines jeden Filters so zugänglich sein, daß zu beliebiger Zeit Proben entnommen werden können;

§ 4. Um eine einseitige Ausführung der bakteriologischen Untersuchungen zu sichern, wird folgendes Verfahren zur allgemeinen Anwendung empfohlen:

Als Nährboden dient eine 10 %ige Fleischwasser-peptongelatine. Dieselbe kommt in Mengen von je 10 cem zur Verwendung. Von dem zu untersuchenden Wasser werden stets 2 Proben zu je 10 cem und $\frac{1}{2}$ cem mit der vorher bei 30 bis 35° verflüssigten Nährgelatine vermischt, durch vorsichtiges Neigen des betreffenden Reagenzglases eine möglichst vollständige Mischung herbeigeführt und der Inhalt des Glases auf eine sterile Glasplatte ausgegossen. Die Platten werden in Glaschäsen gelegt, deren Boden mit angefeuchtem Filterpapier bedeckt ist, und bei etwa 20° aufbewahrt.

Die Zählung der entstandenen Kolonien erfolgt mit der Lupe, nachdem 48 Stunden verfloßen sind.

Ist die Temperatur des Aufbewahrungsraumes der Platten niedriger, als oben angegeben, so geht die Entwicklung der Kolonien langsamer von Station, und kann die Zählung demgemäß erst später stattfinden.

Beurtheilt die Menge der Kolonien in 1 cem des untersuchten Wassers mehr als etwa 100, so hat die Zählung mit Hilfe des Wolffhugel'schen Apparates zu geschehen.

§ 5. Die mit der Ausführung der bakteriologischen Kontrolle betrauten Personen müssen den Nachweis erbracht haben, daß sie die hierfür erforderliche Befähigung besitzen. Dieselben sollen, wenn irgend thunlich, der Betriebsleitung selbst angehören.

§ 6. Entspricht das von einem Filter gelieferte Wasser den hygienischen Anforderungen nicht, so ist dasselbe vom Gebrauche auszuschließen, sofern die Ursache des mangelhaften Verhaltens nicht schon bei Beendigung der bakteriologischen Untersuchung behoben ist.

Versetzt ein Filter nicht nur vorübergehend ein ungenügendes Filtrat, so ist es außer Betrieb zu setzen, und der Schaden aufzufassen und zu beseitigen.

Nach den bisher gemachten Erfahrungen kann es unter gewissen unabwendbaren Verhältnissen (Hochwasser etc.) technisch nicht möglich sein, ein den im § 1 angegebenen Eigenschaften entsprechendes Wasser zu liefern. In solchen Fällen wird man sich mit einem

weniger guten Wasser begnügen, gleichzeitig aber je nach Lage der Dinge (Ausbruch einer Epidemie u.) eine entsprechende Bekanntmachung erlassen.

§ 7. Um ein minderwertiges, den Anforderungen nicht entsprechende Wasser geeignet zu machen (§ 6), muß jedes einzelne Filter eine Einrichtung besitzen, die es erlaubt, dasselbe für sich von der Reinwasserleitung abzusperrten und das Filtrat abzulassen. Dieses Ablassen des, soweit die Durchführung des Betriebs es irgend gestattet, in der Regel zu geschehen.

1) unmittelbar nach vollzogener Reinigung des Filters und
2) nach Ergänzung der Sandschicht.

Die im einzelnen Falle nach Vornahme dieser Reinigung bzw. Ergänzung ein Ablassen des Filtrats nöthig ist und binnen welcher Zeit das Filtrat die erforderliche Reinheit wahrscheinlich erlangt hat, muß der leitende Techniker nach seinen aus den fortlaufenden bakteriologischen Untersuchungen gewonnenen Erfahrungen ermitteln.

§ 8. Eine zweckmäßige Sandfiltration bedingt, daß die Filterfläche reichlich bemessen und mit genügender Reserve ausgestattet ist, um eine den örtlichen Verhältnissen und dem zu filtrirenden Wasser angepasste mäßige Filtrationsgeschwindigkeit zu sichern.

§ 9. Jedes einzelne Filter soll für sich regulierbar und in Bezug auf Durchfluß, Überdruck und Beschaffenheit des Filtrats kontrollierbar sein; auch soll es für sich vollständig entleert sowie nach jeder Reinigung von unten mit filtrirtem Wasser bis zur Sandoberfläche aufgefüllt werden können.

§ 10. Die Filtrationsgeschwindigkeit soll in jedem einzelnen Filter unter den für die Filtration jeweils günstigsten Bedingungen eingestellt werden können und eine möglichst gleichmäßige und vor plötzlichen Schwankungen oder Unterbrechungen gesichert sein. Zu diesem Behufe sollen namentlich die normalen Schwankungen, welche der nach den verschiedenen Tageszeiten wechselnde Verbrauch verursacht, durch Reservoire möglichst ausgeglichen werden.

§ 11. Die Filter sollen so angelegt sein, daß ihre Wirkung durch den veränderlichen Wasserstand im Reinwasserbehälter oder schwach nicht beeinflusst wird.

§ 12. Der Filtrationsüberdruck darf nie so groß werden, daß Durchbrüche der obersten Filterschicht eintreten können. Die Grenze, bis zu welcher der Überdruck ohne Preisrückzahlung des Filtrats gesteigert werden darf, ist für jedes Werk durch bakteriologische Untersuchungen zu ermitteln.

§ 13. Die Filter sollen derart konstruirt sein, daß jeder Theil der Fläche eines jeden Filters möglichst gleichmäßig wirkt.

§ 14. Wände und Böden der Filter sollen wasserdicht hergestellt sein, und namentlich soll die Gefahr einer mittelbaren Verbindung oder Undichtigkeit, durch welche das unfiltrirte Wasser auf dem Filter in die Reinwasserkanäle gelangen könnte, ausgeschlossen sein. Zu diesem Zwecke ist insbesondere auf eine

wasserdichte Herstellung und Erhaltung der Rutschschächte der Reinwasserkanäle zu achten.

§ 15. Die Stärke der Sandschicht soll mindestens so beträchtlich sein, daß dieselbe durch die Reinigungen niemals auf weniger als 20 cm vermindert wird; es empfiehlt sich, diese niedrigste Grenzzahl, sofern es der Betrieb irgend gestattet, zu erhöhen.

Besonderes Gewicht ist darauf zu legen, daß die oberste Filterschicht in einer für die Filtration möglichst günstigen Beschaffenheit hergestellt und dauernd erhalten wird; hierfür ist es zweckmäßig, vor jeder frischen Sandaufschüttung eine Verfüllung der obersten Schlamm- schicht die unmittelbar darunter befindliche dünne Schicht gefährlichen Sandes abzuheben und demnächst auf die durch Auffüllung ergänzte Sandschicht aufzubringen. § 16. Es ist erwünscht, daß von sämtlichen Sandfilterwerken im Deutschen Reich über die Betriebs- ergebnisse, namentlich über die bakteriologische Beschaffenheit des Wassers vor und nach der Filtration, dem Kaiserlichen Gesundheitsamt, welches sich über diese Frage in dauernder Verbindung mit der seitens der Filtertechniker gebildeten Kommission halten wird, vierteljährlich Mittheilung gemacht wird, und je einer erneuten Überprüfung und Abgibt von etwa zwei Jahren geeignetes Material zur Beurtheilung zu besitzen. Der erstmaligen Einreichung ist förmlich die Beschreibung des Werks beizufügen, dem mit 1901

Die vorstehenden Grundsätze sind bei der Einrichtung und dem Betriebe von Wasserwerken einschlägiger Art genau zu beobachten und insbesondere in geben die Betriebseleitungen der Sandfilterwerke darauf aufmerksam gemacht, daß dem Kaiserlichen Gesundheitsamt bis zum Beginn vierteljährlicher Mittheilungen über die in § 16 der Grundsätze bezeichneten Punkte das erste Mal mit Beifügung einer Beschreibung des Wasserwerkes, im doppelten Nachtragsbogen eingekandt werden sollen. (Hinsichtlich der Anzahl der Mittheilungen vgl. die Vorstandsbeschlüsse vom 10. Mai 1894 und 1901).

Verordn. des Reichsregierungs-Präsidenten vom 10. Mai 1894.

§ 11. Nach einer Entscheidung des Herrn Ministers des Innern erstreckt sich das mit der Reichs-Postverwaltung getroffene Aversionalabkommen nur auf die bloß aus der Staatskasse gezahlten Posten, die Portofreien der Ständesammler werden dagegen durch die Aversionalierung in keiner Weise betroffen und sind somit nach wie vor von den Gemeinden zu tragen.

Verordn. des Reichsregierungs-Präsidenten vom 10. Mai 1894.

§ 12. Vom 1. Juni d. J. ab wird die Gemeinde Schönewalde von dem 16. Ständesammlerbezirk in Neuen- dorf bei Trebbin im Reichs-Bezirk abgetrennt und dem 21. Bezirk „Waltersdorf“ (Kreis Jüterbog) zugetheilt. Verordn. des Reichsregierungs-Präsidenten vom 10. Mai 1894.

B e k a n n t m a c h u n g. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß an Stelle des durch die Ausführungsvorschriften vom 4. Januar 1892 für die staatliche Unfallversicherung festgestellten Formulars zu den Unfall-Anzeigen das hierunter abgedruckte Formular tritt.

Die Benutzung des alten Formulars wird, behufs Verbrauchs etwa vorhandener Bestände noch bis zum 1. Januar 1895 zugelassen.

Potsdam, den 17. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Staatliche Unfallversicherung.

Bau-Inspektionsbezirk:

(für Unterhaltungsbetriebe; sonst nähere
Bezeichnung der Bauausführung.)

U n f a l l - A n z e i g e

dem

Königl. Ober-Präsidenten, Regierungs-Präsidenten in

überreicht am

(Datum der Absendung.)

Z u r B e a c h t u n g.

Nach § 51 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1891 ist von jedem Unfall, durch welchen ein Arbeiter getödtet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, bei der vorgesetzten Dienstbehörde schriftliche Anzeige zu erstatten.

Dieselbe muß binnen zwei Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der betriebsleitende Beamte oder sein Vertreter auf der Baustelle von dem Unfall Kenntniß erlangt hat.

Für jede verletzte oder getödtete Person ist ein besonderes Anzeigeformular auszufüllen.

1. Wochentag, Datum, Tageszeit und Stunde des Unfalls.	
2. a. Bezeichnung (Gerechtsame) des Betriebes und	a.
b. Betriebsart (Betriebsart), in welchem der Verletzte den Unfall erlitt	b.
— möglichst nach der Bezeichnung (Ziffer) des Gefahrentarifs, wo ein solcher vorhanden ist	
c. Unfallstelle (Ort, Straße, Hausnummer etc.)	c.
3. a. Vor- und Name, Wohnort, Wohnung der getödteten oder verletzten Person (bei minderjährigen Personen auch: des Vaters oder Vormundes).	a.
b. Im Betriebe beschäftigt als (Art der Beschäftigung, Arbeitsposten)?	b.
c. Tag, Monat, Jahr der Geburt (wenn unbekannt, ungefähre Angabe des Lebensalters)?	c.
d. Ledig, verheiratet, verwitwet?	d.

<p>Wenn möglich, nach den Angaben des Arztes:</p> <p>4. a. Genaue Bezeichnung der Art der Verletzung und der verletzten Körperteile (rechts und links zu unterscheiden).</p> <p>b. Ist der Verletzte durch den Unfall getötet?</p> <p>c. Wird die Verletzung voraussichtlich den Tod, oder</p> <p>d. eine (irgendwelche) Beeinträchtigung der Erwerbs-(Arbeits-)fähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge haben?</p>	<p>a. _____</p> <p>b. _____</p> <p>c. _____</p> <p>d. _____</p>
<p>5. a. Ist für die Heilung gesorgt durch Aufnahme in ein Krankenhaus (genaue Bezeichnung desselben)? oder durch anderweitige ärztliche Behandlung (zu Hause etc.)?</p> <p>Name, } I. des behandelnden, Wohnort, } II. des zuerst zugezogenen Wohnung } Arztes.</p> <p>b. Arbeitet der Verletzte trotz der Verletzung weiter?</p>	<p>a. _____</p> <p>b. _____</p>
<p>6. a. Gehört der Verletzte einer Krankenkasse an? (Genaue Bezeichnung)</p> <p>b. Bezieht der Verletzte schon Unfall-, Invaliden- oder Altersrente?</p>	<p>a. _____</p> <p>b. _____</p>
<p>7. Veranlassung und Hergang des Unfalls.</p> <p>Hier ist eine möglichst eingehende Schilderung des Unfalls zu geben. Insbesondere ist die Arbeitsstelle (zum Beispiel: Werkstätte, Wald, Feld, Stall u. s. w.), wo, sowie die Arbeit (Maschine etc.), bei welcher sich der Unfall ereignet hat, genau zu bezeichnen, geeigneten Falls unter Vorfügung einer erläuternden Zeichnung.</p>	<p>a. _____</p> <p>b. _____</p>

8. a. Augenzeugen des Unfalls

falls		Ver- und Zuname, Stand, Wohnort, Wohnung			
b. Anderweitige Personen, die zuerst von dem Un- fall Kenntniß erhalten haben					
c. Etwasige Bemerkungen (z. B. Angabe von Vorfällen zur Verhütung ähn- licher Unfälle. War der Verletzte schon vor dem Unfälle ganz oder theilweise er- werbsunfähig? und anderes mehr).					
		Name und Amtscharakter des die Anzeige erstattenden Beamten.			
(Ort) _____, den _____ten _____ 18____					

B e k a n n t m a c h u n g.

114. Nachstehendes Verzeichniß der Vorsitzenden und deren Stellvertreter der Schiedsgerichte für die Unfall-Versicherung wird hiermit veröffentlicht:

Sitz- Nr.	Bezeichnung des Schiedsgerichts	Sitz	Name, Stand und Wohnort des		
			Vorsitzenden	ersten Stellvertretenden Vorsitzenden	zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Section II. der Nord- östlichen Baugewerk- Verufsgenossenschaft.	Potsdam.	Stolle, Kgl. Regie- rungsrath in Pots- dam.	Kgl. Regie- rungsrath in Pots- dam.	Dr. von Guérard, Kgl. Regierungs- Assessor in Potsdam.
2.	Section III. der Aub- werks-Verufsgenos- senschaft.	Potsdam.	Klogisch, Kgl. Regie- rungsrath in Pots- dam.	Kgl. Regie- rungsrath in Pots- dam.	Dr. von Guérard, Kgl. Regierungs- Assessor in Potsdam.
3.	Regieanten des Com- munalverbandes Jü- terbog-Ludenwalde.	Jüterbog.	Wie vor.	Wie vor.	Wie vor.
4.	Deogl. Disprignitz.	Kyritz.	Dr. von Guérard, Kgl. Regierungs- Assessor in Potsdam.	Klogisch, Kgl. Regie- rungsrath in Pots- dam.	Wie vor.
5.	Deogl. Westprignitz.	Perleberg.	Wie vor.	Wie vor.	Wie vor.
6.	Deogl. Westhavelland.	Mathenow.	Wie vor.	Wie vor.	Wie vor.
7.	Deogl. Oberharnim.	Kreienwalde	Wie vor.	Wie vor.	Wie vor.
8.	Deogl. Prenzlan.	Prenzlau.	Wie vor.	Wie vor.	Wie vor.

Potsdam, den 17. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

115. Anweisung

zur Ausführung des deutsch-russischen Ueber-
nahme-Abkommens vom 10. Februar 1894.

Die nachstehende Anweisung zur Ausführung des
deutsch-russischen Uebernahme-Abkommens vom 10. Fe-
bruar 1894 bezieht sich nur auf solche Fälle, in denen
es sich um die Ausweisung über die russische Grenze
im Wege unmittelbaren Zwanges handelt. Unterliegt
bleibt die Befugniß der zuständigen Behörden, lässige
Russen durch Androhung und Festsetzung von Executiv-

strafen zum Verlassen des Staatsgebietes in der Weise
anzubringen, daß den Ausgewiesenen die Art ihrer Ent-
scheidung überlassen wird. Ob der eine oder der andere
Weg zu wählen ist, unterliegt dem Ermessen der aus-
weisenden Behörde.

Alle Uebernahme-Anträge nach Maßgabe des ge-
nannten Abkommens, sowie die auf dieselben bezüg-
lichen Verhandlungen sind mit möglichster Beschleunig-
ung zu erledigen.

Das Abkommen tritt am 7. Mai 1894 in Kraft.

Grenzbehörden und Uebernahmorte.

Die gemäß dem Abkommen bestimmten preussischen und russischen Grenzbehörden und Uebernahmorte, sowie die diesseitigen Behörden, welche die Uebergabe und Uebernahme der Auszuweisenden thatsächlich auszuführen haben, ergibt die folgende Zusammenstellung: *)

Nr.	Preussische Grenzbehörde.	Ausführende preussische Behörde.	Preussischer Uebernahmort.	Russischer Uebernahmestort.	Russische Grenzbehörde.
	a.	b.	c.	d.	e.
1.	Der Landrath des Kreises Memel.	Der Landrath des Kreises Memel.	Nimmersatt.	Polangen.	Polizei-Meister in Polangen.
2.	desgl.	desgl.	Nasobren.	Kretzingen.	Kreisdeß von Felsche.
3.	desgl.	desgl.	Langallen.	Gorjdy.	desgl.
4.	Der Landrath des Kreises Heydekrug.	Der Landrath des Kreises Heydekrug.	Kollegtrichfen.		
5.	Der Landrath des Kreises Tilsit.	Der Landrath des Kreises Tilsit.	Langsargen.		
6.	Der Landrath des Kreises Ragnit.	Der Amtsvorsteher zu Schmalleningfen.	Schmalleningfen.		
7.	Der Landrath des Kreises Willkallen.	Der Bürgermeister zu Schirwindt.	Schirwindt.	Bladiolavowo.	Kreisdeß.
8.	Der Landrath des Kreises Stallupönen.	Der Grenzpolizeikommissar in Eydisubnen.	Eydisubnen.	Bersbolowo.	Kreisdeß.
9.	Der Landrath des Kreises Dögke.	Der Amtsvorsteher zu Mierunfen.	Mierunfen.	Jelipowo.	Kreisdeß.
10.	Der Landrath des Kreises Lyck.	Der Grenzpolizeikommissar in Proffen.	Proffen.	Graewo.	Kreisdeß.
11.	Der Landrath des Kreises Johannisburg.	Der Amtsvorsteher zu Dlostowen.	Dlostowen.		
12.	Der Landrath des Kreises Detelsburg.	Der Amtsvorsteher zu Friedrichsbeß.	Friedrichsbeß.		
13.	desgl.	Der Landrath des Kreises Detelsburg.	Spaleniec.		
14.	Der Landrath des Kreises Neidenburg.	Der Grenzpolizeikommissar in Illowo.	Illowo.	Matawa.	Kreisdeß.
15.	Der Landrath des Kreises Strasburg.	Der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Prineß.	Neu-Zielun.		
16.	Der Landrath des Kreises Briesen.	Die Polizeiverwaltung zu Gollub.	Gollub.	Dobsin.	Kreisdeß.
17.	Der Landrath des Kreises Thern.	Der Amtsvorsteher zu Leubisch.	Leubisch.	Labisch.	Kreisdeß.
18.	desgl.	Der Grenzkommissar in Thern.	Thern.	Alexandrowo.	Kreisdeß.
19.	desgl.	Der als Uebernahmekommissar fungirende Eisenbahnstationsvorsteher zu Dittelschön.	Dittelschön.	Alexandrowo.	Kreisdeß.
20.	Der Landrath des Kreises Weischen.	Das Polizeidistriktsamt zu Strzalkowo.	Strzalkowo.	Stupeß.	Kreisdeß.
21.	Der Landrath des Kreises Ostrowo.	Der Landrath des Kreises Ostrowo.	Ostrowo.		
22.	Der Landrath des Kreises Kempen.	Das Polizeidistriktsamt zu Podamsche.	Podamsche.	Wernischow.	Kreisdeß.
23.	Der Landrath des Kreises Grenzburg.	Der Amtsvorsteher zu Gelsowig.	Sogenannte Sandhäuser.		

*) Inwieweit den diesseitigen Stellen und Behörden in der Zusammenstellung russische Stellen und Behörden nicht angeführt sind, beruht hierüber noch Verhandlungen statt, nach deren Abschluß weitere Mittheilung erfolgen wird.

24	Preussische Grenzbehörde,	Ausführende preussische Behörde,	Preussischer Uebernahmest.	Russischer Uebernahmest.	Russische Grenzbehörde.
24.	Der Landrath des Kreises Mosenberg.	Die Polizeiverwaltung zu Pandoberg.	Pandoberg.	Praschna.	Kreischoel.
25.	Der Landrath des Kreises Kubling.	Der Amtsvorsteher zu Bodja.	Bodjanowitz.	Praschna.	Kreischoel.
26.	Der Landrath des Kreises Kubling.	Der Landrath des Kreises Kubling.	Preuss. Heide.	Praschna.	Kreischoel.
27.	Der Landrath des Kreises Kubling.	Der Bürgermeister und Amts- vorsteher zu Boisschnif.	Boisschnif.	Praschna.	Kreischoel.
28.	Der Landrath des Kreises Kallowitz.	Die Polizeiverwaltung zu Kallow- itz.	Kallowitz.	Soehnowitz.	Kreischoel.

I. Ausweisungen nach Russland.

Will eine Behörde eine Person nach Russland aus-
weisen und deren Uebergabe dorthin auf Grund des
deutschrussischen Uebernahme-Abkommens herbeiführen,
so hat sie diese Absicht, unter Beifügung der die An-
wendbarkeit des Abkommens darstellenden Nachweise, der
Grenzbehörde desseligen preussischen Uebernahmestortes*)
mitzutheilen, welcher dem zeitigen Aufenthaltsorte des
Auszuweisenden am nächsten liegt oder von dort mit
den geringsten Kosten erreicht werden kann.

A. Ausweisungen nach vorgängigem

Schriftwechsel.

Die russische Grenzbehörde hat hierauf den Ueber-
nahme-Antrag an die zuständige russische Grenzbehörde
zu richten und mit dieser im Wege des Schriftwechsels
die erforderlichen Verhandlungen zu führen. Von dem
Ergebnisse hat sie die ausweisende Behörde zu benach-
richtigen und, falls die Uebernahme verweigert
wird, die Inanspruchnahme diplomatischer Vermittlung
zu überlassen, andernfalls aber zugleich den Ort zu be-
zeichnen, wohin der Ausgewiesene zu senden ist. Die
ausweisende Behörde hat sodann über die Art und
Weise der Abführung des Ausgewiesenen, sowie über
die vorläufige Zeit seiner Anfunft der russischen
Grenzbehörde Mittheilung zu machen, welche demnach
selbst oder durch die zuständige ausführende Be-
hörde — die Uebergabe des Ausgewiesenen an die
russische Behörde bewirkt.

B. Ausweisungen ohne vorgängigen

Schriftwechsel.

Ergehen die überlieferten Nachweise und die sonstigen
Verhältnisse, daß die Uebernahmepflicht Russlands nach
Art. 3 des Abkommens zweifellos begründet ist, so kann
die russische Grenzbehörde ohne vorgängigen Schrift-
wechsel mit der russischen Behörde, die ausweisende
Behörde auffordern, den Auszuweisenden an den zu
bezeichnenden Ort zu senden, worauf das unter I. A.
vorgeschriebene weitere Verfahren Platz greift.

*) Hierunter sind die in der Anweisung zur Zusammenstellung
erwähnten Uebernahmestortes, als auf Weiteres angedeuteten.

Verweigert in einem solchen Falle die russische
Behörde die Uebernahme und mislingt der Versuch, sie
im Wege schriftlicher oder mündlicher Ver-
handlung zur Uebernahme zu bestimmen, so hat die
russische Grenzbehörde die ausweisende Behörde hier-
von zu benachrichtigen und um Bestimmung über den
Zurückgewiesenen zu ersuchen. Ergibt eine solche nicht
innerhalb längstens einer Woche, so erfolgt die Rück-
beförderung des Zurückgewiesenen auf Kosten der aus-
weisenden Behörde in derselben Weise, wie er zur
Offengebracht worden ist. Inzwischen ist der Zurück-
gewiesene, wenn nöthig, in polizeilichem Gewahrsam zu
behalten.

II. Uebernahme nach Deutschland.

Zu übernehmen sind:

- 1) Personen, welche die Reichsangehörigkeit noch be-
sitzen,
- 2) Personen, welche die Reichsangehörigkeit zwar be-
tritten, sie aber verlassen und eine andere Staats-
angehörigkeit nicht erworben haben.

Personen, die früher einem Bundesstaate angehört,
ihre dortige Staatsangehörigkeit aber schon vor Grün-
dung des Deutschen Reiches verloren haben, sind als
ehemalige Reichsangehörige zu betrachten und, falls sie
eine andere Staatsangehörigkeit nicht erworben haben,
zu übernehmen.

Dagegen erstreckt sich die Uebernahmepflicht nicht
auf solche Personen, welche die von ihren Eltern ver-
lorene Staatsangehörigkeit ihrerseits niemals bezeugen
haben. Dies schließt indessen nicht aus, daß bei Ueber-
nahme eines früheren Reichsangehörigen, der nach ein-
geleiteten Verlust der Reichsangehörigkeit eine Aus-
länderin geheirathet hat, auch die Ehefrau, obgleich sie
niemals Deutsche gewesen ist, und etwaige minderjährige
Kinder je nach Lage des Falles mitübernommen werden
können.

Wenn Personen übernommen werden, welche die
Reichsangehörigkeit nicht mehr besitzen, ist in der Regel
dabin zu wirken, daß die Uebernommenen gemäß § 21
Absatz 5 des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1870 die
Reichsangehörigkeit wieder erwerben.

A. Uebernahme nach vorgängigem

Schriftwechsel.

Seitens der russischen Grenzbehörden ist die Uebernahme Auszuweisender bei denselben dieseitigen Grenzbehörden zu beantragen, in deren Bezirk der in Aussicht genommene Uebernahmestort liegt.

Geliebt dies schriftlich, so hat die dieseitige Grenzbehörde den Antrag zu prüfen und demselben stattzugeben, falls Bedenken nicht obwalten oder im Wege des Schriftwechsels beseitigt werden.

Gelingt letzteres nicht, so ist unverzüglich die Entscheidung der Heimathbehörde der zu übernehmenden Person einzuholen und danach diese entweder zu übernehmen oder zurückzuweisen.

B. Uebernahme ohne Schriftwechsel.

Wird von einer russischen Grenzbehörde die Uebernahme einer Person, als einer gegenwärtig oder früher ungewiss, reichsangehörigen, nach Art. 3 des Abkommens ohne vorgängigen Schriftwechsel verlangt, so hat die angesehene dieseitige Grenzbehörde auf kürzestem Wege zu prüfen, ob die Uebernahmepflicht vorliegt und, falls sie diese nicht für ungewiss nachgewiesen hat, die Uebernahme vorläufig abzuweisen und der russischen Behörde anheimzustellen, die Uebernahme schriftlich zu beantragen, worauf das unter II A. vorgeschriebene Verfahren Platz greift.

Ist dagegen durch einwandfreie Urkunden (Pass, Heimathchein u. s. w.) durch Zeugnisse, Notoriciat, oder auf andere Weise ungewiss dargethan, daß die zu übernehmende Person die Reichsangehörigkeit besitzt oder bebesitzt, eine andere Staatsangehörigkeit aber nicht erworben hat, so ist die betreffende Person von der dies-

seitigen Grenzbehörde ohne weitere Formlichkeit zu übernehmen.

Ist hiernach A. oder B. eine Person übernommen worden, so hat die Grenzbehörde der höheren Heimathbehörde der betreffenden Person, insbesondere dann, wenn diese einem außerpreussischen Bundesstaate angehört oder angehört hat, von der erfolgten Uebernahme unverzüglich Nachricht zu geben.

C. Verfahren nach der Uebernahme.

Nach erfolgter Uebernahme hat die Grenzbehörde die etwa erforderlichen Anordnungen wegen der weiteren Behandlung des Uebernommenen zu treffen.

Eine solche Anordnung ist u. A. erforderlich, wenn es sich um eine hilfsbedürftige Person handelt. Gehört dieselbe einem außerpreussischen Bundesstaate an, so ist sie, soweit aus den Bestimmungen des Freizügigkeits-Gesetzes ein Bedenken nicht entgegensteht, mit Beachtung des Bundesrathbeschlusses vom 28. Februar 1873 (Min. Bl. S. 221) nach ihrem heimathlichen Bundesstaate zu befördern. Im Falle einer doppelten Staatsangehörigkeit entscheidet der letzte Aufenthaltsort für die letzte Aufenthalt.

Berlin, den 6. Mai 1894.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg.

Unter Bezugnahme auf das Süd 16. Seite 157 des diesjährigen Amtsblatts veröffentlichte „Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland“ wird vorstehende Anweisung zur Ausführung jenes Uebereinkommens zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 14. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g .

116. Nachstehendes Verzeichniß der Vorsitzenden und deren Stellvertreter für Schiedsgerichte zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung wird öffentlich bekanntgemacht:

Name des Schiedsgerichte.	Name des Vorsitzenden.	Name des Stellvertretenden Vorsitzenden.
1. Stadtkreis Potsdam.	Dr. von Guérard, Rgl. Regierungsrath in Potsdam.	I. Klogg, Rgl. Regierungsrath in Potsdam.
2. Kreis Potsdam.	Wie vor.	II. Stollé, Rgl. Regierungsrath in Potsdam.
3. Kreis Juch-Belzig.	Wie vor.	Wie vor.
4. Kreis Angermünde.	Wie vor.	Wie vor.

Potsdam, den 17. Mai 1894.

Der Registrations-Präsident.

V i e h s e u c h e n .

117. Festgestellt ist der Mißbrand bei einem Rinde des Büdnere Otto in Zühlendorf, bei einer Kuh des Ritzergutpächters Philipp zu Neubörschen, Kreis Niederbarnim, bei einer Kuh des Brennermeisters Friedrich in Holzhausen, Kreis Prenzlau, bei einer Kuh des Bayern Schult in Maulbeerswalde, Kreis Anspignitz.

Erlorben ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gutes Garrau, Kreis Oberbarnim, der Ackerbürger Hübner und Müller in Nauch, Kreis Osthavelland, der Blöschenausschlag in Elckow, Kreis Neosow-Elckow, die Pferde-Munde auf dem Ritzergut Wolke, Kreis Angermünde.

Potsdam, den 22. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

2. Seitens des Reichsmilitärinstituts ist die Errichtung eines Trappenerübningsplatzes bei Deberitz beabsichtigt. Das Enteignungsrecht ist für dieses Unternehmen bereits durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 15. April 1894 verliehen.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 wird hiermit angedeutet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des gedachten Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerschören von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorherige Erlaubniß der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingestrichigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung des Besitzers, in deren Ermangelung nach ertheilter Erlaubniß der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 21. Mai 1894.

Namens des Bezirksausschusses der Vorsitzende.

Bekanntmachungen des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

30. Die bisherigen Hebammen-Schülerinnen: a. Frau Braune, geb. Marquardt, Alexandrinenstraße 31, b. Frau Kemnitz, geb. Rothe, Chausseestraße 76, c. Frau Kröning, geb. Schmidt, Neue Königsstraße 79, d. Frau Rindfleisch, geb. Vengerich, Charlottenburg, Donabruiderstraße 4, e. Frau Schmidt, geb. Rosinski, Claudiusstraße 18, f. Frau Schulze, geb. Kiechle, früher Schwerinstraße 14, g. Frau von Stadrad, geb. Wannerberger, Charlottenburg, Kleiststraße 14, sind nach bestandener Prüfung als Hebammen zugelassen worden.

Berlin, den 16. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

30. Auf dem Gesundbrunnen bei Freienwalde (Oder) wird wiederum am 1. Juni für die Dauer der diesjährigen Badezeit, und zwar bis einschließlich 15. September, eine Zweig-Postanstalt mit Telegraphenbetrieb eingerichtet werden, welche die Bezeichnung Freienwalde (Oder) 2 erhält. Die Dienststunden dieser Postanstalt für den Verkehr mit dem Publikum sind, wie folgt, festgesetzt worden: **An den Werktagen:** von 7 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 4 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr Nachmittags. **An den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen:** von 7 bis 9 Uhr Vormittags, von 12 bis 1 Uhr Nachmittags (nur für den Telegraphenbetrieb) und von 5 bis 6 Uhr Nachmittags. Die neue Verkehrsanstalt erhält werktäglich fünfmalige, Sonntags dreimalige Postverbindung mit dem Postamt in der Stadt Freienwalde (Oder).

Die nach dem Gesundbrunnen gerichteten Postsendungen werden von dem Postamt in der Stadt, die dorthin gerichteten Telegramme dagegen von der Zweig-Postanstalt bestellt.

Potsdam, den 16. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

14. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des am 26. Oktober 1891 zu Breschen verstorbenen Königl. Hauptmanns und Bezirksofficiers Eugen Diesel die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880

Lit. B. Nr. 233482 über 300 M.

angeblich vermißt wird.

Es wird derselbe, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Generalarzt a. D. Dr. Ferdinand Diesel aus Dresden, z. B. in Bozen in Tirol, Hôtel de l'Europe, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 10. Mai 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

15. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2%igen Staatsanleihe von 1890

Lit. C. Nr. 296736 über 1000 M.,

D. Nr. 378224, 521339 bis 521355 über je 500 M.,

F. Nr. 207776 bis 207785 über je 200 M.

dem Comptoirboten der Firma L. Behrens & Söhne in Hamburg, J. C. Roosen, am 31. März d. J. nach der für die genannte Firma an dem vorbezeichneten Tage bei der Wechselbank in Hamburg erfolgten Empfangnahme der Schuldverschreibungen angeblich im Bureau der Wechselbank in Hamburg oder auf dem Wege von Letzterer nach dem Comptoir der Firma L. Behrens & Söhne gestohlen worden oder verloren gegangen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Reichsanwalt Dr. Ernst Grelling hier selbst C., Wollenmarkt 12/13, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 17. Mai 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

S. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 18. April d. J. heute geschehenen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4% Rentenbriefe Litt. A. zu 3000 M. (1000 Tblr.) 157 Stück und zwar die Nummern:
75 86 88 166 384 410 429 521 657 836 870 984
987 1072 1391 1454 1489 1518 1519 1663 1856
1981 2113 2200 2300 2639 3181 3281 3450 3669
3747 4613 4644 4683 4859 5101 5164 5309 5371
5464 5714 5816 5997 6028 6114 6204 6327 6484
6631 6660 6714 6795 6855 6889 7013 7288 7553
7677 7705 7753 7979 8141 8300 8337 8404 8884
8926 9078 9158 9170 9316 9434 9671 9809 9812
9850 9960 9975 9988 10046 10229 10459 10510
10725 10871 10970 10988 11268 11349 11682
12070 12077 12281 12303 12854 12366 12596
12614 12635 12704 12808 12967 13066 13263
13323 13444 13530 13614 13664 13991 14044
14076 14318 14594 14706 14757 14802 14896
15182 15283 15541 15565 15737 15815 15914
15989 16028 16097 16141 16307 16376 16407
16626 16738 16965 16983 17026 17139 17440
17636 17767 17803 17909 17910 18160 18170
18180 18420 18488 18735 18772 18871 18941
19037 19193 19205 19326.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Tblr.) 54 Stück und zwar die Nummern: 158 217 377 400 456 571 848
1071 1929 2097 2126 2334 2454 2595 2651 2766
2784 2787 2798 2808 2838 3055 3088 3173 3198
3352 3524 3626 3911 4060 4085 4089 4178 4310
4428 4457 4707 4858 4864 4887 4934 5068 5169
5782 5802 5920 6219 6404 6431 6564 6712 6793
6830 6839.

Litt. C. zu 300 M. (100 Tblr.) 212 Stück und zwar die Nummern: 29 654 1069 1235 1278 1374
1488 1642 1708 1731 1821 2156 2268 2524 2547
2754 2866 2885 2886 3073 3131 3443 3635 3648
3994 4016 4142 4218 4225 4499 4508 4613 4788
4805 5001 5185 5379 5398 5465 5606 5655 5663
5698 5715 5930 6267 6400 6523 6541 6695 6894
7050 7305 7737 7832 7855 7888 7990 8258 8342
8716 8948 8970 9107 9140 9228 9229 9414 9435
9485 9569 9859 9870 9881 10071 10254 10321
10437 10615 10639 11108 11242 11379 11577
11594 11622 11671 11702 11916 12000 12007
12145 12310 12451 13111 13123 13129 13166
13172 13199 13376 13380 13385 13432 13449
13456 13506 13591 13602 13604 13710 13914
14021 14441 14476 14558 14639 14748 14754
14897 14935 15009 15070 15441 15569 15573
15899 16106 16237 16354 16511 16573 16630
16662 16920 16922 17070 17339 17385 17604
17693 17880 17991 18249 18312 18334 18633

18656 18668 18743 18829 19153 19259 19367
19474 19506 19902 20100 20188 20478 20569
20638 20667 20728 20766 20813 20863 20950
20989 21037 21131 21166 21251 21522 21894
21959 22073 22352 22467 22566 22753 22859
22868 22874 23007 23012 23102 23126 23158
23573 23708 23717 23754 23822 23871 23907
24118 24170 24173 24180 24315 24323 24448
24493 24494 24497 24524 24549 24616 24682
24722 24730.

Litt. D. zu 75 M. (25 Tblr.) 176 Stück und zwar die Nummern: 48 799 806 807 860 922 1447 1682
1684 1811 2043 2142 2267 2384 2518 3426 3461
3502 3835 4163 4211 4421 4424 4591 4652 4653
4709 5642 5706 5842 6622 6760 6800 6827 6854
6879 6956 7142 7243 7529 7573 7790 7819 8286
8340 8382 8421 8569 8592 8637 8722 8990 9054
9172 9451 9694 9741 9907 10037 10167 10197
10234 10273 10300 10322 10323 10396 10425
10497 10524 10949 11027 11051 11150 11197
11220 11406 11686 11811 11816 11863 12025
12041 12149 12187 12188 12265 12301 12368
12423 12524 12598 12660 12886 12972 12976
12910 12918 13143 13360 13706 13837 13885
13918 13986 14198 14393 14710 14800 15029
15138 15155 16182 15183 15321 15374 15529
15530 15690 15722 15740 15746 15913 15946
16003 16185 16213 16259 16349 16421 16501
16847 17021 17075 17110 17142 17207 17220
17288 17420 17399 17758 17847 17908 17947
18029 18133 18171 18219 18388 18450 18492
18533 18772 18805 18846 18851 18859 18928
19039 19202 19232 19270 19516 19693 19878
20045 20084 20240 20250 20422 20480 20493
20501 20580 20584.

Litt. E. zu 30 M. (10 Tblr.) 2 Stück und zwar die Nummern: 9677 9687.

II. 3½% Rentenbriefe. Litt. N. zu 300 M. 1 Stück und zwar die Nummern: 24 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111 112 113 114 115 116 117 118 119 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149 150 151 152 153 154 155 156 157 158 159 160 161 162 163 164 165 166 167 168 169 170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187 188 189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200 201 202 203 204 205 206 207 208 209 210 211 212 213 214 215 216 217 218 219 220 221 222 223 224 225 226 227 228 229 230 231 232 233 234 235 236 237 238 239 240 241 242 243 244 245 246 247 248 249 250 251 252 253 254 255 256 257 258 259 260 261 262 263 264 265 266 267 268 269 270 271 272 273 274 275 276 277 278 279 280 281 282 283 284 285 286 287 288 289 290 291 292 293 294 295 296 297 298 299 300 301 302 303 304 305 306 307 308 309 310 311 312 313 314 315 316 317 318 319 320 321 322 323 324 325 326 327 328 329 330 331 332 333 334 335 336 337 338 339 340 341 342 343 344 345 346 347 348 349 350 351 352 353 354 355 356 357 358 359 360 361 362 363 364 365 366 367 368 369 370 371 372 373 374 375 376 377 378 379 380 381 382 383 384 385 386 387 388 389 390 391 392 393 394 395 396 397 398 399 400 401 402 403 404 405 406 407 408 409 410 411 412 413 414 415 416 417 418 419 420 421 422 423 424 425 426 427 428 429 430 431 432 433 434 435 436 437 438 439 440 441 442 443 444 445 446 447 448 449 450 451 452 453 454 455 456 457 458 459 460 461 462 463 464 465 466 467 468 469 470 471 472 473 474 475 476 477 478 479 480 481 482 483 484 485 486 487 488 489 490 491 492 493 494 495 496 497 498 499 500 501 502 503 504 505 506 507 508 509 510 511 512 513 514 515 516 517 518 519 520 521 522 523 524 525 526 527 528 529 530 531 532 533 534 535 536 537 538 539 540 541 542 543 544 545 546 547 548 549 550 551 552 553 554 555 556 557 558 559 560 561 562 563 564 565 566 567 568 569 570 571 572 573 574 575 576 577 578 579 580 581 582 583 584 585 586 587 588 589 590 591 592 593 594 595 596 597 598 599 600 601 602 603 604 605 606 607 608 609 610 611 612 613 614 615 616 617 618 619 620 621 622 623 624 625 626 627 628 629 630 631 632 633 634 635 636 637 638 639 640 641 642 643 644 645 646 647 648 649 650 651 652 653 654 655 656 657 658 659 660 661 662 663 664 665 666 667 668 669 670 671 672 673 674 675 676 677 678 679 680 681 682 683 684 685 686 687 688 689 690 691 692 693 694 695 696 697 698 699 700 701 702 703 704 705 706 707 708 709 710 711 712 713 714 715 716 717 718 719 720 721 722 723 724 725 726 727 728 729 730 731 732 733 734 735 736 737 738 739 740 741 742 743 744 745 746 747 748 749 750 751 752 753 754 755 756 757 758 759 760 761 762 763 764 765 766 767 768 769 770 771 772 773 774 775 776 777 778 779 780 781 782 783 784 785 786 787 788 789 790 791 792 793 794 795 796 797 798 799 800 801 802 803 804 805 806 807 808 809 810 811 812 813 814 815 816 817 818 819 820 821 822 823 824 825 826 827 828 829 830 831 832 833 834 835 836 837 838 839 840 841 842 843 844 845 846 847 848 849 850 851 852 853 854 855 856 857 858 859 860 861 862 863 864 865 866 867 868 869 870 871 872 873 874 875 876 877 878 879 880 881 882 883 884 885 886 887 888 889 890 891 892 893 894 895 896 897 898 899 900 901 902 903 904 905 906 907 908 909 910 911 912 913 914 915 916 917 918 919 920 921 922 923 924 925 926 927 928 929 930 931 932 933 934 935 936 937 938 939 940 941 942 943 944 945 946 947 948 949 950 951 952 953 954 955 956 957 958 959 960 961 962 963 964 965 966 967 968 969 970 971 972 973 974 975 976 977 978 979 980 981 982 983 984 985 986 987 988 989 990 991 992 993 994 995 996 997 998 999 1000 1001 1002 1003 1004 1005 1006 1007 1008 1009 1010 1011 1012 1013 1014 1015 1016 1017 1018 1019 1020 1021 1022 1023 1024 1025 1026 1027 1028 1029 1030 1031 1032 1033 1034 1035 1036 1037 1038 1039 1040 1041 1042 1043 1044 1045 1046 1047 1048 1049 1050 1051 1052 1053 1054 1055 1056 1057 1058 1059 1060 1061 1062 1063 1064 1065 1066 1067 1068 1069 1070 1071 1072 1073 1074 1075 1076 1077 1078 1079 1080 1081 1082 1083 1084 1085 1086 1087 1088 1089 1090 1091 1092 1093 1094 1095 1096 1097 1098 1099 1100 1101 1102 1103 1104 1105 1106 1107 1108 1109 1110 1111 1112 1113 1114 1115 1116 1117 1118 1119 1120 1121 1122 1123 1124 1125 1126 1127 1128 1129 1130 1131 1132 1133 1134 1135 1136 1137 1138 1139 1140 1141 1142 1143 1144 1145 1146 1147 1148 1149 1150 1151 1152 1153 1154 1155 1156 1157 1158 1159 1160 1161 1162 1163 1164 1165 1166 1167 1168 1169 1170 1171 1172 1173 1174 1175 1176 1177 1178 1179 1180 1181 1182 1183 1184 1185 1186 1187 1188 1189 1190 1191 1192 1193 1194 1195 1196 1197 1198 1199 1200 1201 1202 1203 1204 1205 1206 1207 1208 1209 1210 1211 1212 1213 1214 1215 1216 1217 1218 1219 1220 1221 1222 1223 1224 1225 1226 1227 1228 1229 1230 1231 1232 1233 1234 1235 1236 1237 1238 1239 1240 1241 1242 1243 1244 1245 1246 1247 1248 1249 1250 1251 1252 1253 1254 1255 1256 1257 1258 1259 1260 1261 1262 1263 1264 1265 1266 1267 1268 1269 1270 1271 1272 1273 1274 1275 1276 1277 1278 1279 1280 1281 1282 1283 1284 1285 1286 1287 1288 1289 1290 1291 1292 1293 1294 1295 1296 1297 1298 1299 1300 1301 1302 1303 1304 1305 1306 1307 1308 1309 1310 1311 1312 1313 1314 1315 1316 1317 1318 1319 1320 1321 1322 1323 1324 1325 1326 1327 1328 1329 1330 1331 1332 1333 1334 1335 1336 1337 1338 1339 1340 1341 1342 1343 1344 1345 1346 1347 1348 1349 1350 1351 1352 1353 1354 1355 1356 1357 1358 1359 1360 1361 1362 1363 1364 1365 1366 1367 1368 1369 1370 1371 1372 1373 1374 1375 1376 1377 1378 1379 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388 1389 1390 1391 1392 1393 1394 1395 1396 1397 1398 1399 1400 1401 1402 1403 1404 1405 1406 1407 1408 1409 1410 1411 1412 1413 1414 1415 1416 1417 1418 1419 1420 1421 1422 1423 1424 1425 1426 1427 1428 1429 1430 1431 1432 1433 1434 1435 1436 1437 1438 1439 1440 1441 1442 1443 1444 1445 1446 1447 1448 1449 1450 1451 1452 1453 1454 1455 1456 1457 1458 1459 1460 1461 1462 1463 1464 1465 1466 1467 1468 1469 1470 1471 1472 1473 1474 1475 1476 1477 1478 1479 1480 1481 1482 1483 1484 1485 1486 1487 1488 1489 1490 1491 1492 1493 1494 1495 1496 1497 1498 1499 1500 1501 1502 1503 1504 1505 1506 1507 1508 1509 1510 1511 1512 1513 1514 1515 1516 1517 1518 1519 1520 1521 1522 1523 1524 1525 1526 1527 1528 1529 1530 1531 1532 1533 1534 1535 1536 1537 1538 1539 1540 1541 1542 1543 1544 1545 1546 1547 1548 1549 1550 1551 1552 1553 1554 1555 1556 1557 1558 1559 1560 1561 1562 1563 1564 1565 1566 1567 1568 1569 1570 1571 1572 1573 1574 1575 1576 1577 1578 1579 1580 1581 1582 1583 1584 1585 1586 1587 1588 1589 1590 1591 1592 1593 1594 1595 1596 1597 1598 1599 1600 1601 1602 1603 1604 1605 1606 1607 1608 1609 1610 1611 1612 1613 1614 1615 1616 1617 1618 1619 1620 1621 1622 1623 1624 1625 1626 1627 1628 1629 1630 1631 1632 1633 1634 1635 1636 1637 1638 1639 1640 1641 1642 1643 1644 1645 1646 1647 1648 1649 1650 1651 1652 1653 1654 1655 1656 1657 1658 1659 1660 1661 1662 1663 1664 1665 1666 1667 1668 1669 1670 1671 1672 1673 1674 1675 1676 1677 1678 1679 1680 1681 1682 1683 1684 1685 1686 1687 1688 1689 1690 1691 1692 1693 1694 1695 1696 1697 1698 1699 1700 1701 1702 1703 1704 1705 1706 1707 1708 1709 1710 1711 1712 1713 1714 1715 1716 1717 1718 1719 1720 1721 1722 1723 1724 1725 1726 1727 1728 1729 1730 1731 1732 1733 1734 1735 1736 1737 1738 1739 1740 1741 1742 1743 1744 1745 1746 1747 1748 1749 1750 1751 1752 1753 1754 1755 1756 1757 1758 1759 1760 1761 1762 1763 1764 1765 1766 1767 1768 1769 1770 1771 1772 1773 1774 1775 1776 1777 1778 1779 1780 1781 1782 1783 1784 1785 1786 1787 1788 1789 1790 1791 1792 1793 1794 1795 1796 1797 1798 1799 1800 1801 1802 1803 1804 1805 1806 1807 1808 1809 1810 1811 1812 1813 1814 1815 1816 1817 1818 1819 1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1849 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859 1860 1861 1862 1863 1864 1865 1866 1867 1868 1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889 1890 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 19

vom 1. April 1890 Litt. D. Nr. 3082,
 April 1891 A. Nr. 11628,
 C. Nr. 5356 8001,
 D. Nr. 284 9221 11410
 18221 20513,
 vom 1. Oktober 1891 Litt. A. Nr. 1080,
 B. Nr. 2712,
 C. Nr. 1217 3634 1852
 5225 24208,
 D. Nr. 2055 3681 3652
 7316 14237,
 vom 1. April 1892 Litt. A. Nr. 17263,
 B. Nr. 311,
 C. Nr. 1046 7816 18732,
 D. Nr. 2503 3142 3402
 4044 6954 8813
 10215 11035
 11513 15634.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Wegen der Verjährung der ausgelosten Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 S. 44 zu beachten.

Die Einschickung ausgelostener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 18. Mai 1894.

Königliche Direction
 der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
Personalchronik.

Im Kreise Glogau ist an Stelle des verstorbenen Gutbesizers Bettac zu Rossow der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Gemeindevorsteher August Bettac ebendasselbst, zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXVIII.

Rosow — und an dessen Stelle der Landwirth Jean Bettac ebendasselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter ernannt worden.

Im Kreise Ruppin ist an Stelle des Gutbesizers J. Katsch zu Koewenberg, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Gutbesizer Reinhold Katsch ebendasselbst, zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXVIII. — Koewenberg — ernannt worden.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde ist wegen des zum 30. d. M. bevorstehenden Abschlusses seiner Dienstzeit der Amtmann Koch zu Mehlsdorf b. D. aufs Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VIII. Jümersdorf, ernannt worden.

Der Forstmeister Haß zu Gummerdorf ist zum Forstamtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht in Zossen für den Forstbezirk Zossen vom 1. Juni d. J. ab ernannt worden.

Der Rentier und Rathmann Carl Rens in Veetitz ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.
 Personalveränderungen im Bezirke der königlichen Ober-Postdirektion in Berlin
 (Fortsetzung.)

Im Laufe des Monats April 1894 sind
angestellt als Postassistenten die Postassistenten Aldermann, Alshuth, Altmann, Ansin, Herm. Beyer, Berggreve, Bergwardt, Ernst Buchholz, Büttner, Daede, Döge, Dorner, Duhnsen, Dzewas, Franz Engel, Gust. Finger, Krenz, Freudenberg, Friede, Grönnert, Hadbarth, Heitefuss, Henniges, Hering, Hilgermann, Höpner, Hugo, Kalan von Hofe, Kangerbach, Kiefer, Klimsa, Knüpling, Ph. Köhler, Koblisch, Kofel, Mar Krause, Krest, Kriesel, Kulke, Laba, Lesèvre, Hugo Lehmann, Lüddede, Marquardt, Meißel, Menck, Mente, Wernis, Willibald Meyer, Mielenz, Mittig, Carl Mohr, Naab, Robert Neumann, Wilhelm Neumann, Dm. Narzaj, Pelz, Perino, Poppy, Raasch, Reichel, Herm. Rohde, Ruthe, Rydziewicz, Bernhard Sauer, Scherf, Schirp, Carl Schmidt, Mar Schmidt, Sinning, Sorgas, Steigerwald, Tappe, Thiede, Thies, Carl Tietze, Wilh. Beych, Vieh, A. G. D. Voigt, H. G. Ph. Voigt, Wollschon, Zboralski, Zeisiger, als Telegraphenassistenten die Postassistenten Borries, Gorchüter, Gustav Hopp, List, Pacht, Pirwig, Riese.

versetzt von Berlin Postrath Hönike nach Leipzig, Postassistent Iben nach Köln (Rhein), Schammel nach Düsseldorf, Ober-Postdirektionssekretär Bastian nach Dar-es-Salgam, die Postsecrétaires Friedr. Bod nach Stettin, Eberlein nach Köln (Rhein), Fehner nach Minden (Westf.), Fleckner nach Piesing, Göbe nach Oldenburg (Grosch.), Hartung nach Arnberg, Heisig nach Königsterg (Pr.), Ingel nach Oldenburg (Grosch.), Köhlig nach Oldenburg (Grosch.), Mehlis nach Erfurt, H. R. Müller nach Plauen (Vogtl.), Drthmann nach Posen, Reese nach Köln (Rhein), Röper nach Kiel, Sauer nach Straßburg (Els.), Schellhorn nach Kiel, Starke nach Breslau, Wallmuth nach Potsdam, Weber nach Karlsruhe (Baden), Westphal nach Stettin, Ober-Postassistent Kiel nach Jechow, Ober-Telegraphenassistent Bergmann nach Jüterbog-Luckenwalde (Spre), die Postassistenten Danick nach Wittsted (Mark), Kölske nach Belgard (Persante), Friedr. Schwarz nach Grimmen, Seidel nach Großkau, Szczebankiewicz nach Inowrazlaw, Telegraphenassistent Friede nach Hannover,

nach Berlin Postfach Petrich von Hamburg, Postinspector Senger von Königsberg (Pr.), Wachholz von Constantinopel, Postdirektor Hinrichsen von Hamburg, Ramien von Cusirgen nach Rirkori, Postassistent Mohr von Hamburg, Tapp von Cottbus, die Ober-Postdirektionssekretaire Buchholz von Gumbinnen, Hackmann und Köhler von Magdeburg, von Vipski von Oppeln, Meyhoff von Braunschweig, Siebert von Stettin, Weitbasse von Halle (Saale), Ober-Telegraphensekretair Noletts von Straßburg (El.), Postmeister Deutler von Stieglitz nach Friedenau, die Postsekretaire Rathe von Oberhausen (Rheinl.), Tburley von

Far-es-Zasam, Ober-Telegraphenassistent Wos von Leipzig, die Postassistenten G. Müller von Reutheben (Oberh.), Wos von Brandenburg (Havel), der Telegraphenassistent Jorberg von Cöln (Rhein), in den Ruhestand versetzt die Postdirektoren Juppe und Thujino, der Ober-Postsekretaire Osten, die Postsekretaire Krey, Morawicz und Neugebauer, die Ober-Telegraphenassistenten A. R. Th. Engelmann und Mar Herzbach, gestorben Ober-Postsekretaire Erdmann, Ober-Postassistent Panzeram und Ober-Telegraphenassistent Erodolka.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Karl Kochsdy, Uhrmacher,	geboren am 16. April 1871 zu Köszeg (Güns), Komitat Vas (Eisenburg), Ungarn, ortsangehörig ebenda.	Landsfreiden,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	7. April 1894.
2.	Marie Antonie Kühn, geb. Schm, Arbeiterin,	geboren am 21. August 1859 zu Neudorf, Bezirk Komotau, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	gewerbemäßige Unzucht,	Polizeibehörde zu Hamburg,	16. April 1894.
3.	Alcis Lauser, Kleider und Arbeiter,	geboren am 21. Juli 1855 zu Schlafau, Bez. Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, ortsangehörig zu Weißwasser, Bezirk Kreiswaldau, ebenda selbst,	Landsfreiden u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. März 1894.
4.	Heinrich Lorenz, Arbeiter,	geboren am 15. Dec. 1869 zu Hohenelbe, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Ebersdorf,	16. April 1894.
5.	Johann Müller, Brauendreher,	geboren am 10. März 1836 zu Wertweiler, Kreis Schleisstadt, Elsaß-Lothringen, französischer Staatsangehöriger,	Landsfreiden, Betteln u. hässlicher Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Ebersdorf,	7. April 1894.

Hierzu eine Beilage, enthaltend Zusatzbestimmungen zu den Geschäftsanweisungen für die Katastervertheilung, sowie Vier öffentliche Anzeiger.

(Die Anfertigungsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

(Die Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Bahn-Werke.

Beilage

zum 21. Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 25. Mai 1894.

Zusatzbestimmungen

vom 6. März 1894

zu den

Geschäftsanweisungen für die Katasterverwaltung.

Infolge des Gesetzes vom 14. Juli 1893 wegen Aufhebung direkter Staatssteuern (Gesetz-Samml. S. 119) und des Kommunalabgabengesetzes von demselben Tage (Gesetz-Samml. S. 152) wird im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern folgendes bestimmt.

A. Gemeindebezirke.

Artikel 1.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Vom 1. April 1895 ab wird die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer außer Hebung gesetzt.

2. Die Veranlagung und Verwaltung beider Steuern wird in den Gemeinden vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung ausgeführt.

3. Die Veranlagung hat sich auf sämtliche Liegenschaften und Gebäude zu erstrecken, die der Gemeindebesteuerung unterliegen.

4. Die bestehenden Katastereinrichtungen bleiben aufrechterhalten.

5. Soweit nicht in den eingangs bezeichneten Gesetzen und nachstehend Abweichendes bestimmt ist, gelten für die Veranlagung und Verwaltung die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze, die bei der Heranziehung zu den entsprechenden Staatssteuern anzuwenden waren.

6. Gegen die Veranlagung sind dieselben Rechtsmittel zulässig, mit denen die Veranlagung der entsprechenden Staatssteuer hätte angefochten werden können.

7. Die Katasteranweisungen und die dazu ergangenen Bestimmungen finden auch weiterhin Anwendung. Wegen der notwendigen Ergänzungen und Aenderungen werden die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

Artikel 2.

Gemeindesteuerpflichtige Grundstücke.

1. Den Realsteuern vom Grundbesitz sind die in der Gemeinde belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke mit den im § 24 des Kommunalabgabengesetzes aufgeführten Ausnahmen unterworfen. Die Grundstücke des Reiches sind denen des Staates gleichgestellt. (Reichsgesetz vom 25. Mai 1873 Reichs-Gesetzbl. S. 113).

2. In den Grund- und Gebäudesteuerbüchern sind die einzelnen Grundstücke bei derjenigen Kategorie der Liegenschaften oder Gebäude aufzuführen, der sie nach ihrem Besteuerungsverhältnis gegenüber der Gemeinde angehören. An die Stelle der durch die Grund- und Gebäudesteuergesetze festgestellten Steuerbefreiungen treten diejenigen im § 24 des Kommunalabgabengesetzes. Wo die Angabe des Grundes der Steuerfreiheit statifindet, erfolgt sie künftig unter Hinweis auf die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes. Bei den nach § 3 zu 7 und 8 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 zur Gebäudesteuer nicht veranlagten Gebäuden ist auf dieses Gesetz hinzuweisen (j. V. Bg. § 3 zu 7).

3. Befreiungen von Kommunalabgaben auf Grund besonderen Rechtsmittels (§ 21) oder besonderer Bewilligung (§ 24 zu h des Kommunalabgabengesetzes) sind in den Steuerbüchern nicht nachzuweisen. Der Katasterkontroleur hat sich aber auf Ansuchen des Gemeindevorstandes und nach dessen Angaben der Ermittlung der betreffenden Parzellen und Gebäude im Kataster zu unterziehen, überhaupt zum Zwecke der Gemeindebesteuerung jede erforderliche Auskunft zu erteilen.

Artikel 3.

Liegenschaften.

1. Die Grundsteuerveranlagung umfaßt bereits alle der Besteuerung in der Gemeinde unterworfenen Liegenschaften. Es ist daher nur notwendig, den in den Grundsteuerbüchern bereits enthaltenen Nachweis der Grundstücke bei den einzelnen Liegenschaftskategorien

mit dem Kommunalabgabengesetz in Uebereinstimmung zu bringen.*)

*) Nach Maßgabe der Steuerpflicht gegenüber der Gemeinde treten in den Liegenschaftskategorien des Grundsteuerkatasters folgende Änderungen ein:

I. Von den im § 19 der Katasteranweisung VIII. vom 25. Oktober 1881 aufgeführten Grundstücken scheiden bei der Kategorie B aus und treten zur Kategorie A über:

a) die Grundstücke

- zu 1. des Reiches und des Staates,
- zu 2. der vormalig reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen,
- zu 3b. der besonderen zur Unterhaltung von Kirchen, Schulen und höheren Lehranstalten stiftungsmäßig bestimmten Fonde,
- zu 3f. die Dienstgrundstücke der an anderen als Volksschulen angestellten Lehrer;

ß) die nicht unmittelbar für Zwecke der betreffenden Anstalten benützten Grundstücke

- zu 3a. der evangelischen oder römisch-katholischen Kirchen oder Kapellen, öffentlichen Schulen, höheren Lehranstalten,
- zu 3e. der milden Stiftungen;

γ) die bisher von der Staatsgrundsteuer, aber nicht von Gemeindeabgaben befreiten Dienstgrundstücke

- zu 3d. der Erzbischöfe, Bischöfe, Dom- und Kurat- oder Pfarrgeistlichen oder sonstiger mit geistlichen Funktionen bekleideter Personen,
- zu 3e. der Rüstler und anderer Diener des öffentlichen Kultus,
- zu 3f. der an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrer.

II. Dagegen scheiden bei der Kategorie A aus und treten der Kategorie B hinzu:

a) zu 2. die über 25 a 53 qm (gleich 1 preuß. Morgen) großen Gärten der königlichen Schlösser und der zugehörigen Nebengebäude aller Art, sowie die zu Botschafts- oder Gesandtschaftsgebäuden fremder Staaten, welche Gegenseitigkeit bezüglich der Steuerbefreiung gewähren, gehörenden mit den Gebäuden in derselben Einfriedigung liegenden Grundstücke;

ß) die unmittelbar für die Zwecke der betreffenden Anstalten benutzten, von der Staatsgrundsteuer bisher nicht befreiten Grundstücke

- zu 3a. der evangelischen oder römisch-katholischen Kirchen oder Kapellen, öffentlichen Schulen, höheren Lehranstalten,
- zu 3e. der Armen-, Waisen- und öffentlichen Krankenhäuser, der Gefängnisse, Besserungs-, Bewahr- und derjenigen Wohlthätigkeitsanstalten, welche die Bewahrung vor Schug-

2. Die hierzu erforderlichen Berichtigungen des Grundsteuerkatasters mit Einschluß der Sonderung solcher Parzellen, die nur zu einem Theile der Gemeindesteuer unterliegen, sind im Wege der Fortschreibung zu bewirken.

3. Die bisherigen Vorschriften, wonach zur Unterscheidung der Liegenschaftskategorien, soweit die Formulare zu den Katastern und Nachweisungen nicht besondere Spalten hierfür enthalten, die Flächeninhalte und Reinerträge mit verschiedenfarbiger Tinte zu schreiben sind, gelten hinfort für die nach Vorstehendem anderweit abgegrenzten Liegenschaftskategorien. In den Karten und Rissen finden Farbenbezeichnungen zur Kenntlichmachung der zur Kategorie B gehörenden Liegenschaften hinfort nirgend mehr Anwendung.

Artikel 4.

Gebäude.

Die bisherige Veranlagung zur Gebäudesteuer erstreckte sich nicht auf alle künftig der Besteuerung in der Gemeinde unterliegenden Gebäude mit den dazu gehörenden Hofräumen und Hausgärten. Auch unterliegen einzelne veranlagte Gebäude der Gemeindesteuer nicht in demselben Umfange, wie der bisherigen Staatsgebäudesteuer. Um die Gebäudesteuerrollen dem Kommunalabgabengesetz entsprechend zu berichtigen, sind daher nicht bloß bisher steuerpflichtig veranlagte Gebäude in die Klasse der steuerfreien überzuführen, sondern auch Gebäude und Gebäudetheile zu veranlagern. *)

losigkeit oder sonstiger Gefahr bezwecken (Mägdehäuser und dergl.), sowie der milden Stiftungen;

γ) die bisher von Gemeindeabgaben befreiten, von der Staatsgrundsteuer nicht befreit gewesenen Dienstgrundstücke

- zu 3d. der Erzbischöfe, Bischöfe, Dom- und Kurat- oder Pfarrgeistlichen oder sonstiger mit geistlichen Funktionen bekleideter Personen,
- zu 3e. der Rüstler und anderer Diener des öffentlichen Kultus,
- zu 3f. der an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrer.

III. den im § 20 der Katasteranweisung VIII. aufgeführten Grundstücken der Kategorie C treten aus der Kategorie A hinzu:

- zu 3. die im öffentlichen Interesse unterhaltenen Anlagen der Ent- und Bewässerungsverbände.

*) Nach Maßgabe der Steuerpflicht gegenüber der Gemeinde erleidet die Zusammenstellung der steuerfreien Gebäude in der Anmerkung zu § 1 der Katasteranweisungen III vom 31. März 1877, in der Fassung der Anweisung für die östlichen u. Provinzen (2. Ausgabe, 1889) folgende Änderungen:

A. Es scheiden aus und treten zu den gemeindesteuerpflichtigen Gebäuden über:

Artikel 5.

Ermittelung der steuerfreien Grundstücke und Fortschreibung der Änderungen in der Steuerpflicht.

1. Von jedem Gemeindebezirk, worin Grundstücke vorhanden sind, denen gesetzlich Befreiung von Ge-

zu I. 1. die Gebäude der Mitglieder des Königl. Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses, soweit sie nicht den Königl. Schlössern mit den zugehörigen Nebengebäuden aller Art beizuzählen sind, ferner die zu den im Besitze des Reiches und des Staates befindlichen Gütern gehörenden Gebäude, desgleichen die Gebäude der Standesherrschaften vormalig reichsunmittelbarer Fürsten und Grafen;

zu I. 2. die zu Dienstwohnungen für Beamte bestimmten Gebäude des Reiches und des Staates, der Provinzen, der Kreise, der Gemeinden oder selbständigen Ortsbezirke oder sonstigen kommunalen Verbände;

zu I. 5. die Diensthäuser und Dienstwohnungen der an anderen als Volksschulen angestellten Lehrer;

ferner

die bisher von Gemeindeabgaben nicht befreiten Diensthäuser und Dienstwohnungen der Erzbischöfe, Bischöfe, Dom- und Kurat- oder Pfarrgeistlichen und sonstiger mit geistlichen Funktionen beleideter Personen der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften, sowie der Volksschullehrer, der Küster und anderer Diener des öffentlichen Kultus;

zu II. im vormaligen Königreich Hannover, im vormaligen Kurfürstenthum Hessen und im vormaligen Herzogthum Nassau die im Besitze der ehemals regierenden Fürstenhäuser befindlichen Gebäude.

B. Dagegen scheiden bei den bisher steuerpflichtigen Gebäuden aus und treten den gemeindesteuerfreien hinzu:

zu I. 1. die einem fremden Staate gehörenden Postschafts- oder Gesandtschaftsgebäude einschließlich der zugehörigen Nebengebäude, sofern von dem fremden Staate Gegenseitigkeit bezüglich der Steuerbefreiung gewährt wird;

zu I. 6. die Gebäude solcher Wohlthätigkeitsanstalten, welche die Verwahrung vor Schutzlosigkeit oder sittlicher Gefahr bezwecken (Waggebäude und dergl.);

zu I. 8. die zu den Deichanlagen der Deichverbände und der im öffentlichen Interesse staatlich unter Schau gestellten Privatdeiche, sowie zu den im öffentlichen Interesse unterhaltenen Anlagen der Ent- und Be-

meindeabgaben zuseht, hat der Gemeindevorstand (Bürgermeister, Amtmann) bis zum 1. Juli 1894 dem Katasteramt die betreffenden Grundstücke zu bezeichnen. Der Katasterkontroleur hat bei der Ermittlung der Liegenschaften und Gebäude im Kataster auf Ansuchen behülflich zu sein.

Die zu diesem Zwecke an die Gemeindevorstände zu erlassende Aufforderung hat die Regierung anzuordnen, die auch bestimmt, ob die Mittheilung an das Katasteramt in der Form eines Verzeichnisses der befreiten Grundstücke zu erfolgen und inwieweit in den einem landrätlichen Kreise angehörenden Gemeindebezirken der Landrath bei der Sammlung und Vorprüfung der Mittheilungen der Gemeindevorstände mitzuwirken hat.

2. Nach Behebung etwaiger Zweifel hat der Katasterkontroleur wegen Sonderung der nur zu einem Theil von Gemeindesteuer befreiten Katasterparzellen im Fortschreibungswege sogleich das Erforderliche einzuleiten, die Änderungen in den Besteuerungsverhältnissen ganzer Parzellen aber in das Fortschreibungsprotokoll der Form- und Bestandsveränderungen und in den summarischen Nachweis der Bestandsveränderungen für das Rechnungsjahr 1895/96 einzutragen.

3. Für die zum Zwecke der Sonderungen etwa von dem Katasterkontroleur auszuführenden Fortschreibungsvermessungsarbeiten, sowie für die notwendigen Kartenauszüge sind weder den Eigenthümern noch den Gemeinden Gebühren aufzuerlegen.

4. Die künftig zu der Klasse der gemeindesteuerfreien Gebäude gehörenden bisher steuerpflichtig veranlagten Gebäude, imgleichen die zu der Klasse der gemeindesteuerpflichtigen Gebäude gehörenden bisher steuerfrei oder zu fingirten Steuerbeträgen veranlagten Gebäude hat der Katasterkontroleur in die Gebäudesteuerveränderungsnachweisung für das Rechnungsjahr 1895/96 einzutragen.

Von denjenigen Gebäuden, die zum Zwecke der Gemeindebesteuerung neu oder anderweit zu veranlagten sind, ist zu diesem Behufe eine Abschrift oder ein Auszug aus der für die Revision der Gebäudesteuer angefertigten Gebäudebeschreibung zu entnehmen oder nöthigenfalls wegen Beschaffung neuer Beschreibungen das Weitere zu veranlassen.

wässerungsverbände gehörenden Wohngebäude, mit Ausnahme der zu Dienstwohnungen von Beamten bestimmten Gebäude und Gebäudeheile.

Nach den auf der organischen Abgrenzung der außer Hebung gesetzten Staatssteuern beruhenden Bestimmungen unter Nr. 7 und 8 im § 3 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 werden die nur zum Betriebe der Landwirtschaft, sowie die zu gewerblichen Anlagen gehörenden, nur zur Aufbewahrung von Brennmaterialien und Rohstoffen oder als Stallung für das lediglich zum Gewerbebetriebe bestimmte Zugvieh u. s. w. dienenden unbewohnten Gebäude auch hinfert nicht zur Gebäudesteuer veranlagt.

Artikel 6.

Veranlagung der Gebäudesteuer.

1. Nach § 26 des Kommunalabgabengesetzes beginnt die Besteuerung neu erbauter oder vom Grunde aus wieder aufgebauter Gebäude, sowie die Steuererhöhung infolge von Verbesserungen der Gebäude mit dem Ablaufe des Rechnungsjahres, worin die Bewohnbarkeit oder Nutzbarkeit eingetreten oder die Verbesserung vollendet ist.

2. Hiernach ist vom Rechnungsjahre 1895/96 ab die Veranlagung neu erbauter oder vom Grunde aus wieder aufgebauter, sowie in ihrer Substanz oder durch Vergrößerung der zugehörigen Hofräume und Hausgärten wesentlich verbesserter Gebäude nicht erst für das auf das Rechnungsjahr der vollendeten Veränderung folgende dritte, sondern schon für das darauf folgende nächste Rechnungsjahr zu bewirken.

Auch die Mehrsteuer von Gebäuden, die durch Veränderung ihrer Bestimmung aus der im § 5 zu 2 des Gebäudesteuergesetzes bezeichneten in die im § 5 zu 1 bezeichnete Gebäudelasse übergegangen sind, ist nicht erst vom ersten Tage des Monats Juli, sondern schon vom ersten Tage des April des auf das Rechnungsjahr der vollendeten Bestimmungsänderung folgenden Rechnungsjahres in Zugang zu stellen.

3. Die im § 11 der Katasteranweisung III für die östlichen u. Provinzen vorgeschriebenen Nachweisungen der erteilten Bauerlaubnisse sind vom Rechnungsjahre 1894/95 ab auch in Westfalen und in der Rheinprovinz von den zur Ertheilung der Bauerlaubnisse zuständigen Behörden für die Zwecke der Gebäudesteuerveranlagung aufzustellen.

In den Nachweisungen muß, worauf die Regierung bei dem Entwurf des Formulars zu rücksichtigen hat, bei jedem einzelnen Gebäude angegeben sein, zu welchem Zeitpunkte (Monat und Jahr) es zur Benutzung fertig gestellt war oder voraussichtlich fertig gestellt sein wird.

4. Die zur Ertheilung der Bauerlaubnisse zuständigen Behörden und die Gemeindevorstände haben bis zum 10. Oktober, und zwar im Rechnungsjahre 1894/95 für das Halbjahr vom 1. April bis 30. September 1894, in den folgenden Rechnungsjahren für das ganze Jahr vom Oktober bis Oktober die Nachweisungen der erteilten Bauerlaubnisse und die Nachweisungen der vorgekommenen Veränderungen im Bestande der Gebäude (Muster I. zu § 11 der Katasteranweisung III.) dem Katasterkontroleur zu übersenden.

Die Regierung hat die ordnungsmäßige Aufstellung und pünktliche Ablieferung der Nachweisungen nachdrücklich überwachen zu lassen.

5. Nach Eingang der vorbezeichneten Nachweisungen hat der Katasterkontroleur wegen Beschaffung der Beschreibungen von den für das nächste Rechnungsjahr zu veranlagenden Gebäuden sogleich das Nöthige zu veranlassen. Er hat sich mit seinen Geschäften so einzurichten, daß er die Besichtigung der Gebäude und die

Begutachtung des Nutzungswertes möglichst in Verbindung mit anderen Dienstgeschäften bewirkt.

6. Die vervollständigten Beschreibungen (§§ 25, 26 der Katasteranweisung III.) sind bis zum 1. Januar dem Landrath (Ausführungskommissar) zu übergeben, der die Veranlagungskommission in der ersten Hälfte des Monats Januar zur Beschlußfassung zu versammeln hat.

Der Katasterkontroleur hat dafür zu sorgen, daß Veränderungen an Gebäuden, die nach dieser Zeit, aber noch in demselben Rechnungsjahre vollendet werden, thunlichst vor Schluß des Rechnungsjahres nachträglich zur Veranlagung gelangen. Insbesondere hat er von denjenigen baulichen Veränderungen, die nach den Angaben in den Nachweisungen der Bauerlaubnisse u. s. w. in den letzten Monaten des Rechnungsjahres beendet sein sollen, rechtzeitig den wirklichen Zeitpunkt der Vollendung festzustellen und nach Umständen die Gebäudebeschreibungen zu beschaffen.

Die nachträgliche Veranlagung ist in der Regel auf schriftlichem Wege zu bewirken.

7. Bei der Veranlagung finden die Grundsätze vom 7. Mai 1892 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

- a) Gebäude, die nur theilweise zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche (§ 24 zu o des Kommunalabgabengesetzes) bestimmt sind, zum anderen Theile zu einem gemeindesteuerpflichtigen Zwecke, sind bezüglich dieses Theiles zu veranlagen;
- b) andere nur einem Eigenthümer gehörige Gebäude, die gemeindesteuerpflichtigen und gemeindesteuerfreien Zwecken (§ 24 zu e, f, g, h des Kommunalabgabengesetzes) zugleich dienen, sind nur dann zu veranlagen, wenn die zu steuerpflichtigen Zwecken benutzten Räume überwiegen; dann aber sind bei Ermittlung des Nutzungswertes die zu steuerfreien Zwecken bestimmten Theile außer Betracht zu lassen.

In den vorangegebenen Fällen ist dem betreffenden Gebäude in der Gebäudebeschreibung, der Veränderungsnachweisung und der Gebäudesteuerrolle der Vermerk „theilweise veranlagt“ beizufügen;

- c) die von Dienstwohnungen der Beamten eingenommenen Theile eines sonst gemeindesteuerfreien Gebäudes sind in jedem Falle einzufügen;
- d) Wohngebäude, die zugleich Räume zum Betriebe der Landwirtschaft, und zu gewerblichen Anlagen gehörende Wohngebäude, die zugleich Räume zur Aufbewahrung der Rohstoffe oder Brennmaterialien zum Gewerbebetrieb enthalten, sind so zu veranlagen, als wenn die bezeichneten Räume nicht vorhanden wären.

8. Soweit die Veranlagung nicht bereits bei der Gebäudesteuerevision erfolgt ist, sind bei der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1895/96 auch die in der Zeit vom 1. April 1892 bis zum 31. März 1894 be-

wohnbar oder benutzbar gewordenen neuen oder in der Substanzverbesserung vollendeten Gebäude einzuschätzen.

9. Nach den Ergebnissen der Veranlagung ist die Gebäudesteuerveränderungsnachweisung zu vervollständigen und abzuschließen.

10. Die Prüfung der Gebäudesteuerveränderungsnachweisungen durch die Regierung erfolgt in Verbindung mit der Schlussprüfung der Fortschreibungsverhandlungen (§ 89 der Katasteranweisung I. und § 55 der Katasteranweisung III.). Durch etwaige Anstände oder eingelegte Rechtsmittel herbeigeführte Änderungen der Steuerbeträge sind durch die Veränderungsnachweisung für das folgende Rechnungsjahr zur Fortschreibung zu bringen.

Artikel 7.

Feststellung und Fortschreibung der Veränderungen bezüglich der Steuerpflicht.

1. Veränderungen in der Steuerpflicht der Grundstücke, die nicht auf einer Entscheidung der Verwaltungsgerichte beruhen, dürfen nur auf Antrag oder nach Anhörung des Gemeindevorstandes fortgeschrieben werden.

2. Wird eine solche Veränderung von den Beteiligten bei dem Katasterkontrollleur angemeldet, so hat dieser, hiervon dem Gemeindevorstande Mitteilung zu machen, der ihm, wenn die Anmeldung begründet ist, diejenigen Liegenschaften und Gebäude zu bezeichnen hat, bei denen Veränderungen in der Steuerpflicht fortzuschreiben sind.

3. Zum Zwecke der Freistellung der Vorkasse- oder Gefändischaftegrundstücke fremder Staaten von der Kommunalsteuer ist durch die Regierung die Auskunft des Finanzministers darüber einzuholen, ob von dem betreffenden Staate Gegenseitigkeit gewährt wird.

4. Bei neuen Erwerbungen zu öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken regelt sich die Besteuerung nach den Bestimmungen der Kabinettsordre vom 8. Juni 1834 (Gesetz-Samml. S. 87).

5. Dem Fortschreibungsprotokoll der Form- und Bestandsveränderungen oder der Gebäudesteuerveränderungsnachweisung ist bei Veränderungen in den Besteuerungsverhältnissen der Antrag oder die Auskunft des Gemeindevorstandes als Beleg beizufügen.

6. Die Fortschreibung der Bestandsveränderungen und der materiellen Irrthümer erfolgt sonst nach den bisherigen Vorschriften.

Artikel 8.

Mittheilung des jährlichen Veranlagungsbettes der Grund- und Gebäudesteuer an den Gemeindevorstand.

Alljährlich nach erfolgter Veranlagung der Gebäude hat der Katasterkontrollleur noch vor Ablauf des Monats März auf Grund des von der Regierung gestellten summarischen Nachweises der Bestandsveränderungen und der abgeschlossenen Gebäudesteuerveränderungsnach-

weisung dem Gemeindevorstande den Betrag der von den abgabepflichtigen Grundstücken des Gemeindebezirks auf das folgende Rechnungsjahr veranlagten Grund- und Gebäudesteuer mit Benutzung des anliegenden Formulars (Muster 1) mitzutheilen.

Artikel 9.

Summarische Mutterrolle.

1. Zum Gebrauche bei Umlegung der Gemeindesteuern vom Grundbesitz hat der Katasterkontrollleur auf Grund der nach den Fortschreibungen für das Rechnungsjahr 1895/96 berichtigten Grund- und Gebäudesteuerbücher und der Abschlusliste, nöthigenfalls auch der Grund- und Gebäudesteuerheberrolle für 1894/95 für jeden Gemeindebezirk eine summarische Mutterrolle nach dem anliegenden Muster (2) mit Beachtung der beigegebenen Bemerkungen kostensfrei anzufertigen und dem Gemeindevorstande spätestens bis zum 15. Mai 1895 zuzustellen.

2. Die Anfertigung der summarischen Mutterrolle unterbleibt, falls die Gemeinde sich schon im Besitze einer dem Zweck entsprechenden summarischen Zusammenstellung des Besitzstandes oder einer Abschrift der Grund- und Gebäudesteuerbücher, die bisher nach den fortgeschriebenen Steuerbüchern regelmäßig berichtet worden ist, befindet, oder für die Zwecke der Gemeindebesteuerung an Stelle der summarischen Mutterrolle eine Abschrift der Steuerbücher auf ihre Kosten angefertigt und regelmäßig berichtet haben will.

3. Die Gemeindevorstände haben die summarischen Mutterrollen bis zum 1. März eines jeden Jahres dem Katasterkontrollleur zu übersenden, der sie für das folgende Rechnungsjahr bis zu ihrer etwa nöthigen Neuankündigung bezüglich der durch Fortschreibungen veränderten Mutterrollenartikel und Gebäudesteuerrollennummern zu berichtigen und den Gemeindevorständen nach und nach, spätestens bis zum 1. Mai wieder zuzustellen hat.

4. Die Heberollen der Grund- und Gebäudesteuer kommen vom Rechnungsjahre 1895/96 ab in Wegfall. Jedoch hat der Katasterkontrollleur zu seinem Dienstgebrauche die bisherigen Heberollen als alphabetische Verzeichnisse der Grund- und Gebäudeeigentümer durch Nachtragung der Veränderungen bezüglich der Angaben in den Spalten 1 bis 4 auf dem Laufenden zu erhalten. Ist die Heberolle eines Gemeindebezirks hierzu nicht mehr verwendbar, so hat der Katasterkontrollleur an ihrer Stelle ein besonderes alphabetisches Verzeichnis nach anliegendem Muster (3) zu fertigen und fortzuschreiben.

Artikel 10.

Veränderungen im Laufe des Rechnungsjahres.

1. Von den für das laufende Rechnungsjahr in Betracht kommenden Veränderungen in den Bestandsverhältnissen steuerpflichtiger Liegenschaften und Gebäude hat der Katasterkontrollleur nach deren Feststellung den Gemeindevorstand durch ein Anschreiben nach dem anliegenden Formular (Muster 4) zu benachrichtigen.

2. Die Benachrichtigung unterbleibt, wenn bei einem und demselben Artikel der Mutterrolle oder bei einer und derselben Nummer der Gebäudesteuerrolle für das laufende Rechnungsjahr an Steuer

nicht mehr als je 10 Pfennige in Zugang, oder nicht mehr als je 20 Pfennige in Abgang treten (Verfügung vom 29. August 1891, II. 10702).

Zu- und Abgangslisten sind außerdem nicht aufzustellen.

3. Von den eingetretenen Eigentumsveränderungen sind die Gemeindevorstände, nur wenn sie es verlangen, zu benachrichtigen, wozu ebenfalls das Muster 4 zu benutzen ist. Ist der Zeitpunkt des Eigentumsüberganges nicht bekannt, so ist dieses in Spalte 20 zu vermerken.

4. Die Regierung kann vorschreiben, daß die Benachrichtigungen in bestimmten Zeiträumen erfolgen.

5. Benachrichtigungen nach Muster V. zu § 23 der Katasteranweisung I. sind schon vom Rechnungsjahr 1894/95 ab nur dann zu erlassen, wenn der Grundstückserwerber es im einzelnen Falle verlangt.

Artikel 11.

Fortschreibungsgebühren.

Ueber die nach wie vor zur Staatskasse zu vereinnahmenden Fortschreibungsgebühren hat der Katasterkontroleur Hebelisten nach dem beiliegenden Muster 5, und da, wo die Einziehung der Gebühren durch die Gemeinden zu bewirken ist, außerdem eine Uebersicht nach dem beiliegenden Muster 6 aufzustellen und bei Einreichung der Fortschreibungsverhandlungen zur Schlussprüfung der Regierung zur Feststellung vorzulegen.

Die Hauptnachweisungen des Sollaufkommens an Grundsteuer und an Gebäudesteuer fallen fort.

Artikel 12.

Strafen.

1. Das Auskommen an Strafen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Grund- und Gebäudesteuer fließt in die Staatskasse.

2. Die im § 17 Absatz 3 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 bestimmte dreimonatige Anmeldefrist für neu entstandene Gebäude, desgleichen für wesentliche Verbesserungen von Gebäuden, sowie Vergrößerungen der zu ihnen gehörenden Hofräume und Hausgärten endet — wie schon bisher in dem Falle, wenn zu 2 vom Hundert besteuerte Gebäude zu den zu 4 vom Hundert zu steuernden übergingen — mit dem 30. Juni des Rechnungsjahres, das auf das Rechnungsjahr folgt, worin die Veränderung eingetreten ist (§ 8 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893, Gesetz-Samml. S. 119).

3. Als vorenthalten (verloren) gilt derjenige Betrag, der zur Staatskasse nach Maßgabe der Veranlagung und des anderweit festgesetzten Beginns der Gebäudesteuerpflicht (Artikel 6 Nr. 2) zu entrichten ge-

wesen wäre, falls die Hebung der Steuer zur Staatskasse fortgedauert hätte.

Wegen versäumter Anmeldung des Ueberganges bisher steuerfreier Gebäude in die Klasse der Steuerpflichtigen findet die Einleitung des Strafverfahrens nicht statt.

4. Neben und unabhängig von der Strafe erfolgt die Einziehung der hinterzogenen Steuer zur Gemeinkasse.

5. Der Landrath hat von den seinerseits an die Zuwiderhandelnden erlassenen Aufforderungen zur Zahlung der Strafe und Kosten, sowie von den in Zuwiderhandlungsfällen ergangenen gerichtlichen Entscheidungen und von den Genehmigungen des Finanzministers zur Abstandnahme von der Strafverfolgung dem Gemeindevorstande behufs Nacherhebung der Gemeindesteuer Mittheilung zu machen.

Artikel 13.

Steuererlasse.

1. Die Ermächtigung zum Erlasse der Grundsteuer in Folge von Ueberschwemmungen nach § 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 15. April 1889 (Gesetz-Samml. S. 99) ist auf die Gemeinde übergegangen.

2. Zur dauernden Ermäßigung der Grundsteuer von den durch Ueberschwemmung beschädigten Grundstücken durch Verrückung in die entsprechende niedrigere Klasse des Klassifikationstariifs (§ 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. April 1889) bleibt die Genehmigung des Finanzministers erforderlich.

3. Die Gewährung der gesetzlich vorgeschriebenen Erlasse an Gebäudesteuer in den Fällen des § 19 Nr. 4 und 5 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 erfolgt durch die Gemeinde.

4. Der Katasterkontroleur hat auf Ansuchen des Gemeindevorstandes behufs Ermittlung und Feststellung der zu erlassenden Beträge die nöthige Auskunft aus dem Kataster zu erteilen.

Für örtliche Arbeiten des Katasterkontroleurs, sowie für Arbeiten der etwa zugezogenen besonderen Sachverständigen hat die Gemeinde der Staatskasse die gezahlten Vergütungen zu erstatten.

Artikel 14.

Verschiedene Bestimmungen.

Soweit die Bestimmungen der Katasteranweisungen vom 31. März 1877 mit den vorstehenden Anordnungen nicht im Einklange stehen, treten sie außer Kraft.

Die Hauptübersichten des Bestandes an Liegenschaften und an Gebäuden (§ 60 der Anweisung I. und § 41 der Anweisung III.) sind der Regierung am 15. Mai, die Bezirksübersichten (§ 23 der Anweisung VI.) dem Finanzminister am 15. Juni einzureichen.

Artikel 15.

Rückstände.

Die am 1. April 1895 verbliebenen Rückstände an Grund- und Gebäudesteuer werden nach Maßgabe

der bis dahin geltenden Bestimmungen zur Staats-
kasse eingezogen. Das Gleiche gilt von Nachsteuern
und Strafen im Bereiche der Grund- und Gebäude-
steuer.

Pruslan

Artikel 16.

Vertheilung der Provinzial- und Kreis-
steuern u. s. w.

Die für die Zwecke der Gemeindebesteuerung ver-
anlagten Beträge an Staats-, Grund- und Gebäude-
steuer sind maßgebend zugleich für die Vertheilung der
Provinzial- und Kreissteuern. Liegenschaften und Ge-
bäude, die von Gemeindeabgaben befreit sind, sind auch
von den bezeichneten Steuern befreit (§§ 24, 91 des
Kommunalabgabengesetzes).

Dasselbe gilt von den Kosten der allgemeinen
Armenpflege (Gesetz vom 8. März 1871, betreffend die
Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungs-
wohnitz, Gesetz-Samml. S. 130).

Eine Veranlagung von Gebäuden zu fiktiven
Steuerbeiträgen hat daher nicht mehr stattzufinden.

Artikel 17.

Besondere Vorschriften für die Stadt Berlin.

In der Stadt Berlin erfolgt die Beschaffung der
Nachrichten über die ertheilten Bauerlaubnisse und über
die vorgekommenen baulichen Veränderungen an Ge-
bäuden, sowie die Aufstellung der Gebäudebeschreibungen
und die Boreinschätzung der Gebäude (Artikel 6 Nr. 3
bis 6) nach den darüber bestehenden besonderen Vor-
schriften.

B. Selbständige Gutsbezirke.

Artikel 18.

1. In den selbständigen Gutsbezirken ist die
Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer vom
1. April 1895 ab gleichfalls außer Hebung gesetzt.

2. Die Kosten der Kriegsteilnahmen sind nach § 8
des Reichsgesetzes vom 18. Juni 1873 (Reichs-Gesetzbl.
S. 129) in den selbständigen Gutsbezirken in derselben

Weise auszubringen, wie in der Gemeinde. Ferner
finden die vorstehend im Artikel 16 enthaltenen Be-
stimmungen über die Vertheilung der Provinzial- und
Kreissteuern sowie der Kosten der allgemeinen Armen-
pflege auch in den selbständigen Gutsbezirken An-
wendung. Demgemäß sind die auf die anderweitige
Scheidung der Liegenschaftskategorien, sowie der steuer-
pflichtigen und steuerfreien Gebäude in den Grund- und
Gebäudesteuerbüchern für die Gemeindebezirke getroffenen
Bestimmungen sinntesprechend auch in den Büchern für
die selbständigen Gutsbezirke auszuführen.

Die Vorschriften im Artikel 9 und 10 wegen An-
fertigung und Fortschreibung summarischer Mutterrollen
und Mittheilung der im Laufe des Rechnungsjahres
eintretenden Veränderungen finden in selbständigen
Gutsbezirken, die steuerpflichtige Liegenschaften oder
Gebäude von mehr als einem Eigenthümer umfassen,
gleichfalls Anwendung.

3. Die Eigenthümer neu entstandener oder in
ihrer Substanz wesentlich verbesserter Gebäude in selbst-
ständigen Gutsbezirken sind an die im § 8 des Gesetzes
wegen Aufhebung direkter Staatssteuern festgesetzte An-
meldefrist ebenfalls gebunden. Die Bestimmungen im
Artikel 6 Nr. 2 bis 6 wegen Veranlagung der Gebäude
und im Artikel 12 Nr. 2 und 3 wegen der Strafen bei
Zuwiderhandlungen gegen die Steuergesetze finden
auch in Gutsbezirken Anwendung.

4. Für selbständige Gutsbezirke sind Hebelisten
der Fortschreibungsgebühren (Artikel 11) nur dann auf-
zustellen, wenn die Gebühren nicht dem Inhaber des
Gutsbezirks selbst zur Last fallen. Anderenfalls ist der
Inhaber von den zu entrichtenden Beträgen durch An-
schreiben des Katasterkontrollieurs in Kenntniß zu setzen.

5. Im Uebrigen bleiben die selbständigen Guts-
bezirke von den mit Rücksicht auf das Kommunal-
abgabengesetz im Abschnitt A. der gegenwärtigen Zusatz-
bestimmungen getroffenen Anordnungen so lange un-
berührt, als nicht ein Gutsbezirk in eine Landgemeinde
umgewandelt oder mit einer solchen verknüpft wird.

Berlin, den 6. März 1894.

Der Finanzminister

Miquel.

Katasterverwaltung.

Kreis N. N.

Katasteramt N. N.

Gemeindebezirk Buchhain.

Rechnungsjahr 1895/96.

An den Gemeindevorstand zu Buchhain.

N. N., den 10. März 1895.

In Ausführung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 152) wird dem Gemeindevorstande mitgeteilt, daß von den gemeindesteuerpflichtigen Liegenschaften und Gebäuden des Gemeindebezirks für das obenbezeichnete Rechnungsjahr:

1. an Grundsteuer
2. an Gebäudesteuer:
 - a) von Wohngebäuden mit 4 vom Hundert des Nutzungswertes
 - b) von anderen Gebäuden mit 2 vom Hundert des Nutzungswertes

Zusammen

Jahresbetrag	
Mark.	Pf.
569	04
396	30
42	20
1007	54

veranlagt worden ist.

In den Summen sind die Steuerbeträge von den auf Grund besonderen Rechtstitels oder besonderer Bewilligung der Gemeinde von Gemeindeabgaben befreiten Liegenschaften und Gebäuden mit enthalten.

Der Jahresbetrag der Gebäudesteuer ist ohne Rücksicht auf etwaige Änderungen infolge einzulegender Rechtsmittel festgestellt.*)

Königliches Katasteramt.

N. N.

*) Zu durchstreichen, falls nicht zutreffend.

Katasterverwaltung.**Kreis N. N.****Gemeindebezirk Buchhain.****Summarische Mutterrolle.****Bemerkungen:**

1. Diese Mutterrolle ist alljährlich bis zum 1. März dem Katasteramt zur Berichtigung zu übersenden.
2. Von dem Gemeinde (Guts-)vorstände dürfen darin keinerlei Eintragungen gemacht und keine Änderungen vorgenommen werden.
3. Die Eintragungen mit farbiger Tinte beziehen sich auf die der Besteuerung in der Gemeinde (dem selbständigen Gutsbezirk) nicht unterliegenden Liegenschaften.

[illegible]

B e m e r k u n g e n.

1. Die Reihenfolge der Eintragungen in die summarische Mutterrolle wird durch die Artikelnummer der Grundsteuermutterrolle bestimmt. Gebäudeeigenthümer, für die kein Grundbesitz nachgewiesen ist, sind hinter dem Artikel desjenigen Eigenthümers einzutragen, auf dessen Liegenschaften ihre Gebäude stehen.
2. Die Angaben in den Spalten 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11 und 12 werden für jeden Mutterrollenartikel (Spalte 3) und für jede Gebäudesteuerrollennummer (Spalte 7) in einer Summe eingetragen. Die auf einem Artikel u. etwa vorkommenden steuerpflichtigen und steuerfreien Liegenschaften sind je für sich summarisch nachzuweisen (die steuerfreien mit der dafür vorgeschriebenen farbigen Tinte).
3. Die Eintragungen sind dergestalt zu bewirken, daß Raum vorhanden ist, um in den summarischen Mutterrollen auf einen Zeitraum vom 15 bis 20 Jahren die durch die Fortschreibung entstehenden Veränderungen auf Grund der jährlichen Abschlußlisten (Muster X. zu § 70 der Katasteranweisung l. vom 31. März 1877) nachtragen zu können. Auf jeder Formularseite sind in der Regel nur 2 Mutterrollenartikel oder Gebäudesteuerrollennummern einzutragen.
4. Diejenigen Artikel, bei denen Veränderungen der zu 3 gedachten Art im Laufe eines Rechnungsjahres nicht vorgekommen sind, erhalten für das letztere keine Eintragung. Dasselbe gilt, wenn die Summen in den Spalten 4 bis 6 und 8 bis 12 sich durch die Fortschreibung nicht geändert haben.
5. Die Spalte 13 ist zur Eintragung des Rechnungsjahres bestimmt, für welches die Veränderung stattgefunden hat. Bei der erstmaligen Anfertigung der summarischen Mutterrollen ist das Rechnungsjahr 1895/96 einzutragen.
6. Bei dem Einbinden sind den summarischen Mutterrollen zur Nachtragung der bei späteren Fortschreibungen neu entstehenden Artikel leere Formulare in ausreichender Anzahl beizufügen.

THEORY

The first part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) = f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = f(a)$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The second part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The third part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The fourth part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The fifth part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The sixth part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The seventh part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The eighth part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The ninth part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem. The tenth part of the theory is devoted to the study of the properties of the function $f(x)$ which is defined on the interval $[a, b]$. It is shown that if $f(x)$ is continuous on $[a, b]$ and $f(a) \neq f(b)$, then there exists at least one point c in the interval (a, b) such that $f(c) = \frac{f(a) + f(b)}{2}$. This is known as the Intermediate Value Theorem.

Katasterverwaltung.

Kreis

bezirk

Alphabetisches Namensverzeichnis

der

Grund- und Gebäudeeigenthümer.

Bemerkung. Die Namen der Eigenthümer sind in alphabetischer Ordnung einzutragen.

Am Schlusse der Reihe der mit demselben Anfangsbuchstaben beginnenden Namen ist je nach der Anzahl der Grund- und Gebäudeeigenthümer in dem Bezirk und nach der Häufigkeit des Güterwechsels eine angemessene Anzahl von Zeilen freizulassen, um darin für die folgenden Jahre die neu hinzutretenden Eigenthümer nachtragen zu können.

Die einem und demselben Eigenthümer gehörenden mehreren Artikel der Mutterrolle oder Nummern der Gebäudesteuerrolle sind auf derselben Zeile neben einander aufzuführen.

Katasterverwaltung.

Gemeindebezirk Buchhain.

Rechnungsjahr 1895/96.

An

den Gemeindevorstand

zu

Buchhain.

den

Die umstehend aufgeführten Veränderungen in den Verhältnissen steuerpflichtiger Liegenschaften und Gebäude werden zum Zwecke (der Kommunalbesteuerung) (der Vertheilung der Kreisabgaben) mitgetheilt.

Königliches Katasteramt.

Der Grund- und Gebäudeeigenthümer		Artikel der Grundsteuer- mutterrolle.	Nummer der Gebäude- steuerrolle.
Name, Vorname und Stand.	Wohnort und Hausnummer.		
1	2	3	4

Katasterverwaltung.

Gemeindebezirk Buchhain.

Rechnungsjahr 1895/96.

An

den Gemeindevorstand

zu

Buchhain.

den

Die umstehend aufgeführten Veränderungen in den Verhältnissen steuerpflichtiger Liegenschaften und Gebäude
 werden zum Zwecke (der Kommunalbesteuerung)
 (der Vertheilung der Kreisabgaben) mitgetheilt.

Königliches Katasteramt.

[illegible]

Z u g a n g

Eigenschaften			Gebäude						Art und Zeit der eingetretenen Veränderung, Zeitpunkt des Zuganges oder Abganges
Flächen- inhalt	Rein- ertrag	Jahres- betrag der Staats- grund- steuer	Nutzungs- wert		Jahresbetrag der Staatsgebäudesteuer				
			Wohnräume	Gewerbliche Räume	zu 4 vom Hun- dert	zu 2 vom Hun- dert	zu- sam- men		
ba a qm	Thlr. 1/100	Mt. Pf.	Mt. Pf.	Mt. Pf.	Mt. Pf.	Mt. Pf.	Mt. Pf.		
12	13.	14	15	16	17	18	19	20	
• • •	• •	• •	• •	• •	• •	• •	• •	Am 5./6. 1895 abgebrannt, angemeldet am 12./7. 1895, Abgang vom 1./8. 1895.	
• • •	• •	• •	75	•	3	00	• •	3 00 Im Wege der Reklamation ermässigt, Abgang vom 1./4. 1895.	
• • •	• •	• •	240	•	9	60	• •	9 60 Neubau März 1895 bewohnbar, Zugang vom 1./4. 1895.	

For the purpose of the
present investigation
the following data were
obtained from the
records of the
Bureau of the
Census.

Population		Density	
Year	Population	Year	Density
1900	1,000,000	1900	100
1910	1,200,000	1910	120
1920	1,400,000	1920	140
1930	1,600,000	1930	160
1940	1,800,000	1940	180
1950	2,000,000	1950	200
1960	2,200,000	1960	220
1970	2,400,000	1970	240
1980	2,600,000	1980	260
1990	2,800,000	1990	280
2000	3,000,000	2000	300

For the purpose of the
present investigation
the following data were
obtained from the
records of the
Bureau of the
Census.

For the purpose of the
present investigation
the following data were
obtained from the
records of the
Bureau of the
Census.

For the purpose of the
present investigation
the following data were
obtained from the
records of the
Bureau of the
Census.

Muster B
(zu Artikel 11).

Katasterverwaltung.

Kreis N. N.

Steuerklasse N. N.

*) Gemeindebezirk N. N.

Katasteramt N. N.

Rechnungsjahr 1896/97.

Gebellste

der

für die Fortschreibung der Eigenthumsveränderungen in den Grund- und Gebäudesteuerbüchern zur Staatskasse zu entrichtenden Gebühren.

*) Bemerkung. Wo die Einziehung der Gebühren unmittelbar durch die königlichen Kassen erfolgt, fällt die obige Bezeichnung für den Gemeinde-(Guts-)bezirk weg. Umgekehrt kommen da, wo die Einziehung durch die Gemeinden oder durch die Gutsvorsteher bewirkt wird, in den umstehenden Beispielen die Ueberschriften für die Gemeinde-(Guts-)bezirke in Wegfall.

Laufende Nummer	Artikel der Grundsteuer-mutterrolle	Nummer der Gebäudesteuerrolle	Name, Vorname, Stand, Wohnort und Hausnummer des Zahlungspflichtigen	Betrag der Fortschreibungsgebühren						Zahlungsvermerk
				bei der Grundsteuer		bei der Gebäudesteuer		zusammen		
				Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
			1. Gemeindebezirk Buchhain.							
1.	2.	24.	Bender, Friedrich, daselbst	1	10	.	20	1	30	
2.	4.	5.	Gerber, Johann Kaspar, daselbst	1	60	.	20	1	80	
3.	u. s.	u.								
			Summe 1. Gemeindebezirk Buchhain	4	20	.	60	4	80	
			2. Gutsbezirk Buchhain.							
9.	1.	.	Schröder, Ferdinand, Gutsbesitzer zu Buchhain	.	50	.	.	.	50	
10.	2.	7.	Künze, Karl, Schmied daselbst	.	10	.	.	.	10	
			Summe 2. Gutsbezirk Buchhain	.	60	.	.	.	60	
			3. Gemeindebezirk Burgherg							
11.	u. s.	u.								

Bemerkung. Für die Gemeinde- (Guts-)bezirke sind die Summen zu bilden und am Schlusse zu recapituliren.

N. N. den 25. Februar 1896.

Die vollständige und richtige Berechnung der Fortschreibungsgebühren zur Gesamtsumme von 4 Mark 80 Pf. wird bescheinigt.

Königliches Katasteramt.

N. N.

N. N. den 28. Februar 1896.

Geprüft:

Der Katasterinspektor.

N. N.

(Festsetzungsformel, wenn die Einziehung durch die Gemeinden oder die Gutsvorsteher zu bewirken ist.)

N. N. den 28. Februar 1896.

Vorstehende Hebeliste wird in ihren einzelnen Beträgen und zur Summe von 4 Mark 80 Pf., in Worten: Vier Mark und achtzig Pfennigen, mit der Bestimmung hierdurch festgestellt, daß die Einzelbeträge durch die Gemeinde Buchhain, nöthigenfalls unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel, von den namhaft gemachten Zahlungspflichtigen zu erheben und in der festgestellten Gesamtsumme unter Rückgabe der gegenwärtigen Liste binnen drei Monaten an die Königliche Kreiskasse zu N. N. abzuliefern sind.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

N. N.

N²

(Festsetzungsformel, wenn die Einziehung durch die Königliche Kasse zu bewirken ist.)

N. N. den 28. Februar 1896.

Vorstehende Hebeliste wird in ihren einzelnen Beträgen und zur Summe von 524 Mark 10 Pf., in Worten: Fünfhundert zwanzig und vier Mark und zehn Pfennigen, mit der Bestimmung hierdurch festgestellt, daß die Einzelbeträge durch die Königliche Steuerkasse zu N. N., nöthigenfalls unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel, von den namhaft gemachten Zahlungspflichtigen zu erheben und in der festgestellten Gesamtsumme unter Rückgabe der gegenwärtigen Liste binnen drei Monaten an unsere Hauptkasse abzuliefern sind.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

N. N.

N²

Muster 6
(zu Artikel 11.)

Katasterverwaltung.

Kreis N. N.
Kreisasse N. N.

Katasteramt N. N.
Rechnungsjahr 1896/97.

U e b e r s i c h t

zu den

Gebelisten der für die Fortschreibung der Eigenthumsveränderungen in den Grund- und Gebäudesteuerbüchern zur Staatskasse zu entrichtenden Gebühren.

Laufende Nummer	Des Gemeinde- oder Gutsbezirks		Betrag der Fortschreibungs- gebühren						Bemerkungen	
	N a m e	Eigenschaft	bei der Grund- steuer		bei der Gebäude- steuer		zu- sammen			
			Me	Pf	Me	Pf	Me	Pf		
			1	2.	3.	4	5.	6		
1.	Buchhain	Gemeinde	4	20	—	60	4	80		
2.	Buchhain	Gut	—	60	—	—	—	60		
3.	Burgberg	Gemeinde	u. s. w.							
Wiederholung.										
Seite . . . 1, u. s. w.,										
" . . . 2										
u. s. w.										
Summe . . .										
			397	40	126	70	524	10		

N. N. den...

Königliches Katasteramt.

N. N.

M i t t e l b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 22.

Den 1. Juni

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

(Stück 16.) N^o 2164. Internationale Uebereinkunft, betreffend Maßregeln gegen die Cholera. Vom 15. April 1893.

(Stück 17.) N^o 2165. Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichs-Stempelabgaben, vom 1. Juli 1881. Vom 27. April 1894.

N^o 2166. Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Reichsstempelgesetzes. Vom 27. April 1894.

(Stück 18.) N^o 2167. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste. Vom 27. April 1894.

N^o 2168. Bekanntmachung, betreffend Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den internationalen Eisenbahnfrachtverkehr. Vom 30. April 1894.

(Stück 19.) N^o 2169. Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen. Vom 1. Mai 1894.

N^o 2170. Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880. (Reichs-Gesetzbl. S. 153). Vom 1. Mai 1894.

(Stück 20.) N^o 2171. Internationaler Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See. Vom 16. November 1887.

(Stück 21.) N^o 2172. Gesetz, betreffend die Abänderung des § 41 der Konkursordnung. Vom 9. Mai 1894.

N^o 2173. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 10. Mai 1894.

(Stück 22.) N^o 2174. Gesetz zum Schutz der Waarenbezeichnungen. Vom 12. Mai 1894.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 10.) N^o 9663. Gesetz, betreffend die Abänderung des § 211 des Allgemeinen Vergesetzes vom 24. Juni 1865. Vom 8. April 1894.

N^o 9664. Gesetz, betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahngesetzes und die Vertheilung des Staates an dem Bau einer

Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirow. Vom 29. April 1894.

(Stück 11.) N^o 9665. Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1894/95. Vom 1. Mai 1894.

N^o 9666. Gesetz, betreffend die Ergänzung der Einnahmen in dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1894/95. Vom 1. Mai 1894.

(Stück 12.) N^o 9667. Gesetz, betreffend den Handel mit Anteilen und Abschnitten von Pölsen zu Privatlagerungen und Auspflanzungen. Vom 19. April 1894.

(Stück 13.) N^o 9668. Allerhöchster Erlass vom 9. Mai 1894, betreffend Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom 29. April 1894 (Gesetz-Samml. S. 43) vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

118. Auf Grund des § 100 f. der Reichsgewerbeordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Schneiderinnung zu Ludenwalde, daß vom 1. Oktober 1894 ab diejenigen Arbeitgeber, welche das in der Innung vertretene Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, sowie deren Gesellen zu den Kosten

a. der von der Innung für das Herbergwesen und den Nachweis für Gesellenarbeit getroffenen bezw. unternommenen Einrichtungen (§ 97 Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung),

b. derjenigen Einrichtungen, welche von der Innung zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge getroffen sind bezw. unternommen werden (§§ 97 Ziffer 3, 97a, Ziffer 1 und 2),

c. des von der Innung errichteten bezw. zu errichtenden Schiedsgerichts (§ 97a Ziffer b.) in derselben Weise und nach demselben Maßstabe beizutragen verpflichtet sind, wie die Innungsgenossen und deren Gesellen.

Es wird dies mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Bezirk der Schneiderinnung die Stadt Ludenwalde und die Amtsbezirke Jarnicken-dorf, Frankensfelde und Helgentreu umfaßt.

Potsdam, den 17. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Sliebetz, Kreis Oberharnim, der Pfäschenausschlag bei dem Bullen des Bauerntumsbesizers Keller, der prigniz. Potsdam, den 29. Mai 1894.
Kuh des Bauerntumsbesizers Seeger und der Kuh des Der Regierungs-Präsident.

122. Aufzeichnung der an den Pegeln der Elbe und Havel im Monat April 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsd.	Brandenburg.		Ratzenow.		Havel- berg.
	Obere N. N.	Untere N. N.	Obere Wasser.	Untere Wasser.	dam.	Obere Wasser.	Untere Wasser.	Obere Wasser.	Untere Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,30	31,06	2,60	1,06	1,33	2,26	1,90	1,86	1,54	2,82
2	32,30	31,06	2,66	1,10	1,33	2,24	1,88	1,86	1,54	2,78
3	32,30	31,04	2,60	1,12	1,32	2,24	1,88	1,86	1,54	2,74
4	32,30	31,04	2,66	1,06	1,32	2,22	1,86	1,84	1,52	2,70
5	32,30	31,04	2,68	1,01	1,31	2,22	1,86	1,84	1,52	2,66
6	32,32	30,96	2,64	1,06	1,30	2,20	1,86	1,84	1,52	2,62
7	32,30	31,10	2,61	1,08	1,29	2,20	1,86	1,84	1,52	2,58
8	32,30	31,08	2,62	1,08	1,29	2,20	1,84	1,84	1,52	2,56
9	32,30	31,08	2,62	1,04	1,29	2,20	1,84	1,82	1,50	2,52
10	32,30	31,08	2,62	1,04	1,29	2,20	1,84	1,82	1,50	2,48
11	32,30	31,10	2,56	1,10	1,28	2,22	1,82	1,80	1,48	2,44
12	32,30	31,08	2,60	1,18	1,28	2,20	1,82	1,80	1,48	2,40
13	32,30	31,08	2,60	1,18	1,27	2,18	1,80	1,78	1,46	2,38
14	32,30	31,06	2,54	1,06	1,26	2,16	1,80	1,76	1,46	2,34
15	32,28	31,06	2,60	1,02	1,26	2,16	1,80	1,76	1,46	2,32
16	32,30	31,06	2,56	1,06	1,25	2,16	1,80	1,76	1,46	2,32
17	32,28	31,04	2,54	1,04	1,25	2,14	1,76	1,76	1,46	2,30
18	32,28	31,02	2,54	0,98	1,25	2,16	1,80	1,78	1,46	2,28
19	32,28	30,98	2,54	0,98	1,25	2,12	1,82	1,78	1,46	2,26
20	32,28	30,94	2,54	0,96	1,24	2,08	1,80	1,76	1,44	2,22
21	32,28	30,90	2,52	0,94	1,23	2,06	1,78	1,76	1,44	2,20
22	32,30	30,96	2,54	0,88	1,21	2,10	1,80	1,76	1,44	2,20
23	32,30	31,00	2,56	0,98	1,20	2,10	1,80	1,76	1,44	2,20
24	32,30	31,00	2,54	0,98	1,20	2,10	1,80	1,76	1,44	2,20
25	32,30	30,98	2,52	0,98	1,20	2,10	1,80	1,76	1,44	2,20
26	32,30	30,94	2,44	0,98	1,20	2,10	1,80	1,76	1,44	2,22
27	32,32	30,94	2,44	0,98	1,20	2,08	1,78	1,76	1,44	2,24
28	32,28	30,96	2,40	1,06	1,21	2,10	1,80	1,76	1,44	2,24
29	32,28	30,90	2,44	0,96	1,23	2,08	1,78	1,76	1,44	2,22
30	32,30	30,92	2,48	0,98	1,23	2,08	1,78	1,76	1,44	2,20

Potsdam, den 23. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

37. Die Seiten des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg im Februar d. J. verliehene Concession zur Anlage einer neuen Apotheke bieselbst, Südseite der Straße „Unter den Linden“, zwischen der Wilhelmstraße und der Äußeren Gallerie soll anderweitig vergeben werden.

Um die Apotheke lebensfähig erhalten zu können, muß der betreffende Apotheker besonders geschäftstüchtig sein und vor Allem über größere eigene Vorräthe verfügen, da derselbe bei äußerlich entsprechender Ausstattung des Geschäfts den Wünschen und Präferenzen des Fremden-Publikums Rechnung tragen und somit fremdländische Apotheker und Droguenwaaren führen,

sich auch ein Geschäft und Gebulsenvermögen halten müßte, welches mit Ausländern ohne sprachliche Schwierigkeiten verkehren könnte.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 1. Juli d. J. mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: a. Approbation und sonstige physikalisch beglaubigte Zeugnisse, b. Lebenslauf, c. amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Uebernahme bezüglichen Einrichtung der Apotheke erforderlichen Mittel, d. polizeiliche Führungs-Akte — siehe Schluß.

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht be-

gefressen hat; oder — falls dies der Fall sein sollte — anzugeben, wo er eine solche beissen hat, und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der aufgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1878 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekenfache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gekürzt werden.

Apotheker mit zu geringem Approbationsalter sowie solche, welche mangels größerer eigener Baarmittel in bei dem vorhandenen Risiko von der Concession nicht würden Gebrauch machen können, stehen am Besten von der Bewerbung ab.

Die Bewerber haben noch besonders zu versichern, daß sie von der Concession, falls sie ihnen verliehen wird, auch Gebrauch machen werden.

Den Melbungen sind **polizeiliche Führungsatteste aus sämtlichen Orten, an welchen sie in oder außerhalb ihrer Laufbahn als Apotheker thätig gewesen sind**, beizufügen.

Berlin, den 19. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

38. Auf Grund des § 100 e der Reichs-Gewerbeordnung bestimme ich unter dem Vorbehalte des jederzeitigen Widerrufs hiermit für den **Bezirk der Schuhmacher-Innung zu Berlin**, daß diejenigen Arbeitgeber, welche der Innung nicht angehören, obwohl sie ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen. Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Juli 1894 in Kraft. Diese Bestimmung bringe ich mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß, daß durch den Erlass des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. März 1884 die durch das Innungsstatut eingeführte Ausdehnung des Bezirks der Schuhmacher-Innung zu Berlin auf die Umgegend von Berlin bis zu 7 1/2 Kilometer Entfernung von dieser Stadt genehmigt und der Magistrat zu Berlin zur Aufsichtsbehörde bestimmt worden ist.

Berlin, den 23. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

39. Durch den Genuß in Jersiegunz kognissener gefochter Krebse sind mehrfach Personen, zum Theil lebensgefährlich erkrankt. Dies wird hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei gefochten Krebse, Krabben und andern Krustenthiere nach längerem Stehen, und zwar bereits vor dem Ausbreiten eines faulnißgeruches, gesundheitschädliche Stoffe sich entwickeln können, zumal wenn die Thiere erst nach erfolgtem Absterben gefocht worden sind.

Uebrigens pflegt bei derartigen Krebse die Schwanzflosse nicht unter den gekrümmten Hinterleib gezogen zu sein.

Das Publikum wird daher vor dem Ankauf **gefochter Krebse** wie sonstiger Krustenthiere bei **unbekannten Personen, z. B. herumziehenden Händlern** dringend gewarnt.

Berlin, den 24. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

31. Für die Zeit vom 4. Juni bis einschl. 13. Juni wird aus Anlaß der im Parke zu Treptow bei Berlin stattfindenden „Allgemeinen Deutschen landwirthschaftlichen Ausstellung“ eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb und öffentlicher Fernsprechstelle in Wirkksamkeit treten.

Die Postanstalt erhält die Bezeichnung: „Postamt der Allgemeinen Deutschen landwirthschaftlichen Ausstellung“. Dieselbe wird für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags, am Sonntage, den 10. Juni, werden die Schalter für den Postverkehr von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 5 Uhr Nachmittags geschlossen. Die Geschäfte der Postanstalt werden sich erstrecken:

- a. auf den Verkauf von Postwertzeichen jeder Art, von Wechselsempelmärken zu 10 Pf., 20 Pf., 30 Pf., 40 und 50 Pf. und 1 Mark, von Versicherungsmarken und von unbesetzten Formularen zu Postkarten, Postanweisungen u.;
- b. auf die Annahme und Abfertigung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Brieffsendungen, Postanweisungen, Rohrpostsendungen und Telegrammen;
- c. auf die Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Brieffsendungen, Postanweisungen nebst den zugehörigen Geldbeträgen, Telegrammen und Rohrpostsendungen, welche den Vermerk: „postlagernd landwirthschaftliche Ausstellung“ tragen;
- d. auf die Bestellung von Brieffsendungen, Postanweisungen nebst den dazu gehörigen Geldbeträgen und von Telegrammen, soweit diese Sendungen an Aussteller und nach dem Ausstellungsplatze gerichtet sind.

Die bei dem Postamte eingerichtete öffentliche Fernsprechstelle kann gegen Entrichtung der tarifmäßigen Gebühr benutzt werden.

Berlin C., 21. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

32. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen und Gegenstände u., welche den Absendern bezw. den Eigentümern nicht haben zurückgegeben werden können:

A: Postanweisungen;

1) Aⁿ 11785 aus Potsdam 1 vom 25. Dezember

1893 über 1 M. 5 Pf. an das Postamt in Kiel,

- 2) N^o 476 aus Kallberge-Rüdersdorf vom 11. September 1893 über 6 M., nach Berlin gerichtet,
- 3) N^o 908 aus Rudenwalde vom 9. September 1893 über 2 M. 25 Pf., nach Berlin gerichtet,
- 4) N^o 1701 aus Freienwalde (Oder) vom 19. September über 1 M. 30 Pf., nach Leipzig gerichtet,
- 5) N^o 541 aus Potsdam 1 vom 3. August 1893 über 2 M. 35 Pf., an A. Münzer in Berlin,
- 6) N^o 2579 aus Nauen vom 21. Juli 1893 über 8 M., nach Breslau gerichtet,
- 7) A. N^o 2 aus Großkreuz (Mark) vom 29. Oktober 1893 über 4 M. 6 Pf., an Bellicoso in Zürich,
- 8) N^o 2466 aus Wittenberge (Bz. Pdm.) 1 [Stadt] vom 12. April 1894 über 50 Pf., an den Gemeindevorsteher in Cumlosen.

B. Gewöhnliche Briefe mit Werthinhalt:

- 1) aus Brandenburg (Havel) 2 vom 2. Dezember 1893 an M. v. Ehrenberg in Leipzig mit 1 M. 60 Pf. Inhalt,
- 2) aus Steglitz vom 23. Dezember 1893 an Kanonier Otto Noack in Potsdam mit 2 M. Inhalt.

C. Lose aufgefunden:

- 1) drei Zehnpfennigstücke, ein Einpfennigstück und eine Postkarte zu 5 Pf. in einem in Briesen angebrachten Postbriefkasten,
- 2) ein Einmarkstück am 27. Januar 1894 in der Eingangspostkammer des Postamts in Potsdam,
- 3) ein Einhalbmarkstück am 10. März 1894 im Entlassungs- und Abfertigungszimmer des Postamts in Dranienburg,
- 4) eine Doppelkrone am 10. März 1894 in einem Personwagen des Postamts in Brandenburg (Havel),
- 5) ein Einmarkstück am 7. April 1894 auf dem Bahnhof in Dranienburg beim Ueberladen der Packete für den Zug 908 Stralsund-Berlin 10 Uhr Nachm.

D. Einschreibbriefe:

- 1) aus Spandau 1 vom 8. Februar 1894 N^o 223 an Wilhelm W. Buchhuber, Leinwandhändler in Wittmannsdorf bei Ludau,
- 2) aus Potsdam 1 vom 10. Februar 1894 N^o 769 an Frau Hille in Moabit.

E. Pakete:

- 1) aus Freienwalde (Oder) vom 11. November 1893 N^o 486 an die Wwe. Stankiewicz in Rogasen,
- 2) aus Bützow vom 11. November 1893 N^o 624 an A. Isaacksohn in Potsdam,
- 3) aus Kiel (Elbe) vom 15. Dezember 1893 N^o 711 an Gustav Weigel in Leipzig.

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigentümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen und Gegenstände u. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hierfestigstellend zu machen, widrigenfalls mit diesen Sendungen u. nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 21. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

33. In dem zum Kreise Jauoh-Bützow gehörigen Dörse Gög wird am 1. Juni eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten.

Diese Postagentur erhält Verbindung mit dem zur Abrechnungs-Postanstalt bestimmten Postamte in Groß-Kreuz (Mark) durch eine werktäglich zweimalige, Sonntags einmalige Botenpost mit unbeschränkter Beförderung von Postsendungen in nachstehender Weise:

W		km	W		
7 50	2 10	0	Großkreuz	12 00	6 05
8 50	3 10	5	Gög Ag.	11 00	5 05

Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur werden die nachstehenden, jetzt zu dem Bestellbezirk des Postamts in Großkreuz (Mark) gehörigen Ziegeleien von: Boddorf, Kinkel, Gebr. Schulze und W. Schulze, sowie die Erdgräberei von Kinkel zugeheilt.

Potsdam, den 21. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

34. In dem zum Kreise Tshavelland gehörigen Dörse Bredow wird am 16. Juni eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, unter der Bezeichnung „Bredow (Tshavelland)“ in Wirksamkeit treten. Diese Postagentur erhält Verbindung mit dem zur Abrechnungs-Postanstalt bestimmten Postamte in Nauen durch eine werktäglich zweimalige, Sonntags einmalige Botenpost mit unbeschränkter Beförderung von Postsendungen in nachstehender Weise:

W		km	W		S
8 00	2 45	0	Nauen	12 45	7 10
9 00	3 45	4	Bredow (Tshavelland) Ag.	11 45	6 10

Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur wird das jetzt zu dem Landbestellbezirk des Postamts in Nauen gehörige Bornwerk Bredow zugeheilt. Die Postbüfstelle in Bredow tritt mit dem 15. Juni außer Wirksamkeit.

Potsdam, 27. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer 2. Pfarrstelle in Groß-Vichtersfelde.

10. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenraths, sowie nach Anhörung der Beauftragten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch Folgendes bestimmt:

- 1) In der Kirchengemeinde Groß-Vichtersfelde, Diözese Cöln-Land I., wird eine zweite Pfarrstelle errichtet. Dieselbe wird mit einem Jahreseinkommen von 3600 M. ausgestattet.

- 2) Die Einrichtung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Berlin, den 8. Mai 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 16. Mai 1894.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Eisenbahn-Direktion zu Berlin.
25. Im Binnen-Verkehr der Preussischen Staats-
eisenbahnen, sowie im Wechsel-Verkehr derselben unter

einander und mit den Oldenburgischen Staatsbahnen wird der Artikel „Wasserde“ (lose oder in Säcken verpackt) von jetzt ab allgemein zu den Frachtsätzen und Bedingungen des Ausnahme-Tarifes für bestimmte geringwerthige Massenartikel (Nochstoffartikel) abgefeuert.

Der fragliche Artikel wird unter die Position „Erde, gewöhnliche“ n. f. w. aufgenommen.

Berlin, den 26. Mai 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der theilhaftigen Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891, im IV. Quartal 1893/94 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen:

Nr.	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Veränderung des Gutsbezirks	Veränderung des Gemeindebezirks
1.	Gut Derghof in Größe von 168,73 A ha.	Gutsbezirk Taddorf.	Gemeindebezirk Taddorf.
2.	Parzelle Nr. 748/3 des Kartenblatts Nr. 1 vom Gutsbezirk Hermisdorf in Größe von 16,50 ar.	Gutsbezirk Hermisdorf.	Gemeindebezirk Hermisdorf.
3.	Parzelle Nr. 848, 183 des Kartenblatts 1 vom Gutsbezirk Amt Dramenburg in Größe von 4,42 ar.	Gutsbezirk Amt Dramenburg.	Gemeindebezirk Friedrichshof.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Niederbarnim.

Personalchronik.

Im Kreise Jüterbog-Ludersdorf ist der Bürgermeister Meißner in Bismarck zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks III ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim, hies. wegen des zum 24. bezw. 26. Mai bevorstehenden Ablaufs ihrer Dienstzeit der Kaufmann Silber Schmidt zu Lichtenberg und der Fabrikbesitzer Otto Böhm zu Frederisdorf von Neuem zu Amtsvorsteher-Stellvertretern der Amtsbezirke I. — Lichtenberg — bezw. XIV. — Frederisdorf — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist an Stelle des aus dem Amtsbezirk verzoogenen Administrators Esch in Kleinow dessen Nachfolger, Administrator Esch in Kleinow, zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXI. — Kleinow — ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz sind der Bürgermeister Krumpal in Venz und der Amtsvorsteher Freiherr von Wangenheim in Eldenburg mit der einsweiligen Verwaltung der bisher kommissarisch verwalteten Amtsbezirke I. — Venzwische — bezw. III. — Vöckin — beauftragt worden.

Im Kreise Poesow-Storkow ist an Stelle des aus dem Bezirke verzoogenen Gutsbesizers Stöckebandt zu Herzberg der Bauergrundbesitzer Wulff in Glienide zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XVIII. — Glienide — ernannt worden.

Der Gerichtspräsident Steinmeißner aus Püschburg ist zum Regierungspräsident ernannt worden.

Der versorgungsberechtigte Reserve-Oberjäger, Forstinspektor Knobel zu Forst Joachimsthal in der Oberförsterei Grimnitz ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Lindhorst in der Oberförsterei Grimnitz vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Die Försterstelle Albrechtshöhe in der Oberförsterei Glambek ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster Sey-

dauß zu Döllnstrug, Oberförsterei Reiersdorf, übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Reserve-Gefreite, Forstinspektor Hermann Klose zu Alt-Thymen in der Oberförsterei Neu-Thymen, ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Alt-Thymen in der Oberförsterei Neu-Thymen vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, den Regierungsrath Eugen Müller, Mitglied der Generalkommission zu Frankfurt a. O., zum Ober-Regierungsrath zu ernennen.

Der Pfarrer an der St. Johannis-Kirche zu Brandenburg a. H. und bisherige Superintendent der Diözese Altschle Brandenburg, Ernst Wilhelm Hermann Spieß, ist zum Superintendenten der Diözese Neustadt-Brandenburg ernannt worden.

Der bisherige einsweilige Rektor und Hilfsprediger zu Straßburg, Paul Wilhelm Gottfried Stiens, ist zum Rektor an der Stadt- und Bürgerschule und zum Hilfsprediger an der St. Marien-Kirche zu Straßburg u. M., Diözese Straßburg u. M., bestellt worden.

Der Diakon und Rektor Harnisch zu Rowanow ist unter Ernennung zum Seminar-Oberlehrer dem Seminar zu Prenzlau überwiesen worden.

Der Schulanfänger Dr. Richard Weise ist als Oberlehrer angestellt und dem Berlinischen Gymnasium zum Frauen-Kloster überwiesen worden.

Der Schulanfänger Dr. Fritz Heinrich ist als Oberlehrer angestellt und der Friedrichs-Werderischen Oberschule in Berlin überwiesen worden.

Der Gemeindefullehrer Kummrow ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Max Bartelt ist als Lehrer an der städtischen Idiotenanstalt in Daldorf angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Koll II. ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindeschullehrer Gustav Bathe ist als Gemeindeschulrektor in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Sophie Vencke ist als ordentliche Lehrerin an der Viktoriaschule in Berlin angestellt worden.

Dem Küster und Lehrer Wilhelm Deter zu Beeg, Diözese Jechenick, ist der Titel „Rantor“ verliehen worden.

Dem Küster und Lehrer August Kurth zu Sommerfeld, Diözese Jechenick, ist der Titel „Rantor“ verliehen worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Für den Verkehr des Publikums mit den Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind folgende Sprechstunden bestimmt:

- 1) Gewerbe-Inspektion Berlin I., umfassend die Polizei-Reviere 22—26, 28, 30, 41—45, 47—49, 52—54, 65, 66, 70, 79, 86, 87, 93—96.

Sprechzimmer: Polizei-Präsidium Alexanderplatz, I. Stock, Zimmer 138 (Eingang Portal IV.)

Jeden Dienstag und Freitag 12 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags.

Jeden Donnerstag 7—8 Uhr Abends.

Am 1. und 3. Sonntag im Monat, 8—10 Uhr.

Vormittags im Sommerhalbjahr, 12—2 Uhr Nachmittags im Winterhalbjahr.

- 2) Gewerbe-Inspektion Berlin II., umfassend die Polizei-Reviere 1, 2, 9—21, 27, 29, 35, 40, 46, 50, 51, 55, 59—62, 68, 80, 81, 88—90, 92.

Sprechzimmer: Georgenkirchplatz 21, 2 Treppen.

Jeden Dienstag und Freitag 12 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags.

Jeden Donnerstag 7—8 Uhr Abends.

Am 1. und 3. Sonntag im Monat, 8—10 Uhr Vormittags.

- 3) Gewerbe-Inspektion Berlin III., umfassend die Polizei-Reviere 3—8, 31—37, 39, 56—58, 63, 64, 67, 69, 71—78, 82—85, 91, sowie die Stadt Charlottenburg.

Sprechzimmer: Viktoriastraße 22, Hof part.

Jeden Dienstag und Freitag 12 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags.

Jeden Donnerstag 7—8 Uhr Abends.

Am 1. und 3. Sonntag im Monat, 8—10 Uhr Vormittags im Sommerhalbjahr, 12—2 Uhr Nachmittags im Winterhalbjahr.

Berlin, den 21. Mai 1894.

Die Gewerbe-Inspektoren für Berlin und Charlottenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Anton Kunz, Menteur,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 26. Okt. einfacher Diebstahl im königlich bayerischer 1841 zu Brunn, Nächstfall (5 Jahre Zuchthaus, österr. Reichs- Mähren, österr. Reichs- scher, Staatsangehöriger, vom 18. Februar 1889),	haus laut Erkenntnis vom 18. Februar 1889),	Bezirksamt Donauwörth,	24. März 1894.
2.	Emma Clara Bergmann, Dienstmagd,	geboren am 13. Okt. Betrug und Diebstahl im königlich bayerischer 1869 zu Ernstthal, im Nächstfall (1 Jahr, Königreich Sachsen, 6 Monate Zuchthaus, Ortsangehörig zu Neuenberg, Bezirk Asch, Böhmen,	Betrug und Diebstahl im Nächstfall (1 Jahr, 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 1. Oktober 1892),	Königlich Sächsischer Kreisbauhauptmannschaft Zwickau,	27. März 1894.
3.	Peter Rauter, Schuhmachergehilfe,	geboren am 5. Mai 1865 zu Sankt Martin, Bezirk Villach, Kärnten, Ortsangehörig ebendasselbst,	Versuch schwerer Diebstahls (1 Jahr Zuchthaus laut Erkenntnis vom 4. April 1893), Betrug, falsche Namensangabe und Gebrauch falscher Urkunden,	Königlich bayerisches Bezirksamt Paimberg II.,	30. März 1894.
4.	Jozefa Petrowna Krawtschik (Krawczyk), ohne Stand,	geboren am 10. Januar 1867 zu Przyslan, Gouvernemeut Perlsau, Polen, Ortsangehörig zu Preßburg, Kreis Gnesznow, ebendasselbst,	schwerer und einfacher Diebstahl (2 Jahre sechs Monate 2 Tage Zuchthaus laut Erkenntnis vom 18. November 1891),	Königlich Sächsischer Kreisbauhauptmannschaft Dresden,	28. März 1894.

N. r. Satz.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
5.	Franz Adamovic, Metallbrecher,	geboren am 6. Januar 1870 zu Ansbach, Be- zirk St. Pölten, Nieder- Oesterreich, österrei- chischer Staatsangehö- riger,	schwere Diebstahle und 2 versuchte schwere Diebstahle (2 Jahre 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 9. October 1891),	Königlich bayerisches Bezirksamt Donau- wörth,	3. April 1894.
6.	Marius Christian Baumgarten, Knecht (Sattler),	geboren am 1. April 1849 zu Odense, Dä- nemark, dänischer Staatsangehöriger,	Diebstahl im Rückfall u. Beitrag (2 Jahre Zuch- haus laut Erkenntnis vom 9. März 1892),	Großherzoglich meck- lenburgische Landes- regierung zu Neu- Stech,	4. Mai 1894.
7.	Jakob Peimegger, Müller,	geboren am 21. De- zember 1857 zu Mäh- len, Gemeinde St. Lorenzen, Bezirk Bru- neck, Tirol, erbsange- hörig ebendasselbst,	schwerer Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuch- haus laut Erkenntnis vom 11. Mai 1892),	Königlich württember- gische Regierung des Jagstkreises,	21. April 1894.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Peter Oberhammer, Regger,	geboren am 27. Mai 1862 zu Bozen, Tirol, ortsangehörig zu Ter- renten, Bezirk Bruneck, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	10. April 1894.
2.	Rudolf Philipp, Schuhmacher,	geboren am 12. April 1872 zu Wien, erbs- angehörig zu Plan, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	9. April 1894.
3.	Josef Puttler, Tagelöhner,	geboren im Jahre 1855 zu Pöfchelberg, Bezirk Saaz, Böhmen,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich sächsische Kreisbauhmann- schaft Dresden,	28. März 1894.
4.	Alfred Rauch, Diener und Gärtner,	geboren am 29. März 1859 zu Havre de Grace, Departement Seine inférieure, Frank- reich, ortsangehörig zu Havre,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	7. April 1894.
5.	Johann Schies, Gärtnergehilfe,	geboren am 7. April 1850 zu Herisau, Kan- ton Appenzell, Schweiz, ortsangehörig ebenda,	Landstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	9. April 1894.
6.	Heinrich Stoy, Bergmann,	geboren am 26. De- zember 1851 zu Hermen- dorf, Bezirk Gabel, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen, Betteln u. Führung eines falschen Namens,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. L.,	17. Februar 1894.
7.	Josef Swoboda, Rüschnergehilfe,	geboren am 19. Juni 1855 zu Wien, erbs- angehörig ebendasselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	16. April 1894.
8.	Johann Tyfac, Tagearbeiter,	geboren am 19. No- vember 1834 zu Kostom- latel, Bezirk Karolinen- thal, Böhmen, öster- reichischer Staatsan- gehöriger,	Betteln,	Königlich sächsische Kreisbauhmann- schaft Pausen,	20. März 1894.

Nr. Zur.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
9	Jacob Wulkan, Schänker,	geboren im Jahre 1838 zu Dmiecim, Galizien, ortsangehörig zu Krusi, Bezirk Dmiecim, ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	26. Januar 1894.
10	Johann Varsich, Schuhmacher,	geboren am 8. Mai 1861 zu Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Bruck,	5. April 1894.
11	Albert Englisch, Schuhmacher,	geboren am 1. März 1852 zu Kogendorf, Bezirk Römersdorf, Mähren, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	18. April 1894.
12	Josef Fickert, Handarbeiter,	geboren am 19. März 1848 zu Sauerbad, Bezirk Graslitz, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Leipzig,	24. März 1893.
13	Eipke Klompmaier, Kanalarbeiter,	geboren am 1. Mai 1845 zu Dordrecht, Niederlande, nieder- ländischer Staatsan- gehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabrad,	24. April 1894.
14	Raimund Knobloch, Kommis,	geboren am 31. August 1852 zu Kirchberg bei Wien, angeblich orts- angehörig zu Nitonic, Bez. Gitschin, Böhmen,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	20. April 1894.
15	Burghard Landstein, Bandwirtergeselle,	geboren am 1. Juni 1866 zu Kampen, Niederlande,	Landstreichen, Betteln und Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Arnberg,	25. März 1894.
16	Arturo Marsola, Tagelöhner,	geboren am 10. März 1875 zu Venedig, ortsangehörig zu Kon- tiana Freda, Provinz Udine, Italien,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	12. April 1894.
17	Marie Nowak (Nowakowska), verheiratete Sroka,	geboren am 2. Februar 1874 zu Margicun, Gemeinde Poremba, Preußen, ortsangehö- rig zu Ogrodzieniec, Bezirk Olkusz, Gou- vernement Radom, Ruf- fisch-Polen,	Landstreichen und ge- werbemässige Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	6. Oktober 1894.
18	Hans Rudolf Rüssli, Weber,	geboren am 25. Oktober 1837 zu Gütensreil, Kant. Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Großherzoglich badi- scher Landeskommissar zu Freiburg,	23. April 1894.
19	Josef Rausch, Rupferschmied,	geboren am 14. Januar 1850 zu Wobitz, Be- zirk Leitmeritz, Böh- men, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Gar- misch,	14. April 1894.

Nr. auf 1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
20	Apollonius Schorz, Arbeiter,	geboren im Jahre 1872 zu Pajenczno, Bezirk Nowaradomsk, Gou- vernement Petrikau, Russisch-Polen, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen, Vergeltung und Bedrohung mit einem Verbrechen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Tppeln,	6. October 1894.
21	Andreas Wimmer, Bahnarbeiter und Schweizer,	geboren im Jahre 1865 zu Fieberbrunn, Be- zirk Kitzbühel, Tirol, österreichischer Staats- angehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mün- chen II,	12. April 1894.
22	Josef Adolph, Handarbeiter,	geboren am 23. April 1868 zu Hohenelbe, Böhmen, ortsangehö- rig zu Pommerndorf, Bezirk Hohenelbe,	Landstreichen,	Königlich sächsische Kreisbauhmann- schaft Leipzig,	28. März 1894.
23	Matthias Adrigan, Bäcker,	geboren am 21. Januar 1862 zu Ansbach, Gemeinde Neuleng- bach, Bezirk St. Pöl- ten, Nieder-Oesterreich, ortsangehörig zu Som- falva (Schattendorf), Komitat Sopron, Un- garn,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	21. April 1894.
24	Jean Barthelemy Edouard Bocquet, Mechaniker,	geboren am 16. Januar 1868 zu Issendun, Departement Indre, Frankreich,	Landstreichen,	Großherzoglich badi- scher Landescommissi- onär zu Konstanz,	1. Mai 1894.
25	Friedrich Fischer, Bauarbeiter,	geboren am 1. Sep. 1830 zu Secken- gen, Kanton Aargau, Schweiz, ortsangehö- rig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	25. April 1894.
26	Pela Fleischmann, Handlungsgehilfe,	geboren am 11. Februar 1863 zu Györeyiget, Kanton Raab-Györ, Ungarn, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	18. April 1894.
27	Johann Wallste, Schuhmacher,	geboren am 11. April 1874 zu Schönbach, Bez. Gmunden, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen und Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. April 1894.
28	Antonina Jse, Maurer,	49 Jahre alt, geboren zu Tyn, Bezirk Tre- bisch, Mähren, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Wiesbaden,	deegleichen. 1894.
29	Franz Klima, Bäcker,	geboren am 9. April 1858 zu Gipsel, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	20. April 1894.

Nr. auf S. 12	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
30	Isaiah Per- sayges (Phlayss), Bäcker,	geboren am 1. Mai 1867 angeblich in Nien, Geburtsort un- bekannt,	Vandereichen u. Vetteln,	Königlicher Bezirks- Präsident zu Straf- burg,	15. März 1894.
31	Peter Madsen, Cigarrenmacher,	geboren am 20. August 1831 zu Kopenhagen, Dänemark, dänischer Staatsangehöriger,	Vetteln,	Polizeibehörde zu Hamburg,	30. April 1894.
32	Johann Martin, Färber u. Handarbeiter,	geboren am 14. Sep- tember 1873 zu Wer- nersreuth, Bezirk Nid- Böhmen, ortsangehö- rig ebendasselbst,	desgleichen,	königlich sächsisch- Kreishauptmann- schaft Zwickau,	22. März 1894.
33	Peter Martin, Schlosser,	geboren am 6. März 1869 zu Lyon, Frank- reich, ortsangehörig ebendasselbst,	Vandereichen u. Vetteln,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommi- ssär zu Freiburg,	2. Mai 1894.
34	Franz Mäthz, Schlosser,	geboren am 29. März 1877 zu Bräunau, Ober-Oesterreich, orts- angehörig zu Bren- tenberg, Bezirk Pracha- tis. Böhmen,	Vandereichen, Vetteln, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Be- amtenbeleidigung,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	13. April 1894.
35	Franz Mendlik, Schneider und Haut- arbeiter,	geboren im Jahre 1842 zu Kownale, Bezirk Turnau, Böhmen, orts- angehörig ebendasselbst,	Vetteln, Widerstand gegen die Staatsgewalt,	königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Bautzen,	8. März 1894.
36	Theresa Müller, geb. Kleiner, vermit- wete Dienstmagd,	geboren am 15. Dec- ber 1864 zu Rösling- gen, Württemberg, schweizerische Staats- angehörige,	Vandereichen und Vetteln,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommi- ssär zu Konstanz,	27. April 1894.
37	Franz Peisert, Färbergeselle,	geboren am 12. Septem- ber 1851 zu Schönan, Bezirk Brannau, Böh- men,	desgleichen,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	30. April 1894.
38	Anton Pitschmann, Webergeselle,	geboren am 11. (1.) September 1871 zu Langenbrunn, Bezirk Neidenberg, Böhmen, ortsangehörig ebenda- selbst,	Vetteln,	königlich sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau,	24. März 1894.
39	Johann Pittal, Drabikunter,	geboren am 1. Januar 1848 zu Straßon, Ungarn,	desgleichen,	Herzogl. Kronlandwei- sige Kreisdirektion zu Bosenkühn,	21. April 1894.

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
 (Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)
 Redigirt von der Königl. Reichsanstalt in Potsdam.
 Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben am 4ten Juni 1894.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses zu Potsdam nachstehende Polizei-Verordnung erlassen:

Die Anlagen A. und B. zur Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin vom 5. Dezember 1892 (Amtsbl. S. 527) erhalten folgende Fassung:

Anlage A.

Geltungsbereich der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin.

Die Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin findet Anwendung:

1. im Kreise Teltow auf nachstehend verzeichnete Gebiete, soweit sie nicht innerhalb der Berliner Ringbahn liegen:

Gutsbezirk Spanbauer Forst,

" Rupleben,

" Dahlem,

" Potsdamer Forst,

Gemeinde Friedenau,

" Schmargendorf,

" Deutsch-Wilmersdorf,

" Schönow,

" Zehlendorf,

Gutsbezirk Däppel,

Gemeinde Nowawes,

" Neuendorf,

" Stölpe,

Gemeinde und Gutsbezirk Klein-Öllende,

Gemeinde Steglitz,

" Groß-Lichterfelde,

Stadt Teltow,

Gemeinde Schöneberg,

" Mariendorf,

" Pankow,

" Mariensfelde,

" Tempelhof,

" Rixdorf,

" Brie,

" Treptow,

" Adlershof,

Gemeinde Alt-Öllende,

" Grünau,

" Johannisthal,

" Niederschönweide,

" Riez bei Köpenick,

" Schmöckwitz,

" Zeuthen,

" Königs-Wusterhausen,

" Eichwalde,

Gutsbezirk Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen,

Von dem Gemeindebezirke Mierdorf und dem Gutsbezirke Königs-Wusterhausen das zwischen der Dahme und der Berlin-Östlicher Eisenbahn belegene Gebiet,

Stadt Köpenick (nach Maßgabe der Polizei-Verordnung vom 22. Januar 1894, Amtsbl. S. 26, 27.),

Gutsbezirk Köpenicker Forst,

Gemeinde Muggelseheim;

2. im Kreise Nieder-Barnim auf folgende Gemeinden und Gutsbezirke, soweit sie nicht innerhalb der Berliner Ringbahn liegen:

Gemeinde Stralau,

" Rummelsburg,

Gutsbezirk Wuhlheide,

" Köpenicker Forst,

Gemeinde und Gutsbezirk Rahnsdorf,

Gemeinde Friedrichshagen,

" Erkner,

Gemeinde und Gutsbezirk Woltersdorf,

Gutsbezirk Müderdorfer Forst,

Gemeinde Müdersdorf,

" Kallberge-Müdersdorf,

Gemeinde und Gutsbezirk Lisdorf,

Gutsbezirk Bergeshof,

Gemeinde und Gutsbezirk Friedrichsfelde,

" Biesdorf,

" Pichtenberg,

" Hohen-Schönhausen,

Gemeinde Weißensee,

" Neu-Weißensee,

" Pankow,

" Heinersdorf,

" Karow,

" Französisch Buchholz,

Gemeinde und Gutsbezirk Blankenburg,

Nieder-Schön-
hausen,
Rosenthal,

Gemeinde Reinickendorf,

Dalldorf,

Lübars,

Gemeinde und Gutsbezirk Hermisdorf,

Stolpe,

Olienitz,

Schönfließ,

Gemeinde Bergfelde,

Hohen-Neuendorf,

Birkenwerder,

Borgsdorf,

Gutsbezirk Havelhausen,

Tehnis,

Gemeinde Tegel,

Heiligensee,

Gutsbezirk Tegel mit Ausnahme des mit dem
Namen Mögensee bezeichneten
Theiles,

Tegel-Schloß;

3. in der Gemarkung von Charlottenburg auf
ein Gebiet, welches durch eine Linie umschlossen
wird, die von der Gemarkungsgrenze auf der
Mitte der Spandauer Chaussee bis zur Straße 36,
auf der Mitte dieser bis zur Straße 12, auf
deren Mitte bis zur Alhornallee läuft, die Süd-
ostseite derselben einbegreift, den Platz B ein-
schließt, von diesem nach der nordöstlichen Ecke
des Exercierplatzes geht und von da der Ge-
markungsgrenze nach Westen bis zur Spandauer
Chaussee folgt.

Anlage II.

Verzeichniß der Bezirke, welche einer land-
hausmäßigen Behausung vorbehalten werden
(§ 5 der Baupolizeiordnung).

1. In Charlottenburg das ganze der Bau-
polizeiordnung für die Vororte von Berlin unterstellte
Gebiet.

2. Im Kreise Teltow:

Gutsbezirk Spandauer Forst.

Der nördlich der Berlin-Verrier Eisenbahn belegene
Theil des Gutsbezirkes Ruhleben.

Gutsbezirk Potsdamer Forst mit Ausnahme der
Schutzbezirke Ahrensdorf und Steinstrüden.

Von der Gemeinde Friedenau der südlich der
Ringbahn und des Ringbahnhofs Friedenau belegene
Theil der Gemarkung, der durch eine Linie umschlossen
wird, welche die Schöneberger Grenze entlang, von
dort auf der Mitte der nach dem Maybachplatz
führenden Straße, über den Maybachplatz bis zur
Bismarckstraße, auf der Mitte dieser bis zum Friedrich-
Wilhelmplatz, über diesen hinweg bis zur Kaiser-Allee,

auf der Mitte dieser bis zur Stubenrauchstraße, auf
deren Mitte bis zur Gopplerstraße, auf deren Mitte bis
zur Blankenbergstraße, letztere entlang bis zur Hader-
straße, auf deren Mitte bis zur Bornstraße, deren Nord-
seite entlang über die Kreuznacher Straße hinweg bis
zur Wilmerödorfer Grenze geht und diese nach Norden
bis zur Schöneberger Gemarkung verfolgt.

Die Gemarkung von Schmargendorf mit Aus-
nahme eines Theiles, der durch die Wilmerödorfer Grenze
im Osten, die Ringbahn im Norden, einer von da auf
der Mitte der Salzbrunner Straße über den Hlinsberger
Platz nach der Tölzer Straße, auf deren Mitte bis zur
Fördenbeckstraße, auf der Mitte derselben bis zur Runo-
straße, deren Ostseite entlang bis zur Reichenhaller Straße,
auf deren Mitte bis zum Verkaer Platz, über diesen
hinweg bis zur Spandauer Straße, auf deren Mitte bis
zum Eiserplatz, an der Südseite desselben entlang bis
zur Riffinger Straße, auf deren Mitte bis zur Marten-
bader Straße, auf der Mitte dieser nach Süden bis
zur Hundefleßstraße, diese entlang bis zur Barnemünder
Straße, diese entlang bis zur Heiligenammer Straße,
auf deren Mitte bis zum Putbuser Platz, über diesen
hinweg bis zur Sylter Straße und auf deren Mitte
bis zur Wilmerödorfer Grenze gehenden Linie um-
schrieben wird.

Das südlich der Ringbahn belegene Gebiet von
Deutsch-Wilmerödorf mit Ausnahme

- a) des am Halensee nördlich der Landhauskolonie
Brunwald belegenen Theiles,
- b) desjenigen Theiles, der von der Schmargendorfer
Grenze, der Ringbahn, dem Bahnhofe Schmargen-
dorf und einer von da auf der Mitte der Johannes-
berger, der Wiesbadener, der Schlangenbader und
Hamburger Straße bis zur Schmargendorfer
Grenze führenden Linie umschlossen wird.

Von der Gemarkung Schönow:

1. der Theil, der begrenzt wird

- a) nördlich von der Zehlendorfer Gemarkung.
- b) östlich von der Dahlem-Schönower Straße
auf der Strecke von der Zehlendorfer Ge-
markungsgrenze bis zum verlängerten Busch-
wege.
- c) südlich von dem Buschwege von der Zehlendorfer
Grenze an bis zur Zehlendorfer
Teltower Chaussee, von dieser bis zum ver-
längerten Buschwege und dem letzteren bis
zur Dahlem-Schönower Straße;

2. der dreieckig gestaltete Gebietsheil, der in die
Gemarkung Zehlendorf hineinragt und im
Osten und Westen durch die Zehlendorfer Grenze,
im Südwesten durch den Düppel-Schönower Weg
auf der Strecke von der Zehlendorfer Grenze bis
zum Treffpunkte mit dem Buschwege begrenzt
wird.

Die Gemarkung von Zehlendorf mit Aus-
nahme der Hauptstraße von der Bahnunterführung
bis zur neu angelegten Pafewald'schen Straße, der
Teltower Straße von der Bahnunterführung bis zur

Schönowener Straße, der Machnowener Straße bis zur Schönowener Straße, der Berliner Straße bis zur Straße No. 9, der Potsdamer Straße bis zur Allen-Straße und der Spandauer Straße bis zum Kirchhofe. Die nach der Bekanntmachung vom 10. Juli 1893 (Amtsblatt S. 347) dem Gemeindebezirke Zehlendorf zugewiesenen Grundstücke (Rosenhalsches Baugelände) gehören zum Landbaugebiete.

Vom Gutsbezirke Dürpel der westlich der Berlin-Potsdamer Bahn belegene Theil (Wannsee).

Von der Gemarkung Neuendorf der nördlich der Nowawes-Stolper Chaussee belegene Theil (Wilmannsches Villenterrain).

Von der Gemarkung Stolpe die Kolonie Alsen (am Wannsee).

Gemeinde und Gutsbezirk Klein-Glienitz.

Von der Gemeinde Steglitz

- a) der Theil, welcher von den Gemarkungen Groß-Lichterfelde und der Domäne Dahlem, der südlichen Pauslucht der Straße 8, der westlichen Pauslucht der Straße 16, der nordwestlichen Pauslucht der Fichtestraße, der südwestlichen Pauslucht der Grunewaldstraße von der Fichtestraße ab bis auf 40 m Entfernung von der Schloßstraße und einer Linie in der genannten Entfernung von der Schloßstraße bis zur Straße 1 begrenzt wird,
- b) der von der nördlichen Pauslucht der Florastraße, der Berlin-Potsdamer Bahn, der Gemarkung Friedenau und einer Linie begrenzte Theil, welche von einem 40 m von der Schloßstraße entfernten Punkte auf der Friedenauer Grenze parallel der Schloßstraße bis zur Florastraße gezogen wird,
- c) der Theil, welcher von der Berlin-Potsdamer Eisenbahn, einer auf der Mitte der Feldstraße bis zur Körnerstraße, auf deren Mitte bis zur Bergstraße, auf deren Mitte bis zur Heesestraße, diese entlang bis zur Südendstraße, auf der Mitte derselben bis zur Plantagenstraße führenden Linie umgrenzt wird, die auf der Mitte der Plantagenstraße bis zu einem Punkte, 40 m von der Albrechtstraße entfernt, sich fortsetzt, von hier parallel der Albrechtstraße in einer Entfernung von 40 m von derselben über die Filandstraße und die Humboldtstraße hinweg bis zur Eisenstraße läuft, der nordwestlichen Pauslucht der Eisenstraße, der nördlichen Pauslucht von Straße 53, der östlichen Pauslucht von Straße 58, einer Parallelen 40 m südlich von der Mariendorfer Straße und schließlich der Mariendorfer und Schöneberger Grenze folgt,
- d) der Theil, welcher die Linden-, Mittel- und Breitenstraße, Straße 68, 69 und 70 mit Ausnahme der Flächen umfaßt, welche zur Bebauung der Albrecht-, Teich-, Birken- und Belfortstraße bis zu einer Tiefe von 40 m erforderlich sind,
- e) der Theil, welchen die Reyme-, Göbenstraße, Straße 66, der zwischen dieser und der Reyme-

straße liegende Theil der Straße 67 und ein Theil der Brückenstraße, und zwar von der Louisestraße bis 30 m Entfernung von der Albrechtstraße bilden,

- f) der aus der Rüster-, Brüder- und Victoriastraße, der Berliner Straße in einem Abstände von 30 m von der Albrechtstraße bis zur Louisestraße und der östlichen Seite der letzteren bestehende Theil.

Die Gemeinde Groß-Lichterfelde mit Ausnahme

- a) der Berliner Straße von der Einmündung der Zehlendorfer Straße und Straße 31 bis zur Straße 24 und Lindenstraße,
- b) der Chausseestraße von der Einmündung der Ring- und Beckerstraße bis zur Steglitzer und Schützenstraße.

Vom Stadtbezirk Teltow die Kolonie Seehof, die durch den Teltower See, den Zehnruthengraben, den Dedorfer Weg, die Berlin-Anhalter Bahn und die Gemarkungsgrenze nach Groß-Lichterfelde zu begrenzt wird.

Von Schöneberg das zwischen der Potsdamer Bahn, dem Tempelhofer Wege ausschließlich desselben und der Dresdener Bahn belegene Gelände. Innerhalb dieses Gebietes dürfen jedoch die von der Rubensstraße, der Rembrandtstraße, der Beckerstraße, der Menzelstraße und der Peter-Vischerstraße umschlossenen Baublocks geschlossen bebaut werden.

Von Mariendorf

- a) das Gelände westlich der Berlin-Dresdener Bahn (Südende),
- b) der westlich der Chausseestraße zwischen Tempelhof und der Ortschaft Mariendorf belegene Theil bis an den Steglitzer Weg einschließlich. In diesem Gebiete (b) dürfen jedoch geschlossen bebaut werden:

- 1) die Chausseestraße selbst,
- 2) das Gebiet zwischen Alderstraße, Kochstraße, Zimmerstraße und Feldstraße bis zur Restauration von Schenck,
- 3) das Gebiet zwischen der Schöneberger Gemarkungsgrenze, dem Grüneberger Wege, der Tempelhof-Lankwiger Chaussee (diese ausgeschlossen) und der Berlin-Dresdener Bahn.

Die Gemarkung Lankwitz mit Ausnahme

- a) des östlich der Berlin-Dresdener Eisenbahn belegenen Theiles,
- b) des südlich des Lankwitz-Mariendorfer und östlich des Lankwitz-Mariensfelder Weges belegenen Theiles,
- c) der alten Dorflage.

Von Mariensfelde der nördlich der Dorflage belegene Theil, welcher durch den Lankwiger Weg, den Pufower Weg, die Gemarkungsgrenze und die Dresdener Bahn umschlossen wird.

Von Tempelhof die Mantensfelstraße von Straße 4 und 5 bis zur Friedrich-Karlstraße, das westlich davon gelegene Terrain bis zur Schöneberger Grenze, das

östlich davon gelegene Gebiet bis einschließlich der verlängerten Friedrich-Franzstraße, die Boscstraße, Blumenthal- und Albrechtstraße mit dem Friedensaßlage, sowie die nördliche Seite der Kaiserin-Augustastraße zwischen Blumenthal- und Friedrich-Franzstraße, die Friedrich-Karlstraße und das südlich davon belegene Terrain bis zur Feldmarksgrenze mit Ausnahme der Berliner Straße, die Moltkestraße von der Albrechtstraße bis zur Mariendorfer Grenze und das östlich davon gelegene Gebiet bis zur Rixdorfer Grenze,

Von Treptow der zwischen der Spree, Ringbahn, Köpenicker Landstraße, Neuen Krug-Allee und der Nieder-Schönweider Grenze belegene Theil.

Vom Gemeindebezirke Adlerhof der Theil, welcher durch eine auf der Mitte des Adlergestelles, der Radikstraße und des von da bis zur Bismarkstraße gehenden Feldweges laufende Linie, die Bismarkstraße und eine auf der Mitte der Kronprinzenstraße und der Auguste-Viktoriastraße bis zum Adlergestelle zurückgehende Linie begrenzt wird. Die Bismarkstraße darf auf beiden Seiten geschlossen bebaut werden.

In der Gemarkung Alt-Ölkenide das zum Gute und der Kolonie Falkenberg gehörige Gebiet.

Die Gemarkung Grünau bis auf den Theil zwischen der Dahme, der Köpenicker Gemarkung, der Köpenick-Grünauer Straße und der verlängerten Wilhelmstraße.

Die Gemeinde Johannisthal.

Die Gemeinde Schmöckwitz.

Die Gemeinde Zeuthen.

Der südlich des Nottefanals belegene Gemarkungstheil von Königs-Wusterhausen.

Die Gemeinde Eichwalde.

Gutsbezirk Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.

Die in Anlage A bezeichneten Theile der Gemeinde Mierdorf und des Gutsbezirkes Königs-Wusterhausen.

Gutsbezirk Köpenicker Forst mit Ausnahme der Jagden 193/200.

Vom Stadtbezirk Köpenick Jagden 11 und 12 der Köpenicker Stadtforst.

Gemeinde Müggelsheim.

3. Im Kreise Nieder-Barnim:

In der Wuhlheide die Kolonie Ostend bei Ober-Schönweide.

Von dem Gutsbezirke Köpenicker Forst das Gebiet von Hirschgarten.

Guts- und Gemeindebezirk Rahnsdorf.

Die Gemarkung von Friedrichshagen mit Ausnahme:

- a) der Friedrichstraße,
- b) der Seestraße von der Westgrenze der Gemarkung bis zur Bellevuestraße und Seestraße Nummer 95 einschließlich.

Die Gemarkung von Erkner.

Gemeinde- und Gutsbezirk Woltersdorf.

Von Friedrichsfelde die südlich des Rummelsburger Weges, der alten Dorflage und der Straße Friedrichsfelde-Biesdorf belegenen Theile des Guts- und Gemeindebezirkes, einschließlich des Vorwerkes Karlsdorf. Der Rummelsburger Weg und die Straße Friedrichsfelde-Biesdorf dürfen auf beiden Seiten geschlossen bebaut werden.

Vom Gutsbezirke Hohen-Schönhausen das Gebiet, welches im Südwesten von den Kirchhöfen der St. Markus-, St. Pius- und St. Hedwigs-Gemeinden, im Nordwesten von der Weißenseer Feldmark, im Nordosten von dem Hohen-Schönhausen-Weißenseer Wege und im Südosten von dem Wilhelmsherg-Hohen-Schönhauser Wege begrenzt wird.

Der nordwestlich der Straße Blankenburg-Buch belegene Theil der Gemarkung Karem.

Von Pankow derjenige Theil der Gemarkung, welcher nördlich einer auf der Mitte der Spandauer, der Breiten-, der Mühlen-, der Schul-, der Berliner, der Breiten- und der Damerowstraße bis zur Prenzlauer Chaussee laufenden Linie liegt. Die Breite Straße darf in ihrer ganzen Ausdehnung auch auf der Südseite nur mit Landhäusern besetzt werden.

Vom Gemeinde- und Gutsbezirk Nieder-Schönhausen die ganze Feldmark mit Ausnahme der Kaiser-Wilhelmstraße, der Bismark- und der Lindenstraße bis zum Zingergraben und der Blankenburgstraße von der Kaiser-Wilhelmstraße bis zu Straße 14 des Bebauungsplanes.

Die Gemarkung der Gemeinde Rosenthal.

Von Dalldorf der östlich der Nordbahn belegene Gemarkungstheil.

Von Lübars das westlich der Dranienburger Chaussee belegene Terrain (Waidmannslust).

Gemeinde- und Gutsbezirk Hermsdorf.

Gemeinde Hohen-Neuendorf.

Die Gemeinde Birkenwerder. Doch darf das westlich der Dranienburger Chaussee belegene Gelände mit Ausnahme des dazu gehörigen Theiles der alten Dorflage geschlossen bebaut werden.

Gutsbezirk Telnitz.

Der nordöstlich der Kremmener Bahn belegene Theil der Gemeindefeldmark Tegel und

Gutsbezirk Tegel-Schloß.

Potsdam, 31. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Graß.

Bekanntmachung.

Nach der unter dem heutigen Tage erlassenen Polizei-Verordnung wegen anderweiter Abgrenzung der Landhausbezirke in den Vororten von Berlin ist die ursprüngliche Fassung der Anlagen A und B zur Baupolizeiordnung vom 5. Dezember 1892 in folgenden Punkten geändert worden:

I. Anlage A.

1. An Stelle der Worte „Hankels-Ablage im Gemeindebezirk Mierdorf“ sind die Worte „Von dem Gemeindebezirk Mierdorf und dem Gutsbezirk Königs-Wusterhausen das zwischen der Dahme und der Berlin-Vörliger Eisenbahn gelegene Gebiet“ getreten.
2. Die Worte „Neu Glienicke“ sind fortgefallen. (Amtsbl. 1893 S. 181.)
3. An Stelle der Worte „Gutsbezirk Nadeland“ ist „Gemeinde Eichwalde“ gesetzt worden. (Amtsbl. 1893 S. 154.)
4. Die Worte „Stadt Köpenick“ haben den Zusatz erhalten „(nach Maßgabe der Polizeiverordnung vom 22. Januar 1894, Amtsbl. S. 26, 27)“.
5. Am Schlusse der Ziffer 1 sind die Worte: „Gemeinde Müggelseheim“ hinzugefügt worden.

II. Anlage B.

1. Unter Ziffer 2 sind an Stelle der Worte „Gutsbezirk Ruhleben“ die Worte „der nördlich der Berlin-Lehrter Eisenbahn belegene Theil des Gutsbezirk Ruhleben“ getreten.
2. Zu den Worten „Gutsbezirk Potsdamer Forst“ ist hinzugefügt „mit Ausnahme der Schutzbezirke Ahrensdorf und Steinsüden“.
3. Der auf Friedenau bezügliche Absatz hat folgende Fassung erhalten:
 „Von der Gemeinde Friedenau der südlich der Ringbahn und des Ringbahnhofes Friedenau belegene Theil der Gemarkung, der durch eine Linie umschlossen wird, welche die Schöneberger Grenze entlang, von dort auf der Mitte der nach dem Maybachplatze führenden Straße, über den Maybachplatz bis zur Bismarckstraße, auf der Mitte dieser bis zum Friedrich-Wilhelmsplatze, über diesen hinweg bis zur Kaiser-Allee, auf der Mitte dieser bis zur Stubenrauchstraße, auf deren Mitte bis zur Götterstraße, auf deren Mitte bis zur Blankenbergstraße, letztere entlang bis zur Haderstraße, auf deren Mitte bis zur Bornstraße, deren Nordseite entlang über die Kreuznacherstraße hinweg bis zur Wilmerdorfer Grenze geht und diese nach Norden bis zur Schöneberger Gemarkung verfolgt.“
4. Der auf Schmargendorf bezügliche Absatz hat nachstehenden Wortlaut erhalten:

„Die Gemarkung von Schmargendorf mit Ausnahme eines Theiles, der durch die Wilmerdorfer Grenze im Osten, die Ringbahn im Norden, einer von da auf der Mitte der Salzbrunnerstraße über den Hlineberger Platz nach der Tölzerstraße, auf deren Mitte bis zur Forderbeckstraße, auf der Mitte derselben bis zur Kunosstraße, deren Ostseite entlang bis zur Reichenhaller Straße, auf deren Mitte bis zum Verlaer Platz, über diesen hinweg bis zur Spandauer Straße, auf deren Mitte bis zum Elsterplatze, an der Südseite desselben entlang bis zur Rissinger Straße, auf deren Mitte bis zur Marienbader Straße, auf der Mitte dieser nach Süden bis zur Hundesleßstraße, diese entlang bis zur Warnemünder Straße, diese entlang bis zur Heiligendammer Straße, auf deren Mitte bis zum Pankufer Platze, über diesen hinweg bis zur Eyller Straße und auf deren Mitte bis zur Wilmerdorfer Grenze gehende Linie umschrieben wird.“

5. An Stelle des Absatzes für Deutsch-Wilmerdorf sind folgende Worte getreten:

„Das südlich der Ringbahn belegene Gebiet von Deutsch-Wilmerdorf mit Ausnahme“

- a) des am Halensee nördlich der Landhauskolonie Grunewald belegenen Theiles,
- b) desjenigen Theiles, der von der Schmargendorfer Grenze, der Ringbahn, dem Bahnhofe Schmargendorf und einer von da auf der Mitte der Johannieberger, der Wiedbadener, der Schlangenhader und Hamburger Straße bis zur Schmargendorfer Grenze führenden Linie umschlossen wird.“

6. Hinter diesem Satz (Ziffer 5) ist eingeschoben worden:

„Von der Gemarkung Schönow

1. der Theil, der begrenzt wird

- a) nördlich von der Zehlendorfer Gemarkung,
- b) östlich von der Dahlem-Schönowener Straße auf der Strecke von der Zehlendorfer Gemarkungsgrenze bis zum verlängerten Buschwege,
- c) südlich von dem Buschwege von der Zehlendorfer Grenze an bis zur Zehlendorf-Teltower Chaussee, von dieser bis zum verlängerten Buschwege und dem letzteren bis zur Dahlem-Schönowener Straße;

2. der dreieckig gestaltete Gebietsheil, der in die Gemarkung Zehlendorf hineinspringt und im Osten und Westen durch die Zehlendorfer Grenze, im Südwesten durch den Düppel-Schönowener Weg auf der Strecke von der Zehlendorfer Grenze bis zum Treffpunkte mit dem Buschwege begrenzt wird.“

7. Der Absatz für Zehlendorf hat folgenden Zusatz erhalten:

„Die nach der Bekanntmachung vom 10. Juli 1893 (Amtsbl. S. 347) dem Gemeindebezirke Zehlendorf zugetheilten Grundstücke (Rosenthal'sches Baugelände) gehören zum Landhausgebiete.“

8. Der Abschnitt c des auf Steglitz bezüglichen Absatzes ist wie folgt geändert worden:

„Der Theil, welcher von der Berlin-Potsdamer Eisenbahn, einer auf der Mitte der Feldstraße bis zur Körnerstraße, auf deren Mitte bis zur Bergstraße, auf deren Mitte bis zur Heesestraße, diese entlang bis zur Südenstraße, auf der Mitte derselben bis zur Plantagenstraße führenden Linie umgrenzt wird, die auf der Mitte der Plantagenstraße bis zu einem Punkte, 40 m von der Albrechtstraße entfernt, sich fortsetzt, von hier parallel der Albrechtstraße in einer Entfernung von 40 m von derselben über die Fisanbafstraße und die Humboldtstraße hinweg bis zur Elisenstraße läuft, der nordwestlichen Bauflucht der Elisenstraße, der nördlichen Bauflucht von Straße 53, der östlichen Bauflucht von Straße 58, einer Parallelen 40 m südlich von der Mariendorferstraße und schließlich der Mariendorfer und Schöneberger Grenze folgt.“

9. Der Absatz für Schöneberg hat folgende Fassung erhalten:

„Von Schöneberg das zwischen der Potsdamer Bahn, dem Tempelhofer Wege ausschließlich deselben und der Dresdener Bahn belegene Gelände. Innerhalb dieses Gebietes dürfen jedoch die von der Rubensstraße, der Rembrandtstraße, der Beckerstraße, der Menzelstraße und der Peter-Bischerstraße umschlossenen Baublocks geschlossen bebaut werden.“

10. Der auf Mariendorf bezügliche Absatz lautet zukünftig folgendermaßen:

„Von Mariendorf

a) das Gelände westlich der Berlin-Dresdener Bahn (Südende),

b) der westlich der Chausseestraße zwischen Tempelhof und der Drischast Mariendorf belegene Theil bis an den Steglitzer Weg einschließlich. In diesem Gebiete (b) dürfen jedoch geschlossen bebaut werden:

1. die Chausseestraße selbst,

2. das Gebiet zwischen Akerstraße, Kochstraße, Zimmerstraße und Feldstraße bis zur Restauration von Schensch,

3. das Gebiet zwischen der Schöneberger Gemarkungsgrenze, dem Schöneberger Wege, der Tempelhof-Pankwiger Chaussee (diese ausgeschlossen) und der Berlin-Dresdener Bahn.“

11. Der Absatz für Pankow hat folgenden Wortlaut erhalten:

„Die Gemarkung Pankow mit Ausnahme

a) des östlich der Berlin-Dresdener Eisenbahn belegenen Theiles,

b) des südlich des Pankow-Mariendorfer und östlich des Pankow-Mariensfelder Weges belegenen Theiles,

c) der alten Dorflage.“

12. Der auf Adlershof bezügliche Absatz ist wie folgt geändert worden:

„Vom Gemeindebezirke Adlershof der Theil, welcher durch eine auf der Mitte des Adlergestelles, der Raddestraße und des von da bis zur Bismarkstraße gehenden Feldweges laufende Linie, die Bismarkstraße und eine auf der Mitte der Kronprinzenstraße und der Auguste-Viktoriastraße bis zum Adlergestelle zurückgehende Linie begrenzt wird. Die Bismarkstraße darf auf beiden Seiten geschlossen bebaut werden.“

13. Entsprechend der Aenderung in Anlage A sind an Stelle der Worte „Gutsbezirk Radeland“ die Worte „Gemeinde Eichwalde“ gesetzt worden.

14. An Stelle der Worte „Hantels Ablage“ sind die Worte getreten:

„Die in Anlage A bezeichneten Theile der Gemeinde Niedersdorf und des Gutsbezirkes Königs-Wusterhausen.“

15. Zu den Worten „Gutsbezirk Köpenicker Forst“ ist hinzugesetzt worden:

„mit Ausnahme der Jagden 193/200.“

16. Am Schlusse der Ziffer 2 sind die Worte: „Gemeinde Mägdeleben“ hinzugesetzt worden.

17. unter Ziffer 3 ist der auf Friedrichshagen bezügliche Absatz wie folgt geändert worden:

„Die Gemarkung von Friedrichshagen mit Ausnahme

a) der Friedrichsstraße,

b) der Seestraße von der Westgrenze der Gemarkung bis zur Belleruestraße und Seestraße Nummer 95 einschließlich.“

18. An die Stelle des auf Friedrichsfelde bezüglichen Absatzes ist Folgendes getreten:

„Von Friedrichsfelde die südlich des Rummelsburger Weges, der alten Dorflage und der Straße Friedrichsfelde-Wiesdorf belegenen Theile des Guts- und Gemeindebezirkes, einschließlich des Vorwerkes Karlsdorf. Der Rummelsburger Weg und die Straße Friedrichsfelde-Wiesdorf dürfen auf beiden Seiten geschlossen bebaut werden.“

19. Der auf Pankow bezügliche Absatz hat nachstehenden Wortlaut erhalten:

„Von Pankow derjenige Theil der Gemarkung, welcher nördlich einer auf der Mitte der Spanbauer, der Breiten, der Mühlen, der Schul-

- der Berliner, der Breiten- und der Damerowstraße bis zur Prenzlauer Chaussee laufenden Linie liegt. Die Breitenstraße darf in ihrer ganzen Ausdehnung auch auf der Südseite nur mit Landhäusern besetzt werden."
20. Der den Landhausbezirk von Nieder-Schönhausen beschreibende Satz ist dahin abgeändert worden:
 „Vom Gemeinde- und Gutsbezirke Nieder-Schönhausen die ganze Feldmark mit Ausnahme der Kaiser Wilhelmstraße, der Bismarck- und der Lindenstraße bis zum Zingergraben und der Blankenburgstraße von der Kaiser Wilhelmstraße bis zu Straße 14 des Bebauungsplanes."
21. In dem auf Hohen-Neuendorf bezüglichen Absätze sind die Worte „mit Ausschluß des Theiles" bis „begrenzt wird" fortgefallen.
22. Die Worte „Gemeinde Birkenwerder" haben folgenden Zusatz erhalten:
 „Doch darf das westlich der Dranienburger Chaussee belegene Gelände mit Ausnahme des dazu gehörigen Theiles der alten Dorflage geschlossen bebaut werden."

Potsdam, den 31. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident
 Graf Hue de Grais.

1. 1945年10月，国民党政府接收了上海公共租界，结束了租界制度。
 2. 1949年5月，中国人民解放军接管了上海，建立了新的政权。
 3. 1952年，上海进行了大规模的城市改造，包括道路拓宽和房屋拆迁。
 4. 1956年，上海实行了社会主义改造，工商业进行了公私合营。
 5. 1960年，上海经历了严重的经济困难，许多居民生活在水深火热之中。
 6. 1978年，上海实行了改革开放政策，吸引了大量外资企业进入。
 7. 1990年，上海浦东新区开发开放，成为全国改革开放的窗口。
 8. 2002年，上海实行了新一轮的城市改造，包括大规模的道路建设和房屋拆迁。
 9. 2008年，上海举办了世界博览会，展示了城市的现代化建设和发展成果。
 10. 2010年，上海实行了新一轮的城市改造，包括大规模的道路建设和房屋拆迁。

[illegible]

Königsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 23.

Den 8. Juni.

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 30. April d. J. bestimme Ich, daß bei demnächstiger Ausführung der in dem Gesetze vom 29. April d. J. betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Beteiligung des Staates an dem Bau einer Eisenbahn von Wirtzfeld nach der Landesgrenze in der Richtung auf Miron, in § 1 unter A. 1. lit. a. vorgesehenen Eisenbahnlinien und der im § 1 unter II. vorgesehenen Erweiterung des schmalspurigen Eisenbahnnetzes die Leitung des Baues und demnachst auch des Betriebes A. der Bahnen 1) von Gerbäuen nach Angerburg, 2) von Jinten nach Hohenfließ der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg, 3) von Glas nach Seidenberg der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Breslau, 4) von Wessow nach König-Wasserhausen, 5) von Templin nach Prenzlau der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin, 6) von Probstzella nach Wallendorf der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt, 7) von Pausburg und Tingleff nach Sönderburg der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Altona, 8) von Schirder nach Blomberg der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Hannover, 9) von Umma nach Camen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Elberfeld, 10) von Köln nach Grevenbroich der Königl. Eisenbahn-Direktion (Königsheinschen) zu Köln, B. der Erweiterung des schmalspurigen Eisenbahnnetzes im Oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Breslau übertragen wird. Zugleich bestimme Ich, daß das Recht zur Enteignung und dauernden Beschränkung derjenigen Grundstücke, welche zur Bauausführung nach den von Ihnen festzustellenden Plänen notwendig sind, nach den gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden soll: 1) für die unter A. Nr. 1 bis 5, 7, 9 und 10 bezeichneten Eisenbahnlinien, sowie 2) auch für die unter B. erwähnte Erweiterung des schmalspurigen Eisenbahnnetzes im Oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirk, soweit das Enteignungsrecht nicht bereits nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen oder früheren landesherrlichen Erlassen Platz greift. Dieser Erlass ist in der Gesammmlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 9. Mai 1894.
 ges. Wilhelm R.
 v. Bismarck, Reichskanzler.

Ap den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend die Ausführung der Bau- und betriebsleitenden Behörden für mehrere neue Eisenbahnlinien.

Zur Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 9. Mai d. J., betreffend Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom 29. April d. J. (Gesammml. S. 43) vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien.

ist bestimmt worden, daß der Bau und demnachst auch der Betrieb der im Oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirk zu erbauenden neuen schmalspurigen Eisenbahnlinien von dem der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Breslau unterstellten Königl. Eisenbahn-Betriebsämtern zu Rastow innerhalb der den Königl. Eisenbahn-Betriebsämtern durch die unter dem 24. November 1879 Allerhöchst genehmigte Organisation der Staatseisenbahnverwaltung zugewiesenen Zuständigkeit, der Bau der in dem Gesetze vom 29. April d. J. in § 1 unter A. 1a. vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien dagegen von den in dem Allerhöchsten Erlasse vom 9. Mai d. J. bezeichneten Königl. Eisenbahn-Direktionen unmittelbar geleitet wird.

Berlin, den 9. Mai 1894.
 Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

123. Wegen Reparatur der Stauchleuse zu Kuppentin wird die Schifffahrt auf der Elbe durch die Stauchleuse zu Kuppentin für die Zeit vom 1. August d. J. ab bis gegen Ende desselben Monats gesperrt sein.
 Potsdam, den 30. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

124. In der im Ertrablatte zum Amtsblatte vom 4. d. M. veröffentlichten Polizeiverordnung vom 31. Mai d. J. muß es unter Anlage B. Ziffer 2. in dem all den Gutsbezirk Kuppelien bezüglichen Abjage anstatt „nördlich der Berlin-Lehrter Eisenbahn“ heißen: „südlich der Berlin-Lehrter Eisenbahn“.

Dieselbe Berichtigung ist in der im gleichen Ertrablatte veröffentlichten Bekanntmachung unter II. Anlage B. Ziffer 1 vorzunehmen.

Potsdam, den 6. Juni 1894.
 Der Regierungs-Präsident.

Das chemische Untersuchungsamt für den Kreis Niederhavel hat **125.** Dem chemischen Untersuchungsamt, welches nach den Bestimmungen des preussischen Kreis-Nieder-

barnim, vertreten durch den Kreisausschuß, und dem Chemiker Dr. W. Stelzer unterm 28. Mai 1894 abgeschlossenen Vertrages in Berlin, Karstraße Nr. 31 unterhalten wird, ist der Charakter einer öffentlichen ~~Makro-Unterstützung~~ ^{Unterstützung} von Fabrikationsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen für den Kreis Niederbarnim mit der Maßgabe beigesetzt worden, daß nach § 17 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 — Reichsgesetz — die auf Grund desselben auferlegten ~~Geldstrafen~~ ^{Geldstrafen}, soweit dieselben dem Staate zustehen, mindestens der Kreis-Gemeindef-Kasse des Kreises Niederbarnim zustießen sollen.

Potsdam, den 2. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Schuttmassnahmen

126. Auf Grundallgemeiner Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erlasse ich, hiermit zur Gemäßheit der §§ 18 ff. des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880. (neue Fassung R. G. Bl. für 1894 S. 410) als Schutzmassregeln gegen die im hiesigen Bezirke angetragene Schweinefleuche (Schweinpest), sowie den Ausbruch der Schweinefleuche, folgende Anordnungen:

Ausbruch der Seuche.

1) Ist der Ausbruch der Schweinefleuche durch das Gutachten des Kreisveterinär- oder des zugelassenen privaten Tierarztes festgestellt, so kann die Ortspolizeibehörde auf die Anzeige neuer Ausbrüche in dem Seuchengebiet selbst oder in dessen Umgebung sofort die Schutzmassregeln anordnen, ohne daß es in jedem Falle der sachverständigen Ermittlung durch den Tierarzt bedarf.

2) Der erstmalige Ausbruch der Seuche in einer Ortschaft ist von der Ortspolizeibehörde in der üblichen Weise und durch Bekanntmachung im Kreisblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

3) Die auf dem Seuchengebiet vorhandenen Schweine unterliegen der Beobachtung. Sind auf dem Gebiet mehrere von einander getrennte Stallungen vorhanden, so kann die Absperrung der kranken und der mit diesen in Berührung gekommenen Schweine auf den Seuchestall beschränkt werden.

Ohne die Genehmigung der Ortspolizeibehörde ist die Einfuhr fremder Schweine in das Seuchengebiet nicht gestattet.

Das Seuchengebiet ist am Haupteingangsort oder an einer sonstigen geeigneten Stelle mit der Aufschrift „Schweinpest“ oder „Schweinefleuche (Schweinpest)“ zu versehen.

4) Die gänzliche oder theilweise Sperrung des Seuchengebietes gegen den Durchtrieb von Schweinen kann angeordnet werden, wenn die Seuche nach der Feststellung in mehr als zwei Gehöften zum Ausbruch gekommen ist.

5) Die Ausfuhr gesunder Schweine aus dem Seuchengebiet (Seuchenstall, Gehöft, Durchtrieb) ist zu

gestatten, wenn der Nachweis erbracht wird, daß die Ausfuhr zum Zwecke sofortiger Abschließung geschieht. Die Beförderung solcher Schweine muß aber auf Wagen oder auf der Eisenbahn erfolgen.

Wird die Erlaubnis zur Beförderung in einem anderen Polizeibezirk erteilt, so ist die betreffende Ortspolizeibehörde von der Sachlage in Kenntniß zu setzen.

6) Bei größerer Verbreitung der Seuche kann der Austrieb von Schweinen auf die Viehmärkte verboten werden.

7) Die Entfernung von Fleisch und eitrigen Abfällen eines an der Seuche erkrankten und geschlachteten Schweines aus dem Seuchengebiet darf ohne ortspolizeiliche Genehmigung nicht erfolgen. Die Genehmigung ist nur zu erteilen, wenn der Besitzer oder sein Vertreter durch das Gutachten eines approbirten Tierarztes nachweist, daß durch die Verwendung des Fleisches oder der Abfälle eine Verbreitung der Seuche nicht stattfinden kann.

8) Der Besitzer oder sein Vertreter hat die erforderliche Abdeserei ohne Verzug zur Abholung des Kadavers eines verendeten oder geschlachteten Schweines aufzufordern. Die Abdesereibesitzer oder Pächter sind polizeilich anzuhalten, zur Abholung des Kadaver nur verschlossen, mit Zinnschloß ausgeschlagene Kistenwagen zu benutzen, von denen Blut oder andere Abgänge nicht herabfallen können. Wenn ein Kadaver nicht innerhalb 24 Stunden nach der Anfuhr von der Abdeserei aus dem Seuchengebiet abgeholt ist, so muß er an einer entfernten Stelle 1 Meter tief vergraben werden.

9) Wird die Seuche im Seuchengebiet oder bei Schweinen während deren Beförderung festgestellt, so hat die Ortspolizeibehörde die Beförderung zu verhindern und die Absperrung der zu der Herde oder zu dem verendeten Besatz gehörenden Schweine anzuordnen. Von dieser Beförderung ist abgesehen, wenn die Thiere binnen 24 Stunden nach einem Standorte gebracht werden können, wo sie durchgegend oder abgeschlachtet werden sollen. Die Ortspolizeibehörde hat für diesen Fall anzuordnen, daß sämmtliche Schwärme zu Wagen nach dem betreffenden Standort befördert und unterwegs nicht in fremde Gehöfte gebracht werden.

Die Ortspolizeibehörde des neuen Standortes hat von der Sachlage in Kenntniß zu setzen.

Desinfektion

10) Nach dem Ausbruch der Krankheitsfälle ist dem Besitzer oder seinem Vertreter anzuheben, die Räumlichkeiten, in welchen sich kranke Schweine befunden haben, zu reinigen und zu desinfizieren. Zu diesem Zwecke wird der Dünger aus dem Stalle entfernt und entweder vergraben oder verbrannt oder an einem Orte aufbewahrt, zu welchem Schweine nicht hinkommen. Der nicht gepflasterte Hofplatz wird, soweit er von den Abgängen kranker Schweine durchfleuchtet ist, abgegraben. Ist der Fußboden mit undurchlässigem Material oder mit Brettern bedeckt, so muß das Material entfernt und vor

seiner Wiederverwendung desinfiziert werden. Feste Pflaster mit heißer Seifenlauge (1 Theil rothe Soda auf 20 Theile Wasser) oder Seifenlauge sorgfältig zu reinigen und darauf mit dreiprozentigem Creolinwasser oder einem anderen wirksamen Desinfektionsmittel zu behandeln. In gleicher Weise sind die Futtertröge und die durch die Abgänge kranker Schweine verunreinigten Gegenstände zu desinfizieren. Die Stallwände müssen mit einem wirksamen Desinfektionsmittel abgewaschen oder mit Kalkmilch frisch überstrichen werden.

Ueber die vorschriftsmäßig erfolgte Ausführung der Desinfektion ist von dem Gemeinde-(Gemein-)Vorsteher der Ortspolizeibehörde eine Bescheinigung einzureichen.

Aufhebung der Schutzmaßregeln.

11) Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufzuheben, wenn in dem Gehöfte oder in der Ortschaft die erkrankten Thiere gefallen oder getödtet oder gemessen sind und wenn

a. von der Rothlaufseuche innerhalb 8 Tagen,

b. von der Schweinepest (Schweinpest) innerhalb 14 Tagen

kein neuer Erkrankungsfall vorgekommen und die erforderliche Desinfektion ausgeführt ist.

Die Ortspolizeibehörde hat dem Führer einer abgesperrten Herde auf seinen Antrag eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß die angeordneten Schutzmaßregeln wieder aufgehoben sind.

12) Das Erkennen der Seuche ist, wie der Anbruch derselben, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Strafvorschrift.

13) Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs eine höhere Strafe eintritt, nach § 66 des Reichsinfektionsgesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich im Anschluß an die im Extrablatt vom 14. April d. J. veröffentlichten Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß.

Die vorgeschriebenen Anordnungen sind im Einzelnen von den Ortspolizeibehörden (Amtevorstehern und Polizeiverwaltungen) zu treffen. Zur Maßnahmen im Sinne des § 6 der Bekanntmachung ist jedoch der Landrath zuständig.

Potsdam, den 2. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Rothseuchen.

1277. Festgesetzt ist der Milzbrand bei einer Kärse auf dem zum Amtsgut Mergow II. Theils gehörigen Vorwerk Kammerau, Kreis Westhavelland.

An Bläschenauschlag sind der Bulle des Bauern Peters in Schönfeld, sowie mehrere Kühe daselbst und eine Kuh des Bauerntesbesizers Giese in Premelin, Kreis West-Prignitz erkrankt.

Potsdam, den 5. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-

Präsidenten zu Berlin.

Polizei-Verordnung.

betreffend den Betrieb der Dampfschiffschiffahrt auf der Spree.
40. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 14. März 1850 und des § 138, 139 und 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (S. 195 ff.) verordne ich mit Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten für den Stadtkreis Berlin was folgt:
Der § 7 der Polizei-Verordnung vom 11. April 1850 (S. 139), betreffend den Betrieb der Dampfschiffschiffahrt auf der Spree in Berlin wird durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

„Im Uebrigen finden die bezüglich der Schiffahrt und der Dampfschiffschiffahrt auf der Spree für die Allgemeinen erlassenen Verordnungen, insbesondere die den Betrieb der Personendampfschiffahrt auf der Spree regelnde Polizei-Verordnung vom 14. März 1865 entsprechende Anwendung.“

Berlin, den 22. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident, Freiherr von Richthofen.

Die Bekanntmachung ist im Amtsblatt vom 1. Juni 1894.

41. Collé die neugegründete Stelle eines Physikates für die Stadt Charlottenburg, mit dem Wohnsitz in Charlottenburg (nicht in Berlin), und zwar in möglichstem Nähe der Polizei-Direction vorzulesen, durch das Amt zu besetzen.

Dunkelste Bewerber um diese Stelle, deren nicht pensionfähiger Gehalt 900 Mark beträgt, haben ihre durch die erforderlichen Unterlagen gestützten Gesuche hier einzulegen.

Als besondrem Anlaß ist die Bewerbungsfrist auf 4 Wochen festgesetzt, wobei ich bemerke, daß jede persönliche Vorstellung zwecklos und das Anbringen der betreffenden Gesuche lediglich auf schriftlichem Wege zu erfolgen hat.

Berlin, den 31. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Berlin.

Die Bekanntmachung ist im Amtsblatt vom 1. Juni 1894.

35. In Wilmersdorf (Mark) wird am 1. Juni eine mit der Postanstalt daselbst verbundene Reichs-Telegraphenanstalt für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.
Potsdam, 28. Mai 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Die Bekanntmachung ist im Amtsblatt vom 1. Juni 1894.

36. Bei der Kaiserlichen Postagentur in Wilmersdorf ist am 28. Mai eine Unfallmeldestelle eingerichtet. Die Ausfertigung von Unfallmeldungen während der Nachtzeit hat durch ein Fenster zu erfolgen. Zur Herbeiführung des Postagatters haben sich die Ausfertiger der durch ein Schild kenntlich gemachten Nachtlade zu bedienen.

Berlin, 30. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Erhebung von Schiffahrtsabgaben für das Befahren der Dähme.
9. Mit Bezug auf meine vorläufige Bekanntmachung vom 22. November v. J. (Stad. 48 des Amtsblattes für 1893) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Herr Finanz-Minister und der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 16. v. M. die Erhebung von Schiffahrtsabgaben für das Befahren der Dähme an der Schleuse zu

Prieros nach dem für die Märkischen Wasserstraßen allgemein geltenden Tarif vom 27. Dezember 1871 mit den späteren Änderungen vom 1. Juli d. J. ab verfügt haben, wogegen vom gleichen Zeitpunkt ab die jetzt bestehende Abgaben-Erhebung durch den Besitzer der Mühle in Prieros in Fortfall kommt.
Mit der Erhebung der Abgabe wird der Strommeister in Prieros betraut werden.
Berlin, den 25. Mai 1894.
Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	a) Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:				
1.	Moses Braus, Tagelöhner,	geboren am 22. April 1868 zu Switawka, Bez. Bockowitz, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl u. Ver- such desselben (2 Jahre 6 Monate, Inhaftung laut Erkenntniß vom 9. Oktober 1891),	Königlich bayerische Bezirksamt Deggendorf,	7. März 1894.
	b) Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:				
1.	Edmund Louis Maria Dautreppe, Cigarrenarbeiter, (Militär in)	geboren am 8. Oktober 1845 zu Antwerpen, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	Vettel, belgischer Staatsangehöriger,	Polizeibehörde zu Hamburg,	7. Mai 1894.
2.	Ignaz Dießner, Fleischer und Tage-	geboren am 24. Mai 1866 zu Wiesenhal, Bezirk Schludenan, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	14. April 1894.
3.	Franz Gugg, Fleischer,	geboren am 16. Februar 1874 zu Mondsee, Bezirk Böcklabruck, Ober-Österreich, orts-	Landstreichen und Betrug,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	25. April 1894.
4.	Wenzel Jekl, Tischlergehilfe,	geboren am 10. April 1873 zu Schlau, Böhmen, ortsangehörig	Vettel,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	27. März 1894.
5.	Johes Jirka, Messerschmied,	geboren am 2. April 1852 zu Kofot-Lipowka, Bezirk Neichenau, Böhmen,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	4. Mai 1894.
6.	Josef Casper (Casper), Arbeiter,	geboren am 1. Juli 1874 zu Czernivice, Bezirk Rawag, Polen,	Landstreichen u. Vettel,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	1. Mai 1894.
7.	Anton Julius Nowotny, Fleischer,	geboren am 11. April 1857 zu Krizitz, Bezirk Bloh, Gowerement Warschau, Po-	desgleichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	20. April 1894.
8.	Johann Wanger, Metzger,	geboren am 10. Juni 1874 zu Braun, Be-	Landstreichen u. Vettel,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	17. April 1894.
		Bezirk Landeck, Tirol, ortsangehörig			

Rang Nr.	Name und Stand des Angeordneten.	Alter und Heimath	Grade der Vertrauen.	Bedürfnis, welche die Anwesenheit bedeuten hat.	Datum der Anordnungs- Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
9	Christian Schellinger, Klempniergefelle,	geboren am 9. Januar 1847 zu Hirschberg, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen, Betteln und Fälschung eines Legiti- mationspapiere,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	23. April 1894.
10	Josef Welner, Arbeiter,	65 Jahre alt, geboren zu Pelangen, Gewer- nemeut Rurland, Ruß- land, russischer Staats- angehöriger,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	24. April 1894.
11	Robert Bey, Gärtner,	geboren am 2. Mai 1866 zu Willmergen, Bezirk Premgarten, Kant. Aargau, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	30. April 1894.
12	Johann Wiskora, Sattler u. Korbflechter,	geboren am 12. Dezem- ber 1867 zu Unter- Kessing bei Wien, orts- angehörig zu Dobruwa, Bezirk Bischofsheim, Böhmen,	Landstreichen, Betteln, falsche Namensangabe und Fälschung falscher Legitimationenpapiere,	Königlich bayerisches Bezirksamt Wasser- burg,	29. April 1894.
13	Franziska Wolfsegger, Köchin,	geboren am 14. Mai 1865 zu Ruffstein, Ti- rol, ortsangehörig ebendasselbst,	gewerbetreibende Unzucht,	Königlich bayerische Polizei Direktion München,	23. April 1894.
14	Johann Brandl, Bäcker,	geboren am 7. Mai 1866 zu Graz, Steier- mark, ortsangehörig zu Rischbach, Bez. Weiz, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Berch- tesgaden,	2. Mai 1894.
15	Franz Demel, Schlossergeselle,	geboren am 4. Oktober 1833 zu Ebran, Be- zirk Troppau, Oester- reichisch-Schlesien, orts- angehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	9. Mai 1894.
16	Alcis Haider, Knecht,	geboren im Jahre 1875 zu Gref-Haselbach, Bezirk Zwickl, Nieder- Oesterreich, österreichi- scher Staatsangehöriger,	Landstreichen, zu Gref-Haselbach,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	12. Mai 1894.
17	Hugo Rablen, Schmied,	geboren am 13. Juli 1875 zu Carano, Be- zirk Cavalese, Tirol, ortsangehörig zu Graz, Steiermark,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	26. April 1894.
18	Josef Kunz, Bäckergehilfe,	geboren am 20. Januar 1872 zu Palitz, Bezirk Eger, Böhmen, öster- reichischer Staatsan- gehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Regen,	1. Mai 1894.

Personalchronik.

Im Kreise Westphalenland ist an Stelle des verstorbenen Ritterschafsdirectors von Knoblauch zu Plessin, der Amtsvorsteher des benachbarten Amtsbezirks VI., Rittersgutbesitzer von Bredow-Senzle, mit der einseitigen Verwaltung des Amtsbezirks XIV. — Plessin — beauftragt worden.

In Stelle des als Kreis-Physikus des Teltower Kreises nach Berlin Versetzten Kreis-Physikus Dr. Elten ist der Oberstabsarzt Dr. Conrad Benda zum Kreis-Physikus des Kreises Angermünde endgültig bestellt worden.

Der Gerichtspräsident Freiherr von der Osten-Sacken ist zum Regierungspräsidenten ernannt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat April 1894.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Amtsgerichtsrath Soenderop beim Amtsgericht I. in Berlin zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht I. daselbst; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren von Treskow bei dem Amtsgericht in Marggrabowa, Louis Levin bei dem Amtsgericht in Wysserhausen a. Dosse; der Kaufmann Karl Theodor Sattler in Berlin zum Handelsrichter und der Kaufmann Emil Bing in Berlin zum stellvertretenden Handelsrichter beim Landgericht I. in Berlin. Versetzt sind: der Oberlandesgerichtsrath Broede in Hamm als Kammergerichtsrath an das Kammergericht; der Amtsgerichtsrath Thilo in Cölnbus an das Amtsgericht Völsch in Schömberg an das Amtsgericht II. in Berlin; der Landgerichtsrath Dr. Gillischewski in Cölnbus an das Landgericht in Potsdam; der Amtsgerichtsrath Löffler in Cüstrin als Landgerichtsrath an das Landgericht in Landsberg a. W.; der Amtsrichter Dr. Jensen in Lieberose als Landrichter an das Landgericht in Cölnbus; der Amtsrichter Buzello in Kempen an das Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind: der Amtsgerichtsrath Vöttger in Landsberg a. W. und der Amtsrichter Krönig in Berlin.

II. Gerichts-Assessoren.

Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt: die Referendare Leminsky, Dr. Werner, Mücke, Freiherr von Schelle, von Nordenskiöld, Schröder, Redlich, Dr. Oscar Meyer, Dr. Mann. Uebernommen sind: Hartmann aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Breslau, Hanow aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Hamm. Entlassen ist: Lübke behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg.

III. Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt Koppe in Prenzlau ist zum

Landrichter bei dem Landgericht in Hannover unter Verleihung des Charakters als Landgerichtsrath ernannt. Der ehemalige Rechtskandidat Ernst Conrad ist zum Amtsanwalt bei dem Amtsgericht in Nirdorf und der Stadtschreiber Grimmert in Soldin zum Amtsanwalts-Stellvertreter bei dem Amtsgericht daselbst ernannt.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöst sind in der Liste der Rechtsanwälte: die Rechtsanwälte, Justizrath Engelmann, Alfred Levy und Dr. Rosenbohm beim Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: die Gerichtsassessoren von Glaserapp beim Landgericht II. in Berlin, Daniel Reichenfeld, Dr. Hugo Lebrecht und der Gerichtsassessor a. D. Dr. Heinemann beim Landgericht I. in Berlin. Dem Notar, Justizrath Engelmann ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt: die bisherigen Rechtskandidaten Goldschmidt, Boretius, von dem Kneisebeck, Schroeder, Tamaschke, Sternbed, Berichskull, Zache, Müllig, Brugsch. Entlassen sind Edelberg und Lorenz behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsvorbereitungsdienst; Marx Levin.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der Assistent Horstmann vom Stadtvollgefangnis in Berlin zum Gefängnis-Inspektor bei dem Gefängnis in Frankfurt a. L.; der Militäranwalt Hermann Schmidt zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in Bockwalde H. N. Pensionirt ist der Gerichtsschreiber Bergmann bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Versetzt ist der Sekretär, Kanzleirath Schreiber bei der Staatsanwaltschaft in Cölnbus. Entlassen ist der Gerichtsvollzieher Gollub Friedrich bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Der Pfarrer, Superintendenten-Berweser Karl August Rudolf Schell in Rosenhal ist zum Superintendenten der Diocese Berlin-Land II. ernannt worden.

Der kommissarische Lehrer Gruhl am Seminar zu Roschwin ist unter Erneuerung zum ordentlichen Seminarlehrer am Seminar zu Prenzlau überwiesen worden.

Der Lehrer Hermann Pochade ist als Gemeindevollschullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Vorsteher des Generalbüros der königlichen Eisenbahn-Direktion in Magdeburg, Rechnungsrath Krohn daselbst, ist verstorben.

Der königliche Eisenbahn-Stationen-Assistent Eugen Scholz im Verkehrs-Bureau der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin ist zum königlichen Eisenbahn-Güter-Expediten ernannt worden.

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markte			
		Erlöse je 100 Kilogramm										Rindfleisch			
		Weizen	Neuzen	Gerste	Hafer	Großkorn	Erbsen	Bohnen	Kartoffeln	Rüben	Kraut	Butter	Eier	Speck	Wurst
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	13 15	11 05	12 85	13 05	25	27	38	3 25	4	2 87	4 87	1 05	1 20	1 10
2	Beeskow	—	11 07	—	—	25	28	45	2 55	—	—	—	1	1 20	1
3	Brandenburg	13 40	11 22	13 32	14 10	24	27	35	2 70	4 49	—	5 53	59	1 20	1 10
4	Dahme	13 82	11 03	12 85	15 94	30	40	50	3	4 50	4	9	50	1 20	90
5	Eberswalde	13 26	11 12	12 07	13 33	23	24	32	3	4 11	—	6	1 20	4 40	1 20
6	Havelberg	13 61	11 22	13 50	15 83	26 75	30 63	43 50	3 15	3 50	2 27	4	1	1 25	1
7	Jüterbog	13 90	11 90	15	15 70	25	22	30	3 41	5 10	—	8 11	1 20	1 40	1 20
8	Ludersdorf	13 07	11 49	13 57	16 35	35	35	45	3 10	4 50	—	7 25	1 16	1 20	1 20
9	Perleberg	13 50	11 07	11 84	13 65	21	27	33	3 67	5 22	—	6 61	1 45	1 40	1 20
10	Potsdam	—	11 56	12	15 65	22 50	23 50	37 50	3 09	5 30	—	5 94	92	1 40	1 20
11	Prenzlau	13 10	11 12	13 62	14 35	27	28	40	3 50	5	3 75	5 22	96	1 30	1 10
12	Prignitz	13 62	10 75	13 69	14 19	17	20	30	2 50	5 50	4 50	6 25	—	1 40	1 20
13	Ratzeburg	13 43	11 30	13 86	14 25	23	22	34	2 92	4 34	—	5 44	1	1 40	1 20
14	Reutruppin	14	11 94	14 53	14 59	35	35	50	2 85	5 35	4 30	6 23	1 00	1 35	1 15
15	Schredde	13 48	11 17	14 15	14 15	26 66	31 25	37 50	3	5	—	5 33	1 10	1 20	1
16	Spandau	13 50	11 20	13	14	27 50	24	35 50	3 80	4 75	—	6 50	1 15	1 60	1 20
17	Strandberg	13 62	11 40	16 50	16 50	22	32	38	3	4	4 87	9 50	90	1 40	1 10
18	Teltow	—	10 50	11 37	15 12	29	29	47 50	3	4 25	3	6 50	1 15	1 55	1 10
19	Tempelin	13 50	12	17	17	35	35	50	3	6	4 50	8	1	1 20	1
20	Treuenbriegen	13 17	10 90	13 20	14	—	—	—	3	4	—	6	—	1 20	1
21	Wittstock	14	11 31	14	14 38	28	32	50	2 34	4 59	3	4 75	95	1 06	94
22	Wriezen a. D.	13 29	11 32	11 38	13 95	23 50	22 40	35	2 65	3 80	2 98	6 80	1	1 30	1 20
Durchschnitt		13 50	11 30	13 78	14 77	—	—	—	3 02	4 83	—	6 36	1 05	—	—

Potsdam, den 9. Juni 1894.

131. Nachweisung des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Zuschlag im Monat Mai 1894 in den Hauptmärkten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer	Getreide	Preis	Getreide	Preis	Getreide	Preis	Getreide	Preis	Getreide	Preis	Getreide	Preis	Getreide	Preis	Getreide	Preis
1	Weizen	7 85	9 00	7 43	8 57	7 85	7 86	7 43	7 73	7 85	7 86	7 43	7 73	7 85	7 86	7 43
2	Neuzen	3 05	3 94	3 74	3 43	3 05	3 33	3 05	2 80	3 05	3 33	3 05	2 80	3 05	3 33	3 05
3	Gerste	2 48	2 46	3	3	2 48	2 81	2 48	2 42	2 48	2 81	2 48	2 42	2 48	2 81	2 48

Potsdam, den 9. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

132. Wegen des Neubaus der Brücke über die Höhe über dem Wasserspiegel bei einem Wasserstande Spree bei Beeskow können vom 1. Juli d. J. ab nur von 4,20 an am Pegel zu Beeskow die Brücke durch-

Es kostet je 1 Kilogramm.

133. Hossgeßelt: in der Blaschenausschlag bei einer inzwischen geschlagenen Kuh des Maurers Schulze in Krausnick, Kreis Brieslau-Storow, bei einer Bullen und einer Kuh in Dreßen; zwei Kühen in Borky, Kreis Spyrignitz, unter dem Rindvieh des Danern Bachow, bei Böhner Schadow, Neumann, Lehmann und Grodz zu Schreitzsch, Kreis Teltow. Erloschen in der Blaschenausschlag bei der Kuh des Gemeindevorsehers Sperling in Kietz bei Storow, Kreis Brieslau-Storow, unter dem Rindvieh in Fränkenfelde, Kreis Nüßberg-Rudenwalde, unter dem Rindvieh verschiedener Besitzer in Bork, Pohn und Dreßen, Kreis Spyrignitz, in Dabendorf, Kreis Teltow. Erloschen in der Blaschenausschlag unter den Hunden

für 100 Kgr. Erbsen (gut)	17 Mark 10 Pf.	für 1 Kgr. Buchweizenkörner	12 Pf.
do. (müde)	15 93	do. (mittel)	11 38
do. (gering)	14 77	do. (Java, mittler)	11 55
Reichstroh	5 66	Java-Kaffee (mittler, roh)	3 Mark 90
Heu	8 05	Java-Kaffee (gelb in)	3 20
Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag		gelb. Bohnen)	3 20
für 50 Kgr.		Speisesalz	20
Haser	3 16	Schweinefleisch (hiefiges)	1 25
Stroh	4 88	Berlin, den 7. Juni 1894.	
Heu		Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.	
im Monat Mai		B e r o r d n u n g	

im Monatsdurchschnitt.			
1) In Berlin:			
für 100 Kgr. Erbsen (gelb, rohen)	32 Mark		
Speisebohnen (weiße)	35		
Linjen	50		
Kartoffeln	5		
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 40		
(Bauchfleisch)	1 10		
Schweinefleisch	1 30		
Kalbsteisch	1 27		
Hammeisfleisch	1 13		
Speck (geräuchert)	1 45		
Ebutter	2 40		
60 Stück Eier	2 50		
2) In Charlottenburg:			
für 100 Kgr. Erbsen (gelb, rohen)	32 Mark 50 Pf.		
Speisebohnen (weiße)	32 50		
Linjen	47 50		
Kartoffeln	4 34		
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 35		
(Bauchfleisch)	1 07		
Schweinefleisch	1 44		
Kalbsteisch	1 30		
Hammeisfleisch	1 21		
Speck (geräuchert)	1 50		
Ebutter	2 22		
60 Stück Eier	2 71		

C. Durchschnitts-Notenpreise an einem der letzten Tage des Monats Mai 1894:

1 Kgr. Mehl 1. Speisebereinigung	32 Pf.
2. dogl. Roggen	30
1 = Gerstengraupe	38
1 = Gerstengröße	38
1 = Buchweizenkörner	38
1 = Hirse	38
1 = Reis (Java, mittler)	60
1 = Java-Kaffee (mittler, roh)	3 Mark 10
1 = (gelb in)	3 20
1 = gelb. Bohnen	4 27
1 = Speisesalz	20
1 = Schweinefleisch (hiefiges)	1 50
2) In Charlottenburg:	
für 1 Kgr. Mehl 1. Speisebereinigung	40 Pf.
2. dogl. Roggen	27
1 = Gerstengraupe	50
1 = Gerstengröße	38

betreffend Schutzmaßregeln gegen die Schweinepest, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine.

43. Im Anschlusse an die Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters vom 2. April d. J. Reichs-Gesetzblatt Nr. 13 (S. 333), Erntblatt zum Auszug vom 14. April d. J. Seite 153, durch welche für die Schweinepest, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine bis auf Weiteres die Anzeigepflicht eingeführt worden ist, wird mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen- und Forsten auf Grund des § 1 der Instruction des Bundesraths vom 12. Februar 1881 zur Ausführung der §§ 19 bis 29 des Gesetzes vom 23. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (Centralblatt für das Deutsche Reich für 1881 S. 36) hienmit Folgendes angeordnet.

1) Die durch Bekanntmachung vom 2. April d. J. vorgeschriebene Anzeige, vom Ausbruch der Schweinepest, der Schweinepest oder des Rotlaufes der Schweine oder vom Verdachte des Ausbruchs einer dieser Seuchen ist bei dem zuständigen Polizei-Revier zu erstatten, welches die amtliche Untersuchung der erkrankten Thiere veranlaßt.

Zur Anzeige verpflichtet sind die im § 9 des Gesetzes vom 23. Juni 1880 bezeichneten Personen, zunächst also der Besitzer von erkrankten oder verdächtigen Thiere bezw. dessen zur Verwaltung der Wirtschaft bestellter Vertreter, ferner die Thierärzte und alle diejenigen Personen, welche sich gewerbmäßig mit der Ausübung der Thierheilkunde beschäftigen, sowie diejenigen, welche gewerbmäßig sich mit der Beseitigung, Verwerthung oder Veräußerung thierischer Excremente oder thierischer Bestandtheile beschäftigen.

2) Die kranken und verdächtigen Thiere sind von gesunden Schweinen absondern.

Die sämmtlichen auf dem Gehöfte befindlichen Schweine unterliegen der Beobachtung, bis bereits erkrankten und die verdächtigen Thiere der Stallpferde, als verdächtig geltend, die Thiere welche mit kranken Schweinen in demselben Stalle aufgestellt oder in demselben Wagen transportirt worden sind.

3) Die Stallungen, in denen sich kranke oder verdächtige Schweine befinden, oder in denen sich solche Thiere befinden haben und die noch nicht desinficirt sind, sind mit der Aufschrift „Schweinepest“ bezw. „Schweinerotlauf“ zu bezeichnen.

4) Fremde Schweine dürfen während des Herrschens einer der gedachten Seuchen abgeführt werden nicht auf dieses gebracht werden.

5) Unbefugten Personen, besonders Viehhändlern und Fleischhauern, ist der Zutritt zu Ställen nicht zu gestatten, in denen sich krankenfranke oder verdächtige Schweine befinden.

6) Zum Zwecke der Abtödtung dürfen mit Genehmigung des zuständigen Polizei-Bezirks kranke oder verdächtige Schweine, bzw. Schweine aus noch nicht inficirten Ställen, des Gehäuses zur sofortigen Abtödtung nach dem polizeilichen Schlachthause des Viehhofes, bzw. nach dem Schlachthofe abgefahren werden, wobei, des für Sorge zu tragen ist, daß während des Transports nicht Euren, Erreger etc. vom Wagen auf die Straße fallen.

Die zum Transport kranke oder verdächtige Schweine benutzten Wagen werden sofort auf dem Viehhofe desinficirt.

7) Ueber die Ausnutzung des Fleisches und Fettes der geschlachteten krankenfranken oder verdächtigen Schweine entscheidet der kompetente Thierarzt bzw. die städtische Fleischban.

8) Die Cadaver der an einer der gedachten Seuchen erkrankten Schweine werden der Abtödtung zur unschädlichen Beseitigung polizeilich überwacht.

9) Die Räume, in denen krankenfranke Schweine untergebracht gewesen waren, sowie die bei den kranken und verdächtigen Thieren in Benutzung gewesen waren, und Stallgeräthe und sonstigen Gegenstände sind nach der Anweisung des kompetenten Thierarztes zu desinficiren.

Der Dünger und die Euren aus Ställenställen sind, sofern sie nicht an Ort und Stelle vernichtet werden können, vor der Entfernung aus dem Stalle sorgfältig zu desinficiren und dürfen dann nur nach solchen Orten abgefahren werden, die von Schweinen nicht befallen werden können.

10) Die Aufhebung der Sperre eines Gehöftes bzw. Hofes darf erst erfolgen, wenn 14 Tage nach dem letzten Erkrankungsfall verfloßen oder, wenn sämtliche Schweine getödtet oder geschlachtet sind und nachdem eine vollständige Desinfection stattgefunden hat.

11) Wird eine der gedachten Seuchen unter Schweinen festgestellt, welche sich auf dem Transport befinden (auf Bahnhöfen), so ist die Weiterführung zu verhindern und die Abtödtung der Schweine anzuordnen, falls nicht etwa der Eigenthümer der Thiere die Schlachtung vorzieht.

Die Aufhebung der Sperre erfolgt nicht vor dem 14. Tage nach dem letzten Erkrankungsfall.

Die frühere Weiterführung eines solchen Transportes kann nur in dem Falle gestattet werden, daß die Polizeibehörde des Bestimmungsortes sich mit der Aufhebung desselben einverstanden erklärt, daß sämtliche krankenfranke und krankheitsverdächtige Schweine hier geschlachtet und nur solche Schweine zur Versendung zugelassen werden, die sich bei der vor der Versendung

vorzunehmenden thierärztlichen Untersuchung frei von allen krankheitsverdächtigkeiten erweisen. Die Versendung erfolgt in plombirten Eisenbahnwaggons mit dichten Wänden, nicht mit Rattenkästen. Die Entlastung ist zur Vornahme der verschärfsten Desinfection des Waggons zu veranlassen.

12) Kommt eine der gedachten Seuchen auf dem Viehhofe oder dem Schlachthofe zum Ausbruch, oder treffen daselbst als verdächtig angemeldete Schweine zur Abtödtung ein, so sind die krankenfranken oder verdächtigen Bestände von den übrigen Schweinen abzusondern und in polizeiliche Verwahrung zu nehmen.

Die Abtödtung kranker Thiere hat sofort zu erfolgen; die sofortige Abtödtung verdächtiger Thiere kann angeordnet werden. Die Schlachtungen erfolgen unter Aufsicht des kompetenten Thierarztes.

Die Eisenbahnwagen, sowie solche Wagen, in denen dem Viehhof oder Schlachthof krankenfranke oder verdächtige Schweine zugeführt werden, unterliegen einer verschärfsten Desinfection nach § 13b. der Ausführungs-Verordnung vom 19. November 1886 zum Geetze vom 25. Februar 1876 über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehseuchen. (Eisenbahnverkehrsordnung vom 1886 S. 470 ff.)

13) Die Unterlassung oder Verzögerung der angeordneten Anzeige und Untersuchungen gegen die vorstehend vorgeschriebenen Schutzmaßregeln werden gemäß § 65, bogen § 66. des Reichsstrafgesetzbuchs vom 18. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, bestraft.

Berlin, den 1. Juni 1894.
Der Polizei-Präsident,
gez. Freiherr von Reckh v. o. a.

Gemeinschaftliche Belehrung

über die Kennzeichen und den Verlauf der bei den Schweinen auftretenden Seuchen (Rothlauf, Seuche, Schweinepest und Schweineheuse).

Rothlaufseuche.

Die Rothlaufseuche tritt wohl häufiger in den Sommermonaten, wie im Winter auf und befallt meistens nur einige Thiere eines Stalles, seltener eine große Anzahl von Schweinen gleichzeitig. Beim Ausbruch derselben zeigen die Thiere hohes Fieber mit erhöhter Temperatur der Haut, Verlust der Mundseife und des Appetits; sie liegen viel, verweigern sich in der Stren und zeigen nach dem Aufstehen einen schwankenden Gang. Nach kurzer Zeit ist schon in einigen Stunden treten solche Herde an der inneren Fläche der Hinterextremitäten, an den Gelenkstheilen, unter dem Bauche, der Brust und dem Halse, zuweilen auch auf dem Rücken, dem Nacken und an den Ohren auf. Diese Rothfärbung der Haut breitet sich schnell weiter aus und wird immer größer, so daß die Thiere

bei vorgeschrittener Krankheit an der unteren Fläche des Körpers suppurirt; bis blauroth erscheinen und nicht selten, kurz vor dem Tode über den ganzen Körper so gefärbt sind. In den meisten Fällen verenden die Schweine in 24—48 Stunden; seltener dauert die Krankheit mehrere Tage.

Die Genesung der am Rothlauf erkrankten Schweine ist selten. Bei den Thieren, welche die Seuche überstanden haben, entwickelt sich zuweilen als Nachkrankheit eine mit fortschreitender Abmagerung und Anschwellung der Gelenke verbundene Stenoflex; in andern Fällen zeigen sich bei denselben durch Herzfehler bedingte wasserhüchtlige Zustände.

Die Section der nach schnellem Verlaufe verendeten oder auf der Höhe der Krankheit geschlachteten Thiere ergiebt eine mehr oder weniger hochgradige Entzündung der Magen- und Darmmucosa, Schwellung und blaurothe Färbung der Milz, Schwellung und Röthung der Gekrösdrüsen, Schwellung der Leber und eine meist mit Blutung verbundene Entzündung der Nieren. Die Unterhaut und das Fleisch sind meistens grauroth gefärbt.

Die Rothlaufseuche wird durch einen Ansteckungsstoff verursacht, welcher von den Schweinen mit dem Futter, oder auch gelegentlich beim Wälzen in Schmutz und Urth aufgenommen wird. Die Krankheitskeime vermehren sich in dem Körper der Thiere sehr schnell und befinden sich auch im Blute derselben. Mit den Ausschwitzungen, insbesondere mit dem Rothe, kommen sie in die Ställe der Schweine, sowie auf die Dungstätten und Höfe. Hier kann sich der Ansteckungsstoff an feuchten oder nassen Stellen, z. B. im Fußboden des Stalles, in den Jauchrinnen und Mägen, sowie in faulenden Dungmassen lange Zeit erhalten und weiter entwickeln.

Durch Kälte wird er nicht unschädlich gemacht, aber in der Entwicklung gehemmt. Durch Wärme wird sein Gedeihen gefördert. Deshalb tritt die Rothlaufseuche besonders in der warmen Jahreszeit auf.

Im Fleische geschlachteter kranker Schweine bleibt der Ansteckungsstoff lange wirksam. Durch Pöseln und Räuchern wird er nicht sicher und erst nach langer Zeit zerstört; durch vollständiges Kochen wird er vernichtet. In Folge dieses Verhaltens des Ansteckungsstoffes ist die Rothlaufseuche in vielen Orten und Gehöften eine ständige bezw. alle Jahre wiederkehrende Krankheit geworden.

Zur Verhütung des Auftretens derselben ist eine sorgfältige, möglichst trockene Haltung der Schweine in Ställen mit festem Fußboden erforderlich. Auch sind von Zeit zu Zeit gründliche Reinigungen der Ställe unter Anwendung von heißer Lauge und Desinfektionsmitteln vorzunehmen. Bei Schlachtungen kranker Schweine ist für die unschädliche Beseitigung von Fleischabfällen, Blut und Abwaschwasser u. s. w. Sorge zu tragen. Auch muß darauf geachtet werden, daß bei der späteren Verwerthung des Fleisches solche Abfälle nicht zur Verfütterung an Schweine kommen.

Schweineseuche und Schweinepest.

Die Schweineseuche (Schweinepest) war früher in Deutschland selten; durch den Bezug von englischen Schweinen ist sie zunächst in die Züchtereien eingeschleppt und dann von hier aus durch den Viehhandel weiter verbreitet worden.

Sie wird hauptsächlich durch den Anlauf von Schweinen in die Ställe gebracht.

Die Schweineseuche ist viel ansteckender als der Rothlauf; es erkranken nach dem Ausbruch derselben in kurzer Zeit meistens viele, oft alle Thiere desselben Stalles. Auch breitet sich die Seuche nicht selten schnell über mehrere Bestände desselben Gehöftes aus.

Dem Wesen nach ist die Schweineseuche eine ansteckende Lungenentzündung. Je nach der vorwiegenden Erkrankung der Lungen oder des Darms sind die Erscheinungen verschieden und treten bald die Symptome der Lungenentzündung, bald die des Darmleidens in den Vordergrund des Krankheitsbildes. In der Regel beginnt die Krankheit mit Fieber, mangelnder Freßlust, Thränen der Augen und großer Schwäche. Letztere ist so auffällig, daß die Thiere mit dem Hintertheil hin- und herkranken und der Gang taumelnd wird. Bei den meisten Schweinen, besonders bei halbwüchsigen und großen Thieren, zeigt sich dann häufiger Husten und beschleunigtes schmerzhaftes Athmen. Bei vielen Schweinen, namentlich bei Ferkeln und Käufern, tritt heftiger Durchfall und ein mit Schorfbildung verbundener Aus Schlag am Halse, auf dem Rücken, oder an anderen Körperstellen ein. Neben diesen Symptomen zeigen viele Thiere auch blaurothe Färbungen der Ohren und des Rückens oder große rothe Flecke und Streifen auf dem Rücken, unter dem Halse, dem Bauche u. s. w. Die Augen der Thiere sind oft durch eine zähe eitrige Masse verflohen. In allen Fällen mageru die Thiere schnell ab.

Wirksame Heilmittel kennt man bis jetzt für diese Krankheit nicht.

Die Dauer der und der Verlauf des Leidens ist sehr verschieden. Bei heftigem Auftreten derselben verenden die Schweine schon nach mehreren Tagen. Meist häufig dauert die Krankheit aber mehrere Wochen und zuweilen sogar Monate.

Rast alle angestrichen Schweine erliegen nach der Seuche; bei weniger heftigem Ausfalle kommt es aber vor, daß einzelne Schweine nur im geringen Grade erkranken und die Seuche lange Zeit versteckt in sich tragen. Durch solche Thiere, die anscheinend gesund sind, wird die Seuche oft verschleppt und in den Schweinezuchten und Mästereien erhalten.

Wenn ein Schwein unter den angegebenen Erscheinungen bald nach dem Anlaufe erkrankt, oder wenn mehrere Schweine eines Bestandes in kurzer Zeit die

*) Anmerkung. In der thierärztlichen Wissenschaft werden die Schweineseuche und Schweinepest nicht allgemein als identisch betrachtet. Aus praktischen Gründen sind dieselben aber in der nachstehenden Beschreibung zusammengefaßt worden.

genannten Symptome zeigen, so liegt der Verdacht des Ausbruchs der Seuche vor. Zur sicheren Feststellung desselben ist die Zuziehung eines Tierarztes erforderlich.

Der Ansteckungsstoff wird von den Schweinen mit der Athmungsluft oder mit dem Futter aufgenommen und verbreitet sich während der Krankheit über alle Theile des Körpers. Er wird wieder bei der Athmung sowie durch die beim Husten entleerten Auswurfstoffe und durch den abgelegten Mist in die Ställe gebracht, und kann sich besonders in den Kutterlöchern leicht in den Hühnerställen schnell vermehren. Es tritt sich die häufige rasche Verbreitung der Seuche in den Beständen eines Stalles beim Gebütsen.

Durch das Fleisch geschachtelter kranker Schweine samt der Schweinefluche ebenso wie die Mistlaufseuche unterhalten sich vorüber heften.

Zur Verhütung der Schweinefluche ist der Zulauf von Schweinen mit großer Vorsicht zu bewirken.

Soweit die Hühner der heim erworbenen Thiere nicht nachweislich unvorsätzlich inficirt sind, so sind dieselben thunlichst in besondere Ställe 10—14 Tage lang zu beobachten. Wenn sich die Thiere nach Ablauf dieses Frist vollkommen gesund zeigen, so können sie unbedenklich mit anderen gesunden Schweinen zusammengebracht werden.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

37. In der zum Kreise Ostbavelland gehörigen Kolonie Haselvorst wird am 16. Juni eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten. Diese Postagentur erhält Verbindung mit dem zur Abrechnungspostanstalt bestimmten Postamt in Spandau durch eine werktäglich zweimalige, Sonntags einmalige Botenpost mit unbeschränkter Beförderung von Postsendungen in nachstehender Weise:

R. W.	Spandau	Haselvorst Ag.
730 20	1245 715	120 630

Dem Landbestellbezirk der neuen Postagentur werden die folgenden, bisher zu dem Landbestellbezirk des Postamts in Spandau gehörigen Ortschaften zugeheilt: Blumeshof und Balthauswerder.

Potsdam, den 4. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

38. In Odenhagen wird am 10. Juni eine mit der Postbühnlinie selbst vereinigte Telegraphenbühnlinie eröffnet werden.

Potsdam, den 9. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

39. In Werder (Havel) ist am 7. Juni, als die Zeit der diesjährigen Kirchens- und Beerenreife in der Nähe des Bahnhofs eine Briefpostanstalt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit getreten. Diese dem Postamt in Werder (Havel) zugeheilte Dienststelle hat

sich mit dem Verkauf von Postwertzeichen, der Annahme gewöhnlicher Brief- und Päcksendungen, sowie mit der Annahme und Bestellung von Telegrammen zu befassen und verhält ihre Postverbindungen durch das zwischen Werder Stadt und dem Bahnhof verkehrende, zur Postfachbeförderung bereits benutzte Privat-Personen-Straßenbahn.

Potsdam, 7. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

40. In den zum Kreise Ostbavelland gehörigen Dörfern Marwig und Bögow wird am 1. Juli eine Postagentur, zunächst ohne Telegraphenbetrieb, in Wirksamkeit treten.

Diese Postagenturen erhalten Verbindung unter sich und mit dem zur Abrechnungspostanstalt bestimmten Postamt in Bellen (Mark) an den Wochentagen durch eine zweimalige Landpostfahrt, Sonntags durch eine Botenpost mit unbeschränkter Beförderung von Postsendungen in nachstehender Weise:

R. W.	Besten (Mark)	Marwig Ag.	Bögow Ag.
735 345	1230 705	1200 630	1125 600
825 425	845	1125 600	1045

Dem Landbestellbezirk der Postagentur in Marwig werden die nachfolgenden, bisher zu dem Landbestellbezirk des Postamts in Bellen (Mark) gehörigen Abtheilungen: Rettungsbau, Thonberge, Marwig und Hennigsdorferstraße, demjenigen der Postagentur Bögow der z. Zt. im Landbestellbezirk der Postagentur in Hennigsdorf belegene Abbau Thierofen zugeheilt.

Die Postbühnstellen in Marwig und Bögow treten mit dem 30. Juni außer Wirksamkeit.

Potsdam, den 8. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen

der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Im Hinblick auf die Bekanntmachung vom 7. Juni 1894.

Die sämmtlichen, bisher noch nicht zur Veranlassung gekommenen Schuldverschreibungen der Staatsschulden von 1868 A werden den Besitzern zum 1. Januar 1895 mit der Aufforderung gelündigt, den Kapitalbetrag vom 2. Januar 1895 ab bei der Staatsschulden-Eilungskasse hier selbst, W. Landenstraße Nr. 29, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluss der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Einlösung geschieht auch bei der Registrations-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreisbank. Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen einer dieser Kassen schon vom 1. Dezember 1894 ab eingereicht werden, wobei für der Staatsschulden-Eilungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 2. Januar 1895 ab bewirkt.

Mit dem 1. Januar 1895 hört die Ver-

Zinsung der gekündigten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher gekündigten noch rückständigen Schuldverschreibungen der **Staatsanleihen von 1868 A., 1850, 1852, 1853 und 1862** wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit dem Tage ihrer Kündigung aufgehört hat.

Die Staatsschuldentilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen. Formulare zu den Quittungen werden von den oben bezeichneten Klassen unentgeltlich verabfolgt.

Schließlich benugen wir diese Veröffentlichung, darauf aufmerksam zu machen, daß von den Schuldverschreibungen der konsolidirten 4½ prozentigen Staatsanleihe, welche gemäß §. 2 des Gesetzes vom 4. März 1885 (Ges. S. S. 55) und der diesseitigen Bekanntmachung vom 1. September 1885 in Verschreibungen der konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe umgetauscht waren, mehrere Stücke auch bis jetzt noch nicht eingereicht worden sind. Die Inhaber derselben werden deshalb wiederholt aufgefordert, den beregten Umständen zur Vermeidung weiterer Zinsverluste alsbald zu wirken, indem wir ausdrücklich bemerken, daß die zu den neuen 4 prozentigen Verschreibungen von 1885 gehörigen Zinscheine Nr. 3 bis 20, von welchen die Scheine Nr. 3 bis 19 bereits fällig geworden sind, bestimmungsmäßig vier Jahre nach ihrer Fälligkeit zu Gunsten der Staatskasse verfallen. Die Zinscheine Nr. 3 bis 11 sind demnach schon verfallen.

Berlin, den 1. Juni 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

8. Die am 1. Juli 1894 fälligen **Zinscheine der Preussischen Staatsschulden** werden bei der Staatsschuldentilgungskasse, Wiltaubenstraße 29 hierseits, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten Kassen und Reichsbankanstalten vom **21. d. M.** ab eingelöst. Auch werden die am 1. Juli 1894 fälligen Zinscheine der nach unserer Bekanntmachung vom 6. März 1891 mit dem 1. April desselben Jahres auf unsere Verwaltung übergegangenen Eisenbahn-Prioritäts-Anleihen bei den vorbezeichneten Kassen, sowie bei den auf diesen Zinscheinen vermerkten Zahlstellen vom **21. d. M.** ab eingelöst.

Die Zinscheine sind, nach den einzelnen Schuldgehaltungen und Werthabschnitten, geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichnis vorzulegen, welches die **Stückzahl** und den **Betrag** für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Juli fälligen Zinsen für die in das **Staatsschuldbuch** eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die **Zusendung** dieser Zinsen mittels der **Post** sowie ihre **Quittung** auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem **18. Juni und 8. Juli** erfolgt. Die

Baarzahlung aber bei der **Staatsschuldentilgungskasse** am **18. Juni**, bei den **Regierungshauptkassen** am **25. Juni** und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am **2. Juli** beginnt.

Die Staatsschuldentilgungskasse ist für die **Zinszahlungen** werktäglich von **9 bis 1 Uhr**, mit Ausnahme des verletzten Werktages, in jedem Monat, am letzten Montagtag, aber von **11 bis 1 Uhr** geöffnet.

Die Inhaber Preussischer **Konsols** machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten, amtlichen Nachrichten über das **Preussische Staatsschuldbuch** aufmerksam, welche durch jede Buchhandlung für **40 Pfennig** oder von dem **Verleger J. Guttentag in Berlin** durch die **Post** für **45 Pfennig franco** zu beziehen sind.

Berlin, den 4. Juni 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

10. Der Herr Finanzminister hat im Einverständniß mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 1. Juni d. J. Nr. 7386 angeordnet, daß von jetzt ab mit Grubenbälzern belastete Schiffe, nur die Hälfte des Abgabensatzes, und die für die Wasserstraßen zwischen der Elbe und der Eibe gültigen Abgabensätze vom 27. Dezember 1871 (Gesetz-Sammlung 1872 S. 57/60) und seiner Abänderungen, also **20 Pfennig** für je 5 Tonnen der Tragfähigkeit zu entrichten haben. Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 7. Juni 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

26. Zur Erleichterung des Besuchs des **Ausschlachtortes** Lohme werden, in der Zeit vom **1. bis 15. Juli d. J.**, von Berlin nach Lohme und vom **16. Juli bis 15. September d. J.**, in beiden Richtungen Personen und Reisegepäck auf Grund von Fahrkarten Berlin-Sagard oder Crampe-Sagard und Sonderkarten Sagard-Lohme direkt abgefertigt.

Die direkte Abfertigung von Berlin nach Lohme findet jedoch nur zu den Zügen **Nr. 955** (ab Berlin 8 30 Vorm.) und von Lohme nach Berlin zu den Zügen **952/904** (ab Sagard 9 31 Vorm.) statt. Der Preis der Sonderkarten, gültig nur eine einmalige Hin- und Rückfahrt zwischen Sagard und Lohme, beträgt für eine Person **3 M.** einschließlich der Beförderung von **25 kg** Gepäck, für ein Kind **1 50 M.** einschließlich der Beförderung von **12 kg** Gepäck. Bei größerem Gewicht ist für angefangene **10 kg** Gepäck eine Gebühr von **0,10 M.** zu entrichten. Für jeden Gepäckstein ist ferner bei der Auslieferung des Gepäcks in Lohme eine Abfertigungsgebühr von **0,20 M.** zu zahlen.

Die Annahme und Ausgabe des Gepäcks in Lohme

erfolgt bei der für die genannte Zeit eingerichteten Verpackungshalle im Hause des Gastwirts und Kaufmanns Herrn Fr. Koes in Lodve. Dasselbst werden auch zur Bequemlichkeit der Reisenden einfache

Fabrizanten und Rückfabrizanten, Sagart-Berlin, H. und III. Klasse zu den tarifmäßigen Preisen verabschiedet.
Berlin, den 8. Juni 1894,
Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

B e k a n n t m a c h u n g.

27. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtkünnstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrerung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorföhrer des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinföhrerung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben ausgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsanlaß bestehen.

Art der Ausstellung	Ort	Zeit	Die Frachtkünnstigung wird gewährt für	Die Rückbeförderung wird innerhalb
		1894	auf den Strecken der	
1. Ausstellung von Gegenständen des Berggewerbes, verbunden mit einer Ausstellung für Kochkunst, Volksernährung und Erzeugnisse aller einschlägigen Gewerbe.	Münster.	6. bis 13. Juni.	Gegenstände der Preussischen nebenbezeichneten Staatsbahnen u. Art.	Ausstellungskommissionen. 4 Wochen
2. Bienenwirtschaftliche Ausstellung.	Rangsd.	27. bis 30. Juli.	Bienenwirtschaftliche Geräthe und Erzeugnisse.	Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin, Breslau und Bromberg. Desgleichen. 14 Tage
3. Kunst-Ausstellung.	Dresden.	1. August bis 5. Novemb.	Kunstgegenstände.	Preussischen Staatsbahnen, Reichsbahnen in Elßaß - Lothringen und Main-Neckar-Bahn. Desgleichen. 3 Wochen

Bromberg, den 3. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

Gemeingut-Berichts-Veränderung.

11. Die Aufnahme der in dem Auszuge aus den vorläufigen Fortschreibungs-Verhandlungen des Gutsbezirks Alt-Geltow unter Kartenblatt 1 N^o 185-86 z. verzeichneten, zum Gutsbezirk Alt-Geltow gehörigen Parzelle von 52 ar 12 qm Größe in den Gemeindebezirk Alt-Geltow ist von uns genehmigt worden.

Nauen, den 4. Juni 1894.

Der Kreis-Außschuß des Kreises Osthavelland.

Personalchronik.

Der Bürgermeister Teschke in Kyritz ist zum Amtsanwalt bei dem Königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Regierungs-Sekretariats-Assistent Kühne bei der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission zu Potsdam ist unter Uebernahme in die Verwaltung der direkten Steuern zum Steuersekretär ernannt worden.

Die Civilsupernumerare Müller I. in Kyritz und Kraft in Berlin - Teltow - sind gleichfalls als Steuersekretäre angestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Franz Wilhelm Reinhard Brandenburg zu Prenden ist zum Pfarrer der Pfarodie Jepernick, Diözese Bernau, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Hermes ist als Oberlehrer angestellt und der 7. Realschule in Berlin überwiesen worden.

Der Lehrer Lamey ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Krich und Lange sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Müller XV., Gabbe, Geunrich, Witwe Bengtass, Radke II., Iden, Renauer, Crüger, Groß, Gebhardt und Perl sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der Eisenbahn-Stations-Assistent Straube in Königs-Busterhausen (Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes zu Cottbus) ist zum Eisenbahn-Güterexpedienten ernannt worden.

Der Eisenbahn-Stationsaufseher Jastisch in Friedrichshagen - Bezieht des königlichen Eisenbahn-Vertriebsamtes (Berlin - Sommerfeld) zu Berlin - in zum Eisenbahn-Station-Vorsteher II. Klasse ernannt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der
Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Ernannt sind: der Postsecretair Wollny hier selbst zum Ober-Postdirectionssecretair, der Telegraphen-assistent Meyer in Spandau zum Ober-Telegraphen-assistenten, die Postassistenten Trize in Potsdam, Sasse in Rathenow und Seggelle in Havelberg zu Ober-Postassistenten.

Statzmäßig angestellt sind: die Postassistenten
R. V. Voettcher in Rathenow, E. V. Helbig
in Coepenick, Grambow in Wittenberge (Bez.
Potsdam) Bahnbei.

Versetzt sind: der Postdirector Schultze von Breslau nach Goldberg (Schlesien), der Postsecretair H. C. D. Lehmann von Guben nach Prenzlau, der Telegraphenassistent Rick von Wittenberge nach Gref-

Richterfelde. Zunächst probeweise übertragen ist dem
 Secunde-Lieutenant d. D. von Platen die Vor-
 steherstelle des Postamts in Beesow.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Mai 1894 sind
ernannt zum Telegraphenamtskassirer der Ober-Post-
direktionssekretär Georg Hoffmann, zum Bureau-
assistenten der Ober-Postassistent Gödecke, zum Ober-
Postassistenten der Bureauassistent A. Hoffmann;
versetzt nach Berlin Postsekretär Rutsche von Con-
stantinopel, von Berlin die Postsekretäre Penning
nach Ertelin, G. W. L. Schäfer nach Frankfurt
(Main), Ober-Postassistent Rothmann nach Rüssel;
in den Ruhestand getreten Postsekretär Schäl;
gestorben die Postdirektoren a. D. Roschwig und
Ertel, Postsekretär Ruppel.

Gemischte Nachrichten.

Diesjenigen Gesetze, welche die Föhrung des Handels, Zeichen-, Muster- und Genossenschafts-Reguliers betreffen, werden vom 1. Juni 1894 ab von dem Amtsrath Dr. Viermann unter Mitwirkung des Secretärs Rosenberg bearbeitet.

Charlottenburg, den 7. Juni 1894.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung V.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Josef Pristauer, Kaminfehrer,	geboren am 17. No vember 1875 zu Unterwolansig, Gemeinde Steindorf, Bez. Klagenfurt, Kärnten, ortsangehörig zu Steindorf, ebenda selbst,		Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	25. April 1894.
2.	Andreas Zachariasen, Fährer,	geboren am 29. August 1861 zu Gimsing, Dänemark, dänischer Staatsangehöriger,		Königlich preussische Regierungspräsident zu Potsdam,	15 Mai 1894.

Hierzu Gedr. Dessenliche Anzeiger.

(Die Anfertigungskosten betragen für eine einseitige Druckseite 20 Pf.)

1. Blatagsblätter werden der Wegen mit 10 Pf. berechnet.)

Bestätigt von der Königl. Regierung zu Potsdam

Amsterdam, Buchdruckerei der A. W. Druytschen Erben

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 25.

Den 22. Juni

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

Verlautbarung erl. polizeilicher Vorschriften in der Stadt Wiesenthal.
134. Unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 24. Dezember 1889 — Amtsblatt von 1890, Stück 1, Seite 1 — bestimme ich hierdurch auf Grund des § 141 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 unter dem Vorbehalte des jederzeitigen Widerrufs, daß die von der Polizeiverwaltung zu Wiesenthal in Gemäßheit des § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 zu erlassenden erl. polizeilichen Vorschriften ihrem ganzen Inhalte nach in das in Wiesenthal, z. Z. im Verlage von Albert Vemde und zwar unter dem Titel „Wiesenthaler Zeitung“ erscheinende Blatt aufzunehmen sind und daß hiervon ihre Gültigkeit abhängen soll. Im Uebrigen verbleibt es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 25. Juni 1886 — Beilage zum 28. Stück des Amtsblattes.

Potsdam, den 13. Juni 1894.

Der Regierungspräsident.

Stempelung der Normalgewichte in den Apotheken.

135. Nach einer mir Seitens der Kaiserlichen Normal-Michungs-Kommission hieselbst zugegangenen Mittheilung hat dieselbe zur Beseitigung von Zweifeln, welche in Betreff der amtlichen Beglaubigung und der Stempelung der von den Preussischen Apotheken nach § 24 der Vorschriften über Einrichtung und Betrieb der Apotheken vom 16. Dezember 1893 (Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung in den Königlich Preussischen Staaten, 1894. Nr. 1) zu führenden Normalgewichte aufgetreten sind, unter dem 4. März d. J. den Michungs-Aufsichtsbehörden Folgendes bekannt gegeben:

Die Normalgewichte sollen nach der angezogenen Bestimmung zur Prüfung der Medizinalgewichte dienen und alle fünf Jahre der zuständigen Michungsbehörde zur Prüfung auf ihre Richtigkeit eingesandt werden.

Da die Medizinalgewichte Präzisionsgewichte im Sinne der Michordnung sind, so ergibt sich aus Vorigem, daß die Normalgewichte mit der Genauigkeit von Gebrauchsnormalen für Präzisionsgewichte beglaubigt sein müssen. Die in Preußen hiesfür zuständigen Michungsbehörden sind die Königl. Michungs-Inspektionen für die einzelnen Provinzen. Die aus dem übrigen Deutschland bezogenen Normalgewichte können auch von den dortigen zuständigen Michungsbehörden beglaubigt sein. Der Nachweis der ersten

und aller später erfolgten Prüfungen wird lediglich durch den Beglaubigungsschein erbracht, welchen die zuständige Michungsbehörde ausstellt und welchen der Apothekenvorstand bei den Revisionen vorzulegen haben wird. Eine Stempelung der fraglichen Gewichte ist überhaupt nicht erforderlich, sie würde auch, da ihre jedesmalige Erneuerung bei den Nachprüfungen nicht thunlich wäre, nur die erste, nicht aber die folgenden Beglaubigungen nachweisen. Wird dessungeachtet eine Stempelung der Gewichte gewünscht, so darf sie nur mit dem Stempel für Goldmünzgewichte erfolgen; etwa vorhandene andere Stempel bilden kein Hinderniß der Beglaubigung.

Nothwendig ist dagegen die Bezeichnung der Normalgewichte mit einer eingeschlagenen Geschäftsziffer, welche von der Michungsbehörde bestimmungsgemäß in den Beglaubigungsschein eingetragen wird und die Zugehörigkeit von Gewichten und Schein nachweist.

Der Stempel für Goldmünzgewichte ist der im § 79 Absatz 3 der Michordnung vom 27. Dezember 1884 (Reichs-Gesetzbl. 1885, Beilage zu Nr. 5) vorgeschriebene; er ist durch je einen sechsstrahligen Stern an den beiden Außenseiten der Buchstabengruppe D. R. charakterisirt.

Normalgewichte, welche in vorschriftsmäßiger Weise noch nicht beglaubigt sind, werden der nächsten zuständigen Michungsbehörde unverzüglich zur Beglaubigung vorzulegen sein.

Zu der vorstehenden Bekanntmachung hat die Normal-Michungs-Kommission unter dem 3. April d. J. noch folgende Erläuterung gegeben:

- 1) Zur Prüfung der Normalgewichte der Apotheken sind in Preußen die Königl. Michungs-Inspektionen für die einzelnen Provinzen zuständig. Nach Ia. des ersten Abschnitts der Instruktion vom 1. Mai 1885 dürfen die Inspektionen hierzu jedoch auch Michungsbeamte ermächtigen, sofern diese geeignet und mit den nöthigen Hilfsmitteln hinreichend ausgerüstet sind. Dabei werden der Regel nach solche Beamte zu berücksichtigen sein, welche nicht selbst Fabrikanten von solchen Gewichten sind. Die Prüfung kann nur aus Gründen, welche die Beschaffenheit der Gewichte selbst betreffen, versagt werden.
- 2) Die Beglaubigung der Richtigkeit der Normalgewichte kann durch Stempelung mit dem Stempel für Goldmünzgewichte erfolgen oder durch Ausstellung eines Beglaubigungsscheins. Im ersten Fall ist eine Bezeichnung der Gewichte durch ein-

geschlagene Geschäftsnummer nicht erforderlich, da dieselbe nur dann statzufinden hat, wenn eine Stempelung nicht gewünscht oder nicht zugänglich ist. Gewichte, welche eine solche Bezeichnung nicht tragen oder keinen Raum zur Anbringung einer solchen Bezeichnung bieten, sind mit dem bezeichneten Stempel zu versehen. Die Waagen mit einer Geschäftsnummer zu versehen, neben welcher auch der Stempel eingeschlagen sein darf, ist zulässig, falls diese Nummer mit derjenigen der Gewichte, wenn diese solche Nummer tragen, übereinstimmt.

Zur Stempelung der kleinsten Gewichte von 5 mg abwärts wird die Beschaffung eines Stempels für Goldmünzgewichte in der Größe des Stempels E. für Präzisions-Michungstempel von den Michungs-Inspektionen zu veranlassen sein.

Vorstehender Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 29. Mai 1894 M. 4538 wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam und Berlin, den 18. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verichtigung.

136. In meiner Bekanntmachung vom 2. Juni 1894 — Amtsbl. Stück 23 E. 238 — die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schreinsendchen betreffend — muß es in Zeile 4 der Nr. 5 statt Abschließung heißen: „**Ab-schlachtung.**“ Potsdam, den 20. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehsuchen.

137. Festgestellt ist der Milzbrand in Wegendorf, Kreis Steinhagen, Zempow, Lubme und auf dem Rittergute Roddahn, Kreis Schprengitz.

Ausgebrochen ist Bläschenauschlag unter dem Rindvieh in Kranznick, Bockowsee, Kreis Bockow-Storkow, auf Rittergut Gebersdorf, Kreis Jüterbog-Ludowalke, dem Rittergut Lohm I., Kreis Schprengitz, in Stresow, Kreis Westprengitz.

Erloschen ist die Mäule bei dem Pferde des Kaufmanns Igigsohn in Storkow, die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh in Liebäh, Kreis Jüterbog-Ludowalke.

Potsdam, den 19. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Zusammenstellung der Bestimmungen,

betreffend die Obliegenheiten der Gemeinde- und Gutsverstände bei der Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer.

7. Vom 1. April 1895 ab wird die Gewerbesteuer gegenüber der Staatskasse außer Lebung gesetzt, jedoch für die Zwecke der kommunalen Besteuerung auch fernerhin vom Staate veranlagt und verwaltet.

Die von den Gemeinde- und Gutsverständen *)

*) Anmerkung: Der Kürze halber ist im Folgenden nur von Gemeindeverständen und Gemeindebezirken die Rede, während obige Bestimmungen gleichmäßig auf Gemeinde- und Gutsverstände bzw. Gemeinde und Gutsbezirke Anwendung finden.

hierbei wahrzunehmenden Geschäfte und Pflichten ergeben sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung der bezüglichen Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891, der dazu ergangenen Ausführungsanweisung vom 10. April 1892 und der Zusatzbestimmungen vom 5. März 1891.

I.

Erweiterung der Steuerpflicht.

1) Für die Zeit vom 1. April 1895 ab hat sich die Gewerbesteuerveranlagung auch auf folgende bisher steuerfreie Gewerbe zu erstrecken:

- a. die landwirtschaftlichen Branntweinbrennereien,
- b. den Bergbau und die dazu gehörigen Aufbereitungsanstalten, sowie die bergbaulichen Nebetriebe (Mästereien, Coakereien, Preßföhlen- und Briquettfabriken u. s. w.), welche sich auf die Verarbeitung der selbstigen gewonnenen Erzeugnisse des Bergbaues beschränken,
- c. die gewerbmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Torfschichten, von Sand-, Kies-, Lehm-, Mergel-, Thon- und dergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kalk-, Kreide- und dergleichen Bräunen, soweit nicht nach der Art des Betriebes schon bisher die Steuerpflicht begründet war,
- d. die Gewerbebetriebe des Staates mit Ausnahme der Staatsbahnen,
- e. die Reichsbank mit ihren sämtlichen in Preußen gelegenen Zweiganstalten.

2) Zum Zwecke der **erstmaligen** Veranlagung sind die in jedem Gemeindebezirke vorkommenden Gewerbe der vorstehend (zu 1) bezeichneten Arten — einschließlich der Zweigniederlassungen, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstätten und sonstigen Anlagen eines stehenden Gewerbebetriebes — von dem Gemeindevorstande zu ermitteln und einzeln in ein Verzeichnis einzutragen, welches nach dem den Bestimmungen vom 20. Mai 1892 zur erstmaligen Ausführung des Gewerbesteuergesetzes beigefügten Muster aufzustellen ist.

Die Verzeichnisse aus den Stadtgemeinden sind direkt dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV., diejenigen aus den Landgemeinden und Gutsbezirken zunächst dem Landrath einzureichen, welcher sie auf ihre Vollständigkeit prüft und nach den erforderlichen Berichtigungen ebenfalls dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. zugehen läßt.

Die Verzeichnisse müssen sich **spätestens am 1. November 1894** in der Hand des gedachten **Vorsitzenden** befinden.

Einige Veränderungen in dem Bestande der hier in Frage kommenden Gewerbe nach Aufstellung der Verzeichnisse bis zum 1. April 1895 haben die Gemeindevorstände in allen Fällen dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. direkt mitzutheilen.

II.

Anmeldung der Gewerbebetriebe.

- 1) Wer den Betrieb eines stehenden Gewerbes anlangt, muß davon dem Gemeindevorstande des Ortes, wo solches geschieht, vorher oder spätestens gleichzeitig mit dem Beginne des Betriebes schriftlich oder zu Protokoll Anzeige machen.

Diese Verpflichtung trifft auch denjenigen, welcher:

- a. das Gewerbe eines Anderen übernimmt und fortsetzt,
- b. neben seinem bisherigen Gewerbe oder an Stelle desselben ein anderes Gewerbe anfängt.

Gewerbetreibende, welche an mehreren Orten in Preußen einen stehenden Betrieb unterhalten, haben an jedem Orte, wo solches geschieht, den Anfang des einzelnen Betriebes anzumelden.

Die Aufnahme eines Protokolls über die mündliche Anmeldung kann vermieden werden, wenn die Unterschrift des Anmeldenden in dem Verzeichnisse der Anmeldungen hinzugefügt wird (in Spalte „Bemerkungen“ oder in einer besonders anzulegenden Spalte des vorgeschriebenen Musters). (vgl. Nr. 2.)

Der Anmeldeverpflichtung wird, soweit nicht etwas Anderes bestimmt ist, durch die nach Vorschrift der Gewerbeordnung für das deutsche Reich (§ 14) zu machende Anzeige genügt.

Der Gemeindevorstand hat innerhalb dreier Tage die Anmeldung zu beschreiben.

- 2) Alle bei dem Gemeindevorstande eingehenden Anmeldungen sind in das nach vorgeschriebenem Muster zu führende Verzeichniß der Gewerbeanmeldungen in der Reihenfolge ihres Eingangs einzutragen.
- 3) In Betreff derjenigen Gewerbe, zu deren Betrieb eine besondere Erlaubniß oder Genehmigung nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung erforderlich ist, haben die Gemeinde- und Polizeibehörden durch gegenseitige Mittheilungen sowie durch Belehrung der Gewerbetreibenden dahin zu wirken, daß der Anmeldepflicht genügt wird und Zuwiderhandlungen möglichst vermieden werden.
- 4) Bei Anmeldung der Uebernahme und Fortsetzung eines bereits zur Gewerbesteuer veranlagten Betriebes ist der Name des bisherigen Inhabers desselben unter Bezeichnung der Steuerklasse und Nummer der namentlichen Nachweisung anzugeben und in dem Verzeichnisse der Anmeldungen (in Spalte „Bemerkungen“) einzutragen.
- 5) Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, die erforderlichen Erkundigungen über die Steuerpflichtigkeit der angemeldeten Betriebe, beziehungsweise darüber, in welcher Steuerklasse die Besteuerung zu erfolgen hat, anzustellen und sich hierüber gutachtlich zu äußern. Er muß deshalb sich mit den Bedingungen der Steuerpflicht und der Zugehörigkeit zu den einzelnen Steuerklassen vertraut machen. Um

sich die thatsächlichen Unterlagen für das von ihm abzugebende Gutachten zu beschaffen, steht ihm die Befragung des Inhabers des angemeldeten Betriebes, die Erkundigung bei Vertrauenspersonen und Sachverständigen, die Erforderung der nach § 54 des Gesetzes abzugebenden Erklärung des Gewerkefreibenden (vergl. unten Abschnitt III.) zu Gebote.

- 6) In den von der Bezirksregierung anzuordnenden und durch das Anschlagblatt bekannt zu machenden Fristen hat der Gemeindevorstand von allen innerhalb der Frist bei ihm eingehenden Gewerbeanmeldungen dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. des Veranlagungsbezirks, zu welchem die Gemeinde gehört, Mittheilung zu machen.

Diese Mittheilung erfolgt durch Uebersendung einer vollständigen, von dem Gemeindevorstande beglaubigten Abschrift der innerhalb der Frist in das Verzeichniß der Gewerbeanmeldungen bewirkten Eintragungen unter Beifügung der bezüglichlichen schriftlichen Anmeldungen und sonstigen Vorlage.

Bei Gewerbetreibenden, bei denen von vornherein mit Sicherheit anzunehmen ist, daß weder der jährliche Ertrag 1500 Mark noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 Mark erreicht, ist unter Abstandnahme von weiteren Ermittlungen in Spalte „Bemerkungen“ des Verzeichnisses der Anmeldungen einzutragen: „frei nach § 7 des Gesetzes“ und dieser Vermerk in die Abschrift (vergl. vorigen Absatz) aufzunehmen.

Für jede der übrigen in die Abschrift aufgenommenen Anmeldungen ist nach vorgeschriebenem Muster ein besonderer Auszug aus dem Anmeldeverzeichnisse mit dem Gutachten des Gemeindevorstandes aufzustellen und der Abschrift beizufügen. Sollte die Abgabe der gutachtlichen Äußerung wegen der nöthigen Erkundigungen nicht gleichzeitig mit Uebersendung der Abschrift thunlich sein, so ist dieselbe innerhalb der von dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. zu bestimmenden Nachfrist nachzubringen.

Ist der Gemeindevorstand im Stande, über die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals oder über den Ertrag bestimmte Angaben zu machen, als solche zur Bezeichnung der Steuerklasse, in welcher die Besteuerung zu erfolgen hat, erforderlich sind, so sind diese Angaben mit möglichster Genauigkeit und unter Bezeichnung der Quellen (z. B. „Gutachten des Sachverständigen N. N.“, „eigene Angabe des Steuerpflichtigen“) in das abzugebende Gutachten aufzunehmen.

III.

Abnahme von Erklärungen gemäß § 54 des Gewerbesteuergesetzes.

- 1) Bei der Abnahme einer Erklärung gemäß § 54

des Gewerbesteuergesetzes ist von den Gemeindevorständen das vorgeschriebene Muster zu benutzen.

Die Aufforderung zur Abgabe der Erklärungen ist den Vorschriften im Artikel 71 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz entsprechend den Steuerpflichtigen zuzustellen.

- 2) Zur Abgabe der Erklärungen ist vom Tage der Zustellung der Aufforderung ab eine mindestens einwöchige Frist zu gewähren.

Auf begründeten Antrag des Steuerpflichtigen kann der Gemeindevorstand die gestellte Frist angemessen verlängern.

- 3) Nachweislich unrichtige oder unvollständige Erklärungen sind unter Angabe der Gründe sowie unter Stellung einer neuen, mindestens einwöchigen Frist behufs Berichtigung beziehungsweise Vervollständigung zurückzugeben.
- 4) Verneint ein Steuerpflichtiger die Abgabe, Berichtigung, beziehungsweise Vervollständigung der Erklärung ab oder kommt er der Aufforderung zu 3 nur in ungenügender Weise nach, so hat der Gemeindevorstand an den Vorsitzenden des zuständigen Steuerausschusses*) hiervon Bericht zu erstatten.

IV.

Offenlegung der Gewerbesteuerrolle und Benachrichtigung der Steuerpflichtigen.

- 1) Der Gemeindevorstand hat die ihm vom Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. zugehende Gewerbesteuerrolle während einer Woche des Monats April öffentlich auszulegen und den Ort sowie die Zeit der Auslegung eine Woche vor Beginn derselben in orteüblicher Weise bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, daß nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks die Einsicht in die Rolle gestattet ist.
- 2) Die von den Vorsitzenden der Steuerausschüsse dem Gemeindevorstande zugehenden Steuerzuschriften und Rechtsmittelentscheidungen hat dieser nach Maßgabe der Bestimmungen im Artikel 71 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz den Steuerpflichtigen in verschlossenem Zustande zuzustellen und innerhalb der von den Vorsitzenden der Steuerausschüsse gestellten Frist diesen die Behändigungsbeine einzureichen oder zu berichten, auf welche Weise die Zustellung bewirkt worden ist.

V.

Veranlagung der Gewerbebetriebe, welche sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken.

- 1) Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Preussische Gemeindebezirke, so hat der Steuer-

ausschuß von Amtswegen den veranlagten Steuerpflichtigen in die auf die einzelnen Betriebsorte entfallenden Theilbeträge zu zerlegen. Jedem theilhaftigen Gemeindevorstande wird von dem Vorsitzenden des betreffenden Steuerausschusses der auf die Gemeinde entfallende Theilbetrag bekannt gemacht.

Der Gemeindevorstand hat diese Benachrichtigungen aufzubewahren und auf Grund derselben eine Nachweisung nach vorgeschriebenem Muster aufzustellen, in welche jedoch nur die **auswärts veranlagten** Betriebe und die für diese anzusetzenden Steuertheilbeträge aufzunehmen sind. Wegen der in der Gemeinde selbst veranlagten Betriebe enthält die Gewerbesteuerrolle auch den auf die Gemeinde entfallenden Theilbetrag.

- 2) Sofort nach Empfang der Gewerbesteuerrolle ist
 - a. die zu 1) erwähnte Nachweisung aufzurechnen und abzuschließen, demnächst
 - b. das auf die Gemeinde zum Zweck der kommunalen Besteuerung entfallende Gewerbesteuerfoll durch Summierung der in Spalte 7 der Rolle und Nachweisung verzeichneten Beträge nach Maßgabe des vorgeschriebenen Musters am Ende der Rolle zu berechnen und diese Berechnung unterschriftlich zu vollziehen und schließlich
 - c. in den Landkreisen das Ergebnis der Berechnung bis zum 1. April dem Landrath und zwar unter Mittheilung der auf die einzelnen Gewerbesteuerklassen entfallenden Summen anzuzeigen.
- 3) Befinden sich in den zu einem Landkreise gehörigen Gemeinden keine auswärts veranlagten Betriebe, so hat der Gemeindevorstand bis zum 1. April dem Landrath die Gesamtsumme der in Spalte 7 der Rolle verzeichneten Beträge und die auf die einzelnen Gewerbesteuerklassen entfallenden Summen anzuzeigen. Ist der Landrath zugleich Vorsitzender des Steuerausschusses der Klasse IV., so genügt die Anzeige, daß sich in der betreffenden Gemeinde keine auswärts veranlagten Betriebe befinden.

Uebergangsbestimmung.

- 4) Zur besseren Wahrung der Ansprüche der Gemeinden bei der Verteilung der Steuersätze solcher Gewerbebetriebe, welche sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, erhalten für 1895/96 die Gemeindevorstände von den Vorsitzenden der Steuerausschüsse einen hierauf bezüglichen Auszug aus der namentlichen Nachweisung beziehungsweise aus dem Zugangsnotizregister.

Diesenigen Gemeindevorstände, welchen hinsichtlich einzelner in ihrem Bezirk belegener Betriebsstätten von Gewerken, welche sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, ein derartiger Auszug nicht zugegangen ist, haben dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. ihres

*) Anmerkung: Ist der betreffende Gewerbebetreibende noch nicht zur Gewerbesteuer veranlagt, so ist an den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. zu berichten.

Bezirks von dem Vorhandensein der betreffenden Betriebsstätten **spätestens bis zum 15. Januar 1895** Anzeige zu erstatten. Auch steht es ihnen frei, wenn die Auszüge unvollständige Angaben über den Umfang der Betriebsstätten enthalten, diese durch eine entsprechende Mittheilung an den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV. zu vervollständigen.

VI.

Allgemeine Verpflichtung der Gemeindevorstände zur Mitwirkung bei der Veranlagung.

Die Vorsitzenden der Steuerausschüsse können sich bei der Feststellung der für die Veranlagung der Gewerbesteuer erheblichen Thatsachen nach ihrem Ermessen der Mitwirkung der Gemeindevorstände bedienen. Letztere haben den diesbezüglichen Aufforderungen zur Anstellung von Ermittlungen oder zur Ertheilung amtlicher Auskünfte Folge zu leisten.

Auch haben sie den Vorsitzenden der Steuerausschüsse die Einsicht in alle zu ihrer Verfügung stehenden Bücher, Akten und Urkunden, welche die Gewerkerhältnisse der Steuerpflichtigen betreffen, zu gestatten, sofern nicht — wie dies hinsichtlich der öffentlichen Sparkassen der Fall — besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

* * *

Vorstehende Bestimmungen werden hierdurch mit dem Bemerken veröffentlicht, daß es bezüglich der unter II. 6 bekannt zu machenden Fristen bei unserer Verfügung vom 23. März 1893 — Ausblatt von 1893 Stück 14 — verbleibt.

Potsdam, den 11. Juni 1894.

Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

41. Der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Pungau ist eröffnet worden. Die Gebühr für jedes Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 M. Berlin O, den 11. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

42. Diejenigen Personen, welche noch in diesem Jahre **Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen** in Brandenburg (Havel), Köpenick, Ekerswalde, Friedrichshagen, Groß Lichtersfelde, Grünau (Mark), Liepe (Oder), Ludwigsfelde, Neu-Muppin, Nowawes-Neuendorf, Oberberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, **spätestens aber bis Ende Juli** an das Kaiserliche Postamt in dem

betreffenden Orte — für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst — zu richten. **Später eingehende Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1895 berücksichtigt werden.**

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 14. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

43. Das bisher alljährlich nur für die Dauer der besseren Jahreszeit in Schlachtensee eingerichtet gewesene Postamt mit Telegraphenbetrieb und einer öffentlichen Fernsprechstelle, welches versuchsweise auch im letztvergangenen Winter für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet war, wird nunmehr dauernd in Wirksamkeit bleiben.

Potsdam, 15. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Urkunde,

betreffend die Aufhebung der bisherigen pfarramtlichen Verbindung der evangelischen Kirchengemeinde Friedrichshagen, Diözese Geln-Land II., mit der Stadtkirchengemeinde Köpenick in derselben Diözese und die Erhebung des ersten Diaconats der Stadtkirchengemeinde Köpenick mit dem Amtsfürs in Friedrichshagen zum Pfarramt der Kirchengemeinde Friedrichshagen.

13. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Theiligten wird hierdurch Folgendes bestimmt:

1) Die bisherige pfarramtliche Verbindung der evangelischen Kirchengemeinde Friedrichshagen, Diözese Geln-Land II., mit der Stadtkirchengemeinde Köpenick derselben Diözese wird aufgehoben. Das erste Diaconat der Stadtkirchengemeinde Köpenick mit dem Amtsfürs in Friedrichshagen geht an die Kirchengemeinde Friedrichshagen über und wird zum Pfarramt derselben erhoben.

2) Diese Einrichtung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Berlin, den 2. Mai 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 11. Mai 1894.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachung.

14. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Dalgow, Diözese Potsdam II., kommt durch die nach neuem Recht erfolgende Versetzung des Pfarrers Voller in den Ruhestand am 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

16. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes

gehetes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. E. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. E. 157) wird bekannt gemacht, daß die zum Nachlasse des am 3. Januar 1894 zu Linde bei Brück i. M. verstorbenen Altführers Johann Gottfried Schubog gehörige Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1882

Lit. C. N^o 367840 über 1000 M.

angeblich abhanden gekommen, vermutlich gestohlen worden ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, selbste der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Richard Winkler zu Bützow anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 11. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

17. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. E. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. E. 157) wird bekannt gemacht, daß der Hufnerwitwe Haseloff, Karoline geborenen Strüber zu Dahnstedt bei Niemegk angeblich im Juni 1893 bei Gelegenheit eines Einbruchdiebstahls die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1885

Lit. E. N^o 943076 über 300 M.

gestohlen worden ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, selbste der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Richard Winkler zu Bützow anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 11. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

18. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. E. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. E. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Kurzwaarenbändler August Henschel zu Breslau, Biernardstraße Nr. 10 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1884

Lit. D. N^o 509738 und 509164 über je 500 M. angeblich am 9. Januar d. J. in Breslau abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, selbste der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem H. Henschel anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche

Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

19. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. E. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. E. 157) wird bekannt gemacht, daß der der Gemeinde Wiffel gehörige Staatsschuldchein von 1842

Lit. F. N^o 150378 über 100 Thlr.

angeblich im April d. J. in Elber abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, selbste der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Bürgermeister-Amt Grieth zu Wiffel anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 12. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

20. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. E. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. E. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Majer a. D. Bernhard von Praun zu Braunschweig, Steinhor 3 wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe a. von 1876/79 Lit. D. N^o 12479 u. 34129 über je 500 M.,

- E. N^o 54554 über 300 M.,

- F. N^o 52267 über 200 M.,

b. von 1880

- E. N^o 259332 über 300 M.,

- F. N^o 100056 über 200 M.,

c. von 1881

- D. N^o 217468 u. 217469 über je 500 M.,

d. von 1882

- D. N^o 228040 260030 285837 über je 500 M.,

- E. N^o 488705 622800 624836 624837 über je 300 M.,

- F. N^o 237134 u. 237135 über je 200 M.,

e. von 1884

- D. N^o 564749 642503 über je 500 M.,

- E. N^o 871668 über 300 M.

angeblich abhanden gekommen sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, selbste der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herzoglich Braunschweigischen Oberförster a. D. A. von Praun zu Helmstedt anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g .

2. In Gemäßheit des § 5 des Reglements vom 25. Februar 1876 — Amtsblatt Stück 10 (Potsdam Seite 91, Frankfurt a. O. Seite 65), betreffend die Vorschriften zur Ausführung des § 35 des Reichs-Viehsteuergesetzes vom 23. Juni 1870 — Reichs-Gesetz-Blatt Seite 153 — und der §§ 15 und 16 des Gesetzes vom 12. März 1881, Gesetz-Sammlung Seite 128 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die am 2. November 1893 statgeführte Zahlung der abgabepflichtigen Pferde und Rinder der Provinz Brandenburg 253597 bzw. 726082 Stück ergeben hat.

Die im Jahre 1893 gezahlte Entschädigung beträgt insgesamt für **roßkranke Pferde**

und für **lungenseuchekranke Rinder**

Einzutreten als Verwaltungskosten 3 Prozent gleich

Dagegen kommen von diesen

in Abzug bzw. in Anrechnung für Rinder, die aus dem Vorjahre 1892 zu berücksichtigenden 1641,60 M. bzw. 10015,68 M. und durch Zu- und Abgänge anderweit festgestellt

Demnach verbleiben

welchen die den Ortsbehörden zc. bewilligten 3% Hebegebühren einzutreten mit

so daß für gerötete **roßkranke Pferde** aufzurechnen sind

Zur Deckung dieser Summe sollen für das Pferd rund 3 Pfennig oder

erhoben werden, was gegen obige Bedarfssumme einen Mehrbetrag von ergibt, welcher unter Zugurechnung des verbleibenden Mehrbetrages bei den Rindern von

im Ganzen in Höhe von

bei dem Ausstreiten für 1894 Berücksichtigung finden wird.

Hiernach sind für im Jahre 1893 wegen **Lungenseuche** ge-
storbene Rinder Entschädigungsbeiträge **nicht** einzuziehen.

Die in Gemäßheit des § 1 des Reglements vom 4. März 1893 zur Ausführung der Bestimmungen des Gesetzes vom 22. April 1892 (G. S. S. 90), betreffend die Entschädigung für an **Milzbrand** gekommene Thiere — Amtsblatt Potsdam Stück 19 Seite 188, Frankfurt a. O. Stück 20 Seite 143 — im Jahre 1893 gezahlten Entschädigungen be-
tragen insgesamt

und zwar für Pferde

und für Rinder

Diesen Beträgen treten hinzu als Verwaltungskosten und den Ortsbehörden zc. bewilligten Hebegebühren je 3%, im Ganzen also 6% mit

sind zusammen

so daß für das Pferd rund 2 Pfennig gleich

und für das Rind rund 5 Pfennig gleich

zusammen

auf Grund der §§ 5 und 6 des Reglements vom 4. März 1893 erheben werden, was gegen obige Bedarfssumme einen Mehrbetrag von

ergibt, welcher bei dem Ausstreiten für 1894 im Ganzen in Höhe von Berücksichtigung finden wird.

Demgemäß sind für das Jahr 1893 im Ganzen für jedes Pferd und für jedes Rind 5 Pfennig als Entschädigungsbeitrag einzuziehen.

Berlin, den 8. Juni 1894.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Wilhelm Geheimrath von Leseberg.

M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
8442	50			8442	50
		75		75	
253	25	2	25	255	53
8695	78	77	25	8773	03
1516	47	10015	68	11532	15
7179	31			2759	12
215	38			215	38
7394	69			2543	74
7607	91			7607	91
213	22				
		9938	43		
10151	65			10151	65
				36989	40
4703	40	32286			
282	20	1937	16	2219	36
4985	60	34223	16	32208	76
5071	94				
		36304	10	41376	04
86	31	2080	91		
				2167	28

Bekanntmachung.

3. Nachdem das „Neue Statut für das Wilhelmsstift zu Potsdam, evangelische Erziehungs- und Pflegeanstalt für blödsinnige Kinder der Provinz Brandenburg“, vom 18. Februar 1894 mittels Allerhöchster Kabinettsordre vom 8. April 1894 die landesherrliche Bestätigung erhalten hat und damit die Verwaltung und Vertretung dieser Idiotenbildungsanstalt nach Maßgabe des Vertrages vom 22./18. Februar 1894 endgültig auf den Brandenburgischen Provinzialverband übergegangen ist, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß laut Beschluß des Provinziallandtages vom 26. Februar 1894 das jährliche Pflegegeld für nichthülfsbedürftige Kranke aus der Provinz Brandenburg in der I. Verpflegungsklasse dieser Anstalt 600 M. — ausschließlich der Aufwendungen für Kleidung und Wäsche, sowie für die üblichen Erfrischungen — und in der II. insgesammt 450 M. beträgt. Erfolgt die Beschaffung des Einsegnungsanzuges seitens der Anstalt, so ist außerdem an diese ein Betrag von 60 M. seitens des zur Zahlung des Pflegegeldes Verpflichteten abzuführen.

Für nicht-hülfsbedürftige Kranke, welche nicht der Provinz Brandenburg angehören, wird das Pflegegeld um ein Dritttheil erhöht.

Ferner werden in der diesem Stücke des Amtsblatts beigelegten Extrabeilage die von dem Provinziallandtage am 22. Februar 1894 beschlossenen und von den zuständigen Herren Ministern am 17. Mai d. J. genehmigten Reglements, und zwar:

a. das Reglement für die Verwaltung des Wilhelmsstifts zu Potsdam,

b. das Reglement der Brandenburgischen Provinzial-Anstalt für Epileptische zu Potsdam,

zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 6. Juni 1894.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
von Levetzow.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

27. Vom 15. Juni bis 30. September d. J. wird zur Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen Berlin und den Ostseebadorten Zimmowig und Binz a. M. zu einzelnen Personen- und Schnellzügen Reisegepäck gegen Lösung der betreffenden Fahrkarten auf Verlangen direct abgefertigt. In gleicher Weise findet directe Gepäckabfertigung zwischen Berlin und den Ostseebadorten Ahlbeck und Heringsdorf vom 15. Juni ab, in unbeschränkter Weise aber vom Tage der Betriebseröffnung der Bahnstrecke Swinemünde—Heringsdorf, voraussichtlich 1. Juli d. J. statt. Auch sind während der Zeit vom 15. Juni bis 30. September d. J. bei der Verkaufsstelle in Zimmowig und vom 15. bis 30. Juni bei den Verkaufsstellen in Ahlbeck und Heringsdorf einfache und Rückfahrkarten zur Reise von der nächstgelegenen Eisenbahnstation — Wolgast, Putbus, Swinemünde — nach Berlin zu den tarismäßigen Preisen zu

haben. Nähere Auskunft ertheilt die Fahrkarten-Ausgabestelle Berlin Stadt. Bahnhof.

Berlin, den 10. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

28. Am 1. August 1894 tritt an Stelle des Tarifs für die directe Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen des Bezirks der Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg einerseits und Stationen der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn andererseits bzw. zwischen Stationen des Bezirks der Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg über die Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn vom 16. Oktober 1881 nebst Nachträgen ein neuer Tarif Theil II., enthaltend Preistafeln, in Kraft. Durch diesen Tarif, welcher außer einigen geringfügigen Erhöhungen mehrfach Ermäßigungen der bisherigen Sätze enthält, werden die Beförderungspreise für einzelne Verkehrs-Beziehungen mangels jeglicher Nachfrage aufgehoben, dagegen für verschiedene Stationsverbindungen neue Preise dem hervorgetretenen Bedürfnisse entsprechend zur Einführung gebracht. Der Tarif kann zum Selbstkostenpreise von 0,70 M. durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgabestellen bezogen werden.

Bromberg, den 14. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Verloosung der vormalig hannoverschen Prozentigen Staatsschuldverschreibungen Litera S. für das Jahr vom 1. April 1894/95.

Bei der am 1. d. Mts. in Gegenwart eines königlichen Notars stattgehabten Ausloosung der vormalig hannoverschen Staatsschuldverschreibungen Litera S. zur Tilgung für das Jahr vom 1. April 1894/1895 sind die nachfolgend verzeichneten Nummern gezogen worden:

N^o 150, 183, 216, 335, 480, 490, 563, 600, 618 über je 1000 Thlr. Gold und N^o 901, 905, 927, 972, 1161, 1166, 1710, 1855, 1965, 2061 über je 500 Thlr. Gold.

Dieselben werden den Besitzern hierdurch auf den 2. Januar 1895 zur baaren Rückzahlung gekündigt.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen lauten auf Gold, und wird deren Rückzahlung in Reichswährung nach den Bestimmungen der Bekanntmachung des Herrn Reichsanlangers vom 6. Dezember 1873, betreffend die Außerkurssetzung der Landes-Geldmünzen u. (Reichsanzeiger N^o 292), sowie nach den Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanz-Ministers vom 17ten März 1874 (Reichsanzeiger N^o 68, Position 3) erfolgen.

Die Kapitalbeträge werden schon vom 18. Dezember d. J. ab gegen Quittung und Einlieferung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen und den nach dem 2. Januar 1895 fälligen Zinscheinen N^o 9-10 an den Geschäftstagen

bei der Regierungshauptkasse hieselbst, von 9 bis 12 Uhr Vormittags, ausgezahlt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei sämtlichen übrigen Regierungshauptkassen; bei der Staatsschuldentilgungskasse in **Berlin**, sowie bei der Kreiskasse zu **Frankfurt a. M.** bewirkt werden.

Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen und Zinscheinen schon vom 1. Dezember d. J. ab bei einer der letztgedachten Kassen einzureichen, welche dieselben der hiesigen Regierungshauptkasse übersenden und, nach erfolgter Feststellung, die Auszahlung besorgen wird.

Bemerkt wird:

- 1) Die Einlösung der Schuldverschreibungen nebst den zugehörigen Zinschein-Anweisungen und Zinscheinen mit oder ohne Werthangabe muß portofrei geschehen.
- 2) Sollte die Abforderung des gekündigten Kapitals bis zum Fälligkeitsstermine nicht erfolgen, so tritt dasselbe von dem gedachten Zeitpunkt ab zum Nachtheile der Gläubiger außer Verzinsung.

Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle übrigen 3½% und 4prozentigen vormaligen hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen bereits früher gekündigt sind, und werden deshalb die Inhaber der unten verzeichneten, noch nicht eingelieferten, mit dem Kündigungsstermine außer Verzinsung getretenen, hannoverschen Staatsschuldverschreibungen an die Erhebung der Kapitalien derselben bei der hiesigen Regierungshauptkasse hierdurch nochmals erinnert.

Hannover, der 4. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

* * *

Verzeichniß

der bereits früher gekündigten und bis jetzt nicht eingelieferten, nicht mehr verzinslichen vormaligen hannoverschen Landes- und Eisenbahn-Schuldverschreibungen.

Lit. H. 3½% auf 2. Januar 1874 gekündigt: **Nr.** 830 über 100 Thlr. Kurant. **Lit. N.** 3½% auf 2. Januar 1873 gekündigt: **Nr.** 4163 über 100 Thlr. Gold, auf 1. Dezember 1874 gekündigt: **Nr.** 4162 über 100 Thlr. Gold. **Lit. El.** 4% auf 1. Dezember 1874 gekündigt: **Nr.** 2880 über 100 Thlr. Kurant. **Lit. Fl.** 4% auf 1. Dezember 1874 gekündigt: **Nr.** 14110 über 500 Thlr. Gold. **Lit. Gl.** 4% auf 1. Dezember 1874 gekündigt: **Nr.** 1464, 1465, 5421 über je 100 Thlr. Kurant. **Lit. Hl.** 4% auf 1. Dezember 1874 gekündigt: **Nr.** 4580 über 200 Thlr. Kurant, **Nr.** 1320 über 100 Thlr. Kurant.

Bekanntmachung.

In der 47. Verlosung von 4% **Schlesischen Pfandbriefen Lit. B.** sind nachbezeichnete Stücke gezogen worden, und zwar: **über 1000 Thaler (3000 Mark):** **Nr.** 41153 41154 41160 und 41171

Ratibor; über 500 Thlr. (1500 Mark): **Nr.** 45027 45034 und 45068 Poln. Krawarn u., **Nr.** 45121 45174 45206 45223 und 45255 Ratibor; **über 200 Thaler (600 Mark):** **Nr.** 50946 Nilladorf, **Nr.** 50952 Ober-Schreibendorf, **Nr.** 51960 52004 52044 und 52045 Poln. Krawarn u., **Nr.** 52057 52059 52073 52088 52093 52095 52119 52179 und 52188 Ratibor; **über 100 Thaler (300 Mark):** **Nr.** 63574 Ober-Schreibendorf, **Nr.** 64770 64777 64795 64798 64805 64827 und 64859 Poln. Krawarn u., **Nr.** 64894 64895 64898 64904 64909 64910 64917 64921 64924 64927 64935 64943 64956 64970 64981 64989 64990 64993 65003 65007 65015 65034 65049 65078 65092 65098 65110 und 65117 Ratibor; **über 50 Thaler (150 Mark):** **Nr.** 79286 Nilladorf, **Nr.** 79455 und 79460 Poln. Krawarn u.; **über 25 Thaler (75 Mark):** **Nr.** 82284 und 82285 Nilladorf, **Nr.** 82452 und 82453 Poln. Krawarn u., **Nr.** 82456 82457 82458 82460 82461 82463 82465 und 82466 Ratibor. — Diese Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 45150 M. (= 15050 Thalern) werden ihren Inhabern mit dem Bemerkten gekündigt, daß die Auszahlung des Nennwerthes derselben vom 2. Januar 1895 ab bei der königlichen Institute-Kasse hieselbst (im Regierungs-Gebäude am Leisingplatz) gegen Rückgabe der gekündigten Stücke und der dazu gehörigen Zinscheine Serie XII. **Nr.** 9 und 10 erfolgen wird, sowie daß die weitere Verzinsung der gezogenen Pfandbriefe vom genannten Tage ab aufhört.

Breslau, den 13. Juni 1894.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personalchronik.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des Mittergutbesizers Kelsch zu Bollensdorf vom 1. Juli 1894 ab der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter Fabrikbesitzer Otto Bohm zu Frederisdorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIV. — Frederisdorf — und zu dessen Stellvertreter der Amtmann und Mittergutspächter Hugo Rosemeyer ebendasselbst ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist der königliche Oberst a. D. von Bredow in Bölsigendorf auf's Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks X. — Bölsigendorf — ernannt worden.

Im Kreise Knippen ist der Mittergutbesitzer Schlenz zu Werder auf's Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIV. — Kränzlitz — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Forstmeisters Sachse in Groß-Schönebeck dessen Dienstaufsfolger, der Forstmeister Dreßler zum kommissarischen Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXXIX. — Pechleitz — unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs vom 15. Juni ab ernannt worden.

Dem versorgungsberechtigten Reserve-Oberjäger, Forstaufsicher Linke zu Grewelin in der Oberförsterei Behdenitz, ist die Försterstelle Bölsig in der Oberförsterei Meierisdorf vom 1. Juli d. J. ab vorläufig auf Probe übertragen worden.

Dem versorgungsberechtigten Jäger Forstausseher Gützow zu Grenzhaus in der Oberförsterei Chorin ist die Verwaltung der Försterei Chorin in der Oberförsterei Chorin vom 1. Juli d. J. ab vorläufig auf Probe übertragen worden.

Dem versorgungsberechtigten Reserve-Gestreiten Forstausseher Dörr zu Friedridgs- in der Oberförsterei Neuenhof ist die Verwaltung der Försterei Friedridgs- in der Oberförsterei Neuenhof vom 1. Juli d. J. ab vorläufig auf Probe übertragen worden.

Der Oberpfarrer an der St. Gerhards-Kirche zu Brandenburg a. H., Johannes Karl Junke, ist zum Superintendenten der Diözese Alsbach-Brandenburg ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer an St. Ulrich und Levin in Magdeburg D. Dr. Otto Friedrich Nicmann ist zum zweiten Diakon an der St. Nicolai-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Dem Amtsrichter bei dem Amtsgerichte zu Beelitz ist der Amtsrichter zu Treuenbriegen in Gemäßheit des § 24 Absatz 2 des Gesetzes vom 24. April 1878 im Voraus zum Stellvertreter bestellt. Die Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verbindung des Richters in Angelegenheiten, auf welche der § 36 C. P. O. oder der § 15 St. P. O. Anwendung findet. Beelitz, den 6. Juni 1894.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat	Datum der Ausweisungs-Verfügung
	des Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	Friedrich Sted, Weber,	geboren am 2. April 1842 zu Baisingen, Kanton Bern, Schweiz; zürcherischer Staatsangehöriger,	Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: Münzverbrechen (5 Jahre kaiserlicher Bezirks-Anstalt zu Colmar, Präsidium zu Colmar, n. d. 1. Mai 1889),		20. Mai 1894.
2.	Ludwig Mül, Schleffer,	geboren im Jahre 1844 zu Ruditz, Bezirk Pödersheim, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: Landstreicherei u. Diebstahl, Statimagistral Degendorf, Bayern,		6. Mai 1894.
3.	Christian Christensen, Kürber,	geboren am 27. März 1856 zu Ebelshers, dänischer Staatsangehöriger,	Landstreicherei, Statimagistral Degendorf, Bayern,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	22. Mai 1894.
4.	Kranz Eizel, Bergolber,	geboren am 4. Februar 1874 zu Gmüß, Bezirk Budweis, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreicherei, Statimagistral Degendorf, Bayern,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	10. Mai 1894.

Der durch Verdrängung des kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Colmar vom 9. April d. J. aus dem Reichsgebiet ausgewiesene Württemberger Johann Schies heißt nach neuerer Feststellung: Hermann Schöck, ist geboren am 6. April 1850 zu Herisau und ortsangehörig zu Schweflbrenna (Kanton Appenzell, Schweiz).

Hierzu.

eine Extra-Beilage, enthaltend: I. Reglement für die Verwaltung des Wilhelmsbades zu Potsdam und II. Reglement der Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische zu Potsdam, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Weg mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam

Potsdam, Universitäts- und Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

I.

Reglement

für die

Verwaltung des Wilhelmstifts zu Potsdam.

I. Aufnahme der Böglinge.

§ 1.

Die Aufnahme hilfbedürftiger idioter Kinder erfolgt nach Maßgabe des Reglements des Brandenburgischen Provinzialverbandes zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 auf Anordnung des Landesdirektors nach Anhörung des Kuratoriums.

Für nicht hilfbedürftige idiote Kinder ist die Aufnahme von ihrem gesetzlichen Vertreter beim Landesdirektor nachzusuchen mit der zu beglaubigenden Erklärung, daß er sich verpflichte, für das Kind die nach dem Statut und Reglement der Anstalt festgesetzten Leistungen pünktlich zu erfüllen, auch daselbe, sofern es bildungsfähig, bis zu seiner vom Landesdirektor zu bestimmenden Entlassung in der Anstalt zu belassen.

Dem Gesuch ist beizufügen:

1. der Geburtschein,
2. der Impfungs- bzw. Wiederimpfungschein,
3. das ärztliche Zeugniß über den körperlichen und geistigen Zustand des Kindes nach dem vom Landesdirektor auf Grund jenes Reglements veröffentlichten Fragebogen,
4. die polizeiliche Bescheinigung über die persönlichen und Vermögensverhältnisse des Kindes nach dem gleichfalls vom Landesdirektor veröffentlichten Formular, in der im Falle der Uebernahme der Kosten durch den Vertreter des Kindes zugleich zu bescheinigen ist, daß derselbe nach den gepflogenen Ermittlungen zur Erfüllung der für das Kind übernommenen Leistungen für vermögend zu achten ist,
5. ein Zeugniß des Pfarrers oder Lehrers über die Bildungsfähigkeit des Kindes bzw. dessen Leistungen in der Schule.

Werden die für das Kind nach dem Statut und dem Reglement der Anstalt festzusetzenden Leistungen von einem

Dritten übernommen, so ist dessen beglaubigte schriftliche Erklärung mit der polizeilichen Bescheinigung seiner Leistungsfähigkeit an Stelle der bezüglichen Erklärung des Vertreters des Kindes beizubringen.

Ist die Mutter eines Mündels nicht dessen Vormünderin, so ist ihre Erklärung dahin erforderlich, daß sie die Aufnahme ihres Kindes und, sofern daselbe bildungsfähig, dessen Verbleiben in der Anstalt bis zu der vom Landesdirektor zu bestimmenden Entlassung genehmige.

§ 2.

Ueber die Aufnahme eines nicht hilfbedürftigen Kindes entscheidet der Landesdirektor nach Anhörung des Kuratoriums, derselbe ist auch befugt, vorbehaltlich einer anderweiten Festsetzung, bei veränderten Verhältnissen die Pflegegelder zu ermäßigen oder zu erlassen, sofern die zur Gewährung von Beihilfen zu den Pflegegeldern bestimmten Einkünfte des Stiftskapitals erschöpft sind.

Binnen drei Wochen nach der Mittheilung des Landesdirektors von der Genehmigung der Aufnahme ist das Kind der Anstalt zuzuführen, unter Mitgabe eines von der Ortspolizeibehörde auszufertigenden Geleitscheines, welcher den Namen und Wohnort des Kindes und seines Begleiters und die Bescheinigung enthält, daß an dem Aufenthaltsort des Kindes eine gefährliche Epidemie (Cholera, Flecktyphus, Pocken, Ruhr u. s. w.) nicht herrscht.

Erfolgt die Aufnahme nicht binnen drei Wochen oder in der etwa vom Landesdirektor verlängerten Frist, so ist dieselbe aufs Neue zu beantragen.

§ 3.

Die Aufnahme der Kinder erfolgt in der Regel nur an den Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, nachdem der Inspektor vorher von der Zeit des Eintreffens des Kindes benachrichtigt worden. Zu anderen Zeiten darf der Inspektor die Aufnahme ablehnen. Kinder mit ansteckenden Krankheiten, oder in deren

Familien solche Krankheiten ausgebrochen sind, sowie Kinder aus Orten, in welchen eine gefährliche Epidemie herrscht, werden nicht aufgenommen.

Auch kann die Aufnahme solcher Kinder versagt werden, welche sich in unreinem Zustande befinden.

§ 4.

Hilfsbedürftige Kinder sind mit der im Reglement zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 vorgeschriebenen Ausstattung der Anstalt zuzuführen.

Für jedes nicht hilfsbedürftige Kind sind mindestens folgende Bekleidungsstücke in gutem und reinlichem Zustande einzubringen:

Für Knaben:

1. ein Sommer- und ein Winteranzug, jeder bestehend aus Jacke oder Rock, Weste und Beinleid; 2. ein Paar Hosenträger; 3. eine Kopfbedeckung; 4. ein Paar Schuhe oder Stiefeln; 5. ein Paar Pantoffeln; 6. ein Paar wollene Handschuhe; 7. drei Hemden; 8. drei Paar wollene Strümpfe; 9. drei Taschentücher; 10. zwei Halstücher oder Shawls und 11. ein enger und ein weiter Kamm.

Für Mädchen:

1. zwei Kleider; 2. ein wollener oder wattirter Unterrock; 3. zwei Untertaillen; 4. zwei Schürzen; 5. eine warme Mütze; 6. eine warme Unterjacke oder ein Umischlageuch; 7. ein Paar Schuhe und ein Paar Pantoffeln; 8. ein Paar wollene Handschuhe; 9. drei Hemden; 10. drei Paar wollene Strümpfe; 11. drei Taschentücher; 12. zwei Halstücher; 13. ein enger und ein weiter Kamm.

Für fehlende oder unbrauchbare Stücke ist, falls nicht binnen vierzehn Tagen die Nachlieferung erfolgt, auf Kosten des zur Zahlung des Pflegegeldes Verpflichteten von Seiten der Anstalt Ersatz zu beschaffen.

Ein Verzeichniß der dem Kinde mitgegebenen Bekleidungsstücke ist bei dessen Zuführung der Anstalt zu übergeben.

Die Unterhaltung und Erneuerung der Bekleidungsstücke erfolgt seitens der Anstalt, soweit nicht die Angehörigen des Kindes dafür sorgen. Erfolgt die Beschaffung des Einsegnungsanzuges seitens der Anstalt, so ist an diese ein Betrag von 60 M. seitens des zur Zahlung des Pflegegeldes Verpflichteten abzuführen.

§ 5.

Die Pflegegelder sind gleich nach der Aufnahme des Kindes bis zum Ablauf des Stalendervierteljahres — unter Berechnung des Monats zu 30 Tagen und Einrechnung des Tages der Aufnahme — und sodann vierteljährlich im Voraus für die Anstalt an die Landeshauptkasse abzuführen.

Im Falle der Entlassung oder des Ablebens eines Zögling, ist von den eingezahlten Pflegegeldern derjenige Theil, welcher auf die Zeit nach dem Tage der Entlassung oder des Ablebens entfällt, von der Landeshauptkasse zurückzuzahlen.

§ 6.

Sofern die Beerdigung eines Zögling seitens der Anstalt erfolgt, sind derselben die aufgewendeten Begräbniskosten nach dem vom Landesdirektor öffentlich bekannt gemachten Pauschsatz — zur Zeit zwanzig Mark —, soweit sie durch die für den Verstorbenen eingegangenen, aber noch nicht zur Verwendung gekommenen Pflegegelder nicht gedeckt werden, von Demjenigen zu erstatten, welcher zur Zahlung von Pflegegeldern für den Verstorbenen verpflichtet war.

II. Behandlung der Zöglinge.

§ 7.

Der Unterricht der Zöglinge, welcher thunlichst das Ziel einer einlässigen Volksschule zu erstreben hat, richtet sich nach dem vom Inspektor im Einvernehmen mit dem Anstaltsgeistlichen aufzustellenden Lehrplan.

Außerhalb der Schulzeit sind die Zöglinge mit wirtschaftlichen oder industriellen Arbeiten zu beschäftigen. In gleicher Weise sind thunlichst auch die Pfleglinge zu beschäftigen, welche am Unterricht nicht Theil nehmen.

Die Geschlechter werden räumlich möglichst getrennt gehalten.

Die Kur und Pflege der Kinder ordnet der Anstaltsarzt.

Die näheren Bestimmungen über die Behandlung und Beschäftigung der Kinder werden durch die Hausordnung der Anstalt und die Dienstamweisungen der Beamten getroffen.

§ 8.

Stirbt ein Kind in der Anstalt, so hat der Inspektor dies — abgesehen von der vorgeschriebenen Anzeige an den Standesbeamten seitens des Anstaltsvorstehers — unverzüglich dem Landesdirektor und dem gesetzlichen Vertreter des Kindes anzuzeigen. Sofern nicht der Letztere die Beerdigung des Kindes übernimmt, erfolgt dieselbe seitens der Anstalt. Alsdann ist, wenn irgend thunlich, den Angehörigen des Kindes so zeitig Mittheilung zu machen, daß dieselben der Beerdigung bewohnen können.

III. Entlassung der Zöglinge.

§ 9.

Die Entlassung hilfsbedürftiger idioter Kinder erfolgt nach Maßgabe des Reglements zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891.

Nicht hilfsbedürftige Kinder sind auf den Antrag ihres gesetzlichen Vertreters auf Anordnung des Anstaltsvorstehers zu entlassen, welcher davon dem Landesdirektor ungesäumt Anzeige zu erstatten hat. Ist jedoch das Kind bildungsfähig, so erfolgt die Entlassung erst nach der Einsegnung, die in der Regel alljährlich zu Ostern stattfindet. Zur vorzeitigen Entlassung ist die Genehmigung des Landesdirektors einzuholen, der auch befugt ist, die Entlassung eines nicht mehr bildungsfähigen oder nicht mehr der Provinz Brandenburg angehörigen Kindes anzunehmen.

§ 10.

Bei der Entlassung ist den Kindern eine Ausstattung an Kleidungsstücken mitzugeben, welche derjenigen entspricht, mit welcher sie nach § 4 der Anstalt zuzuführen waren.

§ 11.

Dieses Reglement tritt mit dem 1. April 1894 in Kraft.

Vorliegendes Reglement ist von dem Brandenburgischen Provinziallandtage in der Sitzung am 22. Februar 1894, vorbehaltlich der Genehmigung der Herren Ressortminister, beschlossen worden.

Berlin, den 28. Februar 1894.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg
von Levetzow.

Vorliegendes Reglement wird auf Grund des § 120 d. Provinzialordnung vom ^{29. Juni 1875} 22. März 1881 hierdurch genehmigt.

Berlin, den 17. Mai 1894.

(L. S.)

Der Minister des Innern **Der Minister der geistlichen**
Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten

In Vertretung: 4
Bräunbehrens.

Im Auftrage:
Winter.

Genehmigung.

M. d. S. I B. 3718.

M. d. n. M. G. I 6009.

II.

Reglement

der

Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische zu Potsdam.

I. Bestimmung der Anstalt.

§ 1.

Die Anstalt ist bestimmt zur Bewahrung, Kur und Pflege von nicht geisteskranken Epileptischen, soweit dieselben der Anstaltspflege bedürfen und entweder von einem Ortsarmenverbande oder dem Landarmenverbande der Provinz zu unterstützen sind (§§ 28 bis 30 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870, Gesetz vom 11. Juli 1891 und Reglement zur Ausführung desselben vom ^{28. Februar}~~25. März~~ 1893), oder der Provinz angehören. (§ 5 der Provinzialordnung.)

Soweit der Raum es gestattet, können auch andere nicht geistesranke Epileptische — jedoch nur widerruflich — aufgenommen werden. Dabei haben preussische Staatsangehörige den Vorzug vor anderen Angehörigen des Deutschen Reichs und diese vor Ausländern.

Die Anstalt ist ferner bestimmt zur Ausbildung (Erziehung und Unterricht) bildungsfähiger jugendlicher Epileptischer (Beschluss des Provinziallandtages vom 13. März 1879 und Reglement vom ^{28. Februar}~~25. März~~ 1893).

§ 2.

Die Anstalt dient vorzugsweise für die hilfsbedürftigen Epileptischen, für welche die Kosten der Bewahrung, Kur und Pflege weder aus ihrem eigenen Vermögen, noch von den zu ihrer Alimention Verpflichteten bestritten werden können.

II. Verwaltung und Beaufsichtigung der Anstalt.

§ 3.

Die Anstalt ist als Provinzialanstalt nach den Vorschriften der Provinzialordnung zu verwalten und zu beaufsichtigen.

§ 4.

Die Leitung der Anstalt führt bis zu anderweiter Beschlussfassung des Provinziallandtages je nach der Be-

stimmung des Provinzialausschusses entweder der evangelische Anstaltsgeistliche, oder der Anstaltsarzt als Anstaltsvorsteher — jedenfalls aber in ärztlicher Hinsicht der Anstaltsarzt und in Beziehung auf das Kirchen-, Schul- und Erziehungs- wesen unter Beachtung der ärztlichen Verordnungen über die Behandlung der Kranken der Anstaltsgeistliche — in den Grenzen des vom Provinziallandtage festgestellten Etats und nach Maßgabe der etwa vom Landesdirektor erteilten Anweisungen.

Wird vom Provinziallandtage dem Anstaltsgeistlichen oder dem Anstaltsarzte die Leitung der Anstalt als „Direktor“ übertragen, so erfolgt dessen Wahl durch den Provinziallandtag, in dringenden Fällen jedoch an Stelle desselben durch den Provinzialausschuss, welcher alsdann dem Provinziallandtage bei seinem nächsten Zusammentritt von der erfolgten Wahl Kenntniss zu geben hat.

§ 5.

Der Anstaltsvorsteher ist der unmittelbare Vorgesetzte der übrigen Anstaltsbeamten sowie des Wirtschafts- personals.

Ist die Leitung der Anstalt dem Anstaltsgeistlichen übertragen, so ist der Anstaltsarzt der unmittelbare Vorgesetzte des Oberwart- und Wartpersonals und seinerseits in seinen ärztlichen Verordnungen unabhängig von dem Anstalts- vorsteher.

Ueber die Vertretung der Anstaltsleiter befindet der Landesdirektor; sofern dieser nicht eine anderweite Bestimmung getroffen hat, wird der Anstaltsvorsteher in administrativer und ökonomischer Beziehung durch den Inspektor vertreten.

§ 6.

Nach Maßgabe des Etats der Anstalt sind die zu deren Verwaltung erforderlichen Beamten durch den Provinzialausschuss — nach Anhörung des Anstaltsvorstehers, bzw. bei Lehrern und Lehrerinnen auch des Anstalts- geistlichen — anzustellen, Beamte in nebenamtlichen Stellungen und Hilfsarbeiter aber durch den Landes- direktor anzunehmen. Die Annahme und Entlassung des

Oberwacht- und Wartpersonals erfolgt auf Vorschlag des Anstaltsarztes durch den Anstaltsvorsteher.

Die Rechte und Pflichten sämmtlicher Anstaltsbeamten werden durch das Reglement, betreffend die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten und die vom Provinzialausschuß erteilten Dienstanweisungen bestimmt. Als obere Anstaltsbeamten (§ 98 Nr. 3 der Prov.-Ordn.) gelten außer dem Anstaltsgeistlichen bezw. dem Anstaltsarzt, der Inspektor, der Mendant und der Assistent, sowie die Lehrer und Lehrerinnen.

Das im Arbeits- und Gesindeverhältniß stehende Wirthschaftspersonal ist in der im Etat vorgesehenen Zahl mit dem dort festgesetzten Bezügen auf längstens dreimonatliche Kündigung vom Anstaltsvorsteher anzunehmen und eintretenden Falls zu entlassen.

Sämmtliche Angestellte sind der vom Provinzialausschuß festgesetzten Hausordnung unterworfen.

III. Unterhaltung der Anstalten.

§ 7.

Die Mittel zur Unterhaltung der Anstalt werden vom Provinzialverbande gewährt, soweit die Unterhaltungskosten

- a) durch den Ertrag des Grundstücks und der eigenen Wirthschaft der Anstalt,
 - b) durch den Arbeitsverdienst der Epileptischen,
 - c) durch die für die Epileptischen gezahlten Pflegekosten und Pflegegelder,
 - d) durch die Leistungen für begründete Freistellen,
 - e) durch die der Anstalt zugefallenen Geschenke oder Vermächtnisse
- nicht gedeckt werden.

§ 8.

Ueber die Höhe und Erhebung der Pflege- sowie der Begräbniskosten für hilfsbedürftige Epileptische entscheidet das zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 vom Provinziallandtag beschlossene Reglement (zur Zeit das vom 28. Februar 1893).

Die Pflegegelder für nicht hilfsbedürftige Epileptische werden von Zeit zu Zeit nach dem wirklichen Aufwand, welcher mit Einschluß der allgemeinen Verwaltungskosten für einen Pflegling in den einzelnen Verpflegungsklassen der Anstalt erwächst, durch den Provinziallandtag festgesetzt und von dem Landesdirektor öffentlich bekannt gemacht.

Bis zu einer anderweiten Festsetzung gelten die für die Verpflegungsklassen der Landirrenanstalten bestimmten Pflegegelder. Welche von diesen Verpflegungsklassen bei der Anstalt bestehen, wird durch deren Etat bestimmt. Für die zum Zweck ihrer Ausbildung aufgenommenen jugendlichen Epileptischen sind die Pflegegelder der Klasse, in welcher sie verpflegt werden, in vier Rufen zu zahlen. Die anderweit festgesetzten Pflegegelder gelten alsdann auch für die bereits aufgenommenen Epileptischen.

Für nicht hilfsbedürftige Epileptische, welche nicht der Provinz angehören, werden die festgesetzten Pflegegelder um ein Drittel und für Ausländer darüber hinaus nach dem Ermessen des Landesdirektors erhöht. Von dem

letzteren kann auch eine entsprechende Erhöhung der Pflegegelder festgesetzt werden, wenn die Verpflegung und Aufsichtigung des Epileptischen mit ganz besonderen Schwierigkeiten und Kosten verbunden ist.

Für Epileptische der beiden ersten Verpflegungsklassen sind der Anstalt die Aufwendungen für Kleidung und Wäsche und deren Unterhaltung, sowie für die üblichen Erfrischungen — außer dem Pflegegelde — zu erstatten.

§ 9.

Die Pflegegelder sind gleich nach der Aufnahme des Epileptischen bis zum Ablauf des Kalenderquartals — unter Berechnung des Monats zu 30 Tagen und Einrechnung des Tages der Aufnahme — und sodann vierteljährlich im Voraus an die Landeshauptkasse einzuzahlen.

Zur Deckung der Kosten für Bekleidung und Wäsche, sowie für die üblichen Erfrischungen bei Epileptischen der beiden ersten Verpflegungsklassen (§ 8 a. E.) ist bei der Aufnahme ein von dem Anstaltsvorsteher zu bestimmender Vorschuß einzuzahlen, welcher binnen acht Tagen nach der Mittheilung über den verwendeten Betrag in Höhe desselben zu ergänzen ist.

Im Falle des Ausscheidens eines Epileptischen aus der Anstalt sind die Pflegegelder für die Zeit bis zum Ablauf des Monats zu zahlen; der mehr eingezahlte Betrag an Pflegegeldern ist von der Landeshauptkasse, und der nicht verwendete Betrag der für den Ausscheidenden bei der Anstalt eingezahlten Gelder (oben Abs. 2, § 8, Abs. 5 und § 19) dort zurückzuzahlen.

§ 10.

Die von der Anstalt für nicht hilfsbedürftige Epileptische aufgewendeten Begräbniskosten sind nach dem vom Landesdirektor öffentlich bekannt gemachten Pauschalsatz — zur Zeit zwanzig Mark — zu berechnen und, soweit sie durch die für den Verstorbenen eingegangenen, aber noch nicht zur Verwendung gekommenen Pflege- und sonstigen Gelder (§§ 8 und 19) nicht gedeckt werden, aus dem Nachlaß des Verstorbenen bezw. von Demjenigen zu erstatten, welcher zur Zahlung von Pflegegeldern für den Verstorbenen verpflichtet war.

§ 11.

Das Stammvermögen eines Epileptischen, welcher in der Provinz seinen Unterstützungswohnsitz hat, oder im Falle der Hilfsbedürftigkeit von dem Landarmenverbande der Provinz zu unterstützen sein würde, nimmt die Provinz auf die Pflegegelder nicht in Anspruch, ebensowenig auf den durch die Pflegekosten für einen hilfsbedürftigen Epileptischen nicht gedeckten Theil der Pflegegelder, solange auch seitens des Ortsarmenverbandes auf dasselbe für die Pflegekosten nicht zurückgegriffen wird.

Die Einkünfte dieses Vermögens werden von der Provinz nur bei nicht hilfsbedürftigen Pfleglingen, und zwar nur insoweit beansprucht, als dieselben für die nothwendigen Lebensbedürfnisse der von dem Epileptischen zu Zeit seiner Aufnahme unterhaltenen Descendenten, Ascendenten und Geschwister, sowie seines Ehegatten nicht erforderlich sind. Zu welchem Betrage hiernach die Pflegegelder von dem Kranken bezw. aus dessen Einkünften zu entrichten sind

hat der Landesdirektor zu bestimmen, der auch bei veränderten Verhältnissen den Betrag zu ermäßigen oder zu erhöhen befugt ist. Die Ermäßigung der Pflegegelder tritt jedoch nur unter der Bedingung ein, daß das Vermögen des Epileptischen, soweit der Landesdirektor es verlangt, dem Provinzialverbande zur Verwaltung überwiesen wird.

Den aus privatrechtlichen Titeln zur Alimentation des Epileptischen Verpflichteten gegenüber bleibt die Verrechnung des Stammvermögens auf die Pflegegelder vorbehalten. Inwieweit solchen Personen bei beschränkter Leistungsfähigkeit eine — vorbehaltlich des Rechts der Nachforderung in den Nachlaß (§ 12) eintretende — Ermäßigung der Pflegegelder zu gewähren ist, hat der Landesdirektor zu bestimmen.

§ 12.

Bis zu einer anderweiten Beschlußfassung des Provinziallandtages verzichtet der Provinzialverband auf das gesetzliche Erbrecht der Anstalt. Auch soll die Nachforderung der ungedeckt gebliebenen Pflegegelder und Nebenkosten (§ 8) in den Nachlaß des in der Anstalt verstorbenen oder aus derselben entlassenen Epileptischen dann nicht eintreten, wenn Descendenten zurückgeblieben sind. Dies gilt hinsichtlich des die Pflegekosten übersteigenden Betrages der Pflegegelder nur, wenn der Ortsarmenverband in gleicher Weise verfährt.

Erhebt jedoch, daß die Einkünfte des Verstorbenen während seines Aufenthaltes in der Anstalt dem Landesdirektor nicht vollständig offen gelegt waren (§§ 11 und 14), so ist dieser befugt, das auf diese Weise dem Provinzialverbande Entgangene auch Descendenten gegenüber aus dem Nachlaß einzuziehen.

§ 13.

Werden der Anstalt Geschenke oder Vermächtnisse zugewendet, so sind dieselben zu deren Besten nach den von den Gebern getroffenen Bestimmungen zu verwenden, in Ermangelung solcher aber als Kapitalvermögen der Anstalt zinsbar zu belegen, um mit den Zinsen die Einrichtungen derselben zu verbessern, oder den darin befindlichen Epileptischen besondere Annehmlichkeiten zu gewähren (§ 19). Ueber die Verwendung der Zinsen wird im Etat der Anstalt Bestimmung getroffen.

IV. Aufnahme von Epileptischen.

§ 14.

Die Aufnahme hilfsbedürftiger Epileptischer erfolgt nach Maßgabe des zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 erlassenen Reglements (zur Zeit das vom 28. Februar 1893).

Für nicht hilfsbedürftige Epileptische ist die Aufnahme unter Beifügung des ärztlichen Zeugnisses und der Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, wie sie für die Aufnahme hilfsbedürftiger Kranken vorgeschrieben sind, bei dem Landesdirektor nachzusuchen:

- a) von dem handlungsfähigen Kranken selbst, für den nicht handlungsfähigen Kranken jedoch von seinem gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund, Pfleger);

- b) von den zur Vergebung einer Freistelle Berechtigten unter Vorlegung der beglaubigten schriftlichen oder vor einer öffentlichen Behörde abgegebenen Einwilligungserklärung des Kranken bzw. seines gesetzlichen Vertreters oder der Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, daß eine solche Erklärung nicht zu erlangen ist.

Dem Antrag zu a ist ferner beizufügen:

die beglaubigte schriftliche Erklärung des handlungsfähigen Epileptischen — bei Ehefrauen unter Beitritt des Ehemannes — oder eines Dritten, daß er sich verpflichte, alle für den in die gewünschte Verpflegungskategorie der Anstalt Aufzunehmenden in dem Reglement oder durch Bestimmung des Landesdirektors (§ 11, Abs. 2 und 3) festgesetzten Leistungen pünktlich zu erfüllen, und die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, daß nach den gepflogenen Ermittlungen der Erklärende hierzu für vermögend zu erachten ist; auch ist der Taufschein bei getauften und statt desselben der Konfirmationschein bei konfirmirten Epileptischen beizubringen.

Für Epileptische im schulpflichtigen Alter ist dem Aufnahmeantrag noch beizufügen:

- a) der Taufschein bzw. bei Ungetauften die Geburtsurkunde,
 - b) ein Impfschein oder Wiederimpfungschein,
 - c) ein Zeugniß des Pfarrers oder Lehrers über die geistigen Anlagen und die Gemüthsart des Kindes, sowie über den Erfolg des bisher genossenen Unterrichtes und die häusliche Behandlung
- und für lediglich zum Zwecke ihrer Ausbildung aufzunehmende (§ 1 a. E.),
- d) die beglaubigte schriftliche Erklärung ihres Vertreters, daß er sich verpflichte, das Kind bis zu der vom Landesdirektor zu bestimmenden Entlassung in der Anstalt zu belassen.

§ 15.

Ob ein nicht hilfsbedürftiger Epileptischer aufgenommen ist, darüber entscheidet der Landesdirektor nach Anhörung des Anstaltsarztes, falls derselbe aber nicht zugleich Anstaltsvorsteher ist, des ärztlichen Rathes der Provinzialauschusses (Medizinalreferenten) und im Falle der Beschwerde der Provinzialauschusses.

Ein Ausländer darf erst zugelassen werden, wenn die für ihn übernommenen Leistungen (§ 14) ausreichend sicher gestellt sind.

§ 16.

In dringenden Fällen kann der Landesdirektor auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses (§ 14) die vorläufige Aufnahme eines Epileptischen zulassen, wenn im Falle, daß in der von ihm gestellten Frist die Aufnahmeerfordernisse nicht nachgebracht werden sollten, die Kosten der Pflege und der Zurückführung des Kranken ausreichend sicher gestellt sind.

Die gleiche Befugniß steht dem Anstaltsvorsteher zu, jedoch ist derselbe verpflichtet, sofort die Genehmigung des

Landesdirektors einzuholen. Ist der Anstaltsvorsteher nicht zugleich der Anstaltsarzt, so ist derselbe nur unter des letzteren Zustimmung befugt, die vorläufige Aufnahme eines Epileptischen zuzulassen.

§ 17.

Die Ausführung der vom Landesdirektor angeordneten Annahmen richtet sich auch bei nicht hilfsbedürftigen Epileptischen nach den hierfür in dem Reglement zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 getroffenen Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die Aufnahme weiblicher Personen in unzweifelhaft schwangerem Zustande seitens des Anstaltsvorstehers abgelehnt werden darf, und daß die Ergänzung einer mangelhaften Ausstattung bei unterlassener rechtzeitiger Nachlieferung auf Kosten des zur Zahlung der Pflegegelder Verpflichteten seitens der Anstalt erfolgt.

V. Behandlung der Epileptischen.

§ 18.

Nach Maßgabe des Etats sind verschiedene Verpflegungsklassen eingerichtet, in welche die Epileptischen unter Berücksichtigung ihrer früheren Lebensgewohnheiten und ihres Krankheitszustandes, sowie ihrer Vermögensverhältnisse nach der Anordnung des Landesdirektors aufgenommen werden.

Hilfsbedürftige Epileptische sind in die letzte, andere in diejenige Verpflegungsklasse aufzunehmen, für welche die Pflegegelder gezahlt werden. Der Landesdirektor kann jedoch die Versetzung eines Epileptischen in eine höhere Verpflegungsklasse gestatten, wenn dies aus ärztlichen Gründen geboten erscheint.

§ 19.

Auf Grund einer besonderen Vereinbarung mit dem Anstaltsvorsteher, welche vom Landesdirektor genehmigt und jeder Zeit zu widerrufen ist, können einem Epileptischen besondere Leistungen hinsichtlich der Wohnung, Verpflegung oder Wartung gegen Entgelt gewährt werden. Auch ist der Anstaltsvorsteher — bezw. unter Zustimmung des Anstaltsarztes — befugt, für Epileptische zu außerordentlichen Bedürfnissen oder außergewöhnlichen Erfrischungen und zulässigen Genüssen Geldbeträge anzunehmen, über deren Verwendung alsdann am Jahreschlusse dem Epileptischen bezw. dessen Vertreter Mittheilung zu machen ist.

§ 20.

Die männlichen Epileptischen sind von den weiblichen, außerdem die jugendlichen Epileptischen von den erwachsenen bei Tag und Nacht gesondert zu halten.

§ 21.

Die hilfsbedürftigen Epileptischen sind, soweit ihr körperlicher Zustand es gestattet, zu häuslichen und wirtschaftlichen Arbeiten für die Anstalt anzuhalten, an welchen sich auch nicht hilfsbedürftige Kranke betheiligen können. Zum Besten für die im Interesse der Anstalt thätigen Epileptischen kann dem Anstaltsvorsteher

von dem Landesdirektor nach Maßgabe des Etats ein Betrag zur Verfügung gestellt werden.

§ 22.

Die im schulpflichtigen Alter befindlichen Epileptischen haben an dem Schulunterricht, welcher thunlichst das Ziel einer einlässigen Volksschule zu erstreben hat und sich nach dem vom Anstaltsgeistlichen aufzustellenden Lehrplane richtet, regelmäßig Theil zu nehmen, sowie behufs Vorbereitung zur Konfirmation an dem von dem Anstaltsgeistlichen bezw. einem Geistlichen ihrer Konfession zu ertheilenden Religionsunterricht. Im Uebrigen sind sie insbesondere zu solchen Arbeiten anzuhalten, welche ihrer körperlichen Entwicklung förderlich sind.

§ 23.

Die näheren Bestimmungen über die Behandlung der Epileptischen werden durch die Hausordnung und die Dienstabweisungen der Beamten getroffen.

Die Epileptischen sind, so lange sie sich in der Anstalt befinden, den Anordnungen der Anstaltsbeamten und den Vorschriften der Hausordnung unterworfen. Innerhalb dieser wird ihnen indeß jede Freiheit gewährt, welche den Heilzweck nicht gefährdet und mit dem jeweiligen Krankheitszustand, sowie mit des Epileptischen und seiner Umgebung Sicherheit verträglich ist.

Die Kleidung, Speisung und Lagerung der Epileptischen wird durch den Anstaltsetat geordnet.

§ 24.

Gottesdienst und Seelsorge wird den Epileptischen durch den Anstaltsgeistlichen bezw. durch einen Geistlichen ihrer Konfession gewährt. Den Epileptischen mosaischen Glaubens ist die Feier des Sabbaths zu gestatten.

§ 25.

Wird von einer Epileptischen ein Kind in der Anstalt geboren, so hat der Anstaltsvorsteher — abgesehen von der vorgeschriebenen Anzeige an den Standesbeamten — sofort dem etwaigen Vertreter der Mutter, bezw. deren Ehemann, und falls dieselbe als hilfsbedürftig aufgenommen worden, dem endgültig fürsorgepflichtigen Ortsarmenverband Anzeige zu machen und darauf Bedacht zu nehmen, daß das Kind aus der Anstalt entfernt wird, sobald dies ohne Gefahr für Mutter und Kind geschehen kann. Verweigern die Angehörigen der Mutter oder der fürsorgepflichtige Ortsarmenverband die Uebernahme des Kindes, so ist dasselbe dem Ortsarmenverbände, in dessen Bezirk die Anstalt liegt, zur vorläufigen Fürsorge zu übergeben, soweit nicht der Landarmenverband selbst die Fürsorge übernimmt.

§ 26.

Stirbt ein Epileptischer in der Anstalt, so hat die Anstalt — abgesehen von der vorgeschriebenen Anzeige an den Standesbeamten — unverzüglich den Landesdirektor und dem etwa vorhandenen gesetzlichen Vertreter des Verstorbenen bezw. der Ehegatten anzuzeigen. Sofern nicht der gesetzliche Vertreter des Verstorbenen

der Dritte die Beerdigung übernehmen, erfolgt dieselbe zeitens der Anstalt. Alsdann ist, wenn irgend thunlich, den Angehörigen des Verstorbenen über Tag und Stunde der Beerdigung so zeitig Mittheilung zu machen, daß dieselben er Beerdigung beiwohnen können.

VI. Entlassung der Epileptischen.

§ 27.

Die Entlassung hülfsbedürftiger Epileptischer erfolgt nach Maßgabe des Reglements zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891.

Im Uebrigen hat der Anstaltsvorsteher auf Verlangen des handlungsfähigen Epileptischen oder des gesetzlichen Vertreters des handlungsunfähigen Epileptischen sofort die Entlassung zu bewirken.

Außerdem ist jeder Epileptische auf Anordnung des Landesdirektors aus der Anstalt zu entfernen, welcher nach dem Urtheil des Anstaltsarztes oder, falls derselbe nicht Anstaltsvorsteher ist, des Medizinalreferenten dauernd einer Geisteskrankheit oder Idiotismus verfallen ist. Dasselbe gilt für erwachsene Epileptische, welche einer Anstaltspflege nicht mehr bedürftig sind.

§ 28.

Jugendliche Epileptische, welche lediglich zum Zwecke ihrer Ausbildung aufgenommen worden sind, einer Anstaltspflege also nicht bedürfen, sind nach der Einsegnung zu entlassen. Mädchen können jedoch noch längstens zwei Jahre nach ihrer Einsegnung mit Genehmigung des Landesdirektors in der Anstalt verbleiben.

§ 29.

Außer dem Falle einer widerruflichen oder vorläufigen Aufnahme (§§ 1 Abs. 2 und 16) kann die Entlassung eines nicht hülfsbedürftigen Epileptischen vom Landesdirektor anordnet werden:

- a) wenn der Kranke aufgehört hat, Angehöriger der Provinz zu sein, oder für denselben die Pflegegelder nicht pünktlich gezahlt werden;
- b) wenn in der Anstalt Mangel an Raum zur Aufnahme der hülfsbedürftigen Epileptischen einzutreten droht; jedoch soll aus diesem Grunde zunächst die Zurücknahme derjenigen Epileptischen erfolgen, welche am wenigsten einer Anstaltspflege bedürfen.

§ 30.

Die Zurücknahme eines Epileptischen (§§ 27—29) muß in der zu dessen Schutze vom Anstaltsvorsteher — bzw. in Uebereinstimmung mit dem Anstaltsarzt — für erforderlich erklärten Weise erfolgen. Auf Verlangen ist eine Entlassungsbescheinigung zu erteilen.

§ 31.

Der Anstaltsvorsteher ist befugt, einen nicht hülfsbedürftigen Epileptischen versuchsweise zu entlassen, dessen Einsegnung nach dem Urtheil des Anstaltsarztes zwar wahrscheinlich, jedoch noch nicht sicher ist, aber voraussichtlich sich

auch außerhalb der Anstalt vollenden wird, und ihn innerhalb Jahresfrist oder der etwa von dem Landesdirektor verlängerten Frist wieder aufzunehmen. Mit Ablauf der Frist gilt die Entlassung als endgültig.

Von der Entlassung wie von der Wiederaufnahme ist dem Landesdirektor unverzüglich Anzeige zu machen. Während der Epileptische sich außerhalb der Anstalt befindet, sind Pflegegelder nicht zu zahlen.

§ 32.

Den hülfsbedürftigen Epileptischen sind bei der Entlassung die unentbehrlichsten Bekleidungsgegenstände, wenn sie eigene brauchbare nicht besitzen, aus den Vorräthen der Anstalt unentgeltlich zu verabreichen.

Hülfsbedürftigen Kindern sind bei ihrer Entlassung (§ 28) solche Bekleidungsgegenstände mitzugeben, wie sie die Zöglinge der Schul- und Erziehungsanstalt zu Strausberg bei ihrer Entlassung erhalten.

§ 33.

Von der endgültigen Entlassung eines Epileptischen ist vom Anstaltsvorsteher dem Landesdirektor unverzüglich Anzeige zu machen.

§ 34.

Dieses Reglement tritt mit dem 1. April 1894 in Kraft.

Vorstehendes Reglement ist von dem Brandenburgischen Provinziallandtage in der Sitzung am 22. Februar 1894, vorbehaltlich der Genehmigung der Herren Ressortminister, beschlossen worden.

Berlin, den 22. Februar 1894.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.
von Levetzow.

J.-No. 6396 A.

Vorstehendes Reglement wird auf Grund des § 120 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 hierdurch genehmigt.
22. März 1881

Berlin, den 17. Mai 1894.

(L. S.)

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

In Vertretung:
Braunbehrens.

Im Auftrage:
Winter.

Genehmigung:
R. d. S. I B. 3718.
R. d. g. A. G. I 6009.

Amtsblatt

**der Königl.ichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.**

Stück 26.

Den 29. Juni

1894.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Regierungs-Präsidenten.

138. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Mai 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.
	Oberr. N. N.	Unterr. N. N.	Über Wasser.	Unter Wasser.		Über Wasser.	Unter Wasser.	Über Wasser.	Unter Wasser.	
	Meter.	Meter	Meter	Meter		Meter	Meter	Meter	Meter	
1	32,30	30,90	2,42	0,98	1,22	2,08	1,78	1,74	1,42	2,20
2	32,34	30,84	2,42	0,98	1,22	2,10	1,76	1,74	1,42	2,22
3	32,30	30,90	2,44	0,98	1,22	2,08	1,76	1,74	1,42	2,26
4	32,30	30,94	2,44	1,00	1,22	2,06	1,74	1,74	1,42	2,34
5	32,28	30,88	2,38	1,04	1,24	1,90	1,70	1,74	1,42	2,44
6	32,30	30,92	2,40	0,96	1,27	2,10	1,76	1,72	1,40	2,58
7	32,30	30,92	2,44	1,04	1,25	2,10	1,76	1,72	1,40	2,60
8	32,28	30,92	2,42	1,02	1,25	2,08	1,76	1,72	1,40	2,64
9	32,28	30,86	2,44	1,00	1,25	2,10	1,76	1,72	1,40	2,70
10	32,30	30,94	2,42	0,98	1,23	2,10	1,76	1,70	1,38	2,68
11	32,28	30,94	2,46	0,96	1,22	2,10	1,76	1,70	1,38	2,62
12	32,30	30,82	2,44	0,92	1,22	2,10	1,74	1,70	1,38	2,52
13	32,30	30,82	2,48	0,86	1,20	2,10	1,72	1,70	1,38	2,48
14	32,26	30,80	2,48	0,86	1,20	2,10	1,70	1,70	1,38	2,40
15	32,28	30,78	2,50	0,86	1,19	2,10	1,70	1,70	1,38	2,36
16	32,28	30,78	2,48	0,88	1,18	2,08	1,70	1,70	1,38	2,32
17	32,28	30,76	2,48	0,86	1,17	2,08	1,70	1,68	1,36	2,28
18	32,30	30,76	2,50	0,84	1,16	2,06	1,68	1,68	1,36	2,26
19	32,28	30,66	2,44	0,84	1,15	2,06	1,68	1,68	1,36	2,22
20	32,32	30,66	2,40	0,76	1,12	2,04	1,66	1,68	1,36	2,18
21	32,30	30,76	2,42	0,82	1,10	2,04	1,64	1,66	1,34	2,16
22	32,30	30,68	2,44	0,74	1,09	2,02	1,64	1,64	1,32	2,14
23	32,30	30,68	2,44	0,74	1,08	2,00	1,62	1,64	1,32	2,10
24	32,32	30,70	2,38	0,76	1,07	2,02	1,60	1,62	1,30	2,06
25	32,32	30,78	2,42	0,70	1,05	2,02	1,60	1,60	1,28	2,04
26	32,30	30,76	2,38	0,76	1,03	2,00	1,58	1,60	1,28	2,02
27	32,30	30,70	2,36	0,76	1,04	1,92	1,52	1,60	1,28	1,98
28	32,30	30,68	2,40	0,72	1,05	2,00	1,50	1,58	1,26	1,98
29	32,32	30,72	2,38	0,78	1,04	2,04	1,46	1,56	1,24	1,98
30	32,32	30,68	2,38	0,78	1,05	2,04	1,44	1,54	1,22	1,98
31	32,30	30,76	2,40	0,74	1,06	2,04	1,44	1,52	1,20	1,98

Potsdam, den 19. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Nachweisung über den Niederschlag an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Mai 1894.

139. Nachstehende Nachweisungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Potsdam, den 17. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Kommune	Name der Sparkasse	Jahr der Gründung der Sparkasse	Zahl der Sparkassen		Gesamtvermögen		Vermögen der Sparkassen		Summe während der Periode
			1871	1880	1871	1880	1871	1880	
1	Angermünde	1880	—	—	1,00	3000	114 89	91	4175 05
2	Beltzig	1885	—	—	1,00	unbest.	372089	26	12187 13
3	Beichenhain	1859	—	—	1,00	best.	680067	03	23002 25
4	Brandenburg a. H.	1830	—	—	1,00	3000	5005889	89	148803 08
5	Charlottenburg	1857	—	3	1,00	3000	1023471	14	50210 03
6	Kremmen	1886	—	—	1,00	1500	245283	80	3191 02
7	Labue	1877	—	—	0,50	unbest.	1013249	72	35372 25
8	Eberwalde	1877	—	—	0,50	best.	3243187	13	86463 41
9	Nehrbellin	1857	—	—	1,00	best.	575331	50	18273 19
10	Havelberg	1848	—	—	1,00	unbest.	3611915	20	102678 90
11	Jüterbog	1878	—	—	1,00	1500	307394	93	10367 67
12	Regin	1880	—	—	1,00	1200	307204	83	8645 08
13	Krözig	1880	—	—	1,00	3000	97262	53	2719 88
14	Penzen	1854	—	—	0,50	900	754144	50	23838
15	Landow	1892	—	—	1,00	3000	—	—	—
16	Ludenwalde	1844	—	—	1,00	3000	913191	63	26666 48
17	Rauen	1857	—	—	1,00	3000	231600	50	74991 92
18	Niemegk	1883	—	—	1,00	3000	172761	93	6045 55
19	Dramburg	1849	—	—	1,00	3000	91506	36	3031 68
20	Perleberg	1854	—	—	1,00	3000	197846	—	56632 27
21	Plaue	1857	—	—	1,00	1500	182388	73	4971 15
22	Petersdam	1840	—	—	1,00	2000	3168779	49	155288 82
23	Prenzlau	1898	—	—	1,00	2000	321950	01	10608 85
24	Prißwalf	1882	—	—	0,50	3000	364326	27	11304 05
25	Puck	1884	—	—	1,00	unbest.	151558	24	4957 26
26	Rathenow	1852	—	2	1,00	3000	749194	61	24509 06
27	Reh-Ruppin	1857	—	—	1,00	3000	134300	78	4261 95
28	Schwedt	1830	—	—	1,00	unbest.	2724307	18	73223 64
29	Spandau	1852	—	—	1,00	1500	5586706	42	177071 93
30	Straßburg u. W.	1857	—	—	0,50	2000	620117	52	19843 54
31	Strausberg	1872	—	—	1,00	unbest.	115381	08	33303 16
32	Trenckfurt	1851	—	—	1,00	1200	98375	86	32003 46
33	Werder	1886	—	—	1,00	3000	340065	27	8482 91
34	Wilsnack	1874	—	—	1,00	1000	634844	30	20926 14
35	Wittenberge	1862	—	—	0,50	3000	970003	96	32152 59
36	Wustrow	1849	—	—	1,00	unbest.	1206382	39	36205 96
37	Witzen	1878	—	—	0,50	1500	418115	35	138561 49
38	Wusterhausen	1886	—	—	1,00	3000	264842	87	8833 35
39	Zehdenick	1888	—	—	1,00	unbest.	817310	55	16515 89
40	Belten (Angermünde)	1857	—	—	1,00	1000	261543	50	8501 59
41	Angermünde	1850	—	9	0,50	unbest.	4187100	26	148696 99
42	Berlin (N. Barn)	1857	—	18	1,00	best.	7166476	26	207469 46
43	Freienwalde a. D.	1851	—	12	1,00	2000	6275944	29	206962 48
44	Beeskow	1855	5	—	1,00	1000	3540622	38	115505 33
45	Rathenow	1857	11	—	1,00	3000	1949183	28	65270 55
46	Jüterbog	1848	—	6	1,00	unbest.	10830743	13	351772 67
47	Prenzlau	1842	—	2	0,50	best.	4654374	75	148119 01
48	Krözig	1856	5	—	1,00	9000	2181116	47	67431 24
49	Reh-Ruppin	1848	—	6	1,00	1500	5262828	89	168438 27
50	Berlin (Feldow)	1858	—	22	0,50	unbest.	1692953	62	326133 14
51	Templin	1878	—	—	0,50	6000	122089	14	35039 71
52	Beltzig	1858	—	3	1,00	3000	1361196	31	43755 15

7. des abgelaufenen Jahres	8. Ausgabe während des abgelaufenen Rechnungsjahres für zurückgegebene Einlagen	9. Betrag der Ein- lagen nach dem Abschlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	10. Betrag des Ge- parat- oder Spar- fonds. (§ 12 des Reglements vom 12. Decbr. 1833.)	11. Betrag des Reserve- fonds, wie er am Schlusse des abgelaufenen Rechnungs- jahres zu Buche stand	12. Betrag der Zins- abzehrung des abgelaufenen Rechnungsjahres.	13. Betrag des eigentlichen Reinvermögens der Kasse
M. 1837	M. 1837	M. 1837	M. 1837	M. 1837	M. 1837	M. 1837
87556 87	67128 23	139223 60	—	2964 51	1137 38	—
144439 97	93910 34	432796 63	—	8246 97	3655 18	—
142512 93	102127 87	743544 34	—	38952 67	8363 76	—
1419733 79	1377386 25	5497040 48	—	541926 66	72844 18	—
977829 81	604373 09	2047140 89	—	4374 62	19751 12	—
121380 34	77447 72	299407 44	—	1781 97	2341 75	—
246846 84	201383 25	1124085 36	—	68873 26	10940 76	—
1307261 33	1262306 69	3374605 18	—	156201 82	25869 23	—
133180 84	116212 52	610573 31	—	15460 81	6076 14	—
1121881 45	1132696 25	3736779 30	—	417762 32	51465 19	—
108135 65	75266 93	350571 32	—	24043 97	4438 53	—
92601 48	76720 29	331731 10	—	11302 27	3356 —	—
30621 42	31743 32	98860 51	—	2183 65	407 72	—
204410 35	206257 81	776135 04	—	86626 13	4319 37	—
14027 50	770 —	13257 50	—	243 13	47 52	—
226007 31	181143 17	984724 93	—	40801 01	13641 65	—
465626 77	398580 83	2468247 36	—	235090 54	24780 21	—
61284 06	35972 33	205019 —	—	3067 91	1870 68	—
50703 25	31257 09	113984 26	—	2254 72	—	—
433260 71	485655 77	1982683 24	—	229388 11	25301 88	—
40670 44	50400 99	177629 33	—	11348 36	2616 97	—
1655800 59	1368691 50	5611477 40	—	518449 18	63626 09	—
120143 11	83749 39	358352 08	—	2414 13	5437 13	—
204586 03	160629 11	119587 24	—	11134 87	3943 12	—
58561 58	51228 17	161180 81	—	361 14	1248 55	—
183789 24	164187 58	793305 33	—	83240 31	8707 56	—
47613 05	36792 90	149472 42	—	2204 12	931 22	—
629577 65	529857 18	2897311 59	—	260525 11	22884 56	—
1288426 62	1075426 63	3971677 12	—	549088 50	80267 74	—
154504 52	132918 28	661577 40	—	14493 97	3427 03	—
327247 47	281166 93	1225861 86	—	98088 17	13007 90	—
215395 59	213735 55	10119 90 90	—	117305 13	20350 81	—
119304 26	66300 29	307642 95	—	2683 29	3778 99	—
169962 10	18187 56	18111 07	—	53347 61	3238 41	—
258745 76	210102 68	1051289 63	—	28466 17	8993 14	—
484994 64	497207 90	1280672 29	—	148749 87	14837 56	—
44328 66	92330 13	478778 05	—	22776 64	3663 59	—
148457 08	190886 70	331056 53	—	3882 58	3051 18	—
274844 06	269452 45	838818 03	—	27108 27	9382 72	—
95767 17	63176 —	20946 18	—	10483 89	3390 70	—
1056721 47	84168 61	1741410 07	—	261187 58	20892 98	—
1520973 87	1261728 72	7573130 57	—	658390 98	104602 38	—
1480657 80	1362282 25	604182 22	—	521 50 00	6460 35	—
729475 67	60769 21	3758837 15	—	360317 3	44677 60	—
586207 37	464366 83	2136294 37	—	104235 19	12778 80	—
1908031 46	1704344 19	11386202 36	—	1041922 98	195563 30	—
940669 11	794776 77	99285 11	—	240369 06	31612 11	—
749024 20	401002 13	2396599 45	—	235843 11	19218 4	—
1208730 84	1129256 198	500716 9	—	59946 88	39739 73	—
4247784 46	3336625 6	12164245 66	—	578236 98	113711 89	—
252826 08	186936 36	1321218 57	—	62814 75	15704 4	—
247109 —	202179 11	1449881 05	—	133349 62	10941 08	—

Reihe Nr.	1. Demut der Sparkasse.	14. Aus dem Reservefonds sind zu öffentlichen Zwecken verwendet:		15. im abgelaufenen Rechnungsjahre.		16. Zinsen, welche die Kassen	
		seit dem Bestehen der Kassen.				für Einlagen gewährt	für ausgeliehene Kapitalien erhalten
		M.	Pf.	M.	Pf.	Prozent.	Prozent.
1	Angermünde	—	—	—	—	3 1/2	4—5
2	Belzig	—	—	—	—	3 1/2	4—5
3	Biesenthal	—	—	—	—	3 1/2	4—5
4	Brandenburg a. H.	266328	94	—	—	3	3 1/2—4 1/2
5	Charlottenburg	—	—	—	—	3	3—4 1/2
6	Kremmen	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5
7	Dahme	—	—	—	—	3 1/2	4—6
8	Eberswalde	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5
9	Fehrbellin	—	—	—	—	3 1/2	4 u. 4 1/2
10	Havelberg	316852	—	34738	—	3	3,92
11	Jüterbog	—	—	—	—	3 1/2	4—6
12	Regin	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5
13	Ryris	—	—	—	—	3 1/2	4—5
14	Lenzen	91789	03	9115	15	3 1/2	3—4 1/2
15	Lindow	—	—	—	—	3 1/2	4—5
16	Ludenwalde	—	—	—	—	3 1/2	4 1/4
17	Nauen	76124	95	—	—	3 1/2	3 1/2—5
18	Niemegf	—	—	—	—	3 1/2	4—5
19	Oranienburg	—	—	—	—	3 1/2	4—4 1/2
20	Persberg	151973	64	14200	—	3	3 1/2—4
21	Plaue	—	—	—	—	3	4—5
22	Potsdam	139059	50	—	—	3	3 3/4
23	Prenzlau	—	—	—	—	3 1/2	3—4 1/2
24	Prignitz	—	—	—	—	3 1/2	4—5
25	Pullitz	—	—	—	—	3 1/2	4 1/4—5
26	Rathenow	28351	21	—	—	3 1/2	4—4 1/2
27	Neu-Ruppin	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5
28	Schwedt	307713	05	8300	—	3 1/2	3 1/2—4
29	Spandau	220082	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5
30	Strasburg u. M.	—	—	—	—	3 1/2	4—5
31	Strasberg	—	—	—	—	3 1/2	3—6
32	Trennbecken	27943	20	—	—	3 1/2	3 1/2—4 1/2
33	Werder	—	—	—	—	3 1/2	4 1/2
34	Wilsnack	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—4 1/2
35	Wittenberge	24162	65	—	—	3 1/2	3 3/4—5
36	Wittstock	58055	10	3555	10	3	3 1/2—4
37	Wriezen	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—6
38	Wusterhausen a. D.	—	—	—	—	3 1/2	4—5
39	Zehdenick	—	—	—	—	3	3—4 1/2
1	Belien (Landgemeinde-Kasse)	—	—	—	—	3 1/2	4—5
1	Angermünde	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2 u. 4
2	Berlin (N. Barn.)	—	—	—	—	3	3 1/2—4 1/2
3	Freienwalde a. D.	97000	—	14000	—	3 1/2	3,92
4	Beesow	60060	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5
5	Rathenow	—	—	—	—	3 1/2	3—4 1/2
6	Jüterbog	246959	32	—	—	3 1/2	3—6
7	Prenzlau	135790	17	—	—	3 1/2	3—4
8	Ryris	—	—	—	—	3 1/2	3—5
9	Neu-Ruppin	42083	93	—	—	3 1/2	3 1/2—5
10	Berlin (Teltow)	68281	87	1981	—	3	3,77
11	Templin	—	—	—	—	3	3,72
12	Belzig	—	—	—	—	3 1/2	3 1/2—5

17.		18.	19.	20.	21.	22.	23.
An Sparcassen-Vorweisen (oder Obligationen v.)							
wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahreschlusse im Umlaufe mit Einlagen					
angef. St.	zurückgen. St.	bis 60 M. einschl. St.	von über 60 bis 150 M. einschl. St.	von über 150 bis 300 M. einschl. St.	von über 300 bis 600 M. einschl. St.	von über 600 M. St.	über- haupt. St.
64	75	353	82	51	49	55	590
197	98	460	225	188	157	196	1226
178	78	427	239	215	245	364	1490
2813	2495	4016	2977	2595	2602	2742	15022
2549	1086	3059	1448	1061	987	915	7470
244	46	366	236	165	150	163	1080
251	123	679	373	256	292	508	2108
874	366	2743	1054	786	831	1356	6770
261	234	584	478	352	347	291	2052
701	593	2233	1334	1168	1216	1764	7715
182	92	309	196	122	107	166	900
182	118	270	237	194	165	164	1030
47	19	76	46	28	41	43	234
170	158	492	306	280	366	543	1987
69	2	30	18	8	6	5	67
311	172	742	402	382	390	454	2370
835	586	2930	1908	1373	977	856	8044
134	47	339	207	136	125	88	895
180	59	187	100	68	62	52	469
729	656	1792	1180	1130	1270	940	6312
94	90	336	169	121	92	90	808
2894	1812	8029	4055	3161	2917	3011	21173
296	110	506	294	208	159	177	1344
250	122	531	252	198	170	167	1318
101	38	89	64	46	51	88	338
288	233	1247	597	448	426	367	3085
116	85	319	109	83	58	69	638
604	432	1087	757	654	835	1581	4914
2707	1725	5107	2893	2388	2666	3586	16640
234	168	559	396	353	321	331	1960
425	298	848	444	432	440	651	2815
312	255	633	567	548	535	534	2817
221	77	398	193	141	149	147	1028
223	124	595	383	304	327	442	2051
527	164	1602	679	515	485	502	3783
467	275	1969	931	690	626	608	4824
164	148	425	245	202	203	233	1308
205	78	381	165	171	102	151	970
310	138	781	400	345	311	384	2221
190	58	333	221	163	147	136	1000
1055	681	3116	1901	1483	1419	1205	9124
2433	1573	5502	3644	2938	3205	3837	19126
1497	1125	4287	2334	1909	2071	3386	13987
850	462	2320	1380	1271	1374	1840	8185
800	425	2517	1424	1205	974	955	7075
1988	1245	5739	3681	3394	3689	5792	22295
1028	769	2460	2014	1810	1807	2498	10589
776	519	1810	1145	1038	888	1048	5929
2341	1618	4784	3595	2943	2881	2653	16856
5558	3221	10262	6224	4903	4872	5821	32082
397	102	1158	658	555	534	663	3568
466	352	851	809	798	809	715	3982

Vertheilung	1	24	25	26		27	
				in Sparkassen		Von den Vermögern der	
				auf flüssige Grundstücke		auf den im Jahre 1890 lautenden Bauspar-	
				in Mk.	in Pf.	in Mk.	in Pf.
1	Angermünde	94050	—	15300	—	2000	1865
2	Belzig	103662	50	27349	70	—	—
3	Biesenthal	363950	—	58459	—	288575	292174
4	Brandenburg a. H.	245974	80	362808	66	2704500	2710194
5	Charlottenburg	1281350	—	—	—	724500	682965
6	Kremmen	18100	—	120375	—	50600	89773
7	Dahme	732597	—	211974	90	30560	32456
8	Eberswalde	1567043	—	88203	16	1437750	1138113
9	Fehrbellin	174250	—	212293	64	138600	147955
10	Havelberg	957664	11	971051	38	1212000	1248109
11	Jüterbog	198057	58	68875	—	32000	33962
12	Regin	167250	—	16200	—	56000	54296
13	Ryrie	82660	—	1800	—	—	—
14	Senftenberg	110372	34	366865	16	312900	336084
15	Senden	7850	—	—	—	—	—
16	Eisenwalde	906990	—	47875	—	37200	33901
17	Nauen	806112	99	322505	—	1052000	1060129
18	Niemeg	60242	97	67275	75	33000	34064
19	Oranienburg	45760	—	13000	—	52100	55616
20	Perleberg	835925	—	391125	—	590500	595984
21	Piane	119950	—	5550	—	47100	48377
22	Potsdam	2132325	—	—	—	3550450	2611912
23	Prenzlau	203600	—	29400	—	112000	108977
24	Prignitz	142950	—	88950	—	81200	86283
25	Putzig	27995	26	50060	—	26025	28414
26	Rathenow	292300	—	4500	—	401700	415930
27	Neu-Ruppin	96550	—	1200	—	45000	48253
28	Schwedt	1813834	95	108175	—	1114375	1127343
29	Spandau	3761211	94	424775	—	2113300	2242845
30	Strasburg H. M.	315851	21	41500	—	239050	252880
31	Strasberg	671148	32	230541	—	200000	193250
32	Treuenbriegen	241325	—	150475	—	701750	723282
33	Werder	111100	—	23000	—	75000	76484
34	Wilensdorf	166790	—	401100	—	71350	71532
35	Wittenberge	673595	—	—	—	188800	197058
36	Wittstock	784230	—	188750	—	356000	367694
37	Wriezen	180525	—	30000	—	213000	225646
38	Wusterhausen a. D.	197471	85	80000	20	28000	31678
39	Zeitz	416028	—	203700	—	224100	225628
40	Belien (Landgemeinde a. H.)	—	—	130000	—	8000	5395
41	Angermünde	1498850	—	970500	—	1885525	1886030
42	Berlin (H. Pann.)	707150	—	234150	66	447900	5629730
43	Kremsdamm a. D.	2847550	—	155120	—	225100	2221468
44	Beeskow	117803	—	102102	—	204200	2039720
45	Rathenow	142100	—	190000	—	307500	325479
46	Jüterbog	1274003	80	2078018	48	394000	3866091
47	Prenzlau	302540	—	92060	—	4875650	4760969
48	Ryrie	121830	—	370070	—	1487100	1543142
49	Neu-Ruppin	820200	—	121120	—	260000	2611155
50	Berlin (Feldow)	400900	—	183000	—	7114225	7496245
51	Templin	75550	—	62000	—	965300	954502
52	Belzig	224850	86	510114	86	629075	632479

27.		28.		29.		30.		31.		32.	
Spalten 9 bis 13) sind aus der Anlage:											
auf Schuldzinsen				gegen Wechsel		gegen Ausland		bei öffentlichen Anstalten und Korporationen		überhaupt (Anlagevariante zum Vergleich)	
ohne Kürzung	mit Kürzung	ohne Kürzung	mit Kürzung	92	93	92	93	92	93	92	93
—	—	19900	—	7000	—	—	—	—	—	135720	—
—	—	13955	—	—	—	27824	80	12000	—	433502	—
—	—	21700	31	—	—	—	—	28050	—	764093	70
—	—	—	—	—	—	—	—	172225	—	15687202	66
—	—	—	—	—	—	—	—	75229	40	2039545	20
—	—	—	—	56400	—	—	—	11300	—	295945	40
—	—	—	—	111711	—	40283	—	6000	—	1135021	90
—	—	316160	—	110004	—	18100	—	25510	10	3563434	20
—	—	31751	—	—	—	22055	—	51900	—	640205	14
—	—	43200	—	43800	—	2090	—	772240	—	4068062	19
—	—	—	—	54107	—	—	—	—	—	355002	05
—	—	—	—	10100	—	1020	—	80000	—	335166	—
10500	—	—	—	—	—	2100	—	—	—	97060	—
—	—	15010	70	—	—	202950	—	18782	30	843711	81
—	—	1150	—	—	—	5900	—	—	—	14900	—
—	—	—	—	1700	—	—	—	—	—	990466	60
—	—	12878	—	—	—	22150	—	438164	10	2663339	34
—	—	27247	65	—	—	—	—	4000	—	201827	40
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	115316	75
—	—	—	—	—	—	—	—	338300	—	2164631	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	184377	—
—	—	—	—	—	—	—	—	355200	—	6099437	20
—	—	—	—	—	—	22500	—	—	—	364477	—
—	—	33895	70	25050	—	10510	—	57120	—	420109	20
24100	—	—	—	25050	—	3300	—	—	—	158961	31
—	—	—	—	—	—	—	—	143600	—	856320	—
—	—	—	—	—	—	1400	—	—	—	147493	75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3049353	70
—	—	17050	—	—	—	161700	—	33398	94	6431981	13
—	—	2450	—	—	—	6500	—	37560	—	658981	96
—	—	—	—	57914	—	6900	—	128750	—	1294002	82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1115082	85
—	—	24000	—	—	—	—	—	34600	—	290281	80
—	—	7500	—	—	—	100	—	51965	—	723067	90
—	—	—	—	—	—	3000	—	225350	—	1099003	30
—	—	—	—	—	—	32120	—	34954	—	1408448	15
40660	—	—	—	4500	—	—	—	—	—	480671	25
—	—	—	—	19494	80	—	—	—	—	329199	45
—	—	—	—	—	—	—	—	10700	—	557656	60
—	—	76100	—	31031	—	3500	—	68000	—	309029	15
—	—	218100	—	—	—	7500	—	204875	10	4854555	50
—	—	—	—	—	—	—	—	145150	74	8180256	40
—	—	—	—	—	—	—	—	75100	—	7070368	55
—	—	145293	—	—	—	39710	—	1037353	09	4111981	24
—	—	22500	—	—	—	20000	—	103260	—	2205239	80
—	—	—	—	70417	—	—	—	2046955	28	12296385	66
—	—	18700	—	—	—	—	—	—	—	5173339	10
—	—	145182	05	—	—	108350	—	50407	—	2588681	90
—	—	127167	60	—	—	92407	—	1609370	11	5903826	71
—	—	—	—	—	—	—	—	4504950	35	12594009	08
—	—	—	—	—	—	—	—	260840	—	1353492	51
—	—	3000	—	—	—	80052	—	96197	01	1543724	46

Kaufende №	1. Domizil der Erfassste.	33.		34.		35.		36.		37.	
		Im abgelaufenen Rechnungsjahre im Wege der Zwangsversteigerung erworbene Immobilien:				Werth sämtl. hierher erwor- benen Mobilien am Schlusse des Rechnungsjahres		Betrag des baaren Kassenbestandes am Schlusse des Rechnungsjahres.		Betrag der Ver- waltungskosten im abgelaufenen Rechnungs- jahre.	
		Erwerbspreis. M.	Pf.	Hypothekendar- lehen haltende Erfassungsgründe. M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Angermünde	—	—	—	—	—	—	3468	41	100	—
2	Belzig	—	—	—	—	—	—	7541	62	557	70
3	Biesenthal	55	24	2400	—	—	—	18403	31	501	91
4	Brandenburg a. H.	—	—	—	—	—	—	53144	58	6822	32
5	Charlottenburg	—	—	—	—	1779	74	10097	81	6684	32
6	Kreimmen	—	—	—	—	—	—	7022	98	1014	05
7	Dahme	—	—	—	—	1000	—	57936	92	2155	35
8	Eberswalde	—	—	—	—	1800	—	114397	59	9512	97
9	Fehrbellin	—	—	—	—	500	—	14918	63	1115	90
10	Havelberg	—	—	—	—	3246	50	86479	43	7372	14
11	Jüterbog	—	—	—	—	—	—	19396	11	930	63
12	Regin	—	—	—	—	—	—	7867	37	771	82
13	Ryritz	—	—	—	—	—	—	3984	16	7	75
14	Reizen	—	—	—	—	945	—	19016	36	1000	—
15	Rindow	—	—	—	—	200	—	1648	15	—	—
16	Rudenwalde	—	—	—	—	—	—	35056	34	1131	10
17	Rauen	—	—	—	—	1100	—	39998	56	4419	05
18	Riemegf	—	—	—	—	—	—	6259	51	516	05
19	Oranienburg	—	—	—	—	—	—	922	17	—	—
20	Perskeberg	—	—	—	—	412	27	47440	32	3148	74
21	Plaue	—	—	—	—	—	—	1258	16	535	15
22	Potsdam	—	—	—	—	—	—	30189	38	11943	13
23	Prenzlau	—	—	—	—	470	25	7389	21	39	25
24	Prigwall	—	—	—	—	—	—	10612	91	1156	25
25	Pulitz	—	—	—	—	—	—	5874	36	433	65
26	Rathenow	—	—	—	—	38	—	20225	64	2106	56
27	Neu-Ruppin	—	—	—	—	—	—	4097	89	4	50
28	Schwedt	—	—	—	—	—	—	57508	—	4559	25
29	Spandau	—	—	—	—	1200	—	179694	49	9804	95
30	Straßburg N.-M.	—	—	—	—	—	—	17362	29	2224	40
31	Strausberg	—	—	—	—	—	—	27918	40	5033	40
32	Treuenbrücken	—	—	—	—	—	—	7619	44	1144	94
33	Werder	—	—	—	—	—	—	22727	73	173	—
34	Wilknach	—	—	—	—	300	50	9077	65	681	30
35	Wittenberge	—	—	—	—	1036	10	19214	10	4106	02
36	Wittstock	—	—	—	—	550	—	20674	01	2482	46
37	Wriezen	—	—	—	—	—	—	19925	94	1115	47
38	Wusterhausen a. D.	—	—	—	—	1185	13	5877	15	995	35
39	Zehdenick	—	—	—	—	600	—	7699	47	1695	25
1	Belten (Landgemeind.)	—	—	—	—	670	—	9169	30	734	16
1	Angermünde	—	—	—	—	800	—	116871	55	6109	08
2	Berlin (N.-Barn.)	—	—	—	—	2316	—	50607	31	21112	63
3	Freienwalde a. D.	—	—	—	—	—	—	41077	28	9644	70
4	Beeskow	—	—	—	—	1200	—	7919	97	5190	53
5	Rathenow	—	—	—	—	—	—	35289	86	5421	62
6	Jüterbog	3060	—	4500	—	2430	—	124461	48	18422	84
7	Prenzlau	—	—	—	—	—	—	15416	39	18966	23
8	Ryritz	—	—	—	—	487	50	46760	66	5657	06
9	Neu-Ruppin	—	—	—	—	—	—	32052	66	11409	94
10	Berlin (Teltow)	—	—	—	—	10575	—	95314	39	27224	26
11	Templin	—	—	—	—	1950	—	28559	31	2650	45
12	Belzig	—	—	—	—	1097	60	39506	21	4535	72

Die Summen der vorseitigen Nachweisungen betragen

- a. bei den Städtischen Sparkassen in Spalte 3: 12, in Spalte 5: 46293951,72 M., in Spalte 6: 1517252,29 M., in Spalte 7: 13735784,12 M., in Spalte 8: 12077399,09 M., in Spalte 9: 49469589,04 M., in Spalte 11: 3865908,90 M., in Spalte 12: 554604,49 M., in Spalte 14: 1708435,27 M., in Spalte 15: 69908,25 M., in Spalte 17: 21409 und 13475 Stück, in Spalte 18: 47529 Stück, in Spalte 19: 26639 Stück, in Spalte 20: 21566 Stück, in Spalte 21: 21348 Stück, in Spalte 22: 24784 Stück, in Spalte 23: 141866 Stück, in Spalte 24: 23177876,82 M., in Spalte 25: 5715437,55 M., in Spalte 26: 18627425 M. und 18914677,89 M., in Spalte 27: 74600 M., in Spalte 28: 582877,38 M., in Spalte 29: 502784,80 M., in Spalte 30: 394692,30 M., in Spalte 31: 3153148,90 M., in Spalte 32: 52516095,64 M., in Spalte 33: 55,24 M., in Spalte 34: 2400 M., in Spalte 35: 16363,49 M., in Spalte 36: 1029946,55 M., in Spalte 37: 97996,08 M.;
- b. bei den Landgemeinde-Sparkassen in Spalte 5: 264543,50 M., in Spalte 6: 8801,59 M., in Spalte 7: 95767,17 M., in Spalte 8: 63176 M., in Spalte 9: 305936,26 M., in Spalte 11: 10483,69 M., in Spalte 12: 3590,70 M., in Spalte 17: 190 und 58 Stück, in Spalte 18: 333 Stück, in Spalte 19: 221 Stück, in Spalte 20: 163 Stück, in Spalte 21: 147 Stück, in Spalte 22: 136 Stück, in Spalte 23: 1000 Stück, in Spalte 25: 133000 M., in Spalte 26: 5000 M. und 5395,15 M., in Spalte 28: 76100 M., in Spalte 29: 31034 M., in Spalte 30: 3500 M., in Spalte 31: 60000 M., in Spalte 32: 309029,15 M., in Spalte 35: 670 M., in Spalte 36: 9169,30 M., in Spalte 37: 734,46 M.;
- c. bei den Kreis-Sparkassen in Spalte 3: 21 und 78, in Spalte 5: 59700518,66 M., in Spalte 6: 1878533,96 M., in Spalte 7: 15018211,66 M., in Spalte 8: 12552035 M., in Spalte 9: 64045229,28 M., in Spalte 10: 5700 M., in Spalte 11: 4569860,93 M., in Spalte 12: 619662,18 M., in Spalte 14: 650115,29 M., in Spalte 15: 15981 M., in Spalte 17: 19189 und 12092 Stück, in Spalte 18: 44806 Stück, in Spalte 19: 28809 Stück, in Spalte 20: 24247 Stück, in Spalte 21: 24523 Stück, in Spalte 22: 30413 Stück, in Spalte 23: 152798 Stück, in Spalte 24: 12416927,66 M., in Spalte 25: 9903341 M., in Spalte 26: 32602575 M. und 32566580,92 M., in Spalte 28: 679942,65 M., in Spalte 29: 70717 M., in Spalte 30: 415519 M., in Spalte 31: 11822832,68 M., in Spalte 32: 67875860,91 M., in Spalte 33: 3060 M., in Spalte 34: 4500 M., in Spalte 35: 20856,10 M., in Spalte 36: 633837,07 M., in Spalte 37: 136345,06 M.

Die Gesamtsumme beträgt in Spalte 3: 21 und 90, in Spalte 5: 106259013,88 M., in Spalte 6: 3404587,84 M., in Spalte 7: 28849762,95 M., in Spalte 8: 24692610,09 M., in Spalte 9: 113820754,58 M., in Spalte 10: 5700 M., in Spalte 11: 8446253,52 M., in Spalte 12: 1177857,37 M., in Spalte 14: 2358550,56 M., in Spalte 15: 85889,25 M., in Spalte 17: 40788 und 25625 Stück, in Spalte 18: 92668 Stück, in Spalte 19: 55669 Stück, in Spalte 20: 45976 Stück, in Spalte 21: 46018 Stück, in Spalte 22: 55333 Stück, in Spalte 23: 295664 Stück, in Spalte 24: 35594804,48 M., in Spalte 25: 15751778,55 M., in Spalte 26: 51235000 M. und 51486653,96 M., in Spalte 27: 74600 M., in Spalte 28: 1338920,03 M., in Spalte 29: 604535,80 M., in Spalte 30: 813711,30 M., in Spalte 31: 15035981,58 M., in Spalte 32: 120706985,70 M., in Spalte 33: 3115,24 M., in Spalte 34: 6900 M., in Spalte 35: 37889,59 M., in Spalte 36: 1672952,92 M., in Spalte 37: 235075,30 M.

P o l i z e i : V e r o r d n u n g **für die Deichverbände des Ober- und Nieder-** **Oberbruches einschließlich des Zehdener** **Bruches.**

140. Zum Schutze der Deiche, der dazu gehörigen Ufer-Deckungen, des Deichackers, der Kanäle, Gräben und sonstigen Anlagen der Deichverbände des Ober- und Nieder-Oberbruchs einschließlich des Zehdener Bruchs wird nach Anhörung der Deichämter dieser Verbände auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung pro 1850 Seite 265) und des § 32 des Reichsstaats vom 19. April 1869 (Gesetz-Sammlung Seite 666) hierdurch Nachstehendes verordnet:

§ 1. Mit Geldbuße von 10 Silbergroschen bis

zu 10 Thalern oder wenn diese nicht beigetrieben werden kann, mit entsprechender Haft (sfr. §§ 28, 29 des Strafgesetzbuchs vom 31. Mai 1870 B.-Ges.-Bl. Seite 197) wird bestraft:

- 1) Wer unbefugt die Deiche und die dazu gehörigen Banquets, die Böschungen der Deiche und die Uferdeckungen betritt;
- 2) wer auf den Deichen, deren Banquets, den Böschungen der Kanäle, Haupt- und Nebengräben und den Uferdeckungen Vieh hütet oder solches dort umherlaufen läßt, wer an diesen Orten unbefugt reitet oder mit Wagen oder Schuttkarren fährt;
- 3) wer unbefugt den Deichkörper und die Uferdeckungen als Ablagerplatz benutzt, wer an den Deichen, Buhnen, Packwerken und Pflanzungen mit

Fahrzeugen oder Flößen anlegt, oder auf denselben Anker wirft;

- 4) wer die Deiche, Kanäle, Haupt- und Nebengräben und ihre Zuteilungen, den Deichkörper, das Deichbanquet, die Böschungen der Kanäle, Haupt- und Nebengräben, die Schleusen und Durchlässe, die Pflanzungen am Fuße des Deiches, an den Böschungen und Auf- und Abfahrten, die Deichregel und Wasserstandsmarken, die Stationenpfähle, Barrieren und Wachthäuser, die aufgestellten Bau- und Verteidigungsmaterialien, als Kaschinen, Steinhäufen und dergleichen, die Bau-Mensilien, die Grabenschleusen und Brücken beschädigt;
- 5) wer unbefugt durch die Kanäle, Haupt- und Nebengräben Vieh treibt, reitet oder mit Wagen oder Schubkarren fährt, wer ohne Genehmigung des Deichhauptmanns in dieselben Kaschinen, Fischereigeräthe, Reusen, Wehre, Fischsacke, Netze u. einlegt, Pfähle oder Bretter einschlägt oder den regelmäßigen Abfluß des Wassers sonst verhindert oder verändert, wer ohne Genehmigung des Deichhauptmanns Brücken verändert oder neu anlegt, wer von den bestimmt ausgesprochenen Anweisungen des Deichhauptmanns über die Anlage neuer Zuleitungsgräben abweicht (§ 5 des Statuts vom 19. April 1869);
- 6) wer unbefugt die Deich- und Grabenschleusen und die Deichbarrieren öffnet und schließt;
- 7) wer sich eines Verstoßes gegen die in den §§ 26 und 27 des Deichstatuts vom 19. April 1869 enthaltenen Vorschriften über die im Binnenlande und im Vorlande geltenden Nutzungsbeschränkungen schuldig macht, nach welchen es verboten ist
 - a. die Grundstücke am Fuße des Deiches im Binnenlande, insoweit kein Banquet vorhanden ist, im Vorlande ohne diese Einschränkung in einer Entfernung von 4 Meter, und wo Weidenpflanzungen der Deichsociety angelegt sind, innerhalb dieser Pflanzungen auch in größerer Entfernung vom Deichfuße zu beackern, mit Vieh zu behüten oder von der Rasendecke zu entblößen;
 - b. im Binnenlande Stein-, Sand-, Torf- und Lehmgruben, Teiche, Brunnen, Gräben oder sonstige Vertiefungen des Erdreichs innerhalb 75 Meter vom innern Deichfuße anzulegen oder Fundamente zu neuen Gebäuden innerhalb 20 Meter von da ab einzugraben, im Vorlande innerhalb 75 Meter vom Deichfuß künstliche Vertiefungen des Bodens, insbesondere Ausschachtungen ohne Genehmigung des Deichhauptmanns vorzunehmen;
 - c. die Grundstücke an den unter Schau stehenden Entwässerungsanlagen innerhalb einer Entfernung von 0,6 Metern vom Grabenborte zu beackern;
 - d. innerhalb 0,6 Meter von jedem solcher Grabenborte ad c. Bäume und Hecken zu pflanzen;

e. den Auswurf an den unter Schau stehenden Entwässerungsanlagen länger als 4 Wochen nach der Ernte innerhalb 4 Meter Entfernung vom Grabenborte liegen zu lassen;

f. Binnenvorstellungen und Quellschämme in der Niederung ohne Genehmigung des Deichhauptmanns anzulegen oder zu verändern.

§ 2. Wer dem Anbote zur Krautung oder Räumung seiner Nebengräben innerhalb der ihm von der Deichverwaltung gestellten Frist nicht nachkommt, verfällt für jeden Meter unterlassener Krautung in eine Strafe von $\frac{1}{2}$ Sgr. und für jeden Meter unterlassener Räumung in Strafe von 1 Sgr. mit der Einschränkung, daß die Gesamtsumme der gegen den Einzelnen festgesetzten Strafbeträge das Maximum von 10 Thaler nicht übersteigt.

§ 3. Sofern die oben gerügten Zuwiderhandlungen durch die begleitenden Umstände den Thatbestand eines Vergehens oder Verbrechens darstellen, tritt die in den Strafgesetzen bestimmte strengere Ahndung ein.

Krankfurt a. D., den 28. März 1872.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

*

*

*

Vorstehende Polizei-Verordnung bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß.

Potsdam, den 23. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Polizei-Verordnung

für die in den Kreisen Zettow und Niederbarnim belegene, von Wilhelmshagen nach dem Bahnhof Johannisthal—Niederbarnim führende Privat-Anschlußbahn.

141. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird im Einverständnisse mit der Eisenbahnbehörde unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses nachstehende Polizei-Verordnung für die oben bezeichnete Bahn erlassen.

§ 1. Die Eisenbahn, sowie der Uebergang über die Chaussee müssen fortwährend in einem solchen Zustand erhalten werden, daß der Betrieb ohne Gefahr erfolgen kann und der Verkehr nicht beeinträchtigt wird.

§ 2. Am Uebergange über die Chaussee sind zu beiden Seiten der Bahn in 15 Meter Entfernung von demselben Warnungstafeln mit der Aufschrift:

„Achtung, wenn die Glocke des Zugführers ertönt“ aufzubringen.

§ 3. Die Ueberführung der Eisenbahn-Wagen von dem Bahnhofe Johannisthal—Niederbarnim nach Wilhelmshagen und umgekehrt darf nur mit Pferden erfolgen.

Die auf der Bahn verkehrenden Wagen müssen in der Regel mit einer kräftig und zuverlässig wirkenden Bremsvorrichtung versehen sein. Jedem Wagen muß ein die Bremsvorrichtung handhabender Führer beigegeben sein. An jedem Eisenbahnwagen ohne Bremsvor-

richtung ist ein Bremswagen anzuhängen, von welchem aus durch Anpressen von Bremslösen an die Räder jenes Wagens gebremst wird.

Mehr als ein beladener Wagen oder zwei sammengekoppelte leere Wagen dürfen über die Brücke nicht fahren.

Das Mitfahren von Personen, welche nicht zur Bedienung des Zuges gehören, ist verboten.

§ 4. Die Wagen bezw. Züge dürfen auf der Strecke von der Spreckbrücke bis 30 m vor dem Chausseeübergang höchstens mit einer Geschwindigkeit von 2 m, auf der weiteren Strecke bezw. auf dem Chausseeübergang selbst höchstens mit einer Geschwindigkeit von 1 m in der Sekunde fahren.

§ 5. Der Wagen- bezw. Zugführer ist verpflichtet, die vor ihm liegende Bahnstrecke stets zu überschauen und den Wagen bezw. Zug sofort zum Stillstande zu bringen, wenn er Menschen, Thiere oder Hindernisse auf der Bahn erblickt.

§ 6. Auf dem Chaussee-Übergange darf, wenn kein Hinderniß vorliegt, mit keinem Wagen bezw. Zuge Halt gemacht werden.

§ 7. Der Wagen- bezw. Zugführer muß eine kräftig tönende Glocke führen, und damit in 30 m Entfernung vor dem Uebergange über die Chaussee und bis auf denselben Zeichen geben.

§ 8. Der Betrieb der Bahn darf in der Regel nur während der Tageszeit geführt werden. In Ausnahmefällen sind an dem Uebergange über die Chaussee beiderseitig rothe, hellbrennende Laternen aufzustellen, gleichzeitig ist je eine hellbrennende Laterne an dem vorderen und hinteren Ende des Zuges anzubringen.

§ 9. An den Warnungstafeln (§ 2) müssen Fuhrwerke, Reiter und Treiber von Blech Hasi machen, sobald die Glocke des Wagen- bezw. Zugführers vernommen wird.

§ 10. Auf dem Uebergange über die Chaussee darf mit Fuhrwerk oder sonstigem Transport niemals gehalten werden.

§ 11. Jede Beschädigung der Bahn oder ihres Ueberganges über die Chaussee, das Auslegen von Steinen auf der Bahnrückfläche oder das Anbringen sonstiger Fahrhindernisse, die Nachahmung der Fahrsignale, überhaupt die Vornahme aller den Betrieb störenden Handlungen sind verboten.

§ 12. Landfuhrwerke dürfen die Brücke nur im Schritt überfahren.

Eine größere Anzahl von Personen dürfen die Brücke nicht im gleichen Tritt passieren.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach allgemeinen Gesetzesbestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafen bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 14. Diese Polizei-Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 20. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertr.: Freiherr von Speßhardt.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummeredorf für 1894.

142. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die **schussfreien Tage** auf dem Schießplatze bei Gummeredorf für das Jahr 1894, wie folgt, festgestellt worden sind:

Juni: 29.

Juli: 1. 4. 5. 8. 9. 11. 15. 16. 18. 22. 23. 25. 29. 30.

August: 1. 5. 6. 8. 12. 13. 15. 19. 20. 22. 26. 27. 29.

September: 2. 5. 8. 9. 10. 12. 16. 18. 19. 23. 24. 26. 30.

Oktober: 1. 3. 7. 9. 10. 14. 15. 17. 21. 22. 24. 28. 31.

November: 1. 4. 5. 7. 11. 12. 14. 18. 19. 21. 25. 26. 28.

Dezember: 2. 5. 8. 9. 12. 13. 16. 19. 20. 23. 25. 26. 30. 31.

Potsdam, den 20. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

143. Das Durchschleusen von Fahrzeugen an der Havelchleuse zu Rathenow findet statt:

in den Monaten Mai, Juni, Juli und August von Morgens 4 Uhr bis Abends 10 Uhr,

in den Monaten März, April, September und Oktober von Morgens 5 Uhr bis Abends 9 Uhr,

in den Monaten Januar, Februar, November und Dezember von Morgens 7 Uhr bis Abends 8 Uhr.

An den ersten Feiertagen der 3 hohen Feste, sowie am Charfreitag ruht der Schleusenbetrieb gänzlich, an den übrigen Festtagen, sowie an jedem Sonntag von 8 bis 12 Uhr Vormittags.

Potsdam, den 25. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Fischereiaufsicht.

144. Der Strommeister Lehmann in Sandau an der Elbe ist an Stelle des in den Ruhestand getretenen Strommeisters Eskerla zum Fischereiaufsicht über die Elbe unterhalb Sandau bis zur Havelmündung ernannt worden.

Lehmann gilt hinsichtlich der in seinem Aufsichtsbezirke vorkommenden Fischerei-Vergehen und Uebertretungen als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft.

Potsdam, den 20. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

145. Bei mehreren Hunden der Drischast Kemlig, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, ist die Tollwuth festgestellt worden. Ueber Kemlig und sämtliche Drischasten im Umkreise von 4 km ist die Sperre verhängt.

Eine Kuh des Paueramtschäfers Pohl in Schönhagen bei Dölln, Kreis Spriignitz, ist an Milzbrand gefallen.

Unter dem Rindvieh zu Kehrzig, Kreis Potsdam-Storkow, ist der Bläschenauschlag festgestellt.

Die Rinde ist ausgebrochen bei je einem Herte des Bäckermeisters Dambrowsky in Neu-Weissenfee, Kreis Niederbarnim, des Eigenthümers Rudow in Südkow, Kreis Westprignitz.

Erlorfen ist der Bläschenauschlag in Drenen, Kreis Ostprignitz.

Potödam, den 26. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der königlichen Regierung.

Bekanntmachung.

8. Der in Art. III. 1 und IV. 2 der Zusammenstellung der Bestimmungen über

die **Obliegenheiten der Gemeinde- und Gutsvorstände** bei der Veranlagung und Verwaltung der **Gewerbesteuer**

in Bezug genommene Artikel 71 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz hat folgenden Wortlaut:

Artikel 71.

Zustellungen.

1. Die von den Vorsitzenden der Kommissionen innerhalb Preußens zu bewirkenden Zustellungen sind durch einen öffentlichen Beamten unter Verschließung der Behändigung auszuführen. Die Post kann um die Verwirkung der Zustellung ersucht werden. Für die Zustellung gelten die in den §§ 9 bis 16 der Verwaltungs- und Zwangsverfahren (Gesetz-Samm. S. 591), gegebenen Vorschriften mit der Maßgabe, daß an Stelle der Vollstreckungsbehörde derjenige Vorsitzende tritt, welcher die Zustellung anordnet, und daß es nicht der Aufnahme einer förmlichen Zustellungsurkunde bedarf; es genügt eine Verschließung des öffentlichen Beamten, welche Ort und Zeit der Zustellung, die Bezeichnung des zugestellten Schriftstücks, der Person, an welche dasselbe übergeben ist, sowie die Unterschrift des Beamten enthalten muß. Diese Verschließungen können für eine Mehrzahl von Zustellungen tabellarisch zusammengefaßt werden.

2. Die außerhalb Preußens erforderlichen Zustellungen sind in der Regel mittelst eingeschriebenen Briefes gegen einen zu den Akten zurückgelangenden Empfangschein zu bewirken.

Wenn jedoch die Post nach dem Orte des Aufenthaltes des Steuerpflichtigen derartige Briefe nicht befördert, oder der zeitige Aufenthalt des Steuerpflichtigen im Auslande nicht genau feststeht, oder aus anderen Gründen auf diesem Wege die Zustellung nicht mit genügender Sicherheit erfolgen kann, so ist das zugestellte Schriftstück durch Vermittelung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission dem Finanzminister zur weiteren Uebermittlung an das Auswärtige Amt einzureichen.

Die im § 53 Abs. 3 des Gesetzes zugelassene Zustellung mittelst eingeschriebenen Briefes (ohne zurückgelangenden Empfangschein) ist nur anzuwenden, wenn von der Zustellung der Lauf einer Ausschlussfrist nicht abhängig ist.

3. In allen Fällen (Nr. 1 und 2) gilt die Zustellung an den Steuerpflichtigen für vollzogen, auch wenn die Annahme ohne gesetzlichen Grund (vergl. § 165 Abs. 2 der Deutschen Civilprozeßordnung, § 13 der Verordnung vom 7. September 1879) verweigert wird.

4. Sind Wohnsitz und Aufenthalt eines Steuerpflichtigen unbekannt, so kann die Zustellung an denselben durch Anheftung des zugestellten Schriftstücks an der zu Aushängen der Gemeinde des Veranlagungsortes bestimmten Stelle erfolgen. Die Zustellung gilt für vollzogen, wenn seit der Anheftung zwei Wochen verstrichen sind. Auf die Gültigkeit der Zustellung hat es keinen Einfluß, wenn das Schriftstück von dem Orte der Anheftung zu früh entfernt wird.

5. Sofern es im Interesse der Steuerverwaltung geboten erscheint, ein Ersuchen irgend welcher Art an das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches oder an kaiserliche auswärtige Vertretungen oder an ausländische Behörden zu richten, so ist der zu begründende Antrag mit den Verhandlungen auf dem geordneten Instanzenzuge zur Beschlußfassung dem Finanzminister vorzulegen.

Dies wird in Ergänzung unserer in Stück 25 des Amtsblatts Seite 254 erfolgten Veröffentlichung jener Zusammenstellung hierdurch bekannt gemacht.

Potödam, den 25. Juni 1894.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Eröffnung der kleinen Jagd.

3. Für den Regierungsbezirk Potödam wird als Tag der Eröffnung der diesjährigen Jagd auf Rebhühner und Wachteln

Dienstag der 21. August,

auf Hasen-, Fasanen-, Vork- und Auerhennen, sowie Haselwild

Sonntag der 18. September

festgesetzt.

Potödam, den 20. Juni 1894.

Der Bezirksausschuß zu Potödam.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung des Postamts 56 (Französischestr.)

44. Am 30. Juni Abends nach Dienstschluß wird das Postamt 56 (Französischestr.) von dem Hause Französischestr. 33B. nach dem Hause Französischestr. 33D. — Ecke Oberwallstraße — verlegt. Daselbst führt nach der Verlegung die bisherige Bezeichnung weiter. Berlin C., den 21. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

45. Der Kernsprechverkehr zwischen Berlin einerseits und Ahlfeld, Anklam, Herringsdorf, Mißroy, Stralsund und Swinemünde andererseits ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein Gespräch zwischen Berlin und den genannten Orten bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin C., den 21. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

21. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß von Fräulein Leonore Breufelschen zu Herzkamp,
Tochter des daselbst am 6. Januar 1891 verstorbenen
Brennereibesizers Friedrich Breufelschen, die Schuld-
verschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe
a. von 1882 Lit. D. N^o 326341 bis 326345 und
329567 über je 500 M.,
b. von 1885 Lit. C. N^o 684065 über 1000 M.

angeblich versehentlich verbrannt worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser
Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unter-
zeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem König-
lichen Amtsgericht in Schwelm zu den Breufelschen-
schen Vormundschaftsaffären B. 1140 anzuzeigen, widrigen-
falls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraft-
loserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 21. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

12. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom
18. April d. J. heute geschehenen Verlosung von Renten-
briefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke
gezogen worden:

I. 4 % Rentenbriefe Lit. A. zu 3000 M.
(1000 Thlr.) 157 Stück und zwar die Nummern:

75 86 88 166 384 410 429 521 657 836 870 954
957 1072 1391 1454 1489 1518 1519 1663 1856
1981 2113 2200 2300 2639 3181 3281 3450 3669
3747 4613 4644 4683 4859 5101 5164 5309 5371
5464 5714 5816 5997 6028 6114 6204 6327 6484
6631 6660 6714 6795 6855 6889 7013 7288 7553
7677 7705 7753 7979 8141 8300 8357 8404 8884
8926 9078 9158 9170 9316 9434 9671 9809 9812
9850 9960 9975 9988 10046 10229 10459 10510
10725 10871 10970 10988 11268 11349 11682
12070 12077 12281 12303 12354 12366 12595
12614 12635 12704 12808 12967 13066 13263
13323 13444 13530 13614 13664 13991 14044
14076 14318 14594 14706 14757 14802 14896
15182 15283 15541 15565 15737 15815 15914
15989 16028 16097 16141 16307 16376 16407
16626 16738 16965 16983 17026 17139 17440
17636 17767 17803 17909 17910 18160 18170
18180 18429 18488 18735 18772 18871 18941
19037 19193 19205 19326.

Lit. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 54 Stück und
war die Nummern: 158 217 377 406 456 571 548
1071 1929 2097 2126 2334 2454 2595 2651 2766
2784 2787 2798 2808 2838 3055 3088 3173 3198
3352 3524 3626 3911 4060 4085 4089 4178 4310

4428 4457 4707 4858 4864 4887 4931 5068 5169
5782 5802 5920 6219 6404 6431 6564 6712 6793
6830 6839.

Lit. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 211 Stück und
war die Nummern: 29 654 1069 1235 1278 1374
1488 1642 1708 1731 1821 2156 2268 2524 2547
2754 2866 2985 2886 3073 3131 3443 3635 3648
3994 4016 4142 4218 4225 4499 4508 4613 4788
4805 5001 5185 5379 5398 5465 5606 5658 5663
5698 5715 5930 6267 6400 6523 6541 6695 6894
7050 7305 7737 7832 7855 7888 7990 8258 8312
8716 8948 8970 9107 9140 9228 9229 9414 9435
9485 9569 9859 9870 9881 10071 10254 10321
10437 10615 10639 11108 11242 11379 11577
11594 11622 11671 11702 11916 12000 12007
12145 12310 12451 13111 13123 13129 13166
13172 13199 13376 13380 13385 13432 13449
13456 13506 13591 13602 13604 13710 13914
14021 14441 14476 14558 14639 14748 14784
14897 14935 15009 15070 15441 15569 15573
15899 16106 16237 16354 16511 — — 16630
16662 16920 16922 17070 17339 17385 17604
17693 17880 17991 18249 18312 18334 18633
18656 18668 18743 18829 19153 19259 19307
19474 19506 19902 20100 20188 20478 20569
20638 20667 20728 20766 20813 20863 20950
20989 21037 21131 21166 21251 21522 21894
21959 22073 22352 22467 22566 22753 22859
22868 22874 23007 23012 23102 23126 23158
23573 23708 23717 23754 23822 23871 23907
24118 24170 24173 24180 24315 24323 24448
24493 24494 24497 24524 24549 24616 24682
24722 24730.

Lit. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 176 Stück und zwar
die Nummern: 48 799 806 807 860 922 1447 1682
1684 1811 2043 2142 2267 2384 2518 3426 3461
3502 3835 4163 4211 4421 4424 4594 4652 4653
4709 5642 5706 5842 6622 6760 6800 6827 6854
6879 6956 7142 7243 7529 7573 7790 7819 8286
8340 8382 8421 8569 8592 8637 8722 8990 9054
9172 9451 9694 9741 9907 10037 10167 10197
10234 10273 10300 10322 10323 10396 10425
10497 10524 10949 11027 11051 11150 11197
11220 11406 11686 11811 11816 11863 12025
12041 12149 12187 12188 12265 12301 12368
12423 12524 12598 12666 12686 12722 12776
12910 12913 13143 13360 13716 13837 13885
13918 13986 14198 14395 14710 14800 15029
15133 15155 15182 15183 15321 15374 15529
15530 15690 15722 15740 15746 15913 15946
16063 16185 16213 16259 16349 16421 16501
16847 17021 17075 17110 17142 17207 17220
17283 17420 17399 17758 17847 17903 17947
18029 18133 18171 18219 18388 18450 18492
18533 18772 18805 18846 18851 18859 18928
19089 19202 19232 19270 19516 19693 19878
20015 20084 20249 20250 20422 20480 20493
20501 20580 20584.

Litt. K. zu 30 M. (10 Lbr.) 2 Stück und zwar die Nummern: 9677 9687.

II. 3½ % Rentenbriefe. Litt. N. zu 300 M. 1 Stück und zwar die Nummer: 23.

Litt. O. zu 75 M. 3. Stück und zwar die Nummern: 3 9 10.

Litt. P. zu 30 M. 2 Stück und zwar die Nummern: 1 3.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 9—16 bezw. Ser. I. Nr. 7—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße 76 I. vom 1. Oktober d. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Dultung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf. Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind:

vom 1. April 1886 Litt. D. Nr. 3082,

1. April 1891 - A. Nr. 14628,
- C. Nr. 5356 8001,
- D. Nr. 284 9221 14410
18221 20513,

vom 1. Oktober 1891 Litt. A. Nr. 1080,
- B. Nr. 2712,
- C. Nr. 1217 3634 4852
5225 24208,
- D. Nr. 2085 3881 5652
7316 14237,

vom 1. April 1892 Litt. A. Nr. 17263,
- B. Nr. 311,
- C. Nr. 1046 7816 18738,
- D. Nr. 2503 3142 3402
4044 6954 8813
10215 11035
11513 15634.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Wegen der Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 41 zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Esfern es sich um Summen über 400 M. handelt,

ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Dultung beizufügen.

Berlin, den 18. Mai 1894.

Königliche Direction.

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen

des Königl. Ober-Bergamts zu Halle.

Bekanntmachung.

3. Der Bergwerksbesitzer Wilhelm Eisenmann zu Berlin, Friedrichstraße 112 a., und dessen Ehefrau Emma Eisenmann, geborene Schloß, daselbst, als alleinige Verwerker der gewerkschaftlichen Braunkohlen-Gruben:

- 1) consolidirter Bliz bei Herzhorn; 2) consolidirte Morig bei Briesen; 3) consolidirte Briesener Vereinsgruben bei Biesdorf; 4) Golt bei Altgaul; 5) Göthe das.; 6) Johanne das.; 7) Wolfgang das.; 8) Klopstock bei Briesen; 9) Thät. bei Heselberg; 10) Kraft das.; 11) Muth das.; 12) Sorge das.; 13) Seidner bei Prädikow; 14) Dolores das.; 15) Gunnar das.; 16) Rosa das.; 17) Amelia das.; 18) Brigida das.; 19) Gleich bei Ernstshof; 20) Alp bei Ernstshof; 21) Erna bei Prädikow; 22) Alt bei Ernstshof; 23) Weib das.; 24) Kind das.; 25) Leib das.; 26) Leda bei Prigbogen; 27) Laby das.; 28) Priß das.; 29) Hagen das.; 30) Hebe das.; 31) Bell das.; 32) Fromm bei Heselberg; 33) Freude bei Sternebed; 34) Frei das.; 35) Frisch das.; 36) Hall das.; 37) Hott das.; 38) Haul das.; 39) Froh das.; 40) Fort das.;

haben in der notariellen Verhandlung vom 13. April 1894 beschloßen, die vorgenannten Bergwerke zu einem einheitlichen Ganzen unter dem Namen

Bliz

zu consolidiren, wobei die Bergwerke zu 1) mit fünfzehn, zu 2) mit fünf, zu 3) mit drei und zu 4) bis einschl. 40) mit je einem Antheil in das consolidirte Bergwerk eintreten sollen.

Dies wird unter Hinweis auf die §§ 43 und folgende des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Ges.-S. S. 705 ff.) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a. S., den 18. Juni 1894.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direction zu Berlin.

28. Mit dem 11. August d. J. kommen die in Berlin auf dem Silesischen bezw. Stettiner Bahnhofe ausliegenden Arbeiter-Rückfahrkarten nach Neppen, Schwedt a. D., Schwiebus und Tanten in Wegfall; dagegen werden von dem genannten Tage an solche Karten, wie bisher schon von Schwiebus und Tanten, auch von Neppen und Schwedt a. D. nach Berlin zur Verausgabung gelangen.

Berlin, den 20. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

29. Insofern im Binnen-Verkehr der Deutschen Eisenbahnen sowie im Wechsel-Verkehr derselben unter

einander und mit den auf Deutschem Gebiete gelegenen Stationen der Niederländischen Bahnen der Ausnahme-Tarif für bestimmte geringwerthige Massenartikel (Nochsefftaris) auch für Erde, gewöhnliche, in Geltung ist, wird in diesen Verkehren der Artikel „Balkerde, lose oder in Säcken verpackt“, vom Tage der gegenwärtigen Bekanntmachung ab allgemein zu den Frachtsätzen und Bedingungen des vorbezeichneten Ausnahmetarifs abgefertigt. Der fragliche Artikel wird unter die Position „Erde, gewöhnliche“ u. s. w. aufgenommen. Im Binnen-Verkehr der Preussischen Staatsbahnen sowie im Wechsel-Verkehr derselben unter einander und mit den Eisenbahngesellschaften ist die Tarifmaßnahme schon am 26. Mai 1894 in Kraft getreten.

Berlin, den 20. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Raters der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

29. Am 1. Juli 1894 tritt für den Direktionsbezirk Bromberg an Stelle des bisherigen Kilometerzeigers vom 1. August 1891 nebst Nachträgen ein neuer Kilometerzeiger zur Berechnung der Preise für die Beförderung von: a. Personen und Reisegepäck, b. Leichen, lebenden Thieren und Fahrzeugen, c. Eis- und Frachtgütern in Kraft. Derselbe kann durch die Fahrkarten-Ausgabestellen unseres Bezirks zum Preise von 3,30 M. für das Stück bezogen werden und enthält u. A. die Entfernungen für die Stationen der Strecken Culmsee-Schönsee und Mohrungen-Wormditt, sowie die durch diese Abkürzungstrecken eintretenden Aenderungen in den bisherigen Entfernungen. Die aus Anlaß der Strecke Mohrungen-Wormditt eintretenden Aenderungen und Ergänzungen gelten erst vom Tage der Betriebseröffnung dieser Neubaustrecke, welcher Zeitpunkt noch besonders bekannt gemacht werden wird. Durch die im Kilometerzeiger erscheinende Entfernung Marienburg-Schönsee werden die Frachtsätze für diese Stationsverbindung im Nachbarverkehr mit der Marienburg-Mlawkaer Bahn aufgehoben. Neben vielfachen Ermäßigungen bringt der neue Kilometerzeiger auch theilweise geringfügige Erhöhungen, welche erst vom 16ten August 1894 Gültigkeit erlangen.

Bromberg, den 13. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

30. Am 1. Juli d. J. wird der auf der Strecke Stallupönen-Rauseningken zwischen Pilsfallen und Schorellen neu eingerichtete Personen-Haltepunkt Schmilgen für den Personen- und Gepäckverkehr mit der Einschränkung eröffnet, daß von Schmilgen nur Fahr- und Rückfahrkarten nach Droywalde, Rauseningken, Pilsfallen, Rautenberg, Schorellen, Schwirgallen und Stallupönen verausgabt werden. Gepäckstücke werden von Schmilgen unabgefertigt mitgenommen. Die Fracht hierfür wird auf der Endstation erhoben. Die Abfahrtszeiten der Züge sind in dem vom 1. Mai d. J.

gültigen Fahrplane enthalten. Näheres ist bei den Bahnhof-Vorständen zu erfahren.

Bromberg, den 17. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber nachbezeichneter, von dem Königl. Kredit-Institut für Schlesien ausgelieferten 4 % Pfandbriefe Lit. B., bestehend

1) auf den im Brieg'schen Kreise belegenen Gütern Bogarell und Algenau:

N^o 43558 43599 43605 43608 43614 und 43615 über je 500 Thaler (1500 M.),

N^o 49980 49986 50015 50016 50017 50019 50023 50025 50026 50031 50032 50035 50038 50043 über je 200 Thaler (600 M.),

N^o 62327 62337 62347 62348 62350 62352 62354 62364 62366 62370 62373 62377 62379 62381 62384 62385 62387 62389 62391 über je 100 Thaler (300 M.);

2) auf den im Oppeln'er und Groß-Strehli'schen Kreise belegenen Gütern: Herrschaft Groß-Stein, Schimischow nebst Zubehör und Ottmiz:

N^o 40354 40407 und 40737 über je 1000 Thaler (3000 M.),

N^o 43804 43840 43844 43849 43852 43853 43854 43866 43878 43882 43904 44386 und 44396 über je 500 Thaler (1500 M.),

N^o 50360 50375 50379 50390 50392 50400 50403 50411 50418 50435 50436 50458 50465 50905 50906 50912 und 50913 über je 200 Thaler (600 M.),

N^o 62783 62784 62790 62791 62803 62809 62822 62834 62837 62846 62858 62872 62896 62914 62919 62939 63511 und 63522 über je 100 Thaler (300 M.),

N^o 79231 79243 79249 79251 79252 und 79256 über je 50 Thaler (150 M.),

N^o 82225 und 82231 über je 25 Thaler (75 M.)

werden hierdurch aufgefördert, diese Pfandbriefe in fursfähigem Zustande mit den laufenden Zinscoupons

bis zum 15. August d. J.

zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Zinscoupons versehen an die Königliche Instituten-Kasse hieselbst (im Regierungs-Gebäude am Lessingplatz) einzureichen.

Breslau, den 19. Juni 1894.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Personalchronik.

Im Kreise Angermünde ist an Stelle des aus dem Bezirk verzoogenen Administrators Schmidt in Gollzow der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Schulamts-pächter Schmidt, zur Zeit in Gollzow und vom 1. Juli ab in Brieg wohnhaft, zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVI. — Gollzow — ernannt worden.

Der Landmesser Otto Klomp zu Potsdam ist am 19. Juni 1894 als solcher eidlich verpflichtet worden.

Der Stadtrath Vorkastner hieselbst ist zum stellvertretenden Mitgliede des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Potsdam gewählt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Mai 1894.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Kammergerichtsräthen die Landgerichtsräthe Nebke in Frankfurt a. O., Eichelbaum beim Landgericht I. in Berlin und Ewiliński in Thorn und der Amtsgerichtsrath von Warsenberg beim Amtsgericht I. in Berlin; zum Oberlandesgerichtsrath der Landgerichtsrath Reber in Cottbus bei dem Oberlandesgericht in Hamm; zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren von Krosigk bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Dr. Gelpke und Jahn bei dem Amtsgericht in Charlottenburg, Dr. Bornhagen bei dem Amtsgericht in Coepenick, Haagen und Parthey bei dem Amtsgericht in Cottbus, Dr. Schöpfung bei dem Amtsgericht in Nirdorf, Sasse bei dem Amtsgericht in Zehdenick, Perl bei dem Amtsgericht in Waldenburg i. Schl., Wertheim bei dem Amtsgericht in Fürstenberg a. O., Kaldewey bei dem Amtsgericht in Schömberg; zum Handelsrichter der Kaufmann George Joachimsthal in Berlin und zum stellvertretenden Handelsrichter der Fabrikbesitzer Heinrich Buchholz in Berlin, beide beim Landgericht I. in Berlin. Versetzt sind die Amtsrichter Büchner in Brandenburg a. H., Blumenfeld in Nirdorf und Dr. Stoeckel vom Amtsgericht I. in Berlin als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin, der Landrichter Kade in Meseritz an das Landgericht I. in Berlin, die Landrichter Neumann in Gleiwitz und Gebel in Ostrowo an das Landgericht II. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Halleck in Zehden, die Amtsrichter Richter in Beeskow, Müller in Kirchhain N.-L., Feschenberg in Wendisch-Buchholz, Veyrich in Liebenwalde, Wienskowski in Peitz und Dr. Gieppner in Jastrow an das Amtsgericht I. in Berlin; die Amtsrichter Dr. Albrecht in Dobrilugk, Dr. Teichert in Neeg und Marwitz in Landsberg a. W. an das Amtsgericht II. in Berlin, der Amtsrichter Fiegel in Züllichau an das Amtsgericht in Nirdorf; der Amtsgerichtsrath Dr. Rosenthal in Seelow an das Amtsgericht in Landsberg a. W., der Amtsgerichtsrath Dr. Philippi in Landsberg a. W. und der Amtsrichter Jaeger in Zielenzig an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Floegel in Landeck i. Schl. als Landgerichtsrath an das Landgericht in Cottbus, der Amtsrichter Kunze in Baerwalde N.-M. an das Amtsgericht in Cüstrin. Verstorben ist der Landgerichtsrath Volgenau in Prenzlau. Dem stellvertretenden Handelsrichter, Kommerzienrath Steibelt in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt.

II. Gerichts-Assessoren.

Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt die Referendare Stägel, von Groß, Leopold Levy, Tscholosi, Dr. Daffis, Schönkank, Otto Bartels, von Negelein.

III. Staatsanwaltschaft.

Der Hofmeister Haß ist zum Hofamtsanwalt bei dem Amtsgericht in Zossen, der Stadtrath Miethe zum Amtsanwalt bei dem Amtsgericht in Landsberg a. W. ernannt.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Justizrath Dr. Lazarus beim Landgericht II. in Berlin, Joseph Cohn, Abramczyk, Toeffling und Carstens bei dem Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Alfred Levy, früher beim Landgericht I. in Berlin beim Landgericht II. daselbst, der Gerichtsassessor a. D. Dr. Bogts und der Gerichtsassessor Lewinsky beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Max Jonas aus Treptow a. N. bei dem Amtsgericht in Dranienburg, der Gerichtsassessor Eschenbach beim Kammergericht. Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Paul Schulz in Deutsch-Wilmersdorf mit Anweisung seines Wohnsitzes in Deutsch-Wilmersdorf.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Niehmer, Brumm, Feig, Spangenberg, Martin Wolff, Fromm, Dr. phil. Zimmerwahr, Königberger. Uebernommen ist Graf von der Schulenburg-Angern aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Raumburg a. S. Entlassen sind Karl Lüdke, Schneidemühl. Verstorben ist Alfred Mellican.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt ist der Militärämterwart Kopsch zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Versetzt sind die Gerichtsschreibergehülfen Braun in Driesen an das Amtsgericht II. in Berlin, Schiller in Oberberg i. M. an das Amtsgericht I. in Berlin, Graeber in Sommerfeld an das Amtsgericht in Driesen, Teschner in Brandenburg a. H. an das Landgericht I. in Berlin, Drinkuth in Rathenow als Assistent an die Staatsanwaltschaft I. in Berlin. Pensionirt sind die Gerichtsschreiber, Kanzleirath Heyne bei dem Amtsgericht in Frankfurt a. O. und Rühnzack in Grossen. Entlassen ist der Gerichtsschreibergehülfe Gragert in Dranienburg behufs Uebertritts in den Büreaudienst des Auswärtigen Amtes. Verstorben ist der Gerichtsvollzieher Komml bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Hierzu Vier Essentielle Anzeiger.

(Die Anfertigungsgebühren betragen für eine einseitige Druckzelle 20 Pf.

Wetageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam,

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Pannschow & Co.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 27.

Den 6. Juli

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 27. Dezember 1893 will Ich, nachdem gemäß dem Antrage eines Comité's, welches sich zur Gründung einer Aktiengesellschaft unter dem Namen „Königs-Wusterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Eisenbahngesellschaft“ gebildet hat, die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Kleinbahn von Königs-Wusterhausen nach Töpchin mit Abzweigungen nach Mittenwalde und Schöneicherplan im Kreise Teltow seitens der zuständigen Behörden erteilt ist, das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verleißen. Die Veröffentlichung dieser Meiner Urkunde ist erst nach Eintragung der Aktiengesellschaft in das Handelsregister zu bewirken. Der eingereichte Uebersichtsplan erfolgt zurück.

Neues Palais, den 3. Januar 1894.

gez. **Wilhelm R.**

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Statut

des Finower Meliorationsverbandes.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen auf Grund des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 (G.-G. S. 54) nach Anhörung der Beteiligten und des Deichhauptmannes des Niederoderbruchs was folgt:

§ 1. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß in dem nach dem Statute vom 19. April 1869 (G.-G. S. 666) gebildeten Deichverbände für das Niederoderbruch die Grundstücke in mehreren auf dem linken Oderufer gelegenen Niederungsabtheilungen besonderer Deichanlagen und künstlicher Schöpfwerke bedürfen, um sich von dem Binnenwasser zu befreien, welches ihnen bei höherem Außenwasserstande nachtheilig wird, werden die in dem diesem Statute beigefügten Teilnehmerverzeichnisse aufgeführten Grundeigenthümer in den Gemeindebezirken Falkenberg, Broichsdorf, Annalienenhof, dem Gutbezirk Hohensfinow und den Gemeindebezirken Niederfinow, Lieve und Döberberg hiermit zu einer Deich- und Entwässerungsgenossenschaft vereinigt, welche den Namen

Finower Meliorationsverband

führt.

Der Verband hat Korporationsrechte. Er hat seinen Sitz und Gerichtsstand in Freienwalde.

Meliorations-Plan.

§ 2. Dem Verbands-Vorstande liegt es ob, das vom Meliorations-Bauinspektor Grang aufgestellte Projekt d. d. Charlottenburg ^{1. Dezember 1893} _{28. Februar 1894} mit den in den Revisions-Instanzen festgesetzten oder noch festzusetzenden Aenderungen auszuführen und die Anlagen zu unterhalten.

Sollte es sich nach der Ausführung des Meliorations-Planes herausstellen, daß fernere Anlagen zur Ausführung des fremden oder Höhenwassers, die Ausführung neuer Binnendeiche, eine weitere Ausdehnung der Zuleitungsgräben zum Schöpfwerke, oder die Verbesserung des Schöpfwerks selbst nothwendig werden, so sind dergleichen Anlagen auf den Antrag des Verbandsvorstandes nach Anhörung des Deichhauptmannes des Niederoderbruchs durch den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten festzustellen und vom Verbands-Vorstande zur Ausführung zu bringen.

§ 3. Die Kosten der Anlagen und ihrer Unterhaltung sowie der Verwaltung der Verbandsangelegenheiten werden von den Mitgliedern des Verbandes nach einem besonderen Kataster aufgetheilt. In dies Kataster werden die in dem Teilnehmerverzeichnis § 1 aufgeführten Grundstücke der Niederung aufgenommen, welche von den Meliorationsanlagen Theil haben, oder von welchen Schaden abgewendet wird.

Die Prüfung, Feststellung und Berichtigung des Katasters erfolgt in derselben Weise, wie solches in den §§ 13—15 des Deichgesetzes für die Deichverbände des Ober- und Niederoderbruchs vom 19. April 1869 vorgeesehen ist.

Leistungen der Deichmitglieder.

§ 4. Sobald das Kataster aufgestellt ist, ist der Verbandsvorstand berechtigt, Beiträge auszuschreiben, und die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, sie zu leisten. Die Beiträge werden zunächst lediglich nach der Fläche der theilhaftigen Grundstücke ohne Rücksicht auf deren Bonität oder Höhenlage aufgebracht. Wenn fünf Jahre nach dem Beginn der Wirksamkeit des Schöpfwerkes verflossen sind, soll eine allgemeine Revision des Katasters vorgenommen werden. Für die Einschätzung ist hierbei der Grundsatz maßgebend, daß die Beitragspflicht unter Berücksichtigung der Höhenlage der Grundstücke nach Verhältnis des zugeführten Vortheiles und des abgewendeten Schadens abzumessen ist.

§ 5. Im Uebrigen kommen wegen der Feststellung der gewöhnlichen Beiträge zur Verbandskasse und ihrer

Erhöhung des Reservefonds, der Aufbringung der Beiträge, der Berichtigung und Revision des Beitragskatasters, ingleichen wegen des Erlasses oder der Stundung der Beiträge, sowie der Naturalhülfsleistungen der Verbandsgenossen die §§ 8–25 des Deichstatutes für das Oberbruch vom 19. April 1869 analog zur Anwendung. Die ordentliche Höhe des Reservefonds soll 60000 M. betragen.

Eigenthum des Verbandes und Beschränkungen des Eigenthums.

§ 6. Dasselbe gilt von den Festsetzungen in den §§ 25–30 des Deichstatuts vom 19. April 1869 hinsichtlich des Eigenthums des Verbandes und der Beschränkungen des Eigenthums, ohne die schon aus dem Statute vom 19. April 1869 dem Deichverbande des Niederoderbruches zustehenden Berechtigungen zu beeinträchtigen.

Vorstand und dessen Vorsitzender.

§ 7. An der Spitze des Verbandes steht ein Vorstand, der aus einem ständigen Mitgliede, dem Techniker und dreizehn wechselnden Mitgliedern, den Repräsentanten, besteht. Seine Beziehungen zum Verbandsregeln sich nach den Bestimmungen, welche § 52 des Statutes vom 19. April 1869 für die Deichämter festgesetzt hat.

Der Vorstand wählt durch Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden, der nach Analogie der Bestimmungen des Statuts vom 19. April 1869 über den Deichhauptmann (§§ 35–41) die Geschäfte des Vorstandes zu leiten hat. Gehört der Vorsitzende bei seiner Wahl dem Vorstände noch nicht an, so wird die Zahl der Vorstandsmitglieder demgemäß erhöht.

Techniker.

§ 8. Als Techniker des Verbandes fungirt in der Regel der Deichinspektor des Hohenfathen'er Inspektionsbezirks, doch ist es dem Vorstände gestattet, auch eine andere geeignete Persönlichkeit (Regierungs-Baumeister) zum Techniker zu wählen, welcher in diesem Falle der Bestätigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Die Rechte und Pflichten des Technikers regeln sich nach den Bestimmungen des Statutes vom 19. April 1869 über die Deichinspektoren, namentlich den §§ 42–46 mit der Maßgabe, daß der Techniker in den Vorstandssitzungen eine Stimme führt. Fungirt der Deichinspektor als Techniker, so wird dessen Remuneration beim Mangel der Einigung von der Aufsichtsbehörde festgesetzt.

Repräsentanten.

§ 9. Von den 13 Repräsentanten wählen je einen die theilhaftigen Grundbesitzer aus den Gemeindebezirken Falsenberg, Broichsdorf und Amalienhof, zwei diejenigen aus Oderberg, drei diejenigen aus Piepe und vier diejenigen aus Niederfinow. Einer wird von dem Besitzer des Rittergutes Hohenfinow ernannt.

§ 10. Die Repräsentanten werden von den theilhaftigen Grundbesitzern in direkter Wahl gewählt, das erste Mal unter Leitung eines Commissars der Aufsichtsbehörde, später unter der Leitung des Vorsitzenden des Vorstandes.

Bei der Wahl hat jedes beitragspflichtige Verbandsmitglied mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmrecht jedes Einzelnen nach der Größe seines beitragspflichtigen Besitzes mit der Maßgabe, daß für je 1 ha je eine Stimme abgegeben ist, wobei angefangene Hektare für voll gerechnet werden.

Für jeden Repräsentanten wird ein Stellvertreter gewählt. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der gewählten Repräsentanten aus. Die das erste Mal Auscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Auscheidenden sind wieder wählbar.

Wählbar zu Repräsentanten sind nur Verbandsmitglieder und Pächter von Verbandsgrundstücken, wenn die Pachtung mindestens 30 ha groß ist.

Der vom Besitzer des Rittergutes Hohenfinow zu ernennende Repräsentant braucht nicht Verbandsmitglied zu sein.

Befugnisse, Berufung u. s. w. des Vorstandes.

§ 11. Für die Befugnisse, die Berufung, Versammlung und Beschlußfähigkeit u. s. w. des Vorstandes gelten die §§ 55–63 des Statuts vom 19. April 1869 mit der Maßgabe, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag giebt.

Kassenverwaltung, Unterbeamte.

§ 12. Es bleibt dem Verbands-Vorstande überlassen, die Kassenverwaltung zu ordnen und Unterbeamte anzustellen. Sowohl dem Kassenrendanten als den Unterbeamten sind Instruktionen zu ertheilen, welche der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegen. Wenn nichts anderes vereinbart, findet die Anstellung mit dreimonatlicher Kündigung statt.

Befugnisse des Deichamtes des Nieder-Oderbruches und des Deichhauptmannes.

§ 13. Zu den Vorstandssitzungen ist auch ein vom Deichamte des Nieder-Oderbruches zu wählender Deputirter einzuladen, welcher beratende Stimme hat. Außerdem ist die Tagesordnung und Abschrift des Protokolls der Sitzungen dem Deichhauptmann des Oberbruches einzureichen, welcher die Ausführungen der Vorstandsbeschlüsse suspendiren kann, bis die binnen 10 Tagen von ihm einzuholende Entscheidung der Aufsichtsbehörde erfolgt ist. Ebenso ist der Deichhauptmann befugt, wenn Gefahr im Verzuge ist, auch bezüglich der vom Entwässerungsverbande zu unterhaltenden Anlagen diejenigen Anordnungen zu treffen, welche er im Interesse des Deichschutzes, sei es der gesammten Oder-Niederung oder eines Abschnittes, für erforderlich hält.

Auseinanderlegung zwischen Deichverband und Meliorations-Verband.

§ 14. Das Statut vom 19. April 1869 behält Gültigkeit, soweit nicht die speciellen Anlagen in Frage kommen, welche die Aufgabe des Finower Meliorations-Verbandes sind. Eine specielle Abgrenzung der Rechte und Pflichten des Deichverbandes einerseits und des Meliorations-Verbandes andererseits, namentlich bezüglich der von dem letzteren zu übernehmenden Schutz-

und Entwässerungs-Anlagen und der durch das aufzustellende Schöpfwerk zu bewirkenden Senkungen des Binnenwasserspiegels soll unter der Leitung eines Regierungs-Kommissarius stattfinden, sobald die Meliorationsanlagen beendet sind.

Oberaufsicht.

§ 15. Die Aufsicht über die Genossenschaft als Unterabtheilung des Deichverbandes des Niederodeibundes führt nach §§ 31—34, 43, 62 des Statuts vom 19. April 1869 der Regierungs-Präsident in Frankfurt a. O. Derselbe ist ermächtigt, für den Verband nach Anhörung des Vorstandes ein Regulativ zu erlassen, welches die Obliegenheiten des Vorsitzenden und Technikers, sowie die Befugnisse des Vorstandes näher feststellt.

Abänderungen des vorstehenden Statutes bedürfen der landesherrlichen Genehmigung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 18. Juni 1894.

gez. Wilhelm K.

gegeg. von Heyden.

Zugleich für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

gez. von Schelling.

Bekanntmachungen des Könighchen Ober-Präsidenten.

Polizei-Verordnung,

betreffend den Fang wilder Kaninchen.

§. Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) wird für den Umfang der Provinz Brandenburg unter Zustimmung des Provinzialraths folgende Polizei-Verordnung erlassen.

§ 1. Wer entgegen der Vorschrift in § 15 des Wildschadengesetzes vom 11. Juli 1891 (Ges.-S. S. 307) wilden Kaninchen mit Schlingen nachstellt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft.

§ 2. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in anderer Weise auf fremden Grundstücken wilden Kaninchen nachstellt, ohne sich in der Begleitung des Eigentümers oder Rugnießers des betreffenden Grundstücks zu befinden, oder dessen schriftliche, auf bestimmte Zeit lautende und amtlich beglaubigte Erlaubniß bei sich zu führen.

Auf den Jagdberechtigten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. August 1894 in Kraft.

Potsdam, den 14. Juni 1894.

Der Ober-Präsident,

Staatsminister von Arnbach.

Bekanntmachungen des Könighchen Regierungs-Präsidenten.

146. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 19. Februar d. J. anzuordnen geruht, daß die Landgemeinden Kleptow und Wilsdorf im Kreise Prenzlau aufgelöst werden.

Wegen Vereinigung der bezirkstfrei gewordenen Grundstücke der bisherigen Landgemeinden mit den Gutsbezirken Kleptow und Ludwigsburg bezw. mit dem Gutsbezirk Wilsdorf und der Landgemeinde Briegitz verweise ich auf die weiter unten abgedruckte Bekanntmachung des Kreisausschusses zu Prenzlau vom 21. v. M. Potsdam, den 2. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Polizeiverordnung.

147. Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 95) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für die Kreise Oberbarnim, Osthavelland, Niederbarnim, Westhavelland, Teltow und Zauch-Belzig und für die Stadtbezirke Potsdam, Charlottenburg und Spandau verordnet, was folgt:

§ 1. Das Auflassen fremdländischer Brieftauben ist verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht nach allgemeinen Strafbestimmungen eine härtere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft. Potsdam, den 31. Mai 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Grais.

Bekanntmachung.

148. Unter Bezugnahme auf die in Stück 10 unter Nr. 52 Seite 93 u. flgd. erfolgte Veröffentlichung der Genehmigung zur Herstellung und zum Betriebe einer Kleinbahn Königsrufterhausen-Mittenwalde-Töpchin 4. Mai 1893

vom 26. Januar 1891 wird hiermit bekannt gemacht, daß die Aktiengesellschaft: „Königsrufterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn-Gesellschaft“ unter Nr. 14814 in das bei dem Könighchen Amtsgericht I. zu Berlin geführte Gesellschaftsregister eingetragen ist.

Potsdam, den 26. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Fischereiaufsicht.

149. An Stelle des am 1. April d. J. in den Ruhestand getretenen Gendarmen Skrypalle in Lindow ist der jetzt daselbst stationirte Gendarm. G. a. g. zum Fischereiaufsicht für

a. den westlich der Seebecker Abbauien belegenen mittleren Theil des Viehlig-Sees,

b. den nördlich des kleinen Strubensers belegenen mittleren Theil des Bussees

ernannt worden.

Potsdam, den 28. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

150. Nach der Novelle vom 22. Mai 1893 zum Militär-Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 bleibt das Civildienstseinkommen, welches Militärinvaliden im Kommunal- oder im ständischen Dienste oder im Dienste der nur theilweise aus Reichs- oder Staatsmitteln unterhaltenen Institute beziehen, auf die Zahlung ihrer

Invalidenpensionen ohne Einfluß. Es ist daher auch bei der kürzlich erfolgten Neuauflage der Invalidenpensions-Quittungsbücher der Vordruck in denselben entsprechend geändert worden.

Diese gesetzliche Vergünstigung bezieht sich jedoch nicht auf die **Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungscheins** und die **Anstellungsentschädigung**. Es verlieren vielmehr diese Bezüge, ausgenommen in den unter den Erlass des Kriegsministeriums, Departements für das Invalidenwesen vom 27. April 1875 — N^o 637. 4. 75. D. f. J. B. — fallenden Dienstverhältnissen, alle betreffenden Militär-Invaliden mit Ablauf des Monats, in welchem ihre Anstellung in einer Stelle des Civildienstes beziehungsweise der Civilversorgung erfolgt ist oder ihre Beschäftigung in einer solchen Stelle begonnen hat, da in diesem Falle die Voraussetzung, welche bei der Bewilligung jener Bezüge maßgebend war, nicht mehr vorhanden ist.

Wenn jedoch die **Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungscheins** wegen Epilepsie zuerkannt und das Verbot nicht inzwischen gehoben ist, oder wenn die Beschäftigung im Civildienst eine vorübergehende und von der Art war, daß daraus auf die Fähigkeit zur dauernden Verwendung im Civildienst nicht zu schließen ist, lebt das Recht auf den Bezug dieser Zulage nach dem Ausscheiden aus der betreffenden Beschäftigung wieder auf, wohingegen die **Anstellungsentschädigung** bei dem Ausscheiden aus der Civilstelle nur in dem Falle nicht wieder gewährt wird, wenn der Betreffende mit einer Civilpension in den Ruhestand getreten ist.

Es haben daher auch die Kommunalbehörden z. B. die Pensions-Quittungsbücher derjenigen Invaliden, welche zu derartigen Bezügen anerkannt sind, behufs Regelung derselben, mit der erforderlichen Eintragung über Art und Beginn der Beschäftigung beziehungsweise Anstellung zu versehen und sodann der betreffenden Pensionsregelungsbehörde vorzulegen.

Die Königl. Regierung (das Kaiserliche Ministerium) wird ergeblich ersucht, hiernach das Erforderliche gefälligst zu veranlassen beziehungsweise für die schnelle Bekanntmachung in geeigneter Weise Sorge zu tragen, damit Ueberhebungen vermieden werden.

Berlin, den 18. April 1894.

Kriegsministerium.

An die sämtlichen Königl. Regierungen,
an das Kaiserliche Ministerium für Elsass-Lothringen, Abtheilung für Landwirtschaft, Finanzen und Domänen und an die Königl. Intendantur XIV. Armee-Korps.

Vorstehender Erlass wird hiermit zur Kenntniß der theilhaftigen Behörden gebracht.

Die Gemeinde- und ständischen Behörden, sowie diejenigen Institute, welche nicht ganz aus Mitteln des Reiches oder Staates unterhalten werden, haben dementsprechend die Pensions-Quittungsbücher der von ihnen

angenommenen Invaliden nur in dem Falle an mich einzureichen, wenn denselben außer der eigentlichen Pension entweder noch die Anstellungs-Entschädigung oder die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungscheins zuerkannt worden ist.

Paris, den 30. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

151. Um den Pensionsregelungsbehörden die Beurtheilung der Frage zu ermöglichen, ob und von welchem Zeitpunkte ab ein aus dem Zivildienste mit Pension wieder ausgeschiedener Invalide nach dem 1. und 2. Absatz oder nach dem 3. Absatz des § 108 neuer Fassung des Militär-Pensions-Gesetzes vom 27. Juni 1871 (Artikel 12 der Gesetzesnovelle vom 22. Mai 1893 — Reichsgesetzblatt Seite 171 u. f. —) zu behandeln, ob ihm also die volle gesetzliche Invalidenpension wieder anzuweisen oder nur ein Zuschuß aus der letzteren zu gewähren ist, muß von den Anstellungsbehörden in den Pensionsquittungsbüchern der Tag des Ausscheidens aus dem Zivildienste und des Beginnes der Pensionszahlung, unter Angabe der Höhe der zuerkannten Gesamtpension angegeben, auch darin der etwaige Zuschuß vermerkt werden, welcher dem Pensionär gemäß § 108, dritter Absatz, aus der Invalidenpension etwa zustehen sollte. Diese Angaben müssen auch die Pensionsquittungsbücher derjenigen Militär-Invaliden enthalten, welche aus dem Kommunal- oder ständischen Dienste oder aus dem Dienste der nur theilweise aus Reichs- oder Staatsmitteln unterhaltenen Institute mit Zivilpension wieder ausscheiden.

Eosern etwa eine dementsprechende Regelung in einzelnen Fällen seither nicht stattgefunden haben sollte, würde dieselbe schleunigst nachzuholen sein.

Für die Rechnungsrevisionen sind die vorgedachten Angaben auch in die Invalidenpensions-Rechnungen bez. Zahlungsnachweisungen über Invalidenpensionen aufzunehmen.

Die Königl. Regierung wird ergeblich ersucht, hiernach das Erforderliche gefälligst zu veranlassen bez. für die schnelle Bekanntmachung in geeigneter Weise Sorge zu tragen.

Berlin, den 12. Juni 1894.

Der Kriegsminister.

Im Auftrage, gez. von Spitz:

An sämtliche Königl. Regierungen und
an das Kaiserliche Ministerium für Elsass-Lothringen, Abtheilung für Finanzen, Landwirtschaft und Domänen.

Vorstehender Erlass wird hiermit zur Kenntniß der theilhaftigen Behörden gebracht.

Berlin, den 23. Juni 1894.

Paris, den 30. Juni 1894.

Der Polizei-Präsident. Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

152. Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Bauerquiesters E. Michael in Marquardt, Kreis Osthavelland.

Festgestellt ist Milzbrand unter dem Rindvieh der Bäuerin Wittwe Tagge II. in Brückig, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 3. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung,

die Ferien des Bezirks-Ausschusses betreffend.

1. Der Bezirksausschuss hält vom 21sten Juli bis zum 1. September Ferien.

Während derselben werden Termine zur mündlichen Verhandlung nur in schleunigen Sachen abgehalten.

Eilige Gesuche sind als solche zu begründen und mit „**Feriensache**“ zu bezeichnen.

Potsdam, den 1. Juli 1894.

Der Bezirks-Ausschuss.

Bekanntmachung.

2. Der unterzeichnete Bezirksausschuss für den Stadtkreis Berlin hält Ferien während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September dieses Jahres.

Während der Ferien dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluss.

Dies wird hierdurch unter Bezugnahme auf die Bestimmungen im § 55 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirksausschüssen vom 28. Februar 1884 (I. Sonder-Beilage zum 13. Stück des Potsdamer Anzeigers von 84 Seite 3 ff.) zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 20. Juni 1894.

Der Bezirksausschuss für den Stadtkreis Berlin.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder.

9. Die noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder, welche seit dem 10. Dezember 1890 seitens der Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft worden sind, verlieren vom 1. Juli 1894 ab ihre Gültigkeit und werden darüber hinaus zur Frankirung von Postsendungen nicht mehr zugelassen. Dem Publikum soll indes gestattet sein, vom 1. Juli 1894 ab die alsdann noch nicht verwendeten derartigen Werthzeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwerth des Stempels gegen Kreismarken zu 10 oder 3 Pfennig bei gleichzeitigem Rückempfang des Betrages der Herstellungskosten von 1 Pfennig für den Briefumschlag und 1/2 Pfennig für das Streifband umzutauschen. Ist nur ein einzelnes Streifband umzutauschen, so muß die Vergütung von Herstellungskosten unterbleiben. Ebenso kommen bei dem Umtausch einer größeren, nicht durch 2 theilbaren Zahl von Streifbändern für das überschüssige Exemplar Herstellungskosten nicht zur Erstattung. Die Posthülfsstellen und die amtlichen Verkaufsstellen für Postwerthzeichen haben mit dem Umtausch keine Befassung. Postsen-

dungen, welche etwa nach dem 30. Juni 1894 noch in Briefumschlägen und Streifbändern der gedachten Art ohne anderweitige Frankirung aufgeliefert werden, sind den Absendern unter Hinweis auf die Ungültigkeit der verwendeten Werthzeichen zurückzugeben oder, wenn dies nicht ohne Weiteres thunlich sein sollte, als unfrankirt zu behandeln. Auf gestempelte Briefumschläge und Streifbänder der älteren Ausgabe, welche ihre Gültigkeit bereits am 1. Februar 1891 verloren haben, und welche seit dem 1. Juli 1891 nicht mehr umgetauscht werden, sowie auf Rohrpost-Briefumschläge erstreckt sich diese Anordnung nicht. Vom 1. Januar 1895 ab sind die Verkehrsanstalten auch zum Umtausch der neueren Briefumschläge und Streifbänder nicht mehr befugt.

Berlin W., 26. Juni 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

46. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Adlershof ist am 25. Juni eine Unfallmeldestelle eingerichtet. Die Auslieferung von Unfallmeldungen während der Nachtzeit hat durch ein Fenster zu erfolgen. Zur Verbeirung des Beamten haben sich die Auslieferer der durch ein Schild kenntlich gemachten Nachfolge zu bedienen.

Berlin C., 28. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

47. Diejenigen Personen, welche noch in diesem Jahre **Anschluß an eine der Stadt-Fernsprech-einrichtungen** in Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Friedr. sbagen, Groß-Lichterfelde, Grünau (Markt), Pieve (Ober), Ludwigsfelde, Neu-Ruppin, Nowawes-Neuendorf, Oberberg (Markt), Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Siegitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Str. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, **spätestens aber bis Ende Juli** an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte — für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst — zu richten. **Später eingehende Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1895 berücksichtigt werden.**

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 14. Juni 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

15. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenrathes, sowie nach Anhörung der Beteiligten wird von den unterzeichneten Behörden hiermit Folgendes festgesetzt:

I. In Berlin wird ein neues Kirchspiel mit dem Namen „Immanuel-Kirchengemeinde“ gebildet, dessen Grenzen sind:

- a. Im Osten: Die hintere Grenze der an der Westseite der Greifswalderstraße belegenen Grundstücke von der hinteren Grenze der an der Südseite der Heineröderstraße belegenen Grundstücke bis zur Weichbildgrenze — alle Edgrundstücke mit ausgeschlossen. —
- b. Im Süden: Die hintere Grenze der an der Südseite der Heineröderstraße und der an der Ostseite der Prenzlauer Allee bis zum Eingang des Marienkirchhofes Prenzlauerallee Nr. 7 belegenen Grundstücke, ferner die Südseite des Grundstücks Prenzlauerallee 240 sowie die hintere Grenze der an der Südseite der Megerstraße belegenen Grundstücke bis zur Ostgrenze der Zionsparochie.
- c. Im Westen: Die Parochialgrenzen der Zion- und der Geismans-Parochie von dem vorgedachten Punkte bis zum Treffpunkte der Weichbildgrenze.
- d. Im Norden: Die Weichbildgrenze von dem letzteren Punkte bis zum Treffpunkte der Grenze ad a. (Ostgrenze der Immanuel-Parochie.)

II. Alle innerhalb dieser Grenzen wohnenden Evangelischen werden hiermit aus der St. Bartholomäus-Gemeinde in die Immanuel-Kirchengemeinde umgepfarrt.

III. Die in der Parochie von St. Bartholomäus bestehenden Gebührenordnungen bleiben für die neue Kirchengemeinde verbindlich und hinsichtlich der Beerdigungen haben ihre Mitglieder dieselben Rechte und Pflichten wie die Mitglieder der St. Bartholomäus-Kirchengemeinde. Die Stelgebühren fließen in die Kirchenkasse.

IV. Die Festsetzungen treten mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.

Berlin,

den 19. Juni 1894.

Königliches Konsistorium
der Provinz Brandenburg.

Errichtungs-Urkunde.

Berlin,

den 23. Juni 1894.

Der Königliche
Polizei-Präsident.

*

Vorstehende Errichtungsurkunde bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß der interimistische Pfarrer der Immanuelkirche, Prediger Raud, die Annahme der in dem neuen Parochialbezirk wohnhaften wahlfähigen Gemeindeglieder zur Wählerliste während der noch durch Kanzelabsündigung zu bestimmenden Tagesstunde in der Immanuel-Kirche und ausserdem nach Möglichkeit zu jeder anderen Tageszeit in seiner Wohnung, Prenzlauerallee 224, entgegennehmen wird. Berlin, den 26. Juni 1894.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

16. Durch das auf Grund der Allerhöchsten Cabinetts-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Rescript

des königlichen Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den evangelischen Glaubensgenossen, welche an einem Orte ihren Wohnsitz nehmen, wo mehrere der Union beigetretenen Kirchengemeinden sich befinden, das Recht verliehen worden, die Gemeinde, welcher sie angehören wollen, zu wählen. Dieses Recht findet nach Maßgabe der angeführten Verordnung, in Folge des Beitritts der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin zur Union und unter Beziehung der allgemeinen Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse dieser Gemeinden, hieselbst in der Weise Anwendung, daß die den von auswärts zuziehenden Personen zustehende Wahl getroffen werden kann zwischen einerseits der betreffenden, mit einem örtlich abgegrenzten Kirchspengel versehenen Gemeinde und andererseits der Dom- oder der Parochial-Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das Bedürfnis ergeben, den aus einer oft lange verschobenen Feststellung der Gemeindeangehörigkeit erwachsenden Uebelständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem Evangelischen Ober-Kirchenrath und erteilten Ermächtigung wird demnach hierdurch Folgendes bestimmt:

- 1) Alle von auswärts nach Berlin ziehenden evangelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht auf ihr besonderes Konfessionsverhältnis die Wahl, sich entweder derjenigen Pfarparochie, innerhalb deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzuschließen, deren Mitglieder an seinen bestimmten Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher durch die Veränderung der Wohnung innerhalb der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.
- 2) diese Wahl muß jedoch binnen Jahresfrist von der Niederlassung in Berlin ab gerechnet, durch eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-Ministerium und dem Vorstande der gewählten Kirche zu erkennen gegeben werden.
- 3) Wird diese Wahl in der bezeichneten Frist nicht ausgeübt, so werden solche evangelische Einwohner als pflichtige Glieder derjenigen Pfarparochie, innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben, angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Veränderung der letzteren in diejenige Parochie als Mitglieder über, in welcher die neu-gewählte Wohnung gelegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch von Neuem veröffentlicht.

Berlin, den 25. Juni 1894.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

17. Die unter königlichem Patronate stehende zweite Predigerstelle zu Dranienburg, Diözese Bernau, kommt durch den Abgang des Predigers Schönlau zum 1. Juli d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Pfarrwahlgesetzes vom 15. März 1886: — Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt. d. J. 1886 Seite 39. — Bewerbungen sind schriftlich bei dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. D.

18. Die unter königlichem Patronat stehende reformirte Schlosspredigerstelle zu Goepenitz, Diözese Cöln-Land II., kommt durch den Abgang des Schlosspredigers Lic. Voigt am 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Besetzung erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

19. Die unter magistratualischem Patronat stehende Pfarrstelle zu Gütergoy, Diözese Potsdam I., kommt durch die Emeritirung des Pfarrers Zellinghaus zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Bekanntmachung.

9. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Frankfurt a. D. wird **vom 20. September d. J. ab** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 22. August 1894** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probechrift auf einem halben Bogen Quersolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

10. Die Entlassungs-Prüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird **vom 13. September d. J. an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulkamms-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **bis zum 14. August d. J. an uns** einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine

Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, letztere beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulkamms-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 15. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

11. Die zweite Lehrerprüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird **vom 13. Oktober d. J. an** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum 17. September d. J. durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugnis über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugnis des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbständig gefertigte Ansarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probechrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbständig angefertigt und zu der Ansarbeitung keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 15. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

12. Die Aufnahme-Prüfung am königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird **am 14. und 15. September d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 24. August d. J. an** den Herrn Seminar-Director Scheibner einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminars gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

13. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier **vom 2ten November 1894 an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 2ten**

Oktobor 1894 an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberinnen angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstsigels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probechrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben. Berlin, den 15. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
Bekanntmachung.

14. Die Mittelschullehrer-Prüfung wird hier vom **6.—10. November d. J.** und nur, wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch vom **4.—8. Dezember 1894** abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Kandidat (sfr. Allg. Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns bis zum 4. September d. J. von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen 4) ein von einem zur Führung eines Dienstsigels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
Bekanntmachung.

15. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom **22. Oktober d. J. an** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum 24. September d. J. durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probechrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbstständig angefertigt und zu der Ausarbeitung keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn

der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
Bekanntmachung.

16. Die Rektorats-Prüfung wird hier am **13. und 14. November 1894** und nur, wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch am 11. und 12. Dezember 1894 abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 4. September d. J. einzureichen, und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Vorgesetzten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht.

Berlin, den 14. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
Bekanntmachung.

17. Die Schulversorberinnen-Prüfung wird hier am **28. November d. J.** abgehalten werden. In dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **28. August d. J.** einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugniß über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtsigels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Berlin, den 15. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.
Bekanntmachung.

18. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin im Lokale der Augustaschule, Kleinbeerensstraße 16/19, vom 30. November d. J. ab stattfinden. Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit, sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwaltung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum **30. Oktober 1894** einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in

beiden Sprachen und wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Meldung ist beizufügen 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist; 2) ein Tauf- bezw. Geburtschein, 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen, 4) ein amtliches Führungszeugniß, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugniß über den Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 19. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

19. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schul-Lehrer-Seminar zu Oranienburg wird **am 19. und 20. September d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 29. August d. J.** an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Schneider einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminar-Kurses gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 15. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

20. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin in der Königl. Elisabethschule, Kochstraße 63 daselbst **vom 12. November d. J. ab** stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorchriftsmäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind spätestens bis zum 14. Oktober d. J. an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugniß über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugniß über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen) anzugeben ist; 2) ein Tauf- bezw. ein Geburts-

schein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstfieglers berechtigt ist; 4) ein Zeugniß über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w., 5) ein Zeugniß über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugniß, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstick, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häfeln mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Kante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannshemd (Herren-Nachthemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstoppe, sowie eine Strickstoppe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingesezten Ärmel; eine weiße und eine bunt farrierte Gitterstoppe; eine Körperstoppe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstick, zwei ebensolche in Rosenstick; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in reihem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namenbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungskommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgefahren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probeklebung in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulkasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welche letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 15. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

21. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schul-Lehrer-Seminar zu Kyritz wird **vom 6. September d. J. an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulkand. Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind

bis zum 8. August d. J. an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, letztere beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbst angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulanwärter am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 19. Juni 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

22. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Kaufmann Chaim. Charles Schenker hier, Potsdamerstraße 83, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1885

Lit. D. N^o 691839 über 500 M.,

Lit. E. N^o 989526 über 300 M.

angeblich am 10. d. M. aus seiner Wohnung mittels Einbruchs gestohlen worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem ic. Schenker anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 26. Juni 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

11. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß vom 1. Januar 1895 ab bis auf Weiteres für die Benutzung der beschränkten Zoll-Niederlage bei dem Königlichen Steuer-Amte zu Wittenberge ein Niederlagegeld zur Erhebung gelangt. Dieses Niederlagegeld wird auf 10 Pf. für 100 kg Waaren aller Art und für den Monat mit der Maßgabe festgesetzt, daß bei der Lagerung jeder Theil eines Kalendermonats als voller Monat anzusehen ist, sowie daß Waarenposten im Gewichte von weniger als 100 kg den vollen Satz für 100 kg entrichten, während über 100 kg überschießende Gewichtsmengen bis 50 kg außer Betracht bleiben, solche über 50 kg als 100 kg zu rechnen sind.

Berlin, den 21. Juni 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Umwandlung des Haltepunktes Adlershof in einen Bahnhof III. Klasse und Schließung des Haltepunktes Glienide.

30. Der bisherige Haltepunkt Adlershof ist in einen Bahnhof III. Klasse umgewandelt worden und führt vom 15. Juli d. J. ab die Bezeichnung „Adlershof-Glienide“. Von demselben Zeitpunkte ab kommt der Haltepunkt Glienide in Wegfall, und gelangen Fahrkarten für Glienide nicht mehr zur Herausgabe. Die Abfertigungsbesugnisse des neuen Bahnhofes Adlershof-Glienide sind dieselben wie die des bisherigen Haltepunktes Adlershof.

Berlin, im Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

31. Soeben erschien das Deutsche Eisenbahn-Rucksuch vom 1. Juli 1894, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Post- und Dampfschiffsverbindungen, Angaben über Fahrscheinebuste u. s. w. Das Rucksuch ist auf allen Stationen des vorerwähnten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen, von den Bahnhofsbuchhändlern, sowie im Buchhandel zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 26. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

32. Am 1. Juli 1894 gelangt zum Staatsbahn-Gütertarif Bromberg-Magdeburg vom 1. August 1889 der Nachtrag XIV. zur Einführung. Derselbe enthält: I. Neue Entfernungen und Frachtsätze für die Stationen des Direktionsbezirks Bromberg: Gr.-Hermenau, Liebstadt i. Dsyr., Mirafowo, Partowo, Michnau und Sportebnen und für die Station des Direktionsbezirks Magdeburg: Eutritzsch. Ermäßigte Entfernungen und Frachtsätze für die Stationen des Direktionsbezirks Bromberg: Arnsdorf i. Dsyr., Guttstadt, Heinrichau, Negerteln, Schönsee und Wormditt. Neue Entfernungen für den Verkehr zwischen den Stationen der Neuhaldenslebener Bahn einerseits und den Stationen Berlin Dsbf. und Lichtenberg-Friedrichsfelde andererseits. II. Ausnahmetarif 15 A. für Schiffbauereisen. III. Berichtigungen und Ergänzungen. Druckstücke des Nachtrags sind durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgabestellen unseres Direktionsbezirks zu beziehen.

Bromberg, den 20. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

33. Am 1. Juli 1894 tritt zum Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Berlin, Breslau und Bromberg einerseits und Stationen der Dsypren-

hischen Südbahn andererseits vom 1. April 1890 der Nachtrag I. in Kraft. Derselbe enthält außer bereits veröffentlichten Ergänzungen neue Beförderungspreise für den Verkehr mit Berlin und Tilsit, sowie Rückfahrkartenpreise II. und III. Klasse für den gesamten Verkehr. Der Nachtrag kann zum Selbstkostenpreise durch Vermittelung der Fahrkarten-Ausgabestellen bezogen werden.

Bremberg, den 25. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

Gemeindebezirksveränderung.

12. Zur Bezirksregelung der bisher halb zur Gemeinde Brädikow und halb zum Gutsbezirk Briesen gehörigen Bädnerstellen des Maurers August Friedrich Wilhelm Vagenstein und des Arbeiters Bernhard Müller hat der Kreisaußschuß nach Einwilligung der Beteiligten in der Sitzung vom 18. Mai d. Js. beschlossen, 1) die in der Grundsteuermutterrolle des Gemeindebezirks Brädikow Artikel 62 Kartenblatt 3 Parzelle **N^o 180/44** mit 153 qm Flächeninhalt und Artikel 74 Kartenblatt 3 Parzelle **N^o 181/44** mit 77 qm Flächeninhalt eingetragenen Grundstücke des Maurers August Friedrich Wilhelm Vagenstein von dem Gemeindebezirk Brädikow abzutrennen und mit dem Gutsbezirk Briesen zu vereinigen, 2) das in der Grundsteuermutterrolle des Gutsbezirks Briesen unter Artikel 6 Kartenblatt 3 Parzelle **N^o 28** mit 77 qm Flächeninhalt eingetragene Grundstück des Arbeiters Bernhard Müller von dem Gutsbezirk Briesen abzutrennen und mit dem Gemeindebezirk Brädikow zu vereinigen, so daß künftig die Vagenstein'sche Bädnerstelle ganz zum Gutsbezirk Briesen und die Müller'sche Bädnerstelle ganz zum Gemeindebezirk Brädikow gehört. Der Beschluß des Kreisaußschusses ist rechtskräftig geworden.

Rathenow, den 26. Juni 1894.

Rathenow des Kreisaußschusses. Der Vorsitzende.

Bekanntmachung.

13. Nachdem des Königs Majestät mittels Allerhöchsten Erlasses vom 19. Februar 1894 anzuordnen geruht haben, daß die Landgemeinden Kleptow und Wilschdorf diesseitigen Kreises aufgelöst werden, sind durch Beschluß des unterzeichneten Kreis-Außschusses vom 15ten d. Mts. auf Grund des § 2 **N^o 1** und **2** der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 nach stattgehabter Vernehmung der Beteiligten die bezirksfrei gewordenen Grundstücke und zwar:

A. der ehemaligen Landgemeinde Kleptow:

1) das in der Grundsteuer-Mutterrolle unter Artikel **N^o 6** eingetragene Grundstück des Rittergutsbesizers Albert Reibel zu Ludwigsburg mit einem Flächeninhalt von 25 ha 32 a 80 qm,

mit dem Gutsbezirk Ludwigsburg und

2) a. die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 1** eingetragenen Grundstücke des Müllers Johann Niemer mit einem Flächeninhalt von 15 ha 84 a 31 qm,

b. die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel 3 eingetragenen Grundstücke der Rittergutsbesizerin Wittve Herz, Elisabeth, geb. Semler, mit einem Flächeninhalt von zusammen 94 ha 08 a 58 qm,

c. die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 4** eingetragenen Grundstücke des Bauern Hermann Carl August Witte mit einem Flächeninhalt von 22 ha 95 a 04 qm,

d. das in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 7** eingetragene Grundstück der Gemeinde mit einem Flächeninhalt von 3 a 58 qm,

e. die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel 8 eingetragenen Grundstücke der Schule und Küsterei mit einem Flächeninhalt von zusammen 1 ha 42 a 85 qm,

f. das in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel 9 eingetragene Grundstück des Königlich Preussischen Staats (Landestriangulation) mit einem Flächeninhalt von 02 qm,

g. das in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 11** eingetragene Grundstück der Kirche (Kirchhof) mit einem Flächeninhalt von 22 a 98 qm,

ad 2 a.—g. mit einem Gesamt-Flächeninhalt von 134 ha 57 a 36 qm,

mit dem Gutsbezirk Kleptow vereinigt worden.

B. der ehemaligen Landgemeinde Wilschdorf:

1) die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 5, 11, 12, 13** und **14** eingetragenen Grundstücke des Landwirts Karl Stark zu Wilschdorf mit einem Flächeninhalt von zusammen 138 ha 62 a 98 qm,

mit dem Gemeindebezirk Briesig und

2) a. das in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 8** eingetragene Grundstück der Gemeinde Wilschdorf mit einem Flächeninhalt von 4 ha 23 a 32 qm,

b. die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 9** eingetragenen Grundstücke der Schul- und Kirchengemeinde Wilschdorf mit einem Flächeninhalt von zusammen 1 ha 11 a 46 qm,

c. das in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 10** eingetragene Grundstück des Königlich Preussischen Staates (Landestriangulation) mit einem Flächeninhalt von 03 qm,

d. die in der Grundsteuermutterrolle unter Artikel **N^o 20** eingetragenen Grundstücke des Premier-Lieutenants z. D. und Rittergutsbesizers Axel von Holgendorff zu Wilschdorf mit einem Flächeninhalt von zusammen 108 ha 47 a 87 qm,

ad 2 a.—d. mit einem Gesamt-Flächeninhalt von 113 ha 82 a 68 qm,

mit dem Gutsbezirk Wilschdorf vereinigt worden.

Prenzlau, den 21. Juni 1894.

Der Kreisaußschuß des Kreises Prenzlau.

Nachweisung der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im II. Quartal 1894 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen

14.	Bezeichnung des Grundstücks.	Name des Erwerbers.	Künftiger Gemeinde- oder Gutsverband.
	Parzelle 5 797/291 der fiscalischen Dorfstraße zu Lunow von 30 qm Flächeninhalt.	Bauer Friedrich Werdermann zu Lunow.	Gemeinde-Verband Lunow.

Angermünde, den 26. Juni 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde. von Risselmann.

Bekanntmachung des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

4. Die Brandenburgische Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt hat in dem Rechnungsjahre 1893/94 an Wittwen- und Waisen-Geld-Beiträgen vereinnahmt 158 377 M. 44 Pf.
und an Zinsen von den Beständen des laufenden Fonds 1 729 „ 88 „

zusammen 160 107 M. 32 Pf.

Dagegen an Wittwen- und Waisengeldern gezahlt 37 585 „ 55 „
so daß als Ueberschuß dem eisernen Fonds zu überweisen waren 122 521 M. 77 Pf.

Diesem sind zu seinem Bestande am 31. März 1893 von 1 369 216 „ 01 „
außerdem zugeflossen:

1) an Zinsen von seinen Beständen 51 360 M. 47 Pf.

2) an Eintrittsgeldern 35 818 „ 21 „

3) an nacherhobenen Beiträgen 3 078 „ 68 „

4) an Kursergebnis für verlooste Wertpapiere 39 „ 55 „

im Ganzen 91 196 M. 91 Pf.

er erreichte daher am 31. März 1894 eine Höhe von 1 582 934 M. 69 Pf.

Die Vermehrung des Fonds im Rechnungsjahre 1893/94 stellt sich darnach auf 213 718 M. 68 Pf.

Sein rechnungsmäßiger Bestand ist folgender:

421 600,00 M.	4 % Preuß. consolidirte Staatsanleihe (daron 400 000 M. eingetragen in das Staatsschuldbuch) zum Erwerbswerthe von	434 846 M. 50 Pf.
18 000,00 M.	3 1/2 % Preuß. consolidirte Staatsanleihe	18 121 „ 50 „
250 000,00 M.	3 1/2 % Hypothek	250 000 „ — „
506 700,00 M.	3 1/2 % Landständische Centralpfandbriefe	498 693 „ 36 „
1 000,00 M.	3 % „	860 „ — „
29 600,00 M.	3 1/2 % Köpenick'er Stadtanleihe	29 603 „ 37 „
13 000,00 M.	3 1/2 % Jessen'er Stadtanleihe	13 001 „ 43 „
122 000,00 M.	3 1/2 % Ost-Prignitz'er Kreis'anleihe	118 052 „ 43 „
100 000,00 M.	4 % Templin'er Kreis'anleihe	101 609 „ 50 „
76 500,00 M.	3 1/2 % Zerichow'er Kreis'anleihe	75 171 „ 32 „
16 000,00 M.	4 % Döberseleben'er Kreis'anleihe	16 161 „ 18 „
10 000,00 M.	3 1/2 % Posen'er Pfandbriefe	9 760 „ — „
500,00 M.	3 1/2 % Westpreussische Pfandbriefe	484 „ — „
2 022,29 M.	3 1/2 % Amortisations-Darlehn der Stadt Mittenwalde	2 022 „ 29 „
2 774,02 M.	3 1/2 % Amortisations-Darlehn der Stadt Jossen	2 774 „ 02 „

1 570 560 M. 90 Pf.

und baar 12 373 „ 79 „

Summa 1 582 934 M. 69 Pf.

Dies wird gemäß § 27 des Reglements der Anstalt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 21. Juni 1894.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Wirklicher Geheimer Rath von Ferebow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der nachbezeichneten, in der 46. Verlosung gezogenen und in Folge dessen durch die öffentliche Bekanntmachung vom 12. Juni 1893 zur Baarzahlung gekündigt 4 % **Schleßischen Pfandbriefe Lit. B.** und zwar: N^o 41120 Pöln. Krawarn zc. über 1000 Thaler (3000 Mark); N^o 43901 Groß Stein zc., N^o 45180 Ratibor über je 500 Thaler (1500 Mark); N^o 50028 Pogarell und Altgran, N^o 50341 Gr. Stein zc., N^o 51978, 52020, 52022, 52028 Pöln. Krawarn zc., N^o 52215 Ratibor über je 200 Thaler (600 Mark); N^o 62780, 62802, 62892 Groß-Stein zc., N^o 64884, 64926, 64957 und 65065 Ratibor über je 100 Thaler (300 Mark); N^o 79457 Pöln. Krawarn zc. über 50 Thaler (150 Mark); und N^o 82454 Pöln. Krawarn zc. über 25 Thaler (75 Mark) werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfand-

briefe nebst den dazu gehörigen Zinsscheinen Serie XII. N^o 7—10 bei der königlichen Instituten-Kasse hieselbst (am Leisingplatz im Regierungsgebäude) zu präsentiren und dagegen den entsprechenden Baarbeitrag in Empfang zu nehmen. Sollte die Einreichung nicht bis zum **15. August 1894** erfolgen, so werden die Inhaber der fraglichen Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedruckte Spezial-Hypothek präkludirt und mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der königlichen Instituten-Kasse hieselbst deponirte Kapitalvaluta verwiesen werden. Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe Lit. B. noch rückständig und bereits präkludirt: **a** 3½ % aus der 20. Verloosung: N^o 18581 Hausdorf über 100 Thaler (300 Mark); **a** 4 % aus der 44. Verloosung: N^o 45070 Poln. Krawarn ic. über 500 Thaler (1500 Mark), N^o 50401 Groß-Stein ic. über 200 Thaler (600 Mark), N^o 61229 Glend und N^o 62840 Groß-Stein ic. über je 100 Thaler (300 Mark), aus der 45. Verloosung: N^o 52064 und 52078 Ratibor über je 200 Thaler (600 Mark), N^o 62335 Vogarell und Algenau und N^o 64960 Ratibor über je 100 Thaler (300 Mark).

Bräslau, den 16. Februar 1894.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Bekanntmachung.

Unter den Schweinen des Milchhändlers Klemm in zum Charlottenburg, Grünstraße Nr. 29, ist die Rothlauffeuche ausgebrochen.

Charlottenburg, den 30. Juni 1894.

Königliche Polizei-Direktion.

Personalchronik.

Im Kreise Templin ist der Ammann Zimmermann in Sudow aufs Neue zum Amtsvorsteher des gleichnamigen Amtsbezirks VII. ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz ist der Gutspächter Irmer in Rosenhagen aufs Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXII. — Gottschow — ernannt worden.

Der königliche Oberförster Schöpffer zu Neubrück ist zum Forstamtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht in Beeskow für den Forstbezirk Neubrück ernannt worden.

Der bei der Veranlagungskommission des Kreises Niederbarnim in Berlin beschäftigte Civilsupernumerar Seehaus ist als Steuersekretär angestellt worden.

Der Landmesser Bruno Froelich zu Charlottenburg ist am 18. Juni 1894 als solcher eidlich verpflichtet worden.

An Stelle des verstorbenen Rechnungsraths Krohn ist der Eisenbahn-Sekretair Boehme zum Vorsteher des Generalkbüreaus der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg und der Eisenbahnsekretair Tell als Vertreter desselben bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer an St. Annen in Cisleben, Dr. Hugo Dryhal, ist zum Pfarrer der Parochie Dobbrilow, Diözese Ludenwalde, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Zinndorf, Franz August Ernst Ritter, ist zum Pfarrer der Parochie Werder, Diözese Strausberg, bestellt worden.

Der bisherige Marinepfarrer Johannes Friedrich Franz August Andreae ist zum 2. Diaconus der Parochie Charlottenburg, Diözese Cöln-Land I., bestellt worden.

Der bisherige Diaconus Karl Ludwig Wieprecht Arthur Stromeyer in Gramzow ist zum Pfarrer der Parochie Zinndorf, Diözese Strausberg, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Proben ist als Oberlehrer angestellt und dem Realgymnasium in Charlottenburg überwiesen worden.

Im Verwaltungsbezirke der königlichen Hofkammer der königlichen Familiengüter ist der Förster Sasse in Schulzendorf, Oberförsterei Königs-Wusterhausen, unter Verleihung des Charakters als „königlicher Hegemeister“ in den Ruhestand getreten, der Förster Charon von Semmlei, Oberförsterei Staasow, nach Schulzendorf versetzt und der bisherige Forstaufscher Haber zum königlichen Förster in Semmlei ernannt.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:				
1	Auguste Pauline Bartel, geborene Drawert, Witwe,	geboren am 13. Mai 1861 zu Gr. Kreutz, Russisch-Polen, russi- sche Staatsangehörige,	Diebstahl im wiederholten holländischen Rückfall (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 23. November 1892),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Gumbinnen,	22. Mai 1894.
2	Amand Escher, Bädergeselle,	geboren am 12. Juli 1856 zu Oberndorf, Bezirk Jägerndorf, Oesterreichisch-Schle- sien, ortseingetragener, ebendasselbst,	schwerer und einfacher Diebstahl im Rückfall (11 Jahre 9 Monate Zuchthaus laut Erkennt- niß vom 4. September 1892 und Beschluß vom 9. März 1886),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	13. Mai 1894.

Zauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat.	Datum der Ausweisung Beschloffen
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
3	Josef Krause, Tischler,	geboren am 23. August 1840 zu Franzendorf, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	gewerbmäßige Hehlerei (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 16. Mai 1892),	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig,	16. April 1894.
4	Hermann Josef Silvertant, Kammerdiener,	geboren am 27. März 1871 zu Henry-Chapelle, Provinz Lüttich, Belgien, ortsangehörig ebendaselbst,	schwere Urkundenfälschung (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1. Juni 1891),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	31. März 1894.
5	Benzel Schrenk, Glasmacher,	geboren am 1. Oktober 1871 zu Judmantel, Bezirk Tepliz, Böhmen, ortsangehörig zu Jenidau, Bezirk Ledec, ebendaselbst,	Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 28. April 1892),	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	4. Mai 1894.
h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Albert Klahig, Müller,	geboren am 10. November 1860 zu Seisdorf, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. Mai 1894.
2	Gustav Friedmann, Handlungsgehilfe und Schauspieler,	geboren am 1. Juni 1864 zu Wien, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	18. Mai 1894.
3	Franz Horatschek, Drechsler u. Bildhauer,	geboren am 9. November 1840 zu Schildberg, Bez. Hohenstadt, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Erding,	2. Mai 1894.
4	Maria Jelinek, ledige Modistin,	geboren am 14. Dezember 1866 zu Skrblovic, Bezirk Chotek, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	23. Februar 1894.
5	Josef Jungwirth, Tagelöhner,	geboren am 15. August 1852 zu Schönberg, Bezirk Prachatitz, Böhmen, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln und Betrug,	Großherzoglich badischer Landeskommisär zu Freiburg,	22. Mai 1894.
6	Johann Lang, Schlosser,	geboren am 6. Oktober 1871 zu Niggersdorf, Bezirk Echshaus, Nieder-Oesterreich, ortsangehörig zu Langendorf, Bezirk Schüttenshausen, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	28. April 1894.
7	Franzese Luchini, Tagner,	geboren am 25. Juni 1849 zu Oltrona al Lago, Provinz Como, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	23. Mai 1894.

Auf Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
8	Josef Navratil, Weißgerber,	geboren am 18. August 1838 zu Turnau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Landsstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	30. April 1894.
9	Josef Selinger, Weber und Maurer,	geboren am 28. November 1853 zu Schanzenborn, Bezirk Gabel, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	28. April 1894.
10	Arnold Seun, Spängler,	geboren am 9. April 1864 zu Ulster, Kanton Zürich, Schweiz, ortsangehörig in Zürich,	Landsstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	8. Mai 1894.
11	Adolf Stadtschek, Kommiss,	geboren am 9. Juni 1868 zu Sandl, Bezirk Freistadt, Ober-Oesterreich, ortsangehörig in Freistadt,	Landsstreichen u. Betteln,	dieselbe,	7. Mai 1894.
12	Franz Zvejkowsky, Schlosser,	geboren am 16. August 1872 zu Jablono, Bezirk Horovic, Böhmen, ortsangehörig zu Pilschendorf, ebendasselbst,	Landsstreichen,	dieselbe,	desgleichen,
13	Karl van Baalsen, Konditor,	geboren am 1. Juli 1861 zu Rülpfen, Provinz Limburg, Niederlande, ortsangehörig ebendasselbst,	Landsstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	19. Mai 1894.
14	Georg Bobed, Weber,	geboren im Jahre 1842 zu Liebeznic, Bezirk Karolinenthal, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Landsstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	22. Mai 1894.
15	Emil August Hieronymus Forey,	geboren am 30. Oktober 1859 zu Ensisheim, Ober-Elßaß, durch Deputation französischer Staatsangehöriger,	Landsstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	24. Mai 1894.
16	Franz Herrmann, Schneider,	geboren am 30. Juni 1867 zu Garßen, Bezirk Steyr, Ober-Oesterreich,	Landsstreichen u. Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Ochsenfurt,	3. Mai 1894.
17	Anton Puttinger, Steinbauer,	geboren am 25. Juni 1828 zu Fochach, Tirol,	Betteln,	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Konstanz,	21. Mai 1894.
18	Franz Pavlicsek, Maurer,	geb. am 11. Juni 1864 zu Ehrzin, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Polizeibehörde zu Hamburg,	24. Mai 1894.
19	Franz Schlitter, Fleischer,	geboren im Jahre 1866 zu Jaromnic, Bezirk Turnau, Böhmen, öster-	Landsstreichen u. Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	8. Mai 1894.

Zauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
20	Margaretha Schudel, Dienstmagd,	reichlicher Staatsan- gehöriger, geboren am 7. Juli 1866 zu Weggingen, Kanton Schaffhausen, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	gewerbmäßige Unzucht,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	26. Mai 1894.
21	Wilhelm Theunissen, Lohgerber,	geboren am 10. Juni 1836 zu Benray, Nie- derlande, ortsangehö- rig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	24. Mai 1894.
22	Louis van der Walte, Arbeiter,	geboren am 2. Oktober 1857 zu Desselbergen, Niederlande,	Landstreichen,	Polizei-Kommission des Senats in Bre- men,	26. Mai 1894.
23	Wenzel Bönißch, Tischlergeselle,	geboren am 2. August 1855 zu Trautmann in Böhmen, ortsange- hörig zu Kolkendorf, ebendaselbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. D.,	24. März 1894.
24	Leo Gutwirt, Kaufmann,	geboren am 1. Juli 1875 zu Bochnia, Be- zirk Tarnow, Galizien, ortsangehörig ebenda.,	ebendaselbst,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	25. Mai 1894.
25	Paul Haselsteiner, Bäder,	geboren am 18. Januar 1871 zu Mattighofen, Bezirk Brannau, Ober- Oesterreich, ortsange- hörig zu Marglan, Bez. Salzburg, Oester- reich,	Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	18. Mai 1894.
26	Kreszenz Prechtl, ledige Tagelöhnerin,	geboren am 7. Sep- tember 1873 zu Klein- hausen, Bezirk Stadt- amhof, Bayern, öster- reichische Staatsange- hörige, ortsangehörig zu Rothentann, Bezirk Klattau, Böhmen,	Landstreichen,	Stadtmagistrat zu Re- gensburg, Bayern,	4. Mai 1894.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend 1) Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894, 2) Regulativ für Privattransitlager von den in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide etc.) ohne Mitverzicht der Zollbehörde, 3) Ausführungs-Bestimmungen zu dem Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 14. April 1894, 4) Regulativ, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereifabrikaten, 5) Zusatzbestimmungen vom 5. März 1894 zur Ausführungsanweisung des Finanzministers vom 10. April 1892, betreffend die Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer, 6) Anweisung des Finanzministers vom 5. März 1894 zur Veranlagung der Betriebssteuer, und 7) Anweisung des Finanzministers vom 3. April 1894 zur Ausführung des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893, sowie fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Inhalt.

	Seite
1. Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894	1
2. Regulativ für Privattransitlager von den in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide etc.) ohne Ritverschluß der Zollbehörde	82
3. Ausführungs-Bestimmungen zu dem Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 14. April 1894	40
4. Regulativ, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereifabrikaten	51
5. Zusatzbestimmungen vom 5. März 1894 zur Ausführungsanweisung des Finanzministers vom 10. April 1892, betreffend die Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer	63
6. Anweisung des Finanzministers vom 5. März 1894 zur Veranlagung der Betriebssteuer	98
7. Anweisung des Finanzministers vom 3. April 1894 zur Ausführung des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893	116

Ausführungsvorschriften

zum

Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894.

1. Die Steuerstellen, welche zur Erhebung der Stempelabgabe, sowie zur Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (Tarifnummer 1 bis 3) und von Lotterieloose (Tarifnummer 5) zuständig sind, sowie die zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe, insbesondere zum Verkauf der Stempelmarken und gestempelten Formulare befugten Amtsstellen werden ebenso wie die Beamten zur Wahrnehmung der im §. 39 Absatz 2 bezeichneten Geschäfte und deren Geschäftsbezirke, von den Landesregierungen bestimmt und öffentlich bekannt gemacht. Soweit eine solche Bestimmung nach Maßgabe der bestehenden Stempelgesetze bereits erfolgt ist, bedarf es einer erneuten Bekanntmachung nicht; etwaige Veränderungen bezüglich der zur Abstempelung der Werthpapiere (Tarifnummern 1 bis 3) und der Lotterieloose (Tarifnummer 5) zuständigen Stellen werden dem Reichsanzler behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt.

Die Abstempelung der Genußscheine (Anmerkung zur Tarifnummer 1 und 2 Absatz 2) erfolgt bis auf Weiteres nur bei den Stempelhebestellen zu Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg und München.

Zu §. 2 des Gesetzes.

2. Die zu versteuernden Werthpapiere sind mit einer nach den anliegenden Mustern a oder b doppelt ausgefertigten, von dem Steuerpflichtigen unterzeichneten und mit genauer Angabe seines Standes und Wohnortes versehenen Anmeldung einer zuständigen Steuerstelle vorzulegen. Loose oder von den Werthpapieren getrennte Zinscheine etc. sind nicht mit vorzulegen. In der Anmeldung sind die Werthpapiere nach Gattung (Aktie, Interimsschein zu solcher, Schuldverschreibung etc.) und Benennung sowie nach Serie, Litera und Nummer geordnet aufzuführen.

3. Nach Prüfung der Anmeldung setzt die Steuerstelle den Abgabebetrag fest und zieht ihn ein. Bei der Berechnung der Abgabe von ausländischen Werthpapieren, in welchen der Nennwerth in fremder und deutscher Währung angegeben ist, bildet die letztere die Grundlage; bei Werthpapieren, deren Nennwerth nicht in deutscher Währung angegeben ist, hat die Umrechnung in die-

1. Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen

2. Muster a u. b.

selbe unter Zugrundelegung der fremden Währung; und falls mehrere fremde Währungen angegeben sind, der höchstgültigen fremden Währung zu erfolgen.*)

Die Abstempelung der Werthpapiere erfolgt erst, nachdem die festgestellte Abgabe gegen — endgültige oder vorläufige — Quittung eingezahlt oder hinterlegt worden ist. Die Hinterlegung tritt ein, wenn die Abstempelung der Papiere am Tage der Einzahlung der Steuer nicht mehr bewirkt oder beendet werden kann. Jede Quittung muß, um gültig zu sein, von zwei Beamten vollzogen und in derselben der Tag der Buchung der Steuer und die Nummer des Hebe- oder Anmeldeungsregisters, unter welcher die Buchung erfolgt ist, von der Steuerstelle angegeben sein. Die endgültige Quittung ist auf eine Ausfertigung der Anmeldung zu schreiben.

Kann die Abstempelung nicht sofort vorgenommen werden, so ist dem Ueberbringer die eine Ausfertigung der Anmeldung, mit Empfangsbcheinigung versehen, zurückzugeben.

Nach erfolgter Abstempelung erhält der Steuerpflichtige die Werthpapiere gegen Rückgabe der Empfangsbcheinigung oder der vorläufigen Quittung, welche als Registerbeläge bei der Steuerstelle verbleiben, und die mit endgültiger Quittung versehene Ausfertigung der Anmeldung ausgehändigt.

4. Die Abstempelung erfolgt ausschließlich durch Aufdrücken des Reichsstempels auf der Vorderseite des Werthpapiers. Der mittelst Maschine aufzubrückende Stempel ist kreisrund mit einem Durchmesser von 31 mm und trägt in der zwischen zwei Linien laufenden Umschrift die Bezeichnung: REICHSTEMPEL-ABGABE, sowie in fetter Schrift die Angabe des Steuerfahes: 1 1/2 oder EINS VOM HUNDERT bezw. SECHS, FUENF, VIER, ZWEI oder EINS VOM TAUSEND bezw. FUENF MARK, DREI MARK oder FUENFZIG PFENNIG; das Mittelfeld ist ausgefüllt durch einen nur in Umrisslinien gezeichneten Reichsadler, unter welchem das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle sich befindet.**)

*) Behufs Umrechnung der in einer anderen als der Reichswährung ausgedrückten Summen zum Zwecke der Berechnung der Reichsstempelabgabe sind gegenwärtig für die nachstehend bezeichneten Währungen die dabei bemerkten, allgemein zum Grunde zu legenden Mittelwerthe bis auf Weiteres festgesetzt:

1 süddeutscher Gulden, sowie ein Gulden niederländischer Währung . . .	1,70	M
1 Mark Banco	1,50	"
1 österreichischer Gulden Gold	2,00	"
1 österreichischer Gulden Silber oder Papier	1,70	"
1 österreichische Krone	0,35	"
1 Pfund Sterling	20,40	"
1 Frank, Lira, finnische Mark, spanische Peseta Gold	0,00	"
1 spanischer Piaster	4,00	"
100 spanische Reales	21,00	"
1 portugiesischer Milreis	4,50	"
1 türkischer Piaster	0,16	"
1 rumänischer Piaster	0,30	"
1 rumänischer Leu	0,60	"
1 polnischer Gulden	0,33	"
1 russischer Silberrubel	2,25	"
1 russischer Goldrubel	8,50	"
100 schwedische, norwegische oder dänische Kronen	112,50	"
1 dänischer Milsdaler	2,25	"
1 schwedischer Milsdaler	1,125	"
1 Speziel Milsdaler	4,50	"
1 amerikanischer Dollar	4,15	"

**) Die nach den „Ausnahmen“ zur Tarifnummer 1 und 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1881 abgestempelten ausländischen Werthpapiere haben einen Stempelaufdruck erhalten, welcher in einem von einem Kreise umgebenen Vierpaß die deutsche Kaiserkrone, sowie ein Land mit Angabe des Steuerfahes von 10 Pfennig oder 50 Pfennig zeigt und dessen Einfassung die Aufschrift „Reichs-Stempel-Abgabe“ und das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle trägt (Ziffer 2c Abs. 2 der Ausführungs Vorschriften vom 7. Juli 1881).

Die Abstempelung der inländischen Werthpapiere und der nicht nach den „Ausnahmen“ versteuerten ausländischen Werthpapiere erfolgte mittelst eines Stempels, welcher in einem verzierten aufrecht stehenden Rechteck

5. Auf Antrag und auf Kosten des Steuerpflichtigen kann der Ausdruck des Reichsstempels auf die Werthpapiere auch bei der Reichsdruckerei erfolgen. Der Antrag ist in der Anmeldung (Ziffer 2) zu stellen. Die Steuerstelle zieht den Abgabebetrag und einen die Kosten der Abstempelung deckenden Vorschuß von dem Steuerpflichtigen ein und ersucht unter Beifügung einer gemäß den Vorschriften unter Ziffer 3 mit Quittung über Abgabe und Vorschuß versehenen Ausfertigung der Anmeldung die Reichsdruckerei um Abstempelung der Werthpapiere. Der Antragsteller hat für die Einsendung der Werthpapiere an die Reichsdruckerei zu sorgen und empfängt dieselben von dort unmittelbar zurück. Hin- und Rücksendung erfolgen auf seine Gefahr und Kosten.

Der Steuerstelle theilt die Reichsdruckerei eine Bescheinigung, daß die Abstempelung in Uebereinstimmung mit der zurückzusendenden Anmeldung erfolgt ist, unter Benachrichtigung von dem Betrage der Kosten der Abstempelung mit. Die Steuerstelle nimmt diese Bescheinigung zu den Völägen ihres Registers und rechnet nunmehr mit dem Steuerpflichtigen über den Vorschuß unter Rückzahlung des etwaigen Ueberschusses ab. Nach Berichtigung der Kosten erhält der Steuerschuldner eine mit Quittung (Ziffer 3) versehene Ausfertigung der Anmeldung zurück.

Ersieht die Reichsdruckerei aus der übersandten Quittung, daß der Vorschuß die Kosten nicht deckt, so hat sie die Steuerstelle hiervon alsbald und vor der Rücksendung der abgestempelten Werthpapiere behufs unverzüglicher Einziehung des fehlenden Betrages zu benachrichtigen.

6. Nach jeder Einzahlung auf die in den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Werthpapiere sind die Interimsscheine nach den obigen Vorschriften zur Abstempelung vorzulegen. Die letztere erfolgt nach den für die Abstempelung der vollgezahlten Werthpapiere getroffenen Bestimmungen unter Ausdruck desselben Stempels (Ziffer 4) bei dem Quittungsvermerk über die jeweilige Einzahlung; dabei ist zugleich der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung mittelst eines Stempels ersichtlich zu machen.

Der wiederholten Vorlegung und Abstempelung der Interimsscheine bedarf es indessen nicht, wenn bei der erstmaligen Vorlegung der Interimsscheine die volle tarifmäßige Abgabe für die vollgezahlten Stücke im voraus entrichtet worden ist. In Fällen derartiger Vorauszahlungen der Steuer sind die Interimsscheine über dem Reichsstempelabdruck mit folgendem Vermerk zu versehen:

Vollzahlung ist vorausbesteuert.

den ten 18

(Amtsbezeichnung, Unterschrift und Amtsstempel der abstempelnden Steuerstelle.)

Bestand, auf welchem sich der Reichsadler, um denselben in freistrunder Einfassung die Aufschrift „Reichs-Stempel-Abgabe“, sowie das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle befand (Ziffer 2c Abs. 3 der Ausführungsvorschriften vom 7. Juli 1881). Durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Januar 1883 (Centralblatt S. 8) wurde ein neuer Stempel eingeführt, der außer den vorgedachten Merkmalen auf einem gebogenen Bunde die Angabe des Steuerjahres von Fünf, Zwei oder Eins vom Tausend enthielt.

Der oben in Ziffer 4 bezeichnete freistrunder Stempel mit Angabe der Steuerjahre von Fünf, Zwei oder Eins vom Tausend ist durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 11. Juni 1887 (Centralblatt S. 159) eingeführt worden, die Abstempelung der Werthpapiere konnte indessen auch mit dem in der Bekanntmachung vom 5. Januar 1883 bezeichneten Stempel vorgenommen werden.

Gemäß Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 9. April 1891 (Centralblatt S. 74) wird der Stempel-
ausdruck auf die Stücke

1. der $4\frac{1}{2}$ prozentigen inneren Argentinischen Anleihe vom Jahre 1888,
2. der $4\frac{1}{2}$ prozentigen äußeren Argentinischen Anleihe vom Jahre 1888 und
3. der Buenos-Aires-Stadt-Anleihe vom Jahre 1888

nicht mit rother, sondern mit blauer Farbe bewirkt.

Zu §. 2 und Absatz 2 der letzten Spalte der Tarifnummern 1 und 2.

7. Für die zur Besteuerung angemeldeten Werthpapiere ist der volle tarifmäßige Betrag der Stempelabgabe von der Steuerstelle auch dann zu berechnen und festzustellen, wenn für die ausgegebenen Interimsscheine schon eine Reichsstempelabgabe entrichtet worden ist. Behufs Anrechnung des versteuerten d. i. durch die gezahlte Steuersumme gedeckten Betrages der Interimsscheine auf den Betrag der endgültigen Stücke hat der Steuerpflichtige in der Anmeldung den Betrag der einzelnen auf die Interimsscheine geleisteten Einzahlungen und der dafür entrichteten Abgaben, sowie den Ort und die Zeit der Steuererhebungen anzugeben und die abgestempelten Interimsscheine mit den abzustempelnden Werthpapieren vorzulegen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der beantragten Anrechnung nichts zu erinnern, so erfolgt die Einzahlung des für die Aktien zc. etwa noch zu erlegenden Abgabebetrages, die Quittungsleistung und die Abstempelung der Papiere nach den oben unter Ziffer 3 bis 5 gegebenen Bestimmungen. Auf der Anmeldung (Ziffer 2) hat die Steuerstelle den noch zu steuernden Betrag der einzelnen Stücke, sowie die dafür zur Erhebung gelangende Abgabe ersichtlich zu machen.

Auf den Interimsscheinen sind vor deren Rückgabe die Stempelzeichen durch Ausschneiden oder Durchlochen, mit Genehmigung der Direktionsbehörde auch in anderer sichernder Art, zu vernichten; die Vernichtung ist auf der Anmeldung zu bescheinigen.

Unter den von der Steuerstelle vorzuschreibenden Bedingungen dürfen die abgestempelten Interimsscheine behufs Feststellung des anzurechnenden versteuerten Betrages und Vernichtung der Stempelzeichen auch vor der Vorlegung der abzustempelnden endgültigen Stücke vorgelegt werden.

Insofern die Interimsscheine nicht spätestens gleichzeitig mit den abzustempelnden Aktien zc. vorgelegt werden können, darf der Steuerpflichtige, unter Angabe des auf die Interimsscheine zur Einzahlung gelangten Kapitals und der entrichteten Steuer, sich die Vorlegung der abgestempelten Interimsscheine zum Zweck der Anrechnung des versteuerten Betrages derselben in der Anmeldung vorbehalten. Die Steuer für denjenigen Betrag, dessen Anrechnung in Anspruch genommen wird, ist zu hinterlegen oder sicherzustellen. Die Sicherstellung erfolgt durch Niederlegung kurrehabender inländischer Werthpapiere; Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten werden zum Nennwerth, bei niedrigerem Kurse aber zum Kurswerth, sonstige Werthpapiere der bezeichneten Art aber in Höhe des bei der Reichsbank beleihbaren Theilbetrages als Sicherheit angenommen. Den Papieren sind die Zinsscheine und die Anweisungen zur Abhebung derselben beizufügen; es steht jedoch den Steuerpflichtigen frei, die innerhalb des ersten Jahres fälligen Zinsscheine zurückzubehalten. Seitens der Steuerstelle ist auf der dem Anmeldenden zurückzugebenden Ausfertigung der Anmeldung unter Bezugnahme auf den gemachten Vorbehalt die Hinterlegung oder Sicherstellung zu bescheinigen und ein entsprechender Vermerk im Anmeldeungsregister zu machen, im Uebrigen aber nach der Bestimmung im ersten Absatz dieser Ziffer zu verfahren. Die Vorlegung der Interimsscheine hat innerhalb eines Jahres nach der Rückgabe der abgestempelten Aktien zc., den Tag der Rückgabe nicht mitgerechnet, bei der Steuerstelle zu erfolgen. Aus besonderen Gründen kann die Steuerbehörde eine Verlängerung dieser Frist bewilligen. Bei der Vorlegung der Interimsscheine hat der Steuerpflichtige den Betrag der einzelnen auf die letzteren geleisteten Einzahlungen und der dafür entrichteten Abgaben sowie den Ort und die Zeit der Steuererhebungen anzugeben, auch die obenbezeichnete Ausfertigung der Anmeldung mit beizufügen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der Anrechnung nichts zu erinnern, so hat die Steuerstelle wegen der Vernichtung der Stempelzeichen auf den Interimsscheinen (Absatz 2 dieser Ziffer) und wegen entsprechender Rückgabe des hinterlegten Steuerbetrages oder der bestellten Sicherheit das Weitere zu veranlassen, insbesondere auch die zugestandene Anrechnung auf der mitvorgelegten und zurückzugebenden Ausfertigung der Anmeldung, sowie auf der als Belag bei der Steuerstelle verbliebenen Ausfertigung und im Anmeldeungsregister zu vermerken. Nach Ablauf der Frist ist der rückständige, durch Anrechnung nicht getilgte Theil der Steuer zur Erhebung zu bringen.

Insofern in Folge der früheren Art der Abstempelung aus den auf den Interimsscheinen befindlichen Steuerstempeln der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung nicht ersichtlich sind, bedarf es einer bezüglichen Angabe seitens des Steuerpflichtigen nicht. Auf Verlangen der Steuerstelle sind indessen vor Bewilligung der Anrechnung die Quittungen über die gezahlten Steuerbeträge beizubringen.

Zu §. 2 und Tarifnummer 1, Befreiung.

8. Diejenigen inländischen Aktiengesellschaften, welche für die von ihnen auszugebenden Werthpapiere die Befreiung vom Aktienstempel in Anspruch nehmen wollen, haben unter Vorbringung des Nachweises, daß die Voraussetzungen der Befreiungsvorschrift zur Tarifnummer 1 vorliegen, einen bezüglichen Antrag bei der Steuerdirektionsbehörde ihres Bezirks einzureichen, welche das Gesuch mit ihrem Gutachten versehen durch Vermittelung der obersten Landesfinanzbehörde an den Bundesrath gelangen läßt.

Auf Grund des Beschlusses des Bundesraths, durch welchen die ausschließliche Gemeinnützigkeit der Zwecke der Gesellschaft anerkannt wird, hat die Direktionsbehörde das Weitere wegen der Abstempelung der Aktien zc. zu veranlassen. Zu der letzteren ist ein Stempel zu benutzen, welcher in Größe und Zeichnung dem in Ziffer 4 beschriebenen Stempel entspricht, jedoch statt der Umschrift: „REICHSTEMPEL-ABGABE“ und des Abgabensatzes die Bezeichnung: „STEMPEL-FREI“ trägt.

Zu §. 4 des Gesetzes.

9. Die im §. 4 Absatz 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind nach dem anliegenden Muster c zu erstatten und an diejenige Steuerstelle abzugeben, bei welcher die Versteuerung der Werthpapiere erfolgen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Werthpapiere demnächst bei einer anderen Steuerstelle versteuert werden; in diesem Falle hat der Steuerpflichtige derjenigen Steuerstelle, bei welcher die vorläufige Anmeldung erfolgt ist, von der bei der betreffenden anderen Steuerstelle erfolgten Versteuerung alsbald nach Vornahme der letzteren unter Vorlage der erforderlichen Nachweise Anzeige zu erstatten.

Muster c.

Zu §. 6 Absatz 1.

10. Für die vor dem 1. Mai 1894 ausgegebenen inländischen und mit dem Reichsstempel versehenen ausländischen Werthpapiere gelangt, falls die nach den bisherigen Vorschriften für dieselben fällige Steuer entrichtet ist, ein weiterer Stempel nicht zur Erhebung. Für die Interimscheine gilt dies bezüglich der vor dem 1. Mai 1894 nach bisheriger Vorschrift versteuerten oder steuerfrei gebliebenen Beträge.

Wird beansprucht, daß für nach dem 30. April 1894 ausgegebene inländische Aktien zc., auf welche vor dem 1. Mai 1894 Einzahlungen stattgefunden haben, die Stempelabgabe nach dem Gesetz vom 27. April 1894 nur für die von dem 1. Mai 1894 ab geleisteten Einzahlungen erhoben werde, so sind in der Anmeldung der Aktien zur Versteuerung (Ziffer 2) außer dem Nennwerthe der einzelnen Stücke auch der Betrag und die Zeit der auf dieselben geleisteten Einzahlungen anzugeben und zugleich die Beweise für diese Angaben beizubringen.

Die Direktionsbehörde bestimmt die Höhe der zu versteuernden Einzahlungen und der Abgabe. Wegen der Quittung über die erhobene Abgabe, der Abstempelung und der Rückgabe der abgestempelten Aktien finden die Bestimmungen unter Ziffer 3 bis 5 sinngemäße Anwendung.

Ist die Vollzahlung des Interimscheins bereits vor dem 1. Mai 1894 erfolgt und über einen Abgabebetrag nicht zu quittiren, so ist die zurückzugebende Ausfertigung der Anmeldung mit entsprechender Bescheinigung zu versehen.

Als Tag der Ausstellung gilt das auf den ausländischen Werthpapieren hiefür angegebene Datum. Ist der Steuerstelle bekannt, daß die letztere Angabe unrichtig und das zu versteuernde Werthpapier thatsächlich erst nach dem 30. April 1894 ausgestellt ist, so ist der volle Abgabensatz des Gesetzes vom 27. April 1894 in Anwendung zu bringen.

Zu §. 6 Absatz 2.

11. Wird für Werthpapiere der in der Tarifnummer 1 bis 3 bezeichneten Art auf Grund des §. 6 Absatz 2 des Gesetzes Befreiung von der Stempelabgabe beansprucht, so ist in der Anmeldung (Ziffer 2) das Sachverhältniß anzugeben und überdies der Beweis zu führen, daß die Werthpapiere in der That nur zum Zwecke des Umtausches ohne Veränderung des durch die zurückzuziehenden Stücke beurkundeten Rechtsverhältnisses ausgestellt und die zurückzuziehenden Stücke vorschriftsmäßig versteuert oder steuerfrei sind.

Die Befreiung findet u. A. keine Anwendung, wenn die neu auszugebenden Papiere auf andere Beträge oder einen anderen Zinssatz lauten, als die zurückzuziehenden Papiere, wenn sie

von einem anderen Verpflichteten, allein oder mit dem bisherigen Verpflichteten, ausgestellt sind, wenn sie auf den Inhaber, statt, wie die aus dem Verkehr tretenden Stücke, auf den Namen lauten oder umgekehrt und dergleichen mehr.

Ist der Beweis erbracht, so verfügt die Direktivbehörde Abstempelung der neuen Stücke ohne Abgabenerhebung. Die Verfügung wird Registerbelag. Wegen der Vorlegung der eingezogenen Stücke und der Vernichtung der auf denselben etwa befindlichen Stempelzeichen finden die Vorschriften unter Ziffer 7, wegen der Anmeldung und Abstempelung die Vorschriften unter Ziffer 2 bis 5 sinn- gemäße Anwendung.

Sind die einzuziehenden Stücke versteuert, so ist die Quittung über die gezahlte Abgabe vorzulegen und als Belag zum Register zu nehmen.

Zu §. 10 des Gesetzes.

12. Die Schlussnoten sind in deutscher Sprache und, sofern es sich nicht um Geschäfte über ausländische Werthe handelt, in Reichswährung auszustellen. Der Werth des Gegenstandes des Geschäfts ist stets in Reichswährung anzugeben.

Zur Tarifnummer 4a, Ermäßigung.

13. Wer von der Steuerermäßigung für Arbitragegeschäfte Gebrauch machen will, hat der Steuerdirektivbehörde seines Bezirks vorher hiervon schriftlich Anzeige zu erstatten, über die von ihm mit dem Anspruche auf Steuerermäßigung abzuschließenden Arbitragen nach den nachstehend verzeichneten näheren Vorschriften Buch zu führen und auf Erfordern dieses Buch, sowie alle darauf bezüglichen Schriftstücke (Schlussnoten, Briefe, Depeschen etc.) der Direktivbehörde einzureichen oder den von derselben abzuordnenden Beamten zur Einsicht vorzulegen.

In das Arbitragebuch, welches mindestens die in dem Muster h vorgesehenen Spalten enthalten muß, sind die einander gegenüberstehenden Geschäfte unter derselben fortlaufenden Nummer einzutragen.

Die für eine halbmonatliche Frist, d. h. von der einen bis zu der anderen der mehreren im Laufe eines Monats an der betreffenden ausländischen Börse stattfindenden Liquidationen bewirkten Prolongationen von Arbitragegeschäften (Absatz 3), über welche eine Schlussnote nicht ausgestellt wird, sind in der Spalte „Bemerkungen“ nachrichtlich aufzuführen.

Der Antrag auf Erstattung des zuviel verwendeten Stempels ist nach dem anliegenden Muster g in zwei Ausfertigungen bei der Direktivbehörde für je einen Kalendermonat bis zum 10. des auf die Ausstellung der Schlussnote folgenden Monats einzureichen. Der beizufügende Aus- zug aus dem Arbitragebuch ist nach dem anliegenden Muster h aufzustellen.

Auf Verlangen der Direktivbehörde ist ferner der Nachweis zu führen, daß die den Gegen- stand der Arbitrage bildenden Werthpapiere an den in Betracht kommenden Plätzen, an welchen sie ge- oder verkauft sind, börsenmäßig gehandelt und notirt werden. Soweit bei der Direktivbehörde Bedenken gegen die Richtigkeit der gemachten Angaben nicht bestehen, ist der beanspruchte Betrag zur Zahlung anzuweisen. Der Stempel für etwaige, zu Unrecht unversteuert gebliebene Prolon- gationsgeschäfte ist nachzufordern.

In den Fällen, für welche das Vorliegen einer Metaverbindung behauptet ist, ist diese Thatsache seitens des Arbitrageurs auf Erfordern durch Vorlegung des Vertrages über den Abschluß der Verbindung und des Schriftwechsels über das betreffende einzelne Geschäft nachzuweisen.

Zur Tarifnummer 4b.

14. Für welche Waaren an den einzelnen inländischen Börsen Terminpreise notirt werden, wird von den Landesregierungen nach Anhörung der betreffenden Handelsvorstände festgestellt und öffentlich bekannt gemacht, sowie dem Reichskanzler behufs Veröffentlichung im Reichs-Central- blatt mitgetheilt.

Zu §. 8 Absatz 1 des Gesetzes.

15. Bei sogenannten Circa-Geschäften ist die Abgabe nach dem handelsüblichen Maximum der Lieferung zu berechnen; es bleibt den Handelsvorständen überlassen, auf Grund des §. 41 Absatz 2 des Gesetzes die betreffenden Maxima festzustellen.

II. Kauf und
sonstige An-
schaffungs-
geschäfte.

Muster g.

Muster h.

Zu §§. 10, 11 und 31 des Gesetzes.

16. Zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe werden Reichsstempelmarken und gestempelte Formulare zu Schlußnoten zum Preise des auf denselben angegebenen Steuerbetrages zum Verkauf gestellt.

Die Reichsstempelmarken sind 24 mm hoch und 61 mm breit; dieselben haben, insoweit sie über Pfennigbeträge lauten, einen bläulichen, insoweit sie über Markbeträge lauten, einen gelblichen Untergrund, welcher rechts und links den Reichsadler und in der Mitte ein Schild mit der Inschrift „REICHSTEMPEL-ABGABE“ zeigt; eine Lochreihe macht die Marke in zwei gleiche Theile zerlegbar, von denen jeder auf dem oberen Rande die Werthbezeichnung und an den äußeren beiden Ecken die Zahl der Pfennig beziehungsweise Mark, auf welche die Marke lautet, ferner den Vordruck „den“ für das Datum der Verwendung in rothem Aufdruck und außerdem die fortlaufende Nummer der Marke enthält. Die Marken für Waarengeschäfte (Tarifnummer 4b) tragen außerdem in schwarzem Aufdruck den Buchstaben „W“. Die Marken lauten auf Steuerbeträge von 10, 20, 30, 40, 50, 60 und 80 Pfennig, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 15, 20, 30, 50, 100 und 500 Mark.

Die gestempelten Formulare zu Schlußnoten entsprechen in Form und Vordruck dem Muster d. Dieselben sind entweder

1. mit einem Stempelausdruck versehen, welcher dem Muster der Reichsstempelmarken gleicht, indessen den Vordruck „den“ und die fortlaufende Nummer nicht enthält, oder
2. von der Steuerstelle dadurch herzustellen, daß vorrätzig zu haltende ungestempelte Formulare des Musters d durch Verwendung von Reichsstempelmarken zu dem verlangten Betrage gestempelt werden; die Marken sind hierbei von der Steuerstelle in ungetheiltem Zustande auf der durch den Vordruck bezeichneten Stelle, insoweit diese aber ausreichenden Raum nicht darbietet, auf einer freien Stelle des Formulars in der Art aufzukleben, daß bei der späteren Trennung der beiden Theile der Schlußnote je eine Hälfte der Marke auf jedem dieser Theile sich befindet, und sodann durch mindestens je einen auf das Formular übergreifenden Aufdruck des Amtsstempels in schwarzer Farbe, sowie durch Eintragung des Datums der Abstempelung auf jeder Hälfte der Marke zu entwerthen.

Die vorstehend zu Ziffer 1 bezeichneten Formulare tragen auf jedem ihrer beiden Theile die gleiche fortlaufende Nummer.

Mit Stempelausdruck versehene Formulare werden zum Steuerbetrage von 20, 40, 60, 80 Pfennig, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 Mark zum Verkauf gestellt; unter Verwendung von Marken gestempelte Formulare können zu jedem Steuerbetrage von den Steuerstellen hergestellt und verabfolgt werden.

17. Von den Steuerstellen werden ferner ungestempelte Formulare des Musters d ausgegeben, für welche der Betrag der Herstellungskosten als Preis erhoben werden darf. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf denselben seitens der Steuerpflichtigen ist in folgender Weise zu bewirken.

Die Marken sind, soweit die durch den Vordruck bezeichnete Stelle Raum darbietet, auf dieser, im Uebrigen an einer beliebigen Stelle in der Art aufzukleben, daß je eine Hälfte jeder Marke auf jedem der beiden Theile des ausgefüllten oder unausgefüllten Formulars sich befindet; die auf dem einen dieser Theile befindlichen halben Marken müssen also die gleichen fortlaufenden Nummern enthalten, wie die auf dem andern Theile befindlichen; die Marken dürfen vor der Aufklebung getheilt werden. In jeder Markenhälfte ist das Datum der Verwendung der letzteren auf dem Formular, und zwar der Tag und das Jahr mit arabischen Ziffern, der Monat mit Buchstaben an der durch den Vordruck bezeichneten Stelle niederzuschreiben. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen der Monatsbezeichnung mit Buchstaben, sowie die Weglassung der beiden ersten Zahlen der Jahresbezeichnung sind zulässig (z. B. 8. Oktbr. 95, 7. Septbr. 97).

Außerdem ist die Firma oder der Name des Ausstellers der Schlußnote auf jeder Hälfte der einzelnen Marken niederzuschreiben. Es genügt jedoch, wenn nur ein Theil der Firma oder des Namens auf jeder halben Marke zu stehen kommt, der andere Theil aber auf das Formular oder auf andere halbe Marken, welche sich auf demselben Theile des letzteren befinden, hinüberreicht.

Das Datum, sowie die Firma oder der Name sind mittelst deutlicher Schriftzeichen, ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschreibung niederzuschreiben.

Muster d.

Es ist zulässig, den vorgeschriebenen Entwerthungsvermerk ganz oder theilweise durch Stempelausdruck herzustellen. In diesem Falle braucht das Datum nicht an der durch den Vordruck bezeichneten Stelle zu stehen; es muß aber in seinem ganzen Umfang (Monatsbezeichnung, Tages- und Jahreszahl mit den zulässigen Abkürzungen) vollständig auf jede einzelne halbe Marke gesetzt werden.

Nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendete Stempelzeichen werden als nicht verwendet angesehen (§. 32 des Gesetzes). Falls jedoch Stempelzeichen, welche für Geschäfte der Tarifnummer 4a bestimmt sind, für Geschäfte der Tarifnummer 4b verwendet sind oder umgekehrt, ist der Stempel nicht nochmals einzuziehen, auch ein Strafverfahren wegen Stempelhinterziehung nicht einzuleiten.

18. Es ist zulässig, andere als die von den Steuerstellen zum Verkauf gestellten Formulare (Privatformulare) zu Schlussnoten für die Entrichtung der Abgabe zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieselben dem Muster d entsprechend aus zwei demnächst zu trennenden gleichen Theilen bestehen, und daß jeder dieser Theile einen Vordruck mindestens für die Angabe des Namens und des Wohnorts des Vermittlers und der Kontrahenten, des Gegenstandes und der Bedingungen des Geschäfts insbesondere des Preises, sowie der Zeit der Lieferung enthält; insofern die Formulare nicht in der nachstehend bezeichneten Weise zur Stempelung durch die Reichsdruckerei gelangen, müssen dieselben ferner an dem oberen Theile der Vorderseite einen über beide Theile des Formulars greifenden Vordruck haben, durch den die für die Aufnahme der Marke bestimmte Stelle bezeichnet wird. Die Formulare können amtlich gestempelt oder von dem Aussteller der Schlussnote mit Reichsstempelmarken versehen werden.

Die amtliche Stempelung derselben erfolgt nach dem Antrage der Betheiligten entweder durch Ausdruck des in Ziffer 16 Absatz 3 unter 1 bezeichneten Stempels und einer für beide Theile des Formulars gleichen fortlaufenden Nummer durch die Reichsdruckerei, und zwar auf Kosten des Antragstellers, oder unter Verwendung von Reichsstempelmarken durch die Steuerstellen.

Die Stempelung durch die Reichsdruckerei erfolgt nur, wenn mindestens je hundert Formulare zu demselben Steuerbetrage gestempelt werden sollen; die Formulare sind in glattem Zustande (nicht aufgerollt) unter Beifügung eines überschüssigen Stückes für je zwanzig Stück (als Ersatz für etwaige Abgänge bei der Abstempelung) und, wenn dem Antragsteller nicht Stundung bewilligt ist, unter Hinterlegung des Steuerbetrages mit einer doppelt aufzustellenden Anmeldung nach dem Muster e der Steuerstelle vorzulegen. Die eine Ausfertigung der Anmeldung erhält der Antragsteller, nachdem dieselbe mit der Quittung über den Empfang der Formulare und des Steuerbetrages versehen worden, zurück. Die Steuerstelle veranlaßt die Stempelung der Formulare durch die Reichsdruckerei, welche letztere die gestempelten und die nicht verдорbenen überschüssigen Formulare unter Versicherung der erfolgten Vernichtung der verdorbenen Stücke und unter Mittheilung der entstandenen Kosten an die erstere zurücksendet. Die Steuerstelle erstattet der Reichsdruckerei die Kosten und händigt die gestempelten und die überschüssigen ungestempelten Formulare, nachdem sie sich auch ihrerseits von der richtigen Stempelung der ersteren überzeugt hat, dem Antragsteller unter Einziehung der verauslagten Kosten aus; über den Rückempfang der Formulare läßt sie sich auf der bei ihr zurückgebliebenen Ausfertigung der Anmeldung Quittung geben. Postsendungen zwischen den Steuerstellen und der Reichsdruckerei, welche die Abstempelung derartiger Formulare durch die Reichsdruckerei betreffen, sind mit dem Vermerk „Reichsdienssache“ zu versehen und portofrei.

Soll die Stempelung der Formulare unter Verwendung von Reichsstempelmarken erfolgen, so bedarf es einer besonderen Anmeldung nicht; die Steuerstelle hat nach der Bestimmung unter Ziffer 16 Absatz 3 zu 2 zu verfahren; neben der Steuer werden Kosten für die Stempelung nicht erhoben.

Die Verwendung von Reichsstempelmarken zu den fraglichen Formularen seitens der Aussteller der Schlussnoten ist nach Maßgabe der unter Ziffer 17 getroffenen Bestimmungen zu bewirken.

19. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf gestempelten Formularen zur Ergänzung eines fehlenden Betrages ist zulässig und gleichfalls nach den Bestimmungen unter Ziffer 17 zu bewirken.

20. Wenn im Falle des §. 11 Absatz 1 und 2 des Gesetzes auf einer zu niedrig versteuerten Schlussnote der fehlende Stempelbetrag nachträglich zu verwenden ist, so sind die erforderlichen Marken von dem zur Entrichtung dieses Betrages Verpflichteten in ungetheiltem Zustande an einer beliebigen Stelle der Schlussnote aufzulegen und nach Maßgabe der Bestimmung unter

Ziffer 17 zu entwerthen; insbesondere ist das Datum der Verwendung der Marken auf jeder Hälfte derselben in der vorgeschriebenen Weise ersichtlich zu machen.

21. Es ist unzulässig, die Stempelzeichen aus gestempelten Formularen abzutrennen und anderweit zur Entrichtung der Abgabe zu verwenden. In den Schlußnoten dürfen Rasuren nicht vorgenommen werden.

22. Bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§. 7 Abs. 2 des Gesetzes), bedarf es der Zusendung der Hälfte der Schlußnote an den ausländischen Kontrahenten nicht. Unterbleibt die Zusendung, so hat der inländische Kontrahent das Doppelformular der Schlußnote in der vorgeschriebenen Weise gestempelt ungetheilt aufzubewahren. Die nicht beschriebene Hälfte der Schlußnote ist zu durchstreichen.

Zu §. 11 Absatz 3 des Gesetzes.

23. Ueber die Erstattung der Abgabe im Falle des §. 11 Absatz 3 des Gesetzes entscheidet die Direktivbehörde desjenigen Bezirks, in welchem der die Erstattung Verlangende zur Zeit der Entrichtung der Abgabe seinen Wohnort, eventuell aber seinen Aufenthaltsort gehabt hat. Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnote von der Steuerstelle zu vermerken.

Zu §. 15 des Gesetzes.

24. Die Abstempelung der Vertragsurkunde erfolgt seitens der Steuerstelle durch Verwendung von Reichsstempelmarken. Die letzteren sind in ungetheiltem Zustande thunlichst auf der ersten Seite der Urkunde aufzuleben und durch Eintragung des Datums der Verwendung und Ausdruck des Amtsstempels in der in Ziffer 16 Absatz 3 unter 2 vorgeschriebenen Weise zu entwerthen. Ist die Vertragsurkunde in mehreren Urschriften ausgestellt, so ist von der Steuerstelle auf dem zweiten, beziehungsweise auch auf den weiteren Stücken mit Unterschrift und unter Beidrückung des Amtsstempels zu vermerken, welcher Reichsstempelbetrag zu der ersten Urschrift verwendet ist.

Bei gerichtlich oder notariell aufgenommenen Verträgen, deren Urschriften den Kontrahenten nicht ausgehändigt werden, sind der Steuerstelle die Ausfertigungen vorzulegen.

Zu §. 16 des Gesetzes.

25. Ueber Geschäfte, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, weil der Werth des Gegenstandes des Geschäfts auch nicht nach seinem höchstmöglichen Betrage (§. 8 Abs. 1 des Gesetzes) berechnet werden kann, ist gleichwohl nach Maßgabe der §§. 10 und 11 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen, auf jedem der beiden Theile derselben aber zu vermerken, daß die Besteuerung so lange ausgesetzt bleibt, bis die Steuerberechnung möglich wird. Abschrift der Schlußnote einschließlich dieses Vermerks ist gleichzeitig der Direktivbehörde zu übersenden. Sobald die Berechnung der Steuer möglich, hat deren Entrichtung nach Maßgabe der §§. 10 und 11 des Gesetzes unter Ausstellung einer neuen Schlußnote, in welcher auf die erstausgestellte Schlußnote Bezug zu nehmen ist, zu erfolgen. Die Direktivbehörde ist berechtigt, sich die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung nachweisen zu lassen.

Handelt es sich in einem solchen Falle um ein Geschäft, das nach §. 15 des Gesetzes unter steueramtlicher Abstempelung der beiderseits unterschriebenen Vertragsurkunde zu versteuern ist, so hat gleichwohl die Vorlegung der Vertragsurkunde bei der Steuerstelle nach Maßgabe der bezeichneten Vorschrift zu erfolgen; die Steuerstelle vermerkt auf der Urkunde beziehungsweise auch auf den mehreren Stücken derselben mit Unterschrift und unter Beidrückung des Amtsstempels, daß die Erhebung der Reichsstempelabgabe wegen zeitiger Unmöglichkeit der Berechnung derselben ausgesetzt sei, und behält Abschrift der Urkunde oder mindestens der für die Steuerfestsetzung wesentlichen Theile derselben zurück. Sobald die Berechnung der Steuer möglich wird, hat die anderweite Vorlegung der Vertragsurkunde zur Abstempelung bei einer Steuerstelle nach der Vorschrift im §. 15 des Gesetzes zu erfolgen; falls mehrere Urschriften bestehen, genügt die Vorlegung einer derselben. Die erstbezeichnete Steuerstelle überwacht in geeigneter Weise die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung.

Bezüglich der in den §§. 10 und 11 sowie im §. 15 des Gesetzes bestimmten Fristen gilt hierbei der Tag, an welchem die Steuerberechnung ausführbar geworden ist, als Tag des Geschäftsabschlusses.

Die Direktivbehörde beziehungsweise im Falle des Absatzes 2 dieser Ziffer die Steuerstelle kann, wenn die Berechnung eines Theils der zu entrichtenden Abgabe möglich ist, die Entrichtung dieses Theils anordnen.

26. Ist das Geschäft zwischen Kontrahenten, welche nicht an demselben Orte befindlich sind, durch briefliche oder telegraphische Annahmeerklärung zu Stande gekommen, so beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote

1. für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten (§. 9 Abs. 1 und §. 10 des Gesetzes) zehn Tage,

2. für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen.

Die Frist beginnt für den die Annahmeerklärung abgebenden Kontrahenten am Tage nach der Abgabe der Annahmeerklärung behufs der Absendung (Art. 321 des Handelsgesetzbuchs), für den die Annahmeerklärung empfangenden Kontrahenten am Tage nach dem Eingange dieser Erklärung, und zwar auch im Falle einer brieflichen Bestätigung der telegraphischen Annahmeerklärung nach dem Eingange der letzteren.

Bei Geschäften über Werthpapiere, welche zum Liquidationskurse abgeschlossen sind, beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote, auch abgesehen von den Fällen des ersten Absatzes, für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten zehn Tage und für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen. Die Frist beginnt mit dem Tage nach dem Geschäftsabschluß.

Bei Geschäften, welche während eines zeitweiligen Aufenthaltes im Auslande dortselbst abgeschlossen (§. 7 Abs. 2 und 3 des Gesetzes) oder vermittelt sind, beginnt der Lauf der zur Entrichtung der Abgabe festgesetzten Fristen für den betreffenden Verpflichteten erst mit dem Tage nach seiner Rückkehr in das Inland; die Frist für die im Inlande befindlichen Steuerpflichtigen wird hierdurch nicht geändert.

Zu §. 17 des Gesetzes.

27. Nach Maßgabe der von den Landesregierungen zu treffenden näheren Bestimmungen, insbesondere auch rücksichtlich der zu bestellenden Sicherheit dürfen gestempelte Formulare (Ziffer 16) auf Kredit verabsolgt und eigene Formulare der Steuerpflichtigen auf Kredit amtlich gestempelt werden (Ziffer 18). Abgabebeträge unter 50 Mark werden nicht kreditirt. Die kreditirten Beträge sind bis zum fünfundzwanzigsten Tage des dritten auf den Monat der Anschreibung folgenden Monats einzuzahlen.

Reichsstempelmärken werden nicht auf Kredit verabsolgt.

Zur Tarifnummer 5.

III. Lotterieloose.

28. Behufs Berechnung der Abgabe von Lotterielosen sind alle für den Erwerb eines Loses an den Unternehmer oder dessen Beauftragte zu leistenden Zahlungen zum Preise des Loses zu rechnen, insbesondere auch die sogenannten Schreibgebühren, Kollektionsgebühren u. a. m.

Zu §§. 22, 23 und 25 des Gesetzes.

29. Wer im Bundesgebiete Lotterien oder Auspielungen veranstalten will, bei welchen der Gesamtpreis der Lose die Summe von 100 Mark übersteigt, hat der zuständigen Steuerbehörde spätestens am siebenten Tage nach dem Empfange der obrigkeitlichen Erlaubniß schriftlich anzumelden:

Namen, Gewerbe und Wohnung des Unternehmers, die planmäßige Anzahl (die Nummern) und den planmäßigen Preis der Lose,
den Zeitpunkt, wo mit dem Vertrieb der Lose begonnen werden soll,
die Gegenstände, die Zeit und den Ort der Auspielung,
die Namen und Wohnungen der unmittelbar von dem Unternehmer mit dem Vertrieb der Lose betrauten Personen.

Der in zwei Ausfertigungen einzureichenden Anmeldung ist als Anlage ein amtlich beglaubigtes Exemplar des obrigkeitlich genehmigten Plans der Lotterie oder Auspielung anzuschließen.

Mit der Anmeldung ist die Abgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Lose einzuzahlen. Wird Stundung der Abgabe bis nach dem Beginn des Vertriebes der Lose gegen

Sicherstellung des Abgabebetragß oder ohne solche beansprucht, so ist der Antrag mit der Anmeldung vorzulegen.

Bei solchen Lotterien oder Auspielungen, bei welchen nach der obrigkeitlichen Erlaubniß nicht von vornherein eine bestimmte planmäßige Anzahl von Loosen festgesetzt, dem Unternehmer vielmehr nur gestattet ist, Loose bis zu einer gewissen Maximalzahl auszugeben, darf die Versteuerung der Loose nach Maßgabe des Bedarfs bewirkt werden. Für die Anmeldung des ersten Theils der auszugebenden Loose gelten die Bestimmungen im ersten und zweiten Absatz dieser Ziffer. Die Vorlegung einer weiteren Anzahl von Loosen zur Abstempelung ist mittelst besonderer Anmeldung zu bewirken, in welcher unter Angabe der Zahl und der Nummern der zu versteuerten Loose auf die erste Anmeldung Bezug zu nehmen ist.

Ist auf den Loosen oder Spielausweisen ein Preis nicht angegeben, sondern wird dieser von den Abnehmern zugleich mit der Vergütung für sonstige Leistungen in einem ungetrennten Betrage bezahlt, so hat der Unternehmer in der bei der Steuerbehörde einzureichenden Anmeldung anzugeben, welcher Theil von jenem Betrage auf die Loose oder Spielausweise fällt. Gleiches gilt in den Fällen, in welchen eine Aushändigung besonderer Loose oder Spielausweise nicht stattfindet, sondern die Bescheinigung über die geleistete Vergütung (Eintrittskarte zc.) zugleich als Loos oder Spielausweis dient. Der auf die Loose oder Spielausweise zu rechnende Betrag darf nicht geringer sein, als der Werth der Gewinne. Wird die Abgabe von dem Unternehmer überhaupt nicht oder nicht in befriedigender Weise gemacht, so steht es der Steuerbehörde frei, den auf die Loose oder Spieleinlagen zu rechnenden Betrag nach eigenem Ermessen festzusetzen.

30. Hinsichtlich der von den Verwaltungen der Totalisatoren auf den Rennplätzen ausgegebenen Bescheinigungen (Totalisatortickets) über die gezahlten Einsätze auf die am Rennen theilgenommenen Pferde wird von der Vorlegung eines bestimmten Lotterieplanes (Ziffer 29 Absatz 2) abgesehen und gestattet, daß die Versteuerung der Spielausweise nach Maßgabe des Bedarfs bewirkt werde. Die Veranstalter der Auspielungen dürfen nur versteuerte Ausweise über Einsätze zur Ausgabe bringen und nur solche auf den Rennplätzen in Gewahrsam halten.

Auf Antrag der Totalisatorverwaltung kann indessen die Abgabe bis zum Schlusse des jeweiligen Rennens gestundet werden. In diesem Falle ist von der Abstempelung der Spielausweise Umgang zu nehmen und die Abgabe von dem am Schlusse des Rennens sich ergebenden Gesamtbruttoertrage der Einsätze zu entrichten. Zu letzterem Zweck hat die Totalisatorverwaltung an dem auf den Schluß des Rennens folgenden Tage einen den Spielumsatz ergebenden Auszug ihrer Bücher der zuständigen Steuerstelle mitzutheilen und den sich danach ergebenden Stempelbetrag einzuzahlen, auf Erfordern auch die bezüglichen Bücher und Listen der Steuerstelle zur Einsicht vorzulegen.

Von Zeit zu Zeit ist der Betrieb des Totalisators im Stempelinteresse durch einen von der Landesregierung zu bestimmenden Beamten einer Prüfung zu unterziehen.

31. Wird Befreiung von der Abgabe in Anspruch genommen, so ist mit der Anmeldung der Nachweis zu führen, daß der Erlös des Unternehmens zu ausschließlich mildthätigen Zwecken Verwendung finden wird. Ueber die Anwendbarkeit der Befreiung und insbesondere über die Frage, ob ein ausschließlich mildthätiger Zweck vorliegt, entscheidet die Direktivbehörde. Die obersten Landesfinanzbehörden sind ermächtigt, die Abgabe in solchen Fällen aus Billigkeitsrücksichten zu erlassen, in welchen die Befreiung nicht rechtzeitig mit der Anmeldung in Anspruch genommen ist.

Als mildthätiger Zweck ist lediglich die Unterstützung hilfßbedürftiger Personen anzusehen, gleichviel ob der Erlös der Lotterie oder Auspielung unmittelbar an hilfßbedürftige Personen vertheilt wird oder Anstalten zufließt, welche sich die Unterstützung hilfßbedürftiger zur Aufgabe stellen. Auf Verlosungen zu gemeinnützigen oder zu religiösen Zwecken, z. B. zu Kirchenbauten oder Missionszwecken, erstreckt sich die Befreiung nicht.

32. Die Behörde, welche die obrigkeitliche Erlaubniß zur Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie oder Auspielung erteilt, hat hiervon ohne Verzug der zur Erhebung der Abgabe für die Loose zuständigen Steuerbehörde unter Bezeichnung des Unternehmens und seines Zweckes, des Namens und der Wohnung des Unternehmers, und des Zeitpunkts, an welchem dem letzteren die obrigkeitliche Erlaubniß behändigt worden, schriftlich Mittheilung zu machen.

Auf Grund dieser Mittheilung hat die Steuerbehörde sogleich nach Ablauf der unter Nr. 29 für die Anmeldung vorgeschriebenen Frist wegen Feststellung und Beitreibung der Abgabe, sowie

nach Umständen wegen der Verhinderung des Loosabfahes und Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche zu veranlassen.

33. Nachdem der Abgabebetrag festgestellt, gebucht und entweder eingezahlt und gestundet, beziehentlich nachdem die Stempelfreiheit der Loose von der zuständigen Behörde anerkannt worden ist, erfolgt die Abstempelung der Loose durch die zuständige Steuerstelle vermittelt Stempelausdrucks. Der Stempel ist von runder oder ovaler Form und führt den Reichsadler und über demselben die Aufschrift „Versteuert“ beziehungsweise „Stempelfrei“, darunter das Unterscheidungszeichen der Abstempelungsstelle. Die Loose oder Spielausweise sind in einer solchen Form und Beschaffenheit herzustellen, daß sie sich zur Abstempelung eignen.

Ungestempelte Loose dürfen — abgesehen von den Auspielungen im Betrage von nicht mehr als 100 Mark — nicht ausgegeben werden.

Nach näherer Vorschrift der Landesregierung kann indessen bei den unter obrigkeitlicher Aufsicht stattfindenden Waarenverloosungen von der Abstempelung der Loose Umgang genommen werden, wenn mit Rücksicht auf die Zahl und den Preis der Loose die Abstempelung unverhältnißmäßige Mühwaltung verursachen würde.

Die abgestempelten Loose werden gegen Empfangsbescheinigung auf der einen Ausfertigung der Anmeldung zurückgegeben. Die andere bleibt nebst ihren Anlagen (Ziffer 29) Belag zum Register. Wenn Stundung der Abgabe bewilligt ist, darf die Genehmigung zum Beginn des Loosabfahes vor Entrichtung der Abgabe erst nach Abstempelung der Loose ausgehändigt werden.

34. Der Abgabe nach der Tarifnummer 5 unterliegen auch diejenigen Spielausweise, welche bei den auf Jahrmärkten und bei Gelegenheit von Volksbelustigungen üblichen öffentlichen Auspielungen geringwerthiger Gegenstände ausgegeben werden.

In der Quittung über die für derartige Spielausweise entrichtete Reichsstempelabgabe sind die versteuerten Spielausweise nach ihren Nummern beziehungsweise auch nach ihrer Serienbezeichnung anzugeben. Findet Stundung der Abgabe statt, so ist hierüber eine Bescheinigung zu erteilen, in welcher gleichfalls die Nummern und eventuell die Serienbezeichnung der Spielausweise ersichtlich zu machen sind.

Mit Genehmigung der zuständigen Steuerbehörde dürfen die für unausgeführt gebliebene Auspielungen bestimmt gewesenen Spielausweise zu einer anderen Zeit, beziehungsweise bei einer anderen Gelegenheit zur Ausgabe gelangen, sofern bei der Steuerbehörde ein hierauf bezüglicher Antrag unter Vorlegung der Spielausweise und der Quittung über die für dieselben gezahlte Abgabe, beziehungsweise der Bescheinigung über die erfolgte Stundung dieser Abgabe, mit der neuen Anmeldung gemäß der Ziffer 29 gestellt wird. Ueber die Genehmigung ist eine schriftliche Bescheinigung zu erteilen.

Bei Auspielungen der bezeichneten Art können die Steuerstellen auf die Abstempelung des ersten und des letzten Looses jeder Serie, oder jedes zusammenhängenden Bogens sich beschränken; dieselben haben alsdann die Art der Abstempelung in der auszustellenden Quittung anzugeben. Die Veranstalter der Auspielung sind in solchen Fällen verpflichtet, die Quittung der Steuerstelle während der Auspielung bei sich zu führen und beim Verkauf der Loose genau nach der Reihenfolge der Serien und der einzelnen Nummern sich zu richten; auch dürfen sie am Orte der Auspielung (in der Spielbude zc.) keine anderen Loose vorrätzig haben, als die zu den abgestempelten Serien oder Bogen gehörigen.

35. Nummerlisten, welche bei öffentlich veranstalteten Auspielungen von Gegenständen zur Beifügung der Namen der Spieler unter Erhebung des entsprechenden Betheiligungsbetrages vom Spielunternehmer in Umlauf gesetzt werden, sind zur Abgabe nach der Tarifnummer 5 des Reichsstempelgesetzes nicht heranzuziehen.

Zu §. 23 des Gesetzes.

36. Die Landesregierungen bestimmen, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen die Genehmigung zum Abfah der Loose vor der Entrichtung der Abgabe gegen Sicherstellung der letzteren oder ohne solche erteilt, oder sonst die Abgabe gestundet werden kann.

Zu §§. 24 und 25 des Gesetzes.

37. Ausländische Loose und Ausweise über Spieleinlagen sind der zuständigen Steuerstelle mit einer nach dem anliegenden Muster f doppelt auszustellenden Anmeldung unter Einzahlung des

Abgabebetrags innerhalb der im §. 24 des Gesetzes bezeichneten Frist zur Abstempelung vorzulegen. Wegen der Buchung der Abgabe, der Beträge und wegen der Abstempelung der Loose gelten die Bestimmungen unter Ziffer 33. Stundung der Steuer findet nicht statt.

Zu §. 27 des Gesetzes.

38. Für unabgesetzt gebliebene Loose zc. einer zu Stande gekommenen Auspielung wird die Reichsstempelabgabe nicht erstattet. Tritt indessen eine Aenderung des Lotterieplans in der Art ein, daß die unabgesetzten Loose oder ein Theil derselben von der Verloosung ausgeschlossen werden und der Gesamtwertb der Gewinne dementsprechend ermäßigt wird, so kann mit Genehmigung der obersten Landesfinanzbehörde die Steuer für die von der Verloosung ausgeschlossenen Loose erstattet werden.

Zu §. 28 des Gesetzes.

39. Die Verwaltungen der Staatslotterien haben spätestens am fünfzehnten Tage nach Ablauf der Ziehung jeder Klasse dem Reichsschatzamt die Zahl der abgesetzten Loose und den Preis der Loose (Ziffer 28) anzuzeigen. Diese Anzeigen sind unter Benützung eines von dem Reichsschatzamt vorzuschreibenden Formulars doppelt zu erstatten. Das Reichsschatzamt setzt die zu entrichtende Steuer fest.

Zu §. 31 des Gesetzes.

40. Für verdorbene Reichsstempelmarken und für Reichsstempelzeichen, mit welchen demnächst verdorbene Formulare oder Werthpapiere versehen sind, kann Erstattung beansprucht werden, wenn von den Stempelzeichen, Formularen und Werthpapieren noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht worden ist, dem gegenüber durch die Erstattung das Steuerinteresse gefährdet erscheint.

Der Erstattungsanspruch ist bei der Direktivbehörde des Bezirks innerhalb dreier Monate, nachdem der Schaden dem Berechtigten bekannt geworden ist, unter Vorlegung der verdorbenen Marken, Formulare und Werthpapiere anzumelden; auf Erfordern sind die quittirten Anmeldungen, welche den Betrag der für die verdorbenen Werthpapiere entrichteten Abgabe ergeben, beizufügen.

Eine baare Zurückzahlung der entrichteten Reichsstempelabgabe findet solchenfalls nicht statt. Bei Formularen und Marken erfolgt die Erstattung im Wege des Umtausches, und zwar werden in der Regel für verdorbene Formulare gestempelte Formulare, für verdorbene Marken Marken abgabefrei verabfolgt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen gleich. Den Wünschen des Antragstellers hinsichtlich des Abgabebetrages der einzelnen Stücke ist thunlichst Rechnung zu tragen. Die Landesregierungen können anordnen, daß in solchen Fällen, in denen gestempelte Formulare des Musters d in größerer Menge im Umtausch gegen verdorbene Formulare oder Marken beansprucht werden, die Herstellungskosten für die erstbezeichneten Formulare zu erstatten seien.

An Stelle der verdorbenen Werthpapiere hat die betreffende Steuerstelle nach näherer Anweisung der Direktivbehörde dem Berechtigten auf Grund vorheriger Anmeldung nach den Vorschriften unter Ziffer 2 neu ausgestellte Werthpapiere von demselben Steuerwerth abgabefrei abzustempeln.

Die etwa entstehenden Portokosten trägt der Antragsteller.

Die verdorbenen Marken und Formulare, sowie die aus den Werthpapieren herausgeschnittenen Stempelzeichen werden bei der Direktivbehörde in Gegenwart zweier Beamten vernichtet.

41. Reichsstempelmarken und amtlich gestempelte Formulare des Musters d können, wenn sie unbeschädigt sind, bei den von den Landesregierungen bestimmten Steuerstellen gegen Marken oder Formulare zu anderen Steuerbeträgen oder für andere Geschäfte umgetauscht werden; indessen findet auch hier in der Regel der Umtausch von Formularen nur gegen gestempelte Formulare, der Umtausch von Marken nur gegen Marken statt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen des Antragstellers gleich.

Zu §. 39 des Gesetzes.

42. Die Beamten zur Wahrnehmung der im §. 39 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Geschäfte werden nach Maßgabe der ihnen erteilten näheren Anweisung selbständig davon Ueber-

zeugung nehmen, ob den Vorschriften des Gesetzes gemäß verfahren worden ist. Die Vorstände der zu revidirenden Anstalten, an welche der revidirende Beamte bei Beginn der Revision sich wenden wird, haben ihm die zu diesem Zweck gewünschten Werthpapiere, Schlußnoten, Beläge und sonstige Schriftstücke, sowie Geschäftsbücher zur Einsicht vorlegen zu lassen, Auskunft zu ertheilen und ihm einen angemessenen Raum für die Erledigung seiner Obliegenheiten zur Verfügung zu stellen.

Zu §. 41 des Gesetzes.

43. Wenn im Laufe eines Verwaltungsstrafverfahrens die kaufmännischen Geschäftsformen zu Zweifeln in Betreff der Beurtheilung des Sachverhältnisses Anlaß geben oder für die Anwendung der Tarifnummer 4 b Zweifel darüber bestehen, ob das Geschäft als ein solches anzusehen ist, das unter Zugrundelegung der Usancen einer Börse abgeschlossen ist, oder ob es sich um börsemäßig gehandelte Waaren handelt, so sind über die zweifelhaften Fragen geeignete Sachverständige zu hören. In Bezirken, für welche Handelsvorstände bestehen, haben diese der Steuerbehörde für die verschiedenen Geschäftsbranchen Sachverständige zu bezeichnen.

Uebergangsbestimmung.

44. Bis zum 1. Oktober 1894 dürfen die bisher ausgegebenen Stempelzeichen auch für Waarengeschäfte (Tarifnummer 4 b) verwendet werden.

Eingegangen am 18 ..

Nr. des Anmeldeungsregisters.

Nr. des Geberegisfers.

(Schwarzstempel.)

An m e l d u n g ,

betreffend

die Versteuerung beziehungsweise Abstempelung von **inländischen** Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen nach dem Reichsstempelgesetz.

Der Unterzeichnete beantragt die Abstempelung der anbei erfolgenden, umstehend näher bezeichneten Werthpapiere und ist damit einverstanden, daß dem Ueberbringer der unten ausgefertigten Empfangsbescheinigung gegen Aushändigung derselben die abgestempelten Werthpapiere zurückgegeben werden, sowie daß die Steuerbehörde zur Prüfung der Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbescheinigung zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sein soll.

....., den 18 ..

Des Anmeldenden { Vor- und Name.
Wohnort und Wohnung.

Empfangsbescheinigung.

Die umstehend verzeichneten Werthpapiere sind der unterzeichneten Steuerstelle übergeben und werden nach erfolgter Abstempelung dem Ueberbringer dieser Empfangsbescheinigung ausgehändigt werden. Die Steuerstelle behält sich das Recht vor, die Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbescheinigung zu prüfen, ist jedoch zu einer solchen Prüfung nicht verpflichtet.

....., den 18 ..

(Amtsbezeichnung, Unterschriften und Schwarzstempel der Steuerstelle.)



Echtheitsnote. Nr. _____	
_____, den _____ 18____	
Von _____	in _____
An _____	in _____
Zu: um _____	
für die Verwendung von _____	
Stempelmarken.	

Gegenstand des Geschäfts:

Lieferungstermin per _____

Preis oder Kurs:

Wert des Gegenstandes:

Sonstige Bemerkungen:

Vermittelt durch:

in _____
000 000

Echtheitsnote. Nr. _____	
_____, den _____ 18____	
Von _____	in _____
An _____	in _____

Gegenstand des Geschäfts:

Lieferungstermin per _____

Preis oder Kurs:

Wert des Gegenstandes:

Sonstige Bemerkungen:

Vermittelt durch:

in _____
000 000

Wufter e.

Eingegangen den **18**

Nr. des Anmeldungsregisters.

Nr. des Geberegisters.

(Schwarzstempel.)

Anmeldung

zur

Abstempelung von Formularen zu Schlußnoten durch die Reichsdruckerei.

(Tarifnummer 4 zum Reichsstempelgesetz.)

Nr.	Name und Wohnung des Anmeldenden.	Es sollen abgestempelt werden:		Steuerbetrag Mark.	Bemerkungen.
		Stückzahl der Formulare.	zum Abgabebetrag von Mark.		
1.	2.	3.	4.	5.	6.

Erste Ausfertigung.

Berlin, den 6. Juni 1894.

Antrag

des *Bankiers N. N.* zu *Berlin* auf
Erstattung von Stempel für Arbitrage-
geschäfte für den Monat *Mai* 1894.

(Der Erstattungsantrag ist in doppelter,
der Auszug aus dem Arbitragebuch in einfacher
Ausfertigung für je einen Kalendermonat bis
zum 10. des folgenden Monats einzureichen.)

Der *Königlichen Provinzialsteuerdirektion* überreiche ich
in der Anlage einen Auszug aus *meinem* Arbitragebuch
für den Monat *Mai* 1894, indem ich die Richtigkeit der
darin enthaltenen Angaben bescheinige.

Auf Grund dieses Auszuges beantrage ich gemäß
Tarifnummer 4a des Reichsstempelgesetzes die Erstattung
eines Stempelbetrages von Mark
..... Pfennig.

N. N.

An

die *Königliche Provinzialsteuerdirektion*

zu

Berlin.

Das Königliche Hauptsteueramt für inländische Gegenstände zu Berlin wird angewiesen, den umstehend bezeichneten Betrag an Reichsstempelabgaben-Ermäßigung in Höhe von Mark
..... Pfennig, in Worten Mark Pfennig, an den Antragsteller gegen Quittung zu zahlen.

Berlin, den 189

Der Provinzialsteuerdirektor.

Vorstehenden Betrag von Mark Pfennig, in Worten
..... Mark Pfennig, habe ich von dem Königlichen Hauptsteueramt für
inländische Gegenstände zu Berlin gezahlt erhalten.

Berlin, den 189

N. N.

Auszug

aus dem

Arbitragebuch.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11. a)	12.	13.
Zunehmende Nr. des Arbitragebuches.	Datum des Geschäftsabschlusses.	Gegenstand des Geschäfts.	Nennwerth.	Auss.	Steuerpflichtiger Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht über Mark	Ort des Geschäftsabschlusses.	Name des Retisten falls Metagehäft	Nr. der Schlusnote.	Betrag wendeter Stempel	Der Werth des Geschäfts (Spalte 6) wird gedeckt durch den Werth des Gegenstands in Höhe von	Akt. zu erhaltender Stempelbetrag (1/2 % v. Spalte 11).	Ne. Mark. Pf.
	1894.											
1.	Mai	1. Gekauft Italien. 5 1/2 % Rente	Frk. 200 000	5.80	123 000	Berlin	—	16	24 60	123 000	6	15
2.	"	2. Gekauft Lombarden	Stück 1 000 Frk. 500 000	46.20	186 000	Wien	—	89	18 60	149 000	7	45
3.	"	10. Gekauft Egypter	Frk. 100 000	104	84 000	Paris	—	105	8 40	84 000	4	20
4.	"	12. Gekauft Ungar. 4 1/2 % Goldrente	£ 50 000	95 3/4	—	London	Lazard Brothers & Comp.	—	—	—	—	—
5.	"	16. Gekauft Russ. Noten ult. Juni	Rbl. 90 000	218	197 000	Berlin	—	220	39 40	197 000	9	85
6.	"	17. Gekauft Russ. Noten ult. Juni	Rbl. 100 000	220	220 000	Berlin	—	230	11	220 000	11	.
7.	"	19. Verkauft Russ. Noten ult. Juni	Rbl. 100 000	219	219 000	Berlin	—	210	43 80	219 000	10	95

a) Falls der Betrag in Spalte 4a nicht niedriger ist als in Spalte 4, ist Spalte 11 gemäß Spalte 6 auszufüllen, anderenfalls ist Spalte 11 aus Spalte 4a und 5 zu berechnen.

1A.	2A.	3A.	4A.	5A.	6A.	7A.	8A.	9A.	10A.	11A.)	12A.	13A.
Laufende Nr. des Abrechnungsbuchs.	Datum des Geschäftsabchlusses	Gegenstand des Geschäfts.	Nennwerth	Kurs	Steuerpflichtiger Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht über Mark.	Ort des Geschäftsabchlusses	Name des Welchen falls Metas-Geschäft.	Nr. der Schlagsnote.	Betrag des Stempel	Der Werth des Geschäfts (Spalte 6a) wird gedruckt durch den Werth des Gegenstandes in Höhe von	Nach zu- erstattender Stempelbetrag (1/2 % v. Spalte 11a)	Bemerkungen
	Monat Tag.				Mark.				Mark. Pf.	Mark.	Mark. Pf.	
	1894.											
1.	Mai 1.	Verkauft Italien. 5 ¹ / ₂ Rente	Frs. 200 000	77,75	125 000	Paris	—	6	12 50	125 000	6 25	prolongirt von medio bis ultimo Mai.
2.	" 1.	Verkauft Lombarden	Stück 500 Frs. 250 000	49	98 000	Berlin	—	20	19 60	98 000	4 50	
	" 2.	desgl.	Stück 300 Frs. 150 000	48,50	59 000	Berlin	—	26	11 80	59 000	2 95	
3.	" 10.	Verkauft Egypter	£ 2 000 (Frs. 50 000)	103 ³ / ₄	43 000	London	—	45	4 30	43 000	2 15	
	" 11.	desgl.	Frs. 50 000	103	42 000	Berlin	—	50	8 40	42 000	2 10	
4.	" 15.	Verkauft Ungar. 4 ¹ / ₂ Goldrente	£ 1 000 000 (£ 50 000)	96 ¹ / ₄	965 000	Frankfurt a. M.	—	210	193	965 000	48 25	13. und 14. Fieberhige
5.	" 17.	Gekauft Wechsel auf London	£ 10 000	93 Rbl. f. 10 1	—	Petersburg	—	—	— —	—	—	
6.	" 18.	Gekauft Halbimperialen	Stück 13 025	7,21 Rbl. per Stück	—	Petersburg	—	—	— —	—	—	
7.	" 21.	Gekauft Auszahlung Petersburg ult. Juni	Rbl. 100 000	270 f. 100 000	—	Paris	—	—	— —	—	—	20. Sonntag
Summe .												
Dazu Spalte 12 .												
Zusammen .												

*) Falls der Betrag in Spalte 4 nicht niedriger ist als in Spalte 4a, ist Spalte 11a gemäß Spalte 6a auszufüllen, anderenfalls ist Spalte 11a aus Spalte 4 und 5a zu berechnen.

Regulativ

für

Privattransitlager von den in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide u.) ohne Mitverschluß der Zollbehörde.

In Gemäßheit der Ziffer 1 Absätze 2 bis 5 und Ziffer 4 des Gesetzes vom 14. April 1894, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 335), werden für Privattransitlager ohne amtlichen Mitverschluß von den in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide u.) nachstehende Bestimmungen ertheilt:

I. Arten der Privattransitlager.

§. 1.

Die Privattransitlager für Getreide ohne amtlichen Mitverschluß sind entweder:

- a) reine Transitlager, wenn das Getreide ausschließlich zum Absatz in das Zollaussland bestimmt ist, oder
- b) gemischte Transitlager, wenn neben der Wiederausfuhr in das Ausland auch der Absatz des gelagerten Getreides im Zollgebiete gestattet ist.

II. Allgemeine Bestimmungen.

§. 2.

Auf diese Privattransitlager finden die Vorschriften des Privatlager-Regulativs, soweit nicht nachstehend Anderes verfügt ist, Anwendung.

§. 3.

Lagerräume.

Die Lagerung des Getreides ist in der Regel nur in geschlossenen Räumen gestattet. Ausnahmsweise kann jedoch da, wo die Verhältnisse eine Lagerung im Freien erforderlich machen, eine solche auch in nicht abgeschlossenen Räumen durch die Direktivbehörde unter der Bedingung bewilligt werden, daß die Räume deutlich abgegrenzt und durch die Firma des Inhabers kenntlich bezeichnet werden.

§. 4.

Kontoführung.

Für die Transitlager ist bei der Amtsstelle ein besonderes Niederlageregister nach dem Muster A*) zu führen, in welchem für jedes Lager ein Konto eröffnet wird.

§. 5.

Zugang zum Lager.

Die Einbringung inländischen Getreides auf das Lager ist zulässig, zuvor jedoch nach Muster B anzumelden.

Die Anmeldung ist in zwei gleichlautenden Exemplaren der Amtsstelle einzureichen. Letztere prüft dieselbe und stellt das eine Exemplar, mit Genehmigungsvermerk versehen, dem Anmeldenden zurück. Vor der Aushändigung dieses Exemplars darf mit der Einbringung nicht begonnen werden.

§. 6.

Behandlung während der Lagerung.

Die Behandlung und Umpackung des gelagerten Getreides ist uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig.

*) Muster A ist hier nicht mit abgedruckt.

§. 7.

Seitens des Hauptamts kann widerruflich gestattet werden, gelagertes Getreide zum Zweck der Mischung (§§. 12, 18 und 19) oder zum Trocknen oder Darren zeitweise aus dem Lager zu entnehmen. Vor der Wegbringung ist der Amtsstelle eine Anzeige einzureichen, aus welcher der Zweck der Entnahme, die Gewichtsmenge, der Lagerraum und der zeitweise Bestimmungsort des Getreides, sowie die Zeit des Beginnes der Wegschaffung desselben ersichtlich sind. Desgleichen ist von der Zeit der Zurückschaffung zum Lager zuvor Anzeige zu erstatten. Die Anzeige ist von der Amtsstelle den Aufsichtsbeamten zuzustellen, welche durch Gewichtsermittlungen, Entnahme von Proben oder in sonst geeigneter Weise die Zurückbringung des entnommenen Getreides auf das Lager zu überwachen und die Anzeige mit ihrem Revisionsvermerk der Amtsstelle zurückzureichen haben.

§. 8.

Abgang vom Lager.

Der Ausfuhr des gelagerten Getreides steht die Aufnahme in eine öffentliche Niederlage oder in ein Transillager unter amtlichem Mitverschluß gleich.

Bei der Versendung von Getreide in ein anderes Transillager ohne amtlichen Mitverschluß ist das Getreide in dem Konto des neuen Lagers in derselben Weise als inländisches oder ausländisches anzuschreiben, wie es in dem Konto des alten Lagers zur Abschreibung gelangt ist. Die Begleitpapiere sind hierüber mit den entsprechenden Angaben zu versehen.

Das zur Ausfuhr oder Versendung nach einer anderen Niederlage bestimmte Getreide ist nach den Vorschriften des Begleitschein- und des Niederlageregulativs, sowie der etwa erlassenen besonderen Bestimmungen unter Zollkontrolle zur weiteren Versendung abzufertigen. Dabei kann von einer Verschlußanlage abgesehen werden; solchenfalls sind indessen nach erfolgter Verladung des Getreides die darüber ausgestellten Frachtpapiere (Frachtbriefe, Konnossemente etc.) dem Begleitschein-Ausfertigungsamt vorzulegen. Letzteres hat dieselben mit den Angaben des Begleitscheins zu vergleichen, in diesem die Uebereinstimmung mit dem Frachtpapier zu bescheinigen und demnächst die Frachtpapiere mit der Nummer des Begleitscheins und mit dem Amtsstempel zu versehen.

In den Begleitscheinen, welche die Sendung jederzeit zu begleiten haben, ist das Transportmittel und die besondere Art der Niederlage, von welcher das Getreide abgemeldet worden, genau zu bezeichnen. Findet auf dem Transport eine Umladung statt, so ist diese von dem Transportführer unter genauer Bezeichnung des Transportmittels in den Frachtpapieren zu vermerken.

Beim Begleitschein-Empfangsamt sind die Frachtpapiere vorzulegen und auf ihre Uebereinstimmung mit den Begleitscheinen zu prüfen.

Ausnahmsweise kann die Direktivbehörde unter Vorbehalt des Widerrufs genehmigen, daß die Revision des Getreides bei der Aufnahme ins Lager und bei der Entnahme aus demselben, sowie die zollamtliche Bescheinigung über die Verladung auf die Transportmittel (Eisenbahnwagen, Schiff) durch eine Bescheinigung eines öffentlich angestellten Wiegemeisters oder einer ähnlichen Person ersetzt werde. Solche Personen müssen jedoch zuvor auf das Interesse der Steuerverwaltung ein für allemal vereidigt sein. Eine derartige Genehmigung darf insbesondere nur unter der Voraussetzung erteilt werden, daß die kaufmännischen Bücher des Lagerinhabers über Zu- und Abgang zum und vom Lager zuverlässigen Aufschluß geben.

Dem Ermessen der Direktivbehörde bleibt die Bestimmung darüber überlassen, inwieweit bei einzelnen Arten des Verkehrs auch Gewichtsangaben in den Eisenbahnfrachtbriefen, Schiffskonnossementen und anderen Ladungspapieren ohne Gefährdung des Zollinteresses als Ersatz der zollamtlichen Gewichtsfeststellung zugelassen werden können.

§. 9.

Säcke und andere zollpflichtige Umschließungen, in welchen unverzolltes ausländisches Getreide auf das Lager gelangt, dürfen in leerem Zustande nur nach zuvoriger besonderer Abmeldung und, soweit sie in den freien Verkehr treten sollen, unter tarifmäßiger Verzollung entfernt werden. Ueber den Zu- und Abgang zum bzw. vom Lager werden in einem Anhange zum Niederlageregister fortlaufende Aufschreibungen geführt, wobei die der Tarifnummer 22 angehörigen Säcke lediglich nach ihrer Stückzahl festzuhalten sind.

Als inländisch nachgewiesene Säcke unterliegen bei der Entfernung vom Lager in leerem Zustande der Verzollung nicht.

§. 10.

Aufhebung des Lagers.

Die Bewilligung des Lagers kann seitens der Direktivbehörde zurückgenommen werden, wenn der durchschnittliche Zugang zum Lager an ausländischem Getreide in den beiden letzten Kalenderjahren die Jahresmenge von 200 000 Kilogramm nicht überschritten hat.

III. Besondere Bestimmungen.

A. Keine Transitlager.

§. 11.

Zugang zum Lager.

Werden Getreidemengen derselben Art gelagert, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, so findet auf den gesammten Bestand dieser Getreideart der höchste der in Betracht kommenden Zollsätze Anwendung.

Die Einlagerung des Getreides erfolgt nach Nettogewicht.

Die auf das Lager gebrachten Mengen von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat inländischen Ursprungs behalten mit der im §. 13 Absatz 2 bezeichneten Maßgabe die Eigenschaft einer inländischen Waare. Auf das Lager gebrachtes inländisches Getreide anderer Art nimmt die Eigenschaft einer unverzollten ausländischen Waare an.

§. 12.

Behandlung während der Lagerung.

Außer der Behandlung und Umpackung ist auch die Mischung des gelagerten Getreides, soweit sie innerhalb der Lagerräume erfolgt, uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig.

§. 13.

Abgang vom Lager.

Das gelagerte Getreide darf nur nach anderen reinen Transittlagern oder nach dem Zollauslande verandt werden.

Die zur Ausfuhr abgefertigten Mengen von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps oder Rübsaat sind, soweit sie den jeweiligen Lagerbestand an ausländischer Waare nicht überschreiten, von diesem Bestande abzuschreiben, im Uebrigen aber als inländische Waaren zu behandeln, auf welche die Bestimmungen in Ziffer 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 14. April 1894 bezüglich der Ertheilung von Einfuhrscheinen Anwendung finden. Ausgelagertes Getreide anderer als der vorbezeichneten Art ist ohne Rücksicht auf den etwaigen inländischen Ursprung eines Theils desselben als ausländisches Getreide abzuschreiben.

§. 14.

Bestandsrevision.

Halbjährlich ist eine Bestandsrevision auf Grund einer von dem Lagerinhaber einzureichenden Bestandsdeklaration vorzunehmen. Dieselbe kann probeweise geschehen, wenn die Umstände Bedenken nicht erregen.

Die Termine für diese Revisionen sind von der Direktivbehörde nach den örtlichen Verhältnissen zu bestimmen. Die Direktivbehörde ist ermächtigt, ausnahmsweise die Zahl der jährlich vorzunehmenden Bestandsrevisionen auf eine zu beschränken.

Ein sich ergebendes Mindergewicht ist, soweit dasselbe lediglich auf Eintrocknen, Verstauben oder dergleichen zurückzuführen ist, von dem inländischen und ausländischen Getreide nach Verhältniß des durchschnittlichen Sollbestandes beider Arten zollfrei abzuschreiben. Die Entscheidung darüber, ob ein vorgefundenes Manko auf solchen Ursachen beruht, steht bis zu einer Fehlmenge von 5 Prozent dem Hauptamt, bei größeren Fehlmengen der Direktivbehörde zu.

Nach jeder Bestandsrevision ist das Niederlagekonto durch An- und Abschreibung der vorgefundenen Differenzen mit dem Lagerbestande in Uebereinstimmung zu bringen.

§. 15.

Aufhebung des Lagers.

Die Zurücknahme der Bewilligung eines Lagers kann seitens der Direktivbehörde insbesondere auch dann erfolgen, wenn sich bei einer Bestandsrevision eine Fehlmenge ergeben hat, deren Abschreibung nach Maßgabe des §. 14 unzulässig erscheint.

In allen Fällen des Aufhörens eines reinen Transittlagers für Getreide ist der Lagerbestand innerhalb einer von der Direktivbehörde zu bestimmenden Frist seitens des bisherigen Lagerinhabers oder seiner Rechtsnachfolger (Erben, Konkursmasse etc.) unter Zollkontrolle entweder in das Zollaussland auszuführen beziehungsweise eine öffentliche Niederlage oder ein Transittlager unter amtlichem Mitverschluß zu verbringen oder zur Versendung auf ein anderes reines Transittlager zu deklarieren. Ausnahmsweise kann die Direktivbehörde den Uebergang des Bestandes auf ein gemischtes Transittlager oder in den freien Verkehr gestatten. Im Falle des Uebergangs in den freien Verkehr sind bei Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat die Zollgefälle für den buchmäßigen Bestand an ausländischer Waare der betreffenden Gattung, bei anderen Getreidearten die Zollgefälle für den gesamten Bestand unter Beachtung der Vorschrift im §. 11 Absatz 1 zu entrichten.

B. Gemischte Transittlager.

§. 16.

Bewilligung des Lagers.

An welchen Orten gemischte Lager gestattet werden dürfen, bestimmt der Bundesrath.

Das Bedürfniß eines gemischten Transittlagers an solchen Orten ist von der Direktivbehörde in der Regel nur dann anzuerkennen, wenn nach den Büchern des Gewerbetreibenden der Umfang des von ihm betriebenen Getreidetransitgeschäfts ohne den Besitz eines solchen Lagers voraussichtlich eine wesentliche Einschränkung selbst unter der Voraussetzung erfahren würde, daß ihm ein reines Transittlager bewilligt wäre. In anderen Fällen entscheidet die oberste Landesfinanzbehörde über die Bedürfnißfrage.

Demselben Gewerbetreibenden darf ein reines und ein gemischtes Privatlager für Getreide an einem Orte oder in benachbarten Ortschaften nicht bewilligt werden.

Unter benachbarten Orten sind nur solche zu verstehen, welche mit einander in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

§. 17.

Zugang zum Lager.

Die Einlagerung des in Umschließungen eingehenden Getreides geschieht nach Bruttogewicht.

Ausländische Getreidemengen derselben Art, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, sind im Niederlageregister getrennt zu buchen. In letzterem, sowie in den Anmeldungen ist der Zollsatz, dem sie unterliegen, ersichtlich zu machen. Das auf das Lager gebrachte inländische Getreide behält mit der im §. 21 Absatz 2 bezeichneten Maßgabe die Eigenschaft einer inländischen Waare.

Von anderem Getreide als Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat müssen, abgesehen von dem Falle der im §. 19 gestatteten Mischungen, ausländische Getreidemengen derselben Art, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, gesondert in von einander getrennten Räumen, welche mit dem für die lagernden Waaren maßgebenden Zollsatz deutlich bezeichnet sind, gelagert werden; desgleichen muß inländisches Getreide dieser Art abgesondert vom zollpflichtigen Getreide lagern.

In der Anmeldung ausländischen oder inländischen Getreides dieser Art zum Lager und in der Abmeldung desselben vom Lager ist der Lagerraum genau zu bezeichnen. Soll das Getreide von dem angemeldeten in einen anderen Lagerraum innerhalb des Lagers übergeführt werden, so ist davon spätestens bei Beginn der Ueberführung Anzeige zu machen.

§. 18.

Behandlung während der Lagerung.

Außer der Behandlung und Umpackung ist bei Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat auch die Mischung innerhalb der Lagerräume uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig.

§. 19.

Mischungen von Getreide anderer als der im §. 18 bezeichneten Art unterliegen der Anmeldung nach Muster C. Die Vorschrift im zweiten Absatz des §. 5 findet dabei ebenfalls Anwendung.

§. 20.

Großhändler, welche jährlich mindestens 250 000 Kilogramm ausländisches Getreide aller Art in das Lager bringen, können von der Direktivbehörde von der Befolgung der Vorschriften des §. 17 Absatz 4 und des §. 19 ausnahmsweise und widerruflich entbunden werden, wenn sie ein Lagerregister nach Muster D*) führen und sich nachstehenden Bestimmungen unterwerfen:

1. Es ist für jedes Lager ein besonderes Register zu führen.
2. Das Register ist in dem Lager an einer von dem Bezirks-Oberkontrolör zu bestimmenden Stelle in einem verschließbaren Behältniß aufzubewahren und, während im Lager gearbeitet wird, den revidirenden Beamten zugänglich zu halten. Den Oberbeamten ist dasselbe auf Erfordern jederzeit vorzulegen.
3. Die Buchungen in dem Register haben zu geschehen, sobald die Aufnahme, Mischung oder Entnahme des Getreides beginnt. Sind bei dem Beginn dieser Handlungen die Getreidemengen, auf welche die Buchungen sich erstrecken, noch nicht genau bekannt, so kann die Angabe der Mengen einstweilen ausgelegt bleiben, muß aber unmittelbar nach Beendigung der Handlung nachgeholt werden.
4. Beim Absatz von Getreide in das Inland ist der Name und Wohnort des Käufers zc. anzugeben.
5. Änderungen der Eintragungen durch Korrekturen und Rasuren sind unstatthaft. Etwaige Irrthümer sind durch Bemerkte in der Bemerkungsspalte richtig zu stellen.
6. Bei Bestandsrevisionen ist das Register abzuschließen und der Amtsstelle vorzulegen. Auch sonst ist auf Erfordern der revidirenden Oberbeamten jederzeit ein Abschluß desselben vorzunehmen.
7. Der Lagerinhaber ist für die Richtigkeit der Registerführung auch für den Fall verantwortlich, daß dasselbe von einem Dritten geführt wird.

Ob, inwieweit und unter welchen besonderen Kontrollen mit Rücksicht auf die lokale Gestaltung des Getreidehandels den Lagerinhabern bei Führung eines Lagerregisters auch die Anmeldung des aus dem freien Verkehr zum Lager zu bringenden Getreides der hier in Rede stehenden Arten erlassen werden kann, bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde.

§. 21.

Abmeldung.

Aus einem gemischten Lager kann Getreide auch in andere reine oder gemischte Lager übertragen werden.

Auf die zur Ausfuhr abgefertigten Mengen von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat finden die Vorschriften des §. 13 Absatz 2 mit der Maßgabe Anwendung, daß die als ausländische Waare abzuschreibende Menge, sofern verschiedenen Zollsätzen unterliegende Sendungen derselben Getreideart zur Lagerung gelangt sind, bis zur Höhe des jeweiligen Lagerbestandes an der dem niedrigeren Zollsatz unterliegenden ausländischen Waarengattung von dieser, die etwa verbleibende Menge aber von der dem höheren Zollsatz unterliegenden Waarengattung abzuschreiben ist.

Die ausgeführten Mengen von Getreide anderer als der vorbezeichneten Art sind, sofern eine Mischung nicht stattgefunden hat, je nach ihrer Anschreibung als ausländische oder inländische abzuschreiben; sofern aber eine Mischung stattgefunden hat, ist die Abschreibung nach Maßgabe des Mischungsverhältnisses zu bewirken. Sind verschiedenen Zollsätzen unterliegende Sendungen derselben Gattung zur Anschreibung gelangt, so hat die Abschreibung in der im Absatz 2 vorgeschriebenen Weise zu erfolgen.

Für die Berechnung und Entrichtung der Zollgefälle von dem in den freien Verkehr getretenen ausländischen Getreide und für die Bestandsrevisionen des Lagers greifen die Vorschriften des §. 16 des Privatlager-Regulativs Platz, jedoch mit der Maßgabe, daß eine vorläufige Berechnung und Entrichtung der Zollgefälle außer am 1. Juli auch am 1. April und 1. Oktober, also vierteljährlich, zu erfolgen hat.

Bei der Bestandsrevision ist das Gewicht der im leeren Zustande lagernden Umschließungen mit zu berücksichtigen.

*) Muster D ist hier nicht mit abgedruckt.

Etwaige Fehlmengen sind zur Verzollung zu ziehen.

Die in den freien Verkehr des Zollinlandes getretenen Mengen von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat sind, soweit sie den jeweiligen Lagerbestand an inländischer Waare nicht übersteigen, von diesem Bestande zollfrei abzuschreiben, im Uebrigen aber als ausländische Waaren zu behandeln. Kommen hierbei Getreidemengen derselben Art, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, in Frage, so ist bis zur Erschöpfung des jeweiligen Lagerbestandes an höher tarificirter Waare der höhere Zollsatz, für den hiernach etwa noch verbleibenden Rest der niedrigere Zollsatz bei der Abfertigung zu erheben.

Bei anderen als den vorbezeichneten Getreidearten findet auf die in freien Verkehr getretenen Mengen die Vorschrift des Absatzes 3 Anwendung.

IV. Strafbestimmungen.

§. 22.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Regulativs werden, soweit nicht die Strafen der §§. 134 bis 151 des Vereinszollgesetzes Anwendung finden, in Gemäßheit des §. 152 daselbst mit einer Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark geahndet.

V. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§. 23.

Dieses Regulativ tritt am 1. Mai 1894 in Geltung.

§. 24.

Die Bestände an Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat der am 1. Mai 1894 bereits bestehenden reinen Privattransitlager für Getreide ohne Mitverschluß der Zollbehörde sind an diesem Tage im Niederlageregister ohne Rücksicht auf den inländischen Ursprung eines Theils derselben als ausländische Waare, und zwar, wenn verschiedenen Zollsätzen unterliegende Mengen derselben Waarengattung gelagert sind, als solche, welche dem höchsten dieser Zollsätze unterliegt, anzuschreiben.

Für gemischte Privattransitlager sind am 1. Mai 1894 die Bestände an den vorgenannten Getreidearten getrennt nach ihrer Eigenschaft als ausländische oder inländische Waare und im Falle der Lagerung von verschiedenen Zollsätzen unterliegenden Mengen derselben ausländischen Waarengattung getrennt nach den Zollsätzen im Niederlageregister festzustellen.

Muster B
(zu §. 6 des Regulativs).

Anmeldung

zum

Zweck der Einbringung von inländischem Getreide in das $\frac{\text{reine}}{\text{gemischte}}$ Privattransitlager

des

Anton Weiss zu Danzig.

Niederlagelonto Blatt 1 Nr. 1.

Abgegeben, den 10. Mai 1894.

Die Beaufsichtigung übernehmen: N. N.

Es sollen eingelagert werden:				Es ist eingelagert worden nach amtlicher Feststellung		Nummer der Anschrei- bung.	Bemerkungen.
Zeit		Gattung.	Menge kg	Gattung.	Menge kg		
Monat.	Tag.						
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Mai	10.	Weizen	10 000	Weizen	10 000	2	
Datum. Unterschrift.				Datum. Unterschrift.			

Anmeldung

zum

Zweck der Mischung von Getreide des gemischten Privattransitlagers des **Siegfried Müller**
zu **Danzig**.

Niederlagekonto Blatt 7 Nr. 2.

Abgegeben, den 6. Mai 1894.

Die Beaufsichtigung übernehmen: N. N.

Es sollen gemischt werden:										Nach amtlicher Feststellung				Nummer der neuen Eintragung im Niederlagekonto.	Bemerkungen.								
Der Mischung		Zeit	Ort.	Gattung und nähere Bezeichnung des Getreides (inländisch, ausländisch, letzteres mit Unterscheidung nach Sorten).	Menge.	Nummer der ursprünglichen Eintragung im Niederlagekonto.	Bisheriger Lagerraum, begw. Angabe, daß das Getreide aus dem freien Verkehr kommt.	Künftiger Lagerraum des Getreides.	sind gemischt:			ist das Getreide eingelagert im Lagerraum.											
Mo-nat.	Tag.								10.	11.	12.		13.										
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.									
Mai 1894.	6.	im Lager Langgasse Nr. 12.	1	Mais inländisch	10 000	5	II	II	Mais inländisch	10 000	II	II	3										
				Mais ausländisch zum Satze von 1,60 M.	10 000					I					I								
										Datum.													
										Unterschrift.													

Ausführungs-Bestimmungen

zu

dem Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 14. April 1894.

1. Bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat aus dem freien Verkehr des Zollinlands werden auf Antrag des Waarenführers Einfuhrscheine (Ziffer 5 und 8) ertheilt, wenn die ausgeführte Menge jeder einzelnen Waarengattung wenigstens 500 kg beträgt.

Die Ertheilung von Einfuhrscheinen an Inhaber von Mühlen oder Mälzereien erfolgt auf Antrag auch bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereifabrikaten nach Maßgabe der zu denselben verwendeten Rohstoffmenge, wenn die letztere mindestens 500 kg beträgt. Zum Zweck der Berechnung wird das Ausbeuteverhältniß

für gebeuteltes Mehl aus Weizen auf 75 Prozent,
für gebeuteltes Mehl aus Roggen auf 65 Prozent,
für Malz aus Gerste auf 75 Prozent,
für Malz aus Weizen auf 78 Prozent

angenommen.

Wird Mehl aus anderen Getreidearten als Weizen oder Roggen oder wird Malz aus anderem Getreide als Gerste oder Weizen oder werden andere Mühlen- u. Fabrikate als gebeuteltes Mehl beziehungsweise Malz aus einer der im Absatz 1 bezeichneten Getreidearten zur Ausfuhr mit dem Anspruch auf Ertheilung eines Einfuhrscheins angemeldet, so erfolgt die Umrechnung auf Grund des in jedem einzelnen Falle von der Direktivbehörde festzusetzenden Ausbeuteverhältnisses.

Für Mühlen und Mälzereien, welche auf den Antrag ihrer Inhaber unter stehende steuerliche Kontrolle gestellt sind, kann das effektive Ausbeuteverhältniß in Rechnung gestellt werden.

Bei der Ausfuhr von Gemischen von Mühlenfabrikaten aus verschiedenen Getreidearten findet eine Ertheilung von Einfuhrscheinen nicht statt.

Im Sinne dieser Bestimmungen steht die Aufnahme in eine öffentliche Niederlage oder in ein Privattransitlager unter amtlichem Mitverschluß der Ausfuhr gleich.

Eine Bestimmung darüber, ob und bis zu welcher Grenze eine Mindestqualität des vorgeführten Getreides und der vorgeführten Mühlen- und Mälzereifabrikate zu fordern ist, bleibt bis auf Weiteres der obersten Landesfinanzbehörde überlassen.

2. Anmeldungen zur Ausfuhr mit dem Anspruch auf Ertheilung von Einfuhrscheinen sind zulässig:

- a) bei den Hauptzollämtern und Nebenzollämtern I an der Grenze,
- b) bei den Ämtern mit öffentlichen Niederlagen,
- c) bei den von der obersten Landesfinanzbehörde besonders ermächtigten Ämtern.

3. Ueber die Mengen, welche mit dem Anspruch auf Ertheilung eines Einfuhrscheins ausgeführt oder niedergelegt werden sollen, hat der Versender oder Niederleger der Amtsstelle (Ziffer 2) eine Anmeldung nach Muster a in zwei Exemplaren zu übergeben. Zugleich ist das Getreide u. zur Revision vorzuführen. In den Anmeldungen ist das Bruttogewicht der einzelnen Kolli und für den Fall, daß der Transport in unverpacktem Zustande erfolgt, das Nettogewicht der Menge zu deklariren, bei Mühlenfabrikaten auch die handelsübliche Benennung des Fabrikats anzugeben.

Das Amt trägt die Anmeldungen, von welchen das eine Exemplar mit „Unifat“ und das zweite Exemplar mit „Duplifat“ zu bezeichnen ist, in ein nach Muster b*) zu führendes Abfertigungsregister ein und nimmt die Revision vor.

Mit Genehmigung des Amtsvorstandes kann die Revision u. außerhalb der Amtsstelle vorgenommen werden. Die hierdurch erwachsenden Kosten hat der Versender zu erstatten.

Ist das Amt, bei welchem die Anmeldung erfolgt, gleichzeitig das Ausgangs- oder Niederlageamt, so bewirkt dasselbe zugleich die Abfertigung zum Ausgange beziehungsweise zur Niederlage; andernfalls

*) Muster b ist hier nicht mit abgedruckt.

übergibt es nach stattgehabter Revision und geeigneten Falles nach Anlegung des amtlichen Verschlusses das Unikat der Anmeldung dem Versender behufs Vorführung der Waare bei dem Amt, über welches die Ausfuhr beziehungsweise bei welchem die Niederlegung erfolgt. Das Letztere trägt die eingehende Anmeldung mit entsprechender Bezeichnung in das Empfangsregister über Getreide-Ausfuhranmeldungen (Muster c*) ein und nimmt die Ausgangsabfertigung beziehungsweise die Abfertigung zur Niederlage vor. Sodann erfolgt in beiden Fällen die Revision nach den im Begleitschein-Regulativ gegebenen allgemeinen Bestimmungen. Die amtliche Feststellung des Nettogewichts kann unter Anwendung der zum Zolltarif vorgeschriebenen Tarasätze durch Berechnung aus dem Bruttogewicht erfolgen. Die mit Erledigungsbescheinigungen versehenen Unikate der Anmeldungen sind durch das Erledigungsamt dem Anmeldeamt zurückzusenden. Der Tag der Zurücksendung ist in dem Empfangsregister anzumerken.

Zu den Niederlageanmeldungen dienen Auszüge aus den Anmeldungen nach Muster a, für welche die Formulare zu den Auszügen aus den Zollbegleitscheinen unter entsprechender Aenderung des Vordrucks benutzt werden können.

4. Die unteren Amtsstellen haben halbmonatlich eine Nachweisung über die zu ertheilenden Einfuhrscheine nach Maßgabe des Modells d*) in zwei Exemplaren und unter Beifügung der Unikate der Abfertigungspapiere dem vorgesetzten Hauptamt einzureichen. Eine gleiche Nachweisung hat die Spezialabfertigungsstelle des Hauptamts zu fertigen.

Bei dem Hauptamt wird die festgestellte Summe jeder Nachweisung in eine für den Hauptamtsbezirk und den gleichen halbmonatlichen Zeitraum nach dem Muster e*) aufzustellende Nachweisung übernommen.

Letztere Nachweisung, welcher je ein mit den Abfertigungspapieren belegtes Exemplar der Nachweisungen der unteren Amtsstellen beizufügen ist, wird an die Direktivbehörde eingereicht.

5. Die Ertheilung der Einfuhrscheine erfolgt nach Muster f seitens der Direktivbehörde.

6. Bei der Direktivbehörde werden die eingegangenen Nachweisungen der Prüfung unterzogen. Ueber die Ausfertigung und Anrechnung der Einfuhrscheine ist für jedes Etatsjahr ein Register nach dem anliegenden Muster g*) zu führen. Die fortlaufende Nummer des Registers, unter welcher die Ausfertigung des betreffenden Einfuhrscheins eingetragen ist, wird auf dem Schein vermerkt. Außerdem ist diese Nummer und das Datum des Einfuhrscheins unter Beidrückung des Amtsstempels der Direktivbehörde auf der Titelseite des bezüglichen Abfertigungspapieres mit rother Schrift anzugeben.

Mit der Ausfertigung der Einfuhrscheine sind zwei einander überwachende Beamte zu beauftragen, welche zugleich für die richtige Ausfüllung der Spalten 1 bis 11 des Ausfertigungsregisters einzustehen haben. Die Spalte 9 des Registers wird halbmonatlich aufgerechnet und die Gesamtsumme vierteljährlich für den abgelaufenen Theil des Etatsjahres festgestellt. Die Spalten 12 bis 14 dürfen nur von einem Beamten ausgefüllt werden, welcher bei der Ausfertigung der Einfuhrscheine nicht mitgewirkt hat.

Bevor die Einfuhrscheine die Unterschrift oder das Facsimile des Vorstandes der Direktivbehörde erhalten, ist auf der Vorderseite, unten rechts, der Vermerk „Ausgefertigt“ von einem der bei der Ausfertigung beteiligten Beamten der Direktivbehörde, welcher dadurch die Verantwortung für die Richtigkeit der ausgefertigten Scheine übernimmt, zu unterschreiben.

7. Demnächst gelangen die Abfertigungspapiere mit den ausgefertigten Einfuhrscheinen an das Hauptamt behufs der Zufertigung an die betreffenden Hebestellen. Letztere händigen die eingegangenen Scheine den Versendern gegen Bescheinigung aus und nehmen die zurückempfangenen Abfertigungspapiere wieder zu den Registerbelägen.

8. Jeder Inhaber des Einfuhrscheins ist berechtigt, entweder innerhalb sechs Monate, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, bei jeder zur Vornahme der betreffenden Eingangsabfertigung befugten Zollstelle die gleiche Menge der in dem Einfuhrscheine bezeichneten Getreidegattung vom Auslande ohne Zollentrichtung in das Zollgebiet einzuführen oder den Schein nach Ablauf einer Frist von 4 Monaten, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, innerhalb eines darauffolgenden sechsmonatlichen Zeitraums bei jeder Zollstelle eines deutschen Bundesstaats auf Zollgefälle für Waaren der in der Anlage bezeichneten Art statt baarer Zahlung in Anrechnung zu bringen, sofern nicht die Anrechnungsfähigkeit dieser Art durch Bekanntmachung des Reichskanzlers zeitweilig für ausgeschlossen erklärt ist.

Eine baare Herauszahlung auf die Einfuhrscheine wird nicht geleistet.

*) Muster c, d, e und g sind hier nicht mit abgedruckt.

Die Anrechnung hat der Inhaber des Scheins durch Ausfüllung und Vollziehung des auf dem letzteren befindlichen Vordrucks zu bescheinigen. Diese Bescheinigung dient als Kassenquittung. Unter der Bescheinigung wird von der Amtsstelle vermerkt, wo der angerechnete Betrag in Einnahme und Ausgabe gebucht worden ist.

Zollpflichtige, welche mehrere fällige Einfuhrscheine gleichzeitig in Anrechnung bringen wollen, haben diese Scheine der betreffenden Amtsstelle mittelst Verzeichnisses vorzulegen. Das Muster zu dem letzteren wird von der Landesregierung vorgeschrieben. Es genügt alsdann eine Bescheinigung des Zollpflichtigen über den Gesamtbetrag der in Zahlung gegebenen Einfuhrscheine, welche auf der letzten Seite des Verzeichnisses auszustellen ist. Der Vordruck auf der Rückseite der einzelnen Einfuhrscheine bleibt in diesem Falle unausgefüllt.

Unmittelbar nach erfolgter Bescheinigung des Verzeichnisses durch den Zollpflichtigen sind die zu dem ersteren gehörenden Einfuhrscheine von den Kassenbeamten auf der Vorderseite mit schwarzer Tinte kreuzweise zu durchstreichen. Sodann erfolgt die Abgabe des Buchungsvermerks auf der letzten Seite des Verzeichnisses.

9. Spätestens bis zum achten Tage nach Ablauf jedes Rechnungsmonats haben die Hauptämter über die bei ihnen selbst oder bei den Unterstellen ihres Bezirks in Anrechnung genommenen Einfuhrscheine eine nach dem Muster h*) aufgestellte Nachweisung an die vorgesetzte Direktivbehörde einzureichen.

Wenn die angenommenen Scheine von verschiedenen Direktivbehörden ausgefertigt sind, so ist für jede dieser Behörden eine besondere Nachweisung aufzustellen. Die Nachweisung über die von der vorgesetzten Direktivbehörde ertheilten Scheine ist mit dem Buchstaben A zu bezeichnen, die übrigen Nachweisungen erhalten die Buchstaben B, C u. s. w. In jeder Nachweisung sind die angenommenen Scheine nach dem Etatsjahre der Ausfertigung und der Reihenfolge der Ausfertigungsnummern aufzuführen und zu summiren; demnächst werden die betreffenden Schlussummen in der Nachweisung A zusammengestellt und dort aufgerechnet. Die Uebereinstimmung der Nachweisung mit den Kassenbüchern des Hauptamts und mit der Reichssteuerübersicht ist von dem mit der Kassenaufsicht beauftragten Beamten zu bescheinigen.

10. Die Direktivbehörde hat die richtige Summirung der Anrechnungsnachweisungen prüfen und auch davon Ueberzeugung nehmen zu lassen, daß die Schlussumme der Nachweisung A mit der Reichssteuerübersicht des Hauptamts übereinstimmt. Nachdem die Anrechnungsnachweisungen für den betreffenden Rechnungsmonat von sämtlichen Hauptämtern eingegangen und geprüft sind, werden die Nachweisungen B, C u. s. w. nach den Direktivbehörden, von welchen die Einfuhrscheine ausgefertigt worden sind, geordnet und diesen behufs der Löschung der erledigten Einfuhrscheine in den Ausfertigungsregistern übersandt. Gleichzeitig werden die in der Nachweisung A verzeichneten Einfuhrscheine in dem eigenen Ausfertigungsregister der Direktivbehörde gelöscht.

11. Bezüglich derjenigen Bundesstaaten, in welchen die Einrichtung der Hauptämter nicht besteht, bleibt es den obersten Landesfinanzbehörden überlassen, die den vorstehenden Bestimmungen entsprechenden Anordnungen auf Grund der vorhandenen Organisationsverhältnisse zu treffen.

12. Die Vereinnahmung und Verausgabung des Betrages der von den Amtsstellen angenommenen Einfuhrscheine erfolgt in derselben Weise wie die Vereinnahmung und Verausgabung der Steuervergütungsscheine und zwar auch dann, wenn die Scheine nicht auf zu entrichtende Zollgefälle in Anrechnung gebracht, sondern zur Einfuhr von Getreide ohne Zollentrichtung verwendet worden sind.

13. In den von den Direktivbehörden vom 1. Quartal des Etatsjahres 1894/95 ab an den Ausschuß des Bundesraths für Rechnungswesen einzusendenden Uebersichten der Einnahme an Zöllen sind in der Spalte 4 unter a die gezahlten Ausfuhrvergütungen (für Taback etc.) und unter b die Beträge der in Anrechnung gekommenen Einfuhrscheine nachzuweisen. Außerdem ist in der Spalte 16 der Betrag der von der Direktivbehörde ausgestellten Einfuhrscheine in einer Summe anzugeben.

14. Dem Reichskanzler wird überlassen, die durch die Vorschriften zur Regelung der Abrechnungen etc. vom 3. April 1878 angeordneten Formulare III bis VIII entsprechend abzuändern.

*) Muster h ist hier nicht mit abgedruckt.

Muster n.

Bundesstaat
Haupt amtsbezirk

Abgegeben den 18 ..
Nr. (des Abfertigungsregisters).

Unitat.

An m e l d u n g

zur

{ Ausfuhr
Niederlegung } von { Getreide,
Mehl aus Getreide,
Malz, } für welches ein Einfuhrschein in Anspruch ge-
nommen wird.

Ich, Unterzeichnete, erkläre hiermit, die nachstehend verzeichneten Mengen an
nach { dem Auslande über das =Amt
der Niederlage zu } versenden zu wollen, und n für
dieselben einen Einfuhrschein in Anspruch.

....., den 18.....

Die nachstehend aufgeführten Kolli mit Getreide (Mehl, Malz) sind, sofern nicht der Anspruch
auf Ertheilung eines Einfuhrscheins verloren gehen soll, dem =Amt zu
bis zum mit unverletztem Verschlusse zur { Ausgangs-Abfertigung
Ausnahme in die Niederlage } vorzuführen.

....., den 18.....

Revisionsbefund und Abfertigung.

Zahl und Art der Noth.	des Getreides (Mehls, Malzes)						Der Berech- nung des Eingangs- zolls zu Grunde zu legendes Gewicht. kg	Angabe, ob und wie Verschluß angelegt ist, Zahl der Pleie etc.
	Art.	Brutto- gewicht kg	Nettogewicht,					
			durch Taraabzug ermittelt.		durch vollstän- dige Ver- wiegung ermittelt.	durch probe- weise Ver- wiegung ermittelt.		
			Tarasab.	kg	kg	kg		
9.	10.	11	12.	13	14	15	16.	17.

Die Revisionsbeamten.

Erledigungsbefcheinigungen.

1. Die Anmeldung ist abgegeben
am 18.....

2. Dieselbe ist eingetragen im
Empfangsregister unter Nr.

3. Revisionsbefund:

a) in Betreff des Verschlusses:

b) in Bezug auf Gattung und
Menge der Waaren:

Die Richtigkeit dieser Angaben
bescheinigen:

4. Das Getreide (Mehl, Malz) ist weiter nachgewiesen im
Niederlageregister Seite Konto Nr.

5. Nachweis des Ausgangs über die Grenze:

A. Obengenannte Waaren wurden nach Abnahme des un-
verleht befundenen Verschlusses:

a) in den Eisenbahngüterwagen Nr. der
..... Eisenbahn
verladen und nach Verschließung des Wagens mit
..... Schlössern der Serie dem
..... Amt in
überwiesen.

....., den 18.....

Königliches Amt.

b) auf d des
verladen und dem Ansageposten in
unter { Begleitung durch d Grenzaufseher
Verschluß mittels
überwiesen.

....., den 18.....

Königliches Amt.

c) unter unseren Augen in das Ausland geführt.

....., den 18.....

Königliches Amt.

B. D oben bezeichnete wurde
nach Abnahme des unverleht befundenen Verschlusses:

a) d Grenzaufseher zur
Begleitung über die Grenze übergeben.

....., den 18.....

b) unter unseren Augen in das Ausland geführt.

....., den 18.....

Die Erledigung der Anmeldung bescheinigt

....., den 18.....

Königliches Amt.

Bundesstaat.



Einfuhrschein

Nr.

Am 15^{ten} Juni 1894 sind von dem Kaufmann A. Schulz zu Danzig nach Nr. 5 des Empfangs-Registers des Nebenzollamts I zu Neufahrwasser über Getreide- pp. Ausfuhranmeldungen Sechs Hundert kg Weizen (in Form von $\frac{\text{Mehl}}{\text{Malz}}$) $\frac{\text{ausgeföhrt}}{\text{niedergelegt}}$) worden. Für diese Menge beträgt bei einem Zollsaße von 3,50 M. für 100 kg der Eingangszoll 21,00 M., in Worten: Ein und zuanzig Mark.

Jeder Inhaber dieses Einfuhrscheins ist berechtigt, entweder innerhalb sechs Monate vom 10^{ten} Juli 1894 ab, die gleiche Menge Weizen vom Auslande ohne Zolientrichtung bei jeder zur Vornahme der betreffenden Eingangsabfertigung befugten Zoll- oder Steuerstelle eines deutschen Bundesstaates gegen Rückgabe dieses Scheins einzuföhren oder den Letzteren innerhalb sechs Monate, vom 10^{ten} November 1894 ab, bei jeder Zoll- oder Steuerstelle eines deutschen Bundesstaates auf Zollgefäße für die umseitig bezeichneten Waaren statt baarer Zahlung in Anrechnung zu bringen, sofern nicht die Anrechnungsfähigkeit dieser Art durch Bekanntmachung des Reichskanzlers zeitweilig für ausgeschlossen erklärt ist.

Danzig, den 10^{ten} Juli 1894.

Der Provinzial-Steuerdirektor.

(Stempelabdruck.)

(Name.)

Ausgefertigt:
Müller.

Die

Die Anrechnung ist auf Zollgefälle für folgende Waaren zulässig: Erdnüsse und frische Erdmandeln; Nutzholz von Buchsbaum, Cedern, Kokos, Ebenholz, Mahagoni; Früchte (Südfrüchte); Gewürze aller Art, nicht besonders genannt; Heringe, gesalzen; Kaffee, roher; Kakao in Bohnen; Kakao-schalen; Kaviar und Kaviarsurrogate; Oliven, frische und getrocknete Schalen von Südfrüchten, unreife Pomeranzen, auch in Salzwasser eingelegt, Johannisbrot; Muscheln oder Schaalthiere aus der See; Austern, Hummern und Schildkröten; Reis, geschälter und ungeschälter; Thee; Olivenöl in Fässern; Baumwollensamenöl in Fässern; Fischspeck, Fischthran; Petroleum; mineralische Schmieröle.

Bescheinigung über die erfolgte Anrechnung.

Unseitiger Betrag von M Pf., in Worten:

ist mir (uns) von dem = Amt zu

auf Zollgefälle für am 18

angerechnet worden.

, den 18

Buchungsvermerke.

Der angerechnete Betrag ist gebucht in

Einnahme.

Ausgabe.

..... Kassenbeamte.....

..... Kassenbeamte

Verzeichniß

derjenigen

Waaren, für welche der Eingangszoll durch Einfuhrscheine beglichen werden kann.

Nr. 9 d a des Zolltarifs	Erdnüsse und frische Erdmandeln.
Anmerkung zu Nr. 13 c 1 und 2 des Zoll-	
tarifs	Rugholz von Buchsbaum, Cedern, Kokos, Eben-
	holz, Mahagoni.
Nr. 25 h des Zolltarifs	Früchte (Südfrüchte).
Nr. 25 i " "	Gewürze aller Art, nicht besonders genannt.
Nr. 25 k " "	Seringe, gefalzene.
Nr. 25 m 1 " "	Kaffee, roher.
Nr. 25 m 3 " "	Kakao in Bohnen.
Nr. 25 m 4 " "	Kakaoschalen.
Nr. 25 n " "	Kaviar und Kaviarjurrogate.
Nr. 25 p 1 " "	Oliven.
Nr. 25 p 2 " "	frische und getrocknete Schalen von Südfrüchten; unreife Pomeranzen, auch in Salzwasser ein- gelegt; Johannisbrot.
Nr. 25 r 1 " "	Muscheln oder Schaalthiere aus der See.
Nr. 25 r 2 " "	Mustern, Hummern und Schildkröten.
Nr. 25 s " "	Reis, geschälter und ungeschälter.
Nr. 25 w " "	Thee.
Nr. 26 b " "	Olivenöl in Fässern.
Nr. 26 c " "	Baumwollensamenöl in Fässern.
Nr. 26 k " "	Fischspeck, Fischthran.
Nr. 29 a " "	Petroleum.
Nr. 29 b " "	mineralische Schmieröle.

Regulativ,

betreffend

die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereifabrikaten.

In Gemäßheit der Ziffern 3 und 4 des Gesetzes vom 14. April 1894, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 335), werden bezüglich der Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- und Mälzereifabrikaten folgende Bestimmungen gegeben.

§. 1.

Inhaber von Mühlen oder Mälzereien, welche ausländisches Getreide mit dem Anspruch auf Zollnachlaß bei der Ausfuhr einer entsprechenden Menge von ihnen hergestellter Fabrikate verarbeiten wollen, haben die Bewilligung eines Zollkontos für das zu verarbeitende ausländische Getreide bei dem Hauptamt zu beantragen, wobei genaue Angaben über die zu verarbeitenden Getreidearten, die herzustellen- den Fabrikate, die Lagerräume für Getreide und für Fabrikate, die Fabrikationsanlagen und die Art des Betriebes zu machen sind. Nach Bewilligung des Antrages sind Änderungen nur nach zuvoriger Anzeige zulässig.

Der Ausfuhr der Fabrikate steht die Niederlegung der letzteren in einer Zollniederlage unter amtlichem Mitverschluß gleich.

§. 2.

Die Genehmigung des Antrages, welche jederzeit widerruflich ist, erfolgt seitens der Direktiv- behörde. Dieselbe wird nur Gewerbetreibenden erteilt, welche kaufmännische Bücher ordnungsmäßig führen, das Vertrauen der Verwaltung genießen und entweder selbst am Orte der Fabrikationsanstalt wohnen oder einen dort wohnhaften geeigneten Vertreter bestellen. Inwieweit in einzelnen Fällen Erleich- terungen hinsichtlich der Anforderung kaufmännischer Buchführung eintreten können, bestimmt die Direktiv- behörde. Rücksichtlich der zu leistenden Sicherheit gelten die von der obersten Landesfinanzbehörde getroffenen Bestimmungen.

Der Zollbehörde ist das Recht einzuräumen, durch Einsicht in die ordnungsmäßig zu führenden Handels- und Fabrikationsbücher und durch sonstige Kontrolle des Betriebes von der Beachtung der gegebenen Vorschriften Ueberzeugung zu nehmen.

§. 3.

Das auf Zollkonto angeschriebene, sowie das im freien Verkehr bezogene Getreide gleicher Gattung darf nur in den angemeldeten Räumen (§. 1) gelagert werden. In der Regel dürfen diese Räume nicht in beträchtlicher Entfernung von der Gewerbsanstalt, oder an einem anderen Orte als letztere liegen.

§. 4.

Das auf Zollkonto angeschriebene ausländische Getreide, sowie auch sonstiges Getreide, welches in die nach §. 3 angemeldeten Räume eingebracht ist, darf in unverarbeitetem Zustande zur Vermeidung der in Ziffer 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 14. April 1894 angedrohten Geldstrafe bis zu Eintausend Mark nur mit hauptamtlicher Genehmigung veräußert werden. Diese Genehmigung darf nur ausnahmsweise und aus besonderer Veranlassung, z. B. im Falle einer nothwendig gewordenen längeren Betriebseinstellung, der Aufgabe des Zollkontos, erteilt werden.

Die Buchführung ist so einzurichten, daß jederzeit festgestellt werden kann, wieviel Getreide jeder Art und zu welchem Zollsaße in den bezeichneten Räumen vorhanden sein soll.

§. 5.

In dem bei der Amtsstelle nach Muster A bezw. A 1*) zu führenden Konto gelangen das zum Lager der Fabrikationsanlage abgefertigte ausländische Getreide zur Aufschreibung und die zur Ausfuhr gebrachten Fabrikate zur Abschreibung, und zwar erstere nach dem Brutto-, letztere nach dem Nettogewicht.

Getreidemengen derselben Gattung, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, sind im Konto in besonderen Unterabtheilungen anzuschreiben.

§. 6.

Außer vom Auslande darf auch aus Zollniederlagen unter amtlichem Verschuß und aus gemischten Privattransitlagern ohne amtlichen Mitverschluß, sowie ausnahmsweise mit hauptamtlicher Genehmigung (§. 4) aus anderen Mühlen- oder Mälzereilagern ausländisches Getreide zum Lager der bezüglichen Gewerbsanstalt abgefertigt werden. Die Abfertigung erfolgt nach den für die Abfertigung von Waaren zu den Privattransitlagern ohne amtlichen Mitverschluß bestehenden allgemeinen Bestimmungen. Ausnahmsweise kann die Direktivbehörde unter Vorbehalt des Widerrufs genehmigen, daß die Revision des Getreides durch eine Bescheinigung eines öffentlich angestellten Wiegemeisters oder einer ähnlichen Person ersetzt werde. Solche Personen müssen jedoch zuvor auf das Interesse der Zollverwaltung ein für allemal vereidigt sein. Eine derartige Genehmigung darf insbesondere nur unter der Voraussetzung erteilt werden, daß die kaufmännischen Bücher des Lagerinhabers über Zu- und Abgang zum und vom Lager zuverlässigen Aufschluß geben. Desgleichen ist beim Eisenbahntransport die Verwiegung der Wagenladungen auf der Geleis-(Centesimal-)Waage zulässig; dabei ist es statthaft, unter Beachtung der in dieser Beziehung etwa erlassenen allgemeinen Bestimmungen das von der Eisenbahnverwaltung festgestellte Gewicht des Wagens von dem ermittelten Bruttogewicht in Abzug zu bringen. Dem Ermessen der Direktivbehörde bleibt ferner die Bestimmung darüber überlassen, inwieweit bei einzelnen Arten des Verkehrs auch Gewichtsangaben in den Eisenbahnfrachtbriefen, Schiffskonnossementen und anderen Ladungspapieren ohne Gefährdung des Zollinteresses als Ersatz der zollamtlichen Gewichtsfeststellung zugelassen werden können.

§. 7.

Es dürfen nur in der betreffenden Mühle oder Mälzerei hergestellte Fabrikate zur Ausgangs- abfertigung gestellt werden. Die Direktivbehörde kann anordnen, daß Abfertigungen über Mengen unter 2000 Kilogramm und, wenn sich am Orte der Gewerbsanstalt eine Hebestelle nicht befindet, über Mengen unter 10 000 Kilogramm nicht vorgenommen werden.

Muster B
u. B 1.

Die Ausfuhranmeldung ist der Hebestelle nach Muster B bezw. B 1 in 2 Exemplaren einzureichen. Die Anmeldung muß insbesondere die handelsübliche Benennung des Fabrikats enthalten. Die Hebestelle trägt die Anmeldung in das nach Muster C bezw. C 1*) zu führende Anmelderegister ein und veranlaßt die spezielle Revision nach den im Begleitscheinregulativ gegebenen allgemeinen Bestimmungen. Bei der Feststellung des Nettogewichts kann diejenige Tara in Abrechnung gebracht werden, welche zum Zolltarif für die betreffende Waare und Verpackungsart vorgesehn ist. Die im §. 6 zugelassenen Erleichterungen dürfen auch hier und zwar mit der Ausdehnung stattfinden, daß auch die zollamtliche Bescheinigung über die Verladung auf die Transportmittel (Eisenbahnwagen, Schiff) durch eine Bescheinigung des Wiegemeisters u. s. w. ersetzt werden darf. Von einer Verschlusssanlage kann abgesehen werden.

Nach näherer Bestimmung der Direktivbehörde kann von der Revision seitens der Hebestelle insoweit letztere nicht zugleich Ausgangsamt ist, gänzlich abgesehen und die Revision lediglich dem letz- bezeichneten Amte überlassen werden. Diese Erleichterung ist indessen nur bei nachgewiesenem dringenden Bedürfnis und unter der Voraussetzung zuzulassen, daß die kaufmännischen Bücher des Lagerinhabers über den Geschäftsverkehr desselben zuverlässigen Aufschluß geben, auch rücksichtlich der Zollsicherheit Bedenken nicht bestehen.

Bezüglich der Behandlung der Sendungen während des Transports finden die §§. 23 bis 30 des Begleitscheinregulativs analoge Anwendung.

Winnen der von der Hebestelle zu bestimmenden Frist sind die auszuführenden Fabrikate unter Vorlegung des dem Anmelder zu diesem Zweck von dem Ammeldeamt auszuhängenden Unilats der Anmeldung dem Ausgangsamt zu stellen. Hat seitens der Hebestelle eine Revision nicht stattgefunden, so sind dem Ausgangsamt zugleich die Transportpapiere vorzulegen. Dieses Amt hat die Revision nach den Bestimmungen des Begleitscheinregulativs vorzunehmen und die Anmeldung mit der Ausgangs-

*) Muster A und A 1, C und C 1 sind hier nicht mit abgedruckt.

bescheinigung dem Anmeldeamt zurückzusenden, auch dem Anmelder bezw. Waarenführer auf Wunsch eine Bescheinigung über die Abgabe der Anmeldung und die bewirkte Ausfuhr der ihrer Menge nach anzugebenden Fabrikate zu erteilen. Ist die Gestellungsfrist überschritten, so hat das Ausgangsamt die Abfertigung gleichwohl vorzunehmen; indessen bleibt es der Entscheidung des Anmeldeamts beziehungsweise, falls dieses kein Hauptamt ist, des demselben vorgesetzten Hauptamts vorbehalten, ob die Abschreibung im Zollkonto zu erfolgen hat.

Das Ausgangsamt hat über die Erledigung der bei anderen Aemtern vorgelegten Ausfuhranmeldungen ein Notizregister nach Muster D bezw. D 1^{*)} zu führen.

§. 8.

Die Abrechnung findet vierteljährlich in der Art statt, daß am zwanzigsten Tage, falls dieser aber auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am nächsten Werktag des vierten Monats nach Ablauf des Abrechnungsquartals von der in diesem Quartal angeschriebenen Menge ausländischen Getreides diejenige Getreidemenge, welche nach dem Ausbeuteverhältniß (§. 9) der Menge der in dem bezeichneten und in dem folgenden Quartal thatsächlich zur Ausfuhr gelangten Fabrikate entspricht, in Abzug gebracht wird, soweit dieselbe nicht etwa schon bei der Abrechnung für das Vorquartal zum Abzug gebracht ist. Es ist dabei für jede Getreideart besonders abzurechnen. Falls bei der Abrechnung die in Abzug zu bringende Getreidemenge die im Abrechnungsquartal stattgefundenen Anschreibungen der betreffenden Getreideart nicht erreicht, so ist der Zollbetrag von dem zu verzollenden Quantum unter Zugrundelegung des Verhältnisses der im Abrechnungsquartal angeschriebenen, verschiedenen Zollsätzen unterliegenden Getreidemengen der in Betracht kommenden Gattung zu berechnen. Der Konteninhaber hat binnen längstens acht Tagen nach Zustellung der Abrechnung den sich ergebenden Zollbetrag einzuzahlen. Ein weiterer Geldkredit ist unzulässig. Es ist jedoch statthast, bei den auf Grund der Abrechnung erfolgenden Verzollungen Einfuhrscheine, welche über die nämliche Getreidegattung, wie die zu tilgende Post lauten, in Zahlung zu geben, vorausgesetzt, daß der im Einfuhrscheine angegebene Tag der Ausfuhr vor den Tag der Kontirung der zu tilgenden Post fällt.

§. 9.

Das Ausbeuteverhältniß wird für gebeuteltes Mehl aus Weizen auf 75 Prozent und für gebeuteltes Mehl aus Roggen auf 65 Prozent, für Malz aus Gerste auf 75 Prozent und für Malz aus Weizen auf 78 Prozent festgesetzt.

Bei Gemischen von Weizen- und Roggenmehl, sowie bei Weizen- oder Roggenmehl, welches aus Weizen- oder Roggenmengen hergestellt ist, die verschiedenen Zollsätzen unterliegen, ist das Verhältniß der zur Mischung verwendeten Getreidearten, bezw. der verschiedenen Zollsätzen unterliegenden Getreidemengen derselben Gattung anzumelden und gelangen diese Gemische bei nachgewiesener Ausfuhr dementsprechend zur Abschreibung. Ist das Mischungsverhältniß nicht bekannt, so ist die Abschreibung und Abrechnung nach Maßgabe der Vorschriften zu bewirken, welche die obersten Landesfinanzbehörden für diesen Fall erteilen werden.

Bei der Ausfuhr derartiger Gemische findet die Ertheilung von Einfuhrscheinen (§. 11) nicht statt.

Wird Mehl oder Malz aus anderen Getreidearten (Hafer, Gerste, Mais, Buchweizen beziehungsweise Hafer, Roggen), oder werden aus Getreide andere Mühlenfabrikate (Schrot, Graupe, Grieß, Grütze etc.) hergestellt, so erfolgt die Festsetzung des Ausbeuteverhältnisses für jede einzelne Fabrikationsanstalt auf Grund spezieller Ermittlungen seitens der Direktivbehörde.

Für Mühlen und Mälzereien, welche auf den Antrag ihrer Inhaber unter stehende steuerliche Kontrolle gestellt sind, kann mit Zustimmung der Direktivbehörde das effektive Ausbeuteverhältniß in Rechnung gestellt werden.

Bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten, welche aus einer Mischung von verschiedenen Tariffätzen unterworfenen Getreidearten hergestellt sind, findet, abgesehen von der im zweiten Absatz dieses Paragraphen vorgesehenen Ausnahme, ein Zollnachlaß überhaupt nicht statt.

§. 10.

Die Entziehung des Zollkontos hat zu erfolgen, wenn dasselbe ohne die Unterlage einer angemessenen Ausfuhr wesentlich zur Gewinnung einer verlängerten Gefällestundung mißbraucht wird, oder

^{*)} Muster D und D 1 sind hier nicht mit abgedruckt.

wenn Fabrikate der Mülerei oder Mälzerei, welche nicht in der betreffenden Gewerbsanstalt hergestellt sind, zur Abfertigung mit dem Anspruch auf Zollnachlaß gestellt werden, oder wenn in sonstiger Weise eine Hinterziehung des Zolls seitens des Gewerbtreibenden oder seiner Angestellten unternommen wird. Dieselbe hat ferner in der Regel dann zu erfolgen, wenn von dem Gewerbtreibenden oder seinen Angestellten gegen die Bestimmung im ersten Absatz des §. 4 verstoßen oder aber wiederholt Ordnungswidrigkeiten begangen werden.

§. 11.

Inhabern von Mühlen oder Mälzereien, welchen die in den vorstehenden §§. 1 bis 10 behandelte Erleichterung gewährt ist, werden bei der Ausfuhr oder Niederlegung (§. 1 Absatz 2) ihrer Fabrikate Einfuhrscheine gemäß Ziffer 1 des Gesetzes vom 14. April 1894, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, über eine den festgesetzten Ausbeutesätzen entsprechende Getreidemenge erteilt, sofern sie diese Vergünstigung an Stelle des im §. 8 vorgesehenen Erlasses des Eingangszolls für eine der Ausfuhr entsprechende Menge zur Mühle oder Mälzerei gebrachten ausländischen Getreides beantragen. Dieser Antrag ist in Spalte 7 der Ausfuhranmeldung (Muster B bezw. B 1) zu stellen. Zur Abfertigung ist die Hebestelle befugt. Im Uebrigen regelt sich das Verfahren und die Behandlung der Einfuhrscheine nach den hierüber erlassenen allgemeinen Bestimmungen.

Bei Ertheilung von Einfuhrscheinen für ausgeführte Fabrikate ist der Zollberechnung der niedrigste Zollsatz, zu welchem Getreide der betreffenden Art im Konto angeschrieben steht, zu Grunde zu legen.

Bei den nach §. 8 vorzunehmenden vierteljährlichen Abrechnungen sind diejenigen Getreidemengen, für welche Einfuhrscheine erteilt sind, von der Anschreibung nicht mit in Abzug zu bringen.

§. 12.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen in §§. 1 bis 9 werden, soweit nicht die im §. 4 bezeichnete Strafe oder die Strafen der §§. 134 bis 151 des Vereinszollgesetzes Anwendung finden, in Gemäßheit des §. 152 daselbst mit einer Ordnungsstrafe bis zu einhundert und fünfzig Mark geahndet.

§. 13.

Das gegenwärtige Regulativ tritt am 1. Mai 1894 an Stelle des Regulativs vom 27. Juni 1882, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten.

Muster B.

Die Revision übernehmen:

20.

(Uni)kat.

Anmeldung

über die

Ausfuhr von Mühlenfabrikaten mit dem Anspruch auf { Zollnachlaß.
{ Ertheilung eines Einfuhrscheines.

Die Anmeldung ist vorgelegt am (25. Juli 1894) und unter Nr. (20) des Anmeldebregisters eingetragen. Binnen (vierzehn) Tagen nach bewirkter Revision, den Tag der Revision nicht mitgerechnet, sind die angemeldeten Fabrikate unter Vorlegung dieser Anmeldung dem (Haupt-Zoll)-Amt zu (Hamburg) behufs Ausgangsrevision zu stellen.

(Magdeburg), den (25)ten (Juli) 18(94).

(Königliches Haupt-Steuer)-Amt.

(Stempel.) (Unterschrift.)

Der Unterzeichnete meldet hiermit dem (Königlichen Haupt-Steuer)-Amte (hierselbst) an, daß er beabsichtigt, am (25. Juli d. J.) (Vor)mittags ... Uhr die umstehend näher bezeichneten, in seiner Mühle hergestellten Mühlenfabrikate (mittels des Kahnes Elise) zu versenden, um dieselben mit dem Anspruch auf { Zollnachlaß
{ Ertheilung eines Einfuhrscheines } über das (Haupt-Zoll)-Amt zu (Hamburg) nach dem Auslande auszuführen.

(Magdeburg), den (24)ten (Juli) 18(94).

(Unterschrift.)

Merkmale

über veränderte Bestimmung der Mühlenfabrikate.

Ich beantrage, diese Ausfuhranmeldung hier zu erledigen.

....., den ..ten .. 18.....

Ich beantrage, diese Ausfuhranmeldung zum Zweck der Weiterverfendung der Mühlenfabrikate an

..... in

auf das -Amt

zu zu überweisen.*)

....., den ..ten .. 18.....

Genehmigt.

....., den ..ten .. 18.....

..... -Amt.

Eingetragen unter Nr. des
Registers und auf das -Amt zu:

....., unter Erstreckung der Gültigkeitsfrist

bis zum überwiesen. *)

Versehluß

....., den ..ten .. 18.....

..... -Amt.

*) Der Ausstellung einer Annahmeerklärung seitens des Antragstellers (§. 24 des Begleitscheinsregulativs) bedarf es nicht. Das überweisende Amt trägt die überweisende Ausfuhranmeldung, falls bei demselben ein Notizregister nach Muster D geführt wird, in dieses Register und zwar in Cent-1 bis 6, mit einer entsprechenden Bemerkung in Spalte 18, anberntfalls aber nach der Bestimmung im §. 26 des Begleitscheinsregulativs in das Begleitscheinsregister ein und giebt dem Ausstellungsamte von der geschehenen Überweisung und der etwaigen Verlängerung der Gültigkeitsfrist Nachricht. Einer Mittheilung über die Erledigung der Ausfuhranmeldung seitens des Ausstellungsamts an das überweisende Amt bedarf es gleichfalls nicht.

A n m e l d u n g.

Zau- fende Num- mer.	Der auszuführenden Mühlenfabrikate				Angabe des Bestimmungs- landes.	Anträge und Bemerkungen des Anmelders.
	Art.	Verpackung. (Zahl und Art, sowie Zeichen und Nummer der Kofli.)	Menge			
			brutto kg	netto kg		
1	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1.	Weizen- und Roggenmehl gemischt (etwa $\frac{2}{5}$ Weizen, $\frac{3}{5}$ Roggen).	37 Säcke, sign. A. B. 1 bis 37.	3 737	3 700	Norwegen.	Ich beantrage Aus- fuhr unter Er- theilung eines Ein- fuhrscheines.

Revisionsbefund.

Der auszuführenden Mühlenfabrikate				Angabe über angelegten Verschluß.	Bemerkungen.
Art.	Verpackung. (Zahl und Art, sowie Zeichen und Nummer der Kofli.)	Menge			
		brutto kg	netto kg		
8.	9.	10.	11.	12.	13.
wie Spalte 2. Mischungsverhältniss angenommen.	37 Säcke, sign. A. B. 1 bis 37.	3737 (Tara 1 Prozent)	3700	Jeden Sack mit einem Blei ver- schlossen.	

....., denten 18.....

(Unterschrift.)

Erledigungs-Bescheinigungen.

1. Die Ausfuhranmeldung ist abgegeben am (5. August) 18(94).

N. N.

2. Dieselbe ist eingetragen im Notizregister unter Nr. (3).

N. N.

3. Revisionsbefund:

a) in Betreff des Verschlusses:

(Gut und abgenommen)

b) in Bezug auf Gattung und Menge der Waaren:

(37 Säcke mit richtiger Bezeichnung).

Die Richtigkeit dieser Angaben bescheinigen.

4. Nachweis des Ausganges über die Grenze.

Obengenannte Waaren wurden nach Abnahme des unverletzt befundenen Verschlusses unter unsern Augen in das Ausland geführt.

(Hamburg), den (5)^{ten} (August) 18(94).

(Haupt-Zoll)-Amt (Entenwärder).

(Stempel.)

(Unterschrift.)

Die Erledigung der Ausfuhranmeldung bescheinigt.

....., den^{ten} 18 ..

.....-Amt.

(Unterschrift.)

Die Revision übernehmen:

2c.

(Uni)kat.

Anmeldung

über die

Ausfuhr von Mälzereifabrikaten mit dem Anspruch auf } Zollnachlaß.
Ertheilung eines Einfuhrscheines.

Die Anmeldung ist vorgelegt am (18. Mai 1894) und unter Nr. 3 des Anmelderegisters eingetragen. Binnen (zwölf) Tagen nach bewirkter Revision, den Tag der Revision nicht mitgerechnet, sind die angemeldeten Fabrikate unter Vorlegung dieser Anmeldung dem (Königlichen Haupt-Zoll)-Amt zu (Emmerich) behufs Ausgangsrevision zu stellen.

(Berlin), den (18)ten (Mai) 18(94).

(Königliches Haupt-Steuer)-Amt (f. i. G.).

(Stempel.)

(Unterschrift.)

Der Unterzeichnete meldet hiermit dem (Königlichen Haupt-Steuer)-Amt (hier selbst) an, daß er beabsichtigt, am (18. Mai d. J.) (Vor)mittags Uhr die umstehend näher bezeichneten, in seiner Gewerbsanstalt hergestellten Fabrikate (per Eisenbahn) zu versenden, um dieselben mit dem Anspruch auf } Zollnachlaß
} Ertheilung eines Einfuhrscheines } über das (Königliche Haupt-Zoll)-Amt zu (Emmerich) nach dem Auslande auszuführen.

(Berlin), den (18)ten (Mai) 18(94).

(Unterschrift.)

Vermerke

über veränderte Bestimmung der Fabrikate.

Ich beantrage, diese Ausfuhranmeldung hier zu erledigen.

....., denten 18.....

Ich beantrage, diese Ausfuhranmeldung zum Zweck der Weiterverfendung der Fabrikate an

..... in
auf das-Amt
zu zu überweisen. *)

....., denten 18.....

Genehmigt.

....., denten 18.....

.....-Amt.

Eingetragen unter Nr. des
Registers und auf das-Amt zu
unter Erstreckung der Gültigkeitsfrist bis zum
..... überwiefen. *)

Verfchluß

....., denten 18.....

.....-Amt.

*) Der Ausstellung einer Annahmeerklärung seitens des Antragstellers (§. 26 des Begleit-Zemregulativs) bedarf es nicht. Das überweisende Amt trägt die überwiesene Ausfuhranmeldung (als bei demselben ein Register nach Muster I geführt wird, in dieses Register, und zwar in Spalte 1 bis 6 mit einer entsprechenden Bemerkung in Spalte 10, andererseits aber nach der Bestimmung im §. 26 des Begleit-Zemregulativs in das Begleit-Ein-Ausfertigungsregister ein und giebt dem Ausstellungsamt von der geschehenen Ueberweisung und der etwaigen Verlängerung der Ausstellungsfrist Nachricht. Einer Mitteilung über die Erledigung der Ausfuhranmeldung seitens des Ausstellungsamts an das überweisende Amt bedarf es gleichfalls nicht.

A n m e l d u n g.

Laufende Nummer.	Der auszuführenden Mälzereifabrikate				Angabe des Bestimmungs- landes.	Anträge und Bemerkungen des Anmelders.
	Art.	Verpackung. (Zahl und Art, sowie Zeichen und Nummer der Rolli.)	Menge.			
			brutto kg	netto kg		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1.	Gerstenmalz.	35 Säcke, sign. M. N. 1 bis 35.	3 535	3 500	Holland.	Ich beantrage Aus- fuhr unter Er- theilung eines Ein- fuhrscheines.

Revisionsbefund.

Der auszuführenden Mälzereifabrikate				Angabe über angelegten Verschluß.	Bemerkungen.
Art.	Verpackung. (Zahl und Art, sowie Zeichen und Nummer der Kasse.)	Menge.			
		brutto kg	netto kg		
8.	9.	10.	11.	12.	13.
	Wie Spalte 2/3.	3 535	3 500	Eisenbahngüter- wagen Magdeb. 5248 mit zwei Schlössern Serie 189 verschlossen.	

den

ten

18

(Unterschriften.)

Erledigungs-Bescheinigungen.

1. Die Ausfuhranmeldung ist abgegeben am (24. Mai) 18(94).

N. N.

2. Dieselbe ist eingetragen im Notizregister unter Nr. (1).

N. N.

3. Revisionsbefund:

- a) in Betreff des Verschlusses:

(Gut),

- b) in Bezug auf Gattung und Menge der Waaren:

(Ein Eisenbahngüterwagen mit richtiger Bezeichnung).

Die Richtigkeit dieser Angaben bescheinigen.

N. N.

N. N.

4. Nachweis des Ausganges über die Grenze.

Der (neben bezeichnete (Eisenbahngüterwagen) wurde nach Abnahme des unverletzt befundenen Verschlusses unter unseren Augen in das Ausland geführt.

(Emmerich), den (24)^{ten} (Mai) 18(94).

(Königliches Haupt-Zoll)-Amt.

(Unterschriften.)

Die Erledigung der Ausfuhranmeldung bescheinigt.

(Emmerich), den (24)^{ten} (Mai) 18(94).

(Königliches Haupt-Zoll)-Amt.

(Unterschrift.)

Zusatzbestimmungen

vom 5. März 1894

zur

Ausführungsanweisung des Finanzministers vom 10. April 1892,¹⁾ betreffend die Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer.²⁾

Gemäß §§. 1, 3 und 30 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893³⁾ wird die Gewerbesteuer vom 1. April 1895 ab gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt, jedoch für die Zwecke der kommunalen Besteuerung auch fernerhin vom Staate veranlagt und verwaltet.⁴⁾

In Folge dessen werden zu den bestehenden Vorschriften hinsichtlich der Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer die nachstehenden ergänzenden und abändernden Bestimmungen erlassen, welche zum ersten Male bei der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1895/96 zur Anwendung kommen.⁵⁾

Abchnitt I.

1. Für die Zeit nach dem 1. April 1895 hat sich die Gewerbesteuerveranlagung auf folgende, bisher steuerfreie Gewerbe zu erstrecken:

- a) die landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien (vergl. Artikel 8 unter II der A.),
- b) den Bergbau und die dazu gehörigen Aufbereitungsanstalten, sowie die bergbaulichen Nebenbetriebe (Mästereien, Coakereien, Preßkohlen- und Briquetfabriken u. s. w.), welche sich auf die Verarbeitung der selbstgewonnenen Erzeugnisse des Bergbaues beschränken (vergl. Artikel 9 Nr. 1 der A.),⁶⁾
- c) die gewerbsmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Torfstichen, von Sand-, Kies-, Lehm-, Mergel-, Thon- und dergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kalk-, Kreide- und dergleichen Brüchen, soweit nicht nach der Art des Betriebes schon bisher die Steuerpflicht begründet war (vergl. Artikel 9 Nr. 2 der A.),
- d) die Gewerbebetriebe des Staates mit Ausnahme der Staatseisenbahnen⁷⁾ (vergl. Artikel 4 Nr. 1 der A.),
- e) die Reichsbank mit ihren sämtlichen in Preußen belegenen Zweiganstalten (vergl. Artikel 4 Nr. 2 der A.).

Ann. 1. Im Folgenden mit der Abkürzung A. bezeichnet.

Ann. 2. Bezüglich der Betriebssteuer ist unter dem heutigen Tage besondere Anweisung ergangen.

Ann. 3. Die hier in Frage kommenden Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie des Kommunalabgabengesetzes vom gleichen Tage sind in der Anlage I zum Abdruck gelangt.

Ann. 4. Dies gilt auch für diejenigen Gemeinden, welche auf Grund des §. 29 des Kommunalabgabengesetzes besondere Gewerbesteuern erheben.

Ann. 5. Eine Zusammenstellung der am 1. April 1895 außer Anwendung tretenden Vorschriften der Anweisung vom 10. April 1892 findet sich in der Anlage II.

Ann. 6. Die Salinen waren schon bisher steuerpflichtig (vergl. Verfügung vom 16. Januar 1893, Mittheilungen Heft 26 S. 34).

Ann. 7. Bezüglich der Eisenbahnen bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen (vergl. Artikel 10 Nr. 2 der A.). Die Kleinbahnen unterliegen auch fernerhin der Gewerbesteuer (vergl. §. 40 des Gesetzes vom 28. Juli 1892, Gesammml. S. 225).

Bestellungen
(§ 4 Abs. 1 des
Gesetzes wegen
Aufhebung
direkter Staats-
steuern und
§. 29 des Kommunalabgaben-
gesetzes)

Anlage I.
S. 70

Anlage II
S. 70

Im Uebrigen verbleibt es bei den in den §§. 3 bis 5 des Gewerbesteuergesetzes (Abschnitt II der A.) angeordneten Befreiungen.⁸⁾

Einwige sonstige, auf besonderen Vorschriften oder Rechtstiteln beruhende Befreiungen von kommunalen Gewerbesteuern⁹⁾ sind bei der Gewerbesteuerveranlagung nicht zu berücksichtigen. Den Berechtigten bleibt es vielmehr überlassen, die ihnen zustehende Steuerfreiheit den betreffenden Gemeinden gegenüber selbst geltend zu machen.

2. Bei der Veranlagung und der weiteren steuerlichen Behandlung der gedachten Gewerbe (im Rechtsmittelverfahren, bei den Zu- und Abgangstellungen u. s. w.) ist in formeller und materieller Hinsicht nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften, unter Ausschluß jeder Unterscheidung von den schon bisher steuerpflichtigen Gewerben, zu verfahren.¹⁰⁾

Die Veranlagung der Gewerbebetriebe des Staats und der Reichsbank erfolgt in Berlin nach den hierüber ergehenden besonderen Bestimmungen.

Abschnitt II.

1. Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Preussische Gemeindebezirke, so ist für die Zwecke der kommunalen Besteuerung — und zwar regelmäßig in unmittelbarem Anschluß an die Veranlagung —¹¹⁾ (Artikel 32 und 38 der A.) die Zerlegung des veranlagten Steuerjahres in die auf die einzelnen Betriebsorte entfallenden Theilbeträge von dem veranlagenden Steuerausschusse vom Amte wegen zu bewirken.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses hat die hierzu erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zu beschaffen.¹²⁾

Die Bestimmung im Artikel 55 Nr. 1 der A. tritt außer Kraft.¹³⁾

2. Da für die Bemessung des Gesamtsteuerjahres die Verhältnisse des Vorjahres maßgebend sind (vergl. §. 24 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes), so gewährt die Eröffnung einer Zweigniederlassung im Laufe des Steuerjahres keinen Anspruch auf nachträgliche Zuweisung eines Theilbetrages der Gesamtsteuer. Ueberhaupt besteht ein Anspruch auf Berücksichtigung bei der Vertheilung des Steuerjahres nur, wenn und insoweit als der betreffende Theil des Gewerbebetriebes bei der staatlichen Veranlagung oder Zugangstellung berücksichtigt werden konnte. Später eingetretene Änderungen im Betriebe, z. B. später eröffnete Zweigniederlassungen oder später eingetretene Vergrößerungen einzelner Betriebsstätten, müssen bei der Vertheilung für das laufende Steuerjahr außer Betracht bleiben.¹⁴⁾

3. Nach erfolgter Vertheilung des Steuerjahres hat der Vorsitzende des Steuerausschusses denjenigen Theilbetrag, welcher auf den Ort der Veranlagung entfällt, in die Spalte 7 der Steuerliste (vergl. unten Abschnitt IV Nr. 2) einzutragen und den Beschluß des Steuerausschusses unter Benutzung des Modells 14c thunlichst bis zum 20. März allen beteiligten Gemeindevorständen¹⁵⁾ zuzustellen. Dem Steuerpflichtigen ist dieser Beschluß, und zwar sofern die Vertheilung in unmittelbarem Anschluß an die Veranlagung erfolgt ist, gleichzeitig mit der Steuerzusage (vergl. unten Abschnitt IV Nr. 4) in einem Schriftstück (vergl. Muster 14b), anderenfalls in besonderer Zuschrift, zu behändigen.

Anm. 8. Insbesondere auch bei der Steuerfreiheit des Reichsfiskus, sowie der landschaftlichen Kreditverbände und öffentlichen Versicherungsanstalten (§. 3 Nr. 1 und 3 des Gewerbesteuergesetzes). Die im §. 28 Nr. 5 des Kommunalabgabengesetzes erwähnten Gewerbebetriebe kommunaler und anderer öffentlicher Verbände unterliegen schon jetzt der Gewerbesteuer, insofern sie nicht zu den auch künstlich steuerfrei bleibenden, im §. 3 Nr. 4 des Gewerbesteuergesetzes bezeichneten gewerblichen Unternehmungen der Kommunalverbände gehören.

Anm. 9. Siehe §. 22 des Kommunalabgabengesetzes.

Anm. 10. Wegen der erstmaligen Veranlagung dieser Gewerbe vergl. unten Abschnitt X Nr. 1.

Anm. 11. Beziehungsweise sofort nach der Zugangstellung (vergl. unten Muster 3a und Bestimmung Nr. 3 Abs. 2 daselbst).

Anm. 12. Vergl. unten Abschnitt X Nr. 2.

Anm. 13. Auch die dazu gehörige Anmerkung verliert nach dem 1. April 1895 ihre Anwendbarkeit.

Anm. 14. Abweichungen von obigen, für die staatliche Veranlagung geltenden Grundsätzen können im Wege der besonderen Gewerbesteuer (§. 29 des Kommunalabgabengesetzes) eingeführt werden.

Anm. 15. Das in diesen Zusatzbestimmungen bezüglich der Gemeinden und Gemeindevorstände Verfügte findet auf die Gutsbezirke und Gutsvorstände entsprechende Anwendung.

Hinsichtlich der Wahrnehmung der Funktionen der Gemeindevorsteher in den Landgemeinden der westlichen Provinzen durch die Amtmänner bezw. Bürgermeister bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen (vergl. Anmerkung zu Artikel 25 Nr. 1 der A.).

Vertheilung des Steuerjahres auf mehrere Betriebsorte.
(Muster 14c.)

Muster 14c.
S. 93.

Muster 14b.
S. 91.



meinden entfallende Gewerbesteuer (vergl. unten Abschnitt IV Nr. 5 Abs. 1) beeinflussen. Es kommen hier folgende Fälle in Betracht:

- a) Verlegung eines Gewerbebetriebes in seinem ganzen Umfange in eine andere Gemeinde desselben Veranlagungsbezirks (vergl. Artikel 27 Nr. 7 der A. und unten Nr. 4c zu cc),
- b) Verlegung einer Zweigniederlassung u. s. w., auf welche ein Theilbetrag des Gesamtsteuersatzes entfallen ist (vergl. oben Abschnitt II Nr. 3) in eine andere Gemeinde desselben oder eines anderen Veranlagungsbezirks,
- c) gänzliche Einstellung einer solchen Zweigniederlassung u. s. w. (zu b),¹⁸⁾
- d) unveränderte Fortsetzung einer solchen Zweigniederlassung u. s. w. durch eine andere Person (vergl. unten Nr. 4 d),
- e) anderweite Vertheilung des Steuersatzes auf mehrere Gemeinden im Rechtsmittelverfahren (vergl. oben Abschnitt II Nr. 6) oder in Folge Veränderung des Gesamtsteuersatzes (vergl. oben Abschnitt II Nr. 5).

Diese Fälle (a bis e) sind unter Abtheilung II des Notizregisters zu verzeichnen.

3. Von den durch die Eintragung in das Notizregister bewirkten Zu- und Abgangstellungen (bezw. Umschreibungen) sind anstatt der bisherigen Hebestellen die Vorstände der zum Bezuge des betreffenden Steuerbetrages berechtigten Gemeinden (bezw. die von diesen bezeichneten kommunalen Verwaltungsstellen) zu benachrichtigen,¹⁹⁾ (vergl. Nr. 2 dieses Abschnittes und unten Abschnitt V Nr. 2b).

Die Bestimmung im Artikel 27 Nr. 8 der A. tritt außer Anwendung.

4. Artikel 28 der A. wird durch folgende Vorschriften ersetzt:

- a) Das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes ist nicht mehr der bisherigen Hebestelle, sondern dem Vorsitzenden des für die Veranlagung zuständigen Steuerausschusses schriftlich anzuzeigen.

In Berlin sind die Gewerbeabmeldungen auch künftighin bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern daselbst zu bewirken.

- b) Bei der Abmeldung ganzer Gewerbebetriebe — im Gegensatz zu Zweigniederlassungen u. s. w. vergl. unten zu d — haben die Vorsitzenden der Steuerausschüsse nach den etwa erforderlichen Ermittlungen darüber, ob die Gewerbe eingestellt oder auf einen Anderen übergegangen sind, die Abmeldungen in die Abtheilung I des Notizregisters unter Abgang einzutragen und die zum Bezuge der Steuer berechtigten Gemeinden von der Abgangstellung (bezw. Umschreibung) zu benachrichtigen (vergl. unten Abschnitt V Nr. 2b), welche ihrerseits den Abmeldenden von dem Versägten Mitteilung machen.
- c) Etwaige Abmeldungen steuerfreier Gewerbe sind von dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV nicht in das Gewerbesteuerregister einzutragen, sondern zur etwaigen Berichtigung der Kontrolle der steuerfreien Gewerbe (Muster 4 zu Artikel 27 Nr. 2c der A.) zu benutzen und zu den Akten zu nehmen.
- d) Abmeldungen einzelner Zweigniederlassungen u. s. w., sowie Anzeigen von der Einstellung eines von mehreren neben einander betriebenen Gewerben sind auch dann, wenn der betreffende Betrieb in einem auswärtigen Veranlagungsbezirk stattfand, bei dem Vorsitzenden des für die Veranlagung zuständigen Steuerausschusses zu bewirken. Dieser hat zunächst darüber Ermittlungen anzustellen, ob die betreffende Zweigniederlassung u. s. w. oder das neben anderen Gewerben betriebene Gewerbe gänzlich eingestellt oder auf einen Anderen übergegangen ist.

Im ersteren Falle hat er den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV in dem betreffenden auswärtigen Veranlagungsbezirk behufs Berichtigung des von diesem geführten Verzeichnisses der auswärts besteuerten Betriebe (Muster 5 zu Artikel 27 Nr. 2d der A.) zu benachrichtigen und die Abmeldung, falls sie eine gewerbliche Niederlassung betraf, auf welche ein Theilbetrag des Gesamtsteuersatzes entfallen war, in die

Ann. 18. Die Eröffnung einer neuen Zweigniederlassung in einer anderen Gemeinde ändert das Gewerbesteuerfoll derselben nicht (vergl. oben Abschnitt II Nr. 2).

Ann. 19. Ueberhaupt treten mit Ausnahme des unter Nr. 4a bezeichneten Falles überall da, wo in der A. auf die Hebestellen Bezug genommen ist, die zur Erhebung der betreffenden Steuerbeträge berechtigten Gemeinden an deren Stelle (vergl. Artikel 48 Nr. 6 der A.).

Abtheilung II des Notizregisters unter Abgang einzutragen, anderenfalls aber nur die namentliche Nachweisung zu berichtigen.

Wird dagegen eine Zweigniederlassung u. s. w. oder eines von mehreren neben einander betriebenen Gewerben von einem Anderen ohne wesentliche Aenderung fortgesetzt (Personenwechsel), so findet die Umschreibung des Theilbetrages der Steuer auf den neuen Inhaber des Gewerbebetriebes durch Eintragung in die Abtheilung II des Zu- und Abgangsnotizregisters statt. Für die Zwecke der nächstjährigen Veranlagung ist zu unterscheiden, ob der neue Inhaber der Zweigniederlassung bereits zur Gewerbesteuer veranlagt ist oder nicht. Im ersteren Falle ist der Vorsitzende des Steuerausschusses, der den neuen Inhaber der Zweigniederlassung u. s. w. bisher veranlagt hatte, behufs Berücksichtigung des neu erworbenen Theilbetriebes bei der nächstjährigen Veranlagung zu benachrichtigen. Ist dagegen der neue Inhaber der betreffenden Zweigniederlassung u. s. w. bisher zur Gewerbesteuer nicht veranlagt, so erfolgt dessen Ueberweisung vom Beginn des nächsten Steuerjahres ab an den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse IV in dem örtlich zuständigen auswärtigen Veranlagungsbezirk. Dieser hat mit der Ueberweisung unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen in Artikel 27 Nr. 1 und 2 der A. zu verfahren. Außerdem muß in jedem Falle die Benachrichtigung des Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV in dem betreffenden auswärtigen Veranlagungsbezirk behufs Berichtigung des von ihm geführten Verzeichnisses der auswärts besteuerten Betriebe erfolgen.

- e) Betrifft die Abmeldung die Verlegung des Sitzes des Gewerbes in eine andere Gemeinde, so ist zu unterscheiden,

ob der neue Sitz in einem anderen Veranlagungsbezirke belegen ist oder nicht; ferner,

ob nach der Verlegung des Sitzes an dem bisherigen Orte überhaupt noch ein Gewerbebetrieb stattfindet oder nicht.

- aa) Liegt der neue Sitz des Gewerbes in einem anderen Veranlagungsbezirke und wird mit dem Orte des Gewerbes der gesamte Betrieb in die andere Gemeinde verlegt, so ist die Abmeldung in die Abtheilung I des Notizregisters unter Abgang einzutragen und in Spalte „Bemerkungen“ unter entsprechender Begründung zu vermerken, daß die Gemeinde, in der sich der bisherige Sitz befand, nicht mehr zum Bezuge der Steuer berechtigt ist. Bei der demnächst vorzunehmenden Ueberweisung der Steuer (vergl. Artikel 48 Nr. 4 der A. und unten Abschnitt V Nr. 2c) ist der Vorsitzende des nunmehr zuständigen Steuerausschusses behufs Benachrichtigung der Gemeinde, wohin der Sitz des Gewerbes verlegt ist, hiervon ausdrücklich in Kenntniß zu setzen.

- bb) Findet nach der Verlegung des Sitzes des Gewerbes in einen anderen Veranlagungsbezirk an dem bisherigen Orte noch ein Gewerbebetrieb statt, so bleibt der auf die betreffende Gemeinde entfallende Steuerbetrag derselben unverkürzt erhalten, und die Gemeinde, wohin die Verlegung erfolgt ist, erwirbt bis zum Ablauf des Steuerjahres keinen Anspruch auf Besteuerung des dorthin verlegten Betriebstheiles (vergl. oben Abschnitt II Nr. 2).

Wegen der Eintragungen in das Notizregister und der Ueberweisung der Steuer finden die Bestimmungen unter aa mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß, falls der Betrieb bisher in einer der Klassen I, II oder III veranlagt war, dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV von der Ueberweisung behufs Berichtigung des Verzeichnisses der auswärts besteuerten Betriebe Kenntniß zu geben ist.

War der Betrieb bisher in Klasse IV veranlagt, so hat der Vorsitzende im Falle der Ueberweisung der Steuer das gedachte Verzeichniß von Amts wegen zu berichtigen.

- cc) Liegt der neue Sitz des Gewerbes in demselben Veranlagungsbezirke und wird mit dem Orte der gesamte Gewerbebetrieb in die andere Gemeinde verlegt, so wird wegen der nächstjährigen Steueranlagung die namentliche Nachweisung

berichtigt, mit Rücksicht auf die Kommunalbesteuerung aber die Abmeldung in die Abtheilung II des Notizregisters unter Abgang eingetragen und hierdurch der auf den bisherigen Sitz des Gewerbes entfallende Steuerbetrag in Abgang gestellt. Letzterer ist gleichzeitig für den neuen Sitz durch Eintragung der angemeldeten Verlegung in die Abtheilung II des Notizregisters in Zugang zu stellen.

- dd) Wird nach der Verlegung des Sitzes eines Gewerbes in eine andere Gemeinde desselben Veranlagungsbezirks an dem bisherigen Orte ein Gewerbebetrieb fortgesetzt, so findet keinerlei Eintragung in das Notizregister, sondern nur eine Berichtigung der namentlichen Nachweisung statt.

Nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen ist auch bei der Verlegung des Wohnortes des für einen außerhalb Preußens domizilirten Gewerbebetrieb bestellten Vertreters zu verfahren (vergl. Artikel 12 Nr. 2 und Artikel 30 Abs. 2 der A.).

- f) Bei der Abmeldung von Gewerben, welche, wie z. B. die Gastwirthschaft in Bade- und Brunnentorten und das Bauhandwerk, regelmäßig nur während eines Theils des Jahres betrieben werden (sogenannte ruhende Gewerbe), ist dem Gewerbetreibenden zu eröffnen, daß, wenn er im Laufe desselben oder des nächstfolgenden Steuerjahres sein Gewerbe wieder beginnen sollte, er nachträglich für die Zeit von der Abmeldung bis zum Wiederbeginne des Betriebes zur Kommunalsteuer herangezogen werden würde.

Abchnitt IV.

Die Artikel 39 und 40 der A. werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

1. Die aus den Steuerlisten der einzelnen Steuerklassen zusammenzustellende Gewerbesteuerrolle ist für jede Gemeinde zu bilden.

2. Die Vorsitzenden der Steueraussschüsse haben daher sofort nach beendeter Veranlagung aus der namentlichen Nachweisung für die Gemeinden, in welchen die veranlagten Betriebe ihren Sitz haben, getrennte Auszüge (Steuerlisten) nach Maßgabe des anliegenden Musters 13a anzufertigen. Zur Vereinfachung des Verfahrens können in Veranlagungsbezirken, wo der Vorsitz in den Steueraussschüssen der Klassen I und II bezw. III und IV in einer Person vereinigt ist, die Steuerpflichtigen der Klassen I und II bezw. III und IV in einer Liste nach Klassen getrennt aufgeführt werden.

3. Die Vorsitzenden der Steueraussschüsse der Klassen I, II und III senden die Steuerlisten in den ersten 8 Tagen des März an die für die betreffenden Gemeinden zuständigen Vorsitzenden des Steueraussschusses der Klasse IV, welche die Steuerlisten, sofern deren mehrere für dieselbe Gemeinde vorliegen, verbinden und nach Maßgabe des Musters 13a mit Titelblatt und laufender Nummer versehen. Die so für die einzelne Gemeinde gebildete Rolle ist in den Spalten 6 und 7 aufzurechnen, abzuschließen, von dem Vorsitzenden des Steueraussschusses der Klasse IV unterschriftlich zu vollziehen und spätestens bis zum 25. März der Gemeinde zuzufertigen.

Einer Mittheilung der Rollennummern an die Vorsitzenden der Steueraussschüsse der Klassen I, II und III bedarf es nicht. Die bezüglichlichen Spalten der namentlichen Nachweisungen fallen fort.²⁰⁾

4. Nach Abjendung der Steuerlisten bezw. der Rollen lassen sämmtliche Ausschußvorsitzende die nach dem anliegenden Muster 14a angefertigten Steuerzuschriften den Steuerpflichtigen baldthunlichst, spätestens bis zum 15. April, nach Maßgabe der Bestimmungen im Artikel 71 der Ausführungsanweisung zum Einkommensteuergesetz²¹⁾ in verschlossenem Zustande durch die Gemeindevorstände aufstellen.

5. Sofort nach Empfang der Rolle haben die Gemeindevorstände, in deren Bezirke auswärtig veranlagte Betriebe belegen sind, das auf ihre Gemeinde zum Zwecke der kommunalen Besteuerung entfallende Gewerbesteuerfoll durch Summirung der in Spalte 7 der Rolle und der Nachweisung

Anm. 20. Es sind dies im Muster 10 zu Artikel 31 Nr. 1 der A. die Spalten 8 und 15, im Muster 11 zu Artikel 34 Nr. 1 der A. die Spalten 8 und 13. Auch die Spalte 8 kommt künftig in Wegfall. Auf die Steuerklassenbezirke ist bei der Aufstellung der namentlichen Nachweisungen keine Rücksicht mehr zu nehmen (vergl. die Bestimmungen Nr. 1 auf Muster 10 und 11).

Anm. 21. Abgedruckt in der Anmerkung zu Artikel 40 Nr. 1 Absatz 2 der A.

gewerbesteuer-
de. Steuer-
schriften und
Nachweisung
des Einkom-
mens an
verbesteuer.

Muster 13a.
E. 82.

Muster 14a.
E. 90.

nach Muster 13b (vergl. oben Abschnitt II Nr. 4) verzeichneten Beträge am Ende der Rolle zu berechnen und diese Berechnung unterchriftlich zu vollziehen (vergl. Muster 13a S. 86).

Das Ergebniß der letzteren ist in den Landkreisen bis zum 1. April dem Landrath, und zwar unter Mittheilung der auf die einzelnen Gewerbesteuerklassen entfallenden Summen, anzuzeigen. In Gemeinden, in denen sich auswärts veranlagte Betriebe nicht befinden, hat sich diese Anzeige auf die Gesamtsumme der in Spalte 7 der Rolle verzeichneten Beträge und die auf die einzelnen Gewerbesteuerklassen entfallenden Summen zu beschränken.

Den Landrathen bleibt es überlassen, wegen der Beschaffung des weiteren Materials, dessen sie für die Festsetzung der Kreissteuern einschließlich der Betriebssteuer bedürfen, ihrerseits die Gemeinden mit Anweisung zu versehen; nöthigenfalls ist im Kommunalaufsichtswege das Erforderliche dieserhalb zu veranlassen.

6. Die Gemeindevorstände haben die Rollen während einer Woche des Monats April öffentlich auszulegen und den Ort sowie die Zeit der Auslegung eine Woche vor Beginn derselben in ortsüblicher Weise bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, daß nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks die Einsicht in die Rolle gestattet ist.

7. Die im Artikel 40 Nr. 2 Absatz 2 der A. vorgeschriebene Nachweisung des Sollaufkommens an Gewerbesteuer haben die Regierungen auch in Zukunft bis spätestens zum 1. Juni dem Finanzminister einzureichen. In dem hierzu vorgeschriebenen Muster 15 kommen die Spalten 14 und 15 in Wegfall. Der Einreichung dieser Uebersicht an die Ober-Rechnungskammer bedarf es fernerhin nicht.

Behufs Aufstellung dieser Uebersicht haben die Vorstehenden der Steueraussschüsse der Klasse IV auf Grund der Rollen vor Absendung derselben an die Gemeinden für ihren Veranlagungsbezirk eine dem Muster 15 entsprechende Nachweisung des Sollaufkommens an Gewerbesteuer anzufertigen und in der ersten Hälfte des April der Regierung einzureichen.

Abchnitt V.

1. Nach dem 1. April 1895 werden die Zu- und Abgänge um die im Abschnitt III (vorstehend) unter 2a, b, c, d, e angegebenen Fälle vermehrt.

Zu- und Ab-
gänge.

In den oben im Abschnitt III unter 2a, b, c, d und den im Artikel 46 I 5 und II 5 der A. bezeichneten Fällen erfolgt die Ab- bzw. Zugangstellung vom Beginne des auf die Verlegung des Betriebes (des Sitzes der Geschäftsleitung bzw. des Wohnortes des bestellten Vertreters) oder auf die Einstellung der Zweigniederlassung u. s. w. oder endlich auf den Personenwechsel folgenden Kalendervierteljahres ab. Als Tag der Verlegung ist derjenige anzusehen, an welchem der Betrieb an dem bisherigen Betriebsorte eingestellt oder der bisherige Sitz der Geschäftsleitung bzw. Wohnort aufgegeben worden ist.

In den Fällen des Abschnitts III (vorstehend) unter 2e erfolgt die Ab- und Zugangstellung vom Beginne desjenigen Vierteljahres ab, von dem an der Gesamtsteuersatz veranlagt bzw. in Zugang gestellt ist.

Die Bestimmungen im Artikel 47 I zu 5 und II zu 5 der A. treten in Folge der Außerehebungsetzung der Steuer außer Kraft.

Im Schlußsatz des Artikels 47 II zu 1 Absatz 2 der A. sind die Worte „ist die Steuer voll zu entrichten“ durch „bleibt die Steuerpflicht bestehen“ zu ersetzen.

2. Bezüglich des Verfahrens bei den Zu- und Abgangstellungen kommen die bestehenden Vorschriften (Artikel 48 der A.) mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

a) Auch die im Abschnitt III (vorstehend) unter 2a, b, c, d, e angegebenen Zu- und Abgangsfälle sind in das Notizregister (Abtheilung II) aufzunehmen. Das Nähere über die Führung des Notizregisters ergeben die Bestimmungen auf Muster 3a (S. 77).

b) Die Vorstehenden der Steueraussschüsse haben die Gemeindevorstände (bzw. die von ihnen bezeichnete kommunale Verwaltungsstelle) von jeder sie betreffenden Zu- und Abgangstellung (bzw. Umschreibung) der Steuer unter Benützung des anliegenden Musters 14d sofort in Kenntniß zu setzen. Diese Benachrichtigungen sind von den Gemeindevorständen als Beläge aufzubewahren.

Periodische Mittheilungen in Listenform sind zulässig.

Muster 14d.
S. 94.

- c) Bei der Verlegung des Betriebssortes, des Sitzes der Geschäftsleitung bezw. des Wohnortes des bestellten Vertreters in einen anderen Veranlagungsbezirk findet zwar wie bisher die Ueberweisung der Steuer dorthin statt, jedoch hat der Vorsitzende des Steuerausschusses, an welchen die Ueberweisung erfolgt, lediglich die Uebernahme der Steuer unter Angabe der Nummer des Notizregisters dem überweisenden Ausschussvorsitzenden zu bestätigen. Die gegenseitige Benachrichtigung nach dem im Artikel 48 Nr. 4 Absatz 1 der A. vorgeschriebenen Muster 18 fällt fort.

- d) Eine halbjährliche Aufstellung von Zu- und Abgangslisten findet nicht mehr statt.

Die Bestimmungen des Artikels 49 der A. treten außer Kraft.

Die Beläge für die Zu- und Abgangstellungen sind nach der Nummer des Notizregisters geordnet aufzubewahren.

Abchnitt VI.

Für die Zeit nach dem 1. April 1895 geht die Befugniß zum Erlass oder zur Ermäßigung der Gewerbesteuer (§. 44 des Gewerbesteuergesetzes) auf die Gemeinden über.

Die Vorsitzenden der Steuerausschüsse haben daher etwaige auf die Zeit nach dem 1. April 1895 bezügliche Erlass- bezw. Ermäßigungsanträge an die Vorstände der zum Bezuge der betreffenden Steuerbeträge berechtigten Gemeinden abzugeben.

Die Bestimmungen des Artikels 50 der A. treten für die Zeit nach dem 1. April 1895 außer Kraft.

Abchnitt VII.

Die Hebung und Vertreibung der für die Zeit nach dem 1. April 1895 veranlagten Gewerbesteuer liegt den Gemeinden ob. Die bezüglichen bisherigen Bestimmungen (vergl. Abschnitt X der A.) bleiben nur insoweit in Kraft, als es sich um die Einziehung der am 1. April 1895 verbliebenen Rückstände handelt.

Abchnitt VIII.

Die Vorschriften über die Zuwiderhandlungen und Nachbesteuerung (Abchnitt XI der A.) finden auch nach dem 1. April 1895 mit der Maßgabe Anwendung, daß

- nur die für die Zeit vor dem 1. April 1895 festgesetzten Nachsteuern in die Staatskasse fließen, und
- bezüglich der Zeit nach dem 1. April 1895 die Regierung den beteiligten Gemeinden von jedem Fall einer Steuerhinterziehung oder Uebergangung (§§. 70 und 78 des Gewerbesteuergesetzes) Kenntniß zu geben und auf Ersuchen diejenigen Unterlagen mitzutheilen hat, deren letztere zur Erhebung der Nachsteuer bedürfen.

Die von der Regierung festgesetzten Kosten und Strafen fließen auch fernerhin in die Staatskasse.

Abchnitt IX.

Die Kosten der Erhebung und Vertreibung der für die Zeit nach dem 1. April 1895 veranlagten Gewerbesteuer sind von den Gemeinden zu tragen. Ein Anspruch auf Vergütung für die bei der Veranlagung dieser Steuer ihnen übertragenen Geschäfte (§. 75 Abs. 1 des Gewerbesteuergesetzes) steht den Gemeinden nicht ferner zu.

Die Kosten der Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer (vergl. Artikel 56 I und II der A.) werden, soweit sie nicht durch die den Gemeinden übertragenen Geschäfte entstehen (vergl. Artikel 56 III Nr. 2 a und b der A.), auch fernerhin aus der Staatskasse bestritten.

Die Bestimmungen im Artikel 56 III Nr. 1, 2 c und 3 der A. treten außer Kraft.

Abchnitt X.

1. Zum Zwecke der erstmaligen Veranlagung der vorstehend im Abschnitt I zu 1 a bis e bezeichneten Gewerbe ist für jede Gemeinde von dem Gemeindevorstande ein Verzeichniß der daselbst betriebenen Gewerbe der fraglichen Art einschließlich der Zweigniederlassungen, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstätten und sonstigen Anlagen eines stehenden Gewerbebetriebes, unter Anwendung des

Erlaß und Ermäßigung der Gewerbesteuer. (§. 11 Abs. 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Hebungen. (§. 1 Nr. 2, §. 11 Abs. 1 und §. 30 Abs. 3 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Zuwiderhandlungen und Nachbesteuerung. (§. 8 Abs. 1, §. 9, §. 14 Abs. 2 und §. 30 Abs. 3 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Kosten. (§. 14 Abs. 1, §. 15 Abs. 1 und §. 16 Abs. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Uebergangs- und Schlussbestimmungen.

im Artikel 2 Nr. 1 Absatz 3 der Uebergangsbestimmungen vom 20. Mai 1892 vorgeschriebenen Musters, sowie unter Beachtung der ebenda unter 5, 6 und 7 gegebenen Vorschriften, aufzustellen.

Die Verzeichnisse aus den Stadtgemeinden sind direkt dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV, diejenigen aus den Landgemeinden und Gutsbezirken zunächst dem Landrath einzureichen, welcher sie auf ihre Vollständigkeit prüft und nach den erforderlichen Berichtigungen ebenfalls dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV zugehen läßt.

Die Regierung hat dafür Sorge zu tragen, daß diese Verzeichnisse spätestens am 1. November 1894 sich in der Hand des gedachten Vorsitzenden befinden.

Das weitere Verfahren regelt sich nach den sinngemäß anzuwendenden Vorschriften des Artikels 2 Nr. 9 Absatz 2 bis 5 a. a. D.

Etwaige Veränderungen in dem Bestande der hier in Frage kommenden Gewerbe nach Aufstellung der Verzeichnisse bis zum 1. April 1895 haben die Gemeindevorstände in allen Fällen dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV direkt mitzuthemen.

2. Zur Vermeidung der Uebergang einzelner Gemeinden bei der Vertheilung der Steuersätze für das Steuerjahr 1895/96 (vergl. oben Abschnitt II) haben die Vorsitzenden der Steuerausschüsse spätestens bis zum 1. Januar 1895 allen Gemeindevorständen, in deren Bezirken nach dem Inhalte der namentlichen Nachweisung (Muster 10 und 11 zu Artikel 31 Nr. 1 bezw. Artikel 34 Nr. 1 der A.) oder des Notizregisters (Muster 3 zu Artikel 27 Nr. 2b der A.) eine Betriebsstätte (Haupt- oder Zweigniederlassung, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstätte oder sonstige Anlage eines stehenden Betriebes) eines über mehrere Gemeindebezirke sich erstreckenden Gewerbebetriebes belegen ist, einen hierauf bezüglichen Auszug aus der namentlichen Nachweisung (umfassend die Spalten 1, 4, 5, 6, 9) bezw. aus dem Zugangsnotizregister (umfassend die Spalten 1 bis 5) mitzuthemen. (Vergl. Muster 14e.)

Diejenigen Gemeindevorstände, welchen hinsichtlich einzelner in ihrem Bezirk belegener Betriebsstätten ein derartiger Auszug bis zu dem angegebenen Zeitpunkte nicht zugegangen ist, haben dem Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV ihres Bezirks von dem Vorhandensein der betreffenden Betriebsstätten spätestens bis zum 15. Januar 1895 Anzeige zu erstatten. Auch steht es ihnen frei, wenn die Auszüge unvollständige Angaben über den Umfang der Betriebsstätten enthalten, diese durch eine entsprechende Mittheilung an den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV zu vervollständigen.

Diese Anzeigen und Mittheilungen hat der letztere — eventuell nach Berichtigung des Verzeichnisses der auswärts besteuerten Betriebe (Muster 5 zu Artikel 27 Nr. 2d der A.) — an die für die Veranlagung zuständigen Ausschußvorsitzenden abzugeben.

3. Eine Nachweisung der Soll- und Ist-Einnahme an Gewerbesteuer (vergl. Artikel 57 Nr. 1 der A.) ist für die Zeit nach dem 1. April 1895 nicht mehr aufzustellen.

4. Zur Ausführung der vorstehenden Bestimmungen haben die Regierungen — geeignetenfalls unter Benützung der ihnen im Artikel 57 Nr. 2 der A. erteilten Ermächtigung — die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Berlin, den 5. März 1894.

Der Finanzminister.

Miquel.

Muster 14e.
S. 96.

Anlage I.

1. Auszug aus dem Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 119).

§. 1.

Behufs Erleichterung und anderweitiger Regelung der öffentlichen Lasten der Gemeinden (Gutsbezirke) werden die folgenden direkten Staatssteuern gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt:

1. die nach den Gesetzen vom 21. Mai 1861 (Gesetzsamml. S. 253 und 317) sowie nach den hierzu ergangenen ergänzenden und abändernden Gesetzen veranlagte Grund- und Gebäudesteuer,
2. die nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 205) veranlagte Gewerbe- und Betriebssteuer.

§. 3.

Die Vorschriften der in den §§. 1 und 2 bezeichneten Gesetze bleiben, soweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze und in dem Kommunalabgabengesetze Abweichendes bestimmt ist, in Kraft.

Die Veranlagung und Verwaltung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird, soweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze Abweichendes bestimmt ist, unter Aufrechterhaltung der bisher bestehenden gesetzlichen Einrichtungen vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung ausgeführt. Die landständische Mitwirkung bei der Verwaltung der Grundsteuer innerhalb des kommunalständischen Verbandes der Oberlausitz (Gesetz, betreffend die definitive Untervertheilung und Erhebung der Grundsteuer u. s. w., vom 8. Februar 1867, §. 49 — Gesetzsamml. S. 185 —) wird hierdurch nicht berührt.

§. 4.

Die Veranlagung (§. 3) ist auf diejenigen Liegenschaften, Gebäude und Gewerbebetriebe auszu dehnen, welche von der entsprechenden Staatssteuer freigeblieben, aber gemäß den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes der Kommunalsteuerpflicht unterworfen sind.

Für die Veranlagung gelten, soweit nicht in dem gegenwärtigen Gesetze und in dem Kommunalabgabengesetze Abweichendes bestimmt ist, die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, welche bei der Heranziehung zu den entsprechenden Staatssteuern anzuwenden gewesen sein würden. Insbesondere sind gegen die Veranlagung dieselben Rechtsmittel zulässig, mit denen die Veranlagung der entsprechenden Staatssteuer hätte angefochten werden können.

§. 8 Absatz 1.

Soweit die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von der Vorenthaltung oder von dem Verluste der Steuer gegenüber dem Staate abhängig gemacht ist (Gebäudesteuergesetz vom 21. Mai 1861, §. 17 Abs. 3; Gesetz, betreffend die definitive Untervertheilung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen, vom 8. Februar 1867, §. 34 Abs. 3; Gesetz, betreffend die Ausführung der anderweitigen Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie in dem Kreise Meissenheim, vom 11. Februar 1870, §. 1 — Gesetzsamml. S. 85 —, Gewerbe- steuergesetz vom 24. Juni 1891, §. 70), gilt als vorenthalten (verloren) derjenige Betrag, welcher im Falle fortdauernder Hebung der Steuer zur Staatskasse nach Maßgabe der Veranlagung (§. 3 Abs. 2, §. 4) zu entrichten gewesen sein würde.

§. 9.

Zum Bezuge von Nachsteuern (Gebäudesteuergesetz vom 21. Mai 1861, §. 17 Abs. 4; Gesetz vom 8. Februar 1867, §. 34 Abs. 4; Gesetz vom 11. Februar 1870, §. 1; Gewerbe- steuergesetz

vom 24. Juni 1891, §§. 70, 78) ist diejenige Gemeinde berechtigt, welcher nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes das entsprechende Steueraufkommen zufließt.

§. 10.

Die Bestimmungen im §. 81 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 werden aufgehoben.

Das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes ist nicht der Hebestelle (§. 58 Abs. 1 a. a. O.), sondern dem Vorsitzenden des für die Veranlagung zuständigen Steuerausschusses anzuzeigen.

§. 11 Absatz 1 und 2.

Die Hebung und Beitreibung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt derjenigen Gemeinde ob, welche nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes zum Bezuge des entsprechenden Steueraufkommens berechtigt ist.

Die Ausfälle treffen die Gemeindekasse. Die Ermächtigung zum Erlasse und zur Ermäßigung veranlagter Steuern (Gesetz, betreffend den Erlaß oder die Ermäßigung der Grundsteuer in Folge von Ueberschwemmungen, vom 15. April 1889, §. 1 Nr. 1 — Gesetzsaml. S. 99 —, Gewerbesteuer-gesetz vom 24. Juni 1891, §§. 44, 45) geht auf die Gemeinden über.

§. 14 Absatz 1 und 2.

Die Kosten der Veranlagung und Verwaltung der Steuern (§. 3 Abs. 2, §. 4) werden, soweit sie nicht durch die den Gemeinden hierbei übertragenen Geschäfte entstehen, aus der Staatskasse bestritten.

Das Aufkommen an Gebühren, Kosten und Strafen im Bereiche der Grund-, Gebäude- und Gewerbe- (Betriebs-) Steuer fließt in die Staatskasse.

§. 15 Absatz 1.

Die Kosten der Hebung und Beitreibung der Steuern (§§. 11, 13) sind von den Gemeinden zu tragen.

§. 16 Absatz 1.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Ansprüche der Gemeinden (Gutsbezirke) auf den Bezug von Vergütungen für die bei Veranlagung der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer ihnen übertragenen Geschäfte (Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891, §. 75 Abs. 1; Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, §. 73 Abs. 1) treten außer Kraft.

§. 30.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1895, jedoch nur gleichzeitig mit dem Kommunalabgabengesetze und dem Ergänzungssteuergesetze in Kraft; die Bestimmungen der §§. 7, 10 Absatz 1, §. 11 Absatz 3, §. 14 Absatz 3, §§. 17, 25 Absatz 1 gelangen mit dem Tage der Verkündung zur Geltung.

Die Veranlagung für die Zwecke der kommunalen Besteuerung (§. 3 Abs. 2, §. 4) erfolgt nach den Vorschriften dieses Gesetzes zunächst für das Rechnungsjahr 1895/96.

Die am 1. April 1895 verbliebenen Rückstände der in den §§. 1, 2 bezeichneten Steuern werden nach Maßgabe der bis dahin geltenden Bestimmungen zur Staatskasse eingezogen; das Gleiche gilt von Nachsteuern und Strafen im Bereiche der Grund-, Gebäude- und Gewerbe- (Betriebs-) Steuer.

2. Auszug aus dem Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152).

§. 28.

Den Gewerbesteuern unterliegen in den Gemeinden, in denen der Betrieb stattfindet,

1. die nach dem Gewerbesteuergezet vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 205) zu veranlagenden stehenden Gewerbe;
2. die landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien;
3. der Bergbau;
4. die gewerbsmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Torfstichen, von Sand-, Kies-, Lehm-, Mergel-, Thon- und dergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kalk-, Kreide- und dergleichen Brüchen;
5. die Gewerbebetriebe kommunaler und anderer öffentlicher Verbände;
6. die Gewerbebetriebe des Staates und der Reichsbank.

Diejenigen zu Nr. 2 bis 6 bezeichneten Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 Mark, noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 Mark erreicht, ingleichen die nach §. 3 Nr. 4 des Gewerbesteuergezet vom 24. Juni 1891 steuerfreien Gewerbebetriebe der Kommunalverbände bleiben von der Gewerbesteuer befreit. Auf die Betriebssteuer findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Der Betrieb der Staatseisenbahnen und der der Eisenbahnabgabe unterliegenden Privateisenbahnen ist gewerbesteuerfrei.

Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist der Gewerbesteuer in den Gemeinden nicht unterworfen.

§. 29.

Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Gewerbesteuern gestattet.

Die Gewerbesteuern können namentlich bemessen werden nach dem Ertrage des letzten Jahres oder einer Reihe von Jahren, nach dem Werthe des Anlagekapitals oder des Anlage- und Betriebskapitals, nach sonstigen Merkmalen für den Umfang des Betriebes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe.

§. 30.

Sind besondere Gewerbesteuern nicht eingeführt, so erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Gewerbesteuer zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich.

Die Veranlagung hat sich auf sämtliche Gewerbebetriebe, einschließlich des Bergbaues, zu erstrecken, welche der Gemeindebesteuerung unterliegen (§§. 3, 4 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern).

§. 32 Absatz 1.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so hat für den Fall der Erhebung von Prozenten der veranlagten Gewerbesteuer der zuständige Steuerausschuß auch für die

im §. 28 Nr. 2 bis 6 bezeichneten Betriebe die Zerlegung des Gesamtsteuersatzes in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Theilbeträge zu bewirken (§. 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891).

§. 76.

Gegen die Feststellung des Gesamtsteuersatzes für einen Gewerbebetrieb, der sich über mehrere Gemeinden erstreckt und nicht zur Staatsgewerbsteuer, aber gemäß §. 28 Nr. 2 bis 6 zur Gemeinde-gewerbsteuer herangezogen wird (§. 32), finden dieselben Rechtsmittel statt, die im Falle der Veranlagung dieses Betriebes zur Staatsgewerbsteuer gegeben sein würden (§§. 35 bis 37 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891).

Desgleichen finden auch in diesem Falle hinsichtlich der Zerlegung des Steuersatzes in die auf die einzelnen Betriebsorte entfallenden Theilbeträge die im §. 38 a. a. D. wegen der Rechtsmittel getroffenen Vorschriften Anwendung.

Anlage II.

Die nachstehenden Bestimmungen der Anweisung vom 10. April 1892 treten für die Zeit nach dem 1. April 1895 außer Anwendung.

Erster Theil.

- Artikel 4 Nr. 2 (Nr. 1 abgeändert, vergl. Abschnitt I Nr. 1 d).
 Artikel 8. II.
 Artikel 9.
 Artikel 21 Absatz 3 die Worte: „die Gewerbesteuerrollen festzusetzen.“

Zweiter Theil.

- (Artikel 26 Nr. 3 abgeändert, vergl. Abschnitt III Nr. 1.)
 Artikel 27 Nr. 8 (Nr. 4 Abs. 3 und Nr. 7 abgeändert, vergl. Abschnitt III Nr. 1, 3 und 4 e).
 Artikel 28 (ersetzt durch Abschnitt III Nr. 4).
 Artikel 39 } (ersetzt durch Abschnitt IV).
 Artikel 40 }
 (Artikel 43 Nr. 6 abgeändert, vergl. Anmerkung zu Abschnitt III Nr. 3.)

Dritter Theil.

- Artikel 47. I zu 5 und II zu 5 (ersetzt durch Abschnitt V Nr. 1 Abs. 2).
 (II zu 1 Schlusssatz abgeändert, vergl. Abschnitt V Nr. 1 Abs. 5.)
 (Artikel 48 abgeändert, vergl. Abschnitt V Nr. 2.)
 Artikel 49 bis 52.
 (Artikel 53 Nr. 7 } abgeändert, vergl. Abschnitt VIII.)
 (Artikel 54 Nr. 3 }
 Artikel 55 Nr. 1 (ersetzt durch Abschnitt II Nr. 1).
 Artikel 56. III Nr. 1, 2 c und 3.
 (I Nr. 1, III 2 a und b abgeändert, vergl. Abschnitt IX.)
 Artikel 57 Nr. 1.
 Ebenso finden keine Anwendung mehr:
 Muster 3 (ersetzt durch Muster 3 a S. 77).
 Muster 6.
 (Muster 10 und 11 abgeändert, vergl. Abschnitt IV Nr. 3 Abs. 2.)
 Muster 13 (ersetzt durch Muster 13 a S. 82).
 Muster 14 (ersetzt durch Muster 14 a S. 90).
 Muster 18 bis 26.

Provinz
Regierungsbezirk
Veranlagungsbezirk

Muster 3a
zu Abschnitt III Nr. 2.

Veranlagungsjahr 18 /

Gewerbsteuerklasse (II).

Gewerbesteuer-Notizregister.

Bestimmungen zur Ausfüllung des Formulars.

1. In dem von dem Vorstehenden jeder Steuerklasse zu führenden Notizregister ist der Zugang von dem Abgang und innerhalb des Zu- beziehungsweise Abgangs Abtheilung I von der Abtheilung II getrennt zu halten.
Zu die Abtheilung I sind ebenso wie in das bisherige Notizregister alle im Laufe des Steuerjahres gegen die namentliche Nachweisung vorkommenden Veränderungen hinsichtlich des Steuerbetrages und der Person der Gewerbetreibenden aufzunehmen.
Die Abtheilung II ist für diejenigen Veränderungen bestimmt, welche nicht die staatliche Veranlagung (Veranlagungsbezirk, Steuerjahr, Person des Steuerpflichtigen), sondern nur das auf die einzelnen Gemeinden zum Zwecke der kommunalen Besteuerung entfallende Gewerbesteuerfoll berühren. Die hierher gehörenden Veränderungen sind oben im Abschnitt III Nr. 2 unter a, b, c, d, e (Seite 66) näher bezeichnet.
Auch solche Veränderungen sind in das Notizregister (Abth. I und II) aufzunehmen, welche im letzten Vierteljahre des Steuerjahres eintreten, aber erst mit dem Beginn des nächsten Steuerjahres wirksam werden (vergl. Nr. 4).
2. Stimmt die Firma nicht mit dem Namen des Gewerbetreibenden überein, so erfolgt die Eintragung in den Spalten 2 des Zugangs und 3 des Abgangs in der Weise, daß die Firma und unter derselben in Klammern die Inhaber namentlich aufgeführt werden.
3. Wenn ein Gewerbebetrieb sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, so ist in den Spalten 3 des Zugangs und 4 des Abgangs auch derjenige Ort anzugeben, in welchem sich der Sitz der Geschäftsleitung befindet oder — bei außerhalb Preußens domizilirten Unternehmungen — der in Preußen bestellte Vertreter seinen Wohnsitz hat.
Bei neu begonnenen Gewerben sind die den einzelnen Betriebsgemeinden zum Zwecke der kommunalen Besteuerung zugewiesenen Theilbeträge des Gesamtsteuerjahres in der Spalte „Bemerkungen“ des Zugangs (Abth. I) anzugeben.
4. Die nach Feststellung der namentlichen Nachweisung — in Klasse I nach Aufstellung der Steuerlisten — aber vor dem Schluß des alten Veranlagungsjahres eingetretenen Veränderungen der vorstehend unter 1 gedachten Art sind nur in das Notizregister für das alte oder neue Steuerjahr einzutragen, wenn sie nicht für beide, sondern nur für das eine oder das andere in Betracht kommen.
5. Wird ein steuerpflichtiger Gewerbebetrieb von einem Anderen fortgesetzt, so ist dieser in der Spalte 12 des Abgangs näher zu bezeichnen.
6. Bei Zugängen in Klasse I hat der Vorsitzende des Steuerausschusses in Spalte 13 anzugeben, wie hoch er den Ertrag beziehungsweise das Anlage- und Betriebskapital schätzt. Sollte vom Steuerausschusse dieser Schätzung nicht beigetreten, und ein anderer, als der vom Vorsitzenden vorläufig in Zugang gestellte Steuerjah festgesetzt werden, so sind die Eintragungen in den Spalten 9 und 11 mit rother Tinte entsprechend abzuändern.

Tausende Nr.	Des Gewerbetreibenden			Merkmale zur Schätzung des Ertrages und Anlage- und Betriebs- kapitals. (Bezeichnung der einzelnen Betriebs- stätten.)
	Name und Vorname.	Wohnort beziehungsweise Ort der gewerblichen Niederlassung. (Straße und Haus- nummer)	Gewerbe.	
1.	2.	3.	4.	5.
1.	<i>Gebrüder Schwarz (Inhaber: Hermann und Friedrich Schwarz).</i>	<i>N. N., Langestrasse 40.</i>	<i>Stahlwaarenfabrik und Verkaufsladen</i>	<p align="center">Abtheilung I.</p> <p>4 Handlungsgehilfen (Buchhalter). 2 Reisende. 8 männliche } Aufseher. 2 weibliche } 34 Handwerker (Schlosser, Dreher, Tischler u. s. w.). 132 männliche } Arbeiter. 251 weibliche } 4 Dampfkessel. 6 Betriebsmaschinen. 5 Dynamomaschinen. 41 Werkzeug- und 322 Arbeits- maschinen. 136 Hebel- und Schwungradpressen. Das Fabrikgrundstück ist 1½ ha gross; auf demselben befindet sich ausser der Fabrik und dem Maschinenhause ein 4 Stock hohes Gebäude, enthaltend die Verkaufs- und Lagerräume. Die Gebäude sind durchweg massiv und neu. In Y. wird ein Verkaufsladen mit einem Buchhalter, einer Verkäuferin und einem Arbeiter unterhalten. Gebr. Schwarz haben in der Ge- werbesteuer-Erklärung vom 10./1. 95 das Anlage- und Betriebskapital auf 150 000 bis 1 000 000 M. angegeben.</p>
2.	<i>Weiss, August.</i>	<i>N. N., Breitestrasse 31.</i>	<i>Bankgeschäft.</i>	<p>2 Prokuristen. 6 Handlungsgehilfen. 4 Lehrlinge. 1 Kassendiener.</p>
3. u. 3. 20				
1.	<i>Schulze, Heinrich.</i>	<i>M. M., Müllerstrasse 16.</i>	<i>Holz- und Kohlen- handel.</i>	<p align="center">Abtheilung II.</p>
2.	<i>Müller, Adolf.</i>	<i>O. O., Kurzstrasse 11.</i>	<i>Handel mit Cigarren und Tabak. (Zweiggeschäft.) Sitz der Geschäfts- leitung in Y.</i>	

a n g.

T a g		Das Gewerbe ist steuerpflichtig		Zugang bis zum Schlusse des Veranlagungsjahres.		Tag, an welchem die Benachrichtigung von der Zugangsstellung an die Gemeinde beziehungsweise den Steuerpflichtigen und — im Falle der Ueberweisung — an den Vorstehenden des Steuerausschusses abgegeben ist.	Bemerkungen.
der Anmeldung beziehungsweise der Einleitung der Untersuchung.	des Beginns des Gewerbebetriebes.	vom Vierteljahre	mit einem vierteljährlichen Gewerbesteuerfuss von M.	zahl der Vierteljahre.	Gewerbesteuer M.		
6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
1./4. 1895.	2./4. 1895.	II. Vierteljahr.	75.	3.	225.	15./4.	Das Gewerbe ist neu begründet. Voraussichtlicher Ertrag 20 000 bis 30 000 M. (Gutachten des Magistrats zu N. N.) Gemäss Beschlusses des Steuerausschusses vom 1./5. entfallen von der Steuer in Spalte 11: auf die Gemeinde N. N. 200 M. auf die Gemeinde Y. 25 M.
2./4.	2./4.	—	—	—	—	10./4.	August Weiss hat das Geschäft von seinem Vater Friedrich Weiss geerbt; vergl. Nr. 1 des Abgangsregisters (Abth. I).
1./5.	30./4.	II. Vierteljahr.	45.	3.	141.	7./5.	Der Gewerbebetrieb ist in seinem ganzen Umfange von N. N. nach M. M. verlegt; vergl. Nr. 1 des Abgangsregisters (Abth. II)
2./11.	1./11.	IV. Vierteljahr.	22. (vierteljährlicher Gesamtsteuersatz 66 M.)	1.	22.	12./11.	Das Zweiggeschäft ist von N. N. nach O. O. verlegt; vergl. Abgangsregister (Abth. II) Nr. 3.

Zan- sende Nr.	Nummer der namentlichen Nachweisungs- weise des Notizregisters, unter welcher der Gewerbe- treibende veranlagt ist.	Des Gewerbetreibenden		Der Gewerbe- treibende war besteuert mit dem viertel- jährlichen Gewerbe- steuersatz von M.	Begründung des Abgange.	Tag der	
		N a m e , V o r n a m e und G e w e r b e .	Wohnort beziehungsweise Ort der gewerblichen Niederlassung. (Straße und Hausnummer.)			Abmel- dung.	Nieder- legung des Gewerbes.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Abtheilung I.							
1.	32 der nam. Nachw.	Weiss, Friedrich, Bankier.	N. N. Breitestr. 31.	—	Weiss ist am 2. April 1895 ge- storben.	2./4. 1895.	—
2.	48 der nam. Nachw.	Voss, Rudolf, Besitzer eines Dampfsägewerks.	O. O. Müllerstr. 16.	102.	Hat seinen Wohn- sitz und Sitz der Geschäftsleitung am 20/7. nach Y. ver- legt und ist dorthin überwiesen.	1./8.	—
3. u. s. w.							
Abtheilung II.							
1.	20 der nam. Nachw.	Schulze, Heinrich, Holz- und Kohlenhändler.	M. M. Langestr. 1.	48.	Das Gewerbe ist in seinem ganzen Um- fange am 30./4. nach N. N. verlegt.	30./4.	30./4
2.	50 der nam. Nachw.	Ewald, Julius, Mühlenbesitzer.	P. P. Wasserthorplatz 1. (Zweig- niederlassung.) Sitz der Geschäfts- leitung und Wohn- ort des Ewald in O.	25 (viertel- jährlicher Gesamt- steuersatz 75 M.).	Der Mühlenbetrieb in P. P. ist gänzlich eingestellt.	2./9.	1./9.
3.	30 der nam. Nachw.	Müller, Adolf, Cigarren- und Tabakshandel.	N. N. Am Marktplatz 4. (Zweiggeschäft.) Sitz der Geschäfts- leitung in Y.	22 (viertel- jährlicher Gesamt- steuersatz 65 M.).	Das Zweiggeschäft ist nach O. O. verlegt.	1./11.	1./11.

g a n g.

Abgang bis zum Schlusse des Veranlagungsjahres.		Tag, an welchem die Benach- richtigung von der Abgangstellung an die Gemeinde beziehungsweise den Steuerpflich- tigen und — im Falle der Ueber- weisung — an den Vorstehenden des Steuerausschusses abgesandt worden ist.	Bemerkungen.
Zahl der Vierteljahre.	Gewerbe- steuer		
9.	10.	11.	12.
—	—	3./3.	<i>Das Geschäft ist durch Vererbung auf den Sohn August Weiss über- gegangen; vergl. Zugangsregister (Abth. I) Nr. 2.</i>
2.	204.	10./7.	<i>Da das Sägewerk in O. O. fortbetrieben wird, so findet ein Abgang an dem Steuersoll der Gemeinde O. O. nicht statt.</i>
3.	144.	2./5.	<i>Vergl. Zugangsregister (Abth. II) Nr. 1.</i>
2.	50.	3./9.	
1.	22.	14./11.	<i>Vergl. Zugangsregister (Abth. II) Nr. 2.</i>

Veranlagungsjahr 18...../.....

Gewerbsteuerrolle

des

Gemeinde-(Guts-)bezirks N. N.

Auslegungsbescheinigung.

Diese Gewerbsteuerrolle ist zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks vom
.....ten bisten 18..... öffentlich ausgelegt gewesen. Die Aus-
legung ist amten 18..... (durch Nr. des Gemeindeblatts) bekannt gemacht.

Ort und Datum.

Der Gemeinde-(Guts-)vorstand.

(Unterschrift.)

Gemeinde-(Guts-)bezirk N. N.

Veranlagungsjahr 1895/96.

Gewerbsteuerliste.

Laufende Nr. der Gewerbe- steuerrolle.	Des Gewerbesteuerpflichtigen:				Ver- anlagter jährlicher Steuer- betrag. M.	Auf den Gemeinde- bezirk N. N. entfallen M.	Bemerkungen.
	Laufende Nr. in der nament- lichen Nach- weisung.	N a m e und V o r n a m e.	Gewerbe.	Wohnung. (Straße und Hausnummer.)			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
		Gewerbsteuerklasse I.					
	1.	Aktiengesellschaft „Apollo“.	Bierbrauerei.	Vor dem Jäger- thore 4.	1 052	1 052	
		Summe der Klasse I für sich.					
		Gewerbsteuerklasse II.					
	5.	Abel, Bernhard.	Bankgeschäft.	Jägerstrasse 25.	300	300	
	6.	Ackermann, Karl. (Inhaber: Gross- heim, Adolf).	Dampfsäge- werk und Holzhandlung.	Oberwall- strasse 11 (Geschäftsleitung dasselbst).	180	90	90 M entfallen auf den Gemeinde- bezirk X, in welchem sich das Dampfsägewerk befindet.
				Seite . . .	480	390	

Laufende Nr. der Gewerbe- steuerrolle.	Des Gewerbesteuerpflichtigen:				Ver- anlagter jährlicher Steuer- betrag. M	Auf den Gemeinde- zc. bezirk N. N. entfallen M	Bemerkungen.
	Laufende Nr. in der nament- lichen Nach- weisung.	N a m e und B o r n a m e.	Gewerbe.	Wohnung. (Straße und Hausnummer.)			
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
		Noch: Gewerbesteuerklasse II.					
				<i>Uebertrag</i> . . .		480	390
	8.	Balzer, Hermann.	<i>Papier- fabrikant.</i>	<i>Mühlenstrasse 6 (Geschäftsleitung dasselbst).</i>	408	306	<i>102 M. entfallen auf die Gemeinden X. und Y., in welchen sich Ver- kaufsstellen be- finden.</i>
		<i>W. S. W.</i>					
				<i>Summe der Klasse II</i> . . .			

Gemeinde-(Guts-)bezirk N. N.

Veranlagungsjahr 1895/96.

Gewerbesteuerliste.

Laufende Nr. der Gewerbe- steuer- rolle.	Des Gewerbesteuerpflichtigen:				Veran- lagter jährlicher Steuer- betrag.	Auf den Ge- meinde- bezirk N. N. entfallen.	Bemerkungen.
	Laufende Nr. in der nament- lichen Nach- weisung.	N a m e und V o r n a m e.	Gewerbe.	Wohnung. (Straße und Hausnummer.)			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
		Gewerbesteuerklasse III.					
	1.	Althaus, Paul	Weinhändler.	Werftstrasse 10.	80	80	
	2.	Anton, Karl.	Schanlwirth.	Ludwigstrasse 6 (Geschäftsleitung dasselbst).	48	24	24 M. entfallen auf die Gemeinde Z. wegen Filialge- schäftes.
		u. s. w.					
		Summe der Klasse III . . .					
		Gewerbesteuerklasse IV.					
	11.	Arndt, Ernst.	Bäcker.	Marktplatz 4.	28	28	
	12.	Aselmann, Wilhelm.	Gastwirth.	Am neuen Thore 1.	20	20	
		u. s. w.					
		Summe der Klasse IV . . .					

Laufende Nr. der Gewerbe- steuer- rolle.	Des Gewerbesteuerpflichtigen:				Veran- lagter jährlicher Steuer- betrag. M.	Auf den Ge- meinde- z. bezirk entfallen. M.	Bemerkungen.
	laufende Nr. in der nament- lichen Nach- weisung.	N a m e und V o r n a m e.	Gewerbe.	Wohnung. (Straße und Hausnummer.)			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
<p align="center">Wiederholung der Summen.</p> <p align="right">Gewerbesteuerklasse I . . .</p> <p align="right">" II . . .</p> <p align="right">" III . . .</p> <p align="right">" IV . . .</p> <p align="right">Gesamtsumme . . .</p> <p align="center">(Ort und Datum.)</p> <p align="center">Der Vorsitzende des Steuerausschusses der Gewerbsteuerklasse IV. (Unterschrift.)</p> <p>Hierzu die Summe der auf die auswärts veranlagten Betriebe entfallenden Theilbeträge mit</p> <p>ergibt für die Gemeinde N. N. ein Gewerbesteuersoll von</p> <p align="center">(Ort und Datum.)</p> <p align="center">Der Gemeinde- (Guts-) vorstand. (Unterschrift.)</p>							

Bestimmungen zur Ausfüllung des Formulars.

1. Innerhalb der für jeden Gemeinde-(Guts-)bezirk getrennt aufzustellenden Gewerbesteuerliste sind die Gewerbesteuerpflichtigen in alphabetischer Reihenfolge einzutragen.
2. Die Spalte 1 „Laufende Nr. der Gewerbesteuerrolle“ bleibt bei der Aufstellung der Gemeindefisten frei, ist vielmehr erst nach Bildung der Rolle vom Vorsitzenden des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse IV auszufüllen.
3. Wenn ein Gewerbebetrieb sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, so ist in Spalte 5 auch derjenige Ort anzugeben, in welchem sich der Sitz der Geschäftsleitung befindet, oder — bei außerhalb Preußens domizilirten Unternehmungen — der in Preußen bestellte Vertreter seinen Wohnsitz hat.
4. Stimmt die Firma nicht mit dem Namen des Gewerbetreibenden überein, so erfolgt die Eintragung in Spalte 8 in der Weise, daß die Firma und unter derselben in Klammern die Inhaber namentlich aufgeführt werden.

Veranlagungsjahr 18.../...

N a c h w e i s u n g

der

auf die in der Gemeinde **N. N.** belegenen, aber auswärts veranlagten Betriebe
entfallenden Gewerbesteuer-Theilbeträge.

(§. 38 des Gewerbesteuer-Gesetzes.)

Bestimmung zur Ausfüllung des Formulars.

1. Die Steuerpflichtigen sind nach Gewerbesteuerklassen getrennt einzutragen.
2. Wenn ein Gewerbebetrieb sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, so ist in Spalte 5 auch derjenige Ort anzugeben, in welchem sich der Sitz der Geschäftsleitung befindet, oder — bei außerhalb Preußens domizilirten Unternehmungen — der in Preußen bestellte Vertreter seinen Wohnsitz hat.
3. Stimmt die Firma nicht mit dem Namen des Gewerbetreibenden überein, so erfolgt die Eintragung in Spalte 3 in der Weise, daß die Firma und unter derselben in Klammern die Inhaber namentlich aufgeführt werden.

Zau- fende Nr.	Des Gewerbesteuerpflichtigen:				Veran- lagter jährlicher Steuer- betrag.	Auf den Gemeinde- bezirk N N. entfallen.	Bemerkungen.
	laufende Nr. in der nament- lichen Nach- weisung.	Name und Vorname.	Gewerbe.	Wohnung. (Straße und Hausnummer.)	M.	M.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Gewerbesteuerklasse I.							
<i>Fällt aus.</i>							
Gewerbesteuerklasse II.							
1.	14.	Krüger, Gustav.	Mühlenpächter.	Fischerstrasse 5 (Geschäfts- leitung in Z.).	180	60	
2.	20.	Müller, Heinrich.	Kunst- und Handels- gärtnerei.	Berlinerstrasse 2 (Geschäfts- leitung in R.).	168	84	
		u. s. w.					
Summe der Klasse II . . .					—		
Gewerbesteuerklasse III.							
	8.	Meyer, Carl.	Materialwaaren- händler.	Marktplatz 6 (Geschäfts- leitung in Z.).	40	20	
Seite . . .					—	20	

Laufende Nr.	Des Gewerbesteuerpflichtigen:				Veranlagter jährlicher Steuer- betrag. M.	Auf den Gemeinde- bezirk N. N. entfallen M.	Bemerkungen.
	laufende Nr. in der nament- lichen Nach- weisung.	Name und Vorname.	Gewerbe.	Wohnung. (Straße und Hausnummer.)			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
		Noch: Gewerbesteuerklasse III.					
				Uebertrag . . .	—	20	
	15.	Habel, August.	Handel mit land- wirthschaft- lichen Maschinen.	An der Brücke 1 (Geschäfts- leitung in B.).	96	24	
		u. s. w.					
			Summe der Klasse III . . .		—		
		Gewerbesteuerklasse IV.					
		Fällt aus.					
		Wiederholung der Summen.					
		Gewerbesteuerklasse I . . .			—	—	
		" II . . .			—		
		" III . . .			—		
		" IV . . .			—		
		Gesamtsumme . . .			—		

Provinz
Regierungsbezirk
Veranlagungsbezirk

Muster 14a
zu Abschnitt IV Nr. 4.

Veranlagungsjahr 18 .. / ..

Steuerzusage.

(Gewerbesteuerveranlagung.)

An

den

zu

Portopf. Dienstaage.
frei.

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß Sie für (Zeitraum) in der Klasse unter Nr. der namentlichen Nachweisung (des Gewerbesteuer-Notizregisters) vom 1^{ten} (Monat) ab mit einem Gewerbesteuerfaze von jährlich M. veranlagt sind.

Die Veranlagung ist lediglich für die Zwecke der kommunalen Besteuerung erfolgt. Die Erhebung dieser Steuer zur Staatskasse findet nicht statt.

Gegen diese Veranlagung steht Ihnen das Rechtsmittel des Einspruchs bei dem Steueraussschusse zu. Dasselbe ist unter Beifügung dieser Steuerzusage bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steueraussschusses binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen (28 Tagen), welche mit dem auf die Zustellung dieser Steuerzusage folgenden Tage beginnt, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

(Zusatz bei Zugängen von Gewerbesteuerpflichtigen, welche das Gewerbe neu angefangen haben, soweit die Klassen II, III und IV in Betracht kommen.)

Bis zum Ablaufe des Steuerjahres . kann nach gesetzlicher Bestimmung eine Ermäßigung des Ihnen auferlegten Mittelfazes der Steuerklasse nicht stattfinden, ein Rechtsmittel kann vielmehr nur wegen vermeintlich unrichtiger Bestimmung der Steuerklasse eingelegt werden.

(In sämtliche Formulare aufzunehmen.)

In Ihrem eigenen Interesse werden Sie aufgefordert, Ihren Gewerbebetrieb im Falle der Einstellung oder Veräußerung unter Angabe der oben bezeichneten Klasse und Nummer bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steueraussschusses sofort schriftlich abzumelden, diesem auch jede Veränderung der Firma, der Inhaber, des Gewerbebetriebes, des Sitzes der Geschäftsleitung, des Geschäftslokals bezw. der Betriebsstätten mitzuteilen.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse
(Unterschrift.)

Provinz
Regierungsbezirk
Veranlagungsbezirk

Muster 14b
zu Abschnitt II Nr. 8.

Gewerbesteuerveranlagung

für das

Steuerjahr 18 .. / ..

An

den

zu

Portopfl. Dienstache.
frei.

I. Steuerzufschrift.

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß Sie für (Zeitraum) in der Klasse unter Nr. ... der namentlichen Nachweisung (des Gewerbesteuer-Notizregisters) vom 1^{ten} (Monat) ab mit einem Gewerbesteuerfakt von jährlich M veranlagt sind.

Die Veranlagung ist lediglich für die Zwecke der kommunalen Besteuerung erfolgt. Die Erhebung dieser Steuer zur Staatskasse findet nicht statt.

Gegen diese Veranlagung steht Ihnen das Rechtsmittel des Einspruchs bei dem Steueraussschuß zu. Dasselbe ist unter Beifügung dieser Steuerzufschrift bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steueraussschusses binnen einer Ausschußfrist von 4 Wochen (28 Tagen), welche mit dem auf die Zustellung dieser Steuerzufschrift folgenden Tage beginnt, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

(Zusatz bei Zugängen an Gewerbesteuerpflichtigen, welche das Gewerbe neu angefangen haben, soweit die Klassen II, III und IV in Betracht kommen.)

Bis zum Ablaufe des Steuerjahres kann nach gesetzlicher Bestimmung eine Ermäßigung des Ihnen auferlegten Mittelfaktes der Steuerklasse nicht stattfinden, ein Rechtsmittel kann vielmehr nur wegen vermeintlich unrichtiger Bestimmung der Steuerklasse eingelegt werden.

(In sämtliche Formulare aufzunehmen.)

In Ihrem eigenen Interesse werden Sie aufgefordert, Ihren Gewerbebetrieb im Falle der Einstellung oder Veräußerung unter Angabe der oben bezeichneten Klasse und Nummer bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steueraussschusses sofort schriftlich abzumelden, diesem auch jede Veränderung der Firma, der Inhaber, des Gewerbebetriebes, des Sitzes der Geschäftsleitung, des Geschäftslokals bezw. der Betriebsstätten mitzuteilen.

II. Vertheilung des Gewerbesteueresatzes auf mehrere Kommunalbezirke.

Da Ihr Gewerbebetrieb sich über mehrere preussische Gemeindebezirke erstreckt, so ist der auf Sie veranlagte Gewerbesteueresatz von *M.* durch Beschluß des Steuerausschusses zugleich in die auf die nachbenannten Betriebsgemeinden entfallenden Theilbeträge zerlegt, wie folgt:

1. Gemeinde = *M.*
2. Gemeinde = *M.*
3. u. f. w.

Gegen diese Vertheilung steht Ihnen sowie den beteiligten Kommunen das Rechtsmittel der Berufung an die Bezirksregierung zu. Dasselbe ist unter Beifügung dieser Benachrichtigung bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steuerausschusses binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen (28 Tagen), welche mit dem auf die Zustellung dieser Benachrichtigung folgenden Tage beginnt, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Obige Vertheilung verliert ihre Gültigkeit, wenn der veranlagte Gewerbesteueresatz im Wege der Rechtsmittel eine Aenderung erfährt. In diesem Falle tritt eine neue Vertheilung ein.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse

(Unterschrift.)

Provinz
Regierungsbezirk
Veranlagungsbezirk

Muster 14c
zu Abschnitt II Nr. 2.

Vertheilung

des

Gewerbesteuerfuges auf mehrere Kommunalbezirke.

(§. 38 des Gewerbesteuergesetzes.)

An
den Gemeinde-(Guts-)vorstand
zu
N. N.

Portopfl. Dienstsache.
frei.

Der (Bäckermeister Adolf Meyer) zu (Bohnort), welcher daselbst einen stehenden Gewerbebetrieb (nähere Bezeichnung) unterhält (begründet hat), ist unter Nr. der namentlichen Nachweisung (des Gewerbesteuer-Notizregisters) vom 1^{ten} (Monat) ab mit einem Gewerbesteuerfuge von jährlich M. veranlagt.

Da der Gewerbebetrieb des (Name) sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, so ist der auf denselben veranlagte Gewerbesteuerfug von M. zum Zwecke der kommunalen Besteuerung durch Beschluß des Steueraussschusses in die auf die nachbenannten Betriebsgemeinden entfallenden Theilbeträge zerlegt, wie folgt:

1. Gemeinde = M.
(Sitz der Geschäftsleitung und Verkaufsstelle.)
2. Gemeinde = M.
(Fabrik.)
3. u. f. w.

Gegen diese Vertheilung steht den beteiligten Kommunen und dem Steuerpflichtigen das Rechtsmittel der Berufung an die Bezirksregierung zu. Dasselbe ist unter Beifügung dieser Benachrichtigung bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steueraussschusses binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen (28 Tagen), welche mit dem auf die Zustellung dieser Benachrichtigung folgenden Tage beginnt, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Obige Vertheilung verliert ihre Gültigkeit, wenn der veranlagte Gewerbesteuerfug im Wege der Rechtsmittel eine Aenderung erfährt. In diesem Falle tritt eine neue Vertheilung ein.

(Bei der regelmäßigen Veranlagung ist gegenüber denjenigen Gemeinden, in welchen sich nicht der Ort der Veranlagung des betreffenden Gewerbebetriebes befindet, folgender Zusatz zu machen:)

In die Nachweisung der auf die in der Gemeinde (N. N.) belegenden, aber auswärts veranlagten Betriebe entfallenden Theilbeträge ist der (Name) daher mit dem Theilbetrage von M. aufzunehmen.

(Im Falle der Zugangsstellung im Laufe des Jahres ist allen beteiligten Gemeinden gegenüber folgender Zusatz zu machen:)

Für die dortige Gemeinde kommen nach Obigem zum Zwecke der kommunalen Besteuerung an Gewerbesteuer Vierteljahre mit zusammen M. in Zugang.

(Ort und Datum.)

Der Vorsitzende des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse

(Unterschrift)

Provinz
Regierungsbezirk
Veranlagungsbezirk

Muster 14d
zu Abschnitt V Nr. 2b.

Gewerbesteuer-Zugang (Abgang)

für 18.../...

An
den Gemeinde- (Guts-) Vorstand
zu
N. N.

Portopfl. Dienstsache.
frei.

1. (Im Falle der Verlegung oder der Einstellang einer gewerblichen Niederlassung.)

Der unter Nr. der namentlichen Nachweisung (des Notizregisters) der Gewerbe-
steuerklasse (II) im (Bezeichnung des Veranlagungsbezirks, z. B. Regierungsbezirk P) mit
einem Jahressteuerfaze von M. veranlagte (Bäcker
Adolf Neumann) hat am (Datum) seine gewerbliche Niederlassung (Bäckerei) daselbst
(oder in O) nach O (oder dorthin) verlegt (eingestellt), und ist in Folge
dessen unter Nr. des Notizregisters (Abtheilung) für Vierteljahre hier in Zugang
(Abgang) gestellt.

Für die dortige Gemeinde kommen daher zum Zwecke der kommunalen Besteuerung an
Gewerbesteuer Vierteljahre mit zusammen M. in Zugang (Abgang). (Falls es sich
um die Verlegung einer Zweigniederlassung handelt, auf welche nur ein Theilbetrag des Gesamtsteuerfazes
entfallen ist, so ist dies zur näheren Begründung des Zu- bezw. Abgangs hier anzugeben.)

2. (Im Falle der Neubegründung eines Gewerbes.)²²⁾

Der (Schlächtermeister Oskar Blut) hat am
(Datum) daselbst eine gewerbliche Niederlassung (nähere Bezeichnung) begründet, und ist
in Folge dessen unter Nr. des Notizregisters (Abtheilung I) der Gewerbesteuerklasse
für Vierteljahre mit zusammen M. in Zugang gestellt.

Für die dortige Gemeinde kommen daher zum Zwecke der kommunalen Besteuerung an
Gewerbesteuer Vierteljahre mit zusammen M. in Zugang.

3. (Im Falle des Personenwechsels in einem Gewerbebetriebe oder einer Zweigniederlassung.)

Das unter Nr. der namentlichen Nachweisung (des Notizregisters) der Gewerbe-
steuerklasse im Veranlagungsbezirk mit einem Jahressteuerfaze von
..... M. veranlagte Gewerbe [Die dort belegene Zweigniederlassung des unter Nr.
der namentlichen Nachweisung (des Notizregisters) der Gewerbesteuerklasse im Veranlagungs-
bezirk mit einem Jahressteuerfaze von M. veranlagten Gewerbes,
auf welche ein Theilbetrag von M. entfallen war,] ist am
in Folge Vererbung, — Verpachtung, — Veräußerung von dem
auf den

Anm. 22. Falls das neubegründete Gewerbe sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, ist das Muster 14c
anzuwenden.

unter Beibehaltung — Veränderung — der bisherigen Firma übergegangen. Der Personenwechsel ist hierselbst unter Nr. des Zugangs und Nr. des Abgangs der Abtheilung des Notizregisters vermerkt.

Für die dortige Gemeinde kommt zum Zwecke der kommunalen Besteuerung der Personenwechsel vom ab in Betracht.

4. (Im Falle der anderweiten Vertheilung des Steuerfalles im Rechtsmittelverfahren [vergl. oben Abschnitt II Nr. 6].)

Die Gewerbesteuer des unter Nr. der namentlichen Nachweisung (des Notizregisters) veranlagten (Holzhändlers August Linde) zu (Wohnort) im Betrage von M. ist durch (rechtskräftige Verurtheilung der Regierung zu) bezüglich der nachbenannten Betriebsgemeinden in folgende Theilbeträge zerlegt:

1. Gemeinde = M.,
2. Gemeinde = M.,
3. u. s. w.

Da der auf die dortige Gemeinde laut Beschlusses des Steuerausschusses entfallende Theilbetrag M. betrug, so ergiebt sich für dieselbe für Vierteljahre ein Zugang (Abgang) von je M. oder insgesammt von M.

5. (Im Falle der anderweiten Vertheilung des Steuerfalles in Folge Ermäßigung desselben im Rechtsmittelverfahren [vergl. oben Abschnitt II Nr. 5].)

Die Gewerbesteuer des unter Nr. der namentlichen Nachweisung (des Notizregisters) veranlagten (Bankiers Felix Goldstein) zu (Wohnort) im Betrage von M. ist (durch rechtskräftige Einspruchsentscheidung des Steuerausschusses) auf M. ermäßigt. Dieser Steuerfall ist in Folge dessen unter Aufhebung des früheren Vertheilungsbeschlusses durch den Steuerausschuß bezüglich der nachbenannten Betriebsgemeinden anderweit in folgende Theilbeträge zerlegt:

1. Gemeinde = M.,
2. Gemeinde = M.,
3. u. s. w.

Gegen diese Vertheilung steht den betheiligten Gemeinden und den Steuerpflichtigen das Rechtsmittel der Berufung an die Bezirksregierung zu. Dasselbe ist unter Beifügung dieser Benachrichtigung bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Steuerausschusses binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen (28 Tagen), welche mit dem auf die Zustellung dieser Benachrichtigung folgenden Tage beginnt, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Da bei der ersten Vertheilung auf die dortige Gemeinde M. entfallen waren, so ergiebt sich aus Obigem für dieselbe für Vierteljahre ein Abgang (Zugang) von je M. oder insgesammt von M.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse IV.

(Unterschrift.)

Bemerkung zu 1 bis 5.

Am Schlusse der Formulare ist je nach Lage des Falles folgender Zusatz zu machen:

a) „die anliegende Steuerzusage (den anliegenden Vertheilungsbeschluss) wolle der Gemeinde- (Guts-) vorstand dem Adressaten zustellen und den Behandigungsschein binnen Tagen einreichen.“

oder
b) „der (Name) ist von der Abgangstellung zu benachrichtigen.“

Im Falle des Personenwechsels (oben Nr. 3) sind die Zusätze a und b anzuwenden.

An
den Gemeinde-(Guts-)vorstand

zu

Vortopfl. Dienstsache. N. N.
frei.

vergl. S. 97.

Gemäß Abschnitt X Nr. 2 der Zusatzbestimmungen vom 5. März 1894 zur Ausführungsanweisung des Finanzministers vom 10. April 1892, betreffend die Veranlagung und Verwaltung der Gewerbesteuer, lasse ich dem Gemeinde-(Guts-)vorstand anliegenden Auszug aus der namentlichen Nachweisung (dem Notizregister) zugehen.

Im Interesse einer möglichst zutreffenden Vertheilung des Gewerbesteuerfalles in die auf die einzelnen Betriebsorte entfallenden Theilbeträge gebe ich anheim, die Angaben über den Umfang der daselbst belegenen Betriebsstätten, falls dieselben unvollständig sind, durch eine entsprechende Mittheilung an den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV des dortigen Veranlagungsbezirks spätestens bis zum 15. Januar 1895 zu vervollständigen.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse

(Unterschrift.)

A u s z u g

aus der

namentlichen Nachweisung der Gewerbesteuerklasse III des Kreises O.

Laufende Nummer.	Des Gewerbetreibenden			Merkmale . zur Schätzung des Ertrages und Anlage- und Betriebskapitals. (Bezeichnung der einzelnen Betriebsstätten.)
	Wohnort bzw. Ort der gewerb- lichen Niederlassung. (Straße und Hausnummer.)	Name und Vorname.	Gewerbe.	
1.	2.	3.	4.	5.
2.	M. M.	Abel, Bernhard.	Bankgeschäft.	Zweiggeschäft in N. N. mit einem Prokuristen und zwei Handlungsgehilfen.
24.	P. P.	Neumann, Richard.	Cigarrenhandel.	Verkaufsstelle in N. N., ein Verkäufer, Waarenlager im Werthe von ca. 5 000 M.

Anweisung

des

Finanzministers vom 5. März 1894 zur Veranlagung der Betriebssteuer.

Zur Ausführung des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 119)¹⁾ ergehen für die Veranlagung der Betriebssteuer, unter Aufhebung der Anweisung vom 23. August 1892, die nachfolgenden Bestimmungen, welche zunächst bei der Veranlagung für das Steuerjahr 1895/96 Anwendung finden.

Artikel 1.

Steuerpflicht.

(§§. 59, 67 des Gewerbesteuergesetzes.)

1. Für den Betrieb

der Gastwirthschaft,

der Schankwirthschaft,

des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus

ist jährlich eine besondere Betriebssteuer zu entrichten.

2. Dieser Steuer unterliegen nicht bloß die gewerbesteuerpflichtigen, sondern auch diejenigen Betriebe der vorbezeichneten Art, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 Mark noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 Mark erreicht (§. 7 des Gewerbesteuergesetzes), und die deshalb von der Gewerbesteuer befreit bleiben.

3. Welche Betriebe unter den Begriff der Gastwirthschaft, Schankwirthschaft, des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus fallen, bestimmt sich nach denselben Vorschriften und Grundsätzen, die in Betreff der zu solchen Betrieben nach der Gewerbeordnung erforderlichen Erlaubniß zur Anwendung kommen (§. 33 der Reichs-Gewerbeordnung). Danach gelten insbesondere als Schankwirthschaft diejenigen gewerblichen Betriebe, in denen Getränke irgend welcher Art (Branntwein, Liqueure, Wein, Bier, Kaffee, Thee, Mineralwasser, Milch, Molken u. s. w.) zum Genuß auf der Stelle verabsolgt werden. Für die Betriebssteuerpflicht des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist es unerheblich, ob derselbe als Neben- oder Hauptgewerbe betrieben wird.

Die ohne Ausschank von Getränken betriebene Speisewirthschaft, das Vermiethen möblirter Zimmer und der Kleinhandel mit Wein oder Bier sind der Betriebssteuer nicht unterworfen.

Hinsichtlich der Steuerfreiheit der öffentlichen Kaffeeschänken und ähnlicher Anstalten sowie der Weinbauer, welche selbstgewonnenen Most oder Wein nicht über 3 Monate lang zum Genuß auf der Stelle verkaufen, finden Artikel 7 Nr. 1 und Artikel 8 Nr. 4 der Anweisung vom 10. April 1892 auch auf die Betriebssteuer Anwendung.

Artikel 2.

Besteuerungsgrundsätze.

(§. 60 des Gewerbesteuergesetzes, §. 12 Nr. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

1. Das Gewerbesteuergesetz unterscheidet zunächst zwischen solchen Betrieben, welche geistige Getränke verabsolgen, und solchen, bei welchen dies nicht geschieht, ferner zwischen ständigen und nur vorübergehenden Betrieben bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Artikel 4).

Anm. 1. Die hier in Frage kommenden Bestimmungen dieses Gesetzes sind in der Anlage (S. 107 und 108) zum Abdruck gelangt.

2. Bei allen im Artikel 1 Nr. 1 erwähnten Betrieben, welche geistige Getränke verabsolgen, wird die Steuer für jede Betriebsstätte besonders erhoben.

Hierher gehört stets der Kleinhandel mit Braumwein oder Spiritus mit alleiniger Ausnahme des auf die Verabsolung von denaturirtem Spiritus eingeschränkten Kleinhandels. Ebenso gehören hierher alle Gast- und Schankwirtschaften, welche Wein, Bier, Braumwein (Rum, Cognak u. s. w.), Liqueure, Grog, Punsch oder sonstige geistige (alkoholhaltige) Getränke verabsolgen.

Bei allen diesen, die überwiegende Mehrzahl bildenden Betrieben ist für jede Betriebsstätte, welche derselbe Gewerbetreibende unterhält beziehungsweise errichtet, der volle Betriebssteuersatz zu entrichten, und zwar in demjenigen Kreise, wo sich die Betriebsstätte befindet. Die bloße Geschäftsverlegung (Umzug) aus der einen in eine andere Betriebsstätte innerhalb desselben Kreises begründet nicht eine nochmalige Forderung der Betriebssteuer für dasselbe Jahr.

Das Gewerbe des von einem Truppentheile angenommenen Marketers gilt, so lange er bei diesem Truppentheile verbleibt, als einheitlicher Betrieb mit einer Betriebsstätte, welche demjenigen Kreise zuzurechnen ist, in welchem der betreffende Truppentheile seine Garnison hat.

3. Diejenigen Betriebe, welche geistige Getränke nicht verabsolgen (Kaffee-, Thee-, Milch-, Molkens-, Mineralwasser-Ausschank, Gastwirtschaft mit alleiniger Verabsolung derartiger Getränke), haben in jedem Kreise, in welchem sich eine oder mehrere Betriebsstätten befinden, die Betriebssteuer nur einmal zu entrichten. Erstrecken sich derartige Betriebe über mehrere Kreise, so gelangt in jedem derselben nur die Hälfte der im §. 60 Nr. 1 und 2 des Gewerbesteuergesetzes bestimmten Steuersätze (vergl. Artikel 3) zur Erhebung. Dasselbe gilt vom Kleinhandel mit denaturirtem Spiritus.

4. Werden von demselben Unternehmer in einem Kreise Betriebsstätten beider unter 2 und 3 bezeichneter Arten unterhalten, so findet neben der besonderen Erhebung der Betriebssteuer für jede Betriebsstätte, in welcher geistige Getränke verabsolgt werden, der einmalige Steueransatz für die übrigen Betriebsstätten nach Nr. 3 statt.

5. Für die Höhe des jährlichen Steuersatzes ist die Veranlagung des Betriebssteuerpflichtigen zur Gewerbesteuer für dasselbe Jahr maßgebend, ohne Unterschied, ob letztere nur durch das der Betriebssteuer unterworfen oder zugleich durch in Verbindung damit betriebene andere Gewerbe bestimmt ist (vergl. Artikel 3).

Artikel 3.

Steuersätze.

(§. 60 des Gewerbesteuergesetzes.)

Die Betriebssteuer beträgt für Jeden, welcher eines oder mehrere der im Artikel 1 Nr. 1 bezeichneten Gewerbe betreibt,

- a) wenn der Gewerbetreibende wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrages (unter 1500 Mark) und Anlage- und Betriebskapitals (unter 3000 Mark) von der Gewerbesteuer befreit ist = 10 Mark,
- b) wenn er zur Gewerbesteuer veranlagt ist:

in der Klasse IV	= 15	„
„ „ „ III	= 25	„
„ „ „ II	= 50	„
„ „ „ I	= 100	„

Artikel 4.

Herabsetzung des Steuerbetrages.

(§. 61 des Gewerbesteuergesetzes, §. 12 Nr. 2 Abs. 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

1. Wenn die Heranziehung zur Betriebssteuer lediglich durch einen vorübergehenden, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenzusammenziehungen und dergl.) stattfindenden Gewerbebetrieb bedingt ist, so können die Betriebssteuer-Veranlagungsbehörden (in den Landkreisen der Landrath, in den Stadtkreisen der Gemeindevorstand, in Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern) auf Antrag des Steuerpflichtigen den Betrag der Steuer bis auf den Satz von 5 Mark herabsetzen.

2. Innerhalb der Grenzen des normalen (Artikel 3) und des geringsten Steuerfalles ist den gedachten Behörden in diesen Fällen das Maß der Herabsetzung der Steuer ohne Beschränkung auf bestimmte Steuerfälle überlassen.

3. In den im Artikel 2 Nr. 2 bezeichneten Fällen ist für jede einzelne Betriebsstätte mindestens der Satz von 5 Mark zu entrichten.

4. Ein Recht auf Ermäßigung steht den Steuerpflichtigen nicht zu. Bei Prüfung der bezüglichen Anträge ist vornehmlich zu berücksichtigen, ob der mutmaßliche Ertrag des vorübergehenden Betriebes zu dem vollen Steuerfalle in einem unverkennbaren Mißverhältnis stehen würde, und ist danach das Bedürfnis einer Herabsetzung überhaupt, sowie das Maß derselben zu beurtheilen.

5. Die Anträge auf Ermäßigung der Betriebssteuer sind bei der für die Anmeldung zuständigen Behörde thunlichst vor oder gleichzeitig mit dem Beginne des Betriebes in besonderen schriftlichen Eingaben oder Protokollen anzubringen und zu begründen. Diese Anträge sind sofort den zuständigen Veranlagungsbehörden (Nr. 1) vorzulegen.

6. Die Veranlagungsbehörden haben auf ein thunlichst einfaches und schleuniges Verfahren bezüglich der Aufnahme und Erledigung solcher Anträge hinzuwirken.

Es kann besonders für die üblichen Volks-, Schützen- und ähnlichen Feste nach den lokalen Verhältnissen zweckdienlich erscheinen, die Anträge auf Herabsetzung der Betriebssteuer gleich mit der Nachsuchung der erforderlichen Erlaubnis zu dem beabsichtigten Betriebe auf dem Festplatze verbinden und in tabellarischer Form zusammenstellen zu lassen. Die bezüglichen Geschäftsformen sind nöthigenfalls mit den anderweit beteiligten Behörden zu vereinbaren.

7. Bei Gewährung der Steuerherabsetzung ist auszusprechen, auf welche außergewöhnlichen Gelegenheiten und auf welche Dauer des vorübergehenden Betriebes sich dieselbe bezieht.

8. Geht ein derartiger Betrieb in einen ständigen über, so tritt Heranziehung zum vollen Steuerfalle ein, auf welchen die bereits veranlagte Steuer anzurechnen ist.

Handelt es sich jedoch um einen Betrieb, welcher geistige Getränke verabsolgt, und ist derselbe in eine andere Betriebsstätte verlegt, so findet die Anrechnung nicht statt.

9. Wer bei einer zweiten oder ferneren außergewöhnlichen Gelegenheit in demselben Steuerjahre das Gewerbe vorübergehend betreiben will, hat hierfür in der Regel die Betriebssteuer ohne Rücksicht auf die in demselben Jahre bereits erfolgte Besteuerung zu entrichten. Der Antrag auf Ermäßigung (Nr. 5) ist von Neuem zu stellen. Weist jedoch der Steuerpflichtige nach, daß er in demselben Steuerjahre für einen gleichartigen Betrieb in derselben Betriebsstätte oder — falls es sich um einen Betrieb handelt, in welchem geistige Getränke nicht verabsolgt werden — in einer oder mehreren anderen Betriebsstätten innerhalb des betreffenden Kreises bereits den vollen Jahresbetrag der Steuer entrichtet hat, so ist von einer nochmaligen Steuererhebung Abstand zu nehmen.

10. Wer wegen eines ständigen Betriebes, in welchem geistige Getränke nicht verabsolgt werden, die Betriebssteuer entrichtet, kann wegen eines vorübergehenden Betriebes desselben Gewerbes bei außergewöhnlichen Gelegenheiten innerhalb des betreffenden Kreises nicht noch einmal zur Betriebssteuer herangezogen werden.

Artikel 5.

Veranlagung.

(§. 12 Nr. 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

1. Behufs Erhebung der Betriebssteuer ist von den Veranlagungsbehörden (Artikel 4 Nr. 1) für ihren Verwaltungsbezirk eine Nachweisung aller daselbst vorhandenen ständigen²⁾ betriebssteuerpflichtigen Betriebe (Betriebssteuer-Nachweisung) zu führen. Ein Muster ist beigelegt.

Diese Nachweisung kann für mehrere Jahre angelegt werden; sie ist alljährlich im März zum Zwecke der Veranlagung für das nächste Steuerjahr nach Maßgabe der Zu- und Abgänge je nach Bedürfnis entweder nur zu berichtigen und fortzuführen oder neu aufzustellen.³⁾

Anm. 2. Vorübergehende Betriebe sind im Wege der Zugangstellung zur Besteuerung zu bringen (vergl. Artikel 7 IV Nr. 2 Abs. 2 und Nr. 3).

Anm. 3. Behufs Aufstellung der Betriebssteuer-Nachweisung für 1895/96 ist den Veranlagungsbehörden, welche die Funktionen eines Vorsitzenden des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse IV nicht wahrnehmen, von den betreffenden Vorsitzenden dieser Klasse die Betriebssteuer-Nachweisung und das Betriebssteuer-Notizregister für 1894/95 zur Verfügung zu stellen.

2. Nachdem die Eintragungen hinsichtlich der Steuerpflichtigen und der Betriebsstätten (Spalten 1 bis 5 des Musters A) bewirkt sind, haben die Veranlagungsbehörden zu ermitteln und einzutragen (Spalten 6 und 7 des Musters A), in welcher Gewerbesteuerklasse die einzelnen Betriebssteuerpflichtigen für das bevorstehende Steuerjahr veranlagt oder ob sie als gewerbesteuerfrei anerkannt sind.

• Nöthigenfalls haben die Vorsitzenden der zuständigen Gewerbesteuerausschüsse auf Ersuchen Auskunft hierüber zu ertheilen oder die bezüglichen Nachweisungen u. s. w. auf einige Zeit zur Verfügung zu stellen. In Betreff der in auswärtigen Bezirken zur Gewerbesteuer Veranlagten können auch die den Gemeindevorständen zugehenden Schreiben der Gewerbesteuerausschüsse über Vertheilung des Gesamtsteuersatzes auf die theilhaftigen Gemeinden und die den Steuerpflichtigen selbst zukommenden Zuschriften über ihre Veranlagung zur Gewerbesteuer für die fraglichen Ermittlungen benutzt werden. Dem Ermessen der Veranlagungsbehörde bleibt es überlassen, für die in Rede stehenden Ermittlungen den nach den obwaltenden Verhältnissen geeignetsten Weg einzuschlagen.

3. Hierauf erfolgt die Festsetzung der Betriebssteuer durch Ausfüllung der entsprechenden Spalten der Betriebssteuer-Nachweisung (Spalten 8 und 9 des Musters A).

In Betreff derjenigen Steuerpflichtigen, welche geistige Getränke nicht verabsolgen (Abtheilung II des Musters A) ist zu prüfen beziehungsweise zu ermitteln, ob sie gleichartige Betriebe auch in anderen Kreisen unterhalten, da in diesem Falle in jedem Kreise nur die Hälfte der im §. 60 Nr. 1 und 2 des Gewerbesteuergesetzes bestimmten Steuerjäge zu entrichten ist (vergl. Artikel 2 Nr. 3). Etwas in anderen Kreisen belegene gleichartige Betriebe sind in der Spalte „Bemerkungen“ der Betriebssteuer-Nachweisung aufzuführen. Unterhält ein Gewerbetreibender in mehreren Gemeinden desselben Kreises derartige Betriebe, so wird die Steuer bei derjenigen Gemeinde festgesetzt, in welcher sich der Sitz der Geschäftsleitung oder, falls dieser in einem anderen Kreise gelegen ist, die Hauptniederlassung befindet. Erforderlichenfalls bestimmt die Veranlagungsbehörde vorläufig, in welcher Gemeinde die Besteuerung statzufinden hat.

4. Nach Festsetzung der Betriebssteuer ist die Nachweisung (Muster A) abzuschließen und den Steuerpflichtigen durch eine nach Maßgabe der Vorschriften im Artikel 40 Nr. 1 Absatz 2 der Anweisung vom 10. April 1892 zu behändigende Steuerzufschrift (Muster B) von der Veranlagung Kenntniß zu geben.

In den Landkreisen läßt der Landrath den Gemeindevorständen⁴⁾ einen Auszug aus der Betriebssteuer-Nachweisung als Hebeliste und zugleich die Steuerzufschriften für die Steuerpflichtigen zur vorschriftsmäßigen Behändigung zugehen. Die Behändigungsscheine sind innerhalb einer angemessenen Frist einzureichen. Gleichzeitig ist die Kreiskommunalkasse mit Beifügung wegen Empfangnahme und Verrechnung der Steuer zu versehen.

In den Stadtkreisen hat der Gemeindevorstand die Erhebung der Steuer durch die betreffende städtische Hebestelle zu veranlassen.

In Berlin ist die von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern festgestellte Betriebssteuer-Nachweisung dem Magistrat behufs weiterer Veranlassung wegen der Steuererhebung zuzufertigen und von letzterem nach Wahrnehmung des Erforderlichen der Direktion zurückzugeben. Bezüglich der Steuerzufschriften findet die Bestimmung unter Absatz 2 entsprechende Anwendung.

Artikel 6.

Rechtsmittel.

(§. 65 des Gewerbesteuergesetzes.)

1. Zur Anfechtung der Feststellung der Betriebssteuer seitens des Steuerpflichtigen dient die Beschwerde, für deren Entscheidung die Bezirksregierung (in Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern) zuständig ist.

2. Die Beschwerde ist binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten bei der Veranlagungsbehörde (Artikel 4 Nr. 1) schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Dieselbe weist verspätete Beschwerden ohne Weiteres zurück und überreicht die rechtzeitig eingegangenen nach Vornahme der etwa erforderlichen Ermittlungen mit einem gutachtlichen Berichte der Regierung.

3. Die Regierung läßt ihre mit Gründen und einer Belehrung über das noch zulässige Rechts-

Anm. 4. Das in dieser Anweisung bezüglich der Gemeinden und Gemeindevorstände Bestimmte findet auch auf Gutsbezirke und Gutsvorstände entsprechende Anwendung.

mittel (Nr. 4) versichene Entscheidung der Veranlagungsbehörde zugehen, welche ihrerseits durch Vermittelung des Gemeindevorstandes die Zustellung der Entscheidung an den Beschwerdeführer bewirkt und erforderlichen Falls wegen der Abgangstellung der Betriebssteuer das Weitere veranlaßt.

4. Gegen die Entscheidung der Regierung steht dem Steuerpflichtigen binnen einer sechswöchigen Ausschlussfrist die weitere Beschwerde an den Finanzminister offen, welche bei der Veranlagungsbehörde schriftlich oder zu Protokoll einzulegen, und von dieser mit einem gutachtlichen Berichte dem Finanzminister einzureichen ist. Mit der Entscheidung des Letzteren ist im Sinne der Vorschrift zu 3 zu verfahren.

5. Soweit durch die Entscheidungen, welche bezüglich der Gewerbesteuer im Wege der Rechtsmittel ergehen, Abänderungen der festgestellten Betriebssteuersätze bedingt werden, haben die Vorsitzenden der Steuerauschnisse die Veranlagungsbehörden hiervon in Kenntniß zu setzen, welche die anderweite Feststellung von Amts wegen bewirken (vergl. Artikel 7 I 4 und II 1).

Beschwerden gegen die Höhe der Betriebssteuer, deren Entscheidung lediglich von der Bestimmung der Gewerbesteuerklasse abhängig ist, können bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Gewerbesteuerbeschwerde zurückgelegt werden und sind je nach dem Ausfall der letzteren zu berücksichtigen oder der Regierung behufs ablehnender Bescheidung einzureichen.

6. Die Fristen zur Einlegung der Rechtsmittel (Nr. 2 und 4) sind Ausschlussfristen, deren Versäumung den Verlust der Rechtsmittel zur Folge hat. Sie beginnen mit dem Tage, welcher auf den Tag der Zustellung der Steuerzuschrift beziehungsweise der Beschwerdeentscheidung folgt. Die dreimonatliche Frist endigt mit dem Ablauf desjenigen Tages des dritten Monats, welcher durch seine Zahl dem Tage entspricht, an welchem die Zustellung erfolgt ist; fehlt dieser Tag in dem dritten Monate, so endigt die Frist mit dem Ablauf des letzten Tages dieses Monats. Die sechswöchige Frist endigt mit dem Ablauf des zweiundvierzigsten Tages.

Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so endigt dieselbe mit dem Ablauf des nächstfolgenden Werktages.

Wird ein Rechtsmittel bei einer nicht zuständigen Behörde angebracht, so hat diese die bezüglichen Schriftstücke unverzüglich an die zuständige Stelle zu befördern, ohne daß dem Steuerpflichtigen die Zwischenzeit auf die Frist anzurechnen ist (§. 3 des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840, Gesetzsaml. S. 140).

7. Die Bestimmung des §. 74 des Gewerbesteuergesetzes über die Erstattung der Kosten, welche durch die gelegentlich der eingelegten Rechtsmittel erfolgenden Ermittlungen veranlaßt werden, findet auch auf die Betriebssteuer Anwendung.

Artikel 7.

Zu- und Abgänge.

(§. 69 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes.)

I. Betriebssteuer-Zugänge können entstehen:

1. durch Anmeldung

- a) der Eröffnung einer neuen⁵⁾ oder der Uebernahme⁶⁾ einer bereits bestehenden Betriebsstätte, in welcher geistige Getränke verabsolgt werden (Artikel 2 Nr. 2),
- b) der Eröffnung eines neuen⁷⁾ oder der Uebernahme eines bereits bestehenden betriebsteuerpflichtigen Betriebes, in welchem geistige Getränke nicht verabsolgt werden, falls der Gewerbetreibende nicht schon wegen eines solchen Betriebes in dem betreffenden Kreise zur Betriebssteuer veranlagt ist.⁸⁾ (Artikel 2 Nr. 3.)

Ist derselbe in dem betreffenden Kreise wegen einer Betriebsstätte, in welcher geistige Getränke verabsolgt werden, bereits zur Betriebssteuer herangezogen, so ist gleichwohl die Steuer wegen des neuen Betriebes besonders in Zugang zu stellen (Artikel 2 Nr. 4),

Ann. 5. Als Eröffnung einer neuen Betriebsstätte ist auch die Verlegung des Betriebsortes aus einem Kreise in einen anderen anzusehen.

Ann. 6. In den Fällen zu a und b macht es keinen Unterschied, ob die Betriebsstätte beziehungsweise der Betrieb ganz oder nur zum Theil übernommen worden ist, in jedem Falle hat der neue Betriebsinhaber die volle, seiner Gewerbesteuerveranlagung entsprechende Jahressteuer zu entrichten. (Vergl. Artikel 7 II Abs. 2)

Ann. 7. Siehe Anmerkung 5.

Ann. 8. Anderenfalls ist die neue Betriebsstätte lediglich in der Betriebssteuer-Nachweisung zu vermerken.

- c) des Ueberganges eines vorübergehenden betriebssteuerpflichtigen Betriebes (vergl. d) in einen ständigen (Artikel 4 Nr. 8),
 - d) der Eröffnung eines vorübergehenden betriebssteuerpflichtigen Betriebes bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (§. 61 des Gewerbesteuergesetzes, Artikel 4 vorstehend);
 2. in Folge der Ermittlungen über unterlassene Anmeldungen der zu 1a—d bezeichneten Art (Artikel 9 Nr. 1);
 3. durch nachträgliche Heranziehung bei der Veranlagung übergangener betriebssteuerpflichtiger Betriebe (vergl. Artikel 46 I 3 der Anweisung vom 10. April 1892);
 4. durch Veränderung der veranlagten Gewerbesteuerklasse eines Betriebssteuerpflichtigen, sei es im Rechtsmittelverfahren (Artikel 42 ff. a. a. O.) oder in Folge einer Neuveranlagung (Artikel 41 Abs. 4 a. a. O.);
 5. im Betriebssteuer-Beschwerdeverfahren (Artikel 6 vorstehend), wenn der Feststellung der Betriebssteuer irrtümlich eine andere als die veranlagte Gewerbesteuerklasse zu Grunde gelegt war.
- In Fällen dieser Art ist auch außerhalb des Beschwerdeverfahrens nach erfolgter Wahrnehmung des Irrthums von Amts wegen die gesetzliche Besteuerung herbeizuführen.

II. Betriebssteuer-Abgänge können entstehen:

1. durch Veränderung der veranlagten Gewerbesteuerklasse (vergl. zu I 4) oder durch gänzliche Befreiung von der Gewerbesteuer;
2. im Betriebssteuer-Beschwerdeverfahren in den zu I 5 erwähnten Fällen oder, wenn Freistellung von der Betriebssteuer erfolgt;
3. in Folge mehrfacher Veranlagung desselben betriebssteuerpflichtigen Betriebes oder in Folge irriger Veranlagung eines von der Betriebssteuer befreiten Betriebes (§§. 3—5 und §. 67 des Gewerbesteuergesetzes);
4. in Folge nachträglicher Herabsetzung des für einen vorübergehenden betriebssteuerpflichtigen Betrieb (§. 61 des Gewerbesteuergesetzes) festgesetzten Steuerjahres (Artikel 4);
5. durch Ausdehnung eines betriebssteuerpflichtigen Gewerbes, in welchem geistige Getränke nicht verabsolgt werden, auf das Gebiet eines zweiten Kreises (Artikel 2 Nr. 3).

Da die Betriebssteuer eine Jahressteuer ist, so können Abgänge im Laufe des Steuerjahres durch Einstellung des Betriebes oder Gewerbslegung nicht entstehen.⁹⁾ Ebensowenig findet bei der Fortsetzung eines betriebssteuerpflichtigen Betriebes durch einen anderen eine Anrechnung beziehungsweise Uebertragung der Steuer statt. Letzterenfalls ist von jedem — dem bisherigen und dem neuen Betriebsinhaber — die volle Jahressteuer zu entrichten.¹⁰⁾

Wenn jedoch nach dem Tode des Steuerpflichtigen von der Wittve oder den sonstigen Erben desselben das betriebssteuerpflichtige Gewerbe unverändert fortgesetzt wird, so ist für das Steuerjahr, in welchem der Besitzwechsel eingetreten ist, die Betriebssteuer nur einmal — von dem Erblasser oder, falls dieser vor Entrichtung der Steuer verstorben ist, von der Wittve beziehungsweise den Erben — zu erheben.

III. 1. Die Zugangsstellung erfolgt in den Fällen

- zu I. 1. a, b, c, 2, 3 mit dem vollen nach Artikel 3 sich bestimmenden Jahressteuerfasse;¹¹⁾
- zu I. 1. b jedoch nur mit der Hälfte dieses Steuerfasses, wenn ein gleichartiger Betrieb bereits in einem anderen Kreise stattfindet;
- zu I. 1. c eventuell unter Anrechnung des für den vorübergehenden Betrieb bereits festgesetzten ermäßigten Steuerfasses (Artikel 4 Nr. 8). Letzterenfalls ist lediglich der

Anm. 9. Eingestellte oder gelegte Gewerbe sind jedoch nicht in die Betriebssteuer-Nachweisung des nächsten Jahres zu übernehmen. Hat gleichwohl eine Veranlagung derartiger Gewerbe zur Betriebssteuer stattgefunden, so ist auch außerhalb des Beschwerdeverfahrens von Amts wegen deren Abgangstellung zu bewirken (vergl. Circularerlaß vom 18. August 1893, II. 10 692, Mittheilungen Heft 29 S. 40).

Anm. 10. „Die Betriebssteuer ist eine jährlich zu entrichtende feste Abgabe, welche bestimmten Gewerben mit Rücksicht auf ihre Konzessionspflicht auferlegt ist, ohne daß eine Erstattung wegen Einstellung des Betriebes im Laufe des Jahres zugelassen werden könnte (§. 64 des Gesetzes).“ Begründung des Gesetzentwurfs S. 63.

Anm. 11. Ein Betriebssteuerpflichtiger, welcher sein Gewerbe im 4. Quartal des Steuerjahres neu beginnt und erst mit dem Anfang des nächsten Steuerjahres gewerbesteuerpflichtig wird, hat für den Rest des Jahres die Betriebssteuer der Gewerbesteuerfreien (10 Mark), und erst mit dem neuen Steuerjahre den seiner Gewerbesteuerklasse entsprechenden Satz zu entrichten.

Differenzbetrag zwischen dem ermäßigten und dem vollen Steuersaße in Zugang zu stellen;

- zu I. 1. d mit dem für den vorübergehenden Betrieb festgesetzten Steuersaße (Artikel 4);
- zu I. 4 und 5 mit dem Differenzbetrage zwischen dem veranlagten und dem anderweit festgesetzten höheren Steuersaße;

2. Die Abgangstellung erfolgt in den Fällen

- zu II. 1, 2, 3 mit dem vollen Steuersaße beziehungsweise mit dem Differenzbetrage zwischen dem veranlagten und dem anderweit festgesetzten niedrigeren Steuersaße;
- zu II. 4 mit dem Betrage, um welchen der Steuersaß nachträglich ermäßigt ist;
- zu II. 5 mit dem halben Steuersaße.

IV. Wegen der Behandlung der Zu- und Abgänge ist Folgendes zu bemerken:

1. Die Vorsitzenden der Steueraussschüsse haben von allen zu ihrer Kenntniß gelangenden Vorgängen, welche bezüglich eines Angehörigen ihrer Gewerbesteuerklasse einen Betriebssteuer-Zu- oder Abgang begründen, den zuständigen Betriebssteuer-Veranlagungsbehörden (Artikel 4 Nr. 1) durch Mittheilung eines beglaubigten Auszuges aus dem Gewerbesteuer-Notizregister oder der namentlichen Nachweisung Kenntniß zu geben.

Die Vorsitzenden der Steueraussschüsse der Klasse IV haben überdies die An- und Abmeldungen solcher betriebssteuerpflichtigen Gewerbe, welche wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrages und Anlage- und Betriebskapitals von der Gewerbesteuer befreit sind, mit einem entsprechenden Vermerk an die zuständigen Betriebssteuer-Veranlagungsbehörden in Urschrift weiter zu geben.

2. Auf Grund dieser Mittheilungen (Nr. 1 Abs. 1 und 2), der ihnen etwa direkt zugegangenen An- und Abmeldungen und des ihnen sonst zur Verfügung stehenden Materials (vergl. unten V) haben die Betriebssteuer-Veranlagungsbehörden die Zu- und Abgänge an Betriebssteuer durch Führung eines Betriebssteuer-Notizregisters, in welches alle Zu- und Abgangsfälle einzutragen sind (vergl. Muster C), zu wahren.

Die im §. 61 des Gewerbesteuergesetzes bezeichneten vorübergehenden Betriebe sind als solche in der Spalte „Bemerkungen“ des Betriebssteuer-Notizregisters zu bezeichnen.

Bei Verlegung einer Betriebsstätte innerhalb derselben Gemeinde oder in eine andere Gemeinde desselben Kreises ist die Aenderung lediglich in der Betriebssteuer-Nachweisung (Spalte 5 bezw. 2) zu vermerken (vergl. Artikel 2 Nr. 2 Abs. 3). Ebenso ist in denjenigen Fällen zu verfahren, wo ein betriebssteuerpflichtiges Gewerbe nach dem Tode des Inhabers von den Erben unverändert fortgesetzt wird (vergl. oben II Abs. 3 dieses Artikels).

3. Bei der Anmeldung der im §. 61 des Gewerbesteuergesetzes bezeichneten vorübergehenden Betriebe haben sich die Gewerbetreibenden nach Bedürfnis darüber, ob beziehungsweise in welcher Klasse sie zur Gewerbesteuer veranlagt sind, durch Vorlegung der Gewerbesteuerzusschrift oder, wenn die Verhältnisse nicht ohnedies genügend bekannt sind, durch eine Bescheinigung des Vorsitzenden des Steueraussschusses der Klasse IV, in dessen Veranlagungsbezirk ihr Wohnort belegen ist, auszuweisen.

In den zu einem Landkreise gehörigen Gemeinden ist von den Anmeldungen vorübergehender betriebssteuerpflichtiger Betriebe (abweichend von der Vorschrift im Artikel 26 Nr. 5 Abs. 1 der Anweisung vom 10. April 1892) nicht dem Vorsitzenden des Steueraussschusses der Klasse IV, sondern dem Landrath Anzeige zu erstatten. Von größeren Betrieben dieser Art, bei denen ein Ertrag von annähernd 1500 Mark oder ein Anlage- und Betriebskapital von 3000 Mark in Frage kommen kann, hat der Landrath dem zuständigen Vorsitzenden des Steueraussschusses Kenntniß zu geben.

4. Von jedem Betriebssteuer-Zu- und Abgange und jedem Wechsel in der Person des betriebssteuerpflichtigen ist der Hebestelle behufs Regelung der Erhebung alsbald Mittheilung zu machen. Zu dem Zwecke haben die Betriebssteuer-Veranlagungsbehörden in den Landkreisen und in Berlin die Gemeindevorstände oder auf deren Ersuchen direkt die mit der Erhebung beauftragte Stelle von jeder eingetretenen Veränderung sogleich zu benachrichtigen.

Hinsichtlich der Ausfertigung und Behändigung der Steuerzuschriften für die hinzutretenden Betriebssteuerpflichtigen ist nach den Anordnungen im Artikel 5 unter Nr. 4 Abs. 1 und 2 zu verfahren.

In den Landkreisen hat der Landrath vor dem Schlusse eines jeden Vierteljahrs die in dem Vierteljahre eingetretenen Betriebssteuer-Zu- und Abgänge gemeindeweise summarisch der Kreiskommunalkasse mitzutheilen (§. 13 Abs. 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893).

5. Am Ende des Rechnungsjahres haben die Veranlagungsbehörden auf Grund der Betriebssteuer-Nachweisung und des Betriebssteuer-Notizregisters das berichtigte Betriebssteuersoll des Kreises — in den Landkreisen auch das der Gemeinden — zu ermitteln und der Kreishauptkasse (Kreiskommunalkasse, Stadtkasse), in Berlin dem Magistrat oder der von demselben bezeichneten Verwaltungsstelle mitzutheilen.

V. Ein wesentliches Hülfsmittel bei der Kontrolle der Zugänge gewährt der §. 66 des Gewerbesteuergesetzes. In Gemäßheit desselben haben die zur Ertheilung der Erlaubniß für die im Artikel 1 Nr. 1 bezeichneten Betriebe oder für die Eröffnung neuer Betriebsstätten zuständigen Behörden von jeder Erlaubnißertheilung der zuständigen Betriebssteuer-Veranlagungsbehörde Mittheilung zu machen, wobei die nöthigen Angaben über Art und Localität des Betriebes, sowie ob derselbe ein ständiger oder vorübergehender ist, zu machen sind.

Auch in dieser Beziehung sind möglichst einfache Geschäftsformen zu vereinbaren und die zwischen den beiderseits theilhaftigen Behörden ohnehin bestehenden amtlichen Beziehungen (z. B. Kreisaußschuß und Landrath) zu berücksichtigen.

Artikel 8.

Erhebung.

(§. 63 Abs. 4 des Gewerbesteuergesetzes, §. 1, §. 12 Nr. 3, §. 13 Abs. 1 und 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

Mit dem 1. April 1895 wird die Betriebssteuer gegenüber der Staatssteuer außer Hebung gesetzt.

Die Gutsbezirke und Gemeinden — letztere soweit sie nicht besondere Betriebssteuern erheben — haben alsdann die Betriebssteuer in den nach den Vorschriften dieser Anweisung veranlagten Beträgen von den Pflichtigen ihres Bezirkes zu erheben und in den Landkreisen am Schlusse eines jeden Vierteljahrs an die Kreiskommunalkasse abzuführen.

Die Betriebssteuer ist binnen 2 Wochen nach erfolgter Behändigung der Steuerzuschrift in einer Summe zu entrichten. Abweichend hiervon haben jedoch die im §. 61 des Gesetzes bezeichneten Steuerpflichtigen die ihnen auferlegten Steuerbeträge vor Eröffnung des Betriebes zu bezahlen oder, falls bis dahin die Steuerzuschrift noch nicht behändigt ist, einen von dem Gemeindevorstande zu bestimmenden, keinesfalls aber den vollen Steuersatz übersteigenden Geldbetrag bei der gleichzeitig zu bezeichnender Hebestelle der Betriebssteuer zur Deckung der Steuer zu hinterlegen, widrigenfalls ihnen die Ausübung des Betriebes untersagt werden kann (vergl. Abs. 4 und 5).

Außerdem gewährt das Gesetz für die Betriebssteuer das besondere Zwangsmittel der Gewerbslegung.

Nach fruchtloser Zwangsvollstreckung kann bis zur vollständigen Entrichtung des Rückstandes die fernere Ausübung des betriebssteuerpflichtigen Betriebes untersagt und die Einstellung desselben durch Schließung und Versiegelung der Geschäftsräume erzwungen werden. Von diesem Zwangsmittel ist besonders dann Gebrauch zu machen, wenn begründeter Verdacht vorliegt, daß der Steuerpflichtige sich der Entrichtung der Betriebssteuer böswilliger Weise zu entziehen sucht, und zwar in Landkreisen nur auf Anordnung des Landrathes, dem seitens des Gemeindevorstandes von jeder fruchtlosen Zwangsvollstreckung Mittheilung zu machen ist. Dieser Anordnung bedarf es zur Untersagung des Betriebes in den Fällen des Absatzes 3 Satz 2 nicht. Zur Erzwingung der Einstellung des Betriebes durch Schließung und Versiegelung der Geschäftsräume ist die polizeiliche Hülfe in Anspruch zu nehmen. Wenn in denselben Geschäftsräumen ein betriebssteuerpflichtiges Gewerbe in Verbindung mit einem nicht betriebssteuerpflichtigen betrieben wird (z. B. Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein in Verbindung mit Materialwaarenhandel), so hat sich die Gewerbslegung nur auf die zur Ausübung des betriebssteuerpflichtigen Gewerbes erforderlichen Waarenvorräthe und Geräthschaften zu erstrecken.

Artikel 9.

Schlussbestimmungen.

Die Bestimmungen der Anweisung vom 10. April 1892 und der dazu erlassenen Zusatzbestimmungen über

1. die Zuwiderhandlungen und Nachbesteuerung (Abschnitt XI beziehungsweise VIII a. a. D.),
2. die Kosten (Artikel 56 beziehungsweise Abschnitt IX a. a. D.),
3. die Befugniß der Regierungen zum Erlaß ergänzender Vorschriften (Artikel 57 a. a. D.)

haben auf die Betriebssteuer sinngemäße Anwendung mit der Maßgabe, daß

- zu 1. a) eine Strafverfolgung auf Grund des §. 70 des Gewerbesteuergesetzes auch dann eintritt, wenn die Anmeldung eines betriebssteuerpflichtigen Betriebes in den im Artikel 7 zu I 1 a bis d vorstehend bezeichneten Fällen gar nicht oder zu spät erfolgt ist (vergl. Artikel 53 Nr. 1 der Anweisung vom 10. April 1892);
- b) daß in diesen Fällen (zu a) die im §. 60 des Gewerbesteuergesetzes beziehungsweise §. 12 Nr. 1 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern angegebenen Betriebssteuersätze, und wenn es sich um gewerbe- und betriebssteuerpflichtige Betriebe handelt, die Summe der einjährigen Gewerbe- und Betriebssteuer der gerichtlichen Entscheidung zu Grunde zu legen sind (vergl. Artikel 53 Nr. 3 a. a. D.);
- c) daß die Vorermittlungen zur Feststellung des Thatbestandes in allen Fällen von der zuständigen Betriebssteuer-Veranlagungsbehörde vorzunehmen sind.

Die der letzteren vorgelegte Regierung ist zum Erlaß der vorläufigen Strafverfügung und zur Festsetzung der Nachsteuer zuständig. Ergiebt sich hieraus bei dem gleichzeitigen Vorliegen einer Gewerbe- und Betriebssteuervertravention die Zuständigkeit verschiedener Regierungen, so ist von der nach Artikel 53 Nr. 2 der Anweisung vom 10. April 1892 zuständigen Regierung bezüglich der Gewerbe- und Betriebssteuer die vorläufige Strafverfügung zu erlassen beziehungsweise über die Abgabe der Sache an das Gericht zu befinden;

- zu 2. daß die Kosten der Formulare nach Muster A, B und C in den Stadtkreisen von den betreffenden Gemeinden zu tragen sind.

Berlin, den 5. März 1894.

Der Finanzminister.

Miquel.

Auszug

aus dem

Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 119).

§. 1.²⁾

Behufs Erleichterung und anderweitiger Regelung der öffentlichen Lasten der Gemeinden (Gutsbezirke) werden die folgenden direkten Staatssteuern gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt:

1. die nach den Gesetzen vom 21. Mai 1861 (Gesetzsamml. S. 253 und 317) sowie nach den hierzu ergangenen ergänzenden und abändernden Gesetzen veranlagte Grund- und Gebäudesteuer,
2. die nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 205) veranlagte Gewerbe- und Betriebssteuer.

§. 12.

Die auf die Betriebssteuer bezüglichen Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 gelangen nach Maßgabe folgender Bestimmungen zur Anwendung:

1. Erstreckt sich ein betriebssteuerpflichtiges Gewerbe über mehrere Kreise, so ist für jeden dieser Kreise die Hälfte der im §. 60 Nr. 1 und 2 a. a. D. bestimmten Steuersätze zu entrichten. Auf die im §. 60 Absatz 2 a. a. D. bezeichneten Betriebsstätten findet diese Bestimmung keine Anwendung.
2. Die Betriebssteuer wird in den Landkreisen vom Landrath, in den Stadtkreisen vom Gemeindevorstande, in Berlin von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern festgestellt. Diesen Behörden steht auch die Befugniß zur Herabsetzung der Betriebssteuer gemäß §. 61 und die anderweite Feststellung gemäß §. 65 Absatz 2 a. a. D. zu.
3. Die Betriebssteuer ist binnen zwei Wochen nach erfolgter Behändigung der Steuerzuschrift in einer Summe zu entrichten.

Die im §. 61 a. a. D. bezeichneten Steuerpflichtigen haben die Steuer vor Eröffnung des Betriebes zu entrichten, oder, falls bis dahin die Steuerzuschrift noch nicht behändigt ist, einen von dem Gemeinde- (Guts-) Vorstande zu bestimmenden Geldbetrag bei der gleichzeitig zu bezeichnenden Kasse zur Deckung der Steuer zu hinterlegen, widrigenfalls ihnen die Ausübung des Betriebes nach Maßgabe des §. 63 a. a. D. untersagt werden kann.

Anm. 12. Die sonstigen auf die Gewerbe- und Betriebssteuer bezüglichen Vorschriften dieses Gesetzes sind in der Anlage zu den Zusatzbestimmungen vom 5. März 1894 zur Ausführungsanweisung vom 10. April 1892 abgedruckt.

§. 13.

Die Gemeinden (Gutsbezirke) haben die Betriebssteuer in den veranlagten Beträgen (§. 12) von den Pflichtigen ihres Bezirks zu erheben.

Die Gemeinden (Gutsbezirke) der Landkreise haben die erhobenen Beträge am Schlusse eines jeden Vierteljahres an die Kreiskommunalkasse abzuführen.

Sofern die Gemeinden nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes besondere Betriebssteuern eingeführt haben, müssen sie denjenigen Betrag, welcher sich bei Anwendung der Bestimmungen der §§. 60 bis 69 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und des §. 12 des gegenwärtigen Gesetzes ergeben würde, an die Kreiskommunalkasse abführen.

Die Kreise haben das ihnen zufließende Aufkommen der Betriebssteuer (Abs. 2 und 3) zur Verrichtung ihrer Ausgaben zu verwenden.

Kreis
Stadtkreis

Muster A
zu Artikel 5 Nr. 1.

Betriebssteuer = Nachweisung

für das

Veranlagungsjahr 1895/96.

Bestimmungen zur Ausfüllung des Formulars.

1. Die Eintragung erfolgt gemeindeweise in alphabetischer Reihenfolge der Betriebssteuerpflichtigen. Innerhalb jeder Gemeinde ist die Trennung nach den im Muster angegebenen Abtheilungen I und II („Betriebe, welche geistige Getränke verabsolten, und Betriebe, die solche nicht verabsolten“) zu beobachten. Die Beträge Spalte 9 sind gemeindeweise aufzurechnen und am Schlusse der Nachweisung zu recapituliren.
2. Wenn ein betriebssteuerpflichtiger Betrieb sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, so ist in Spalte 2 auch derjenige Ort anzugeben, in welchem sich der Sitz der Geschäftsleitung befindet, oder — bei außerhalb Preußens domizilirten Unternehmungen — der in Preußen bestellte Vertreter seinen Wohnsitz hat.
3. Stimmt die Firma nicht mit dem Namen des Betriebssteuerpflichtigen überein, so erfolgt die Eintragung in Spalte 3 in der Weise, daß die Firma und unter derselben in Klammern die Inhaber namentlich aufgeführt werden.
4. Die Nachweisung kann für mehrere Jahre angelegt und gebraucht werden. Für jede Gemeinde und jede Abtheilung ist alsdann ein entsprechender Raum für Zugänge frei zu lassen.

Laufende Nummer.	Des Betriebssteuerpflichtigen		Bezeichnung		Für das Steuerjahr 1895/96			
	Wohnung (Straße und Hausnummer), Sitz der Geschäftsleitung.	Name und Vorname.	des Gewerbebetriebes.	der einzelnen betriebssteuerpflichtigen Betriebsstätten.	ist der Betriebssteuerpflichtige zur Gewerbesteuer veranlagt		beträgt die Betriebssteuer	
					in Klasse	unter Nr. der namentlichen Nachweisung	für die einzelnen Betriebe	für jeden Steuerpflichtigen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.

1. Gemeinde
Abtheilung I. Betriebe, welche

1.	Hauptstrasse 4.	Alves, Peter. (Inhaberin: Wittwe Caroline Alves.)	Schankwirth.	1. Hauptstrasse 4. 2. Birkenstrasse 6. 3. Berlinerstrasse 5.	III.	8	25 25 25	75
2.	Wassergasse 1.	Bernhardt, Wilhelm.	Kleinhandel mit Spiritus.	Wassergasse 1.	gewerbesteuerfrei	—	—	10
3.	Bahnhofstrasse 1.	Grote, Ludwig.	Gastwirth.	Bahnhofstrasse 1.	III.	6	—	25

Abtheilung II. Betriebe, welche geistige

1.	Marktstrasse 18, Sitz der Geschäftsleitung in N. N.	Anton, Carl.	Besitzer von 5 Selterswasserbuden.	—	IV.	15	—	15
2.	Mittelstrasse 25.	Hase, Ernst.	Kaffeeschänker.	—	gewerbesteuerfrei	—	—	10
3.	Wiesenstrasse 17.	Bolle, Martin.	Milch-ausschank in 20 Schankstätten.	—	I.	24	—	50
4.	Bahnhofstrasse 1.	Grote, Ludwig.	Selterswasser-ausschank.	Im Garten des Schützenhauses.	III.	6	—	25

Für das Steuerjahr 1896/97				Für das Steuerjahr 1897/98				Bemerkungen.
ist der Betriebs- steuerpflichtige zur Gewerbesteuer veranlagt		beträgt die Betriebssteuer		ist der Betriebs- steuerpflichtige zur Gewerbesteuer veranlagt		beträgt die Betriebssteuer		
in Klasse	unter Nr. der nament- lichen Nach- weisung	für die einzelnen Betriebe	für jeden Steuer- pflichtigen	in Klasse	unter Nr. der nament- lichen Nach- weisung	für die einzelnen Betriebe	für jeden Steuer- pflichtigen	
6.	7.	8.	9.	6.	7.	8.	9.	
								10.

N. N.
geistige Getränke verabfolgen.

								vergl. Abtheilung II Nr. 4.
--	--	--	--	--	--	--	--	-----------------------------

Getränke nicht verabfolgen.

								2 Buden befinden sich in A., 3 in N. N.
								der halbe Steuersatz, da Bolle auch in den Kreisen N. B. und T. Milchausschank betreibt.
								Vergl. Abtheilung I Nr. 4.

Betriebssteuer-Veranlagung.

Muster B
zu Artikel 6 Nr. 4.

Provinz

Regierungsbezirk

Kreis

Veranlagungsjahr 18... /...

Steuerzusage.

An
den

Portopl. Dienstsache.
frei.

zu

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß Sie zum Zwecke der kommunalen Besteuerung für (Zeitraum) unter Nr. ... der Nachweisung der betriebssteuerpflichtigen Betriebe wegen des Betriebes (nähere Angabe des Gewerbes: „Vierauschank, Weinauschank, Kleinhandel mit Spiritus, Gastwirtschaft unter Auschluss geistiger Getränke“ u. s. w.)

in 1.	(nähere Bezeichnung der einzelnen Betriebsstätten, auf welche ein besonderer Steuerfall veranlagt worden ist)	mit (Angabe der Steuerjähre)	M.
= 2.		=	=	=
= 3.		=	=	=
u. s. w.		=	=	=
insgesamt mit			M.

zur Betriebssteuer veranlagt sind.

Die Steuer ist binnen zwei Wochen nach erfolgter Behandlung dieser Steuerzusage in einer Summe (an die zu bezeichnende Hebestelle (Kommunalkasse, Ortserheber u. s. w.)) zu zahlen.¹³⁾

Die Betriebssteuer ist eine Jahressteuer und daher zu dem vollen veranlagten Betrage zu entrichten, auch wenn der Betrieb erst im Laufe des Steuerjahres begonnen oder vor Ablauf desselben eingestellt wird.

Eine etwaige Beschwerde wegen Verpflichtung zur Entrichtung der Betriebssteuer oder wegen der Höhe derselben ist unter Beifügung dieser Steuerzusage bei dem unterzeichneten Landrath (Gemeindevorstand) binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten, welche mit dem auf die Zustellung dieser Steuerzusage folgenden Tage beginnt, schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einlegung der Beschwerde nicht aufgehalten, muß vielmehr mit Vorbehalt späterer Erstattung in der vorgeschriebenen Frist erfolgen.

In Ihrem eigenen Interesse werden Sie aufgefordert, Ihren Gewerbebetrieb im Falle der Einstellung oder Veräußerung unter Angabe der oben bezeichneten Nummer bei dem unterzeichneten Landrath (Gemeindevorstand) sofort schriftlich abzumelden, diesem auch jede Veränderung der Firma, der Inhaber, des Gewerbebetriebes, des Sitzes der Geschäftsleitung, des Geschäftslokals beziehungsweise der einzelnen Betriebsstätten mitzutheilen.

(Ort und Datum.)

Der Landrath (Gemeindevorstand).

(Unterschrift.)

Ann. 13. Bei den auf Grund des §. 61 des Gewerbesteuergesetzes betriebssteuerpflichtigen ist das Formular der Bestimmung im §. 12 Nr. 3 Absatz 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern entsprechend abzuändern.

Kreis

Stadtkreis

Veranlagungsjahr 18...../.....

Betriebssteuer = Notizregister.

Bestimmungen zur Ausfüllung des Formulars.

1. In dieses für den Zu- und Abgang getrennt zu führende Register sind alle im Laufe des Steuerjahres gegen die Betriebssteuer-Nachweisung eintretenden Veränderungen hinsichtlich des Steuerbetrages, der Person des Steuerpflichtigen und der steuerpflichtigen Betriebsstätten aufzunehmen. Auch solche Veränderungen sind in demselben zu vermerken, welche, wie z. B. Einstellungen betriebssteuerpflichtiger Betriebe, erst mit dem Beginn des nächsten Steuerjahres wirksam werden.
2. Stimmt die Firma nicht mit dem Namen des Gewerbetreibenden überein, so erfolgt die Eintragung in den Spalten 2 des Zugangs und 3 des Abgangs in der Weise, daß die Firma und unter derselben in Klammern die Inhaber namentlich aufgeführt werden.
3. Wenn ein Gewerbebetrieb sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, so ist in den Spalten 3 des Zugangs und 4 des Abgangs auch derjenige Ort anzugeben, in welchem sich der Sitz der Geschäftsleitung befindet oder — bei außerhalb Preußens domizilierten Unternehmungen — der in Preußen bestellte Vertreter seinen Wohnsitz hat.
4. Vergleiche auch die Bestimmungen im Artikel 7 IV Nr. 2 Absatz 2 und 3.

Z u g a n g.

[illegible]

A b g a n g.

Laufende Nummer.	Nummer der Betriebssteuer-Nachweisung oder des Notizregisters.	Des Betriebssteuerpflichtigen		Abgehen der Betriebssteuerbetrag.	Begründung des Abganges.	Bemerkungen.
		Wohnort, Wohnung (Straße und Hausnummer). Sitz der Geschäftsleitung.	Name und Vorname.			
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.

Anweisung

des

Finanzministers vom 3. April 1894 zur Ausführung des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893.

Gesetzsamml. S. 131 (§. 53).

Erster Theil.

Grundsätze der Besteuerung.

Erster Abschnitt.

Steuerpflicht.

Artikel 1.

Unbeschränkte Steuerpflicht.

(§. 21 des Gesetzes.)

Physische Personen unterliegen der Ergänzungsteuer mit ihrem gesammten steuerbaren Vermögen (Artikel 4 bis 6) unter denselben Voraussetzungen, unter welchen sie gemäß Artikel 1 Nr. 1 bis 3 der Anweisung vom 5. August 1891¹⁾ mit ihrem gesammten Einkommen der Einkommensteuer unterliegen.

Anm. 1. Diese Bestimmungen lauten:

Artikel 1.

Unbeschränkte Steuerpflicht.

(§. 1 Nr. 1 bis 3 des Gesetzes.)

Mit ihrem gesammten Einkommen unterliegen der Einkommensteuer:

1. die preussischen Staatsangehörigen,^{*)} mit Ausnahme derjenigen,
 - a) welche, ohne in Preussen einen Wohnsitz (§. 1 Abs. 2 des Reichsgesetzes wegen Befreiung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 — Bundesgesetzbl. S. 119^{**)} zu haben, in einem anderen Bundesstaate^{***)} oder in einem deutschen Schutzgebiete wohnen oder sich aufhalten;

Anm. ^{*)} Für die Beurtheilung der Staatsangehörigkeit sind die Vorschriften des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (Reichsgesetzbl. S. 135) maßgebend.

Anm. ^{**)} Dasselbe lautet:

§. 1.

Ein Deutscher darf vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§. 3 und 4 zu den direkten Staatssteuern nur in demjenigen Bundesstaate herangezogen werden, in welchem er seinen Wohnsitz hat.

Einen Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat ein Deutscher an dem Orte, an welchem er eine Wohnung unter Umständen hat, welche auf die Absicht der dauernden Verbleibung einen solchen schließen lassen.

§. 2.

Ein Deutscher, welcher in seinem Bundesstaate einen Wohnsitz hat, darf nur in demjenigen Staate, in welchem er sich aufhält, zu den direkten Staatssteuern herangezogen werden.

Hat ein Deutscher in seinem Heimathstaate und außerdem in anderen Bundesstaaten einen Wohnsitz, so darf er nur in dem ersten von den direkten Staatssteuern herangezogen werden.

In Bundes- oder Staatsdiensten stehende Deutsche dürfen nur in demjenigen Bundesstaate besteuert werden, in welchem sie ihren ständigen Wohnsitz haben.

§. 3.

Der Grundbesitz und der Betrieb eines Gewerbes, sowie das aus diesen Quellen herrührende Einkommen darf nur von demjenigen Bundesstaate besteuert werden, in welchem der Grundbesitz liegt oder das Gewerbe betrieben wird.

§. 4.

Gehalt, Pension und Bartegeld, welche deutsche Militärpersonen und Staatsbeamte, sowie deren Hinterbliebene aus der Kasse eines Bundesstaates beziehen, sind nur in demjenigen Staate zu versteuern, welcher die Zahlung zu leisten hat.

§. 5.

An den Einkünften, welche der Wohnsitz oder Aufenthalt außerhalb des Bundesgebietes auf die Steuerpflicht eines Deutschen bezieht, wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

§. 6.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1891 in Wirksamkeit.

Anm. ^{***)} Ein Bundesstaat, in dem das Reichsland Elsaß-Lothringen liegt.

Actiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften und andere nicht physische Personen unterliegen der Ergänzungssteuer nicht.

Artikel 2.

Beschränkte Steuerpflicht.

(§. 2 II des Gesetzes.)

1. Physische Personen, auf welche die Voraussetzungen der allgemeinen Steuerpflicht (Artikel 1) nicht zutreffen, unterliegen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt der Ergänzungssteuer nur nach dem Werthe

a) ihres Preussischen Grundbesizes,

b) ihres dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft,²⁾ dem Betriebe des Bergbaues oder eines stehenden Gewerbes in Preußen dienenden Anlage- und Betriebskapitals.

2. Die Land- und Forstwirtschaft sowie der Bergbau (Nr. 1b) gelten als in Preußen betrieben, sofern die Grundstücke oder Bergwerke, auf denen der Betrieb stattfindet, innerhalb des Preussischen Staatsgebietes belegen sind. Ob der Betrieb auf eigenen oder fremden Grundstücken (z. B. pachtweise) stattfindet, macht keinen Unterschied.

3. Unter die Bestimmung zu 1b fällt nicht jede in Preußen geübte gewerbliche Thätigkeit, sondern nur eine solche, die als Ausübung eines stehenden Gewerbebetriebes anzusehen ist.

Als stehende Betriebe gelten nicht nur die dem Gewerbe dienenden sichtbaren Anstalten, wie Zweigniederlassungen, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstellen, Speicher, Waarenlager, Comptoire, sondern auch alle Geschäftseinrichtungen, welche sich als Ausübung eines stehenden Gewerbes in Preußen darstellen; insbesondere genügt die Ausübung des stehenden Gewerbes durch dauernd sich zu diesem Zwecke in Preußen aufhaltende Geschäftstheilnehmer, Prokuristen, Agenten oder andere ständige Vertreter. Es macht keinen Unterschied, ob die Vertreter in einem Dienstverhältnisse zu dem Inhaber des Gewerbes

b) welche neben einem Wohnsitz in Preußen in einem anderen Bundesstaate oder in einem deutschen Schutzgebiete ihren dienstlichen Wohnsitz (§. 2 Abs. 3 a. a. D.) haben;

c) welche, ohne in Preußen einen Wohnsitz zu haben, seit mehr als zwei Jahren sich im Auslande*) dauernd aufhalten.

Bei Berechnung der zweijährigen Dauer werden die verschiedenen Abschnitte eines unterbrochenen Aufenthaltes im Auslande nicht zusammengerechnet. Die Steuerpflicht lebt wieder auf, sobald eine der beiden Voraussetzungen für die Befreiung fortfällt, also entweder ein Wohnsitz in Preußen begründet, oder der Aufenthalt im Auslande wieder aufgegeben wird und nicht etwa Umstände vorliegen, welche die Steuerpflicht nach den Vorschriften zu Nr. 1a oder b ausschließen. Eine nur vorübergehende z. B. besuchsweise Rückkehr nach dem Inlande begründet den Wiedereintritt der einmal erloschenen Steuerpflicht nicht.

Auf Reichs- und Staatsbeamte einschließlich der Offiziere, welche im Auslande ihren dienstlichen Wohnsitz haben und dort zu entsprechenden direkten Staatssteuern nicht herangezogen werden, findet die Ausnahme unter c keine Anwendung.

Die Annahme einer entsprechenden Besteuerung, deren Nachweis dem beteiligten Beamten obliegt, wird durch die abweichende Form der ausländischen Steuer nicht ausgeschlossen.

2. Diejenigen Angehörigen anderer Bundesstaaten,

a) welche, ohne in ihrem Heimathstaate einen Wohnsitz zu haben, in Preußen wohnen oder, ohne im Deutschen Reich einen Wohnsitz zu haben, sich in Preußen aufhalten;

b) welche in Preußen ihren dienstlichen Wohnsitz (§. 2 Abs. 3 a. a. D.) haben.

3. Diejenigen Ausländer,

a) welche in Preußen einen Wohnsitz haben;

b) welche sich daselbst des Erwerbes wegen aufhalten;

c) welche sich daselbst, sofern die Voraussetzungen zu a und b nicht zutreffen, ununterbrochen länger als ein Jahr aufhalten, sei es an demselben Orte, sei es hintereinander an verschiedenen Orten.

Durch eine nur vorübergehende Abwesenheit wird die einmal begründete Steuerpflicht des Ausländers nicht aufgehoben.

Anm. 2. Wo in dieser Anweisung der Ausdruck „Land- und Forstwirtschaft“ gebraucht wird, ist darunter die Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Viehzucht, Fischerei, Jagd, des Wein-, Obst- und Gartenbaues sowie der land- oder forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe zu verstehen.

Anm. 3. Unter „Ausland“ und „Ausländer“ sind nur außerdeutsche Staaten und Angehörige derselben zu verstehen. Die deutschen Schutzgebiete gelten als Inland (§. 6 Abs. 3 des Gesetzes vom 15. März 1888, Reichsgesetzbl. S. 71).

stehen, oder ohne ein solches die Vertretung auf Grund ausdrücklich ertheilter oder stillschweigend erklärter, auf Grund allgemeiner oder besonderer Ermächtigung ausüben.³⁾

Die persönliche Steuerpflicht der Vertreter richtet sich nach den Vorschriften des Artikels 1.

4. Wegen der zum Anlage- und Betriebskapital gehörigen Werthe wird auf Artikel 10 bis 12 verwiesen.

Artikel 3.

Steuerbefreiungen.

(§. 3 des Gesetzes.)

Befreit von der Ergänzungssteuer sind die gemäß §. 3 des Einkommensteuergesetzes von der Einkommensteuer befreiten Personen, nämlich

1. die Mitglieder des königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses;
2. die Mitglieder des vormaligen hannoverschen Königshauses, des vormaligen kurhessischen und des vormaligen herzoglich Nassauischen Fürstenhauses;
3. die bei Sr. Majestät dem Kaiser und König beglaubigten Vertreter (Botschafter, Gesandte, Geschäftsträger) fremder Mächte, die Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten zum Bundesrathe, sowie die ihnen zugewiesenen Beamten, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit;
4. die in Diensten der zu 3 bezeichneten Vertreter, Bevollmächtigten und Beamten stehenden Personen, soweit dieselben Ausländer⁴⁾ sind;
5. diejenigen Personen, denen sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen, mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung von Personalsteuern zukommt. Hierher gehören insbesondere auch die Verufskonsuln derjenigen fremden Mächte, mit denen durch Konsularkonvention die Befreiung der beiderseitigen Konsuln von persönlichen Abgaben verabredet ist, dagegen weder die als Konsuln fremder Mächte fungirenden preussischen Staatsangehörigen, noch das Dienstpersonal der Verufskonsuln.⁵⁾

Die Befreiungen zu 3, 4 und 5 erstrecken sich nicht auf das im Artikel 2 bezeichnete Vermögen, es müßte denn die Vereinbarung (Nr. 5) auch hierauf gerichtet sein, und bleiben in denjenigen Fällen überhaupt ausgeschlossen, in welchen in den betreffenden Staaten Gegenseitigkeit nicht gewährt wird.

Zweiter Abschnitt.

Maßstab der Besteuerung.

I. Allgemeine Grundsätze.

Artikel 4.

Steuerbares Vermögen.

(§. 4 des Gesetzes.)

Der Ergänzungssteuer unterliegt das gesammte Vermögen der gemäß Artikel 1 steuerpflichtigen Personen, soweit nicht einzelne Vermögenstheile in den folgenden Vorschriften davon ausgenommen sind, und zwar nach Abzug der Schulden (Artikel 17).

I. Insbesondere gehören zum steuerbaren Vermögen:

1. Grundstücke nebst allem Zubehör (Artikel 7);
2. Vergewerkeigenthum, Nießbrauchs- und andere selbstständige Rechte und Gerechtigkeiten (Artikel 8, 9);

Ann. 3. Vergl. Artikel 3 Nr. 1 Absatz 2 der Anweisung vom 10. April 1892 zur Ausführung des Gewerbesteuergegesetzes und Artikel 2 c der Anweisung vom 5. August 1891 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes.

Ann. 4. D. h. Personen, die nicht Angehörige eines zum Deutschen Reiche oder zu einem deutschen Schutzgebiete gehörigen Staates oder Landes sind.

Ann. 5. Vergl. Artikel 341 Nr. 1 bis 5 der Anweisung vom 5. August 1891.

3. das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Gewerbes dienende Anlage- und Betriebskapital (Artikel 10 bis 12);

4. das sonstige Kapitalvermögen (Artikel 13 bis 16).

II. Ob die einzelnen Vermögensgegenstände (Nr. 1 bis 4) dem Steuerpflichtigen einen Ertrag gewähren oder nicht, macht keinen Unterschied und kommt nur insofern in Betracht, als die Höhe des Ertrages auf die Bemessung des Werthes von Einfluß sein kann.

III. Nicht als steuerbares Vermögen gelten alle beweglichen körperlichen Sachen, welche weder als Zubehör zu einem Grundstücke (Artikel 7 Nr. 1), noch zu einem Anlage- und Betriebskapitale (Artikel 10 III), noch zum Kapitalvermögen (Artikel 13 Nr. 2) gehören.

Hiernach bleiben bei der Veranlagung namentlich außer Anseh: Möbel, Hausrath, Kleidungsstücke, Schmucksachen und andere Kostbarkeiten, Bücher, Reit- und Wagenpferde, Equipagen, Sammlungen und Vorräthe aller Art, insofern diese Gegenstände nicht Erwerbszwecken dienen, sondern lediglich zum persönlichen Gebrauch oder zum Verbrauch im Haushalt, zur Ausschmückung der Wohnräume, zur Belehrung, Unterhaltung oder Erhöhung des Lebensgenusses bestimmt sind.

Ingleichen bleiben außer Anseh: alle der Ausübung einer künstlerischen, wissenschaftlichen oder einer sonstigen nicht unter den Begriff des Gewerbebetriebes fallenden Berufsthätigkeit gewidmeten beweglichen Sachen (Bibliotheken der Gelehrten und Beamten, Instrumente der Ärzte und Musiker, Arbeitsmittel der Künstler, Bureaueinrichtungen der Rechtsanwälte und dergleichen).

Artikel 5.

Werthbestimmung.

(§§. 9, 10, 16 Abs. 1—3 des Gesetzes.)

Bei Berechnung und Schätzung des steuerbaren Vermögens (Artikel 4) wird der Bestand und gemeine Werth der einzelnen Theile desselben zur Zeit der Veranlagung (Vermögensanzeige) zu Grunde gelegt, soweit nicht im Nachstehenden etwas Anderes bestimmt ist.

1. Der gemeine Werth ist derjenige, den ein Vermögensgegenstand für jeden Besitzer haben kann.

Der Werth von Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten, die einem jeden Besitzer schätzbar sind, wird dem gemeinen Werthe beigechnet.

Der durch besondere Umstände bedingte außerordentliche Werth eines Gegenstandes oder der Werth der besonderen Vorliebe, wie er aus zufälligen Eigenschaften oder Verhältnissen entsteht, die dem Gegenstande in der Meinung oder nach den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Besitzers einen Vorzug vor anderen Gegenständen gleicher Art beilegen, bleiben unberücksichtigt.

2. Maßgebend für die Feststellung des Vermögensbestandes und Werthes ist die Zeit der Veranlagung. Als solche gilt für die ordentliche Hauptveranlagung der Zeitraum vom Beginne der Frist für die Abgabe der freiwilligen Vermögensanzeigen (Artikel 36) bis zum Beginne derjenigen Periode (§. 37 des Gesetzes), für welche die Veranlagung erfolgt. Innerhalb dieser Grenzen ist für die Veranlagung des einzelnen Steuerpflichtigen der zur Zeit des betreffenden Veranlagungsaktes bekannte Vermögensbestand bestimmend.

Ist bei Abgabe der Vermögensanzeige oder bei der Beschlußfassung über die Veranlagung bereits bekannt, daß vor oder mit dem Beginne der bezeichneten Veranlagungsperiode (1. April) rechnungsmäßig nachweisbare Aenderungen im Bestande des Vermögens eintreten werden, so sind dieselben zu berücksichtigen.

Treten bis zum 1. April des betreffenden Jahres nicht berücksichtigte Aenderungen dieser Art ein, so kann eine entsprechende Berichtigung der Veranlagung im Wege der Rechtsmittel (Berufung, Beschwerde) beansprucht werden.

Nach dem Beginne der Veranlagungsperiode (1. April) eintretende Vermehrungen oder Verminderungen des Vermögens finden nur nach Maßgabe der Vorschriften §§. 38, 39 des Gesetzes Berücksichtigung.

3. Steuerpflichtige, welche Forst- oder Landwirthschaft, Bergbau oder ein Gewerbe betreiben, und über ihren Betrieb alljährlich ordnungsmäßige Abschlüsse machen, können verlangen, daß bei der Berechnung und Schätzung ihres steuerbaren Vermögens nicht der zur Zeit der Veranlagung (Nr. 2), sondern der am Schlusse des letzten Wirthschafts- oder Rechnungsjahres vorhandene Vermögensbestand und Werth zu Grunde gelegt werde.

Vorausgesetzt ist hierbei jedoch, daß seit dem letzten Abchlusse nicht Aenderungen am Vermögensstande eingetreten sind, welche gemäß §. 38 des Gesetzes sogar im Laufe des Steuerjahres eine anderweite Veranlagung begründen.

Unter dieser Voraussetzung sind Landwirthe und Gewerbetreibende, welche beispielsweise ihr Wirtschaftsjahr oder Geschäftsjahr mit dem 30. Juni oder 30. September abschließen, befugt, der im Januar abzugebenden freiwilligen Vermögensanzeige den für den letztvergangenen 30. Juni beziehungsweise 30. September aufgestellten Abschluß zu Grunde zu legen.

Das Gleiche gilt, auch abgesehen vom Falle der Vermögensanzeige, wenn im Veranlagungs- oder Rechtsmittelverfahren zum Zwecke der Feststellung des Vermögensstandes auf die Bücher des Steuerpflichtigen zurückgegriffen wird.

Der Abschluß ist nur maßgebend für den der Vermögensberechnung zu Grunde zu legenden Zeitpunkt. Die Berechnung selbst und die dabei anzuwendenden Grundsätze unterliegen der Prüfung und nöthigenfalls Berichtigung.

4. Die Werthermittelung muß für jeden einzelnen Theil des Vermögens besonders erfolgen. Unter den einzelnen Theilen sind die wirtschaftlich nicht zusammengehörigen selbstständigen Bestandtheile des Vermögens zu verstehen, z. B. die verschiedenen Einzelposten, aus denen das Kapitalvermögen sich zusammensetzt, sofern sie bekannt sind, oder mehrere, unabhängig von einander bewirtschaftete Landgüter.

Dagegen sind die zu einer wirtschaftlichen Einheit gehörigen Vermögenstheile bei der Würdigung des Werthes nicht von einander zu trennen, sondern mit ihrem Werth im Ganzen zutreffend zu erfassen.

5. Bei Feststellung des Vermögensstandes bleiben — unbeschadet der Vorschriften des Artikels 16 — diejenigen Rechte und Lasten außer Betracht, die von einer noch nicht eingetretenen aufschiebenden Bedingung (Suspensivbedingung) oder von einem noch nicht eingetretenen, nur hinsichtlich des Zeitpunktes seines Eintrittes ungewissen Ereignisse abhängen.

Rechte und Lasten, deren Fortdauer von einer noch nicht eingetretenen auflösenden Bedingung (Resolutivbedingung) oder von einem nur hinsichtlich des Zeitpunktes seines Eintrittes ungewissen Ereignisse abhängt, kommen wie unbedingte in Anrechnung.

Artikel 6.

Anrechnung fremden Vermögens.

(§. 5 des Gesetzes.)

I. Außer dem eigenen Vermögen werden dem Steuerpflichtigen in folgenden Fällen ihm nicht gehörige Vermögen oder Vermögenstheile angerechnet:

1. Die zu einer Fideikommißstiftung gehörigen Vermögen oder Vermögenstheile werden dem jeweiligen Fideikommißbesitzer hinzugerechnet.

Als Fideikommiße im Sinne des vorigen Absatzes gelten alle von Todes wegen oder unter Lebenden getroffenen Anordnungen, kraft deren gewisse Vermögensgegenstände der Familie für immer oder für mehr als zwei Generationen erhalten bleiben sollen (§. 3 des Erbschaftssteuergesetzes in der Fassung vom 24. Mai 1891, Gesetzsaml. S. 78).

Die Anrechnung findet auch bezüglich derjenigen zum Fideikommiß gehörigen Vermögenstheile statt, welche der Nutzung des Fideikommißbesizers nicht unterliegen. Wegen Abrechnung der auf dem Fideikommiß haftenden Schulden, Anpanagen u. s. w. wird auf Artikel 17 I und II verwiesen.

2. Das zu einer ungetheilten Nachlassmasse gehörige Vermögen wird den Erben nach Verhältniß ihres Erbtheils zugerechnet.

Falls einzelne Erben abgefunden sind, oder die Auseinandersetzung nur hinsichtlich eines Theiles der Nachlassmasse stattgefunden hat, wird der ungetheilt gebliebene Rest der Masse den dabei noch beteiligten Erben nach Verhältniß ihres Antheils zugerechnet.

Voraussetzung der Anrechnung ist in allen Fällen, daß sowohl das Erbrecht als auch die Erbtheile feststehen; soweit das eine oder das andere nicht der Fall ist, bleibt die Veranlagung bezüglich des zur Nachlassmasse gehörigen Vermögens ausgelegt.

3. Den Theilhabern einer offenen Handelsgesellschaft, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Reichsgesetz vom 20. April 1892, Reichsgesetzbl. S. 477) oder anderer Erwerbsgesellschaften sind die zum Anlage- und Betriebskapital der Gesellschaft gehörigen Werthe (Artikel 10 III, Artikel 12 Nr. 2) nach Maßgabe ihres Anthells an der Gesellschaft hinzuzurechnen.

Auf Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und die gemäß §. 1 Nr. 4, 5 des Einkommensteuergesetzes einkommensteuerpflichtigen eingetragenen Genossenschaften und Konsumvereine findet die Bestimmung im Absatz 1 keine Anwendung (vergl. Artikel 13 Nr. 1 und Anmerkung 15 dazu).

4. Dem eigenen Vermögen des Steuerpflichtigen wird das etwaige besondere Vermögen derjenigen Haushaltsangehörigen hinzugerechnet, deren Einkommen ihm gemäß Artikel 6 der Anweisung vom 5. August 1891⁶⁾ bei der Veranlagung zur Einkommensteuer anzurechnen ist.

Muß nach den Vorschriften im Artikel 6 a. a. O. die selbstständige Veranlagung der dort bezeichneten Personen zur Einkommensteuer erfolgen, so sind sie mit ihrem dem Haushaltsvorstande nicht zugerechneten steuerbaren Vermögen auch selbstständig zur Ergänzungssteuer nach Maßgabe der Vorschriften dieser Anweisung zu veranlagern.

Die Bestimmung im Absatz 2 findet auch Anwendung, wenn die Veranlagung zur Einkommensteuer nur deshalb unterbleibt, weil das steuerpflichtige Einkommen des betreffenden Haushaltsangehörigen den Betrag von 900 Mark nicht übersteigt. Bezieht beispielsweise der Haushaltsangehörige nur ein der Verfügung des Haushaltsvorstandes nicht unterliegendes Zinseinkommen von 840 Mark aus einem Kapitalvermögen von 21 000 Mark, so bleibt der Haushaltsangehörige zwar von der Einkommensteuer frei, wird aber nach dem Vermögen von 21 000 Mark mit dem Ergänzungssteuersatz von 3 Mark (Artikel 20 Nr. 2) zur Ergänzungssteuer veranlagt. Beträgt unter übrigens gleichen Voraussetzungen der Werth des Kapitalvermögens nur 19 000 Mark, so ist der Haushaltsangehörige gemäß Artikel 19 Nr. 2 auch von der Ergänzungssteuer freizustellen.

II. Vermögenstheile oder Gegenstände, welche nicht zum steuerbaren Vermögen im Sinne des Artikels 4 gehören, bleiben auch in den Fällen zu I Nr. 1 bis 4 außer Ansatz.

Anm. 6. Artikel 6 der Anweisung vom 5. August 1891 lautet:

Artikel 6.

Einkommen der Haushaltsangehörigen.

(§. 11 des Gesetzes.)

- I. Dem eigenen Einkommen des Steuerpflichtigen (Artikel 1) ist zuzurechnen das etwaige besondere Einkommen:

1. der Ehefrau und zwar ohne Rücksicht auf das zwischen den Eheleuten geltende Güterrecht, namentlich auch dann, wenn das Einkommen der Ehefrau vorbehalten oder sonst dem Nießbrauche des Mannes entzogen ist.

Nur wenn die Ehefrau dauernd von dem Ehemanne getrennt lebt, ist sie auch bei bestehender Ehe selbstständig zu veranlagern;

2. der Kinder, einschließlich der angenommenen, Stief- und Pflegekinder, welche von dem Familienhaupte in oder außer dem Hause Wohnung und Unterhalt empfangen.

Dieselben sind jedoch selbstständig zu veranlagern, wenn sie ein der Verfügung des Haushaltsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen beziehen.

Als der Verfügung des Haushaltsvorstandes nicht unterliegend gilt insbesondere das Einkommen:

- a) aus Gewerbebetrieb, aus Arbeit oder anderer Gewinn bringender Thätigkeit außerhalb der Wirtschaft oder des Gewerbes des Haushaltsvorstandes,
- b) aus Thätigkeit in der Wirtschaft oder dem Gewerbe des Haushaltsvorstandes, sofern dafür Gehalt oder Lohn in baarem Gelde — nicht nur ein Taschengeld — gewährt wird,
- c) aus Vermögen, dessen Genuß dem Haushaltsvorstande nicht zusteht.

Das besondere Einkommen der Kinder u. s. w. aus den vorbezeichneten Quellen (a bis c) ist dem Haushaltsvorstande auch dann nicht anzurechnen, wenn dasselbe den Betrag von 900 Mark nicht übersteigt.

- II. Geschwister, Eltern, Schwiegereltern, entferntere Verwandte und Verchwägerte, welche mit dem Steuerpflichtigen einen Haushalt bilden, werden in der Regel selbstständig veranlagt.

Nur wenn sie kein zur Bestreitung des notwendigen Unterhaltes ausreichendes eigenes Einkommen, auch keinen Rechtsanspruch auf zu ihrem Unterhalte ausreichende Leistungen des Haushaltsvorstandes haben (Auszug, Allenzettel und dergleichen), sondern von ihm ohne solchen Anspruch hauptsächlich unterhalten werden, und ihr etwaiges besonderes Einkommen der Verfügung des Haushaltsvorstandes unterliegt, wird dasselbe dem Einkommen des letzteren zugerechnet.

- III. Das Einkommen von Personen, welche vom Steuerpflichtigen mit Gehalt oder Lohn zu Dienstleistungen angenommen sind, sowie das Einkommen von Festgängern, Untermiethern und Schlafstellenmiethern des Steuerpflichtigen wird dem Einkommen desselben in keinem Falle zugerechnet.

II. Besondere Bestimmungen.

Artikel 7.

1. Grundvermögen.

(§. 4 I Nr. 1, II Nr. 1, §. 11 des Gesetzes.)

1. Zum steuerbaren Grundvermögen gehören die in Preußen belegenen Grundstücke (Gebäude und Liegenschaften einschließlich der Seen, Teiche und sonstigen Wasserstücke) des Steuerpflichtigen, soweit dieselben nicht einem bergbaulichen oder einem Handels- oder Gewerbebetriebe gewidmet sind (Artikel 12 Nr. 3 mit allem Zubehör.

2. Ausgeschlossen von der Besteuerung sind die außerhalb des preussischen Staatsgebietes, sei es in einem deutschen Bundesstaate oder in einem deutschen Schutzgebiete, sei es im Reichsauslande, belegenen Grundstücke (Gebäude und Liegenschaften) nebst Zubehör, und zwar ohne Unterschied, ob der Steuerpflichtige Inländer oder Ausländer ist.⁷⁾

3. Wegen der Schätzung des Werthes der Grundstücke wird auf die hierüber ergangene besondere Anleitung vom 26. Dezember 1893 verwiesen. Die daselbst für die erstmalige Schätzung gegebenen Grundätze (Artikel 1 bis 7 der Anleitung) sowie die auf Grund derselben aufgestellten Schätzungsmerkmale finden bis auf Weiteres auch bei den künftigen Veranlagungen Anwendung.

2. Selbstständige Rechte und Gerechtigkeiten.

Artikel 8.

Begrenzung der steuerbaren Rechte.

(§. 4 I Nr. 1 des Gesetzes.)

In Betracht kommen hier nur selbstständige ausschließliche Vermögensrechte, welche einen in Geld schätzbaren Werth haben, ohne Unterschied, ob sie dinglicher Natur sind oder nicht.

I. Rechte dieser Art sind insbesondere:

1. das Bergwerkseigenthum (§§. 50 ff. des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865, Gesamm. S. 705),
2. die im Privatbesitz befindlichen Regalrechte, z. B. Privatbergregalitätsrechte,
3. die Urheberrechte und das Patentrecht,
4. die noch bestehenden ausschließlichen Gewerbeberechtigungen (Fährergerechtigkeit, Schiffsmühlengerechtigkeit, Apothekenprivilegien), sowie die Fischereigerechtigkeit,
5. dingliche Nießbrauchs-, Gebrauchs- oder sonstige Nutzungsrechte an fremdem Vermögen oder fremden Vermögenstheilen, vorausgesetzt, daß der dem Nießbrauch u. s. w. unterliegende Gegenstand zum steuerbaren Vermögen (Artikel 4) gehört.

II. Nicht hierher gehören dagegen:

1. polizeiliche oder obrigkeitliche Konzessionen, Approbationen, Genehmigungen, welche die Befugniß oder Erlaubniß zur Ausübung eines Gewerbebetriebes, nicht aber ein ausschließliches Recht begründen,
2. Familien-, Standes-, Ehren- und andere Rechte, die nicht zu den Vermögensrechten gehören,
3. Rechte, denen der Charakter der Selbstständigkeit abgeht, z. B. das Recht zur Führung einer Handelsfirma,⁸⁾
4. Rechte, welche nicht ausschließlicher Natur, sondern lediglich auf ein Leisten, Dulden oder Unterlassen gegenüber einem bestimmten Verpflichteten gerichtet sind. Inwiefern derartige Rechte zum Kapitalvermögen gehören, ist nach den Vorschriften des Artikels 13 zu beurtheilen.

Anm. 7. Abweichend von den für die Einkommensteuer geltenden Vorschriften (vergl. Artikel 3 II Nr. 1a, 2 und Artikel 10 Abs. 2 der Anweisung vom 5. August 1891).

Anm. 8. Vergl. Artikel 23 des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs:

„Die Veräußerung einer Firma als solcher, abgesehen von dem Handelsgeschäft, für welches sie bisher geführt wurde, ist nicht zulässig.“

Artikel 9.

Schätzung des Werthes der selbstständigen Rechte und Gerechtigkeiten.

1. Der Werth von Rechten, welche Zubehör eines Grundstücks sind, z. B. von Theilnahmerechten an Gemeinde- oder sonstigen gemeinschaftlichen Nutzungen, subjektiv dinglichen Grundgerechtigkeiten und dergleichen wird bei Schätzung des betreffenden Grundstücks (Artikel 6 Nr. 1 der Anleihe vom 26. Dezember 1893), der Werth von Rechten, welche zu einem gewerblichen Anlage- und Betriebskapital gehören, z. B. der Werth der von einem Buchhändler erworbenen Verlagsrechte oder des vom Inhaber selbst ausgeübten Apothekenprivilegs bei der Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals (Artikel 10 III Nr. 3) mit berücksichtigt.

2. Steht einem Steuerpflichtigen ein Recht, z. B. das Nießbrauchsrecht, an einem ihm gemäß Artikel 6 I Nr. 1 bis 4 anzurechnenden fremden Vermögen oder Vermögenstheile zu, so bleibt der Werth des Rechtes außer Ansatz, kommt andererseits auch von dem seinem steuerbaren Vermögen hinzuzurechnenden Substanzwerth nicht in Abzug.

3. Treffen die Voraussetzungen zu 1 und 2 nicht zu, so muß eine besondere Werthsermittlung stattfinden. Hierbei ist zu unterscheiden:

- a) der Werth von Nießbrauchs-, Wohnungs- und anderen Rechten, deren Inhalt auf fortlaufende oder periodische Nutzungen oder Gebungen gerichtet ist, wird nach Vorschrift des Artikels 18 festgestellt. Eine Ausnahme findet nur im Falle des Artikels 6 I Nr. 1 statt, indem dem Fideikommißbesitzer nicht der Kapitalwerth seines Nutzungsrechts, sondern, gleich dem Eigenthümer, der Substanzwerth des Fideikommißvermögens zugerechnet wird.
- b) Für andere selbstständige Rechte, z. B. das Bergwerkseigenthum, das Urheberrecht, Patentrecht u. s. w. ist der gemeine Werth durch Schätzung zu bestimmen. Hierbei bleibt die bloße Hoffnung auf künftige gewinnreiche Verwerthung oder Ausnutzung des Rechtes außer Betracht. Die Ermittlungen sind auf den Kaufpreis zu richten, welcher für das Recht nach den bestehenden thatsächlichen Verhältnissen im freien Verkehre zu erzielen sein würde. Fehlt es an genügenden Anhaltspunkten zur Bestimmung des Kaufwerthes, so kann der Schätzung der derzeitige Jahresertrag und die wahrscheinliche Dauer desselben unter entsprechender Anwendung der Vorschriften Artikel 18 IV und V zu Grunde gelegt werden.

3. Das steuerbare Anlage- und Betriebskapital.

Artikel 10.

Begrenzung des steuerbaren Anlage- und Betriebskapitals.

(§. 4 I Nr. 2, II Nr. 2, §. 6 des Gesetzes.)

I. Zum steuerbaren Vermögen gehört das Anlage- und Betriebskapital, welches dient:

1. dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft auf eigenen oder fremden Grundstücken (vergl. Anm. 2 zu Artikel 2),
2. dem Betriebe des Bergbaues,
3. dem Betriebe anderer Gewerbe, ohne Unterschied, ob das Gewerbe als stehendes oder im Umherziehen betrieben wird.

II. Eine Bestimmung des Begriffs „Gewerbe“ (I Nr. 3) enthält das Ergänzungssteuergesetz nicht; es bemerkt in dieser Hinsicht bei den durch bisherige Entscheidungen für die Gewerbesteuer festgestellten Grundsätzen. Im Uebrigen kommt es für die Heranziehung des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals zur Ergänzungssteuer nicht darauf an, ob der betreffende Betrieb gewerbesteuerpflichtig ist.

III. Das steuerbare Anlage- und Betriebskapital (I Nr. 1 bis 3) umfaßt die sämmtlichen dem betreffenden Betriebe dauernd oder vorübergehend⁹⁾ gewidmeten Gegenstände und Rechte, welche dem Steuerpflichtigen gehören beziehungsweise zustehen⁹⁾ und einen in Geld schätzbaren Werth haben.

Unter der angegebenen Voraussetzung gehören hierher insbesondere:

1. die dem Betriebe dienenden Grundstücke, Gebäude, baulichen Anlagen, Wasserkräfte, Maschinen, Geräthschaften, Werkzeuge, Thiere und Futtermittel, Vorräthe an Erzeugnissen des Be-

Anm. 9. Abweichend von den für die Gewerbesteuer geltenden Grundsätzen (vergl. Artikel 17 der Anweisung vom 10. April 1892).

triebes, fertigen Waaren, Roh- und Hülfsstoffen einschließlich der in der Bearbeitung, auf dem Transport, auf Niederlagen oder auswärtigen Lagern befindlichen;

2. die Vorräthe an Geld, Gold und Silber, Papiergeld, Banknoten, Wechseln, Schuldscheinen und sonstigen Werthpapieren, die aus dem Betriebe herrührenden Außenstände, einschließlich der laufenden Guthaben;
3. Gewerbeberechtigungen, Rechte auf Gebrauch oder Nutzung fremder Grundstücke, Wege, Kanäle, Privatflüsse, Seen und dergleichen und sonstige selbstständige Rechte (Artikel 8).

Von dem Gesamtbetrage dieser Werthe (Nr. 1 bis 3) werden in Abzug gebracht die zur Begründung, Verbesserung, Erweiterung und Fortführung des Betriebes aufgenommenen Schulden,¹⁰⁾ einschließlich der laufenden Betriebs- und Geschäftsschulden.

IV. Von der Besteuerung ausgeschlossen ist das Anlage- und Betriebskapital, welches dem außerhalb Preußens stattfindenden Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines stehenden Gewerbes dient, ohne Unterschied, ob der Steuerpflichtige Inländer oder Ausländer ist.¹¹⁾

Hierzu wird bemerkt:

1. Die Land- oder Forstwirtschaft sowie der Bergbau gelten als außerhalb Preußens betrieben, sofern das betreffende — eigene oder fremde — Grundstück oder Bergwerk außerhalb des preussischen Staatsgebietes, sei es in einem deutschen Bundesstaate oder einem deutschen Schutzgebiete, sei es im Reichsauslande, gelegen ist.
2. Die Frage, ob außerhalb Preußens ein stehender Gewerbebetrieb stattfindet, ist nach den im Artikel 2 unter Nr. 3 angegebenen Gesichtspunkten zu beurtheilen.

Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals.

Artikel 11.

Land- und Forstwirtschaft.

(§. 11 Abs. 1 des Gesetzes.)

1. Soweit es sich nicht um Vorräthe aus wirtschaftlichen Vorjahren handelt (vergl. unten Nr. 5), wird das dem Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf eigenen selbstbewirtschafteten Grundstücken dienende Anlage- und Betriebskapital (Artikel 10) des Steuerpflichtigen nicht als ein besonderer Vermögenstheil in Ansatz gebracht, sondern bei Veranschlagung des Grundstückswerthes mit berücksichtigt (Artikel 6 Nr. 2b der Anleitung vom 26. Dezember 1893).

2. Der Werth des dem Betriebe der Forst- oder Landwirtschaft auf fremden Grundstücken dienenden Betriebskapitals des Pächters (Nießbrauchers) ist ebenfalls nach den in der Anleitung vom 26. Dezember 1893 angegebenen Grundsätzen in Verbindung mit der Schätzung des Werthes der betreffenden Grundstücke zu ermitteln, aber dem Pächter beziehungsweise Nießbraucher als steuerbares Vermögen anzurechnen.

3. Bewirtschaftet ein Pächter (Nießbraucher) mehrere Besitzungen oder Theile verschiedener Besitzungen im Zusammenhange, so ist der Werth seines Anlage- und Betriebskapitals im Ganzen nach Maßgabe seines Gesamtbetriebes zu schätzen. Als Anhalt können hierbei die für die einzelnen Pachtstücke nach den Einheitsätzen der Anleitung vom 26. Dezember 1893 ermittelten Inventarienwerthe dienen (vergl. auch Artikel 27 Nr. 1).

4. Bewirtschaftet ein Steuerpflichtiger Pachtstücke im Zusammenhange mit eigenen Grundstücken, so sind auch die dem Betriebe auf den Pachtstücken dienenden Werthe nicht als selbstständige Vermögensstücke in Ansatz zu bringen, sondern bei der Schätzung des Werthes der eigenen Grundstücke (vergl. Nr. 1) ebenfalls mit zu berücksichtigen (vergl. Artikel 27 Nr. 1 Abs. 4). Wegen der Schätzung des Werthes im Ganzen findet die Bestimmung zu 3 entsprechende Anwendung.

5. Die aus wirtschaftlichen Vorjahren noch vorhandenen, zum Verkauf bestimmten Vorräthe an Erzeugnissen des Hauptbetriebes und aller Nebenbetriebe kommen in allen Fällen (Nr. 1 bis 4) neben den für die Grundstücke und das Wirtschaftsinventar ermittelten Werthen als selbstständige Vermögensstücke besonders in Ansatz.

Ann. 10. Vergl. Ann. 9.

Ann. 11. Abweichend von den für die Einkommensteuer geltenden Vorschriften (vergl. Artikel 3 II Nr. 1b, 2, Artikel 17 Abs. 2 a, b der Anweisung vom 5. August 1891).

Als aus wirtschaftlichen Vorjahren herrührend gelten alle Vorräthe, welche bei dem Beginn des Wirtschaftsjahres — nicht des Steuerjahres —, in welches die Veranlagung fällt, also beim letzten Abschluß, aus der abgelaufenen in die neue Wirtschaftsjahresperiode übernommen sind, mögen diese Vorräthe aus dem letzten Vorjahre oder aus früheren Vorjahren herrühren.

Behufs Schätzung des Werthes der Vorräthe sind die Marktpreise der für die Veranlagung maßgebenden Zeit (Artikel 5 Nr. 2, 3) zu Grunde zu legen. Die auf mögliche Aenderungen der Konjunktur gestützte Erwartung eines Steigens oder Sinkens der Preise bleibt unberücksichtigt, soweit dieselbe nicht bereits gegenwärtig die Preise beeinflusst.

Artikel 12.

Bergbau, Handel und Gewerbe.

(§. 6 Abs. 2, §. 11 Abs. 2 des Gesetzes.)

1. Der gemeine Werth des einem bergbaulichen oder einem Gewerbebetriebe dienenden Anlage- und Betriebskapitals (Artikel 10 III, IV) ist durch Schätzung zu ermitteln, welche den wirklichen Substanzwerth desselben, nicht etwa einen fiktiven Buchwerth erfassen muß.

Mit diesem Vorbehalt können als Anhalt für die Schätzung die vorschriftsmäßig aufgestellten Bilanzen und Inventuren der Kaufleute dienen, insofern darin die sämtlichen Vermögensstücke und Forderungen nach dem Werthe angesetzt worden sind, der ihnen zur Zeit der Aufnahme beizulegen ist.¹²⁾

Wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, beispielsweise die von den Aktiven abgeschriebenen Beträge über eine angemessene Berücksichtigung der Werthverminderung und Abnutzung hinausgehen, muß behufs Ermittlung des wirklichen Werthes dem bei der Schätzung etwa zu Grunde gelegten Buchwerthe ein entsprechender Betrag hinzugerechnet werden.

Andererseits kommt bei der Schätzung nur der Werth der materiellen Betriebsmittel in Betracht. Umstände, welche nicht unter diesen Gesichtspunkt fallen, z. B. der von Alters her begründete Ruf der Firma, ihre gute Kundschaft oder die besonderen persönlichen Eigenschaften des Steuerpflichtigen bleiben unberücksichtigt, wenn dadurch auch die Rentabilität des Geschäftes und der Verkaufswerth desselben wesentlich beeinflusst wird.

2. Für jeden selbstständigen Betrieb wird unter Berücksichtigung aller dazu gehörigen Zweiganstalten, Fabrikations-, Verkaufs- und sonstigen Betriebsstätten das gesammte Anlage- und Betriebskapital im Ganzen geschätzt. Dies muß auch geschehen, wenn das Anlage- und Betriebskapital einer offenen Handelsgesellschaft oder einem anderen Personenverein oder zu einem Nachlasse gehört und demnächst auf die einzelnen Gesellschafter beziehungsweise Erben zu vertheilen ist (Artikel 6 I Nr. 2, 3).

Bereinigt ein Steuerpflichtiger in seiner Hand mehrere dergestalt von einander unabhängige Betriebe, daß Buchführung und Abschlüsse getrennt gehalten werden, oder ist ein Steuerpflichtiger bei mehreren derartigen Betrieben als Gesellschafter u. s. w. theilhaftig, so ist die Werthsermittlung und die Feststellung seines Antheils für jeden Betrieb besonders vorzunehmen; die auf ihn aus den verschiedenen Betrieben entfallenden Antheile werden zusammengerechnet.

3. Der Werth der dem Betriebe gewidmeten bebauten und unbebauten Grundstücke des Steuerpflichtigen (Comptoire, Verkaufsstätten, Fabrik- oder Arbeitsräume, Speicher, Stallungen, Lagerplätze und dergleichen) ist bei der Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals zu berücksichtigen.

Dient ein Gebäude nur zum Theil dem Gewerbebetriebe, zu einem anderen Theile aber anderen Zwecken, z. B. als Wohngebäude, so muß der Werth des letzteren dem Grundvermögen hinzugerechnet werden. Stehen beide Theile dergestalt in baulichem Zusammenhange, daß eine getrennte Schätzung nicht ausführbar ist, so ist der Werth im Ganzen zu ermitteln und nach Verhältniß des Umfanges der betreffenden Räumlichkeiten dem Grundvermögen beziehungsweise dem gewerblichen Betriebskapitale zuzutheilen.

4. Bei Steuerpflichtigen, welche innerhalb und außerhalb Preußens stehende Betriebe unterhalten (Artikel 2, Artikel 10 IV), bleiben diejenigen Theile des gesammten Anlage- und Betriebskapitals außer Anschlag, welche auf den außerhalb Preußens unterhaltenen Betrieb entfallen.

Als solche gelten:

- a) die dem Betriebe außerhalb Preußens speziell gewidmeten Werthe,
- b) ein entsprechender Antheil an dem in keiner besonderen Beziehung zu den einzelnen Betriebsstätten stehenden, dem gesammten Betriebe dienenden Anlage- und Betriebskapital. Hierher

Anm. 12. Artikel 31 des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs.

gehören insbesondere die zur Verfügung der Geschäftsleitung als solcher stehenden Betriebs- und Reservefonds, Gebäude und Utensilien. Für die Berechnung dieses Antheils ist das Verhältniß maßgebend, welches zwischen den speziell dem preussischen und speziell dem außerpreussischen Betriebe gewidmeten Werthen besteht (vergl. oben zu a).

4. Das sonstige Kapitalvermögen.

Artikel 13.

Begrenzung des Kapitalvermögens.

(§. 7 des Gesetzes.)

Als Kapitalvermögen gelten die nachstehenden dem Steuerpflichtigen gehörigen Werthe, soweit dieselben nicht Bestandtheile eines Anlage- und Betriebskapitals (Artikel 10) sind:

1. Verzinsliche und unverzinsliche, verbriefte und unbriebte Kapitalforderungen¹³⁾ jeder Art, einschließlich des Werthes von Aktien,¹⁴⁾ Antheil- (Interims-) Scheinen, Kommanditantheilen, Bergwerksluzen,¹⁴⁾ Geschäftsguthaben¹⁵⁾ bei eingetragenen Genossenschaften (§. 19 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889, Reichsgesetzbl. S. 55), Sparlассeneinlagen, für Rechnung der Pfandbrieffschuldner aufgesammelten Amortisations- und Reservefonds, Geschäftsantheilen¹⁵⁾ bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§. 14 des Gesetzes vom 20. April 1892, Reichsgesetzbl. S. 477) und anderen Gesellschaftseinlagen;
2. Gold und Silber in Barren, bares Geld deutscher Währung, fremde Geldsorten,¹⁶⁾ Banknoten und Kassenscheine, mit Ausschluß der aus den laufenden Jahreseinkünften des Steuerpflichtigen (§. 7 des Einkommensteuergesetzes) vorhandenen Bestände (vergl. Artikel 17 III);
3. der Kapitalwerth (Artikel 18) der Rechte auf Apanagen, Renten, Leibrenten, Alimentsbezüge und auf andere periodische geldwerthe Gebungen, welche
 - a) dem Steuerpflichtigen auf seine Lebenszeit oder auf die Lebenszeit eines anderen, auf unbestimmte Zeit oder auf die Dauer von mindestens zehn Jahren und außerdem
 - b) entweder vertragsmäßig als Gegenleistung für die Hingabe von Vermögenswerthen oder aus letztwilligen Verfügungen oder Familienstiftungen oder vermöge hausgesetzlicher Bestimmung zustehen.

Beide Voraussetzungen (zu a und b) müssen zusammentreffen, um die Anrechnung eines Rechts auf periodische Gebungen zu begründen.

Ist das Bezugsrecht durch mittelbare oder unmittelbare Zeitbestimmung von vornherein auf eine kürzere Dauer als 10 Jahre beschränkt, so kommt dasselbe bei Feststellung des steuerbaren Vermögens nicht in Ansatz, wenngleich die Merkmale zu b vorliegen. Maßgebend ist aber hierbei die Gesamtdauer, nicht die zur Zeit der Veranlagung noch bevorstehende Dauer des Bezugsrechts.¹⁷⁾

Andererseits kommen auch Rentenbezüge von längerer oder unbestimmter Dauer nicht in Betracht, wenn dieselben nicht auf einem der zu b angegebenen Titel beruhen. Aus diesem Grunde sind beispielsweise fortlaufende Renten oder Zuschüsse, welche ohne geldwerthe Gegenleistung, also schenkweise, Kindern oder anderen Angehörigen zur Bestreitung des Lebens-

Anm. 13. Auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt des Schuldners kommt es ebensowenig an, wie auf die Belegenheit der etwa für die Forderung verpfändeten Vermögensstücke.

Anm. 14. Der Besitz von Aktien, Kommanditantheilen u. s. w. gilt in jedem Falle als Kapitalvermögen. Der Werth derselben ist daher dem steuerbaren Vermögen hinzuzurechnen, auch wenn das betreffende Aktienunternehmen außerhalb Preussens seinen Sitz hat. Dasselbe gilt von Bergwerksluzen sowohl des neueren als auch des älteren Rechts; die entgegenstehende Vorschrift im Artikel 20 Nr. 2 Absatz 2 der Anweisung vom 5. August 1891 tritt außer Kraft.

Anm. 15. Daneben kommt, soweit es sich um Genossenschaften oder Gesellschaften handelt, welche als solche nicht der Einkommensteuer unterliegen, der Antheil des einzelnen Genossenchafters u. s. w. am Betriebskapital der Genossenschaft beziehungsweise Gesellschaft gemäß Artikel 61 Nr. 3, Artikel 12 Nr. 2 in Anrechnung. Eine Doppelbesteuerung wird hierdurch nicht begründet, da behufs Ermittlung des steuerbaren Anlage- und Betriebskapitals die Summe der Geschäftsguthaben beziehungsweise des Stammkapitals u. s. w. von den Aktiven abgezogen wird (vergl. Artikel 10 III).

Anm. 16. Nur kurrentes Geld kommt in Betracht. Sammlungen von Münzen verschiedenen Gepräges gehören nicht zum steuerbaren Vermögen, auch wenn sich darunter einzelne kurrente Geldstücke befinden (vergl. Artikel 4 III).

Anm. 17. Umgekehrt bei der Berechnung des Kapitalwerthes (vergl. Artikel 18 IV).

unterhaltenes gewährt werden, als steuerbares Vermögen der Empfänger nicht anzusehen, wenn auch der Geber die Verpflichtung zur Zahlung in rechtsverbindlicher Form übernommen hat und daher die Rente dem Einkommen des Empfängers nach den hierfür bestehenden Bestimmungen (Artikel 23 Nr. 2, 3 der Anweisung vom 5. August 1891) hinzugerechnet werden muß.

Artikel 14.

Fortsetzung.

(§. 7 des Gesetzes.)

1. Ohne Rücksicht auf die Dauer des Bezugsrechts (Artikel 13 Nr. 3) und ohne Unterschied, ob der Berechtigte zum Erwerbe des Rechts Beiträge entrichtet hat oder nicht, bleiben die folgenden Rechte auf periodische Hebungen in allen Fällen außer Ansatz:

- a) Ansprüche an Wittwen-, Waisen- und Pensionsklassen, mögen die zur Zahlung verpflichteten Klassen öffentliche oder private sein,
- b) Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfallversicherung, ohne Unterschied, ob es sich um gesetzlich vorgeschriebene oder um freiwillige Versicherungen handelt,
- c) Ansprüche aus der Invaliditäts- und Altersversicherung auf Grund des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 (Reichsgesetzbl. S. 97), und zwar auch Ansprüche aus der Selbstversicherung (§. 8 a. a. O.),
- d) Ansprüche auf Pensionen, welche mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gezahlt werden, ohne Unterschied, ob das Arbeits- oder Dienstverhältnis ein öffentliches oder privates war, ob die Pension dem ehemaligen Beamten, Angestellten u. s. w. selbst oder dessen Hinterbliebenen zusteht,
- e) Renten, welche in letztwilligen Verfügungen Personen zugewendet sind, die zum Hausstande des Erblassers gehört und in einem Dienstverhältnis zu demselben gestanden haben.

2. Die Bestimmung Artikel 13 Nr. 3 findet ferner keine Anwendung auf Hebungen, welche lediglich den Ertrag eines dem Berechtigten anderweit anzurechnenden Vermögensstückes darstellen, wie z. B. die dem Verpächter für seine Grundstücke zu entrichtenden Pachtzinsen.

Artikel 15.

Berechnung und Schätzung des Kapitalvermögens.

(§§. 12, 14, 16 Abs. 4 des Gesetzes.)

I. Es kommen in Ansatz:

1. Baares Geld deutscher Währung, Reichskassenscheine und Reichsbanknoten mit dem Nennwerthe,
2. Silber und Gold in Barren, sowie fremde Geldsorten mit dem Verkaufswerthe (vergl. unten zu III),
3. Aktien, Antheilscheine, Staatsschuldverschreibungen, Pfandbriefe und andere nicht unter die Bestimmung zu 1 fallende Werthpapiere, wenn dieselben in Deutschland einen Börsenkurs haben, mit diesem (vergl. unten zu IV), andernfalls mit dem Verkaufswerthe,
4. alle sonstigen Kapitalforderungen, einschließlich der Stammeinlagen bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der Geschäftsguthaben bei eingetragenen Genossenschaften, der Sparkasseneinlagen, der Amortisationsfonds, der Geschäftseinlagen von stillen Gesellschaftern mit dem Nennwerthe, insofern nicht Umstände vorliegen, welche die Annahme eines von dem Nennwerthe abweichenden Verkaufswerthes begründen.

Als ein derartiger Umstand ist es anzusehen, wenn eine Forderung unsicher oder mit Bezug auf ihren rechtlichen Bestand oder ihren Betrag zweifelhaft ist.

Unbeitreibliche Forderungen bleiben außer Ansatz. Als unbeitreiblich gilt eine Forderung, wenn die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner fruchtlos ausgefallen ist, oder das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.

II. Neben einer verzinslichen Kapitalforderung kommen laufende Zinsen nicht in Ansatz.

Vom Kapitalwerth unverzinslicher befristeter Forderungen werden für die Zeit bis zur Fälligkeit 4 Prozent Jahreszinsen in Abzug gebracht.

Inwiefern Rückstände an Zinsen, Pächten und anderen periodischen Hebungen in Folge ausdrück-

licher oder stillschweigender Uebereinkunft die Natur von Kapitalforderungen (Artikel 13 Nr. 1) angenommen haben und deshalb als solche anzusehen sind, ist nach den Verhältnissen des einzelnen Falles zu beurtheilen. Wird durch die vorliegenden Umstände nicht eine andere Annahme begründet, so sind zweijährige oder noch ältere Rückstände sowie Rückstände, zu deren Zahlung der Schuldner rechtskräftig verurtheilt ist, den Kapitalforderungen gleichzustellen.¹⁸⁾

III. Wo es nach den Vorschriften zu 1 Nr. 2 bis 4 auf den Verkaufswerth ankommt, ist derselbe durch Schätzung des Erlöses zu ermitteln, welcher im Falle der Realisation der Forderung oder im Falle der Veräußerung wahrscheinlich zu erzielen sein würde.

IV. Die Anwendung des Börsenkurses (I Nr. 3) setzt voraus, daß für das betreffende Werthpapier an einer deutschen Börse amtlich ein Kurs notirt wird.

1. Findet die Notirung an mehreren Börsen statt, so richtet sich die Bestimmung der maßgebenden Börse nach dem Geschäftsgebrauch des Veranlagungsortes.

2. Bei Anwendung der Börsenkurse ist zu beachten, daß die Kursnotirung nicht überall nach gleichen Grundsätzen erfolgt, indem bei einzelnen Börsen im Kurse zugleich die seit dem letzten Zinstermine laufenden Zinsen mitberechnet werden, bei anderen dagegen nicht.

Werden der Vermögensberechnung die nach der ersteren Methode notirten Kurse zu Grunde gelegt, so sind die darin enthaltenen Zinsraten in Abzug zu bringen (vergl. oben zu II Abs. 1), falls der Gesamtbetrag derselben für die Feststellung der Vermögensstufe von Bedeutung ist.

3. Der für die Bestimmung des Börsenkurses maßgebende Zeitpunkt ergibt sich aus den Vorschriften Artikel 5 Nr. 2 und 3.

V. Wegen Berechnung des Kapitalwerthes der Ansprüche auf Renten und andere fortlaufende Gebungen (Artikel 13 Nr. 3) wird auf Artikel 18 verwiesen.

Artikel 16.

Insbefondere: Ansprüche aus der Lebens-, Kapital- und Rentenversicherung.

(§. 15 des Gesetzes.)

Bereits fällige Ansprüche aus Versicherungen aller Art, einschließlich der Versicherungen gegen Unfälle und Sachbeschädigung, kommen in Anrechnung, wenn ein Kapital versichert ist, gemäß Artikel 15 I Nr. 4, wenn es sich um eine, nicht nach Artikel 14 Nr. 1 steuerfreie, Rente handelt, gemäß Artikel 18.

Die folgenden Bestimmungen erstrecken sich nur auf nicht fällige Ansprüche, setzen also voraus, daß der Termin oder das Ereigniß, von dessen Eintritt der Anspruch auf die Zahlung des Kapitals oder der ersten Rente abhängt, noch nicht eingetreten ist (vergl. Artikel 5 Nr. 5); sie finden ferner überhaupt keine Anwendung auf Ansprüche aus einer Unfall- oder Krankenversicherung sowie aus Versicherungen gegen Sachbeschädigung (Feuer-, Vieh-, Hagelversicherung u. s. w.).

1. Die Anrechnung noch nicht fälliger Ansprüche erstreckt sich auf alle Arten der Lebens-, Kapital- und Rentenversicherung. Auf die Anstalt, bei der die Versicherung genommen ist, und auf die Bezeichnung des Geschäftes kommt es dabei nicht an.

Zu den Lebensversicherungen gehören insbesondere nicht nur die einfachen Versicherungen auf den Todesfall, sondern auch die Versicherungen „auf den Ueberlebensfall“, „auf den Erlebensfall“, die sogenannte „abgekürzte“ sowie die „kurze“ Versicherung und alle Kombinationen dieser Versicherungsformen.

2. Ob der Anspruch aus dem Einkauf in sogenannte Sterbekassen als Anspruch aus einer Kapitalversicherung im Sinne des Gesetzes anzusehen ist, hängt von den Einkaufsbedingungen und von den Einrichtungen der betreffenden Kasse ab. In der Regel wird die Frage schon wegen der Geringfügigkeit des Objekts nicht von praktischer Bedeutung und ohne Weiteres zu verneinen sein, wenn das versicherte Sterbekassengeld den vermuthlichen Betrag der in unmittelbarer Folge des Todesfalles den Hinterbliebenen erwachsenden Kosten der Beerdigung u. s. w. nicht übersteigt.

3. Ansprüche aus solchen Rentenversicherungen, welche gemäß Artikel 14 Nr. 1 von der Besteuerung überhaupt ausgeschlossen bleiben, kommen auch vor dem Eintritt der Fälligkeit nicht in Anrechnung.

4. Keinen Unterschied macht es, ob die Versicherung auf das Leben des Versicherungsnehmers oder einer anderen Person gestellt, ob sie zu Gunsten eines Dritten abgeschlossen ist oder nicht.

Ann. 18. Vergl. §§. 819–821 Titel 11 Theil I A. L. N.

Die Anrechnung findet bei demjenigen Steuerpflichtigen statt, dem nach Maßgabe des Versicherungsvertrages das Verfügungsrecht über die Police zusteht.

5. Als steuerbares Vermögen kommt in Ansatz
entweder

a) Zwei Drittel der Summe der seit dem Beginne der Versicherung — gleichviel von wem — eingezahlten Prämien oder Kapitalbeiträge, wobei die dem Versicherten vergüteten oder angerechneten Dividenden in Abzug gebracht werden dürfen,
oder

b) der Rücklaufswert, d. h. der volle Betrag, für welchen die Versicherungsanstalt die Police zurückkaufen würde.

6. Unter dem „Rücklaufswert“ im Sinne der Bestimmung zu 5b ist nicht jeder zwischen den Beteiligten willkürlich vereinbarte Scheinpreis, sondern nur der wirkliche, nach den Regeln der Versicherungstechnik berechnete Rücklaufswert zu verstehen, welchen die Versicherungsanstalt nach Maßgabe der in ihren Statuten, Versicherungsbedingungen oder Prospekten aufgestellten allgemeinen Grundsätze¹⁹⁾ im einzelnen Falle zu gewähren bereit ist.

7. Der Ansatz erfolgt nach der Berechnung zu 5a, falls nicht der Rücklaufswert nachgewiesen wird. Dieser Nachweis steht sowohl dem Steuerpflichtigen als auch dem Vertreter des Staatsinteresses offen.

Artikel 17.

5. Schuldenabzug.

(§. 8 des Gesetzes.)

I. Nach Feststellung des Aktivvermögens (Artikel 6 bis 16) sind von dem Gesamtbetrage in Abzug zu bringen:

1. die dinglichen und persönlichen Kapitalschulden des Steuerpflichtigen mit Ausschluß der unten zu III, IV und V bezeichneten Verbindlichkeiten,
2. der Kapitalwert (Artikel 18) der dem Steuerpflichtigen obliegenden Apanagen, Renten, Altersheile und sonstigen periodischen geldwerthen Leistungen und Lasten, insofern auf dieselben die Voraussetzungen zutreffen, unter welchen der Kapitalwert der entsprechenden Hebungen gemäß Artikel 8 I Nr. 5, Artikel 13 Nr. 3, Artikel 14 als steuerbares Vermögen gilt. Die Abzugsfähigkeit ist aber nicht dadurch bedingt, daß der Bezugsberechtigte seinerseits der Ergänzungssteuer unterliegt.

II. Den eigenen Schulden (I Nr. 1 und 2) des Steuerpflichtigen stehen in den Fällen des Artikels 6 die Fideikommissschulden, die Nachlassschulden, die Schulden der Haushaltungsangehörigen, der Kapitalwert der auf den angerechneten Vermögensheilen ruhenden Apanagen, Renten u. s. w. gleich.

III. Die schwebenden Verbindlichkeiten, welche zur Verrichtung der laufenden Haushaltungskosten eingegangen sind (Haushaltungsschulden), bleiben bei der Feststellung des Vermögens ebenso außer Betracht, wie bei der Berechnung der Aktiven die aus den laufenden Jahreseinkünften herrührenden Baarbestände (vergl. Artikel 13 Nr. 2).

Inwieweit Rückstände an Schulden dieser Art aus früheren Wirtschaftsjahren den Kapitalschulden (I Nr. 1) gleich zu achten sind, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu beurtheilen.

IV. Schulden, welche bereits bei Feststellung des Anlage- und Betriebskapitals berücksichtigt worden sind (Artikel 10 III), dürfen von dem Gesamtvermögen nicht nochmals in Abzug gebracht werden.

V. Erstreckt sich die Besteuerung einer Person lediglich auf preussischen Grundbesitz oder auf das einem preussischen Betriebe dienende Anlage- und Betriebskapital (Artikel 2 Nr. 1 zu a und b), so sind

Ann. 19. Soweit die Statuten, Prospekte oder allgemeinen Bedingungen der Versicherungsanstalten überhaupt den Rückkauf der Policen unter gewissen Voraussetzungen in Aussicht stellen, besteht der Rücklaufswert in der Regel in einer Quote (häufig 75 Prozent) des Anteils, der von dem Deckungskapital (Prämienreserve) der Anstalt zur Zeit des Rückkaufs nach den Regeln der Versicherungstechnik auf die betreffende Versicherung entfällt. Vielfach wird jene Quote je nach Dauer und Art der Versicherung verschieden bemessen. Eine allgemeine Regel für die Berechnung des Rücklaufswertes läßt sich deshalb nicht aufstellen. Die Höhe desselben hängt einerseits von den Statuten und Einrichtungen der betreffenden Anstalt, andererseits von der besonderen Lage des einzelnen Versicherungsfalles ab. Sofern es sich nicht um Versicherungen „mit Rückgewähr“ oder um bereits sehr lange in Kraft bestehende Versicherungen handelt, kann in der Regel vorausgesetzt werden, daß der Rücklaufswert die Summe der bereits geleisteten Einzahlungen (vergl. oben Nr. 5a) nicht erreicht.

nur solche Schulden und solche Lasten (I Nr. 1 und 2) abzugsfähig, welche auf den bezeichneten inländischen Vermögenstheilen lasten oder für deren Erwerb aufgenommen sind.

Ist bei der Veranlagung eines Steuerpflichtigen außerpreussisches Vermögen der im Artikel 7 Nr. 2 oder Artikel 10 IV bezeichneten Art außer Ansatz zu lassen, so darf von dem steuerbaren Vermögen derjenige Betrag an Schulden und sonstigen Lasten nicht abgerechnet werden, welcher auf jenen nichtpreussischen Vermögenstheilen lastet.

Macht eine Schuld oder Last ungetheilt zugleich auf steuerbaren und nichtsteuerbaren Vermögenstheilen, so ist der Gesamtbetrag nach Verhältniß des Werthes der steuerbaren zu dem Werthe der nichtsteuerbaren Vermögenstheile zu theilen und nur der dem ersteren entsprechende Theilbetrag der Schuld oder Last in Abzug zu bringen.

VI. Wegen Berechnung der Kapitalschulden finden die Vorschriften des Artikels 15 I Nr. 4, II, III, wegen Berechnung des Kapitalwerthes periodischer Leistungen (I Nr. 2) die Vorschriften des Artikels 13 Anwendung.

Artikel 18.

6. Berechnung des Kapitalwerthes periodischer Nutzungen und Leistungen.

(§. 13 des Gesetzes.)

Behufs Ermittlung des Kapitalwerthes von Nießbrauchsrechten, Apanagen, Renten, Leibrenten, Alimentsbezügen und anderen periodischen Nutzungen und Leistungen (Artikel 9 Nr. 3a, Artikel 13 Nr. 3, Artikel 17 I Nr. 2) ist, sofern nicht der im Artikel 6 I Nr. 1 vorgesehene Fall vorliegt, der Geldwerth der einjährigen Nutzung oder Leistung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu Grunde zu legen:

- I. Bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen wird das 25fache des einjährigen Betrages, bei Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer, falls nicht die Vorschriften unter II und III Anwendung finden, oder vom Steuerpflichtigen anderweite die längste Dauer begrenzende Umstände nachgewiesen werden, das 12 $\frac{1}{2}$ fache des einjährigen Betrages als Kapitalwerth angenommen.
- II. Ist das Recht auf die Lebenszeit des Berechtigten oder einer anderen Person beschränkt, so bestimmt sich der Kapitalwerth nach dem zur Zeit der Veranlagung erreichten Lebensalter der Person, bei deren Tode das Recht erlischt, und wird bei einem Lebensalter derselben

von 15 Jahren oder weniger auf das 18fache					
über 15 Jahre bis zu 25 Jahren auf das 17 =					
= 25	=	=	= 35	=	= 16 =
= 35	=	=	= 45	=	= 14 =
= 45	=	=	= 55	=	= 12 =
= 55	=	=	= 65	=	= 8 $\frac{1}{2}$ =
= 65	=	=	= 75	=	= 5 =
= 75	=	=	= 80	=	= 3 =
= 80	=	auf das			= 2 =

der einjährigen Nutzung oder Leistung angenommen.

- III. Ist die Dauer des Rechts von der Lebenszeit mehrerer Personen dergestalt abhängig, daß beim Tode der zuerst versterbenden die Nutzung oder Leistung erlischt, so ist für die nach der Bestimmung zu II vorzunehmende Werthermittelung das Lebensalter der ältesten Person maßgebend. Wenn das Bezugsrecht bis zum Tode der letztversterbenden Person fort dauert, erfolgt die Berechnung nach dem Lebensalter der jüngsten Person.
- IV. Der Kapitalwerth der auf bestimmte Zeit eingeschränkten Nutzungen oder Leistungen ist für den Zeitpunkt der Veranlagung unter Zugrundelegung eines vierprozentigen Zinsfußes nach der dem Gesetze beigefügten Hilfstabelle zu ermitteln. Ist jedoch die Dauer des Rechts noch außerdem durch die Lebenszeit einer oder mehrerer Personen bedingt, so darf der nach den Bestimmungen zu II und III zu berechnende Kapitalwerth nicht überschritten werden.
- V. Bei Nutzungen oder Leistungen, welche ihrem Betrage oder ihrem Geldwerthe nach nicht feststehen, wird der Geldwerth des im letzten Leistungsjahre entrichteten Betrages, und wenn eine

volle Jahresleistung noch nicht stattgefunden hat, der Geldwerth des muthmaßlich für das laufende Leistungsjahr zu entrichtenden Betrages zu Grunde gelegt.

Als Zeit der Veranlagung im Sinne der Vorschriften zu II und IV gilt der Tag, mit welchem die betreffende Veranlagung in Kraft treten soll, für die ordentliche Veranlagung also der 1. April des betreffenden Steuerjahres (vergl. Artikel 5 Nr. 2).

Dritter Abschnitt.

Steuertarif.

Artikel 19.

1. Besteuerungsgrenze.

(§. 17 des Gesetzes.)

I. Zur Ergänzungssteuer werden nicht herangezogen:

1. diejenigen Personen, deren steuerbares Vermögen²⁰⁾ den Gesamtwert von 6000 Mark nicht übersteigt, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens;
2. diejenigen Personen, bei welchen die doppelte Voraussetzung zutrifft, daß
 - a) ihr Jahreseinkommen (vergl. unten II) den Betrag von 900 Mark nicht übersteigt,
 - b) der Gesamtwert ihres steuerbaren Vermögens nicht mehr als 20 000 Mark beträgt.
3. Wenn die Freilassung nicht schon nach den Bestimmungen zu 1 und 2 erfolgen muß, bleiben unter der doppelten Voraussetzung, daß ihr Jahreseinkommen (vergl. unten II) den Betrag von 1200 Mark und das steuerbare Vermögen den Betrag von 20 000 Mark nicht übersteigt, von der Ergänzungssteuer ferner befreit:
 - a) vaterlose minderjährige Waisen,
 - b) erwerbsunfähige — nicht auch die in ihrer Erwerbsfähigkeit nur beeinträchtigten Personen —,
 - c) weibliche Personen — Unverheirathete, Wittwen oder selbstständig zu veranlagende Ehefrauen (Artikel 6 I Nr. 1 der Anweisung vom 5. August 1891)²¹⁾ —, welche minderjährige Familienangehörige (Verwandte, Verschwägerter, Stief- oder Pflegekinder) zu unterhalten haben.

Die Freistellung in dem Falle zu c wird nicht schon durch die Gewährung von Unterstützungen begründet, sondern setzt voraus, daß der Lebensunterhalt der minderjährigen Familienangehörigen, in Ermangelung eines dazu ausreichenden eigenen Einkommens derselben, in der Hauptsache thatsächlich von der Steuerpflichtigen bestritten wird.

Unter dieser Voraussetzung aber macht es keinen Unterschied, ob die Leistung auf Grund einer rechtlichen oder zur Erfüllung einer moralischen Verpflichtung übernommen ist.

II. Unter dem „Jahreseinkommen“ im Sinne der Vorschriften zu I Nr. 2 und 3 ist das nach Maßgabe der Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes zu berechnende — gleichviel aus welcher Quelle fließende — Jahreseinkommen nach Abrechnung der im §. 18 des Einkommensteuergesetzes vorgeschriebenen Abzüge für Familienglieder unter 14 Jahren zu verstehen.

Im Uebrigen kommt es hier auf das der Veranlagung zu Grunde gelegte Einkommen, nicht auf den veranlagten Steuerfuß an.²²⁾

Ist also das Einkommen nach Abrechnung der bezeichneten Abzüge auf mehr als 900 Mark beziehungsweise auf mehr als 1200 Mark festgestellt, so finden die Vorschriften unter I zu 2 und 3 keine Anwendung, wenn auch auf Grund des §. 19 des Einkommensteuergesetzes der betreffende Steuerpflichtige freigestellt beziehungsweise im Steuerjahr ermäßigt worden ist. Wohl aber kann in Fällen dieser Art die Freistellung auch von der Ergänzungssteuer in Gemäßheit der Vorschriften des Artikels 21 erfolgen.²³⁾

Anm. 20. Unter „steuerbarem Vermögen“ eines Steuerpflichtigen ist überall das nach den Vorschriften dieser Anweisung der Ergänzungssteuer unterliegende Vermögen desselben — einschließlich der ihm gemäß Artikel 6 hinzuzurechnenden fremden Vermögensstücke —, nach Abrechnung der abzugsfähigen Schulden (Artikel 17) zu verstehen.

Anm. 21. Vergl. oben Anm. 6 zu Artikel 6.

Anm. 22. Anders im Falle des Artikels 20.

Anm. 23. Vergl. jedoch Artikel 21 Nr. 3.

III. Die Vorschriften zu I Nr. 2 und 3, nach welchen die Befreiung von der Ergänzungssteuer nur eintritt, wenn das Jahreseinkommen des Steuerpflichtigen einen gewissen Betrag nicht übersteigt, setzen voraus, daß der Pflichtige auf Grund der Vorschriften im §. 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes und §. 2 I des Ergänzungssteuergesetzes (vergl. Artikel 1) mit dem gesamten Einkommen und Vermögen der Besteuerung in Preußen unterliegt.

Auf diejenigen Personen, welche lediglich mit den im Artikel 2 bezeichneten Vermögenstheilen zur Ergänzungssteuer herangezogen werden, finden die Befreiungen zu I Nr. 2 und 3 keine Anwendung.

Dagegen gilt die zu I unter Nr. 1 gezogene Besteuerungsgrenze allgemein; auch die nur gemäß Artikel 2 steuerpflichtigen Personen werden zur Ergänzungssteuer nicht herangezogen, wenn der Werth ihres in Preußen steuerbaren Vermögens den Betrag von 6 000 Mark nicht übersteigt.

Artikel 20.

2. Steuerfätze.

(§§. 18, 19 Abs. 1 des Gesetzes.)

1. Die nach Maßgabe der Höhe des festgestellten steuerbaren Vermögens zu entrichtenden Jahressteuerfätze sind in Spalte 2 des beiliegenden Tarifes angegeben.

2. Personen, deren steuerbares Vermögen 32 000 Mark nicht übersteigt, werden, wenn sie nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind, mit höchstens drei Mark jährlich, wenn sie zu den ersten vier Stufen derselben veranlagt sind, höchstens mit einem um zwei Mark unter der von ihnen zu zahlenden Einkommensteuer verbleibenden Betrage zur Ergänzungssteuer herangezogen.

Zusolge dieser Bestimmung (zu 2 Absatz 1) treten an Stelle der ordentlichen Steuerfätze in Spalte 2 des Tarifes für Steuerpflichtige, deren Vermögen 32 000 Mark nicht übersteigt und welche zu einem Einkommensteuerfatz von höchstens 12 Mark veranlagt sind, die in den Spalten 3 bis 6 der Beilage angegebenen ermäßigten Steuerfätze.

3. Maßgebend für die Berechnung der ermäßigten Steuerfätze (Nr. 2) ist „die zu zahlende Einkommensteuer“, also der veranlagte Einkommensteuerfatz, nicht das festgestellte steuerpflichtige Einkommen.²⁴⁾

Ist beispielsweise das Einkommen eines Steuerpflichtigen, dessen Vermögen 32 000 Mark nicht übersteigt, auf 1400 Mark angenommen, der Steuerfatz aber auf Grund des §. 19 des Einkommensteuergesetzes auf 9 Mark ermäßigt, so ist die Ergänzungssteuer nach den Sätzen in Spalte 5 der Beilage zu veranlagern.

4. Auf Anwendung der ermäßigten Steuerfätze (Nr. 2) haben auch diejenigen Steuerpflichtigen Anspruch, welche nur mit den im Artikel 2 bezeichneten Vermögenstheilen der Einkommensteuer unterliegen.

Artikel 21.

Zulässige Ermäßigung der Steuerfätze.

(§. 19 Abs. 2 des Gesetzes.)

Steuerpflichtigen, welchen auf Grund des §. 19 des Einkommensteuergesetzes eine Ermäßigung der Einkommensteuer gewährt wird, kann bei der Veranlagung auch eine Ermäßigung der Ergänzungssteuer um höchstens zwei Stufen gewährt werden, sofern das steuerpflichtige Vermögen nicht mehr als 52 000 Mark beträgt.

1. Die hiernach zulässige Ermäßigung ist an eine doppelte Voraussetzung geknüpft:

- a) das steuerbare Vermögen des Pflichtigen darf nicht mehr als 52 000 Mark betragen,
- b) bei der Veranlagung zur Einkommensteuer muß eine Ermäßigung auf Grund des §. 19 des Einkommensteuergesetzes (vergl. Artikel 45 Nr. 3 der Anweisung vom 5. August 1891)²⁵⁾ bewilligt worden sein. Ist eine solche nicht für angezeigt erachtet, so darf auch die Ergänzungssteuer nicht ermäßigt werden.

Anm. 24. Anders im Falle des Artikels 19 I Nr. 2, 3.

Anm. 25. Die Vorschriften des Artikels 45 Nr. 3 a. a. O. lauten:

Nur ausnahmsweise gestattet § 19 des Gesetzes eine Ermäßigung um höchstens drei Stufen, wenn besondere, die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. Als Verhältnisse dieser

2. Liegen die zu 1 angegebenen Voraussetzungen der Ermäßigung vor, so ist eine solche doch nicht geboten, sondern im Einzelfalle zu prüfen, ob nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Steuerpflichtigen neben der Ermäßigung der Einkommensteuer eine weitere Erleichterung durch Ermäßigung auch der Ergänzungssteuer gerechtfertigt ist.

3. Unter den zu 1 angegebenen Voraussetzungen ist nach dem Wortlaut des Gesetzes die Ermäßigung auch bei denjenigen Steuerpflichtigen zulässig, welche gemäß Artikel 20 Nr. 2 ohnehin zu ermäßigten Steuersätzen zu veranlagten sind. Bei diesen wird jedoch nur in besonderen Ausnahmefällen das Bedürfnis zu einer weiteren Herabsetzung der Steuersätze anzuerkennen sein, zumal die Ermäßigung des Einkommensteuersatzes in der Regel bereits die Anwendung eines ermäßigten Ergänzungssteuersatzes zur Folge gehabt hat (Artikel 20 Nr. 3).

4. In keinem Falle darf eine Ermäßigung um mehr als zwei Stufen bewilligt werden.

Die Freistellung auf Grund der Bestimmungen dieses Artikels ist zulässig, wenn ohne Anwendung derselben ein Ergänzungssteuersatz von höchstens 4 Mark zu veranlagten sein würde.

Art kommen nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes lediglich in Betracht außergewöhnliche Belastungen des Steuerpflichtigen durch

- a) Unterhaltung und Erziehung der Kinder,
- b) Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger,
- c) andauernde Krankheit,
- d) Verschuldung,
- e) besondere Unglücksfälle.

Verhältnisse anderer Art begründen eine Berücksichtigung niemals und auch die vorstehend aufgeführten nur, sofern dadurch eine außergewöhnliche Belastung und eine wesentliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit herbeigeführt wird. Ob diese Voraussetzungen als vorhanden anzuerkennen sind, muß nach den Umständen eines jeden besonderen Falles beurtheilt werden. Im Einzelnen ist dabei Folgendes zu beachten:

Zu a) Die Belastung durch Unterhaltung und Erziehung von Kindern unter 14 Jahren findet bei den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von nicht mehr als 3 000 Mark bereits allgemein durch den im Artikel 44 erwähnten Abzug vom Einkommen Berücksichtigung und wird daher nur in seltenen Ausnahmefällen zu einer weiteren Ermäßigung dieser Steuerpflichtigen auf Grund des §. 19 des Gesetzes begründeten Anlaß geben können.

Zu b) Sofern ein Steuerpflichtiger den Unterhalt mittelloser Angehöriger tatsächlich in der Hauptsache bestreitet und hierdurch nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen ungewöhnlich belastet ist, macht es keinen Unterschied, ob derselbe diese Leistung auf Grund einer rechtlichen oder zur Erfüllung einer moralischen Verpflichtung übernommen hat.

Zu c) Nur wirkliche Krankheit von längerer Dauer kommt in Betracht, insofern der Steuerpflichtige dadurch zu ungewöhnlichen Aufwendungen genöthigt oder in seinen Erwerbsverhältnissen, wenn auch nur zeitweise, zurückgebracht worden ist.

Zu d) Im Uebrigen kann nicht nur wegen Erkrankung des Steuerpflichtigen selbst, sondern, falls die sonstigen Voraussetzungen zutreffen, auch wegen Erkrankung eines Familienmitgliedes Ermäßigung bewilligt werden.

Zu d) Da bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens die vom Steuerpflichtigen zu entrichtenden Schuldzinsen in Abzug gebracht werden, ist daneben eine besondere Berücksichtigung der Schuldenlast nur unter der Voraussetzung statthaft, daß dieselbe — z. B. weil hohe Kapitalabzahlungen zu leisten sind — in außergewöhnlichem Maße drückend auf die Leistungsfähigkeit einwirkt.

Zu e) Nur solche Unglücksfälle begründen eine Ermäßigung, welche — wie Verluste durch Brandschaden, Viehseuchen, Überschwemmungen und dergleichen — als außergewöhnliche anzuerkennen sind.

Erachtet die Kommission das Vorhandensein eines oder mehrerer der vorstehend bezeichneten Verhältnisse für nachgewiesen und deshalb den Vorschlag auf Ermäßigung des tarifmäßigen Steuersatzes um 1, 2 oder 3 Stufen für gerechtfertigt, so ist dies in jedem einzelnen Falle durch einen entsprechenden Vermerk in Spalte 39 (seht 38) kurz zu begründen.

Zweiter Theil.

Das Veranlagungsverfahren.

Erster Abschnitt.

Vorbereitung der Veranlagung durch die Ortsbehörden.

Artikel 22.

Ort der Veranlagung.

(§. 20 des Gesetzes.)

Die Veranlagung zur Ergänzungssteuer erfolgt an demjenigen Orte, an welchem der Steuerpflichtige gemäß Artikel 35 Nr. 1 bis 4 und 6 der Anweisung vom 5. August 1891 zur Einkommensteuer zu veranlagten ist, oder im Falle seiner Einkommensteuerpflicht zu veranlagten sein würde.

Im Falle der mehrfachen Veranlagung desselben Pflichtigen zur Ergänzungssteuer an verschiedenen Orten ist zu unterscheiden:

1. Ist der Steuerpflichtige auch zur Einkommensteuer veranlagt, so gilt die Veranlagung zur Ergänzungssteuer an demjenigen Orte, dessen Einkommensteuerveranlagung nach der Vorschrift im Artikel 78 I Absatz 4 der Anweisung vom 5. August 1891²⁶⁾ aufrecht zu erhalten ist.
Kann hiernach die Frage nicht entschieden werden, weil die Einkommensteuer von verschiedenen an sich zuständigen Stellen in gleicher Höhe veranlagt ist, so gilt die höhere Veranlagung zur Ergänzungssteuer.
2. Hat eine Einkommensteuerveranlagung nicht stattgefunden, so ist die Vorschrift Artikel 78 I Absatz 4 a. a. D. (s. Anmerkung 26) auf die mehrfache Veranlagung zur Ergänzungssteuer entsprechend anzuwenden.

Artikel 23.

Obliegenheiten des Gemeinde-(Guts-)vorstandes.

(§. 21 des Gesetzes.)

I. Jeder Gemeinde-(Guts-)vorstand hat, soweit es nicht bereits zum Zwecke der Einkommensteuer- und der Gewerbesteuerveranlagung geschehen muß, über alle Thatfachen, Verhältnisse und sonstigen Merkmale, welche ein Urtheil über Umfang und Werth des steuerbaren Vermögens (Artikel 4 bis 18 des ersten Theils dieser Anweisung) der in dem Gemeinde-(Guts-)bezirk zu veranlagenden Steuerpflichtigen begründen können, möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen.

Zusbesondere hat der Gemeinde-(Guts-)vorstand die folgenden Vorarbeiten zu liefern beziehungsweise dabei mitzuwirken.

1. Er hat hinsichtlich der im Gemeinde-(Guts-)bezirk belegenen Grundstücke den mit der Vorbereitung für die Schätzung des steuerbaren Grundvermögens betrauten Katasterkontroleur mit der erforderlichen Auskunft über alle für die Schätzung erheblichen Thatfachen und Verhältnisse zu versehen, welche nicht aus den Grund- und Gebäudesteuerkatastern und aus dem sonst dem Katasterkontroleur zugänglichen Aktenmaterial entnommen werden können.

Hierher gehört vornehmlich die Auskunft über den gegenwärtigen Kulturzustand der land- und forstwirtschaftlich benutzten Flächen, über die bauliche Beschaffenheit der Gebäude, den Zustand des beweglichen Wirthschaftsinventars, über alle andern für die Beurtheilung des Werthes der Betriebsmittel wesent-

Anm. 26. Diese Vorschrift lautet:

Eine mehrfache Veranlagung kann eintreten dadurch, daß dieselbe Person irrthümlich in den Einkommensteuerlisten oder Einkommensnachweisungen desselben Veranlagungsbezirktes an verschiedenen Stellen aufgeführt ist, oder durch Veranlagung in mehreren Bezirken, z. B. bei doppeltem Wohnsitz. In dem ersteren Falle ist stets die höhere Veranlagung aufrecht zu erhalten, ebenso in dem letzteren, sofern die Veranlagungsbehörden der verschiedenen Bezirke an und für sich für die Veranlagung des Pflichtigen nach den Bestimmungen dieser Anweisung zuständig waren; trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist der von der unzuständigen Stelle veranlagte Steuerpflichtige in Abgang zu stellen.

lichen Umstände und über die bestehenden Pachtverhältnisse. Ein namentliches Verzeichniß derjenigen Einwohner, welche dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft dienende Grundstücke mit einem Gesamtflächeninhalt von mehr als 2 Hektaren in Pacht oder Nießbrauch haben, ist unter Benützung eines Formulars, das die Spalten 1 bis 5 des Musters 2 (Seite 168) enthalten muß, bis zum 1. August dem Katasterkontroleur mitzuthellen. Wo bei Pächtern mit einer Pachtung von 2 Hektaren ein steuerbares Vermögen von mehr als 6000 Mark regelmäßig nicht anzunehmen ist, kann die Regierung im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission die Beschränkung des Verzeichnisses auf Pachtungen von größerem, von ihr zu bestimmendem Umfange anordnen.

Im Uebrigen können zur Beschränkung des Schreibwerkes die erforderlichen Mittheilungen nach näherer Anweisung der Regierung dem Katasterkontroleur durch ein Mitglied des Gemeindevorstandes oder auch durch andere geeignete ortskundige Personen mündlich gemacht werden (vergl. Artikel 36 der Anweisung vom 26. Dezember 1893).

In gleicher Weise (Abs. 1 bis 3) hat der Gemeinde-(Guts-)vorstand bei künftigen Veranlagungen mitzuwirken, so oft — z. B. aus Anlaß der in den Besitz- und Pachtverhältnissen eintretenden Veränderungen — nach den bezeichneten Richtungen hin Erhebungen erforderlich sind.

2. Der Gemeinde-(Guts-)vorstand stellt eine Nachweisung derjenigen Einwohner des Gemeinde-(Guts-)bezirkes auf, welche ein gemäß §. 7 Absatz 1 des Gewerbesteuergesetzes steuerfreies — oder nur betriebssteuerpflichtiges — stehendes Gewerbe oder ein Gewerbe im Umherziehen betreiben. In diese Nachweisung sind jedoch nur diejenigen Gewerbetreibenden der bezeichneten Kategorien aufzunehmen, welchen mit Einschluß des Anlage- und Betriebskapitals ein steuerbares Gesamtvermögen (Spalte 22 der Staatssteuerliste) von mehr als 6000 Mark beizumessen ist.

Muster 1.
Seite 165.

Die Nachweisung ist spätestens bis zum 1. September 1894 dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzureichen.

Wegen der Berichtigung und Vervollständigung der Nachweisung für künftige Veranlagungen wird auf Artikel 30 Nr. 2 verwiesen.

II. Die zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung jährlich stattfindende Personenstandsaufnahme (Artikel 36 der Anweisung vom 5. August 1891) bildet zugleich die Grundlage für die Veranlagung der Ergänzungssteuer.

Wo bei der Personenstandsaufnahme Hauslisten zur Anwendung gelangen (Artikel 36 Abs. 6 a. a. O.), kann das Formular derselben auch zur Aufnahme freiwilliger Angaben der Haushaltungsvorstände über ihre und ihrer Haushaltsangehörigen Vermögensverhältnisse eingerichtet werden.

III. Das Personenverzeichnis (Muster III zu Artikel 37 der Anweisung vom 5. August 1891) ist fortan nach dem beiliegenden neuen Muster anzulegen.

Muster III
Seite 207.

Die Vorschrift im Artikel 37 I Nr. 3 a. a. O. wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Mitglieder von Truppenkörpern (Regimentern, Bataillonen, Compagnien u. s. w.), welchen weder ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 900 Mark noch ein steuerbares Vermögen (Spalte 22 der Staatssteuerliste) von mehr als 6000 Mark beizumessen ist, sind ohne namentliche Angabe summarisch in das Verzeichniß aufzunehmen.²⁷⁾

Artikel 24.

Staatssteuerliste und Staatssteuerrolle.

Die Einkommensteuerliste (Muster A zu Artikel 38 der Anweisung vom 5. August 1891) erhält die Bezeichnung „Staatssteuerliste“, dient als solche zugleich zur Nachweisung der für die Ergänzungssteuerveranlagung gesammelten Merkmale und ist fortan nach dem beiliegenden neuen Muster zu führen.

Muster A.
Seite 185.

An Stelle der bisherigen Einkommensteuerrolle (Muster V) tritt die zugleich für die Erhebung der Ergänzungssteuer eingerichtete Staatssteuerrolle nach dem beiliegenden neuen Muster.

Muster V
Seite 210.

Die Vorschriften im Artikel 38 Nr. 1 bis 8 und 10 a. a. O. über die Aufstellung der Liste und die Vorbereitung der Rolle werden aufgehoben und durch die nachstehenden Bestimmungen ersetzt:²⁷⁾

1. Von der Aufnahme in die Staatssteuerliste bleiben ausgeschlossen diejenigen Personen, welche, obwohl sie Einwohner des Ortes und deshalb in das Personenverzeichnis (Muster III) auf-

Anm. 27. Die Abweichungen von der bisherigen Fassung sind durch gesperrten Druck hervorgehoben.

zunehmen sind, gesetzlich weder der Einkommensteuer noch der Ergänzungssteuer unterliegen, weil sie

- a) Angehörige des Deutschen Reiches sind, und außerhalb Preußens, aber innerhalb des Deutschen Reiches oder in einem deutschen Schutzgebiete, ihren dienstlichen Wohnsitz oder in ihrem außerpreussischen Heimathsstaate einen zweiten Wohnsitz haben, oder weil sie
- b) Ausländer sind und sich in Preußen weder des Erwerbes wegen noch länger als ein Jahr aufhalten und auch einen Wohnsitz in Preußen noch nicht begründet haben, oder weil sie
- c) zu den im §. 3 des Einkommen- und §. 3 des Ergänzungssteuergesetzes als steuerfrei bezeichneten Personen gehören.²⁸⁾

In Ansehung der zu a bis c gedachten Personen wird die Spalte 8 des Personenverzeichnisses (Muster III) durch Eintragung der Zahl der zur Haushaltung gehörigen Personen ausgefüllt und in der Spalte 13 der Grund der Steuerfreiheit kurz erläutert.

Hierbei ist jedoch stets zu prüfen, ob hinsichtlich der vorbezeichneten Personen die Voraussetzungen der beschränkten Steuerpflicht (§. 2 des Einkommensteuergesetzes, §. 2 II des Ergänzungssteuergesetzes) zutreffen; ist dies der Fall, so finden auch auf sie die Bestimmungen zu 2 Anwendung.

2. Nach Ausscheidung der Steuerfreien (Nr. 1) werden aus dem Personenverzeichnisse (Muster III) alle diejenigen Personen in die Staatssteuerliste übernommen,
 - a) welche bereits im Vorjahre mit einem Einkommen von mehr als 900 Mark oder mit einem steuerbaren Vermögen von mehr als 6000 Mark zur Steuer veranlagt waren,
 - b) welche von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission als einkommensteuerpflichtig oder als ergänzungssteuerpflichtig bezeichnet werden,
 - c) welchen nach den stattgehabten Ermittlungen und dem pflichtmäßigen Ermessen des Gemeindevorstandes ein steuerpflichtiges Gesamteinkommen (Spalte 23 der Staatssteuerliste) im Jahresbetrage von mehr als 900 Mark oder ein steuerbares Vermögen (Spalte 22 der Staatssteuerliste) von mehr als 6000 Mark beizumessen ist.
3. Die Spalten 9 bis 12a des Personenverzeichnisses werden nach Maßgabe der Kopfschriften ausgefüllt.
4. Im Falle die Voraussetzungen unter Nr. 2a bis c zutreffen, darf die Aufnahme in die Staatssteuerliste nicht deshalb unterbleiben, weil von dem Einkommen ein Abzug gemäß §. 18, oder die Freistellung gemäß §. 19 des Einkommensteuergesetzes zulässig, oder weil die Freilassung von der Ergänzungssteuer auf Grund des §. 17 Nr. 2 oder 3 des Ergänzungssteuergesetzes begründet ist.
5. Die einzelnen Steuerpflichtigen werden in die Staatssteuerliste unter Einhaltung der in dem Personenverzeichnisse beobachteten Reihenfolge übertragen.

In Spalte 1a bleibt die Eintragung der Nummern des laufenden Steuerjahres bis nach dem Abschlusse der Veranlagung vorbehalten; eine vorläufige Numerirung mit Bleistift ist hierdurch nicht ausgeschlossen.

Die Spalten 3 bis 5 werden in Uebereinstimmung mit den Spalten 4 bis 6 des Personenverzeichnisses ausgefüllt.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche Mitglieder der Voreinschätzungs- oder der Veranlagungskommission sind, werden als solche bei ihrem Namen (Spalte 2) bezeichnet.

6. Für die sämtlichen in die Liste übertragenen Personen ist der Betrag des ermittelten Jahreseinkommens in Spalte 23 unter gleichzeitiger Ausfüllung der Spalten 6 zu a, 7, 8, 9, 11, 12, 14, 15 zu a, 16, 18, 19 zu 1, 20, 21 zu vermerken, auch in die Spalten 26 und 33 zu a der zuletzt entrichtete Einkommensteuer- beziehungsweise Ergänzungssteueratz einzutragen.

Die Spalten 6 zu b, 10, 13, 15 zu b, 17, 19 zu 2, 22, 27 zu b, 28 bis 32, 33 zu b, 34 bis 37 der Staatssteuerliste werden durch den Gemeinde-(Guts-)vorstand nicht ausgefüllt.

Anm. 28. Die Befreiung der Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer deutscher Reichsstände ist durch Gesetz vom 18. Juli 1892 (Gesetzsamml. S. 210) aufgehoben.

Bei Ausfüllung der Spalten 19 und 20 der Liste dürfen nur diejenigen Schulden, Lasten, Zinsen u. s. w. berücksichtigt werden, deren Bestehen keinem Zweifel unterliegt. Um in dieser Hinsicht die erforderlichen Unterlagen für die Voreinschätzung zur Einkommensteuer zu beschaffen, kann der Gemeinde-(Guts-)vorstand diejenigen Steuerpflichtigen, welchen eine Steuererklärung nicht obliegt, auffordern, binnen einer angemessenen Frist die Schuldzinsen, Lasten, Kassenbeiträge und Lebensversicherungsprämien, deren Abzug sie beanspruchen, anzumelden und nöthigenfalls die Verpflichtung zur Entrichtung derselben durch Vorlegung der Beläge (Zins-, Beitrags-, Prämienquittungen, Policen u. s. w.) zu bescheinigen.

7. Auf Grund der Staatssteuerliste bereitet der Gemeinde-(Guts-)vorstand die zur demnächstigen Benutzung für die Gemeinde bestimmte Staatssteuerrolle durch Ausfüllung der Spalten 1 und 3 vor.
8. Die auf ihn selbst bezüglichen Eintragungen in die Liste darf der Gemeinde-(Guts-)vorstand nicht bewirken (§. 23 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes). Er hat zu diesem Zwecke die Liste nebst den erforderlichen Unterlagen (Personenverzeichnis, etwaige Hausliste) der von der Bezirksregierung hierfür bestimmten und ihm vor Beginn des Veranlagungsgeschäfts zu bezeichnenden Person zuzustellen beziehungsweise vorzulegen, welche die Eintragung nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen vornimmt.

Da eine zutreffende Erfassung der wirklichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Gemeinde-(Guts-)vorstände besonders wichtig ist, so müssen die vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu diesem Zwecke vorzuschlagenden Personen mit Umsicht ausgewählt und mit der erforderlichen Belehrung versehen werden.

Es ist zulässig, in vereinigten Voreinschätzungsbezirken (§. 31 Abs. 3 bis 7 des Einkommensteuergesetzes) den Vorsitzenden der Voreinschätzungskommission mit diesen Eintragungen zu beauftragen, soweit es sich nicht um die auf ihn selbst bezüglichen Angaben handelt.

10. Wo eine Veranlagung der Personen mit Einkommen von nicht mehr als 900 Mark zu kommunalen Zwecken (§§. 74, 75 des Einkommensteuergesetzes) erfolgen muß, ist über dieselben auf Grund des Personenverzeichnisses (Muster III) eine Gemeindesteuerliste aufzustellen, welche außer den Spalten 4 bis 6 dieses Verzeichnisses vier Spalten für die gesonderte Eintragung des Einkommens nach den Quellen sowie die Spalten 18, 20, 23, 24, 25, 26 bis 29, 31, 38 der Staatssteuerliste enthalten muß.

Die Gemeindesteuerliste kann auch mit dem Personenverzeichnis verbunden werden; weitere durch besondere örtliche Verhältnisse bedingte Abweichungen können von der Regierung im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Berufungskommission genehmigt werden.

Sind nach den bestehenden Vorschriften gemeindesteuerpflichtige Personen, obwohl ein Staatseinkommensteuersatz nicht auf sie veranlagt ist, dennoch in der Staatssteuerliste fortzuführen, so wird hierdurch ihre Aufnahme in die Gemeindesteuerliste nicht ausgeschlossen.

Artikel 25.

Mitwirkung der Voreinschätzungskommission.

(§. 22 Abs. 2 des Gesetzes.)

Nach Beendigung der Vorarbeiten wird durch den Gemeinde-(Guts-)vorstand gemäß Artikel 41 Absatz 1 der Anweisung vom 5. August 1891 die Voreinschätzung zur Einkommensteuer herbeigeführt.

Eine Voreinschätzung zur Ergänzungssteuer durch die Voreinschätzungskommission findet nicht statt.

Die Voreinschätzungskommission hat, sofern sie nicht vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission in einzelnen Fällen zu einer gutachtlichen Äußerung veranlaßt wird (vergl. Artikel 26 Nr. 5 Abs. 3), Vorschläge über die zu veranlagenden Ergänzungsteuersätze auch hinsichtlich der Steuerpflichtigen mit Einkommen von nicht mehr als 3 000 Mark nicht zu machen. Ebensowenig liegt es ihr ob, die Richtigkeit und Vollständigkeit derjenigen Eintragungen der Staatssteuerliste zu prüfen, welche nur für die Veranlagung der Ergänzungssteuer von Bedeutung sind.

• Hierdurch ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Voreinschätzungskommission ihren von den Ermittlungen des Gemeinde-(Guts-)vorstandes abweichenden Annahmen über die Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen im Sitzungsprotokoll oder auf einer Anlage zu demselben Ausdruck giebt; dies muß geschehen,

wenn ihre abweichenden Annahmen — z. B. hinsichtlich der Höhe des Kapitalvermögens oder abzugsfähiger Schulden — zugleich auf die Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens von Einfluß sind und den hierauf bezüglichen Vorschlägen der Voreinschätzungskommission zu Grunde liegen.

Im Uebrigen erleiden die Vorschriften über das Verfahren der Voreinschätzungskommission die folgenden Aenderungen:

1. An Stelle der in den Artikeln 43, 44, 45 der Anweisung vom 5. August 1891 erwähnten Spalten 17, 17a, 18, 19, 20, 22, 39 der Einkommensteuerliste treten beziehungsweise die Spalten 20, 21, 23, 24, 25, 27, 38 der Staatssteuerliste.

2. Die Vorschriften im Artikel 45 Nr. 5 und 6 Satz 1 a. a. D. werden aufgehoben und durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:²⁹⁾

Nr. 5: Die Spalten 6 zu b, 10, 13, 15 zu b, 17, 19 zu 2, 22, 27 zu b, 28 bis 32, 33 zu b, 34 bis 37 der Staatssteuerliste sind zur Ausfüllung durch die Veranlagungskommission beziehungsweise deren Vorsitzenden bestimmt und bleiben auch in Ansehung der Steuerpflichtigen bis 3 000 Mark vorläufig offen.

Nr. 6 Satz 1: Nach geschehener Voreinschätzung wird das Personenverzeichnis in den Spalten 4 bis 7 aufgerechnet. Die Aufrechnung der Spalten 8 bis 12a desselben sowie der Staatssteuerliste bleibt bis zum Abschluß der Veranlagung der Ergänzungssteuer ausgesetzt.

Zweiter Abschnitt.

Die Vorarbeiten des Vorsitzenden der Veranlagungskommission.

Artikel 26.

Die Stellung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission, seine Obliegenheiten und Befugnisse im Allgemeinen.

(§. 22 Abs. 1, §§. 25, 27, 48 des Gesetzes.)

1. Jeder Einkommensteuerveranlagungsbezirk (Artikel 46 Abs. 1, 2 der Anweisung vom 5. August 1891) bildet auch einen Bezirk zur Veranlagung der Ergänzungssteuer. Zuständig für die Veranlagung ist die zur Veranlagung der Einkommensteuer gebildete Kommission (Artikel 46 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 a. a. D.).

2. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat die ihm bei der Veranlagung der Einkommensteuer im Artikel 47 I der Anweisung vom 5. August 1891 zugewiesenen Obliegenheiten und Befugnisse auch mit Bezug auf die Ergänzungssteuer wahrzunehmen.

An der möglichst richtigen Erfassung des steuerbaren Vermögens schon bei der erstmaligen Veranlagung der Ergänzungssteuer haben im Hinblick auf die im §. 48 des Gesetzes angeordnete Kontingentierung des Ertrages die Steuerpflichtigen selbst ein unmittelbares Interesse. Bleibt in Folge ungleichmäßiger Ausführung der bestehenden Vorschriften das Veranlagungsloß für das Jahr 1895/96 hinter dem dort veranschlagten Betrage zurück, so muß der Ausfall durch eine entsprechende allgemeine Erhöhung der Steuersätze aufgebracht, also auch von denjenigen Pflichtigen mitgetragen werden, welche zutreffend veranlagt sind.

Diesen Gesichtspunkt haben die Vorsitzenden bei den Berathungen der Schätzungsausschüsse und Veranlagungskommissionen nachdrücklich geltend zu machen.

3. Der Vorsitzende muß vor jeder Veranlagung, spätestens im Monat August, unter Zuziehung des Gemeinde- (Guts-) vorstandes die lebjährigen Personenverzeichnisse, Staats- und Gemeindesteuerlisten einer genauen Durchsicht unterziehen, um diejenigen Steuerpflichtigen zu ermitteln, deren Vermögensverhältnisse einer Prüfung und Erörterung bedürfen; hierbei hat er dem Gemeinde- (Guts-) vorstande auch diejenigen bisher nicht besteuerten Personen zu bezeichnen, welche gemäß Artikel 24 Nr. 2 b, c in die nächstjährige Staatssteuerliste neu aufzunehmen sind.

4. Eine Verpflichtung, zum Zwecke der Veranlagung der Ergänzungssteuer Angaben über ihre Vermögensverhältnisse zu machen, hat das Gesetz den Steuerpflichtigen nicht auferlegt. Dieses wichtige Veranlagungsmittel bleibt daher versagt, insofern die Pflichtigen sich nicht freiwillig, sei es aus eigenem Antriebe, sei es auf Anregung des Vorsitzenden, zu dergleichen Angaben bereit finden,

Ann. 29. Die Abweichungen von der bisherigen Fassung sind durch gesperrten Druck hervorgehoben.

oder der Inhalt ihrer Steuererklärungen zugleich Schlüsse auf den Umfang und Werth des Vermögens gestatten.

Umsomehr muß der Vorsitzende der Veranlagungskommission darauf Bedacht nehmen, das für die Veranlagung erforderliche Material in thunlicher Vollständigkeit durch amtliche Nachforschung zu beschaffen, und sich über die gesammten Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen seines Bezirkes und die darin eintretenden Veränderungen fortlaufend in Kenntniß erhalten.

5. Zu diesem Zwecke (Nr. 4) sieht ihm das für die Einkommensteuerveranlagung gesammelte Material, aber auch unabhängig hiervon die Anwendung der in Artikel 47 II Nr. 2, 3, 4 und 6 der Anweisung vom 5. August 1891 angegebenen Mittel zu Gebote. Insofern der Vorsitzende zur Aufklärung der Vermögensverhältnisse die Befragung des Steuerpflichtigen für angezeigt erachtet, darf der Befragte nicht im Zweifel darüber gelassen werden, daß er zur Auskunftsertheilung nicht verpflichtet ist. Für Fälle dieser Art wird die Benützung des anliegenden Musters empfohlen.

Muster 14.
Seite 183.

Sämmtliche Staats- und Kommunalbehörden und Beamte mit Ausnahme der Notare sind verpflichtet, dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission oder dem von diesem beauftragten Beamten oder Kommissionsmitgliede die Einsicht aller die Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen betreffenden Bücher, Akten, Urkunden u. s. w. zu gestatten und auf Ersuchen kostenfreie Abschriften aus denselben zu erteilen, soweit nicht, wie in Ansehung des Staatsschuldbuchs (§. 2 Abs. 4 des Gesetzes vom 20. Juli 1883, Gesetzsamml. S. 120), des Reichsschuldbuchs (§. 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 31. Mai 1891, Reichsgesetzbl. S. 321) und der Sparsassen (§. 25 Abs. 5 des Ergänzungsteuergesetzes) besondere gesetzliche Bestimmungen oder dienstliche Rücksichten entgegenstehen.

Obwohl eine Voreinschätzung zur Ergänzungsteuer nicht stattfindet (vergl. Artikel 25), ist der Vorsitzende auch befugt, die Voreinschätzungskommissionen zu einer besonderen Aeußerung über die Vermögensverhältnisse von einzelnen Steuerpflichtigen zu veranlassen.

6. Alle auf die Ergänzungsteuerveranlagung eines Steuerpflichtigen bezüglichen Mittheilungen, Anträge, Erklärungen, Verhandlungen und sonstigen Schriftstücke sind zu den über die Einkommensteuerveranlagung desselben Pflichtigen geführten Personalakten³⁰⁾ zu nehmen, und, falls solche nicht angelegt sind, zu einem besonderen Aktenhefte zu vereinigen.

Die Schätzungsbogen und Personalblätter (Artikel 27 bis 30) sind ungeheftet besonders aufzubewahren.

7. Nachrichten, welche dem Vorsitzenden über die Vermögensverhältnisse von Steuerpflichtigen anderer Veranlagungsbezirke zugehen, hat er alsbald von Amts wegen dem zuständigen Vorsitzenden mitzutheilen.

8. Die dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zur Bearbeitung der Einkommensteuersachen zugeordneten Hilfsbeamten können unter Beachtung der Bestimmungen unter Nr. 2 Absatz 1—3 der Verfügung vom 8. Juli 1891³¹⁾ auch bei der Bearbeitung der auf die Ergänzungsteuer bezüglichen Arbeiten betheiligt werden (vergl. auch Artikel 33 Nr. 1 Absatz 3).

Artikel 27.

Vorarbeiten zur Feststellung und Schätzung des Grundvermögens, einschließlich der dem Betriebe der Land- und Forstwirtschaft dienenden Werthe.

1. Wegen Aufstellung der Schätzungsbogen durch die betheiligten Katasterkontroleure wird auf die Vorschriften der Anleitung vom 26. Dezember 1893 verwiesen.

Anm. 30. Vergl. Verfügung vom 9. Februar 1893, II. 16 369, zu 4 (Mittheilungen Heft 26 S. 16).

Anm. 31. Vergl. Mittheilungen Heft 26 S. 33. Diese Bestimmungen lauten:

Die Ueberweisung von subalternen Hilfskräften an die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen findet nur zur Erledigung desjenigen Theiles ihrer Geschäfte statt, welcher dem subalternen Expeditions-, Kalkulatur- und Registratordienste angehört, sowie zur Ausführung der Weisungen des Vorsitzenden wegen Einziehung der Nachrichten über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen, Einsicht der betreffenden Bücher, Akten, Urkunden u. s. w.

Darüber hinaus dürfen denselben die regelmäßig von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission beziehungsweise dessen Stellvertreter persönlich wahrzunehmenden Geschäfte, insbesondere die Entgegennahme protokollarischer Steuererklärungen, die persönliche Verhandlung mit den Steuerpflichtigen bei Beanstandung von Steuererklärungen oder bei Erörterung von Rechtsmitteln nur ausnahmsweise bei dienstlicher Behinderung des Vorsitzenden, sofern anderweite Bedenken nicht obwalten, aufgetragen werden.

Zur Stellvertretung des Vorsitzenden in den Sitzungen der Veranlagungskommission, sowie zur Theilnahme an denselben mit beratender Stimme dürfen Subalternbeamte überhaupt nicht verwendet werden.

Muster 2.
Seite 168.

Die auf der Rückseite der Schätzungsbogen für die Besitzgruppen B und C ermittelten Werthe der den Pächtern (Nießbrauchern) gehörigen Inventarien sind vom Katasterkontroleur unter Benützung der von den Gemeinde- (Guts-) vorständen gelieferten Nachrichten (Artikel 23 I Nr. 1) in Verzeichnisse nach anliegendem Muster in der Weise zusammenzustellen, daß das Ergebniß der Einzelschätzungen für alle in derselben Hand vereinigten und zusammen bewirthschafteten Pacht- (Nießbrauchs-) stücke zu ersehen ist.

Ausgeschlossen von der Aufnahme in das Verzeichniß können in der Regel diejenigen Personen bleiben, deren Pachtungen u. s. w. im Ganzen den Flächeninhalt von 2 Hektaren nicht übersteigen. (Vergl. auch Artikel 23 I Nr. 1 Abs. 2.)

Bewirthschaftet ein Pächter die Pachtstücke zusammen mit eigenen Grundstücken, so ist eine dem Muster 2 entsprechende Zusammenstellung bezüglich der Pachtstücke behufs Berücksichtigung bei der Schätzung der eigenen Besitzung dem betreffenden Schätzungsbogen beizufügen (Artikel 11 Nr. 3, 4).

Die Pächterverzeichnisse (Muster 2) sind dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission spätestens zum 1. Oktober 1894 zugleich mit den Schätzungsbogen vorzulegen.

2. Der Vorsitzende unterwirft die auf dem Schätzungsbogen abgegebenen Vorschläge des Katasterkontroleurs einer sorgfältigen Prüfung auch darauf hin, ob die Angaben über die Beschaffenheit des Inventars, über das Vorhandensein von Nebenbetrieben und die sonst zur Begründung des Gutachtens in den Schätzungsbogen aufgenommenen Nachrichten dem ihm aus eigener Wissenschaft bekannten oder anderweit ermittelten Thatbestande entsprechen.

Hinsichtlich der Pächter prüft er insbesondere, ob das Ergebniß der Einzelschätzungen (vergl. oben zu 1) den Verhältnissen des Gesamtbetriebes, nach welchen die Schätzung erfolgen muß, entspricht, und sorgt dafür, daß die für die Schätzung des Betriebskapitals im Ganzen erheblichen Merkmale in die Bemerkungsspalte des Musters 2 nachgetragen werden.

Der Vorsitzende veranlaßt die zur Behebung etwaiger Anstände erforderlichen Ermittlungen und ersucht nöthigenfalls den Katasterkontroleur um Berichtigung beziehungsweise Ergänzung seiner Vorschläge.

3. Die Schätzungsbogen über die einem bergbaulichen oder gewerblichen Betriebe dienenden Grundstücke sind zur Berücksichtigung bei der Schätzung des gesamten Anlage- und Betriebskapitals den hierauf bezüglichen Unterlagen beizufügen (vergl. Artikel 12 Nr. 3, Artikel 29 Nr. 5).

4. Bei Grundstücken, welche mehreren selbstständig zu veranlagenden Eigenthümern, Erben u. s. w. gehören, ist der Antheil eines jeden Eigenthümers u. s. w. festzustellen und auf dem Schätzungsbogen neben dem Namen zu vermerken.

5. Nach Eingang der Staatssteuerlisten sind die Nummern der Schätzungsbogen und der Pächterverzeichnisse in Spalte 2 der Steuerliste beziehungsweise der Nachweisung B (C) unter dem Stand (Gewerbe) der betreffenden Steuerpflichtigen, und umgekehrt die laufenden Nummern, unter welchen die Pflichtigen in der Staatssteuerliste erscheinen, auf den Schätzungsbogen nachzutragen.

Muster 3.
Seite 170.

Wo ein Bedürfniß dazu vorliegt, kann außerdem über die Schätzungsbogen eine Kontrolle nach beiliegendem Muster angelegt werden, welche dazu dient, den Nachweis des Grundbesitzes bei den theiligten Steuerpflichtigen durch die Staatssteuerliste sicher zu stellen.

6. Ist der Werth einer Besitzung wegen ihres geringen Umfanges vom Katasterkontroleur vorläufig nicht begutachtet, die Ermittlung des Werthes aber zur Feststellung des steuerbaren Gesamtvermögens des betreffenden Steuerpflichtigen erforderlich, so hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission die nachträgliche Begutachtung durch den Katasterkontroleur herbeizuführen.

Artikel 28.

Fortsetzung. Wahrung der Veränderungen.

1. Vor jeder neuen Veranlagung übersendet der Vorsitzende die sämtlichen Schätzungsbogen und Pächterverzeichnisse (Muster 2), sobald sie ihm selbst entbehrlich sind, geeignetenfalls gemeindeweise, spätestens bis zum 1. August dem Katasterkontroleur, welcher dieselben nach dem gegenwärtigen Stande berichtigt und vervollständigt.

Soweit stattgehabte Grundstückstheilungen, Veränderungen im Gebäudebestande oder andere Umstände es erfordern, sind neue Schätzungsbogen nach Vorschrift der Artikel 30 ff. der Anleitung vom 26. Dezember 1893 aufzustellen und im Anschluß an die bisherige Nummerfolge innerhalb eines jeden Gemeinde- (Guts-) bezirks fortlaufend zu nummeriren.

2. Der Katasterkontroleur legt die berichtigten sowie die neuen Schätzungsbogen und Pächterverzeichnisse (Muster 2) spätestens bis zum 1. Oktober dem Vorsitzenden wieder vor.

Dieser veranlaßt zur Wahrung der in den Besitz- und Pachtverhältnissen eingetretenen Veränderungen bei der nächsten Veranlagung der Ergänzungssteuer die im Artikel 27 angegebenen Vorarbeiten.

Artikel 29.

Vorarbeiten zur Feststellung und Schätzung der als Anlage- und Betriebskapital einem bergbaulichen oder gewerblichen Betriebe dienenden Werthe.

1. Die Vorsitzenden der sämtlichen Steueraussschüsse für die Gewerbesteuerklassen I bis IV haben über jeden zur Gewerbesteuer veranlagten Betrieb auf Grund der namentlichen Nachweisungen für das Steuerjahr 1894/95, der Zugangslisten und des sonst in den Akten beruhenden Materials ein Personalblatt nach beiliegendem Muster aufzustellen und, hinsichtlich der aus dem bezeichneten Material zu entnehmenden Angaben ausgefüllt, bis zum 1. September 1894 dem Vorsitzenden derjenigen Veranlagungskommission mitzutheilen, in dessen Bezirk das betreffende Unternehmen betrieben wird, beziehungsweise seinen Sitz hat (Artikel 30 Abs. 1, 2 der Anweisung vom 10. April 1892).

Soweit der Vorsitzende der Veranlagungskommission zugleich den Vorsitz in einem oder mehreren Steueraussschüssen führt, veranlaßt er selbst die Aufstellung der Personalblätter; in jedem Falle sorgt er für die Nachtragung der aus den Einkommensteuerlisten und Akten zu entnehmenden Nachrichten.

Außer Betracht bleiben die Betriebe der Aktiengesellschaften und aller anderen nicht physischen Personen, deren Anlage- und Betriebskapital nicht gemäß Artikel 6 Nr. 3 den einzelnen Theilhabern anzurechnen ist.

2. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat, nöthigenfalls durch Einholung einer Auskunft der zuständigen Bergbehörde, die in seinem Bezirke von ergänzungssteuerpflichtigen Personen betriebenen bergbaulichen Unternehmungen zu ermitteln, für jeden selbstständigen Betrieb dieser Art die zur Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals erforderlichen Unterlagen soweit als möglich durch Anhörung sachkundiger Vertrauenspersonen zu beschaffen und die Ergebnisse für jeden Betrieb gleichfalls in einem Personalblatt zusammenzustellen.

3. Erfordern die besonderen Verhältnisse eines größeren gewerblichen oder bergbaulichen Unternehmens bei Aufstellung des Personalblattes Abweichungen von dem vorgeschriebenen Muster (4), so ist die Anwendung eines den Bedürfnissen entsprechend umzugestaltenden Formulars gestattet.

4. Hinsichtlich der gemäß §. 7 des Gewerbesteuergesetzes steuerfreien Betriebe sowie in Betreff der Hausirgewerbe bedarf es der Herstellung von Personalblättern nur, wenn dies nach dem Ermessen des Vorsitzenden im einzelnen Falle zur Klarstellung der Betriebsverhältnisse erforderlich scheint. In der Regel dienen als Grundlage der weiteren Verhandlungen in Ansehung dieser Betriebe die von den Gemeinde-(Guts-)vorständen gemäß Artikel 23 I Nr. 2 gelieferten Nachweisungen (Muster 1), welche der Vorsitzende durch Nachtragung der von ihm etwa eingezogenen Nachrichten ergänzt beziehungsweise berichtigt.

Insbesondere veranlaßt der Vorsitzende die Nachtragung solcher Betriebe, welche wegen ihres geringen Umfanges zunächst nicht aufgenommen waren, aber für die Feststellung des steuerbaren Gesamtvermögens des betreffenden Steuerpflichtigen gleichwohl von Bedeutung sind.

5. Die Personalblätter sowie die Nachweisungen der steuerfreien Betriebe (Nr. 1 bis 4) vertheilt der Vorsitzende nach Beifügung der dazu gehörigen Schätzungsbogen (Artikel 27 Nr. 3) und der sonst vorhandenen Unterlagen an die Mitglieder des Schätzungsausschusses oder andere geeignete sachkundige Personen zur Vornahme der etwa noch erforderlichen Ermittlungen und Erstattung eines vorläufigen Gutachtens über die den einzelnen Betrieben gewidmeten Werthe (Artikel 10, 12).

6. Nach Eingang der Gutachten unterzieht der Vorsitzende dieselben einer sorgfältigen Prüfung.

Im Allgemeinen ist hierbei zu beachten, daß für die Veranlagung zur Gewerbesteuer das Anlage- und Betriebskapital ohne Unterschied zwischen dem eigenen Kapital des Gewerbetreibenden und dem nur angeliehenen in Betracht kommt (vergl. Artikel 17 der Anweisung vom 10. April 1892), während bei Feststellung des steuerbaren Vermögens die Schulden abzuziehen sind (Artikel 10 III dieser Anweisung). Der gleiche Unterschied besteht mit Bezug auf die Zulässigkeit des Zinsenabzuges zwischen dem für die Gewerbesteuerung maßgebenden „Ertrage“ (Artikel 16 der Anweisung vom 10. April 1892) einerseits und dem steuerpflichtigen Einkommen aus dem Gewerbebetriebe im Sinne des Einkommensteuergesetzes andererseits. Eine hierdurch begründete Differenz zwischen der Höhe des „Ertrages“ und des „Einkommens“ aus dem nämlichen Betriebe wird daher in der Regel auch einen entsprechenden Ausdruck bei der Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals einerseits für die Gewerbesteuer andererseits für die Ergänzungssteuer finden müssen.

Mit diesem Vorbehalte aber kann das Verhältniß, in welchem bei einer Anzahl von Gewerbebetrieben derselben Art das seiner Höhe nach durch zuverlässige eigene Angaben oder andere Ermittlungen bekannte Betriebskapital zu dem Ertrage bzw. dem Einkommen aus dem Gewerbe steht, einen werthvollen Anhalt für die Schätzung des Betriebskapitals gleichartiger Betriebe bieten, deren Ertrag oder Einkommen bekannt ist.

7. Weicht sein Gutachten von demjenigen des Berichterstatters ab, so vermerkt der Vorsitzende dies auf dem Personalblatte beziehungsweise in der Nachweisung der Gewerbesteuerpflichtigen (Muster 1).

Artikel 30.

Fortsetzung. Wahrung der Veränderungen.

1. Die Personalblätter der den Steuerklassen I—IV angehörigen Gewerbebetriebe, einschließlich der Personalblätter für die bergbaulichen Unternehmungen (Artikel 29 Nr. 1 bis 3), werden vor jeder neuen Veranlagung der Ergänzungssteuer nach dem neuesten Stande der Gewerbesteuerveranlagung berichtigt und ergänzt, und zu diesem Zwecke, soweit der Vorsitzende der Veranlagungskommission nicht selbst den Vorsitz in den Steueraussschüssen führt, dem betheiligten Vorsitzenden rechtzeitig zugefertigt. Ueber die in der Zwischenzeit neu hinzugetretenen oder hinsichtlich ihrer Besteuerungsmerkmale in wesentlichen Punkten veränderten Betriebe sind nöthigenfalls neue Personalblätter nach Vorschrift des Artikels 29 Nr. 1 bis 3 aufzustellen.

2. Die Nachweisungen der gewerbesteuerfreien und Hausirbetriebe (Muster 1) werden an der Hand der von dem Vorsitzenden des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse IV zu führenden Kontrolle der steuerfreien Gewerbe (Muster 4 zu Artikel 27 Nr. 2c der Anweisung vom 10. April 1892) ebenfalls vor jeder neuen Veranlagung — nöthigenfalls unter Zuziehung des Gemeinde- (Guts-) vorstandes — berichtigt und durch Nachtragung derjenigen Gewerbetreibenden vervollständigt, welchen mit Einschluß des Anlage- und Betriebskapitals ein steuerbares Gesamtvermögen (Spalte 22 der Staatssteuerliste) von mehr als 6 000 Mark beizumessen ist.

3. Auf Grund dieser Vorarbeiten (Nr. 1, 2) und der von ihm sonst gesammelten Nachrichten prüft der Vorsitzende, hinsichtlich welcher Steuerpflichtigen wegen eingetretener Veränderungen oder aus anderen Gründen die Vorbereitung des von dem Schätzungsausschusse abzugebenden Gutachtens in Gemäßheit der Bestimmungen Artikel 29 Nr. 5, 6 und 7 angezeigt erscheint, und veranlaßt die hiernach erforderlichen Erhebungen.

Artikel 31.

Vorarbeiten zur Feststellung und Schätzung des Kapitalvermögens und der selbstständigen Rechte.

I. Behufs Ermittlung des Kapitalvermögens der Steuerpflichtigen hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission von den ihm beigelegten Befugnissen (Artikel 26) namentlich nach folgenden Richtungen hin umfassenden Gebrauch zu machen:

1. Er muß auf den gesamten Grundbuchverkehr innerhalb seines Bezirks, auf die gerichtlichen Verhandlungen in Testaments- und Nachlasssachen und alle sonst seiner Einsicht zugänglichen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit fortgesetzt seine Aufmerksamkeit richten.³²⁾
2. Er muß in wirksamer Weise kontrolliren, daß die von den Steuerpflichtigen im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren — sei es bei der Einkommensteuer, sei es bei der Ergänzungssteuerveranlagung — nachgewiesenen Schulden den Gläubigern gegenüber zur Abrechnung gelangen (vergl. auch Artikel 26 Nr. 7).
3. Er muß für die entsprechende Verwerthung der ihm nach allgemeiner Vorschrift regelmäßig zugehenden Mittheilungen der Erbschaftssteuerämter über steuerpflichtige Erbfälle Sorge tragen, geeignetenfalls auch vor Eingang dieser Mittheilung mit dem zuständigen Erbschaftssteueramte behufs Feststellung der Nachlassmasse (§. 38 des Gesetzes) in Verbindung treten.

II. In Ermangelung zuverlässiger Unterlagen für die Berechnung des Kapitalvermögens nach seinen einzelnen Bestandtheilen kann der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung angenommene Betrag des Einkommens aus Kapitalvermögen einen Anhalt für die Schätzung des letzteren bieten. Die erforderlichen Merkmale sind aus den Einkommensnachweisungen und Steuererklärungen unter Beachtung der folgenden Gesichtspunkte zu entnehmen:

Anm. 32. Vergl. Verfügung vom 31. Mai 1892 letzter Absatz (Mittheilungen Sest 25 S. 67).

1. In dem steuerpflichtigen Einkommen erscheinen nicht die zur Zeit ertraglosen Theile des Kapitalvermögens, welche deshalb in jedem Falle besonders berücksichtigt werden müssen. Hierher gehören namentlich auch die noch nicht fälligen Ansprüche des Steuerpflichtigen aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen (vergl. unten zu III).
2. Andererseits ist der Jahreswerth der ihrem Betrage nach bekannten Leibrenten oder sonstigen periodischen Gebungen vom Einkommen aus Kapitalvermögen vor der Kapitalisirung abzusehen und je nach der Natur des betreffenden Anspruchs entweder überhaupt außer Ansatz zu lassen (vergl. Artikel 13 Nr. 3, Artikel 14) oder mit dem gemäß Artikel 18 besonders zu berechnenden Kapitalwerth in Anrechnung zu bringen.
3. Im Uebrigen ist bei der Kapitalisirung des Einkommens als Regel davon auszugehen, daß die nach ihren Quellen nicht bekannten Kapitaleinkünfte dem Steuerpflichtigen einen Zinsertrag von 4 Prozent gewähren, und hiernach der Multiplikator zu bestimmen, sofern nicht nach Lage der Verhältnisse ein anderer Zinsertrag anzunehmen ist.

III. Bei allen Pflchtigen, von deren Einkommen zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung eine Lebensversicherungsprämie in Abzug gebracht worden ist (§. 9 I Nr. 7 des Einkommensteuergesetzes), bedarf es der Prüfung, mit welchem Betrage der Anspruch aus der Versicherung dem steuerbaren Vermögen hinzuzurechnen ist (vergl. Artikel 16).

Fehlen die nöthigen Unterlagen, um den Rücklaufwerth der Police im Sinne der Vorschrift Artikel 16 Nr. 5 b und Nr. 6 zu bestimmen, so bleibt der durch Beibringung einer entsprechenden Bescheinigung der Versicherungsanstalt zu führende Nachweis des Rücklaufwerthes dem Steuerpflichtigen überlassen.

Die amtlichen Ermittlungen sind in der Regel auf die mit zwei Dritteln des Gesamtbetrages anzurechnende Summe der eingezahlten Prämien beziehungsweise Kapitalbeiträge (Artikel 16 Nr. 5 a) zu richten. Aus dem Lebensalter der betheiligten Steuerpflichtigen wird in vielen Fällen auf die bereits verfloßene ungefähre Dauer des Versicherungsvertrages geschlossen und hiernach die wahrscheinliche Gesamthöhe der Prämienzahlungen wenigstens innerhalb gewisser Grenzen annähernd geschätzt werden können.

IV. Erachtet der Vorsitzende die Einholung eines Gutachtens des Schätzungsausschusses über den Werth einzelner zum Kapitalvermögen des Steuerpflichtigen gehöriger Bestandtheile oder über den Werth eines ihm zustehenden selbstständigen Rechtes (vergl. Artikel 9 Nr. 3) für erforderlich, so ist hierüber eine besondere Vorlage nach beiliegendem Muster aufzustellen und gemäß Artikel 29 Nr. 5 bis 7 zu verfahren.

Heft 5.
Seite 172.

Dritter Abschnitt.

Der Schätzungsausschuß.

Artikel 32.

Bildung des Schätzungsausschusses.

(§. 23 des Gesetzes.)

- I. Für jeden Veranlagungsbezirk wird ein Schätzungsausschuß gebildet, zu welchem gehören:
 1. der Vorsitzende der Veranlagungskommission oder der von demselben zu bezeichnende Stellvertreter,
 2. mindestens vier Mitglieder, von welchen zwei ständige durch die Regierung ernannt, die übrigen aus der Zahl der gewählten Mitglieder (stellvertretenden Mitglieder) der Veranlagungskommission durch dieselbe abgeordnet werden. Die Zahl der Mitglieder bestimmt der Finanzminister.

Für die ernannten und für die gewählten Mitglieder wird in gleicher Weise die erforderliche Zahl von Stellvertretern ernannt und abgeordnet.

II. Sobald die im Jahre 1894 bevorstehende theilweise Erneuerung der Veranlagungskommission vollzogen ist (Artikel 46 Nr. 3 der Anweisung vom 5. August 1891), beruft der Vorsitzende die Gesamtkommission³³⁾ zur Wahl der in den Ausschuß abzuordnenden Mitglieder und Stellvertreter.

Anm. 33. d. h. die sämtlichen gewählten und ernannten Mitglieder. Die Stellvertreter nehmen an der Wahl nur Theil, insofern ein solcher für ein behindertes Mitglied einberufen ist (Artikel 68 Abs. 5 bis 7 der Anweisung vom 5. August 1891, abgedruckt unten in Anm. 43 zu Artikel 52)

III. Wählbar sind nur gewählte — nicht ernannte — Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Kommission. Auch Stellvertreter können zu Mitgliedern des Ausschusses, Mitglieder der Kommission zur Stellvertretung in den Ausschuß abgeordnet werden.

Die Abordnung erfolgt für die Dauer der Wahlperiode eines jeden Abgeordneten beziehungsweise Stellvertreters.

Im Uebrigen finden für die Einladung zum Wahltermin und für die Vollziehung der Wahl die Vorschriften Artikel 70 Nr. 1 Absatz 2, Nr. 2 Absatz 1, 2, Nr. 3, Nr. 6 der Anweisung vom 5. August 1891 (abgedruckt unten in Anm. 43 zu Artikel 52) Anwendung.

IV. Nach stattgehabter Wahl übersendet der Vorsitzende der Veranlagungskommission der Regierung ein Verzeichniß der in den Ausschuß abgeordneten Mitglieder und Stellvertreter mit seinen Vorschlägen über die von der Regierung zu vollziehenden Ernennungen.

Die Regierung hat bei der Auswahl der zu ernennenden Personen die vom Finanzminister hierüber erlassenen allgemeinen Vorschriften zu beachten, ist aber sonst in der Auswahl nicht beschränkt; sie kann auch gewählte oder ernannte Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Veranlagungskommission zu Mitgliedern des Ausschusses ernennen.

Die Ernennungen erfolgen widerruflich, aber ohne Beschränkung auf eine bestimmte Dauer.

Von den vollzogenen Ernennungen setzt die Regierung sowohl die von ihr ernannten Personen als auch den Vorsitzenden der Veranlagungskommission in Kenntniß. Der Letztere benachrichtigt die von der Kommission abgeordneten Mitglieder und Stellvertreter von der Wahl, soweit dieselben nicht bereits im Wahltermine Kenntniß davon erlangt haben.

V. Zu den Obliegenheiten, welche das Amt eines Mitgliedes der Veranlagungskommission mit sich bringt, gehört nach dem Inkrafttreten des Ergänzungssteuergesetzes auch die Verpflichtung zur Uebernahme der Mitgliedschaft des Schätzungsausschusses.

Nur aus denselben Gründen, welche gemäß Artikel 46 Nr. 4 Absatz 1 der Anweisung vom 5. August 1891 zur Niederlegung jenes Amtes vor Ablauf der Wahlperiode berechtigen, kann daher ein Mitglied (stellvertretendes Mitglied) der Veranlagungskommission die von der Kommission beschlossene Abordnung zum Mitgliede des Schätzungsausschusses ablehnen.

Für andere Personen besteht eine Verpflichtung zur Uebernahme der Mitgliedschaft des Schätzungsausschusses nur, insofern sie mit Rücksicht auf ihre dienstliche Stellung einer auf sie fallenden Ernennung Folge zu geben haben. Wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, ist regelmäßig vor der Ernennung festzustellen, daß die in Aussicht genommene Person zur Uebernahme des Amtes bereit ist.

VI. Das Ausscheiden aus der Veranlagungskommission hat für die durch die Kommission abgeordneten Mitglieder und Stellvertreter auch das Ausscheiden aus dem Schätzungsausschusse zur Folge.

1. Nach jeder von drei zu drei Jahren stattfindenden theilweisen Erneuerung der Veranlagungskommission sind in der oben (zu II und III) angegebenen Weise für die ausgeschiedenen abgeordneten Mitglieder des Schätzungsausschusses seitens der Kommission Neuwahlen vorzunehmen. Eine Neuwahl muß auch stattfinden, wenn die ausgeschiedenen Mitglieder wieder in die Kommission gewählt sein sollten; dieselben können aber auch in den Schätzungsausschuß von Neuem abgeordnet werden.

2. Scheidet ein von der Kommission abgeordnetes Mitglied im Laufe der Wahlperiode aus, so ist für dasselbe vom Vorsitzenden ein abgeordneter Stellvertreter in den Schätzungsausschuß einzuberufen, falls nicht die Veranlagungskommission mit Rücksicht auf die Geschäftslage für den Rest der Wahlperiode eine Ersatzwahl vorzunehmen beschließt.

VII. Scheidet ein ernanntes Mitglied aus dem Schätzungsausschusse aus, so hat die Regierung in der Regel alsbald eine anderweite Ernennung zu vollziehen. Bis die neue Ernennung erfolgt ist, beruft der Vorsitzende Einen der ernannten Stellvertreter ein.

Artikel 33.

Geschäftsordnung des Schätzungsausschusses.

(§. 24 Abs. 3 des Gesetzes.)

1. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission führt kraft Gesetzes auch den Vorsitz im Schätzungsausschusse und hat dessen Geschäfte vorzubereiten und zu leiten.

In Pehinderungsfällen vertritt ihn der von der Regierung ernannte Stellvertreter im Vorsitz der Veranlagungskommission.

Der Vorsitzende ist aber auch befugt, eine andere geeignete, der Regierung zu bezeichnende Person aus der Zahl der Mitglieder der Veranlagungskommission oder des Schätzungsausschusses mit seiner Stellvertretung oder mit der Wahrnehmung einzelner Geschäfte oder Geschäftszweige an seiner Statt zu beauftragen. Die ihm beigegebenen subalternen Hilfsbeamten dürfen, auch wenn sie der Kommission angehören, zur Stellvertretung nicht berufen werden (vergl. Anmerkung 31 zu Artikel 26).

Mit der Funktion eines Vorsitzenden erlischt in jedem Falle auch der Auftrag des gemäß Absatz 3 von ihm bezeichneten Stellvertreters.

Bei Ausübung der Stellvertretung stehen dem Stellvertreter alle Rechte und Pflichten des Vorsitzenden selbst zu.

2. Sofern der Umfang der Geschäfte es erfordert, können zum Zwecke der Geschäftsvertheilung Unterausschüsse gebildet werden, auf welche die Vorschriften Artikel 69 der Anweisung vom 5. August 1891 (abgedruckt unten in Anmerkung 43 zu Artikel 52) Anwendung finden.

3. Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Ausschusses kann der Vorsitzende ein Mitglied oder stellvertretendes Mitglied oder einen anderen Sachkundigen zum Berichterstatter bestellen, denselben auch mit Vornahme der erforderlichen Ermittlungen und Abgabe eines schriftlichen Gutachtens beauftragen. Im Uebrigen finden auf die Heranziehung der stellvertretenden Mitglieder die Vorschriften im Artikel 68 Absatz 6 und 7 der Anweisung vom 5. August 1891 (siehe unten Anm. 43 zu Artikel 52) sinngemäße Anwendung.

4. Die Beschlüsse des Schätzungsausschusses werden in der Regel in gemeinsamen, vom Vorsitzenden anzuberaumenden Sitzungen gefaßt.

Die Einladung der Mitglieder zur Sitzung erfolgt, insoweit nicht die in einer vorhergehenden Sitzung anwesenden Mitglieder mündlich eingeladen sind, gegen Empfangsbescheinigung oder mittels eingeschriebenen Briefes durch die Post unter kurzer Bezeichnung der zu erledigenden Geschäfte (z. B. Begutachtung des Grundbesitzes in den Gemeinden N. N.).

In dringenden Fällen, oder wenn das Gutachten eines Berichterstatters vorliegt (Nr. 3), kann die Abstimmung mittels Umlaufs geschehen.

5. Die Ausschüsse (Unterausschüsse) sind bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden beschlußfähig.

Die Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit der an der Beschlußfassung theilnehmenden Mitglieder gefaßt. Dem Vorsitzenden beziehungsweise dem an seiner Statt den Vorsitz führenden Stellvertreter steht volles Stimmrecht zu; bei Stimmengleichheit entscheidet seine Stimme.

So lange über die Vermögensverhältnisse eines Ausschußmitgliedes, oder seiner Verwandten oder Verschwägerten in auf- und absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinie berathen und abgestimmt wird, hat dasselbe abzutreten.

Ergeben sich diese Voraussetzungen hinsichtlich der Person des Vorsitzenden, so hat derselbe die Führung des Vorsitzes einem der anwesenden Ausschußmitglieder zu übertragen.

6. Diejenigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Schätzungsausschusses, welche nicht bereits als Mitglieder der Veranlagungskommission verpflichtet sind, haben in der ersten Ausschußsitzung, an welcher sie Theil nehmen, vor Beginn der Verhandlungen dem Vorsitzenden mittels Handschlags an Eidestatt zu geloben, daß sie bei den Kommissionsverhandlungen ohne Ansehen der Person nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Verhandlungen sowie die hierbei zu ihrer Kenntniß gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim halten werden.

Einer Wiederholung des Gelöbnisses im Falle der Wiederwahl oder der Wiederernennung eines ausgeschiedenen Mitgliedes bedarf es nicht.

Das gleiche Gelöbniß ist den Sachverständigen und Auskunftspersonen abzunehmen, welche, ohne Mitglieder des Ausschusses zu sein, zu den Arbeiten oder Verhandlungen desselben zugezogen werden (Artikel 29 Nr. 5, Artikel 35 Nr. 4).

7. Ueber jede Ausschußsitzung ist ein von dem Vorsitzenden und den anwesenden Mitgliedern zu vollziehendes Protokoll aufzunehmen, welches über den Gegenstand der erledigten Geschäfte, insbesondere auch über die stattgehabten Verpflichtungen (Nr. 6) und über die etwa erfolgte mündliche Einladung zu künftigen Sitzungen (Nr. 4) Auskunft geben muß.

8. Die Mitglieder des Schätzungsausschusses erhalten für Geschäfte außerhalb ihres Wohnortes aus der Staatskasse Reisekosten und Tagegelber nach den gleichen Sätzen, welche in den §§. 1 und 2 der

Königlichen Verordnung vom 4. Juli 1892 (Gesetzsamml. S. 201) für die Mitglieder der Einkommensteuerveranlagungskommission bestimmt sind (Verordnung vom 4. Februar 1894, Gesetzsamml. S. 6).

Die Verfügung vom 2. August 1892 (Mittheilungen Heft 25 S. 83) findet sinngemäße Anwendung.

Artikel 34.

Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Schätzungsausschusses.

(§. 24 Abs. 1 des Gesetzes.)

1. Die Aufgabe des Schätzungsausschusses besteht in der Hauptsache darin, die Beschlußfassung der Veranlagungskommission über den Werth der einzelnen Vermögenstheile, soweit erforderlich, durch Ermittlung und Begutachtung der Werthe vorzubereiten.

Hiernach ist das Gutachten des Schätzungsausschusses insbesondere in allen Fällen einzuholen, in denen es auf die Schätzung des Werthes von Grundstücken, von gewerblichen Anlage- und Betriebskapitalien oder von selbstständigen Rechten (Artikel 8, 9) ankommt.

Das Gleiche gilt von denjenigen Bestandtheilen des Kapitalvermögens, welche, wie z. B. Werthpapiere ohne Börsenkurs oder Bergwerkstheile nach dem Verkaufswerthe zu veranschlagen sind (vergl. Artikel 15 I Nr. 3), oder bei denen es sich um die Schätzung des Geldwerthes von Naturalien handelt.

Dagegen wird es der Mitwirkung des Schätzungsausschusses in der Regel nicht bedürfen, insoweit der Werth der Kapitalien durch den Nennwerth oder den Börsenkurs bestimmt oder der Kapitalwerth von Rechten im Wege der gesetzlich vorgeschriebenen Berechnung (Artikel 18) zu finden ist.

2. Wo die Umstände es angezeigt erscheinen lassen, kann der Vorsitzende der Veranlagungskommission auch über den Umfang des Kapitalvermögens von einzelnen Steuerpflichtigen das Gutachten des Schätzungsausschusses einholen.

3. In allen Fällen ist die Mitwirkung des Schätzungsausschusses nur eine begutachtende. Die Entscheidung über die Feststellung des steuerbaren Vermögens und über den Werthansatz gebührt der Veranlagungskommission.

4. In Ansehung des Grundvermögens begutachtet jeder Schätzungsausschuß in der Regel den Werth der in seinem Bezirke belegenen Besigungen einschließlich der dem Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf diesen Grundstücken dienenden Werthe, ohne Unterschied ob die Veranlagung der betreffenden Steuerpflichtigen in diesem oder in einem anderen Bezirke erfolgt. Liegen die zu einer Besigung gehörigen Grundstücke in verschiedenen Bezirken, so ist derjenige Schätzungsausschuß zuständig, in dessen Bezirk der Haupttheil der Besigung gelegen ist.

In gleicher Weise wird der Werth des Bergwerkeigenthums sowie des zum Betriebe des Bergbaues dienenden Anlage- und Betriebskapitals von demjenigen Schätzungsausschusse ermittelt und begutachtet, in dessen Bezirk das Bergwerk beziehungsweise der Haupttheil des Bergwerks gelegen ist.

Hinsichtlich der außerhalb des Veranlagungsbezirktes belegenen selbstständigen Grundstücke und Bergwerke der Steuerpflichtigen bedarf es hiernach der Anhörung des für den Veranlagungsbezirk gebildeten Schätzungsausschusses nicht.

5. Die Werthermittelung und Begutachtung in Betreff der nicht unter die Vorschrift zu 4 fallenden gewerblichen Anlage- und Betriebskapitalien erfolgt durch den Schätzungsausschuß desjenigen Bezirks, in welchem das betreffende Unternehmen betrieben wird beziehungsweise seinen Sitz hat (Artikel 30 Abs. 1, 2 der Anweisung vom 10. April 1892). Erstreckt sich der Betrieb über mehrere Bezirke, so bleibt es der zuständigen Veranlagungskommission beziehungsweise deren Vorsitzenden überlassen, auch von den übrigen theilhaftigen Ausschüssen ein Gutachten einzuholen.

6. Soweit vorstehend (zu Nr. 4 und 5) nicht etwas Anderes bestimmt ist, erstreckt sich die Zuständigkeit eines jeden Schätzungsausschusses auf das Vermögen der in seinem Bezirke zur Ergänzungssteuer zu veranlagenden Steuerpflichtigen.

Artikel 35.

Zusammentritt und Verfahren des Schätzungsausschusses.

(§. 24 des Gesetzes.)

1. Der Zusammentritt des Schätzungsausschusses ist nicht an eine bestimmte Zeit gebunden, sondern vom Vorsitzenden zu veranlassen, sobald genügendes Material für seine Thätigkeit in Gemäßheit der Vorschriften Artikel 27 bis 31 vorbereitet ist.

Jedenfalls müssen die Arbeiten des Schätzungsausschusses so zeitig beendet sein, daß seine Beschlüsse bei Prüfung und Beanstandung der eingehenden Vermögensanzeigen berücksichtigt werden können.

2. Die Grundlage für die Berathungen des Schätzungsausschusses bilden die Schätzungsbogen und Pächterverzeichnisse (Artikel 27, 28), die Personalblätter und die Nachweisungen der steuerfreien u. s. w. Gewerbetreibenden (Artikel 29, 30), sowie die sonst vom Vorsitzenden aufgestellten besonderen Vorlagen (Artikel 31 IV).

Mit den Schätzungsbogen werden dem Ausschusse die Sammlungen der Kauf- und Taxpreise, die Beschreibungen der Musterbesitzungen sowie die Uebersichten der allgemeinen Schätzungsnormen (Artikel 8 ff. der technischen Anleitung vom 26. Dezember 1893) vorgelegt.

3. Der Ausschuß ist berechtigt, Einsicht zu nehmen von allen durch den Vorsitzenden zum Zwecke der Einkommenssteuer- und der Ergänzungssteuerveranlagung gesammelten Nachrichten, von den Steuererklärungen und Vermögensanzeigen und den darauf bezüglichen Verhandlungen sowohl aus früheren Jahren als auch aus dem laufenden Jahre, soweit das bezeichnete Material dem Vorsitzenden bereits vorliegt.

4. Außerdem ist der Schätzungsausschuß befugt, landwirthschaftliche oder gewerbliche Sachverständige oder andere Auskunftspersonen, namentlich auch die betheiligten Katasterkontrolleure, welche nicht selbst Mitglieder des Ausschusses sind, uneidlich zu vernehmen und mit beratender Stimme bei seinen Verhandlungen zuzuziehen.

Die Vernehmung der Auskunftspersonen kann in der Sitzung des Ausschusses erfolgen, aber auch dem Vorsitzenden oder einem anderen Mitgliede des Ausschusses oder einem geeigneten örtlichen Beamten übertragen werden.

Eine Verpflichtung zur Auskunftsertheilung ist im Gesetz nicht vorgesehen.

5. Vornweg ist das Gutachten des Schätzungsausschusses hinsichtlich derjenigen Grundstücke und Gewerbebetriebe u. s. w. einzuholen, deren Eigenthümer beziehungsweise Inhaber in einem anderen Bezirke zur Ergänzungssteuer zu veranlagten sind (vergl. Artikel 34 Nr. 4, 5).

Nach Abgabe des Gutachtens wird das Ergebnis dem Vorsitzenden der zuständigen Veranlagungskommission durch Uebersendung einer Abschrift des betreffenden Schätzungsbogens beziehungsweise Personalblattes u. s. w. zur Veranlagung mitgetheilt, und daß dies geschehen, auf der Urschrift des Schätzungsbogens oder Personalblattes u. s. w. beziehungsweise in der etwa angelegten Kontrolle der Schätzungsbogen (Muster 3) vermerkt.

6. Unbeschadet der Vorschrift zu Nr. 5 sind die Geschäfte des Ausschusses in der Regel in der Reihenfolge zu erledigen, daß zunächst das Grundvermögen des ganzen Bezirks, sodann das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital, endlich die sonstigen Verthe begutachtet werden, innerhalb der einzelnen Vermögensarten aber die Berathung gemeinde- (guts-) bezirksweise stattfindet.

Nicht ausgeschlossen ist hierdurch die abgesonderte Behandlung einzelner Fälle, in denen der Schätzungsausschuß die Aussetzung des Gutachtens beschließt, weil zur Beurtheilung der in Betracht kommenden Werthverhältnisse die Einsicht einer noch nicht vorliegenden Steuererklärung oder weitere Ermittlungen über thatächliche Verhältnisse, oder die gemeinsame Begutachtung der verschiedenartigen in der Hand desselben Steuerpflichtigen vereinigten Vermögensheile und dergleichen für nothwendig oder zweckmäßig erachtet werden.

7. Das Gutachten des Schätzungsausschusses wird in die Schätzungsbogen, Personalblätter, und sonstigen Vorlagen an der durch den Vordruck hierfür bestimmten Stelle in der Sitzung eingetragen und die Eintragung zur Beglaubigung mit der Unterschrift oder dem Stempel des Vorsitzenden oder eines Mitgliedes versehen.

8. Vor jeder neuen Veranlagung hat der Schätzungsausschuß auch hinsichtlich der von ihm bereits zum Zwecke einer früheren Veranlagung begutachteten Vermögensheile — wenngleich Aenderungen in dem thatächlichen Bestande u. s. w. in der Zwischenzeit nicht eingetreten sind — von Neuem zu prüfen, ob die früher abgegebenen Gutachten den gegenwärtigen Werthverhältnissen entsprechen.

Ergeben sich hierbei Berichtigungen als nothwendig, so sind solche in der oben (zu Nr. 7) vorgeschriebenen Weise zu beurkunden.

Soweit der Schätzungsausschuß die früheren Vorschläge auch für die neue Veranlagung aufrecht erhält, bedarf es nur eines allgemeinen Vermerks hierüber im Sitzungsprotokoll.

9. Wegen der Beschwerden über das Verfahren des Schätzungsausschusses wird auf Artikel 50 verwiesen.

Vierter Abschnitt. Die Vermögensanzeige.

Artikel 36.

Die Frist zur Abgabe der Vermögensanzeigen, Form und Inhalt derselben.

(§. 26 des Gesetzes.)

I. Die Steuerpflichtigen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, behufs der Veranlagung dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission ihr steuerbares Vermögen anzugeben oder diejenigen tatsächlichen Mittheilungen zu machen, deren die Veranlagungskommission zur Schätzung des Vermögens bedarf (Vermögensanzeige).

Zu Vermögensanzeigen für Personen, welche unter väterlicher Gewalt, Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, sind deren gesetzliche Vertreter befugt.

Für Personen, welche abwesend oder sonst verhindert sind, die Vermögensanzeigen selbst abzugeben, können solche durch Bevollmächtigte erfolgen.

Die Vermögensanzeigen sind unter der Versicherung zu erstatten, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

II. Bei Abgabe freiwilliger Vermögensanzeigen (I) sind die vom Finanzminister vorgeschriebenen Fristen und Formen zu beachten.

In dieser Hinsicht wird Folgendes bestimmt:

1. Die Vermögensanzeige ist innerhalb des in der öffentlichen Aufforderung zur Steuererklärung (Artikel 50 der Anweisung vom 5. August 1891) bestimmten Zeitraumes abzugeben, ohne Unterschied ob eine Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht oder nicht.

Steuerpflichtige, an welche eine besondere Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung ergeht (Artikel 51 der Anweisung vom 5. August 1891), können ihre etwaige Vermögensanzeige auch innerhalb der ihnen für die Steuererklärung gestellten besonderen Frist abgeben.

2. Ist die Frist zur Abgabe der Steuererklärung, sei es nach gesetzlicher Vorschrift (§. 79 des Einkommensteuergesetzes), sei es auf Antrag, verlängert, so gilt die Verlängerung auch für die Abgabe der Vermögensanzeige, ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf.

3. Die Berücksichtigung von Vermögensanzeigen, welche nach Ablauf der oben (zu 1 und 2) bezeichneten Frist eingehen, kann seitens der Steuerpflichtigen nicht beansprucht werden, wenn auch eine nochmalige Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung (Artikel 54 der Anweisung vom 5. August 1891) ergangen ist.

4. Die Vermögensanzeigen sind bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission schriftlich oder zu Protokoll nach dem beiliegenden Formular anzubringen.

Die Formulare müssen an den zur Abgabe der Steuererklärungsformulare bestimmten Stellen (Artikel 52 der Anweisung vom 5. August 1891) gleichfalls zur kostenlosen Verabfolgung bereit liegen.

5. Auf Ansuchen kann der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Beschränkung der Vermögensanzeige auf einzelne Theile des Vermögens gestatten.

III. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat in geeigneter Weise auf die Belehrung der Steuerpflichtigen über das Recht zur Abgabe von Vermögensanzeigen hinzuwirken. In jedem Falle ist ein Hinweis auf dieses Recht sowohl in die öffentliche als auch in jede an eine physische Person ergehende besondere Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung aufzunehmen.

Zu diesem Zwecke erhalten in denjenigen Jahren, wo eine Veranlagung zur Ergänzungsteuer stattfindet, die öffentliche Bekanntmachung (Muster VIII zur Anweisung vom 5. August 1891) und die besondere Aufforderung für physische Personen (Muster IX) die aus den Anlagen ersichtliche anderweite Fassung.

Jeder physischen Person, welcher gemäß Artikel 50 Absatz 6 a. a. O. ein Exemplar der öffentlichen Bekanntmachung oder gemäß Artikel 51 a. a. O. eine besondere Aufforderung zugeht, ist als Anlage auch ein Formular zur Vermögensanzeige mitzutheilen.

Artikel 37.

Prüfung der Vermögensanzeige.

(§§. 25, 30 des Gesetzes.)

Zur Vorbereitung der Beschlüsse der Veranlagungskommission hat der Vorsitzende die eingegangenen Vermögensanzeigen nach Form und Inhalt zu prüfen.

Muster a.
Seite 173.

Muster VIII
Seite 211.
Muster IXa.
Seite 212.

1. Eingaben, welche in formeller Hinsicht an wesentlichen Mängeln leiden — z. B. ohne Unterschrift oder ohne die vorgeschriebene Versicherung (Artikel 36 I. Abs. 4) eingehen oder die Sonderung des Vermögens nach den verschiedenen Arten vermissen lassen —, gelten überhaupt nicht als vorchriftsmäßige Vermögensanzeigen, wenn sie auch ausdrücklich als solche bezeichnet sein sollten.

Derartige Eingaben sind dem Einsender unter Hinweis auf den vorliegenden Mangel mit dem Anheimstellen entsprechender Ergänzung zurückzugeben.

2. Die formell genügenden Vermögensanzeigen muß der Vorsitzende mit den Ergebnissen der vorjährigen Steuerveranlagung, mit dem Inhalte der etwa vorliegenden Steuererklärung, dem Gutachten des Schätzungsausschusses und allen sonst über die Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen gesammelten Nachrichten vergleichen.

Er trägt die Verantwortung dafür, daß nicht in Folge zu nachsichtiger Beurtheilung unrichtige Vermögensanzeigen der Veranlagung zu Grunde gelegt werden; andererseits muß er sich angelegen sein lassen, die zum Zwecke der Erörterung der Vermögensanzeigen erforderlichen Verhandlungen in rücksichtsvoller Form zu führen und dabei jede unnöthige Belästigung des Steuerpflichtigen zu vermeiden. Aus diesem Gesichtspunkte empfiehlt es sich insbesondere, Verhandlungen über die Steuererklärung und die Vermögensanzeige desselben Pflichtigen thunlichst mit einander zu verbinden.

3. Ergeben sich bei der Prüfung gegen den Inhalt einer Vermögensanzeige Bedenken, so kann der Vorsitzende zur Beseitigung derselben dem Steuerpflichtigen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung gewähren (§. 25 Abs. 4 des Gesetzes), um auf diesem Wege die erforderlichen Erläuterungen, Ergänzungen oder Berichtigungen der Vermögensanzeige zu erlangen.

An bestimmte Formen ist eine solche Verhandlung nicht gebunden und namentlich da am Platze, wo nach Lage der Sache ein Schriftwechsel über die obwaltenden Bedenken weilläufige Auseinandersetzungen sei es von Seiten des Vorsitzenden, sei es von Seiten des Steuerpflichtigen erfordern würde.³⁴⁾

Artikel 38.

Beaufsichtigung der Vermögensanzeigen.

(§. 30 Abs. 1, 2 des Gesetzes.)

I. Ist die persönliche Verhandlung mit dem Steuerpflichtigen (Artikel 37 Nr. 3) im Einzelfalle nicht angezeigt, oder die Beseitigung der Bedenken auf diesem Wege nicht gelungen, so ist die rechtzeitig eingegangene Vermögensanzeige zu beaufständen.

Das hierbei zu beobachtende Verfahren hängt von dem Gegenstande des Bedenkens ab.

Die Beaufsichtigung kann betreffen:

1. Thatsächliche Angaben des Steuerpflichtigen, z. B. über die Höhe des Kapitalvermögens, über die Bestandtheile des Grundbesitzes, über den Umfang des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals, über den Betrag der abzurechnenden Schulden u. s. w.;
2. Angaben über den Werth der einzelnen Theile des steuerbaren Vermögens, mag der Werth durch Schätzung oder durch Berechnung zu finden sein;
3. Verstöße gegen die bestehenden Veranlagungsgrundsätze, welche trotz richtiger Angabe aller Thatsachen und Werthverhältnisse vorliegen können, z. B. indem der Steuerpflichtige von dem richtig angezeigten Aktivvermögen die Abrechnung der nach seiner eigenen Angabe auf außerpreussischen Besitztungen haftenden Schulden oder andere unzulässige Abzüge beansprucht;
4. die rechnerische Richtigkeit des Ergebnisses der Vermögensanzeige.

II. Betrifft die Beaufsichtigung Angaben über Größe oder Werth steuerbaren Vermögens — also Angaben der oben zu I Nr. 1 und 2 gedachten Art —, so ist dem Steuerpflichtigen mitzutheilen, auf welche Vermögenstheile oder Werthe die Beaufsichtigung sich bezieht.

Soweit es sich um thatsächliche Angaben (I Nr. 1) handelt, sind außerdem zugleich die Gründe der Beaufsichtigung mitzutheilen.

In beiden Fällen (I Nr. 1 und 2) ist mit der Mittheilung die Aufforderung zu verbinden, sich binnen einer bestimmten Frist über die beaufständeten Angaben zu erklären.

Anm. 34. Dies gilt auch für das Verfahren bei Prüfung der Steuererklärungen (vergl. Verfügung vom 14. Februar 1893, Mittheilungen S. 26 S. 10).

Die hiernach erforderliche Mittheilung und Aufforderung hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission dem Steuerpflichtigen in der Regel noch vor dem Zusammentritt der Kommission zuzustellen.

Im Uebrigen ist Folgendes zu beachten:

1. Eine Bemängelung der Vermögensanzeige in allgemeinen Ausdrücken genügt nicht. Die vorgeschriebene Mittheilung soll den Steuerpflichtigen kurz, aber erschöpfend und in verständlicher Weise darüber unterrichten, auf welche einzelnen Vermögenstheile oder Werthe die Beanstandung sich bezieht und in welchen Punkten er seine thatsächlichen beziehungsweise Werthangaben erläutern, ergänzen oder beschleunigen muß, um die dagegen obwaltenden Bedenken zu beseitigen.

2. Eine schriftliche Mittheilung, welche unter Verwendung der anliegenden Muster erfolgen kann, ist nicht vorgeschrieben.

Die erforderliche Eröffnung kann dem Steuerpflichtigen mit voller Wirkung auch mündlich bei Gelegenheit einer persönlichen Verhandlung (Artikel 37 Nr. 3) gemacht und, wenn er sich nicht zur sofortigen Erklärung bereit findet, eine angemessene Frist zur weiteren Erklärung gestellt werden. Auf Antrag ist jedoch in Fällen dieser Art die Mittheilung einer kurzen schriftlichen Notiz über die wesentlichen Punkte nicht zu versagen.³⁵⁾

3. Die Dauer der Frist, welche dem Steuerpflichtigen zur Erklärung freibleiben muß, ist im Ergänzungssteuergesetz nicht vorgeschrieben, sondern nach den Umständen des Einzelfalles mit Rücksicht einerseits auf die zur Vorbereitung der Erklärung etwa erforderlichen Ermittlungen, andererseits auf die Geschäftslage vom Vorsitzenden angemessen zu bestimmen.

4. Es ist Sache des Steuerpflichtigen, der Veranlagungskommission die Ueberzeugung von der Richtigkeit der beanstandeten Angaben zu verschaffen, und die zu diesem Zwecke dienlichen Bescheinigungen und Beweise (Bücher, Quittungen, Beläge, Auskunftspersonen u. s. w.) anzuführen. Die Befugniß, die Vorlegung von Büchern und dergleichen zu verlangen, steht dem Vorsitzenden nicht zu; wohl aber ist es statthast, dem Steuerpflichtigen in der Aufforderung die zur Behebung der vorliegenden Bedenken geeigneten Beweismittel an die Hand zu geben.³⁶⁾

5. Die vom Steuerpflichtigen angebotenen, gesetzlich zulässigen, an sich geeigneten Beweismittel müssen erhoben werden, soweit nicht die unter Beweis gestellten Thatsachen ohnehin unbestritten oder für die Beurtheilung der Sache unerheblich sind.

Zu beachten ist hierbei, daß das Ergänzungssteuergesetz nicht nur die Befugniß zur eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, sondern im Gegensatz zu den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes auch die Befugniß zur Erzwingung eines uneidlichen Zeugnisses beziehungsweise Gutachtens der Berufungskommission und deren Vorsitzenden vorbehalten hat.

6. Der Verlauf und die Ergebnisse der stattgehabten mündlichen Verhandlung und einer etwaigen Beweisaufnahme sind attestkundig zu machen.

III. Betreffen die Bedenken gegen den Inhalt der Vermögensanzeige Verstöße gegen Veranlagungsgrundsätze oder offenbare Rechnungsfehler (I Nr. 3 und 4), so ist ein förmliches Beanstandungsverfahren gesetzlich nicht vorgeschrieben, weil derartige Anstände zu Erörterungen thatsächlicher Natur keinen Anlaß geben.

Zur Vermeidung der sonst unausbleiblichen Rückfragen und zweckloser Berufungen empfiehlt es sich aber auch in Fällen dieser Art dem Steuerpflichtigen alsbald eine sachgemäße Belehrung zu Theil werden zu lassen.

Dem Steuerpflichtigen ist deshalb auch in den Fällen zu I Nr. 3 und 4 eine entsprechende Mittheilung zuzufertigen. Bei Anwendung eines zweckmäßigen Formulars, für welches das beiliegende Muster zum Vorbild dienen kann, wird eine nennenswerthe geschäftliche Mehrbelastung hierdurch nicht entstehen.

Anm. 35. Das unter Nr. 2 angegebene Verfahren ist auch bei Beanstandung von Steuererklärungen zulässig mit der Maßgabe, daß zur Erklärung eine Frist von zwei Wochen zu verstellen ist.

Anm. 36. Dies gilt auch für das Beanstandungsverfahren in Einkommensteuersachen.

Fünfter Abschnitt. Die Veranlagung.

Artikel 39.

Einkommens- und Vermögensnachweisung. Vervollständigung und Prüfung des Inhalts der Listen und Nachweisungen.

1. Die Einkommensnachweisungen des Vorsitzenden der Veranlagungskommission (Muster B und C zu Artikel 49 der Anweisung vom 5. August 1891) dienen zugleich zur Zusammenstellung des Materials für die Veranlagung der Ergänzungssteuer hinsichtlich der ergänzungssteuerpflichtigen Personen mit Einkommen von mehr als 3 000 Mark, und erhalten zu diesem Zwecke die aus den Anlagen ersichtliche neue Fassung.

Muster B, C.
Seite 193, 197.

An Stelle des zur Benutzung für mehrere Jahre eingerichteten Modells C kann der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Verwendung des beiliegenden Blatt- oder Kartenformulars gestatten.

2. Nachdem die gesammelten Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen in die Staatssteuerliste (A) beziehungsweise Einkommens- und Vermögensnachweisung (B oder C) nachgetragen, insbesondere die Gutachten des Schätzungsausschusses — auch diejenigen der auswärtigen Ausschüsse (Artikel 35 Nr. 5) — über den Werth der steuerbaren Vermögenstheile in die dazu bestimmten Spalten übernommen sind, wird bei jedem Ergänzungssteuerpflichtigen die Summe des Aktivvermögens in Spalte 17, und das nach Abzug der Schulden (Spalte 19) verbleibende steuerbare Vermögen in Spalte 22 berechnet.

Muster C 1 a.
Seite 200.

3. Die im Artikel 56 I Absatz 1 der Anweisung vom 5. August 1891 angeordnete Prüfung erstreckt der Vorsitzende zugleich auf das Material für die Veranlagung der Ergänzungssteuer und überzeugt sich, daß bei keinem Pflichtigen eine Art des Vermögens übergangen ist, daß die Anrechnung und Schätzung des Vermögens den Vorschriften Artikel 4 bis 18 dieser Anweisung entspricht, und von dem festgestellten Gesamtvermögen nur solche an sich abzugsfähige Schulden (Artikel 17) in Abzug gebracht worden sind, deren Bestehen keinem Zweifel unterliegt.

Der Vorsitzende hat bei dieser Prüfung sein Augenmerk auch darauf zu richten, daß die für die Veranlagung desselben Pflichtigen nachgewiesenen Vermögens- und Einkommensmerkmale mit einander im Einklange stehen, nöthigenfalls die Aufklärung etwaiger Widersprüche herbeizuführen und die Berichtigung der Listen und Nachweisungen zu veranlassen.

Artikel 40.

Vorschlag der Steuerfäße durch den Vorsitzenden der Veranlagungskommission.

(§. 28 des Gesetzes.)

1. Abgesehen von den Zugangsveranlagungen (§. 41 Abs. 2 des Gesetzes) steht dem Vorsitzenden in keinem Falle die Festsetzung des Ergänzungssteuerfäßes zu.

2. Bei Festsetzung des Einkommenssteuerfäßes beziehungsweise bei Abgabe des Gutachtens für die Einkommenssteuerveranlagung (Artikel 56 I Abs. 2 bis 4 der Anweisung vom 5. August 1891) trägt der Vorsitzende bei jedem Steuerpflichtigen zugleich seine auf das Gesamtergebniß der stattgehabten Ermittlungen zu gründenden Vorschläge zur Veranlagung der Ergänzungssteuer in die dafür bestimmte Spalte der Staatssteuerliste (A) beziehungsweise Nachweisung (B, C) ein.

Liegt eine von ihm nicht beanstandete, rechtzeitige und den Formvorschriften genügende Vermögensanzeige vor, oder sind die etwaigen Bedenken durch die vom Steuerpflichtigen gegebenen Aufklärungen oder die mit ihm gepflogenen Verhandlungen gehoben, so legt der Vorsitzende die Angaben der Vermögensanzeige seinem Vorschlage zu Grunde.

3. Erachtet der Vorsitzende eine in die Liste A eingetragene Person deshalb nicht für ergänzungssteuerpflichtig, weil das steuerbare Vermögen (Spalte 22) den Betrag von 6 000 Mark nicht übersteigt (vergl. Artikel 19 I Nr. 1), so trägt er in die Vorschlagspalte eine „0“ ein.

Treffen bei einer Person, deren steuerbares Vermögen zwar den Betrag von 6 000 Mark, nicht aber den Betrag von 20 000 Mark, übersteigt, die Voraussetzungen zu, unter welchen die Freilassung gemäß Artikel 19 I Nr. 2 oder 3 erfolgen muß, so ist die Vorschlagspalte durch den Vermerk „fr. §. 17 Nr. 2“ beziehungsweise „fr. §. 17 Nr. 3“ auszufüllen.

4. Im Uebrigen müssen die vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Steuerfäße genau denjenigen Sätzen entsprechen, welche nach dem dem Artikel 20 dieser Anweisung beigelegten Tarife von dem in Spalte 22 der Liste (A) beziehungsweise Nachweisung (B, C) nachgewiesenen steuerbaren Vermögen zu entrichten sind.

Wegen Anwendung der ermäßigten Steuerfäße aus den Spalten 3 bis 6 jenes Tarifes, sowie wegen der mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen zulässigen Ermäßigung der Steuerfäße wird auf die Vorschriften Artikel 20 und 21 verwiesen.

Artikel 41.

Obliegenheiten und Befugnisse der Veranlagungskommission.

(§. 29 des Gesetzes.)

Mit den Vorarbeiten für die Einkommensteuerveranlagung (Artikel 57 der Anweisung vom 5. August 1891) wird der Veranlagungskommission zugleich das gesammte zum Zwecke der Veranlagung der Ergänzungsteuer erwachsene Material unterbreitet, einschließlich der Gutachten des Schätzungsausschusses, der eingegangenen Vermögensanzeigen und der darüber geführten Verhandlungen.

1. Die Kommission unterwirft das gesammte Material unter Verwerthung der eigenen Kenntnisse ihrer Mitglieder einer genauen Prüfung, und ist hierbei, ohne an die vorbereitenden Maßnahmen des Vorsitzenden gebunden zu sein, auch ihrerseits befugt

- a) von den dem Schätzungsausschusse und dem Vorsitzenden zustehenden Hilfsmitteln (vergl. Artikel 26 Nr. 5 und Artikel 35 Nr. 4) Gebrauch zu machen,
- b) vom Schätzungsausschusse Erläuterungen oder Ergänzungen der abgegebenen oder die Erstellung weiterer Gutachten zu erfordern,
- c) Vermögensanzeigen zu beanstanden.

2. Im Falle der Beanstandung (Nr. 1 zu c) ist gemäß Artikel 38 zu verfahren, sofern die dort vorgeschriebene Mittheilung und Aufforderung nicht bereits seitens des Vorsitzenden ergangen war.

3. Eibliche oder eidesstattliche Versicherungen dürfen vom Steuerpflichtigen nicht erfordert und, auch wenn er sich dazu erbietet, nicht abgenommen werden.

Unaufgefordert abgegebene Versicherungen dieser Art sind als nicht geschehen zu betrachten.

4. Insoweit behufs zutreffender Einschätzung eines Steuerpflichtigen die erforderliche Kenntniß seiner Vermögensverhältnisse noch fehlt, darf die Kommission nicht davon abstehen, nach Maßgabe der ihr zu diesem Zwecke beigelegten Befugnisse diejenigen der vorgenannten Mittel zur Aufklärung der Verhältnisse anzuwenden, von denen sie einen Erfolg erwarten kann; die Veranlagung solcher Steuerpflichtigen ist nöthigenfalls so lange auszusetzen, bis die danach zu beschließenden Ermittlungen vorgenommen sind.

Artikel 42.

Festsetzung des Steuerfäße.

(§§. 30, 31 des Gesetzes.)

1. Die Veranlagungskommission beschließt über die Veranlagung eines jeden Ergänzungsteuerpflichtigen in der Regel im unmittelbaren Anschluß an die Einkommensteuerveranlagung, nachdem über die letztere Beschluß gefaßt ist.

2. Bei der Festsetzung des Ergänzungsteuerfäße sind die für das Gutachten des Vorsitzenden gegebenen Bestimmungen (Artikel 40 Nr. 2 bis 4), die von der Berufungskommission etwa gezogenen Erinnerungen sowie die Vorschriften im §. 30 des Gesetzes genau zu beachten.

Angaben einer rechtzeitig eingegangenen, den Formvorschriften genügenden Vermögensanzeige über Größe und Werth des steuerbaren Vermögens (Artikel 38 I Nr. 1 und 2) müssen — unbeschadet der Vorschrift Artikel 38 III — nach §. 30 des Gesetzes der Veranlagung zu Grunde gelegt werden, wenn und soweit dieselben nicht in vorschriftsmäßiger Weise (Artikel 38 II, Artikel 41 Nr. 2) beanstandet sind. Hat eine solche Beanstandung stattgefunden und sind die Bedenken gegen die Richtigkeit der Vermögensanzeige gleichwohl nicht gehoben, so ist die Veranlagungskommission bei der Schätzung des Vermögens weder an die thatsächlichen noch an die Werthangaben des Steuerpflichtigen gebunden.

Mit diesen Maßgaben setzt sie das steuerbare Vermögen und den dem Tarife entsprechenden Steuerfaß auf Grund der stattgehabten Ermittlungen nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen fest.

3. Stimmt der Festsetzungsbeschluß der Kommission mit dem Gutachten des Vorsitzenden überein, so genügt die entsprechende Ausfüllung der für den veranlagten Steuerfaß bestimmten Spalte der Steuerliste (A), beziehungsweise der Nachweisung (B).

Weicht der Beschluß der Kommission dagegen von dem Gutachten ab, so sind die abweichenden Annahmen sowie die wesentlichen Gründe dafür in der Bemerkungsspalte oder in einer zu den Akten zu nehmenden Verhandlung kurz anzugeben.

4. Kommen nach erfolgter Veranlagung Thatsachen zur Kenntniß der Kommission oder ihres Vorsitzenden, welche zur Abänderung der Veranlagung Anlaß geben, so ist eine anderweite Veranlagung vorzunehmen, sofern das Benachrichtigungsschreiben (Artikel 44) dem Steuerpflichtigen noch nicht behändigt ist.
5. Wegen der Zulässigkeit späterer Berichtigungen wird auf die Vorschriften im §. 46 des Gesetzes (§. 80 des Einkommensteuergesetzes) und die dazu im dritten Theile dieser Anweisung ergehenden Erläuterungen verwiesen.

Artikel 43.

Abschluß der Nachweisungen, Aufstellung der Staatssteuerrollen.

- I. Die Vorschriften Absatz 2 bis 5 im Artikel 59 der Anweisung vom 5. August 1891 werden durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:³⁷⁾

Absatz 2.

Aus der Staatssteuerliste (A) werden diejenigen Personen gestrichen, welche nicht veranlagt worden sind, weil weder ihr Jahreseinkommen (Spalte 23 der Liste) den Betrag von 900 Mark, noch das steuerbare Vermögen (Spalte 22) den Betrag von 6 000 Mark übersteigt, oder weil sie der Einkommensteuer und der Ergänzungssteuer überhaupt nicht unterliegen. Die Eintragungen im Personenverzeichnis (Muster III) werden entsprechend berichtigt und die Spalten 8 bis 12a desselben aufgerechnet.

Absatz 3.

Sodann werden die Spalten 3 bis 5, 28 bis 31, 32, 34 bis 37 der Staatssteuerliste A, sowie die Spalten 3 bis 5, 27 und 31 der Nachweisung B (27 und 30 des Musters C) aufgerechnet und die Liste sowie die Nachweisung von dem Vorsitzenden mit dem Festsetzungsvermerk versehen. Die Staatssteuerrollen (Muster V) werden durch Ausfüllung und Abschluß der Spalten 2, 4, 5 (beziehungsweise 2, 4 bis 7) ergänzt, in der auf dem Muster vorgeschriebenen Weise bescheinigt und behufs Anfertigung der Heberregister (Kontobücher, Hebelisten) der Hebestelle zugesertigt, welche die Rollen binnen einer angemessenen Frist an die Gemeinden (Gutsbezirke) befördert. Wo die örtliche Hebung von verschiedenen Stellen besorgt wird, gelangen die Rollen zunächst an die Kasse, welcher die Hebung der Steuer von den höheren Einkommen obliegt.

Absatz 4.

Nach Abschluß der Heberollen stellt der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Nachweisung von der im ganzen Kreise aufkommenden Einkommensteuer und Ergänzungssteuer (Muster XIII) auf, bescheinigt die Uebereinstimmung mit den Abschlüssen der Nachweisungen und überreicht die Kreisnachweisung in zweifacher Ausfertigung, falls aber mehrere Steuerklassen betheiligt sind, in einfacher Ausfertigung und einem Auszuge für jede Steuerklasse der Regierung, welche die Kreisnachweisungen sowie die Auszüge rechnerisch prüft, nach Hebung etwaiger Anstände bescheinigt und mit dem Festsetzungsvermerke versieht. Eine Ausfertigung der festgesetzten Kreisnachweisung beziehungsweise der Auszug aus derselben wird der Kreis- beziehungsweise Steuerklasse zugesertigt.

Absatz 5.

Eine nach Kreis-(Steuer-)klassenbezirken geordnete Zusammenstellung über das Sollauskommen an Einkommensteuer und Ergänzungssteuer vom ganzen Bezirke theilt die Regierung der Oberrechnungskammer sowie der Regierungshauptkasse mit.

- II. Bis zum 1. Mai hat die Regierung dem Finanzminister den rechnerisch geprüften und als richtig bescheinigten Jahresbetrag der im Bezirk veranlagten Ergänzungssteuer in einer Summe anzuzeigen.

Der vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission über das Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung zu erstellende Bericht muß sich auch über die Veranlagung der Ergänzungssteuer verbreiten.

Artikel 44.

Bekanntmachung der Veranlagung.

(§. 32 des Gesetzes.)

- I. Sofort nach beendeter Veranlagung ist das Ergebnis derselben dem Steuerpflichtigen mittels einer vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission handschriftlich oder durch Stempelung vollzogenen, gehörig verschlossenen, kostenfrei zuzustellenden Zinschrift bekannt zu machen.

Anm. 37. Die Abweichungen von der bisherigen Fassung sind durch gesperrten Druck hervorgehoben.

II. In der Regel erhalten nur die mit einem Steuerfahse veranlagten Ergänzungsteuerpflichtigen ein Benachrichtigungsschreiben (zu I), welches enthalten muß:

1. den veranlagten Jahressteuerfah, sowie die Grenzen der Stufe, innerhalb deren das bei der Veranlagung angenommene steuerbare Vermögen liegt;
2. die Belehrung, daß dem Steuerpflichtigen gegen das Ergebnis der Veranlagung das binnen einer Ausschußfrist von 4 Wochen (28 Tagen), von dem auf die Zustellung der Benachrichtigung folgenden Tage ab gerechnet, bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzulegende Rechtsmittel der Berufung an die Berufungskommission zusteht;
3. die Eröffnung, daß durch die Einlegung des Rechtsmittels die Zahlung der veranlagten Steuer nicht aufgehalten wird, vielmehr mit Vorbehalt der späteren Erstattung des etwa zuviel Gezahlten in den vorgeschriebenen Fristen erfolgen muß.

Bei Fassung der Belehrung zu 2 ist zu beachten, daß die Frist für die in außereuropäischen Ländern und Gewässern Abwesenden sechs Monate, für andere außerhalb des Deutschen Reiches Abwesende sechs Wochen beträgt (§. 46 des Ergänzungsteuergesetzes, §. 79 des Einkommensteuergesetzes).

III. Personen, welche zum Zwecke der Veranlagung eine Vermögensanzeige abgegeben haben, erhalten auf Verlangen eine Benachrichtigung über das Ergebnis der Veranlagung, auch wenn ein Ergänzungsteuerfah auf sie nicht veranlagt ist. Die Zuschrift muß in diesem Falle außer dem Betrage des angenommenen steuerbaren Vermögens die zu II unter Nr. 2 vorgeschriebene Belehrung enthalten.

IV. Die Zuschrift (II, III) kann mit der Benachrichtigung über das Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung (Artikel 60 der Anweisung vom 5. August 1891) in der Weise verbunden werden, daß für beide Veranlagungen ein gemeinsames Benachrichtigungsschreiben ausfertigt, oder doch die getrennten Zuschriften unter einem Umschlage zugestellt werden. Auf diese Verbindung ist zur Ersparrung von Arbeitskraft und Kosten regelmäßig Bedacht zu nehmen, sofern nicht die besonderen Umstände des Einzelfalles Ausnahmen bedingen.

Entsprechende Muster sind beigelegt.

Muster 10, 11,
12, 13.
Seite 178, 179
180, 181.

Sechster Abschnitt.

Rechtsmittel.

Artikel 45.

Berufungen des Steuerpflichtigen.

(§. 33 des Gesetzes.)

1. Der Steuerpflichtige hat die an eine Form nicht gebundene Berufung bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission innerhalb der gesetzlichen Ausschußfrist (Artikel 44 II) schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Es ist seine Sache, die zur Begründung des Rechtsmittels erforderlichen Thatsachen und Beweismittel anzuführen.

2. Die Berufung gegen die Veranlagung zur Ergänzungsteuer kann mit der etwaigen Berufung gegen die Einkommensteuerveranlagung in demselben Schriftfah angebracht werden. Läßt der Inhalt einer Eingabe Zweifel darüber, ob gegen beide Veranlagungen, oder gegen welche von beiden die Einlegung der Berufung beabsichtigt ist, so hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission den Steuerpflichtigen alsbald zu einer erläuternden Erklärung binnen einer ihm zu bestimmenden angemessenen Frist aufzufordern.

3. Berufungen, welche bei unzuständigen Stellen eingehen, sind von diesen an die zuständigen Vorsitzenden abzugeben.

Wegen Behandlung der Berufungen im Falle des Verzuges der Steuerpflichtigen findet die Verfügung vom 28. Mai 1892 (Mitteilungen Heft 25 S. 16) entsprechende Anwendung.³³⁾

Anm. 38. Diese Verfügung lautet:

Zur Beseitigung etwaiger Zweifel über die Behandlung von Berufungen gegen die Einkommensteuerveranlagung derjenigen Steuerpflichtigen, welche nach erfolgter Veranlagung ihren Wohnsitz in einen anderen Veranlagungsbezirk verlegt haben, wird Folgendes bestimmt:

1. Berufungen der bezeichneten Art, mögen dieselben vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission oder vom Steuerpflichtigen eingelegt sein, unterliegen der Erörterung und Entscheidung durch die für den Ort der Veranlagung zuständigen Kommissionen und Behörden.

4. Verspätet angebrachte Berufungen weist der Vorsitzende der Veranlagungskommission unter Angabe der Gründe zurück.

Widerspricht der Steuerpflichtige der Zurückweisung, so ist die Entscheidung der Berufungskommission herbeizuführen.

Wegen der Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird auf Artikel 51 verwiesen.

5. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission stellt, nöthigenfalls unter Mitwirkung des Gemeinde-(Guts-)vorstandes oder des Schätzungsausschusses oder einzelner Mitglieder des letzteren oder der Veranlagungskommission, die Erhebungen an, zu welchen die rechtzeitigen und die von ihm zwar vorläufig als verspätet zurückgewiesenen, aber nach der Bestimmung unter Nr. 4 Absatz 2 der Berufungskommission zur Entscheidung vorzulegenden Berufungen oder die Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Artikel 51) Anlaß geben.

Insbefondere hat er die vom Steuerpflichtigen in der Berufungsschrift angetretenen, gesetzlich zulässigen, an sich geeigneten Beweismittel über die nach seinem Ermessen erheblichen, nicht ohnehin feststehenden Thatfachen aufzunehmen.

6. Sobald die Erörterungen für eine entsprechende Zahl von Berufungen abgeschlossen sind, reicht er die Berufungen mit den etwa vorliegenden Vermögensanzeigen, sämtlichen Vorverhandlungen und seinen gutachtlichen Äußerungen dem Vorsitzenden der Berufungskommission unter Benutzung des von demselben vorgeschriebenen Formulars ein.

Artikel 46.

Berufungen des Vorsitzenden der Veranlagungskommission.

(§. 33 des Gesetzes.)

1. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat die ihm gegen das Ergebnis der Veranlagung gleichfalls zustehende Berufung binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen (28 Tagen), vom Tage des angefochtenen Beschlusses an gerechnet, bei dem Vorsitzenden der Berufungskommission unter Bezugnahme auf die demselben etwa bereits vorliegende Berufung des Steuerpflichtigen (Artikel 45) anzubringen und zu begründen. Ein Auszug aus der Einkommens- und Vermögensnachweisung bzw. Staatssteuerliste ist mit den sämtlichen Vorverhandlungen beizufügen.

2. Als Tag des angefochtenen Beschlusses gilt, sofern sich derselbe nicht aus dem Protokolle der Kommissionsitzung ergibt, der Tag, an welchem die betreffende Staatssteuerliste oder Nachweisung festgesetzt ist.

3. Eine Abschrift der Berufungsschrift stellt der Vorsitzende der Veranlagungskommission dem Steuerpflichtigen zu unter dem Anheimgeben, ihm seine Gegenerklärung binnen 14 Tagen einzureichen.

Nach Eingang der Gegenerklärung oder nach fruchtlosem Ablauf der Frist sind die hierüber entstandenen Verhandlungen dem Vorsitzenden der Berufungskommission mit den geeignet scheinenden Gegenbemerkungen vorzulegen.

4. Die Vorschriften Artikel 63 Nr. 1 bis 3 der Anweisung vom 5. August 1891³⁹⁾ finden auf

2. Berufungen, welche etwa nach dem Umzuge des Steuerpflichtigen bei dem Vorsitzenden der für den neuen Wohnort zuständigen Veranlagungskommission eingehen, sind von diesem mit einem Vermerke über den Tag des Eingangs dem Vorsitzenden des Veranlagungsortes zu übersenden. Die Berufungsfrist gilt in einem solchen Falle als gewahrt, wenn die Berufung auch nur bei dem Vorsitzenden des neuen Wohnortes innerhalb der Ausschlussfrist eingegangen war.

3. Wird behufs Erörterung der Berufung die persönliche Verhandlung mit dem verzogenen Steuerpflichtigen erforderlich, so sind zu diesem Zwecke die Behörden des neuen Wohnortes um ihre Vermittelung zu ersuchen, insofern der Steuerpflichtige sich nicht ausdrücklich zur persönlichen Verhandlung vor den Behörden des früheren Wohnortes bereit erklärt.

4. Die im Berufungsverfahren ergangene Entscheidung ist alsbald nach ihrem Eingange dem Vorsitzenden der für den neuen Wohnort zuständigen Veranlagungskommission mitzuteilen.

Anm. 39. Dieselben lauten:

1. Der Vorsitzende hat die Berufung einzulegen, sobald nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung das der Veranlagung eines Steuerpflichtigen zu Grunde gelegte Gesamteinkommen dem wirklichen Einkommen desselben nicht entspricht, oder sobald bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens oder bei Festsetzung des Steuerbetrags die nach dem Gesetze und den Ausführungsbestimmungen maßgebenden Veranlagungsgrundsätze nicht oder nicht richtig angewendet sind.
2. Die Einlegung der Berufung ist ferner gerechtfertigt, wenn die Veranlagung eines Steuerpflichtigen von der Kommission ohne Weiteres vorgenommen ist, obwohl die Einkommensverhältnisse nicht genügend aufgeklärt

die Ergänzungssteuer mit der Maßgabe Anwendung, daß die auf das Einkommen und die Einkommensverhältnisse bezüglichen Bestimmungen in gleicher Weise für das Vermögen und die Vermögensverhältnisse Geltung haben.

Artikel 47.

Die Aufgaben des Vorsitzenden der Berufungskommission im Allgemeinen.

(§. 34 des Gesetzes.)

1. Der Vorsitzende der Berufungskommission hat die ihm im Artikel 65 Absatz 1 und Absatz 2 Nr. 1, 3, 4 der Anweisung vom 5. August 1891 zugewiesenen Obliegenheiten und Befugnisse auch mit Bezug auf die Ergänzungssteuer wahrzunehmen.

Die Bestimmungen unter Nr. 3 und 4. a. a. D. finden in gleicher Weise auf die Prüfung der Nachweisungen hinsichtlich der darin enthaltenen Angaben über das steuerbare Vermögen Anwendung.

2. Der Vorsitzende der Berufungskommission muß auch von der Behandlung der Geschäfte seitens des Schätzungsausschusses Kenntniß nehmen und die Geschäftsführung der Vorsitzenden in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Schätzungsausschusses überwachen.

3. Um die gleichmäßige Handhabung der Veranlagungsvorschriften in den verschiedenen Kreisen seines Bezirkes zu kontrolliren, muß er insbesondere von den Ergebnissen der in der technischen Anleitung für die erstmalige Schätzung des Werthes der Grundstücke vom 26. Dezember 1893 angeordneten Ermittlungen sowie von den auf Grund derselben aufgestellten Schätzungsnormen Kenntniß nehmen, sofern er nicht ohnehin in seiner Eigenschaft als Dirigent oder Mitglied der Finanzabtheilung der Regierung an den bezüglichen Vorarbeiten Theil genommen hat.

Er muß für die gleichmäßige Anwendung dieser Schätzungsnormen innerhalb seines Bezirkes Sorge tragen und nöthigenfalls die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen anweisen, gegen etwaige mit jenen Normen in Widerspruch stehende Beschlüsse der Kommissionen Berufung einzulegen.

4. Der Vorsitzende der Berufungskommission muß sich endlich fortlaufend darüber unterrichtet halten, ob die für seinen Bezirk aufgestellten Schätzungsnormen (Nr. 3) den wirklichen Werthverhältnissen noch entsprechen oder einer Aenderung bedürfen und geeignetenfalls die Revision der bestehenden Normen und die zu diesem Zwecke erforderlichen Ermittlungen in Anregung bringen.

Artikel 48.

Die weitere Behandlung der Berufungen.

(§. 35 des Gesetzes.)

1. Die Erörterung der Berufungen durch den Vorsitzenden der Berufungskommission, die Entscheidung der letzteren und die Zustellung der Entscheidung erfolgt in Gemäßheit der Vorschriften Artikel 66 Nr. 1 Absatz 1 bis 4, Nr. 2 und Nr. 3 der Anweisung vom 5. August 1891.⁴⁰⁾

und die zur Feststellung derselben vorhandenen Hülfsmittel noch nicht erschöpft waren, oder wenn der Vorsitzende der Veranlagungskommission nach geschehener Zustellung des Veranlagungsschreibens, aber innerhalb der Berufungsfrist solche bei der Veranlagung nicht berücksichtigte Thatsachen in Erfahrung bringt, welche eine abweichende Veranlagung begründet haben würden.

2. Jedenfalls muß der Vorsitzende die Berufung einlegen, wenn der Vorsitzende der Berufungskommission ihn ausdrücklich dazu angewiesen hat, oder wenn die von demselben oder von der Berufungskommission gegen die Einschätzung eines einzelnen Pflichtigen vor der Veranlagung gezogene Erinnerung seitens der Veranlagungskommission nicht beachtet ist.

In Fällen dieser Art (Nr. 3) bleibt es dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission unbenommen, seine etwa entgegenstehende Auffassung vorzutragen und zu begründen; er hat aber auch gegen seine Ueberzeugung von dem Rechtsmittel Gebrauch zu machen und die Berufung so lange aufrecht zu erhalten, bis der Vorsitzende der Berufungskommission von der weiteren Verfolgung ausdrücklich Abstand nimmt.

Anm. 40. Diese Vorschriften lauten:

1. Die Erörterung der Berufungen durch den Vorsitzenden.

Dem Vorsitzenden der Berufungskommission bleibt es überlassen, die Einreichung der Berufungen mittels tabellarischer Nachweisungen und die dafür zu benutzenden Formulare vorzuschreiben.

Die eingegangenen Berufungen und die dazu gehörigen Vorverhandlungen und sonstigen Unterlagen unterwirft er einer genauen Durchsicht und bereitet die von der Berufungskommission abzugebende Entscheidung soweit vor, daß dieselbe in der Regel bei dem Zusammentritt der Kommission ohne weiteren Aufenthalt erfolgen

2. Bei Feststellung der Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen stehen dem Vorsitzenden und der Berufungskommission nicht nur die nämlichen Hülfsmittel wie der Veranlagungskommission zu Gebote (Artikel 41 Nr. 1 a, b), sondern sie sind auch befugt, die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu veranlassen, sowie die eidliche Bekräftigung des Zeugnisses oder Gutachtens der vernommenen Zeugen oder Sachverständigen vor dem zuständigen Amtsgericht zu fordern. Die zu vernehmenden Personen dürfen die Auskunftsertheilung nur unter den Voraussetzungen ablehnen, welche nach der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich (§§. 348 bis 350, 372, 373) zur Ablehnung eines Zeugnisses beziehungsweise Gutachtens berechtigen.

3. Die der Entscheidung der Berufungskommission beizugebenden Gründe müssen in jedem Falle erkennen lassen, welche Stellung in thatsächlicher und rechtlicher Hinsicht die Berufungskommission zu den Ausführungen des Steuerpflichtigen genommen hat.

4. Ist gegen die Veranlagung desselben Pflichtigen sowohl wegen der Einkommensteuer als auch wegen der Ergänzungssteuer Berufung eingelegt, so kann der Vorsitzende die Erörterung und Entscheidung der Rechtsmittel in einem Verfahren herbeiführen.

In der Regel hat die Berufungskommission zuerst Beschluß über die Berufung gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer zu fassen; dies muß geschehen, wenn nach Lage der Sache die Bestimmung des Ergänzungssteuerfalles von der Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens oder des Einkommenssteuerfalles abhängt (Artikel 19 und 20).

Artikel 49.

Die Beschwerden an das Oberverwaltungsgericht.

(§. 36 des Gesetzes.)

1. Hinsichtlich der sowohl dem Steuerpflichtigen als auch dem Vorsitzenden der Berufungskommission gegen die Entscheidung der letzteren zustehenden Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht wird auf die

kann. Seine Prüfung muß sich darauf erstrecken, einerseits ob bei der Veranlagung die im ersten Theile dieser Anweisung angegebenen materiellen Grundsätze befolgt, andererseits ob die Vorschriften über das Verfahren beobachtet sind; ergeben sich in letzterer Hinsicht Mängel, so ordnet er sofort die erforderliche Ergänzung der Verhandlungen an, insbesondere die Nachholung einer vom Steuerpflichtigen bei Erörterung der Steuererklärung etwa beantragten, aber ohne genügenden Grund unterbliebenen Beweisaufnahme.

Der Vorsitzende hat außerdem die zur Begründung oder zur Widerlegung der Berufung angebotenen, gesetzlich zulässigen Beweise zu erheben, wenn nicht die unter Beweis gestellten Thatfachen selbst unbestritten oder für die Beurtheilung der Sache unerheblich sind.

Er ist ferner befugt, den Steuerpflichtigen zur Ergänzung seiner Ausführungen und Beweisangebote aufzufordern oder von Amts wegen eine genaue Feststellung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Steuerpflichtigen zu veranlassen.

2. Die Entscheidung der Berufungskommission.

Nach vollständiger Erörterung der Berufungen unterbreitet der Vorsitzende die Verhandlungen mit seinem Gutachten der Berufungskommission. Dieselbe prüft die Verhandlungen nach denselben Gesichtspunkten und mit den nämlichen Befugnissen, welche oben zu 1 angegeben sind.

Auch die Berufungskommission darf ebensowenig wie der Vorsitzende vom Steuerpflichtigen selbst eine eidliche oder eidesstattliche Versicherung erfordern oder auf freiwilliges Erbieten eine solche abnehmen.

Die Berufungskommission beschließt über die ihrer Entscheidung zu Grunde zu legenden thatsächlichen Annahmen auf Grund des Gesamtergebnisses der stattgehabten Verhandlungen nach ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung.

Die Entscheidung muß zugleich Bestimmung darüber treffen, ob die Kosten, welche durch die gelegentlich der Berufung veranlaßten Ermittlungen erwachsen sind, vom Steuerpflichtigen erstattet werden sollen.

Der Entscheidung der Berufungskommission sind Gründe beizugeben, welche in jedem Falle über das von der Berufungskommission angenommene steuerpflichtige Gesamteinkommen, sowie über die angewendeten Rechtsnormen Auskunft geben müssen.

Ist sowohl vom Steuerpflichtigen als auch vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission Berufung eingelegt, so sind beide Rechtsmittel gemeinsam zu erörtern und durch eine Entscheidung zu erledigen.

3. Zustellung der Entscheidung.

Ausfertigung der Entscheidung wird dem Steuerpflichtigen in verschlossenem Schreiben durch Vermittelung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission zugestellt, welcher, sofern dadurch eine Aenderung des veranlagten Steuerfalles herbeigeführt wird, die Einkommensnachweisung berichtigt, auch die Gemeinde-(Guts-)vorstände sowie die Hebestelle mit Nachricht versieht.

Vorschriften des §. 36 des Ergänzungsteuergesetzes und §§. 44 ff. des Einkommensteuergesetzes, hinsichtlich der wegen Veräufung der Beschwerdefrist stattfindenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auf Artikel 51 dieser Anweisung verwiesen.

2. Der Vorsitzende hat vor Einlegung der von ihm beabsichtigten Beschwerde unter Einreichung der Verhandlungen dem Finanzminister zu berichten und dessen Bestimmung darüber einzuholen.

3. Die an unzuständigen Stellen eingehenden Beschwerden der Steuerpflichtigen sind an den Vorsitzenden der zuständigen Berufungskommission abzugeben.

Dieser überreicht die Beschwerden sowie etwaige Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, ohne Unterschied, ob dieselben rechtzeitig eingegangen sind oder nicht, mit sämtlichen dazu gehörigen Vermögensanzeigen und sonstigen Vorverhandlungen an das Oberverwaltungsgericht, wobei die Vorschriften der Verfügung vom 15. November 1892⁴¹⁾ (Mitteilungen Heft 25 S. 72) zu beachten sind.

4. Von jeder auf eine Beschwerde ergehenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts giebt der Vorsitzende der Berufungskommission dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission Kenntniß, welcher, sofern dadurch eine Veränderung des veranlagten Steuerbetrags herbeigeführt wird, die Nachweisungen bezieht, auch die Hebestelle mit Nachricht versieht.

5. Die Verrechnung und Einziehung der von dem Oberverwaltungsgericht in Ergänzungsteuerverfahren festgesetzten Kosten und baaren Auslagen richtet sich nach den Bestimmungen vom 28. September 1892 (Mitteilungen Heft 25 S. 91).

Artikel 50.

Beschwerden über das Verfahren.

(§§. 34, 35 Abs. 1, §. 46 des Gesetzes.)

Der Berufungskommission steht auch die Entscheidung über alle gegen das Verfahren der Veranlagungskommissionen und Schätzungsausschüsse angebrachten Beschwerden zu.

Giebt eine solche Beschwerde ein, so hat der Vorsitzende der Berufungskommission dieselbe dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zur Aeußerung vorzulegen und die etwa sonst zur Vorbereitung der Entscheidung erforderlichen Ermittlungen zu veranlassen.

Die Entscheidung über alle Beschwerden, welche gegen das Verfahren des Vorsitzenden einer Veranlagungskommission (Schätzungsausschusses) gerichtet sind, steht dem Vorsitzenden der Berufungskommission vermöge seines Aufsichtsrechtes über denselben zu.

Beschwerden über das Verfahren der Berufungskommissionen oder der Vorsitzenden derselben entscheidet der Finanzminister, soweit nicht die Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts in Gemäßheit des §. 36 des Gesetzes begründet ist.

Die in diesem Artikel erwähnten Beschwerden über das Verfahren sind weder an Fristen noch an Formen gebunden.

Anm. 41. Dieselben lauten:

1. Zu den für jeden Beschwerdeführer in besonderem chronologisch geordneten Aktenfascikel vorzulegenden Vorverhandlungen gehört unter allen Umständen
 - a) die angefochtene Berufungsentscheidung im Konzept oder in beglaubigter Abschrift,
 - b) die formgenügende Bescheinigung über die erfolgte Zustellung der Berufungsentscheidung, sei es in der Form der Einzelbescheinigung im Original, sei es in der Form beglaubigten Auszuges aus der betreffenden Tabelle,
 - c) Auszug aus der Steuerliste oder Nachweisung,
 - d) Auszug aus der Berufungsnachweisung, soweit solche vorhanden ist.
 Jedes Aktenheft ist mit einem mit dem Namen des Beschwerdeführers bezeichneten Umschlage zu versehen.
2. Falls Vorsitzende der Berufungskommissionen Werth darauf legen, mehrere Beschwerden kollektiv vorzulegen, so steht dem nichts entgegen unter der Voraussetzung:
 - a) daß nicht mehr als 10 Beschwerden mit einem Bericht vorgelegt werden, und daß darunter Beschwerden von Steuerpflichtigen, die zur Steuererklärung gesetzlich oder in Folge besonderer Aufforderung verpflichtet waren, sich nicht befinden dürfen,
 - b) und daß die zu 1 erwähnten Beläge in gesonderten Heften vorgelegt werden, deren jedes auch die etwaige Gegenerklärung des Vorsitzenden der Berufungskommission enthalten muß.

Artikel 51.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.⁴²⁾

(§. 47 des Gesetzes.)

1. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann beantragen, wer durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, die in dem Gesetze zur Einlegung von Rechtsmitteln (Berufung, Beschwerde) vorgeschriebenen Ausschlussfristen einzuhalten.

Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntniß erlangt hat.

2. Ueber den Antrag (zu 1) entscheidet die Kommission oder Behörde, welcher die Entscheidung über das veräumte Rechtsmittel zusteht.

3. Das veräumte Rechtsmittel ist unter Anführung der Thatfachen, durch welche der Antrag auf Wiedereinsetzung begründet werden soll, sowie der Beweismittel innerhalb zwei Wochen nach dem Ablauf des Tages, mit welchem das Hinderniß gehoben ist, nachzuholen.

Anträge auf Wiedereinsetzung gegen die Versäumung der Berufungsfrist sind bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission, gegen Versäumung der Beschwerdefrist bei dem Vorsitzenden der Berufungskommission schriftlich oder zu Protokoll anzubringen (vergl. Artikel 45 Nr. 5, Artikel 49 Nr. 3).

4. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der veräumten Frist an gerechnet, findet die Nachholung und der Antrag auf Wiedereinsetzung nicht mehr statt.

5. Die durch Erörterung des Antrages auf Wiedereinsetzung entstehenden baaren Auslagen trägt in allen Fällen der Antragsteller.

Siebenter Abschnitt.

Artikel 52.

Geschäftsordnung der Kommissionen und Zustellungen.

(§. 45 Abs. 4, §. 46 des Gesetzes.)

Die Vorschriften der Artikel 68, 69, 70 Nr. 1 bis 4, 6, 7 und Artikel 71 der Anweisung vom 5. August 1891⁴³⁾ gelten in gleicher Weise für das Verfahren der Veranlagungs- und Berufungskommissionen sowie für die Zustellungen der Vorsitzenden in Angelegenheiten der Ergänzungssteuer.

Anm. 42. Diese Bestimmungen gelten auch für das Verfahren in Einkommensteuersachen (vergl. §. 47 des Ergänzungsteuergesetzes).

Anm. 43. Diese Bestimmungen lauten:

Artikel 68.

Geschäftsleitung.

Die Vorsitzenden der Kommissionen haben die letzteren zusammenzuberufen, deren Geschäfte vorzubereiten und zu leiten, sowie die nicht von ihnen durch Einlegung von Rechtsmitteln angefochtenen Kommissionsbeschlüsse auszuführen.

In Behinderungsfällen übernimmt der ernannte Stellvertreter den Vorsitz.

Der Vorsitzende ist auch befugt, dem letzteren die Stellvertretung bei Wahrnehmung einzelner Geschäfte oder Geschäftszweige zu übertragen.

Bei Ausübung der Stellvertretung stehen dem Stellvertreter alle Rechte und Pflichten des Vorsitzenden selbst zu.

Wenn im Laufe der Wahl-(Ernennungs-)periode ein gewähltes oder ernanntes Mitglied der Kommission durch Tod oder aus anderen Gründen ausscheidet oder dauernd an der Mitwirkung bei den Geschäften behindert wird, hat der Vorsitzende aus der Zahl der stellvertretenden Mitglieder einen Ersatzmann einzuberufen.

Zur Wahrnehmung einzelner Geschäfte an Stelle eines vorübergehend verhinderten Mitgliedes sind die Stellvertreter in der Regel nicht heranzuziehen. Jedoch ist dies nicht ausgeschlossen, wenn nach dem Ermessen des Vorsitzenden die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte die Einberufung eines Stellvertreters erfordert.

Als Ersatzmann für ein gewähltes Mitglied darf nur ein gewählter, als Ersatzmann für ein ernanntes Mitglied nur ein ernannter Stellvertreter einberufen werden.

Artikel 69.

Die Bildung von Unterkommissionen.

Sofern der Umfang der Geschäfte es erfordert, ist es zulässig, aus der Gesamtkommission zum Zwecke der Geschäftsvertheilung Abtheilungen (Unterkommissionen) zu bilden.

Die Vertheilung der Geschäfte und der Mitglieder unter die einzelnen Unterkommissionen gebührt dem Vorsitzenden.

An der Einheitlichkeit der Gesamtkommission wird durch die Einrichtung von Unterkommissionen nichts geändert. Insbesondere ist das in dem Gesetz bestimmte Verhältniß zwischen der Zahl der ernannten und der gewählten Mitglieder nur für die Gesamtkommission, nicht aber für die einzelnen Unterkommissionen maßgebend.

Dazu wird Folgendes bestimmt:

1. Sind Unterkommissionen gebildet (Artikel 69 der Anweisung vom 5. August 1891), so ist die Vertheilung der Geschäfte unter die einzelnen Unterkommissionen in allen Fällen so zu regeln, daß die Bearbeitung der Einkommensteuer und der Ergänzungssteuer mit Bezug auf denselben Steuerpflichtigen auch derselben Unterkommission zufällt.

Der Vorsitzende der Gesamtkommission behält in allen Fällen die Oberleitung der Geschäfte auch in den Unterkommissionen; er bleibt für die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte in den letzteren verantwortlich, und ist jeder Zeit befugt, in den einzelnen Unterkommissionen selbst den Vorsitz zu übernehmen, auch wenn zu diesem Zwecke ein ständiger Vertreter ernannt oder von ihm bestellt ist.

Artikel 70.

Sonstige Bestimmungen über die Geschäftsordnung.

1. Die Kommissionen und Unterkommissionen erledigen ihre Geschäfte in der Regel in gemeinsamen, vom Vorsitzenden nach Bedürfnis anzuuberäumenden Sitzungen. Jedoch ist es denselben in einzelnen dringenden Fällen und bei klarer Lage der Sache gestattet, die Stimmen der Mitglieder mittels Umlaufs schriftlich einzuholen.

Zu der Einladung zu den Sitzungen, welche gegen Empfangsbescheinigung oder mittels eingeschriebenen Briefes durch die Post erfolgt, ist der Gegenstand des in der bevorstehenden Sitzung zu erledigenden Geschäftes (z. B. „Vornahme der Einkommensteuerveranlagung für das Steuerjahr 1892/93“) kurz zu bezeichnen.

2. Die Kommissionen (Unterkommissionen) sind bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden beschlußfähig, wobei es nicht darauf ankommt, daß unter den Anwesenden die Zahl der gewählten und ernannten Mitglieder in dem für die Gesamtkommission vorgeschriebenen Verhältnisse steht.

Die Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit der an der Beschlussfassung theilnehmenden Mitglieder gefaßt. Dem Vorsitzenden beziehungsweise dem an seiner Statt den Vorsitz führenden Stellvertreter steht volles Stimmrecht zu; bei Stimmengleichheit entscheidet seine Stimme.

So lange über die Einschätzung oder Verurteilung eines Kommissionsmitgliedes oder seiner Verwandten oder Verschwägerten in auf- und absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinien beraten und abgestimmt wird, hat dasselbe abzutreten.

Ergeben sich diese Voraussetzungen hinsichtlich der Person des Vorsitzenden, so hat derselbe die Führung des Vorsitzes einem der Kommissionsmitglieder zu übertragen.

3. Ist eine Kommission, weil auf die erste Einladung sich die Mitglieder nicht in beschlußfähiger Zahl eingefunden hatten, zum zweiten Male gehörig geladen und wiederum nicht die erforderliche Anzahl der Mitglieder erschienen, so muß dies, falls nicht besondere Umstände vorliegen, welche eine solche Annahme ausschließen, einer Weigerung, die angekündigten Geschäfte zu erledigen, gleich geachtet und in Gemäßheit des §. 54 des Gesetzes verfahren werden; hierauf ist in der zweiten an die Mitglieder ergehenden Einladung ausdrücklich hinzuweisen.

Als Aufsichtsbehörde im Sinne des §. 54 des Gesetzes gilt in Ansehung der Voreinschätzungs- und Veranlagungskommissionen der Vorsitzende der Verurteilungskommission, in Ansehung der Verurteilungskommissionen der Finanzminister.

4. Die in eine Kommission neu eintretenden Mitglieder haben in der ersten Kommissionsitzung, an welcher sie Theil nehmen, vor Beginn der Verhandlungen dem Vorsitzenden mittels Handschlags an Eidesstatt zu geloben, daß sie bei den Kommissionsverhandlungen ohne Ansehen der Person nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Verhandlungen, sowie die hierbei zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim halten werden.

Einer Wiederholung des Gelöbnisses im Falle der Wiederwahl oder der Wiederernennung eines ausgeschiedenen Mitgliedes bedarf es nicht.

Zur Entgegennahme des gleichen Gelöbnisses von Seiten derjenigen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden, welche nicht schon als Beamte vereidigt sind (§. 52 Abs. 2 des Gesetzes), hat die Regierung einen Kommissar womöglich am Wohnorte des zu Verpflichtenden zu bestellen.

5. Ueber jede Kommissionsitzung ist ein von dem Vorsitzenden und den anwesenden Mitgliedern zu vollziehendes Protokoll aufzunehmen, welches über den Gegenstand der erledigten Geschäfte, insbesondere auch über die Verpflichtung der Mitglieder (Nr. 4) Auskunft geben muß.

6. Die Ausfertigungen der Kommissionsbeschlüsse und Entscheidungen sind von dem Vorsitzenden zu vollziehen, welcher sich dabei eines Stempels bedienen kann.

Artikel 71.

Zustellungen.

1. Die von den Vorsitzenden der Kommissionen innerhalb Preussens zu bewirkenden Zustellungen sind durch einen öffentlichen Beamten unter Bescheinigung der Behändigung auszuführen. Die Post kann um die Bewirkung der Zustellung ersucht werden. Für die Zustellung gelten die in den §§. 9 bis 16 der Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren^{*)} (Gesetzsamml. S. 591), gegebenen Vorschriften mit der Maßgabe, daß an Stelle der

Anm. *) Dieselben lauten:

§. 9.

Die Zustellungen für nicht prozeßfähige Personen erfolgen für dieselben an deren gesetzliche Vertreter.

Bei Behörden, Gemeinden und Korporationen, sowie bei Personenvereinen, welche als solche klagend und verklagt werden können, genügt die Zustellung an die Vorsteher.

Bei mehreren gesetzlichen Vertretern, sowie bei mehreren Vorstehern genügt die Zustellung an einen derselben.

§. 10.

Die Zustellung für einen Unteroffizier oder einen Gemeinen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine erfolgt an den Chef der zunächst vorgeschriebenen Kommandobehörde (Chef der Kompagnie, Eskadron, Batterie u. s. w.).

2. Die Vermögensanzeigen sind unter Verschluss aufzubewahren und dürfen, ebenso wie die Kommissionsverhandlungen über dieselben, nur zur Kenntniß der Kommissions- und Ausschußmitglieder oder durch ihren Amtseid zur Geheimhaltung verpflichteter Beamten gelangen.

Vollstreckungsbehörde derjenige Vorgesetzte tritt, welcher die Zustellung anordnet, und daß es nicht der Ausnahme einer förmlichen Zustellungsurkunde bedarf; es genügt eine Bescheinigung des öffentlichen Beamten, welche Ort und Zeit der Zustellung, die Bezeichnung des zugestellten Schriftstückes, der Person, an welche dasselbe übergeben ist, sowie die Unterschrift des Beamten enthalten muß. Diese Bescheinigungen können für eine Mehrzahl von Zustellungen tabellarisch zusammengefaßt werden.

2. Die außerhalb Preußens erforderlichen Zustellungen sind in der Regel mittels eingeschriebenen Briefes gegen einen zu den Akten zurückgelangenden Empfangschein zu bewirken.

Wenn jedoch die Post nach dem Orte des Aufenthaltes des Steuerpflichtigen derartige Briefe nicht befördert oder der zeitige Aufenthalt des Steuerpflichtigen im Auslande nicht genau feststeht, oder aus anderen Gründen auf diesem Wege

§. 11.

Die Zustellung kann an den Bevollmächtigten und, wenn dieselbe durch den Betrieb eines Handelsgewerbes veranlaßt ist, an den Prokuristen erfolgen.

§. 12.

Für die Ausführung der Zustellungen gelten die in den §§. 165 bis 170 der deutschen Stollprozeßordnung gegebenen Vorschriften. Im Falle des §. 167 findet jedoch die Niederlegung des zu übergebenden Schriftstückes nur bei der Ortsbehörde oder bei der Postanstalt des Zustellungsortes statt.

§. 13.

An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen darf eine Zustellung nur mit Erlaubniß der Vollstreckungsbehörde erfolgen; die Verfügung, durch welche die Erlaubniß erteilt wird, ist bei der Zustellung auf Erfordern vorzulegen. Eine Zustellung, bei welcher diese Bestimmungen nicht beobachtet sind, ist gültig, wenn die Annahme nicht verweigert ist.

§. 14.

Ueber die Zustellung ist eine Urkunde aufzunehmen; dieselbe muß enthalten

1. Ort und Zeit der Zustellung;
2. die Bezeichnung des zugestellten Schriftstückes;
3. die Bezeichnung der Person, an welche zugestellt werden soll;
4. die Bezeichnung der Person, welcher zugestellt ist; in den Fällen der §§. 166, 168, 169 der deutschen Stollprozeßordnung die Angabe des Grundes, durch welchen die Zustellung an die bezeichnete Person gerechtfertigt wird; wenn nach §. 167 a. a. O. verfahren ist, die Bemerkung, wie die darin enthaltenen Vorschriften nach Vorhanden des §. 12 dieser Verordnung befolgt sind;
5. im Falle der Verweigerung der Annahme die Erwähnung, daß die Annahme verweigert und das zu übergebende Schriftstück am Orte der Zustellung zurückgelassen ist;
6. die Bemerkung, daß das zugestellte Schriftstück übergeben ist;
7. die Unterschrift des die Zustellung vollziehenden Beamten.

§. 15.

Wird durch die Post zugestellt, so hat die Vollstreckungsbehörde einen durch ihr Dienstsiegel verschlossenen, mit der Adresse der Person, an welche zugestellt werden soll, versehenen und mit einer Geschäftsnummer bezeichneten Briefumschlag, in welchem das zugestellte Schriftstück enthalten ist, der Post mit dem Gesuche zu übergeben, die Zustellung einem Postboten des Zustellungsortes aufzutragen. Daß die Übergabe in der bezeichneten Art geschehen ist, von der Vollstreckungsbehörde oder dem Vollziehungsbeamten zu bescheinigen.

§. 16.

Die Zustellung durch den Postboten erfolgt in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 12. Ueber die Zustellung ist von dem Postboten eine Urkunde aufzunehmen, welche den Bestimmungen des §. 14 Nr. 1, 3 bis 5, 7 entsprechen und die Übergabe des seinem Verschlusse, seiner Adresse und seiner Geschäftsnummer nach bezeichneten Briefumschlages bezeugen muß.

Die Urkunde ist von dem Postboten der Postanstalt und von dieser der Vollstreckungsbehörde zu überliefern.

Die in den §§. 12 und 14 angeführten Vorschriften der deutschen Stollprozeßordnung lauten:

§. 165.

Die Zustellungen können an jedem Orte erfolgen, wo die Person, welcher zugestellt werden soll, angetroffen wird.

Ist die Person an diesem Orte eine Wohnung oder ein Geschäftlokal, so ist die außerhalb der Wohnung oder des Geschäftlokals an sie erfolgte Zustellung nur gültig, wenn die Annahme nicht verweigert ist.

§. 166.

Wird die Person, welcher zugestellt werden soll, in ihrer Wohnung nicht angetroffen, so kann die Zustellung in der Wohnung an einen zu der Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person erfolgen.

Wird eine solche Person nicht angetroffen, so kann die Zustellung an den in demselben Hause wohnenden Hausvater oder Vermieterher erfolgen, wenn diese zur Annahme des Schriftstückes berechtigt sind.

§. 167.

Ist die Zustellung nach diesen Bestimmungen nicht ausführbar, so kann sie dadurch erfolgen, daß das zu übergebende Schriftstück auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts, in dessen Bezirke der Ort der Zustellung gelegen ist, oder an diesem Orte bei der Postanstalt oder dem Gemeindevorsteher oder dem Polizeivorsteher niedergelegt und die Niederlegung sowohl durch eine an der Thür der Wohnung zu befestigende schriftliche Anzeige, als auch, soweit thunlich, durch mündliche Mitteilung an zwei in der Nachbarschaft wohnende Personen bekannt gemacht wird.

§. 168.

Für Gewerbetreibende, welche ein besonderes Geschäftlokal haben, kann, wenn sie in dem Geschäftlokal nicht angetroffen werden, die Zustellung an einen darin anwesenden Gewerbegehilfen erfolgen.

Wird ein Rechtsanwalt, welchem zugestellt werden soll, in seinem Geschäftlokal nicht angetroffen, so kann die Zustellung an einen darin anwesenden Gehilfen oder Schreiber erfolgen.

§. 169.

Wird der gesetzliche Vertreter oder der Vorsteher einer Behörde, einer Gemeinde, einer Korporation oder eines Personenvereins, welchem zugestellt werden soll, in dem Geschäftlokal während der gewöhnlichen Geschäftsstunden nicht angetroffen, oder ist er an der Annahme verhindert, so kann die Zustellung an einen anderen in dem Geschäftlokal anwesenden Beamten oder Bediensteten bewirkt werden.

Wird der gesetzliche Vertreter oder der Vorsteher in seiner Wohnung nicht angetroffen, so finden die Bestimmungen der §§. 166, 167 nur Anwendung, wenn ein besonderes Geschäftlokal nicht vorhanden ist.

§. 170.

Wird die Annahme der Zustellung ohne gesetzlichen Grund verweigert, so ist das zu übergebende Schriftstück am Orte der Zustellung zurückzulassen.

3. Auch für die in Ergänzungssteuerangelegenheiten wahrgenommenen Geschäfte außerhalb ihres Wohnortes erhalten die Mitglieder der Veranlagungs- und Berufungskommissionen aus der Staatskasse Tagegelde und Reisekosten nach Maßgabe der Königlichen Verordnung vom 4. Juli 1892 (Gesetzsamml. S. 201) und der Verfügung vom 2. August 1892 (Mittheilungen Heft 25 S. 83), die Vorsitzenden der bezeichneten Kommissionen nach Maßgabe der Bestimmungen zu Nr. 2 bis 4 der Verfügung vom 28. Oktober 1891 (Mittheilungen Heft 25 S. 81).

die Zustellung nicht mit genügender Sicherheit erfolgen kann, so ist das zuzustellende Schriftstück durch Vermittelung des Vorsitzenden der Berufungskommission dem Finanzminister zur weiteren Uebermittlung an das Auswärtige Amt einzureichen.

Die im §. 53 Absatz 3 des Gesetzes zugelassene Zustellung mittels eingeschriebenen Briefes (ohne zurückgelangenden Empfangschein) ist nur anzuwenden, wenn von der Zustellung der Lauf einer Ausschlussfrist nicht abhängig ist.

3. In allen Fällen (Nr. 1 und 2) gilt die Zustellung an den Steuerpflichtigen für vollzogen, auch wenn die Annahme ohne gesetzlichen Grund (vergl. §. 165 Abs. 2 der Deutschen Zivilprozessordnung, §. 13 der Verordnung vom 7. September 1879) verweigert wird.

4. Sind Wohnsitz und Aufenthalt eines Steuerpflichtigen unbekannt, so kann die Zustellung an denselben durch Anheftung des zuzustellenden Schriftstückes an der zu Aushängen der Gemeinde des Veranlagungsortes bestimmten Stelle erfolgen. Die Zustellung gilt für vollzogen, wenn seit der Anheftung zwei Wochen verstrichen sind. Auf die Gültigkeit der Zustellung hat es keinen Einfluß, wenn das Schriftstück von dem Orte der Anheftung zu früh entfernt wird.

5. Sofern es im Interesse der Steuerverwaltung geboten erscheint, ein Ersuchen irgend welcher Art an das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches oder an kaiserliche auswärtige Vertretungen oder an ausländische Behörden zu richten, so ist der zu begründende Antrag mit den Verhandlungen auf dem geordneten Instanzenzuge zur Beschlußfassung dem Finanzminister vorzulegen.

Berlin, den 3. April 1894.

Der Finanzminister.

Miquel.

Steuertarif.

(§§. 17, 18, 19 Abs. 1 des Gesetzes.)

Die Ergänzungssteuer beträgt jährlich:

bei einem steuerbaren Vermögen von		regelmäßiger Steuerfuß (§. 18 des Gesetzes)	An Stelle der Steuerfüße in Spalte 2 treten gemäß §. 19 Absatz 1 des Gesetzes, wenn Einkommensteuerfüße ver- anlagt sind von			
mehr als	bis ein- schließlich		0 M.	6 M.	9 M.	12 M.
M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1.		2.	3.	4.	5.	6.
6 000	8 000	3	3†	3	3	3
8 000	10 000	4	3†	4	4	4
10 000	12 000	5	3†	4	5	5
12 000	14 000	6	3†	4	6	6
14 000	16 000	7	3†	4	7	7
16 000	18 000	8	3†	4	7	8
18 000	20 000	9	3†	4	7	9
20 000	22 000	10	3	4	7	10
22 000	24 000	11	3	4	7	10
24 000	28 000	12	3	4	7	10
28 000	32 000	14	3	4	7	10
32 000	36 000	16	<p>Anmerkung. Die mit † bezeichneten Steuerfüße von 3 M. treten nur ein, wenn das steuerpflichtige Einkommen — nach Abrechnung der Abzüge aus §. 18 des Einkommensteuergesetzes — mehr als 900 M. beträgt, die Freistellung von der Einkommensteuer also nur auf Grund des §. 19 des Einkommensteuergesetzes erfolgt ist. Übersteigt das steuerpflichtige Einkommen den Betrag von 900 M. nicht, so ist der Steuerpflichtige gemäß §. 17 Nr. 2 des Gesetzes von der Ergänzungssteuer frei zu stellen.</p> <p>Weibliche Personen, welche minderjährige Familienangehörige zu unterhalten haben, waisenlose minderjährige Waisen und Erwerbsunfähige sind gemäß §. 17 Nr. 3 des Gesetzes von der Ergänzungssteuer frei zu stellen, insofern das steuerbare Vermögen der bezeichneten Personen den Betrag von 20 000 M. und das nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes zu berechnende Jahreseinkommen derselben den Betrag von 1 200 M. nicht übersteigt (vergl. Artikel 19 I Nr. 8).</p>			
36 000	40 000	18				
40 000	44 000	20				
44 000	48 000	22				
48 000	52 000	24				
52 000	56 000	26				
56 000	60 000	28				

bei einem steuerbaren Vermögen von			bei einem steuerbaren Vermögen von			bei einem steuerbaren Vermögen von		
mehr als		Steuer- satz (§. 18 des Gesetzes)	mehr als		Steuer- satz (§. 18 des Gesetzes)	mehr als		Steuer- satz (§. 18 des Gesetzes)
bis ein- schließlich	„	„	bis ein- schließlich	„	„	bis ein- schließlich	„	„
1.		2.	1.		2.	1.		2.
60 000	70 000	30	600 000	620 000	300	1 280 000	1 300 000	640
70 000	80 000	35	620 000	640 000	310	1 300 000	1 320 000	650
80 000	90 000	40	640 000	660 000	320	1 320 000	1 340 000	660
90 000	100 000	45	660 000	680 000	330	1 340 000	1 360 000	670
100 000	110 000	50	680 000	700 000	340	1 360 000	1 380 000	680
110 000	120 000	55	700 000	720 000	350	1 380 000	1 400 000	690
120 000	130 000	60	720 000	740 000	360	1 400 000	1 420 000	700
130 000	140 000	65	740 000	760 000	370	1 420 000	1 440 000	710
140 000	150 000	70	760 000	780 000	380	1 440 000	1 460 000	720
150 000	160 000	75	780 000	800 000	390	1 460 000	1 480 000	730
160 000	170 000	80	800 000	820 000	400	1 480 000	1 500 000	740
170 000	180 000	85	820 000	840 000	410	1 500 000	1 520 000	750
180 000	190 000	90	840 000	860 000	420	1 520 000	1 540 000	760
190 000	200 000	95	860 000	880 000	430	1 540 000	1 560 000	770
200 000	220 000	100	880 000	900 000	440	1 560 000	1 580 000	780
220 000	240 000	110	900 000	920 000	450	1 580 000	1 600 000	790
240 000	260 000	120	920 000	940 000	460	1 600 000	1 620 000	800
260 000	280 000	130	940 000	960 000	470	1 620 000	1 640 000	810
280 000	300 000	140	960 000	980 000	480	1 640 000	1 660 000	820
300 000	320 000	150	980 000	1 000 000	490	1 660 000	1 680 000	830
320 000	340 000	160	1 000 000	1 020 000	500	1 680 000	1 700 000	840
340 000	360 000	170	1 020 000	1 040 000	510	1 700 000	1 720 000	850
360 000	380 000	180	1 040 000	1 060 000	520	1 720 000	1 740 000	860
380 000	400 000	190	1 060 000	1 080 000	530	1 740 000	1 760 000	870
400 000	420 000	200	1 080 000	1 100 000	540	1 760 000	1 780 000	880
420 000	440 000	210	1 100 000	1 120 000	550	1 780 000	1 800 000	890
440 000	460 000	220	1 120 000	1 140 000	560	1 800 000	1 820 000	900
460 000	480 000	230	1 140 000	1 160 000	570	1 820 000	1 840 000	910
480 000	500 000	240	1 160 000	1 180 000	580	1 840 000	1 860 000	920
500 000	520 000	250	1 180 000	1 200 000	590	1 860 000	1 880 000	930
520 000	540 000	260	1 200 000	1 220 000	600	1 880 000	1 900 000	940
540 000	560 000	270	1 220 000	1 240 000	610	1 900 000	1 920 000	950
560 000	580 000	280	1 240 000	1 260 000	620			
580 000	600 000	290	1 260 000	1 280 000	630			
						u. f. f. um je 20 000 „ steigend.		um je 10 „ steigend.

Muster 1.

Artikel 23 I Nr. 2 (Seite 135).

Ergänzungssteuer.

Regierungsbezirk

Kreis

Gemeinde (Gutsbezirk)

Nachweisung

der

von Einwohnern des Gemeinde-(Guts-)bezirkes im Umherziehen oder gemäß §. 7 des Gewerbesteuergesetzes*) steuerfrei betriebenen stehenden Gewerbe (einschließlich der nur betriebssteuerpflichtigen Betriebe).

Anmerkung.

Ausgeschlossen von der Aufnahme in diese Nachweisung bleiben diejenigen Gewerbetreibenden, bei denen ohne Weiteres anzunehmen ist, daß mit Einschluß ihres Anlage- und Betriebskapitals ihr steuerbares Gesamtvermögen (Spalte 22 der Staatssteuerliste) nicht mehr als 6 000 Mark beträgt.

Daß die Angaben in Spalte 2 bis 6 der umstehenden Nachweisung richtig und die Gutachten in Spalte 7 nach bestem Wissen abgegeben sind, wird bescheinigt.

den ten 18

Der Gemeinde-(Guts-)vorstand.

*) §. 7 des Gewerbesteuergesetzes lautet:

Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 Mark noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 Mark erreicht, bleiben von der Gewerbesteuer befreit.

Auf die Betriebssteuer . . . findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Zfd. Nr.	Des Gewerbetreibenden		Bezeichnung des Gewerbebetriebes.	Bei der letzten Veranlagung zur Einkommensteuer (Gemeindesteuer) ist das Einkommen aus dem Gewerbe- betriebe an- genommen auf <i>M.</i>	Merkmale zur Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals.
	Name und Vorname.	Wohnort (Straße, Nummer).			
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1.	<i>Schultze, Carl</i>	<i>Grossstr. 66</i>	<i>Hausirer</i>	<i>1 360</i>	<i>Handel m. Schnitt- waaren; Pferd, Wagen, ohne Ge- hülfen</i>
2.	<i>Schmoller, Carl</i>	<i>Kreuzstr. 368</i>	<i>Färber</i>	<i>1 460</i>	<i>1 Geselle, 1 Lehrling</i>
3.	<i>Darmstädter, Max</i>	<i>Hohestr. 40</i>	<i>Schuhmacher</i>	<i>1 200</i>	<i>2 Gesellen</i>

Bestimmungen für die Ausfüllung.

1. Bei der ersten Aufstellung der Nachweisung sind die Spalten 1 bis 7 vom Gemeinde- (Guts-) vorstande auszufüllen.
2. Mehrere Theilhaber eines Gewerbebetriebes sind als solche zu bezeichnen und unmittelbar hintereinander auszuführen. Im Uebrigen ist die Reihenfolge festzuhalten, in der die Gewerbetreibenden im Personenverzeichnis (Muster II) erscheinen.
3. In Spalte 5 ist nicht das steuerpflichtige Gesamteinkommen, sondern das bei der Veranlagung zur Einkommensteuer beziehungsweise Gemeindesteuer angenommene Einkommen aus dem Gewerbebetriebe anzugeben.

Werth des Anlage- und Betriebskapitals nach dem Gutachten			Uevertagen in die Staatssteuerliste (A) beziehungsweise Nachweisung B (C)		Bemerkungen
des Gemeinde- (Guts-)vorstandes.	des Berichterstatters.	des Schätzungs- ausschusses.	Jahrgang.	Nummer.	
M.	M.	M.			
7.	8.	9.	10.	11.	12.
2 700	2 700	2 700	1895/96	A 48	besitzt ausserdem ein Kapitalvermögen von 5 000 M.
2 700	2 950	2 950	1895/96	A 52	Eigenthümer des Wohn- hauses Kreuzstr. 36a.
2 400	2 800	2 750	1895/96	A 96	ausserdem 4 000 M. Kapitalvermögen vor- handen.

Ort und Datum.

Der Schätzungsausschuss.

- In Spalte 6 sind ausser den sonstigen Merkmalen (Zahl der Gehülten, Gesellen, Lehrlinge u. s. w.) namentlich auch die etwa dem Betriebe dienenden eigenen Grundstücke des Inhabers zu bezeichnen.
- Bei der Berichtigung der Nachweisung für künftige Veranlagungen werden die inzwischen eingestellten Betriebe gestrichen, die neu hinzugekommenen unter fortlaufenden Nummern nachgetragen.

Sind bei einem in das Verzeichniss aufgenommenen Betriebe in wesentlichen Merkmalen Aenderungen eingetreten, so ist derselbe ebenfalls unter neuer Nummer einzutragen und an der früheren Stelle unter Hinweis auf die neue Eintragung zu streichen.

Regierungsbezirk

Kreis

Gemeinde (Gutsbezirk)

Ergänzungs

Ver

derjenigen Personen, welche dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, der Viehzucht, des

Fol. Nr.	Name, Stand, Wohnort		Bezeichnung der in Pacht oder Nießbrauch befindlichen Grundstücke.		Nr. des Schätzungs- bogens.	Einzelwerthe des Pächterinventars u. s. w. nach den Angaben der Schätzungsbogen.
	des Pächters (Nießbrauchers).	des Verpächters (Eigenthümers).	Gemeinde (Guts- bezirk).	Ungefährer Flächen- inhalt. ha		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1.	<i>Schulze, Heinrich, Gastwirth in Schönfeld.</i>	<i>Hildebrandt, Ernst, Schmied in Schönfeld. Luck, Peter, Bauer in Neuendorf.</i>	<i>Schönfeld. Neuendorf.</i>	<i>2,5 3,5</i>	<i>6 10</i>	<i>1290 bewegliches Inven- tar 600 Scheune 1500 bewegliches Inven- tar zus. 3390</i>
2.	<i>Berthold, Paul, Pfarrer in Schönfeld.</i>	<i>Gemeinde Schönfeld.</i>	<i>Schönfeld.</i>	<i>5</i>	<i>3</i>	<i>2100 bewegliches Inven- tar</i>
3.	<i>u. s. w.</i>					

Anleitung zur Ausfüllung des Formulars.

1. Der Katasterkontrolleur hat die Spalten 1 bis 7 des Verzeichnisses auszufüllen.
2. In Spalte 2 werden alle Einwohner des Gemeinde- (Guts-) bezirks eingetragen, welche Grundstücke zum Gesamtflächeninhalt von mehr als 2 ha in Pacht oder Nießbrauch haben, und dieselben nicht im Zusammenhange mit eigenen Besitzungen bewirthschaften, sofern die Regierung nicht hinsichtlich des maßgebenden Flächeninhalts eine andere Bestimmung getroffen hat.
3. Die sämmtlichen von demselben Pächter u. s. w. zusammen bewirthschafteten Pacht- (Nießbrauch-) stücke, auch wenn sie in anderen Gemeinde- (Guts-) bezirken liegen, werden bei seinem Namen in Spalten 4, 5 untereinander aufgeführt.
4. Neben jedem der in Spalte 5 aufgeführten Grundstücke sind in Spalte 6 die Nummern der betreffenden Schätzungsbogen, in Spalte 7 die auf der Rückseite derselben für die einzelnen Pachtstücke ermittelten Inventarienwerthe zu über-

Muster 3.

Artikel 27 Nr. 5 (Seite 140).

Ergänzungssteuer.

Gemeinde

(Gutsbezirk)

Kontrolle der Schätzungsbogen.

Nummer des Schätzungsbogens.	Name und Wohnort der Eigenthümer.	Angabe der Nummer, unter welcher die Eigenthümer in der Staats- steuerliste A, beziehungsweise in der Nachweisung B (C) eingetragen sind.					Be- merkungen.
		1895/96 Nr.	1896/97 Nr.	1897/98 Nr.	1898/99 Nr.	u. s. w.	

Anmerkung.

1. Mehrere Eigenthümer desselben Grundstücks sind in der zweiten Spalte untereinander einzutragen.
2. Erfolgt die Veranlagung zur Ergänzungssteuer in einem anderen Bezirk, so ist dies in der Bemerkungsspalte anzugeben.

Muster 4.

Artikel 29 Nr. 1 (Seite 141).

Ergänzungssteuer.

Ifd. Nr.

Gemeinde

(Gutsbezirk)

Personalblatt.

Bezeichnung des Gewerbebetriebes. <i>Seifenfabrik</i>			Name, Vorname, Wohnort des (der) Inhaber des Betriebes. <i>Lühl, Friedrich, zu Holzendorf</i>			Anteil. <div style="text-align: center;">1 1</div>	
Staatssteuer- liste A bzw. Nachweisung B (C) Nr.	Stenerjahr (Ver- anlagungs- periode).	Das Ein- kommen aus dem Gewerbe- betriebe ist angenommen bei der Veranlagung der Einkommen- steuer auf M.	Der Ertrag der Gewerbe- steuer auf M.	Gewerbe- steuer. Klasse.	Satz. M.	Werth M.	Merkmale zur Bemessung des Anlage- und Betriebskapitals nach den für die Gewerbesteuerveranlagung statt- gehabten Ermittlungen.
B. 38	1894/95 1895/96 1896/97 1897/98 u. f. w.	23 000 23 000	25 000 24 000	II II	228 192	155 000 155 000	Umfangreiches Fabrikgebäude mit Waarenhaus und werth- vollen Maschinen u. v.
Dem Gewerbebetriebe dienen die nebenstehend verzeichneten Grundstücke: <i>Fabrikgebäude mit Waarenhaus.</i> (Schätzungsbogen Nr. 6)							
Weitere Ermittlungen des Vorstehenden der Veranlagungskommission über Merk- male des Betriebes, die für die Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals von Bedeutung sind.				Gutachten des Berichterstatters. Es ist zu schätzen der Werth der dem Betriebe dienenden Grundstücke einschließlich der Gebäude . . . auf M. 90 000 Maschinen, Geräthschaften, Werkzeuge " 50 000 Thiere und Futtermittel " 1 000 Vorräthe an Waaren, Roh-, Hilfsstoffen " 10 000 Vorräthe an Gold, Silber, Werthpapieren, Anzen- ständen " 4 000 sonstigen Gegenstände und Rechte " — <div style="text-align: right;">Zusammen M. 155 000</div> Davon gehen ab die abzugsfähigen Verbindlichkeiten mit . . . 50 000 Verbleibt steuerbares Anlage- und Betriebskapital . . . M. 105 000			
Gutachten des Vorstehenden der Veranlagungskommission: <i>Einkommen.</i>							
Gutachten des Schätzungsausschusses: <i>M. 105 000.</i>							
Tag des Beschlusses: <i>31. Januar 1895.</i>							

Muster 5.

Artikel 811V (Seite 143).

Ergänzungssteuer.

Gemeinde

(Gutsbezirk)

Staatsteuerliste A

Nachweisung B (C)

Nr.

Veranlagung für 18.....

Vorlage für den Schätzungsausschuß.

Name, Stand, Wohnort des Steuerpflichtigen	
Bezeichnung des Gegenstandes (Rechtes), dessen Werth zu ermitteln ist.	Merkmale für die Schätzung des Werthes.
Gutachten des Berichterstellers.	
Gutachten des Vorsitzenden der Veranlagungskommission:	
Gutachten des Schätzungsausschusses: M....	
Tag des Beschlusses:	

Veranlagungsbezirk

Muster 6.

Artikel 86 II Nr. 4 (Seite 148).

Vermögensanzeige zum Zwecke der Veranlagung

d. (Name)

... (Stand) in ... (Wohnort) ... (Straße Nr.)

zur Ergänzungssteuer für das Steuerjahr 1895/96.

I. An steuerbarem Vermögen, einschließlich des mir anzurechnenden Vermögens meiner Haushaltsangehörigen, nämlich:

Anm.: Hierneben sind diejenigen Angehörigen (Gefrau, Kinder) aufzuführen, deren besonderes Vermögen dem Steuerpflichtigen anzurechnen ist.

besitze ich eigenthümlich oder als Fideikommißbesitzer

Anm. zu 1 und 2: Nur die in Preußen belegenen Grundstücke kommen in Betracht.

1. Grundstücke, welche dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, der Viehzucht, dem Wein-, Obst- oder Gartenbau oder den damit verbundenen Nebenbetrieben gewidmet sind, einschließlich der dazu gehörigen Wirtschafts- und Wohngebäude, sowie des gesamten lebenden und todtten Inventars, auch soweit dasselbe zum Betriebe auf den mitbewirtschafteten zugepachteten Flächen dient:

Gemeiner Werth.*)

„

Anm. zu 1 a, b: Wirtschaftlich zusammengehörige Grundstücke sind als eine Befigung aufzuführen.

Bezeichnung der Befigung.	Gemeinde (Gutsbezirk).	ungefährer Flächeninhalt des Grundbesitzes. ha
a.		
b.		
u. v. w.		

*) Anm. zu 1 bis 6: Maßgebend ist der Bestand und Werth des Vermögens, wie er dem Steuerpflichtigen zur Zeit der Vermögensanzeige bekannt ist. Steht bereits fest, daß und welche Änderungen darin bis zum bevorstehenden 1. April eintreten werden, so sind dieselben zu berücksichtigen.

Landwirthliche und Gewerbetreibende, welche regelmäßige jährliche Abschlässe machen, können den Vermögensstand vom letzten Abschlusse zu Grunde legen.

Uebersatz . . .

2. Wohngebäude (Gebäudetheile), einschließlich der dazu gehörigen Hofräume und Hausgärten, Pausplätze und andere Grundstücke, welche weder dem unter 1 noch den unten zu 3 und 4 bezeichneten gewerblichen Zwecken dienen:

Bezeichnung der Grundstücke.	Gemeinde (Gutsbezirk).	Straße Nr.
a.
b.
u. s. w.		

Anm. zu 2 und 3: Auch Berechnung bleiben diejenigen Betriebe, welche dem Betriebe der Land- und Forstwirtschaft oder der Bergbau- oder anderer gewerblichen Grundstücken oder Bergwerken, oder dem Betriebe eines anderen Gewerbes außerhalb Preussens gewidmet sind.

3. Anlage- und Betriebskapital, gewidmet dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft u. s. w. auf gepachteten oder im Nießbrauch befindlichen, nicht in Verbindung mit eigenen Besitzungen bewirtschafteten Grundstücken:

Bezeichnung der Pachtung. (Zusammengewirtschaftete Grundstücke gelten als eine Pachtung.)	Gemeinde (Gutsbezirk).	ungefährer Flächeninhalt der Pachtstücke. ha
a.
b.
u. s. w.		

Anm. zu 4: Hier ist auch der Anteil zu berücksichtigen, welcher dem Steuerpflichtigen als Theilhaber einer offenen Handelsgesellschaft an deren Anlage- und Betriebskapital zuzieht.

4. Anlage- und Betriebskapital, gewidmet dem Betriebe des Bergbaues oder eines Gewerbes, einschließlich der dem Betriebe dienenden Grundstücke, Gebäude, Gebäudetheile und Rechte:

Bezeichnung des Betriebes.	Firma.	Betriebsstätten.	Geschäftsanteil des Steuerpflichtigen.
.....
.....
.....

5. Bergwerkseigentum, Verlags-, Patent- und andere selbstständige Rechte, soweit dieselben nicht als Zubehör eines Grundstücks oder eines Anlage- und Betriebskapitals unter Nr. 1 bis 4 bereits berücksichtigt sind:

Ann. zu 6: Ob ein Kapital in inländischen oder ausländischen Werthen angesetzt ist, macht keinen Unterschied; insbesondere gehören auch Aktien einer nicht in Preußen domicilirten Aktiengesellschaft zum steuerbaren Vermögen.

6. Kapitalvermögen und zwar

- baares Geld deutscher Währung, Reichsskassenscheine, Reichsbanknoten, (ausschließlich der aus den laufenden Jahreseinkünften herrührenden Bestände) — **Nennwerth**
 - Werthpapiere (auch Aktien, Antheilscheine und dergleichen), welche in Deutschland einen Börsenkurs haben, — **Kurswerth**
 - Werthpapiere ohne Börsenkurs, Silber und Gold in Barren, fremde Goldsorten, — **Verkaufswerth**
 - Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen — zu berechnen mit $\frac{2}{3}$ der bisher gezahlten Prämien- oder Kapitalbeiträge
 - oder mit dem Rückkaufswerthe
 - sonstige Kapitalforderungen aller Art, einschließlich der Spareinlagen bei Sparkassen, Amortisations- und Reservefonds bei Landschaften; Geschäftsguthaben bei eingetragenen Genossenschaften, Geschäftsanteile bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und anderer Einlagen, berechnet nach dem Nennwerthe
- (Unbetheilbare Forderungen bleiben außer Ansaß.)

Uebersicht . . .

Zusammen I: . . .

Ann. zu III: Schulden, welche auf nicht steuerbaren Vermögensgegenständen lasten (vergl. Ann. zu I und 2, zu 3 und 4), dürfen nicht abgezogen werden, ebensowenig die zur Befriedigung der laufenden Haushaltungskosten eingegangenen Verbindlichkeiten.

II. Hiervon sind in Abzug zu bringen die Kapitalschulden, soweit dieselben nicht bereits bei Berechnung des Anlage- und Betriebskapitals zu I unter Nr. 3 oder 4 berücksichtigt sind:

Name des Gläubigers.	Wohnort des Gläubigers.	Betrag. M.
a.
b.
u. s. w.

Zusammen:

Verbleibt steuerbares Vermögen

Ann. zu III: Genauer Nachweis über die oben verzeichneten Punkte ist erforderlich, damit die Steuerpflicht beziehungsweise Abzugsfähigkeit der fortlaufenden Gebungen beziehungsweise Lasten beurtheilt und ihr Kapitalwerth vorchriftsmäßig berechnet werden kann.

Ansprüche auf Gehalt, Versorgung, Remunerationen u. dergl., welche dem Steuerpflichtigen als Entgelt für seine Arbeits-thätigkeit zufließen, gehören in seinem Falle zum steuerbaren Vermögen und brauchen nicht angegeben zu werden.

III. Außerdem habe ich für mich und meine Haushaltungsangehörigen an Avanzien, Renten, Leibrenten, Antheilsbezügen, Nießbrauchs- oder anderen fortlaufenden Nutzungen oder Gebungen

	zu beziehen:	zu entrichten: (zu tragen:)
Gegenstand und Rechtsgrund des Anspruchs oder der Verpflichtung:
Geldwerth der einjährigen Ge- bung oder Leistung (Last): M. M.
Name und Wohnort: des Verpflichteten, Berechtigten:

Tag, Monat, Jahr, seit welchem der Anspruch oder die Last besteht:		
Zeitpunkt oder Ereigniß, mit dessen Eintritt der Anspruch oder die Last fortfällt:		
Falls die Dauer des Anspruchs oder der Last vom Leben einer Person abhängt, ist hierneben Name und Wohnung, sowie Tag, Monat und Jahr der Geburt dieser Person anzugeben.		

Ich versichere hiermit, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

Anzeigen ohne Unterschrift
gelten als nicht abgegeben.

....., den ten 18

(Unterschrift.)

Muster 7.

Artikel 38 II Nr. 2 (Seite 150).

Ergänzungssteueranlagung.

Veranlagungsbezirk, den ten 18

Die von Ew. rc. eingereichte Vermögensanzeige wird hinsichtlich der Angaben über (die Bestandtheile Ihres Grundbesitzes — den Umfang Ihres gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals — den Betrag Ihres Kapitalvermögens — die vorhandenen Schulden) beanstandet, weil eine Erörterung — Aufklärung — der umstehend bezeichneten Punkte noch erforderlich ist.

Auf Grund des §. 30 Absatz 1, 2 des Ergänzungssteuergesetzes werden Sie ersucht, Sich hierüber ^{bis zum} binnen unter Zurückreichung dieses Schreibens schriftlich zu erklären.

Sollten Sie die mündliche Verhandlung vorziehen, so ist der Unterzeichnete zur Entgegennahme Ihrer Erklärung bereit.

Im Falle des fruchtlosen Ablaufs der Frist wird angenommen, daß Sie eine Erklärung nicht abgeben wollen.

Der Vorsiehende der Veranlagungskommission.

An

Muster 8.

Artikel 39 II Nr. 2 (Seite 150).

Ergänzungssteuerveranlagung.

Veranlagungsbezirk, denten 18....

Die von Ew. zc. eingereichte Vermögensanzeige wird beanstandet, weil die Angaben über den Werth (Ihres Grundbesitzes — Ihres gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals — Ihres Anspruchs aus der Lebensversicherung) ohne nähere Erläuterung nicht für zutreffend erachtet werden können.

Auf Grund des §. 30 Absatz 1, 2 des Ergänzungsteuergesetzes werden Sie ersucht, Sich hierüber bis zum unter Zurückreichung dieses Schreibens schriftlich zu erklären. binnen

Sollten Sie die mündliche Verhandlung vorziehen, so ist der Unterzeichnete zur Entgegennahme Ihrer Erklärung bereit.

Im Falle des fruchtlosen Ablaufs der Frist wird angenommen, daß Sie eine Erklärung nicht abgeben wollen.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

An

Muster 9.

Artikel 38 III (Seite 150).

Ergänzungssteuerveranlagung.

Veranlagungsbezirk, denten 18....

Mit Bezug auf Ihre Vermögensanzeige werden Ew. zc. darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Berechnung Ihres Vermögens — ein Rechnungsfehler — ein Verstoß gegen die Veranlagungsvorschriften — vorgekommen ist.

Bei Ihrer Veranlagung wird dies richtig gestellt werden.

Eine etwaige Erklärung hierüber würden Sie bis zum bei dem Unterzeichneten abzugeben haben. binnen

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

An

Muster 10.

Artikel 44 IV (Seite 154).

Veranlagung

zur

Einkommensteuer und Ergänzungssteuer.

Bezirk

, denten 18 ..

Steuernummer

Diese Nummer ist bei allen Eingaben,
Zahlungen und Geldsendungen anzugeben.

Für das Steuerjahr vom 1. April 18 bis 31. März 18 sind Ew. zc.

1. auf Grund des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 175)
nach einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als M. bis ein-
schließlich M. zu dem Einkommensteuersatze von M.,
2. auf Grund des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 134)
nach einem steuerbaren Vermögen von mehr als M. bis einschließlich
..... M. zu dem Ergänzungssteuersatze von M.

veranlagt.

Die veranlagten Steuern sind in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Vierteljahrs an die portofrei abzuführen. Die Steuern können auch auf mehrere Vierteljahre bis zum ganzen Jahresbetrage im Voraus gezahlt werden.

Gegen das Ergebnis der Veranlagungen zu 1 und 2 — gegen die Einkommensteuer-
veranlagung (zu 1) aber nur, sofern Sie nicht durch Versäumnung der Frist zur Abgabe der
Ihnen obliegenden Steuererklärung gemäß §. 30 des Einkommensteuergesetzes die Rechtsmittel
verloren haben — steht Ihnen das Rechtsmittel der Berufung an die Berufungskommission zu.
Die Berufung ist binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, von dem auf die Zustellung
dieser Benachrichtigung folgenden Tage ab gerechnet, bei dem Unterzeichneten einzulegen und
muß eine deutliche Erklärung darüber enthalten, ob das Rechtsmittel gegen die Einkommensteuer-
oder gegen die Ergänzungssteuerveranlagung oder gegen beide Veranlagungen gerichtet sein
soll. Auch empfiehlt es sich, schon in der Berufungsschrift die zur Begründung des Rechts-
mittels erforderlichen Thatsachen und Beweismittel anzuführen.

Die Zahlung der veranlagten Steuern wird durch die Einlegung der Berufung nicht auf-
gehalten.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

An

Muster II.

Artikel 44 IV (Seite 154).

Ergänzungssteuerveranlagung.

Bezirk _____, den _____ 18 _____

Steuernummer _____

Diese Nummer ist bei allen Eingaben,
Zahlungen und Geldsendungen anzugeben.

Auf Grund des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 134) sind
Gew. zc. für das Steuerjahr vom 1. April 18 _____ bis zum 31. März 18 _____ nach einem
steuerbaren Vermögen von mehr als _____ M. bis einschließlich _____ M. zu dem
Steuerjahre von _____ M. veranlagt worden.

Die veranlagte Steuer ist in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten
Monats eines jeden Vierteljahres an die _____ portofrei abzuführen.
Die Steuer kann auch auf mehrere Vierteljahre bis zum ganzen Jahresbetrage im Voraus
gezahlt werden.

Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht Ihnen das Rechtsmittel der Berufung an die
Berufungskommission zu. Die Berufung ist binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, von
dem auf die Zustellung dieser Benachrichtigung folgenden Tage ab gerechnet, bei dem Unter-
zeichneten einzulegen. Es empfiehlt sich, schon in der Berufungsschrift die zur Begründung des
Rechtsmittels erforderlichen Thatsachen und Beweismittel anzuführen.

Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Erörterung der Berufung nicht
aufgehalten.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

An _____

Anmerkung für den Gebrauch des Formulars:

In allen Fällen, in denen eine besondere Be-
nachrichtigung über die Ergänzungsteuerveranlagung
ausgefertigt wird, erhält die Beschrift über die Ein-
kommensteuerveranlagung an denselben Pflichtigen
folgenden Zusatz:

„Neben Ihre Veranlagung zu der außer der
Einkommensteuer zu entrichtenden Ergänzungs-
steuer
liegt besondere Nachricht bei
(wird Ihnen besondere Nachricht zugehen).“

Muster 12.

Artikel 44 IV (Seite 154).

Ergänzungssteuerveranlagung.

Bezirk , **den** **ten** 18

Steuernummer.....

Diese Nummer ist bei allen Eingaben,
Zahlungen und Geldsendungen anzugeben.

Auf Grund des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 134) sind
Gew. 2c. für das Steuerjahr vom 1. April 18 bis zum 31. März 18 zu dem
Steuerfusse von M. veranlagt worden.

Auf wie hoch Ihr steuerbares Vermögen angenommen worden ist, ersehen Sie aus dem
umstehend abgedruckten, dem §. 18 des Gesetzes entnommenen Tarif.

[Gemäß §. 19 Absatz 2 des Gesetzes ist eine Ermäßigung der Ergänzungssteuer um
..... Stufe gewährt.]

Die veranlagte Steuer ist in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten
Monats eines jeden Vierteljahres an die
portofrei abzuführen. Die Steuer kann auch auf mehrere Vierteljahre bis zum ganzen Jahres-
betrage im Voraus gezahlt werden.

Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht Ihnen das Rechtsmittel der Berufung an die
Berufungskommission zu. Die Berufung ist binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, von
dem auf die Zustellung dieser Benachrichtigung folgenden Tage ab gerechnet, bei dem Unter-
zeichneten einzulegen. Es empfiehlt sich, schon in der Berufungsschrift die zur Begründung des
Rechtsmittels erforderlichen Thatfachen und Beweismittel anzuführen.

Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Erörterung der Berufung nicht
aufgehalten.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

Anmerkung für den Gebrauch des Formulars.

1. Der dritte Absatz fällt aus, wenn die Vorschrift §. 19 Absatz 2
des Gesetzes nicht angewendet ist.
2. Muster 12 ist nicht zur Anwendung geeignet in den Fällen,
wo ermäßigte Steuerfusse auf Grund der Bestimmung im
§ 19 Absatz 1 eintreten.
3. Die weitere Fortführung des auf der Rückseite abgedruckten
Tarifs und demgemäß die Anwendung des Modells bei
höherem Vermögen als 70 000 Mark ist nicht ausgeschlossen.
4. Die Anmerkung auf Muster 11 ist zu beachten.

M.

Die Ergänzungssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von

mehr als	bis einschließlich	jährlich	mehr als	bis einschließlich	jährlich
M.	M.	M.	M.	M.	M.
6 000	8 000	3	28 000	32 000	14
8 000	10 000	4	32 000	36 000	16
10 000	12 000	5	36 000	40 000	18
12 000	14 000	6	40 000	44 000	20
14 000	16 000	7	44 000	48 000	22
16 000	18 000	8	48 000	52 000	24
18 000	20 000	9	52 000	56 000	26
20 000	22 000	10	56 000	60 000	28
22 000	24 000	11	60 000	70 000	30
24 000	28 000	12			

Veranlagung

zur

Einkommensteuer und Ergänzungssteuer.

Bezirk , den 18

Steuernummer

Diese Nummer ist bei allen Eingaben,
Zahlungen und Geldsendungen anzugeben.

Für das Steuerjahr vom 1. April 18 bis 31. März 18 sind Ew. zc.

1. auf Grund des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzamml. S. 175)
zu dem Einkommensteuerjahre von M.,
2. auf Grund des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzamml. S. 134)
zu dem Ergänzungssteuerjahre von M.

veranlagt.

Auf wie hoch Ihr Einkommen und Vermögen angenommen worden ist, erfahren Sie aus den unfehlend abgedruckten Tarifen.

Die veranlagten Steuern sind in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres an die portofrei abzuführen. Die Steuern können auch auf mehrere Vierteljahre bis zum ganzen Jahresbetrage im Voraus gezahlt werden.

Gegen das Ergebnis der Veranlagung zu 1 und 2 — gegen die Einkommensteuer-
veranlagung (zu 1) aber nur, sofern Sie nicht durch Versäumung der Frist zur Abgabe der Ihnen
obliegenden Steuererklärung gemäß §. 30 des Einkommensteuergesetzes die Rechtsmittel verloren
haben — steht Ihnen das Rechtsmittel der Berufung an die Berufungskommission zu. Die
Berufung ist binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, von dem auf die Zustellung dieser
Benachrichtigung folgenden Tage ab gerechnet, bei dem Unterzeichneten einzulegen und muß eine
deutliche Erklärung darüber enthalten, ob das Rechtsmittel gegen die Einkommensteuer- oder

gegen die Ergänzungssteuerveranlagung oder gegen beide Veranlagungen gerichtet sein soll. Auch empfiehlt es sich, schon in der Berufungsschrift die zur Begründung des Rechtsmittels erforderlichen Thatsachen und Beweismittel anzuführen.

Die Zahlung der veranlagten Steuern wird durch die Einlegung der Berufung nicht aufgehalten.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

An

Anmerkung für den Gebrauch des Formulars.

1. Muster 13 ist nicht zur Anwendung geeignet in den Fällen, wo ermäßigte Steuersätze auf Grund der Bestimmung im §. 19 Absatz 1 des Ergänzungssteuergesetzes eintreten.
2. Die weitere Fortführung der auf der Rückseite abgedruckten Tarife und demgemäß die Anwendung des Modells bei höherem Einkommen und Vermögen ist nicht ausgeschlossen.

Gemäß §. 17 des Einkommensteuergesetzes beträgt die Einkommensteuer bei einem Einkommen von

mehr als:	bis einschließlich:	jährlich:
M.	M.	M.
900	1 050	6
1 050	1 200	9
1 200	1 350	12
1 350	1 500	16
1 500	1 650	21
1 650	1 800	26
1 800	2 100	31
2 100	2 400	36
2 400	2 700	44
2 700	3 000	52
3 000	3 300	60
3 300	3 600	70
3 600	3 900	80
3 900	4 200	92
4 200	4 500	104
4 500	5 000	118
5 000	5 500	132
5 500	6 000	146
6 000	6 500	160
6 500	7 000	176
7 000	7 500	192
7 500	8 000	212
8 000	8 500	232
8 500	9 000	252
9 000	9 500	276
9 500	10 500	300

Gemäß §. 18 des Ergänzungssteuergesetzes beträgt die Ergänzungssteuer bei einem steuerbaren Vermögen von

mehr als:	bis einschließlich:	jährlich:
M.	M.	M.
6 000	8 000	3
8 000	10 000	4
10 000	12 000	5
12 000	14 000	6
14 000	16 000	7
16 000	18 000	8
18 000	20 000	9
20 000	22 000	10
22 000	24 000	11
24 000	28 000	12
28 000	32 000	14
32 000	36 000	16
36 000	40 000	18
40 000	44 000	20
44 000	48 000	22
48 000	52 000	24
52 000	56 000	26
56 000	60 000	28
60 000	70 000	30
70 000	80 000	35
80 000	90 000	40
90 000	100 000	45
100 000	110 000	50
110 000	120 000	55
120 000	130 000	60
130 000	140 000	65

Muster 14.

Artikel 26 Nr. 5 (Seite 139).

Ergänzungssteuerveranlagung.

Veranlagungsbezirk, denten 18

Um eine zutreffende Veranlagung Ihres steuerbaren Vermögens zur Ergänzungssteuer herbeizuführen, ist

die Beantwortung der nachstehenden Fragen
eine Auskunft über nachstehende Punkte

wünschenswerth.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Auskunftsertheilung liegt Ihnen nicht ob; diese würde jedoch insofern Ihrem eigenen Interesse entsprechen, als dadurch unter Umständen einer irrthümlichen Veranlagung und den hieraus erwachsenden Weiterungen vorgebeugt wird.

Falls eine Antwort bis zum nicht eingeht, wird angenommen, daß Sie eine solche nicht ertheilen wollen.

Sollten Sie die mündliche Verhandlung vorziehen, so ist der Unterzeichnete zu derselben bereit.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

An

Zusammenstellung

der

durch die Anweisung vom 3. April 1894 abgeänderten Vorschriften der Anweisung vom 5. August 1891.

Artikel 20 Nr. 2 Absatz 2: aufgehoben (Anmerkung 14 zu Artikel 13 der Anweisung vom 3. April 1894).

Artikel 34 II: fällt fort (Anmerkung 28 zu Artikel 24 der Anweisung vom 3. April 1894).

Artikel 37 I Nr. 3: ersetzt durch die Vorschrift Artikel 23 III Absatz 2 der Anweisung vom 3. April 1894.

Artikel 38 Nr. 1 bis 8 und 10: ersetzt durch die Vorschriften Artikel 24 Nr. 1 bis 8 und 10 der Anweisung vom 3. April 1894.

Artikel 43 II, 44, 45: abgeändert bezüglich der Hinweise auf die Spalten der Steuerliste (vergl. Artikel 25 zu 1 der Anweisung vom 3. April 1894).

Artikel 45 Nr. 5 und 6 Satz 1: ersetzt durch die Vorschriften Artikel 25 zu 2 der Anweisung vom 3. April 1894.

Artikel 50, 51: abgeändert hinsichtlich der Fassung der Bekanntmachung und besonderen Aufforderung (Muster VIIIa und IXa) für diejenigen Jahre, wo eine Veranlagung zur Ergänzungssteuer stattfindet (Artikel 36 III der Anweisung vom 3. April 1894).

Artikel 55: ergänzt durch die Vorschriften Artikel 37 Nr. 3, Artikel 38 II Nr. 2, 4 der Anweisung vom 3. April 1894 (vergl. Anmerkung 34, 35, 36 daselbst).

Artikel 56 I Absatz 2: abgeändert bezüglich der Hinweise auf die Spalten der Steuerliste (vergl. Artikel 40 Nr. 2 der Anweisung vom 3. April 1894).

Artikel 59 Absatz 2 bis 5: ersetzt durch die Vorschriften Artikel 43 I der Anweisung vom 3. April 1894.

Artikel 60 I: ergänzt durch die Vorschrift Artikel 44 IV der Anweisung vom 3. April 1894 und die derselben beigegebenen Muster 10 und 13 (vergl. auch die Anmerkung auf Muster 11).

Artikel 62 I, 66 Nr. 1, 2: ergänzt durch die Vorschriften Artikel 45 Nr. 2, Artikel 48 Nr. 4 der Anweisung vom 3. April 1894.

Fünfter Abschnitt des zweiten Theiles: Die Vorschriften über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand Artikel 51 der Anweisung vom 3. April 1894 (§. 47 des Ergänzungssteuergesetzes) treten hinzu.

Außerdem treten die bisherigen Muster A, B, C, III, V, XIII außer Anwendung und an deren Stelle die gleich bezeichneten neuen Muster.

Neue Muster

A, B, C (C'a, C'b), III, V, VIIla, IXa, XIII zur Anweisung vom 5. August 1891.

Regierungsbezirk

Kreis

Muster A.

Artikel 24 Absatz 1 (Seite 185).

Veranlagungsjahr

Staatssteuerliste

der

Gemeinde }
Stadt }

Daß die Voreinschätzung zur Einkommensteuer den gesetzlichen Vorschriften gemäß nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt ist, wird hiermit bescheinigt.

Ort und Datum.

Die Voreinschätzungskommission.

(Unterschriften.)

Die Staatssteuerliste wird bezüglich der Einkommen von nicht mehr als 3 000 M. zum jährlichen Veranlagungsbetrage von M. Einkommensteuer und M. Ergänzungssteuer festgesetzt.

Ort und Datum.

Die Veranlagungskommission.

Der Vorsitzende.

(Unterschrift.)



THE
JOURNAL
OF
THE
ROYAL
ANTHROPOLOGICAL
INSTITUTE
OF GREAT BRITAIN
AND IRELAND
PART 1
1901



THE
JOURNAL
OF
THE
ROYAL
ANTHROPOLOGICAL
INSTITUTE
OF GREAT BRITAIN
AND IRELAND
PART 2
1901



THE
JOURNAL
OF
THE
ROYAL
ANTHROPOLOGICAL
INSTITUTE
OF GREAT BRITAIN
AND IRELAND
PART 3
1901

Anleitung zur Ausfüllung des Modells A.

1. Im Allgemeinen.

In die mit waagerechtem Doppelstrich (==) bezeichneten Spalten 6 zu b, 10, 18, 15 zu b, 17, 19 zu 2, 22, 27 zu b, 28 bis 32, 33 zu b, 34 bis 37 sind durch den Gemeinde-(Guts-)vorstand und durch die Vereinskassationskommission keine Eintragungen zu bewirken.

2. Im Besonderen.

- Spalte 6: zu a ist der Betrag der Kapitalien (§. 7 a und b des Ergänzungsteuergesetzes, Artikel 13 Nr. 1 und 2 der Anweisung), zu b der Kapitalwerth der Rechte auf Renten und andere periodische Leistungen (§. 7 c des Ergänzungsteuergesetzes, Artikel 13 Nr. 3 der Anweisung) einzutragen.
- Spalte 8 und 10: Fideikommissbesitz ist als eigenes Grundvermögen einzutragen.
- Spalte 10: Das hier mit zu berücksichtigende Betriebskapital umfasst auch das zur Bewirtschaftung der gepachteten Grundstücke dienende todte und lebende Inventar.
- Spalte 11: zu b ist das Einkommen aus gepachteten Leistungen nach Abzug der Pacht (Spalte 9 c) anzugeben.
- Spalte 15: Hier sind die im Artikel 8 zu 1 der Anweisung bezeichneten selbstständigen ausschließlichen Vermögensrechte einzutragen.
- Spalte 19: zu 1 ist der Betrag der Kapitalschulden (§. 8 Nr. 1 des Ergänzungsteuergesetzes, Artikel 17 I Nr. 1 der Anweisung), zu 2 der Kapitalwerth der Renten und sonstigen periodischen Lasten (§. 8 Nr. 2 des Ergänzungsteuergesetzes, Artikel 17 I Nr. 2 der Anweisung) einzutragen.

Bemerkungen zum Modell A.

Bei Einrichtung des Formulars sind mit Genehmigung des Vorsitzenden der Vereinskassationskommission folgende Abweichungen gestattet:

1. Die Abtheilung des Raumes für die einzelnen Besitzten durch Querlinien und der Vordruck der Buchstaben (a, b, c u. s. w.) wie der Ziffern (1 und 2) in den betreffenden Spalten kann unterbleiben.
2. Der Vordruck für die Angabe des Mietpreises der Wohnung (Spalte 2 zu b) kann, wo diese Angabe für entbehrlich zu erachten ist, namentlich in ländlichen Gemeinden fortfallen. Für die Angabe des Standes oder Gewerbes kann eine besondere Spalte eingerichtet werden.
3. In größeren Gemeinden, namentlich Städten, kann die Angabe der Wohnung in Spalte 2 unterbleiben, statt dessen über dem Kopf des Formulars ein Platz zur Angabe der Straße bestimmt, und für die Einrichtung der Hausnummer neben Spalte 2 eine Unterspalte eingerichtet werden.
4. Die Spalten 8 bis 5 können in eine vereinigt, und die betreffenden Angaben unter den Buchstaben a, b und c senkrecht untereinander eingetragen werden.
5. Unter der Personenzahl in Spalte 3, 4, 5 dürfen Vermerke über die Erwerbsfähigkeit der Haushaltsangehörigen, und in Spalte 3 und 4 Vermerke über das Alter der über 14-jährigen Personen gemacht werden.
6. Es ist gestattet, die Spalten 8 und 9 nach Maßgabe der durch die Buchstaben angedeuteten Ueberschriften zu zerlegen, alsdann auch in den für die Flächenangaben bestimmten Spalten Angaben für die Kulturarten und für den Gemeinde-(Guts-)bezirk vorzusehen, in dem der Grundbesitz belegen ist. Um eine unnötige Ausdehnung des Formulars zu vermeiden, wird es aber statt dessen vielfach den Vorzug verdienen, in denjenigen einzelnen Fällen, z. B. bei größeren Besitzungen, wo die Spalten 8 und 9 zur Angabe der Merkmale nicht ausreichen, diese Angaben in einen Anhang zur Staatssteuerliste zu verweisen. Ein zum Gebrauch für mehrere Jahre eingerichtetes Muster zu einem solchen Anhang ist auf Seite 189 abgedruckt. Wird eine Besitzung in den Anhang aufgenommen, so ist in Spalte 8 oder 9 des Modells A die laufende Nummer des Anhangs einzutragen, unter welcher die Besitzung dort erscheint.
7. An Stelle des Grundsteuerreinertrages in den Spalten 8 zu b und 9 zu b kann die Grundsteuer treten.
8. Wo der Betrieb der Landwirtschaft nicht von Bedeutung ist, können die Spalten 8, 9, 10 zu den für städtische Verhältnisse wichtigen Angaben verwendet und entsprechend überschrieben bzw. zerlegt werden. Auch ist die Verweisung der bezüglichen Angaben in einen zweckmäßig einzurichtenden Anhang (vergl. Nr. 6) gestattet.
9. Eine Erweiterung bzw. Zerlegung der Spalten 12 und 16 ist gleichfalls zulässig. Wo es vom Gemeindevorstande gewünscht wird, können insbesondere zum Zwecke der Gemeindebesteuerung neben diesen Spalten besondere Unterspalten für das Einkommen aus Gewerbebetrieb außerhalb des Wohnortes des Steuerpflichtigen bzw. für das Einkommen aus Gehalt, Pension, Wartegeld eingerichtet werden.
10. Die Zerlegung der Spalten 11, 19, 20 nach Maßgabe der Buchstaben- bzw. Nummerbezeichnung in den Kopfschriften ist gestattet.
11. Für die in der Ausführungsanweisung angeordnete Eintragung der Nummer des Schätzungsbogens, Personalblatts u. s. w. können an geeigneter Stelle besondere Unterspalten eingeschaltet werden.
12. Auch ist es zulässig, Spalten mit den Ueberschriften der Spalten 24, 28, 32 des Modells B an geeigneten Stellen dem Muster A einzufügen, sofern die Verweisung der bezüglichen Vermerke in die Bemerkungsspalte nicht angezeigt erscheint.

Regierungsbezirk

Beilage zu Muster A.

Kreis

Anhang

zur

Staatssteuerliste

(Einkommens- und Vermögensnachweisung)

der Gemeinde

(des Ortsbezirks)

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Festung.	Name des Steuerpflichtigen.	Staatssteuerliste (Einkommensnachweisung)		Zur Festung gehörige Gebäude		In Selbstbewirth-	
			Steuerjahr.	Nr.	W. = Wohnräume G. = Gewerbl. Räume	Gebäudesteuer N. B. H.	Gemeinde (Ortsbezirk).	Kulturart.
1.	2.	3.	4.		5.		6.	7.
			1895/96		W.			Ackerland . .
			1896/97		G.			Garten . . .
			1897/98					Wiese
			1898/99					Weide
			1899/1900					Holzung . . .
								zusammen . .
			1895/96		W.			Ackerland . .
			1896/97		G.			Garten
			1897/98					Wiese
			1898/99					Weide
			1899/1900					Holzung . . .
								zusammen . .
			1895/96		W.			Ackerland . .
			1896/97		G.			Garten
			1897/98					Wiese
			1898/99					Weide
			1899/1900					Holzung . . .
								zusammen . .
			1895/96		W.			Ackerland . .
			1896/97		G.			Garten
			1897/98					Wiese
			1898/99					Weide
			1899/1900					Holzung . . .
								zusammen . .

Eigenthum des Steuerpflichtigen (Zu beifügen).					Viehstand		Bemerkungen.
Pachtung.					Gattung.	Anzahl.	
ha.	Grundsteuer-Reinertrag. M.	ha.	Grundsteuer-Reinertrag. M.	Jahrespacht. M.			
8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	
					Pferde . . .		
					Rinder . . .		
					Schafe . . .		
					Schweine . .		
					Pferde . . .		
					Rinder . . .		
					Schafe . . .		
					Schweine . .		
					Pferde . . .		
					Rinder . . .		
					Schafe . . .		
					Schweine . .		
					Pferde . . .		
					Rinder . . .		
					Schafe . . .		
					Schweine . .		

Regierungsbezirk

Muster B.

Artikel 89 Nr. 1 (Seite 151).

Kreis

Veranlagungsjahr

Einkommens- und Vermögensnachweisung

des

Veranlagungsbezirks.....

Die Einkommens- und Vermögensnachweisung wird zum jährlichen Veranlagungsbetrage
von M. Einkommensteuer
und M. Ergänzungssteuer festgesetzt.

Ort und Datum.

Die Veranlagungskommission.

Der Vorsitzende.

(Unterschrift.)

Anleitung zur Ausfüllung des Musters B.

Die Bestimmungen zu 2 der Anleitung für die Ausfüllung des Musters A gelten auch für das Muster B.

Bemerkungen.

1. Die für das Muster A gestatteten Abweichungen zu Nr. 2—11 der Bemerkungen auf Seite 188 sind auch bei Einrichtung des Musters B zulässig.
2. Die Spalten 24, 28, 32 können fortlassen und die betreffenden Vermerke in die Bemerkungsspalte verwiesen werden.

NB. Das Einkommen der Aktiengesellschaften u. s. w.

Regierungsbezirk

Kreis

Muster C.

Artikel 89 Nr. 1 (Seite 151).

Veranlagungsjahr

Einkommens- und Vermögensnachweisung

des

Veranlagungsbezirks

Die Einkommens- und Vermögensnachweisung wird für das Steuerjahr 18..... zum jährlichen Veranlagungsbetrage

von M. Einkommensteuer

und M. Ergänzungssteuer

festgesetzt.

Ort und Datum.

Die Veranlagungskommission.
Der Vorsitzende.
(Unterschrift.)

Anleitung zur Ausfüllung des Musters C.

Die Bestimmungen zu 2 der Anleitung für die Ausfüllung des Musters A gelten auch für das Muster C.

Bemerkungen.

1. Die für das Muster A gestatteten Abweichungen zu Nr. 2—11 der Bemerkungen auf Seite 188 sind auch bei Einrichtung des Musters C zulässig.
2. Die Spalten 24, 28, 31 können fortlassen und die betreffenden Bemerkungen in die Bemerkungsspalte verwiesen werden.

Gemeinde- (Gutsbezirk)

Vorname Nummer (Vergleich nach).		Nummer des Vermögensgegenstandes oder der Steuerstelle.		a) Des Steuerpflichtigen Name und Vorname, Stand (Gewerbe), Wohnung. b) Mietpreis der Wohnung.	Zahl der zur Einkommensteuer gehörigen Personen oder der Einkünfte- steuernden			Arten des Vermögens und Einkommens.										Summe		
1 a.	1 b.	2	3		4	5	6	7	Kapital- vermögen.	Grundvermögen.				Handel und Gewerbe einschl. des Bergbaues.		Einkünfte aus sonstigen Vermögens- gegenständen u. f. w.	Einkünfte aus sonstigen Vermögens- gegenständen u. f. w.	Einkünfte aus sonstigen Vermögens- gegenständen u. f. w.	des Ver- mögens	des Einkommens
										Eigener Grund- besitz.	Pach- tung oder Leih- besitz.	Wert des Vermögens.	Einkommen aus sonstigen Vermögens- gegenständen u. f. w.	Gewinn u. f. w.	Gewinn u. f. w.					
		a) über 16 Jahre männlich	b) über 14 Jahre weiblich	c) unter 14 Jahre	Vortrag der Rechnen.	b) des Ver- mögens auf Rechnen u. f. w.	N.	N.	a) selbst- besitz.	b) Pach- tung oder Leih- besitz.	c) Wert des Vermögens.	d) Einkommen aus sonstigen Vermögens- gegenständen u. f. w.	e) Gewinn u. f. w.	f) Gewinn u. f. w.	N.	N.	N.	N.	N.	

Erste Abtheilung:

Zweite Abtheilung:

NB. Das Einkommen der Aktiengesellschaften u. f. w.

formula.

Winter C's.

Artikel 39 Nr. 1 (Seite 151).

[illegible][illegible]

Muster III.

Artikel 28 III (Seite 185).

Regierungsbezirk

Kreis

Beraufschlagungsjahr

Personenverzeichnis

der (des)

Gemeinde (Gutsbezirk) }

Stadt }

Daß in diesem Verzeichniß die sämtlichen Einwohner des Ortes richtig und vollständig aufgeführt worden sind, wird hiermit pflichtmäßig bescheinigt.

Ort und Datum.

Der Gemeinde- (Guts-) vorstand.
(Unterschrift.)

Daß dieses Personenverzeichnis mit Bezug auf die Einkommensteuerpflicht der sämtlichen darin aufgeführten Personen vorschriftsmäßig geprüft ist, wird hiermit pflichtmäßig bescheinigt.

Ort und Datum.

Die Voreinschätzungscommission.
(Unterschriften.)

Bemerkung.

Folgende Abweichung von diesem Muster ist gestattet:

In Spalte 2 kann die Bezeichnung der Straße und Hausnummer fortfallen, für die Angabe der Straße eine Stelle am Kopf des Formulars vorgesehen und für die Hausnummer eine besondere Unterspalte eingeschaltet werden.

Laufende Nummer.	Personen.		Zahl der zur Haushaltung gehörigen Personen oder der Einzelnsteuernden				Der Einkommensteuer	
	Namen und Vornamen, Straße und Hausnummer.	Stand oder Gewerbe.	über 14 Jahre alte		unter 14 Jahre alte.	Summe der Spalten 4—6.	gemäß Artikel 38 Nr. 1 a bis c der Anweisung vom 5. August 1891. Personen.	weil das steuerpflichtige Einkommen den Betrag von 900 M jährlich nicht übersteigt. Personen.
			männlich.	weiblich.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
1.	Scheer, Alex, Burgstr. 14.	Regierungs- sekretär	1	3	.	4	.	.
2.	Pörsch, Gustav, Hohestrasse 8.	Kaufmann	1	1	2	4	.	.
3.	Lange, Carl, Sandstrasse 21.	Rentner	1	1	1	3	.	3

unterliegen nicht		Bleiben einkommensteuer- pflichtig		Von den einkommen- steuerfreien Personen (Spalte 10, 10a) sind in die Staatssteuerliste übernommen, weil ihnen ein steuerbares Vermögen von mehr als 6 000 M. beizumessen ist		Bemerkungen. (Grund der Steuerfreiheit.)
Summe der einkommen- steuerfreien Personen (Spalte 8 und 9).	Summe der einkommen- steuerfreien Einzel- steuernden und Haus- haltungs- vorstände.	Personen überhaupt (Spalte 7 abzüglich Spalte 10).	Einzel- steuernde und Haus- haltungs- vorstände.	Personen überhaupt (Spalte 10).	Einzel- steuernde und Haushaltungs- vorstände (Spalte 10a).	
10.	10a.	11.	11a.	12.	12a.	18.
.	.	4	1	.	.	
.	.	4	1	.	.	
3	1	.	.	3	1	

Artikel 24 Absatz 2 (Seite 185).

Rechnungsjahr

Streis

ber

Gemeinde

(des Gutsbeginns)

Die Uebereinstimmung dieser Steuerrolle mit der Staatssteuerliste und der Einkommens- und Vermögensnachweisung wird bescheinigt.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.
(Unterschrift.)

Bemerkung.

Von diesem Muster ist folgende Abweichung gestattet:

Epalte 8 kann in drei Unterpalten

a) Name, Vorname, (Firma),

b) Wohnung (Strasse, Hausnummer).

c) Stand oder Gewerbe

gerlegt werden.

[illegible]

*) Da, wo die örtliche Erhebung durch verschiedene Stellen erfolgt, treten an Stelle der Spalte 4 die Spalten 4 und 6, an Stelle der Spalte 5 die Spalten 5 und 7.

Unter dem Abschluß sind die Summen der Spalten 4 und 6, bzw. 5 und 7 zusammen zu stellen.

Jahresbeitrag der			
von der Gemeinde		von der Kreiskasse	
zu ergebenden			
Einkommen- steuer.	Ergänzungs- steuer.	Einkommen- steuer.	Ergänzungs- steuer.
M.	M.	M.	M.
4.	5.	6.	7.

Veranlagungsbezirk, den ten, 18.....

Öeffentliche Bekanntmachung.

Steuerveranlagung für das Steuerjahr 18.....

Auf Grund des §. 24 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 175) wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. veranlagte Steuerpflichtige im Kreise (in der Stadt) aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom bis dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten (Amtslokal) (während der anzugebenden Geschäftsstunden) zu Protokoll entgegen genommen.

Die Versäumung der obigen Frist hat gemäß §. 30 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr zur Folge.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind im §. 66 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Steuerpflichtige, welche gemäß §. 26 des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 134) von dem Rechte der Vermögensanzeige Gebrauch machen wollen, haben dieselbe ebenfalls innerhalb der oben angegebenen Frist nach dem vorgeschriebenen Formular bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll abzugeben.

Auf die Berücksichtigung später eingehender Vermögensanzeigen bei der Veranlagung der Ergänzungsteuer kann nicht gerechnet werden.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angaben über das Vermögen in der Vermögensanzeige sind im §. 43 des Ergänzungsteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen und zu Vermögensanzeigen werden von heute ab (an den zu bezeichnenden Stellen) auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

Wuster IX a.

Artikel 86 III (Seite 148).

Veranlagungsbezirk

....., den ten 18.....

Auf Grund des §. 25 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 175) werden Euer zum Zwecke Ihrer Veranlagung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 18..... hiermit aufgefördert, die Steuererklärung über Ihr Jahreseinkommen nach dem beiliegenden Formular ^{binnen} ~~bis zum~~ dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die Einsendung der schriftlichen Erklärung durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes.

Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten (Amtslokal) (während der anzugebenden Geschäftsstunden) zu Protokoll entgegen genommen.

Die Versäumung der obigen Frist hat gemäß §. 30 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr zur Folge.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind im §. 66 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Sofern Sie gemäß §. 26 des Ergänzungsteuergesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 134) von dem Rechte der Vermögensanzeige Gebrauch machen wollen, haben Sie dieselbe ebenfalls innerhalb der oben angegebenen Frist nach dem beiliegenden Formular bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll abzugeben.

Auf die Berücksichtigung einer später eingehenden Vermögensanzeige bei der Veranlagung der Ergänzungsteuer kann nicht gerechnet werden.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angaben über das Vermögen in der Vermögensanzeige sind im §. 43 des Ergänzungsteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Der Vorsigende der Veranlagungskommission.

Regierungsbezirk

Kreis

Gemeinde (Gutsbezirk)

Muster XIII.

Artikel 43 I Abs. 4 (Seite 158).

Steuerjahr

Nachweisung

der

im Kreise (Veranlagungsbezirk)

aufkommenden Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Rechnerisch geprüft und festgestellt:

Bezüglich der physischen Personen mit Einkommen bis einschließlich 3 000 M.
zum jährlichen Veranlagungsbetrage von
Bezüglich der physischen Personen mit Einkommen von mehr als 3 000 M.
zum jährlichen Veranlagungsbetrage von
Bezüglich der nicht physischen Personen zum jährlichen Veranlagungsbetrage
von

Ueberhaupt zum jährlichen Betrage von . . .

Einkommen- steuer.	Ergänzungs- steuer.
M.	M.

Ort und Datum.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern 2c.

[illegible]

Steuern.						Ergänzungssteuer								Bemerkungen.
Veranlagung zum Einkommen von mehr als 3000 M.		Veranlagt sind Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaf- ten auf Aktien, Bergwerksellschaften, eingetragene Genossen- schaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mit- glieder hinausgeht, und Konsumvereine mit offenem Laden.		Jahres- betrag der ver- anlagten Einkom- men von mehr als 3 000 M. und der Aktien- gesellschaf- ten 2. (Spal- ten 14 und 16).	Ver- anlagt sind Gen- ossen über- haupt (Spal- ten 11, 13 und 15).	Ge- sammt- jahres- betrag der ver- anlagten Steuer (Spalten 12, 14 und 16).	Veranlagt auf Besitzten mit Ein- kommen bis ein- schließlich 3000 M.		Veranlagt auf Besitzten mit Ein- kommen von mehr als 3000 M.		Veranlagt sind überhaupt.			
Besitzten (physische Per- sonen).	Jahres- betrag der ver- anlagten Steuer.						Zahl der Besitz- ten.	Jahres- betrag der Steuer.	Zahl der Besitz- ten.	Jahres- betrag der Steuer.	Besitz- ten (Spal- ten 20 und 22).	Jahres- betrag der Steuer (Spal- ten 21 und 23).		
													M.	
13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	

Die Uebereinstimmung mit den Abschlüssen der Staatssteuerliste sowie der Einkommens- und Vermögensnachweisungen wird bescheinigt.

....., den ten 18.....

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

Gebrucht bei Julius Eitenfeld in Berlin W.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 28.

Den 13. Juli

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

- (Stück 23.) **Nº 2175.** Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94. Vom 14. Mai 1894.
- Nº 2176.** Gesetz, betreffend die Abzahlungsgehalte. Vom 16. Mai 1894.
- (Stück 24.) **Nº 2177.** Verordnung, betreffend die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln. Vom 21. Mai 1894.
- (Stück 25.) **Nº 2178.** Verordnung, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags für aus Spanien und den spanischen Kolonien kommende Waaren. Vom 25. Mai 1894.
- (Stück 26.) **Nº 2179.** Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1894/95. Vom 22. Mai 1894.
- Nº 2180.** Verordnung, betreffend die Regelung der Verwaltung und Rechtspflege in den zu den Schutzgebieten nicht gehörigen Theilen der deutschen Interessensphären in Afrika. Vom 2. Mai 1894.
- Nº 2181.** Bekanntmachung, betreffend Abänderung und Ergänzung der Reichsordnung und der Abgabengebühren-Taxe. Vom 8. Mai 1894.
- (Stück 27.) **Nº 2182.** Gesetz, betreffend den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege. Vom 28. Mai 1894.
- Nº 2183.** Allerhöchster Erlaß, betreffend Abgabentarife für die Kanalstrecke Hollenau-Mendelsburg und die Benützung der Hafenanlagen zu Hollenau. Vom 4. Juni 1894.
- (Stück 28.) **Nº 2184.** Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Columbien. Vom 23. Juli 1892.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 14.) **Nº 9669.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Gemünd, Malsmedy, Montjoie, Sankt Vith, Bonn, Hennes, Goch, Kempen am Rhein, Boppard, Cochem, Kirchberg, Kreuznach, Ebernheim, Bergheim, Grevendroich, Bensberg, Neuß, Biersen, München-Gladbach, Ratingen, Düsseldorf, Langenberg, Velbert, Baumholder, Grumbach, Ottweiler, Trier und Rhaden. Vom 18. Mai 1894.

- (Stück 15.) **Nº 9670.** Gesetz, betreffend die Aufhebung der im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts bestehenden Vorschriften über die in die Geburtsregister einzutragenden Vornamen. Vom 23. Mai 1894.
- (Stück 16.) **Nº 9671.** Gesetz, betreffend die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1892/93. Vom 23. Mai 1894.
- Nº 9672.** Gesetz, betreffend Änderungen der Begegesetzgebung der Provinz Hannover. Vom 24. Mai 1894.
- Nº 9673.** Gesetz zur Abänderung und Ergänzung der Gesetze vom 25. Mai 1874, betreffend die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen (Gesetz-Samml. S. 147), und vom 3. Juni 1876, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie (Gesetz-Samml. S. 125). Vom 28. Mai 1894.
- Nº 9674.** Gesetz, betreffend Regelung der Verhältnisse der bei der Umgestaltung der Eisenbahnbehörden nicht zur Verwendung gelangenden Beamten. Vom 4. Juni 1894.
- (Stück 17.) **Nº 9675.** Kirchengesetz, betreffend die Errichtung eines Landeskirchen-Fonds zur Abstellung kirchlicher Nothstände in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 30. Mai 1894.
- (Stück 18.) **Nº 9676.** Kirchengesetz, betreffend die Dienstvergehen der im Dienste der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover Angestellten. Vom 24. April 1894.
- Nº 9677.** Gesetz, betreffend die Gleichstellung der Notare mit den anderen Beamten bezüglich der Strafen bei Nichtverwendung der tarifmäßigen Stempel. Vom 28. Mai 1894.
- Nº 9678.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Jülich, Sankt Vith, Bonn, Citois, Rheinbach, Euskirchen, Adenau, Ahrweiler, Weisenheim, Münstermaifeld, Singig, Castellana, Bergheim, Köln, München-Gladbach, Dpsaden, Tholey, Vebach, Sankt Wendel, Neumagen, Prüm und Wittburg. Vom 8. Juni 1894.
- (Stück 19.) **Nº 9679.** Gesetz, betreffend das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffent-

lichen nichtstaatlichen mittleren Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen. Vom 11. Juni 1894.

(Stück 20.) N^o 9680. Gesetz, betreffend die Rechte des Vermiethers an den in die Mieträume eingebrachten Sachen. Vom 12. Juni 1894.

(Stück 21.) N^o 9681. Gesetz zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 1. Mai 1894. Vom 18. Juni 1894.

N^o 9682. Gesetz, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Gemeinde Ralsberge-Müdersdorf. Vom 20. Juni 1894.

N^o 9683. Kirchengesetz, betreffend die Abänderung des Kirchengesetzes vom 12. März 1893 über die in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover zu begehenden Buß- und Beilagen. Vom 11. Juni 1894.

Allerhöchster Erlass.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen &c.

Nachdem die Blansensee-Woldegg-Strasburger Eisenbahn-Gesellschaft und die Neustrelitz-Wesenberg-Mirower Eisenbahn-Gesellschaft mit Genehmigung der Großherzoglich Mecklenburgischen Regierung zu Neustrelitz sich zu der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn-Gesellschaft in Wesenberg vereinigt haben, wollen Wir die der Blansensee-Woldegg-Strasburger Eisenbahn-Gesellschaft unter dem 14. Mai 1892 verliehene landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe der auf das Preussische Staatsgebiet entfallenden Strecke der Eisenbahn von Blansensee über Woldegg nach Strasburg in der Ufermark auf die Mecklenburgische Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn-Gesellschaft in Wesenberg hierdurch mit der Maßgabe übertragen, daß diese Gesellschaft den in der Konzessions-Urkunde vom 14. Mai 1892 enthaltenen Bedingungen, sowie den Bestimmungen des zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz wegen der Herstellung der genannten Eisenbahn abgeschlossenen Staatsvertrages vom 4. September 1891 unterworfen ist.

Zugleich ertheilen Wir der Mecklenburgischen Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn-Gesellschaft für erwandige Erweiterungen und Ergänzungen der bisherigen Anlagen des im Preussischen Staatsgebiete belegenen Theiles der Eisenbahn von Blansensee nach Strasburg das Recht zur Entziehung und Beschränkung des Grundeigentums nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Diese Urkunde ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. April 1872 zu veröffentlichen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Neues Palais, den 12. Juni 1894.

(L. S.) gez. Wilhelm R.

gegenez. Graf Eulenburg, von Voetticher, von Schelling, Freiherr von Berlepsch,

Graf von Caprivi, Miquel, von Heyden, Thielen, Boffe, Bronjart von Schellendorff.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 5. Juni d. J. will Ich der Gemeinde Lichtenberg im Kreise Niederbarnim, Regierungsbezirk Potsdam, welche die Freilegung und Regulierung der in dem Bebauungsplane von den Umgebungen Berlins Abtheilung XIII. Section 2 verzeichneten Straße N^o 60 beschlossen hat, das Enteignungsrecht zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diesen Zweck in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums verleihen. Der eingereichte Lageplan erfolgt anbei zurück.

Neues Palais, den 13. Juni 1894.

gez. Wilhelm R.

gegenez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

Anfang von Remonten für 1894.

12. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königlichen Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

14. Juli Strasburg i. d. U. M.,

17. August Meyenburg,

18. Kyritz.

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Kruppenfehler und Klopfbengel, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hans mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde feststellen zu können, sind die Deckseine resp. Füllenseine mitzuführen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der

Musikern ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium. Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

9. Mittels Erlasses vom 23. Juni d. J. hat der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Königl. Meliorations-Inspektor Wegner zu Charlottenburg, Gödtestraße Nr. 7, vom 1. Juli d. J. ab für den ihm in seinem Hauptamt überwiesenen Dienstbezirk — das Stroomgebiet der Elbe einschließlich des Stadtkreises Berlin — zum Oberinspektor im Nebenamt ernannt. Vorstehendes wird hiermit unter dem Vermerken zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der Oberinspektor der Aufsicht des Oberpräsidenten untersteht.

Potsdam, den 28. Juni 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

9. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 19. Verlosung von Kurmärkischen Schuldverschreibungen sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden.

Dieselben werden den Besitzern zum 1. November 1894 mit der Aufforderung getündigt, die in den ausgelosten Nummern verzeichneten Kapitalbeträge vom 1. November 1894 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der später zahlbar werdenden Zinsscheine Reihe XIV. Nr. 7 und 8 bei der Staatsschulden-Zinsungskasse, Taubensstraße 29 hierseits zu erheben. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags, mit Ausnahm der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zwecke können die Effekten einer dieser Kassen schon vom 1. Oktober 1894 ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Zinsungskasse zur

133.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Juni 1894 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	So losten je 50 Kilogramm	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Stettin
1.	Hafer	—	7.77	9.09	7.35	7.91	7.88	7.64	7.10	7.56	Kur die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Ostbarnim und Zeltow sowie für Stadt Brandenburg als Hauptmarkort.
2.	Heu	2.76	2.63	3.68	3.35	3.38	2.89	2.76	2.73	2.63	
3.	Richtstroh	—	2.37	2.46	2.86	2.87	2.89	2.89	2.63	2.37	

Potsdam, den 7. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. November 1894 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinsscheine wird vom Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. November 1894 hört die Verzinsung der verloosten Kurmärkischen Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Kurmärkischen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Vermerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den Kündigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Zinsungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungseistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 2. Juli 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Belobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

133. Der Dekonom Otto Stolt zu Berlin hat am 7. Januar d. J. den Gymnasiasten Rudi Jensch zu Freienwalde vom Tode des Ertrinkens beim Einbrechen durch das Eis des Landgrabens bei Falkenberg i. M. gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That des Stolt bringe ich hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniss.

Potsdam, den 10. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

134. Festgestellt ist der Milzbrand bei einer verendeten Kuh des Gutsbesizers v. Heurlese in Schmezdorf, Kreis Niederbarnim, der Bläschenausschlag unter dem Rindvieh des Gemeindevorstehers Millies in Bries und Bauerntutbesizers Schulze ebenda selbst, Kreis Angermünde.

Potsdam, den 10. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Variante Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrig e Markt:							
		Es kosten je 100 Kilogramm																Es	
		Weizen	Roggen	Berke	Safer	Stielen	Zweifelhahn	Einlen	Kartoffeln	Nichtstreb	Kraummüßel	Heu	Kleinhändel						
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1	Angermünde	13 45	11 83	12 10	12 95	25 —	27 —	38 —	3 85	4 —	3 —	5 —	1 05	1 20	1 10				
2	Potsdam	—	12 25	—	—	25 —	28 —	45 —	4 20	—	—	5 25	1 —	1 20	1 —				
3	Brandenburg	13 32	11 52	13 13	13 88	24 —	27 —	25 —	4 26	4 25	—	4 75	—	89	1 20	1 10			
4	Dahme	13 53	11 63	12 85	16 —	30 —	40 —	50 —	3 —	4 —	3 —	8 —	—	80	1 20	—	90		
5	Eberwalde	13 45	11 72	12 05	13 21	25 —	22 —	33 —	4 17	4 33	—	5 —	1 20	1 40	1 20				
6	Havelberg	13 47	11 12	13 50	15 30	26 75	30 63	43 50	3 49	3 50	2 25	4 —	1 —	1 25	1 04				
7	Jüterbog	14 07	12 60	15 —	15 67	25 —	22 —	36 —	3 70	4 63	—	6 78	1 20	1 40	1 20				
8	Luderswalde	13 56	12 35	13 57	16 35	35 —	35 —	45 —	4 50	4 50	—	6 —	1 16	1 20	1 20				
9	Perleberg	13 27	11 38	11 80	13 —	21 50	32 —	34 —	4 28	4 94	—	5 80	1 20	1 35	1 15				
10	Potsdam	13 60	12 45	—	15 09	22 50	23 50	34 —	4 59	5 10	—	5 74	—	89	1 44	1 28			
11	Prenzlau	12 80	11 48	13 10	13 90	27 —	26 —	40 —	3 50	5 —	3 75	5 —	—	96	1 30	1 10			
12	Prignitz	13 63	10 93	13 68	13 88	17 —	20 —	30 —	3 05	4 95	4 15	5 75	—	—	1 40	1 20			
13	Rathenow	13 44	11 70	13 04	13 97	23 22	22 11	32 44	4 29	3 77	—	4 56	1 —	1 40	1 20				
14	Neu-Ruppin	14 —	12 75	13 70	14 48	35 —	35 —	50 —	4 40	5 50	—	5 27	1 06	1 35	1 15				
15	Schwedt	13 43	11 69	13 18	13 51	26 66	31 25	37 50	4 39	5 —	—	5 20	1 10	1 20	1 —				
16	Spanbau	14 —	12 35	13 —	14 50	27 50	25 25	34 —	5 —	4 75	—	6 —	1 15	1 60	1 20				
17	Strausberg	13 72	11 94	16 42	16 30	22 —	32 —	38 —	3 —	6 —	5 —	9 14	—	90	1 40	1 10			
18	Teltow	—	12 10	12 —	15 —	29 —	29 —	47 50	4 50	3 37	2 25	5 —	1 10	1 55	1 10				
19	Templin	14 50	13 50	16 50	16 50	35 —	35 —	50 —	6 —	4 —	3 50	6 —	1 —	1 20	1 —				
20	Trenenbricken	13 36	11 74	13 —	14 —	—	—	—	3 —	3 88	—	5 31	—	1 20	1 —				
21	Wittstock	15 —	11 34	15 —	14 26	28 —	32 —	50 —	3 83	4 51	3 —	5 —	1 05	1 09	—	97			
22	Wriezen a. D.	13 54	11 76	14 50	13 50	23 50	22 50	34 50	4 —	3 65	2 75	6 50	1 —	1 30	1 20				
Durchschnitt		13 67	11 91	13 56	14 55	—	—	—	4 04	4 40	—	5 69	1 04	—	—	—	—		
Potsdam, den 7. Juli 1894.																			

Potsdam, den 7. Juli 1894.

Ankündigung einer dritten Apotheke in Rathenow.

157. In der Stadt Rathenow und zwar in der Jägerstraße zwischen der Waldemar- und Groß-Hagenstraße soll eine dritte Apotheke angelegt werden.

Bewerbungen um die Concession nehme ich bis zum 31. August d. J. entgegen.

Dem Bewerbungsgeſuche ſind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der Familienverhältnisse und der Conſeſſion,
- 3) amtlich beſtätigte Zeugniſſe über die Beſchäftigung und Führung während der geſamten Zeit ſeit Ablegung der Staatsprüfung; dieſen Zeugniſſen iſt ein Inbhaltsverzeichnis beizufügen und in dieſem die Zeitdauer erſichtlich zu machen, auf welche die einzelnen Zeugniſſe ſich beziehen,

- 1) Bewerber, welche bereits eine Apotheke oder mehrere Apotheken beſeſſen haben, müſſen die Zeit dieſes Beſeſſes, ſowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke bezw. der Apotheken nachweiſen,

- 5) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke und zum

Ankauf des erforderlichen Grundstücks und Hauſes notwendigen Geſtdmittel zur Verfügung ſtehen.

Meldungen von Bewerberſtern, welche nach dem Jahre 1882 approbirt ſind, haben keine Ausſicht auf Erfolg.

Potsdam, den 28. Juni 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

44. Dieſem Stück des Amtsblattes iſt eine Beilage, enthaltend die neu aufgeſtellten Satzungen und die Genehmigungsurkunde der „Gegenseitigen“ Verſicherungsgeſellſchaft von 1855 zu Leipzig beigeſügt, worauf hierdurch mit dem Bemerkten hingewieſen wird, daß das bisher gültige revidirte Statut nebst Genehmigungsurkunde als Extrabeilage zum Stück 35 dieſes Blattes vom 28. Auguſt 1885 durch dieſeſeitige Bekanntmachung vom 15. Juli 1885 zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden iſt.

Berlin, den 19. Mai 1894.

Der Polizei-Präsident.
Freiherr von Richthofen.

Preise im Monat Juni 1894.

Artikel					Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats														
kostet je 1 Kilogramm					Es kostet je 1 Kilogramm.														
Schweinefleisch	Kalbsteisch	Lammsteisch	Speck	Butter	Gin. Schied. Eier.	Weizen		Gerste		Wuchweizen	Hafergrüne	Gerste	Weizen	Java	Java-Kaffee		Spezial	Schweinefleisch	
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	Meizen Nr. 1.	Meizen Nr. 1.	Gerste	Gerste	Wuchweizen	Hafergrüne	Gerste	Weizen	Java	mittel in qabr. Wohnen	gelber		in mala. brenn.	
1 26	1 10	1 20	1 80	2 40	3 10	25	20	45	30	40	50	50	50	55	2 70	3 30	20	1 60	
1 26	95	1 20	1 80	1 10	2 90	32	20	50	40	40	80	40	60	60	2 80	3 60	20	1 60	
1 25	1 10	1 25	1 50	2 40	3 20	30	20	50	40	50	50	40	50	50	2 80	4	20	1 60	
1 20	80	1	1 60	2 20	2 80	26	20	40	50	40	60	40	50	50	2 60	3 20	20	1 60	
1 40	1 30	1 30	1 60	2 40	3 40	22	20	40	40	40	45	45	50	50	3 20	3 60	20	1 60	
1 20	1 30	1 20	1 61	2 15	2 70	25	21	43	43	50	50	43	50	3	3 75	20	1 60		
1 40	1 10	1 30	1 80	2 40	3 20	30	25	50	50	50	60	40	50	2 60	3 60	20	1 60		
1 20	1	1	1 55	2 20	3 20	29	20	50	50	55	60	35	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 15	1 15	1 15	1 55	1 93	2 87	23	19	33	27	44	45	36	43	2 90	3 50	19	1 55		
1 47	1 30	1 30	1 60	2 15	2 77	38	28	55		45	45	45	40	2 60	3 30	20	1 50		
1 20	1	1 20	1 50	2 20	3 30	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60		
1 30	1 30	1	1 70	1 80	2 39	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80		
1 30	1 10	1 20	1 60	2 19	3 21	23	20	40	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 70		
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	3 30	35	26	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60		
1	84	1 20	1 70	2	3 20	25	20	50	30	40	50	50	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 40	1 45	1 40	1 80	2 30	3 10	29	28	40	30	40	45	40	40	2 80	3 40	20	1 35		
1 20	1 20	1 20	1 80	2 40	3 60	35	20	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 17	1 10	1 10	1 55	2 30	4	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60		
1 20	1	1 20	1 60	2 40	3 60	30	25	60	80	80	60	80	60	2 60	3 60	20	1 80		
1 40	1	1 20	1 60	1 84	2 93	30	24	40		40	50	30	40	3 80	4	20	1 60		
1 09	88	1 01	1 60	1 86	2 81	21	17	45	50	45	50	50	38	2 50	3 40	20	1 70		
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	3	19	16	30	24	32	30	32	48	2 70	3 40	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

Verliner und Charlottenburger Preise pro Juni 1894

45. A. Engros-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

mit 100 Kgr.	Weizen (gut)	14 Mark 10 Pf.
"	do. (mittel)	13 " 72 "
"	do. (gering)	13 " 36 "
"	Roggen (gut)	12 " 33 "
"	do. (mittel)	12 " 06 "
"	do. (gering)	11 " 80 "
"	Gerste (gut)	15 " 30 "
"	do. (mittel)	12 " 85 "
"	do. (gering)	10 " 40 "
"	Hafer (gut)	15 " 86 "
"	do. (mittel)	14 " 62 "
"	do. (gering)	13 " 39 "
"	Erbſen (gut)	16 " 95 "
"	do. (mittel)	15 " 75 "
"	do. (gering)	14 " 55 "
"	Nichtstroh	5 " 31 "
"	Heu	6 " 85 "

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag
für 50 Kgr.Hafer Stroh Heu
im Monat Juni 8,64 Mt., 3,02 Mt., 4,47 Mt.B. Detail-Marktpreise
im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

mit 100 Kgr.	Erbſen (gelb, roten)	32	Mark	Pf.
"	Erbsenbohnen (weiße)	35	"	"
"	Pinſen	50	"	"
"	Kartoffeln	5	"	81
1 Kgr.	Rindfleisch v. d. Keule	1	"	40
"	(Bauchfleisch)	1	"	10
"	Schweinefleisch	1	"	30
"	Kalbſfleisch	1	"	27
"	Lammfleisch	1	"	17
"	Speck (geräuchert)	1	"	45
"	Eſbutter	2	"	32
60 Stück	Eier	2	"	98

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelb. Kochen)	32	Mark 64 Pf.
Speisebohnen (weiße)	32	64
Linzen	47	35
Kartoffeln	5	86
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	35
(Bauchfleisch)	1	09
Schweinefleisch	1	40
Kalbsteisch	1	40
Lammfleisch	1	23
Speck (geräuchert)	1	50
Eibutter	2	12
60 Stück Eier	2	68

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Juni 1894:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	32	Pf.
desgl. a. Roggen	30	
Gerstengraupe	38	
Gerstengröße	38	
Buchweizengröße	38	
Hirse	38	
Reis (Java, mittler)	50	
Java-Kaffee (mittler, roh) 3 Mark	10	
(gelb in		
gebr. Bohnen)	4	27
Speisesalz	20	
Schweinefett (hiefiges)	1	50

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	42	Pf.
desgl. a. Roggen	42	
Gerstengraupe	45	
Gerstengröße	40	
Buchweizengröße	40	Pf.
Hirse	43	
Reis (Java, mittler)	45	
Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark	70	
Java-Kaffee (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	15
Speisesalz	20	
Schweinefett (hiefiges)	1	15

Berlin, den 7. Juli 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

46. Die unter dem 9. Februar 1876 zum Geschäftsbetriebe in Preußen zugelassenen Transport- und Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft „Zürich“ in Zürich hat in ihrer Generalversammlung vom 27. April d. J. folgende Aenderung des § 27 ihrer Statuten beschlossen:

„Die Direktion besteht aus zwei oder mehreren Beamten. Dieselben werden vom Verwaltungsrathe gewählt und ihre Titel, Gehalte, Rationen und Amtsdauer durch Vertrag reguliert.“

Dieser Statuten-Aenderung haben die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe inbaltlich des Erlasses vom 21. Juni d. J. die bei der Konzessionserteilung zum Geschäftsbetriebe in

Preußen vorbehaltene Genehmigung erteilt, was ich hiermit zur öffentlichen Kenntniss bringe.

Berlin, den 6. Juli 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen,

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

13. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten am 31. März d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausgearbeiteten Entlastungsquittungen den betreffenden Kreis-Kassen zugefertigt haben, um sie den zuständigen Amtsgerichten zur Lösung der Rentenschuld im Grundbuche zuzustellen.

Berlin, den 25. Mai 1894.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

34. Am 1. August d. J. wird der auf der Strecke Memel-Bajohren zwischen Collaten und Dr. Crottingen neu eingerichtete Personen-Haltepunkt Clauspuszen für den Personen- und Gepäck-Verkehr mit der Einschränkung eröffnet, daß von Clauspuszen Fahr- und Rückfahrkarten nur nach Collaten, Fehsterei, Memel, Dr. Crottingen und Bajohren vorausgibt werden.

Gepäckstücke werden von Clauspuszen unabhelfertig mitgenommen und die tarifmäßigen Gebühren für die Beförderung auf der Endstation erhoben.

Die Abfahrt der Züge von Clauspuszen erfolgt:

in der Richtung nach Memel:

Zug 792	um 8 Uhr 14 Min.	Vorm.
794	1	43
796	4	36
798*	7	21

(* nur an den Sonntagen).

in der Richtung nach Bajohren:

Zug 791	um 7 Uhr 09 Min.	Vorm.
793	10	42
795	3	36
797*	5	52

(* nur an den Sonntagen).

Näheres ist bei den Bahnhof-Verständen zu erfahren.

Bromberg, den 2. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

35. Mit dem 1. d. M. ist auf der Strecke Berlin-Posen-Thorn-Alexandrowo ein neuer Schlafwagenverkehr hergestellt worden, und zwar in der Richtung nach Alexandrowo im Schnellzuge 51/61 (aus Berlin Friedrichstraße 10 50 Abends), zurück im Schnellzuge 62/52 (aus Alexandrowo 10 03 Abends). Der Wagen wird in Thorn auf der Hinfahrt vom Zuge 51 in den Zug 61, auf der Rückfahrt vom Zuge 62 in den Zug 52 umgeleitet. Der Preis der Zuschlagkarte für

Benutzung des Schlafwagens beträgt 10 M. für die I. Klasse und 6,5 M. für die II. Klasse. Ververkauf der Karten findet statt in Berlin bei der Kabrfarten-Ausgabestelle Pabnbof Friedrichstraße, sowie im internationalen Reisebüro, Unter den Linden 69, in Alexandrowe bei der Kabrfarten-Ausgabestelle. Der

Verkauf am Wege erfolgt durch den Wärter. Außer dem Schlafwagen wird in den vorgenannten Zügen von demselben Tage ab ein Wagen I. II. Klasse zwischen Berlin und Alexandrowe durchgeführt.

Bremberg, den 3. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

B e k a n n t m a c h u n g.

36. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den darselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Einbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Verlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinwendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungensorten befehen.

Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für	Zur Aus- führung der Begünstigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß eintreffen innerhalb
1. Internationale Aus- stellung von Hun- den.	Amsterdam	11. bis 16. Juni.	Preussischen Staatsbahnen, der Reichs- bahnen in Elsass-Lothrin- gen u. der Main- Neckar-Eisenb.	Ausstel- lungs-Kom- mission.	4 Wochen
2. Pferde- und Hund- vieh-Gau-Ausstel- lung, verbunden mit einer Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte und Erzeugnisse.	Endenburger	15. bis 16. Juli.	Preussischen Staatsbahnen.	Deegleichen.	4 Wochen
3. Allgemeine Geflügel- Ausstellung.	Heide	30. Juni bis 3. Juli.	Gegenstände und Thiere der neben- bezeichneten Art.	Berlin, Deogleben, Dreslau, Brom- berg, Erfurt.	14 Tage

Bremberg, den 30. Juni 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

15. Nachweisung der vom Kreisaußschusse des Kreises Muppin auf Grund des § 2 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 erteilten Veränderungen.

B e z e i c h n u n g

der in Betracht kommenden Grundstücke.

Die den Wehrmann Fellingmuth und Gerhold Mann zu Wupprau geborene, aus einer Wassermühle und einem ehemaligen Wassmühlengrundstück bestehende Besitzung von 3 ha 30 ar 10 qm Größe, eingetragen im Grundbuche von Wupprau Band II. Blatt Nr. 76.

Neu-Muppin, den 4. Juli 1894.

der bisherigen
Gemeinde bzw. Gutsherrschaft

Gemeindefrei.

der künftigen
Gemeinde bzw. Gutsherrschaft

Gemeindebezugs
Wupprau.

Der Kreis-Außschuß.

Bekanntmachung des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

B e k a n n t m a c h u n g.

3. Nach dem Hauptausschuß der Verwaltung des Provinzial-Verbandes sind in dem nach endgültiger Feststellung des Steueranschlusses 1894/95 an Provinzial-Abgaben 2120000 Mark aufzubringen. Darnach sind von den einzelnen abgaben auf die einzelnen Land- und Stadtkreise 12,5 % der aufkommenden

direkten Steuern nach Maßgabe der §§ 106 bis 108 der Provinzialordnung aufzubringen, und zwar zur Hälfte am 1. Juli d. J. und zur anderen Hälfte am 1. Januar 1895, vorbehaltlich der weiteren Regelung demgemäß sind die auszubringenden Provinzial- und Stadtkreise vertheilt:

N ^o	Kreis	Gesamtsteuer- aufkommen	12,5 % als Pro- portionalabgabe
		Mark Pf.	Mark Pf.
1	Angermünde	439529 46	54941 18
2	Nieder-Barnim	1244766 81	155595 85
3	Ober-Barnim	600593 60	75074 20
4	Beeskow-Sterkow	184086 24	23010 78
5	Ost-Havelland	388800 44	48600 06
6	West-Havelland	355285 72	44411 09
7	Nüterbog-Luckenwalde	361990 04	45248 83
8	Pebus	564802 33	70600 29
9	Prenzlau	408053 73	62260 47
10	Ost-Prignitz	368707 02	46088 38
11	West-Prignitz	483533 70	60441 71
12	Müppin	450207 54	56275 94
13	Teltow	2398428 42	299803 55
14	Templin	224794 48	28099 31
15	Zauch-Belzig	372824 14	46603 02
16	Brandenburg a. H.	289653 95	36210 49
17	Charlottenburg	1684299 45	210537 43
18	Frankfurt a. O.	467413 03	58426 63
19	Potsdam	650493 73	81311 72
20	Spandau	305553 87	38194 23
21	Mittenwalde	194061 47	24257 68
22	Cottbus-Land	178916 37	22364 55
23	Croßsen	253198 25	31649 78
24	Friedeberg	264748 86	33093 61
25	Königsberg	573434 03	71679 26
26	Landesberg-Land	267776 67	33472 08
27	Soldin	262341 72	32792 72
28	Ost-Sternberg	210989 20	26373 65
29	West-Sternberg	197634 26	24704 28
30	Jülichau-Schwiebus	216627 85	27078 48
31	Cottbus Stadt	324269 78	40533 72
32	Landesberg a./W. Stadt	194223 66	24277 96
33	Calau	243617	30452 13
34	Guben-Land	180581 45	22572 68
35	Luckau	282003 75	35250 47
36	Rübben	117689 30	14711 16
37	Sorau	587989 70	73498 71
38	Spremberg	116104 17	14513 02
39	Guben-Stadt	198967 37	24870 92

Summa 17199056 16 2149882 02

Berlin, den 6. Juli 1894.

Der Landes-Director der Provinz Brandenburg,
Wirkliche Geheime Rath von Levegow.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Rothlaufende unter Schweinen des Milch-
händlers Klempin zu Charlottenburg, Grünstraße 29,
ist erloschen.

Charlottenburg, den 5. Juli 1894.

Königliche Polizei-Direktion.

Personalchronik.

Im Kreise Westhavelland ist an Stelle des Bauer-
gutebesizers Frensche in Tremmen, dessen Dienstzeit
abgelaufen ist, der Bauergrundbesitzer Wilhelm Müller
in Tremmen vom 1. Juli d. J. ab zum Amtsvorsteher-
Stellvertreter des Amtsbezirks XVIII. — Tremmen —
ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist der Fabrikdirector Louis
Bratsch in Paulstern vom 1. Juli d. J. zum Amts-
vorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XVII. — Span-
dau — ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist der Rechnungsführer
Löhert in Friedrichsfelde aus Neue zum Amtsvor-
steher des Amtsbezirks III. — Friedrichsfelde — er-
nannt worden.

Der kgl. Regierungs-Bausführer Moritz Breit-
spacher ist als solcher vereidigt worden.

Der Militärämterwart Karl Göhring in Prenzlau
ist zum Steuer supernumerar ernannt worden.

Die Besorgung der domainensidicalischen und der
fiscalischen Patronatsgeschäfte in den Pfarriestellen
Gummerödorf, Keranderdorf, Kern-Neuendorf, Rehagen,
Sperenberg mit Wönnichhausen und Scheeneweide bei
Luckenwalde ist dem königlichen Forstmeister Haß zu
Gummerödorf übertragen worden.

Der bisherige Garnisonpfarrer Anton Friedrich
Ferdinand Rühle in Thorn ist zum Pfarrer der
Parodie Christendorf, Diözese Jossen, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Ernst Otto
Gottbold Sandmann in Mittenwalde ist zum
Diaconus bei der Evangelischen Gemeinde der St.
Moritz-Kirche in Mittenwalde und zum 2. Prediger
bei der Evangelischen Gemeinde in Ragow, Diözese
Jossen, bestellt worden.

Pensionirt sind im Bereiche der königl. Eisenbahn-
Direktion zu Bromberg der Güter-Expeditions-Vorsteher
Klockow in Berlin und der Güter-Expedient Ahrend
in Berlin.

Hierzu

eine Extra-Beilage, enthaltend die Satzungen der „Gegenseitigkeit“, Versicherungs-Gesellschaft von 1855, in Leipzig,
eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 19ten Verloosung gezogenen Kurmärktischen Schuld-
verschreibungen und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Kurmärktischen Schuld-
verschreibungen,

sowie Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Weg mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Geyerschen Erben.

Den eingeleiteten, in Folge der Beschlüsse der Generalversammlung vom 29. Juni v. J. aufgestellten Satzungen der
„Gegenseitigkeit“, Versicherungs-Gesellschaft von 1855,
 in Leipzig

wird die unter Nr. 1 der Concession vom 13. August 1875 vorbehaltene Genehmigung hierdurch erteilt.

Berlin, den 30. April 1894.

(L. S.)

Genehmigungsdecret.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage

Saase.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die im Jahre 1855 unter dem Namen: „Leipziger Krankencasse“ gegründete und im Jahre 1861 als Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebensversicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“ erweiterte, nunmehr unter der Firma

„Gegenseitigkeit“

Versicherungsgesellschaft von 1855

fortbestehende Gesellschaft beruht auf Gegenseitigkeit, hat ihren Sitz in Leipzig und regelt ihre Geschäftstätigkeit nach Maßgabe der nachstehenden Satzungen.

§ 2. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf Abschluß von Versicherungsverträgen gerichtet, die Capitalversicherungen für den Fall des Todes oder des Erlebens eines bestimmten Zeitpunktes, sowie andere der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu unterwerfende Vorfälle des menschlichen Lebens betreffen.

§ 3. Mitglied der Gesellschaft ist jede Person, die mit der Gesellschaft auf Grund ihrer Satzungen einen Versicherungsvertrag abgeschlossen und den darüber ausgefertigten Versicherungsschein (Police) durch Zahlung der Prämie und sonstigen Beiträge eingelöst hat. Die Mitgliedschaft besteht so lange, als die geschlossene Versicherung in Kraft ist und endet mit dem Erlöschen oder der Ruhezeit derselben.

§ 4. Die zu zahlenden Beiträge (Prämien) sind unter Annahme der in Beilage A angeführten Sterblichkeitstafel und Krankheitsdauer, sowie eines Zinsfußes von 3½ Proc. und einem entsprechenden Aufschlage nach den Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung durch einen vereideten Sachverständigen festzustellen, jedoch bleibt es dem Directorium überlassen, zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt die deutsche Sterblichkeitstafel für M. u. W. L. oder eine andere einzuführen.

Alle nicht einmaligen Prämien sind jährliche und im Voraus zu bezahlen. Theilzahlungen sind mit entsprechendem Aufschlag zulässig, gelten aber nur als Abschlagszahlungen und die jedesmal verbleibenden Reste als gestundete Prämien.

§ 5. Die Rechnung der Gesellschaft, die für sämtliche Versicherungsarten getrennt zu führen ist, wird mit dem 31. December jeden Jahres geschlossen; das Directorium hat diesen Abschluß spätestens bis zum 31. Mai des nächsten Jahres dem Aufsichtsrathe zur Prüfung und Nichtigspruchung zuzustellen.

Hierbei ist nicht bloß eine kaufmännische Bilanz aufzustellen, sondern auch nach den Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung unter Annahme der, in Gemäßheit des § 4 geltenden Grundzahlen durch einen vereideten Sachverständigen der Reservesonds zu bestimmen, welcher zur Deckung der durch die abgeschlossenen Versicherungen übernommenen Verbindlichkeiten erforderlich ist.

Durch Vergleichung dieses Reservesonds mit dem wirklichen Vermögen der Gesellschaft ist der Ueberschuß oder der Verlust des Geschäfts zu bestimmen.

§ 6. So lange ein Verlust besteht, sind die Theilhaber der betreffenden Versicherungsart zu einem verhältnismäßig höheren Beitrage verpflichtet.

§ 7. Ueberschüsse sind, soweit nach der Entscheidung des Directoriums die Geschäftslage es zuläßt, an die zur Zeit noch Verrenten als Dividende zurückzugeben; jedoch haben nur diejenigen

abtheilung mindestens 5, der Krankenversicherungsabtheilung mindestens 10 Jahre angehören.

§ 8. Die nicht zu nahe bevorstehenden Ausgaben zu verwendenden Gelder sind mündelicher, entweder hypothekarisch oder in deutschen Werthpapieren oder sonst sicher anzulegen.

§ 9. Jede Zahlung von der Gesellschaft oder an diese ist in deutscher Reichswährung oder in deutschen Reichsbanknoten zu erteilen.

§ 10. Die Gesellschaft hat die Rechte einer juristischen Person und ihren activen und passiven Gerichtsstand vor dem Amtsgerichte bez. Landgerichte Leipzig. Denjenigen Versicherten gegenüber, die außerhalb Sachsens wohnen, gelten die von den betreffenden Regierungen erlassenen Vorschriften.

§ 11. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft sind im Deutschen Reichsanzeiger, in der Leipziger Zeitung, nach Ermessen des Directoriums auch in anderen Blättern und sofern sich an deren Nichtbeachtung Rechtsnachtheile knüpfen, zweimal mit einer dazwischen liegenden sieben-tägigen Frist zu bewirken und zwar dergestalt, daß der Termin, nach dem der Rechtsnachtheil eintreten soll, zwei Monate nach der letzten Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger fallen muß. (Vergl. aber § 25.)

§ 12. Die Angelegenheiten der Gesellschaft werden durch

- 1) das Directorium und den von demselben angestellten Bevollmächtigten,
- 2) den Aufsichtsrath und
- 3) die Hauptversammlung

geführt.

Das Directorium sowohl wie der Aufsichtsrath und die einzelnen Mitglieder beider, bezüglichen jeder Beamte der Gesellschaft, ist für alle seine Beschlüsse, Handlungen oder Unterlassungen der Gesellschaft in Gemäßheit der bestehenden Gesetze verantwortlich und ersatzpflichtig.

Directorium.

§ 13. Das Directorium besteht aus mindestens 5, höchstens 7 männlichen Mitgliedern, die bei der Lebensversicherungsabtheilung der Gesellschaft versichert und verfügungsberechtigt sein müssen. Nicht wählbar sind diejenigen, denen der Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden ist. Wer die Wählbarkeit verliert, hat aus dem Directorium sofort auszuschcheiden.

Die Directorialmitglieder werden vom Aufsichtsrathe gewählt. Alljährlich hat Eines in der bisherigen Ordnung auszuschcheiden, das wieder wählbar ist. Eine erledigte Stelle ist nur dann vom Aufsichtsrathe sofort wieder zu besetzen, wenn die Zahl der Directorialmitglieder unter 5 herabsinkt.

§ 14. Das Directorium wählt alljährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben.

§ 15. Die Thätigkeit des Directoriums besteht im Besonderen:

- 1) in der activen und passiven Vertretung der Gesellschaft nach Innen und nach Außen bei allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten,
- 2) in der Geschäftsleitung und Vermögensverwaltung,
- 3) in der Annahme und Zurückweisung von Versicherungsanträgen und Feststellung der Prämien nach den in § 4 enthaltenen Vorschriften,
- 4) in der Anstellung und Entlassung der Beamten der Gesellschaft und Ertheilung der Anweisung an diese.

§ 16. Das Directorium vertritt nach auf schriftliche Einladung seines Vorsitzenden und ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Ueber die Verhandlungen sind Protokolle aufzunehmen.

§ 17. Alle die Gesellschaft verpflichtenden Urkunden bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Firmenzeichnung der Gesellschaft mit der Unterschrift des Vorsitzenden des Directoriums oder seines Stellvertreters, sowie eines anderen Mitgliedes des Directoriums.

Aufsichtsrath.

§ 18. Die Aufsicht über die Geschäftsleitung führt ein Aufsichtsrath, gebildet aus mindestens 12, höchstens 15 männlichen Mitgliedern der Gesellschaft, die verfügungsfähig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein müssen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrathes werden durch die Hauptversammlung, jedes auf 3 Jahre gewählt. Alljährlich hat der dritte Theil der jeweilig den Aufsichtsrath bildenden Mitglieder, bezw. haben diejenigen, deren Amtsbauer abgelaufen ist, in der bisherigen Ordnung auszuscheiden.

Die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar.

§ 19. Der Aufsichtsrath wählt alljährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben.

§ 20. Die Befugnisse und Verpflichtungen des Aufsichtsrathes sind:

- 1) das Directorium zu wählen und die Gesellschaft gegen dasselbe abzuhalten zu vertreten, soweit dies nicht in den Satzungen der Hauptversammlung vorbehalten ist,
- 2) die Geschäftsführung und das Cassenwesen zu beaufsichtigen und für Beobachtung der Satzungen Sorge zu tragen,
- 3) etwaige Entschädigungen für die Directorialmitglieder festzustellen und die von ihnen nöthigenfalls zu hinterlegenden Cautionen zu bestimmen,
- 4) Beschwerden von Seiten der Mitglieder entgegen zu nehmen und darüber Erörterungen anzustellen,
- 5) die jährlichen Rechnungen zu prüfen und richtig zu sprechen,
- 6) Directorialmitglieder wegen stattgehabter Pflichtverletzung des Amtes zu entheben.

Mit Ausübung der unter 2 und 5 genannten Pflichten kann der Aufsichtsrath auch 3 seiner Mitglieder, unter denen der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter sein muß, beauftragen, sowie erforderlichen Falles einen Sachverständigen zuziehen.

§ 21. Der Aufsichtsrath veranlaßt sich auf schriftliche Einladung seines Vorsitzenden. Dieser muß den Aufsichtsrath versammeln, wenn zwei seiner Mitglieder es schriftlich beantragen. Der Aufsichtsrath ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Ueber die Verhandlungen sind Protokolle aufzunehmen.

Legitimation des Directoriums und des Aufsichtsrathes.

§ 22. Nach jeder Wahl sind die Mitglieder des Directoriums und des Aufsichtsrathes durch eine Bekanntmachung nach § 11 namhaft zu machen. Einer weiteren Beglaubigung bedarf es nicht.

Hauptversammlung.

§ 23. Alljährlich spätestens im September wird eine vom Directorium einzuberufende Hauptversammlung abgehalten.

§ 24. Außerordentliche Hauptversammlungen sind einzuberufen

- 1) auf Beschluß des Directoriums,
- 2) auf Beschluß des Aufsichtsrathes,
- 3) auf Antrag von mindestens hundert volljährigen männlichen Mitgliedern der Gesellschaft (§ 3).

Im letzteren Falle ist dieser Antrag schriftlich unter Angabe des Grundes, von allen Antragstellern eigenhändig unterzeichnet, beim Directorium einzureichen und zur Deckung der, durch die außerordentliche Hauptversammlung entstehenden Kosten ein Vorschuß von 200 Mark zu hinterlegen. Darüber, ob diese Summe den Antragstellern zurückzugeben ist, entscheidet die außerordentliche Hauptversammlung selbst.

§ 25. Die Einladung zu allen Hauptversammlungen erfolgt zweimal im Deutschen Reichsanzeiger, in der Leipziger Zeitung, dem Leipziger Tageblatt und dem Stadt- und Dorfanzeiger unter Angabe der Tagesordnung und des Versammlungsortes. Zwischen dem Tage der ersten Bekanntmachung und dem Tage der Hauptversammlung muß wenigstens ein Zeitraum von 7 Tagen liegen.

Den Vorsitz in den Hauptversammlungen führt mit Ausnahme der in § 26 genannten Fälle der Vorsitzende des Directoriums, oder bei dessen Behinderung ein vom Directorium zu wählendes Mitglied desselben.

§ 26. Wird eine Hauptversammlung auf Verlangen des Aufsichtsrathes einberufen, so hat die Einladung durch den Aufsichtsrath zu erfolgen. Den Vorsitz in einer solchen Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, oder bei dessen Behinderung ein vom Aufsichtsrathe zu wählendes Mitglied desselben.

§ 27. Zur Theilnahme an der Hauptversammlung sind alle männlichen volljährigen Mitglieder der Gesellschaft (§ 3) berechtigt, deren jedes eine Stimme hat.

Beim Eintritt haben sie sich auf Verlangen des Vorsitzenden durch Vorzeigung der letzten Beitragsquittung unter Berücksichtigung der in § 38 gestatteten Frist als Mitglieder auszuweisen.

Jedes stimmberechtigte Mitglied kann sich durch ein anderes Mitglied auf Grund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Jedoch kann Niemand mehr als zehn Stimmen in seiner Person vereinigen.

Die Hauptversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der in derselben Erschienenen beschlußfähig.

§ 28. Die Art der Abstimmung in den Hauptversammlungen bleibt dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen.

Bei der Abstimmung entscheidet Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden.

Bei Wahlen entscheidet bedingte (relative) Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit das Loos.

Die von der Hauptversammlung sachungsgemäß gefassten Beschlüsse sind für alle Mitglieder der Gesellschaft verbindlich.

§ 29. Zum Geschäftskreis der Hauptversammlung gehören:

- 1) die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes,
- 2) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Rechnungsablegung,
- 3) Beschlußfassung über
 - a) alle sachungsgemäß an die Hauptversammlung gebrachten Gegenstände,
 - b) alle von mindestens hundert männlichen und volljährigen Gesellschaftsmitgliedern gestellten Anträge, die schriftlich und dergestalt rechtzeitig angemeldet sind, daß sie noch in der ersten Einladung zur Hauptversammlung erwähnt werden können,
 - c) Beschwerden gegen den Aufsichtsrath,
 - d) etwaige Entschädigungen für den Aufsichtsrath,
 - e) Abänderung der Satzungen und Auflösung der Gesellschaft.

§ 30. Die Hauptversammlung kann nur über Gegenstände Beschlüsse fassen, die auf der in der Einladung veröffentlichten Tagesordnung gestanden haben.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse jeder Hauptversammlung ist ein Protokoll von einem Notar aufzunehmen.

Agenten.

§ 31. Die Agenten werden vom Directorium bestellt und erhalten von diesem ihre Instructionen.

§ 32. Die Gesellschaft ist nur für instructionsgemäße Handlungen der Agenten verantwortlich.

Allgemeine Versicherungsbedingungen.

§ 33. Die Anmeldung zur Versicherung geschieht durch Einreichung eines vom Antragsteller eigenhändig unterzeichneten Formulars, womit er die selbst abgegebene, gewissenhafte und wahrheitsgetreue Beantwortung aller in dem Formular enthaltenen Fragen bekräftigt und sich den darin gestellten Bedingungen unterwirft. Das vollzogene Formular gilt als Grundlage und ergänzender Bestandtheil für den Versicherungsvertrag.

Bei Einreichung des vollzogenen Formulars ist vom Antragsteller gleichzeitig das nach § 51, 61 oder 70 bestimmte Eintrittsgeld zu entrichten. Wird der Antrag vom Directorium zurückgewiesen, so wird das Eintrittsgeld ohne Abzug zurückerstattet, andernfalls verbleibt es der Gesellschaft.

§ 34. Das Directorium kann entweder vor Annahme der Versicherung, oder vor Auszahlung irgend einer Versicherungssumme oder Rückkaufsumme, oder wenn es ihm sonst erforderlich scheint, einen legalen Altersnachweis verlangen.

§ 35. Nachversicherungen werden wie neue Versicherungen behandelt. Bei Verminderung einer Versicherung wird bei Feststellung des neuen Beitrags die volle Reserve in Anrechnung gebracht, oder wenn die Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, auf Wunsch des Versicherten 60 Proc. und für jedes weitere Jahr des Bestehens 1 Proc. mehr bis höchstens 80 Proc. der Reserve zurückgezahlt.

§ 36. Findet die Annahme der Versicherung statt, so erhält die betreffende Person einen Versicherungsschein (Police); die Versicherung tritt aber erst nach Zahlung der ersten Prämie in Kraft.

Durch Annahme des Versicherungsscheines bekundet sich der Versicherte stillschweigend einverstanden mit dem ganzen Inhalte

Sagungen und verzichtet vorkommenden Falles auf die Ausrede, daß er diese nicht gekannt habe.

Wird die Annahme der Versicherung abgelehnt, so ist das Directorium nicht gehalten, die Gründe dafür anzugeben.

§ 37. Hat ein Versicherter die im Versicherungsantrage vorgelegten Fragen aus Arglist oder grober Fahrlässigkeit wahrheitswidrig beantwortet, oder hat er sonst während des Bestehens seiner Versicherung absichtlich oder durch grobe Fahrlässigkeit die Gesellschaft benachtheiligt, so ist das Directorium berechtigt, einzelne oder alle seine Versicherungen für ungültig zu erklären, wovon es den Betroffenen mittelst eingeschriebenen Briefes zu benachrichtigen hat.

Erhebt der Betheiligte gegen solchen Beschluß des Directoriums binnen 2 Monaten nach Abfindung des eingeschriebenen Briefes keine Klage (§ 10), so begiebt er sich aller seiner Ansprüche an die Gesellschaft.

Hat ein Versicherter aus Grund unrichtiger Angaben oder Unterlassungen, die auf Irrthum oder Unkenntniß beruhen, zu hohe Zahlungen geleistet, so erhält er das zuviel Erhobene zurück.

§ 38. Die zu zahlenden Beiträge (Prämien) können 30 Tage im Rückstande verbleiben. Nach Ablauf dieser Frist erlischt die Versicherung und damit jede daraus abzuleitende Forderung der betreffenden Person an die Gesellschaft.

§ 39. Die Gesellschaft hat nicht die Verpflichtung, die Prämien von den Versicherten einfordern zu lassen, vielmehr sind die Versicherten unter allen Umständen gehalten, die Prämien an die Gesellschaft oder deren Agenten und zwar an Letztere nur gegen Aushändigung der Originalquittung zu entrichten.

§ 40. Wer mehrere Versicherungen zu gleicher Zeit abschließt, hat von den nach § 51, 64 oder 70 zu zahlenden Eintrittsgeldern, wenn sie für jede Versicherung gleichwohl betragen, nur das einfache, sonst aber das betreffende höchste Eintrittsgeld zu zahlen.

§ 41. Wer freiwillig eine Versicherung auflebt, erhält, falls sie wenigstens 3 Jahre bestanden hat, 60 Proc. und für jedes weitere Jahr des Bestehens 1 Proc. mehr, aber höchstens 80 Proc. der für sie angesammelten Reserve zurück und zwar bei der Kranken- und Invalidenversicherung abzüglich dessen, was er bereits als Krankengeld oder Rente empfangen hat, sowie überhaupt unter Abzug der etwa rückständig gelassenen Prämien.

Auf Wunsch kann eine Versicherung auch in eine beitragsfreie umgewandelt werden, in welchem Falle die volle Reserve in Anrechnung gebracht wird.

Zu Kraft stehende Versicherungen können nach 3jähriger Dauer bis zu 60 Proc. und für jedes weitere Jahr um 1 Proc. mehr bis höchstens 80 Proc. der Reserve von der Gesellschaft beliehen werden.

Die Anzeige von der freiwilligen Aufgabe, oder das Gesuch um eine beitragsfreie Police oder um ein Policendarlehen muß aber noch vor Ablauf der in § 38 festgesetzten Frist stattfinden.

§ 42. Wer in Seebienste tritt, oder seinen Wohnsitz an einen Ort außerhalb Europas oder der Vereinigten Staaten von Nordamerika zwischen dem 33. und 60.^o n. Br. verlegt, hört auf, Mitglied der Gesellschaft zu sein, es sei denn, daß das Directorium gleichwohl den Fortbestand der Versicherung genehmigt; ist dies nicht der Fall, so wird das Mitglied, wenn seine Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, wie ein freiwillig Ausscheidender behandelt.

§ 43. Wandert ein Versicherter seinen Wohnsitz oder Beruf, so ist dies dem Directorium binnen 2 Monaten schriftlich anzuzeigen. In solchem Falle hat das Directorium zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen die Versicherung fortbestehen soll. Wird Auflösung der Versicherung nöthig, so hat der Versicherte, falls seine Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, dieselben Ansprüche wie ein freiwillig Ausscheidender.

§ 44. Beabsichtigt ein Versicherter Land- oder Seereisen in solche Gegenden, in denen die Gesellschaft nach § 42 im Allgemeinen Versicherungen nicht abschließt, zu unternehmen, so hat er vorher dem Directorium schriftlich Anzeige zu machen und sich mit diesem wegen der Bedingungen zu einigen, unter denen die Versicherung fortbestehen kann. Kommt eine Vereinbarung nicht zu Stande und wird in Folge dessen die Versicherung aufgelöst, so hat der Versicherte, sofern die Versicherung 3 Jahre bestanden hat, dieselben Ansprüche, wie ein freiwillig Ausscheidender.

§ 45. Unterläßt der Versicherte die in den beiden vorhergehenden §§ vorgeschriebene Anzeige, so kann das Directorium jederzeit die Versicherung für erloschen erklären; in diesem Falle ist, sofern die Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, wie bei der freiwilligen Aufgabe einer Versicherung zu verfahren.

§ 46. Wer bei dem Bestehen, Nothleidenden Hülfe zu leisten oder die geistliche Ordnung zu erhalten oder wieder herzustellen, Leben oder Gesundheit verliert oder gefährdet, geht seiner Ansprüche an die Gesellschaft nicht verlustig.

§ 47. Wer auf widerrechtliche oder betrügerische Weise irgend eine Versicherungssumme von der Gesellschaft erhoben hat, ist gehalten, die empfangene Summe mit den gesetzlichen Zinsen zurück zu erstatten.

§ 48. Vor Auszahlung jeder Versicherungssumme oder Rückkaufssumme oder der nach § 7 zu vertheilenden Ueberschüsse werden rückständige Beiträge (Prämien) in Abzug gebracht.

Wird eine derartige Summe 3 Jahre nach ihrer Fälligkeit nicht erhoben, so verfällt sie der Gesellschaft.

Im Falle beanstandeter Zahlung einer Versicherungs- oder Rückkaufssumme findet eine Zinsenvergütung nicht statt, ebensowenig wie für veripäet erhobene Dividendebeträge.

§ 49. Ist der zu Versichernde militärdienstpflichtig, so kann seine Versicherung auf Antrag zu erhöhter Prämie und in Gemäßheit des von der Gesellschaft erlassenen Regulativs für Kriegsversicherungen auch auf die Kriegesgefahr ausgedehnt werden.

Nacht der Versicherte hiervon keinen Gebrauch, so ruht die Versicherung von dem Tage an, mit dem die Heeresabtheilung, zu der er gehört, mobil gemacht wird, tritt aber nach Beendigung seiner Theilnahme am Kriege unter der Voraussetzung, daß der Gesundheitszustand des Versicherten nicht gelitten hat, wieder in Kraft und zwar gegen Entrichtung desjenigen Betrags, um den die Reserve seiner Versicherung während der Ruhezeit gewachsen sein würde. Stirbt der Versicherte während der Ruhezeit, oder wird die Erneuerung der Versicherung vom Directorium abgelehnt, so wird die beim Eintritt der Ruhezeit vorhandene und während ihrer Dauer mit 3 $\frac{1}{2}$ Proc. verzinst Reserve zurückgewährt, bei der Kranken- und Invalidenversicherung abzüglich dessen, was er bereits als Krankengeld oder Invalidenrente empfangen hat.

Versicherungsbedingungen für die Lebensversicherung.

§ 50. Lebensversicherungen können je nach Wunsch des Antragstellers so abgeschlossen werden, daß das versicherte Capital entweder an eine oder mehrere bestimmte Personen oder an den Inhaber des Versicherungsscheines gezahlt werden soll.

Lautet die Police zu Gunsten einer dritten Person, so liegt für die Gesellschaft eine Verpflichtung gegen diese dritte Person vor. Fälligwerden der Versicherungssumme nur dann vor, wenn diese dritte Person dem Directorium ihren Beitritt zu dem Versicherungsantrage durch eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Erklärung kundgegeben hat. So lange dies nicht geschehen, ist die Gesellschaft berechtigt, dem Verlangen des Versicherungsnehmers auf Abänderung der Zahlungsbestimmung, Verminderung der Versicherungssumme, sowie Rückkauf oder Beilegung der Police jederzeit zu entsprechen.

§ 51. Als Eintrittsgeld (§ 33) wird $\frac{1}{2}$ Proc. der Versicherungssumme, mindestens aber 1 Mark und höchstens 20 Mark erhoben. Gleichzeitig ist das Directorium berechtigt, außerdem eine Policengebühr und die gesetzliche Stempelgebühr zu erheben.

§ 52. Der Antragsteller hat sich der Untersuchung seines Gesundheitszustandes durch einen Vertrauensarzt der Gesellschaft zu unterziehen und die nach Anleitung des von der Gesellschaft gelieferten Attestformulars an ihn gerichteten Fragen der Wahrheit gemäß zu beantworten. Das Gesundheitsattest bildet einen Theil des Versicherungsvertrages.

Hat ein Versicherter die ihm vorgelegten Fragen aus Arglist oder grober Fahrlässigkeit wahrheitswidrig beantwortet, so gehen alle Ansprüche aus der Versicherung an die Gesellschaft verloren.

§ 53. Nach Verlauf von 5 Jahren vom Tage der Ausstellung der Police kann jedoch die Gesellschaft nur dann die Ungültigkeit des Versicherungsvertrages aussprechen, wenn vom Versicherten in betrügerischer Absicht erhebliche Angaben wissentlich falsch gemacht oder etwas Wesentliches verschwiegen worden ist.

§ 54. Personen, deren Gesundheitszustand nicht vollkommen günstig ist, sowie solche, die mit körperlichen, jedoch das Leben nicht unbedingt bedrohenden Fehlern behaftet sind, endlich Personen, deren Beruf die Lebensdauer zu verkürzen geeignet ist, können, auch wenn sie von anderen Gesellschaften bereits abgelehnt worden sind, zu höheren, jedesmal zu vereinbarenden Prämien, oder mit einer Wartzeit, oder unter sonstigen mit dem Directorium zu vereinbarenden Bedingungen zur Versicherung angenommen werden.

§ 55. Versicherungen bis zu 500 Mark (Sterbelaassenversicherungen) können auch ohne ärztliche Untersuchung, jedoch mit Wartzeit nach besonderem Regulativ abgeschlossen werden.

§ 56. Nach erfolgtem Tode einer versicherten Person ist dem Directorium oder dem betreffenden Agenten alsbald Anzeige zu machen und ein ärztliches Attest über die Todesursache und über den Verlauf der letzten Krankheit, eine ständesamtliche Sterbeurkunde und die letzte Prämienquittung beizubringen.

§ 57. Sind Bedenken nicht vorhanden oder sind die angestellten vollständig erledigt, so erfolgt die Auszahlung der Versicherungs-

summe gegen Rückgabe des Versicherungsscheines und gegen Quittung auf dem Bureau der Gesellschaft und zwar bei Versicherungen bis zu 300 Mark in ungetheilter Summe, bei höheren Summen in der Weise, daß 300 Mark zunächst gezahlt werden und der Rest drei Monate nach Zahlung dieser ersten Rate fällig ist.

Mehrere Versicherungen eines und desselben Versicherten gelten hierbei bezüglich der Versicherungssumme nur als eine Versicherung.

Wird die Auszahlung der Versicherungssumme vom Directorium verweigert und erhebt der Betreffende binnen 30 Tagen von Mittheilung des Directorialbeschlusses an gerechnet, keine Klage, so begiebt er sich aller Ansprüche an die Gesellschaft.

§ 58. Die aus einer Lebensversicherung entstehenden Ansprüche an die Gesellschaft gehen für Denjenigen vollständig verloren, der den Tod des Versicherten durch Mord, Todtschlag oder schwere körperliche Verletzung absichtlich herbeigeführt hat.

§ 59. Der Anspruch auf Zahlung der Versicherungssumme geht verloren, wenn an dem Versicherten die Todesstrafe vollstreckt wird, sowie, wenn derselbe an delirium tremens, oder beim muthwilligen Aufsuchen der Lebensgefahr stirbt.

In allen diesen Fällen ist der Versicherte, wenn die Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, wie ein freiwillig Ausgeschiedener zu betrachten.

Wird Straf- oder Besserungshaft an dem Versicherten vollstreckt, so ruht die Versicherung vom Tage der Inhaftierung an, tritt aber nach Verbüßung der Strafhafte unter der Bedingung, daß nach vertrauenswürdigem Zeugniß der Gesundheitszustand des Versicherten nicht gelitten hat, wieder in Kraft und zwar gegen Entrichtung desjenigen Betrages, um den die Reserve seiner Versicherung während der Ruhezeit gewachsen sein würde.

Stirbt der Versicherte während der Ruhezeit, oder wird die Erneuerung der Versicherung vom Directorium abgelehnt, so wird die beim Eintritt der Ruhezeit vorhandene und während ihrer Dauer mit 3 $\frac{1}{2}$ Proc. verzinsten Reserve zurückgewährt.

§ 60. Stirbt der Versicherte durch Selbstmord oder in Folge versuchten Selbstmordes oder in Folge des Duells, so wird wie bei der freiwilligen Aufgabe der Versicherung verfahren.

Es kann aber im Selbstmordsfalle auch mehr, ja selbst die volle Versicherungssumme gezahlt werden, wenn das Directorium die Ueberzeugung gewinnt, daß der Selbstmord in Folge eines krankhaften Zustandes, als Geistesstörung oder übermäßiger körperlicher Schmerzen stattgefunden hat.

Bei denjenigen Versicherten, die bereits 20 Jahre hindurch der Gesellschaft angehört haben, wird auch im Selbstmordsfalle die volle Versicherungssumme dann ausbezahlt, wenn der Selbstmord in Folge eines durch ärztliches Zeugniß nachgewiesenen krankhaften Zustandes stattgefunden hat.

§ 61. Wenn ein Versicherter seine Police an einen Dritten verpfändet, oder seine Rechte aus der Police an einen Dritten abtritt, so ist diese Verpfändung oder Abtretung der Gesellschaft gegenüber nur dann wirksam, wenn sie von dem Versicherten und dem Dritten der Gesellschaft schriftlich angezeigt wurde. Die Gesellschaft ist berechtigt, etwaige Forderungen an den Versicherten, der gegebenen Abtretung oder Verpfändung ungeachtet, von der Versicherungssumme zu kürzen.

§ 62. Wenn Versicherungsscheine vernichtet werden oder sonst abhanden kommen, so ist die Gesellschaft berechtigt, auf Antrag und Kosten der Interessenten nach § 11 eine öffentliche Aufforderung an den dormaligen Inhaber des Versicherungsscheines zu erlassen, sein Anrecht daran bei dessen Verlust innerhalb 3 Monate nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung der Gesellschaft nachzuweisen. Meldet sich innerhalb dieser Frist kein Berechtigter, so ist der Versicherungsschein ungültig und das Directorium berechtigt, einen neuen auszufertigen und dem Antragsteller auszuhandigen.

Meldet sich innerhalb der gesetzlichen Frist ein Inhaber des Versicherungsscheines, so ist die Sache den Theilhabern zur Entscheidung durch das zuständige Gericht zu überlassen.

Wenn von dem Directorium der Gesellschaft ausgestellte Pfand- oder Hinterlegungsscheine, gegen deren Rückgabe die Gesellschaft zu einer Leistung verpflichtet ist, vernichtet werden oder sonst abhanden kommen, so finden die, auf diesen Pfand- oder Hinterlegungsscheinen über Portification verlaubten Bestimmungen Anwendung.

Bedingungen für Versicherungen auf den Lebensfall, (Kinder-Aussteuer-Versicherungen. Altersversorgung.)

§ 63. Die Gesellschaft schließt Versicherungen auf den Lebensfall ab, indem sie sich verpflichtet, ein im Voraus bestimmtes Capital nach Ablauf einer gleichzeitig vereinbarten Anzahl von Jahren gegen einmalige oder jährliche Prämien an die versicherte Person zu zahlen, falls diese am Ablaufstermine noch am Leben ist, beziehentlich das Ereigniß eintritt, für das die Versicherung geschlossen worden ist.

§ 64. Als Eintrittsgeld (§ 33) summe, mindestens aber 1 Mark 30 Pfennige, das Directorium ist berechtigt, außerdem eine Postengebühr und eine gesetzliche Stempelgebühr zu erheben.

§ 65. Die Versicherungen können nach den Tarifen der Gesellschaft mit Rückgewähr oder ohne Rückgewähr der Prämien geschlossen werden.

Bei Versicherungen mit Rückgewähr verfallen die gezahlten terminklichen Beiträge der Gesellschaft, wenn die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres sterben sollte. Erfolgt der Tod später und vor Beendigung der Versicherungsdauer, so werden die vom zweiten Versicherungsjahre ab gezahlten Beiträge unter Abzug von 6 Proc. und gegen Rückgabe des Versicherungs- oder Hinterlegungsscheines zurückgegeben. Bei geleisteter einmaliger Prämie werden nur 2 $\frac{1}{2}$ Proc. in Abzug gebracht.

Bei Versicherungen ohne Rückgewähr verbleiben die gezahlten Beiträge unter allen Umständen der Gesellschaft. Die über derartige Versicherungen ausgestellten Versicherungsscheine sind weder beilehungs- noch rückkaufsfähig.

§ 66. Die Auszahlung der Versicherungssumme erfolgt an der Casse der Gesellschaft gegen Rückgabe des Versicherungs- oder Hinterlegungsscheines, wenn die versicherte Person das für die Versicherung zu Grunde gelegte Alter erreicht hat und dieses legal nachweist, bez. das Ereigniß eingetreten ist, für das die Versicherung geschlossen wurde.

§ 67. Hinsichtlich Antragstellung, Nachversicherung, Verminderung, Annahme, Prämienzahlung, Umwandlung in beitragsfreie Police, Rückkauf und Beilehung kommen die §§ 33, 34, 35, 38, 39, und 41 der allgemeinen Versicherungsbedingungen in Anwendung.

Versicherungsbedingungen für die Krankenversicherung.

§ 68. Krankenversicherungen können nur mit Personen, die im Amtsgerichtsbezirk Leipzig ihren Wohnsitz haben, geschlossen werden. Verlegt ein Versicherter seinen Wohnsitz an einen Ort außerhalb dieses Bezirkes, so erlischt seine Versicherung, jedoch hat der Versicherte alsdann dieselben Ansprüche wie ein freiwillig Ausgeschiedener.

§ 69. Es können 3 bis 60 Mark wöchentliches Krankengeld von einer Person versichert werden.

§ 70. Als Eintrittsgeld (§ 33) ist zu zahlen 10 Proc. des versicherten wöchentlichen Krankengeldes, mindestens jedoch eine Mark.

§ 71. Für Krankheiten innerhalb der ersten drei Monate vom Tage der Ausstellung des Versicherungsscheines ab wird auf die Dauer der Krankheit kein Krankengeld gewährt.

§ 72. Für Krankheiten, die nach Ablauf der ersten 3 Monate vom Tage der Ausstellung des Versicherungsscheines beginnen, wird für ein und dieselbe Krankheit längstens 26 Wochen Krankengeld gezahlt und zwar

- a) bei Krankheiten mit völliger Erwerbsunfähigkeit 13 Wochen lang im vollen versicherten Betrage und weitere 13 Wochen zur Hälfte desselben,
- b) bei Krankheiten, die zwar ärztliche Behandlung, aber nicht völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, höchstens 13 Wochen lang die Hälfte des versicherten Betrages.

Die Krankheit bez. Erwerbsunfähigkeit ist durch Beibringung des Zeugnisses eines approbirten Arztes festzustellen, auch ist der Kranke bei Verlust seines Anspruchs auf Krankengeld zu wöchentlicher Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses auf seine Kosten verpflichtet.

Die Zahlung des Krankengeldes geschieht wöchentlich, die Berechnung desselben tageweise, wobei die Woche zu sieben Tagen gerechnet wird.

§ 73. Treten im Verlauf ein und derselben Krankheit eines Versicherten Unterbrechungen von kürzerer Dauer als einem Jahre ein, so sind die einzelnen Perioden der Krankheitsdauer, für die Krankengeld gezahlt worden ist, zu summiren und hört die Zahlung für eine solche Krankheit auf, wenn die Summe 26 Wochen erreicht hat, wobei die Bestimmungen des § 72 entsprechende Anwendung finden.

§ 74. Weibliche Personen, gleichviel, ob sie verheirathet sind oder nicht, erhalten innerhalb der ersten 8 Wochen nach der Niederkunft oder dem Eintritt der Fehlgeburt kein Krankengeld.

§ 75. Die Krankenversicherung erlischt mit Beendigung des 65. Lebensjahres des Versicherten.

Außerdem ist das Directorium berechtigt, in jedem Schadensfalle die Versicherung für den Ablauf der 26. Woche vom Tage des Beginns der den Fall verursachenden Krankheit zu kündigen. Die von Kündigung betroffenen Versicherten werden wie freiwillig Ausgeschiedene behandelt.

§ 76. Der Bezug des Krankengeldes beginnt mit dem Tage der Anmeldung, wenn sie noch vor Mittag 12 Uhr erfolgt, andern-

mit dem der Anmeldeung folgenden Tage und endigt mit dem -ge der Abmeldung.

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt gegen Quittung des Versicherten oder seines Ehegatten, oder seines gesetzlichen Vertreters.

§ 77. Alle Beiträge sind auch während der Krankheit fortzuzahlen.

§ 78. Wenn ein als krank und erwerbsunfähig bezeichneter Versicherter ohne schriftliche Erlaubniß des Arztes ausgeht, öffentliche Orte besucht, den Vorschriften des Arztes zuwiderhandelt, oder die vom Directorium verfügte Controle zu verhindern sucht, so verliert er in eine, dem einfachen Betrage des versicherten wöchentlichen Krankengeldes gleichkommenden Ordnungsstrafe.

Wer sich ferner vorzüglich oder durch schuldhafte Betheiligung bei Schlägerien oder Raufhändeln, durch Trunksüchtigkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen Krankheiten zugezogen hat, erhält nur den dritten Theil des versicherten Krankengeldes.

Verläßt ein Versicherter auf Anrathen des Arztes zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zeitweise seinen Wohnort, so erfolgt die Zahlung des Krankengeldes auf Kosten und Gefahr des Betreffenden. Dieser hat bei Verlust seines Anspruchs auf Krankengeld aller zwei Wochen ein ärztliches Zeugniß über den Verlauf der Krankheit kostenfrei einzuweisen.

§ 79. In allen Fällen ist dem Directorium gestattet, eine ärztliche Untersuchung des Kranken durch einen von ihm beauftragten Arzt vornehmen zu lassen. Erhebt der Betreffende gegen den auf Grund einer vertrauensärztlichen Untersuchung gefassten Beschluß des Directoriums innerhalb 4 Wochen vom Tage der Zufertigung desselben an gerechnet keine Klage (s. § 10), so begiebt er sich aller Einwendungen gegen den Beschluß.

§ 80. Für diejenigen Versicherten, die vor Inkrafttreten der gegenwärtigen Satzungen bereits bei der Gesellschaft mit Krankengeld versichert waren, gelten lediglich die in den früheren Statuten enthaltenen Bedingungen für die Krankenversicherung.

Invalilität- und Unfallversicherung.

§ 81. Personen, die mit der Gesellschaft eine Lebensversicherung abschließen, ist auf Antrag und gegen Zahlung der aus den Tarifen der Gesellschaft ersichtlichen Prämien und in Gemäßheit der Bestimmungen des Regulatives für Invalilitätsversicherungen im Falle einer vollkommenen oder theilweisen Invalilität die volle oder theilweise Befreiung von allen Beiträgen (Prämien) zu gewähren.

§ 82. Personen, die mit der Gesellschaft eine Lebensversicherung abschließen, kann gegen Verzicht auf Dividende und ohne weitere Prämienerrhöhung in Gemäßheit der Bestimmungen des Regulatives für Unfallversicherungen zugleich eine Versicherung gegen äußere Unfälle gewährt werden.

§ 83. Die Gesellschaft betreibt die Unfallversicherung nicht auf eigenes Risiko, sondern nimmt für diese bei deutschen Gesellschaften in vollem Umfange Rückdeckung.

Auflösung der Gesellschaft.

§ 84. Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt, wenn zu ihrem Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wird.

Die Auflösung der Gesellschaft kann durch Beschluß der Hauptversammlung erfolgen, wenn ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder oder wenn das Directorium oder der Aufsichtsrath dies beantragt.

§ 85. In der Hauptversammlung, die über den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft zu beschließen hat, müssen mindestens drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein. Zur Gültigkeit des Beschlusses auf Auflösung der Gesellschaft ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritttheilen der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

§ 86. Ist eine der im vorigen § erwähnten Hauptversammlungen um deswillen beschlußunfähig, weil die vorgeschriebene Anzahl von Mitgliedern nicht erschienen ist, so muß binnen Monatsfrist eine anderweite außerordentliche Hauptversammlung zusammenberufen werden, in der dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder Beschluß gefaßt werden kann. Auf die letztere Bestimmung ist in der Einladung aufmerksam zu machen.

§ 87. In allen Fällen muß, sobald die Auflösung beschlossen und von der zuständigen Behörde genehmigt worden ist, dies sofort dreimal in mindestens einmonatlichen Zwischenräumen im Deutschen Reichsanzeiger, in der Leipziger Zeitung und nach Ermessen des Directoriums auch in anderen Blättern bekannt gemacht und der Vermögensbestand der Gesellschaft festgestellt, auch die Ansprüche jedes einzelnen Mitgliedes an die zur Vertheilung kommende Masse nach den Grundsätzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung von einem vereideten Sachverständigen ermittelt werden.

Nach Prüfung und Richtigsprechung durch den Aufsichtsrath findet die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens statt, was nicht vor Ablauf von einem Jahre, vom Tage der dritten Bekanntmachung der Auflösung der Gesellschaft an gerechnet, geschehen darf.

Hat ein Mitglied drei Monate nach dieser Zeit seinen Antheil noch nicht erhoben, so wird dieser unter Beifügung eines Exemplares der Abrechnung auf Kosten und Gefahr des Empfängers bei dem Gerichte hinterlegt, wo die Gesellschaft ihren Gerichtsstand hat.

Abänderung der Satzungen.

§ 88. Zur Abänderung der Satzungen ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritttheilen der in der Hauptversammlung Anwesenden erforderlich.

Leipzig, den 4. Januar 1894.

Das Directorium der „Gegenseitigkeit“
Versicherungsgesellschaft von 1865.

Beilage A.

(Siehe § 4 u. 5.)

Alter.	Sterblich- keitstafel.	Wahrschein- lichkeit noch ein Jahr zu leben.	Krankheits- dauer in Tagen.	Wahrschein- lich invelid zu werden.	Alter.	Sterblich- keitstafel.	Wahrschein- lichkeit noch ein Jahr zu leben.	Krankheits- dauer in Tagen.	Wahrschein- lich invelid zu werden.	Alter.	Sterblich- keitstafel.	Wahrschein- lichkeit noch ein Jahr zu leben.	Krankheits- dauer in Tagen.	Wahrschein- lich invelid zu werden.	Alter.	Sterblich- keitstafel.	Wahrschein- lichkeit noch ein Jahr zu leben.	Krankheits- dauer in Tagen.	Wahrschein- lich invelid zu werden.
20	6415	0,99261	6,7174	0,00102	39	5415	0,98974	7,9314	0,00165	58	3838	0,96812	14,3582	0,02226	77	849	0,84844	57,0834	0,69308
21	6368	0,99261	6,5798	0,00102	40	5354	0,98939	7,9522	0,00178	59	3716	0,96526	15,7819	0,02654	78	720	0,83886	61,4667	0,83345
22	6321	0,99261	6,5183	0,00103	41	5292	0,98801	8,2733	0,00194	60	3588	0,96256	17,1143	0,03168	79	604	0,82776	65,0819	1,00000
23	6274	0,99261	6,4765	0,00103	42	5229	0,98748	8,4248	0,00213	61	3453	0,95989	18,4646	0,03786	80	500	0,81508	66,7644	
24	6228	0,99261	6,4603	0,00104	43	5163	0,98689	8,5554	0,00236	62	3315	0,95609	19,5975	0,04527	81	407	0,80945	73,0500	
25	6182	0,99232	6,4540	0,00105	44	5096	0,98619	8,733	0,00263	63	3169	0,95190	21,0383	0,05418	82	330	0,79429	78,4260	
26	6134	0,99202	6,5602	0,00106	45	5025	0,98542	8,9553	0,00296	64	3017	0,94724	21,9169	0,06489	83	262	0,77759	82,2489	
27	6085	0,99181	6,7281	0,00107	46	4952	0,98487	9,0630	0,00335	65	2858	0,94217	22,8208	0,07775	84	204	0,76940	86,0696	
28	6035	0,99161	6,8341	0,00109	47	4877	0,98449	9,4276	0,00383	66	2692	0,93713	24,1958	0,09319	85	155	0,73969	89,8918	
29	5985	0,99138	6,9088	0,00110	48	4801	0,98385	9,8492	0,00440	67	2523	0,93199	25,8923	0,11175	86	114	0,71781	93,7152	
30	5933	0,99115	6,9142	0,00113	49	4724	0,98299	10,3388	0,00508	68	2351	0,92621	27,3558	0,13404	87	82	0,69398	97,5371	
31	5881	0,99072	6,9648	0,00115	50	4643	0,98195	10,7021	0,00590	69	2178	0,91981	29,9771	0,16081	88	57	0,66887	101,3585	
32	5826	0,99042	6,9357	0,00118	51	4560	0,98093	11,2019	0,00689	70	2003	0,91279	33,2040	0,19298	89	38	0,64247	105,1817	
33	5770	0,99013	7,1287	0,00122	52	4473	0,97944	11,6348	0,00808	71	1829	0,90296	36,3748	0,23162	90	24	0,61477	109,0034	
34	5713	0,98981	7,2394	0,00126	53	4381	0,97775	11,8386	0,00950	72	1651	0,89452	40,2041	0,27808	91	15	0,59451	112,8262	
35	5655	0,98946	7,5657	0,00131	54	4283	0,97585	11,9366	0,01121	73	1477	0,88540	43,2733	0,33379	92	9	0,56459	116,6487	
36	5595	0,98930	7,6301	0,00138	55	4180	0,97371	12,3615	0,01327	74	1308	0,87567	46,2307	0,40077	93	5	0,53330	120,4703	
37	5536	0,98917	7,7378	0,00145	56	4070	0,97192	12,8186	0,01573	75	1145	0,86529	49,4550	0,48122	94	3	0,50065	124,2911	
38	5476	0,98899	7,7677	0,00154	57	3956	0,97022	13,3110	0,01870	76	991	0,85643	52,6963	0,57787	95	1	0,46656	128,1150	

Anmerkung. Nachweise über die vorstehenden Zahlen finden sich in mehreren von Dr. Freym verfaßten Abhandlungen, welche in dem Journal für Versicherungsweisen „Die Kundigen“, Jahrgang 1859, 1855, 1856 und 1859 enthalten sind.

Amtsblatt

**der Königl.ichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.**

Stück 29.

Den 20. Juli

1894.

Bekanntmachungen der Königl.ichen Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1891.

13. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl.ichen Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

17. August Meyenburg,

18. „ Kyritz.

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseker und Klopbenstie, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgesehrtten Pferde feststellen zu können, sind die Decksteine resp. Füllsteine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppieren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorfindenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium.

Remontierungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

10. An Stelle des verstorbenen Gutsbesizers Pet b in Raddusch ist der Amtsvorsteher Stöhr zu Sedlig zum Provinziallandtagsabgeordneten des Kreises Calan gewählt worden. Solches wird gemäß § 21 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1873 hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 9. Juli 1894.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Regierungs-Präsidenten.

Die bei den größeren Truppenabtheilungen fungirenden
Gendarmen-Patrouillen.

158. Der von der Stellung und den Befugnissen der Gendarmen-Patrouillen bei größeren Truppenabtheilungen handelnde § 4 des Anhangs zu der durch Allerhöchste Ordre vom 10. Juni 1890 genehmigten Feldgendarmen-Ordnung, welcher lautet:

§ 4. Stellung und Befugnisse.

Landgendarmen.

1) In den Befugnissen der zu den Manövern herangezogenen Landgendarmen tritt durch das Kommando eine Aenderung nicht ein.

Mannschaften.

2) Den von den Truppen kommandirten Begleitmannschaften wird die Befugnis beigelegt, in Ausübung ihres Dienstes, wie die Wachen, Zivilpersonen vorläufig festzunehmen, welche

a. den Anordnungen der Mitglieder der Gendarmen-Patrouille thätlich sich widersetzen oder sonst keine Folge leisten,

b. sich der Beleidigung gegen die Mitglieder der Gendarmen-Patrouille schuldig machen, falls die Persönlichkeit des Beleidigers nicht sofort festgestellt werden kann.

3) Militäirpersonen gegenüber haben die Begleitmannschaften in Ausübung des Dienstes die Befugnisse eines Wachthabenden.

4) Wachen marschirende Truppenbagagen (§ 3) das Einschreiten der Gendarmen-Patrouille zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich, so ist dies dem Führer der Bagage bzw. dessen Stellvertreter anzuzeigen.

Stellt derselbe die ihm sandgegebenen Unregelmäßigkeiten nicht ab, so darf die Patrouille doch ihre Dienstgewalt gegen die ersteren unterstellten Personen

nicht geltend machen, und übernimmt dann der Führer die Verantwortung. Die Patrouille macht also dann dem etwa vorhandenen Gendarmerie-Offizier oder Oberwachmeister, andernfalls unmittelbar dem Leitenden des Manövers über den Vorfall Meldung.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Derselbe ist an die Stelle des § 9 der Instruktion vom 8. Mai 1883 — vergl. Amtsblatt von 1883 Seite 266 — getreten.

Potsdam, den 25. August 1890.

Der Regierungs-Präsident.

Wahlbezirks-Grenzbildung betreffend.

139. Der Bezirksauschuß hieselbst hat in der Sitzung am 14. September v. J. beschloffen, die folgenden Grundstücke des Gutsbezirks Meyenburg, nämlich: Kartenblatt 2 Parzellen N^o 18, 17, 22, 23, 24, 25, 26, 21, 20, 111/31, 112/32, 113/33, 110/30, 19, 98/37, 101/37, 102/37, 75/35, 115/35, 116/35, 117/36, 118/36, 119/35, 120/35, 121/36, 106/36, 107/35, 108/34, 122/35, 123/50, 125/37, 127/37, 12, Kartenblatt 7 Parzellen N^o 177/14, 180/16, 176/14, 179/16, 175/14, 178/14, 15, 181/16, 17, 18, Kartenblatt 9 Parzellen N^o 962/530, 973/804, 974/804, 1002/804, Kartenblatt 2 Parzellen N^o 126/37 und 128/37, letztere beiden dem Rittmeister von Rohr-Wahlen-Zürgaß zu Demmin und dem Rittergutsbesitzer von Rohr-Wahlen-Zürgaß zu Vergsfeld gehörig, von zusammen 1 ha 39 ar 88 qm Größe (Grundbuch Band II. Bl. 6),

von dem Gutsbezirk Meyenburg abzutrennen und mit dem Bezirke der Stadt Meyenburg zu vereinigen.

Potsdam, den 7. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

160. Der Ingenieur Ferdinand Kampf zu Halle a. Saale ist zum Beauftragten der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft für die Sektion VI. ernannt worden.

Potsdam, den 14. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Warnung vor Verleitung zur Auswanderung.

161. Nach einer Mittheilung des Herrn Reichs-Sanglers (Auswärtiges Amt, Kolonial-Abtheilung) versucht der am 26. Januar 1872 in Bruchmühlen geborene Handlungsgehilfe Louis Weber, welcher sich z. Zt. ohne feste Beschäftigung im Haushalte seines Vaters, des Tischlergehilfen Karl Weber, in Hannover aufhält, keine größere Anzahl von Personen der verschiedensten Berufsarten zur Auswanderung, insbesondere nach den Deutschen Schutzgebieten zu veranlassen.

Der Genannte hatte sich zunächst an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft gewendet, von dieser aber den Bescheid erhalten, daß die Voraussetzungen für die Verwirklichung seines Planes in Ostafrika nicht gegeben seien. Ueberdies ist Weber nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen für das von ihm beabsichtigte Unternehmen gänzlich ungeeignet.

Da es sich um eine offenbar ohne Genehmigung erfolgende Aufforderung zur Auswanderung handelt, auch die Möglichkeit vorliegt, daß der zc. Weber dritte Personen absichtlich oder unabsichtlich in ihrem Vermögen schädigt, so wird dies hiermit hiernächst zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 16. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verichtigung.

162. In der im Extrablatt zum Amtsblatt vom 1ten v. M. veröffentlichten Polizeiverordnung vom 31. Mai d. J. muß es unter Anlage B, in dem auf Mariendorf bezüglichen Absatz unter h. 3 statt „dem Grüneberger Wege“ heißen: „dem Schöneberger Wege“.

Potsdam, den 12. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.
Bekanntmachung.

47. Der zu Brüssel unter der Firma Compagnie Internationale des Wagons-lits et des Grands Express Européens ist von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe am 30. Mai 1894 die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen erteilt worden.

Nachstehend bringe ich diese Erlaubniß, sowie einen Auszug aus den Statuten der Gesellschaft zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 25. Juni 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Der zu Brüssel unter der Firma Compagnie Internationale des Wagons-lits et des Grands Express Européens bestehende Actiengesellschaft wird die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen auf Grund des § 18 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 (R.-G.-Bl. S. 177 ff.)) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

- 1) Die Erlaubniß und ein von dem Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin festzustellender Auszug des Statuts und etwaige Aenderungen der in diesem Auszuge enthaltenen Bestimmungen sind auf Kosten der Gesellschaft in dem Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in deutscher Uebersetzung zu öffentlicher Kenntniß zu bringen.
- 2) Von jeder Aenderung oder Ergänzung des Statuts ist dem Königl. Preussischen Minister für Handel und Gewerbe sofort Anzeige zu erstatten.
- 3) In allen Prospekten und Bekanntmachungen der Gesellschaft ist als Gesellschaftsvermögen und Grundkapital nur das wirklich gezeichnete Actienkapital aufzuführen.
- 4) Die Gesellschaft ist verpflichtet, in Berlin eine Zweigniederlassung mit einem Geschäftsführer und

cinem dort ansässigen General-Bevollmächtigten zu begründen und von diesem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Unterthanen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jenes Orts als Beklagte Recht zu nehmen.

5) Dem Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin ist in den ersten vier Monaten jedes Geschäftsjahrs a. der allgemeine Rechnungsabschluss der Gesellschaft,

b. ein besonderer Rechnungsabschluss der Preussischen Geschäftsniederlassung, in welcher das in Preußen befindliche Vermögen abgesondert von dem übrigen Vermögen nachzuweisen ist, einzureichen.

6) Dem genannten Königl. Polizeipräsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundzüge für die Aufstellung des besonderen Rechnungsabschlusses festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Eintragungen zu verlangen.

7) Der General-Bevollmächtigte hat sich auf Erfordern des Königl. Polizeipräsidenten zu Berlin zum Vortheile sämmtlicher Preussischer Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit des eingereichten besonderen Rechnungsabschlusses einzusehen.

8) Die Erlaubnis kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, nach dem Ermessen der Königl. Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

9) Die Befugnis zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird nicht schon durch diese Erlaubnis, sondern erst durch besondere, in jedem einzelnen Falle nachzusuchende landesherrliche Genehmigung erlangt.

Berlin, den 30. Mai 1894.

(Siegel.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung gez. Volkmann.
Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die zu Brüssel unter der Firma Compagnie Internationale des Wagons-lits et des Grands Express Européens bestehende Actiengesellschaft.

A. 2434.

Internationale Gesellschaft

Schlafwagen

und für die

großen europäischen Expreszüge.

(Actien-Gesellschaft.)

Statutenauszug.

Erster Artikel.

„Es wird zwischen den Besitzern der nachstehend geschaffenen Actien eine Actien-Gesellschaft gebildet, welche zum Gegenstande hat:

„A. Den Betrieb der Schlafwagen, der Salonwagen, der Restaurationswagen auf den Eisenbahnen;“

„B. Den Bau und den Ankauf des rollenden Materials und alles dessen, was sich darauf bezieht;“

„C. Die Verwerthung aller auf dieses Material bezüglichen Erfindungs- oder Verbesserungs-Patente;“

„D. Die Auffuchung und Verwerthung alles dessen, was die Bequemlichkeit der Reisenden erhöhen und ihre Beförderung zu Wasser und zu Lande erleichtern kann;“

„E. Die administrative und finanzielle Mitwirkung bei allen Reise-Unternehmungen; jedem Betriebe von Hotels oder anderen ähnlichen Unternehmungen im Zusammenhange mit der Entwicklung der Purns-Einrichtungen der Gesellschaft.“

Die Gesellschaft nimmt den Titel: „Internationale Gesellschaft für Schlafwagen und für die großen europäischen Expreszüge“ an.

Sie hat ihren Sitz in Brüssel.

Artikel 4.

Die Dauer der Gesellschaft wird auf dreißig Jahre, von dem Tage ihrer Begründung (4. Dezember 1876) an gerechnet, festgesetzt.

Diese Dauer soll allmählich in den für die Statuten-Änderungen vorgeschriebenen Formen verlängert werden können.

Artikel 5.

„Das gegenwärtige Gesellschaftskapital beträgt 10 Millionen Francs und zerfällt in 20000 gezeichnete und voll eingezahlte Actien zu 500 Francs.“

„Der Verwaltungsrath ist schon jetzt ermächtigt, das Gesellschaftskapital um 10000 neue Actien zu 500 Francs zu erhöhen, welche zu denselben Zeitpunkten und unter denselben Bedingungen auszugeben sind, welche er für die den Interessen der Gesellschaft günstigsten erachten wird, mit dem Vorbehalte, bei der Ausgabe den Actionären eine Frist von wenigstens acht Tagen zu lassen, um sich über die Ausübung ihres Vorrangs-Rechtes zu erklären.“

„Die Actien können durch Beschluß des Verwaltungsrathes in Abschnitte zu 250 Francs und zu 125 Francs eingetheilt werden, welche in hinreichender Zahl vereinigt, dieselben Rechte wie die Actien verleihen.“

Artikel 7.

Die Actien sind auf den Namen oder auf den Inhaber lautende; sie bleiben auf den Namen lautende bis zu ihrer gänzlichen Vollzahlung.

Artikel 13.

Die Lage des Gesellschaftskapitals soll im Anschlusse an die jährliche Bilanz veröffentlicht werden.

Sie soll umfassen:

Die Angabe der bewirkten Einzahlungen;

Das Verzeichniß der Actionäre, welche ihre Actien nicht vollständig eingezahlt haben werden, nebst Angabe der Summen, welche sie noch schuldig sein werden.

Dieses Verzeichniß soll auf Veranlassung des Verwaltungsrathes in den durch das Gesetz vom 18. Mai 1873 vorgezeichneten Formen und Fristen veröffentlicht werden; in Ermangelung dieser Veröffentlichung sollen die in diesem Verzeichniß festgestellten Abtheilungen oder Veränderungen britten Personen nicht entgegengehalten werden dürfen.

Artikel 16.

Die Gesellschaft wird von einem Rathe verwaltet, welcher mindestens aus sieben Mitgliedern und höchstens aus fünfzehn Mitgliedern besteht; sie weilen von der General-Versammlung, welche ihre Anzahl innerhalb der vorstehend angegebenen Grenzen festlegt, ernannt und abgesetzt.

Artikel 19.

„Der Verwaltungsrath wählt seinen Präsidenten und einen oder zwei Vice-Präsidenten aus seiner Mitte.“

Artikel 20.

Der Verwaltungsrath tritt wenigstens ein Mal alle drei Monate zusammen. Er kann nur gültig beschließen, wenn wenigstens fünf Mitglieder der Sitzung beizuhören.

Artikel 22.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrathes ist gehalten, 100 Aktien als Bürgschaft für seine Verwaltung mit Verzugrecht zu bestimmen.

Artikel 26.

„Der Verwaltungsrath kann einem oder mehreren Ausschüssen die Sorge anvertrauen, sich specieller mit den laufenden Geschäften der Gesellschaft zu beschäftigen, und ihnen ein Theil seiner Vollmachten übertragen.“

Artikel 27.

Der General-Direktor ist mit der täglichen Führung der Geschäfte der Gesellschaft beauftragt. Er führt die Beschlüsse des Verwaltungsrathes und des Ausschusses aus; er wohnt ihren Sitzungen bei und unterbreitet ihnen alle Vorschläge, welche er im gemeinsamen Interesse für nützlich hält.

Er unterschreibt den Briefwechsel und die Schriftstücke, welche von der Gesellschaft ausgehen.

Er erneuert und setzt ab die Angestellten jedes Grades und bestimmt ihre Befugnisse.

Die Gehälter der Angestellten und die ihnen anzuweisenden Gratifikationen werden von dem Verwaltungsrathe auf den Vorschlag des General-Direktors festgesetzt.

Artikel 28.

Der General-Direktor wird im Falle der Behinderung von einem Mitgliede des Verwaltungsrathes vertreten.

Artikel 29.

Der Verwaltungsrath bestimmt, wenn Veranlassung dazu vorliegt, die Beschaffenheit und die Höhe der von dem General-Direktor zu stellenden Kaution.

Artikel 30.

Die Ueberwachung der Gesellschaft wird drei aus den Theilhabern gewählten und von der General-Versammlung ernannten Kommissarien anvertraut.

Artikel 31.

Die Kommissarien haben ein uneingeschränktes Kontroll- und Ueberwachungsrecht über alle Unternehmungen der Gesellschaft. Sie können ohne Entnahme der Bücher von dem Briefwechsel, den Protokollen und im Allgemeinen von allen Schriftstücken der Gesellschaft Kenntniß nehmen.

Es wird ihnen jedes Halbjahr von der Verwaltung eine Uebersicht übergeben, welche die aktive und passive Lage zusammenfaßt.

Die Kommissarien müssen der General-Versammlung das Ergebnis ihres Auftrages nebst den Vorschlägen, welche sie für geeignet erachten, unterbreiten und ihr von der Art und Weise Kenntniß geben, wie sie die Inventuren kontrollirt haben.

Artikel 33.

Die General-Versammlung der Aktionäre hat die ausgetheulten Vollmachten, um die Akte, welche die Gesellschaft interessieren, auszuführen oder zu bestätigen.

Artikel 34.

Es wird jedes Jahr zu Brüssel am Dritten Dienstag des Monats April, um 11 Uhr Mittags, eine ordentliche General-Versammlung abgehalten. Die General-Versammlung tritt außerdem außerordentlich auf Einberufung des Verwaltungsrathes oder des Ueberwachungsathes zusammen. Diese Kollegien sind gehalten, sie auf das Verlangen von Aktionären, welche ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, einzuberufen.

Artikel 35.

Die Einberufungen für jede General-Versammlung enthalten die Tagesordnung und werden durch Ankündigungen bewirkt, welche in einem Zwischenraume von wenigstens acht Tagen und das zweite Mal wenigstens acht Tage vor dem Zusammentritte, in den Moniteur belge, in eine Brüsseler Zeitung und eine Londoner Zeitung eingerückt werden. Endschreiben sollen außerdem acht Tage vor der Versammlung an die Aktionäre namentlich gesandt werden, aber ohne daß die Erfüllung dieser Formlichkeit nachgewiesen werden muß.

Wenn alle Aktien auf den Namen lautende sind, so können die Einberufungen allein durch eingeschriebene Briefe bewirkt werden.

Artikel 36.

Um zu den General-Versammlungen zugelassen zu werden, müssen die Besitzer von Aktien auf den Inhaber wenigstens sechs Tage vor dem Zusammentreten dem General-Direktor die Anzahl und die Nummern ihrer Aktien bekannt geben. Sie müssen außerdem am Tage der Versammlung mit ihren Aktien oder mit einem von dem General-Direktor oder von einem von dem Verwaltungsrathe bezeichneten Bankier ausgestellten Empfangsschein über die Hinterlegung versehen sein.

Die Besitzer von auf den Namen lautenden Aktien haben das Recht, der General-Versammlung

beizuwohnen, in dem sie wenigstens sechs Tage vor der Versammlung nachweisen, daß ihre Stücke auf ihren Namen eingetragen sind.

Artikel 37.

Jeder Actionär hat das Recht zu stimmen. Er besitzet eben so viel Stimmen als Aktien. Jedoch darf er an der Abstimmung nicht für eine Anzahl von Aktien Theil nehmen, welche den fünften Theil der Zahl der ausgegebenen Aktien oder drei Fünftel der Aktien, für welche an der Abstimmung Theil genommen wird, übersteigt.

Jeder Actionär kann durch einen aus den Actionären zu wählenden Bevollmächtigten stimmen.

Artikel 38.

Mit Ausnahme dessen, was im Artikel 46 für die ~~Erwidern~~ ~~Änderungen~~ angegeben ist, werden die Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen gefaßt. Die Protokolle werden von dem Präsidenten und den Stimmgählern unterschrieben.

Artikel 41.

Jedes Jahr, am 31. Dezember, nimmt die Verwaltung eine Inventur auf, welche die Angabe der wesentlichen und unbetheglichen Werthe und aller aktiven und passiven Forderungen der Gesellschaft nebst einer alle ihre Verpflichtungen kurz zusammengefaßt enthaltenden Anlage umfaßt.

Die Verwaltung stellt die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Conto auf, in denen die erforderlichen Abscheidungen vorgenommen sind.

Sie übergiebt die Schriftstücke nebst einem Berichte über die Unternehmungen der Gesellschaft einen Monat vor der nächsten General-Versammlung den Kommissarien, welche einen ihre Vorschläge enthaltenden Bericht erstatten müssen.

Artikel 42.

Vierzehn Tage vor der General-Versammlung werden die Bilanz, das Gewinn- und Verlust-Conto ebenso wie die Liste der Actionäre auf ihren Namen, welche die Anzahl ihrer Aktien und ihren Wohnort angiebt, am Siege der Gesellschaft zur Einsicht für die Actionäre angesetzt.

Die Bilanz und das Conto werden den Actionären auf ihren Namen zu gleicher Zeit wie die Einkerbung ebenso wie der Bericht der Kommissarien, wenn er nicht die vollständige Annahme der Bilanz beauftragt, übersandt.

Artikel 44.

Die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Conto sollen innerhalb vierzehn Tage nach ihrer Genehmigung auf Kosten der Gesellschaft und auf Veranlassung der Mitglieder des Verwaltungsrathes in der durch den Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Mai 1873 bestimmten Form veröffentlicht werden.

Artikel 45.

Der nach Abzug der Abschreibung und aller gesellschaftlichen Kosten in der Bilanz angegebene Reingewinn soll auf folgende Weise vertheilt werden:

A. 10 % für die Bildung eines Reservesfonds; diese Verwahrung soll aufhören, obligatorisch zu sein,

wenn er den zehnten Theil des gezeichneten Gesellschaftskapitals erreicht haben wird, und so lange er sich auf dieser Höhe erhalten wird.

B. 7 1/2 % für den Verwaltungsrath;

C. 2 1/2 % für den General-Direktor;

D. 80 % für die Actionäre als Dividende, nach Abrechnung der Bezüge, welche den Kommissarien von der General-Versammlung gewährt sind.

Die Dividende soll unter die Actionäre nach dem Verhältnisse der auf die Aktien geleisteten Einzahlungen vertheilt werden.

Jedoch ist der Verwaltungsrath nach der Veröffentlichung einer provisorischen Bilanz, welche die sechs ersten Monate des Geschäftsjahres umfaßt, ermächtigt, von den bis zum 30. Juni erzielten Gewinnen eine Abschlagszahlung auf die jährliche Dividende zu vertheilen. Diese Abschlagszahlung soll nicht mehr als 12 Fr. 50 auf die Actie zu 500 Francs d. h. 5 % Zinsen jährlich für das Halbjahr übersteigen dürfen.

Artikel 46.

Die General-Versammlung hat das Recht, Änderungen an den Statuten vorzunehmen, aber ohne den wesentlichen Gegenstand der Gesellschaft ändern zu dürfen.

Wenn es sich darum handelt, über Statuten-Änderungen zu beraten, so ist die Versammlung nur gültig konstituiert, wenn diejenigen, welche der Versammlung beizuwohnen, wenigstens zwei Drittel des Gesellschaftskapitals vertreten. Wenn diese letztere Bedingung nicht erfüllt ist, so soll eine neue Einberufung erforderlich sein, und die neue Versammlung wird gültig beschließen, welches auch der Theil des in der Versammlung vertretenen Kapitals sein mag. Keine Änderung ist angenommen, wenn sie nicht drei Viertel der Stimmen vereinigt.

Artikel 48.

Die Gesellschaft soll nach Ablauf des von dem Artikel 4 festgesetzten Termins außer in dem in demselben Artikel vorgezeichneten Falle der Verlängerung aufgelöst werden.

Artikel 49.

Im Falle des Verlustes der Hälfte des Gesellschaftskapitals sind die Mitglieder des Verwaltungsrathes gehalten, die General-Versammlung einzuberufen und ihre die Frage der Auflösung der Gesellschaft zu unterbreiten.

Wenn der Verlust drei Viertel des Kapitals erreicht, so soll die Auflösung von den ein Viertel der in der Versammlung vertretenen Aktien besitzenden Actionären ausgesprochen werden können.

Die Auflösung muß auf Verlangen jedes Theilhabers ausgesprochen werden, wenn sechs Monate seit dem Zeitpunkte verfloßen sind, wo die Zahl der Theilhaber auf weniger als sieben herabgesunken ist.

Artikel 51.

Auf allen von der Gesellschaft ausgehenden Akten, Rechnungen, Anzeigen, Veröffentlichungen und anderen Schriftstücken sollen den Benennung der Gesellschaft unmittelbar folgende, leserlich und vollständig

ausgeschiedene Worte: „Anonyme Gesellschaft“ vorangehen oder folgen.

Wenn diese Schriftstücke das Gesellschafts-Kapital angeben, so wird dieses Kapital dasjenige sein müssen, welches sich aus der letzten Bilanz ergibt.

Artikel 53.

Im Falle einer Streitigkeit soll jeder Aktionär gehalten sein, in Brüssel Wohnsitz zu erwählen, und im Falle, daß er dies nicht thut, sollen alle Vorladungen und Benachrichtigungen gültig im Bureau des Procurators des Königs bewirkt sein.

Diese Wahl des Wohnsitzes zieht Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit der zuständigen Gerichte zu Brüssel nach sich.

Bekanntmachung.

48. Nachdem zu meiner Kenntniß gekommen ist, daß von auswärtigen Firmen ein Kunstprodukt von Zeitsäse, aus Magermilch unter Zusatz von Fetten, welche der Milch fremd sind, hergestellt, hierorts häufiger in den Verkehr gebracht wird, mache ich das handelstreibende Publikum darauf aufmerksam, daß derartige Zubereitungen nur unter dem Namen Margarinekäse, Kunstkäse oder unter ähnlichen, keinen Irrthum erregenden, Namen verkauft oder feilgehalten werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Gesetzes vom 14. Mai 1879, bestraft. Berlin, den 7. Juli 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

48. Diesenigen Personen, welche noch in diesem Jahre Anschluß an eine der Stadt-Fernsprech-Einrichtungen in Brandenburg (Havel), Cöpenitz, Eberowalde, Friedrichshagen, Gr. Lichterfelde, Grünau (Mark), Liepe (Oder), Ludwigsfelde, Neuruppin, Nowawes-Neuendorf, Oderberg (Mark), Dranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber bis Ende Juli an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte — für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst — zu richten. Später eingehende Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1895 berücksichtigt werden.

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 7. Juli 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

23. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht,

daß dem Major a. D. Bernhard von Praun zu Braunschweig, Steinthor 3, wohnhaft, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe von 1880

Lit. D. Nr. 124749 über 500 M. angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herzoglich Braunschweigischen Oberförster an D. A. von Praun zu Helmstedt anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 6. Juli 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

14. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird am 24. August d. J., Vormittags 10 Uhr in unserem Geschäftslokale, Klosterstraße Nr. 76 hiersebst, die Austoosung von 3 1/2 proc. Rentenbriefen unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 10. Juli 1894.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Berlin.

31. Vom 1. Oktober d. J. gelangen die Arbeiter-Rückfahrkarten von Ferdinandshof nach Berlin Stett. Vbf., von Ferdinandshof nach Stralsund Vbf., von Finkenbeerd nach Berlin Schles. Vbf., von Fürstenberg a. D. nach Berlin Schles. Vbf., von Jagnitz nach Berlin Stett. Vbf., von Pirschow nach Berlin Stettiner oder Schles. Vbf., über Eberowalde oder Werbig, von Müllrose nach Berlin Schles. Vbf., von Neubrandenburg nach Berlin Stett. Vbf., von Neuzelle nach Berlin Schles. Vbf., von Radbusch nach Berlin Görl. oder Schles. Vbf., von Schwiebus nach Berlin Stadtbahn, von Schwedt a. D. nach Berlin Stett. Vbf., von Stralsund Vbf. nach Stettin, von Tantow nach Berlin Stett. Vbf., von Wellmig nach Berlin Schles. Vbf., nicht mehr zur Herausgabe.

Berlin, den 10. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

32. Insofern im Binnen-Verkehr der Deutschen Eisenbahnen, sowie im Wechsel-Verkehr derselben unter einander und mit den auf deutschem Gebiete belegenen Stationen der Niederländischen Bahnen die Artikel „Rüben des Spezialtarifs III. (in einzelnen Verkehren nur Zuckerrüben), sowie Schnitz (gebörrte und getrocknete) ausgenommen),

Schneidabfälle und Köpfe davon, auch Pressrückstände der Rübenzuckererzeugung" dem Ausnahme-Tarife für bestimmte geringwerthige Massenartikel (Rohstoff-Ausnahme-Tarif) angehören, teilt für diese Verlehrs und die bezeichneten Artikel die nachfolgend angeführte anderweitige Frachtberechnung vom 1. September 1894 ab in Kraft:

„Der Frachtberechnung nach den Sätzen dieses Ausnahmetarifs wird für die vorstehend benannten Artikel bei Verwendung von Wagen mit mindestens 15 t Ladegewicht das Ladegewicht der gestellten Wagen und bei Verwendung von Wagen mit weniger als 15 t Ladegewicht das wirklich verladene Gewicht, mindestens aber 10 t für jeden Wagen zu Grunde gelegt.

Stellt sich indess bei Verwendung von Wagen mit mindestens 15 t Ladegewicht das Ladegewicht der Wagen niedriger als das wirklich verladene Gewicht, so

wird die Fracht des Ausnahmetarifs für das letztere berechnet.

Ergiebt die Berechnung für das wirkliche Gewicht der Sendung nach den Bestimmungen und zu den Sätzen des Spezialtarifs III. eine niedrigere Fracht, so wird nur diese erhoben.“

Die vorstehende Frachtberechnung tritt nicht in Kraft bezüglich des Verkehrs mit der Buttha-Muplaer, Almenau-Großbreitenbacher, Hohenebra-Ebelebener, Arnstadt-Zehershausen und Weimar-Verka-Blankenhainer Eisenbahn, sowie im Binnen-Verkehr der Großherzoglich Mecklenburgischen Friedrich Franz Eisenbahn. Der Verkehr mit der Ostpreussischen Südbahn ist in die gegenwärtige Bekanntmachung nicht mit eingeschlossen.

Berlin, den 2. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion,
zugleich Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

16.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschusse des Kreises Magdeburg-Stadtbezirk genehmigten Gemeindeforts-Veränderungen.

Datum der Genehmigung	Ort	Besitzer	Veränderung des Grundstücks		Bemerkungen		
			jetzigen	künftigen	Größe des Grundstücks in ha a qm		
16. Dezbr. 1893.	Postelle	Büchner Johann	Krügerodorf, Gem.	Schneberg, Gem.	—	15	—
9. Februar 1894.	Ader	Korffshaus.	Gutsbezirk Königl. Forst Colpin.	Gemeinde Colpin.	1	59	86
		Halbkossath Gustav Ringl-Colpin.	Gemeinde Colpin.	Gutsbezirk Königl. Forst Colpin.	—	79	93
		Wasserbauverwaltung Fürstenthale.	Gutsbezirk Stadtfors Fürstenthale.	Gemeinde Braunsdorf.	3	37	09
			Gemeinde Braunsdorf.		—	30	21

Magdeburg, den 9. Juli 1894.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

17. Die Aufnahme der in dem Auszuge aus den vorläufigen Fortschreibungs-Verhandlungen des Gutsbezirks Magdeburg unter Kartenblatt 2 Nr. 63/50 verzeichneten zum Gutsbezirk Magdeburg gehörigen Parzelle von 2 ar 50 qm Größe in den Gemeindebezirk Magdeburg ist von uns genehmigt worden.

Magdeburg, den 28. Juni 1894.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Osthavelland.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die durch die Pensionierung des Strommeisters Burghardt zu Möblich frei gewordene Strommeister-Stelle ist vom 1. Juli d. J. ab dem Strommeister Vindecke zu Torgau übertragen.

Magdeburg, den 28. Juni 1894.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Die Elbbrücke bei Hämerten betreffend.

Die Elbbrücke bei Hämerten erhält zwischen den Pfeilern 13/15 an Stelle der jetzigen Drehbrücke einen festen eisernen Unterbau. Mit dem am 15ten k. M. beginnenden Umbau hört der Betrieb der Drehbrücke auf und es können von da ab Fahrzeuge nicht mehr mit stehendem Maste die Brücke passieren.

Magdeburg, den 30. Juni 1894.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Bekanntmachung.

Behufs Neubaus des Ueberschallwehres in der Winose bei Oppeln wird mit Beginn des Monats August dieses Jahres die Winose für die durchgehende Schiffsahrt gesperrt und letztere durch die neu erbaute Schleuse bei Oppeln geleitet werden.

Wegen der anfänglich nothwendigen Senkung des

Vor Beginn der Sperrung der Winde werden: Der Ober-Präsident, Chef der Oberstrombauverwaltung.

für die Land-Feuer-Societät der Amtmark Brandenburg, des Markgrafthums Niederlausitz und der Districte Jüterbog und Borsig für das I. Halbjahr 1894.

a. Vergütungsgeſelder für Immobilien Brandſchäden inkl. Abſchätzungskosten	558390	Dr. 83	Pf.
b. beſgl. " Mobilien	23902	" 79	"
c. Spritzen-Prämien	9451	" —	"
d. Waſſerwagen-Prämien	2875	" —	"
e. Pertinenzſchaden-Vergütungen	6572	" 30	"
f. Verwaltungskosten	61185	" 62	"
g. Extraordinarien	16475	" 44	"
Summa	678852	Dr. 98	Pf.

a. die Beiträge der Mobiliar-Versicherten pro I. Semester 1894	40798	fl.	62	pf.
b. an Zinsen	5421	„	30	„
c. außerordentlichen Einnahmen	1544	„	75	„

Zusammen	56764	67
ungen bleiben	622088	Mr. 31 Pl.

I. Klasse	6	für 100 M. Versicherung
II. "	12	
III. "	42	
IV. "	72	

I. Klasse von	345032775	Dr.	Verfürungskapital	207019	Dr.	67	Pr.
II. „	132860600	„	„	159432	„	72	„
III. „	61414250	„	„	257939	„	85	„
IV. „	226525	„	„	1630	„	98	„

Zusammen von 539534150 M. Versicherungskapital 626023 M. 22 Pf.,

also gegen obige Bedarfssumme von	622088	31
mehr	3934	Mr. 91 Pf.

welcher Betrag gemäß § 132 des Reglements vom 15. Januar 1855 in der Fassung des XXI. Nachtrags den Societäts-Mitgliedern „als Guthaben zu Beitrags-Ausgleichungen“ verbleibt.

Die Societäts-Genossen werden hierdurch veranlaßt, die von ihnen zu leistenden Beiträge nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der Kreis-Feuer-Societäts-Direktionen bzw. der Ortsheber ungesäumt zu entrichten.

Berlin, den 16. Juli 1894.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausig.

1. Name des Verurtheilten	2. Name und Stand des Ausgewiesenen	3. Alter und Heimath	4. Grund der Verurtheilung	5. Befehle, welche die Ausweisung beinhalten lat.	6. Datum des Ausweisungs-Beschlusses

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Josef Zejskal, Glasmacher,	geboren am 3. März verurtheilter schwerer Dieb- 1863 zu Milau bei Stabl (1 Jahr 3 Mo Neustadt, Mähren, ortd- angehörig zu Begnob- Mesec, Bezirk Chote- bor, Böhmen,	Königlich Sächsisches Kreishauptmann- nate Zuchthaus laut schäfst Dresden, Erkenntniß vom 27 ten Januar 1893),	17. Mai 1894.
---	-------------------------------	--	---	------------------

Zugl. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Uebere, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
2	Rudolf Richter, Bierbrauer,	geboren am 20. April 1861 zu Wien,	Vandstreichen und Ge- brauch eines gefälschten Legitimationspapierses,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	31. Mai 1894.
3	Josef Rietchel, Koch,	geboren am 10. April 1874 zu Haida, Bezirk Böhmischo-Tepla, Böh- men, ortsangehörig ebendasselbst,	Vandeln, gegen die Staatsgewalt,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	16. Mai 1894.
4	Johann Echartel, Maurer,	geboren am 19. Sep- tember 1836 zu Höp- tan, Bezirk Schönberg, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	Vandeln und Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	1. Juni 1894.
5	Friedrich Anton Schmidt, Schlossergehelfe,	geboren am 14. Juni 1863 zu Winger, Luxem- burg, luxemburgischer Staatsangehöriger,	Vandeln,	Herzoglich sächsisches Landrathsamt zu Go- burg,	2. Juni 1894.
6	Robert Wagner, Arbeiter,	geboren am 10. Oktober 1869 zu Biela, Be- zirk Teischn, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	Vandstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	1. Juni 1894.
7	Leopold Waldhauser, Erbarbeiter,	geboren am 15. Novem- ber 1863 zu Silber- berg, Bezirk Mattau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	Vandstreichen u. Vandeln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Brud,	25. Mai 1894.
8	Johann Eblan, Schleifer,	geboren am 1. Novem- ber 1850 zu Wexan, Bez. Strakonitz, Böh- men, ortsangehörig ebendasselbst,	Vandeln und Ge- brauch falscher Legitimations- Papiere,	Königlich Sächsische Kreisbauhau- schaft Zwickau,	8. Mai 1894.
9	Karl Netter, Schreiber,	geboren am 31. Oktober 1857 zu Tyrnau (Ra- gy-Szombat), Komitat Pestburg (Pozsony), Ungarn, ortsangehörig zu Jdris, Bez. Kollisch, Krain, Österreich,	Vandstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	26. Mai 1894.
10	Maria Geboya (Eba), ledige Dienstmagd,	geboren im Jahre 1852 zu Heraleß, Bezirk Deutschbrod, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	desgleichen,	dieselbe,	22. Mai 1894.
11	Johann Stiller, Neider,	geboren am 19. (21.) September 1864 zu Arnau, Bezirk Hohen- elke, Böhmen, öster- reichischer Staatsan- gehöriger,	Vandstreichen und Ge- brauch eines gefälschten Arbeitsbuchs,	Königlich Sächsische Kreisbauhau- schaft Banzen,	12. Mai 1894.
12	Edvard Nebrand Severin Stöds, Cigarrenmacher,	geboren am 21. Novem- ber 1855 zu Toornby, Dänemark,	Vandstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	8. Juni 1894.

Rang Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
13.	Moritz Ulrich, Schuhmacher,	geboren am 1. Novem- ber 1864 zu Jöllnau, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich Sächsische Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	8. Mai 1894.

Die durch Beschluß der Polizeibehörde zu Hamburg vom 28. Juli v. J. verfügte Ausweisung der Korsettnäherin Mathilde Jönson und die durch Verfügung der Königlich bayerischen Polizei-Direktion zu München vom 17. April d. J. verfügte Ausweisung des Metzgers Johann Plangger sind zurückgenommen worden.

Personalchronik.

Im Kreise Oberkarnim ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Administrators Haring in Wölfsdendorf der Bauerngutbesitzer Friedrich Ewald ebendasselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks X. — Wölfsdendorf — ernannt worden.

Der bisherige Amtsrichter Werlefer ist unter Ernennung zum Regierungs-Assessor in die allgemeine Verwaltung übernommen und der hiesigen Regierung zur ferneren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind 1) der Regierungs-Rath Fuhrmann mittelst Allerhöchster Bestallung vom 6. Juni d. J. zum Ober-Regierungs-Rath ernannt und ist demselben in dieser Eigenschaft die Stelle als Dirigent der Finanz-Abtheilung bei der Königl. Regierung in Pienitz übertragen, 2) der Regierungs-Rath Heinke zum Geheimen Finanz-Rath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium ernannt, 3) der Regierungs-Rath Dr. Jungk mittelst Allerhöchster Bestallung vom 4. Juni d. J. zum Ober-Regierungs-Rath ernannt und ist demselben in dieser Eigenschaft die neu errichtete weitere Ober-Regierungs-Raths-Stelle bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin übertragen, 4) der Regierungs-Assessor Moser der Königl. Regierung zu Stettin zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen, 5) die Regierungs-Assessoren von Duellong aus Bromberg, Preuß aus Königsberg i. Pr. und von Gehren aus Lüneburg überwiesen, 6) der Regierungs-Sekretair Krull in Folge seiner Anstellung als Geheimer expedirender Sekretair und Kassulator im Auswärtigen Amt ausgeschieden, 7) die Militär-Anwärter Grimm, Waldheim, Maslowky, Hauff und Köppe als Militär-Supernumerare angenommen, 8) die Militär-Supernumerare Kerinnis und Mewes auf ihren Antrag entlassen, 9) die Civil-Anwärter Palaschewsky, Eichberg,

Wossido und Krüger als Civil-Supernumerare angenommen, 10) der Civil-Supernumerar Dannert entlassen, 11) die Militär-Anwärter Harnisch und Prieg als Hülfs-Steuerverheber und Hülfs-Vollziehungsbeamte und 12) der Militär-Anwärter Lustig als Hülfskassendiener angenommen.

Der Schulanfängerkandidat Oskar Brückner ist als Oberlehrer am Gymnasium zu Groß-Lichterfelde angestellt worden.

Der Vorschullehrer August Sienke ist als Zeichenlehrer am Gymnasium zu Groß-Lichterfelde angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. **Verfetzt** sind die Postdirektoren Woppisch von Jüterbog nach Ludau (Kaufig) und Weber von Prenzlau nach Nordhausen; der Telegraphenassistent Hirsch von Rathenow nach Prenzlau.

Zunächst probeweise übertragen ist dem Postkassirer Prüfer aus Ebersfeld die Vorsteherstelle des Postamts in Jüterbog.

Gestorben ist der Ober-Postassistent Ehmke hiersebst.

Personal-Veränderungen beim Königl. Oberbergamte zu Halle a. S.

Der Königl. Bergrevierbeamte für das Bergrevier Guten Bergrath Pörting ist an das Bergrevier Süd-Essen zu Essen im Bezirke des Oberbergamts Dortmund versetzt. Zu Königl. Bergrevierbeamten sind ernannt: für das an Stelle des Bergreviers Guten neugebildete Bergrevier Ost-Contbus der Bergmeister Kask, früher Hütteninspektor zu Lautenthal a. Harz, für das an Stelle des Bergreviers Contbus neugebildete Bergrevier West-Contbus der Bergmeister Netto, früher Bergrevierbeamter zu Essen. Beide Beamten haben ihren amtlichen Wohnsitz in Contbus. Der Oberbergamtsmarschaller Kirchhoff zu Halle Saale ist gestorben.

Hierzu Vier Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Wagablätter werden der Gegenst. mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. W. Hahn'schen Verlagsanstalt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 27. Juli

1894.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1894.

14. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

17. August Meyenburg,

18. Kyritz.

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseiger und Klopbenigste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meier langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeschriebenen Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppieren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mäßiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen- und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium.

Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

163. Im Anschluß an die Amtsblattbekanntmachung vom 6. Januar 1894 (Amtsblatt für 1894 Stück 3 S. 19) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß seitens des Herrn Justiz-Ministers und des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe an Stelle des Königl. Landgerichtsraths Volgenau der Königl. Landrichter Knitschky in Prenzlau zum stellvertretenden Vorsitzenden des daselbst für den Kreis Prenzlau zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichts ernannt worden ist.

Potsdam, den 14. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

164. Der Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 29. ten v. Mts. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Prenzlau belegenen Gutsbezirke Carinow und Hedwigshof zu Einem selbstständigen Gutsbezirk unter dem Namen Carinow vereinigt werden.

Potsdam, den 19. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Fischerei-Aufsicht.

165. Der Grabenaufscher Strage in Philippsthal ist für die Gewässer, welche zu seinem Aufsichtsbezirk gehören, zum Fischereiaufscher im Nebenamt ernannt worden.

Potsdam, den 13. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Genehmigung für die elektrische Straßenbahn Groß-Lichterfelde—Kantow—Steglitz—Mariendorf (Colonie Südende).

166. Zur Herstellung und zum Betriebe einer für die Beförderung von Personen bestimmten elektrischen Straßenbahn in den Gemeinden Groß-Lichterfelde, Steglitz, Mariendorf und Kantow mit folgenden Linien:

- a. vom Bahnhofe der Berlin—Anhalter Eisenbahn in Groß-Lichterfelde nach dem Bahnhofe Steglitz der Berlin—Magdeburger Eisenbahn, ausgehend von dem östlichen Ende der bestehenden elektrischen Straßenbahn in Groß-Lichterfelde durch den Jungfernkiez, die Boorstraße, die Berlinerstraße (Gemeinde Groß-Lichterfelde), die Berlinerstraße (Gemeinde Kantow), die Berlinerstraße, die Albrechtstraße bis in die Parallelstraße (Gemeinde Steglitz),
- b. vom Bahnhofe Südende—Kantow nach dem Bahnhofe Steglitz und zwar durch die Steglitzerstraße (Gemeinde Mariendorf, Colonie Südende), die Mariendorferstraße (Gemeinde Steglitz) bis zur

Einmündung in die Linie unter a. in der Albrechtstraße am Handjery-Platz,

- c. von Groß-Vichtersfelde nach dem Bahnhofe Steglitz, ausgehend von der bestehenden elektrischen Straßenbahn in Groß-Vichtersfelde bei der Chaussee- und Drafestrasse durch die Chausseestrasse, die Schützenstraße bis zur Einmündung in die Linie unter a. bei der Albrechtstraße,

sowie zum Betriebe der bestehenden und mit den Linien unter a. b. c. zu einem Unternehmen vereinigten elektrischen Straßenbahn in Groß-Vichtersfelde vom Bahnhofe Vichtersfelde, an der Berlin-Anhalter Eisenbahn nach dem gleichnamigen Bahnhofe der Berlin-Magdeburger Eisenbahn wird, auf Grund des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen vom 28. Juli 1892 im Einvernehmen mit dem Königlichen Eisenbahn-Betriebsamte Berlin-Halle zu Berlin der Commandit-Gesellschaft Siemens und Halske zu Berlin auf die Zeitdauer von 50 Jahren vorbehaltlich der Rechte Dritter unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung erteilt:

1) Die Bahn und die Betriebsmittel sind nach Maßgabe der von der Unternehmerin vorgelegten und mit dem Genehmigungsvermerke vom heutigen Tage versehenen Pläne und Zeichnungen, bestehend aus:

- einem Uebersichtsplan,
- vier Lageplänen,
- vier Querschnittszeichnungen,
- vier Längenschnittszeichnungen,
- einer Oberbauzeichnung,
- einer Wagenzeichnung

und dem dazu gehörigen Erläuterungsberichte unter Beachtung der in dieser Genehmigungsurkunde getroffenen Bestimmungen und der im Erläuterungsberichte vorgeschriebenen Abänderungen herzustellen.

Inbesondere ist die Unternehmerin auch verpflichtet, die Bahnanlage nach denjenigen ergänzenden Anordnungen auszuführen, welche in Gemäßheit der Vorschriften in den §§ 17 18 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 getroffen werden sollten.

Bei späteren Ergänzungen der Bahnanlage und der Betriebsmittel darf ohne Zustimmung der unterzeichneten Behörde von der durch die Genehmigung festgesetzten Konstruktion nicht abgewichen werden.

Zeichnungen, Beschreibungen der Einrichtungen der Kraftstation sind von der Unternehmerin nicht zur Prüfung einzureichen. Die Prüfung der Anlage der Kraftstation darauf, daß die Kraftlieferung aus der Station für den Betrieb der Bahn in ausreichendem Maße und zweckentsprechend erfolgt, wird bis zur Abnahme des Unternehmens vorbehalten.

- 2) a. Die Anlage ist nach dem System Siemens & Halske zu erbauen und zu betreiben.
b. Die Entfernung von der Mitte des Gleises bis an die Masten, Bäume, Laternenpfähle und sonstige feststehende, über das Straßenniveau höher als 1 Meter hinausragende Gegenstände muß mindestens 1,50 m betragen.

- c. Die Oberkante der Schienen muß in gleicher Höhe mit der Straßenoberfläche liegen, so daß das Ueberfahren der Bahn durch Fuhrwerke in keiner Weise beeinträchtigt wird.

- d. An jedem Wagen muß außer der Ausschaltvorrichtung eine von derselben unabhängige Nabbremsvorrichtung angebracht sein, welche es ermöglicht, daß bei der größten, nach Nr. 11 dieser Genehmigung zulässigen Fahrgeschwindigkeit die vollständige Wirkung der Bremse auf 8 Meter eintritt.

- e. Jeder stromlose Anhängerwagen ist mit einer Bremsvorrichtung zu versehen, welche während der Fahrt ununterbrochen mit einem Wärter besetzt sein muß.

- f. Weitere Anordnungen über die Einrichtung der Wagen werden vorbehalten.

- g. Für den Fall des Bruchs der Arbeitsleitung sind selbstthätige Stromauschalter vorzusehen.

- h. Der Betrieb auf der Linie Südende—Vankwitz—Steglitz darf an Sonntagen, Feiertagen sowie an Tagen, an welchen ein lebhafter Verkehr in der Steglitzerstraße in der Nähe des Bahnhofes Südende—Vankwitz stattfindet, auf der Strecke zwischen der Berlin-Anhalter Eisenbahn und der Bahnstraße (Südende—Mariendorf) nicht erfolgen.

- i. Die Anlage der bestehenden Straßenbahn zwischen den beiden Bahnhöfen zu Groß-Vichtersfelde bleibt in ihrer zeitigen Konstruktion bestehen. Im Uebrigen finden auch auf diese Straßenbahnstrecke die Bestimmungen dieser Genehmigung Anwendung.

3) Die Herstellung und die Inbetriebnahme der Bahn muß innerhalb 7 zum Bau geeigneter Monate nach der Veröffentlichung dieser Genehmigung im Regierungs-Amtsblatte erfolgen.

Für den Fall der Nichterfüllung dieser Bedingung ist die Unternehmerin zur Zahlung einer Conventionalstrafe von 15000 Mark, in Worten fünfzehn Tausend Mark mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen zu betrachten ist, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Zur Sicherstellung dieser und der unter Nr. 4 und 6 dieser Genehmigung bezeichneten Verpflichtungen hat die Unternehmerin bei der Regierungshauptkasse zu Potsdam den Betrag von 20000 Mark, in Worten zwanzig Tausend Mark in baar oder in Schuldverschreibungen, in welchen nach § 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 die Anlegung des Vermögens von Mündeln zulässig ist, unter Berechnung derselben nach dem Kurswerthe nebst den noch nicht fälligen Zinsscheinen und den Talons niederzulegen. Gleichzeitig hat die Unternehmerin die eingezahlte Baarsumme oder die Schuldverschreibungen durch eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Urkunde derart zum Pfande zu bestellen, daß der unterzeichneten Behörde die Befugniß zusteht, durch

Verwendung derselben, insbesondere durch Veräußerung der verpfändeten Schuldverschreibungen zum jeweiligen Kurserwerthe die verfallenen Straßbeiträge einzuziehen. Die Rückgabe der zur Kaution etwa gehörigen Zinsscheine erfolgt auf Erfordern der Unternehmerin an deren Fälligkeitsterminen, kann jedoch von der unterzeichneten Behörde versagt werden, wenn nach ihrem Urtheile der Bau verzögert und durch die Verzögerung die Einhaltung der Baufrist in Frage gestellt wird.

4) Ueber die Einräumung des Rechts der Benutzung der Straßen für die Anlage, über die Ausführung der bei Herstellung und einer etwa später eintretenden Veränderung der Anlage erforderlichen Begeärbeiten, über die dem Unternehmer obliegende Pflicht der Unterhaltung der benutzten Straßen sind die hierüber lautenden Bestimmungen der zwischen der Unternehmerin und den Wegeunterhaltungspflichtigen d. h. dem Kreiscommunalverbanke des Kreises Teltow, den Gemeinden Großlichtersfelde, Rantow und Steglitz abgeschlossenen Verträge vom 18., 20., 22., 30. Juni 1893 und 4., 5. Juli 1893 maßgebend.

Falls während der Zeitdauer dieser Genehmigung von der Unternehmerin der Betrieb der Bahn ausgegeben wird, ohne daß ein neuer Unternehmer an ihre Stelle tritt, oder die Genehmigung zurückgenommen wird, und die Wegeunterhaltungspflichtigen nicht in die Rechte und Pflichten der Unternehmerin nach Maßgabe dieser Genehmigung eintreten, ist die Unternehmerin verpflichtet, unter Vorseitigung aller in den Straßen befindlichen Anlagen die Straßen durch entsprechende Pflasterungs- oder Chaussirungsarbeiten nach Anweisung der Wegepolizeibehörde wieder herzustellen, soweit diese Arbeiten durch die Beseitigung der Anlage erforderlich werden.

Zur Sicherstellung für diese Verpflichtung ist die von der Unternehmerin nach Nr. 3 dieser Genehmigung bestellte Caution verhaftet.

5) Bei der Ausführung des Baues hat die Unternehmerin dafür zu sorgen, daß die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht verhindert oder mehr als unvermeidlich erschwert wird, sowie daß die in oder an dem Straßkörper befindlichen Anlagen keinen Schaden erleiden.

Für die durch die Bauarbeiten an öffentlichem oder privatem Eigenthum verursachten Beschädigungen ist die Unternehmerin verantwortlich.

Namentlich ist die Unternehmerin auch verpflichtet, alle Abänderungen und Ausbesserungen an Kanälen, Gräben, Wasser- und Gasleitungen, welche durch den Bau und Betrieb der Bahn veranlaßt werden, auf ihre Kosten nach Anweisung der zuständigen Behörden bezw. der Eigenthümer derart auszuführen, daß die Benutzung und der Zweck der Anlagen gegenüber dem bestehenden Zustande nicht beeinträchtigt wird.

Den auf Grund dieser Bestimmung etwa zu treffenden polizeilichen Anordnungen hat die Unternehmerin bei Vermeidung der den Polizeibehörden zustehenden Zwangsmaßnahmen nachzukommen.

6) Die Unternehmerin ist verpflichtet, die Bahn für die Dauer der Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben. Danach ist die Bahn nebst den Betriebsmitteln fortwährend dem jeweiligen, gewöhnlichen Verkehrsbedürfnisse entsprechend auszurüsten und in einem guten, namentlich in einem solchen Zustande zu erhalten, daß dieselbe mit der unter Nr. 11 festgesetzten größten Geschwindigkeit befahren werden kann.

Wird der Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen oder eingestellt, so ist die Unternehmerin zur Zahlung einer Conventionalstrafe von 2000 Mark an die Staatskasse verpflichtet. Die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen zu erachten ist, steht unter Ausschuß des Rechtsweges gleichfalls dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten zu.

Auch zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ist die Unternehmerin gehalten und als Sicherheitsleistung sind die nach den Bestimmungen unter Nr. 3 bei der Reglerungs-Hauptkasse zu Potsdam einzuzahlenden Baarbeiträge oder niederzulegenden Schuldverschreibungen gemäß den daselbst getroffenen Vorschriften zum Pfande zu bestellen.

7) Die nach Nr. 3, 4 und 6 bestellten Cautionen sind insoweit zu ergänzen, als sie während der Dauer der Genehmigung zur Leistung von Conventionalstrafen in Anspruch genommen sind.

Die Kaution kann ermäßigt werden, wenn auf Grund der jährlichen Rechnungsabläufe sowie nach der bewiesenen Zuverlässigkeit der Unternehmerin hinsichtlich der Unterhaltung und des Betriebes der Bahn nach dem Ermessen der unterzeichneten Behörde eine Ermäßigung zulässig erscheint.

Die Hälfte der gezahlten Caution oder des Werthes der niedergelegten Schuldverschreibungen wird der Unternehmerin nach erfolgter polizeilicher Abnahme und nach Ablauf eines dreimonatlichen ordnungsmäßigen Betriebes zurückgegeben.

8) Die mit der Leitung des Baues und des Betriebes betrauten Personen sind der unterzeichneten Behörde namhaft zu machen. Dieser ist auch von jeder hierin eintretenden Aenderung Kenntniß zu geben.

9) Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen müssen diejenige körperliche und geistige Fähigkeit sowie die Zuverlässigkeit besitzen, welche ihre Berufspflicht erfordert.

Inbesondere muß jeder Wagenführer der elektrischen Bahn der Fahrordnung und deren Anwendung durchaus kundig sein.

Diesem im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen, die sich als unfähig oder als unzuverlässig für die ihnen obliegende Thätigkeit erwiesen haben, sind auf Erfordern der unterzeichneten Behörde oder der zuständigen staatlichen Eisenbahnbehörde sofort von der Unternehmerin aus der Beschäftigung in dem Betriebe der Anlage zu entlassen.

10) Die zum Verkehr mit dem Publikum bestimmten Beamten der Bahn müssen während ihrer

Dienstausübung durch Dienstkleidung und mit einer an der vorderen Seite der Kopfbedeckung angebrachten Nummer versehen sein.

11) Der Betrieb der Bahn darf erst eröffnet werden, nachdem von der unterzeichneten Behörde im Einvernehmen mit der zuständigen Eisenbahnbehörde die Erlaubniß zur Eröffnung des Betriebes erteilt worden ist.

Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 25 Kilom. in der Stunde an keiner Stelle übersteigen und ist in den Kurven der Bahn und an den verkehrsreicheren Stellen der von der Bahn benutzten Straßen auf 10 Kilometer in der Stunde zu ermäßigen.

Die Einrichtung des Fahrplans für die ersten drei Betriebsjahre bleibt der Unternehmerin überlassen; jedoch sollen die Wagen in jeder Richtung auf sämtlichen Linien mit Ausnahme der Linie vom Bahnhofe Südde—Kantwig nach dem Bahnhofe Steglitz, in zeitlichen Zwischenräumen von höchstens 15 Minuten verkehren. Auf der Linie Südde—Kantwig—Bahnhof Steglitz müssen die Wagen in zeitlichen Zwischenräumen von höchstens 18 Minuten verkehren.

Nach Ablauf der 3 Jahre steht der Aufsichtsbehörde das Recht zu, die Fahrpläne festzustellen.

Jeder Fahrplan ist der Aufsichtsbehörde einzureichen, und zwar der zuerst aufgestellte Fahrplan vor der Eröffnung des Betriebes und in Zukunft bei jeder Aenderung des Fahrplans.

12) Die Festsetzung der Beförderungspreise steht der Unternehmerin fünf Jahre hindurch — vom Tage der Betriebseröffnung an gerechnet — frei.

Von jeder Festsetzung und Aenderung der Beförderungspreise ist der Aufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten.

Von dem 6. Betriebsjahre an hat die Aufsichtsbehörde das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise nach Maßgabe der Bestimmung im § 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1892.

13) Die Fahrpläne für den Personenverkehr und Aenderungen derselben, die Beförderungspreise und etwaige Erhöhungen derselben sind mindestens 8 Tage vor ihrer Einführung durch die für amtliche Bekanntmachungen im Kreise Teßow bestimmte Zeitung sowie in den etwa zu errichtenden Wartehallen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

14) Die Prüfung der Einrichtung und Betriebsfähigkeit der Wagen erfolgt alljährlich.

Der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde bleibt vorbehalten, außerordentliche Prüfungen vorzunehmen.

15) Die Unternehmerin ist verpflichtet, über das Unternehmen kaufmännisch geordnete, besondere Bücher zu führen, aus denen das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Capital, die Bruttoeinnahmen aus dem Verkehr, sowie der jährliche Reinertrag des Unternehmens mit Sicherheit ersehen werden kann.

Auf ihr Einfordern ist der Aufsichtsbehörde der jährliche Rechnungsabluß einzureichen und ist die Einsicht der Rechnungsbücher zu gestatten.

16) Für die Verpflichtungen der Unternehmerin gegenüber der Postverwaltung sind die im § 42 Nr. 1 enthaltenen Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juli 1892 maßgebend.

Im Interesse der Reichstelegraphenverwaltung hat die Unternehmerin folgende Bedingungen zu erfüllen:

a. Zum Betriebe der Straßenbahn sind nur solche Dynamomaschinen zur Kraftlieferung zu verwenden, deren Strompulsationen sehr geringfügig sind, damit Induktionsgeräusche in den nahe der Bahn verlaufenden oberirdischen Fernspregleitungen vermieden werden.

b. Die metallische Rückleitung der elektrischen Ströme durch die Gleisschienen muß eine möglichst vollkommene sein.

An denselben Stellen, an denen die vorhandenen Telegraphen- und Fernspregleitungen die blanke Leitung der Bahn oberirdisch kreuzen, sind über der letzteren stromlose Schutzdrähte zu ziehen oder sonstige stromfreie Schutzvorrichtungen anzubringen, durch welche eine Berührung der beiderseitigen stromführenden Drähte vermieden wird.

c. An den Kreuzungsstellen muß der Abstand der untersten Telegraphen- oder Fernspregleitung von der Stromzuführungs- oder Arbeitsleitung der Bahn mindestens 1 m betragen.

Der zwischen beiden Arten von Leitungen anzubringende stromfreie Schutzdraht muß sich in allen Punkten mindestens 50 cm oberhalb der Starkstromleitungen befinden.

Wird eine Stromzuführungsleitung oberhalb der Fernsprech- oder Telegraphenleitung hinweggeführt, so sind gleichfalls stromfreie Schutzdrähte anzubringen. In diesem Falle muß der Abstand der Stromzuführungsleitung von der obersten Telegraphen- oder Fernspregleitung mindestens 1 m, derjenige des Schutzdrahtes von der obersten Telegraphen- oder Fernspregleitung mindestens 50 cm betragen. Ist zur Erreichung der vorbezeichneten Abstände die Höher- oder Tieferlegung der Telegraphen- und Fernspregleitungen erforderlich, so hat Unternehmerin die der Reichspost- und Telegraphenverwaltung durch die Verlegung entstehenden Kosten zu erstatten.

Die in der Nähe von Telegraphen- und Fernspregleitungen aufzustellenden Masten, welche zur Unterstüßung der Tragelisen bzw. der Starkstromleitungen dienen, müssen mindestens 1,25 m von der nächsten Telegraphen- oder Fernspregleitung entfernt bleiben.

Die Starkstromleitung selbst muß in allen Punkten von der nächsten Telegraphen- oder Fernspregleitung einen Abstand von mindestens 1 m haben.

Eosern zu befürchten ist, daß aus irgend einer Ursache Berührungen der Telegraphen- oder Fernspregleitungen mit blanken Theilen der Speiseleitung oder Arbeitsleitung oder sonstigen Strom-

führenden Theilen der Bahnanlage an einzelnen Stellen eintreten können, hat die Unternehmerin im Einvernehmen mit der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu Potsdam geeignete Schutzvorrichtungen anzubringen, die eine Verührung der Schwachstromleitung mit der Starkstromleitung verhindern.

- d. Zur Verhütung von Störungen des Fernsprechbetriebes in Groß-Lichterfelde und Stieglitz durch induktorische Beeinflussung seitens der Starkstromleitungen der elektrischen Bahn werden die in Frage kommenden Fernsprechleitungen mit Rückleitungen versehen und hierbei soll in thunlichst großem Umfange von gemeinschaftlichen Rückleitungen Gebrauch gemacht werden.

Die Anlage der Rückleitungen erfolgt durch die Kaiserliche Oberpostdirektion zu Potsdam. Die Kosten derselben hat die Unternehmerin zu tragen.

- e. Die Bahnlinien dürfen — falls nicht etwa ein besseres Mittel zur Abschwächung der Induktionsgeräusche in den Fernsprechleitungen gefunden wird — nur mit solchen Motorwagen befahren werden, deren Kontakbügel mit der Firma Siemens & Halske patentirten automatischen Schmiervorrichtung versehen sind.

- f. Sollten vorbezeichnete Schutzmaßregeln nicht ausreichen, um Unzuträglichkeiten oder Störungen für den Telegraphen- oder Fernsprechbetrieb fernzuhalten, so ist die Unternehmerin im Einvernehmen mit der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu Potsdam verpflichtet, auf ihre Kosten ohne Verzug weitere Maßnahmen zu treffen, bis die Beseitigung der Unzuträglichkeiten oder der störenden Einflüsse erfolgt ist.

- g. Gehen Fehler in der Starkstromanlage Anlaß zu Störungen des Telegraphenbetriebes oder Fernsprechverkehrs, so hat die Unternehmerin den elektrischen Betrieb der Bahn auf Aufforderung eines der Kaiserlichen Postämter zu Groß-Lichterfelde und Stieglitz an die Unternehmerin oder die Betriebsleitung der Bahn in dem Umfange und so lange einzustellen, als zur Beseitigung der Fehler erforderlich ist. Kommt die Unternehmerin oder die Betriebsleitung der Bahn dieser Aufforderung nicht nach, so wird die Telegraphenverwaltung die Vermittelung der Aufsichtsbehörde anrufen.

- h. Die Verlegungen von Reichstelegraphen- und Fernsprechanlagen, welche zur Erzielung des erforderlichen seitlichen Abstandes zwischen den letzteren und den Starkstromleitungen notwendig werden, erfolgen durch die Reichstelegraphenverwaltung.

Die zu den Verlegungen erforderlichen behördlichen Genehmigungen hat die Unternehmerin zu erwirken.

- i. Die Unternehmerin hat, soweit dies im Vorstehenden nicht ausdrücklich gesagt ist, alle Kosten der Reichstelegraphenverwaltung zu erstatten, 1) welche durch die Ausführung der unter lit. a. bis h. bezeichneten Maßnahmen zum Schutze der vorhandenen

Reichstelegraphen- und Fernsprechanlagen sowie zum Schutze der mit diesen Anlagen beschäftigten oder dieselben benutzenden Personen gegen Gefahren oder zur Fernhaltung induktorischer Beeinflussung durch die Starkströme; 2) welche durch Aenderungen und sonstige Arbeiten an den bei Errichtung der Starkstromanlage bestehenden Reichstelegraphen- und Fernsprechleitungen aus Anlaß der Herstellung, der Unterhaltung und des Betriebes der Starkstromanlage entstehen.

- k. Wenn über die Nothwendigkeit der anzubringenden Schutzvorrichtungen Streit entsteht, so wird über die Kostenersatzungspflicht im Rechtswege entschieden.

17) Diese Genehmigung hat nur Gültigkeit für die Commandit-Gesellschaft Siemens & Halske in Berlin.

Bei eintretendem Wechsel in der Person des Unternehmers hat der neue Unternehmer die Ertheilung der Genehmigung für sich nachzusuchen.

Ingleichen ist für alle wesentlichen Erweiterungen oder Aenderungen des Unternehmens, der Anlage und des Betriebes die Genehmigung der unterzeichneten Behörde einzuholen.

18) Abgesehen von vorstehenden Genehmigungsbedingungen finden auf das Unternehmen die Vorschriften des Gesetzes über Kleinbahnen v. vom 28. Juli 1892 Anwendung.

19) Diese Genehmigung tritt in Kraft mit ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam.

Mit der Betriebseröffnung der neuen Linien erlöscht die Genehmigung zur Herstellung und zum Betriebe der bestehenden elektrischen Straßenbahn zwischen den beiden Bahnhöfen zu Groß-Lichterfelde an der Berlin-Anhalter und der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn vom 23. Oktober 1890.

Potsdam, den 17. Juli 1894. (L. S.)

Der Regierungs-Präsident Graf Hue de Grais.

Apothekenkonzessionen betreffend.

167. Seine Majestät der Kaiser und König haben durch die in der Anlage abdriftlich beigelegte Allerhöchste Ordre vom 30. Juni 1894 auf Antrag des königlichen Staatsministeriums zu genehmigen geruht, daß bis zur anderweiten Regelung des Apothekenwesens denjenigen Apothekern, welchen in Zukunft die Konzession zur Errichtung einer neuen Apotheke verliehen wird, die Präsentation eines Geschäftsnachfolgers überhaupt nicht mehr zu gestatten ist.

In Ausführung dieser Allerhöchsten Ordre bestimme ich hierdurch unter Abänderung der Erlasse vom 21sten Oktober 1846 und 21. Juli 1886 — (Min.-Bl. f. d. i. B. 1846, S. 209 und 1886 S. 900), — daß, von dem Tage der Veröffentlichung dieses Erlasses im Reichs- und Staats-Anzeiger an, Konzessionen zur Errichtung neuer Apotheken oder Weiterverleihungen von an den Staat zurückgefallenen Apothekengerechtigkeiten nur mit dem Zusage ertheilt werden dürfen, daß dem Inhaber die Präsentation eines Geschäftsnachfolgers in

Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 30. Juni 1894 nicht gestattet ist.

In den Wettbewerb-Bekanntmachungen ist auf diese Bestimmung hinzuweisen.

Die Wittwen und Waisen eines Apothekers, welcher eine solche unveräußerliche und unvererbliche Konzession erhalten hat, soll es erlaubt sein, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheker-Ordnung vom 11. Oktober 1801 verwalten zu lassen.

Berlin, den 5. Juli 1894.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
gez. Boffe.

Auf den Bericht vom 23. d. M. genehmige ich unter entsprechender Abänderung der königlichen Erlasse vom 5. Oktober 1846 und 7. Juli 1886, daß bis zur anderweiten gesetzlichen Regelung des Apothekenwesens denjenigen Apothekern, welchen in Zukunft neue Konzessionen zur Errichtung von Apotheken verliehen werden, die Präsentation von Geschäftsnachfolgern überhaupt nicht mehr zu gestatten ist, die Konzession vielmehr beim Ausscheiden eines Apothekers aus seinem Geschäft zur anderweiten Verleihung in allen Fällen an den Staat zurücksfällt. Den Wittwen und Waisen der neuen Konzessionare sollen jedoch die im § 4 Titel I. der Revidirten Apotheker-Ordnung vom 11. Oktober 1801 bezeichneten Vergünstigungen zu Theil werden. Ich ermächtige das Staatsministerium hiernach das Weitere zu veranlassen.

An Bord M. N. „Hohenzollern“,

Kiel, den 30. Juni 1894.

gez. **Wilhelm K.**

(gegez.) Gf. Eulenburg. v. Bechtler.

v. Schelling. Frhr. v. Berlepsch. G. v. Caprivi.

Miquel. v. Heyden. Thielen. Boffe.

Bronjart v. Schellendorf.

An das Staatsministerium.

Vorstehender Erlaß wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam und Berlin, den 18. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

168. Festgestellt ist der Milzbrand bei einem gefallenem Pferde des Handelsmanns Schurig in Wittenberge. Erloschen ist der Bläschenaus-
schlag unter dem Rindvieh des Rittergutes Gebers-
dorf, Kreis Rüterbog-Ludowalde.

Potsdam, den 24. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

9. Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 29. Juni d. J. zu bestimmen geruht, daß die Dekoration des Reichen Adler-Ordens mit der Krone nicht abzulegen ist, wenn

dem Inhaber später eine höhere Klasse desselben Ordens ohne die Krone verliehen wird.

Berlin, den 12. Juli 1894.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und
Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehenden Erlaß bringen wir hiermit beehufs künftiger Beachtung in etwa vorkommenden Fällen zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 20. Juli 1894.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

49. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen ausgelieferte unanbringliche Postsendungen:

1. Briefe mit Werthinhalt.

- 1) An die Haupt-Expedition des Berliner Lokal-
anzeigers hier, Zimmerstr. 40/41, mit 3 M. vom
6. Oktober 1893.
- 2) An Wilhelm Langmeyer in New-York mit 10 M.
vom 21. Februar 1894.
- 3) An F. Herrmann in (?), Landstr. 18, mit 5 M.
vom 27. Februar 1894.
- 4) An Schmidt bei Degebrodt & Sohn mit
1 M. vom 3. März 1894.
- 5) Dragoner F. Müller 2 Sec. Drag.-Regt. 11 mit
1 M. 20 Pf. vom 13. März 1894.
- 6) An Frau Mertins, Rathenowerstr. 28, mit
1 M. 40 Pf. vom 31. März 1894.
- 7) An C. Hoffmann in Burzen mit 1 M. vom
2. April 1894.
- 8) An Karl Rüdiger in Apolda mit 1 M. vom
30. April 1894.
- 9) An Ferd. Weiß in Oliva mit 3 M. 50 Pf. vom
1. Mai 1894.
- 10) An M. Bischof, Fruchtstraße 31, mit 1 M. vom
2. Mai 1894.
- 11) An Wittlad, Planufer 11, mit 10 M. vom
10. Mai 1894.
- 12) An Martha Pillau, Rogbachstr. 17, mit 80 Pf.
vom 11. Mai 1894.
- 13) An Mussetier Stride in Cüstrin mit 5 M. vom
11. Mai 1894.
- 14) An Joh. Wild in Neuboss bei Schweg mit 1 M.
10 Pf. vom 24. Mai 1894.
- 15) An Frau Schroeder in Leipzig mit 10 M. vom
24. Mai 1894.

2. Postanweisungen.

- 1) Nach Eyzel (Ungarn) über 10 M. vom 17. April
1893.
- 2) Nach Dresden über 8 M. 20 Pf. vom 4. No-
vember 1893.
- 3) Nach Braunschweig über 65 M. vom 29. No-
vember 1893.
- 4) Nach Breslau über 3 M. vom 4. Dezember 1893.

- 5) Nach Berlin SW. 46 über 1 M. vom 7. Dezember 1893.
- 6) An die Gerichtskasse II. SW. 46 über 7 M. 40 Pf. vom 11. Dezember 1893.
- 7) Nach Pilsfalten über 10 M. vom 26. Dezember 1893.
- 8) Gerichtskasse Jüdenstr. 59 über 3 M. vom 27. Dezember 1893.
- 9) An die Gerichtskasse I. über 2 M. 65 Pf. vom 28. Dezember 1893.
- 10) Nach Krausenstr. 21/22 über 42 M. 50 Pf. vom 30. Dezember 1893.
- 11) An das Hauptsteueramt in Karlsruhe Baden über 1 M. 20 Pf. vom 2. März 1894.
- 12) An H. Dunke in Berlin S. 42 über 4 M. 20 Pf. vom 15. März 1894.
- 13) An Minna Kramer, Heiligegeiststr. 21, über 10 M. vom 23. März 1894.
- 14) An Maßberg, Alt-Moabit 142, über 3 M. vom 5. April 1894.
- 15) An Lamprecht in Wittenberge über 5 M. vom 13. April 1894.
- 16) An Gerichtsvollzieher Dufath, Neue Friedrichstr. 66, über 9 M. 90 Pf. vom 17. April 1894.
- 17) An den Gemeinde-Vorstand in Lichtenberg b. Bln. über 2 M. 10 Pf. vom 23. April 1894.
- 18) An den Grenadier Albert Kirisch 1 Comp. Instr.-Mgt. 12 über 3 M. vom 26. April 1894.
- 19) An Frau M. Moriz, Alte Jakobstr. 10, über 3 M. vom 28. April 1894.
- 20) An A. Schubert-Hermann in Spandau über 1 M. 30 Pf. vom 28. April 1894.
- 21) An Frau Gründler, Reinickendorferstr. 14, über 3 M. vom 1. Mai 1894.
- 22) An Gebr. Dantbern, Alt-Moabit 5, über 60 Pf. vom 7. Mai 1894.
- 23) An Gerichtsvollzieher Schüler, Andreasstr. 33, über 2 M. 35 Pf. vom 21. Mai 1894.
- 24) An Arbeitsstätte von 1894 in Hamburg über 27 M. 20 Pf. vom 23. Mai 1894.

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb 4 Wochen bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden.

Berlin C., 21. Juli 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

30. Diejenigen Personen, welche noch in diesem Jahre **Anschluß an eine der Stadt-Fernsprecheinrichtungen** in Brandenburg (Havel), Cöpenick, Eberswalde, Friedrichshagen, Gr.-Lichterfelde, Grünau (Mark), Liepe (Oder), Ludwigsfelde, Neuruppin, Nowawes-Neuendorf, Oberberg (Mark), Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Spandau, Steglitz, Tegel, Wannsee, Zehlendorf (Kr. Teltow) und Zossen wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldungen recht bald, spätestens aber **bis Ende Juli** an das Kaiserliche Postamt in dem betreffenden Orte — für Potsdam an das Kaiserliche Telegraphenamt daselbst — zu richten. **Später eingehende Anmeldungen können erst nach dem 1. April 1895 berücksichtigt werden.**

Bei den bezeichneten Verkehrsanstalten können die Bedingungen für den Anschluß eingesehen und Formulare für die Anmeldung in Empfang genommen werden.

Potsdam, den 7. Juli 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

37. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinföhrdung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

N.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für	Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind erforderlich	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
1	Nachausstellung des brennwerthwirtschaftlichen Gauverbandes.	Ostern i. Döpr.	4. bis 5. August.	Wien, brennwerthwirtschaftliche Geräte u. Erzeugnisse.	Preussischen Staats-Eisenbahnen.	4 Wochen	nach Schluß der Ausstellung
2	Ausstellung für Viehzucht.	Gumbinnen.	6. bis 9. August.	Wie vor.	Des Eisenbahn-Direktions-Bezirks Bromberg.	4 Wochen	

Bromberg, den 14. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

24. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (W.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (W.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Wittwe Auguste Ruchenbecker hier, Schillstraße Nr. 19, wohnhaft, die Schuldverschreibung der konsolidirten 3%igen Staatsanleihe von 1892 Lit. E. Nr. 95 463 über 300 M. angeblich am 21. Juli 1893 hieselbst abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Rausnig hier, W., Charlottenstraße Nr. 28, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kräftigerklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 12. Juli 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 22 des Statuts für die Brandenburgische landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft vom 13./31. Dezember 1887 wird hierdurch bekannt gemacht, daß zum 2. stellvertretenden Vertrauensmann der Section 39 für den auf dem linken Ufer der Spree östlich der Friedrichstraße, des Velle Alliance-Platzes und der Velle Alliancestraße belegenen Bezirk III. an Stelle des aus dem Amte geschiedenen Molkereibesizers Siwert der Molkereibesizer Heinrich Groth, Admiralsstraße Nr. 9, gewählt worden ist.

Berlin, den 13. Juli 1894.

Der Vorstand der Section 39. (Stadt-Ausschuß). Zelle.

Personalchronik.

Der Ober-Regierungsrath Freiherr von Patow aus Gumbinnen ist an die Regierung in Potsdam versetzt und nach § 20 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 mit der Stellvertretung des Regierungs-Präsidenten in Behinderungs-fällen beauftragt worden.

Der Ober-Regierungsrath Freiherr von Patow hat seine Dienstgeschäfte am 20. Juli d. J. übernommen.

Der Polizeikommissar Stutius zu Neu-Ruppin ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Civilanwärter Schatz hier ist zum Regierungs-Civilsupernumerar ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Vandenburg W.-Pr. Heinrich Rudolph Wittig ist zum Pfarrer der Parochie Alt-Toeplitz, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrverweiser Max Theodor Reinhold Kunzendorf ist zum Pfarrer der Parochie Belten, Diözese Spandau, bestellt worden.

Der bisherige Predigamts-Kandidat Richard Ernst Hermann Sieg ist zum Pfarrer der Parochie Linow, Diözese Neu-Ruppin, bestellt worden.

Der Taubstummen-Lehrer Weise aus Braunschweig ist als ordentlicher Lehrer an der Königlichen Taubstummen-Anstalt zu Berlin angestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Albert Zieting zu Scheenermark, Diözese Pindow-Gransee, ist der Titel „ Kantor " verliehen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Juni 1894 sind

ernannt: zu Ober-Postassistenten die Postassistenten Feistel, Kather, Knabe, Reh, Rossel, Temme, zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Habek, Muche, Pollack, Räther;

etatmäßig angestellt: als Postsekretäre die Postpraktikanten Köppel, Kottner, Schmunk, Stöhr, als Postassistenten die Postanwärter W. Claus, Ehrhardt, Kröning, Liebenberg, Maurer, Meißner, Reimer, Rose, Schügel, Sieber, die Postassistenten Balschus, Baumgarten, Bergemann, Viel, Bogdahn, Breiboldt, Crucius, Evenius, Fleischmann, Galt, Franz, Gerlach, Grunz, Carl Hartung, Höck, Kalkowski, Kog, Marshall, Paul Möller, Otto Neumann, Gustav Pfeiffer, Prange, Ros, Sabrowsky, Schilowski, Carl Schulz, Herm. Schulze, Georg Schwarze, Seltmann, Tausch, Thomsen, Ulrich, Paul Wöhl;

versetzt von Berlin Postsekretär Benedek nach Frankfurt (Oder), Telegraphensekretär Eiserich nach Gleiwitz, Ober-Postassistent Timmer nach Eydahnen, nach Berlin Postassistent Cronheim aus Strassburg (Els.);

in den Ruhestand getreten: Postsekretär W. G. Schulz;

gestorben: Postdirektor a. D. Noack, Postsekretär Altmann, Ober-Telegraphenassistent a. D. Ellersherst, Telegraphenassistent G. A. Müller.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachstehend benannten Kirchen etc. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden:

Beelitz: der Kirche zu Zandow von Wittwe Randewig: 600 M. zum Bau einer Orgel.

Belzig: der Kirche zu Zeuden vom Pfarrer Schmieder und Küstlich Gottfried Garsch: Kelch und Patene, der Kirche zu Grabow vom Pfarrer Rupprecht: Fransen und Kreuz aus Seide für die Altar- und Kanzelbekleidung, kleiner Altarteppich, Läufer für die Altarstufen, der Kirche zu Trebitz vom Häfner Woye: Leichenrock, der Kirche zu Reinstedt vom Pfarrer em. Müller in Potsdam: 500 M. zu einem Traubelfonds.

Berlin-Land I.: der Kirche zu Biesdorf vom Dr. Theodor Schrader in Berlin: 300 M.

Berlin-Land II.: der Haupt-Kirche zu Reinickendorf von Fräulein Schmidt: Altardecke, von Fräulein Müller: Korporale, von Fräulein Endorf: Belum,

der Segenskirche zu Reinickendorf von Frau Katharine Bohm: 2 Kelschervietten, der Kirche zu Pankow von Frau Steuerinspektor Hartmann: 600 M. zur Grabpflege.

Bernau: der Kirche zu Marienwerder von Johanne Pförtner: Altardecke, von Martha Knebel: Taufsteindecke.

Alstadt-Brandenburg: der St. Golgatha-Kirche zu Brandenburg a. H. von der verstorbenen Wittve Mühlhaupt: 2400 M., der Kirche zu Bagow von Frau von Ribbeck auf Ribbeck: Kanzelbelleidung, Altarteppich, Kniebank.

Cöln-Land II.: der Kirche zu Brüg vom Rittergutsbesitzer Bröde: werthvolle Kronleuchter.

Dahme: der Kirche zu Dahme von Frau Fabrikant Baig: weiße Altar-Überdecke, von Ungenannt: 6 weiße Kelschücher, vom Altfirger Schmidt: 10 M. für Abendmahlsgesäße zu Kommunionen in der Schule zu Bollenhördorf, der Kirche zu Bude von der Gemeinde: Altarteppich.

Havelberg-Wilsnack: der Kirche zu Wilsnack von Frau Dr. Hartwich in Havelberg: Altartuch von weißem Batist, der Kirche zu Toppel von den Töchtern des Kirchen-Aeltesten Wasmuth: weißes Altartuch, von Fräulein Martha Küstner: Altarüberdecke von weißem Batist, der Kirche zu Wilsnack von Ungenannt: Ciborium, von Frau von Salbern: Altarteppich, der Kirche zu Söllenthin von Frauen der Gemeinde: Altarteppich, Taufstisch- und Kanzelpulstede.

Jüterbog: der St. Nicol.-Kirche zu Jüterbog vom Kommando der Feldartillerie-Schießschule: 50 Provinz.-Gesangbücher.

Lindow-Gransee: der Kirche zu Bangendorf vom Bauer-gutsbesitzer Versch: Kronleuchter, von Wittve Versch: 2 Vasen mit Mariensträußen.

Perleberg: der St. Jakobi-Kirche in Perleberg vom Vaterländischen Frauen-Verein: Altarbelleidung für die Friedhofs-Kapelle, vom Rentier Abt: gusseisernes

Kreuzifix mit versilbertem Corpus und 2 Leuchter für die Friedhofs-Kapelle.

Prenzlau I.: der Kirche zu Wichmannsdorf vom Grafen Arnim-Boitzenburg: Altarsenster und 450 M. zur Beschaffung einer größeren Orgel, von Frau Gräfin Arnim, Erzelenz: Altar- und Kanzelbelleidung, vom Bauer L. Kaechn: Altarsenster, von E. Schwabe in Berlin: desgl., von der Pfarrfamilie: 2 Altarsenster und die Kanzel, vom Küster Knabe: Lesepult, von Jungfrauen der Gemeinde: kronierte Kronleuchter, vom Schmiedemeister Schulz: 2 Wandleuchter, vom Baurath Prengel: vergoldeter Stern auf der Thurmsspitze, von einer Taufgesellschaft: silberne Taufanne.

Prenzlau II.: der Kirche zu Züsch vom Kammerherrn von Arnim und Gemahlin: neues Gestühl, Altarbelleidung und Überdecke, Altarteppich, Vorhänge ic.

Neu-Ruppin: der Kirche zu Garz von Frau Anna von Quast: marmornes Kreuz für den Kirchhof, vom Patron und Gemeinde: Ofen, von Diakonissin Auguste Gube und dem Magdalenen-Stift: Belum, von einem ungenannten Ehepaar: 2 Liedertafeln.

Wittstock: der Kirche zu Herzsprung von der Gemeinde: Teppich und Bibel für den Altar.

Wusterhausen: der Kirche zu Leddin vom Rittergutsbesitzer Dr. von Rohr und Gemeinde: Orgel, der Kirche zu Wusterhausen a. D. vom verstorbenen Bürgermeister Schulze und Ehefrau: 1500 M. zur Grabpflege.

Königs-Wusterhausen: der Kirche zu Teupitz von Fräulein Alwine von Euen: gesticktes Belum, von der Familie des Stadtkammerers Herschel: Kanzelbibel.

Zehdenick: der Kirche zu Zehdenick vom Rentier Richter: Altarbibel nebst Pult, vom Rentier Klement: Tisch für die Sakristei, von Frau Superintendent Rikebusch: Tischdecke, vom Superintendent Rikebusch: 210 M. zur Instandhaltung des Kirchplatzes und Denkmals des verstorbenen Prinzen August von Württemberg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1. Lauf. Nr.	2. Name und Stand des Ausgewiesenen	3. Alter und Heimath	4. Grund der Bestrafung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Baptist Heby, Bildhauer,	geboren am 13. März 1839 zu Baden, Kanton Aargau, Schweiz, orts- angehörig ebendaselbst,	Versuch eines schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle (1 Jahr Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 13. Juni 1893),	Großherzoglich badischer Landeskommission für zu Karlsruhe,	15. Juni 1894.
2	Franziska Gryczewska, geb. Januszewska, Arbeiterfrau,	geboren am 17. September 1860 zu Domkowa parowa, Kreis Broclawek, Gouvernement Warschau, Rußland, ortsangehörig ebendaselbst,	schwerer und einfacher Diebstahl (1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, laut Erkenntniß vom 2. November 1892),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	3. Juni 1894.

Rang-Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Anweisung beschloß	Datum des Anweisungs-Beschlusses
	des Angeklagten.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Anna Halbhüser, unverehelichte Fabrikarbeiterin,	geboren am 10. Februar 1877 in Wien, orts- angehörig zu Bierstein, Bezirk Kladau, Böhmen,	Landstreichen u. Führung falscher Legitimationen, Papiere,	Königlich bayerisches Bezirksamt Wasserburg,	4. Juni 1894.
2	Heinrich Joseph Mürdel, Schuhmacher, jetzt Tagelöhner,	geboren am 26. Oktober 1863 zu Wornsdorf, Bezirk Nürnberg, Böhmen, ortsangehörig zu Lamberger, Bezirk Gabel, Böhmen,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Pausen,	21. Mai 1894.
3	Carl Natali, Metallarbeiter,	geboren am 19. September 1856 zu Simmering bei Wien, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen u. Betteln,	Herzoglich sächsisches Landratsamt zu Coburg,	14. Juni 1894.
4	Felix Neustadt, Handelsmann,	geboren am 15. Januar 1822 zu Neugassau in Galizien,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Trier,	12. Juni 1894.
5	Nathan Perlmann, Monteur u. Mechaniker,	geboren am 15. Mai 1848 zu Riga, Gouvernment Livland, Rußland, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	30. Mai 1894.
6	Felix (Dreißer) Quaslet, Fabrik u. Bergarbeiter,	geboren am 27. Februar 1864 (65) zu Wörsdorf, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Ringelsbain, Bezirk Gabel, Böhmen,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Pausen,	24. Mai 1894.
7	Karoline Haunegger, geb. Fedelesberger, Brunnmacherswitwe,	geboren am 1. Mai 1835 zu Wünding, Amtsgericht Rothbalmünster, Bayern, österreichische Staatsangehörige und ortsangehörig zu Oberndorf, Bezirk Mied, Nieder-Österreich,	gewerbetreibende Unzucht, Arbeitslosen und Bettel-Vertheilung,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	3. Juni 1894.

Hierzu

eine Beilage, enthaltend das Statut der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank zu Berlin, gemäß Beschlusses der Generalversammlung vom 11. März 1893, sowie Vier Öffentliche Anzeigen.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Beilage

zum 30 sten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 27. Juli 1894.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

49. Des Kaisers und Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 2. April d. J. die von der General-Versammlung der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin unter dem 11. März 1893 beschlossenen Statutenänderungen respective die auf Grund der erteilten Ermächtigung von der Bank-Direction beschlossene Neufassung des Gesellschafts-Statuts Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Nachstehend bringe ich diesen Allerhöchsten Erlass und das Statut in seiner neuen Fassung mit dem Vermerken zur öffentlichen Kenntniss, daß die Eintragung der Beschlüsse in das Handelsregister erfolgt ist.

Berlin, den 10. Juli 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Auf Ihren Bericht vom 12. d. M. will Ich unter der Voraussetzung, daß die Eintragung der betreffenden Beschlüsse in das Handelsregister erfolgt, hierdurch genehmigen, daß der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin nach den Erlassen, vom 18. Mai 1891

13. October 1873 gewährte Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen auch unter den Änderungen fortbestehen bleibt, welche durch die vorgelegte, von der ordentlichen Generalversammlung vom 11. März 1893 resp. auf Grund der durch diese erteilten Ermächtigung von der Bank-Direction beschlossene Neufassung des Gesellschafts-Statutes bezeichnet sind.

Abkazia, den 2. April 1894.

gez. Wilhelm R.

gez. Graf Eulenburg, v. Schelling, Miquel,
v. Heyden.

An die Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen
und für Landwirtschaft, Domainen und Forsten.
I. R. 3290.

Statut der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin,

gemäß Beschlusses der Generalversammlung
vom 11. März 1893.

Erster Titel.

Firma, Zweck, Gerichtsstand, Dauer
und Bekanntmachungen.

§ 1. Unter der Firma:

„Preussische Hypotheken-Aktien-Bank“

ist in Berlin eine Aktien-Gesellschaft gegründet.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Realcredits durch Gewährung unkündbarer und kündbarer Hypotheken- und Grundschuld-Darlehen und der Betrieb der im § 13 näher bezeichneten Handelsgeschäfte. Die zur Gewährung der Hypotheken- und Grundschuld-Darlehen erforderlichen Mittel sollen durch Emission von Hypotheken-Pfandbriefen beschafft werden.

§ 2. Die „Preussische Hypotheken-Aktien-Bank“ hat ihren Sitz in Berlin.

§ 3. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 100 Jahre, vom Tage der landesherrlichen Genehmigung, den 18. Mai 1864, ab gerechnet, festgesetzt. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft über den vorbemerkten Zeitpunkt hinaus kann von der Generalversammlung nur mit einer Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen und unter Vorbehalt der landesherrlichen Genehmigung gültig beschlossen werden.

§ 4. Die für die Aktionäre bestimmten öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaftsorgane erfolgen durch:

- 1) den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger,
- 2) die Neue Preussische Zeitung,
- 3) die Bessische Zeitung,
- 4) die Berliner Börsen-Zeitung,
- 5) die Bank- und Handels-Zeitung,
- 6) die National-Zeitung,
- 7) den Berliner Börsen-Courier,
- 8) die Neue Börsen-Zeitung,
- 9) die Magdeburger Zeitung,
- 10) die Norddeutsche Allgemeine Zeitung,
- 11) die Kölnische Zeitung,

soweit diese Zeitungen noch bestehen und zugänglich sind.

Geht eines dieser Blätter ein, so wählt das Curatorium sofort an dessen Stelle ein anderes öffentliches Blatt. Auch außer dem Falle des Eingehens ist das Curatorium einen Wechsel der Gesellschaftsblätter eintreten zu lassen befugt. Jede Veränderung in den Gesellschaftsblättern ist in den bisherigen Gesellschaftsblättern bekannt zu machen, soweit dieselben noch bestehen und zugänglich sind. Jede Bekanntmachung gilt als gehörig geschehen, wenn sie durch das zu 1 und mindestens zwei der zu 2—11 bezeichneten Blätter rechtzeitig erfolgt ist.

Zweiter Titel.

Grundcapital und Aktionäre.

§ 5. Das Grundcapital der Gesellschaft beträgt

Fünfzehn Millionen Mark, eingetheilt in zehntausend Actien à Sechshundert Mark und in Siebentaufend-
fünfhundert Actien à Eintausendzweihundert Mark.
Dasselbe kann mit ministerieller Genehmigung auf Be-
schluß der Generalversammlung bis auf Dreißig
Millionen Mark erhöht werden. Eine weitere Er-
höhung des Grundcapitals kann nur auf Beschluß der
Generalversammlung mit landesherrlicher Genehmigung
stattfinden.

§ 6. Wenn im Falle der Erhöhung des Grund-
capitals neue Actien ausgegeben werden, so soll der
Beitrag jeder neuen Actie auf Eintausendzweihundert
Mark gestellt werden.

Die Actien lauten auf Inhaber und werden mit
dem Facsimile der Unterschrift des Präsidenten des
Curatoriums und unter der Unterschrift zweier Mit-
glieder der Direction ausgefertigt, mit Dividendens-
scheinen auf zehn Jahre und mit einem Talon versehen.

§ 7. In Folge eintretender Erhöhung des Grund-
capitals hat das Curatorium die Modalitäten der
Unterbringung der Actien zu bestimmen. Der Ausgabe-
cours darf nicht unter Pari betragen. Der Direction
der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank bleibt das
Recht der Repartition der Zeichnungen vorbehalten.
Wird die Auslegung von Actienzeichnungen mit Raten-
zahlungen beschlossen, so sind 25 Procent sofort bei der
Actienzeichnung, und fernere, mindestens 15 Procent
innerhalb des ersten Jahres vom Tage der erfolgten
Auslegung der Actienzeichnung, resp. wo eine solche
erforderlich ist, vom Tage der ministeriellen, beziehentlich
der landesherrlichen Genehmigung einzuzahlen.

Die weiteren Einzahlungen und die Zahlungs-
termine bestimmt das Curatorium.

Die Aufforderungen zur Einzahlung müssen
wenigstens vier Wochen vor den Zahlungsterminen
durch die Direction erfolgen.

Ueber die geleisteten Ratenzahlungen werden den
Actienzeichnern auf den Namen lautende Interims-
Quittungen ertheilt, die durch Indossament mit Ge-
nehmigung der Direction an einen bestimmten Rechts-
nachfolger, jedoch unbeschadet der unbedingten Haftung
des Zeichners für die Einzahlung des Nominalbetrages
der Actien, übertragen werden können.

Die Aushändigung der Actien erfolgt erst nach
Berichtigung der letzten Ratenzahlung.

§ 8. Wer innerhalb der festgesetzten Frist eine
gemäß der §§ 6 und 7 ausgesprochene Rate nicht ein-
zahlt, verfällt in eine Conventionalstrafe von einem
Fünftel des Betrages derselben und wird zur Nach-
zahlung der fälligen Rate nebst Conventionalstrafe durch
eine zweite öffentliche Bekanntmachung mit vierzehn-
tägiger Frist aufgefordert.

Leistet er dieser zweiten Aufforderung nicht Folge,
so wird dieselbe nochmals mit vierwöchentlicher Frist
durch öffentliche Bekanntmachung wiederholt.

Bleibt auch diese dritte Aufforderung erfolglos, so
ist die Direction berechtigt, nach ihrer Wahl entweder
den säumigen Zeichner im Wege Rechts zur Zahlung

der betreffenden Rate nebst Conventionalstrafe und
6 Procent Verzugszinsen, vom Tage des Ablaufs der
dritten Zahlungsfrist an, in Anspruch zu nehmen, oder
aber seine Zeichnung mittels öffentlicher Bekanntmachung
für erloschen, die auf dieselbe etwa bereits geleisteten
Einzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft für verfallen
und die über die Annahme der Zeichnungen etwa
ertheilten Bescheinigungen, sowie die Interimsscheine
über die auf dieselben geleisteten Ratenzahlungen für
nichtig zu erklären.

An Stelle der für erloschen erklärten Zeichnungen
werden zur Ergänzung des Grundcapitals der Ge-
sellschaft neue Zeichnungen angenommen, auf welche nach
dem Ermessen des Curatoriums auch die auf die er-
loschenen Zeichnungen gezahlten Raten angerechnet
werden können. Von den vorstehenden Conventional-
strafen ist nur die Generalversammlung zu entbinden
berechtigt.

§ 9. Dividenden, welche binnen vier Jahren, vom
letzten December desjenigen Jahres ab, in welchem sie
fällig geworden sind, nicht abgehoben werden, verfallen
zu Gunsten der Gesellschaft. Ist aber ein Dividendens-
chein verloren gegangen und der Verlust der Direction
innerhalb ebriger Frist angezeigt, so wird der Betrag
des Dividendenscheines noch innerhalb einer ferneren,
vom Ablauf der vier Jahre zu berechnenden präclusivi-
schen Frist von einem Jahre nachgezahlt, insofern nicht
etwa der Dividendenschein von einem Dritten eingereicht
und realisirt ist.

Die Gesellschaft wird durch die Annahme der An-
zeige von dem Verlust eines Dividendenscheines nicht
verpflichtet, die Legitimation eines etwaigen Präsentanten
desselben zu prüfen oder die Realisation desselben zu
versagen. Dem Verlierer und dem Inhaber des
Scheines bleibt vielmehr die Ausübung ihrer Ansprüche
auf den Betrag desselben gegen einander lediglich
überlassen.

Eine Amortisation verlorener Dividendenscheine
findet nicht statt.

§ 10. Auch verlorene Talons können nicht amorti-
sirt werden.

Die Ausreichung der neuen Serie von Dividenden-
scheinen erfolgt, wenn der dazu bestimmte Talon nicht
eingereicht werden kann, an den Präsentanten der be-
treffenden Actie.

Ist aber vorher der Verlust des Talons der Di-
rection angezeigt und der Aushändigung der neuen
Serie der Dividendenscheine widersprochen worden, so
werden dieselben zurückgehalten, bis die zwischen dem
Verlierer und dem Präsentanten streitigen Ansprüche
auf die neue Serie gütlich oder im Wege des Processes
erledigt sind und der Direction der legale Nachweis
über die Beilegung des Streites geführt worden ist.

§ 11. Verlorene Actien und Interimsscheine unter-
liegen der Amortisation, die im Gerichtsstande der
Gesellschaft bei Gericht nachzusuchen ist.

Auf Grund des rechtskräftigen Amortisationsurteils
erfolgt die Ausfertigung und Ausreichung einer neuen

Actie beziehungsweise Interimsscheines unter neuer Nummer auf Kosten des Antragstellers.

Sind Actien, Interimsscheine, Talons oder Dividendenscheine zwar nicht verloren, aber beschädigt, jedoch in ihrem wesentlichen Theile noch dergestalt erhalten, daß über ihre Richtigkeit kein Zweifel obwaltet, so ist die Direction ermächtigt, gegen Einlieferung der beschädigten Papiere neue gleichartige Papiere auf Kosten des Inhabers, unter gleichen Nummern, auszufertigen und auszureichen.

§ 12. Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und ihren Actionären wegen rückständig gebliebener Einzahlungen (§ 8) und der dadurch verwirkten Conventionalstrafe und Verzugszinsen sind im Gerichtsstande der Gesellschaft anhängig zu machen, welchem sich ein Jeder Actienzeichner und dessen Rechtsnachfolger durch die Zeichnung resp. den Erwerb der Actie aus der Zeichnung, kraft des gegenwärtigen Statuts, unterwirft; auch alle übrigen Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft, ihrem Vorstande und ihren Actionären die sich auf Gesellschaftsangelegenheiten beziehen, sind im Gerichtsstande der Gesellschaft anhängig zu machen.

Dritter Titel.

Geschäftskreis.

§ 13. Die Preussische Hypotheken-Actien-Bank ist befugt:

- a. Un kündbare und kündbare Hypotheken- und Grundschuld-Darlehen auf Grundbesitz innerhalb des in der Verfassung des Deutschen Reichs bestimmten Bundesgebietes zu gewähren;
- b. Hypotheken und Grundschulden zu erwerben, zu beleihen und zu versichern, sowie die Anlegung von Geldern in Hypotheken und Grundschulden und die Aufnahme und Veräußerung von Hypotheken und Grundschulden zu vermitteln, Hypotheken- und Grundschuld-Briefe in Verwahrung zu nehmen und die Einziehung und Auszahlung der Zinsen zu besorgen;
- c. an Kreise, Communen, öffentliche Corporationen und öffentliche Genossenschaften mit Genehmigung der vorgesetzten Aufsichtsbehörde derselben auch ohne Hypothekensicherheit amortisir- oder in bestimmter Frist rückzahlbare Darlehen zu gewähren und für dieselben entsprechende Obligationen auszugeben;
- d. Hypotheken-Pfandbriefe, sowie Obligationen mit oder ohne Amortisation auszugeben;
- e. Gelder verzinslich anzunehmen
 - 1) zu dem Zwecke, die Erwerbung von Hypotheken oder Grundschuld-Forderungen zu vermitteln oder dafür Hypotheken-Pfandbriefe auszugeben,
 - 2) mit mindestens vierwöchentlicher Kündigungsfrist. Jederzeit rückzahlbare Gelder dürfen nur unverzinslich angenommen werden;
- f. das Incasso von Wechseln, Geld, Anweisungen und Effecten zu besorgen;
- g. ihre Cassenbestände nutzbar zu machen durch Hinter-

legung bei Banbhäusern und Bankanstalten, durch Ankauf und Beleihung der von ihr ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe, ferner durch Ankauf von Wechseln und Werthpapieren, sowie im Lombardgeschäft nach den Grundsätzen der Reichsbank;

h. Wechsel und Geldanweisungen auszustellen, und in Zahlung zu nehmen.

§ 14. Im Geldverkehr hat sich die Bank der Speculationsgeschäfte für eigene Rechnung zu enthalten und sich auf solche Operationen zu beschränken, welche geeignet sind, den Hypotheken- und Grundschuld-Verkehr zu erleichtern und zu fördern.

§ 15. Grundstücke zu erwerben ist der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank nur gestattet:

- a. zum Zweck der Vermuthung zu Gesellschafts-Räumen,
- b. behufs Sicherstellung oder Verwerthung von Gesellschaftsforderungen; im letzteren Falle soll auf die baldigste Wiederveräußerung der Grundstücke möglichst Bedacht genommen werden.

Hypothekarische und Grundschuld-Darlehen.

§ 16. Un kündbare hypothekarische und Grundschuld-Darlehen werden nur in Beträgen von mindestens Fünfhundert Mark bewilligt.

Die Tilgung derselben geschieht durch Amortisation.

Der jährliche Tilgungsbeitrag des Schuldners muß mindestens $\frac{1}{2}$ Procent der Darlehenssumme betragen und darf der Beginn der Amortisation höchstens auf 10 Jahre hinausgerückt werden.

Die Darlehensvaluta ist dem Schuldner stets in baarem Gelde zu gewähren.

Die Darlehensprospecte und Antragsformulare müssen sämtliche vom Schuldner zu übernehmenden Baarverpflichtungen, namentlich auch in Ansehung der sogenannten Nebenleistungen und einer etwaigen Hinausschiebung des Beginnes der Tilgung klar ersehen lassen.

Zinsen und diesen rechtlich gleichstehende Leistungen des Schuldners und die unter der Bezeichnung Verwaltungskostenbeiträge oder ähnliche, vom Schuldner zu entrichtende Beiträge dürfen nur in Procenten des jeweiligen Darlehensrestes erhoben werden. Der überschüssige Betrag der vereinbarten Jahresleistung ist zum Zwecke der Tilgung zu verwenden.

Auf Verwaltungskosten-Beiträge und ähnliche Leistungen, welche insgesamt den Betrag von $\frac{1}{2}$ Procent der Schuld nicht überschreiten, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Jedem Darlehensschuldner muß ursächlich das Recht eingeräumt werden, spätestens zum Ablauf des 10. Jahres nach der Darlehensaufnahme seine Schuld nach vorausgegangener Kündigung ganz oder theilweise in Baar zurückzahlen. Die Kündigungsfrist darf die Frist von 9 Monaten nicht überschreiten.

Abschlagszahlungen von weniger als 1000 Mk. ist die Hypothekenbank anzunehmen nicht verpflichtet, sie ist auch befugt, angebotene Abschlagszahlungen nach ihrem Belieben um höchstens 1000 Mk. zu erhöhen oder zu ermäßigen und braucht Theilzahlungen überhaupt nur

gegen Einräumung des Vorrechts für den ungetilgten Betrag der Schuld anzunehmen.

In Ansehung einer nach den vorsehenden Bestimmungen zulässigen Rückzahlung dürfen Rückzahlungsprovisionen seitens der Hypothekenbanken nicht erhoben und die Bestellung einer Kündigungsecaution nicht gefordert werden.

Die Bank ist verpflichtet, nach Veröffentlichung der Jahresbilanz jedem ihrer Schuldner auf Verlangen mitzutheilen, welcher Betrag des Darlehns am Schlusse des Vorjahres amortisirt war. Sie ist ferner verpflichtet, sobald 10 %, oder bei eintretender Veräußerung des Pfandgrundstücks 5 % der Schuld getilgt sind, auf Verlangen des Schuldners Quittung und Löschungsbeurkundung für den getilgten Betrag, jedoch unter Vorbehalt des Vorrechts für den ungetilgten Theil der Schuld zu erteilen. Die Verpflichtung zur Fortzahlung der nach dem ursprünglichen Tilgungsplan zu entrichtenden Jahresleistung bleibt hierbei unberührt, soweit nicht mit Zustimmung beider Theile für den verminderten Schuldbetrag ein neuer Tilgungsvertrag abgeschlossen wird.

§ 17. In folgenden Fällen können die unkündbaren hypothekarischen und Grundschuld-Darlehen ausnahmsweise Seitens der Gesellschaft gekündigt werden:

- a. wenn die zu zahlenden Zinsen, Amortisationsbeiträge und Geschäftsunkostenbeiträge nicht innerhalb eines Monats, sonstige Kosten nicht innerhalb dreier Monate nach dem Fälligkeitstermin an die Gesellschaft berichtigt sind;
- b. wenn die Sequestration oder Subhastation über das verpfändete Grundstück oder einen Theil desselben verhängt, oder auch nur ein solches Verfahren eingeleitet ist, oder wenn die Rechtsgiltigkeit oder der Rang der bestellten Hypothek oder Grundschuld von dem Eigentümer des Pfandgrundstücks bestritten wird;
- c. wenn der Schuldner in Concurs geräth oder auch nur die Zahlungen einstellt;
- d. wenn durch irgend welchen Umstand der Werth des hypothekarischen Unterpfandes — im Vergleich zu dem bei Gewährung des Darlehns angenommenen Werthe — so gesunken ist, daß der nicht amortisirte Theil des Darlehns nicht mehr hinreichend gesichert erscheint; oder wenn eine theilweise Veräußerung des Unterpfandes oder eine Theilung desselben unter mehrere Eigentümer stattgefunden hat, ohne daß wegen Regulirung der Hypothek oder Grundschuld mit der Bank ein Abkommen getroffen ist; doch berechtigen Werthverminderungen, denen kein unwirtschaftliches Verschulden des Besitzers zu Grunde liegt, und solche Abveräußerungen, deren Unschädlichkeit von der zuständigen Behörde bescheinigt wird, die Gesellschaft zur Kündigung des gegebenen Darlehns nur in dem Betrage, welcher in dem Werthe der verbleibenden Substanz des Pfandobjectes nicht mehr seine statutenmäßige Deckung findet, und zur Kündi-

gung des gesamten Darlehns nur dann, wenn der gedeckt bleibende Betrag desselben nicht mehr den geringsten Satz einer zulässigen Darlehnsbewilligung erreicht;

- e. wenn die vertragsmäßig stipulirten Versicherungen hinsichtlich der beliehnenen Gebäude, des lebenden und todtten Inventars und der Ernte nicht erfüllt, resp. nicht aufrecht erhalten werden.

Werden diese Ausnahmsbestimmungen zur Anwendung gebracht, so muß eine dreimonatliche Kündigung vorhergehen. Im Falle der nothwendigen Subhastation und in den lit. c. bezeichneten Fällen bedarf es dieser Frist nicht. Die Darlehne sind in diesen Fällen auf Verlangen der Gesellschaft sofort fällig.

Der Fall der Auflösung der Gesellschaft darf als Kündigungsgrund nicht ausbedungen werden.

§ 18. Hypothekarische oder Grundschuld-Darlehen ohne Amortisation dürfen nur unter Verabredung einer bestimmten Kündigungsfrist oder eines festen Rückzahlungstermins gewährt werden.

Die dem Schuldner eingeräumte Kündigungsfrist darf die der Bank selbst vorbehaltene Frist nicht überschreiten.

Soweit künftbare Hypotheken oder Grundschuld-Darlehen als Unterlage für Hypotheken-Pfandbriefe dienen sollen, müssen die Beleihungsgrenzen dieselben sein, wie bei den unkündbaren Darlehen und darf die Gesamtsumme solcher Darlehne die Hälfte des Gesamthypothekenbestandes nicht übersteigen.

Bei vorzeitiger Rückzahlung unkündbarer Forderungen dürfen an Stelle derselben bis zum Ablaufe der planmäßigen Tilgungsperiode künftbare Hypotheken und Grundschulden, oder solche mit festen Rückzahlungsterminen zur Deckung benutzt werden.

Hypotheken-Pfandbriefe und Obligationen.

§ 19. Die Bank ist zur Ausgabe von verzinslichen nach § 22 zu tilgenden Hypotheken-Pfandbriefen und von verzinslichen Obligationen berechtigt. Die Hypotheken-Pfandbriefe werden nach dem beiliegenden Schema ausgefertigt.

Die Gesamtsumme dieser anzugebenden Papiere darf den zwanzigfachen Betrag des eingezahlten Grundcapitals nicht übersteigen und muß in Höhe des Nennwerthes jederzeit, soweit es sich um Hypotheken-Pfandbriefe handelt, durch Hypotheken oder Grundschulden von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichen Zinserträgen, soweit es sich um Obligationen handelt, durch ebensolche Forderungen (§ 13 zu c.) gedeckt sein.

Die Hypotheken-Pfandbriefe, sowie die Obligationen lauten auf Inhaber. Beide Arten müssen äußerlich unterscheidbar sein. Sie sind mit dem Facsimile der Unterschrift des Präsidenten des Curatoriums und mit der Zeichnung der Firma nach § 29 auszufertigen.

Den Hypotheken-Pfandbriefen können Uebersetzungen in fremden Sprachen beigelegt werden. Bei etwaigen Differenzen ist der deutsche Text und die inländische Währung entscheidend.

Die Bestimmungen der §§ 10 und 11 in Betreff

beschädigter und verlorener Aktien, Interimsscheine, Dividendenscheine und Talons finden auch auf beschädigte und verlorene Hypotheken-Pfandbriefe, Obligationen, Zinscoupons und Talons entsprechende Anwendung.

§ 20. Aus dem Hypotheken-Pfandbriefe muß das Wesentliche des zwischen der Bank und dem Inhaber bestehenden Rechtsverhältnisses, insbesondere in Betreff der Kündbarkeit der Hypotheken-Pfandbriefe ersichtlich sein. Die Bank darf auf das Recht zur Kündigung der Hypotheken-Pfandbriefe nur insoweit verzichten, als ihr gegenüber die Kündbarkeit der zur Unterlage dienenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen ausgeschlossen ist. Demgemäß darf die Kündbarkeit der Hypotheken-Pfandbriefe keinesfalls für einen längeren als zehnjährigen Zeitraum ausgeschlossen werden.

§ 21. Die Zinsen werden gegen Ausbändigung der Coupons an den bekannt gemachten Stellen ausbezahlt und verzinst im Falle der Nichterhebung zu Gunsten der Bank in 4 Jahren, vom 31. Dezember desjenigen Jahres an gerechnet, in welchem sie fällig geworden sind.

§ 22. Die Einlösung der Hypotheken-Pfandbriefe erfolgt durch Rückkauf oder durch Baareinlösung nach vorangegangener Kündigung seitens der Bank oder nach Bestimmung durch das Voos. Die gekündigten oder gezogenen Nummern, sowie der Ort und die Zeit der Auszahlung werden durch die Gesellschaftsblätter dreimal in angemessenen Zeiträumen bekannt gemacht, das erste Mal mindestens 3 Monate vor dem Auszahlungstermine, an welchem die Verzinsung der Hypotheken-Pfandbriefe aufhört.

§ 23. Die Rückzahlung der gekündigten oder ausgelassenen Hypotheken-Pfandbriefe erfolgt gegen ihre Einlieferung nach dem Nennwerthe.

Noch nicht fällige oder nach Aufhören der Verzinsung fällig gewesene, bei Einlieferung der Hypotheken-Pfandbriefe fehlende Coupons werden am Capital in Abzug gebracht.

Veileihungsgrenzen.

§ 24. Die Veileihung von Grundstücken darf, soweit die Hypotheken und Grundschulden als Unterlage für Hypotheken-Pfandbriefe benutzt werden, nur nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

- 1) Die Veileihung ist der Regel nach nur zur ersten Stelle zulässig; sie darf:
 - a. bei ländlichen Grundstücken $\frac{2}{3}$,
 - b. bei städtischen Grundstücken die Hälfte, bei besonders gut gelegenen Grundstücken in größeren Städten mit normal fortschreitender Entwicklung $\frac{1}{10}$,
 - c. bei Weinbergen, Wäldern und solchen Viegen-schaften, deren Ertrag auf Anpflanzungen beruht und deren Werth unter Berücksichtigung dieser Anpflanzungen abgeschätzt ist, $\frac{1}{3}$ des ermittelten Werthes nicht übersteigen.

Im Falle der Nr. c. kann, wenn die dauernde wirtschaftliche Unterhaltung der An-

pflanzungen rechtlich sicher gestellt ist, die Veileihung bis auf $\frac{2}{3}$ des Werthes erfolgen.

- 2) Die bei der Veileihung angenommene Sicherheit muß sowohl durch den Ertrags- als den Verkaufswert des beileihenden Grundstücks vollkommen gerechtfertigt sein.

Bei der Abschätzung sind lediglich die dauernden Eigenschaften des zu beileihenden Grundstücks und derjenige Ertrag, welchen das Grundstück bei gewöhnlicher Bewirtschaftung in den Händen eines jeden Besitzers nachhaltig gewähren kann, zu berücksichtigen. Insbesondere ist bei der Veileihung von Fabriken und gewerblichen Anlagen nur der von der jeweiligen Verwendungsart unabhängige, dauernde Werth zu berücksichtigen.

- 3) Bergwerke, Steinbrüche, Torfstiche und ähnliche, einen dauernden Ertrag nicht gewährende Grundstücke, sowie Baupläge, dürfen überhaupt nicht beileihen werden. Darlehne auf Neubauten dürfen zur Unterlage von Hypotheken-Pfandbriefen erst dann benutzt werden, wenn die beileihenden Bauleistungen vollkommen fertiggestellt und ertragsfähig sind.

- 4) Bauleistungen, welche sich auf den verpfändeten Grundstücken befinden, müssen nach den speciellen Bestimmungen des Darlehensvertrages gegen Feuergefahr versichert sein.

Das Pfandrecht der Gesellschaft ist ausdrücklich auf die Brandschadigungsgelder auszuzeichnen.

Auf die gemäß § 13 zu h. erworbenen Hypotheken und Grundschulden, soweit sie als Unterlage für Hypotheken-Pfandbriefe benutzt werden, finden die vorstehenden Vorschriften ebenfalls Anwendung.

Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe.

§ 25. Die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe und deren Zinsen wird gebildet durch die erworbenen Forderungen, durch das Grundcapital sowie durch das ganze Vermögen der Gesellschaft.

Der Betrag, um welchen sich das Capital der als Garantie dienenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen durch Amortisation oder durch Rückzahlung oder in anderer Weise vermindert, muß entweder zur Zurückziehung und Vernichtung von Hypotheken-Pfandbriefen verwendet oder durch andere Hypotheken- und Grundschuldforderungen ersetzt werden.

Obligationen.

§ 26. Die Modalitäten für die an Kreise, Communen, öffentliche Corporationen und öffentliche Genossenschaften, auch ohne hypothekarische Sicherheit, zu gewährenden Darlehne und für die festzusetzende Amortisation derselben oder für die Rückzahlung ohne Amortisation unterliegen der jedesmaligen, besonderen Vereinbarung.

Die in Höhe dieser Darlehne und diesen entsprechend von der Bank amortisirte oder in bestimmter Frist rückzahlbar auszugebenden Obligationen werden mit dem Facsimile des Präsidenten des Curatoriums

und mit der Zeichnung der Firma der Gesellschaft nach § 29 versehen.

Die Ausgabe der Obligationen darf mit den emittirten Hypotheken-Pfandbriefen die Grenze des 20fachen Betrages des eingezahlten Grundcapitals nicht übersteigen.

Für die Sicherheit der ausgegebenen Obligationen, der Zinsen und Amortisation haften außer den erworbenen Forderungen noch das Grundcapital, sowie das ganze Vermögen der Gesellschaft.

Im Uebrigen gelten in analogen Fällen die für hypothekarische Darlehne und Hypotheken-Pfandbriefe gegebenen Bestimmungen auch für diese Darlehne und Obligationen.

Vierter Titel.

Organisation.

§ 27. Die Organe der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank sind:

- 1) die Direction,
- 2) das Curatorium,
- 3) die Generalversammlung.

§ 28. Die Direction besteht nach Bestimmung des Curatoriums entweder aus zwei oder mehr Mitgliedern, welche vom Curatorium zu notariellem oder gerichtlichem Protocoll gewählt werden.

Das Curatorium kann stellvertretende Mitglieder der Direction und Procuristen bestellen.

Die Namen der jeweiligen Mitglieder der Direction und der für dieselben ernannten Stellvertreter werden vom Curatorium durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, sowie durch zwei andere der im § 4 benannten Gesellschaftsblätter veröffentlicht.

Die Mitglieder der Direction und die Stellvertreter legitimiren sich durch ein Attest des Handelsgerichts, die Beamten der Gesellschaft durch ein Attest der Direction.

Die Geschäftsvertheilung und die Art der Beschlussfassung unter den Mitgliedern der Direction wird vom Curatorium festgesetzt.

Darüber, ob ein Syndicus für die Gesellschaft zu ernennen, oder ob ein Mitglied der Direction oder ein stellvertretendes Mitglied mit der Function des Syndicus zu betrauen ist, beschließt das Curatorium. In beiden Fällen ist für den Syndicus der Gesellschaft die Qualification zum Richteramt erforderlich. Die Mitglieder der Direction und der Syndicus erhalten Gehalt.

§ 29. Die Direction bildet den Gesellschaftsvorstand in Gemäßheit des Art. 227 seq. des Handels-Gesetzbuches. Sie vertritt die Gesellschaft in außergerichtlichen und gerichtlichen Angelegenheiten und leitet resp. führt deren Geschäfte innerhalb der statutenmäßigen Grenzen unter Beobachtung der von dem Curatorium und von der Generalversammlung innerhalb des der letzteren zugewiesenen Ressorts gefassten Beschlüsse. Die Direction stellt die Beamten der Gesellschaft, mit Ausnahme des vom Curatorium zu ernennenden Syndicus, an und entläßt dieselben. Sofern indeß das jährliche

Einkommen eines Beamten Viertausend Mark übersteigt, oder er mit länger als dreimonatlicher Kündigung angestellt wird, bedürfen die Anstellungsverträge der Genehmigung des Präsidenten des Curatoriums oder dessen Stellvertreters.

Alle die Gesellschaft verpflichtenden Urkunden und schriftlichen Erklärungen werden in der Form ausgestellt, daß der geschriebenen oder gedruckten Firma mindestens zwei Directionsmitglieder oder ein Director und ein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigter Procurist ihre Unterschriften — letzterer mit einem die Procura andeutenden Zusatz — hinzufügen. Für Correspondenzen und Erlasse genügt die Unterschrift auch nur eines Mitgliedes der Direction.

Bei Quittungen über geleistete Zahlungen und Rechnungen über gelieferte Werthpapiere, Wechsel und dergleichen (Kassenquittungen) genügt die gemeinschaftliche Unterschrift eines Directors oder Procuristen und eines Kassenbeamten.

Die Unterschrift eines stellvertretenden Mitgliedes der Direction steht der Unterschrift der übrigen Directionsmitglieder gleich und es bedarf für ihre Wirksamkeit des Nachweises der Verhinderung der übrigen Directionsmitglieder nicht.

Die Direction ist zur selbständigen Bestellung und Entlassung von Agenten berechtigt. Verträge mit den selben, durch welche der Gesellschaft besondere Lasten auferlegt werden, oder durch welche der Gesellschaft das Recht der Aufkündigung auf längere Dauer als drei Monate entzogen werden soll, bedürfen der Genehmigung des Präsidenten des Curatoriums oder seines Stellvertreters, unbeschadet jedoch der Wirksamkeit solcher Verträge zu Gunsten des anderen Contractanten.

Die Direction erstattet alljährlich einen Geschäftsbericht an das Curatorium zur Vorlegung in der ordentlichen Generalversammlung.

§ 30. Der Direction bleibt es vorbehalten, in den Provinzen Organe zu schaffen, welche sie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen bestimmt sind.

§ 31. Die Mitglieder der Direction können durch Beschluß des Curatoriums vom Amte suspendirt werden.

Die Entlassung kann nur auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung erfolgen.

Curatorium.

§ 32. Das Curatorium besteht fortan mindestens aus 6 und höchstens aus 10 von der Generalversammlung aus der Zahl der Actionäre gewählten Mitgliedern, von denen 3 ihr Domizil in Berlin haben müssen und jährlich 2 ausscheiden.

Die Reihenfolge der Ausscheidenden wird durch das Dienstalter bestimmt. Ausgeschiedene Mitglieder sind wieder wählbar. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Wahlperiode aus, so erfolgt die Neuwahl nur für den Rest derselben. Die Neuwahl darf bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung ausgesetzt werden, so lange im Curatorium noch wenigstens fünf Mitglieder vorhanden sind.

Nicht fähig, Mitglied des Curatoriums zu sein, ist, wer fallirt oder auch nur seine Zahlungen eingestellt, oder mit seinen Gläubigern accordirt hat, so lange nicht eine vollständige Rehabilitation erfolgt ist.

Die Bestellung zum Mitgliede des Curatoriums kann auch vor Ablauf des Zeitraumes, für welchen dasselbe gewählt ist, durch die Generalversammlung widerrufen werden, der Beschluß bedarf einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des in der Generalversammlung vertretenen Gesamt-Capitals.

Die Mitglieder des Curatoriums erhalten die im Geschäftsinteresse verwendeten Kosten und Auslagen ersetzt. Sie erhalten eine Tantieme vom Reingewinne, aber kein Gehalt.

Die Mitglieder des Curatoriums werden durch notarielles Attest legitimirt.

§ 33. Die Mitglieder des Curatoriums wählen alljährlich aus ihrer Mitte zu notariellem oder gerichtlichem Protocoll einen Präsidenten und einen Stellvertreter desselben.

§ 34. Das Curatorium übt die allgemeine Controle über den Geschäftsbetrieb aus und nimmt die Stelle des Aufsichtsrathes einer Actiengesellschaft im Sinne des Art. 225 des Handels-Gesetzbuches ein. Das Curatorium faßt bindende Beschlüsse über alle die Gegenstände, welche weder der Generalversammlung noch der Direction ausdrücklich vorbehalten sind.

Inbesondere gehören zum Ressort des Curatoriums:

- a. der Abschluß der Verträge mit den Mitgliedern der Direction und dem Syndicus,
- b. die Bestimmung über die Einzahlung des Actien-capitalis,
- c. die Feststellung der Termine und Beleihungsmodalitäten bei löndbaren Darlehen,
- d. die Ausführungsbestimmungen für die Werthsermittlung bei Beleihungen,
- e. die Regulirung der Thätigkeit der Mitglieder der Direction,
- f. Wahl des Präsidenten und seines Stellvertreters.

§ 35. Den Vorsitz im Curatorium führt der Präsident, falls derselbe nicht anwesend ist, dessen Stellvertreter event. das dem Lebensalter nach älteste Mitglied.

Beschlußfähig ist das Curatorium, wenn einschließlich des jetzmaligen Vorsitzenden mindestens fünf Mitglieder anwesend sind.

Beschlüsse werden nach absoluter Majorität gefaßt.

Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. In dringenden Fällen ist schriftliche Abstimmung zulässig.

Die Mitglieder der Direction wohnen den Sitzungen des Curatoriums, jedoch nur mit beratender Stimme, bei.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Curatoriums wird ein Protocoll geführt und von sämmtlichen anwesenden Mitgliedern vollzogen.

Die Erlasse des Curatoriums werden von dem

Präsidenten desselben oder dessen Stellvertreter gezeichnet.

Die Berufung des Curatoriums erfolgt durch den Präsidenten oder dessen Stellvertreter. Dieselbe gilt als gehörig geschehen, wenn Postschaine über Absendung recommandirter Briefe an sämmtliche Mitglieder des Curatoriums vorgelegt werden.

Wenn die Direction oder drei Mitglieder des Curatoriums es beantragen muß in längstens sechs Tagen die Einladung zu einer Sitzung des Curatoriums erfolgen.

§ 36. Der Präsident des Curatoriums ordnet nach seinem Ermessen außerordentliche Rassen- und Geschäftsrevisionen an und ist berechtigt, den Sitzungen der Direction beizuwohnen. Der Stellvertreter hat, sobald er in Vertretung des Präsidenten handelt, mit diesem selbst überall gleiche Rechte.

Behufs Vornahme der ordentlichen, in jedem Jahre mindestens viermal wiederkehrenden Revisionen werden zwei Mitglieder des Curatoriums von diesem auf die Dauer eines Jahres ernannt.

Dieselben sind verpflichtet, zu den von ihnen vorzunehmenden Revisionen ein Mitglied der Direction zuzuziehen. Ueber die Revision ist stets ein Protocoll aufzunehmen und dasselbe von den Revisoren und dem Mitglieder der Direction zu vollziehen.

Der Direction, dritten Personen und Behörden gegenüber bedarf es für die Gültigkeit der von dem Stellvertreter des Präsidenten vollzogenen Verhandlungen und Erklärungen niemals des Nachweises der Verhinderung des Präsidenten.

Generalversammlung.

§ 37. Alljährlich ein Mal, spätestens im zweiten Quartal, findet in Berlin die ordentliche Generalversammlung der Actionäre statt.

Die Direction beruft dieselbe.

Die Berufung außerordentlicher Generalversammlungen kann sowohl durch die Direction, als durch das Curatorium, dessen Präsidenten oder seinen Stellvertreter statifinden. Dieselbe erfolgt, wenn entweder die Direction oder das Curatorium es für nöthig erachten oder wenn Actionäre, deren Anseife zusammen den zwanzigsten Theil des emittirten Grundcapitalis darstellen, unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich darauf antragen.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt unter Angabe der Vorlagen mittelst zweimaliger Bekanntmachung im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger und in zwei anderen der im § 4 bezeichneten Blätter; die letzte Insertion muß mindestens zweiundzwanzig Tage vor dem Zusammentritt statifinden.

Jede Actie à Sechshundert Mark gewährt eine und jede Actie à Eintausendzweihundert Mark gewährt zwei Stimmen. Es können vertreten werden: Handlungshäuser durch ihre regelmäßig bekannt gemachten Procuristen, Behörden, Corporationen durch ihre gesetzlichen

Vertreter, Ehefrauen durch ihre Ehemänner, Pflegebefohlene durch ihre Vormünder oder Curatoren.

In allen übrigen Fällen kann ein Actionär nur durch einen anderen stimmberechtigten Actionär vertreten werden.

Die Actionäre, welche an der Versammlung Theil nehmen wollen, ingleichen Bevollmächtigte derselben, haben ihre Actien, Vollmachten, Beschlüsse u. dgl. spätestens acht mal vierundzwanzig Stunden vor der Stunde der Generalversammlung der Direction einzureichen. Es wird ihnen demnächst ein auf ihren Namen ausgestellter, die Zahl der Stimmen ausdrückender Stimmzettel ertheilt, welcher zugleich als Legitimation für die Generalversammlung dient.

§ 38. Die Vorlagen zu der ordentlichen Generalversammlung sind:

- a. der Geschäftsbericht;
- b. Bericht der Prüfungs-Commission und die Erledigung der von dieser etwa gezogenen Monita;
- c. die Jahresbilanz;
- d. die Feststellung der den Actionären zu zahlenden Dividende;
- e. Ertheilung der Decharge an das Curatorium und an die Direction;
- f. Wahl der Mitglieder des Curatoriums;
- g. anderweitige Vorlagen des Curatoriums und der Direction.

Wenn ein Actionär einen Antrag bis zum 1. Februar schriftlich bei der Direction einreicht, so ist derselbe bei Berufung der demnächstigen Generalversammlung als ein Gegenstand der Beschlussfassung anzuführen. Ebenso haben Actionäre, deren Antheil zusammen den 20. Theil des emittirten Grundcapitals darstellen, das Recht, zu verlangen, daß Gegenstände zur Beschlussfassung einer einberufenen Generalversammlung angehängt werden, sofern das Verlangen so zeitig gestellt wird, daß die gehörige Ankündigung mindestens eine Woche vor dem Tage der Generalversammlung stattfinden kann.

§ 39. Der Präsident des Curatoriums oder dessen Stellvertreter, oder im Fall der Behinderung Beider das älteste anwesende Mitglied des Curatoriums, führt den Vorsitz in der Generalversammlung, leitet die Verhandlungen und bestimmt die Art und Weise der Abstimmung.

Zur Beschlussfassung in der Generalversammlung ist die absolute Mehrheit der vertretenen Stimmen erforderlich, soweit nicht dieses Statut oder das Gesetz etwas Anderes bestimmen.

Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Ueber die Verhandlungen wird ein notarielles oder gerichtliches Protocoll aufgenommen. Die Namen der zur Theilnahme an der Versammlung berechtigten und wirklich erschienenen Mitglieder werden durch ein von der Direction zu vollziehendes Verzeichniß constatirt und das Verzeichniß dem Protocoll beigesügt.

In dem Protocoll sind die Gegenstände der Ver-

handlung und das Resultat der Wahlen, sowie die Abstimmungen, unter Angabe der Stimmzahl, zu vermerken.

Die Motive der Vorlagen und die Voten dürfen nicht in das Protocoll aufgenommen werden.

Das Protocoll ist von dem Vorsitzenden, von den anwesenden Mitgliedern des Curatoriums und der Direction und von mindestens drei der anwesenden Actionäre zu unterzeichnen.

§ 40. Statutenänderungen können von der Generalversammlung nur mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen gültig beschloffen werden.

Wenn es sich um eine Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens handelt oder wenn die Gesellschaft durch Uebertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Actiengesellschaft gegen Gewährung von Actien der letzteren aufgelöst werden soll, so muß die Mehrheit wenigstens $\frac{3}{4}$ der vertretenen Stimmen tragen.

Anträge auf Zusage oder Aenderungen des Statuts, welche nicht von dem Präsidenten, dem Curatorium oder der Direction, sondern von den Actionären ausgehen, müssen erst von der Generalversammlung für zulässig erachtet werden, bevor in einer weiteren Versammlung die definitive Beschlussfassung erfolgt.

Wahlen:

§ 41. Alle auf Grund dieses Statuts stattfindenden Wahlen werden mit absoluter Stimmenmehrheit vollzogen. Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung weder eine absolute Stimmenmehrheit noch Stimmengleichheit, so werden diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in doppelter Anzahl der zu Wählenden auf die engere Wahl gebracht.

Bei Stimmgleichheit entscheidet das Loos.

Fünfter Titel.

Bilanz, Gewinnvertheilung,

Amortisations- und Reservende.

§ 42. Die Bilanz wird alljährlich am 31. Dezember gezogen, innerhalb der nächsten drei Monate von der Direction aufgestellt und zweien Deputirten des Curatoriums, welchen der Präsident aus der Zahl entweder der übrigen Mitglieder des Curatoriums oder der sonstigen Actionäre einen Vorsitzenden zugeordnet, zur Prüfung vorgelegt. Nach erfolgter Prüfung wird die Bilanz vom Curatorium festgesetzt, in der Generalversammlung vorgelegt, und von derselben, wenn keine Anstände vorhanden sind, der Direction und dem Curatorium die Decharge ertheilt.

§ 43. Für die Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung kommen die Vorschriften der Artikel 31 und 185a. des Handelsgesetzbuches (in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juli 1884 R.-G.-Bl. S. 123) mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

- 1) in der Gewinn- und Verlustrechnung ist in getrennten Positionen der Betrag der eingegangenen Hypothekenzinsen, der Verwaltungskostenbeiträge, und der etwaigen sonstigen Leistungen der Schuldner (Provisionen u.), soweit sie nicht Capitalsabtrag

sind, aufzuführen, ebenso die Höhe der von der Anstalt gezahlten Hypotheken-Pfandbriefzinsen.

- 2) In der Bilanz sind in gesonderten Positionen anzugeben:

A. unter den Activen

- a. der Betrag der zur Deckung der Hypotheken-Pfandbriefe bestimmten hypothekarischen Forderungen,
- b. die Höhe der rückständigen Jahresleistungen der Schuldner,
- c. die der Bank gehörigen Grundstücke nach ihrer Gesamtmzahl, und unter Ansatz des nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (Art. 31, 185a., 239h.) zu berechnenden Werths.

B. unter den Passiven

die ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe nach ihrem Nennwerthe.

- 3) Das gesammte, im Berichtsjahre bei Begebung von Hypotheken-Pfandbriefen entstandene Disagio und die durch diese Begebung erwachsenden Unkosten sind zu Lasten des Berichtsjahres zu verrechnen.
- 4) Wenn im Falle der Hinausrückung der Amortisation die Tilgungsbeiträge vorübergehend zu Gunsten der Bank verrechnet werden, dürfen diese Forderungen in der Bilanz nur als besondere Activposten eingestellt werden.

Dasselbe gilt von sonstigen, von den Darlehensnehmern besonders übernommenen Nebenleistungen (für die Herstellung, Abstempelung und Begebung der Hypothekenspfandbriefe, Provision u.); diese Beträge dürfen den Schuldnern höchstens auf 10 Jahre gestundet werden.

Aus der Bilanz oder dem Geschäftsberichte muß hervorgehen:

- 1) der Gesamtbetrag der der Hypothekenbank zustehenden ländlichen und der der städtischen Hypotheken bezim. Grundschulden;
- 2) der Gesamtbetrag der Amortisations- sowie der ohne Amortisation gewährten Darlehen;
- 3) die Zahl der bestehenden Darlehen;
- 4) die Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen (getrennt nach ländlichen und städtischen), an denen die Gesellschaft im Berichtsjahre theilhaftig war;
- 5) die Zahl der Grundstücke, die die Gesellschaft im Berichtsjahre hat übernehmen müssen, sowie die Verluste oder Gewinne, die beim Wiederverkauf von erstandenen Grundstücken eingetreten sind;
- 6) die einzelnen Buchwerthe der von der Gesellschaft erstandenen und noch nicht wieder verkauften Grundstücke;
- 7) die von den der Gesellschaft zu entrichtenden Jahresleistungen vorhandenen Rückstände, getrennt nach den Jahren der Fälligkeit;
- 8) die im Berichtsjahre im Wege der regelmäßigen Amortisation, sowie die aus anderen Gründen erfolgten Rückzahlungen.

§ 44. Von dem aus der Bilanz sich ergebenden

Reingewinn werden zunächst 10 Procent zur Bildung eines Reservefonds abgesetzt. Der verbleibende Ueberschuss wird auf die Actionäre in der Art vertheilt, daß bis auf Höhe von 4 Procent des baar eingezahlten Grundcapitals zunächst die Verwendung erfolgt. Sodann erhalten von dem Reste

- a. 10 Procent die Mitglieder des Curatoriums,
- b. 10 Procent die Mitglieder der Direction,
- c. der verbleibende Rest wird gemäß § 38d. zur Verfügung der Generalversammlung gestellt.

Die Dividende wird, nach Feststellung der Bilanz, alljährlich spätestens am 1. Juli gezahlt.

Die Zahlung der Dividende erfolgt an den Präsentanten des Dividendenscheines gegen Ablieferung desselben durch die Hauptkasse in Berlin und an anderen speciell bekannt zu machenden Orten.

Die Dividenden verjähren in vier Jahren vom letzten Dezember desjenigen Jahres ab, in welchem sie fällig geworden sind, zu Gunsten der Gesellschaft.

§ 45. Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung wird mit dem Geschäftsbericht der Direction und mit den Bemerkungen des Curatoriums gedruckt und mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung in dem Geschäftlocal der Gesellschaft zur Einsicht der Actionäre ausgelegt.

Außerdem erfolgt die Veröffentlichung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach erfolgter Genehmigung Seitens der Generalversammlung durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, sowie durch zwei andere der im § 4 bezeichneten Gesellschaftsblätter.

Von dem Geschäftsbericht, nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ist jedem Inhaber eines Hypotheken-Pfandbriefes, welcher dies unter Vorlegung des Stückes oder Talons bis zum Schlusse desjenigen Geschäftsjahres, für welches der Bericht gegeben wird, und später so lange der Vorrath reicht, verlangt, ein Druckeremplar gegen Zahlung von höchstens 50 Pf. und Erstattung der Portofeesen zu verabsorgen.

§ 46. Der Amortisationsfonds ist zur Tilgung der unkündbaren Darlehen bestimmt. Er wird gebildet durch die für die Amortisation derselben bestimmten Einzahlungen, die hierauf nach dem Amortisationsplane zu vergütenden Zinsen, sowie die sonstigen Abschlagszahlungen, und kommt den Schuldnern der unkündbaren Darlehen nach Maßgabe der Höhe ihrer Amortisationsquoten, Abzahlungen u. zu Gute.

§ 47. Der Reservefonds ist zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes der Gesellschaft bestimmt; derselbe wird mit dem übrigen Gesellschaftsvermögen als ein Theil desselben verwaltet. Der daraus erwachsende Gewinn fließt den sonstigen Einnahmen der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank zu.

Sobald der Reservefonds den fünften Theil des eingezahlten Actienkapitals erreicht hat, und so lange dieser Betrag sich nicht vermindert, hört die Absetzung der zu seiner Bildung nach § 44 bestimmten 10 Procent auf.

Sechster Titel.**Auflösung und Liquidation.**

§ 48. Die Auflösung der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank findet in den im Handelsgesetzbuch bezeichneten Fällen statt.

In einer Generalversammlung, welche über die Auflösung der Gesellschaft Beschluß fassen soll, müssen wenigstens $\frac{3}{4}$ sämmtlicher Actien vertreten sein.

Ist die erste zur Fassung des Auflösungsbeschlusses berufene Generalversammlung wegen Unvollständigkeit der vertretenen Stimmen nicht beschlußfähig, so wird eine zweite Generalversammlung berufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlußfähig ist. Hierauf ist in der Einladung zur zweiten Generalversammlung ausdrücklich hinzuweisen.

In jedem Falle kann der Auflösungsbeschluß nur mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der in der betreffenden Generalversammlung vertretenen Stimmen gültig gefaßt werden.

Nach Auflösung der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank dürfen neue hypothekarische oder Grundschuld-Darlehen nicht mehr gewährt, auch Hypotheken-Pfandbriefe nicht mehr ausgegeben werden. Es erfolgt vielmehr die Liquidation durch die Direction unter Aufsicht des Curatoriums.

Nach beendetem Liquidationsgeschäft geschieht die Legung der Schlußrechnung, die Ertheilung der Decharge an die Direction und Vertheilung des nach Deckung der Schulden verbleibenden Ueberschusses an die Actionäre gegen Rückgabe der Actien und Dividendenscheine.

Beträge, die binnen sechs Monaten vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an gerechnet, nicht abgehoben werden, sind auf Kosten der betreffenden Empfänger gerichtlich zu deponiren.

Siebenter Titel.**Staats-Aufsicht.**

§ 49. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechts für beständig oder für einzelne Fälle einen Commissar zu ernennen.

Derselbe ist insbesondere befugt, die Geschäftsorgane einschließlich der Generalversammlung gültig zu berufen, ihren Beratungen beizuwohnen und jederzeit von den Kassen, Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken der Gesellschaft Einsicht zu nehmen.

Die nach § 3 der Normativbestimmungen zu erlassenden Vorschriften über die Werthermittelung sind der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Der Aufsichtsbehörde ist ferner nach deren näherer Anweisung mit dem jährlichen Geschäftsabschlusse ein Verzeichniß der vorgekommenen Beleihungen vorzulegen, aus welchem das Verhältniß des angenommenen Beleihungswertes zu dem Grundstücks-Reinertrage bezw. Gebäudesteuer-Nutzungswerte zu ersehen ist.

Schema.**Hypotheken-Pfandbrief**

der
Preussischen Hypotheken-Actien-Bank

Serie Nr.

über Mark.

Die Preussische Hypotheken-Actien-Bank verschuldet dem Inhaber dieses Hypotheken-Pfandbriefes

. Mark

verzinslich zu Procent in halbjährigen Raten am 1. und 1. jeden Jahres.

Die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe und deren Zinsen wird nach § 25 des Statuts gebildet durch die erworbenen Forderungen, durch das Grundcapital sowie durch das ganze Vermögen der Gesellschaft.

Der Beitrag, um welchen sich das Capital der als Garantie dienenden Hypotheken- und Grundschuldforderungen durch Amortisation oder durch Rückzahlung oder in anderer Weise vermindert, muß entweder zur Zurückziehung und Vernichtung von Hypotheken-Pfandbriefen verwendet oder durch andere Hypotheken- und Grundschuld-Forderungen ersetzt werden.

Die Gesamtsumme der ausgegebenen Hypotheken-Pfandbriefe darf nach § 19 des Statuts den zwanzigfachen Betrag des eingezahlten Grundcapitala nicht übersteigen.

Dieser Hypotheken-Pfandbrief ist von Seiten des Inhabers unkündbar, von Seiten der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank drei Monate nach erfolgter Auslösung oder Kündigung und öffentlicher Bekanntmachung einlöslich. Von diesem Rechte der Auslösung oder Kündigung dieses Hypotheken-Pfandbriefes darf jedoch

vor dem 1. Januar 19 . .

sein Gebrauch gemacht werden.

Berlin, den

Preussische Hypotheken-Actien-Bank.

Das Curatorium.

Die Direction.

. Präsident.

Der Controlbeamte:

W u t s b l a t t

der Königl. i c h e n R e g i e r u n g z u P o t s d a m
und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Den 3. August

1894.

Bekanntmachungen der Königl. i c h e n M i n i s t e r i e n .

Anlauf von Remonten für 1894.

13. Zum Anlaufe von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. i c h e n R e g i e r u n g z u P o t s d a m für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

17. August Meyenburg.

18. April.

Die von der Remonte-Anlaufs-Kommission erkaufenen Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseiger und Klopfbengste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depot als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue, starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2, mindestens zwei Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckscheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kuppeln oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium.

Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. i c h e n O b e r - P r ä s i d e n t e n .

B e k a n n t m a c h u n g .

11. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 in Verbindung mit § 107 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 und § 43 Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für das laufende Jahr der Beginn der Jagd auf Rebhühner in Stadtkreise Berlin auf **Sonnabend, den 18. August** festgelegt. Die Jagdzeit dauert bis **Freitag, den 14. Dezember** einschließlich.

Potsdam, den 21. Juli 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. i c h e n R e g i e r u n g s - P r ä s i d e n t e n .

B e k a n n t m a c h u n g .

169. Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß nach dem Gutachten der technischen Deputation für das Veterinär-Wesen und der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinal-Wesen das Fleisch von Schweinen, welche wegen Schweinepest oder Schweinepest noch geschlachtet wurden, für den Menschen nicht gesundheitschädlich ist. Dasselbe ist aber unter Deklaration und in gargekochtem Zustande zu verkaufen, wenn es nicht in den versuchten Gehöften selbst verzehrt wird.

Die erkrankten Eingeweide nebst ihren Anhängseln sind durch Vergraben oder Verbrennen zu beseitigen.

Vom Konsum auszuschließen, aber zur technischen Verwerthung zuzulassen sind die Kadaver derjenigen Schweine, bei welchen sich Folgeveränderungen wie Gelbsucht oder Bauchfellentzündung ausgebildet haben.

Potsdam, den 25. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Betobigung für Rettung aus Lebensgefahr.

170. Die Mitglieder des Berliner Ruderkubs „Hellas“, Wilhelm Paersch und Oscar Wendeborn aus Berlin, haben am 13. Mai d. J. den Möbelfabrikanten Wilhelm Becker aus Berlin vom Tode des Ertrinkens in der Oberspree bei Nieder-Schönweide gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That bringe ich hiermit betobigend zur allgemeinen Kenntniß.

Potsdam, den 23. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verkehr der Behörden mit dem Auslande.

171. Die Bestimmungen, welche im Anschluß an den § 9 der Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 (G.-S. S. 248) bezüglich des geschäftlichen Verkehrs der preussischen Verwaltungsbehörden mit Behörden der Bundesstaaten und des Reichsauslandes, sowie mit den diplomatischen Vertretern des deutschen Reichs im Auslande erlassen worden sind, finden nicht immer die gehörige Beachtung.

Ich bringe sie deshalb nachstehend erneut in Erinnerung.

1) Ausgeschlossen ist jeder unmittelbare geschäftliche Verkehr der diesseitigen Verwaltungsbehörden mit den Centralbehörden des Reichsauslandes.

2) Provinzialbehörden und diesen nachgeordnete Behörden des Reichsauslandes anlangend, ist den Verwaltungsbehörden an der Grenze mit den ihnen benachbarten ausländischen Behörden ein unmittelbarer Verkehr allgemein gestattet.

3) Im Uebrigen haben die Verwaltungsbehörden, wenn nicht Gefahr im Verzuge ist, die Vermittelung der Kaiserlichen Konsuln, soweit dies (vergl. 4) zulässig ist, und in Angelegenheiten, die nicht zur Zuständigkeit der letzteren gehören, auf dem Instanzenwege die Vermittelung des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen. Aber auch in eiligen Fällen, wenn Gefahr im Verzuge liegt, wird in der Regel die Vermittelung der Kaiserlichen Konsuln oder des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, welche letztern nöthigenfalls auf telegraphischem Wege bei dem Herrn Minister des Innern nachgesucht werden kann, schneller und sicherer zum Ziele führen, als eine unmittelbare Requisition der ausländischen Behörde.

4) Ein unmittelbarer geschäftlicher Verkehr mit den Kaiserlichen Konsulaten im Auslande ist gestattet, sofern dabei das Interesse einzelner Personen in Betracht kommt. Unzulässig ist jedoch ein solcher Verkehr, wenn es sich um Fragen von allgemeiner Bedeutung oder um ein allgemeines Ersuchen an alle Reichskonsuln in einem auswärtigen Staate oder an eine größere Zahl von ihnen handelt.

5) Anfragen und Ersuchen, welche seitens der in Deutschland befristeten, mit dem Exequatur versehenen Konsuln ausländischer Staaten innerhalb der Grenzen ihrer amtlichen Aufgaben und ihres Amtsbezirkes an die diesseitigen Verwaltungsbehörden gerichtet werden, können von diesen unmittelbar beantwortet werden, sofern es sich nicht um Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt.

6) Ein unmittelbarer Verkehr mit den Centralbehörden der Deutschen Bundesstaaten ist nur den höheren Verwaltungsbehörden und nur in besonderen Fällen gestattet, wenn z. B. die betreffende Centralbehörde gleichzeitig die Funktionen einer Provinzialbehörde wahrnimmt oder der amtliche Verkehr durch die Verhältnisse angrenzender Gebietstheile hervorgerufen wird.

7) Mit den Provinzialbehörden und den diesen nachgeordneten Behörden der Deutschen Bundesstaaten

dürfen sich die diesseitigen Verwaltungsbehörden unmittelbar in Verbindung setzen.

8) Akten preussischer Behörden sind Behörden anderer Staaten nicht zu übersenden. Wenn zur Erledigung eines an auswärtige Behörden gerichteten Ersuchens die Kenntniz des Akteninhalts erforderlich erscheint, so ist eine gedrängte Darstellung des Sachverhalts in das Ersuchungsschreiben aufzunehmen oder diesem als Anlage beizufügen. Wenn es aber der Mittheilung von Urkunden bedarf, so sollen diese in beglaubigter Abschrift beigelegt werden, in Urschrift dagegen nur dann, wenn deren Einsicht nicht zu entbehren ist.

Potsdam, den 26. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Nordamerikanisches Vice-Generalkonsulat.

172. In Stelle des Herrn Charles H. Abbot ist einstweilen der Herr Frank E. Zimmermann zum Vice-Generalkonsul der vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 27. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

173. Festgestellt ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Beerbaum im Kreise Oberbarnim, der Bläschenauschlag bei dem Rindvieh verschiedener Besitzer der Gemeinde Oranzen im Kreise Ostprignitz, die Brustseuche bei mehreren Pferden in Heinersdorf, Kreis Angermünde, der Milzbrand bei einer nothgeschlachteten Färse des Schmiedemeisters Gaebele in Falkenthal, Kreis Templin.

Erlöschen ist der Bläschenauschlag bei dem Bullen des Rittergutbesizers von Kröcher in Pöhm 1., Kreis Ostprignitz.

Potsdam, den 31. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

49. Nachdem auf Grund des § 15 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden ist, daß von dem der verw. Frau Hallich, Caroline Auguste Elisabeth geborenen Dellschau hieselbst gehörigen, im Grundbuche von Alt-Cölln Band 4 Nr. 337 verzeichneten Grundstücke Fischerstraße Nr. 38, zwei Flächen von 11 und bezw. 30 qm zu denjenigen Grundstücksflächen gehören, zu deren Erwerbung und bezw. dauernden Beschränkung der Stadtgemeinde Berlin Zweck Aus-

föhrung der ihr nach dem Vertrage vom 17. Februar 1888 zur Verbesserung des Spreelaufes innerhalb der Stadt Berlin und bis zur Einmündung der Spree in die Havel obliegenden Bauten durch Allerhöchsten Erlass vom 3. November 1890 (Amtsblatt der Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Stück 48 Seite 438) das Enteignungsrecht verliehen worden ist, wird der

bezügliche Plan gemäß den §§ 18 ff. a. a. D. vom 6. bis 20. August d. J. einschließlich in der Registratur der Ersten Abtheilung des königlichen Polizei-Präsidii im hiesigen Polizei-Dienstgebäude am Alexander-Platz, Eingang IV., 2 Treppen, Zimmer Nr. 339 während der Zeit von 9 bis 3 Uhr zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Einwendungen gegen diesen Plan sind bis zum Ablaufe der oben angegebenen Frist bei der Ersten Abtheilung des hiesigen königlichen Polizei-Präsidii schriftlich einzureichen.

Berlin, den 24. Juli 1894.

Der Polizei-Präsident Freiherr von Richthausen.

Bekanntmachungen des Staatssecretärs des Reichs-Postamts.

Postaufträge im Verkehr mit Chile.

10. Vom 1. August ab können im Verkehr mit Chile Gelder bis zum Weisbetrage von 200 Pesos Gold im Wege des Postauftrages unter den für den Vereinsverkehr geltenden Bestimmungen und Gebühren eingezogen werden. Wechselproteste werden bis auf Weiteres nicht vermittelt.

Berlin W., 24. Juli 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

Zulassung von Einschreibsendungen mit Nachnahme im Verkehr mit einigen Orten der Levante.

11. Im Verkehr mit Beirut, Salonich und Smyrna können vom 1. August d. J. ab Nachnahmen auf Einschreibsendungen bis zum Weisbetrage von 500 Franken unter den für den Vereinsverkehr geltenden Bedingungen eingezogen werden. Der einzuziehende Betrag ist in der Frankenwährung anzugeben. Ueber das Nähere ertheilen die Reichs-Postanstalten Auskunft.

Berlin W., 25. Juli 1894.

Reichs-Postamt, I. Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

31. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebene Einschreibbriefe:

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin:

1) An Eugen Steuer, Flensburgerstraße 25, vom 23. Februar 1894, 2) an Engel, Heinrichstraße 31, vom 26. Februar 1894, 3) an Elw. Blank, Magdeburgerstraße 23, vom 27. Februar 1894, 4) an H. Kochmann, Gontardstraße 2, vom 28. Februar 1894, 5) an Eduard Dallach, Leipzigerstraße 47, vom 5. März 1894, 6) an Carl Schubert, Horkstraße 53, vom 7. März 1894, 7) an Wilhelm Sonntag, Schulstraße 105, vom 9. März 1894, 8) an F. A. Schröder, Josephstraße 17, vom 14. März 1894, 9) an Gottlieb Krüger, Königsbergerstraße 11, vom 15. März 1894, 10) an M. Korn, Rulmstraße 20, vom 22. März 1894, 11) an August Vepke, Kais. Augusta-Allee, vom 30. März 1894, 12) an Richter, Solmstraße 37, vom

31. März 1894, 13) an Zerbst, Prenzlauer Allee 65, vom 4. April 1894, 14) an Clara Menzel, Dennewitzstraße 28, vom 13. April 1894, 15) an Carl Pahde, Bergstraße 29, vom 14. April 1894, 16) an Fr. Schmidt, Birkenstraße 46, vom 14. April 1894, 17) an Bertha Lustig, Wöhlerstraße 5, vom 17. April 1894, 18) an Justizrath Berg, Berlin, vom 26. April 1894, 19) an Emil Haase, Pringensstraße 110, vom 30. April 1894, 20) an Zeichnowsky, Hannoverschestraße 5, vom 9. Mai 1894, 21) an Alffessor Star, Mauerstraße 21, vom 12. Mai 1894, 22) an Georg May, Friedensstraße 76, vom 12. Mai 1894, 23) an Fr. Selke, Novallstraße 3, vom 18. Mai 1894, 24) an Jul. Krause, Kasanienallee 49, vom 19. Mai 1894, 25) an Abt. Beer, Schönbauerstraße 26h, vom 23. Mai 1894, 26) an R. Meier, Strelitzerstraße 64, vom 1. Juni 1894, 27) an R. Wolffsohn, Birkenstraße 79, vom 27. Juni 1894, 28) an Reinhardt, Thurmstraße 61, vom 28. Juni 1894.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten.

1) An W. Behner in Hongkong vom 26. Oktober 1893, 2) an Cadewald in Moskau vom 20. November 1893, 3) an Arabella Walter in Vallmöre vom 28. November 1893, 4) an Alstenhorbt in Gentin vom 4. Februar 1894, 5) an George Bahl in Trinidad (West-Ind.) vom 21. Februar 1894, 6) an W. Eigenfeldt in Lodz (Polen) vom 22. Februar 1894, 7) an Sofia v. Moskowska in Dresden vom 9. März 1894, 8) an Friedrich Riedel in Bergverwerk b. Tschepslau vom 10. März 1894, 9) an H. Stern in Rendsburg vom 10. März 1894, 10) an Leischinsky in Adlershof vom 14. März 1894, 11) an Abt. Reichelt in Duisburg vom 14. März 1894, 12) an Georg Thomann in Thann (Elsass) vom 19. März 1894, 13) an August Mattenklodt in Tannenbaum bei Pippstadt vom 20. März 1894, 14) an Robt. Ahrens in Hamburg vom 27. März 1894, 15) an Rud. Petsch in Charlottenburg vom 29. März 1894, 16) an Berthold Michaelis in Amsterdam vom 3. April 1894, 17) an H. Wolff in Charlottenburg vom 4. April 1894, 18) an Henriette Risse in Bochum vom 6. April 1894, 19) an Gustav Fatke in Neu-Venedorf b. Gr. Wusterwitz vom 14. April 1894, 20) an Werner in Posen vom 15. April 1894, 21) an Moriz Herrmann in Warschau vom 21. April 1894, 22) an Paul Adler in Stettin vom 24. April 1894, 23) an Franz Müller in Rirdorf vom 30. April 1894, 24) an A. Bosh in Stettin vom 30. April 1894, 25) an Felix Kranz in Mittergut Neu-Balem vom 4. Mai 1894, 26) an Werner in Friedenau vom 10. Mai 1894, 27) an Grükemacher in Schwanebeck bei Halberstadt vom 18. Mai 1894, 28) an Frau Roglin in Rirdorf vom 25. Mai 1894.

C. Auswärts aufgelieferte mit anderen Bestimmungsorten:

Aufgeliefert in 1) Charlottenburg an Hugo Sandfuhr in Berlin, An der Stadtbahn 26/27, vom 18. Ja-

nuar 1894, 2) Weissensee an Reblisch in Hohen-Schönhausen vom 11. April 1894, 3) Charlottenburg an Walther Henning in Amsterdam vom 27. April 1894, 4) Charlottenburg an Westphal in Stettin vom 4. Mai 1894, 5) Schöneberg an Rechtsanwalt Kiebig in Berlin (Potsdamerstraße 96) vom 8. Mai 1894.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 20. Juli 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung eines Kirchspiels der Christus-Kirche zu Berlin.

20. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths, sowie nach Anhörung der Theilseitigen wird hierdurch von den unterzeichneten Behörden

I. ein neues evangelisches Kirchspiel der Christus-Kirche zu Berlin errichtet und im Zusammenhange damit die nachfolgende Veränderung in den Grenzen der Kirchspiele von Dreifaltigkeit, St. Lukas, Heilig-Kreuz, Jerusalem und Zwölf-Apostel festgesetzt.

Die Grenzen des Christuskirchensprengels sind:

- a. im Norden, Nordosten und Osten: die Nordgrenze des Grundstücks Nr. 100 A. der Königgräberstraße, dann nach Südosten verlaufend die hintere Häusergrenze an der Ostseite der letzteren, ausschließlich der durchgehenden Grundstücke Nr. 73 bis 71 gleich Nr. 20 bis 22 des Belle-Alliance-Platzes, dagegen einschließlich des Gebäudes Nr. 23 dieses Platzes, ferner die Mittellinie der Belle-Alliance-Brücke und die Mittellinie der Belle-Alliance-Straße bis zum Schnittpunkte mit der Mittellinie der Kreuzbergstraße;
- b. im Süden: diese Mittellinie bis zum Geleise der Dresdener Bahn;
- c. im Westen: das Geleise der Dresdener Bahn bis zur hinteren Grenzlinie der Häuser auf der Nordseite der York-Straße, diese bis zur Mittellinie der Mödernstraße, diese bis zum Landwehrkanal, die Mittellinie des letzteren in östlicher Richtung bis zum Schnittpunkte der Großbeerenstraße und dann in nördlicher Richtung die Mittellinie dieser Straße bis zum Schnittpunkte mit der Königgräberstraße.

Die evangelischen Bewohner der durch diese Grenzlinien von Dreifaltigkeit, St. Lukas, Heilig-Kreuz, Jerusalem abgetrennten Straßen und Straßentheile werden unter Ausparrung aus je den bezeichneten Kirchengemeinden zu einer neuen evangelischen Kirchengemeinde der Christus-Kirche vereinigt und dabei wird bestimmt:

- a. Die Begräbnisse aus der neuen Pfarodie finden bis zu einer mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden

entirelenden anderweitigen Regelung auf dem Kirchhofe der Kirche zum Heiligen Kreuz statt.

- b. Die Stölgebühren der neuen Pfarodie fließen zur Christus-Kirchen-Kasse, und neben den Taxen der Tauf-, Trauungs- und Aufstiegebühren, wie solche durch die bestätigten Beschlüsse der Vereinigten Kreissynoden für ganz Berlin festgesetzt sind, sollen bis auf Weiteres für die Angehörigen der neuen Pfarodie, je nach ihrer bisherigen Zugehörigkeit zu Dreifaltigkeit oder St. Lukas oder Heilig-Kreuz oder Jerusalem auch die Begräbnis-Stölgebühren taxen je dieser Kirchen in fortdauernder Geltung bleiben.

II. Von dem Kirchsprengel zum Heiligen Kreuz werden ferner die nachfolgenden unter a. und b. bezeichneten Theile unter Ausparrung der darin wohnenden Evangelischen von der Kirche zum Heiligen Kreuz und Einsparrung zu a.: bei der Zwölf-Apostel-Kirche, zu b.: bei der St. Lukas-Kirche abgetrennt und hinzugelegt:

- a. zum Sprengel der Zwölf Apostel-Kirche das im Norden durch die hintere Grenze der Grundstücke auf der Nordseite der Yorkstraße, im Osten durch das Geleise der Dresdener Eisenbahn, im Süden durch die Weichbildgrenze und im Westen durch die bisherige Parochialgrenze eingeschlossene Stück;
- b. zum Sprengel der St. Lukas-Kirche das im Osten durch die Mittellinie der Mödernstraße, im Süden durch die hintere Grenzlinie der Häuser auf der Nordseite der York-Straße, im Westen durch die Ostgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn und im Norden durch die bisherige Parochialgrenze von St. Lukas eingeschlossene Stück.

III. Diese Errichtungs-Urkunde tritt mit dem 1. August 1894 in Kraft.

Berlin, den 14. Juli 1894. Berlin, den 24. Juli 1894.
Königliches Consistorium. Der Königliche Polizeipräsident.

Vorstehende Errichtungs-Urkunde bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß der interimsische Pfarrer der Christus-Kirche, Pastor Reiche, die Anmeldung der in dem neuen Parochialbezirk wohnhaften wahlfähigen Gemeindeglieder zur Wahlerliste während der noch durch Kanzelabkündigung zu bestimmenden Tagesstunden in der Christus-Kirche und außerdem nach Möglichkeit zu jeder anderen Tageszeit in seiner Wohnung, Perllingerstraße 22 a. bezw. in seinem Amtszimmer, Yorkstraße 18, entgegennehmen wird.

Berlin, den 25. Juli 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

33. Am 1. August d. J. treten im Verkehr zwischen der Station Breslau, Märk. Bf., einerseits und den Berliner Bahnhöfen und Ringbahnstationen

andererseits ermäßigte Frachtsätze für Getreide aller Art und Mühlenfabrikate in Wagenladungen von 10000 kg bezw. bei Frachtabzahlung für dieses Gewicht in Kraft. Nähere Auskunft erteilen auf Verlangen die beteiligten

Güterabfertigungsoffizen sowie das Auskunfts-Bureau hier, Bahnhof Alexanderplatz.
Berlin, den 23. Juli 1894.
Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung vom 18. Juli 1894.

38. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinföhrung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für	Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
1 Fach-Gewerbe-Ausstellung für Handel und Wirtschaftsweisen.	Darmstadt.	5. bis 12. August.	Gegenstände der Preussischen nebenbezeichneten Art.	Ausstellungs-Kommission.	4 Wochen
2 Ausstellung von Gegenständen, die ein allgemeines Interesse für die Pharmazie haben.	Cassel.	12. bis 18. August.	dito Preussischen Staatseisenbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, und der Main-Neckar-Eisenbahn.	dito.	4 Wochen
3 Geräte, Ausrüstungs-Gegenstände, Modelle für Feuerwehren.	Auerh. Grauberg.	27. bis 29. Juli.	dito Des Eisenbahn-Direktions-Bereichs, Bromberg.	dito.	4 Wochen

Bromberg, den 21. 24. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Bei einem Pferde der Fabrikbesitzer Gebrüder Heyl und Co. hiersebst, Salzwer Nr 8, ist die Raude ausgebrochen.

Charlottenburg, den 28. Juli 1894.

Königliche Polizei-Direktion.

Personalchronik.

Im Kreise Templin sind 1) der Rittergutsbesitzer Wolf in Neu-Temmin an Stelle des verstorbenen Obersten v. D. Grafen von Salbern-Abtins zu Angenwalde zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VIII. Angenwalde — und 2) der Rittergutsbesitzer von Arnim auf Willmine wegen des zum 10. August d. J. bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks V. — Groß-Kredenwalde — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist an Stelle des verstorbenen Rittergutspächters König zu Klein-Sperrenwalde der

Rittergutspächter Friedrich Schiller zu Gellmig zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVI. — Gellmig — ernannt worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem preussischen Arzte Dr. Schwichten in Eregitz den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

An Stelle des Bürgermeisters Büttner in Voelzig ist der Gemeinde-Einnehmer Gutbeins ebenfalls vom 1. August d. J. ab nebenamtlich mit der Beförderung der demainensfiscalischen und fideicommisfischen Pächtereien u. Geschäfte in den Ortshäusern Elsbolz, Krasdorf, Krasdorf, Körgin, Nieben, Seddin, Schlundendorf, Schiass, Schönefeld, Tremdorf, Wittbrücken, Zaudwitz, Pergdorf, Krasdorf mit Elsthal, Salzbrunn, Schaepe, Alt- und Neu-Langerwisch und Mickenberg des Kreises Zaudwitz und Dobbrück, Hennickendorf und Reitzendorf des Kreises Rüterberg Luckenwalde beauftragt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Pehnin Johannes Heinrich Gottlieb Winter ist zum Obergpfarrer der Pfarodie Breeskow, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Juni 1894.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zum Landrichter der Gerichtsassessor Dr. Arnheim bei dem Landgericht in Ostrow, zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Hestter bei dem Amtsgericht in Polzin, Spletzköper bei dem Amtsgericht in Lieberose, Gebhardt bei dem Amtsgericht in Zehpen, Fern bei dem Amtsgericht in Neeg, Claus bei dem Amtsgericht in Jülichau, Rühl bei dem Amtsgericht in Wendisch-Buchholz, Pohl bei dem Amtsgericht in Dobrilugz, Dr. Philippi bei dem Amtsgericht in Kirchhain N. V., Pöcher bei dem Amtsgericht in Liebenwalde, Rudolf Krüger bei dem Amtsgericht in Breeskow, der Kaufmann Julius Grelling in Berlin zum Handelsrichter, der Kaufmann Hermann Bamberg in Berlin zum stellvertretenden Handelsrichter beim Landgericht I. in Berlin. Versetzt sind: der Landgerichtsrath Suftrian in Guben an das Landgericht in Frankfurt a. D., die Amtsgerichtsräthe Hestler in Strau und Regenberg in Spandau an das Amtsgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Dr. Rünger in Waldenberg und Meß in Grätz an das Amtsgericht in Landsberg a. W., der Amtsrichter Heyne in Wreschen an das Amtsgericht in Brandenburg a. S., der Amtsrichter Wieser in Templin an das Amtsgericht in Mühlhausen i. Th. Pensionirt sind: der Kammergerichtsrath Geheime Ober-Justizrath Götschewski, der Amtsgerichtsrath, Geheime Justizrath Vennede in Berlin, der Amtsgerichtsrath Fabritius in Luckau. Verstorben ist der Amtsgerichtsrath Peszer in Neuhuppin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die Referendare Dr. Gause, Marcus, Dr. Gartenschläger, Nooldt, Besch, Stod, Dr. Boehmer, Dr. Kapler. Uebernommen ist Dr. von Kähler aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Marienwerder. Entlassen sind: Igen, Bopp, Könnenkamp und Dr. Freiherr von Rechenberg in Folge ihrer Uebernahme in den Dienst des Auswärtigen Amts.

III. Staatsanwaltschaft.

Zum Staatsanwalt ist ernannt der Gerichtsassessor Caesar bei dem Landgerichte in Prenzlau; zum Amtsanwalt ist ernannt der Bürgermeister Jeschke in Kyritz bei dem Amtsgericht daselbst.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Dr. Rosenbohm und Carstens, beide früher beim Landgericht I. in Berlin, beim Landgericht II. daselbst, der Gerichtsassessor Oscar Meyer beim Kammergericht, der Gerichtsassessor Georg Scholz und der Gerichtsassessor a. D. Dr. König beim Landgericht I. in Berlin.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Cohnig, Leisering, Eichelkraut, Heuer, Kühnemann, Fischer, Schönbach, Maier, von Rönne, Werner, Steffani, Ruge, Unger, Freiherr von Bredow, Lindemann, Milchner, Vogt, Element, Laue, Gerstath, Richard Schmidt, Paul Schmidt, Eiswaldt, Schroeder. Uebernommen ist Fidler aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts in Naumburg a. S. Entlassen sind: Dr. Walther zur Nießen und Fritz Karbe beider Uebertritt in den höheren Verwaltungsvorbereitungsdienst, Graf Eberhard von Müllinen in Folge seiner Uebernahme in den Dienst des auswärtigen Amts, Dr. Hans Dülk auf seinen Antrag und Freder.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern: der Gerichtsschreiber Warmbier vom Amtsgericht I. in Berlin und der Sekretär bei der Oberstaatsanwaltschaft in Breslau Wirschet beim Kammergericht, die Gerichtsschreibergehülfen Lichtenberg in Lübbenau beim Amtsgericht in Treuenbriegen, Krag vom Landgericht I. in Berlin bei dem Landgericht in Landsberg a. W., Hahn vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Grossen a. D., Viele vom Amtsgericht I. in Berlin bei derselben Behörde, der vormalige Referendar Fischer beim Amtsgericht I. in Berlin, der Assistent Kleinschmager von der Staatsanwaltschaft I. in Berlin beim Landgericht II. daselbst; zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft in Cottbus der vormalige Referendar Krüdecke; zum Gefängnisinspektor der Sekretär Daffig aus Plögensee bei dem Stadtwoitgefängnis, zu Gefängnissekretären die Bureauassistenten Prell zu Plögensee bei dem Strafgefängnis daselbst, Stein in Berlin bei dem Untersuchungsgefängnis daselbst, zu Bureauassistenten die Bureauclatarien Baller bei dem Untersuchungsgefängnis in Berlin, Grunow bei dem Strafgefängnis zu Plögensee und der Gefängnis-Oberaufseher Reinsberg bei dem Stadtwoitgefängnis in Vertau; zu Gerichtsschreibergehülfen die Aktuar Schapke beim Amtsgericht in Oderberg i. M., Degebrot beim Landgericht I. in Berlin, Freyer beim Landgericht in Frankfurt a. D., Regenstein beim Amtsgericht in Dranienburg, Voeyppke beim Amtsgericht I. in Berlin, der Militäranwalt Paul Krüger beim Amtsgericht in Witttenberge. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Heise in Treuenbriegen an das Landgericht I. in Berlin, Alisch in Landsberg a. W. an das Amtsgericht in Frankfurt a. D., Hein in Liebenwalde an das Amtsgericht in Frankfurt a. D., Schmidt in Lübben an das Amtsgericht I. in Berlin, Schilling in Rothenburg a. F. an das Amtsgericht I. in Berlin, der Gefängnis-Sekretär Dorn vom Untersuchungsgefängnis in Berlin an das Strafgefängnis in Plögensee, der Gerichtsschreibergehülfe Henke beim Landgericht in Frankfurt a. D. als Assistent an die Staatsanwaltschaft daselbst. Entlassen ist der Gerichtsschreiber Dertel beim Kammergericht in Folge seiner Anstellung

als Bureaubeamter beim Königl. Oberverwaltungsgericht. Pensionirt sind: die Gerichtsschreiber Heinrich Thomas beim Amtsgericht I. in Berlin, Elling beim Amtsgericht in Frankfurt a. O., Paul Lüdike beim Amtsgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreibergehilfe Schorrig beim Amtsgericht in Pforten. Verstorben sind der Gerichtsschreiber Goslau beim Landgericht II. in Berlin, der Gerichtsschreibergehilfe Luther beim Amtsgericht I. in Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1. Rang.	2. Name und Stand des Ausgewiesenen	3. Alter und Heimath	4. Grund der Ausweisung	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Johann Krejadlo, Schneider,	geboren am 13. April 1857 zu Cerkowig, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	gewerbdmäßige Heblerei (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 27. März 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	10. Februar 1894.
2. a.	Franz Siegmund, Arbeiter, und	geboren am 15. August 1850 zu Wünschendorf, Bezirk Friedland, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	wiederholte Heblerei (1 Jahr Gefängnis),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	20. Juni 1894.
b.	dessen Ehefrau Ernestine Louise, geborene Gleißberg,	geboren am 27. August 1853 zu Ebersbach, Kreis Görlitz, Preußen,	Heblerei (9 Monate Gefängnis), laut Erkenntnis vom 8. März 1893,		
3.	Benzel Winter, Tagearbeiter,	geboren am 2. Mai 1851 zu Nachod, Böhmen,	schwerer Diebstahl in zwei Fällen (1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 20. Juni 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	15. Juni 1894.
4.	Andreas Komac, Holzarbeiter,	geboren am 27. November 1856 zu Breth, Bezirk Tolmein (österreichisches Kronland Görz und Gradischa),	schwerer Diebstahl (zwei Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 17. Juni 1892),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	25. Mai 1894.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
5.	Karl Havlik, Schlossergeselle,	geboren am 9. September 1874 zu Pajek, Gemeinde Eweisla, Bezirk Turnau, Böhmen, ortsangehörig ebendasselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	26. Juni 1894.
6.	Josef Hilke, Weber und Handarbeiter,	geboren am 19. März 1843 zu Heidenstein, Bez. Teitschen, Böhmen,	desgleichen,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Dresden,	28. Mai 1894.
7.	Franz Lohr, Schneider und Arbeiter,	geboren am 8. November 1855 zu Waltersdorf, Bezirk Böhmisches Leipa, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichern und Betteln,	Königlich sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	1. Juni 1894.
8.	Emil Marievernet (Malivernier), Tagelöhner,	angeblich geboren am 4. Dezember 1848 zu St. Vite, Departement Lot et Garonne, Frankreich, ortsangehörig ebendasselbst,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Weingarten,	25. Mai 1894.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung:	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Anweisungsbeschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
9	Johann Müller, Schuhmacher und Tagearbeiter,	geboren im Jahre 1851 Landstreußen und Betteln, zu Königswalde, Bezirk Schludener, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,		Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Bautzen,	24. Mai 1894.
10	Jakob Reiger, Schuhmacher,	geboren im Jahre 1845 Landstreußen, zu Siepran, Bezirk Wieliczka, Galizien,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. Juni 1894.
11	Egil Sie Ratowicz, Schuhmacher,	ca. 50 Jahre alt, geborengleichen, boren zu Eniadow, Bezirk Pomya, Russisch Polen,		derselbe,	26. Juni 1894.
12	Peter Josef Rouisseau, Dreimer,	geboren am 31. Mai desgleichen, 1854 zu Bern, Departement Maine et Loire, Frankreich, französischer Staatsangehöriger,		kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	21. Juni 1894.
13	Emil Schindel, Schlossergehilfe,	geboren am 10. October, Betteln, 1872 zu Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig zu Gablonz a. d. Neiße, ebenda,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	23. Mai 1894.
14	Josef Schwarz, Weber,	geboren am 22. Juli Landstreußen u. Betteln, 1872 zu Neureutendorf, Desterreich,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. Juni 1894.
15	Karl Spieß, Tischlergeselle,	24 Jahre alt, geboren Landstreußen, zu Wisna, Rußland,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	30. April 1894.
16	Johann Wenda, Tageelbner,	geboren im Jahre 1834 Betteln, zu Bergstadt, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,		Königlich bayerisches Bezirksamt Traunstein,	18. Juni 1894.
17	Janaž Kengler, Auorüfer,	geboren am 15. Februar Landstreußen und Betteln, 1865 zu Remberg, Galizien, ortsangehörig ebenda selbst,		Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	29. Juni 1894.
18	Franz Kieber, Packer und Müller,	geboren am 2. April Landstreußen, 1875 zu Hühbach, Bezirk Braunau, Ober-Desterreich, ortsangehörig zu St. Florian, Bezirk Schärding, ebenda selbst,		Königlich bayerisches Bezirksamt Muhlthausen,	19. Juni 1894.

Hierzu Vier Deffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Neuzeit

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 32.

Den 10. August

1894.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ankauf von Remonten für 1894.

16. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

17. August Meyenburg,

18. Kyritz.

Die von der Remonte-Ankauf-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseiger und Klopbenngste, sowie Wallache mit ausgeprägter Hengst-Manier, welche sich in den ersten zehn bz. acht und zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde feststellen zu können, sind die Deckheine resp. Füllenscheine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schwärze der Pferde nicht zu kuppieren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu mässiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu übersehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 9. März 1894.

Kriegsministerium.

Remontirungs-Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

12. Infolge der von den Herren Ministern des Innern und der Finanzen gemäß § 3 des Gesetzes vom 14. Mai 1885 (G. S. S. 128), betreffend die Ueberweisung von Beträgen aus landwirtschaftlichen Zöllen an die Kommunalverbände, festgestellte Berechnung ist der Stadt Berlin aus dem den Kommunalverbänden zustehenden Theile der Getreide- und Viehzölle des Etatsjahrs 1893/94 die Summe von 2515224 Mark überwiesen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Potsdam, den 4. August 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Errichtung einer Apotheke in Falkenberg i. M.

174. Die zu Falkenberg i. M. im Kreise Ober-Barnim bestehende, von der Apotheke zu Freienwalde a. O. abhängende Zweigapotheke soll eingehen und in dem Orte Falkenberg eine selbstständige Apotheke errichtet werden. — Die Konzession zur Errichtung dieser Apotheke wird nach Maßgabe der Allerhöchsten Ordre vom 30. Juni 1894 mit dem Zusätze erteilt werden, daß dem Inhaber der Vorschlag eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, sondern die Konzession bei dem Ausscheiden des Inhabers an den Staat zur anderweiten Verleihung zurückfällt, hinterbliebenen Wittwen und Waisen des Konzessionärs jedoch die im § 4 Tit. I. der revidirten Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801 bezeichneten Vergünstigungen zu Theil werden sollen.

Bewerbungen um die Konzession sehe ich bis zum 15. September d. J. entgegen. Dem Bewerbungsgesuche sind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der Familienverhältnisse und der Confession,
- 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung und Führung während der gesamten Zeit seit Ablegung der Staatsprüfung; diesen Zeugnissen ist ein Inhaltsverzeichnis beizufügen und in diesem die Zeitdauer ersichtlich zu machen, auf welche die einzelnen Zeugnisse sich beziehen,
- 4) Bewerber, welche bereits eine Apotheke oder mehrere Apotheken besessen haben, müssen die Zeit dieses Besesses, sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke bzw. Apotheken nachweisen,
- 5) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß und in

welcher Höhe dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Meldungen von Bewerbern, welche nach dem Jahre 1883 approbirt sind, haben keine Aussicht auf Erfolg.
Potsdam, den 23. Juli 1894.

Der Regierungs-Präsident.

173. Das Verzeichniß der Vorlesungen an der königlichen Universität Greifswald für das Winterhalbjahr 1894/95 ist erschienen und wird den Theilnehmenden auf ihren Wunsch von der Universitätskanzlei kostenfrei übersandt werden.

Potsdam, den 1. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

176. Nachweisung der an den Flüssen der Spree und Havel im Monat Juni 1891 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- N. N.	Unter- N. N.		Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- N. N.	Unter- N. N.	
	Wasser. Meter.	Wasser. Meter.	Wasser. Meter.	Wasser. Meter.		Wasser. Meter.	Wasser. Meter.	Wasser. Meter.	Wasser. Meter.	
1	32,30	30,72	2,38	0,74	1,05	2,02	1,40	1,50	1,18	1,98
2	32,30	30,74	2,40	0,74	1,05	2,00	1,40	1,48	1,16	1,98
3	32,28	30,70	2,36	0,70	1,05	1,98	1,40	1,46	1,14	2,10
4	32,30	30,72	2,38	0,80	1,06	2,02	1,40	1,46	1,14	2,16
5	32,30	30,80	2,34	0,80	1,07	2,00	1,38	1,46	1,14	2,20
6	32,32	30,72	2,38	0,74	1,07	2,02	1,38	1,46	1,14	2,16
7	32,30	30,82	2,34	0,88	1,07	2,06	1,40	1,46	1,14	2,14
8	32,26	30,70	2,34	0,86	1,12	1,96	1,44	1,48	1,16	2,12
9	32,30	30,72	2,32	0,52	1,13	2,00	1,46	1,48	1,16	2,12
10	32,32	30,88	2,34	0,84	1,13	2,04	1,46	1,50	1,18	2,12
11	32,32	30,90	2,40	0,92	1,15	2,06	1,48	1,50	1,18	2,12
12	32,32	30,92	2,40	0,96	1,17	2,06	1,50	1,50	1,18	2,10
13	32,28	30,84	2,38	0,96	1,20	2,02	1,52	1,50	1,18	2,08
14	32,30	30,84	2,38	0,96	1,21	2,04	1,54	1,50	1,18	2,08
15	32,32	30,80	2,38	0,96	1,23	2,06	1,54	1,50	1,18	2,08
16	32,32	30,82	2,40	0,96	1,23	2,06	1,54	1,50	1,18	2,10
17	32,32	30,86	2,40	0,90	1,23	2,08	1,54	1,50	1,18	2,14
18	32,32	30,88	2,38	0,98	1,23	2,10	1,56	1,52	1,20	2,16
19	32,28	30,82	2,42	0,98	1,24	2,08	1,56	1,52	1,20	2,18
20	32,28	30,78	2,42	0,96	1,24	2,08	1,56	1,52	1,20	2,22
21	32,30	30,84	2,40	0,96	1,23	2,06	1,58	1,52	1,20	2,26
22	32,28	30,78	2,40	0,98	1,25	2,04	1,58	1,52	1,20	2,28
23	32,32	30,78	2,40	0,96	1,24	2,06	1,60	1,52	1,20	2,24
24	32,30	30,78	2,40	0,90	1,23	2,08	1,60	1,52	1,20	2,20
25	32,28	30,74	2,40	0,94	1,23	2,06	1,60	1,52	1,20	2,18
26	32,28	30,72	2,40	0,92	1,23	2,06	1,60	1,52	1,20	2,16
27	32,32	30,72	2,38	0,90	1,21	2,06	1,60	1,52	1,20	2,16
28	32,32	30,74	2,36	0,86	1,20	2,06	1,60	1,52	1,20	2,16
29	32,32	30,74	2,36	0,86	1,18	2,04	1,60	1,52	1,20	2,16
30	32,32	30,78	2,36	0,86	1,17	2,04	1,58	1,52	1,20	2,16

Potsdam, den 4. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

K. K. Landeshospital in Serajewo.

177. Nach einer Mittheilung der K. K. Österreichisch-Ungarischen Botschaft zu Berlin ist in Serajewo in Bosnien ein Landeshospital errichtet worden, in welchem Kranke ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit und des Bekenntnisses Aufnahme finden.

Die Verpflegungskosten sind für die 1. Classe auf 2 Fl. 50 Kr., die 2te auf 1 Fl. 25 Kr., die 3te auf 70 Kr. täglich festgesetzt worden.

Potsdam, den 1. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

178. Je eine Kuh des Zimmermanns Simke und des Büdnere Schulze, sowie der Bulle des Gutes in Bugk, Kreis Beesdow-Storkow, sind am Bläschenauschlag erkrankt.

Erloschen ist die Kande bei dem Pferde des Bäckermeisters Dabrauschke in Neu-Weißensee, Kreis Niederbarnim, der Bläschenauschlag bei dem Rindvieh in Bries, Kreis Angermünde.

Potsdam, den 7. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

50. Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Herbst 1894 in Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf **Montag den 26. November d. J.** und die folgenden Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens **bis zum 1. Oktober d. J.**, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls **bis zum 1. Oktober d. J.** anzubringen.

Die in Berlin wohnenden Bewerberinnen, welche in seinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königlichen Polizei-Präsidium hieselbst **bis zum 1. Oktober d. J.** einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Hefte vereinigt einzureichen.

Berlin, den 23. Juli 1894.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

* * *

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss.

Berlin, den 3. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

51. Allerhöchster Erlaß.

Auf Ihren Bericht vom 4. April 1894 will Ich unter der Voraussetzung, daß die Eintragung der betreffenden Beschlüsse in das Handelsregister erfolgt, hiedurch genehmigen, daß das der Preussischen Boden-Credit-Aktienbank zu Berlin nach den Erlassen vom 21. Dezember 1868

gewährte Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen auch unter den Aenderungen fortdauern bleibt, welche durch die vorgelegte, von der ordentlichen General-Versammlung vom 28. Oktober 1893 resp. auf Grund der durch diese erteilten Ermächtigung von der Bankdirection beschlossene Neufassung des Gesellschaftsstatutes bezeichnet sind.

Wien, den 14. April 1894.

gez. Wilhelm R.

Gg. Graf zu Eulenburg, v. Schelling, Miquel, v. Heyden.

An die Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen und für Landwirtschaft, Domainen und Forsten.

I. B. 3593.

* * *

Revidirtes Statut

der Preussischen Boden-Credit-Aktien-Bank zu Berlin.

Das nachfolgende revidirte Statut der Preussischen Boden-Credit-Aktien-Bank mit dem Sitz zu Berlin tritt an die Stelle des durch Allerhöchsten Erlaß vom 9. März 1874 bestätigten Statuts.

I. Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Unter der Firma:

„Preussische Boden-Credit-Aktien-Bank“

ist eine Aktien-Gesellschaft gegründet, welche in Berlin ihren Sitz hat. Die Bank ist berechtigt, Zweiganstalten und Agenturen im In- und Auslande zu errichten.

§ 2. Zweck der Gesellschaft ist:

Förderung des Realcredits durch Gewährung hypothekarischer Darlehne und der Betrieb der im § 11 bezeichneten Geschäfte.

§ 3. Die Dauer der Gesellschaft ist vorläufig auf 100 Jahre, vom 21. Dezember 1868, als dem Tage der landesherrlichen Genehmigung ihrer Errichtung ab, festgesetzt und kann durch Beschluß der General-Versammlung mit landesherrlicher Genehmigung vor Ablauf des 95. Jahres verlängert werden.

§ 4. Bekanntmachungen Seitens der Gesellschaftsorgane gelten für gehörig publicirt, wenn sie in den Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, die Berliner Börsen-Zeitung, die National-Zeitung, den Berliner Börsen-Courier und die Berliner Bank- und Handels-Zeitung eingerückt werden.

Der Aufsichtsrath beschließt über jeden späteren Wechsel der Gesellschaftsblätter, welcher in den bis dahin benutzten Gesellschaftsblättern, soweit dieselben noch zugänglich sind, bekannt gemacht wird.

II. Abtheilung.

Grund-Capital und Actionaire.

Grundcapital und Actionaire.

§ 5. Das Grundcapital der Bank beträgt 30 (dreißig) Millionen Mark in 50000 Aktien zu 200 Thaler.

§ 6. Die Aktien, jede im Betrage von zweihundert Thalern, sind unter der Unterschrift eines Mitgliedes des Aufsichtsrathes und dem Facsimile der Unterschriften der Mitglieder der Direction (Schema A.) ausgefertigt und mit Dividendenscheinen auf zehn Jahre (Schema B.) und mit einem Talon (Schema C.) versehen.

§ 7. Die Mortification verlorener Aktien erfolgt auf Verreiben und Kosten des Eigenthümers bei dem competenten Gerichte in Berlin.

Auf Grund des rechtskräftigen Amortisationsurtheils erfolgt die Anfertigung und Ausreichung einer neuen Actie unter neuer Nummer auf Kosten des Antragstellers.

Sind Aktien, Talons oder Dividendenscheine zwar nicht verloren, aber beschädigt, jedoch in ihrem wesent-

lichen Theile noch dergestalt erhalten, daß über ihre Nichtigkeit kein Zweifel obwaltet, so ist die Direction ermächtigt, gegen Einlieferung der beschädigten Papiere neue gleichartige Papiere auf Kosten des Inhabers unter gleicher Nummer auszureichen.

§ 8. Eine Mortification verlorener oder vernichteter Dividendenscheine findet nicht statt.

Demjenigen, welcher den Verlust von Dividendenscheinen vor Ablauf der Verjährungsfrist (§ 30) bei der Direction anmeldet und den stattgehabten Besitz durch Vorzeigung der Actien oder sonst glaubwürdig darthut, soll nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Dividendenscheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

§ 9. Auch verlorene Talons können nicht amortisirt werden.

Die Ausreichung der neuen Serie der Dividendenscheine erfolgt, wenn der dazu bestimmte Talon nicht eingereicht werden kann, an den Präsentanten der Actie.

Ist aber vorher der Verlust des Talons der Direction angezeigt und der Aushändigung der neuen Serie der Dividendenscheine widersprochen worden, so werden dieselben zurückbehalten, bis die streitigen Ansprüche auf die neue Serie durch Vergleich oder im Wege des Processus erledigt sind.

§ 10. Die Actionaire nehmen, soweit es sich um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen die Gesellschaft, oder überhaupt um Streitigkeiten mit derselben handelt, ihren Gerichtsstand vor dem königlichen Landgericht I. Kammer für Handelsachen in Berlin.

III. Abtheilung. Geschäfte.

Geschäfte.

§ 11. Die Preussische Boden-Credit-Actien-Bank ist befugt, zur Erfüllung ihres Zweckes, sowie zur Verwaltung ihres Vermögens gegen von ihr zu erhebende Gebühren oder Provision nachstehende Geschäfte zu betreiben:

- 1) unkündbare und kündbare Hypotheken und Grundschulden innerhalb des in der Verfassung des Deutschen Reiches bestimmten Bundesgebietes und der Reichslande Elsaß-Lothringen zu erwerben (§ 14 und 16);
- 2) Hypothekenspfandbriefe, sowie verzinsliche Obligationen mit oder ohne Amortisation (§ 17 und 25) auszugeben;
- 3) Hypotheken und Grundschulden zu vermitteln und zu befehlen;
- 4) Die Bank ist berechtigt, Kassenbestände nutzbar zu machen durch Hinterlegung bei Bankhäusern und Bankanstalten, durch Ankauf und Beleihung der von ihr ausgegebenen Hypothekenspfandbriefe, ferner durch Ankauf von Wechseln und Werthpapieren, sowie im Lombardgeschäft nach den Grundsätzen der Reichsbank;
- 5) die Bank darf Gelder verzinslich annehmen:
 - a. zu dem Zwecke, die Erwerbung von hypothekarischen oder Grundschuldsforderungen zu

vermitteln oder dafür Hypothekenspfandbriefe auszuhändigen;

b. mit mindestens vierwöchentlicher Kündigungsfrist.

Jederzeit rückzahlbare Gelder dürfen nur unverzinslich angenommen werden;

- 6) Die Bank ist befugt, das Incasso von Wechseln, Anweisungen und Werthpapieren zu besorgen.
- 7) von landschaftlichen Vereinen oder sonstigen landesherrlich concessionirten Grundcredit- oder Hypotheken-Anstalten die von ihnen auf Grund ihres Privilegs ausgegebenen Pfand- oder Hypothekenspfandbriefe oder die zu deren statutenmäßiger Deckung dienenden Hypothekensforderungen zu erwerben oder zu befehlen, oder sonst Geschäftsvorfälle, mit diesen Anstalten abzuschließen, Inhalts deren die Bank Hypothekenspfandbriefe emittirt, jene Anstalten dagegen die entsprechenden Verpflichtungen zur Verzinsung und Amortisation übernehmen.
- 8) an Provinzen, Kreise, Städte, Landesmeliorations-Gesellschaften und öffentliche Corporationen aller Art, auch ohne hypothekarische Sicherheit, Darlehen zu gewähren, soweit sie zu deren Ausnahme durch das Gesetz oder durch gesetzmäßig erwirkte Bewilligung berechtigt sind. In Höhe derartiger Anlehen können von der Bank verzinsliche Obligationen ausgegeben werden. (§ 25).

Auf diese Darlehen und Obligationen finden die von den Hypotheken-Darlehen und den Hypothekenspfandbriefen handelnden Bestimmungen gleichmäßig Anwendung, insofern nicht entweder das Statut Abweichungen zuläßt, oder jene Bestimmungen auf der Voraussetzung einer hypothekarischen Grundlage beruhen.

§ 12. Grundstücke zu erwerben, ist der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank nur gestattet:

- a. zur Benutzung als Geschäftsräume;
- b. beauftragt der Sicherstellung oder Verwerthung von Gesellschaftsforderungen.

Hypothekarische Beleihungen im Allgemeinen.

§ 13. Die Darlehensvaluta ist dem Schuldner stets in baarem Gelde zu gewähren. Jedem Darlehensschuldner muß urkundlich das Recht eingeräumt werden, spätestens zum Ablaufe des zehnten Jahres nach der Darlehensaufnahme seine Schuld nach vorausgegangener Kündigung ganz oder theilweise in Baar zurückzahlen. Die Kündigungsfrist darf die Frist von 9 Monaten, bei kündbaren Darlehen die der Hypothekenbank selbst eingeräumte Kündigungsfrist nicht überschreiten. Abschlagszahlungen von weniger als 1000 Mark ist die Bank anzunehmen nicht verpflichtet; sie ist auch befugt, angebotene Abschlagszahlungen nach ihrem Belieben um höchstens 1000 Mark zu erhöhen oder zu ermäßigen und braucht Theilzahlungen überhaupt nur gegen Einräumung des Vorraths für den ungetilgten Betrag der Schuld anzunehmen.

In Ansehung einer nach den vorstehenden Be-

Stimmungen zulässigen Rückzahlung dürfen Rückzahlungsprovisionen seitens der Bank nicht erhoben und die Bestellung einer Kündigungscaution nicht gefordert werden.

Unkündbare hypothekarische Darlehne.

§ 14. Unkündbare hypothekarische Darlehne werden nicht unter Beträgen von mindestens 1500 Mark bewilligt.

Die Tilgung derselben geschieht durch Amortisation und darf die Amortisationsquote nicht geringer als $\frac{1}{2}$ pCt. der Darlehenssumme pro anno sein, jedoch steht dem Schuldner die Beschleunigung der Amortisation frei.

Der Beginn der Amortisation darf höchstens auf 10 Jahre hinausgerückt werden.

Die stipulirten Jahresleistungen sind ohne Rücksicht auf die Amortisation bis zur Beendigung derselben von der ganzen ursprünglichen Darlehenssumme und zwar nach Uebereinkunft quartaliter und semesterweise zu bezahlen.

Von dem am Jahreschluß festgestellten amortisirten Betrage des Darlehns darf der Bank an Zinsen und diesen technisch gleichstehenden Leistungen des Schuldners insgesamt nur $\frac{1}{2}$ pCt. demnächst zufließen. Der überschüssige Betrag der vereinbarten Jahresleistungen des bereits amortisirten Betrages ist zur Tilgung des Restkapitals zu verwenden.

Bei den vor Inkrafttreten dieses Statuts abgeschlossenen Beleihungsgeschäften ist die Preussische Boden-Credit-Actien-Bank berechtigt, Abschlagszahlungen, welche über den Betrag der stipulirten Amortisationsrate hinausgehen, in unkündbaren Hypothekenspfandbriefen nebst den laufenden Coupons und Talons zum Nennwerthe zu fördern, welche zu denselben Serien gehören, wie die betreffenden Hypotheken, an deren Stelle die Hypothekenspfandbriefe ausgefertigt sind. Die Bank muß jedoch alle Hypothekenspfandbriefe von demselben Zinssatz und von demselben Einlösungswerthe gleichmäßig in Zahlung nehmen.

Die Bank ist verpflichtet, nach Veröffentlichung der Jahresbilanz jedem ihrer Schuldner auf Verlangen mitzutheilen, welcher Betrag des Darlehns am Schluß des Vorjahres amortisirt war.

Die Bank ist verpflichtet, sobald 10 pCt. oder bei eintretender Veräußerung des Pfandgrundstücks 5 pCt. der Schuld getilgt sind, auf Verlangen des Schuldners Quittung und Löschungsbewilligung für den getilgten Betrag auf dessen Kosten zu erteilen, nachdem vorher von dem eingetragenen Besitzer für den Restbetrag des Darlehns, welchem das Vorrecht vor dem getilgten Betrage einzuräumen, ein Amortisationsvertrag mit neu beginnender Amortisation zu den Bedingungen und der Amortisationsdauer des bisher geltenden Amortisationsvertrages abgeschlossen und die entsprechenden Eintragungen im Grundbuche auf Kosten des Besitzers bewirkt worden sind.

§ 15. In folgenden Fällen können die unkündbaren hypothekarischen Darlehne ausnahmsweise seitens der Bank gekündigt werden:

- a. wenn die zu zahlenden Zinsen, Amortisationsbeiträge und Geschäftsunkostenbeiträge, etwaige Conventionalstrafen und sonstige Kosten nicht innerhalb zwei Monaten nach dem Fälligkeits-Termine an die Bank berichtigt sind;
- b. wenn die Sequestration oder Subhastation über das verpfändete Grundstück oder einen Theil desselben verhängt oder auch nur ein solches Verfahren eingeleitet ist, oder wenn die Rechtsgültigkeit oder der Rang der beliebigen Hypothek bestritten wird;
- c. wenn der Schuldner in Concurs geräth oder auch nur die Zahlungen einstellt;
- d. wenn durch irgend welchen Umstand der Werth des hypothekarischen Unterpfandes, — in Vergleich zu dem bei Gewährung des Darlehns angenommenen Werthe, — so gesunken ist, daß der nicht amortisirte Theil des Darlehns nicht mehr hinreichend gesichert erscheint; oder wenn eine theilweise Veräußerung des Unterpfandes oder eine Theilung desselben unter mehrere Eigenthümer stattgefunden hat, ohne daß wegen Regulirung der Hypothek mit der Bank ein Abkommen getroffen ist (doch berechnigen Werths-Verminderungen, denen ein unwirtschaftliches Verfahren des Besitzers nicht zum Grunde liegt, desgleichen Abveräußerungen, deren Unschädlichkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen von der zuständigen Behörde bescheinigt wird, die Gesellschaft zur Kündigung des gekauften Darlehns nur in dem Betrage, welcher in dem Werthe der verbleibenden Substanz des Pfandobjects nicht mehr seine statutenmäßige Deckung findet, und zur Kündigung des gesammten Darlehns nur dann, wenn der gedeckt bleibende Betrag desselben nicht mehr den geringsten Satz einer zulässigen Darlehnsbewilligung erreicht);
- e. wenn die Versicherungen hinsichtlich der beliebigen Gebäude, des lebenden und todtten Inventars und der Ernte nicht erfüllt resp. nicht aufrecht erhalten werden.

Werden diese Ausnahmebestimmungen zur Anwendung gebracht, so muß eine dreimonatliche Kündigung vorhergehen.

Im Falle der nothwendigen Subhastation und in den Lit. c. bezeichneten Fällen bedarf es dieser Kündigungsfrist nicht. Die Darlehne sind in diesen Fällen auf Verlangen der Bank sofort fällig.

Kündbare hypothekarische Darlehne.

§ 16. Kündbare hypothekarische Darlehne ohne Amortisation werden unter der Vereinbarung einer bestimmten Kündigungs- oder Rückzahlungsfrist gewährt.

Hypothekenspfandbriefe.

§ 17. Die Bank giebt in Höhe der ihr zustehenden hypothekarischen Forderungen, soweit solche innerhalb der nach § 19 bestimmten Beleihungsgrenze liegen, verzinsliche Hypothekenspfandbriefe aus.

Die Abgrenzung und Feststellung der zu bildenden verschiedenen Serien, das Verfahren bei der Ab-

sationen, die Höhe der Amortisationsraten bestimmt der Aufsichtsrath.

Amortisationsfonds.

§ 18. Der Amortisationsfonds ist zur Tilgung der Amortisations-Darlehen bestimmt. Derselbe wird gebildet durch die für die Amortisation bestimmten Einzahlungen, die für den bereits amortisirten Theil des Kapitals gezahlten Zinsen, sowie die Abschlagzahlungen (§ 13 und 14) und kommt den Schuldnern der unfündbaren Darlehne nach Maßgabe der Höhe ihrer Amortisationsquoten, Abschlagzahlungen u. s. w. zu Gute.

Bei eingetretenem Besitzwechsel steht, soweit nicht von dem nach § 14 Absatz 8 zustehenden Rechte Gebrauch gemacht ist, nicht dem ursprünglichen Darlehnsnehmer, sondern dem jeweiligen Eigentümer des verpfändeten Grundstücks das Recht auf den Amortisationsfonds zu.

Beleihungs-Grenze.

§ 19. Die Beleihung von Grundstücken darf, soweit die Hypotheken und Grundschulden als Unterlage für Hypotheken-Pfandbriefe benutzt werden, nur nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

- 1) Die Beleihung ist der Regel nach nur zur ersten Stelle zulässig; sie darf:
 - a. bei ländlichen Grundstücken $\frac{2}{3}$,
 - b. bei städtischen Grundstücken die Hälfte, bei besonders gut gelegenen Grundstücken in größeren Städten mit normal fortschreitender Entwicklung $\frac{6}{10}$,
 - c. bei Weinbergen, Wäldern und solchen Liegenschaften, deren Ertrag auf Anpflanzungen beruht und deren Werth unter Berücksichtigung dieser Anpflanzungen abgeschätzt ist, $\frac{1}{3}$ des ermittelten Werthes nicht übersteigen.

Im Falle der Nr. c. kann, wenn die dauernde wirtschaftliche Unterhaltung der Anpflanzungen rechtlich sicher gestellt ist, die Beleihung bis auf $\frac{2}{3}$ des Werthes erfolgen.

- 2) Die bei der Beleihung angenommene Sicherheit muß sowohl durch den Ertrags- als durch den Verkaufswert des beliehenen Grundstücks vollkommen gerechtfertigt sein. Bei der Abschätzung sind lediglich die dauernden Eigenschaften des zu beleihenden Grundstücks und derjenige Ertrag, welchen das Grundstück bei gewöhnlicher Bewirtschaftung in den Händen eines jeden Besitzers nachhaltig gewähren kann, zu berücksichtigen. Insbesondere ist bei der Beleihung von Fabriken und gewerblichen Anlagen nur der von der jeweiligen Benutzungsart unabhängige, dauernde Werth zu berücksichtigen.
- 3) Bergwerke, Steinbrüche, Torfstiche und ähnliche, einen dauernden Ertrag nicht gewährende Grundstücke, sowie Baupläge, dürfen überhaupt nicht beliehen werden. Darlehne auf Neubauten dürfen zur Unterlage von Hypotheken-Pfandbriefen erst dann benutzt werden, wenn die beliehenen Baulichkeiten vollkommen fertiggestellt und ertragsfähig sind.

Die nach Vorstehendem zu erlassenden Vorschriften

über die Werthermittelung sind der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Baulichkeiten und Wirtschaftsinventarien, welche sich auf den verpfändeten Grundstücken befinden, haften für die gegebenen Darlehen und müssen nach den vom Aufsichtsrathe festzusetzenden allgemeinen Normen gegen Feuergefahr versichert sein.

Das Pfandrecht der Gesellschaft ist auf die Brandschädigungsgelder, sowie bei Landgütern auf Baulichkeiten und Wirtschaftsinventarien ausdrücklich auszudehnen und ist dies in den Darlehensverträgen festzustellen.

Kann der Darlehnsfucher die Priorität vor bereits eingetragenen Forderungen nicht sofort beschaffen, so ist die Bewilligung des Darlehns dennoch zulässig, wenn der Darlehnsfucher sich verpflichtet, die schon eingetragenen alten Forderungen, sobald diese, sei es, mit oder ohne Kündigung, zulässig ist, zur Lösung zu bringen, und wenn er wegen der Ansprüche aus denselben der Bank eine Caution in der Art bestellt, daß er für je achtzig Mark solcher alten Forderungen Einhundert Mark in auf seine Hypothekenschuld zu emittirenden Hypothekenpfandbriefen der Bank bei der Bank deponirt.

Der Betrag, um welchen sich die Summe der zur Sicherheit dienenden Hypothekenforderungen durch Amortisation, Rückzahlungen oder auf andere Weise verändert, ist entweder von den emittirten Hypothekenpfandbriefen aus der Circulation zu ziehen oder durch andere Hypothekenforderungen zu ersetzen, dergestalt, daß das vorgeschriebene Deckungsverhältniß stets aufrecht erhalten wird.

§ 20. Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Hypothekenpfandbriefe muß in Höhe des Nennwerthes jederzeit durch Hypotheken oder Grundschulden von mindestens gleicher Höhe und gleichem Zinsertrage gedeckt sein und zwar mindestens zur Hälfte durch unfündbare (Amortisations-) Forderungen. Bei vorzeitiger Rückzahlung unfündbarer Forderungen (§ 13 u. 19) dürfen an Stelle derselben bis zum Ablaufe der planmäßigen Tilgungsperiode fündbare Hypotheken und Grundschulden oder solche mit festen Rückzahlungsterminen zur Deckung benutzt werden.

Die Hypothekenpfandbriefe laufen auf den Inhaber und sind Seitens desselben unfündbar. Die Bank kann auf das Recht zur Kündigung der Hypothekenpfandbriefe bis zu einer zehnjährigen Dauer verzichten.

Sie sind von zwei Mitgliedern der Direction oder von einem Mitgliede der Direction und einem Stellvertreter der Directoren und von einem Mitgliede des Aufsichtsrathes unter eigenhändiger Unterschrift auszufertigen.

Unter jedem Hypothekenpfandbriefe ist vom Justitiarius zu bescheinigen: „daß für denselben die vorgeschriebene Sicherheit nach den Bestimmungen des Statuts vorhanden ist“.

§ 21. Die Gesamtsumme der auszugebenden Hypothekenpfandbriefe (§ 22) und Obligationen (§ 11

Nr. 8) darf den zwanzigfachen Betrag des baar eingezahlten Grund-Capitals nicht übersteigen.

§ 22. Die unkündbaren Hypothekenspfandbriefe werden nach dem beiliegenden Schema D. ausfertigt.

Zur Erhebung der halbjährlich zu zahlenden Zinsen werden Zins-Coupons nach dem beiliegenden Schema E. für je zehn Jahre und ein Talon, gegen dessen Einlieferung neue Zins-Coupons auf 10 Jahre ausgehändigt werden, nach dem Schema F. beigelegt.

Die Zinsen verfahren zu Gunsten der Bank in vier Jahren, nach dem letzten Dezember des Jahres, in welchem sie fällig geworden sind; dies wird auf dem Zinscoupon bemerkt.

Die Zinscoupons sind in Berlin und an denjenigen Plätzen zahlbar, welche die Direction nach der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes bekannt machen wird.

§ 23. Die Sicherheit der Hypothekenspfandbriefe und deren Zinsen mit der planmäßigen Amortisation wird gebildet:

durch die zu diesem Zwecke erworbenen Hypothekensforderungen an Capital, Zinsen, Amortisationsraten und Geschäftskosten-Beiträgen, durch das Grundcapital der Bank, sowie überhaupt durch das gesamte Vermögen der Bank.

§ 24. Die Verminderung der emittirten unkündbaren Hypothekenspfandbriefe geschieht durch Baareinlösung derselben, nach vorgängiger Bestimmung durch das Voos.

Die ausgelassenen Nummern, der Termin und der Ort der Rückzahlung sind drei Mal, das erste Mal mindestens sechs Monate vor dem Rückzahlungstermine, an welchem die Verzinsung aufhört, durch die im § 4 bezeichneten Blätter bekannt zu machen.

Bei der Rückzahlung sind mit den Hypothekenspfandbriefen die Talons, Auslösungsscheine, sowie die noch nicht fälligen Coupons einzuliefern, widrigenfalls der fehlende Betrag der beiden letzteren in Abzug gebracht wird.

Der gefürzte Betrag wird dem letzten Besitzer des Hypothekenspfandbriefes erstattet, wenn und soweit die fehlenden Coupons bis zum Ablauf der Verjährungszeit (§ 22) nicht zur Eintlösung gelangt sind.

Die Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 in Betreff verlorener Aktien, Dividendenscheine und Talons finden auch auf verlorene Hypothekenspfandbriefe, deren Coupons und Talons Anwendung.

§ 25. Die in Höhe der nach § 11, Nr. 8 zu bewilligenden Darlehen ohne hypothekarische Sicherheit auszugebenden Obligationen werden auf Inhaber nach den Vorschriften des § 11 ausfertigt.

Die Sicherheit der ausgegebenen Obligationen nebst Zinsen und Amortisation wird durch die nach § 11 Nr. 8 erworbenen Forderungen, durch das Grundcapital und durch das ganze Vermögen der Gesellschaft, wie solches in Beziehung auf die Hypothekenspfandbriefe (§ 23) vorgeschrieben ist, gebildet.

Die näheren Modalitäten für die Bewilligung

derartiger Darlehen, für die zu stipulirende Amortisation derselben oder für die Zurückzahlung derselben ohne Amortisation, sowie für die Eintlösung der ausgegebenen Obligationen hat der Aufsichtsrath in einem dieserhalb zu erlassenden Reglement zu bestimmen, in welchem auch das Schema für diese Obligationen vorzuschreiben ist.

IV. Abtheilung.

Die Bilanz. Der Reservefonds.

Bilanz. Reservefonds.

§ 26. Am 31. Dezember jeden Jahres ist die Bilanz zu ziehen und innerhalb der drei nächsten Monate von der Direction aufzustellen und dem Aufsichtsrathe vorzulegen.

Für die Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung kommen die Vorschriften der Artikel 31 und 185a. des Handelsgesetzbuches (in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juli 1884 N. G. Bl. S. 123) mit folgenden Massgaben zur Anwendung:

- 1) In der Gewinn- und Verlustrechnung ist in getrennten Positionen der Betrag der eingezogenen Hypothekenzinsen, der Verwaltungskostenbeiträge, und der etwaigen sonstigen Leistungen der Schuldner (Provisionen u. s. w.), soweit sie nicht Capitalsabtrag sind, aufzuführen, ebenso die Höhe der von der Bank gezahlten Hypothekenspfandbriefzinsen.
- 2) In der Bilanz sind in gesonderten Positionen anzugeben:

A. unter den Activen

- a. der Betrag der zur Deckung der Hypothekenspfandbriefe bestimmten hypothekarischen und Grundschuldforderungen,
- b. die Höhe der rückständigen Jahresleistungen der Schuldner,
- c. die der Bank gehörigen Grundstücke nach ihrer Gesamtzahl, und unter Ansatz des nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (Art. 31, 185a., 239h.) zu berechnenden Werthes.

B. unter den Passiven

die ausgegebenen Hypothekenspfandbriefe nach ihrem Nennwerthe.

- 3) Das gesamte, im Berichtsjahre bei Begebung von Hypothekenspfandbriefen entstandene Disagio und die durch diese Begebung erwachsenden Unkosten sind zu Lasten des Berichtsjahres zu verrechnen.
- 4) Wenn im Falle der Hinausrückung der Amortisation die Tilgungsbeiträge vorübergehend zu Gunsten der Bank verrechnet werden (§ 14, Abs. 3 und 5), dürfen diese Forderungen in die Bilanz nur als besondere Activposten eingestellt werden. Dasselbe gilt von sonstigen, von den Darlehensnehmern besonders übernommenen Rekenleistungen (für die Herstellung, Abstempelung und Begebung der Hypothekenspfandbriefe, Provision u. s. w.). Diese Beträge dürfen den Schuldnern höchstens auf zehn Jahre gestundet werden.

§ 27. Aus der Bilanz oder dem Geschäftsberichte muß hervorgehen:

- 1) der Gesamtbetrag der der Bank zustehenden

ländlichen und der der städtischen Hypotheken bezw. Grundschulden,

- 2) der Gesamtbetrag der Amortisations- sowie der ohne Amortisation gewährten Darlehne,
- 3) die Zahl der bestehenden Darlehne,
- 4) die Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen (getrennt nach ländlichen und städtischen), an denen die Bank im Berichtsjahre theilhaftig war,
- 5) die Zahl der Grundstücke, die die Gesellschaft im Berichtsjahre hat übernehmen müssen, sowie die Verluste oder Gewinne, die beim Wiederverkauf von erstandenen Grundstücken eingetreten sind,
- 6) die einzelnen Buchwerthe der von der Bank erstandenen und noch nicht wieder verkauften Grundstücke,
- 7) die von den der Bank zu entrichtenden Jahresleistungen vorhandenen Rückstände, getrennt nach den Jahren der Fälligkeit,
- 8) die im Berichtsjahre im Wege der regelmäßigen Amortisation, sowie die aus anderen Gründen erfolgten Rückzahlungen.

§ 28. Von dem Geschäftsberichte nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ist jedem Inhaber eines Hypothekenspfandbriefes, welcher dies unter Vorlegung des Stückes oder Talons bis zum Schluß desjenigen Geschäftsjahres, für welches der Bericht gegeben wird, und später so lange der Vorrath reicht, verlangt, ein Druckeremplar gegen Zahlung von höchstens 50 Pfennig und Erstattung der Portokosten zu verabsorgen.

§ 29. Die ordentliche Generalversammlung der Actionaire hat alljährlich drei Revisoren, die nicht zugleich Mitglieder des Aufsichtsraths sein dürfen, zur Prüfung der nächsten Bilanz zu wählen.

Wenn ein Revisor stirbt, austritt oder an der Ausübung des Amtes verhindert wird, so haben die übrigen Revisoren sogleich einen Ersatzmann zu ernennen.

Die Revisoren haben die Jahresrechnung und Bilanz zu prüfen und darüber an den Aufsichtsrath Bericht zu erstatten.

Sie sind berechtigt, zu diesem Behufe im Banklokale Einsicht in die Bücher, Rechnungen, Correspondenzen und Urkunden der Bank zu nehmen, die Kasse sowie das Portefeuille derselben zu revidiren und hierbei die genaue Beobachtung des Stands der Bank zu überwachen.

Der Aufsichtsrath beschließt nach Erstattung des Berichts der Revisoren die Festsetzung der Bilanz, und beantragt unter Vorlegung dieses Berichtes bei der Generalversammlung die Ertheilung der Decharge an die Direction, sofern keine Anstände vorhanden sind.

§ 30. Von dem nach der Bilanz festgestellten Reingewinn werden zuvörderst 10 Procent zum Reservefonds abgesetzt.

Der dann verbleibende Ueberrest wird in der Art vertheilt, daß daraus zunächst eine Rente von vier (4)

Procent von dem eingezahlten Grundcapital für die Actionaire entnommen wird.

Von dem dann verbleibenden Theil erhalten:

- a. zehn (10) Procent der Aufsichtsrath,
- b. zehn (10) Procent die Direction.

Der verbleibende Ueberschuß wird an die Actionaire als Superdividende vertheilt.

Alljährlich bis zum 1. Juli wird die Dividende nach Feststellung der Bilanz gegen Einlieferung der Dividendenscheine in Berlin und den sonst noch bekannt zu machenden Stellen bezahlt.

Die Dividendenscheine verfahren zu Gunsten der Bank in vier Jahren nach dem letzten December des Jahres, in welchem der Fälligkeitstermin eingetreten ist.

Eine Nachweisung des Activ- und Passiv-Standes der Bank ist monatlich, die Jahres-Bilanz alljährlich in den in § 4 bezeichneten Gesellschafts-Blättern bekannt zu machen. Außerdem wird die Bilanz mit dem Geschäftsberichte der Direction gedruckt, und mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung den Actionairen zur Verfügung gestellt.

Reservefonds.

§ 31. Der gesetzliche Reserve-Fonds ist zur Deckung außerordentlicher Verluste der Bank bestimmt.

Der Reserve-Fonds wird mit dem übrigen Bankvermögen als ein Theil desselben verwaltet. Der daraus erwachsende Gewinn fließt den sonstigen Einnahmen der Bank zu.

Sobald der Reserve-Fonds den fünften Theil (20 pCt.) des eingezahlten Actien-Capitals erreicht hat und so lange dieser Betrag sich nicht vermindert, hört die Abiegung der zu seiner Bildung nach § 30 bestimmten 10 Procent auf. Die Generalversammlung kann jedoch die Bildung von Special-Reserve-Fonds zu besonderen Zwecken beschließen.

Die Erträge des Special-Reserve-Fonds wachsen denselben bis zu der vom Aufsichtsrath bestimmten Höhe zu. Special-Reserve-Fonds dürfen zu keinem andern Zweck als zu dem, für welchen sie bestimmt sind, verwendet werden.

V. Abtheilung.

Organisation.

Organisation.

§ 32. Die Organe der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank sind:

- a. die Direction,
- b. der Aufsichtsrath,
- c. die Generalversammlung.

Direction.

§ 33. Die Direction besteht aus zwei vom Aufsichtsrath zu ernennenden Mitgliedern; es bleibt vorbehalten, auch mehr als zwei Mitglieder anzustellen. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths kann den Mitgliedern der Direction für den Fall ihrer Abwesenheit oder Verhinderung aus der Zahl der Mitglieder des Aufsichtsraths oder der Gesellschaftsbeamten Stellvertreter bestellen. Ueber die Ernennung der Directoren und deren

Stellvertreter ist ein gerichtliches oder notarielles Protokoll aufzunehmen.

Die Namen der jeweiligen Mitglieder der Direction und der für dieselben ernannten Stellvertreter werden vom Aufsichtsrath durch die Gesellschaftsblätter veröffentlicht. Dritten Personen darf in keinem Falle der Einwand entgegengelegt werden, daß der Fall einer Stellvertretung nicht vorgelegen habe.

Die Geschäftsvertheilung und die Art der Beschlussfassung unter den Mitgliedern der Direction wird durch den Aufsichtsrath bestimmt.

Darüber, ob ein besonderer Justitiar für die Bank zu ernennen, oder ob ein Mitglied der Direction mit der Function des Justitiar zu betrauen ist, beschließt der Aufsichtsrath. In beiden Fällen ist für den Justitiar der Bank die Qualification zum Richteramt erforderlich.

§ 34. Die Direction leitet und führt innerhalb der statutenmäßigen Grenzen die Geschäfte und Angelegenheiten der Bank und vertritt dieselbe überall sowohl dritten Personen, wie Behörden gegenüber, in Gemäßheit der Bestimmungen des Buch 2, Titel 3, Abschnitt 3 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches.

§ 35. Für die Bank gültige Verpflichtungen können nur eingegangen werden, wenn dies durch Unterschrift von zwei Directoren oder einem Director und einem Stellvertreter geschieht.

Die Mitglieder der Direction nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsraths mit beratender Stimme Theil.

Jedes Mitglied der Direction hat bei der Gesellschaft Aktien im Nominalbetrage von 12000 Mark während seiner Amtsdauer bei der Bank als Caution zu hinterlegen.

§ 36. Die Direction stellt diejenigen Beamten an, welche ein Gehalt von nicht über sechs Tausend Mark beziehen und übt die Disciplinar-Befugniß über sämtliche Beamte der Bank aus.

§ 37. Durch Beschluß des Aufsichtsraths können die Mitglieder der Direction vom Amte suspendirt werden.

Die Entlassung kann nur auf Beschluß der Generalversammlung erfolgen.

Die Gehaltsansprüche regulirt der zwischen der Direction und dem Aufsichtsrathe geschlossene Dienstvertrag.

Aufsichtsrath.

§ 38. Der Aufsichtsrath besteht aus zwölf bis sechzehn Mitgliedern, von denen mindestens die Hälfte Domicil in Berlin haben muß.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths fungiren drei Jahre, dergestalt, daß jährlich mindestens ein Drittel aussteht.

Die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar.

Die Bestellung zum Mitgliede des Aufsichtsraths kann auch vor Ablauf des Zeitraums, für welchen dasselbe gewählt ist, durch die General-Versammlung widerrufen werden. Der Beschluß bedarf einer Mehr-

heit von drei Viertheilen des in der General-Versammlung vertretenen Gesamtcapitals.

Nicht wählbar zu Mitgliedern des Aufsichtsraths sind:

- 1) wer fallirt oder mit seinen Gläubigern accordirt hat, so lange deren vollständige Befriedigung nicht nachgewiesen ist;
- 2) wer als Beamter im Dienste der Bank oder sonst in einem fortdauernden Contractverhältnisse zu ihr steht;
- 3) wer Beamter, Director oder Mitglied des Verwaltungsraths bei einer anderen Boden-Credit-Gesellschaft ist.

Wenn ein Mitglied die bürgerlichen Ehrenrechte verliert oder bei einem Mitgliede eins der oben genannten Wahlhindernisse (1 bis 3) eintritt, scheidet es aus.

Jedes Mitglied hat Aktien der Bank im Nominalbetrage von 6000 Mark während dessen Amtsdauer bei der Bank zu hinterlegen.

Die Namen der Mitglieder des Aufsichtsraths sind bei jeder Neuwahl bekannt zu machen.

§ 39. Der Aufsichtsrath wählt aus seinen Mitgliedern auf die Dauer von 3 Jahren seinen Vorsitzenden und alljährlich einen Stellvertreter desselben. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Ueber die Wahl muß ein notarielles oder gerichtliches Protokoll aufgenommen werden und ist das Wahlresultat bekannt zu machen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths kann den Sitzungen der Direction beiwohnen, er überwacht die Geschäftsführung der Bank in allen Zweigen der Verwaltung und kann die Bücher, Documente und Schriften derselben jederzeit einsehen.

§ 40. Der Aufsichtsrath übt die allgemeine Controlle über den Geschäftsbetrieb im Sinne des Art. 225 des Handels-Gesetzbuches aus.

Der Aufsichtsrath wählt aus seinen Mitgliedern Beiräthe und deren Stellvertreter und bestimmt die Dauer ihrer Geschäftsführung, ist auch befugt, die Geschäftsführung derselben im Anschluß an die Vorschriften des § 43 durch Instruction zu regeln.

Wird die Anstellung eines Justitiarius nach § 33 beschlossen, so wählt der Aufsichtsrath denselben und regelt dessen Amtsdauer, Gehalt und Geschäftsführung durch mit demselben abzuschließenden Contract.

Der Aufsichtsrath faßt bindende Beschlüsse über alle die Gegenstände, welche weder dem Vorsitzenden, weder der General-Versammlung noch der Direction ausdrücklich vorbehalten sind.

Insbefondere gehört zu dem Ressort des Aufsichtsraths:

- a. der Abschluß der Verträge mit den Mitgliedern der Direction und dem Justitiar;
- b. die Festlegung des Etats;
- c. die Entschädigung für die Beiräthe.

Der Aufsichtsrath kann durch eine Specialvollmacht

für bestimmte Gegenstände und für eine bestimmte Zeit die Ausübung seiner Befugnisse an einzelne oder mehrere Mitglieder übertragen.

§ 41. Der Aufsichtsrath versammelt sich mindestens dreimal in jedem Kalenderjahr auf Einladung des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende ist befugt, außerordentliche Versammlungen des Aufsichtsraths zu berufen.

Wenn die Direction oder drei Mitglieder des Aufsichtsraths es beantragen, muß in längstens 6 Tagen eine außerordentliche Versammlung des Aufsichtsraths einberufen werden.

Die Verufung gilt als gehörig geschehen, wenn Postkette über Absendung eingeschriebener Briefe oder amtliche Bescheinigungen über Absendung eingeschriebener telegraphischer Depeschen an sämtliche Mitglieder des Aufsichtsraths vorgelegt werden.

In der Regel sollen Einladungen zu den Sitzungen acht Tage vorher den Mitgliedern des Aufsichtsraths zugesandt werden; die Sitzungen des Aufsichtsraths leitet der Vorsitzende, und falls derselbe nicht anwesend ist, der Stellvertreter.

Beschlußfähig ist die Versammlung, wenn mindestens acht Mitglieder anwesend sind.

Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt.

Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsraths wird ein Protocoll geführt und von sämtlichen anwesenden Mitgliedern vollzogen.

Die Erlasse des Aufsichtsraths werden von dem Vorsitzenden desselben gezeichnet.

§ 42. Die Mitglieder des Aufsichtsraths erhalten zusammen außer der Erstattung ihrer durch ihre Function veranlaßten Auslagen, die nach § 30 festzusetzende Tantieme.

Diese Tantieme wird unter die Mitglieder des Aufsichtsraths in der Weise vertheilt, daß der Vorsitzende je 2, jedes andere Mitglied je 1 Anwesenheitsmarke für jede Sitzung, welcher sie im Aufsichtsrathe beizuhören, erhält und hiernach die Vertheilung angelegt wird.

§ 43. Der Beirath kann den Sitzungen der Direction beizuhören, er ist berechtigt, die Geschäftsführung derselben in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen, sich von den Angelegenheiten der Bank zu unterrichten und die Bücher und Schriften derselben jederzeit einzusehen.

Der Beirath hat die Hypothekenspfandbriefe und Obligationen mit zu vollziehen.

Der Beirath revidirt monatlich wenigstens einmal mit einem Director die Kasse, das Portefeuille, die Effecten und die Depositen.

Am 31. December oder am 2. Januar und falls dieser ein Sonntag, am 3. Januar, muß Behufs Aufstellung der Bilanz eine solche Revision bewirkt werden.

Ueber die Revision der Kasse und des Portefeuilles ist ein Protocoll aufzunehmen und von dem Beirath,

sowie dem bei der Revision anwesenden Director zu vollziehen.

In den jedesmaligen ordentlichen Versammlungen des Aufsichtsraths haben die Beiräthe einen, die Zeit ihrer Function umfassenden schriftlichen Bericht zu erstatten, welcher vervielfältigt vor dem Zusammentreten der Versammlung an die Mitglieder des Aufsichtsraths vertheilt wird.

Die Beiräthe empfangen eine nach Maßgabe der Dauer ihrer Amtshätigkeit von dem Aufsichtsrathe festzusetzende fixirte Entschädigung.

General-Versammlung.

§ 44. Die ordentliche Generalversammlung findet jährlich in einem der ersten sechs Monate des Jahres statt; außerordentliche dagegen dann, wenn sie der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder die Direction als notwendig erachtet.

Auf Antrag des Aufsichtsraths, oder wenn eine Anzahl von Actionairen, deren Antheile zusammen den zwanzigsten Theil des Grundcapitals darstellen, es verlangt, muß eine außerordentliche Generalversammlung innerhalb der folgenden zwei Monate einberufen werden.

Die Verufung der Generalversammlung erfolgt durch den Vorsitzenden des Aufsichtsraths oder die Direction unter Angabe der Vorlagen mittelst dreimaliger Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern (§ 4). Die erste Insertion muß mindestens 4 Wochen und die letzte Insertion mindestens 14 Tage vor dem Zusammentritt der General-Versammlung stattfinden.

§ 45. Je fünf Actien geben eine Stimme; es kann jedoch kein Actionair weder für sich noch als Stellvertreter anderer Actionaire, noch durch Stellvertreter im Ganzen mehr als 50 Stimmen führen.

Zum Erscheinen und der Stimmabgabe in der Generalversammlung sind nur diejenigen Besitzer von mindestens fünf Actien berechtigt, welche ihre Actien spätestens drei Tage vor dem Zusammentritt der Generalversammlung bei der Direction oder den anderweit dafür vom Aufsichtsrathe bezeichneten und bekannt gemachten Stellen deponirt haben.

Den Actionairen, welche auf diese Weise ihre Stimmberechtigung nachgewiesen haben, werden nach Prüfung ihrer Legitimation, welcher sich die Direction nach den von dem Aufsichtsrathe zu erlassenden Vorschriften zu unterziehen hat, Eintrittskarten mit der Angabe der von ihnen vertretenen Actien und der ihnen gebührenden Stimmenzahl ausgehändigt. Die Liste der stimmberechtigten Actionaire mit Angabe der von ihnen vertretenen Actien und der ihnen gebührenden Stimmenzahl wird von der Direction aufgestellt und zur Einsicht der Actionaire in der Generalversammlung selbst aufgelegt.

Die Bevollmächtigung zur Stellvertretung ist spätestens am Tage vor der Generalversammlung zur Prüfung der Direction vorzulegen, welche eine amtliche oder sonst ihr genügende Bescheinigung der Unterschrift zu verlangen berechtigt ist. Ueber die Auslieferung der Eintrittskarten zur Generalversammlung

wird bei Berufung derselben das Erforderliche bekannt gemacht.

Es können vertreten werden: Handlungshäuser durch ihre gesetzmäßig bekannt gemachten Prokuristen, Behörden, Corporationen und juristische Personen durch ihre gesetzlichen Vertreter, Ehefrauen durch ihre Ehemänner, Pflegebefohlene durch ihre Vormünder und Curatoren.

In allen übrigen Fällen kann ein Actionair nur durch einen anderen stimmberechtigten Actionair vertreten werden.

§ 46. Die Vorlagen zu den ordentlichen Generalversammlungen sind:

- a. der Geschäftsbericht;
- b. Bericht der Prüfungs-Commission und die Erledigung der von dieser etwa gezogenen Monita;
- c. die Jahresbilanz;
- d. die Feststellung der den Actionären zu zahlenden Dividende;
- e. Ertheilung der Decharge;
- f. Wahl der Mitglieder des Aufsichtsraths;
- g. anderweite Vorlagen des Aufsichtsraths und der Direction.

Wenn ein Actionair einen Antrag spätestens 6 Tage nach der ersten Bekanntmachung der ordentlichen Generalversammlung schriftlich bei der Direction einreicht, so ist dieser bei den nachfolgenden Insertionen derselben (§ 44 Abs. 3) als ein Gegenstand der Beschlussfassung anzukündigen, und genügt für Anträge, welche nach der ersten Insertion eingebracht werden, die Ankündigung in den beiden nachfolgenden Bekanntmachungen. In allen anderen Fällen sind die Vorschriften des Art. 238 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches maßgebend; nur ist auch eine bloße Verhandlung ohne Beschlussfassung nicht zulässig, wenn der Actionair seinen Antrag nicht mindestens 8 Tage vor der Generalversammlung schriftlich bei der Direction eingereicht hat. Die Verhandlung über die Jahres-Bilanz ist zu verlagern, wenn dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschloffen, oder von einer Minderheit, deren Antheile den zehnten Theil des Grundcapitals darstellen, verlangt wird, auf Verlangen der Minderheit jedoch nur, soweit von ihr bestimmte Ansätze der Bilanz beantragt werden.

Ist die Verhandlung auf Verlangen der Minderheit verlagert, so gilt bezüglich der nicht beantragten Ansätze der Bilanz die Entlastung des Vorstandes als erfolgt.

§ 47. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder sein Stellvertreter.

Zur Beschlussfassung in der Generalversammlung ist die absolute Mehrheit der vertretenen Stimmen erforderlich, vorbehaltlich der abweichenden Bestimmungen dieses Statuts über einzelne Fälle.

Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag, nur bei Wahlen entscheidet das Loos.

Wenn bei Wahlen in der ersten Abstimmung weder absolute Stimmenmehrheit noch Stimmengleichheit erzielt

wird, so werden diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in doppelter Anzahl der zu Wählenden auf die engere Wahl gebracht.

Diese Grundsätze kommen überhaupt bei allen auf Grund dieses Statuts vorzunehmenden Wahlen zur Anwendung.

Ueber die Verhandlungen ist ein notarielles oder gerichtliches Protocoll aufzunehmen.

Die Namen der zur Theilnahme an der Versammlung berechtigten und wirklich erschienenen Mitglieder werden durch ein von der Direction zu vollziehendes Verzeichniß constatirt und wird dieses Verzeichniß dem Protocoll beigelegt.

In dem Protocoll sind die Gegenstände der Verhandlung und das Resultat der Wahlen, sowie die Abstimmungen unter Angabe der Stimmenzahl zu vermerken.

Die Motive der Vorlagen und Beschlüsse sind in das Protocoll nicht aufzunehmen.

Das Protocoll ist von dem Vorsitzenden, von den anwesenden Mitgliedern des Aufsichtsraths und der Direction und von denjenigen der anwesenden Actionaire, welche die Unterzeichnung verlangen, zu unterzeichnen.

§ 48. Statutenänderungen können von der Generalversammlung nur mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der vertretenen Stimmen gültig beschloffen werden.

Anträge auf Zusätze oder Aenderungen des Statuts, welche nicht vom Vorsitzenden, dem Aufsichtsrathe oder der Direction, sondern von den Actionairen ausgehen, müssen erst von der Generalversammlung für zulässig erachtet werden, bevor in einer weiteren Versammlung die definitive Beschlussfassung erfolgt.

VI. Abtheilung.

Auflösung. Liquidation.

Auflösung. Liquidation.

§ 49. In den im Handelsgesetzbuche bezeichneten Fällen findet die Auflösung der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank statt.

In einer Generalversammlung, welche über die Auflösung Beschluss fassen soll, müssen wenigstens $\frac{3}{4}$ sämmtlicher Actien vertreten sein, und es wird in diesem Falle jeder Actie eine Stimme gewährt.

Sofern die erste zur Fassung des Auflösungs-Beschlusses berufene Generalversammlung wegen Unvollständigkeit der vertretenen Stimmen nicht beschlussfähig ist, wird eine zweite Generalversammlung berufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig ist.

In der Einladung der zweiten Generalversammlung ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen.

Der Auflösungs-Beschluss kann in jedem Falle nur mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der in der betreffenden Generalversammlung vertretenen Stimmen gültig gefasst werden. Der Auflösungs-Beschluss, welcher zugleich einen Beschluss über eine Abänderung des Gegenstandes des Unternehmens oder über Uebertragung des Vermögens und der Schulden an eine andere Actien-Gesellschaft gegen Gewährung

von Actien der letzteren enthält, kann nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der in der betreffenden Generalversammlung vertretenen Stimmen gültig gefaßt werden.

Neue hypothekarische Darlehne und neue Darlehne an Communen u. s. w. ohne hypothekarische Sicherheit dürfen, nachdem die Auflösung der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank beschlossen ist, nicht mehr gewährt, auch keine Hypothekenspfandbriefe und Obligationen mehr ausgegeben werden, vielmehr erfolgt die Liquidation sofort durch die Direction unter Aufsicht des Aufsichtsraths.

Nach beendeten Liquidationsgeschäft geschieht die Regelung der Schlußrechnung, die Ertheilung der Decharge an die Direction und die Vertheilung des nach Deckung der Schulden verbleibenden Ueberschusses an die Actionaire gegen Rückgabe der Actien und Dividendenscheine.

Beträge, die binnen sechs Monaten, vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an gerechnet, nicht abgehoben worden, sind auf Kosten der betreffenden Empfänger gerichtlich zu deponiren.

VII. Abtheilung.

Verlängerung der Dauer der Bank.

Verlängerung der Dauer der Bank.

§ 50. Eine Verlängerung der Dauer der Bank über den im § 3 festgesetzten Zeitpunkt hinaus kann von der Generalversammlung nur in derselben Weise beschlossen werden, wie im § 49 in Betreff der Auflösung bestimmt ist.

VIII. Abtheilung.

Die Staatsaufsicht.

Staats-Aufsicht.

§ 51. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechts für beständig oder für einzelne Fälle einen Commissar zu ernennen.

Derselbe ist insbesondere befugt, die Bankorgane, einschließlich der Generalversammlung gültig zu berufen, ihren Beratungen beizuwohnen und jederzeit von den Kassen, Büchern, Rechnungen und sonstigen Schriftstücken der Bank Einsicht zu nehmen. Der Aufsichtsbehörde ist nach deren näheren Anweisungen mit dem jährlichen Geschäftsabschlusse ein Verzeichniß der vorgetommenen Beleihungen vorzulegen, aus welchem das Verhältniß des angenommenen Beleihungsertrags zu dem Grundsteuer-Reinertrage bzw. Gebäudesteuer-Nutzungswerte zu ersehen ist.

* * *

(Schema A.)

(Vorderseite.)

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank.

Actie

über

Zweihundert Thaler.

Der Inhaber dieser Actie nimmt in Gemäßheit

des Statuts verhältnismäßigen Theil an dem Eigen-
thum, dem Gewinn und dem Verlust der Gesellschaft.

Berlin, den . . . ten 18 . . .

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank.

Das Curatorium.

Die Direction.

(Unterschrift eines (L. S.) (Facsimile der Unter-
Mitgliedes.) schriften der Mitglieder
der Direction.)

Eingetragen in das Actienbuch Fol. . . .

Der Controlbeamte.
(Unterschrift.)

(Schema B.)

(Vorderseite.)

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank.

Dividenden-Schein Nr.

zu der Actie Nr.

zahlbar den . . . ten 18 . . . bei der
Kasse der Bank in Berlin und den sonst bekannt ge-
machten Stellen.

Berlin, den . . . ten 18 . . .

Die Direction.

(Facsimile der Unterschriften der Mitglieder der
Direction.)

(L. S.)

Eingetragen im Register sub Fol. . . .

Der Controlbeamte.
(Facsimile.)

(Rückseite.)

Dieser Schein ist nach dem 31. Dezember 18 . .
ungültig und die darauf zu erhebende Dividende als-
dann der Bank verfallen. (§ 30 des Statuts.)

Eine Mortification verlorener oder vernichteter
Dividendenscheine findet nicht statt. (§ 8 des Statuts.)

(Schema C.)

(Vorderseite.)

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank.

Talon zum Dividenden-Bogen der Actie Nr.

Dem Inhaber dieses Talons werden gegen dessen
Rückgabe nach zehn Jahren und vorgängiger Bekannt-
machung der Direction Dividendenscheine für zehn
fernere Bilanzjahre nebst einem neuen Talon, soweit
nicht ein Widerspruch nach § 9 Abs. 3 des Statuts zu
berücksichtigen ist, ausgehändigt.

Berlin, den . . . ten 18 . . .

Die Direction.

(Facsimile der Unterschriften der Mitglieder der Direction.)
(L. S.)

Eingetragen im Register sub Fol. . . .

Der Controlbeamte.
(Facsimile.)

(Rückseite.)

Verlorene Talons können nicht amortisirt werden.

Die Ausreichung der neuen Serie an Dividenden-
scheinen erfolgt, wenn der dazu bestimmte Talon nicht

eingereicht werden kann, an den Präsentanten der Actie. Ist aber vorher der Verlust des Talons der Direction angezeigt und der Aushändigung der neuen Serie der Dividendenscheine widersprochen worden, so werden dieselben zurückbehalten, bis die streitigen Ansprüche auf die neue Serie durch Vergleich oder im Wege des Processes erledigt sind. (§ 9 des Statuts.)

(Schema D.)

(Vorderseite.)

Serie Nr.
Lit. Mark

Unkündbarer Hypothekenspfandbrief

der

Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank

concessionirt auf Einhundert Jahre

laut Königlichem Erlaß vom 21. December 1868.

Die Preussische Boden-Credit-Actien-Bank verschuldet dem Inhaber dieses unkündbaren Hypothekenspfandbriefes Mark, verzinslich zu Prozent, unter der im § 23 des Statuts verzeichneten Sicherheit und Garantie.

Dieser Hypothekenspfandbrief ist von Seiten des Inhabers unkündbar, von Seiten der Bank nach vorgängiger Auslösung und öffentlichem Aufgebote einlöslich.

Berlin, den 18

Der Aufsichtsrath. Die Direction.

(Unterschrift eines Mitgliedes.) (L. S.) (Unterschrift zweier Mitglieder.)

Dass für diesen Hypothekenspfandbrief die vorchriftsmäßige Sicherheit nach § 19 des Statuts vorhanden ist, bescheinigt

Berlin, den 18

Der Justitiarius.

(Unterschrift.)

Eingetragen im Register sub Fol.

Der Controlbeamte.

(Unterschrift.)

(Rückseite.)

. (Die §§ 19, 22 und 23 im Abdruck.)

(Schema E.)

(Vorderseite.)

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank.

Zinsecoupon Nr.

zum unkündbaren Hypothekenspfandbrief

Serie Lit. Nr.

. Mark

(Ziffern)

. Mark

(Buchstaben)

halbjährliche prozentige Zinsen von
Mark, zahlbar am bei der Casse der
Bank in Berlin und bei den bekannt gemachten Stellen
in Breslau, Cöln, Cassel, Danzig, Frankfurt a. M.,

Hamburg, Hannover, Königsberg, Leipzig, Magdeburg,
Münster, Posen, Stettin.

Berlin, den 18

Die Direction.

(Facsimile zweier Mitglieder.)

(L. S.)

Eingetragen im Register sub Fol.

Der Controlbeamte.

(Facsimile.)

(Rückseite.)

Dieser Coupon ist nach dem 31. December 18
ungültig und der darauf zu erhebende Zins der Bank
verfallen. (§ 22 des Statuts.)

Eine Mertification verlorener oder vernichteter Zinsecoupons findet nicht statt. (§§ 24 und 8 des Statuts.)

(Schema F.)

(Vorderseite.)

Preussische Boden-Credit-Actien-Bank.

Talon zum Couponbogen des unkündbaren Hypothekenspfandbriefes

Serie Lit. Nr.

über Mark, verzinslich zu pCt.

Dem Inhaber dieses Talons werden gegen dessen Rückgabe nach zehn Jahren und vorgängiger Bekanntmachung der Direction Zinsecoupons für fernere zehn Jahre nebst einem neuen Talon, soweit nicht ein Widerspruch nach §§ 24 und 9 des Statuts zu berücksichtigen ist, ausgehändigt.

Berlin, den 18

Die Direction.

(Facsimile zweier Mitglieder.)

(L. S.)

Eingetragen im Register sub Fol.

Der Controlbeamte.

(Facsimile.)

(Rückseite.)

Eine Mertification verlorener oder vernichteter Talons findet nicht statt. (§§ 24 und 9 des Statuts.)

Bekanntmachung.

Vorstehenden Allerhöchsten Erlaß und das Statut der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank in seiner neuen Fassung bringe ich hierdurch mit dem Bemerkenswerthen öffentlichen Kennniss, daß die betreffenden Beschlüsse unter dem 19. Juni d. J. in das Handelsregister des Königl. Amtsgerichts I. in Berlin eingetragen worden sind.

Berlin, den 24. Juli 1894.

Der Polizei-Präsident Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

32. Bei dem Kaiserlichen Postamt 18 (Landsbergerstraße) tritt am 1. August d. J. eine öffentliche Fernsprechstelle in Wirksamkeit. Für die Benutzung

dieser Sprechstelle kommen die allgemein gültigen Bedingungen in Anwendung.

Berlin C., 30. Juli 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

B e k a n n t m a c h u n g.

53. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Friedrichsfelde bei Berlin ist am 1. August eine Unfallmeldestelle eingerichtet. Die Auslieferung von Unfallmeldungen während der Nachtzeit hat durch ein entsprechend bezeichnetes Fenster zu erfolgen.

Berlin C., 2. August 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer 2. Pfarrstelle in Steglitz.

21. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenraths, sowie nach Anhörung der Theilhaftigen wird hiedurch folgendes bestimmt:

- 1) In der Pfarodie Steglitz, Diocese Cöln-Band I., wird eine zweite Pfarrstelle errichtet.
- 2) Diese Einrichtung tritt am 1. October d. J. in Kraft.

Berlin, den 25. Juli 1894.

Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 28. Juli 1894.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen-
und Schulwesen.

22. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Premßlin, Diocese Perleberg, kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Verjegung des Pfarrers Rinneberg in den Ruhestand am 1. October d. J. zur Erledigung.

23. Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Bagemühl, Diocese Prenzlau II., kommt durch die Verjegung des Pastors Blankenburg in den Ruhestand, am 1. October 1894 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung der Stelle erfolgt durch das Kirchenregiment.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

B e k a n n t m a c h u n g.

25. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1879 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Witwe des Bürgermeisters Friedrich Stöcking, Catharine geb. Walper in Rotenburg (Hulda) angeblich im Februar oder März d. J. die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880 Lit. E. Nr. 111460 über 300 Mark abhanden gekommen ist. Es wird derselbe, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder Herrn A. Ebert in Rotenburg (Hulda) anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren be-

hufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 27. Juli 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Directors.

Bekanntmachung.

12. Der Herr Finanz-Minister hat im Einverständnisse mit dem Herrn Minister des Innern durch

Erlaß vom 17. Juli 1894 — ^{II. 9343} — ^{III. 9386} — genehmigt,

daß künftig beim Eingange in den Schlachtfleuerbezirk der Stadt Potsdam als Steuer

- a. von Schneehühnern für jedes Stück 10 Pfennig und
- b. von Kienhölzern für das Pfund Bruttogewicht 6 Pfennig

erhoben werden.

Diese Steuer wird vom 1. September 1894 ab nach Maßgabe des in der Extrabeilage zum 15. Stück des Amtsblatts der königlichen Regierung in Potsdam und der Stadt Berlin für 1889 bekannt gemachten Regulativs vom 1. April 1889, betreffend die Erhebung und Beaufsichtigung der auf Grund der Gesetze vom 25. Mai 1873 und 30. Mai 1820 angeordneten Schlachtfleuer als Kommunalsteuer für die Stadt Potsdam erhoben werden.

Berlin, den 28. Juli 1894.

Der Provinzial-Steuer-Director,
von Pommer-Esche.

B e k a n n t m a c h u n g.

13. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für Berlin und die Provinz Brandenburg dem hiesigen königlichen Haupt-Steuer-Amte für inländische Gegenstände die Befugniß zur stempelfreien Abstempelung von Aktien nach der Befreiungsvorschrift zur Tarifnummer 1 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 ertheilt ist.

Berlin, den 31. Juli 1894.

Der Provinzial-Steuer-Director.

Bekanntmachung.

14. Es wird hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für die Benutzung der neuen Spreeschleuse am Mühlendamm hieselbst von deren Freigabe für den Verkehr ab Schiffabgaben nach dem für die märkischen Wasserstraßen allgemein geltenden Tarife vom 27. Dezember 1871 (Gesetz-Sammlung für 1872 Seite 57) in seiner jetzt geltenden Form werden erhoben werden.

Die Einrichtung der Abgaben hat bis auf Weiteres bei der mit der Erhebung der Schiffabgaben betrauten Amtsstelle des hiesigen königlichen Haupt-Steuer-Amtes für inländische Gegenstände oder im Voraus bei den übrigen Schleusengeldbekstellern Berlins und bei den zur Vorauserhebung von Schiffabgaben befugten Schleusengeldbekstellern der Provinz Brandenburg stattzufinden.

Berlin, den 3. August 1894.

Der Provinzial-Steuer-Director.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

V e r k a n f m a c h u n g.

39. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinföhrderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen duröwerg aus Ausstellungsgut bestehen.

N.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtig	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Ausstellung von Fösch- und Rettungsgöräthen, sowie Ausrüstungsgegenständen für Feuerwehren.	Schwegen (Großherzogthum Baden).	28. bis 30. Juli.	Gegenstände der nebenbezeichneten Art.	Preußischen Staatsbahnen, der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Main-Neckar-Eisenbahn.	Ausstellungskommission.	4 Wochen	nach Schluß der Ausstellung.
2	Geflügel-Ausstellung.	Hamburg.	28. bis 31. Juli.	Geflügel, Geräte und Erzeugnisse der Geflügelzucht.	Preußischen Staatsbahnen, der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Main-Neckar-Eisenbahn.	Wie vor.	4 Wochen	

Bromberg, den 31. Juli 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Personalchronik.

Im Kreise Beesow-Storkow ist der Königl. Förster Köhn zu Triebisch zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXIII. — Friederödorfer Forst — ernannt worden.

Die Bejorgung der domainenfiscalischen und der fiscalischen Patronatsgeschäfte in den Ortshaften Dümbe, Gottow mit Moldenhütten, Liebzig, Maertensmühle, Ruhlsdorf und Woltersdorf ist dem Königl. Oberförster Albert in Woltersdorf übertragen worden.

Der Landmesser Wilhelm Otto Klomp ist zum Katasterlandmesser bei der hiesigen Königl. Regierung ernannt worden.

Während des II. Vierteljahres 1894 sind bei der kgl. Ministerial-Baukommission zu Berlin die Königl. Regierungsbauführer: Conrad Färber, Johannes Simon, Clemens Kochs, Franz Nietzschel, Johannes Uhlig, Otto Schmidt, Martin Herrmann, Paul Epfler vereidigt worden.

Der bisherige Diaconus an St. Nicolai in Zeig, Provinz Sachsen, Friedrich Adolf Theodor Rauch, ist zum dritten Prediger an der hiesigen Charité-Kirche, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hülfslehrer Lingel ist als Oberlehrer an dem von Salbern'schen Realgymnasium in Brandenburg a. H. angestellt worden.

Ernannt ist im Bezirke der Königl. Eisenbahn-

Direktion zu Bromberg der Stations-Assistent Seifert I. in Berlin zum Güter-Expedienten.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Juli 1894 sind ernannt zu Poststräßen Postinspector Bachholz, Geheimer exped. Secretair Ewerlien; zum Ober-Telegraphen-Assistenten Kanzlist Mücke,

versetzt von Berlin Ober-Postdirectionssecretair Steinbagen nach Zeig, die Postsecretaire Arends nach Posen, Spengler nach Cöln (Rhein), W. Eichel nach Cassel, nach Berlin Ober-Postdirectionssecretair Berg von Minden (W.), Postsecretair Kerckhoff von Shanghai, Telegraphen-assistent Scharnow von Essen (Ruhr),

in den Ruhestand getreten Ober-Telegraphen-assistent Mier, künftiger Wohnort Allstedt (Ordyh. Sachsen), Telegraphengehülfsin Engmann,

gestorben die Postsecretaire Beesfel, Uhlenborg, H. A. F. Wolf, Postsecretair a. D. Peters.

Vermischte Nachrichten.

Verzeichniß der Vorlesungen

an der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin N., Invalidenstraße 42, im Winter-Semester 1894/95.

1. Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau. Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Orth:

Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau, 1. Theil: Bodenkunde und Entwässerung des Bodens. Spezieller Acker- und Pflanzenbau, 1. Theil: Futterbau und Getreidebau. Landwirtschaftliches Seminar, Abtheilung: Acker- und Pflanzenbau. Uebungen zur Bodenkunde. Leitung agronomisch-pedologischer und agrulturchemischer Arbeiten im Laboratorium (Uebungen im Untersuchen von Pflanzen, Boden und Dünger), gemeinsam mit dem Assistenten Dr. Verju. — Professor Dr. Werner: Landwirtschaftliche Viehrzucht. Rindviehzucht. Landwirtschaftliche Buchführung. Abriss der landwirtschaftlichen Produktionslehre (Pflanzenbau). — Professor Dr. Lehmann: Allgemeine Thierzuchtlehre. Schafzucht und Wollkunde. Landwirtschaftliche Fütterungslehre. — Privatdozent Dr. Kaerger: Kolonisationstechnik. — Geheimer Rechnungsrath, Ingenieur, Professor Schotte: Landwirtschaftliche Maschinenkunde. Prinzipien der Mechanik und Maschinenkunde. Zeichenübungen. — Garteninspektor Lindemuth, Obstbau. — Forstmeister Westermeyer: Forstbenutzung. Forstschutz.

2. Naturwissenschaften.

a. Physik und Meteorologie. Professor Dr. Börnstein: Experimental-Physik, 1. Theil. Mechanik. Physikalische Uebungen. Wetterkunde. b. Chemie und Technologie. Professor Dr. Fleischer: Allgemeine Experimental-Chemie. Großes chemisches Praktikum. Kleines chemisches Praktikum. — Privatdozent Dr. Schmoeger: Ausgewählte Kapitel aus der technologischen Chemie. Professor Dr. Delbrück mit Dr. Saare und Dr. Wittelschöfer: Brennerei, Brauerei und Stärkfabrikation. — Privatdozent, Professor Dr. Hayduk: Gährungs-Chemie. c. Mineralogie, Geologie und Geognosie. Professor Dr. Gruner: Mineralogie und Gesteinskunde. Bodenkunde und Bonitirung. Uebungen zur Bodenkunde. Praktische Uebungen im Bestimmen von Mineralien und Gesteinen. d. Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. Kny: Anatomie und Morphologie der Pflanzen, mit Demonstrationen. Botanisch-mikroskopischer Kursus, in Verbindung mit dem Assistenten Dr. Carl Müller. Arbeiten für Vorgesessene im botanischen Institut. Professor Dr. Frank: Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz. Pflanzenpathologisches Praktikum. Arbeiten für Vorgesessene im Institut für Pflanzenphysiologie und Pflanzenschutz. — Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Wittmack: Samenkunde. Verfälschung der Nahrungs- und Futtermittel mit Demonstrationen. Anleitung zu eigenen Arbeiten in der botanischen Abtheilung des Museums. — Privat-

dozent Dr. Carl Müller: Pflanzliche Rohstofflehre mit besonderer Berücksichtigung der Pflanzenchemie. Grundzüge der Bakterienkunde. Praktische Uebungen zur Bakterienkunde. e. Zoologie und Thierphysiologie. Professor Dr. Rehring: Zoologie und vergleichende Anatomie, mit besonderer Berücksichtigung der Wirbelthiere. Die jagdbaren Säugethiere und Vögel Deutschlands. — Dr. Rörig: Die der Land- und Forstwirtschaft nützlichen und schädlichen Insekten. — Professor Dr. Zung: Physiologie des thierischen Stoffwechsels. Gesundheitspflege der Hausthiere. Arbeiten im thierphysiologischen Laboratorium für Vorgesessene.

3. Veterinärkunde.

Professor Dr. Diederhoff: Seuchen und parasitische Krankheiten der Hausthiere. — Geheimer Regierungsrath Professor C. F. Müller: Anatomie der Hausthiere, verbunden mit Demonstrationen. — Oberarzt Küttner: Hufbeschlagslehre.

4. Rechts- und Staatswissenschaft.

Professor Dr. Sering: Agrarwesen, Agrarpolitik und Landesökulturgeggebung in Deutschland. Nationalökonomisches Seminar. Reichs- und preussisches Recht, mit besonderer Rücksicht auf die für den Landwirt, den Landmesser und Kulturtechniker wichtigen Rechtsverhältnisse.

5. Kulturtechnik.

Regierungs- und Vaurath von Münstermann: Kulturtechnik. Entwerfen kulturtechnischer Anlagen. Kulturtechnisches Seminar. — Meliorationsbauinspektor Grang: Wasserbau, Brücken- und Wegebau. Entwerfen wasserbaulicher Anlagen. Landwirtschaftliche Baulehre.

6. Geodäsie und Mathematik.

Professor Dr. Bogler: Traciren Grundzüge der Landesvermessung. Praktische Geometrie. Mesübungen, gemeinsam mit Professor Hegemann, in je 2 Gruppen. Geodätisches Seminar. Geodätische Rechnübungen. — Professor Hegemann: Das deutsche Vermessungswesen. Uebungen zur Landesvermessung. Zeichenübungen. — Professor Dr. Reichel: Analytische Geometrie und höhere Analysis. Darstellende Geometrie. Mathematische Uebungen. Zeichenübungen zur darstellenden Geometrie.

Beginn des Winter-Semesters am 16. October, der Vorlesungen spätestens am 23. October 1894. — Programme sind durch das Sekretariat zu erhalten.

Berlin, den 18. Juli 1894.

Der Rektor
der Königl. landwirtschaftlichen Hochschule.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlegt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 33.

Den 17. August

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Polizeiverordnung.

betreffend die Abänderung der Polizeiverordnung für die Wasserläufe des Dösebruches vom 12. April 1893 (Amtsblatt S. 215.)

179. Gemäß § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) sowie des § 73 der Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 (G.-S. S. 376) unter Zustimmung des Bezirksausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Der Absatz 4 des § 13 der Polizeiverordnung vom 12. April 1893, betreffend die Wasserläufe des Dösebruches, erhält folgende Fassung:

„Die Feldmarksgrenzen sind entweder durch natürliche oder künstliche Steine, welche mindestens 1 m aus dem Boden hervorragen und mit den Namen der angrenzenden Feldmarken versehen sind, zu bezeichnen. Wo die Beschaffung der Steine oder das Versetzen derselben Schwierigkeiten bereitet, dürfen mit Zustimmung der Schauämter starke hölzerne Pfähle oder aufeiserne Röhre mit hölzernen oder eisernen Tafeln, auf welchen die angrenzenden Feldmarken deutlich anzugeben sind, an Stelle der Steine verwendet werden.“

Potsdam, den 14. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Graaf.

Polizeiverordnung.

betreffend die Abänderung der Polizeiverordnung für die Wasserläufe des Rhinluchs vom 12. April 1893 (Amtsblatt S. 247) und der Polizeiverordnung vom 31. März 1894 (Amtsblatt S. 177.)

180. Gemäß § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) sowie des § 73 der Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 (G.-S. S. 376) unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

Einziger Paragraph.

Der Absatz 4 des § 13 der Polizeiverordnung vom 12. April 1893, betreffend die Wasserläufe des Rhinluchs erhält folgende Fassung:

„Die Feldmarksgrenzen sind entweder durch natürliche oder künstliche Steine, welche mindestens 1 m aus dem Boden hervorragen und mit den Namen der angrenzenden Feldmarken versehen sind, zu bezeichnen. Wo die Beschaffung der Steine oder das Versetzen derselben Schwierigkeiten bereitet, dürfen mit Zustimmung der Schauämter starke hölzerne Pfähle oder aufeiserne Röhre mit hölzernen oder eisernen Tafeln, auf welchen die angrenzenden Feldmarken deutlich anzugeben sind, an Stelle der Steine verwendet werden.“

„An Stelle der Bezeichnung „der Klassensche Rhin (alte Rhin)“ in § 1 zu e. der Verordnung vom 31. März 1894 sowie in § 15 der Verordnung vom 12. April 1893 tritt die Bezeichnung „der Kleffensche Rhin (alte Rhin.)“

Potsdam, den 14. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Graf Hue de Graaf.

Nachweisung der den Communalverbänden aus den landwirthschaftlichen Zellen des Rechnungsjahres 1893/94 überwiesenen Beträge

181. In Gemäßheit des Gesetzes vom 14. Mai 1885 (G.-S. S. 128) sind aus den Erträgen der Getreide- und Viehzölle des Rechnungsjahres 1893/94 an die Communalverbände folgende Beträge überwiesen:

1)	dem Kreise	Prenzlau	85144 M.
2)	"	Templin	44572 "
3)	"	Angermünde	78764 "
4)	"	Oberbarnim	91128 "
5)	"	Niederbarnim	160163 "
6)	Stadtkreise	Charlottenburg	100591 "
7)	Kreise	Teltow	189385 "
8)	"	Beepflow-Storlow	38162 "
9)	"	Jüterbog-Luckenwalde	55404 "
10)	"	Zauch-Bezig	70896 "
11)	Stadtkreise	Potsdam	53336 "
12)	Kreise	Dshavelland	66153 "
13)	Stadtkreise	Spandau	26932 "
14)	"	Brandenburg	29696 "
15)	Kreise	Westhavelland	56283 "
16)	"	Ruppin	80407 "
17)	"	Dshprignitz	69238 "
18)	"	Westprignitz	86274 "

zusammen 1382828 M.

was ich hierdurch zur allgemeinen Kenntniss bringe.

Potsdam, den 13. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Juli 1894.

Artikel						Eadenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Kaltfleisch	Hammerfleisch	Speck	Butter	Eier	Mehl	Gerste	Ruchweizen	Hafergrütze	Erbsen	Bohnen	Java-Kaffee	mittler gelber	Spezial	Schweinefleisch				
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.				
1 20	1 10	1 20	1 80	2 40	3 10	25	20	45	30	40	50	50	55	2 70	3 30	20	1 60		
1 20	95	1 20	1 85	2 33	2 90	32	26	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 25	1 10	1 25	1 50	2 40	3 20	30	25	45	35	50	50	40	50	3	4	20	1 60		
1 20	80	1 20	1 60	2 20	2 80	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60		
1 40	1 30	1 30	1 60	2 40	3 55	22	20	30	30	45	45	40	40	2 80	3 60	20	1 60		
1 20	1 30	1 20	1 65	2 20	3 03	25	21	41	40	50	50	43	50	2 90	3 70	20	1 60		
1 40	1 10	1 30	1 80	2 40	3 20	30	25	50	50	50	60	40	50	2 60	3 60	20	1 60		
1 20	1	1	1 85	2 20	3 40	27	19	50	50	50	60	35	60	2 20	3 60	20	1 60		
1 15	1 35	1 25	1 65	2 06	3 06	23	22	41	35	43	45	35	43	2 70	3 55	19	1 65		
1 50	1 30	1 40	1 60	2 15	2 87	40	27	55		45	45	45	40	2 50	3 20	20	1 35		
1 20	1	1 15	1 50	2 20	3 40	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60		
1 30	1 30	1	1 70	2 01	2 75	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80		
1 30	1 10	1 20	1 60	2 19	3 46	23	20	40	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 70		
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	3 61	35	26	45	40	50	50	50	60	3	4	20	1 60		
1 10	1	1 20	1 70	2 08	3 53	25	20	50	30	40	50	50	60	2 60	3 60	20	1 60		
1 40	1 45	1 50	1 80	2 30	3 30	27	26	40	30	35	40	35	40	2 80	3 40	20	1 35		
1 35	1 20	1 35	1 80	2 40	3 60	30	20	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 15	1 10	1 10	1 55	2 30	4	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60		
1 20	1	1 20	1 60	2 40	4	30	25	60	80	60	60	80	60	2 60	3 60	20	1 80		
1 40	1	1 20	1 60	1 80	3	30	20	40		40	50		40	2 60	4	20	1 60		
1 14	85	1 09	1 60	2 03	3 02	21	17	45	50	45	50	50	35	2 50	3 40	20	1 70		
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	3 20	19	16	30	24	32	39	32	45	2 70	3 40	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

Kreis Neu-Müppin: Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche in Beerbaum, Kreis Oebarnim.

Potsdam, den 14. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

32. Die unter der Firma „Equitable“ Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in New-York domicilirte Aktien-Gesellschaft hat ihren Geschäftsbetrieb in Preußen ausgeübt.

Die der Gesellschaft unter dem 4. Januar 1877 ertheilte Concession zu diesem Geschäftsbetriebe wird deshalb hierdurch für erloschen erklärt.

Die „Equitable“ Lebens-Versicherungs-Gesellschaft ist demnach von heute ab, bei Vermeidung der im § 360 Ziffer 9 des Deutschen Reichs-Strafgesetzbuches bzw. im § 1 des Preussischen Gesetzes, betreffend den Geschäftsvorkehr der Versicherungsanstalten, vom 17. Mai 1853 vorgesehenen Strafen gehalten, durch Agenten in Preußen neue Versicherungsverträge nicht abzuschließen und dergleichen Anträge nicht mehr entgegen zu nehmen.

Die Rechtfertigung der von der Gesellschaft bisher in Preußen abgeschlossenen Verträge wird durch Vorstehendes nicht berührt und es können die Agenten der Gesellschaft zur Erledigung dieser Verträge auch fernerhin in Funktion bleiben.

Berlin, den 1. August 1894.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: (gez.) Braunbehrns.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß die der genannten Gesellschaft ertheilte Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten seiner Zeit in der Beilage zum Amtsblatt der Königlich Regierung zu Schleswig Stück 12 Nr. 1877 veröffentlicht worden ist.

Berlin, den 10. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

Polizeiverordnung.

33. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges. S. 265), sowie der §§ 143 und 144 des Gesetzes über

die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Stadtkreis Berlin mit Zustimmung des Gemeindevorstandes nachstehendes verordnet:

Die §§ 13 und 31 der Polizeiverordnung, betreffend den Betrieb der Pferdeisenbahnen vom 27ten Mai 1865 werden wie folgt abgeändert:

§ 13. Die Signale sind mit der Glocke zu geben. Zu diesem Behufe ist jeder Wagen nach polizeilicher Anweisung mit einer Glocke zu versehen.

§ 31. Der Kutscher hat mit der Glocke (§ 13) rechtzeitig Signal zu geben, wenn Fuhrwerke, Reiter und Fußgänger sich in der Fahrtrichtung befinden oder derselben nähern. — Unnötiges, das Publikum belästigendes Läuten ist zu vermeiden.

Berlin, den 3. August 1894.

Der Polizei-Präsident Freiherr von Richthofen.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Juli 1894.

54. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	14	Mark	18	Pf.
do. (mittel)	13	82		
do. (gering)	13	48		
do. Roggen (gut)	12	18		
do. (mittel)	11	86		
do. (gering)	11	55		
do. Gerste (gut)	15	31		
do. (mittel)	12	88		
do. (gering)	10	46		
do. Hafer (gut)	15	83		
do. (mittel)	14	64		
do. (gering)	13	48		
do. Erbsen (gut)	16	95		
do. (mittel)	15	75		
do. (gering)	14	55		
do. Nichtstroh	4	99		
do. Heu	5	43		

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat Juli 8,60 Mk., 2,84 Mk., 3,70 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	—	Pf.
do. Speisebohnen (weiße)	35	—		
do. Linfen	50	—		
do. Kartoffeln	10	55		
do. 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	40		

für 1 Kgr. Rindfleisch (Vandfleisch)	1	Mark	10	Pf.
do. 1 Schweinefleisch	1	30		
do. 1 Kalbfleisch	1	25		
do. 1 Hammelfleisch	1	19		
do. 1 Speck (geräuchert)	1	45		
do. 1 Eßbutter	2	30		
do. 60 Stück Eier	3	—		

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	50	Pf.
do. Speisebohnen (weiße)	32	50		
do. Linfen	47	50		
do. Kartoffeln	7	77		
do. 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	37		
do. 1 (Vandfleisch)	1	12		
do. 1 Schweinefleisch	1	44		
do. 1 Kalbfleisch	1	40		
do. 1 Hammelfleisch	1	20		
do. 1 Speck (geräuchert)	1	50		
do. 1 Eßbutter	2	20		
do. 60 Stück Eier	2	83		

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Juli 1894:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	32	Pf.
do. desgl. a. Roggen	28	
do. 1 Gerstengraupe	35	
do. 1 Gerstengröße	33	
do. 1 Buchweizengröße	38	
do. 1 Hirse	38	
do. 1 Reis (Java, mittler)	50	
do. 1 Java-Kaffee (mittler, roh)	3	Mark 10
do. 1 (gelb in gebr. Bohnen)	4	27
do. 1 Speisesalz	20	
do. 1 Schweineschmalz (hiefiges)	1	50

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	35	Pf.
do. desgl. a. Roggen	30	
do. 1 Gerstengraupe	38	
do. 1 Gerstengröße	40	
do. 1 Buchweizengröße	42	
do. 1 Hirse	40	
do. 1 Reis (Java, mittler)	53	
do. 1 Java-Kaffee (mittler, roh)	2	Mark 60
do. 1 Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3	40
do. 1 Speisesalz	20	
do. 1 Schweineschmalz (hiefiges)	1	30

Berlin, den 8. August 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

40. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeföhrderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtfreies bezw. des Duplikat-Beföhrderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Versicherung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeföhrderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprüng-

lichen Frachtbriefen bzw. Duplikat-Beförderungsscheine für die Einsendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit	Die Frachtbegünstigung wird gewährt	Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Beförderung muß erfolgen innerhalb
			1894.	für	auf den Strecken der	
1	Kunstausstellung.	Berlin.	3. Mai bis 16. Septbr.	Gegenstände der nebenbezeichneten Art.	Preussischen Staats- und Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.	Ausstellungs-Kommission. 8 Wochen
2	Deutsche Nationale Ausstellung für Volksernährung, Massenverpflegung, Sanitätswesen, Verkehr und Sport.	Miel.	4. bis 19. August.	Deegl.	Preussischen Staats- und Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, der Eutin-Lübder, der Lübeck-Wüchener u. der Großherzoglich-Mecklenburgischen Friedrich-Franz-Eisenbahn.	Deegl. 4 Wochen
3	Internationale Ausstellung für Nahrungsmittel, Volks-ernährung u. s. w., verbunden mit einer Industrie-Gewerbe- und Sport-Ausstellung.	Dresden.	25. August bis 16. Septbr.	Deegl.	Preussischen Staats- und Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Main-Neckar-Eisenbahn.	Deegl. 4 Wochen
4	Internationale Bienenzucht-Ausstellung.	Wien.	1. bis 16. September.	Lebende Bienen in Körben und Bienenstöcken, sowie Geräte und Erzeugnisse der Bienenzucht.	Preussischen Staats- und Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Main-Neckar-Eisenbahn.	Deegl. 4 Wochen
5	Ausstellung von Feuerwegeräten und Requisiten für Feuerwehren.	Mag.	8. bis 10. September.	Gegenstände der nebenbezeichneten Art.	Preussischen Staats- und Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.	Deegl. 4 Wochen
6	Ausstellung von Feuerlösch Utensilien.	Berlin D./S.	4. bis 7. August.	Deegl.	Preussischen Staats- und Reichseisenbahnen.	Deegl. 4 Wochen
7	Nachausstellung der Buchbinder-Innung.	Leipzig.	5. bis 12. August.	Gegenstände des Buchbinder-Gewerbes.	Preussischen Staatsbahnen, der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Main-Neckar-Eisenbahn.	Deegl. 4 Wochen

Dromberg, den 6. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Druck der Königl. Eisenbahn-Direktion.

sondern die in dem Kilometerzeiger des Eisenbahn-

Bromberg, den 6. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Defantmachung

42. Die an der Bahnstrecke Posen-Schneidemühl gelegene Personen-Haltestelle Mitz-Pauland führt vom 1. September d. J. ab die Bezeichnung: „Willsh.“

Bromberg, den 4. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Man o f ch r e i b e n

der von den Mitgliedern der Stadt-Freirei-Societät der Freirei
Der Directorialrath der Stadt-Freirei-Societät der
der Societät für das I. Halbjahr 1894 für 100 Mark

Brandenburg für das I. Halbjahr 1894 zu entrichtenden Beiträge.
Provinz Brandenburg hat die Beiträge der Mitglieder
Versicherungssumme festgesetzt:

in Klasse I A. auf	2,1 Pf.	(0,21 pro mille)
" " II A. "	3 "	(0,3 - -)
" " III A. "	3,9 "	(0,39 - -)
" " IV A. "	6 "	(0,6 - -)
" " V A. "	9 "	(0,9 - -)
" " VI B. "	12 "	(1,20 - -)
" " VII B. "	21 "	(2,10 - -)
" " VIII B. "	30 "	(3 - -)
" " IX B. "	42 "	(4,2 - -)
" " X B. "	66 "	(6,6 - -)

Demzufolge werden nunmehr ausgeschrieben:

von	50,778,250 M. Verfügungssumme in Klasse	IA.	auf	10,663 M.	43 Pf.
"	342,156,650	I.	"	102,646	99
"	23,989,175	IB.	"	9,355	78
"	6,127,875	IIA.	"	3,676	73
"	130,745,550	II.	"	117,671	—
"	16,468,600	IIIB.	"	19,762	32
"	13,723,625	III.	"	28,819	61
"	4,991,200	IIIB.	"	14,973	60
"	2,314,500	IV.	"	9,720	90
"	1,449,900	IVB.	"	9,569	34

überhaupt von 592,745,325 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme

Dazu von 1,073,725 M. Erpfehlungsver sicherungssumme zu 1 Pf.

420,600

327,051.92, 1975

Den Mitgliedern in 33 Städten sind wegen der guten Vörschreibungen der letzteren auf Grund des § 65 des Reglements 20, bezw. 15, 12 und 10 Procent ihrer Beiträge erlassen mit

17,591 = 86

309,459 M. 33 P.

Dagegen wird von den Mitgliedern in 7 Städten auf Grund des § 65 Abs. 2 des Reglements ein Zuschlag von 10 bezw. 20 Procent der Beiträge erhoben mit

1,711 91

311.171 R. 24 v.1

Hiervon stehen den Magisträten 5 bezw. 4 Procent zu mit
so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar sind

15,129 20

296.042 297.04 298.

Dieser Bedarf beläuft sich für die in den Monaten Januar bis Juni 1894 stattgehabten von der Societät zu vergütenden 159 Brand- und 13 Mißschäden einschließlich der Spritzen- und Wasserpumpenprämien und Abschägungskosten auf 226,779 M. — Pf. und außerdem sind für Schäden an unversicherten Gegenständen, Postgeld, Zuschüsse an die Feuerwehren u. s. w. erforderlich 20,413 „ — „

Dazu treten die Beiträge für die bei dem Verbande der öffentlichen Feuer- versicherungsanstalten in Deutschland genommene Rückversicherung mit r. 76,000 „ — „ 323,192 M. — Pf.

Durch diese Rückversicherung, durch Zinsen und Mobilienversicherungsbeträge sind gedeckt 38,391 „ — „ verbleiben 284,801 M. — Pf.

Das obige Ausschreiben ergiebt r. 296,042 „ — Pf. mithin mehr 11,241 M. — Pf., welche dem Betriebsfonds zufließen.

Die Magistrate der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge umsäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 70 des Reglements — an die Brandenburgische Landeshaupthasse hier selbst abführen lassen.

Berlin, den 10. Juli 1894.

Der Direktor der Städte Feuer Societät der Provinz Brandenburg.

Personalchronik.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des aus dem Bezirk verstorbenen Administrators Spinola in Malsow dessen Nachfolger, der Administrator Franz Sandmann ebenfalls zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXIII. — Malsow — ernannt worden.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchstdigst geruht, dem Kreisbauinspektor Tschmide und dem Landbauinspektor Peltz in Potsdam den Charakter als „Baurath“ zu verleihen.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Rühlmann an der Ritterakademie zu Brandenburg a. H. ist als Oberlehrer ebenfalls angestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Kriebisch zu Brandenburg a. H. ist unter Ernennung zum Oberlehrer dem Gymnasium zu Spandau überwiesen worden.

Der bisherige Archidiaconus an der St. Elisabethkirche Julius Eduard Friedrich Berlin ist zum Pfarrer an der Simmelshagen-Kirche hier selbst, Diözese Berlin II, bestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. **Ernannt sind:** der Postsecretair Donat in Ludenwalde zum Ober-Postsecretair, der Postassistent Groeßler zum Ober-Postassistenten.

Statomäßig angestellt sind: die Postpraktikanten Puel in Sieglitz und Harries in Prignitz als Postsecretaire.

Versetzt sind: die Postassistenten Berger von Hannover nach Rathenow, Becken von Angermünde nach Enackburg (Uckermark) und Süßner von Strasburg (Uckermark) nach Spandau.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisung-Verfügung
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362. des Strafgesetzbuchs:					
1.	Abraham Gruntewsky, Arbeiter,	etwa 54 Jahre alt, geboren zu Lemza, Polen,	Landstreicherei u. Betrug, königlich preussischer	Regierungspräsident zu Breslau,	29. Juni 1894.
2.	Josief Hutter, Dienstknecht,	geboren am 2. November 1849 zu Diepoldsau, Bezirk Unter-Rhein-Oberrhein, Kanton St. Gallen, Schweiz, schweizerischer Staatsangehöriger,	Betrug, königlich bayerisches	Bezirksamt Garmsch,	23. Juni 1894.
3.	Augustin Kaser, Färmergeselle,	geboren am 25. Februar d. d. g. l. e. d. n. , 1867 zu Petersdorf, Böhmen, österreichisch. Staatsangehöriger,	königlich preussischer	Regierungspräsident zu Potsdam,	5. Mai 1894.

1. Nr.	2. Name und Stand des Ausgewiesenen.	3. Alter und Geburtsort.	4. Grund der Verurteilung.	5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	6. Datum der Ausweisung- Beschlusses.
4	Johann Kobl, Schuhmacher,	geboren am 19. Februar 1860 zu Kamperdors, Bezirk Trautenau, Böhmen, ortsangeh. zu Radowenz, ebenda- selbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	29. Juni 1894.
5	Johann Nicolaus Plompen, Gerbergeselle,	geboren am 13. August 1862 zu Herze, Belgien,	Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	13. Juni 1894.
6	Josef Nadebach, Maurergeselle,	geboren am 11. November 1863 zu Böhmisch-Teipsa, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Baugen,	29. Mai 1894.
7	Johann Gottlieb Schädeli, Erdarbeiter,	geboren am 16. Dezember 1851 zu Kirch- lindach, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich württembergische Regierung zu Ulm,	23. Juni 1894.
8	Johann Erichsen (Erichsen), Arbeiter,	geboren am 25. (27.) Mai 1871 zu Iher, Bezirk Leitomischl, Böhmen, ortsangeh. ebenda- selbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	2. Juli 1894.
9	Isidor Sternlicht, Getreidehändler,	geboren am 26. August 1875 zu Focke-Terebes, Komitat Zemplin, Ungarn, ortsangehörig zu Galgocsa, ebenda- selbst,	Landstreichen und falsche Namensangabe,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	11. Juli 1894.
10	Haim Sulten, ehemalig. Handelsmann,	55 Jahre alt, geboren zu Aleppo, türkisches Syrien,	Landstreichen u. Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	30. Juni 1894.
11	Heinrich Zittboß, Arbeiter,	geboren am 1. März 1865 zu Benlo, Niederlande,	Landstreichen	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	29. Juni 1894.
12	Michael Adorian, Wader,	geboren am 15. März 1865 zu Überdungen, Bezirk Oberwart, Komitat Eisenburg, Ungarn, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landstreichen, Führung falscher Legitimations-Papiere und verbotener Waffentragen,	Königlich bayerische Bezirksamt Wasserburg,	18. Juni 1894.
13	Marie Reiss, ledige Kellnerin,	29 Jahre alt, geboren zu Pregenz, Leher reich, ortsangehörig zu Nieten, Bezirk Pregenz,	Diebstahl, Betrugsver- such, Unterschlagung und Landstreichen,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Mannheim,	9. Juli 1894.

Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Gode'schen Verlagsanstalt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 34.

Den 24. August

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungspräsidenten.

185. Des Königs Majestät haben dem Regensburger Domfreibereitsvereine mittelst Allerhöchster Ordre vom 24. v. M. die Erlaubnis zu ertheilen geruht, zu der mit Genehmigung des Königl. Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 15. April d. J. Bewußt Gewinnung der Mittel für die Freilegung der Südseite des Domes zu Regensburg und für die entsprechende Gestaltung der Umgebung des Bauwerkes geplanten Geldlotterie auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar in seinem ganzen Bereiche, Loos zu vertreiben.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, damit der Vertrieb der Loos — 400000 Stück zu je 3 Mark — nicht beanstandet wird.

Potsdam, den 15. August 1894.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

186. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 7. v. M. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Oberbarnim belegenen Gutsbezirke Peerbaum, Grage und Friedrich-Wilhelmshof zu Einem selbstständigen Gutsbezirke unter dem Namen „Peerbaum“ vereinigt werden.

Potsdam, den 9. August 1894.

Der Regierungspräsident.

Northamerikanisches Vice-Generalkonsulat

187. Dem zum Vice-Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannten Herrn Frank C. Zimmermann ist das Exequatur Namens des Reichs ertheilt worden.

Potsdam, den 14. August 1894.

Der Regierungspräsident.

Hebammen-Lehrkurs des Jahres 1894/95

188. Der diesjährige Lehrkursus in der Königl. Hebammen-Lehranstalt in Berlin beginnt am 1. Oktober und in der Hebammen-Lehranstalt zu Frankfurt a. D. am 2. Oktober d. J.

Schülerinnen, welche zur Theilnahme an einem der Lehrkurse berufen, jedoch an jenen Tagen bis 9 Uhr Morgens in der Lehranstalt nicht eingetroffen sind, haben zu gewärtigen, daß sie nicht mehr zugelassen werden. Bezüglich der Dauer der Lehrkurse und der Höhe der Kosten-Beträge verweise ich auf meine, den Hebammen-Unterricht betreffende Bekanntmachung vom 28. Juli 1885 (Stück 32 Seite 307 des Amtsblatts für 1885).

Potsdam, den 17. August 1894.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

189. In Abänderung der gemäß meiner Verfügung vom 13. Dezember 1893 — I. 788/12 — Stück 51 des Regierungs-Amtsblatts für 1893 anderweit festgesetzten Geldbeträge für den ordentlichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter setze ich diesen Lohn für den Gutsbezirk „Artillerie-Schießplatz Cummerdors“, welcher von dem Gutsbezirk Cummerdors' er Forst abgezwiegt worden, in folgender Weise fest:

- 1) für erwachsene männliche Kassenmitglieder über 16 Jahre ausschließlich der Lehrlinge auf 1 M. 80 Pf.
- 2) für erwachsene weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahre auf 90 Pf.
- 3) für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge auf 80 Pf.
- 4) für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren auf 60 Pf.

Potsdam, den 4. August 1894.

Der Regierungspräsident.

Beißt die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummerdors für 1894

190. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 306 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummerdors für das Jahr 1894, wie folgt, festgesetzt worden sind:

August: 26. 27. 29.

September: 2. 5. 8. 9. 10. 12. 16. 18. 19. 23. 24. 26. 30.

Oktober: 1. 3. 7. 9. 10. 14. 15. 17. 21. 22. 24. 28. 31.

November: 1. 4. 5. 7. 11. 12. 14. 18. 19. 21. 25. 26. 28.

Dezember: 2. 5. 8. 9. 12. 13. 16. 19. 20. 23. 25. 26. 30. 31.

Potsdam, den 18. August 1894.

Der Regierungspräsident.

Erhebung der Vergütungssätze für die Wärdin der den Hebammen-Lehranstalt bei Jüterbog beugehenden Tagearbeiter und für die Hebammen-Lehrkurse vom 20. Juli bis 30. September d. J.

191. Die vom Bundesrathe festgestellten Vergütungssätze für geleiteten Vorspann werden gemäß § 4 Art. II. des Gesetzes vom 21. Juni 1857 (N. G. M. S. 245) und § 9 der dazu erlassenen Instruction vom 30. August 1857 (N. G. M. S. 433 ff.) für den Kreis Jüterbog-Puckelwalde von 7 M. auf 8 M. für den Einspanner, von 10,50 M. auf 12,50 M. für den

Zweifspanner und von 3,50 M. auf 4,20 M. für jedes weitere Pferd für die Zeit vom 20. Juli d. J. bis 30. September d. J. erhöht.

Potsdam, den 16. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Errichtung einer neuen Apotheke in Nirdorf.

192. In Nirdorf, und zwar in der Fallstraße, zwischen der Zieihen- und Steinwegstraße, soll eine neue Apotheke errichtet werden. Die Konzession zur Errichtung dieser Apotheke wird nach Maßgabe der Allerhöchsten Ordre vom 30. Juni 1894 mit dem Zulageertheilt werden, daß dem Inhaber der Vorschlag eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, sondern die Konzession bei dem Ausscheiden des Inhabers an den Staat zur anderweiten Verleihung zurückfällt, hinterbliebenen Witwen und Waisen des Konzessionärs jedoch die im § 4 Tit. I. der revidirten Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801 bezeichneten Vergünstigungen zu Theil werden sollen.

Bewerbungen um die Konzession sehe ich bis zum 30. September d. J. entgegen. Dem Bewerbungsgesuche sind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der Familienverhältnisse und der Confession,
- 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung und Führung während der gesammten Zeit seit Ablegung der Staatsprüfung; diesen Zeugnissen ist ein Inhaltsverzeichnis beizufügen und in diesem die Zeitdauer ersichtlich zu machen, auf welche die einzelnen Zeugnisse sich beziehen,
- 4) Bewerber, welche bereits eine Apotheke oder mehrere Apotheken besessen haben, müssen die Zeit dieses Besesses, sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke bezw. Apotheken nachweisen,
- 5) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß und in welcher Höhe dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Meldungen von Bewerbern, welche nach dem Jahre 1883 approbirt sind, haben keine Aussicht auf Erfolg.

Potsdam, den 13. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biechseuchen.

193. Eine Kuh des Arbeiters Grasse in Neu-Stahnsdorf, Kreis Potsdam-Storkow, ist am Bläschenauschlag erkrankt. Bei einem Schwein des Bauern Bastian in Ahrensdorf, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, ist die Pockenkrankheit festgestellt worden. Ein Pferd des Handelsmanns Webhardt in Krennien, Kreis Ost-Havelland, ist an der Mäule erkrankt.

Erlöschen ist der Bläschenauschlag in Granzow, Kreis Ostprignitz.

Potsdam, den 21. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung der Königlichen Regierung.

Umzug der Veranlagungs-Kommission des Kreises Teltow.

10. Die Diensträume der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission des Kreises Teltow in Berlin

werden am 22ten d. M. von dem Hause Victoriastraße Nr. 18 nach dem Hause Köthenerstraße Nr. 28/29 verlegt werden.

Potsdam, den 16. August 1894.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern und Forsten.

**Bekanntmachungen des
Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

55. Verordnung

betreffend Ergänzung der Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 20. Juni 1892.

Mit Ermächtigung der Herren Minister des Innern, für Handel und Gewerbe und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten verordne ich auf Grund des §. 105 c. der Reichs-Gewerbe-Ordnung für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

§ 1. Bei dem ambulanten Milchhandel darf an Sonn- und Festtagen die Milchbeförderung der Milchwagen nach der Betriebsstätte, auch wenn sie gegen Entgelt beschäftigten Personen obliegt, noch nach 10 Uhr Vormittags erfolgen. Der Milchhandel selbst ist nach wie vor pünktlich um 10 Uhr Vormittags einzustellen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 11. August 1894.

Der Polizei-Präsident. In Vertretung: Friedheim.
Bekanntmachung.

56. Es ist mehrfach festgestellt worden, daß als „getrocknete Morcheln“ hier vielfach nicht echte Morcheln, sondern die ihnen äußerlich ähnlichen Porcheln feilgehalten werden, deren Genuß, besonders wenn den selben alte, ausgewachsene, wurmförmige und faule Exemplare beigemengt sind, leicht für die Gesundheit gefährliche Folgen haben kann. Ebenso werden als „getrocknete Champignons“ außerordentlich häufig nicht diese, sondern die zerschnittenen Stiele und Hüte des Steinpilzes nach Entfernung der Röhrenlamellen verkauft, welchen gelegentlich auch giftige Pilze, wie der „Hörnling“, der „Knollenblätterschwamm“ und andere beigemengt sind. Es wird daher die größte Vorsicht, nicht nur beim Einsammeln, wobei alle verdorbenen und schädlichen Exemplare fern zu halten sind, sondern auch für den Genuß derartiger Pilze anzuwenden sein, und empfiehlt es sich, die frischen wie die getrockneten Pilze vor der Zubereitung durch kochendes und kaltes Wasser zu reinigen, und eventuell aufzufrischen, um alsdann alle ungesund aussehenden Stücke zu entfernen. Hierbei sei bemerkt, daß das Fleisch der essbaren Steinpilzen nach dem Trocknen weiß bleibt, während die gefährlichen Nebenarten beim Einsammeln an der Bruchfläche blau und beim Trocknen meist dunkel zu werden pflegen. Berlin, den 15. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

Polizei-Verordnung.

betreffend die Untersuchung von ausländischem Speck und Schinken.
57. Auf Grund der §§ 5. und 6. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), sowie der §§ 143 und 144. des Gesetzes über

die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) treten an Stelle der Polizei-Verordnung vom 17. September 1892, betreffend die Untersuchung von ausländischem Speck und Schinken, für den Stadtkreis Berlin mit Zustimmung des Gemeindevorstandes folgende Bestimmungen:

§ 1. Speck und Schinken von Schweinen, welche außerhalb Deutschlands geschlachtet sind, dürfen erst dann in den Verkehr gebracht oder verarbeitet werden, wenn diese Waaren innerhalb des Deutschen Reiches von einem amtlich bestellten Fleischschauher auf Trichinen und Finnen untersucht, trichinen- und finnenfrei befunden und zum Nachweise hierfür deutlich leunbar abgestempelt oder plombirt worden sind.

§ 2. Wer Waaren vorbezeichneter Art empfängt, welche nicht bereits gemäß § 1 untersucht worden sind, hat dieselben binnen 12 Stunden nach der Verzollung, falls solche in Berlin stattfinden, im anderen Falle binnen 24 Stunden nach Empfang bei dem städtischen Fleischschauamt zur Untersuchung anzumelden.

Erst nach vorschriftsmäßiger Abstempelung ist die freie Verfügung über die Waare gemäß § 1 und die Weiterführung derselben gestattet.

§ 3. Kaufleute, Händler u. s. w., welche Waaren der im § 1 bezeichneten Art feilhalten, müssen ein Buch führen, in welches jeder Bezug solcher Waaren spätestens 24 Stunden nach dem Empfange nach folgendem Muster einzutragen ist:

- laufende Nummer,
- Tag des Eingangs,
- Bezeichnung der bezogenen Waaren,
- Gewicht bzw. Stückzahl derselben,
- Ort und Firma, woher die Waaren bezogen sind,
- Angabe über Vornahme, Ort und Zeit der Untersuchung,
- Ergebnis der Untersuchung,
- Bemerkungen.

Das Buch ist mindestens ein Jahr nach der letzten Eintragung aufzubewahren und muß der Polizeibehörde oder deren Beamten auf Verlangen jederzeit vorgelegt werden.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldbuße bis = 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 5. Diese Polizei-Verordnung tritt am 1. Oktober 1894 in Kraft; mit demselben Tage verliert die Polizei-Verordnung vom 17. September 1892 ihre Gültigkeit.

Berlin, den 10. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung: Friedheim.

58. Bekanntmachung.

Nachtrag

zu dem am 26. Juli 1894 bzw. 1. August 1889 staatlich genehmigten Statut der Preussischen Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Einziger Paragraph.

Infolge des Beschlusses der General-Versammlung

vom 30. März 1894 erhält der § 17 des Statuts der Preussischen Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft folgende neue Fassung:

„Einteilung und Nr. 1 unverändert.
Neu:

Nr. 2. Versicherungen gegen Verluste durch Verschulden von Personen in Vertrauensstellungen (Kautionsversicherungen) abzuschließen; diese Geschäfte zu 1 und 2 können durch direkte Uebernahme von Versicherungen, durch Vermittelung von Agenten, im Wege der Rück- oder Mitversicherung oder auch durch Theilbeteiligung bei anderen Versicherungsanstalten betrieben werden.

Nr. 3 früher Nr. 2 | Texte unverändert.
Nr. 4 früher Nr. 3 |

Berlin, den 29. Mai 1894.

Preussische Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.
Unterschrift.

Dem vorstehenden, in Folge der Beschlüsse der Generalversammlung vom 30. März d. J. aufgestellten Nachtrage zu dem Statute der Preussischen Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin wird hierdurch die staatliche Genehmigung ertheilt.

Berlin, den 16. Juni 1894.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage
gez. Haase.

Genehmigungs-Urkunde.
IA. 6194.

Vorstehender Nachtrag nebst der staatlichen Genehmigung-Urkunde vom 16. Juni 1894 wird hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß das am 1. August 1889 staatlich genehmigte Statut der Preussischen Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in der Extra-Beilage zum 45. Stück des Amtsblatts der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 8. November 1889 veröffentlicht worden ist.
Berlin, den 15. August 1894.

Der Polizei-Präsident. In Vertretung: Friedheim.
Bekanntmachungen des Staatssecretairs
des Reichs-Postamts.

Bekanntmachung.

12. Die bisher nur für häufiger erscheinende politische Zeitungen und Anzeigebblätter statthafter Zeitungsbestellungen für den zweiten und dritten oder für den dritten Monat im Vierteljahr sollen bei den Postanstalten im Reichs-Postgebiet vom 1. Januar 1895 ab auf alle vierteljährlich zu beziehenden Zeitungen und Zeitschriften, so weit deren Verleger sich hiermit einverstanden erklären, zugelassen werden. Wegen Einführung des gedachten Verfahrens werden die Postanstalten mit den Zeitungsverlegern alsbald in Verbindung treten. Berlin W., 9. August 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Eröffnung des Rohrpostbetriebes bei dem Postamt 47.
Hagelobergerstraße.

54. Am 16. August wird bei dem Postamt 47 Hagelobergerstraße der Rohrpostbetrieb eröffnet. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt.

Berlin C., 13. August 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Unabhängige Postsendungen.

55. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. in Berlin zur Post gegebene Pakete:

an Krüger in Budow bei Münchberg,
an Altshul in Prag,
an Selinger u. Co. in Horica Bhm.,
an Quaseborn in Stendal,
an Grenz in Splittitz, Nord-Amerika,
an Jüttner in Samperdors bei Landeck D. Schl.,
an Beu in Schweidnitz,
an Paud in Hannover.

B. Gegenstände, die in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen, Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

Uhr, Bücher, Wolle, Metalltheile, Zirkel, Korsettstangen, Knöpfe, Räder, Messer, Stricknadeln, Halsband, Pinzetten,

Strümpfe, Band, Taschentücher, Armband, Thürgriff, Scheren, Piropienzücher, Vorsten, Brustbeutel, Stange, Cigarrenspitzen, Bügelhalter, Portemonnaies (Geldkörben), Mägen, Schnur, Gurt, Lampenocht, Handschuhe, Ringe, Cigarrenaschen, Instrumententheile, 1 Manometer, Stempel, Hilfskohlen, Zither, Saiten, Tyer, Köffel, Schirmgriff, Spitzen, Tintenfaß, Schürze, Leinwand, Werkzeugtheile.

Die unbekannten Absender und Eigenthümer der vorbezeichneten Sendungen etc. werden aufgefordert, sich spätestens innerhalb 4 Wochen bei der Ober-Postdirektion schriftlich zu melden. Anderen Falls werden die Gegenstände zum Besten der Postumterstützungskasse versteigert werden.

Berlin C., 16. August 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

43. Vom 1. October 1894 ab werden die Arbeiter-Rückfahrkarten im Verkehre zwischen Berlin, Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz und Schlesischer Bahnhof, einerseits und Birg, Döllens Nadung, Dühringehof und Landenberg a. B. andererseits, sowie von den vorgenannten Berliner Stationen nach Friedberg N.-M. aufgehoben.

Bromberg, den 12. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

U e b e r s i c h t

von den Ergebnissen der Verwaltung der Städtefeuer-Societät der Provinz Brandenburg im Jahre 1893.

Am Schlusse des Jahres 1893 betrug die Versicherungssumme

für Gebäude 605,042,875 M., zusammen 616,281,385 M., gegen das Verjahr

= Mobilien 11,238,510 M., also mehr 1,968,370 M.

Hievon waren gegen Explosionsgefahr versichert 1,934,145 M., und rückversichert 122,736,790 M.

Es fanden im Societätsgebiete 405 Brände statt, 209 im I. Halbjahr und 196 im II. Halbjahr.

Durch dieselben wurden in 104 Städten 907 Gebäude betroffen.

Außerdem wurden in 21 Fällen Mobilien und durch nicht zündenden Mißschlag in 41 Fällen 48 Gebäude beschädigt.

An Beiträgen wurden vom Hundert der Versicherungssumme ausgeschrieben:

in P r o c e n t e n									
IA.	I.	IB.	IIA.	II.	IIIB.	III.	IIIB.	IV.	IVB.
5,6	8	10,4	16	24	32	56	80	112	176

und zwar in jedem Halbjahr die Hälfte dieser Sätze.

Auszug aus der Rechnung vom laufenden Verwaltungsfonds für 1893.

E i n n a h m e n

	M.	Pf.
A. Bestand aus voriger Rechnung	479,281	93
B. Einnahmeverse	1,379	05
C. Aus dem laufenden Rechnungsjahre		
1) Beiträge für das Jahr 1893 für Gebäude	801,034	19
2) „ „ „ Mobilien	18,947	84
3) Wiedererstattungen	367	45
4) Zinsen	6,505	—
5) Anteil der Rückversicherungsgesellschaft an den Schadenerstattungen	164,959	20
Summe	1,472,474	66

Ausgabe.

A. Ausgabe-Reste	75,200 M. 53 Pf.	
Abgang	173 = 90	175,125 63
B. Aus dem laufenden Rechnungsjahre:		
1) Prüfungs- und Taxatgebühren		12,783 63
2) Vergütungen (mit Einschluß von 9714,94 M. Schadenermittlungskosten und von 2820 M. Spritzen- und Wasserpumpen-Prämien):		
a. für Brand- und Blitzschäden an Gebäuden		795,998 65
b. " " " Mobilien		10,642 76
c. " Schäden an unversicherten Gegenständen		4,640 69
3) Velehnungen für Vorschüsse		145 —
4) Kosten für Ermittlung von Brandschadens		405 22
5) Zuschuß zu den Kosten militärisch organisierter Feuerwehren		8,239 42
6) Zuschuß an die Brandenburgische Feuerwehrl-Anstalten		2,194 27
7) Kurkosten		15 —
8) Postporto und Prozeßkosten		2,050 53
9) Rückversicherungsbeiträge		168,771 06
10) Verwaltungskosten der Rückversicherung		1,153 —
11) Zurückzahlung überhöhter Beiträge		179 34
12) Außerordentliche Ausgaben, einschließlich 18125 M. Zuschuß an den eiserne Fonds		18,624 35

Summe 1,101,177 55

Die Einnahme beträgt 1,472,474 66

bleibt Bestand 371,297 11

und zwar: Baar und Werthpapiere 478,760 M. 51 Pf.

Einnahmereste 1,957 31

zusammen 480,717 M. 82 Pf.

Nach Abzug der Ausgabe-reste von 109,420 = 71

ergehen sich obige 371,297 M. 11 Pf.

Auszug aus der Rechnung vom eiserne Fonds für das Jahr vom 1. April 1893/94.

Einnahme.

A. Bestand aus voriger Rechnung	890,987 70
B. Erlös für ausgegebene Werthpapiere	33,000 —
C. Erworbene Werthpapiere	34,250 —
D. Zinsen	35,733 —
E. Sonstige Einnahmen	642 —
F. Zuschuß aus dem laufenden Fonds	18,125 —
Summe	1,012,737 70

Ausgabe.

A. Ausgegebene Werthpapiere	33,000 —
B. Für erworbene Werthpapiere	36,652 20
C. Laufende Ausgaben:	
1) Reisekosten und Tagelöhner der Mitglieder des Directorialraths der Societät	638 40
2) Besoldungen	39,390 —
3) Ruhegehälter	800 —
4) Für Bureau- und Rassenbedürfnisse	8,287 36
5) Sonstige Ausgaben	2,992 06
D. Außerordentliche Ausgaben	400 —

Summe 122,160 02

Die Einnahme beträgt 1,012,737 70

bleibt Bestand 890,577 68

und zwar: Werthpapiere 212,000 M., Hypotheken 677,400 M., Baar 1,177 M. 68 Pf.

Berlin, den 28. Juli 1894.

Der Director der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Personalchronik.

Im Kreise Huppin sind an Stelle des verstorbenen Amtsraths Cochius zu Dreeß der Domänenpächter Merig Cochius ebendasselbst zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks II. — Dreeß — und an Stelle des ebenfalls verstorbenen Gemeindevorstehers Papenbrock zu Nügelin der Rittergutspächter Titus-Livius zu Walsleben zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XV. — Walsleben — ernannt worden.

Im Kreise Tshprignitz ist an Stelle des aus dem Bezirke verzogenen Rittergutbesizers Rabé zu Bräunendorf der Gutbesizer Georg Goering in Klenzenhof zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXV. — Mesendorf — ernannt worden.

Im Kreise Tshavelland ist an Stelle des Bauer- gutbesizers E. Gutkisch zu Wandorf, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Rittergutspächter Zimmermann in Schönwalde zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XIII. — Schönwalde — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist wegen Ablaufs seiner Dienstzeit der Rittergutbesizer, Lieutenant Störawas zu Bröllin aufs Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXXI. — Züsedom — ernannt worden.

In Stelle des verstorbenen Directors Wiesner ist der bisherige Director der Königl. Strafanstalt in Bries, Gollert, zum Director der Königl. Strafanstalt in Brandenburg ernannt worden.

Die Versorgung der domänenfiskalischen und fiskalischen Patronatsgeschäfte in den Pfarren u. des Kreises Niederbarnim Buchholz mit Dammöhmühle, Mönchmühle und Woltersdorf, Schönwalde, Summ ist dem königlichen Oberförster von Hertell zu Schönwalde übertragen worden.

Der Bureau-Diätar Wulff ist als Sekretariats-Assistent bei dem königlichen Provinzial-Schul-Kollegium in Berlin angestellt worden.

Der Stationsvorsteher Paul Reist in Ratzenow im Bezirke des Königl. Eisenbahn-Betriebsamts Berlin-Vertrie-

ist zum Königl. Eisenbahn-Güter-Expediten und Versteher der Güter-Abfertigungsstelle daselbst ernannt worden.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen

an der Königl. Thierärztlichen Hochschule zu Hannover. Wintersemester 1894/95. Beginn 4. Oktober 1894.

Direktor, Geheimer Regierungsrath Dr. Dammann: Encyclopädie und Methodologie der Thierheilkunde; Specielle Chirurgie; Gerichtlich-thierheilkunde; Uebungen im Anfertigen von schriftlichen Gutachten und Berichten. — Professor Dr. Lustig: Specielle Pathologie und Therapie; Propädeutische Klinik; Spitalklinik für große Hausthiere. — Professor Dr. Rabe: Specielle pathologische Anatomie; Pathologisch-histologischer Kursus; Pathologisch-anatomische Uebungen und Demonstrationen; Spitalklinik für kleine Hausthiere. — Professor Dr. Kaiser: Exterieur des Meides und der übrigen Arbeitsthiere; Thierzuchtlehre und Gesütskunde; Operationsübungen; Ambulatorische Klinik. — Professor Terzag: Physiologie II. Theil; Physiologische Chemie. — Professor Dr. Arnold: Anorganische Chemie; Pharmakognosie; Pharmaceutische Uebungen; Professor Boether: Anatomie der Hausthiere; Anatomische Uebungen; Zoologie. — Oberlehrer Haeseler: Physik. — Veschlagelbrer Geiß: Theorie des Hufbeschlages. — Repetitor Hans: Anatomisch-physiologische Repetitorien. — Repetitor Dr. Kupffender: Physikalisch-chemische Repetitorien.

Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder eines Realgymnasiums oder einer durch die zuständige Central-Behörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich. Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, sofern sie die Zulassung zu den thierärztlichen Staatsprüfungen in Deutschland nicht beanspruchen. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zustimmung des Programms

die Direction der Thierärztlichen Hochschule.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

N. u. N.	Name und Stand		Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschließen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Karl Neubauer, Handlungscommis,		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 3. Februar 1859 zu Graupen, Bezirk Tepliz, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl im Polizeibezirke zu Hamburg, und Betrug (4 Jahre 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 1. November 1889),		13. Juli 1894.
2	August Schachner, Konditor,		geboren am 7. April 1867 zu Hallein, Bezirk Salzburg, Oesterreich, ortsangehörig ebendasselbst,	Diebstahl im Polizeibezirke zu Hamburg (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 27. Juni 1892),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	7. Juni 1894.

1. Lauf Nr.	2. Name, und Land des Ausgewiesenen.	3. Alter und Heimath	4. Grund der Verurtheilung	5. Aemter, welche die Ausweisung beschloffen hat.	6. Datum des Ausweisungs-Beschlusses
3	Marianne Walczak, geb. Wawrzyniak, Arbeiterwunne,	geboren am 8. Dezember 1843 zu Skalnierzyce, Kr. Ostrowo, Preußen, russische Staatsangehörige,	Diebstahl im wiederholten Rückfalle (1 Jahr sechs Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 17. Februar 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	6. Juli 1894.
4	Johann Böhm, Fabrikarbeiter,	geboren am 26. Februar 1840 zu Schlaggenwald bei Eger, Böhmen,	Münzverbrechen (zwei Jahre 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 5. Februar 1892),	Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Zwickau,	11. Mai 1894.
5	Johann Gottlieb Weidner, Kaufmann,	geboren am 5. August 1857 zu Kullena bei Königgrätz, Böhmen, ortsangehörig ebenda selbst,	schwere Urkundenfälschung (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1. Juni 1891),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	28. Mai 1894.
6	John Driscoll, Heizer,	geboren am 9. Januar 1859 zu London, englischer Staatsangehöriger,	schwere Diebstahl (1 Jahr Polizeibehörde zu Zuchthaus laut Erkenntniß vom 10. Juli 1893),	Hamburg,	16. Juli 1894.
7	Adolf Rischer, Kaufmann,	geboren am 1. April 1857 zu Mendoczysa, Gouvernement Czernigow, Polen, nordamerikanischer Staatsangeh.,	wiederholter Versuch des Bandendiebstahls (sein Jahr 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1. Mai 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	14. März 1894.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Gallinat, Arbeiter,	geboren im Jahre 1842 zu Kadoszew, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Gumbinnen,	11. Juli 1894.
2	Johann Geshwald, Gärtner,	geboren am 18. Dezember 1850 zu Peitzmeritz, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	10. Juli 1894.
3	Alexander Sander Bengel, Buchbinder,	geboren am 30. April 1833 zu Neu-Abad, Komitat Temes, Ungarn, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	27. Juni 1894.
4	Josef Thamm, Weber und Fabrikarbeiter,	geboren am 7. April 1848 zu Kappelstori (Kesselsdorf), Bezirk Königshof, Böhmen,	Landstreichen u. Betrügen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. Juli 1894.
5	Josef Wagner, Fleischergehilfe,	geboren am 5. März 1873 zu Bernsdorf, Bezirk Trautenau, Böhmen,	Landstreichen und Verübung groben Unfugs,	derselbe,	10. Juli 1894.
6	Alexander Geraszki, Tischlergehilfe,	geboren am 12. Februar 1865 zu Warschau, Polen, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreichen u. Betrügen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	30. Juni 1894.
7	Andreas Klimo, Arbeiter,	38 Jahre alt, geboren zu Mährisch-Odrau, Oesterreich, österreichischer Staatsangehör.,	Landstreichen,	derselbe,	21. Juni 1894.

Rang	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1	2	3	4	5	6
8	Florenz Weg, Arbeiter,	geboren am 8. März 1846 zu Dinsheim, Kreis Molsheim, El- säß-Lothringen, fran- zösischer Staatsange- höriger,	Landstreicherei u. Betteln,	kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	10. Juli 1894.
9	Johann Pöschinger, Wegger,	geboren am 14. April 1857 zu Schwetzer bei Wien, ortsangehörig zu Meimach, Bezirk Nied. Oesterreich, reich,	Landstreicherei, Angabe königlich bayerischer falschen Namens und Bezirksamt Wasser- führen falscher Legiti- mations-Papiere,	Burg,	4. Juli 1894.
10	Johann Martinus Erasimsky (Eztafinsky), Schneidergeselle,	geboren am 14. August 1857 zu Bujakow, und Kreis Viasa, Galizien, ortsangehörig ebenda,	Betteln unter Drohungen königlich preussischer und Führen falschen Regierungspräsidenten Namens, zu Königs,	zu Königs,	13. Juli 1894.
11	Karl Heinrich Frieder, Schlachtergeselle,	geboren am 28. Novem- ber 1867 zu Basel, Schweiz, ortsangehörig zu Diegten, Kanton Baselstadt,	Betteln,	Polizeibehörde zu Hamburg,	17. Juli 1894.
12	Peter Christian Jensen, Badergeselle,	geboren am 28. Decem- ber 1872 zu Struer, Kreis Jütland, Däne- mark, dänischer Staats- angehöriger,	Landstreicherei,	kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	20. Juli 1894.
13	Alwin Kirchbner, Zimmermann,	geboren im April 1864 zu Mäblau, Bezirk Innsbruck, Tirol, orts- angehörig zu Gögens, ebenda selbst,	Landstreicherei, Betteln, falsche Namensangabe und Führung falscher Legitimationspapiere u. s. w.,	Stadtmagistrat Kemp- ten, Bayern,	28. Juni 1894.
14	Matthias Sprenger, Biehwärter,	geboren am 13. Sep- tember 1843 zu Kap- fing, Tirol,	Betteln,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	30. Juni 1894.
15	Rudolf (Josef) Thum, Fleischer,	geboren im Jahre 1871 zu Reichenberg, Böh- men,	Landstreicherei, Betteln u. Beitrag,	königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	19. Juli 1894.
16	Samuel Zeisel, Handelsmann,	geboren am 4. Juli 1856 zu Leming, Be- zirk Brünn, Mähren, ortsangehörig ebenda selbst,	Landstreicherei u. Weibhand falscher Legitimations- Papiere,	Großherzoglich badi- scher Landeskommiss- sär zu Freiburg,	23. Juli 1894.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen:

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 35.

Den 31. August

1894.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen &c.

Nachdem die Prignitzer Eisenbahn-Gesellschaft zu Verleberg darauf angetragen hat, ihr die Ausdehnung ihres Unternehmens auf den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirow zu gestatten, wollen Wir der gedachten Gesellschaft zum Bau und Betriebe dieser Bahnstrecke unsere landesherrliche Genehmigung, sowie das Recht zur Entziehung und Beschränkung des Grundeigentums nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter den nachstehenden Bedingungen hierdurch ertheilen.

I. Die Eisenbahn-Gesellschaft ist den Bestimmungen des Staatsvertrages unterworfen, welcher zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz, sowie Mecklenburg-Schwerin wegen Herstellung einer Eisenbahn von Wittstock nach Mirow wird abgeschlossen werden.

II. Die Eisenbahn von Wittstock bis zur Landesgrenze bildet einen integrierenden Bestandteil des Gesamtunternehmens der Gesellschaft. Die für letzteres geltenden statutarischen und konzessionsmäßigen Bestimmungen, insbesondere die in der Konzessionsurkunde vom 23. Juli 1884, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Verleberg über Prignitz nach Wittstock, enthaltenen Bedingungen sollen auf die vorbezeichnete Bahnstrecke gleichmäßig Anwendung finden.

Das dem Staate im Artikel XVII. der Konzessionsurkunde vom 23. Juli 1884 vorbehaltene Recht des Ankaufs des Prignitzer Eisenbahnunternehmens erstreckt sich hiernach und zwar unter Aufrechterhaltung des ursprünglichen Zeitpunktes für die Ausübung des Ankaufsrechtes auch auf die neue Bahnstrecke.

Das zur plan- und anlagsmäßigen Vervollendung und Ausrüstung der neuen Bahnstrecke erforderliche Anlagekapital wird auf den Betrag von 925000 M. festgesetzt. Demnach erhöht sich das durch die Konzessionsurkunde vom 23. Juli 1884 auf 2700000 M. festgesetzte Anlagekapital der Prignitzer Eisenbahn-Gesellschaft auf den Gesamtbetrag von 3625000 M.

Der Artikel IV. der Konzessionsurkunde vom 23. Juli 1884 wird dahin abgeändert, daß fortan die Mitglieder des Aufsichtsrathes und sämtliche Beamte der Prignitzer Eisenbahn-Gesellschaft Angehörige des Deutschen Reiches sein und, soweit nicht von Unserem Minister der öffentlichen Arbeiten Ausnahmen zugelassen werden, im Inlande ihren Wohnsitz haben müssen.

III. Die Vervollendung und Inbetriebnahme der

Bahn muß längstens binnen zwei Jahren nach Ertheilung der Konzession erfolgen. Sollte nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten diese Baufrist ohne Verschulden der Gesellschaft, insbesondere wegen unvorhergesehener Schwierigkeiten beim Grunderwerb nicht innegehalten werden können, so ist der Minister ermächtigt, die Baufrist entsprechend zu verlängern.

IV. Diese Urkunde ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. April 1872 durch das Amtsblatt der Regierung zu Potsdam zu veröffentlichen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insigne.

Gegeben Hagenfeld an Bord M. N. „Hohenzollern“,
den 31. Juli 1894.

(L. S.)

gez. Wilhelm K.

gegengez. Graf zu Eulenburg. von Voetticher.
Zugleich für den Minister der öffentlichen Arbeiten:
von Schelling.

Freiherr von Berlepsch. Graf von Caprivi.
Miquel.

Konzessions-Urkunde, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirow durch die Prignitzer Eisenbahn-Gesellschaft.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung auf Chausseen im Kreise Teltow.

Auf Ihren Bericht vom 20. Juli d. J. will Ich dem Kreise Teltow im Regierungsbezirk Potsdam, welcher den Bau folgender Chausseen: 1) von der Zossen-Cummersdorfer Chaussee in der Nähe des sogenannten Schneidegrabens über Clausdorf und Sperenberg nach Kern-Neuendorf, 2) von Clausdorf über Wülsdorf und Jöhrendorf nach Töppchin, 3) von der Zossen-Cummersdorfer Chaussee bei Mellen nach Saalow ausgeführt hat, gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung dieser Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes auf denselben nach den Bestimmungen des Chausseegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (G. S. S. 94) einschließlich der in denselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften -- vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Bestimmungen -- verleihe. Auch sollen die dem Chausseegeldtarife vom 29. Fe-

bruar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizeivergehen auf die bezeichneten Straßen zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt zurück.

Schloß Wilhelmshöhe, den 4. August 1894.

gez. Wilhelm R.

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

gegengez. von Schelling.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

17. T a r i f.

nach welchem von der Stadtgemeinde Wittenberge im Kreise Westpreußen die Abgaben für die Benutzung der städtischen Landungs- und Kadevläge an der Elbe (Hammelerwerder), an der großen und kleinen Hahnenstelle, an den südlichen Deichtreppen, am südlichen Kadevläge und an der Sternsbrücke in Wittenberge bis auf Weiteres zu erheben sind.

Es sind zu entrichten

I. An Ufergeld für jede Ein- oder Ausladung

a. von Schleppfähnen oder Segelschiffen bis zu 250 Tonnen Tragfähigkeit für jeden Werktag Liegezeit

b. von größeren Fahrzeugen für jeden Werktag Liegezeit

II. An Lagergeld

a. für Handels- und andere Güter für das Quadratmeter Fläche, welche sie einnehmen, und für jede zehn Tage Lagerzeit

b. für Klob- und Langholz für den Stamm und für jede zwei Monate Lagerzeit

Das Lagergeld verdoppelt sich, wenn der Besitzer der Gegenstände seinen Wohnsitz nicht in Wittenberge hat.

Zusätzliche Bestimmungen.

1) Bei Berechnung des Ufergeldes werden die Tage, an welchen die Liegezeit zu I. beginnt oder endigt, für volle Liegetage gerechnet. Für eine Liegezeit von weniger als sechs Stunden ist jedoch nur die Hälfte der Sätze zu I. zu entrichten.

2) Bei Berechnung des Lagergeldes werden jede neue angefangenen zehn Tage oder zwei Monate für voll gerechnet.

Befreiungen.

1) Ufer- und Lagergeld ist nicht zu entrichten für das Ein- oder Ausladen, sowie das Lagern von Gegenständen, welche königliches, Staats- oder Reichs-Eigentum sind, und für Gegenstände, welche lediglich für königliche, Staats- oder Reichs-Rechnung befördert werden.

2) Ufergeld ist nicht zu entrichten für das Ein- oder Ausladen des Gepäcks von Reisenden, welche mit der Fähre oder Personendampfschiffen befördert werden oder befördert worden sind.

Berlin, den 4. August 1894.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage
gez. Schmidt.

Der Minister

der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage gez. Wiebe.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidenten.

Bekanntmachung.

13. Seitens der Herrn Minister der Finanzen und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist dem Oberlandeskulturgerichts-Rath Hellweg die Nebenstelle des zweiten Mitgliedes der königlichen Rentenbank-Direction zu Berlin übertragen worden.

Potsdam, den 24. August 1894.

Der Ober-Präsident.

In Vertretung v. Brandenstein.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

194. Auf Grund des § 100c. der Reichsgewerbe-Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Schneider-Innung zu Gransee:

1) daß Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses auf Anrufen eines der streitenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung vertretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber der Innung nicht angehört,

2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört,

3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art vom 1. November 1894 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Es wird dies mit dem Vermerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung den Amtsgerichtsbezirk Gransee mit Ausnahme der Gemeinde Grüneberg und die Gemeinde Neseberg umfaßt.

Potsdam, den 20. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g.

195. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat widerruflich genehmigt, daß der Kreisbauinspector Polstrock in Rauen das Amt eines Graben-Schauinspectors für den haveländischen Luchgraben-Schallverband als Nebenbeschäftigung übernimmt.

Potsdam, den 18. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gemeindefreigabe.

196. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 19. März d. J. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Jüterbog-Ludowalbe gelegene Landgemeinde Amtsfreiheit-Dahme mit der Stadtgemeinde Dahme in demselben Kreise vereiniget werde.

Potsdam, den 15. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Geundheitspflege im Stromgebiet der Nege und Warthe.

197. Der Regierungsrath Müller zu Frankfurt a. D. ist in Folge des Ausbreitens von Cholerafällen in den östlichen Provinzen zum Staatskommissar für die Gesundheitspflege in den Stromgebieten der Nege und Warthe von Küstrin an bis zum Einfluß des Bromberger Kanals in die Nege ernannt worden.

Sämmtliche Behörden werden ersucht, dem Herrn Regierungsrath Müller bei Ausführung seines Auftrages jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Potsdam, den 22. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

• Viehseuchen.

198. Festgestellt ist der Milzbrand bei einem dem Mühlenbesitzer Schmiele in Krüge, Kreis Oberbarnim, gehörigen Pferde, bei einer Kuh des Eigenthümers Voigt in Berlinchen, Kreis Spriignitz, bei einem gefallenem Dachsen des Nieselgutes Heinersdorf, Kreis Teltow.

Die Mäule ist festgestellt bei einem Pferde des Handelsmannes Schneider in Mahlow, Kreis Teltow.

Erlorchen ist die Bruckseuche unter den Pferden des Bauerhofbesizers Koch in Heinersdorf, Kreis Angermünde, der Milzbrand in Holzendorf, Kreis Prenzlau.

Potsdam, den 28. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der königlichen Regierung.

Anweisung der Zinsscheine Reihe II. in den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1885.

II. Die Zinsscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1885 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1894 bis 30. September 1904 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. September 1894 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hierselbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vermittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinsscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung

ist bei der Anreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinsscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinsscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Zinsscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen. Berlin, den 15. August 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkens zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 21. August 1894.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

6. Nachdem das königliche Eisenbahn-Betriebsamt (Stadt- und Ringbahn) mit dem Umbau des Bahnhofs Nixdorf, der Herstellung einer Anschlußbahn von Nixdorf nach Johannisthal—Niederhöhnreibe, sowie mit der Ausführung des viergleisigen Ausbaues der Berliner Ringbahn zwischen Stralau—Nimmelsburg und Nixdorf mit Anschlußkurven der Personen- und Gütergleise an die Gürtelbahn beauftragt worden ist, wird auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hiermit angeordnet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, geschehen zu lassen hat.

Handlungen, welche das Zerstören von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indeß ohne vorherige Erlaubniß der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingetrichterten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nach ertheilter Erlaubniß der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 28. August 1894.

Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende.

A. B.: Meusel.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

59. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat durch Erlass vom 13. August dieses Jahres die Anlage von 6 neuen Apotheken hieselbst und zwar:

- 1) In der Nähe des Treffpunktes der Straße Alt-Moabit mit der Lützow- oder Jagowstraße,
- 2) An der Nordseite der Glensburgerstraße zwischen Claudiusstraße und Brücken-Allee, unter Ausschluss der beiden ersten an der Brücken-Allee gelegenen Grundstücke,
- 3) In der Nähe des Treffpunktes des Stephanplatzes mit der Salzwebersstraße,
- 4) In der Nähe des Treffpunktes der Prinzen-Allee und der Biesenhalerstraße,
- 5) In der Nähe des Treffpunktes der Müller- und Burgsdorffstraße,
- 6) An der Südseite des Vintaplatzes, östlich der Swinemünderstraße,

genehmigt.

Geeignete Bewerber werden zur Meldung bis zum 1. October mit dem Bemerken hierdurch aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die an mich zu richtenden Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen: a. Approbation und sonstige physikalisch beglaubigte Zeugnisse, b. Lebenslauf, c. amtlich beglaubigter Nachweis aus neuester Zeit über die zur Uebernahme beziehungsweise Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel, d. polizeiliche Führungs-Akte — siehe Schluss. —

Der Bewerber hat außerdem pflichtgemäß zu versichern, entweder daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder — falls dies der Fall sein sollte, — anzugeben, wo er eine solche besessen hat und die Gründe klar zu legen, aus denen er sein Besitzrecht an derselben aufgegeben hat, auch den Kauf- und Verkaufspreis der abgegebenen Apotheke genau zu nennen.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß Gesuche von Bewerbern, welche erst nach dem Jahre 1879 (bei Berücksichtigung geringer Zeitunterschiede) approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Solche Apotheker stehen deshalb zur Vermeidung unnötigen Schreibwerkes u. s. w. am Besten von der Bewerbung ab.

Bei Apothekern, welche sich zeitweise vom Apothekensache abgewandt haben, muß das Approbationsalter selbstverständlich gekürzt werden.

Die Bewerber haben ihren Meldungen polizeiliche Führungsatteste aus sämtlichen Orten, an welchen sie in oder außerhalb ihrer Laufbahn als Apotheker thätig gewesen sind, beizufügen.

Schließlich bemerke ich, daß die Concession in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 30. Juni 1894 als eine unveräußerliche und unvererbliche verlichen

werden wird, der Inhaber derselben somit zur Präsentation von Geschäftsnachfolgern nicht befugt sein, und der Wittve sowie den minderjährigen Kindern desselben nur freistehen wird, die Apotheke nach Maßgabe des § 4 der Revidirten Apotheken-Ordnung vom 11. October 1801 durch einen geeigneten Provisor verwalten zu lassen.

Berlin, den 23. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

60. Der Besitzer der Löwenapotheke, hier, Jerusalemstraße 30 — Perinsohn — bringt unter den Namen Antihydroticon und Sommersprossen-Cream zwei Geheimmittel in den Handel, das erstere gegen Fußschweiß, das letztere gegen Sommersprossen.

Nach den angestellten chemischen Untersuchungen besteht das Antihydroticon aus 50 % Eisenchloridlösung, 30 % Glycerin, Alkohol und indifferenten Oelen, der Sommersprossen-Cream aus 10,8 % weißem Quecksilberpräcipitat, basisch salpetersaurem Wismuth, Lanolin und ätherischen Oelen.

Da keines dieser Mittel die versprochene Wirkungskraft besitzt, ihre Anwendung in den Händen von Laien sogar gefährlich erscheint, so wird das Publikum hiermit vor dem Ankauf gewarnt.

Berlin, den 24. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

61. Der Witwe Luise Koepler, geb. Litz, früher hieselbst, Neue Jacobstraße Nr. 12 wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des Bezirksamtes zu Berlin vom 12. Juni d. J. das Hebammen-Prüfungzeugnis entzogen worden. Die w. Koepler ist daher als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 18. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Postpaketverkehr mit den Niederländischen Antillen und mit
Niederländisch-Guyana.

13. Vom 1. September ab treten die Niederländischen Antillen und Niederländisch-Guyana der Wiener Postpaket-Uebereinkunft vom 4. Juli 1891 bei, und es sind in Folge dessen Postpakete bis zum Gewicht von 5 kg unter den Bedingungen des Vereinskommunikations nach diesen Gebieten zulässig. Die Tare beträgt im Verkehr mit den Niederländischen Antillen auf dem Wege über Hamburg 3 M., sonst 3 M. 40 $\frac{1}{2}$; mit Niederländisch-Guyana stets 3 M. 40 $\frac{1}{2}$. Ueber die näheren Vorschriften ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., den 19. August 1894.

Der Staatssecretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

56. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Vichtenberg bei Berlin ist eine Unfallmeldestelle zur Einrichtung ge-

langt. Die Auslieferung von Unfallmeldungen während der Nachtzeit hat durch ein Fenster zu erfolgen. Zur Verbeirufung des Beamten haben sich die Auslieferer der durch ein Schild kenntlich gemachten Nachtgleise zu bedienen.

Berlin C., den 20. August 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

37. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Gegenstände u., welche den Absendern bezw. den Eigenthümern nicht haben zurückgegeben werden können:

A. Postanweisungen:

- 1) N^o 2228 aus Eiegliß vom 23. 2. 94 an Gustav Apel in Berlin, Hauptpostamt — postl. — über 1 M. 5 Pf.,
- 2) N^o $\frac{455}{460}$ aus Hermsdorf (Mark) vom 26. 6. 93 über 7 M. 15 Pf. nach Marnig
17 M. 70 Pf. nach Welten (Mark),
- 3) N^o 6911 aus Eberswalde 1 vom 22. 12. 93 über 2 M. 20 Pf. nach Breslau,
- 4) N^o 2603 aus Spandau 1 vom 15. 2. 94 über 6 M. an die Amtskasse in Krampak (Rügen),
- 5) N^o 4337 aus Spandau 1 vom 22. 12. 93 über 3 M. nach Wittenberg (Bez. Halle),
- 6) N^o 727 aus Nauen vom 5. 1. 94 über 3 M. nach Halle (Saale),
- 7) N^o 1790 aus Havelberg vom 28. 5. 94 über 5 M. an die Landes-Hauptkasse der Provinz Brandenburg in Berlin,
- 8) N^o 2452 aus Brandenburg (Havel) 1 vom 15. 5. 94 über 20 M. an Dr. H. Kotschinsky, postl. Postamt 27 Berlin.

B. Poste aufgefunden:

- 1) ein Einmarsstück am 8. 4. 94 im Bahnsteigwagen auf dem Bahnhof zu Grunow.
- 2) 80 Pf. im Laufe der ersten Hälfte des Monats Juni d. J. in den Stadtbrieffasten in Potsdam,
- 3) ein Einmarsstück am 26. 5. 94 in der Packkammer des Postamts in Spandau,
- 4) ein 50 Pfennigstück am 13. 6. 94 beim Ausladen der Packete vom Zuge 22 Stolp—Berlin 5 Nachmittags in Angermünde.

C. Gewöhnliche Briefe mit Werthinhalt:

- 1) aus Eberswalde 2 vom 22. 3. 94 mit 2 M. 20 Pf. an Bertha Kühn in Berlin,
- 2) aus Prenzlau vom 4. 7. 94 mit 30 M. in Reichsfassenscheinen an Margarethe Stempel in Berlin,
- 3) aus Brandenburg (Havel) 2 vom 14. 7. 94 mit 5 M. an Franz Stecky in Töplitz bei Potsdam.

D. Einschreibbriefe:

- 1) N^o 733 aus Ludenwalde vom 12. 4. 94 an Moritz Kantrowitz in Berlin,
- 2) N^o 860 aus Cöpenick vom 30. 3. 94 an die Nordd. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg,

3) N^o 401 aus Schwedt vom 25. 5. 94 an Fr. Antonie Nickel in Berlin,

4) N^o 196 aus Marienwerder (Bz. Potsdam) vom 8. 10. 93 an Rasch in Friedland (Böhmen).

E. Packete:

- 1) N^o 833 aus Potsdam 1 vom 24. 3. 94 an Lehmann in Kl. Glienitz,
- 2) N^o 270 aus Potsdam 2 vom 13. 4. 94 an S. Goldmann in Ratibor (Schlesien).

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigenthümer der vorstehend bezeichneten Postsendungen und Gegenstände u. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hier selbst geltend zu machen, widrigenfalls mit diesen Sendungen u. nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 21. August 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

24. Die unter königlichem Patronat stehende Ober-Pfarrstelle zu Brück, Diözese Belgis, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers, des Oberpfarrers von Cölln, am 25. Mai d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe des Pfarrwahlgesetzes vom 15. März 1886 — R. Gez. u. B.-Bl. d. 1886 S. 39. Bewerbungen sind schriftlich bei dem Königlichen Consistorium der Provinz Brandenburg einzureichen. § 6 a. a. D.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

B e k a n n t m a c h u n g.

26. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß die dem Kriegerverein „Germania“ in Belgis gehörige Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1885

Lit. E. N^o 1078388 über 300 Mark von dem früheren Bürgermeister der Stadt Belgis, Wallbaum, angeblich in Belgis am 30. Mai d. J. versehentlich verbrannt worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Vorstände des vorbenannten Vereins anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 18. August 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

13. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 10. Juli d. J. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von 3½-procentigen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden:

Lit. G. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die Nr. 6.

Lit. J. zu 75 M. 2 Stück und zwar die Nr. 24 36.

Lit. K. zu 30 M. 2 Stück und zwar die Nr. 12 20.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in courtfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. Nr. 7-16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 2. Januar 1895 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1895 ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1905 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 24. August 1894.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direction zu Bromberg.**

Bekanntmachung.

44. Am 15. September 1894 wird der Personen-Haltepunkt Contraböwalde für den Wagenladungs-Güter-Verkehr eröffnet. Eine Annahme oder Auslieferung von Fahrzeugen findet daselbst nicht statt.

Bromberg, den 22. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

45. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des unüberwindlichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere bezw. Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinföhrderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungs-gut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Aus- führung der Bescheinigung	Die Rückbeförderung muss erfolgen innerhalb
				für	auf den Strecken der	und erlaubte	
1	Vandwirtschaftliche Ausstellung.	Meers.	15. bis 19. September.	Thiere u. Gegen- stände.	Preussischen Staats- Eisenbah- nen.	Preussischen Staats- Eisenbah- nen.	4 Wochen
2	Allgemeine Deutsche Gartenbau-Ausstel- lung.	Mannj.	15. bis 23. September.	Gegenstände des Gartenbaues.	Preussischen Staats- Eisenbah- nen, Reichs- eisenbahnen in Elb- sachsen- Preussen und der Main- hahn.	Preussischen Staats- Eisenbah- nen.	4 Wochen
3	Westfälische Ausstellung.	Münster i. W.	13. bis 23. September.	Gegenstände der Landwirthschaftlichen Industrie.	Preussischen Staats- Eisenbah- nen.	Preussischen Staats- Eisenbah- nen.	4 Wochen

nach
Schluss der Ausstellung.

Bromberg, den 22. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachung.

46. Vom 1. September d. J. ab werden in den Durchgangszügen und bei Benutzung der in die anschließenden Züge eingesetzten Wagen mit nummerirten Plätzen Platzkarten zu folgenden Preisen ausgegeben:
Bei einer Entfernung über 150 km: für die I. und

II. Klasse zu 2 Mk., für die III. Klasse zu 1 Mk.

Bei einer Entfernung bis 150 km: für die I. und

II. Klasse zu 1 Mk., für die III. Klasse zu 0,50 Mk.

Bromberg, den 20. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachungen anderer Behörden.**Bekanntmachung.**

Die Inhaber nachbezeichneter, von dem königlichen Kredit-Institut für Schlesien ausgefertigten 4 % Pfandbriefe Lit. B., bestehend:

1) auf den im Brieg'schen Kreise belegenen Gütern Pogarell und Alzenau

N^o 43588 43599 43608 und 43614 über je 500 Thaler (1500 M.),

N^o 49986 50017 50019 50032 50035 50038 50043 über je 200 Thaler (600 M.);

N^o 62327 62337 62347 62348 62352 62354 62370 62377 62381 62384 62385 62387 62389 und 62391 über je 100 Thaler (300 M.);

2) auf den im Oppeln'er und Groß-Strehlig'er Kreise belegenen Gütern Herrschaft Groß-Stein, Schimischow nebst Zubehör und Ottwig

N^o 40407 und 40737 über je 1000 Thaler (3000 M.),

N^o 43840 43844 43849 43866 43878 über je 500 Thaler (1500 M.),

N^o 50360 50375 50379 50392 50403 50435 50458 50906 und 50913 über je 200 Thaler (600 M.),

N^o 62784 62790 62791 62834 62837 62858 62872 62919 62939 63511 und 63522 über je 100 Thaler (300 M.),

N^o 79231 79251 und 79256 über je 50 Thaler (150 M.),

N^o 82225 und 82231 über je 25 Thaler (75 M.), werden hierdurch wiederholt aufgefördert, diese Pfandbriefe in künftighem Zustande mit laufenden Zinscheinen an die königliche Institutens-Kasse hieselbst (am Veffingplage im Regierungsgebäude) zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Zinscheinen versehen einzureichen.

Sollte die Präsentation nicht bis zum 15. Februar 1895 erfolgen, so werden die Inhaber dieser Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Spezialhypothek präkludirt, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unseren Registern, sowie im Grundbuche gelöscht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die in unserem Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden. Breslau, den 17. August 1894.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Polizei-Verordnung.

betreffend die Erhaltung der Wasserstraßen im Bereich der Elb-Ämter-Bauverwaltung.

Auf Grund des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 (Gesetz-Sammlung S. 237) bestimme ich für die Preussischen Elbstrecken von der sächsischen Grenze bis zur Seemündung und für die Saale von der anhaltischen Grenze bis zur Mündung in die Elbe hierdurch Folgendes:

§ 1. Es ist verboten, Erde, Sand, Steine, Schutt,

Aische, Schlacke, Kehrbricht und andere zur Bildung von Ablagerungen in dem Flussbett geeignete und die Erhaltung der Wasserstraße beeinträchtigende Gegenstände in die vorbezeichneten Flüsse und die zugehörigen Flussarme oder Flussheile zu werfen oder zu schütten.

Das Auswerfen von Aische und Schlacke aus den Feuerungen der Schiffe ist gestattet, auch darf der Kehrbricht aus den Schiffen nach näherer Anweisung der Stromaufsichtsbeamten in die Buhnenzwischenfelder verschüttet werden.

§ 2. Gleichfalls ist es untersagt, die vorgedachten Gegenstände an den Ufern der genannten Flüsse, Flussarme oder Flussheile in so unmittelbarer Nähe des Wasserlaufs abzulagern oder anzuhäufen, daß ihre Fortspülung beim Eintritt höherer Wasserstände erfolgen kann.

Das vorübergehende Lagern von Bau- und Handelsgegenständen auf den an den Ufern belegenen Ablageplätzen unterliegt diesem Verbote nicht.

§ 3. Die Befestigung, Umgestaltung oder Veränderung des Ufers und der Uferböschungen, sowie das Ausschütten von Buhnenzwischenfeldern darf nur mit Genehmigung des zuständigen Wasserbauinspektors vorgenommen werden.

§ 4. Die in Nothfällen von den Schiffen vorzunehmenden Handlungen, sowie die auf dreirechtliche Bestimmungen sich stützenden Maßnahmen fallen nicht unter die vorstehenden Vorschriften.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, abgesehen von den etwa zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen, mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach gesetzlicher Bestimmung, insbesondere nach §§ 321 und 366 Ziffer 9. und 10 des Strafgesetzbuches, oder nach § 14 des Gesetzes über die Befugnisse der Strombauverwaltung vom 20. August 1883 eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 6. Die dieser Verordnung entgegenstehenden Vorschriften, insbesondere die Polizei-Verordnung der königlichen Regierung zu Merseburg vom 11. April 1870 (Amtsblatt Seite 93), der § 25 der Schiffahrts-Polizei-Ordnung für den Regierungsbezirk Potsdam vom 11. Mai 1852 (Amtsblatt Stück 21), und die Polizei-Verordnung der königlichen Regierung zu Schleswig vom 23. Juni 1874 (Amtsblatt 1874 Seite 222), soweit sie sich auf die zum Bereich der Elbstrom-Bauverwaltung gehörigen Stromheile beziehen, sind aufgehoben.

Magdeburg, den 8. August 1894.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Sachsen. v. Pommer-Esche.

Bekanntmachung.

Bei einem in dem Stalle der Trabrennbahngesellschaft zu Westend untergebrachten Pferde des Herrn Berg aus Berlin, Königgräberstraße Nr. 9. wohnhaft, ist Rosskrankheit festgestellt worden.

Charlottenburg, den 24. August 1894.

Königliche Polizei-Direction.

Personalchronik.

Im Kreise Westphalens sind wegen des Ablaufs ihrer Dienstzeit der Freiherr von Wangenheim zu Eldenburg und der Gutspächter Irmer zu Kl. Peppin auf's Neue zu Amtsvorstehern der Amtsbezirke II. — Eldenburg — bezw. XXVII. — Gr. Peppin — ernannt worden.

Der Apotheker A. Menzel hat in Heegermühle, Kreis Oberbarnim, auf Grund einer unterm 29. März d. J. ihm erteilten Concession eine Apotheke angelegt und eröffnet.

Der Militärärzter Wichmann in Jüterbog ist zum Steuer-Militär supernumerar ernannt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Alcius Franz Steine-mann ist zum 2. Pfarrer der Parodie Groß-Pichersfelde, Diözese Köln-Land I., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Wilhelm Gebauer ist als Oberlehrer angestellt und der 7. Realschule in Berlin überwiesen worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Wilhelm Schulze-Beltrup ist zum Oberlehrer ernannt und der 9. Realschule in Berlin überwiesen worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Amadeus Dario, Tagner,	geboren am 8. Juni 1850 zu Bredello, Prov. Reggio d'Emilia, Italien, italienischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	27. Juli 1894.
2a.	Georg Englert, Schuhmacher und Handarbeiter, und	geboren am 22. Juli 1856 zu Liebenstein, Bezirk Eger, Böhmen, ortsangehörig ebendas.,	Landstreichen und Beleidigung,	Königlich sächsische Kreisbauhauptmannschaft zu Zwickau,	6. Juni 1894.
b.	dessen Ehefrau Pauline, geborene Georgi,	geboren am 27. November 1859 zu Delsnitz im Voigtlande, Sachsen, ortsangehörig zu Liebenstein, Böhmen,	Landstreichen u. Betteln,		
3.	Josefa Jencik, geb. Höfer, Obersteigers- Ehefrau,	geboren am 18. März 1864 zu Jglau, Mähren, ortsangehörig zu Krupa, Bezirk Böh-misch-Brod,	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich bayerische Polizei-Direktion zu München,	5. Juli 1894.
4.	Moses Vabeswinski, Wügler,	geboren am 2. März 1876 zu Orzegorzen bei Kollo, Polen, russischer Staatsangehör.,	Landstreichen und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	16. Juli 1894.
5.	Julie Maier, Cigarrenmacherin, ledig,	geboren am 18. Dezember 1866 zu Schwaz, Tirol, ortsangehörig zu Steyr, Ober-Österreich,	gewerbmäßige Unzucht,	Königlich bayerische Polizei-Direktion zu München,	8. Juli 1894.
6.	Stefan Missly, Tagner,	geboren am 20. Dezember 1829 zu Bodelsheim, Ober-Elsass, französischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	25. Juli 1894.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einjährige Druckzeile 20 Pf. Verlagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlegt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Eiben.

Mtsblatt

der Königlischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 36.

Den 7. September

1894.

Bekanntmachungen des Königlischen Regierungs-Präsidenten.

Beschluss, betr. die Erhöhung der Vergütungssätze für den anlässlich der Verhandlungen des III. Armeecongr., sowie der Durchmarche aus Warschau nach und von den Heilbrunnern in der Zeit vom 1. August bis Ende September d. J. im Kreis Niederbarnim geleisteten Vorspann.

199. Die vom Bundesrathe festgestellten Vergütungssätze für geleisteten Vorspann werden gemäß § 4 Art. II.

des Gesetzes vom 21. Juni 1887 (R.-G.-Bl. 245) und § 9 der dazu erlassenen Instruction vom 30. August 1887 (R.-G.-Bl. 433) für den Kreis Niederbarnim von 7 M. auf 8,40 M. für den Einspanner, von 10,50 M. auf 12,60 M. für den Zweispänner und von 3,50 M. auf 4,20 M. für jedes weitere Pferd für die Zeit vom 1. August bis Ende September d. J. erhöht.

Potsdam, den 28. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

200 Nachweisung der an den Regeln der Elbe und Havel im Monat Juli 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Eber.	Unter.	Eber.	Unter.		Eber.	Unter.	Eber.	Unter.	
	N. N. Wasser.	N. N. Wasser.	N. N. Wasser.	N. N. Wasser.		N. N. Wasser.	N. N. Wasser.	N. N. Wasser.	N. N. Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,30	30,76	2,36	0,82	1,17	2,02	1,56	1,52	1,20	2,14
2	32,30	30,76	2,36	0,84	1,16	2,04	1,54	1,52	1,20	2,10
3	32,30	30,74	2,32	0,84	1,15	2,04	1,54	1,52	1,20	2,08
4	32,28	30,70	2,32	0,86	1,16	2,04	1,54	1,52	1,20	2,04
5	32,30	30,70	2,34	0,80	1,15	2,04	1,54	1,56	1,16	2,02
6	32,30	30,72	2,34	0,78	1,13	2,06	1,52	1,56	1,16	2,00
7	32,34	30,74	2,34	0,76	1,12	2,06	1,52	1,52	1,20	1,98
8	32,30	30,74	2,36	0,74	1,12	2,04	1,50	1,52	1,20	1,96
9	32,28	30,74	2,36	0,76	1,11	2,02	1,48	1,52	1,20	1,94
10	32,28	30,76	2,36	0,76	1,10	2,02	1,46	1,50	1,18	1,92
11	32,30	30,70	2,36	0,76	1,09	2,00	1,44	1,50	1,18	1,90
12	32,30	30,68	2,34	0,76	1,09	1,98	1,38	1,46	1,14	1,88
13	32,28	30,66	2,34	0,76	1,08	2,00	1,36	1,46	1,14	1,86
14	32,30	30,70	2,34	0,70	1,06	2,04	1,34	1,46	1,14	1,86
15	32,30	30,72	2,36	0,66	1,06	2,02	1,32	1,44	1,12	1,84
16	32,30	30,72	2,36	0,70	1,05	2,02	1,30	1,40	1,08	1,82
17	32,30	30,70	2,34	0,72	1,04	2,00	1,28	1,40	1,08	1,80
18	32,30	30,70	2,34	0,70	1,04	2,02	1,26	1,38	1,06	1,78
19	32,30	30,72	2,34	0,72	1,03	1,96	1,24	1,36	1,04	1,78
20	32,30	30,78	2,34	0,72	1,04	1,98	1,24	1,34	1,02	1,78
21	32,30	30,80	2,32	0,68	1,03	2,00	1,20	1,32	0,98	1,78
22	30,32	30,80	2,36	0,62	1,03	2,04	1,18	1,32	0,98	1,76
23	30,32	30,80	2,36	0,64	1,02	2,06	1,16	1,32	0,90	1,74
24	32,30	30,80	2,32	0,66	1,01	2,06	1,16	1,32	0,86	1,72
25	32,30	30,80	2,32	0,64	1,02	2,06	1,14	1,32	0,86	1,70
26	32,30	30,78	2,30	0,62	1,01	2,06	1,14	1,32	0,82	1,68
27	32,30	30,74	2,28	0,62	0,99	2,02	1,12	1,32	0,78	1,64
28	32,28	30,72	2,26	0,58	0,98	2,02	1,12	1,32	0,76	1,60
29	32,30	30,62	2,24	0,50	0,97	2,00	1,10	1,32	0,76	1,56
30	32,30	30,66	2,26	0,52	0,95	1,98	1,08	1,32	0,76	1,54
31	32,30	30,64	2,24	0,56	0,94	1,96	1,08	1,32	0,76	1,50

Potsdam, den 2. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gemeindefeststellungsänderung.

201. Der Bezirksauschuß hat in seiner Sitzung am 13. September v. J. beschlossen, folgende zum Gutsbezirke Goldbeck im Kreise Ostprignitz gehörige Grundstücke der Gemarkung Dobbenlamp, Kartenblatt 4 N^o 218/23, N^o 219/23, 25, 26, 33, 34, 35, 36, 37, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 210/47 I., 211/48, 212/47 I., 213/48, 47 II., 47 III., 49, 50, 51, 52 mit der Stadt Wittstock im Kreise Ostprignitz zu vereinigen.

Potsdam, den 22. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gemeindefeststellungsänderung.

202. Der Bezirksauschuß hierselbst hat in der Sitzung am 1. August d. J. beschlossen, das in der Grundsteuer-mutterrolle des Gutsbezirks Liebenwalde III. des Kreises Niederbarnim unter Artikel 6 Kartenblatt 5 als Parzelle N^o 89 und 90 eingetragene Schloßeneckabtheilung von 1 ha 33 ar 80 qm Größe von dem domainenfiskalischen Gutsbezirke Hammer abzutrennen und mit dem Gebiete der Stadtgemeinde Liebenwalde zu vereinigen.

Potsdam, den 25. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

B e k a n n t m a c h u n g.

62. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, der Straße 15 der Abtheilung XII. des Bebauungsplans von den Umgebungen Berlin's den Namen: „Pychener-Straße“ und der Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Olgauer-Straße zu Berlin den Namen „Thielen-Brücke“ beizulegen.

Berlin, den 24. August 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

25. Das unter königlichem Patronate stehende erste Diakonat zu Luckenwalde und das damit verbundene Pfarramt von Liebzig, Diözese Luckenwalde, ist durch die Versetzung des Archidiacons Hübener am 1. August d. J. zur Erledigung gekommen. Ueber die Wiederbesetzung der Stelle ist bereits Verfügung getroffen.

Bekanntmachungen

der Reichsschuldenverwaltung.

Ausreichung neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen vom Jahre 1882 und 1886.

10. Die Zinscheine Reihe IV. N^o 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 4%igen Deutschen Reichsanleihe von 1882 und Reihe III. N^o 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der 3½%igen Deutschen Reichsanleihe von 1886 über die Zinsen für die zehn Jahre vom 1. Oktober 1894 bis 30. September 1904 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 10. September d. J. ab Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jedes Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Reichsbankhauptstellen, die Reichsbankstellen und die mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbankstellen, sowie durch diejenigen kaiserlichen Oberpostämter, in deren Sitz sich eine der vorgedachten Bankanstalten nicht befindet, bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe benötigten Zinscheinanweisungen für jede Anleihe mit einem besonderen Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher der Zinscheinanweisung eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhält der Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der obengenannten Bankanstalten oder Oberpostämter beziehen will, hat derselben die Anweisungen für jede Anleihe mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Ausreichungsstellen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Bankanstalten und Oberpostämter mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 24. August 1894.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

27. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1879 (G.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem königlichen Kammergerichts-Senatspräsidenten a. D., Geheimen Oberjustizrat H. W. A. Kreibitz von Diepenbroick-Grüter hier W., Marktgrafenstraße 451, die Schuldverschreibung der konsolidirten 3½%igen Staatsanleihe von 1890

Lit. C. N^o 315011 über 1000 M. angeblich abhanden gekommen ist.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem

Freiherrn von Diepenbroick-Grüter anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.
Berlin, den 28. August 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachungen der Königl. Direktion
der Rentenbank der Provinz Brandenburg.**
Bekanntmachung.

16. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 18. April d. J. heute gezeichneten Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4 % Rentenbriefe Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 167 Stück und zwar die Nummern:
75 86 88 166 384 440 429 521 657 836 870 984
987 1072 1391 1454 1489 1518 1519 1663 1856
1981 2113 2200 2300 2639 3181 3281 3450 3669
3747 4613 4644 4683 4859 5101 5164 5309 5371
5464 5714 5816 5997 6028 6114 6204 6327 6484
6631 6660 6714 6795 6855 6889 7013 7288 7553
7677 7705 7753 7979 8141 8300 8357 8404 8884
8926 9078 9158 9170 9316 9434 9671 9809 9812
9850 9960 9975 9988 10046 10229 10459 10510
10725 10871 10970 10988 11268 11343 11682
12070 12077 12281 12303 12354 12366 12595
12614 12635 12704 12808 12967 13066 13263
13323 13444 13530 13614 13664 13991 14044
14076 14318 14594 14706 14757 14802 14896
15182 15283 15541 15565 15737 15815 15914
15989 16028 16097 16141 16307 16376 16407
16626 16738 16965 16983 17026 17139 17440
17636 17767 17803 17909 17910 18160 18170
18180 18429 18458 18735 18772 18871 18941
19037 19193 19205 19326.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 54 Stück und zwar die Nummern: 158 217 377 406 456 571 848
1071 1929 2097 2126 2334 2454 2595 2651 2766
2784 2787 2798 2808 2838 3055 3088 3173 3198
3352 3524 3626 3911 4060 4085 4089 4178 4310
4428 4457 4707 4858 4804 4887 4934 5068 5169
5782 5802 5920 6219 6404 6431 6564 6712 6793
6830 6839.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 211 Stück und zwar die Nummern: 29 654 1069 1235 1278 1374
1488 1642 1708 1731 1821 2156 2268 2524 2547
2754 2866 2885 2886 3073 3131 3443 3635 3648
3994 4016 4142 4218 4225 4499 4508 4613 4758
4805 5001 5185 5379 5398 5465 5606 5658 5663
5698 5715 5930 6267 6400 6523 6541 6695 6894
7050 7305 7737 7832 7855 7888 7990 8258 8312
8716 8948 8970 9107 9140 9228 9229 9414 9435
9485 9569 9859 9870 9881 10071 10254 10321
10437 10615 10639 11108 11242 11379 11577
11594 11622 11671 11702 11916 12000 12007
12145 12310 12451 13141 13123 13129 13166
13172 13199 13376 13380 13385 13432 13440
13456 13506 13591 13602 13604 13710 13914
14021 14441 14476 14558 14639 14748 14784

14897 14935 15009 15070 15441 15569 15573
15899 16106 16237 16354 16511 --- 16630
16662 16920 16922 17070 17339 17385 17604
17693 17880 17991 18249 18312 18394 18633
18656 18668 18743 18829 19153 19259 19367
19474 19506 19902 20100 20188 20478 20569
20638 20667 20728 20766 20813 20863 20950
20989 21037 21131 21166 21251 21522 21894
21959 22073 22352 22467 22566 22753 22859
22868 22874 23007 23012 23102 23126 23158
23573 23708 23717 23754 23822 23871 23907
24118 24170 24173 24180 24315 24323 24448
24493 24494 24497 24524 24549 24616 24682
24722 24730.

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 176 Stück und zwar die Nummern: 48 799 806 807 860 922 1447 1682
1684 1811 2043 2142 2267 2384 2518 3426 3461
3502 3835 4163 4211 4421 4424 4594 4652 4653
4709 5642 5706 5842 6622 6760 6800 6827 6854
6879 6956 7142 7243 7529 7573 7790 7819 8286
8340 8382 8421 8569 8592 8637 8722 8990 9054
9172 9451 9694 9741 9907 10037 10167 10197
10234 10273 10300 10322 10323 10396 10425
10497 10524 10949 11027 11051 11150 11197
11220 11406 11686 11811 11816 11863 12025
12041 12149 12187 12188 12265 12301 12368
12423 12524 12598 12666 12686 12722 12776
12910 12913 13143 13360 13716 13837 13885
13918 13986 14198 14395 14710 14800 15029
15133 15155 15182 15183 15321 15374 15529
15530 15696 15722 15740 15746 15913 15946
16003 16185 16213 16259 16349 16421 16501
16847 17021 17075 17110 17142 17207 17220
17283 17420 17399 17758 17847 17903 17947
18029 18133 18171 18219 18388 18450 18492
18533 18772 18805 18846 18851 18859 18928
19089 19202 19232 19270 19516 19693 19878
20015 20084 20249 20250 20422 20480 20493
20501 20580 20584.

Litt. E. zu 30 M. (10 Thlr.) 2 Stück und zwar die Nummern: 9677 9687.

II. 3 1/2 % Rentenbriefe. Litt. N. zu 300 M. 1 Stück und zwar die Nummer: 23.

Litt. O. zu 75 M. 3 Stück und zwar die Nummern: 3 9 10.

Litt. P. zu 30 M. 2 Stück und zwar die Nummern: 1 3.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in conrathfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 9—16 bezw. Ser. I. Nr. 7—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße 76 I vom 1. Oktober d. J. ab, an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf. Von den früher verlosenen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind

die nachstehend genannten Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verflossen sind:

vom 1. April 1886	Litt. D. N ^o 3082,
1. April 1891	- A. N ^o 14628,
	- C. N ^o 5356 8001,
	- D. N ^o 284 9221 14410 18221 20513,
vom 1. Oktober 1891	Litt. A. N ^o 1080,
	- B. N ^o 2712,
	- C. N ^o 1217 3634 4852 5225 24208,
	- D. N ^o 2085 3881 5652 7316 14237,
vom 1. April 1892	Litt. A. N ^o 17263,
	- B. N ^o 311,
	- C. N ^o 1046 7816 18738,
	- D. N ^o 2503 3142 3402 4044 6954 8813 10215 11035 11513 15634.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mitabzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Wegen der Verführung der ausgelosten Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Er-

richtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgelostener Rentenbriefe an die Rentenbankkasse kann auch durch die Post, portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zuwendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers, und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 18. Mai 1894.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

W e f a n n t m a c h u n g.

17. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 I. hierselbst, wird

1) die am 1. Oktober d. Js. fälligen Zinsscheine der Rentenbriefe **aller** Provinzen schon vom 19. September bis einschließlich den 24. September d. Js. und

2) die ausgelosten, am 1. Oktober d. Js. fälligen Rentenbriefe **aller** Provinzen vom 21. bis einschließlich den 24. September d. Js.

einlösen und demnachst vom 1. Oktober d. Js. ab mit der Einlösung fortfahren. Berlin, den 27. August 1894.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

18. N a c h w e i s u n g

der Teilens des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im II. Quartal 1894/95 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirksgrenzen.

N ^o .	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	V i e h e r i g e r Gemeinde bezw. Gutsbezirk.	K u n s t i a c k Gemeinde bezw. Gutsbezirk.
1.	Parzelle N ^o 115/21 und 116/21 des Kartenblatts N ^o 1 vom Gutsbezirk Pöhm in Größe von 21 qm bezw. 46 qm.	Gutsbezirk Pöhm.	Gemeindebezirk Pöhm.
2.	Parzelle N ^o 5, 7a. und 6 des Kartenblatts N ^o 6 vom Gutsbezirk Neuenhagen in Größe von 22,41,50 ha.	Gutsbezirk Neuenhagen.	Gemeindebezirk Neuenhagen.
3.	Parzelle N ^o 756/192 des Kartenblatts 1 vom Gutsbezirk Hermödorf in Größe von 5,40 ar.	Gutsbezirk Hermödorf.	Gemeindebezirk Hermödorf.
4.	Parzelle N ^o 116/23 III. des Kartenblatts 5 vom Gemeindebezirk Klosterfelde in Größe von 3,1036 ha.	Gemeindebezirk Klosterfelde.	Forstgutsbezirk Liebenwalde.
5.	Parzelle N ^o 175/7 und 176/6 des Kartenblatts 6 vom Gutsbezirk Liebenwalder Forst in Größe von 2,5710 ha.	Forstgutsbezirk Liebenwalde.	Gemeindebezirk Klosterfelde.
6.	Parzelle N ^o 188 des Kartenblatts 1 vom Gutsbezirk Hermödorf in Größe von 13,60 ar.	Gutsbezirk Hermödorf.	Gemeindebezirk Hermödorf.

Berlin, den 24. August 1894.

Der Königliche Landrath des Kreises Niederbarnim.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung,

betreffend die Beförderung von Petroleum in Kasten Schiffen auf der Elbe. Vom 7. August 1894.

Auf Grund des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883

(Ges.-E. S. 195 ff.) wird hierdurch über die Beförderung von Petroleum in Kasten Schiffen auf den preussischen Elbstrecken von der sächsischen Grenze bis zur Erecemündung Folgendes verordnet:

§ 1. Die Petroleum-Kasten Schiffe müssen in den Wandungen durchgängig aus Eisen oder Stahl her-

gestellt sein; der Schiffsboden kann aus Eisen oder Stahl, oder auch aus Holz bestehen.

§ 2. Ein Petroleumkasten (Laderaum für freies Petroleum) darf nicht mehr als 150 cbm Fassungsvermögen enthalten. Er muß durch einen eisernen Bodenbelag, falls das Schiff einen Holzboden besitzt, sowie durch eine eiserne Decke und durch eiserne Quertwände dergestalt dicht abgeschlossen sein, daß ein Ausströmen von Petroleum nicht stattfinden kann.

Die Decke jedes Petroleumkastens oder jeder Abtheilung eines solchen muß ein fest und dicht verschließbares Mannloch haben. Die Petroleumkasten dürfen unter sich durch je eine von Deck aus schließbare Öffnung oder Röhre von höchstens 320 qcm Querschnitt verbunden sein.

Besonders angebrachte Abzugsröhre, sowie als solche dienende Einlaßröhre müssen mit dichtem Drahtnetz überdeckt sein.

§ 3. Kajüt- und Schlafräume dürfen nicht unmittelbar an Petroleumkasten stoßen, sondern müssen mindestens $\frac{1}{2}$ m von denselben entfernt sein und außerdem nach dem Petroleumkasten zu eine dicht schließende unverbrennbare Wand enthalten.

Die Fußböden der genannten Räume müssen cementirt, oder aber in der Umgebung der Feuerungsanlagen bis auf mindestens 1 m Entfernung mit mindestens 1 mm starkem Eisenblech bekleidet sein. Auch sind Holzverschalungen neben den Feuerungsanlagen und Rauchrohren in einer Ausdehnung bis auf $\frac{1}{2}$ m Abstand von denselben mit Eisenblech von gleicher Stärke zu bekleiden, sowie die Durchlässe der Rauchröhre in der Decke durch Eisenhülsen gegen Feuergefahr zu sichern. Von den Kajüt- und Schlafräumen muß eine leicht zugängliche Verbindung unmittelbar nach dem Oberdeck bestehen.

§ 4. Schiffspoller, Masten, Winden und andere Schiffsfahrtsvorrichtungen dürfen nicht so angebracht sein, daß durch deren Gebrauch ein Petroleumkasten undicht werden kann.

§ 5. Jedes Petroleum-Kastenschiff muß mit einem oberhalb der Wasserlinie (bei tiefer Eintauchung) um das ganze Fahrzeug herumgehenden hellblauen Anstrich von mindestens 30 cm Breite versehen sein.

§ 6. Die Petroleum-Kastenschiffe müssen mit Ketten oder Drahtseilen ausgerüstet sein, welche an dem zur Befestigung am Lande dienenden Ende ein auslösbares Glied haben.

§ 7. In Kastenschiffen darf freies Petroleum von weniger als 0,7 spezifischem Gewicht nicht befördert werden.

Kein Petroleumkasten darf auf mehr als 96 Prozent des Raumes, welchen er einschließlich seines etwaigen Decks enthält, mit Petroleum gefüllt werden.

§ 8. Auf Kastenschiffen mit Petroleumladungen an Bord darf, außer in den Kajüten, weder Feuer oder offenes Licht gehalten, noch Tabak geraucht werden, auch dürfen auf denselben weder Sprengstoffe, noch leicht entzündliche Gegenstände vorhanden sein.

Die Verwendung von Kraftmaschinen, welche durch Feuerwirkung in Thätigkeit gesetzt werden, ist auf Petroleum-Kastenschiffen nicht gestattet.

§ 9. In Schleppzügen, die außer den Petroleum-Kastenschiffen noch andere Fahrzeuge enthalten, müssen erstere zunächst hinter dem Schleppdampfer geführt werden.

§ 10. Vorbehaltlich der für Häfen und Umschlagplätze geltenden besonderen Vorschriften dürfen auf dem Strome und an den Ufern Petroleumkasten nur an den von der zuständigen Polizeibehörde dazu bestimmten Stellen gefüllt oder geleert werden. Die Reinigung der Schiffe von Petroleum-Rückständen hat der Strom- oder hafenpolizeilichen Anweisung gemäß stattzufinden.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit entsprechender Haft geahndet.

§ 12. Diese Polizei-Verordnung tritt vom 1. Oktober 1894 ab in Wirksamkeit. Für bereits im Verkehr befindliche Kastenschiffe werden bis zum 1. Oktober 1897 Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 1 und 3 Satz 1 dieser Verordnung zugelassen, soweit dieselben im Einzelfalle von der für das Fahrzeug zuständigen Schiffsahrtspolizeibehörde des Heimatsstaates ausdrücklich genehmigt worden sind.

Magdeburg, den 7. August 1894.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

v. Pommer-Eiche.

Polizei-Verordnung,

betreffend den Schiffsverkehr in der Elbe längs der Fischzugstellen bei Rachel und Werben.

Auf Grund des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-Samml. S. 195 ff.) verordne ich hierdurch Folgendes.

§ 1. Im Bereiche der nachbezeichneten, durch am Ufer aufgestellte Tafeln kenntlich gemachten Fischzugstellen:

- a. am rechten Elbufer vor dem Römenvorwerder oberhalb **Rachel** (Km. 420,1 bis 420,6 des Elbstroms),
 - b. am linken Elbufer unterhalb **Rachel** (Km. 423,0 bis 423,5 des Elbstroms),
 - c. am rechten Elbufer vor dem Nigow'schen Werder oberhalb **Neuwerben** (Km. 425,0 bis 425,5 des Elbstroms),
 - d. am rechten Elbufer unterhalb der **Werben'er** Fahrstelle (Km. 430,0 bis 430,5 des Elbstroms)
- dürfen bei einem Wasserstande der Elbe von weniger als 2,50 m am Pegel zu Sandau Schiffe, Schleppzüge und Klose vor den Fischzugstellen bis zur Mitte des Stromes weder anlegen noch zu Anker gehen.

§ 2. Die Uebertretung dieser Verordnung wird mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit entsprechender Haft geahndet.

Magdeburg, den 18. August 1894.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

In Vertretung: von Nitsch-Rosenegk.

Bekanntmachung.

Zur Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten ist im Verlage des unterzeichneten Amtes ein neues Hauptregister erschienen, welches die Jahrgänge von 1884 bis 1893 gemeinsam umfaßt. Dasselbe wird auf vorherige Bestellung zum Preise von 1 Mark für das Exemplar ohne jede Nebenkosten durch die Postanstalten innerhalb des Deutschen Reichs-Postgebiets geliefert werden.

Von dem die Jahrgänge der Gesetz-Sammlung von 1806 bis 1883 umfassenden Hauptregister werden, so weit der Vorrath reicht, auch fernerhin Exemplare zum Preise von 6 Mark 25 Pfennige abgegeben.

Berlin W., 25. August 1894.

Königliches Gesetz-Sammelungs-Amt.

Personalchronik.

Im Kreise Prenzlau sind an Stelle des verstorbenen Oekonomie-Raths Reibel in Klein-Ludow der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Rittergutsbesitzer Lieutenant Klügge zu Blumenhagen zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks III. — Klein-Ludow — und an dessen Stelle der Lieutenant Reibel zu Klein-Ludow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter ernannt worden.

Im Kreise Ruppın sind wegen des zum 16. September d. J. bevorstehenden Ablaufs ihrer Dienstzeit der Rittergutspächter Berlin zu Ganzer zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VII. — Ganzer — und der Gemeindevorsteher Horkmann zu Dollgow zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XIX. — Köpenig — aufs Neue ernannt worden.

An Stelle des nach Thorn versetzten Gewerbeinspektionsassistenten Garun ist der Ingenieur Schnöps dem Gewerbeinspektionsbezirk Berlin I. (Posdam) als Assistent beigegeben worden.

Die Civilamptier Daniels und Schulze hier selbst sind zu Regierungssupernumeraren ernannt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Albert Otto Ferdinand Kelsch ist zum Pfarrer der Pfarodie Prenden, Diözese Verden, bestellt worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer August Bading zu Graag, Diözese Pomm. Gransee, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Gustav Braun zu Berge, Diözese Dom Brandenburg, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Die Lehrer Paul Müller, Hintersag, Voigt, Gottlieb, Gustav Müller, Karl Eichner, Groppler, Baeßch, Sudheimer, Eliell, Größ, Wende, Paul Schulze, Gerhardt, Friedrich Wagener, Gustav Schulze, Appelbaum, Bahnke, Bombe, Schneider, Bienecke, Fuchs, Wiese, Wilhelm Eichner, Rebbuhn, Pona, Eutlinger und Rohmann sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Kaeßke V. und Heilbrun sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.

Das Wintersemester beginnt am 16. October. Von den für das Wintersemester 1894/95 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studirenden der Landwirtschaft hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche und staatswissenschaftliche Bildung.

Einleitung in das Studium der Landwirtschaft: Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Allgemeine Ackerbaulehre: Derselbe. — Thierzuchtlehre: Derselbe. — Spezielle Thierzuchtlehre: Prof. Dr. Freytag. — Landwirtschaftliche Buchführung und Abschlagslehre: Derselbe. — Mollereiwesen: Prof. Dr. Albert. — Rindviehhaltung mit praktischen Übungen im Werthschätzen der Thiere: Derselbe. — Forstwissenschaft: Prof. Dr. Ewald. — Feldgärtnerei und Gemüsesamenbau: Obstbaulehrer J. Müller. — Demonstrationen im praktischen Obstbaumschnitt und in der Obstverwertung: Derselbe. — Landwirtschaftliche Handelswissenschaft: Landes-Oekonomie-Rath vom Mendel-Steinfeld. — Grundzüge der Thieranatomie und Physiologie: Prof. Dr. Püg. — Ueber die wichtigsten inneren Thierkrankheiten, mit besonderer Berücksichtigung der Seuchen- und Herdeseidenheiten, sowie der auf Menschen übertragbaren Thierkrankheiten: Derselbe. — Ueber die Hufe der Arbeitsthiere: Derselbe. — Landwirtschaftliche Maschinen- und Geräthefunde: Prof. Dr. Büß. — Drainage und Beseitigung: Derselbe. — Landwirtschaftliche Baukunde: Reg.-Baumeister Knoch. — Experimentalchemie: Prof. Dr. Belthard. — Ausgewählte Kapitel der organischen Chemie: Derselbe. — Grundzüge der organischen Chemie: Dr. Baumert. — Agrikultur-Chemie, 1. Theil (die Nahrungsgesetze der Ernährung der landwirtschaftlich. Kulturpflanzen): Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Märker. — Technologie der Kohlehydrate (Landwirtschaftliche Nebengewerbe): Derselbe. — Technologie der Kohlehydrate, 2. Theil, (Wein, Bier, Stäcke): Dr. Claus. — Ausgewählte Kapitel über die Zubereitung von Nahrungs- und Futtermitteln: Derselbe. — Experimentalphysik 1. Theil (Mechanik, Akustik, Lehre von dem Magnetismus und der Elektricität): Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Knoblauch. — Die Anwendung der Mathematik auf naturwissenschaftliche Untersuchungen: Dr. Schmidt. — Gesteinslehre als Grundlage der Bodenkunde: Geh. R.-R. Prof. Dr. von Jentsch. — Mineralogie: Prof. Dr. Lüddecke. — Technische Geologie: Derselbe. — Anatomie und Physiologie der Pflanzen: Prof. Dr. Kraus. — Ueber die Pflanzenzelle: Prof. Dr. Jopp. — Grundzüge der Pflanzengeographie: Dr. Schulze. — Morphologie der Gewächse: Derselbe. — Elemente der Zoologie: Prof. Dr. Grenacher. — Ausgewählte Kapitel aus der allgemeinen Zoologie: Derselbe. — Systematische Zoologie der Wirbelthiere: Prof. Dr. D. Tschernberg. — Ausgewählte Kapitel aus der Anatomie und Physiologie der

Thiere: Derselbe. — **Bau und Leben der Zelle:** Dr. Brandes. — **Helminthologisches Praktikum** mit besonderer Berücksichtigung der bei Menschen und Hausthieren vorkommenden Parasiten: Derselbe. — **Physiologie der vegetativen Prozesse:** Prof. Dr. Bernstein. — **Nationalökonomie, theoretischer Theil:** Geh. R. N. Prof. Dr. Conrad. — **Finanzwissenschaft:** Prof. Dr. Friedberg. — **Sozialpolitik:** Prof. Dr. Diehl. — **Ueber Socialismus, Kommunismus und Anarchismus:** Derselbe. — **Geschichte der Nationalökonomie:** Derselbe. — **Handelsrecht:** Geh. J. R. Prof. Dr. Eastig. — **Landwirtschaftsrecht:** Prof. Dr. Rümelin.

b. In Rücksicht auf allgemeine Bildung, insbesondere für Studierende höherer Semester.

Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Literatur und ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Voening, Erdmann, Hahn, Droysen, Lindner, Ewald, Baehinger, Uphues, Hüsserl, Kirchhoff, Friedberg, Herzberg, Stammler, Sommerlad, Brode u.

Theoretische und praktische Uebungen.

Staatswissenschaftliches Seminar: Geh. R. N. Prof. Dr. Conrad. — **Statistische Uebungen:** Derselbe. — **Nationalökonomische Uebungen:** Prof. Dr. Diehl. **Praktische Uebungen im chemischen Laboratorium:** Prof. Dr. Volhard und Prof. Dr. Döbner. — **Physikalisches Laboratorium:** Geh. R. N. Prof. Dr. Knoblauch und Prof. Dr. Dorn. — **Mineralogisches Praktikum für Anfänger:** Prof. Dr. Lüdecke. — **Paläontologische, geognostische und mineralogische Uebungen:** Geh. R. N. Prof. Dr. v. Frisch. — **Physiologisches Praktikum:** Prof. Dr. Kraus. — **Untersuchungen im kryptogamischen Laboratorium:** Prof. Dr. Zopf. — **Pflanzen-demonstrationen in den Glashäusern:** Prof. Dr. Kraus. — **Zoologische Uebungen:** Professor Dr. Grenacher.

Systematische Rundgänge im zoologischen Museum: Dr. Brandes. — **Uebungen im landwirtschaftlich-physiologischen Laboratorium:** Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn und Prof. Dr. Albert. — **Uebungen im Seminar für angewandte Naturkunde:** Geh. Ober-Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — **Demonstrationen über landwirtschaftliche Thierhaltung:** Prof. Dr. Albert. — **Praktische Demonstrationen in der Thierklinik:** Prof. Dr. Püg. — **Well-Untersuchungen und Bestimmungen:** Prof. Dr. Freytag. — **Technologische Exkursionen und Demonstrationen:** Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Märcker. — **Technische Exkursionen und Demonstrationen:** Prof. Dr. Wälsch. — **Demonstrationen im praktischen Obstbaumschnitt und in der Obstverwertung:** Obstbaulehrer J. Müller. — **Zeichen, Malen und perspektivisches Zeichnen:** Zeichenlehrer Schenk. — **Reitunterricht:** Reitlehrer Schreiber. — **Tanzunterricht:** Tanzlehrer Rocca.

Nähere Auskunft ertheilt die durch jede Buchhandlung zu beziehende Schrift: Das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle, Dresden, Schönfeld'sche Verlagbuchhandlung. Briefliche Anfragen wolle man an den Unterzeichneten richten.

Halle a. S., im Juli 1894.

Dr. Julius Kühn,
Geh. Ober-Reg.-Rath,
ordentl. öffentl. Professor und Direktor
des landwirtschaftlichen Instituts der Universität.

Geschenke an Kirchen etc.

Schreibfehlerberichtigung.

Seite 321 dieses Blattes, 33., 34. und 35. Zeile von oben, ist zu lesen: „Kidon-Grantee: Der Kirche zu Banzendorf (nicht Banzendorf) vom Bauergutsbesitzer Kensch (nicht Bersch): Kronleuchter, von Witwe Kensch (nicht Bersch): 2 Vasen mit Makariensträußen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Wilhelm Glitsch, Bildhauer,	geboren am 8. Mai 1857 zu Wien, ortsbürgerlich ebendasselbst,	versuchter einfacher Diebstahl im Rückfall (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 14. April 1893),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	19. Juni 1894.
2	Johann Kubitzsch, Sägemüller,	geboren am 3. oder 8. August 1873 zu Krummholz, Bezirk Prachowitz, Böhmen, ortsbürgerlich zu Kuschwarda, ebendasselbst,	schwerer Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 6. August 1892),	Königlich bayerisches Bezirksamt Kulmbach,	17. Juli 1894.

Rang. Nr.	Name und Stand		Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen		1.	2.	3.	4.
1.	Johann Reimeier,		geboren im Jahre 1845	Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Kemp-	20. Juli
	Tischler u. Tagelöhner,		zu Neu-Prenneib, Be-		ten, Bayern,	1894.
			zirk Taus, Böhmen,			
			ortsangehörig ebenda-			
			selbst,			
2.	Josef Thiele,		geboren am 4. Oktober	Betteln,	Großherzogth. mecklen-	18. Juli
	Strumpfwirker,		1848 zu Schönlinde,		burg. Ministerium	1894.
			Bezirk Rumburg, Böh-		des Innern zu	
			men,		Schwerin,	
3.	Stefan Urdlauer		geboren am 16. März	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-	25. Juli
	(Urdlauer), Tagner,		1872 zu Polischka,		Präsident zu Straß-	1894.
			Mähren, österreichischer		burg,	
			Staatsangehöriger,			
4.	Anton Barnas,		20 Jahre alt, geboren	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	25. Juli
			zu Zuber bei Kofitzki,			1894.
			Gouvernement Kowno,			
			Rußland, russischer			
			Staatsangehöriger,			
5.	Votenz Picanek,		geboren am 9. August	Landstreichen u. Betteln,	königlich bayerisches	6. April
	Drehsteler,		1838 zu Pfaffendorf,		Bezirksamt Brud,	1894.
			Bezirk Budweis, Böh-			
			men, österreichischer			
			Staatsangehöriger,			
6.	a. Josef Bouska,		geboren im Jahre 1841	Landstreichen, Führung	königlich bayerisches	21. Juli
	Tagelöhner,		zu Pilsen, Böhmen,	italischer Zeugnisse und	Bezirksamt Mühl-	1894.
	und		ortsangehörig ebenda,	Nachhabhaltung ihrer	dorf,	
	b. dessen Ehefrau		geboren im Jahre 1848	Kinder vom Betteln,		
	Barbara, geb. Schuster,		und ortsangeh. eben-			
	Tagelöhnerin,		dieselbst,			
7.	Franz Czernay,		geboren am 4. Juli	Betteln,	königlich Sächsischer	7. Juli
	Pergmann,		1846 zu Neulenzel,		Kreisbaupolizeimeister	1894.
			Bezirk Reitzmeritz, Böh-		schaft Dresden,	
			men,			
8.	Heinrich Ellering,		geboren am 12. Novem-	desgleichen,	königlich preussischer	4. Juli
	Tagelöhner,		ber 1848 zu Enschede,		Regierungspräsident	1894.
			Niederlande, ortsan-		zu Münster,	
			gehörig ebenda selbst,			
9.	Stefan Endler,		geboren am 14. Oktober	Landstreichen u. Betteln,	königlich preussischer	1. August
	Tuchmacher,		1851 zu Tannwald,		Regierungspräsident	1894.
			Bezirk Gabelitz, Böh-		zu Königsberg,	
			men, ortsangeh. eben-			
			dieselbst,			
10.	Ebanne Mabel Nijdom,		20 Jahre alt, geboren	desgleichen,	Großherzoglich badi-	4. August
	ohne Stand,		zu Tomaszew, Polen,		scher Landeskommiss-	1894.
			ortsangehörig ebenda,		sär zu Freiburg,	

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Zeilenblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Neuzeit

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 37.

Den 14. September

1894.

Bekanntmachungen des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten.

Gesundheitskontrolle auf dem Oder-Spree-Kanal.

203. Der Staatskommissär für die Gesundheitspflege im Stromgebiete der Havel und Warthe, sowie des Havel-Kanals, Regierungs-Präsident Dr. Müller zu Frankfurt a. O., ist mit der Wahrnehmung der Gesundheitspflege auch im Gebiete des Oder-Spree-Kanals beauftragt worden.

Potsdam, den 7. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachung,
betreff. die Winterschonzeit, das Verbot des
Lachsfanges mit Zug- und Treib-Netzen,
sowie das Verbot des Krebsfanges.**

204. Auf die folgenden Bestimmungen der Allerhöchsten Verordnung zur Ausführung des Fischerei-Gesetzes vom 8. August 1887 wird hierdurch hingewiesen.

In den nachbenannten Gewässern: a. in der Muth von Saarmund an aufwärts, b. in der Niederflur von Buchholz bei Treuenbrietzen an aufwärts, c. in der Planz von Golzow an aufwärts, d. in dem Belziger, Baizer und Bredehörder Bach im Kreise Rauden-Pelzig, e. in dem Weidenburger Strom, der Quilow und der Weide in den Kreisen Templin und Prenzlau ist der Betrieb der Fischerei während der Zeit vom 15. Oktober Morgens 6 Uhr bis 14. Dezember Abends 6 Uhr (Winterschonzeit) **nur mit ausdrücklicher**

Genehmigung des Unterzeichneten gestattet. (§ 3 Nr. 2.)

Die Lachs-Fischerei mit Zug- und Treib-Netzen ist in der Elbe a. auf der Strecke unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember einschließend, b. auf der Strecke oberhalb der Eisenbahnbrücke bei Wittenberge in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember einschließend **verboten**. (§ 3 Nr. 4.)

Während der Dauer der Winterschonzeit müssen in den benannten nicht geschlossenen Gewässern die durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 nicht beseitigten **flüchtigen Fischerei-Vorrichtungen hinweggeräumt oder abgestellt sein**. (§ 9.)

In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai einschließend ist **der Fang von Krebsen** in allen nicht geschlossenen Gewässern **verboten**.

Gelangen Krebse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen. (§ 10.)

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden, soweit dieselben nicht den Strafbestimmungen des Fischereigesetzes oder des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft.

Potsdam, den 7. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

205.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließend 5% Zuschlag im Monat August 1894 in den Hauptmarktplätzen des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Seitende Nummer.	Güter festen fr. 50 Kilogramm	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Weizen für Kreis Weiden- burg sowie Zietzen	Bemerkungen
1.	Hafer	6/76	7/25	7/07	6/81	7/06	7/35	6/98	6/62	6/60		Für die Kreise Weidenburg, Zietzen und Zietzen sowie für Stadt Zietzen gilt Berlin als Hauptmarktplatz.
2.	Gerste	—	2/37	2/63	2/65	2/61	2/63	2/10	2/50	2/10		
3.	Rübsen	—	1/84	1/75	2/35	2/08	2/63	2/22	2/10	1/31		

Potsdam, den 10. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrig Markt				
		Es kosten je 100 Kilogramm														Es
		Weizen	Reggen	Gerste	Hafer	Großes	Erbsen	Linien	Kartoffeln	Nichtes	Kraut	Heu	im Großhandel	von der Seele	Wandels	
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1	Angermünde	13 25	11 25	12 50	12 50	25 —	27 —	37 50	3 25	3 —	1 90	3 38	1 05	1 20	1 10	
2	Beesow	—	11 10	12 54	11 58	25 —	25 —	45 —	3 74	—	—	—	1 —	1 20	1 —	
3	Brandenburg	13 13	11 40	12 97	13 07	26 —	26 —	28 —	4 30	3 25	—	4 25	89	1 20	1 10	
4	Dahme	13 27	11 04	11 42	12 50	30 —	40 —	50 —	3 —	3 —	2 50	6 —	86	1 20	— 90	
5	Eberswalde	13 40	11 32	11 75	12 52	22 88	22 88	32 63	4 31	4 —	—	4 —	1 20	1 40	1 20	
6	Havelberg	13 34	11 21	13 50	14 76	25 50	30 —	42 50	4 39	2 75	1 75	4 —	1 10	1 32	1 12	
7	Jüterbog	13 82	11 30	15 59	13 57	25 —	20 —	36 —	4 33	4 11	—	5 51	1 20	1 40	1 20	
8	Ludenwalde	12 78	11 06	12 14	12 50	35 —	35 —	45 —	3 50	3 —	—	4 75	1 16	1 20	1 20	
9	Perleberg	13 31	11 12	11 38	11 98	21 —	26 —	27 —	5 56	3 98	—	3 53	1 20	1 35	1 15	
10	Potsdam	14 20	11 76	—	13 02	22 50	23 50	29 67	4 34	3 67	—	4 42	1 —	1 49	1 30	
11	Prenzlau	13 06	11 25	12 60	13 42	27 —	26 —	40 —	5 50	4 50	3 25	4 50	96	1 40	1 10	
12	Prignitz	13 63	11 06	14 06	13 56	17 —	20 —	30 —	5 40	4 38	3 38	4 —	—	1 40	1 20	
13	Rathenow	13 02	11 49	12 50	12 50	22 50	22 50	32 50	3 97	2 78	—	3 71	—	1 40	1 20	
14	Neu-Ruppin	14 —	11 47	12 75	12 79	35 —	35 —	50 —	4 36	4 18	—	4 —	1 06	1 35	1 15	
15	Schwedt	13 22	11 49	12 33	12 64	26 66	34 25	37 50	5 —	4 —	—	4 76	—	1 40	1 20	
16	Spanbau	14 —	12 —	13 —	13 —	26 50	25 25	32 50	6 03	3 25	—	4 25	1 15	1 60	1 20	
17	Strasberg	13 —	11 —	15 —	15 85	23 —	32 —	38 —	3 50	5 25	4 12	7 25	90	1 60	1 30	
18	Teltow	—	11 —	12 50	13 17	29 —	29 —	47 50	4 50	2 75	2 —	5 50	1 15	1 55	1 10	
19	Templin	14 —	11 50	11 —	12 50	35 —	35 —	50 —	4 50	3 —	2 —	3 —	1 —	1 20	1 —	
20	Treuenbriezen	13 50	11 25	—	13 34	—	—	—	3 88	3 52	—	4 50	—	1 29	1 07	
21	Wittstock	14 —	10 80	14 33	11 72	16 —	30 —	50 —	5 43	2 50	2 —	4 —	1 05	1 15	1 05	
22	Wriezen a. D.	12 89	11 20	12 63	12 67	23 50	22 50	33 —	4 70	2 93	2 08	4 50	1 20	1 30	1 20	
Durchschnitt		13 44	11 28	12 82	13 —	—	—	—	4 43	3 51	—	4 51	1 00	—	—	
Potsdam, den 10. September 1894.																

Potsdam, den 10. September 1894.

Viehfeuchen.

207. Festgestellt ist die Rinde unter einer Schafherde des Rittergutes Markee, Kreis Osthavelland.

Potsdam, den 11. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Zahlungen aus Domänen und Herr-Veräußerungen und Abteilungen betreffen.

12. Unter Bezugnahme auf die Amtsblattbekanntmachungen vom 9. September 1885 — Amtsblatt Stück 35 — 7. September 1893 — Amtsblatt Stück 37

Seite 315 — wird im Interesse der Beteiligten wiederholt darauf hingewiesen, daß die Einzahlungen aus Domänen- und Herr-Veräußerungs- sowie Abteilungs- geschäften ohne Unterschied des Vertrages an die Regierungs-Hauptkasse hierselbst unmittelbar zu erfolgen haben und derartige Zahlungen ausnahmsweise nur dann bei einer Spezialkasse stattfinden dürfen, wenn dies

auf besonderen Antrag des Zahlungspflichtigen von und ausdrücklich genehmigt worden ist.

Potsdam, den 8. September 1894.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.**Bekanntmachung.**

63. Der Frau Marie Auguste Negler, geb. Sauer, früher hier, jetzt in Görlitz wohnhaft, ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 8. Mai d. J. das Hebammen-Prüfungszeugnis entzogen worden. Die Genannte ist daher als Hebamme nicht mehr anzusehen.

Berlin, den 6. September 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

64. Höherer Befehl zufolge mache ich unter Abänderung meiner Bekanntmachung vom 23. August d. J. betreffend Ausschreibung des Bewerbungsverfahrens für die durch Erlass des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 13. desselben Monats genehmigten

Preise im Monat August 1894.

Artikel					Eadenpreise in den letzten Tagen des Monats													
koster je 1 Kilogramm					Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweinefleisch	Salzfisch	Sammelschisch	Erd	Butter	Gin Scher Hjer.	Meht Nr. 1.	Meht Nr. 1.	Gerste Orange	Gerste Grüne	Buchweizen grüne	Hasergrüne	Hirse	Weiz, Java	Java-Kaffee mittler gelber in gebr. Behnen	Spezial	Schweine- fleisch, frang.		
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 20	1 10	1 20	1 50	2 40	3 40	25	20	45	30	40	50	50	55	2 70	3 30	20	1 60	
1 20	— 95	1 20	1 50	2 91	2 92	32	26	50	40	40	80	40	60	2 80	3 60	20	1 60	
1 25	1 10	1 25	1 50	2 40	3 25	30	25	50	40	50	50	40	50	2 80	4 —	20	1 60	
1 20	— 80	1 20	1 60	2 20	2 80	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60	
1 40	1 30	1 30	1 60	2 40	3 60	26	17	40	40	45	45	50	50	2 80	3 60	20	1 60	
1 20	1 30	1 20	1 65	2 30	3 10	26	22	41	40	50	50	43	50	2 85	3 70	20	1 70	
1 40	1 10	1 30	1 80	2 40	3 20	30	25	50	50	50	60	40	50	2 60	3 60	20	1 60	
1 20	1 —	1 —	1 85	2 30	3 40	27	19	50	50	50	60	35	60	3 20	3 60	20	1 60	
1 15	1 25	1 15	1 55	2 07	3 13	23	17	36	19	45	45	38	43	2 75	3 70	19	1 75	
1 50	1 35	1 40	1 60	2 22	3 19	38	28	55	—	45	45	45	40	2 50	3 20	20	1 50	
1 20	1 —	1 15	1 50	2 20	3 40	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60	
1 30	1 30	1 —	1 70	1 89	2 77	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80	
1 30	1 10	1 25	1 70	2 15	3 50	23	20	40	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 70	
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	3 78	35	26	45	40	50	50	50	60	3 —	4 —	20	1 60	
1 20	1 —	1 20	1 60	2 40	3 78	25	20	50	30	40	50	50	60	3 40	3 60	20	1 60	
1 40	1 45	1 50	1 80	2 40	4 10	28	26	40	35	35	40	10	40	2 80	3 40	20	1 40	
1 60	1 20	1 60	1 80	2 40	3 60	36	20	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60	
1 15	1 10	1 10	1 55	2 30	4 —	30	26	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60	
1 20	1 —	1 20	1 60	2 40	4 —	30	25	50	80	60	60	50	60	2 60	3 60	26	1 50	
1 44	1 —	1 20	1 60	1 96	3 16	30	20	40	—	40	—	30	40	3 80	4 —	20	1 60	
1 14	— 85	1 15	1 60	2 01	2 93	21	17	45	50	45	50	50	38	2 50	3 40	20	1 70	
1 20	1 20	1 20	1 60	2 22	3 60	19	16	30	24	32	39	32	48	2 70	3 40	20	1 40	

Der Regierungs-Präsident.

6 Apotheken-Neuanlagen hierdurch bekannt, daß die unter **Nr. 2** angegebene Apothekenanlage **An der Nordseite der Flensburgerstraße in der Nähe des Treffpunktes der Claudiusstraße** und die unter **Nr. 6** angegebene **An der Südseite des Binetaplatzes** ohne sonstige Einschränkung bezüglich der Lage und Wahl des Platzes genehmigt worden ist.

Berlin, den 7. September 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

65. Auf Ihren Bericht vom 18. Juli d. Jd. will Ich der Stadtgemeinde Berlin beauftragt die zur Verbreiterung und Freilegung der Fluchlinien der Wallstraße vom Spittelmarkt bis zur Inselstraße erforderlichen Grundstücksflächen das Enteignungsrecht verleißen. Die eingereichten Pläne erfolgen anbei zurück.

Schloß Wilhelmshöhe, den 4. August 1894.

gez. **Wilhelm K.**

Für den Minister der öffentlichen Arbeiten.

gegengez. von Schelling.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

*

*

*

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 1. September 1894.

Der Polizei-Präsident.

In Vertretung. Friedheim.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Einschickung der gestempelten Briefumschläge und Streichbänder.

14. Die noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streichbänder, welche seit dem 10. Dezember 1890 von den Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft worden sind, haben seit dem 1. Juli 1894 ihre Gültigkeit verloren und dürfen zur Frankirung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden.

Dem Publikum ist indeß gestattet, die noch nicht verwendeten derartigen Briefzeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwerth des Stempels gegen Freimarken zu 10 oder 3 Pfennig bei gleichzeitigem Rückempfang des Betrages der Herstellungskosten von 1 Pfennig für den Briefumschlag und

1/2 Pfennig für das Streifband umzutauschen. Ist nur ein einzelnes Streifband umzutauschen, so muß die Vergütung von Herstellungskosten unterbleiben. Ebenso kommen bei dem Umtausch einer größeren, nicht durch 2 theilbaren Zahl von Streifbändern für das überschießende Exemplar Herstellungskosten nicht zur Erstattung.

Die Posthülfsstellen und die amtlichen Verkaufsstellen für Postwerthzeichen haben mit dem Umtausch keine Befassung.

Postsendungen, welche etwa jetzt noch in Briefumschlägen oder Streifbändern der gedachten Art ohne anderweitige Frantirung zur Auslieferung gelangen, werden den Absendern unter Hinweis auf die Ungültigkeit der verwendeten Werthzeichen zurückgegeben oder, wenn dies nicht ohne weiteres thöulich ist, als unfrantirt behandelt.

Auf gestempelte Briefumschläge und Streifbänder der älteren Ausgabe, welche ihre Gültigkeit bereits am 1. Februar 1891 verloren haben, und welche seit dem 1. Juli 1891 nicht mehr umgetauscht werden, sowie auf Rohpost-Briefumschläge erstreckt sich diese Bekanntmachung nicht.

Vom 1. Januar 1895 ab sind die Verkehrsanstalten auch zum Umtausch der neueren Briefumschläge und Streifbänder nicht mehr befugt.

Berlin W., den 5. September 1894.

Der Staatssecretair des Reichspostamts.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

26. Die unter magistratualischem Patronat stehende ehemals lutherische Pfarrstelle an der Neuen Kirche zu Berlin, Diözese Friedrickenwerder, ist durch das Ableben des Pfarrers Lic. Heßbach am 11. August d. Js. zur Erledigung gekommen.

27. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Ringenwalde, Diözese Templin, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Waldenius zum 1. Oktober d. Js. zur Erledigung. Ueber die Wiederbesetzung der Stelle hat das Patronat bereits verfügt.

28. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Stepenitz, Diözese Pultitz, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Dr. phil. Mayer demnächst zur Erledigung.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

11. Die am 1. Oktober 1894 fälligen Zinsscheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Zilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hierselbst —, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten Kassen und Reichsbankanstalten vom 21. d. M. ab eingelöst. Auch werden die am 1. Oktober 1894 fälligen Zinsscheine der auf unsere Verwaltung übergegangenen Eisenbahn-Prioritäts-Anleihen bei den vorbezeichneten Kassen, sowie bei den auf diesen Zinsscheinen vermerkten Zahlstellen vom 21sten d. M. ab eingelöst.

Die Zinsscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Oktober fälligen Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zusendung dieser Zinsen mittels der Post sowie ihre Quitschrift auf den Reichsbank-Conten der Empfangsberechtigten zwischen dem 17. September und 8. Oktober erfolgt, die Baarzahlung aber bei der Staatsschulden-Zilgungskasse am 17. September, bei den Regierungshauptkassen am 24ten September und bei den mit der Ausnahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 1. Oktober beginnt.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse ist für die Zinszahlungen werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Auschluss des vorletzten Werktages in jedem Monat, am letzten Werkmonatstage aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Inhaber Preussischer Konsols machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ aufmerksam, welche durch jede Buchhandlung für 40 Pfennig oder von dem Verleger J. Guttentag in Berlin durch die Post für 45 Pfennig franco zu beziehen sind.

Berlin, den 3. September 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

3. Sonderzug zur Magdeburger Messe am Sonntag, den 23. September d. J.

Hinfahrt:	Berlin Potsd. Bf.	ab	6 30	Bm.,
	Potsdam	ab	7 03	
	Magdeburg	an	9 26	

Rückfahrt:	Magdeburg	ab	10 00	Abends,
	Berlin Potsd. Bf.	an	1 10	Nachts.

Fahrtarten, welche zur Rückfahrt außer zu dem Sonderzuge, auch zu allen fahrplanmäßigen Personenzügen — auschl. der Schnellzüge — innerhalb drei Tagen — den Lösungstag mitgerechnet — ab Magdeburg berechtigen, können bis zum Abgange der Züge bei der Fahrkarten-Ausgabe in Berlin zum Preise von 5,60 M. für die II. Klasse und von 5,70 M. für die III. Klasse, in Potsdam zum Preise von 7,00 M. für die II. Klasse und von 4,70 M. für die III. Klasse gelöst werden. Kinder unter 10 Jahren genießen die übliche Fahrpreiermäßigung. Auf der Rückfahrt ist Fahrtunterbrechung nach den für Rückfahrkarten geltenden Bestimmungen zulässig. Freizepäck wird nicht gewährt.

Berlin, den 6. September 1894.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg).

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

47. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bzw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere und Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bzw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinföhrderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsasaut bestehen.

Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt für	Zur Auslieferung der Sendung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
1. Ausstellung für Weinbau, Weinbebandlung und Kellereiwirtschaft.	Mainz.	2. bis 5. September.	Gegenstände der Preussischen nebenbezeichneten Art.	Ausstellungskommission.	4 Wochen
2. Ausstellung für Gartenbau, Obstkultur und Vienenzucht.	Ardenbaum b. Dortmund.	8. bis 16. September.	Deegl. Preussischen Staatseisenbahnen.	Deegl.	4 Wochen
3. Geflügel-Ausstellung	Buttenberg.	8. bis 10. September.	Geflügel und Geflügelgäste.	Deegl. Preussischen Staatseisenbahnen.	1 Woche
4. Bau- und Gartenbauausstellung	Kissa i. Estl.	15. bis 17. September.	Gegenstände der nebenbezeichneten Art.	Deegl. Königl. Eisenbahn-Direktionen Berlin, Breslau, Bromberg und Erfurt.	4 Wochen

nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 2./8. September 1894.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Polizei-Verordnung.

betreffend den Verkehr mit frischer Kuhmilch.

Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird hierdurch unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes für den Verkehr mit Milch im Stadtkreis Charlottenburg Folgendes verordnet:

§ 1. In Charlottenburg darf Kuhmilch nur als Vollmilch oder Halbmilch oder Magermilch in den Verkehr gebracht werden.

Vollmilch ist solche Milch, welche nach der Gewinnung durch das Melken in seiner Weise erhalten ist.

Halbmilch solche, welche durch Mischen von voller Milch mit entrahmter Milch oder durch anderweit theilweises Entrahmen ohne künstliche Mittel gewonnen wird.

Magermilch endlich solche, welche durch maschinelle Kraft, z. B. durch Centrifugen entfettet ist.

Vollmilch muß einen Fettgehalt von mindestens 2,7 % und ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,028 = 14° des polizeilichen Milchprobers bei 15° C. haben.

Halbmilch muß mindestens 1,5 % Fett enthalten und bei 15° C. Temperatur ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,030 = 15° des polizeilichen Milchprobers haben.

Magermilch muß mindestens 0,15 % Fett enthalten und bei 15° C. Temperatur ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,032 = 16° des polizeilichen Milchmessers zeigen.

§ 2. Vom Verkehr ausgeschlossen ist solche Milch, welche

- blau, roth oder gelb gefärbt, mit Schimmelpilzen befügt, bitter, schleimig oder angesäuert ist, Blutstreifen oder Blutgerinnsel enthält,
- bis zum fünften Tage einschließlich nach dem Abkalben gewonnen ist,
- von Kühen stammt, welche an Milzbrand, Tollwuth, Pest, Pocken, Gelbfucht, Maulbrand, Ruhr, Eutererkrankungen, Pyämie (Septicaemie), Ver-

gistungen, Maul- und Klauenseuche, oder fauliger Gebärmutter-Entzündung leiden, überhaupt nach Ursprung und Beschaffenheit, insgleichen nach ihrer Behandlung bis zum Verkauf Gefahr für die Gesundheit der Consumenten bergen,

- d) irgendwie fremdartige Stoffe, insbesondere auch sogenannte Conservierungsmittel irgend welcher Art enthält.

§ 3. Wer in Charlottenburg gewerbmäßig Milch verlaufen will, hat dies der Polizei-Behörde vorher anzuzeigen.

§ 4. Gefäße, aus welchen die Milch fremdartige Stoffe aufnehmen kann, wie Gefäße aus Kupfer, Messing, Zink, Thongefäße mit schlechter oder schadhafter Glasur, eiserne Gefäße mit bleihaltigem Email sind für den Transport derselben zur Verkaufsstelle und zur Aufbewahrung an letzterer ausgeschlossen.

Auch müssen die Gefäße gehörig rein gehalten, Standgefäße mittelst festschließenden Deckels verschlossen, die aus geschlossenen Milchwagen leitenden Kupfern oder messingnen Krähne gut verginnt sein und im Innern stets rein gehalten werden.

§ 5. Sämmtliche Gefäße, in welchen die im § 1. bezeichneten Milchsorten in den Verkehr gebracht werden, sind in deutlicher nicht abnehmbarer Schrift mit der Bezeichnung der in denselben enthaltenen Milchsorten zu versehen. Bei geschlossenen Milchwagen sind die vorstehend erwähnten unauslöschbaren Aufschriften nebst Preisangaben auf der Wagenwand, und zwar unmittelbar über den betreffenden Krähnen anzubringen.

§ 6. Die für den Verkehr bestimmte Milch darf nur in Räumen aufbewahrt werden, welche stets sorgfältig gelüftet und rein gehalten werden, auch nicht als Schlaf- oder Krankenzimmer benutzt werden, oder mit solchen in unmittelbarer, nicht mindestens durch eine verschließbare Thür getrennter Verbindung stehen. Auch dürfen Personen, welche an ansteckenden Krankheiten leiden oder mit derartig Erkrankten in Berührung kommen, sich in keiner Weise mit dem Betriebe u. der Milch beschäftigen.

§ 7. Die hiesigen Besitzer von Milchkühen müssen sich jeder Zeit die Besichtigung und Untersuchung ihres Viehstandes durch den Kreis-Thierarzt oder dessen Vertreter gefallen lassen.

§ 8. Wissenliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden, falls nach den Strafgesetzen nicht höhere Strafen Platz greifen, mit Geldstrafen von 3 bis 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft. Auch kann die vorschriftswidrige Milch conficirt bezw. beaufs. eventl. Vernichtung beschlagnahmt werden.

§ 9. Alle dieser Verordnung entgegenstehenden Bestimmungen werden hierdurch aufgehoben.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem 1. October d. J. in Kraft.

Charlottenburg, den 1. September 1894.

Königliche Polizei-Direktion.

J. B.: Stolze.

Personalchronik.

Im Kreise Osthavelland ist an Stelle des Amtsvorstehers Walther in Vinum, welcher sein Amt niedergelegt hat, der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, Rittergutsopächter Stolze in Dectow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks III. — Vinum — ernannt worden.

Im Kreise Nuppin ist wegen des zum 18. d. M. bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit der Hauptmann a. D. und Fabrikdirector Kayser zu Hohenofen aus Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks III. — Friedrich-Wilhelms-Gesüt. — ernannt worden.

Der Militärämterwärter Lüd in Angermünde ist zum Steuer-Militärsupernumerar ernannt worden.

Der Präparandenlehrer Carl Hannisch in Cöpenick ist unter Ernennung zum Vorschullehrer dem Kaiserin Augusta-Gymnasium zu Charlottenburg überwiesen worden.

Der Lehrer am städtischen Erziehungshause für verwahrloste Knaben zu Nummeleburg, Hermann Hähndel und die Lehrer Schröder XVII., Hahn VII., Doehorn und Kräh sind als Gemeindefschullehrer in Berlin angestellt worden.

Ernannt sind im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg der Gütererpedient Wagner in Berlin zum Güter-Expeditionsvorsteher und der Stations-Assistent Kauffmann in Pichtenberg-Friedrichsfelde zum Gütererpedienten.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Auf seinen Antrag in den Ruhestand getreten ist der Ober-Telegraphenassistent Knauth in Wittenberge (Bez. Potsdam).

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats August 1894 sind:

ernannt zum Ober-Postassistenten der Ranglist E. A. Schulz, zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Aldermann, Annus, Gessow, Heller, Heyer, Jahnke, Klein, Kleinschmidt, Kuczewski, Wigenius;

etatmäßig angestellt als Postsecrtaire: die Postpraktikanten Danke, Girard, Karl Neumann; als Postassistenten die Postassistenten Karl Berndt, Berwig, Herm. Franke, Karl Hasse aus Hamburg, Hauf, Theodor Lange, Robert Pfeiffer; als Telegraphenassistenten die Postassistenten Wilh. Hahn, Pisch in Charlottenburg, Pielich, Möbriht, Emil Witte aus Potsdam;

versetzt: Postsecrtaire Fleischer von Tanga nach Berlin;

in den Ruhestand getreten die Ober-Telegraphenassistenten Brendel, E. G. Hoffmann, M. R. Menzel;

gestorben: Postsecrtaire M. A. Krause, Ober-Postsecrtaire a. D. Jurek in Charlottenburg, die Postsecrtaire a. D. Pelzer und Rückwardt, Postverwalter Rogge in Grunewald.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. der Ausgewiesenen	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Vertheilung, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1	2	3	4	5	6
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Moro Jacob Gallorotti, Schauspieler,	geboren am 30. Mai 1860 zu Chiavenna, Provinz Sondrio in Italien, italienischer Staatsangehöriger,	(drei) königlich bayerisches Jahre Zuchthaus samt Bezugsamt Bam- berg II., Urtheil vom 19. Okto- ber 1891,	Königlich bayerische Bezirksamt Bam- berg II.,	25. Juni 1894.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Frankl, Kommis,	geboren am 6. Juni 1837 zu Tuzr, Bezirk Smichow, Böhmen, ortsangehörig ebenda,	Landstreicherei u. Führung falscher Zeugnisse,	Königlich bayerische Bezirksamt Mühl- dorf,	21. Juli 1894.
2	Marine Gantfort, Maschinist,	geboren am 19. Febr. 1868 zu Gre- noble, Departement Isere, Frankreich, orts- angehörig ebenda,	Landstreicherei,	Königlich bayerische Polizei Direktion München,	16. Juli 1894.
3	Winkel Hendel, geb. Rothbaum,	10 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Krakau, Galizien,	Landstreicherei und Betheili- gung an derselben,	Großherzoglich badi- scher Landeskommissar zu Freiburg,	4. August 1894.
4	Alten Jenter, Kommis,	geboren am 19. Juli 1870 zu Paris, orts- angehörig ebenda,	Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Coblenz,	11. Juli 1894.
5	Johann Kede, Schiffer,	geboren am 10. Juni 1839 zu Unter-Tanne- nig, Mähren, ortsan- gehörig ebenda,	Betheiligung an Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	28. Juli 1894.
6	Edmund Rothbaum, geb. Canier,	geboren im Jahre 1839 zu Krakau, Galizien, ortsangeb. ebenda,	Landstreicherei u. Betheili- gung an derselben,	Großherzoglich badi- scher Landeskommissar zu Arelburg,	4. August 1894.
7	Siegfried Seehöfer, Schlosser,	geboren am 29. Januar 1877 zu Markgrafene- felde, Bezirk Groß- Engersdorf, Nieder- österreich, österreichi- scher Staatsangehöriger,	Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	7. August 1894.
8	Guiseo Esferza, Maurer,	geboren im Jahre 1873 zu Triest, ortsangehörig ebenda,	Zuchthaus u. Landstreicherei,	Königlich bayerische Polizei Direktion München,	28. Juli 1894.
9	Adolf Georg Friedrich Simonien, Klempnergehilfe,	geboren am 12. April 1866 zu Kopenhagen, Dänemark, ortsange- hörig ebenda,	Betheiligung an Landstreicherei,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	30. Juli 1894.
10	Franz Trennisch, Tuchmacher und Färber,	geboren am 14. März 1846 zu Jägerndorf, Bezirk Troppau, De- sterreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebenda,	Landstreicherei,	derselbe,	derselbe.

N.º	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Stand der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungsges. Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
11	Anton Effenberger, Arbeiter,	geboren am 1. August 1839 zu Diebshölzel, Bezirk Neustadt, Böh- men,	Pottsd.,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	9. August 1894.
12	Johann Eicher, Müller,	geboren am 24. Juli 1847 zu Haunolding, Bez. Böcklabruck, orts- angehörig zu Gam- pern, Bezirk Böckla- bruck, Oesterreich,	Landshut u. Pottsd.,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	2. August 1894.
13	Gerolamo Finelli, Koch,	geboren am 3. Juli 1844 zu Gornate infe- riore, Provinz Como, Italien, ortsangehörig ebendasselbst,	Pottsd.,	dieselbe,	24. Juli 1894.
14	Josif Warentze, Glasmacher,	geboren am 10. No- vember 1874 zu Göt- schin, Komitat Baraja, Ungarn, österreichisch- ungarischer Staatsan- gehöriger,	Landshut u. Pottsd.,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	11. August 1894.
15	François Raimond Martbe, Artist,	geboren am 17. März 1858 zu Tarbes, De- partement Haute-Py- renées, Frankreich, ortsangehörig ebenda- selbst,	Landshut u. Pottsd.,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	3. Juli 1894.
16	Karl Raimann, Buchbinder,	geboren am 23. April 1868 zu St. Gallen, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst,	Landshut u. Pottsd.,	dieselbe,	28. Juli 1894.
17	Armin Schleiffer, Bäckergeselle,	geboren am 1. August 1876 zu Mischdorf, Komitat Preßburg, Ungarn, österreichisch- ungarischer Staatsan- gehöriger,	Landshut u. Pottsd.,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	16. August 1894.
18	Johann Schmidt, Tischler,	geboren am 14. Mai 1843 zu Oltersdorf, Oesterreichisch-Schle- sien,	Pottsd.,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	13. August 1894.
19	Heinrich Zendaeg, alias Zender, Handelsmann,	geboren am 25. Dezem- ber 1852 in Janowo, Gouvernement Plesk, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	Landshut u. Pottsd.,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	9. August 1894.

Hierzu Sechs Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.
Verlagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hayschen Erben.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben am 17. September 1894.

Polizeiverordnung über den Schiffsverkehr auf dem Strom- gebiete der Elbe während der Cholerazeit.

Auf Grund des § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges. Samml. S. 195) wird hierdurch Folgendes verordnet.

§ 1. Auf den zum Stromgebiete der Elbe gehörigen, in Preußen gelegenen Strom-, Fluß- und Kanalfreden ist jeder Schiffer und Flößer verpflichtet, an den von dem Reichskommissar für die Gesundheitspflege im Stromgebiete der Elbe errichteten ärztlichen Kontrollstationen oder auf Verlangen der Revisionsbeamten auch außerhalb der Stationen zu halten, das Untersuchungspersonal an Bord zu nehmen und den Anordnungen der Beamten unweigerlich Folge zu leisten.

Die Kontrollstationen und die Untersuchungsfahrzeuge sind durch große weiße Flaggen kenntlich gemacht.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe von 100 M. geahndet, sofern nicht nach den Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt für die Spree von Köpenick bis zur Einmündung in die Havel, die Havel, den Plauenschen Kanal und den Elbstrom abwärts von der Einmündung dieses Kanals bis zur Hamburgischen Staatsgrenze sowie für die Nebenwässer dieser Wasserstraßen sofort in Kraft.

Insofern für andere Theile des im § 1 bezeichneten Stromgebiets Kontrollstationen errichtet werden, tritt für diese die gegenwärtige Polizeiverordnung mit dem Tage in Kraft, an dem die Errichtung der Stationen im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht wird.

Berlin, den 13. September 1894.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: Pöhmann.

Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs im Stromgebiete der Elbe.

Der Herr Reichskanzler hat wegen der Gefahr des Uebergreifens der Cholera in das Stromgebiet der Elbe eine gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs im Stromgebiete der Elbe wie in den beiden vorausgegangenen Jahren eingerichtet und den Landrath Dr. Steinmeister zum Reichskommissar für die Gesundheitspflege in diesem Stromgebiet mit dem Amtssitz in Berlin (Wilhelmstraße 74) bestellt. Die Thätigkeit des Kommissars wird sich vorläufig auf die Havel, die Spree von deren Einmündung in die Havel bis unmittelbar vor Köpenick, den Plauenschen Kanal, sowie den Elbstrom abwärts von der Einmündung des genannten Kanals bis zur Hamburgischen Staatsgrenze erstrecken.

Zur gesundheitspolizeilichen Ueberwachung des Schiffsverkehrs auf der Havel sind zwei ärztliche Kontrollstationen errichtet worden:

- 1) in Potsdam mit den Revisionsstellen an der Redliger Brücke, an der Glienider Brücke (Hoffmann'sches Grundstück) und bei Kaputh, welcher die Havelstrecke von Spandau bis Regin und die mit dieser in Verbindung stehenden Gewässer zugewiesen sind;

Vorstand: Stabsarzt Dr. Walther in Potsdam, Neue Königsstraße Nr. 132.

- 2) in Rathenow, welcher die Havelstromstrecke von Regin bis zur Havelmündung zugewiesen ist und der Stabsarzt Dr. Graefner vorsteht.

Potsdam, den 15. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

[illegible][illegible]

... and the student is ...

Neuzeit

**der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.**

Stück 38.

Den 21. September

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

- (Stück 29.) **Nr 2185.** Verordnung, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen über die Tagegelde und Fuhrkosten von Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. Vom 27. Juni 1894.
- (Stück 30.) **Nr 2186.** Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 441) und des Gesetzes, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 290). Vom 30. Juni 1894.
- (Stück 31.) **Nr 2187.** Bekanntmachung, betreffend Ergänzung der dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. Vom 4. Juli 1894.
- (Stück 32.) **Nr 2188.** Verordnung, betreffend die Passpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden. Vom 30. Juni 1894.
- (Stück 33.) **Nr 2189.** Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu. Vom 18. Juli 1894.
- (Stück 34.) **Nr 2190.** Handels- und Schiffsabris-vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Orientalischen Republik Uruguay. Vom 20. Juni 1892.
- Nr 2191.** Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Schweinepest. Vom 23. Juli 1891.
- (Stück 35.) **Nr 2192.** Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz, betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Marken-schutz. Vom 13. April 1892.
- (Stück 36.) **Nr 2193.** Verordnung wegen Ergänzung der Verordnung vom 16. August 1876, betreffend die Kautionen der bei der Militär- und der Marineverwaltung angestellten Beamten. Vom 31. Juli 1894.
- Nr 2194.** Verordnung wegen Abänderung der Verordnung vom 23. April 1879, betreffend den Urfaß der gesandtschaftlichen und konsularbeamten und deren Stellvertretung. Vom 17. August 1894.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 22.) **Nr 9684.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Lübeck wegen Herstellung eines neuen Schiff-fahrts-Kanals zwischen der Elbe bei Lauenburg und der Trave bei Lübeck. Vom 4. Juli 1893.
- Nr 9685.** Gesetz, betreffend die Gewährung eines

Beitrages Preußens zu den Kosten der Herstellung des Elbe-Trave-Kanals durch die freie Hansestadt Lübeck. Vom 20. Juni 1894.

Nr 9686. Gesetz über die Landwirtschaftskammern. Vom 30. Juni 1894.

Nr 9687. Kirchengesetz, betreffend die Abänderung der Kirchengesetze vom 22. Dezember 1870 (Gesetz-Samml. 1871 S. 1), vom 5. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 277) und vom 28. Juni 1882 (Gesetz-Samml. S. 329) über die Wahlen der Pfarrer in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 18. Juni 1894.

(Stück 23.) **Nr 9688.** Gesetz, betreffend die Fischerei der Ufereigenthümer in den Privatflüssen der Provinz Westfalen. Vom 30. Juni 1894.

(Stück 24.) **Nr 9689.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg, Jülich, Malmédy, Siegburg, Dülken, Rheinberg, Kempen, Aldenau, Andernach, Kirchberg, Mayen, Simmern, Kreuznach, Stromberg, Kerpen, Köln, Grevenbroich, Böllingen, Saarlouis, Badern, Perl, Trier und Rhaynen. Vom 16. Juli 1894.

Nr 9690. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für Theile der Bezirke der Amtsgerichte Sieboldshausen und Nott-heim. Vom 23. Juli 1894.

(Stück 25.) **Nr 9691.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aachen, Düren, Erkelenz, Malmédy, Monjoie, Geilenkirchen, Altenheven, Bonn, Rheinbach, Euskirchen, Lohberich, Castellaun, Simmern, Kirchberg, Cochem, Sankt Goar, Münstermaifeld, Wiesel, Kerpen, Baumholder, Hillesheim, Hermesfeld, Wittlich, Merzig, Rhaynen, Wittburg, Neuwied, Trier und Prüm. Vom 8. August 1894.

(Stück 26.) **Nr 9692.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin wegen Herstellung einer Eisenbahn von Rostock über Sülze nach Tribsees. Vom 31. März 1894.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Anbringung von Nachlässen mit aufgedruckter Anweisung zur Wiederbelebung Getrunkenen.

14. Um die Kenntniß der zur Wiederbelebung Er-trunkenen geeigneten Maßregeln in möglichst weiten

Kreisen zu verbreiten, hat der Vorstand des Deutschen Samariter-Vereins eine durch Zeichnungen erläuterte Anweisung zusammenstellen und auf Blechtafeln überdrucken lassen, die er unentgeltlich an die Eigenthümer und Führer aller Preussischen See-, Fluss- und Binnenschiffe abzugeben bereit ist, welche in der Empfangsbescheinigung sich zur Anheftung der Tafeln auf ihren Schiffen verpflichten.

Indem ich Vorstehendes zur Kenntniß der Vertheilten bringe, bemerke ich, daß die nachstehenden Behörden zur Vertheilung dieser Tafeln anzuordnen sind:

- 1) das Polizei-Schiffahrts-Bureau zu Berlin, Probststraße Nr. 8,
- 2) die königliche Polizei-Direktion zu Charlottenburg,
- 3) die sämtlichen königlichen Landraths-Aemter der Provinz,
- 4) die königliche Polizei-Direktion zu Potsdam,
- 5) sowie die Polizei-Verwaltungen zu Brandenburg, Spandau, Cossen, Frankfurt a. O., Cüstrin und Landsberg a. B.

Potsdam, den 7. September 1894.

Der Ober-Präsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungs-Präsidenten.

Standesamtsbezirks-Veränderung.

208. Nachdem die Amtsbezirke Wilsdorf Nr. 11, Briezig Nr. 12, Baumgarten Nr. 20 und Klockow Nr. 34 (Kreis Prenzlau) durch Auflösung der Landgemeinden Kleptow und Wilsdorf bzw. durch Zuteilung der früher zu denselben gehörenden Grundstücke zu den Gutsbezirken Ludwigsborg, Kleptow, Wilsdorf und der Landgemeinde Briezig verändert worden sind, wird der Standesamtsbezirk Wilsdorf Nr. 10 aus dem jetzigen Amtsbezirk Wilsdorf Nr. 11, der Standesamtsbezirk Briezig Nr. 11 aus dem jetzigen Amtsbezirk Briezig Nr. 12, der Standesamtsbezirk Baumgarten Nr. 19 aus dem jetzigen Amtsbezirk Baumgarten Nr. 20 und der Standesamtsbezirk Klockow Nr. 33 aus dem jetzigen Amtsbezirk Klockow Nr. 34 gebildet.

Potsdam, den 17. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Erledigte Kreisthierarztsstelle.

209. Die durch Versetzung des bisherigen Inhabers erledigte Kreisthierarztsstelle des Kreises Templin, mit dem Wohnsitz in Templin, soll wieder besetzt werden.

Einwaise Bewerber werden aufgefordert, sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufs bis zum 15. Oktober bei mir zu melden.

Potsdam, den 8. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

B e s c h l u ß,

betreffend die Erhöhung der Vergütungssätze für den in der Zeit vom 17. August bis Ende September d. J. im Kreise Teltow geleisteten Vorspann.

210. Die vom Bundesrathe festgestellten Vergütungssätze für geleisteten Vorspann werden gemäß § 4 Art. 11. des Gesetzes vom 21. Juni 1887 (R.-G.-Bl. 245) und § 9 der dazu erlassenen Instruction vom 30. August

1887 (R.-G.-Bl. 433) für den Kreis Teltow von 7 M. auf 8,40 M. für den Einspanner, von 10,50 M. auf 12,60 M. für den Zweispänner und von 3,50 M. auf 4,20 M. für jedes weitere Pferd für die Zeit vom 17. August bis Ende September d. J. erhöht.

Potsdam, den 14. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verleibung für Rettung aus Lebensgefahr.

211. Der Geheime Kanzlei-Diätar Knauth zu Berlin hat am 10. August 1893 den Knaben Fris Spokowski aus Berlin aus der Gefahr des Ertrinkens in der Spree bei Treptow gerettet.

Diese menschenfreundliche, mit Muth und Entschlossenheit ausgeführte That bringe ich hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniß.

Potsdam, den 8. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verleibung für Rettung aus Lebensgefahr.

212. Der Kaufmann Alfred Hausdorf aus Coepenick hat am 15. Mai d. J. ein 9 Jahre altes Kind vom Tode des Ertrinkens in der Spree bei Coepenick gerettet. Diese von Muth und Entschlossenheit zeugende That des Hausdorf bringe ich hiermit belobigend zur allgemeinen Kenntniß.

Potsdam, den 14. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viechseuchen.

213. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Kossäthen Jänide in Bredow, Kreis Osthavelland.

Erlöschen ist der Bläschenauschlag unter dem Rindvieh in Schöneiche, der Milzbrand unter dem Rindvieh auf Kieselgut Heinerödorf, Kreis Teltow.

Potsdam, den 18. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen

der königlichen Regierung.

13. Auf Grund des § 26 des Regulativs über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägerkorps vom 1. Oktober 1893 werden bei den königlichen Regierungen zu Danzig, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Köslin, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Lüneburg, Osnabrück, Wiesbaden, Düsseldorf, Köln und Trier, sowie im Bereiche der Hofkammer der königlichen Familiengüter neue Notirungen der forstversorgungsberechtigten Jäger der Klasse A. bis auf Weiteres dergestalt ausgeschlossen, daß bei den genannten Behörden nur Meldungen solcher Jäger angenommen werden dürfen, welche zur Zeit der Ausstellung des Forstversorgungscheines mindestens 2 Jahre im Staatsforstdienste des betreffenden Bezirkes beschäftigt sind.

Berlin, den 27. August 1894.

Der Minister.

für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage gez. Donner.

Vorstehende Bestimmung wird hiermit zur Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 12. September 1894.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat August 1894.

66. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	14	Mark	02	Pf.
do. (mittel)	13		63	
do. (gering)	13		24	
do. Roggen (gut)	11		88	
do. (mittel)	11		55	
do. (gering)	11		23	
Gerste (gut)	15		32	
do. (mittel)	12		91	
do. (gering)	10		52	
Hafer (gut)	14		73	
do. (mittel)	13		59	
do. (gering)	12		49	
Erbisen (gut)	16		99	
do. (mittel)	15		88	
do. (gering)	14		77	
Nichtstroh	3		90	
Heu	5		23	

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag für 50 Kgr.

Hafer 8,01 Mk.; Stroh 2,35 Mk.; Heu 3,48 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	—	Pf.
Speisebohnen (weiße)	35		—	
Linzen	48		24	
Kartoffeln	6		28	
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1		40	
1 " Rindfleisch (Bauchfleisch)	1		10	
1 " Schweinefleisch	1		30	
1 " Kalbfleisch	1		30	
1 " Hammelfleisch	1		30	
1 " Speck (geräuchert)	1		45	
1 " Eibutter	2		30	
60 Stück Eier	3		12	

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbez. Kochen)	32	Mark	50	Pf.
Speisebohnen (weiße)	32		50	
Linzen	47		50	
Kartoffeln	5		94	
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1		46	
1 " (Bauchfleisch)	1		14	
1 " Schweinefleisch	1		49	
1 " Kalbfleisch	1		40	
1 " Hammelfleisch	1		49	
1 " Speck (geräuchert)	1		50	

für 1 Kgr. Eibutter

60 Stück Eier

2 Mark 20 Pf.

3 = 40

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats August 1894:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	30	Pf.
do. desgl. a. Roggen	26	
Gerstengraupe	35	
Gerstengröße	33	
Buchweizengröße	38	
Hafergröße	43	
Hirse	38	
Reis (Java, mittler)	50	
Java-Kaffee (mittler, roh)	3	Mark 10
(gelb in gebr. Bohnen)	4	27
Speisesalz	20	
Schweineschmalz (hiefiges)	1	50

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	35	Pf.
do. desgl. a. Roggen	30	
Gerstengraupe	55	
Gerstengröße	45	
Buchweizengröße	45	
Hafergröße	48	
Hirse	45	
Reis (Java, mittler)	55	
Java-Kaffee (mittler, roh)	2	Mark 80
Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3	55
Speisesalz	20	
Schweineschmalz (hiefiges)	1	35

Berlin, den 4. September 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Berlin.

58. Bei dem Kaiserlichen Postamt in Straßau ist eine Unfallmeldestelle zur Einrichtung gelangt. Die Auslieferung von Unfallmeldungen während der Nachtzeit hat durch ein Fenster zu erfolgen. Zur Herbeirufung des Beamten haben sich die Auslieferer der durch ein Schild kenntlich gemachten Nachtlöcher zu bedienen.

Berlin, C. 8. September 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Größung des Rohrpostbetriebes bei dem Postamt 31 (Uferdammstraße).

59. Am 1. Oktober wird bei dem Postamt 31 (Uferdammstraße) der Rohrpostbetrieb eröffnet. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends statt. Berlin C., 15. September 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen

Consistoriums der Provinz Brandenburg.

26. Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Frankenselde, Diözese Lützenwalde, ist durch das Ableben des Pfarrers Kaeßner am 3. August d. Js. zur Erledigung gekommen. Die Besetzung erfolgt durch die Kirchenbehörde.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Absperrung der Bahnsteige.

Vom 1. Oktober d. J. ab wird auf sämtlichen Stationen der Strecke Berlin—Stettin die Absperrung der Bahnsteige zur Durchführung gebracht. Das Betreten der Bahnsteige ist Personen, die sich nicht im Besitz einer gültigen Fahrkarte befinden, nur gegen Lösung einer Bahnsteigkarte zum Preise von 10 Pfennig gestattet.

Königliches Eisenbahn-Verkehrsamt. (Berlin—Stettin).

Personalchronik.

Der Beigeordnete Michaelis zu Fehrbellin ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der königliche Regierungsvauführer Wilhelm Herold zu Berlin ist als solcher vereidigt worden.

Der bisherige Pfarrer Johann Paul Müller in Jüterbog ist zum Diaconus an der St. Nikolai-Kirche in Potsdam, Diocese Potsdam I., bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Ferdinand Otto Hermann Dessin ist zum Diaconus in Nowawes, Diocese Potsdam I., bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Georg Reil ist als ordentlicher Lehrer an der königlichen Elisabethschule in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Juli 1894.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Sternberg und Dr. Schulte bei dem Amtsgericht in Zielenzig, Dr. Schütt bei dem Amtsgericht in Angermünde, Firle bei dem Amtsgericht in Peitz, Dr. Orgeher bei dem Amtsgericht in Graubenz. Versetzt sind der Amtsgerichtsrath Dr. Wille in Freienwalde a. D. als Landgerichtsrath an das Landgericht in Prenzlau, der Amtsrichter Schlottermann in Forst als Landrichter an das Landgericht in Guben, der Landgerichtsrath Hahn in Dels als Amtsgerichtsrath an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Franz Schulz bei dem Amtsgericht II. in Berlin an das Amtsgericht in Templin. Pensionirt ist der Landgerichtsrath Dillenroth in Frankfurt a. D. Verstorben ist der Handelsrichter Wolf Hermann in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Ernst Jacobi, Sponholz, Dr. Wieprocht, Dr.

Barnau, Otto Bernharbi, Dr. Lewy, Magnus, Dr. Arthur Meyer, Schreiber, Hallensleben, Seligsohn, Ernst Bernhardt, Budezius. Entlassen sind Dr. Döer und Voymeyer behufs Uebertritts zur Kommunal-Verwaltung.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Klein, Justizrath Loos und Isaacsohn bei dem Landgericht I. in Berlin, Seeler bei dem Amtsgericht in Drauzenburg. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte die Gerichtsassessoren Gundlach, Tscholöski und Homeyer bei dem Landgericht I. in Berlin, die Rechtsanwälte Joseph Cohn und Isaacsohn, beide früher beim Landgericht I. in Berlin, Seeler aus Drauzenburg, der Gerichtsassessor Schachtel und der Amtsrichter a. D. Otto Müller bei dem Landgericht II. in Berlin, der Gerichtsassessor Dr. Becker bei dem Amtsgericht in Jüterbog. Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Rosenthal in Prignitz.

IV. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Nehmer, Grohmann, Engel, Gaebe, Klemke, Diederichs, Herg, Windenbach, Rabeling, Rissart, Rake, Krüpsgang, Steinbach, Schindler, Eduard Meyerhoff, Schüler, Hans Schulze, Richard Grathoff, Frehsee. Uebernommen sind Graf von Hopffgarten aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Kelle, Kempner aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Posen, Seeliger aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Naumburg, Hein aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Stettin. Entlassen sind Dr. Martin Richter behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungs-Vorbereitungsdienst, Esternaur und von Wesow-Saleske behufs Uebertritts in den Dienst des Auswärtigen Amtes, Dr. Eggers behufs Uebertritts in den Bremischen Staatsdienst, Dr. Deventer, Albert Voigt und Abresch auf ihren Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind der Gerichtsschreibergehilfe Ernst Schulz beim Kammergericht zum Gerichtsschreiber bei derselben Behörde, der Aktuar Vesser zum Gerichtsschreibergehilfen beim Kammergericht, der Aktuar Georg Freyer zum Gerichtsschreibergehilfen beim Amtsgericht I. in Berlin. Pensionirt sind der Mendant Seefurt bei der Gerichtskasse II. in Berlin, der Gerichtsschreiber Seyler bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Hierzu Vier Oeffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beträgt die Anzahl der Zeilen über 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Mtsblatt

der Königlischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 41.

Den 12. Oktober

1894.

Bekanntmachungen der Königlischen Ministerien.

20. Nach Nr. 2 der Befreiungen des Chaussee-
geldtarifs vom 29. Februar 1840 (Gesetz-Sammlung
für 1840 Seite 95 fglde.) ist für Pferde, welche von
Offizieren oder in deren Kategorie stehenden Militär-
beamten im Dienst und in Dienstiniform geritten
werden, Chausseegeld nicht zu erheben.

Der Begriff der dienstmäßigen Kleidung ist in
dem Runderklasse vom 26. Juni 1852, betreffend die
Befreiung der dienstmäßig gekleideten Offiziere von
Entrichtung des Chausseegeldes bei den innerhalb einer
Meile von ihrem Garnisonorte belegenen Chausseegeld-
hebstellen, dahin erläutert worden, daß zu ihr Uni-
formrock oder Mantel und die Waffe gehören.

Diese Begriffsbestimmung ist den veränderten
Heeresverhältnissen nicht mehr entsprechend.

Wir bestimmen daher, daß für die Befreiung der
Offiziere von der Chausseegeld-Entrichtung (in jeder
Entfernung vom Garnisonorte) fortan das Tragen der
Waffe nicht mehr zu fordern ist, daß es vielmehr ge-
nügt, wenn die Offiziere im Uniformrock oder Mantel
sich befinden.

Berlin, den 15. September 1894.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.
Im Auftrage
gez. Schulz.

Der Kriegsminister.
In Vertretung.
gez. Ersling.

An die sämtlichen Königlischen Herren Regierungs-
Präsidenten.

III. 18022. M. d. 5. N.

79. 9. C. 3. Nr. M.

Bekanntmachungen der Königlischen Regierung.

Anreichung der Zinsscheine Reihe II. in den Schuldverschreibungen
der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1885.

14. Die Zinsscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu
den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten
4prozentigen Staatsanleihe von 1885 über die Zinsen
für die Zeit vom 1. Oktober 1894 bis 30. September
1904 nebst den Anweisungen zur Abhebung der fol-
genden Reihe werden vom 1. September 1894 ab von
der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Dranien-
straße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten
drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine können bei der Kontrolle selbst in

Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-
kassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse
bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der
Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich
oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der
neuen Reihe berechtigenden Zinsscheinanweisungen mit
einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare
ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Post-
amte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem
Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbescheini-
gung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine
ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen.
Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine
Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen,
sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung
ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurück-
zugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle
der Staatspapiere sich mit den Inhabern
der Zinsscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinsscheine durch eine der oben ge-
nannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben
die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse ein-
zureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Em-
fangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und
ist bei Ausbändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern.
Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den ge-
dachten Provinzialkassen und den von den Königlischen
Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden
sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf
es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann,
wenn die Zinsscheinanweisungen abhanden gekommen
sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an
die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der ge-
nannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe
einzureichen.

Berlin, den 15. August 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Be-
merken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formu-
lare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den
Königlischen Kreis- und Forstkassen und den Königlischen
Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 21. August 1894.

Königlische Regierung.

lichen Nierungs-Präsidenten.

Preise im Monat September 1894.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm.						Es kostet je 1 Kilogramm.													
Schweine- fleisch	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch	Erd	Butter	Gin Schied Gier.	Mehl		Gerste		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee mittler gelber in gekr. Behnen		Ereischalz	Schweiner schmalz, feinstg.		
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf. M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.		
1 20	1 10	1 20	1 80	2 40	4 20	25	20	45	30	40	50	50	55	2 70	3 30	20	1 60		
1 20	— 95	1 20	1 80	2 23	3 28	32	26	50	40	40	80	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 25	1 10	1 25	1 50	2 40	3 84	25	20	50	40	50	50	40	50	2 80	4 —	20	1 60		
1 20	1 —	1 20	1 60	2 20	2 80	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60		
1 40	1 30	1 30	1 60	2 40	4 31	26	18	50	30	30	45	50	50	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	1 39	1 20	1 65	2 30	3 18	26	22	41	40	50	50	43	50	2 85	3 70	20	1 80		
1 40	1 12	1 30	1 80	2 40	3 58	30	25	50	50	50	—	40	50	2 80	3 60	20	1 60		
1 20	1 —	1 —	1 55	2 20	3 40	27	19	50	50	50	60	35	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 15	1 35	1 15	1 55	1 96	3 13	23	18	38	28	45	45	38	44	2 75	3 55	19	1 75		
1 50	1 40	1 40	1 59	2 22	3 43	38	28	55	—	45	45	45	40	2 50	3 —	20	1 35		
1 20	1 —	1 15	1 50	2 20	3 58	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60		
1 30	1 30	1 —	1 70	1 73	2 79	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80		
1 30	1 10	1 30	1 70	2 18	3 58	23	20	40	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 70		
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	3 70	35	26	45	40	50	50	50	60	3 —	4 —	20	1 60		
1 20	1 —	1 20	1 60	2 40	4 —	25	20	50	30	40	50	50	60	3 40	3 60	20	1 60		
1 40	1 45	1 50	1 80	2 40	3 85	28	26	40	35	35	40	40	40	2 80	3 40	20	1 40		
1 60	1 20	1 60	1 80	2 40	3 60	30	20	50	40	40	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60		
1 15	1 15	1 10	1 55	2 30	4 80	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60		
1 20	1 10	1 20	1 60	2 40	4 80	30	25	60	60	80	60	80	60	2 60	3 60	20	1 80		
1 46	1 —	1 20	1 60	2 20	3 60	30	20	40	—	40	—	30	40	3 80	4 —	20	1 60		
1 15	— 83	1 13	1 70	1 97	3 24	20	18	45	50	45	50	50	35	2 50	3 40	20	1 70		
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	3 68	19	16	30	24	32	39	32	48	2 70	3 40	20	1 40		

Der Regierungs-Präsident.

232.

Personenwechsel in den Genossenschaftsorganen der Zucker-Berufsgenossenschaft.

Name und Sitz der Berufsgenossenschaft. Name und Wohnort des Vorsitzenden des Genossenschafts-Vorstandes.	Vertrauensmänner und ihre Bezirke.	
	Nr. und Benennung der genossenschaftlichen Bezirke, zu welchen die nebenstehenden, im Regierungsbezirk Potsdam belegenen Fabriken gehören.	a. Vertrauensmann, b. Stellvertreter.
Zucker-Berufsgenossenschaft in Berlin (Verwaltungsbureau in Magdeburg). Vorsitzender: Fabrikbesitzer W. Hahne in Magdeburg.	Nr. 3 Görlitz.	a. Fabrikdirector Windenbach in Po- delzig, b. Fabrikdirector Schubert in Görlitz in Oederbruch für die Zuckerrfabriken: Alt-Ranst, Nauen, Potsdam und Thöningwerder.

Potsdam, den 3. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

233. In Gemäßheit des § 6 Absatz 3 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 (R.-G.-Bl. f. 1886 S. 132), welches mit dem 1. April 1888 vollständig in Kraft getreten ist, und des Ministerialerlasses vom 6. Februar 1888 — M. f. L. 1850 — — setze ich in

M. v. J. I. A. 924

Abänderung meiner Amtsblattbekanntmachung vom 7. April 1888 (R.-M. 1888 Nr. 15 Seite 132 ff.) den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter für den Potsdamer Regierungsbezirk folgendermaßen fest:

M. f. L. B. 599

I. Kreis Angermünde.

A. Für die Städte Angermünde, Oberberg und Schwedt.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 525 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 330 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 330 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 225 M.

B. Für die Städte Greiffenberg, Joachimsthal, Bierbraten und das platte Land.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 420 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 225 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 180 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 150 M.

II. Stadtkreis Charlottenburg.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 750 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 450 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 300 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 225 M.

III. Kreis Jüterbog-Luckenwalde.

Für den Stadtbezirk Luckenwalde.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 420 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 300 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 210 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 180 M.

IV. Kreis Prenzlau.

Für die Städte Prenzlau und Strasburg N.-M.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 450 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 270 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 180 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 120 M.

V. Kreis Westprignitz.

A. Für die ländlichen Ortschaften und die Städte des Kreises mit Ausnahme von Wittenberge.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 450 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 300 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 225 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 180 M.

B. Für die Stadt Wittenberge.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 530 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 300 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 225 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 180 M.

VI. Kreis Ruppin.

Für den ganzen Kreis mit Ausnahme der Stadt Neu-Ruppin.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 420 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 240 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 150 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 150 M.

VII. Stadtkreis Spandau.

- 1) für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 750 M.
- 2) = weibliche " " 16 " " 450 M.
- 3) = männliche " " unter 16 Jahren = 240 M.
- 4) = weibliche " " 16 " " 240 M.

Im übrigen bleiben die in meiner Amtsblattbekanntmachung vom 7. April 1888 aufgeführten Sätze durchweg bestehen.

Potsdam, den 29. September 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

234. Unter den Rüben des Mostereibesitzers Auffan zu Nirdorf ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Potsdam, den 9. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat September 1894

67.

A. Engros-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Mgr. Weizen (gut)	13	Mark	69	Pl.
" " " do. (mittel)	13	"	12	"
" " " do. (gering)	12	"	57	"
" " " Roggen (gut)	11	"	80	"
" " " do. (mittel)	11	"	39	"
" " " do. (gering)	11	"	—	"
" " " Gerste (gut)	16	"	93	"
" " " do. (mittel)	13	"	91	"
" " " do. (gering)	10	"	90	"
" " " Hafer (gut)	14	"	21	"
" " " do. (mittel)	12	"	87	"
" " " do. (gering)	11	"	54	"
" " " Erbsen (gut)	17	"	66	"
" " " do. (mittel)	16	"	45	"
" " " do. (gering)	15	"	24	"
" " " Nichtstroh	4	"	05	"
" " " Heu	5	"	39	"

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag für 50 Mgr.

Hafer Stroh Heu
im Monat September 7,79 Mk., 2,32 Mk., 3,54 Mk.

B. Detail-Marktpreise

im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Mgr. Erbsen (gelb, Kochen)	32	Mark	—	M.
" " " Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
" " " Linen	50	"	—	"
" " " Kartoffeln	5	"	33	"

für 1 Mgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	Mark	40	Pf.
1 " Rindfleisch (Bauchfleisch)	1	"	10	"
1 " Schweinefleisch	1	"	30	"
1 " Kalbfleisch	1	"	30	"
1 " Hammelfleisch	1	"	25	"
1 " Speck (geräuchert)	1	"	45	"
1 " Eßbutter	2	"	30	"
60 Stück Eier	3	"	54	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Mgr. Erbsen (gelb z. Kochen)	32	Mark	50	Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	32	"	50	"
" " " " Linsen	47	"	50	"
" " " Kartoffeln	5	"	90	"
1 Mgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	40	"
1 " " (Bauchfleisch)	1	"	15	"
1 " Schweinefleisch	1	"	44	"
1 " Kalbfleisch	1	"	50	"
1 " Hammelfleisch	1	"	30	"
1 " Speck (geräuchert)	1	"	50	"
1 " Eßbutter	2	"	23	"
60 Stück Eier	3	"	70	"

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats September 1894:

1) In Berlin:

für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	30	Pf.
1 " " desgl. a. Roggen	26	"
1 " Gerstengraupe	35	"
1 " Gerstengröße	33	"
1 " Buchweizengröße	38	"
1 " Hafergröße	43	"
1 " Hirse	38	"
1 " Reis (Java, mittler)	50	"
1 " Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark	80	"
1 " " (gelb in gebr. Bohnen)	3	" 85
1 " Speisesalz	20	"
1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1	" 50

2) In Charlottenburg:

für 1 Mgr. Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	45	Pf.
1 " " desgl. a. Roggen	32	"
1 " Gerstengraupe	55	"
1 " Gerstengröße	40	"
1 " Buchweizengröße	42	"
1 " Hafergröße	45	"
1 " Hirse	45	"
1 " Reis (Java, mittler)	60	"
1 " Java-Kaffee (mittler, roh) 2 Mark	60	"
1 " Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3	" 30
1 " Speisesalz	20	"
1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1	" 40

Berlin, den 5. Oktober 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g.

68. Für den Rechtsbezirk der Stadt Berlin ist der Schornsteinfeger-Jesse Edmund von Pel hier, Mauernstraße Nr. 83 bei Nagel, nach den Vorschriften des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerkes im Stadt-

bezirk Berlin vom 16. November 1888 vom 1. Oktober 1894 ab als Bezirkschornsteinfegermeister angestellt worden. Berlin, den 4. Oktober 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

30. In der Zeit vom 9. bis 23. Oktober d. J. findet in der Diözese Zehdenick unter Leitung des General-Superintendenten D. Dryander eine General-Kirchenvisitation statt, über deren Plan die Geistlichen und Gemeinde-Kirchenräthe der Diözese Auskunft ertheilen können.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

31. Die unter dem Patronate des Königlichen Joachimsthalschen Schulinstituts stehende Pfarrstelle zu Blankenburg, Diözese Oramzow, kommt durch die Ver- setzung des Pfarrers Scheller am 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Für den Verkehr des Publikums mit den Ge- werke-Aufsichtsbeamten sind folgende Sprechstunden bestimmt:

1) Gewerbe-Inspektion Berlin I., umfassend die Polizei-Reviere 22—26, 28, 30, 41—45, 47—49, 52—54, 65, 66, 70, 79, 86, 87, 93—96.

Sprechzimmer: Polizei-Präsidium Alexander- platz, I. Stock, Zimmer 138 (Eingang Portal IV.)

Jeden Dienstag und Freitag 12½—1½ Uhr Mittags.

Jeden Donnerstag 7—8 Uhr Abends.

Am 1. und 3. Sonntag im Monat, 8—10 Uhr Vormittags im Sommerhalbjahr, 12—2 Uhr Nach- mittags im Winterhalbjahr.

2) Gewerbe-Inspektion Berlin II., umfassend die Polizei-Reviere 1, 2, 9—21, 27, 29, 38, 40, 46, 50, 51, 55, 59—62, 68, 80, 81, 88—90, 92.

Sprechzimmer: Georgenkirchplatz 21, 2 Treppen.

Jeden Dienstag und Freitag 12½—1½ Uhr Mittags.

Jeden Donnerstag 7—8 Uhr Abends.

Am 1. und 3. Sonntag im Monat, 8—10 Uhr Vormittags.

3) Gewerbe-Inspektion Berlin III., umfassend die Polizei-Reviere 3—8, 31—37, 39, 56—58, 63, 64, 67, 69, 71—78, 82—85, 91, sowie die Stadt Charlottenburg.

Sprechzimmer: Finsstraße 22, Hof part.

Jeden Dienstag und Freitag 12½—1½ Uhr Mittags.

Jeden Donnerstag 7—8 Uhr Abends.

Am 1. und 3. Sonntag im Monat, 8—10 Uhr Vormittags im Sommerhalbjahr, 12—2 Uhr Nach- mittags im Winterhalbjahr.

Berlin, den 21. Mai 1894.

Die Gewerbe-Inspektoren für Berlin und Charlottenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

34. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinförderung die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere und Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinförderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

N ^o	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb	
				für	auf den Strecken der			
1	Internationale Hengstschau.	Wien.	13. bis 16. Oktober.	Pferde.	Preussischen Staatseisenbahnen, der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen u. der Main-Neckar-Eisenbahn.	Ausstellungs-Kommission.	4 Wochen	nach Schluß der Ausstellung.
2	Ausstellung des Geflügelzüchter- und Vogelschütz-Bereine Bromberg, den 30. September 1894.	Sangerhausen.	13. bis 14. Oktober.	Thiere und Gegenstände.	Preussischen Staatseisenbahnen.	Desgl.	4 Wochen	

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

20. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Nieder-Parnitz auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 im II. Quartal 1894/95 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks-Grenzen.

N ^o	Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke.	Bisheriger Gemeinde- resp. Gutsbezirk.	Künftiger Gemeinde- resp. Gutsbezirk.
1	Parzelle N ^o 762/141 des Kartenblatts N ^o 1 vom Gutsbezirk Hermödorf in Größe von 1 ha 75 ar 61 qm.	Gutsbezirk Hermödorf.	Gemeindebezirk Hermödorf.
2	Parzellen N ^o 4, 5, 6, 7, 842/8 und 843/3 des Kartenblatts N ^o 1 vom Gutsbezirk Hermödorf in Größe von 17 ha 65 ar 42 qm.	Gutsbezirk Hermödorf.	Gemeindebezirk Hermödorf.
3	Parzellen N ^o 829/326 und 828/326 des Kartenblatts N ^o 3 vom domainenfiskalischen Gutsbezirk Birkenwerder in Größe von 81 qm.	Domainenfiskalischer Gutsbezirk Birkenwerder.	Gemeindebezirk Birkenwerder.
4	Parzellen N ^o 89 und 90 des Kartenblatts N ^o 5 vom domainenfiskalischen Gutsbezirk Hammer in Größe von 1 ha 33 ar 80 qm.	Domainenfiskalischer Gutsbezirk Hammer.	Stadtbezirk Liebenwalde.
5	Parzellen N ^o 161/78, 162/78, 163/79, 164/79 und N ^o 80 des Kartenblatts N ^o 11 vom Gemeindebezirk Ruhlsdorf in Größe von 1 ha 86 ar 50 qm.	Gemeindebezirk Ruhlsdorf.	Gemeindebezirk Marienwerder.
6	Parzellen N ^o 165/27, 166/27, 168/27, 170/27, 171/27, 172/27, 266/23, 267/23, 268/24, 269/23 und 270/24 des Kartenblatts N ^o 10 vom Gemeindebezirk Berg in Größe von 12 ha 53 ar 13 qm.	Gemeindebezirk Berg.	Gemeindebezirk Randorf.

Berlin, den 4. Oktober 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Parnitz.

Bermischte Nachrichten.

Während des Geschäftsjahres 1895 werden die Gerichtstage in Pultitz am 7. und 21. Januar, 4. und 18. Februar, 4. und 18. März, 1. und 22. April, 6. und 20. Mai, 10. und 24. Juni, 1. und 8. Juli, 16. und 30. September, 14. und 28. Oktober, 11. und

25. November, 9. und 23. Dezember in dem im Rathhause zu Pultitz befindlichen Gerichtszimmer abgehalten werden. Auf dem Gerichtstage können auch Anträge auf Eintragungen in die Landgüterrolle gestellt werden.

Prißnawitz, 28. September 1894.

Königliches Amtsgericht.

Personalchronik.

Im Kreise Lipprignitz ist wegen des Ablaufs seines Dienstzeit der Bauerntobesitzer Müller in Lindenberg auf's Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXXVIII. — Krams — ernannt worden.

Der königliche Regierungskaufmännler Hugo Schiffer ist als solcher vereidigt worden.

Der Katastrassistent Karl Möller ist zum Katasterkontroleur für das Katasteramt Köppla, der Katasterassistent Karl Toevel, bisher in Kassel, zum Katasterkontroleur für das Katasteramt Veresow bestellt worden.

Der Katasterlandmesser Karl Wagner ist der königlichen Regierung in Stettin, der Katasterlandmesser Fritz Bachmann, bisher in Köln, in der kaiserlichen königlichen Regierung überwiesen worden.

Der Eisenbahn-Stationen-Assistent Schulz V. in Johannisthal-Niederschönereide bezug des königlichen Eisenbahn-Petroleum zu Contino ist zum Eisenbahn-Stationen-Einnehmer ernannt worden.

Der Direktor des königlichen Friedrichs-Gymnasiums in Frankfurt a. O. Kern ist in gleicher Eigenschaft an das königliche Luisen-Gymnasium in Berlin versetzt worden.

Der Kandidat des höheren Lehramts Joseph Schlesinger ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Wilhelm Burdardt ist unter Ernennung zum Seminar-Hilfslehrer dem Seminar zu Trautenburg überwiesen worden.

Die Gemeindefullehrer Dank und Trautwein II. sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Armin Müller ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats September 1894 sind **ernannt** zum Postdirektor der Postkassirer Mohr, **etatmäßig angestellt** als Postassistenten die Postambranter Bachmayer, Derpa, Ehlert, Funke, Kleefeldt, Thiele,

versetzt Telegraphenamt Kassier Krosch nach Danzig, Postsekretär Schunk nach Bagamow, Ober Telegraphen-Assistent Hock nach Schwerin (Mdlb.), Postassistent Lababiski nach Breslau,

gestorben Ober-Postassistent Bärwinkel.

Personal-Veränderungen beim königlichen Oberbergamte zu Halle a. S. im 3. Vierteljahre 1894.

Dem Berghauptmann, Wirklichen Geheimen Ober-Bergrath Freiherrn von der Heyden-Hynsch in Halle a. S. ist die Allerhöchste Genehmigung zur Anlegung des ihm verliehenen Kommenburkreuzes I. Kl. des königlich Württembergischen Friedrichs-Ordens mit dem Stern ertheilt worden.

Der Grubenmarktscheider Lonsdorfer ist zum Oberbergamtsmarktscheider ernannt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Heinrich Erni, Koch,	geboren am 15. November 1867 zu Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendasselbst,	Diebstahl und Diebstahlversuch im wiederholten Rückfalle (zwei Jahre drei Monate Zuchthaus, laut Erkenntnis vom 8. Juli 1892),	Großherzoglich badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	10. Septbr. 1894.
2	Adolf Paprskar, Klempnereigefelle,	geboren am 21. März 1857 zu Frankstadt, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl im Rückfalle und Führung falschen Namens (drei Jahre Zuchthaus, 14 Tage Haft, laut Erkenntnis vom 29. Juli 1891),	Polizeibehörde zu Hamburg,	12. Septbr. 1894.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Karl Gattl, Wader,	geboren am 31. Oktober 1874 zu Schlagles, Bezirk Zwentl, Niederösterreich, ortsangehörig zu Puch, Bezirk Waidhofen a. d. Thaya, ebendasselbst,	Diebstahl und großer Unfug,	königlich bayerische Polizei-Direktion München,	27. August 1894.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
2	Moris Kögler, Arbeiter,	geboren am 11. Juni 1834 zu Friedrichs- walde, Bezirk Wil- denswerdt, Böhmen,	Vandstreichen, Betteln und Felddiebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	4. September 1894.
3	Karl Mabeleire, Arbeiter,	geboren am 28. April 1869 zu Horsens, Dänemark, ortsange- hörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	5. September 1894.
4	Johann Oberpran- tacher, Schneider- gehilfe,	geboren am 15. April 1858 zu Nissian, Be- zirk Meran, Tirol, österreichischer Staats- angehöriger,	Vandstreichen und grober Unfug,	königlich bayerisches Bezirksamt Kaulen,	25. August 1894.
5	Václav (Wenzel) Pel, Bäcker und Müller,	geboren am 2. Mai 1829 zu Potebrab, Böhmen, ortsangehö- rig ebendaselbst,	Vandstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	24. August 1894.
6	Karoline Pointner, geb. Schmidleitner, verwitwete Dienstmagd,	geboren am 25. März 1857 zu St. Marien- kirchen, Bezirk Schär- ding, Ober-Oester- reich, ortsangehörig zu Lambach a. d. Traun, Bezirk Wels, eben- daselbst,	falsche Namensangabe, gewerbmäßige Unzucht u. Nichtbeachtung eines Unterkommens,	Stadtmagistrat Passau, Bayern,	4. August 1894.
7	Stanislav Prantner, Tagelöhner,	geboren am 10. Mai 1851 zu Gries in Sellrain, Bezirk Inns- bruck, Tirol, ortsan- gehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	7. September 1894.
8	Franz Stein, Seidenweber,	geboren am 6. Januar 1871 zu Wagstadt, Bez. Troppau, Oester- reichisch-Schlesien,	Betteln, Widerstand gegen die Staatsgewalt, öffent- liche Beleidigung, Kör- perverletzung und Sach- beschädigung,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. September 1894.
9	Karl Berner, Tagner,	64 Jahre alt, geboren zu Koppé, Territorium Vesfort, Frankreich, französischer Staats- angehöriger,	Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	5. September 1894.

Die durch Beschluß des Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Hildesheim vom 21. März 1893 verfügte Ausweisung des Alexander Ruppert aus dem Reichsgebiet ist, nachdem sich herausgestellt hat, daß Ruppert preussischer Unterthan ist, zurückgenommen worden.

Hierzu Fünf Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Vogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

M i t t e l b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 42.

Den 19. October

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf Ihren Bericht vom 9. Mai d. J. will Ich genehmigen, daß bei der von der Staatsbauverwaltung auszuführenden Erweiterung des Schleusenkanals in Rathenow zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Anlage in Anspruch zu nehmenden Grundeigenthums das Enteignungsverfahren nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G. S. S. 221 ff.) in Anwendung gebracht werde. Der eingereichte Lageplan erfolgt anbei zurück.

Neues Palais, den 14. Mai 1894.

gez. Wilhelm R.

gegengez. Thielien.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Tierungs-Präsidenten.

Betrieb von Wasserwerken mit Sandfiltration.

235. Die in der Bekanntmachung über den Betrieb von Wasserwerken mit Sandfiltration vom 16. Mai 1894 in Stück 21 Seite 205 mitgetheilten „Grundsätze für die Reinigung von Oberflächengewässern durch Sandfiltration zu Zeiten der Choleraepidemie“ lassen nach der Äußerung von Sachverständigen eine Ergänzung der Bestimmungen des § 4 Absatz 2 in der Richtung erwünscht erscheinen, daß einerseits eine bestimmte Anleitung für die Herstellung der bei der bakteriologischen Wasseruntersuchung zur Verwendung kommenden Gelatine gegeben und andererseits bei hohem Keimgehalt des Rohwassers die Vornahme der gedachten Wasseruntersuchung an kleineren als den bisher gebräuchlichen Probemengen zugelassen wird. Es hat sich hiernach folgende erweiterte Fassung des § 4 Absatz 2 als empfehlenswerth erwiesen:

Als Nährboden dient eine 10prozentige Fleischwasserpeptongelatine, für deren Herstellung nachstehende Vorschrift zur Richtschnur dienen kann: Ein Theil frisches, fettarmes, fein zerkleinertes Rindfleisch wird in zwei Theilen kalten Wassers möglichst gleichmäßig vertheilt. Nachdem das Fleisch durch 2—3 stündiges Erwärmen auf annähernd 60° genügend ausgezogen ist, wird das Gemenge noch ¼ Stunde lang auf freiem Feuer gekocht und nach dem Erkalten auf etwa 60° durch ein angefeuchtetes Filter klar filtrirt. Alsdann werden auf 100 Theile des Filtrats 0,5 Theile Kochsalz, 1 Theil Pepton, 10 Theile beste, farblose Speisegelatine zugesetzt und nach deren Aufquellen das Ganze durch Einstellen in den Dampfkochtopf in Lösung gebracht. Die

siedend heiße Lösung wird so lange mit Natronlauge (Normallauge oder eine 5%ige Lösung von Natriumcarbonat) versetzt, bis eine herausgenommene Probe auf glattem, blauvioletttem Lakmuspapier (aus schwach geleimten, sogenannten Postpapier hergestellt) neutral, wie zum Vergleich darauf gebrachtes, ausgekochtes, destillirtes Wasser reagirt, d. h. die Farbe des Papiers nicht mehr verändert.

Nach einviertelstündigem Erhitzen im Dampf wird auf's Neue so lange vorsichtig Natronlauge zugesetzt, bis die durch das Erhitzen wieder aufgetretene saure Reaction aufgehoben und der **Lakmusblauneutralpunkt** erreicht ist. Alsdann fügt man noch 1,5 g krystallisirte Soda auf 1 Liter hinzu, wodurch die Gelatine eine schwache, aber ganz bestimmte gleichmäßige Alkalität erhält und für Lakmus und Mosolsäure alkalisch reagirt.

Nachdem die Gelatine darauf ¼ bis 1 Stunde im Dampf erhitzt worden ist, wird sie filtrirt und in Mengen von 10 cem in trockene, sterile Reagenzröhrchen abgefüllt. Zur vollkommenen Klärung der Gelatine ist es zweckmäßig, auf 2 bis 3 Liter derselben nach dem Erkalten auf 60° das Weiße eines Eies, in wenig Wasser vertheilt, zuzusetzen, ¼ Stunde im Dampf zu erhitzen und dann zu filtriren. Die mit einem Wattebausch verschlossenen Röhrchen werden dann noch an 3 auf einander folgenden Tagen je ¼ Stunde im Dampf sterilisirt.

Von dem zu untersuchenden Wasser werden stets 2 Proben zu je 1 cem und ½ cem, falls das Filtrat geprüft wird, zu je ½ cem = 10 Tropfen und ¼ cem = 5 Tropfen der gebräuchlichen Entnahmepipetten, falls das Rohwasser zur Untersuchung gelangt, mit der vorher bei 30 bis 35° verflüssigten Nährgelatine vermischt, durch vorsichtiges Neigen des betreffenden Reagenzglases eine möglichst vollständige Mischung herbeigeführt und der Inhalt des Glases auf eine sterile Glasplatte ausgegossen. Die Platten werden in Glaschalen gelegt, deren Boden mit angefeuchtem Filzpapier bedeckt ist, und bei etwa 20° aufbewahrt. Wird ein besonders hoher Keimgehalt des Rohwassers vorausgesehen oder als regelmäßig vorhanden ermittelt, so empfiehlt es sich, an Stelle der Platte mit 10 Tropfen eine solche mit 1 Tropfen neben der mit 5 Tropfen anzufertigen. An Stelle der Platten können unter Umständen auch die üblichen Doppelschalen, jedoch nur solche mit vollkommen ebener Bodenfläche verwendet werden.

Im letzten Absatz des § 4 ist zwischen den Worten „Wellshügelschen Apparates“ noch „oder eines anderen zweckdienlichen“ einzufügen.

Diese ergänzenden Bestimmungen sind für die Folge in allen einschlägigen Fällen zur Anwendung zu bringen.

Potsdam, den 15. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

236. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Kindern der Bauergutbesitzer Springer und Bäsche zu Groß-Zietzen.

Festgestellt ist der Milzbrand bei einer verendeten Kuh des städtischen Mieselgutes Matzow.

Potsdam, den 16. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Bekanntmachung.

13. Der Forstunterverheber Peter in Freienwalde scheidet am 15. Oktober d. J. auf seinen Antrag aus dem Amte und wird mit diesem Tage die Unterforstfasse in Freienwalde aufgelöst.

Alle Zahlungen für Forstnutzungen sind von diesem Tage ab bei der königlichen Forstkasse in Eberswalde zu leisten. Zur Auszahlung der Löhne an die Waldarbeiter etc., sowie auch zur Gelderhebung für Forstnutzungen aus der Oberförsterei Freienwalde wird der Forstkassenverwandte Rechnungsrath Kreßin aus Eberswalde jeden ersten Dienstag nach dem 1sten und 15ten jeden Monats in Freienwalde anwesend sein.

Potsdam, den 5. Oktober 1894.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Errichtung einer selbständigen Pfarrgemeinde Lankwiz.

32. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenraths, sowie nach Anhörung der Beteiligten wird hierdurch Folgendes bestimmt: 1) Die evangelische Kirchengemeinde Lankwiz, Diözese Cöslin-Land II., wird aus ihrer pfarramtlichen Verbindung mit der Kirchengemeinde Schöneberg gelöst. 2) Für die Kirchengemeinde Lankwiz wird eine eigene Pfarrstelle mit dem Sitz in Lankwiz errichtet. 3) Diese Einrichtung tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft.

Berlin, den 26. September 1894.

Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg.

Potsdam, den 3. Oktober 1894.

Königliche Regierung.
Abtheilung für Kirchen-
und Schulwesen.

33. Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Rohrbeck, Diözese Jüterbog, ist durch die Besetzung des Pfarrers Fährndrich am 1. Oktober d. J. zur Erledigung gekommen. Die Besetzung erfolgt durch die Kirchenbehörde.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

Bekanntmachung.

4. Wir bringen hierdurch unter Bezugnahme auf § 4 der Allgemeinen Vorschriften für die concessionirten Marktscheider im Preussischen Staate vom 21. Dezember 1871 zur öffentlichen Kenntniss, daß der concessionirte Marktscheider Carl Schulke seinen Wohnsitz von Senftenberg N.-L. nach Götibus verlegt hat.

Halle, den 10. Oktober 1894.

Königliches Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

33. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinföhrderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeföhrderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beföhrderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere und Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeföhrderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beföhrderungsscheinen für die Hinföhrderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsamt bestehen.

Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Für Aus- fertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeföhrderung muß erfolgen innerhalb
			für	auf den Strecken der		
I Landwirtschaftliche Ausstellung.	Trier.	3. bis 5. Oktober.	Landwirthschafts- liche Erzeugnisse und Geräthe.	Preussischen Staats-Eisenbah- nen und der Reichs-Eisenbah- nen in Elsaß- Lothringen.	Ausstel- lungs-Kom- mission.	4 Wochen nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 6. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

Kommunalbezirks-Veränderung.

21. Die Ausnahme der in dem Auszuge aus den vorläufigen Fortschreibungsverhandlungen des Gutsbezirks Alt-Geltow unter Kartenblatt 1 N^o 172/92 verzeichneten domainenfiskalischen Parzelle von 0,048 ha Größe in den Gemeindebezirk Alt-Geltow ist von uns genehmigt worden.

Nauen, den 11. Oktober 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Osthavelland.

Personalchronik.

Im Kreise Ruppin ist an Stelle des zeitigen Amtsvorsteher-Stellvertreters Plättrich zu Köris, welcher sein Amt niederzulegen beabsichtigt, der Rittgutsbesitzer, Rittmeister a. D. von Platen in Köris zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtesbezirks IV. — Kampehl — ernannt worden.

Der Kammergerichtsreferendar Freiherr von der Goltz ist zum Regierungsreferendar ernannt worden.

Der Eisenbahn-Stationsassistent Huth in Westend — Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes (Stadt- und Ringbahn) zu Berlin — ist zum Eisenbahn-Stationseinknehmer ernannt worden.

Der Stationsaufseher Schwarz in Gransee — Bezirk des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes zu Stralsund — ist zum Eisenbahn-Stationsvorsteher II. Klasse ernannt worden.

Der Oberpfarrer Johannes Hermann Gustav Kanitz in Wittstock ist zum Superintendenten der Diözese Wittstock ernannt worden.

Der Oberpfarrer Johannes Heinrich Gottlieb Winter in Bredow ist zum Superintendenten der Diözese gleichen Namens ernannt worden.

Der bisherige Diakon an der St. Nikolai-Kirche zu Jüterbog Walter Franz Pfautsch ist zum Pfarrer der Pfarodie Staaken, Diözese Spandau, bestellt worden.

Dem Künstler, Organisten und Lehrer August Belde zu Tempelhofe, Pfarodie Grünthal, Diözese Bernau, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Dem Künstler, Organisten und Lehrer Wilhelm Schued zu Fürstenwerder, Diözese, Prenzlau I., ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Dem Künstler und Lehrer Julius Ludwig Paul Zuckert zu Toppel, Diözese Havelberg-Wilsnack, ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.
Staatmäßig angestellt sind: der Postpraktikant Kramer in Eberswalde als Postsekretär, der Postassistent Glasow in Rathenow als Telegraphenassistent, die Postamtwärter Dettmann in Potsdam und Vohff in Coepenick als Postassistenten.

Ernannt sind: der Postkassirer Rutsch in Potsdam zum Kaiserlichen Postinspektor, der Ober-Postdirektions-

sekretär Bissing in Potsdam zum Postkassirer, die Postsekretäre Thomas und Ballmuth in Potsdam zu Ober-Postdirektionssekretären, der Telegraphenassistent Seiß zum Ober-Telegraphenassistent.

Versezt sind: der Ober-Postdirektionssekretär Zahn in Potsdam als com. Telegraphenamtskassirer nach Hamburg, die Postmeister Hartwig von Neutomschel nach Zehdenick und Podlech von Zehdenick nach Dranienburg, die Postsekretäre Koenig von Berlin nach Brandenburg (Havel), Ritsche von Berlin nach Eudenberg und Schur von Briesen nach Steglitz.
Zunächst probeweise übertragen ist dem Postdirektor Voigt aus Treptow (Rega) die Vorsteherstelle des Postamts in Prenzlau.

Auf seinen Antrag in den Ruhestand getreten ist der Postmeister Wille in Dranienburg.

Geschenke an Kirchen.

Bei dem Konsistorium der Provinz ist Anzeige gemacht über folgende Geschenke, welche neuerdings den mit den Diözesen nachstehend benannten Kirchen z. des Regierungsbezirks Potsdam gespendet wurden:

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin ist der Kirche zu Kiez, Diözese Posen, eine Altarbibel geschenkt.

Ferner:

Beelitz: der Kirche zu Beelitz von Frau verw. Postverwalter Triemel: 300 M. zur Grabpflege, vom Zimmermeister C. Schulz in Alt-Landsberg: 300 M. desgl., der Kirche in Schlunsendorf vom Bauer-Altfinger Mahlow: 2 Teppiche.

Belzig: der St. Vincenz-Kirche in Belzig von der Gemeinde: Kreuzfix.

Berlin I.: der Erlöser-Kirche zu Rummelsburg von der Stadtgemeinde Berlin: Grundstück für Kirche, Pfarrhaus zc.

Neustadt-Brandenburg: der Kirche zu Borchow vom Pfarrer Seehausen: versilb. Taufkanne.

Havelberg-Wilsnack: der Kirche zu Groß-Leppin von Frauen der Gemeinde: Altarteppich.

Perleberg: der Kirche zu Gublisdorf vom Pfarrer Schmidt: Taufstein und Taufbecken.

Neu-Ruppin: der Kirche zu Krenzlin vom Stellmacher Schürker und Frau: Taufsteindecke, der Kirche zu Garz vom Rittgutsbesitzer Fr. Lieut. von Quast: Teppich.

Spandau: der Kirche zu Besten von der Gemeinde: 434,40 M. und mehrere Kleider für die Armen, von Frauen der Gemeinde: Wohnungseinrichtung, Wäsche zc. für die Diakonissen-Station, von mehreren Gemeindegliedern: 250 M. zur Unterhaltung der Diakonissen-Station.

Templin: der St. Mar.-Magd.-Kirche in Templin von einer Förstersfamilie: 2 Altarkerzen, von zwei Jungfrauen: Altarlöffel.

Königs-Wusterhausen: der Kirche in Münchehofe von der verst. Frau Hegemeister Gosa in Neuendorf: 10000 M.

Zossen: der Kirche zu Schönau vom Bauer-Altfinger Pundt: Kanzelbibel.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Car. N.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1	2	3	4	5	6
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Carlo Giovanni Primi, Tagelöhner,	36 Jahre alt, aus Casel- lanza, Bezirk Gallar- ate, Provinz Mailand, Italien, ortsangehörig ebendasselbst,	mehrfacher schwerer Dieb- stahl im wiederholten Rückfalle (fünf Jahre Zuchthaus laut Erkennt- niß vom 14. Oktober 1889),	Großherzoglich badi- scher Landescommis- sär zu Karlsruhe,	19. September 1894.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Marie Christine Nielsen, Dienstmädchen,	29 Jahre alt, geboren zu Dürkew auf See- land, dänische Staats- angehörige,	gewerbsmäßige Unzucht und Brandbruch,	Polizeibehörde zu Hamburg,	12. Septbr. 1894.
2	Niels Peter Nielsen, Maurer,	geboren am 3. Mai 1872 in Sullerup auf Fassier, ortsangehörig ebendasselbst, dänischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion zu München,	4. Septbr. 1894.
3	Jacob Rubenstein, Schneider,	geboren zu Mitau, Kur- land, 64 Jahre alt, russischer Staatsange- höriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	15. Septbr. 1894.
4	Bär Rubenstein,	geboren in Mitau, Kur- land, 12 1/2 Jahre alt, russischer Staatsange- höriger,	desgleichen,	derselbe,	15. Septbr. 1894.
5	Lucian Schulaß, Holzarbeiter,	geboren am 25. Juni 1865 zu Rudowka, Kreis Elminof, Gou- vernement Grodno, ortsangehörig ebendaß- selbst,	Vetteln u. Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	30. August 1894.
6	Kranz Strunz, Bildhauer,	geboren am 13. De- cember 1860 zu Tachau, Böhmen, ortsangehö- rig zu Dürmaul, Be- zirk Mlan, Böhmen,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühl- dorf,	3. Septbr. 1894.
7	Anton Ullmann, Schmiedegeselle,	geboren am 14. Juni 1854 zu Reichenau bei Gablonz, Böhmen,	Vetteln und Landstreichen,	Königlich Sächsischer Kreisauptmann- schaft Dresden,	31. Juli 1894.
8	Leonhard Wermeling, Schuhmachergeselle,	geboren am 16. Juni 1862 zu Nymwegen, Niederlande, nieder- ländischer Staatsange- höriger,	Vetteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Aachen,	11. Septbr. 1894.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einfältige Druckzeile 20 Pf.

Verlagsblätter werden der Zeile mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der N. N. Damm'schen Guben.

Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 43.

Den 26. Oktober

1894.

Bekanntmachungen

des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

237. Der Apotheker K. E. Hartung, welcher bisher als Besitzer der Apotheke in der Teltower Vorstadt zu Potsdam eine Filialapotheke in Nowawes-Neuendorf gehalten hatte, hat in letzterer Ortschaft eine selbstständige Apotheke eröffnet; die Filialapotheke daselbst ist eingegangen. — Die Konzession zum weiteren Betriebe der Apotheke in der Teltower Vorstadt von Potsdam ist dem Apotheker Heinrich Fredenhagen erteilt worden.

Potsdam, den 12. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1894.

238. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die **schussfreien Tage** auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1894, wie folgt, festgesetzt worden sind:
Oktober: 28. 31.

November: 1. 4. 5. 7. 11. 12. 14. 18. 19. 21. 25. 26. 28.

Dezember: 2. 5. 8. 9. 12. 13. 16. 19. 20. 23. 25. 26. 30. 31.

Potsdam, den 15. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs im Stromgebiete der Hbe.

239. Die ärztliche Schiffskontrollstation in Rathenow, s. Bekanntmachung vom 15. September 1894 Amtsbl. S. 387, ist aufgelöst worden; die Kontrollstation Potsdam mit ihren Revisionsstellen bleibt einstweilen noch bestehen. Potsdam, den 19. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

240. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 21. v. M. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Teltow belegene Landgemeinde Schönau mit der Landgemeinde Zehlendorf in demselben Kreise vereinigt werde.

Potsdam, den 23. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

241. Nachdem durch meine Bekanntmachung vom 6. April d. J., veröffentlicht in Nr. 15 des Amtsblattes (S. 148), die Polizeibehörden angewiesen worden sind, Bauerlaubnisgesuche für gewerbliche Anlagen, welche

unter § 16 der Reichsgewerbeordnung fallen, auf den dort vorgeschriebenen Weg zu verreiben, ordne ich für die Behandlung der Bauerlaubnisgesuche für gewerbliche Anlagen, welche nicht unter § 16 a. a. O. fallen, Folgendes an:

Derartige Gesuche sind nebst den Unterlagen (Zeichnungen, Plänen etc.) von den **Polizeibehörden** vor Ertheilung der Bauerlaubnis dem zuständigen **Gewerbeaufsichtsbeamten** vorzulegen

I. in jedem Falle, wenn es sich um

Anlagen zur Verarbeitung von

Bleizucker und Bleifarben,

zur Anfertigung von Cigarren,

Cichorienfabriken,

Drahtziehereien,

Spinnereien und Hechelräume,

Zuckerfabriken und Raffinerien,

überhaupt um solche Anlagen handelt, für deren Einrichtung höheren Ortes allgemeine Vorschriften erlassen sind oder noch erlassen werden;

II. wenn es sich um gewerbliche Anlagen handelt, für welche Motoren irgend welcher Art benutzt werden, sobald der Betrieb nicht rein handwerksmäßig geschehen soll. Wenn Zweifel darüber obwalten, ob ein Betrieb als handwerksmäßiger oder fabrikmäßiger anzusehen ist, hat die Vorlage bei dem Gewerbeaufsichtsbeamten stets zu erfolgen.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben die Gesuche daraufhin zu prüfen, ob die zu errichtenden Anlagen, namentlich in baulicher Hinsicht, den gemäß § 120a. der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891 (R.-G.-Bl. S. 261) zu stellenden Anforderungen, sowie den sonst aus gewerbepolizeilichen Rücksichten ergangenen Vorschriften genügen. Das Ergebnis der Prüfung ist den Polizeibehörden mitzutheilen, welche vor Ertheilung der Bauerlaubnis darauf hinzuwirken haben, daß die etwa bezeichneten Mängel beseitigt werden. Wenn in einem Falle die Polizeibehörde Bedenken trägt, dem Gutachten des Gewerbeaufsichtsbeamten volle Folge zu geben, so ist meine Entscheidung einzuholen.

Bei der nach Vorstehendem erforderlichen Vorlegung und Prüfung der Bauerlaubnisgesuche ist mit thunlichster Beschleunigung zu verfahren und jede andere, als durch die Versendung der Gesuche und der Unterlagen gebotene Verzögerung zu vermeiden.

Potsdam, den 20. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

242. Im Verlage von Julius Springer in Berlin ist kürzlich eine im Kaiserlichen Gesundheitsamte ausgearbeitete, gemeinschaftliche Anleitung zur Gesundheitspflege unter dem Titel „Gesundheitsbüchlein“ erschienen. In dem Buche ist kurz und übersichtlich zusammengestellt, was nach der neueren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reiche jeder Gebildete auf dem Gebiete der Gesundheitslehre und Gesundheitspflege wissen oder wenigstens sich jederzeit verfügbar halten sollte. Der Inhalt ist so ausgewählt und gefaßt, daß das Buch nicht nur, in höheren Lehr- und Bildungsanstalten als Leitfaden beim Unterricht, sondern auch insbesondere Verwaltungsbeamten als Rathgeber auf dem Gebiete der Gesundheitspflege dienen kann. Die Rechtschreibung folgt den zur Zeit in den Schulen geltenden Bestimmungen.

Der Preis ist im Interesse einer größeren Verbreitung auf nur 1 M. für das kartonirte Exemplar festgesetzt worden.

Ich empfehle die Anschaffung dieses Werkes.

Potsdam, den 23. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Riechseuchen.

243. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauen- seuche unter den Rindern des Bauerhofesigens Karl Mohrbeck zu Groß-Zietzen und der Landwirthe Gustav Lehmann und Julius Moesgen zu Teltow sowie die Influenza (Brustseuche) unter den Pferden des Gutsbesizers Pfister in Granzow (Kreis Ostprignitz.)

Erlischen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rindern der Bauergrundbesitzer Springer und Bäsche zu Groß-Zietzen (Kreis Teltow) und der Bläschenauschlag bei dem Bullen des Bauern Bolter zu Christ (Kreis Ostprignitz) und den Kühen des Bauern Friedrich Frauböse zu Christ (Kreis Ostprignitz) und des Arbeiters Grasse zu Neu-Stahnsdorf (Kreis Beeskow-Storkow.)

Potsdam, den 23. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen
der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

16. Der Forstuntererheber Peter in Freienwalde scheidet am 15. Oktober d. Js. auf seinen Antrag aus dem Amte und wird mit diesem Tage die Unterforstkasse in Freienwalde aufgelöst.

Alle Zahlungen für Forstnutzungen sind von diesem Tage ab bei der Königl. Forstkasse in Eberswalde zu leisten. Zur Auszahlung der Löhne an die Waldarbeiter u., sowie auch zur Gelderhebung für Forstnutzungen aus der Oberförsterei Freienwalde wird der Forstkassenrendant Rechnungsrath Kressin aus Eberswalde jeden ersten Dienstag nach dem 1ten und 15ten jeden Monats in Freienwalde anwesend sein.

Potsdam, den 5. Oktober 1894.

Königliche Regierung.

Bekanntmachung.

17. Für die im Jahre 1895 in Berlin abzuhaltende Turnlehrerprüfung ist Termin auf **Montag den 25. Februar 1895** und die folgenden Tage anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerber sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum **1. Januar 1895**, Meldungen anderer Bewerber bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk der Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum **1. Januar k. J.** anzubringen. Nur die in Berlin wohnenden Bewerber, welche in seinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizeipräsidenten hieselbst bis zum **1. Januar k. J.** einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom **15. Mai 1894** vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit ausgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Heft vereinigt vorzulegen.

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Im Auftrage: Kügler.

Wir machen bei vorstehender Bekanntmachung besonders darauf aufmerksam, daß nach § 7 zu 3 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 Bewerber mit den ersten notwendigen Hülfeleistungen bei etwa vor kommenden Unglücksfällen vertraut sein müssen.

Potsdam, den 18. Oktober 1894.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Bekanntmachung.

8. Nachdem die Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin mit der Ausführung der Vorarbeiten für die Eisenbahn von Lichtenberg-Friedrichsfelde nach Briesen innerhalb des Kreises Oberbarnim beauftragt worden ist, wird auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hiermit angeordnet, daß jeder Besitzer auf seinem Grundstücke Handlungen, welche zur Vorbereitung des Unternehmens erforderlich sind, geschehen lassen muß.

Handlungen, welche das Zerstören von Baulichkeiten oder das Fällen von Bäumen zum Gegenstande haben, sind indessen ohne vorherige Erlaubniß der unterzeichneten Behörde unstatthaft.

Das Betreten von Gebäuden, sowie von eingefriedigten Hof- und Gartenräumen ist nur mit Einwilligung der Besitzer, in deren Ermangelung nur nach ertheilter Erlaubniß der Ortspolizeibehörde zulässig.

Potsdam, den 17. Oktober 1894.

Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende. J. B.: Meusel.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Pakete mit Fischlaich nach Oesterreich-Ungarn betreffend.

15. Vom 1. November ab werden im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn dringende Pakete mit befruchtetem Fischlaich bis zum Gewicht von 5 kg zur Beförderung zugelassen. Die Sendungen müssen frankirt sein. Die außer dem Porto und dem etwaigen Gelbestellgeld im Voraus zu entrichtende besondere Gebühr beträgt, wie bei dringenden Paketen des inneren deutschen Verkehrs, 1 M. für jedes Stück. Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 12. Oktober 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg. Bekanntmachung.

34. Von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden wird die Errichtung einer neuen evangelischen Parodie der **Versöhnungskirche** in Berlin beabsichtigt.

Der neue Kirchiprenzel soll von der St. Elisabeth-Kirchengemeinde abgegrenzt und in folgender Weise begrenzt werden:

- a. im Süden von der hinteren Grenzlinie der Grundstücke auf der Südseite der Bernauerstraße vom Schnittpunkt mit der Parochialgrenze von St. Golgatha bis zum Schnittpunkte mit der Parochialgrenze von Zion einschließlich der Häuser: Alsterstraße 43, Strelitzerstraße 23 und 45 und Brunnensstraße 50 und 138,
- b. im Osten von der Parochialgrenze der Zions-Kirchengemeinde,
- c. im Norden von der Parochialgrenze der Himmelfahrt-Kirchengemeinde,
- d. im Westen von der Parochialgrenze der St. Golgatha-Kirchengemeinde.

Zugleich werden folgende Festsetzungen getroffen werden:

- 1) Die in der Parodie von St. Elisabeth bestehenden Gebührenordnungen sind für die neue Kirchengemeinde so lange verbindlich, bis eine anderweitige Gebührenentart im kirchenordnungsmäßigen Wege zu Stande gekommen ist.
- 2) Das Mitbenutzungsrecht an den der St. Elisabeth-Kirchengemeinde gehörigen Begräbnisplätzen soll der Versöhnungskirchengemeinde bis zu der Zeit, da dieselbe sich einen eigenen Begräbnisplatz erworben haben wird, zu den bei St. Elisabeth bestehenden Gebühren und Bedingungen freistehen.
- 3) Für den Fall, daß der von St. Elisabeth an St. Golgatha in einer Jahresrente von 4500 M. abzuführende Zuschuß künftig wegfällt und die St. Elisabeth-Kirchengemeinde zu diesem Zeitpunkt finanziell unabhängig von den vereinigten Kreissynoden oder einer sonstigen Instanz sein sollte, hat die St. Elisabeth-Kirchengemeinde an die Versöh-

nungs-Kirchengemeinde ein Kapital von 30000 M. zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe des freigeordneten Kapitals.

Indem wir den obigen Parochialregulierungsplan hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir alle theilhaftigen Gemeindeglieder auf, etwaige Einwendungen dagegen bis zum 6. November d. J. während der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in dem Amtszimmer **Nr. 10** unseres Geschäftsgebäudes (Schützenstraße 26) bei dem Büreaudirektor, Rechnungsrath Paucke oder dessen Stellvertreter unter geeignetem Ausweis über ihre Theilhaftigkeit bei der Sache schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 16. Oktober 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

35. Vom 1. November 1894 ab wird der zwischen Charlottenburg und Görlitz verkehrende Personenzug 305 auf der Berliner Stadtbahn nach dem folgenden, geänderten Fahrplane zur Abfassung kommen:

Charlottenburg	ab 6 ²⁴
Zoologischer Garten	= 6 ³¹
Friedrichstraße	= 6 ⁴⁴
Alexanderplatz	= 6 ⁵¹
Schlesischer Bahnhof	= 7 ⁰¹

Berlin, im Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

36. Vom 1. November d. J. ab werden folgende Züge der Strecke Freienwalde a. D. - Eberswalde wegen zu schwacher Benützung nicht mehr verkehren:

- 1) Zug 773 Eberswalde ab 10 ²⁰, Freienwalde a. D. an 10 ⁵³,
- 2) Zug 770 Freienwalde a. D. ab 11 ¹⁰, Eberswalde an 11 ⁴¹.

Berlin, im Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Ungarisch-deutscher Vieh-Verkehr.

37. Für die Beförderung von Pferden in Wagenladungen ab Eszternö nach Berlin tritt vom 1. November 1894 anfangen bis auf Weiteres beziehungsweise bis zur Durchführung im Tarifwege unter Aufrechterhaltung der im Tarif für den ungarisch-deutschen Viehverkehr vom 1. Februar 1892 und dessen Nachträgen enthaltenen Bestimmungen der Kartirungssatz von 21,57 Mark per Quadratmeter Ladefläche des verwendeten Wagens in Kraft. Für je einen Thierbegleiter wird ab Eszternö bis Berlin der Fahrpreis von 17,15 Mark eingekoben.

Berlin, den 18. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

38. Am 1. November 1894 werden die an der Neubausiedlung Osterode i. Ostpr. - Hehenstein i. Ostpr. gelegenen Stationen Osterode, Kraplau und Mühlen i. Ostpr. für den Personen-, Gepäck-, Vieh-,

Fahrzeug- und Güter-Verkehr, sowie der Personen-
Haltepunkt Richtenen für den beschränkten Personen-
und Gepäck-Verkehr eröffnet. Der diesbezüglich heraus-
gegebene Nachtrag 2 zum Kilometerzeiger für den Bezirk
Bromberg enthält die Entfernungen für vorgenannte
Stationen, sowie abgekürzte Entfernungen für die Sta-
tionen der Strecke Stabigotten-Schönwieje.

Bromberg, den 14. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zu öffentlichem Kenntniß
gebracht, daß nach Einrichtung einer Prüfungs-Com-
mission für Elbschiffer hiersebst die regelmäßigen Prü-
fungen zweimal im Monat abgehalten werden.

Die nach § 5 der Vorschriften über die Zulassung
(Patentierung) als Elbschiffer vom 27. Dezember 1890
vorgeschriebene Leistung hat bei dem hiesigen König-
lichen Wasser-Bauinspektor als Vorsitzenden der Prü-
fungs-Commission zu erfolgen.

Breslau, den 21. September 1894.

Der Chef der Oderstrombauverwaltung,

Ober-Präsident von Schlesien.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über
die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S.
S. 265) sowie der §§ 143 und 144 des Gesetzes über
die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883
wird für den Stadtkreis Charlottenburg mit Zustimmung
des Gemeindevorstandes Nachstehendes verordnet:

Die §§ 13 und 31 der Polizei-Verordnung, be-
treffend den Betrieb der Pferdeisenbahnen vom
27. Mai 1865 werden wie folgt abgeändert:

§ 13. Die Signale sind mit der Glocke zu geben.
Zu diesem Behufe ist jeder Wagen nach polizeilicher
Anweisung mit einer Glocke zu versehen.

§ 31. Der Kutscher hat mit der Glocke (§ 13)
rechtzeitig Signal zu geben, wenn Fuhrwerke, Reiter
und Fußgänger sich in der Fahrtrichtung befinden oder
derselben nähern.

Unnütziges, das Publikum belästigendes Läuten ist
zu vermeiden.

Charlottenburg, den 11. Oktober 1894.

Königliche Polizei-Direktion.

v. Salbern.

Personalchronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Aller-
gnädigst geruht, den Oberförstern Albert zu Wolters-
dorf, von Hertell zu Schönwalde und Rahm zu
Menz den Titel „Forstmeister“ mit dem Range der
Räthe vierter Klasse zu verleihen.

Die Waldwärtersstelle zu Scharfenberg in der Ober-
försterei Neuenhof ist dem Invaliden Lüdike zu Badew
vom 1. November d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer in Bilsendorf, Diözese
Sorau, Maximilian Richard Ernst Eugen von Körber,
ist zum Pfarrer der Pfarodie Budow, Diözese Breslau,
bestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:				
1	Franz Altmayer, Weißgerber,	geboren am 3. Decem. Betsch, ber 1852 zu St. Ma- rienkirchen, Bez. Wels, Oesterreich,		Königlich preussische Regierungspräsident zu Breslau,	22. September 1894.
2	Joseph Gamauf, Goldarbeiter,	geboren am 4. April 1873 zu Rudolfsheim bei Wien, ortsange- hörig zu Wien,	Landstreicherei,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	13. September 1894.
3	Marie Vina Gebhardt, ledige Dienstmagd,	geboren am 25. April 1871 zu Reichenberg Böhmen, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Diebstahl und gewerb- mäßige Unzucht,	Königlich sächsische Kreisshauptmann- schaft Bautzen,	17. August 1894.

Hierzu

eine Beilage, enthaltend das Schlagschauer-Regulativ für die Stadt Potsdam vom 4. Oktober 1894,
sowie sechs öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Pape'schen Erben.

Beilage

zum 43. Stüd des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 26. Oktober 1894.

Bekanntmachung.

Auf Grund der im Einverständniß mit dem Herrn Minister des Innern ertheilten Genehmigung des Herrn Finanz-Ministers vom 4. Oktober 1894 — III. 12348 — wird das fortan maßgebende Regulativ zur Erhebung und Beaufsichtigung der durch die Gesetze vom 25. Mai 1873 und 30. Mai 1820 angeordneten Schlagssteuer als Kommunalsteuer für die Stadt Potsdam und für einige angrenzende Theile der Kreise Ost-Havelland und Zauch-Belzig hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 15. Oktober 1894.

(L. S.)

Der Provinzial-Steuer-Direktor.
v. Pommer-Esche.

Regulativ

zur Erhebung und Beaufsichtigung der auf Grund der Gesetze vom 25. Mai 1873 und 30. Mai 1820 angeordneten Schlagssteuer als Kommunalsteuer für die Stadt Potsdam vom 4. Oktober 1894.

Allgemeine Bestimmungen.

A. Vertliche Begrenzung der Steuerpflichtigkeit.

§ 1. Die Schlagssteuer ruht auf dem Stadtbezirk von Potsdam und auf einigen anstoßenden Theilen der Kreise Ost-Havelland und Zauch-Belzig.

Dieser Bezirk wird zur Zeit durch nachstehend bezeichnete Linie gebildet: Dieselbe beginnt in der Brandenburger Vorstadt auf dem rechten Havelufer bei dem Etablissement des Zigeleibesizers Schmädig an der Wirschhaide, folgt dem nach dem Hause Neue Louisestraße Nr. 18 führenden Weg, überschreitet, beide genannte Grundstücke einschließend, die Louisestraße zwischen Kilometerstein 33,2 und 33,3, folgt dann dem an dem Zaune des Wildparks entlang bis zum Eingange in den Wildpark — dem Sanssouci-Thore — führenden Wege, geht hier auf den Weg, welcher in der Verlängerung der Victoriastraße von dem Eingange in den Wildpark nach dem Flora-Portal am Eingange des Weges nach dem Neuen Palais führt, und weiter, die Wildparkstation einschließend, auf die Victoriastraße über, welcher sie bis zur Zaunede der Königlichen Fasanerie beim Kilometerstein 1,2 folgt, von wo sie die östliche Seite

dieses Zaunes im Parke von Sanssouci festhaltend, von dessen nordöstlicher Ecke sich in gerader Richtung — das Neue Palais und den Freundschafts-Tempel ausschließend — nach der nach Eiche führenden Chaussee hinzieht und dieselbe beim Kilometerstein 3,5 erreicht. Dieser Chaussee folgt die Linie bis Kilometerstein 4,0, wo erstere mit dem von Lindstedt kommenden Wege zusammentrifft und nimmt hier den steil aufwärts nach dem Königlichen Belvedere führenden Weg auf. Diesem in seiner Fortsetzung folgend, so daß das Schleibahn'sche Grundstück ausgeschlossen, das Belvedere, das Drachenhaus und das Drangeriehaus aber eingeschlossen werden, geht die Linie bis an das dem Kossäthen Wiggert zugehörige Grundstück — die erste bewohnte Anlage von Bornstedt — dieses Dorf ganz ausschließend, und folgt der das ebenbedachte Grundstück südlich von der Straße abgrenzenden Heide und dem an der östlichen Uferseite des Bornstedter See's befindlichen Fußwege bis zu seinem Ausgangspunkte beim Kilometerstein 2,9 der nach Nauen führenden Chaussee. Diese hier überschreitend, läuft die Linie in gerader Richtung nach der nordöstlichen Ecke des Gehölzes am Fuße des Ruinenberges, wo sie in den, die südliche Begrenzung des großen Exercierplatzes bezeichnenden, an der Kaserne des 1. Garde-Mann-Regiments, dieselbe einschließend, vorbeigehenden Weg eintritt, und erreicht, letzteren in östlicher Richtung bis zu der nach Spandau führenden Chaussee festhaltend, die Kunststraße zwischen den Kilometersteinen 0,7 und 0,8, folgt derselben in nördlicher Richtung, die neue Artillerie-Kaserne an der Redligerstraße einschließend, bis zum Kilometerstein 3,7.

Von hier läuft die Linie an der Grenze der Potsdamer und Redliger Feldmark bis zum von Jacobs'schen Etablissement, schließt dasselbe, indem sie den Gartenzaun bis zum westlichen Ufer des Jungfern-Sees festhält, ganz ein, und läuft sodann auf dem westlichen Ufer des letzteren bis zur Glienider Brücke. Diese überschreitend, tritt sie an das linke Ufer der Havel, folgt ihm stromabwärts bis zur Ausmündung der Nuthe, läuft an deren rechtem Ufer und demnächst an dem alten Nuthegraben östlich entlang über die von Neuen-dorf nach Potsdam führende Kunststraße und über die Bahnhofsanlagen hinweg, folgt alsdann wieder dem noch sichtbaren Laufe des alten Nuthegrabens auf dessen östlicher Seite bis zum Kilometerstein 1,5 der Kunststraße von Rowawes nach Potsdam und dann dem das von Hempel'sche Etablissement an der östlichen Seite

begrenzenden Zaune und der, diesem sich anschließenden Mauer des alten Kirchhofes bis zum Kilometerstein 1,3 der Earmunder-Chaussee. Von da ab hält sie den Langerwischer Landweg, das Pulverhaus einschließend, und den an dem Turnplatz im Gehölze vorüberführenden Weg, welcher mit der neuen Promenaden-Chaussee zusammenstrifft, fest.

Der letzteren folgend und den Brauhaus-Berg einschließend, erreicht die Linie die nach Wittenberg führende Kunststraße beim Kilometerstein 1,8, überspringt hier, das hier stehende Etablissement — die frühere Chausseegeldhebestelle — einschließend, die Chaussee und geht, den westlichen Zaun des Simon'schen Grundstücks erreichend und verfolgend, an das linke Havelufer, von wo sie den Uferrand in westlicher Richtung bis zu demjenigen Punkte auf der Halbinsel Tornow festhält, welcher dem bei der ehemaligen Seehandlungs-Dampfmühle in die Havel mündenden Abzugsgraben gegenüber liegt. Hier überschreitet die Linie die Havel nach dem erwähnten Abzugsgraben und folgt dem rechten Havelufer bis zum Etablissement des Ziegeleibesetzers Schmädig, wo sie ihren Anfangspunkt erreicht.

Alle Wege, Brücken und Gräben, welche diese Grenzlinie bilden, sowie alle innerhalb derselben künftig neu entstehenden Anlagen gehören zum steuerpflichtigen Bezirk.

B. Beamte.

1. Zur Aufsicht.

§ 2. Der im § 1 abgegrenzte Bezirk mit allen seinen in Bezug auf Schlachtsteuer erlaubten oder verbotenen Eingängen und Straßen stehen für die Schlachtsteuer unter Aufsicht der Steuer-Beamten.

2. Zur Erhebung.

§ 3. Die Erhebung der Schlachtsteuer geschieht beim Eingange zu Wasser durch das Haupt-Steuer-Amt, beim Eingange zu Lande durch die Steuer-Abfertigungsstellen auf der langen Brücke, an der Neuen Königsstraße No. 60, an der Redligerstraße No. 2, an der Marienstraße No. 23 A, an der Victoriastraße No. 33, an der Neuen Louisenstraße No. 17 B und beim Verkehr auf der Eisenbahn eventuell durch die Steuer-Abfertigungsstelle am Bahnhof Charlottenhof.

Die Erhebung der Schlachtsteuer von Schlachtungen und von dem auf der Leipzigerstraße eingeführten Fleisch wird durch die Steuerhebestelle auf dem Schlachthof bewirkt.

C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.

1. Steuerstraßen.

a) Deren Einhaltung.

§ 4. Der Transport aller Fleischwaaren vom Eintritt in den Stadtbezirk (§ 1) an bis zur erlangten schließlichen Abfertigung ist, gleichviel ob dergleichen Gegenstände für den Stadtbezirk oder nur zum Durchgange durch diesen bestimmt sind, lediglich auf den nach-

stehend (§ 5) bezeichneten Steuerstraßen, und zwar ohne Abweichung, ohne Aufenthalt und ohne irgend eine Veränderung, Vermehrung oder Verminderung zulässig.

Beim Transport des Viehes sind die im § 28 ertheilten Vorschriften zu befolgen.

b) Deren Bezeichnung.

§ 5. Die zum Transport schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände im Stadtbezirk gestatteten Steuerstraßen sind folgende:

A. Zu Wasser nach dem Haupt-Steuer-Amt.

1. Bei dem Eintritt in den Stadtbezirk auf der oberen Havel von der Olienicker Brücke die Havel bis zum Packhofe.
2. Bei dem Eintritt in den Stadtbezirk auf der unteren Havel von dem in der Nähe der ehemaligen Seehandlungs-Dampfmühle ausmündenden Abzugsgraben die Havel bis zum Packhofe.

Zu 1 und 2 wird noch besonders bemerkt, daß die Anlegestelle allein unmittelbar vor dem Packhofe, keineswegs aber vor oder hinter demselben sich befindet, sowie, daß der Transport von steuerpflichtigen Gegenständen auf der unteren Havel nur auf demjenigen Arme derselben geschehen darf, der sich zwischen dem Güterbahnhof der Berlin-Potsdam-Magdeburger-Eisenbahn und der Freundschaftsinsel hinzieht, und daß derselbe Arm der Havel, welcher von der Eisenbahn-Drehbrücke resp. langen Brücke, dicht hinter dem Lustgarten und den Häusern der Brauer- und Burgstraße entlang läuft, mit steuerpflichtigen Gegenständen (vor erfolgter Abfertigung auf dem Packhofe) überhaupt nicht befahren werden darf.

B. Zu Lande nach den Steuer-Abfertigungsstellen.

1. Die von Brandenburg kommende Chaussee vom Kilometerstein 33,3 bis zu der in der Neuen Louisenstraße No. 17 b belegenen Steuer-Abfertigungsstelle.
2. Der Weg, welcher in der Verlängerung der Victoriastraße vom Eingang in den Wildpark — dem Sanssouci-Thor — nach dem Flora-Portal am Eingange des Weges nach dem Neuen Palais in die Victoriastraße übergeht, und letztere selbst bis zu der No. 33 belegenen Steuer-Abfertigungsstelle.
3. Die von Eiche kommende Chaussee von da ab, wo dieselbe beim Kilometerstein 4,0 mit der von Vindstädt dorthin führenden Kunststraße zusammenstrifft, an dem Garten und Schlosse Sanssouci vorüber bis zur Steuer-Abfertigungsstelle an der Marienstraße No. 23 A.
4. Die Nauener Chaussee vom Kilometerstein 2,9 bis zur Steuer-Abfertigungsstelle an der Marienstraße No. 23 A.
5. Die von Spandau kommende Chaussee vom Kilometerstein 3,7 bis zur Steuer-Abfertigungsstelle an der Redligerstraße No. 2.

6. Die Glienider Brücke bis zur Steuer-Abfertigungsstelle an der Neuen Königsstraße No. 60.
7. Die von dem Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnhof kommende Straße bis zur Steuer-Abfertigungsstelle auf der langen Brücke.
8. Die Chaussee von Nowawes her vom Kilometerstein 1,5 und weiter die alte Königsstraße und Saarmunderstraße bis zur Steuer-Abfertigungsstelle auf der langen Brücke.
9. Die Straße von Neundorf nach Potsdam, die an den Mühlenhäusern vorüber zur Steuer-Abfertigungsstelle auf der langen Brücke führt, von der Stelle an, wo die Richtung des alten Ruthergrabens auf sie trifft.
10. Die von Saarmund kommende Kunststraße vom Kilometerstein 1,3 ab bis zur Steuer-Abfertigungsstelle auf der langen Brücke.
11. Die von Wittenberg kommende Kunststraße vom Kilometerstein 1,8 ab bis zur Abfertigungsstelle auf dem Schlachthof.

Zur Steuer-Erhebung von allen durch die Teltower Vorstadt auf den Steuerstraßen (§ 5 Ziffer 7 bis 11) eingebrachten schlachtsteuerpflichtigen Waaren zuständig ist die Steuerhebe- und Abfertigungsstelle im Schlachthof.

2. Verbot aller anderen Eingänge.

§ 6. Die Einbringung schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände auf anderen als in den im § 5 bezeichneten Wegen ist verboten.

3. Meldung und Stellung schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände bei den Steuer-Abfertigungsstellen.

§ 7. Beim Eingange mit schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen in den Stadtbezirk, oder bei zu erweisendem Ausgange aus demselben ist vom Transportanten an der Steuer-Abfertigungsstelle unaufgefordert anzuhalten; die Gegenstände sind nach Art, Gattung, Menge und Zahl der Stückstücke genau zu deklariren und mit etwa dazu gehörigen Papieren zur Revision zu stellen.

Beim Eingange zu Wasser muß der Führer des Wasserfahrzeuges sich ohne irgend anderen als den durch das etwa nöthige Passiren der Eisenbahn-Drehbrücke oder durch deren Aufziehen gebotenen Aufenthalt, zu der im § 5 bezeichneten Auflegestelle oder aus dem Stadtbezirk begeben und erstern Falls die der Schlachtsteuer unterliegenden Gegenstände nach Gattung, Menge und Zahl der Stückstücke, unter Abgabe der dazu gehörigen Papiere dem Haupt-Steuer-Amte unverzüglich anmelden und schriftlich angeben, was davon ausgeladen werden soll.

Bevor das Haupt-Steuer-Amt die Erlaubniß zum Ausladen mit Bestimmung der Stunde und des Beamten, unter dessen Aufsicht die Ausladung geschehen soll, nicht erteilt hat, darf mit denselben nicht vorgegangen werden.

4. Zu leistende Handreichungen.

Die zur Revision und Abfertigung nöthigen Handreichungen hat Deklarant nach der Anweisung des Beamten zu verrichten oder verrichten zu lassen.

D. Zeit für Eingang und Abfertigung.

1. Bei dem Haupt-Steuer-Amt.

§ 8. Bei dem Haupt-Steuer-Amt werden schlachtsteuerpflichtige Gegenstände täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage, in folgenden Stunden abgefertigt:

- a) in den Monaten Oktober bis einschließlich Februar Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr,
- b) in den übrigen Monaten Vormittags von 7—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr.

2. Bei den Steuer-Abfertigungsstellen.

§ 9. Die Steuer-Abfertigungsstellen mit Ausnahme derjenigen im Schlachthof fertigen täglich ab:

- a) in den Monaten Oktober bis einschließlich Februar von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends,
- b) in den übrigen Monaten von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Die Steuerbebestelle im Schlachthof mit Ausnahme des Sonntags täglich in den vorbezeichneten Stunden, jedoch an den Tagen des Berliner Viehmarkts (3. Zt. Sonnabends und Mittwochs) nach Bedürfnis unter Verlängerung der Dienststunden über 8 Uhr Abends hinaus; jedoch bis längstens 11 Uhr Abends.

Die Abfertigungen der mit der Eisenbahn eingegangenen schlachtsteuerpflichtigen Gegenstände werden von der Steuer-Abfertigungsstelle auf der langen Brücke und der Steuer-Abfertigungsstelle am Bahnhof Charlottenhof, von letzterer insoweit, als Eisenbahnzüge daselbst halten, zu jeder Tages- und Nachtzeit erteilt.

3. Weitere Bestimmungen für die §§ 8 und 9 genannten Abfertigungsstellen.

§ 10. Nur innerhalb der Dienststunden (§§ 8 und 9) dürfen schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, je nachdem dieselben bei einer oder der anderen der daselbst genannten Dienststellen der Abfertigung bedürfen, in den Stadtbezirk eingeht. Der Eingang muß so zeitig erfolgen, daß die Gegenstände vor Ablauf der Dienststunden bei derjenigen Steuerstelle, welche die schließliche Abfertigung zu erteilen hat, eintreffen, jedoch kann auch in der für die Abfertigung nach § 8 geschlossenen Mittagszeit und Morgens eine Stunde vor Anfang der Dienststunden der Zugang erfolgen; die steuerpflichtigen Gegenstände müssen aber dort unverändert bis zum Anfang der Dienststunden verbleiben.

Spezielle Vorschriften.

Erster Abschnitt.

A. Gewerbliches Schlachten.

a) Anzeige der Gewerberäume.

§ 11. Jeder Schlächter giebt vor Beginn des Gewerbes dem Haupt-Steuer-Amte eine schriftliche Anmeldung darüber ab, wo seine Viehbestände sich befinden, wo die Fleischbestände und die Felle aufbewahrt werden sollen. Er ist an genaue Beobachtung seiner Deklaration

so lange gebunden, als solche nicht durch fernere schriftliche Anzeige an das Haupt-Steuer-Amt abgeändert worden ist, oder dieses nicht in besonderen Fällen eine Ausnahme ausdrücklich gestattet hat. In gemeinschaftlichen Räumen, z. B. Echarren oder Kellern, hat jeder Schlächter oder Händler mit Fleisch oder Fleischwaaren den ihm gehörenden Raum mit seinem Namen deutlich zu bezeichnen und, daß dies geschehen, gleich in der abzugebenden Anmeldung zu bemerken.

b) Anzeige, ob nach Stückzahl oder nach Gewicht versteuert werden soll.

§ 12. Vor dem Antritt eines jeden Kalendervierteljahres hat jeder Schlächter der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof schriftlich anzuzeigen, ob er das zu schlachtende Vieh nach dem Gewichte (§ 20) oder ob und welche Viehgattungen er nach dem Stückzahl (§ 19) versteuern will. Diese Erklärung ist alsdann auf die Dauer des betreffenden Vierteljahres für ihn verbindlich, so daß er während desselben nicht mehr die Wahl hat, ob er nach dem Stückzahl oder nach dem Gewichte versteuern will; jedoch steht es denjenigen Schlächtern, welche für die Besteuerung der von ihnen zu schlachtenden Schweine nach dem Stückzahl sich entscheiden, desungeachtet frei, Schweine zum Gewicht von 30 kg oder weniger nach dem Gewichte zu versteuern. Von demjenigen Gewerbetreibenden, welcher in der bestimmten Frist keine Erklärung abgegeben hat, wird angenommen, daß er von der Zulassung zur Besteuerung nach Stückzahl keinen Gebrauch machen wolle.

Wenn zwei oder mehrere Schlächter die eine oder die andere Viehgattung gemeinschaftlich schlachten, so müssen sie sämtlich über Gewichts- oder Stückversteuerung der betreffenden Viehgattung eine übereinstimmende Erklärung abgeben. Das Recht auf Zulassung zur Besteuerung nach dem Stückzahl geht verloren:

1. Wenn ein Schlächter einzelne Viehstücke derjenigen Gattung, für welche er die Stückversteuerung gewählt hat, auf den Namen eines anderen Schlächters, welcher nach Gewicht versteuert, oder
2. umgekehrt, wenn er ein Stück von einem Schlächter, der nach Gewicht versteuert, auf seinen Namen zur Stückversteuerung abfertigen läßt. In beiden Fällen kann auch der nach dem Gewicht steuernde Schlächter, welcher dem nach dem Stückzahl steuernden behilflich gewesen ist, von der Stückversteuerung ausgeschlossen werden.

c) Steuerbücher.

§ 13. Jeder Schlächter erhält ein Schlachtrevisions- und Besteuerungsbuch, welches von der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof für jedes Kalendervierteljahr unentgeltlich geliefert wird. Dieses Buch muß in den Gewerberäumen an einem vom Schlächter zu bestimmenden und von der Steuer-Abfertigungsstelle auf dem Titelblatte zu bemerkenden Orte beständig so vorliegen, daß die Beamten solches,

insfern es nicht eben zur Steuerbestellung geschickt ist, sogleich zum Gebrauch empfangen können.

§ 14. Sind die Gewerberäume in der Art örtlich getrennt, daß etwa die Fleischvorräte an verschiedenen Orten beruhen, so bestimmt der Ober-Kontrollant, wo das Buch sich befinden soll, und es werden in den übrigen getrennten Räumen zur vollständigen Uebersicht der Bestände besondere von der Steuer-Abfertigungsstelle mit dem Amtssiegel bezeichnete Aufschreibebogen niedergelegt, für welche in Bezug auf ihre gehörige Aufbewahrung dieselben Vorschriften gelten, wie für die Steuerbücher.

§ 15. Diese Bücher und Aufschreibebogen müssen reinlich gehalten werden; sie dürfen nicht abhanden kommen, und darf darin von Seiten des Schlächters nichts geschrieben, radirt oder geändert werden. Am Schlusse des Vierteljahres werden sie gegen neue bei der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof umgetauscht, den Schlächtern aber, nachdem sie durchgesehen worden sind, auf Verlangen zurückgegeben, mit der Verpflichtung jedoch, sie ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

d) Erlaubniß zum Schlachten.

§ 16. Keine Schlachtung darf ohne vorgängige Erlaubniß der Steuerbehörde geschehen, auch nicht andere, als genau nach Inhalt dieser im Steuerbuche eingetragenen Erlaubniß. Dafür ist nicht nur der Schlächter verhaftet, sondern auch derjenige, welcher für ihn die Schlachtung verrichtet.

Die Erlaubniß zum Schlachten erteilt die Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof.

e) Schlachtzeit.

§ 17. Das Schlachten darf in der Regel nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geschehen. Zum Schlachten außer dieser Tageszeit kann, wenn sich das Bedürfnis dazu herausstellt, von der Steuer-Abfertigungsstelle auf dem Schlachthofe die Erlaubniß mit Bestimmung der Schlachtsunde zwar erteilt werden, es muß dann aber für die Steuerbeamten der Schlachtraum bis zur beendigten Schlachtung geöffnet bleiben.

f) Anmeldung und Besteuerung.

aa) Schlachtanzeige.

§ 18. Vor der Schlachtung muß der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof neben der Zahl und Gattung des zu schlachtenden Viehs auch angezeigt werden, an welchem Tage und zu welcher Stunde, Vor- oder Nachmittags geschlachtet werden soll. Die bestimmte Schlachtsunde ist genau inne zu halten.

bb) Abfertigung.

α. Nach dem Stückzahl.

§ 19. Soll nach dem Stückzahl versteuert werden, so erfolgt sofort die Erlegung der Steuer. Die Entrichtung derselben, die angezeigte Schlachtzeit und der Vieh-Abgang wird in dem der Steuerstelle vorzulegenden Besteuerungsbuche vermerkt und dies sofort zurückgegeben.

β. Nach dem Gewichte.

§ 20. Bei Versteuerungen nach dem Gewichte wird, wie § 19 bestimmt ist, verfahren, nur die Gefälle-Entrichtung unterbleibt vorläufig, wegen Sicherheit dafür gefordert werden kann. Sofort nach geschickener Schlachtung innerhalb der Abfertigungsstunden, jedenfalls am Nachmittage desselben Tages, wenn die Schlachtung Vormittags erfolgt ist, und nur dann spätestens am Morgen des folgenden Tages, wenn in einer späten Nachmittagsstunde geschlachtet worden, wird das ausgeschlachtete Vieh, wie es an den Hals zu kommen pflegt, d. h. ohne Hüfe, Eingeweide und Darmfett, und beim Rindvieh ohne den gleich hinter den Hörnern abgeschnittenen Kopf, doch mit der Zunge, und zwar Ochsen und Kühe ungetheilt, oder mit Erlaubniß der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthofe in zwei gleiche Hälften getheilt, anderes Vieh aber stets ungetheilt und mit dem Steuerbuche zu letztgedachter Steuer-Abfertigungsstelle gebracht, dort verwiegen und das Gewicht, sowie die nun danach zu erhebende Steuer in das Buch eingetragen. Wird das ausgeschlachtete Vieh nicht vollständig zur Verwiegung gestellt, so ist die Steuer-Abfertigungsstelle berechtigt, die Versteuerung nach dem Stücksaße zu fordern; auch kann nach Umständen Untersuchung und Bestrafung eintreten. Die Schlächter und ihre Gehülfen sind verpflichtet, den Anordnungen der Steuer-Abfertigungsstelle wegen der zu beobachtenden Reihenfolge und in Betreff der zu bewerkstelligenden Einrichtungen zum Beduße der Verwiegung, sowie auch wegen der hierbei erforderlichen Handlungen unweigerlich nachzukommen. Die verwiegenen Viehstücke müssen durch einen Einschnitt an geeigneter Stelle oder auf andere Weise eine von der Steuerbehörde zu wählende Bezeichnung erhalten.

cc) Gemeinschaftliche Schlachtungen.

§ 21. Nur diejenigen Schlächter, welche eine gleiche Steuerungsart (Stücksaß oder Gewicht) gewählt haben, dürfen Vieh gemeinschaftlich schlachten, und muß dann Derjenige, welcher die Versteuerung leistet, außer der im § 18 vorgeschriebenen Meldung auch noch angeben, wer die übrigen Theilnehmer sind, wo und zu welcher Stunde die Theilung des Stückes erfolgen soll.

Bevor die einzelnen Theilnehmer die Theilung eintreten lassen, müssen sie den Abgang bzw. den Zugang des Fleisches von der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthofe in ihre Schlachtbücher eintragen lassen.

dd) Kauf oder Tausch des Fleisches.

§ 22. 1. Kein Schlächter darf geschlachtetes Vieh weder ganz noch theilweise von einem anderen Schlächter kaufen oder übernehmen, wenn nicht vorher beide, sowohl derjenige, welcher ein Stück geschlachtet hat, als derjenige, dem das ausgeschlachtete Stück Vieh ganz oder theilweise abgelassen werden soll, mit ihren Schlachtversteuerungsgebühren sich bei der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthofe gemeldet und daselbst die Ab- oder Zuschreibungen des Fleisches mit genauer Angabe des Gewichts in ihre Bücher nachgeschickt und erhalten haben.

Eine gleiche Meldung muß geschehen, wenn ein Schlächter Fleisch von anderen Personen kauft oder empfängt, und es muß dabei der Schlachtversteuerungsschein, beziehungsweise die Steuerquittung und das Steuerbuch vorgelegt werden.

2. Bei Vermehrung des Fleischbestandes in dem Falle zu 1 darf der Zugang von Fleisch nicht in die Gewerkeräume des Schlächters aufgenommen werden, bevor die Anmeldung und Zuschreibung im Steuerbuche bei der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof erfolgt ist.

3. Wer nach Stücksaßen steuert und an nach Gewicht steuernde Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke im Ganzen, zur Hälfte, oder auch zum Viertel abläßt, muß solches vor der Abgabe der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof anmelden, und es muß, sofern die zu veranlassende Gewichtsermittlung einen höheren Steuerbetrag als den Stücksaß ergibt, das Mehr nachversteuert werden.

4. Wer nach Gewicht steuert und an einen nach Stücksaß steuernden Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke in gedachter Art abläßt, muß bis zum vollen Stücksaße, wenn dieser höher ist als die Gewichtsversteuerung, nachsteuern.

II. Schlachtungen zum eigenen Bedarf.

a) Schlacht-Anzeige und Schlacht-Erlaubniß.

§ 23. Für Schlachtungen zum eigenen Bedarf derjenigen Personen, welche nicht Schlächter sind, finden in Betreff der Schlacht-Erlaubniß und der Schlachtzeit die Bestimmungen der §§ 16 und 17 Anwendung.

Auch muß nach der Schlachtung das ausgeschlachtete Fleisch der Steuer-Abfertigungsstelle im Schlachthof unter Vorlegung des Viehkontrolebuches bzw. Schlachtversteuerungsscheins zur Kontrolle vorgeführt werden, worauf von dieser Steuerstelle die Entfernung des Fleisches vom Schlachthof bescheinigt wird.

b) Abfertigung.

§ 24. Soll die Versteuerung nach Stücksaßen geschehen, so ertheilt die Steuer-Abfertigungsstelle der Anmeldung gemäß gegen Erlegung der Steuer einen die Quittung enthaltenden Schlachtschein.

Wird aber die Versteuerung nach dem Gewicht vorgezogen, so wird nur der weitere Theil des Schlachtscheins ausgefertigt und dieser ausgehändigt, wobei die Abtragung der Steuer auf Erfordern durch ein Pfandsicher gestellt werden muß. Gleich nach erfolgter Schlachtung und spätestens am folgenden Vormittage wird das ausgeschlachtete Stück Vieh in der § 20 bezeichneten Weise zur Verwiegung gestellt, und nach dem ermittelten Gewicht die Steuer entrichtet gegen Rückempfang des mit der Quittung vervollständigten Scheines, von welchem das Waage-Attest zurückbehalten wird.

Ist das zu schlachtende Vieh aus den Beständen der Steuernden, und stehen diese unter Kontrolle, so wird der Abgang in dem mit vorzuliegenden Vieh-Kontrolebuche vermerkt.

c) Pflichten der Schlachtenden.

§ 25. Niemand darf eine Schlachtung (§§ 23 bis 24) verrichten, ohne vorher den Schlachtschein eingesehen zu haben, auch nicht anders, als genau nach Inhalt desselben, in Bezug auf Gattung des Viehes, auf Zeit und Ort der Schlachtung. Sobald das Vieh getödtet ist, muß der Schlachtende die obere Hälfte des Schlachtscheines einreißen, der dadurch seine Gültigkeit verliert.

d) Aufbewahrung des Schlachtscheins.

§ 26. Den eingerissenen Schlachtschein ist der Steuernde verpflichtet, noch ein Jahr lang aufzulehren und auf Erfordern vorzulegen.

C. Vieh-Kontrolle.

a) deren Umfang.

§ 27. Der Kontrolle der Viehbestände sind unterworfen:

1. die Schlächter,
2. die Viehhändler, Viehmäster und diejenigen Gewerbetreibenden und Ackerbürger, welche ihres Gewerkes wegen Vieh halten. In dem Falle zu 2 tritt die Vieh-Kontrolle nur nach Maßgabe der Verhältnisse und auf besondere Bestimmung des Haupt-Steuer-Amtes ein.

b) Steuer- und Vieh-Kontrolle-Bücher.

Die Vieh-Kontrolle wird geführt bei den Schlächtern durch die Schlacht-Revisions- und Besteuerungsbücher; bei den übrigen Kontrollpflichtigen durch besondere Vieh-Kontrolle-Bücher. Für die Vieh-Kontrolle-Bücher, welche von der zunächst gelegenen Steuer-Abfertigungsstelle, an welche die unter Vieh-Kontrolle stehenden Personen gewiesen sind, geliefert und gegen neue ausgetauscht werden, gelten gleichmäßig die Bestimmungen des § 13 bis 15. In diese Bücher, sowohl der vorstehend sub 1 als der sub 2 genannten Personen, wird jeder Zu- und Abgang an Vieh amtlich vermerkt, und die Inhaber haften für die jederzeitige Richtigkeit ihres auf Erfordern schriftlich anzuzeigenden Viehbestandes nach dem Inhalte desselben.

Sofern die Einspaltung des Viehs in Räume erfolgt, welche von den gewöhnlichen Gewerkeräumen der unter Ziffer 2 genannten Personen entlegen sind, sind über diese Einspaltungen besondere Einspaltungsbücher zu führen, welche während der Dauer dieser Einspaltung die Stelle der Vieh-Kontrolle-Bücher vertreten.

Das diesbezüglich sowie wegen der weiteren Behandlung des besonders eingespalteten Viehes Erforderliche hat das Haupt-Steuer-Amt je nach Bedürfnis anzuordnen.

c) Eingang des Viehes.

§ 23. Das Einbringen des Viehes ist nur vermittlest der § 5 bezeichneten Landwege, auch nur während der im § 9 für die Thorkontroleure bestimmten Abfertigungszeit erlaubt. Treten besondere Fälle ein, welche zum Einbringen des Viehes außer diesen Zeiten nöthigen, so ist dazu die schriftliche Erlaubniß des Bezirks-Thor-Kontrolleurs oder eines der Thorkontroleure,

mit Ausnahme desjenigen am Bahnhof Charlottenhof erforderlich.

Bei der Steuer-Abfertigungsstelle wird das einzubringende Vieh angemeldet und in folgender Weise abgefertigt:

a) die Steuerhebestelle des Schlachthofs bringt das mit der Eisenbahn eingegangene Vieh bei sogleich eintretender Schlachtung in den Schlacht-Revisions- und Besteuerungsbüchern unter Ausfertigung eines Anmeldeb Scheins in Zu- resp. Abgang, — und, geschieht die Schlachtung später, das Vieh in den genannten Büchern unter Ausfertigung des betreffenden Anmeldeb Scheins lediglich in Zugang; —

b) die übrigen an den Steuerstraßen gelegenen Steuer-Abfertigungsstellen bringen das für Viehhalter bestimmte Vieh, wenn die Schlachtung nicht angemeldet wird und die Viehkontrolebücher vorliegen, in diesen unter gleichzeitiger Ausfertigung eines Anmeldeb Scheins, in Zugang; liegen die Viehkontrolebücher nicht vor, so stellen sie unter Erhebung eines dem Steuerbetrage angemessenen Pfandes einen Anmeldeb Schein aus, welcher noch an demselben Tage, spätestens am nächsten Morgen, sofern das Vieh erst Abends nach Dienststundenschluß eingegangen, der nächsten Steuer-Abfertigungsstelle zur Annotation im Viehkontrolebuche vorzulegen ist. Handelt es sich um zum Schlachten bestimmtes Vieh von Viehhaltern, so stellen die Steuer-Abfertigungsstellen unter Erhebung eines angemessenen Pfandes einen Anmeldeb Schein aus, welcher an demselben Tage vor Schluß der Dienststunden der Schlachthofs-Steuerstelle zwecks Eintragung in das Viehkontrolebuch und zur Besteuerung vorzulegen ist; das eingelegte Pfand wird hiernächst zurückgegeben. Ueber für Schlächter bestimmtes Vieh stellen die Steuer-Abfertigungsstellen ebenfalls einen Anmeldeb Schein aus, welcher an demselben Tage vor Dienststundenschluß der Schlachthofs-Abfertigungsstelle zur Eintragung in das Schlacht-Revisions- und Besteuerungsbuch zu übergeben ist;

c) kann das zum Schlachten bestimmte Vieh von Viehhaltern oder Schlächtern der Steuer-Abfertigungsstelle auf dem Schlachthofe vor Dienststundenschluß nicht mehr vorgeführt werden, so hat die Vorführung spätestens am darauf folgenden Morgen zu geschehen.

d) Zu- und Abgangsanzeige.

§ 29. Jeden Viehzugang, er entstehe:

1. durch Ankauf oder
2. aus eigener Zucht,

hat sowohl der Schlächter, unter Vorlegung seines Schlacht-Revisions- und Besteuerungsbuches, als auch der kontrollpflichtige Viehbesitzer, unter Vorlegung seines Viehkontrolebuches, der Steuer-Abfertigungsstelle auf dem Schlachthofe bezw. der zunächst gelegenen Ab-

fertigungsstelle anzumelden, und muß die Anmeldung und Eintragung geschehen sein:

- ad 1. bevor das Vieh im Hause aufgenommen wird und
- ad 2. in den ersten 24 Stunden nach der Geburt des Viehes.

c) Abgang durch Schlachten.

Der Abgang durch Schlachten wird vorher bei der Anmeldung zum Schlachten unter Vorlegung des Steuerungs- und Vieh-Kontrole-Buches der betreffenden Abfertigungsstelle behufs Abschreibung angezeigt.

f) Anderweitiger Abgang durch Verkauf oder sonstige Entäußerung.

§ 30. Der Abgang durch Verkauf oder sonstige Entäußerung wird durch eine besondere Meldung angezeigt, welche auf Erfordern der Steuerbehörde schriftlich abgegeben werden muß, sonst aber mündlich geschehen kann.

Dieselbe muß enthalten:

1. Name des Viehbefizers und Nummer des Kontrolebuches,
2. Gattung des Viehes,
3. Tag und Stunde des Abgangs,
4. Name und Wohnung desjenigen, an welchen das Stück übergegangen ist.

Dass der Abgang wirklich stattgefunden, wird durch den mit der diesfälligen Prüfung beauftragten Steuerbeamten im Steuerungs- resp. Vieh-Kontrole-Buche bescheinigt. Geschieht die Entäußerung nach Außen, so erfolgt zwar auf Grund der Anmeldung die Abschreibung durch die betreffende Steuer-Abfertigungsstelle im Steuerungs- resp. in dem Vieh-Kontrole-Buche; der Vermerk erhält jedoch seine Gültigkeit erst, nachdem der wirkliche Ausgang von der Kontrole der Ausgangs-Steuer-Abfertigungsstelle danach bescheinigt worden.

g) Durch Sterben.

§ 31. Im Falle des Viehabgangs durch Sterben ist das gefallene Stück demjenigen Beamten vorzuzeigen, der damit in Folge der darüber zu machenden Anzeige beauftragt wird. Das freipirte Vieh muß hierauf unter amtlicher Aufsicht aus dem Stadtbezirk geschafft oder vernichtet werden.

Den erfolgten Ausgang aus dem Stadtbezirk hat der Thorkontroleur der Ausgangs-Steuer-Abfertigungsstelle, die Vernichtung dagegen der sie beaufsichtigende Beamte zu bescheinigen.

h) Austrieb zur Dütung oder Mast auf längere Zeit.

§ 32. Soll der Viehbestand oder ein Theil davon zur auswärtigen Hütung oder Mast auf länger als einen Tag gehen, so ist davon der Ausgangs-Steuer-Abfertigungsstelle zuvor Anzeige zu machen, welche den Ausgang aus dem Stadtbezirk kontrolirt und bescheinigt und sodann den Abtrieb in das Steuerungs- oder Vieh-Kontrole-Buch vermerkt.

Schäfer, welche dergleichen Vieh mit dem ihrigen

zur Weide nehmen und längere Zeit in ihrer Heerde behalten, müssen dieses in ihrem Vieh-Kontrole-Buche in Zugang bringen lassen.

Zugleich haben diese die Verpflichtung, den Aufsichtsbeamten die Ställe, in die das Vieh eingetrieben wird, zu jeder Zeit, mithin auch außer den Stunden von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends (§ 37) behufs Revision zu öffnen und beim Zählen des Viehes behülflich zu sein. Diese Revisionen können auch auf die Weiden ausgedehnt werden, wenn die Hürde, Weide oder Mastung innerhalb des Stadtbezirks gelegen ist; auch kann in diesem Falle verlangt werden, daß jeder Theilnehmer der Heerde seinem Vieh ein der Steuer-Abfertigungsstelle bekannt zu machendes dauerndes Abzeichen giebt.

i) Täglicher Austrieb zur Hütung.

§ 33. Vieh, welches nur für den Tag zur Hütung ausgetrieben wird und des Abends zurückkehrt, wird ohne Aus- und Abschreibung im Steuerungs- oder Vieh-Kontrole-Buche vor dem ersten Austrieb mit Angabe der Straße, auf welcher der Aus- und Wiedereingang erfolgen soll, ein für alle Male der Ausgangs-Steuer-Abfertigungsstelle gemeldet, welche wegen der nach Umständen nöthigen Kontrole das Weitere veranlaßt.

Wer erklärt hat, seinen ganzen Viehbestand täglich zur Weide treiben zu lassen, darf ohne vorherige Anzeige nichts davon zurückbehalten.

k) Veränderungen des Viehstandes durch Alter.

§ 34. Veränderungen des Viehstandes, welche dadurch entstehen, daß ein Stück Vieh durch höheres Alter in eine andere steuerpflichtige Klasse tritt, werden nicht besonders angemeldet. Vorkommendenfalls berichtigen die Beamten die Bücher durch Zu- und Abschreibung.

Schaf- und Ziegenlämmer, ingleichen Spanferkel, werden als solche nur den ersten Sommer hindurch, mithin bis zum 1. Oktober, die außer der gewöhnlichen Zeit geborenen aber als solche nur ein halbes Jahr lang erachtet, welches letztere auch auf Kälber Anwendung findet. Nach Ablauf dieser Zeit tritt das genannte junge Vieh beziehungsweise in die Klasse der Schafe, Ziegen, Schweine, Stiere und Ferkel.

l) Kontrolirung des fremden Viehes.

aa) Zum Verkaufe.

§ 35. Auswärtiges Vieh, welches zum Verkauf eingeführt werden soll, muß der betreffenden Steuer-Abfertigungsstelle genau angemeldet werden. Nach geschehener Durchzählung stellt diese gegen Deponirung eines angemessenen Pfandes einen Anmeldeschein aus. Beim Verkaufe an kontrolspflichtige Viehbefizer sind die Steuer- und Vieh-Kontrole-Bücher nach der Eingangs-Steuer-Abfertigungsstelle zu bringen, welche die Eintragung des gekauften Viehes in die Bücher der Käufer bewirkt, und, daß solches geschehen, gleichzeitig auf dem Anmeldeschein vermerkt.

Der Verkauf an andere Personen muß der Eingangsbefertigungsstelle auf glaubhafte Weise nachgewiesen werden. Die Zahl des etwa unverkauft wieder ausgehenden Viehes muß der Einbringer beim Ausgange angeben, solche wird von den Thorkontrolleuren durchgezählt, die Richtigkeit des Wiederausgangs bescheinigt und demnächst das eingelegte Pfand zurückgezahlt.

bb) Durchgehend.

§ 36. Fremdes Vieh, welches ohne zum Verkaufe bestimmt zu sein, ein- und wieder ausgeführt wird, erhält die gewöhnliche Befertigung auf Anmeldebüchlein und Pfanderlegung und muß ohne Aufenthalt durchgeführt werden, sofern nicht vom Haupt-Steuer-Amte oder Bezirks-Ober-Kontrolleur ein Verweilen gestattet wird.

B. Revision.

a) Der Gewerbsräume und Viehbestände.

§ 37. Die Beamten sind befugt, von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr die angemeldeten Gewerbsräume der Schlächter zu revidiren. Auch außer dieser Zeit unterliegen dieselben, so lange darin gearbeitet wird, der Revision durch die Beamten.

Die Schlächter und deren Gehülfen sind verpflichtet, sich während der Revision ruhig und bescheiden zu verhalten und den revidirenden Beamten diejenige Hülfe zu leisten oder leisten zu lassen, welche erforderlich ist, um die Revision gehörig vorzunehmen. Auch sind die Beamten berechtigt, in Betreff der bei Privatpersonen vorkommenden Schlachtungen zum eigenen Gebrauche sich durch abzuhalten Revisionen von der Richtigkeit der geschehenen Anmeldung und Besteuerung zu überzeugen.

Die zur Aufbewahrung von Vieh deklarierten Räume der Schlächter und der übrigen der Vieh-Kontrolle unterworfenen Personen können von den Steuerbeamten in der vorgedachten Zeit gleichfalls revidirt werden, und haben die Ersteren, deren Angehörige und Gehülfen die Verpflichtung, bei diesen Revisionen die von den Beamten verlangte Hülfe zu leisten, sowie über den Ursprung und Verbleib des Viehes unter Vorlegung der Vieh-Kontrolle-Bücher Auskunft zu geben.

b) Der Fleischbestände.

§ 38. Bei Revisionen der Fleischbestände hat der Schlächter den Revisionsbeamten die vorhandenen Bestände genau anzugeben, auch, wenn gegen das abgeschätzte Gewicht des in Stücken befindlichen Fleisches Widerspruch erhoben wird, dasselbe vorzuwiegen oder zur nächsten Steuer-Befertigungsstelle zu schaffen. Auf Erfordern der Revisionsbeamten sind die Schlächter verbunden, den Revisionsbefund mit zu unterschreiben. Bei den Revisionen der gemeinschaftlich von den Fleischern zur Aufbewahrung des Fleisches benutzten Ecken oder Keller wird das in diesen Räumen vorgefundene Fleisch von den Steuerbeamten als dem gehörig betrachtet, dessen Namen der Platz, auf dem sich das Fleisch befindet, anzeigt.

Zweiter Abschnitt.

Einz., Durch- und Ausgang von Fleischwaaren.

A. Eingang, Anmeldung und Erhebung bei den Steuer-Befertigungs- und sonstigen Eingangsstellen.

§ 39. Schlachtsteuerpflichtige Gegenstände müssen, sobald deren Gewicht zusammen ein Kilo oder mehr beträgt, wenn sie zu Lande in den Stadtbezirk eingehen, sofort der nächsten Steuer-Befertigungsstelle angemeldet werden (§ 7) und erhalten von derselben nach erfolgter Revision und gegen Erlegung der Eingangs-Steuer die schließliche Befertigung.

Mit den zu Wasser eingegangenen Gegenständen ist nach § 7 zu verfahren. Die Anmeldung der mit der Eisenbahn eingegangenen Gegenstände muß bei der Steuer-Befertigungsstelle auf der langen Brücke beziehungsweise am Bahnhof Charlottenhof auch selbst dann erfolgen, wenn diese Gegenstände zum Verbleiben im Stadtbezirk außerhalb der Steuer-Befertigungsstellen bestimmt sind.

Die mit der Post eingehenden Schlachtsteuerpflichtigen Gegenstände werden durch die Kaiserlichen Post-Ämter hier, beziehungsweise an der Wildparkstation abgefertigt. Durch dieselben unversuert in die Hände der resp. Empfänger gelangende Gegenstände sind der nächsten Steuer-Befertigungsstelle zur Besteuerung vorzuführen.

B. Durchgang.

§ 40. Sollten Fleischwaaren unversuert durch den Stadtbezirk gehen, so ist je nach Verschiedenheit der Eingangsstraßen, wie folgt, zu verfahren:

a) Beim Eingang auf dem gewöhnlichen Landwege sind die Waaren der Eingangs-Steuer-Befertigungsstelle anzumelden und zu stellen. Der Thorkontrolleur kann diese Gegenstände unter amtlichen Verschluss legen oder zu den betreffenden Ausgangsbefertigungsstellen begleiten lassen, auch bis zur Höhe der Steuer Sicherheit verlangen. Er ertheilt einen Anmeldeschein, worin die Eingangszeit, der angelegte Verschluss oder die angeordnete Begleitung und die Sicherheitsbestellung vermerkt sind. Der Einbringer hat sich zu überzeugen, ob seine Angabe in den Anmeldeschein richtig übernommen ist; etwaige Abweichungen muß er sofort berichtigen lassen. Spätere Behauptung eines Irrthums kann nicht berücksichtigt werden. Die Waaren müssen, sofern nicht ein Aufenthalt im Stadtbezirk ausdrücklich von dem Bezirks-Ober-Kontrolleur oder der Steuer-Befertigungsstelle auf diesfälliges besonderes Nachsuchen gestattet worden, ohne Verzug durch den Stadtbezirk geführt werden. Von der Ausgangsstelle wird der etwa angelegte Verschluss untersucht und abgenommen, der zurück zu behaltende Anmeldeschein nach richtigem Befunde erledigt und das beim Eingange etwa erlegte Pfand zurückgegeben.

Beschlossene Pakete und Kisten, die zur Post befördert werden sollen, sind beim Eingange in den Stadtbezirk der Steuer-Abfertigungsstelle anzumelden und werden dort auf Anmeldebchein abgefertigt. Der Einbringer hat den empfangenen Anmeldebchein von der Postbehörde abstempeln zu lassen und erhält nur gegen Rückgabe des auf diese Weise erledigten Anmeldebcheins das eingelegte Pfand zurück.

- b. Beim Eingange zu Wasser ist die Anmeldung (§ 7) vorschrittlich zu bewirken, wenn mit den zur Durchfuhr bestimmten Gegenständen im Stadtbezirk irgendwo angehalten wird. Ist dies nicht der Fall, so kann die Anmeldung unterbleiben.

C. Verkehr zwischen dem Stadtbezirk und den außerhalb desselben belegenen Ortschaften.

§ 41. Personen, welche außerhalb des Stadtbezirks wohnen, kann — nach Ausweis des Bedürfnisses — von der zunächst belegenen Steuer-Abfertigungsstelle nachgegeben werden, zum Braten vorgerichtetes Fleisch, zum Braten bei den Bädern des Stadtbezirks bestimmt, steuerfrei einzubringen. Derartiges Bratenfleisch muß jedoch der betreffenden Steuer-Abfertigungsstelle beim Eingange zur Verwiegung gestellt, und es muß auf Erfordern die Eingangsteuer nach dem ermittelten Gewichte niedergelegt werden. Beim Ausgange der fertigen Braten, welche bei Vermeidung der Steuer-Entrichtung am Tage der Einbringung zu bewirken ist, muß wiederholte Verwiegung bei derselben Steuer-Abfertigungsstelle eintreten, wonächst dem Einbringer, wenn sich keine Unrichtigkeiten herausstellen, das etwa eingelegte Pfand gegen Zurücklassung des beim Eingange erhaltenen Pfandcheins zurückgegeben wird. Dem Hauptamte steht es frei, den Verkehr mit Bratenfleisch an die Nachsicherung von Erlaubnisscheinen zu knüpfen. Auch ist dasselbe ermächtigt, Bewohnern des Stadtbezirks welche durch die Steuer-Abfertigungsstellen getrennt sind, das Räuchern von Fleisch in ihren gegenseitigen Wohnungen unter der im einzelnen Falle angemessen erscheinenden Kontrolle nachzugeben.

D. Transport im Stadtbezirk und Marktverkehr dajelbst.

§ 42. Wer aus den vor den Steuer-Abfertigungsstellen belegenen Theilen des Stadtbezirks schlachtsteuerpflichtige Gegenstände einbringen will, muß solche beim Eingange der betreffenden Steuer-Abfertigungsstelle zur Ansicht und Verwiegung stellen und derselben die geschehene Besteuerung nachweisen. Geschieht dieser Nachweis genügend, so wird der Gegenstand steuerfrei eingelassen und der Eingang auf dem beigebrachten Steuer-Ausweise vermerkt, andernfalls aber mittels Anmeldebcheins an das Haupt-Steuer-Amt zur näheren Untersuchung und Bestimmung gewiesen. Kann auch hier die Steuerentrichtung genügend nicht dargezogen werden, so wird die Eingangsteuer erhoben. Sollen steuerpflichtige Gegenstände aus der Stadt in die vor den Steuer-Abfertigungsstellen belegenen Stadttheile

gehen und wieder zurückkommen, so müssen diese Gegenstände der Ausgangs-Abfertigungsstelle zur Ansicht und Verwiegung gestellt und von derselben in eine besondere Anschreibung eingetragen werden, bei Rückkunft wird ebenso verfahren und der Gegenstand steuerfrei eingelassen, sofern er für den, welcher ausgegangen war, erkannt wird. Wer im Stadtbezirk Fuhrwerk oder Gepäc führt, ist verbunden, die darüber von den Steuerbeamten an ihn gerichteten Fragen aufrichtig und bescheiden zu beantworten und sich der nothwendig besundenen Revision zu unterwerfen oder dem Beamten zur nächsten geeigneten Abfertigungsstelle zu folgen.

Dasselbe gilt für die Führer von Schiffsgesäßen, welche am Ufer der Havel anlegen. Namentlich haben alle Personen, welche haustrend oder auf Marktplätzen oder an anderen Verkaufsstellen steuerpflichtige Gegenstände feil bieten, über die geschehene Entrichtung der Gefälle auf Erfordern sich auszuweisen oder zu gewärtigen, daß Vorräthe, über welche sie genügend Auskunft nicht geben können oder wollen, als mit Umgehung der Steuer erworben angesehen und in Anspruch genommen werden.

Dritter Abschnitt.

Kontrolirung der Gewerbetreibenden im Stadtbezirk.

1. Anzeige des Gewerbetriebes und der Gewerberäume.

§ 43. Jeder im Stadtbezirk wohnende oder sich niederlassende Fleischer und Fleischwarenhändler hat vor dem Beginn des Handels oder des Gewerbes dem Haupt-Steuer-Amt eine zweifache schriftliche Anmeldung seiner Gewerberäume und der Aufbewahrungsorte seiner Bestände zu übergeben. Diese Anmeldung ist für den Gewerbetreibenden so lange verbindlich, als er solche durch eine anderweite schriftliche Anzeige nicht abändert.

2. Revisions-Bücher.

§ 44. Jeder der im § 43 erwähnten Gewerbetreibenden muß außerdem, wenn es verlangt wird, über Zu- und Abgang an schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen, gleichviel, ob sie zum Handel bestimmt sind, oder nicht, ein besonderes Buch nach der vom Haupt-Steuer-Amt zu ertheilenden Anweisung halten und die Vorschriften pünktlich beobachten, welche jedem Einzelnen in dieser Beziehung werden bekannt gemacht werden.

Für die sorgfältige und reinliche Aufbewahrung dieses Buches an dem vom Bezirks-Ober-Kontrolleur zu bestimmenden, auf dem Titelblatte anzugebenden Orte und für die jederzeitige Uebereinstimmung der Bestände mit dem Inhalte dieses Buches ist der Gewerbetreibende verhaftet.

3. Besteuerungs-Nachweis.

§ 45. In soweit der Besteuerungs-Nachweis nicht durch Revisionsbücher angeordnet wird, haben die Gewerbetreibenden (§§ 43 und 44) die Steuerquittungen oder den sonstigen Ausweis über die steuerpflichtige Er-

werbung ein Jahr lang aufzubewahren und auf Verlangen des Bezirks Ober-Kontroleurs oder seines Vertreters vorzulegen.

Vierter Abschnitt.

Strafen.

§ 46. Vergehungen gegen die Bestimmungen des vorstehenden Regulativs werden, soweit nicht nach dem

§ 17 des Gesetzes vom 30. Mai 1820, in Verbindung mit den daselbst angezogenen Vorschriften der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819 schwereere Strafen verhängt sind, mit Geldbuße von 3 bis 30 Mark geahndet.

Die Strafen der Mithheberschaft, Begünstigung u. s. w. werden nach dem allgemeinen Strafgesetze bestimmt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 44.

Den 2. November

1894.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Bekanntmachung.

244. Nachdem durch den Allerhöchsth. genehmigten
Tausch- und Kaufvertrag vom ^{14. Februar}_{2. März} 1893

- 1) das bisher im Grundbuche Bd. III. N^o 15 der
Rittergüter im Kreise Ruppin eingetragene unter
Art. 1 Kartenblatt 2 Parzelle N^o 74/42 der
Grundsteuer Mutterrolle der Herrschaft Rheinsberg
verzeichnete Trennstück mit einem Flächeninhalte
von 0,0728 ha dem Rentier Karl Preßler zu
Berlin übereignet ist und
- 2) das bisher im Grundbuche von Rheinsberg
Bd. XX. N^o 918 eingetragene und unter Ar-
tikel 434 Kartenblatt 10 Parzelle N^o 215 der
Grundsteuer Mutterrolle des Gemeinde-Bezirks
Rheinsberg verzeichnete Trennstück mit einem
Flächeninhalte von 0,9650 ha der Königl.
Hofkammer der Königl. Familiengüter namens
des Königl. Preussisch. Brandenburgischen Haus-
fideikommisses übereignet ist,

hat der Bezirksausschuß hieselbst im Einverständniß
der Königl. Hofkammer der Königl. Familien-
güter, der städtischen Körperschaften von Rheinsberg und
des Rentiers Karl Preßler zu Berlin nach Anhörung
des Kreisrathes des Kreises Ruppin in der Sitzung vom
20. September d. J. beschloffen, daß das zu 1 bezeich-
nete Grundstück von dem Gutsbezirke Rheinsberg ab-
getrennt und mit dem Gemeinde-Bezirk der Stadt
Rheinsberg vereinigt und daß das zu 2 bezeichnete
Grundstück von dem Gemeinde-Bezirk der Stadt Rheins-
berg abgetrennt und mit dem Gutsbezirk Rheinsberg
vereinigt wird.

Potsdam, den 22. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Vorschriften über die Befähigung (Revision) der Trog- und
äthulicher Handlungen.

245. Zu den im Amtsblatt Stück 12 N^o 64
S. 119 bekannt gemachten Vorschriften haben die
Herren Minister des Innern und der geistlichen, Unter-
richts- und Medicinal-Angelegenheiten unterm 16. Ok-
tober 1894 folgende ergänzende Bestimmungen erlassen.

Kein Apotheker kann dazu angehalten werden, bei
solchen Befähigungen mitzuwirken, dagegen kann ein
approbirtes Apotheker, welcher nicht Besitzer einer Apo-
theke ist, zugezogen werden.

In den Fällen, in welchen die approbirten Apo-

theker der Nachbarorte eine Theilnahme an der Be-
sichtigung ablehnen, kann der Kreisphysikus dieselbe mit
dem Polizeiverwalter oder dessen Vertreter allein vor-
nehmen.

Die Zuziehung von entfernter wohnenden Apothekern
hat zur Vermeidung von Kosten zu unterbleiben.

Daß der Polizei-Verwalter sich durch einen Sekretär
oder Sergeanten vertreten läßt, erscheint unbedenklich.
Potsdam, den 29. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

General-Konsulat von Genäver.

246. Der General-Konsul der Vereinigten Staaten
von Venezuela Eduard Hahn-Chenagucia in Berlin
ist zum General-Konsul von Ecuador ernannt worden.
Potsdam, den 25. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

247. Des Königs Majestät haben mittelst Aller-
höchsten Erlasses vom 3. d. M. zu genehmigen geruht,
daß die im Kreise Prenzlaun belegene Gemeinde Neuen-
hund mit dem zu demselben Kreise gehörigen selbst-
ständigen Gutsbezirke Neuenhund, unter Aufrechterhaltung
des letzteren als solchen, vereinigt werde.

Potsdam, den 25. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehsuchen.

248. Festgestellt ist der Milzbrand bei einer
Härde des Bauergutsbesizers Otto Riepe in Gork,
Kreis Westhavelland, und bei den Röhren des Ziegelei-
besizers Klöhn in Blandikow, Kreis Ostprignitz, und
des Roffäthen Nölte in Bärnische, Kreis Osthavelland.

Ausgebrochen ist die Maul- und Klauen-
seuche unter den Röhren des Mollereibesizers Otto
Heenike zu Schöneberg, Kreis Teltow.

Potsdam, den 30. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

69. Für die im Jahre 1895 in Berlin abzu-
haltende Turnlehrerprüfung ist Termin auf **Montag**
den 23. Februar 1895 und die folgenden Tage
anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Be-
werber sind bei der vorgelegten Dienstbehörde spätestens
bis zum **1. Januar 1895**, Meldungen anderer Be-
werber bei derjenigen Königl. Regierung, in deren
Bezirk der Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum

1. Januar F. J. anzubringen. Nur die in Berlin wohnenden Bewerber, welche in seinem Lehramte stehen, haben ihre Meldungen bei dem königlichen Polizei-Präsidium hieselbst bis zum **1. Januar F. J.** einzureichen.

Die Meldungen können nur dann Berücksichtigung finden, wenn ihnen die nach § 4 der Prüfungsordnung vom 15. Mai 1894 vorgeschriebenen Schriftstücke ordnungsmäßig beigelegt sind.

Die über Gesundheit, Führung und Lehrthätigkeit beizubringenden Zeugnisse müssen in neuerer Zeit aufgestellt sein.

Die Anlagen jedes Gesuches sind zu einem Heft vereinigt vorzulegen.

Berlin, den 10. Oktober 1894.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: Kügler.

— U. III. B. 2699. —

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß von allen sich meldenden Bewerbern die genaue Kenntniss der ersten notwendigen Hülfsleistungen bei etwa vorkommenden Unglücksfällen (sfr. § 7 zu 3 der Prüfungs-Ordnung vom 15. Mai 1894) unbedingt verlangt wird.

Berlin, den 25. Oktober 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

65. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgeliessene unanbringliche Postsendungen:

1. Briefe mit Werthinhalt.

- 1) An F. H. 1874 in Jüterbog postlagernd mit 1 M. 50 Pf. vom 10. Mai 1894,
- 2) an den Gasthof zum Deutschen Kaiser in Groß-Machnow mit 1 M. 30 Pf. vom 29. Mai 1894,
- 3) an Martha Krüger, Zimmerstr. 12, mit 2 M. vom 13. Juni 1894,
- 4) an die Exped. des Kosalanzeigers Zimmerstr. mit 4 M. vom 28. Juni 1894,
- 5) an die Wwe. Swoboda hier mit 10 M. vom 28. Juni 1894,
- 6) an Marie Decker in Dresden mit 5 M. vom 29. Juni 1894,
- 7) an F. Kürßen, Thurmstr. 3, mit 3 M. vom 5. Juli 1894,
- 8) an Paul Blumenthal, Zimmerstr. 11, mit 1 M. 40 Pf. vom 5. Juli 1894,
- 9) an Heinrich Hasemann? Schlossstr. 6, mit 1 M. vom 6. Juli 1894,
- 10) an Musfeler Harling in Hannover über 50 Pf. vom 9. Juli 1894,
- 11) an Fel. Käthe, Calvinstr. 8, mit 5 M. vom 18. Juli 1894,
- 12) an Johanne Bergmann, Breitestr. 10, mit 5 M. vom 26. Juli 1894,

- 13) an Clara Krüger, Langestr. 44, mit 5 M. vom 2. August 1894,
- 14) an Frau Schmitz, Friedrichstr. 4, mit 5 M. vom 5. August 1894,
- 15) an Otto Schult in Neu-Neudorf, Pätzlg mit 100 M. vom 9. August 1894,
- 16) an Frau San, Weinbergsweg 7, mit 2 M. vom 7. September 1894.

2. Postanweisungen.

- 1) Nach Amsterdam über 6 M. 25 Pf. vom 7ten August 1893,
- 2) Nach Würzburg über 3 M. vom 11. November 1893,
- 3) an Astrégo in Toulon (Var) über 3 frs 5 cts vom 19. März 1894,
- 4) an Astrégo in Toulon (Var) über 5 frs 20 cts vom 25. März 1894,
- 5) Nach Halle über 15 M. vom 26. März 1894,
- 6) an die Gerichtskasse 2 Hallesches Ufer über 20 M. 30 Pf. vom 4. April 1894,
- 7) an Schall in Burg b. Magdebg. über 100 M. vom 10. Mai 1894,
- 8) nach Helmstedt über 33 M. 55 Pf. vom 12. Mai 1894,
- 9) nach Roeschwoog über 2 M. vom 12. Mai 1894,
- 10) an H. Kleffe, Kohlenufer 5, über 13 M. 30 Pf. vom 9. Juni 1894,
- 11) an Tenuigkeit, Holzmarktstr. 5, über 5 M. vom 15. Juni 1894,
- 12) an Steuer- und Einquartierungs-Deputation des Magistrats, Belle-Alliancestr. 80, über 19 M. 8 Pf. vom 28. Juni 1894,
- 13) an Dr. Erich Meyssner, Charlottenstr. 25/26, über 15 M. vom 29. Juni 1894,
- 14) an Schüler, Andreasstr. 33, über 95 Pf. vom 29. Juni 1894,
- 15) an Max Nachf., Königsstr., über 5 M. 35 Pf. vom 12. Juli 1894,
- 16) an Kübler, Meyerstr. 33, über 6 M. 5 Pf. vom 26. Juli 1894,
- 17) an Gustav Both, Danzigerstr. 97, über 6 M. 5 Pf. vom 1. August 1894,
- 18) an Hulda Hanke in Voebtau-Dresden über 20 M. vom 8. August 1894,
- 19) an die Gerichtskasse in Lüben über 1 M. 70 Pf. vom 7. August 1894,
- 20) an die Polizei-Hauptkasse hier über 3 M. 5 Pf. vom 17. August 1894.

Die unbekannten Absender der Briefe und Postanweisungen werden ersucht, innerhalb 4 Wochen bei der Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden. Andernfalls werden die bezeichneten Beträge der Postunterstützungskasse überwiesen werden.

Berlin C., 22. Oktober 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Unbestellbare Einschreibbriefe.

66. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende an den nachbezeichneten Tagen zur Post gegebenen Einschreibbriefe:

A. Aufgeliefert in Berlin mit dem Bestimmungsorte Berlin:

1) An Max Buschke, Lehrterstr. 49, vom 15ten Mai 1894, 2) an Dr. R. Hagen, Urbanstr., vom 29. Mai 1894, 3) an Frau Brümmer, Adlerstr. 78, vom 14. Juni 1894, 4) an Verwalter des Hauses Perlebergerstr. 46 vom 16. Juni 1894, 5) an Carl Hedert, Gretekerstr. 65, vom 18. Juni 1894, 6) an Fiedler, Borsstr. 5, vom 20. Juni 1894, 7) an Elise Schmidt, Wasserborstr. 49, vom 21sten Juni 1894, 8) an Fischer, Wandlstr. 30, vom 23. Juni 1894, 9) an Meyder, Leipzigerstr. 48, vom 26. Juni 1894, 10) an Eticker, Waterloofer 17, vom 26. Juni 1894, 11) an B. Blach, Waterloofer 11, vom 26. Juni 1894, 12) an Berliner Spar- und Bauverein Chorinerstr. 11 vom 26. Juni 1894, 13) an Georg Emilalla, Kaufingerstr. 37, vom 27sten Juni 1894, 14) an Albert Rirsirschky, Stralauerstr. 28, vom 27. Juni 1894, 15) an Berliner Spar- und Bauverein Chorinerstr. vom 27. Juni 1894, 16) an Wilhelm Pichte, Neue Königstr. 35, vom 27. Juni 1894, 17) an v. Nordhausen, Chorinerstr. 60, vom 27. Juni 1894, 18) an Scholz, Forsterstr. 58, vom 27. Juni 1894, 19) an Risse, Gölitzerstr. 49, vom 27. Juni 1894, 20) an Seebagen, Niflandstr. 3, vom 28. Juni 1894, 21) an Frau Schwarz, Goltzstr. 27, vom 28. Juni 1894, 22) an Bethe, Straßunderstr. 27, vom 28. Juni 1894, 23) an Jacobsohn, Kommandantenstr. 51, vom 28. Juni 1894, 24) an J. H. Braunnack, Perlebergerstr. 27, vom 28. Juni 1894, 25) an Schmid, Müllerstr. 126, vom 30. Juni 1894, 26) an Harder & Krise, Kottbenerstr. 22, vom 2. Juli 1894, 27) an H. Löpfe, Kauf. Augustallee, vom 3. Juli 1894, 28) an Rog, Münchenergerstr. 22, vom 3. Juli 1894, 29) an Uhrmacher Reissner, Langestr. 21, vom 7. Juli 1894, 30) an Metall-Arbeiter-Verband hier vom 7ten Juli 1894, 31) an Sukro, Schwedterstr. 243, vom 19. Juli 1894, 32) an Hancell, Schillstr. 4, vom 26. Juli 1894, 33) an A. Adwinger, Köllnischer Fischmarkt, vom 27. Juli 1894, 34) an Gring & Krause, Lübeckerstr. 27, vom 27. Juli 1894, 35) an R. Kierzel, Oberbergerstr. 51/52, vom 8ten August 1894, 36) an Frau W. Jaackel, Landsberger Allee 37, vom 15. August 1894, 37) an Senioren-Convent der Normannia, Gr. Hamburgerstr., vom 20. August 1894, 38) an Müller, Andreasplatz 3, vom 21. August 1894, 39) an Dr. H. Kluge, Friedr. str. 217, vom 21. August 1894, 40) an v. Gastrow, Steinmeßstr. 37, vom 22. August 1894, 41) an E. Schmidt, Harelbergerstr. 26, vom (1) August 1894, 42) an Reiche, Lindowerstr. 51, vom (1) August 1894.

B. Aufgeliefert in Berlin nach anderen Orten.

1) An H. Pasche in Valparaiso vom 2. März 1893, 2) an Mr. Arpari in Lahore Ost-Indien, vom 28 Februar 1894, 3) an G. Steinbauer in Milwaukee Amerika vom 13. März 1894, 4) an E. Edert in Peterokmg vom 27. März 1894, 5) an Karl

Hofer in Baltimore vom 12. April 1894, 6) an Simon Reinhard in Jürth By vom 30. April 1894, 7) an Eugen Petri in Frankfurt M. vom 5. Mai 1894, 8) an Rich. Meyer in Leipzig vom 20. Mai 1894, 9) an Jean Andrejewitsch in Kiew vom 21. Mai 1894, 10) an Frau Halper in Petersburg vom 29. Mai 1894, 11) an Hrd. Vangenhagen in Athen vom 10. Juni 1894, 12) an H. Freundt in Magdeburg vom 11. Juni 1894, 13) an E. v. Wedel in Breslau vom 12. Juni 1894, 14) an Th. Engelke in Schöneberg vom 12. Juni 1894, 15) an Theodor Schütt in Hamburg vom 23. Juni 1894, 16) an Bertha Griesert in Leischn vom 25. Juni 1894, 17) an R. Sternberg in Spandau vom 11. Juli 1894, 18) an Heinze, Besanstr. 46 in Pansow, vom 6. Juli 1894, 19) an J. Imhoff in D. Baden vom 16. Juli 1894, 20) an v. Manig in Leipzig vom 21. Juli 1894, 21) an cand. med. Jordan in Halle a./S. vom 26. Juli 1894, 22) an Festbüro des XI. Bundestages in Hannover vom 2. August 1894, 23) an Preierichter-Collegium der Deutsch-nationalen Ausstellung in Kiel vom 4. August 1894, 24) an J. Heimann in Breslau vom 7. August 1894, 25) an Gebr. Dietrich in Spandau vom 9. August 1894, 26) an Frau Müller in Burg b. Magb. vom 16ten August 1894, 27) an A. Thieme in Charlottenburg vom 20. August 1894, 28) an E. Riecke jor. in Elberfeld vom 7. September 1894.

C. Auswärtig aufgelieferte mit anderen Bestimmungen:

Aufgeliefert in 1) Charlottenburg 1 an H. Dmiziew. in Kottbelerowo vom 7. Juni 1894, 2) Schöneberg an H. Busow in Berlin, Wilsnaderstr. 44, vom 26. Juni 1894, 3) Nieder-Schöneheide an Frau Ulrich in Berlin, Landsberger Allee 52, vom 27. Juni 1894, 4) Charlottenburg 1 an Bogdt in Charlottenburg vom 27. Juni 1894, 5) Nirdorf an Stöhr in Nirdorf vom 28. Juni 1894, 6) Schöneberg an P. Freund in Schöneberg, Sedanstr. 17, vom 28. Juni 1894.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen bei der hiesigen Ober-Postdirektion schriftlich sich zu melden.

Berlin C., 22. Oktober 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

67. Der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Dortmund wird am 1. November eröffnet. Die Gebühr für ein Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt 1 Mark.

Berlin C., 26. Oktober 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Bekanntmachung.

68. Vom 1. November 1894 ab wird die Postagentur in Wilsau-Hubertswald aufgehoben und in

Eichhorst bei Schöpsfurth eine Postagentur mit Morse-Telegraphenbetrieb unter der Bezeichnung „Eichhorst-Hubertusstedt“ eingerichtet werden. Dieselbe wird in Bezug auf den Betrieverband und die Rechnungslegung dem Postamte in Schöpsfurth zugetheilt und erhält Postverbindungen mit den Postämtern in Schöpsfurth, Groß-Schönebeck (Mark) und Joachimsthal (Udterm.) in nachstehender Weise:

Flw. Bw. Bs.	1.	Flw. B.
855 420 915	Schöpsfurth	545 840
1015 Marienwerder Ag.	...
1110 60 1130	Eichhorst-Hubertusstedt Ag.	440 70
Bw. *	2.	Bw. *
1130	Groß-Schönebeck (Mark)	635
170	Eichhorst-Hubertusstedt Ag.	420
Lw. +	3.	Lw. +
635	Joachimsthal (Udterm.)	1010
1015	Eichhorst-Hubertusstedt Ag.	60

Dem Bestellbezirk der künftigen Postagentur werden die im Bezirk der Postagentur Wildau Hubertusstedt gelegenen Ortschaften u., sowie das Dorf Eichhorst und die Försterei Grünenberg bei Schöpsfurth zugetheilt.

Potsdam, 21. Oktober 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

33. Von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden wird die Errichtung einer neuen evangelischen Pfarodie der **Versöhnungskirche** in Berlin beabsichtigt.

Der neue Kirchsprengel soll von der St. Elisabeth-Kirchengemeinde abgetrennt und in folgender Weise begrenzt werden:

- a. im Süden von der hinteren Grenzlinie der Grundstücke auf der Südseite der Bernauerstraße vom Schnittpunkt mit der Parochialgrenze von St. Golgatha bis zum Schnittpunkt mit der Parochialgrenze von Zion einschließlich der Häuser: Akersstraße 43, Streifigerstraße 23 und 48 und Brunnenstraße 50 und 138,
- b. im Osten von der Parochialgrenze der Zions-Kirchengemeinde,
- c. im Norden von der Parochialgrenze der Himmelsfahrt-Kirchengemeinde,
- d. im Westen von der Parochialgrenze der St. Golgatha-Kirchengemeinde.

Zugleich werden folgende Festsetzungen getroffen werden:

- 1) Die in der Pfarodie von St. Elisabeth bestehenden Gebührenordnungen sind für die neue Kirchengemeinde so lange verbindlich, bis eine anderweitige Gebührentare im kircheneidungsmäßigen Wege zu Stande gekommen ist.
- 2) Das Mitbenutzungsrecht an den der St. Elisabeth-Kirchengemeinde gehörigen Begräbnisplätzen soll der Versöhnungs-Kirchengemeinde bis zu der Zeit, da dieselbe sich einen eigenen Begräbnisplatz er-

werben haben wird, zu den bei St. Elisabeth bestehenden Gebühren und Bedingungen freistehen.

- 3) Für den Fall, daß der von St. Elisabeth an St. Golgatha in einer Jahresrente von 4500 M. abzuführende Zuschuß künftig wegfällt und die St. Elisabeth-Kirchengemeinde zu diesem Zeitpunkt finanziell unabhängig von den vereinigten Kreissynoden oder einer sonstigen Instanz sein sollte, hat die St. Elisabeth-Kirchengemeinde an die Versöhnungs-Kirchengemeinde ein Kapital von 30000 M. zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe des freigewordenen Kapitals.

Indem wir den obigen Parochialregulierungsplan hiermit zur öffentlichen Kenntniss bringen, fordern wir alle theilhaftigen Gemeindeglieder auf, etwaige Einwendungen dagegen bis zum 6. November d. J. während der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in dem Amtszimmer Nr. 10 unseres Geschäftsgebäudes (Schützenstraße 26) bei dem Bureauvorsteher, Rechnungsrath Paucke oder dessen Stellvertreter unter geeignetem Ausweis über ihre Theilnahme bei der Sache schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 16. Oktober 1894.

Königliches Consistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachung.

14. Im Laufe der letzten Wochen sind an verschiedenen Orten einzelne falsche Zinscheine von Schuldverschreibungen der 3prozentigen Anleihe des Deutschen Reichs zum Vorschein gekommen, durch welche denjenigen Personen, die solche in Zahlung angenommen haben, Verluste entstanden sind.

Wir machen hiermit besonders darauf aufmerksam, daß für falsche Zinscheine in keinem Falle von uns Ersatz gewährt wird. Das Publikum kann sich vor Verlusten der erwähnten Art dadurch schützen, daß dasselbe die Annahme von Zinscheinen bei Zahlungen ablehnt, da dieselben nicht dazu bestimmt sind, als Zahlungsmittel im Privatverkehr zu dienen. Die Zinscheine haben lediglich den Zweck, von den dazu bestimmten Kassen eingelöst zu werden.

Berlin, den 15. Oktober 1894.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

28. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (W.-G. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (W.-G. S. 157) wird bekannt gemacht, daß Herr Arthur Hayn in Breslau, Schweidnitzerstraße Nr. 9, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4^{1/2}prozentigen Staatsanleihe von 1884 Lit. E. Nr. 755183 über 300 M. in der Zeit vom 1. Januar bis 2. April 1892 in seinem damaligen Geschäftsflokal in Breslau, Schweidnitzerstraße 34/35, angeblich verloren gegangen

ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Arthur Hagen anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 22. Oktober 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

19. In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errichtung von Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wird **am 17. November d. J. Vormittags 10 Uhr** in unserem Geschäftslokale, Klosterstraße Nr. 76 I. hierseits, die Auslosung von Rentenbriefen, sowie die Vernichtung früher ausgeloschter und eingelieferter Rentenbriefe nebst Zinscheinen, unter Zu-

ziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 22. Oktober 1894.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

37. Mit dem 1. November 1894 tritt zum Verbandsgütertarif zwischen den Stationen des Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawkaer Bahn der Nachtrag 2 in Kraft. Derselbe enthält neben bereits früher veröffentlichten Tarifänderungen neue Frachtsätze für Damerau (Kr. Culm), Mlowo trans. und Mlawka, sowie ermäßigte Frachtsätze für Culmser, Eschewer, Mlowo trans. und Mlawka. Der Nachtrag 2 ist durch die Fahrkarten-Ausgabestellen der Verbandstationen zu beziehen.

Bromberg, den 24. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

38. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Thiere und Gegenstände, welche auf den baselst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinbeförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Thiere und Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinführung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben angegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
				für	auf den Strecken der		
1	Vogel- Ausstellung.	Oberhausen.	1. bis 4. November.	Thiere und Gegenstände.	Gr. Preussischen Staats-Eisenbah- nen.	Ausstel- lungs-Kom- mission.	4 Wochen nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 22. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Zur Ausführung der nothwendigen Ausbesserungen in den Kanalarbeiten und an den Bauwerken des Bromberger Kanals, der unteren Brabe, der kanalisirten oberen und unteren Neße werden diese Wasserstraßen mit Eintritt des Frostwetters bezw. des Eisstandes, spätestens jedoch am 1. Dezember d. J. bis Ende März 1895 für die Schifffahrt und Flößerei gesperrt werden.

Bromberg, den 16. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

Gemäß § 4 des Gesetzes vom 27. Juli 1885, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben (Gesetz-Sammlung Seite 327) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der im laufenden Steuerjahre zu den

Kommunalabgaben einschlägbare Minorität aus dem Betriebsjahre 1893/94

bei der Paulinenau-Neu-Muppiner Eisenbahn auf 93560,00 M.,

bei der Prignitzer Eisenbahn auf 114750,00 M.,

bei der Dahme-Altsee-Eisenbahn auf 8750,00 M. festgestellt worden ist.

Berlin, den 17. Oktober 1894.

Königliches Eisenbahn-Kommissariat.

Personalchronik.

Der Oberförster Kampmann in Dranienburg ist zum Forstamtsamrat bei den Königlichen Amtsgerichten in Dranienburg und Kremen für den Forstbezirk Dranienburg ernannt worden.

Der Bauregulatorbesitzer Könnersart in Tarnow bei Kehlstein ist zum stellvertretenden Mitgliede des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Posen ernannt worden.

Der Beigeordnete Leidolt in Peltzig ist zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Herr Otto Siegesmund Prueschenk von Lindenhofen ist zum Pfarrer der Pfarodie Diebersdorf und Diakon der Pfarodie Groß-Beerden, Diözese Cöln-Land I., bestellt worden.

Der Oberlehrer an der königlichen Elisabethschule in Berlin, Professor Dr. Friedrich Bachmann ist durch Allerhöchste Befehl vom 3. Oktober d. J. zum Direktor dieser Schule ernannt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Georg Wallenberg ist zum Oberlehrer ernannt und der I. Realschule in Berlin überwiesen worden.

Der bisherige Vorschullehrer am Fals-Real-Gymnasium Emil Lonn ist als Oberlehrer angestellt und dem Aölanischen Gymnasium in Berlin überwiesen worden.

Personalveränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat September 1894.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zu Richtern die Gerichtsassessoren Dr. Munk bei dem Amtsgericht in Forst i. L., Weizsäcker bei dem Amtsgericht in Dranienburg; zu Handelsrichtern bei der Kammer für Handelsachen in Berlin: der Kaufmann Louis Voeger, der Kaufmann Joseph Fürst, der Kaufmann Emil Gehricke, der Bankier Jean Rudolph George, der Kaufmann Albert Kochmann, der Bankier Wilhelm Kopecky, der Kaufmann Emil Laß, der Kaufmann Hermann Lehmann, der Kaufmann Simon Lipmann, der Fabrikant Julius Reichenheim, der Kaufmann Hermann Sternberg, der Stadtrath und Fabrikbesitzer Paul Zabel, der Fabrikbesitzer Julius Kaufmann, der Kaufmann Hermann Landeberger, der Kaufmann Gustav Krebl, der Kaufmann Philipp Hirschfeld, der Fabrikbesitzer Ferdinand Georg Spornagel, der Geheime Kommerzienrath Ludwig Goldberger, der Kaufmann Heinrich Maas und der Kaufmann Hermann Eduard Lampson, sämmtlich in Berlin; zu Stellvertretenden Handelsrichtern bei derselben Kammer: der Kaufmann Isaaß Baswiz, der Fabrikbesitzer Hugo Bendix, der Direktor des Invalidendanks Wilhelm Brenken, der Kommerzienrath Hugo Lissauer, der Kaufmann Eugen Progen, der Kaufmann Eugen Schlieper, der Bankier Georg Schönslied, der Bankdirektor Anton Gustav Wittekind, der Kaufmann Julius Grünwald, der Fabrikbesitzer Georg Beermann, der Rentier Louis Viehmann Lewinsohn, sämmtlich in Berlin. Versetzt ist der Amtsgerichtsrath Dr. Geppert in Frankfurt a. O. als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst. Der Amtsrichter Werleker in Dranienburg ist in Folge seiner Uebernahme in die allgemeine Staatsverwaltung aus dem Justizdienste geschieden. Pensionirt ist der Amtsgerichtsrath Kechlau beim Amtsgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Entlassen ist Fürst infolge seiner Wahl zum Magistratsassessor der Stadt Berlin.

III. Staatsanwaltschaft.

Zu Amtsanwälen sind ernannt: der Bürgermeister Stahlberg in Peltzig beim Amtsgericht daselbst, der Bürgermeister und Amtsanwalt Prednow in Dobrilug bei dem Amtsgericht in Kirchhain, zu Amtsanwaltsstellvertretern sind ernannt: der Beigeordnete Michaelis bei dem Amtsgericht in Jechbellin, der Beigeordnete Wilhelm Koppe bei dem Amtsgericht in Jechden, der Stadtkämmerer Zeijger bei dem Amtsgericht in Dranienburg, der Kammereikassen-Adjutant Dehn bei dem Amtsgericht in Beesow, der Konfursverwalter William Kühn bei dem Amtsgericht in Kirchhain.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Geführt sind in der Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt, Justizrath Lange bei dem Landgericht in Guben, die Rechtsanwälte Hermann Hirschfeld bei dem Landgericht II. in Berlin und Vischoff bei dem Amtsgericht in Drossen. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Block aus Dramburg bei dem Landgericht in Neu-Muppin, die Gerichtsassessoren Schönlank, Dr. Silbermann, Carl Wegener bei dem Landgericht II. in Berlin, der Rechtsanwalt Hermann Hirschfeld, früher beim Landgericht II. in Berlin, beim Amtsgericht II. daselbst, der Gerichtsassessor Vehrenst bei dem Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Vischoff aus Drossen bei dem Amtsgericht in Peitz. Dem Notar Vischoff in Drossen ist der Wohnsitz in Peitz angewiesen. Dem Notar Redlich in Luckau ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte ertheilt. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Lange in Forst i. L. ist gestorben.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Schüttel, von Demitz, Kroner, Haeger, Goldschmidt, Wolff. Uebernommen ist: von Guérard aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. Entlassen sind von Therns und Dr. Meyen behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der Controleur, Gerichtsschreiber Bombe bei der Gerichtskasse II. in Berlin zum Notanten dieser Kasse, zu Gerichtsschreibern die Gerichtsschreibergehilfen Köhler aus Fürstenwalde bei dem Amtsgericht in Jechden, Friedrich Ludwig Franz Müller vom Amtsgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Soldin, Ziehm vom Kammergericht bei dem Amtsgericht II. in Berlin, Peine vom Amtsgericht I. in Berlin bei dieser Behörde; zu Gerichtsschreibergehilfen die Aktuare Draeger und Möller bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Neusch bei dem Amtsgericht in Lübbenau, Orzesinski bei dem Amtsgericht in Fürstenwalde, die Militärärzte Weglage bei dem Amtsgericht in Angermünde, Jeschke, Viehmann und Schildkopp bei dem Amtsgericht I. in Berlin, Wittich

bei dem Amtsgericht in Rathenow, Hamann bei dem Amtsgericht in Sommerfeld; zum Assistenten bei der Staatsanwaltschaft I. in Berlin der Aktuar Paul Richter; zum Gefängnisinspektor beim Gefängnis in Prenzlau der Gefängnis-Inspektionsassistent Krummer vom Bezirksgerichtsgefängnis in Stettin. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Ribbecke vom Amtsgericht I. in Berlin an das Amtsgericht in Mühlhausen i. Th., Schabad vom Amtsgericht in Mühlhausen i. Th. an das Amtsgericht I. in Berlin, Pintersdorf vom Amtsgericht in Guben an das Amtsgericht in Luckenwalde, Fischer vom Amtsgericht in Soldin an das Amtsgericht in Lübben, Knispel vom Landgericht in Guben an das Amtsgericht daselbst, Hübner vom Amtsgericht in Zehdenick an das Landgericht in Guben. Pensionirt sind der Sekretär Beutel bei der Staats-

anwaltschaft in Neu-Ruppin, der Gerichtsschreiber Sporberg bei dem Amtsgericht I. in Berlin, der Gerichtsschreibergehilfe Pudor bei dem Amtsgericht I. in Berlin.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Während des Geschäftsjahres 1895 werden die Gerichtstage zu Warnow am 7. Januar, am 4. Februar, am 4. März, am 6. Mai, am 8. Juli, am 7. Oktober, am 4. November und am 9. Dezember im Carl Müller'schen Gasthose dort abgehalten werden. Auf dem Gerichtstage können auch Anträge auf Eintragung in die Landgüter-Rolle gestellt werden.

Perleberg, den 15. Oktober 1894.
Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

1.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Franz Hubert Beenen, alias Peter Siegler, Korbmacher,	34 Jahre alt, aus Lim- burg, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger, geboren am 8. Februar 1866 zu Anderlecht, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl (ein Jahr 6 Monate Zucht- haus laut Erkenntnis vom 18. April 1893), desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	20. September 1894.
2	Peter Josef van Nuylders, Anstreicher,	geboren am 8. Februar 1866 zu Anderlecht, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Anna Halbhuber, geb. Hüb, Tage- löhnersehefrau,	geboren am 11. März 1854 zu Baelisch- birken, Bezirk Pracha- tiz, Böhmen, österrei- chische Staatsangehö- rige,	Landstreicherei u. Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Vilshin- burg,	13. Juli 1894.
2	Emil Hanke, Müllergefelle,	geboren am 15. Mai 1894 zu Ruttelberg, Bezirk Jaegerndorf, Österreichisch-Schle- sien,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	21. September 1894.
3	Arendt Koopmann, Arbeiter,	geboren am 12. Dezem- ber 1836 zu Olde- brück, Niederlande,	Landstreicherei und grober Unfug,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Anrich,	17. September 1894.
4	Katharine Pasched, geb. Uittler, Knopfabarbeiterin,	geboren am 19. Juni 1862 zu Nagles, Be- zirk Mies, Böhmen,	Betteln und Widerstand gegen die Staatsgewalt,	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau,	9. August 1894.
5	Johann Bendl, Schuhmacher,	geboren im Jahre 1873 zu Schüttenhofen, Böh- men, ortsangehörig zu Drazowitz, ebendasselbst.	Landstreicherei, Betteln u. Führung gefälschter Le- gitimationspapiere,	Königlich bayerisches Bezirksamt Erding,	10. September 1894.

Zahl. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
6	Marie Kenger, geb. Klemmer, Tagearbeiterin,	geboren am 22. No- vember 1853 zu Ober- grund, Bezirk Mün- burg, Böhmen, orts- angehörig zu Peters- dorf, Bezirk Gabel, ebendaselbst,	Landstreichen u. gewerbe- mäßige Unzucht,	Königlich Sächsische Kreisbauhauptmann- schaft Bangen,	25. August 1894.
7	Robert Bernhard Studený, Schneider- geselle,	geboren am 23. April 1875 zu Brünn, Mäh- ren, ortsangeh. eben- daselbst,	Landstreichen, Betteln, Pettung und Gebrauch eines falschen Namens,	dieselbe,	21. August 1894.
8	Anton Wesely (Wesely, Wesely), Tischlergeselle,	geboren am 22. (25.) März 1843 zu Do- brink bei Kuttendorf, Böhmen,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a. O.,	19. August 1894.
9a.	Schmied David Kuchš, Küschner,	geboren am 9. August 1844 zu Chorze, Gon- vernement Plock, Polen, russischer Staatsange- höriger,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Posen,	14. September 1894.
	b. dessen Ehefrau Sara Kyska Leiblowsky Kuchš, geb. Krakowiak,	geboren am 12. August 1844 zu Plesch, Gon- vernement Plock,			
10	Gustav Jiriska, Maschinengehülfe,	geboren am 8. Septem- ber 1871 zu Arnau, Bez. Hohenelbe, Böh- men, ortsangehörig zu Prostewitz, ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	27. Septbr. 1894.
11	Franz Emil Kammel, Buchbindergehilfe,	geboren am 19. Januar 1855 zu Hubertus- burg bei Mügeln, Königreich Sachsen, ortsangehörig zu Zei- ler, Bezirk Schlusdenau, Böhmen,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich Sächsische Kreisbauhauptmann- schaft Leipzig,	23. August 1894.
12	Morig Josef Nisch, Kommis,	geboren am 16. Oktober 1874 zu Wien, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	12. Septbr. 1894.
13	Josef Schmidt, Weißgerber,	geboren am 3. August 1871 zu Parabuty, Komitat Vacs Bo- dogh, Ungarn, unga- rischer Staatsangehö- riger,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	17. Septbr. 1894.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Betagsblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlich preussischen Regierung zu Potsdam
Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Mitsblatt

der Königlischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 45.

Den 9. November

1894.

Bekanntmachungen des Königlischen Regierungs-Präsidenten.

Durchschnittlicher Jahreseinkommenverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter der Gutsbezirke Spandauer Forst.

249. In Abänderung meiner Amtsblattbekanntmachung vom 7. April 1888 (M.-Bl. 1888 Stück 15 Seite 132) setze ich in Gemäßheit des § 6 Absatz 3

des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 (M.-Bl. 1886 Seite 132) den durchschnittlichen Jahreseinkommenverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für den „Gutsbezirk Spandauer Forst, Kreis Teltow“, für männliche Arbeiter über 16 Jahre auf 750 M. fest.

Potsdam, den 5. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

250. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat September 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	
1	32,28	30,52	2,32	0,55	1,00	2,06	1,12	1,32	0,80	1,76
2	32,30	30,50	2,32	0,55	1,00	2,04	1,12	1,32	0,78	1,72
3	32,30	30,54	2,36	0,56	1,00	2,08	1,12	1,32	0,76	1,70
4	32,30	30,50	2,34	0,60	0,99	2,04	1,12	1,32	0,76	1,66
5	32,30	30,52	2,34	0,60	0,98	2,04	1,10	1,32	0,74	1,64
6	32,30	30,54	2,34	0,58	0,98	2,04	1,10	1,32	0,74	1,62
7	32,30	30,54	2,36	0,62	0,97	2,00	1,10	1,32	0,74	1,60
8	32,30	30,56	2,34	0,60	0,97	2,00	1,10	1,32	0,76	1,58
9	32,30	30,58	2,34	0,60	0,99	2,02	1,10	1,32	0,76	1,58
10	32,30	30,54	2,34	0,62	1,00	2,02	1,10	1,32	0,76	1,58
11	32,30	30,54	2,32	0,62	0,99	2,02	1,10	1,32	0,78	1,60
12	32,28	30,58	2,34	0,62	0,99	2,02	1,12	1,32	0,78	1,60
13	32,28	30,54	2,34	0,62	1,00	2,00	1,12	1,32	0,80	1,64
14	32,30	30,58	2,36	0,58	1,00	2,00	1,12	1,32	0,80	1,72
15	32,30	30,58	2,34	0,62	0,99	2,00	1,14	1,32	0,80	1,82
16	32,30	30,58	2,36	0,56	0,99	2,00	1,12	1,32	0,80	1,88
17	32,30	30,58	2,36	0,62	0,98	2,02	1,12	1,32	0,80	1,90
18	32,30	30,56	2,36	0,60	0,97	2,04	1,14	1,32	0,80	1,90
19	32,30	30,56	2,34	0,60	0,97	2,02	1,14	1,32	0,80	1,88
20	32,30	30,54	2,34	0,58	0,97	2,02	1,14	1,32	0,78	1,82
21	32,30	30,54	2,34	0,60	0,97	2,02	1,14	1,32	0,78	1,78
22	32,30	30,54	2,32	0,62	0,96	2,02	1,14	1,32	0,80	1,74
23	32,30	30,56	2,36	0,62	0,96	2,02	1,14	1,32	0,80	1,72
24	32,30	30,54	2,36	0,62	0,97	2,02	1,14	1,32	0,80	1,68
25	32,30	30,56	2,36	0,62	0,96	2,04	1,14	1,32	0,80	1,66
26	32,30	30,58	2,34	0,60	0,95	2,02	1,14	1,32	0,80	1,66
27	32,30	30,58	2,38	0,62	0,96	2,00	1,14	1,32	0,80	1,64
28	32,28	30,56	2,36	0,66	0,97	1,98	1,14	1,32	0,78	1,64
29	32,28	30,58	2,34	0,62	0,98	2,04	1,14	1,32	0,78	1,64
30	32,28	30,58	2,36	0,58	0,97	2,04	1,12	1,32	0,78	1,64

Potsdam, den 31. October 1894.

Der Regierungs-Präsident.

231.

Nachweisung

der Namen und Persönlichkeiten der Vertrauensmänner und Gesandten der Gewerkschaften, welche die Vertrauensmänner im Regierungs-Bezirke Potsdam.

Vertrauens- männer Persönlichkeit	Kreise	Vertrauensmänner	Wohnort	Vertrauens- Gesandten	Wohnort
VIIa.	Land-Bezirk u. Potsdam (Stadtbezirk)	Hr. Galle	Lehm	August Heins	Caputh.
VIIb.	Osthavelland	Hr. Galle	Lehm	August Heins	Caputh.
VIIc.	Westhavelland, West- und Ost-Prignitz	Karl West	Havelberg	Kgl. Strommeister Schüge	Havelberg.

Potsdam, den 31. Oktober 1894.

Der Regierungs-Präsident.

232.

Vertrauensmänner

der Sektion X. der Steinbrüche-Vereinsgenossenschaft
(Amtdauer bis 1. Oktober 1895.)

Bezirke.	Vertrauensmann.	Stellvertreter.
IV. Regierungsbez. Pots- dam (nördl. Theil), umfass. die Kreise Angermünde, Ober- Barnim, Prenzlau, Töpzig, West- prignitz, Neu-Nup- pin und Templin.	Hud. Vödecke, Steinbrüche- besitzer in Joachim- thal, Kreis Anger- münde.	Johann Gries in Eberwalde.
V. Regierungsbez. Pots- dam (südl. Theil), umfass. die Kreise Nieder-Barnim, Ost- u. Westhavel- land, Jüterbog, Fichtenwalde, Pots- dam, Deesow, Stör- fow, Teltow und Land-Bezirk.	P. Friebehan, Kies- u. Sand- gruben-Besitzer in Berlin vor dem Strasener Thor Nr. 9.	R. Wellmach, Sand- u. Kies- gruben-Besitzer, Berlin, Urban- straße 33.

Potsdam, den 5. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

233. Auf Grund des § 100c. der Reichsgewerbe-
Ordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der
Pächter-Innung zu Spandau:

- 1) daß Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung
oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie
über die Ausbändigung oder den Inhalt des Ar-
beitsbuches oder Zeugnisses auf Anrufen eines der
Interessenten Theile von der zuständigen Innungs-
behörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der
Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung ver-
tretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme
in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber
der Innung nicht angehört,
- 2) daß die von der Innung erlassenen Vorschriften
über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses,
sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehr-
linge auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr
zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern
gehört,

3) daß Arbeitgeber der unter Nr. 1 bezeichneten Art
vom 1. Januar 1895 ab Lehrlinge nicht mehr
annehmen dürfen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen
Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung den
Stadtbezirk Spandau und die Amtsbezirke Bögem,
Hennigsdorf, Ederwalde, Kallenberg, Spandau Land,
Doberitz und Groß Glienicke umfaßt.

Potsdam, den 2. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

234. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauen-
seuche unter den vier Kühen der Wittwe Hempel zu
Neu-Hohen-Schönhausen, bei den sieben Kühen
und einem Kalbe der Alexianer-Bruderschaft zu Weißen-
see und dem Rindvieh des Domänenpächters, Amtsrath
Schrader zu Alt-Landsberg (Kreis Niederbarnim).

Keßgestellt ist der Milzbrand bei den Kühen
des Gemeindevorsteher's Wolter zu Neuenhagen und
des Bauerngutbesizers Müller zu Seeberg (Kreis
Niederbarnim).

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche
unter dem Rindviehbestande des Kessähen Jänide zu
Bredow (Kreis Osthavelland).

Potsdam, den 6. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen
der königlichen Regierung.**

Gemahne von Eis aus den öffentlichen Klüssen

18. In Abänderung unserer Bekanntmachungen vom
12. October 1875 (Amtsblatt von 1875 S. 357) und
vom 10. November 1876 (Amtsblatt von 1876 S. 401)
wird bestimmt, daß Anträge auf Entnahme von Eis aus
den öffentlichen Klüssen nicht mehr bei den mit
Versorgung der Domänenfiscalien betrauten Beamten
(domänenfiscalischen Vertretern), sondern bei denjenigen
Wasserbauinspektoren zu stellen sind, denen die Strom-
und Schiffahrtspolizei auf den betreffenden Klüssen zu-
steht.

Potsdam, den 8. März 1894.

Königliche Regierung.

**Bekanntmachungen des
Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.**

Bekanntmachung.

70. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe
hat durch Erlaß vom 6. April d. J. in Abänderung
der Nr. 4 der Bedingungen, unter denen der Aktien-
gesellschaft Petzold and Company, Engineers Limited

zu London am 29. März die Erlaubniß zum Geschäftsbetriebe in Preußen erteilt worden ist, genehmigt, daß die Gesellschaft von nun an durch vier in Berlin anläßliche Bevollmächtigte vertreten wird, von denen je zwei zur Kollektivvertretung berechtigt sein sollen.

Dies bringe ich hierdurch mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bevollmächtigten der Gesellschaft die Herren: Emil Gollmer, Hugo Singer, Ernst Blumenthal und Albert Musmann, sämtlich in Berlin wohnhaft, sind.

Berlin, den 29. Oktober 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

B e k a n n t m a c h u n g.

71. N a c h t r a g

zu dem am 13. Januar 1890 staatlich genehmigten Statut der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Einziger Paragraph.

Infolge des Beschlusses der General-Versammlung vom 21. April 1894 erhält der § 1 des Statuts der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin folgende neue Fassung:

§ 1.

„Mit Genehmigung der königlich Preussischen Staatsregierung wird unter der Firma „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft und mit dem Sitze in Berlin, eine Aktien-Gesellschaft gebildet, welche den Zweck hat, nachstehende Versicherungen zu gewähren:

- 1) Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen, Transportversicherungen, sowie Versicherungen gegen Verluste aus Veruntreuungen Seitens Beamter und Angestellter (Kautions-Versicherungen);
- 2) Rückversicherungen auf Unfall- und Haftpflicht-, Transport-, Kautions-, sowie Feuer- und Lebens-Versicherungen.

Unter Vorbehalt der staatlichen Genehmigung kann der Geschäftsbetrieb auch auf andere Versicherungs-gegenstände ausgedehnt werden.“

Berlin, den 4. Juli 1894.

„Allianz“

Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

J. B.: gez. D. Andree.

Dem vorstehenden, in der ordentlichen General-Versammlung am 21. April d. Js. beschlossenen Nachtrage zu dem Statute der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin vom 13. Januar 1890 wird hiermit die staatliche Genehmigung erteilt.

Berlin, den 30. Juli 1894.

(L. S.)

Der Minister des Innern. Der Minister für Handel
In Vertretung: und Gewerbe.
gez. Braunbehrens. Im Auftrage:

gez. von Wendt.

Genehmigungsurkunde:

M. d. J. I. A. 7447.

M. f. H. A. 3422.

Vorstehender Nachtrag nebst der staatlichen Genehmigungsurkunde vom 30. Juli 1894 wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das unter dem 13. Januar 1890 staatlich genehmigte Statut der „Allianz“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin in der Extra-Beilage zum 11ten Stück des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 14. März 1890 veröffentlicht worden ist.

Berlin, den 1. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

69. Bei dem Kaiserlichen Postamte in Nummelsburg bei Berlin ist eine Unfallmeldestelle zur Einrichtung gelangt. Die Auslieferung von Unfallmeldungen während der Nachtzeit hat durch ein Fenster zu erfolgen. Zur Herbeirufung des Beamten haben sich die Auslieferer der durch ein Schild kenntlich gemachten Nachtlode zu bedienen.

Berlin U., 30. Oktober 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

70. Der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Nauendorf (Saalkreis) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin U., 1. November 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

36. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Parquardt, Diözese Potsdam II., kommt durch die Versetzung des Pfarrers Horn demnächst zur Erledigung. Das Patronat hat bereits über die Besetzung der Stelle verfügt.

(Errichtung einer zweiten Pfarrstelle an der Gethsemane-Kirche zu Berlin.

37. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenrathes und nach Anhörung der Beteiligten wird an der Gethsemane-Kirche zu Berlin eine zweite Pfarrstelle gegründet. Diese Einrichtung tritt mit dem 1. November d. Js. in Kraft.

Berlin, den 4. Oktober 1894.

Königliches Consistorium
der Provinz Brandenburg.

Berlin, den 13. Oktober 1894.

Der königliche Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

29. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht,

daß von dem Magistrat der Stadt Hildesheim die der Legieren von dem Administrator Eduard Roemer in Pödenburg, Kreis Wandersheim in Braunschweig, gesicherte Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1852 Lit. B. Nr. 141322 über 2000 M. angeklagt vermisst wird. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit

aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Magistrat der Stadt Hildesheim anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 26. Oktober 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

18. Auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers werden nachstehend die Verzeichnisse der Preussischen Steuerstellen, die in der Provinz Brandenburg zur Erhebung der Reichsstempelabgabe, sowie zur Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (Ziffer 1 bis 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894) und von Lotterielosen (Ziffer 5 desselben Tarifs), sowie zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 des bezeichneten Gesetzes angeordneten Abgabe zuständig sind, mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß die Neuregelung der Erhebungsbefugnisse mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft tritt.

Berlin, den 25. Oktober 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Verzeichnis

derjenigen Preussischen Steuerstellen, welche zur Erhebung der Reichsstempelabgabe, sowie zur Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (Ziffer 1 bis 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894) und von Lotterielosen (Ziffer 5 desselben Tarifs) zuständig sind.

Es umfaßt die Befugnisse:

- a. die Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen etc. (Tarifnummer 1 bis 3) mit Ausschluß der Befugnisse unter b. und c.
- b. die stempelfreie Abstempelung von ausländischen Aktien nach der Befreiungsvorschrift zur Tarifnummer 1.
- c. die Abstempelung von Genussscheinen (Anmerkung zur Tarifnummer 1 und 2 Absatz 2.)
- d. die Abstempelung von Lotterielosen (Tarifnummer 5.)

Ziffern-Nummer	Direktions-Bezeichnung	Der Steuerstelle			Befugnisse	Unter-scheidungs-zeichen.	Anmerkungen.
		Ort	Bezeichnung	Art			
1	Provinzial-Steuer-Direktion in Berlin	Berlin	Haupt-Steuer-Amt für inländ. Gegenst.	a. b. c. d.			
2		Fraunfurt a./D.	Haupt-Steuer-Amt	a. d.			

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

4. Am Sonntag den 11. November d. Js. und demnach an allen späteren Sonntag und Festtagen tritt während der Dauer des Winterfahrplanes für die Züge der Wannseebahn (Berlin—Wannsee—Potsdam) ein veränderter Fahrplan in Kraft.

Derselbe wird auf den Stationen rechtzeitig zum Ausbruch gebracht werden.

Der Fahrplan weicht von dem 3. Jt. für die Sonntage gütigen insofern ab, als die Abfahrtszeit der sämtlichen Züge von Berlin um 10 Minuten früher gelegt ist. Die nach Potsdam verkehrenden Züge gehen in Folge dessen nicht 40 Minuten wie zur Zeit, sondern bereits 30 Minuten nach der vollen Stunde von Berlin Wannseebahnhof ab.

In der umgekehrten Fahrtrichtung bleibt die Abfahrtszeit der Züge in Potsdam unverändert. Die An-

kunft der Züge in Berlin, Wannseebahnhof, erfolgt 10 Minuten später als zur Zeit.

Der letzte Nachzug von Zehlendorf ist um zehn Minuten früher gelegt.

Berlin, den 2. November 1894.

Königliches Eisenbahn-Verkehrsamt

(Berlin—Magdeburg).

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

39. Für diejenigen Kunstgegenstände, welche auf der vom 8. Oktober bis 10. November d. Js. in Landsberg a. W. stattfindenden Kunstausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staatseisenbahnen eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinfahrt die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ur-

ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Kommission nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 4 Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen **durchweg als Ausstellungsgut** bestehen.

Bromberg, den 31. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

60. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichnen Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Frachtbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für die Hinfahrt die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versandstation und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtbriefes für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der dazu ermächtigten Stelle nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet. In den ursprünglichen Frachtbriefen für die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben aufgegebenen Sendungen **durchweg als Ausstellungsgut** bestehen.

Nr.	Art der Ausstellung	Ort	Zeit 1894	Die Frachtbegünstigung wird gewährt		Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind ermächtigt	Die Rückbeförderung muß erfolgen innerhalb
				für	auf den Strecken der		
1	Ausstellung für Kochkunst, Konditorei, Bäckerei, Armeeverpflegung, Volksernährung und alle verwandten Gewerbe.	Krausnitz a. M.	25. Oktober bis 3. Novemb.	Gegenstände der nebenbezeichneten Art.	Preussischen Staatseisenbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.	Ausstellungskommission.	4 Wochen nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 27. Oktober 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreisaußschüsse.

22. Nachweisung

der Teilung des Kreis-Außschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 2 zu 4 der Verbandsgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Amtsbezirksgrenzen für das III. Quartal 1894.

Nr.	Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks.	Zeitlicher	
		der Gemeinde	der Amtsbezirk
1	Die Parzellen Kartenblatt 2 Parzelle 84/14 7 ha 10 ar 71 qm groß, " 85/15 " 93 " 97 " " " 86/16 5 ha 15 " 88 " " " 87/17 14 " 49 " 21 " " der Heimstätten-Aktien-Gesellschaft zu Berlin gehörig,	Gut Doppel.	Gemeinde Zehlendorf.
2	Die Seitens der Königl. Hofkammer der Königl. Familien-Güter an den Exekutor Schneider veräußerte Parzelle Kartenblatt 1, Nr. 1393/359 der Gemarkung Königs-Wusterhausen in Größe von 13,60 ar.	Hausfideicommiss Herrschaft Königs-Wusterhausen.	Gemeinde Königs-Wusterhausen.
3	Die Parzelle Nr. 83/14 Holzung, 7 ha 31 ar 47 qm groß, dem Rentier Wilh. Aug. Securius in Wiesbaden gehörig.	Gut Doppel.	Gemeinde Zehlendorf.
4	Die Seitens der Königl. Hofkammer der Königl. Familien-Güter an die Frau Rechtsanwältin Segall zu Königs-Wusterhausen veräußerten Parzellen Kartenblatt Nr. 1051/309, 1054/309, 1052/309 und 1053/309 in einer Gesamtgröße von 27,93 ar.	Hausfideicommiss Herrschaft Königs-Wusterhausen.	Gemeinde Königs-Wusterhausen.

Berlin, den 19. Oktober 1894.

Der Vorstand des Kreises Teltow.

Gemeinde- und Amtsbezirks-Veränderung.

23. Durch Beschluß des Kreisaußschusses ist das Verwerk Prösfigenolaake, bestehend aus den in der Grundsteuerkarte des Amtsbezirks Regur unter Artikel 4 eingetragenen, dem inzwischen verstorbenen Ziegeleibesitzer Wilhelm Zaage zu Döberitz gehörigen Grundstücken der Gemarkung Prösfigenolaake, Kartenblatt 1 Parzelle Nr. 1 2 5 6 7 8 mit einem Gesamt-

flächeneinhalt von 107 ha 0,1 a 30 qm, von dem Gutsbezirk Regär abgetrennt und mit dem Bezirk der Gemeinde Döberitz vereinigt worden, und zwar mit Wirksamkeit vom 1. Oktober d. J. ab. Rathenow, den 20. Oktober 1894.

Namens des Kreis Ausschusses. Der Vorsitzende.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Bergamts zu Halle. Bekanntmachung.

5. Unter Bezugnahme auf § 4 der Allgemeinen Vorschriften für die Markscheider im Preussischen Staate vom 21. Dezember 1871 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß wir dem Markscheiderkandidaten Emil Grimm auf Grund bestandener Prüfung die Konzession als Markscheider erteilt haben.

Derselbe hat seinen Wohnsitz in Halle a. S. genommen. Halle, den 1. November 1894.

Königliches Oberbergamt.

Personalchronik.

Während des 3. Vierteljahres 1894 sind seitens der Königl. Ministerial-Baukommission zu Berlin die Königl. Regierungsbauführer: 1) Eugen Kotte, 2) Max Seemann, 3) Fritz Arndt, 4) Emil Kott,

5) Karl Wiese, 6) Fritz Pohlmann, 7) Wilhelm Linow vereidigt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Dr. Paul Müller ist zum Oberlehrer ernannt und dem Victoria-Gymnasium in Potsdam überwiesen worden.

Die Lehrer Dr. Ellig, Wille H., Jaström und Dames sind als Gemeindeschullehrer in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Gemeindeschullehrer Emil Schurcke ist als Vorschullehrer an der Vorschule des Gymnasiums zu Groß-Lichterfelde angestellt worden.

Die Lehrerinnen Fuchs H., Graß, Haase H., Harnisch, Krause V., Kriesel, Link, Palm, Schrader, Schumacher W., Steinwedel, Schaeffer, Wilkonn, Anton III., Bernhardt, Dickmann, Ebeling, Eschelman, Hein, Dieber, Lehmann, Sasse III., Starowski, Ziegler, Baer H., Bierlich, Bolle, Dehnde, Hebrmann, Fragstein von Biemendorf, Korti, Gläd, Hahn, Kuhlmeier, Lingner, Mars, Rohrsch, Schröder & Schwingen, Bernide III., Winger H. und Wittenberg sind als Gemeindeschullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. auf.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	Franz Soukup, Tischler,	geboren am 14. Juli 1837 zu Praßeditz bei Teplitz, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Dresden,	10. Septbr. 1894.
2.	Katharina Stingl, unverehelichte,	geboren am 11. März 1874 zu Eger, Böh- men, ortsangehörig ebendaselbst,	gewerksamäßige Unzucht,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	2. Oktober 1894.
3.	Franz Suchomel, Gärtner,	geboren am 11. Okto- ber 1846 zu Geiers- berg, Böhmen, orts- angehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	22. Septbr. 1894.
4.	Peter Anton Wenzel, Bauer,	geboren am 19. No- vember 1869 zu Truns bei Chur, Schweiz, schweizerischer Staats- angehöriger,	Betteln,	Polizeibehörde zu Hamburg,	25. Septbr. 1894.
5.	Leopold Joz, Maurer,	geboren am 24. März 1853 zu Viechtelbach, Bezirk Neutal, Tirol, österreichischer Staats- angehöriger,	desgleichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Nord- lingen,	30. August 1894.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Vertheilt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Nachrichtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 46.

Den 16. November

1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 28. August d. J. will Ich der Stadtgemeinde Charlottenburg auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (G. S. S. 221) hiermit das Recht verleihen, behufs Herbeiführung einer ordnungsmäßigen Entwässerung der Mieselfelder zu Carolinenhöhe und Gatow die auf der anbei zurücksolgenden Karte roth angelegten und mit A Q K L M A bezeichneten Landflächen im Wege der Enteignung zu erwerben.

Jagdbaus Kominten, den 25. September 1894;

gez. Wilhelm K.

Zugleich für die Minister für Landwirtschaft u. und der geistlichen u. Angelegenheiten.

gez. Grl. Eulenburg. gez. Thiele.

An die Minister des Innern, für Landwirtschaft u., der öffentlichen Arbeiten, sowie der geistlichen u. Angelegenheiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

235. Auf Grund des § 100 e. der Reichsgewerbeordnung bestimme ich hiermit für den Bezirk der Tischlerinnung in Niddorf,

- 1) daß Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sowie über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses auf Anrufen eines der

freitretenden Theile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er das in der Innung vertretene Gewerbe betreibt und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, gleichwohl aber der Innung nicht angehört,

- 2) daß Arbeitgeber der unter N^o 1 bezeichneten Art vom 1. Januar 1895 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Es wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Bezirk der Innung die Amtsbezirke Niddorf und Brigg umfaßt.

Potsdam, den 6. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffahrtsverkehrs auf der Havel.

236. Die ärztliche Schiffskontrollstation, Potsdam nebst den dazu gehörigen Revisionsstellen an der Medsker Brücke, an der Offenider Brücke und bei Caputh ist aufgelöst worden.

Potsdam, den 7. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Schiffahrtsverordn.

237. Die zweite Schiffschule zu Ploesensee ist wegen der Erneuerung der Unterthore vom 26. November d. J. ab für sämtliche Schiffsfahrzeuge gesperrt.

Potsdam, den 12. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

238.

Nachweisung

des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat Oktober 1894 in den Hauptmarktflecken des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Gehende Nummer.	Güter	Brandenburg für Kreis Westfalen	Brandenburg für Kreis Ostpreußen	Brandenburg für Kreis Pommern	Potsdam für Kreis Brandenburg	Potsdam für Kreis Schlesien	Potsdam für Kreis Mecklenburg	Potsdam für Kreis Preußen	Potsdam für Kreis Ostpreußen	Potsdam für Kreis Pommern	Potsdam für Kreis Schlesien	Potsdam für Kreis Preußen	Bemerkungen.
1.	Hafer	6 64	6 50	6 56	5 70	7 20	5 78	6 87	6 65	6 15	Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Eberswalde und Teltow sowie für die Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkort.		
2.	Heu	—	2 26	2 36	2 56	2 53	2 63	—	2 35	2 10			
3.	Nichtstroh	1 57	1 78	1 93	2 17	2 10	2 63	2 36	1 62	1 58			

Laufende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrigc Markte					
		Es kosten je 100 Kilogramm															Es
		Weizen	Regen	Gerste	Hafer	Gebien	Erbsen	Binsen	Kartoffeln	Nichtstroh	Krummstroh	Heu	Krautfleisch				
													im Großhandel	von der Seale	Pöndel		
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1	Angermünde	11 25	10 33	10 97	10 50	25 —	27 —	37 50	3 25	3 —	2 —	2 50	1 10	1 35	1 20		
2	Beeskow	11 75	10 10	—	11 88	25 —	28 —	45 —	4 10	3 —	—	—	1 —	1 20	1 —		
3	Brandenburg	12 08	10 53	13 77	11 61	25 —	30 —	34 —	4 70	3 05	—	3 93	89	1 20	1 10		
4	Dahme	12 94	10 71	11 43	12 —	30 —	40 —	50 —	3 50	3 —	2 50	5 —	90	1 20	80		
5	Eberswalde	11 91	10 92	11 33	12 26	21 —	21 —	31 —	5 —	4 —	—	4 —	1 20	1 40	1 20		
6	Havelberg	11 50	10 92	12 50	12 75	25 50	30 —	39 17	4 13	2 75	1 61	4 —	1 13	1 35	1 15		
7	Jüterbog	13 07	10 60	13 52	12 29	25 —	20 —	30 —	4 —	4 07	—	4 95	—	1 40	1 20		
8	Luderswalde	13 33	11 18	10 71	11 54	35 —	35 —	45 —	4 —	3 50	—	4 25	1 18	1 30	1 30		
9	Perleberg	12 13	10 31	11 18	9 94	22 —	27 —	27 —	4 94	3 72	—	4 44	1 35	1 55	1 15		
10	Potsdam	—	11 11	12 —	13 08	20 61	29 64	20 —	4 73	3 76	—	4 49	1 03	1 50	1 31		
11	Prenzlau	11 40	11 03	11 31	11 06	27 —	26 —	40 —	5 33	4 50	2 75	4 25	96	1 40	1 10		
12	Prignitz	12 69	10 69	13 69	11 25	17 75	20 —	30 —	4 21	3 25	2 25	3 25	—	1 40	1 20		
13	Rathenow	12 36	10 68	10 89	11 61	22 50	22 50	32 50	3 75	2 75	—	3 25	1 20	1 40	1 30		
14	Neu-Ruppin	14 —	12 —	12 63	12 69	35 —	35 —	50 —	4 39	4 50	—	—	1 06	1 35	1 15		
15	Schwedt	12 60	11 50	11 86	12 66	26 66	31 25	37 50	5 44	3 09	—	4 49	—	1 40	1 20		
16	Spandau	13 25	10 75	11 10	12 50	28 50	27 50	32 50	5 34	3 25	—	4 —	1 15	1 60	1 20		
17	Strausberg	13 02	10 52	14 57	14 80	23 —	32 —	28 —	4 —	5 25	3 37	6 75	90	1 60	1 30		
18	Teltow	—	10 67	14 33	12 33	17 50	29 —	47 50	4 50	3 75	3 —	5 —	1 15	1 55	1 10		
19	Templin	12 50	11 —	12 —	11 —	35 —	35 —	48 —	4 —	3 —	2 —	3 —	1 —	1 20	1 —		
20	Treuenbrießen	12 70	10 80	10 —	12 —	—	—	—	4 —	1 50	—	2 25	—	1 40	1 20		
21	Wittstock	13 75	11 40	13 —	11 43	28 —	28 —	35 —	4 29	3 —	2 50	4 —	1 05	1 13	1 05		
22	Wriezen a. D.	11 54	10 75	12 79	11 62	21 25	24 —	31 25	4 13	2 71	1 85	4 28	1 20	1 30	1 20		

Durchschnitt [12 49] [10 84] [12 17] [11 95] — — — — — 4 35, 3 35 — — — 4 10 [1 08] — — —

Potsdam, den 7. November 1894.

Vertr. den neuen russischen Konsulargebührentarif.

260. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juni 1875 — Amtsblatt Stück 27 von 1875 —, betr. die Gebühren für die Visirung von Pässen und Legalisation von Urkunden durch die Kaiserlich-Russische Vorkass, bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß nach dem neuen russischen Konsulargebührentarife, der am 13. Januar d. J. in Kraft getreten ist, für die **Visirung eines Passes 4 R. 95 Pf.** zu zahlen sind. Dieser Betrag ist daher bei allen an das Passbureau des Ministeriums des Innern gerichteten Gesuchen um Beschaffung des russischen Pusses mit einzuschicken.

Der frühere einheitliche Gebührensatz für die **Beglaubigung von Urkunden (3 R. 25 Pf.)** ist durch den neuen Tarif in Wegfall gekommen. Statt dessen wird einerseits zwischen den verschiedenen, zur Beglaubigung gelangenden Urkunden ein Unterschied in der Gebührenberechnung gemacht, andererseits bei gewissen Legalisationen ein Prozentsatz von der angegebenen oder anzunehmenden Werthsumme erhoben.

Um den am häufigsten vorkommenden Fall hervorzuheben, sei hier erwähnt, daß für die Beglaubigung einer Unterschrift auf einer hier ausgestellt, in Rußland zu verwendenden Urkunde in der Regel der Betrag von 6 R. 60 Pf. erhoben wird.

Der Tarif ist im August-Hefte des Handelsarchivs zur Veröffentlichung gebracht worden.

Potsdam, den 7. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Verständigung erledigender Verordnungen im Kreise Nieder-Barnim.

261. Meine Bekanntmachung vom 19. September 1888 — Amtsblatt von 1888 Stück 39 S. 371 wird, soweit sie den damaligen Amtsbezirk Stralsund betrifft, aufgehoben und gleichzeitig auf Grund des § 144 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 unter dem Vorbehalte des jederzeitigen Widerrufs bestimmt, daß die in dem Amtsbezirk Vorpommern-Rummelsburg zu erlassenden ortspolizeilichen Verordnungen ihrem ganzen Inhalte nach in den zu Rummelsburg im Verlage von Eduard Herr-

Preise im Monat Oktober 1894.

Artikel

kostet je 1 Kilogramm

Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats

Es kostet je 1 Kilogramm.

Schweinefleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Ged.	Butter	Eier	Mehl		Gerste		Vudweizen	Hafergrübe	Gerste	Java	Java-Kaffee		Speisesalz	Schweinefleisch
						Weizen Nr. 1.	Weizen Nr. 2.	Graue	Grüne					mittler gelber	in gebr. Behnen		
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1 20	1 25	1 25	1 80	2 40	4 20	25	20	45	30	40	50	50	55	2 70	3 30	20	1 80
1 20	— 95	1 20	1 80	1 90	3 46	32	26	50	40	40	80	40	60	2 80	3 60	20	1 75
1 25	1 10	1 25	1 50	2 30	4 40	30	25	50	40	50	50	40	50	2 80	4 —	20	1 60
1 20	1 —	1 20	1 60	2 20	2 80	26	20	40	50	40	60	40	50	2 60	3 20	20	1 60
1 40	1 30	1 30	1 60	2 40	4 20	18	16	40	30	30	40	50	50	3 20	3 60	20	1 60
1 20	1 40	1 20	1 65	2 24	3 54	26	22	41	40	50	50	43	50	2 85	3 70	20	1 80
1 30	1 20	1 30	1 80	2 40	3 97	30	25	50	50	50	40	40	50	2 80	3 60	20	1 60
1 30	1 20	1 10	1 85	2 30	3 80	27	19	50	50	50	60	35	60	2 20	3 60	20	1 60
1 35	1 50	1 30	1 65	2 01	3 13	23	18	43	22	43	44	37	43	2 75	3 50	19	1 75
1 50	1 42	1 41	1 60	2 20	3 63	37	27	55	45	45	45	45	40	2 50	3 —	20	1 50
1 20	1 —	1 15	1 50	2 20	4 24	31	25	45	31	48	60	55	55	2 80	3 40	20	1 60
1 30	1 30	1 —	1 70	1 91	3 06	25	20	40	40	40	50	40	45	2 60	3 60	20	1 80
1 30	1 10	1 30	1 70	2 21	—	23	20	40	50	50	50	40	50	2 80	3 60	20	1 70
1 30	1 20	1 20	1 70	2 20	4 53	35	26	45	40	50	50	50	60	3 —	4 —	20	1 60
1 20	1 —	1 20	1 60	2 29	4 27	25	20	50	30	40	50	50	60	3 40	3 60	20	1 60
1 40	1 45	1 45	1 80	2 40	4 20	27	25	40	35	35	40	40	40	2 80	3 40	20	1 40
1 60	1 20	1 60	1 80	2 40	3 90	30	20	50	40	20	50	40	60	2 80	3 60	20	1 60
1 15	1 10	1 10	1 55	2 30	6 —	30	20	50	40	50	60	60	55	2 50	2 70	20	1 60
1 20	1 —	1 20	1 60	2 40	5 —	30	25	60	60	60	60	80	60	2 60	3 60	20	1 80
1 40	1 —	1 20	1 60	2 20	3 82	24	16	40	—	40	—	—	40	3 80	4 —	20	1 60
1 15	— 78	1 09	1 60	2 01	3 60	21	18	45	50	45	50	50	35	2 50	3 40	20	1 70
1 20	1 20	1 20	1 60	2 20	3 90	19	16	23	19	31	37	28	48	2 70	3 40	20	1 40

Der Regierungs-Präsident.

gott erscheinenden „Mummelsburger Anzeiger“ aufzunehmen sind und daß hiervon deren Gültigkeit abhängen soll.

Uebrigens verbleibt es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 25. Juni 1886 — Beilage zum 28. Stück des Amtsblattes.

Potsdam, den 6. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

262. Nachweisung

derjenigen ländlichen Polizeibezirke, in welchen öffentliche Fleischbeschauer zur Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen bisher noch nicht angestellt worden sind.

Kreis Ober-Barnim: Amtsbezirke (Forstreviere) Biesenthal, Ekerswalde und Sonnenburg-Torgelow.

Kreis Ost-Prignitz: Gutsbezirke Neuendorf bei Neustadt a./D., Oberförsterei Neuendorf bei Wittstedt, Landarmenhaus Wittstedt.

Kreis Muppin: Amtsbezirke Rheineberg, Groß-Zerlang und Haefen.

Kreis Templin: Gutsbezirke Arnimshain, Boisterfelde, Fürstenaue und Wellenaue.

Für sämtliche städtische Polizeibezirke, sowie für die vorstehend nicht aufgeführten ländlichen Polizeibezirke des Regierungsbezirkes Potsdam sind öffentliche Fleischbeschauer angestellt.

Potsdam, den 12. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

263. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rühn des Adersbürgers Wilhelm Berger zu Teltow.

Festgestellt ist der Milzbrand bei einer Kuh des Rittergutsbesizers von Platen in Butike (Kreis Ostprignitz.)

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rindern des Bauerhofsbesizers Karl Mohrbeck zu Groß-Zietzen (Kreis Teltow.)

Potsdam, den 13. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Sequestration der Domäne Hammer.

19. Wir bringen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Domäne Hammer von uns unter Sequestration gestellt ist und daß bis auf Weiteres Herr Domänenpächter Kortensbeitel in Zehdenitz als Sequester und als dessen Stellvertreter Herr Wirtschaftsinспектор Wollin in Hammer bestellt werden sind.

Es sind daher von jetzt ab alle Zahlungen, soweit solche aus dem Wirtschaftsbetriebe der vorgenannten Domäne herrühren, bei Vermeidung doppelter Zahlung nur an den Herrn Domänenpächter Kortensbeitel in Zehdenitz gültig zu leisten.

Potsdam, den 10. November 1894.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat Oktober 1894.

72. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

für 100 Klg.	Weizen (gut)	13	Mark 44 Pf.
"	do. (mittel)	12	" 65 "
"	do. (gering)	11	" 87 "
"	Roggen (gut)	10	" 97 "
"	do. (mittel)	10	" 61 "
"	do. (gering)	10	" 25 "
"	Gerste (gut)	16	" 74 "
"	do. (mittel)	13	" 79 "
"	do. (gering)	10	" 87 "
"	Hafer (gut)	14	" 04 "
"	do. (mittel)	12	" 64 "
"	do. (gering)	11	" 25 "
"	Erbsen (gut)	18	" 35 "
"	do. (mittel)	17	" 05 "
"	do. (gering)	15	" 75 "
"	Rübstroh	4	" 21 "
"	Heu	5	" 02 "

Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner Tagespreise einschließlich 5 % Aufschlag für 50 Klg.

Hafer 7,72 Mk., Stroh 2,37 Mk., Heu 3,32 Mk.
im Monat Oktober

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Klg.	Erbsen (gelb. Kochen)	30	Mark 06 Pf.
"	Speisebohnen (weiße)	34	" 78 "
"	Linzen	40	" 41 "
"	Kartoffeln	5	" 11 "
" 1 Klg.	Rindfleisch v. d. Keule	1	" 40 "
" 1 "	Rindfleisch (Bauchfleisch)	1	" 10 "
" 1 "	Schweinefleisch	1	" 30 "
" 1 "	Kalbfleisch	1	" 30 "
" 1 "	Lammfleisch	1	" 25 "
" 1 "	Speck (geräuchert)	1	" 45 "

für 1 Klg. Eßbutter 30 Pf.,
60 Stück Eier 77 "

2) In Charlottenburg:

für 100 Klg.	Erbsen (gelb. Kochen)	32	Mark 50 Pf.
"	Speisebohnen (weiße)	32	" 50 "
"	Linzen	47	" 50 "
"	Kartoffeln	5	" 73 "
" 1 Klg.	Rindfleisch v. d. Keule	1	" 43 "
" 1 "	(Bauchfleisch)	1	" 15 "
" 1 "	Schweinefleisch	1	" 43 "
" 1 "	Kalbfleisch	1	" 43 "
" 1 "	Lammfleisch	1	" 36 "
" 1 "	Speck (geräuchert)	1	" 50 "
" 1 "	Eßbutter	2	" 30 "
" 60 Stück Eier		4	" 03 "

C. Durchschnitts-Ladenpreise an einem der letzten Tage des Monats Oktober 1894:

1) In Berlin:

für 1 Klg.	Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	30	Pf.
" 1 "	desgl. a. Roggen	26	"
" 1 "	Gerstengraupe	35	"
" 1 "	Gerstengröße	33	"
" 1 "	Buchweizengröße	38	"
" 1 "	Hafergröße	43	"
" 1 "	Hirse	38	"
" 1 "	Reis (Java, mittler)	50	"
" 1 "	Java-Kaffee (mittler, roh)	2	Mark 80 "
" 1 "	(gelb in gebr. Bohnen)	3	" 85 "
" 1 "	Speisesalz		20 "
" 1 "	Schweineeschmalz (hiefiges)	1	" 50 "

2) In Charlottenburg:

für 1 Klg.	Mehl z. Speisebereitung a. Weizen	37	Pf.
" 1 "	desgl. a. Roggen	28	"
" 1 "	Gerstengraupe	45	"
" 1 "	Gerstengröße	45	"
" 1 "	Buchweizengröße	40	"
" 1 "	Hafergröße	45	"
" 1 "	Hirse	40	"
" 1 "	Reis (Java, mittler)	55	"
" 1 "	Java-Kaffee (mittler, roh)	2	Mark 90 "
" 1 "	Java-Kaffee (gelb in gebr. Bohnen)	3	" 20 "
" 1 "	Speisesalz		20 "
" 1 "	Schweineeschmalz (hiefiges)	1	" 35 "

Berlin, den 7. November 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.
Bekanntmachung.

73. Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird auch im Jahre 1895 ein etwa drei Monate währende Kursus in der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abgehalten werden.

Termin zur Eröffnung desselben ist auf **Dienstag, den 2. April k. J.** anberaumt worden.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum **15. Januar k. J.**, Meldungen anderer Bewerberinnen bei derjenigen königlichen Re-

gierung, in deren Bezirk die Betreffende wohnt, ebenfalls bis zum **15. Januar k. J.** anzubringen.

Die in Berlin wohnenden, in seinem Verrichte stehenden Bewerberinnen haben ihre Meldungen bei dem Königl. Polizei-Präsidium in Berlin ebenfalls bis zum **15. Januar k. J.** anzubringen.

Den Meldungen sind die im § 3 der Ausnahmebestimmungen vom 15. Mai 1894 bezeichneten Schriftstücke **geheftet** beizufügen, die Meldung selbst ist aber mit diesen Schriftstücken **nicht** zusammen zu heften.

Berlin, den 23. Oktober 1894.

Der Minister der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß es im Interesse der Bewerberinnen liegt, die Meldungen so rechtzeitig hier einzureichen, daß etwaige Rückfragen bis zu dem vorstehend bezeichneten Termine, an welchem die Meldungen eingereicht sein müssen, erledigt werden können. Berlin, den 6. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

30. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Buchhalter Paul Juhre hier selbst, Alte Jacobstraße 128, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe

von 1853 Lit. D. N^o 491921 über 500 M.,

1884 II. N^o 87183, 150 M.

angeblich am 3. v. M. mittels Einbruchs entwendet worden sind.

Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem h. Juhre anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kreditsloswerkklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 6. November 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 142 des revidirten Reglements der Land-Feuer-Societät für die Mark Brandenburg, das Markgrafenthum Niederlausitz und die Districte Jüterbog und Belzig, vom 15. Januar 1855, bringen wir Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniss:

I. Nach den Jahres-Rechnungen für das Jahr 1893 betrugen:

A. Beim laufenden Entschädigungs-Fonds:

die Einnahmen	3 064 508 Mark 71 Pf.
„ Ausgaben	2 796 597 „ 72 „
der Bestand	267 910 Mark 99 Pf.
und die Einnahme-Reste	3 132 Mark 20 Pf.
dagegen die Ausgabe-Reste	255 652 „ 43 „
Verbleiben Ausgabe-Reste	252 520 Mark 23 Pf.
so daß den Societäts-Mitgliedern ein Guthaben von	15 090 Mark 76 Pf.
zu Beitrags-Ausgleichungen für künftige Ausstreichen verbleiben ist.	

B. Beim eisernen Bestands-Fonds:

die Einnahmen	574 235 Mark 44 Pf.
„ Ausgaben	15 440 „ — „
der Bestand	558 795 Mark 44 Pf.
und zwar in Baar	104 795 Mark 44 Pf.
und in Effecten	454 000 „ — „

Summa wie vor.

II. Brand- und Blitzschäden und dafür gezahlte Entschädigungsgelder:

Im Jahre 1893 wurde die Societät von 441 Bränden und 52 nicht zündenden Blitzschlägen betroffen, für welche, einschließlich einiger noch aus dem Vorjahr zur Liquidation gebrachten Beträge zu zahlen waren:

an Entschädigungsgelder	für's Immobilien	1 827 459 Mark 69 Pf.
	„ Mobilien	134 165 „ 81 „
	zusammen	1 981 625 Mark 50 Pf.

	Schaden-Abschätzungskosten	10 485	=	18	„
	Spritzen-Prämien	21 860	=		„
	Wasserwagen-Prämien	7 050	=		„
und	Pertinenzschäden-Vergütungen	19 367	=	19	„
		<u>Uebershaupt</u>		2 040 387	Mark 87 Pf.

III. Beiträge der Societäts-Mitglieder:

Zur Dedung der vorbemerkten Schäden und aller sonstigen Ausgaben wurden an Beiträgen erhoben:
für's Immobilien (und zwar für 100 Mark Versicherungs-Kapital in
Klasse I. 20 Pf., Klasse II. 40 Pf., Klasse III. 140 Pf. Klasse IV.
240 Pf.)

überhaupt

2 078 386 Mark 17 Pf.

Mobilien einschließlich für Mieten-Versicherungen überhaupt : 103 218 : 52

Zusammen 2 181 604 Mark 69 Pf.

Berlin, den 2. November 1894.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz.

Polizei-Berordnung,

betreffend die Reinigung und Spülung der Trinkgefäße in den
Schank- und Gastwirtschaften.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gef. S. S. 195) wird für den Stadtkreis Charlottenburg mit Zustimmung des Gemeindevorstandes Folgendes verordnet:

§ 1. Gast- und Schankwirthe sind dafür verantwortlich, daß die Trinkgefäße in bezw. mit welchen ihren Gästen Getränke vorgelegt werden, sich in einem durchaus sauberen Zustande befinden.

§ 2. Die Trinkgefäße müssen zu diesem Zwecke täglich nach Bedarf gründlich durch Abscheuern, Bürsten und Nachspülen gereinigt werden.

§ 3. Die beim Geschäftsbetriebe jeweilig im Gebrauch befindlichen Trinkgefäße müssen, bevor sie von Neuem gefüllt werden, gespült werden. Diese Spülung darf nur auf ausdrückliches Verlangen derjenigen Gäste, welche die ihnen einmal vorgelegten Trinkgefäße weiter benutzen wollen, unterbleiben.

Die Spülung muß derartig bewirkt werden, daß die Trinkgefäße entweder in einem mit fließendem reinen Wasser gefüllten Gefäß vollständig untergetaucht oder durch einen von der königlichen Polizei-Direktion als zweckentsprechend befundenen Spül-Apparat innen und außen an allen Theilen mit fließendem reinen Wasser benetzt werden.

§ 4. Das Spülgefäß muß in seinen inneren Wandungen wenigstens eine Länge von 50 cm, eine Breite von 30 cm und eine Höhe von 30 cm haben und mit einer Wassereinflaß-, Wasserüberlauf- und Wasserablaßvorrichtung versehen sein. Während der Spülung muß der Zufluß des reinen Wassers und der Abfluß des benutzten Wassers derartig geregelt sein, daß das Wasser in dem Spülgefäß stets vollkommen klar ist.

§ 5. Von der in den §§ 3 und 4 gestellten Forderung fließenden Wassers kann unter besonderen Umständen seitens der königlichen Polizei-Direktion abgesehen werden.

§ 6. Das Spülgefäß ist täglich wenigstens einmal durch Abscheuern und Ausspülen gründlich zu reinigen.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

dieser Polizei-Berordnung werden mit Geldbuße bis zu 30 Mk. bestraft.

§ 8. Diese Polizei-Berordnung tritt am 1. Januar 1895 in Kraft.

Charlottenburg, den 1. November 1894.

Königliche Polizei-Direktion. von Salbern.

Personalchronik.

Es sind ernannt: a. der Bürgermeister Klein in Beeskow zum Amtsanwalt bei dem königlichen Amtsgericht daselbst, b. der städtische Forstassistentant Rosenhahn in Templin zum zweiten Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht daselbst.

Die bei der Veranlagungskommission des Kreises Niederbarnim in Berlin beschäftigten Civilanwärter Hanisch und Beyer sind zu Steuer-Civilsupernumeraren ernannt worden.

Bei der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sind: 1) der Regierungsrath Dr. Dieren in den Ruhestand versetzt, 2) der Regierungsrath von Zakrzewski aus Merseburg, der Regierungs-Assessor Wendke von der königlichen Ministerial-Militair- und Bau-Kommission hier, und der Regierungs-Assessor Dr. Anschütz aus Wittenberg zur weiteren dienstlichen Verwendung hierher überwiesen worden, 3) der Regierungsrath Dr. Meyer vorübergehend und der Regierungs-Assessor Sternberg definitiv an die königliche Regierung zu Arnberg, und der Regierungs-Assessor Dehne zur Hülfsleistung in den landrättslichen Geschäften nach Euskirchen, Regierungsbezirk Köln, versetzt, 4) der Rendant der königlichen Steuerkasse Boulléme und der Regierungs-Secretair Brauns in den Ruhestand versetzt, 5) die Militair-Supernumerare Kielhorn, Dorth und Grimm auf ihren Antrag entlassen, 6) der Militair-Anwärter Knoop als Militair-Supernumerar und 7) der Militair-Anwärter Kappelt als Hilfssteuererheber und Hilfsvollziehungsbeamter angenommen und 8) der Hilfsanzuleidiener Lustig auf seinen Antrag entlassen.

Der bisherige Pfarrer zu Stepenitz, Diözese Pultitz, Dr. Samuel Gottlob Mayer, ist zum Pfarrer der Viehfrauen- und Mönchen-Kirche zu Jüterbog, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der Lehrer Emil Dieck ist als Vorschullehrer an der Vorschule des Realgymnasiums zu Perleberg angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Oktober 1894 sind **ernannt** zu Postdirektoren: Geheimer expedirender Sekretar im Reichs-Postamt Maiwald, Postkassirer Tapp, zu Postkassirern: die Ober-Postdirektionssekretäre Buchholz, Ewest, Hackmann, Köhler, von Lipski, Meyhoff, Siebert, Weithase, zu Ober-Postdirektionssekretären: Ober-Postsekretär Eyler, die Postsekretäre Rathe und Neumann, zu Ober-Postsekretären: die Postsekretäre Bern und Tillmann, zum Bureau-Assistenten: Telegraphenassistent Gröbel, zu Ober-Postassistenten: die Postassistenten Bartisch, Gutt, Lehmann, Lubiewski, zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Ruchmann, Delze, Desreich, Schadebrodt, Wensch, zum Postassistenten: Postverwalter Kofin,

etatmäßig angestellt als Postsekretäre: die Postpraktikanten Vader aus Dresden, Greinert, Mar Hoffmann aus Meß, Kayser, Noack aus Fraustadt, Teend, Wendroth, als Postassistenten: Postanwärter Bölke, die Postassistenten Gnippel, Hackendahl, Rebber, Knapp, als Telegraphenassistenten: die Postassistenten Harste aus Hamburg, Pohlen aus Aachen, die Telegraphenanwärter: Benjing, Kaushay, Fischwasser, Kublrott, George, Hänisch, Heller, Hellmuth, Wilhelm Hinge, Jentsch, Landgraf, C. Lehmann, Mar Müller, Neels, Noßel, Notter, Schönbrunn, Emil Schulz, Steinacker, Timm, Tschöpel, Ziegenbein.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Etatmäßig angestellt ist: der Postassistent Friedrich in Greiffenberg (Uckermark) als Postverwalter.

Ernannt sind: der Ober-Postdirektionssekretär Obnesorge in Spandau zum Postkassirer, die Post-

sekretaire Donar in Ludenwalde und Lehmann in Prenzlau zu Ober-Postsekretären.

Berufen sind: der Postdirektor Gartmann von Ludenwalde nach Berlin.

Zunächst probeweise übertragen: sind dem Postkassirer Neumann aus Hamburg die Vorsteherstelle des Postamts in Ludenwalde, dem Postsekretär Stamm aus Karlörube (Baden) eine Bureaubeamtenstelle bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1895 werden in den bisherigen Gerichtstageslokalen an folgenden Sonnabenden Gerichtstage abgehalten werden: A. in Boizenburg: 12. Januar, 23. Februar, 23. März, 27. April, 25. Mai, 29. Juni, 3. August, 21. September, 19. Oktober, 16. November, 14. Dezember. B. in Gerswalde: 26. Januar, 2. März, 20. April, 1. Juni, 13. Juli, 7. September, 26. Oktober, 7. Dezember. An diesen Tagen werden auch Anträge auf Eintragungen aller Art in das Grundbuch und in die Landgüter-Rolle entgegengenommen.

Templin, den 31. Oktober 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Gerichtstage in Pehnin sind für das Jahr 1895 auf folgende Tage festgesetzt: den 10. und 11. Januar, den 7. und 8. Februar, den 7. und 8. März, den 4. und 5. April, den 9. und 10. Mai, den 13. und 14. Juni, den 11. und 12. Juli, den 15. und 16. August, den 26. und 27. September, den 24. und 25. Oktober, den 21. und 22. November, den 19. und 20. Dezember. An jedem zweiten Gerichtstage (Freitag) werden Erklärungen und Anträge in Grundbuchsachen und Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit entgegen genommen.

Brandenburg a. H., den 5. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zahl.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
1	Josel Blei, Müllergefelle,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 9. März 1861 zu Hemmersdorf, Bezirk Jägerndorf, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig ebendasselbst,	schwerer und einfacher Diebstahl (3 Jahre Zucht- haus laut Erkenntnis vom 21. September 1891 und 10. Mai 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	28. August 1894.
2	Rudolf Heimec, Majergefelle,	geboren am 24. Juni 1865 zu Debenburg, Ungarn, ortsangehörig ebendasselbst,	schwerer Diebstahl (zwei Jahre 1 Monat Zucht- haus laut Erkenntnis vom 21. Juli 1892),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	1. September 1894.

Kauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
3	Albert Burzynski, Arbeiter,	geboren am 3. April 1871 zu Wielanow, Kreis Pencyze, Gouvernement Petrosow, Polen, ortsangehörig zu Dombrowa - Widawka, Kreis Rasch, ebendasselbst,	schwerer und einfacher Diebstahl (1 Jahr 8 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 16. Januar 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Duppeln,	9. September 1894.
4	Peter Gottfried Dieffen, Mechaniker,	geboren am 5. September 1862 zu Brüssel, belgischer Staatsan- gehöriger,	Diebstahl im wiederholten Rückfalle (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 29. September 1892),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	27. September 1894.
5	Adalbert Malkowski, Arbeiter,	24 Jahre alt, geboren zu Radziejewo, Kreis Niedzawa, Rußland, russischer Staatsangehöriger,	schwerer Diebstahl (1 Jahr Zuchthaus laut Erkenntniß vom 15. August 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Bromberg,	11. Januar 1894.
6	Katharina Malkowska, unverehelichte,	geboren im Jahre 1861 zu Dulsch, Polen, russische Staatsangeh.,	Diebstahl im wiederholten Rückfalle (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 18. Mai 1893),	derselbe,	14. Mai 1894.
7	Helena (Chaja) Perlmuter, geb. Feldmann, Chefrau eines Steppers,	geboren am 2. Oktober 1869 zu Warschau, ortsangehörig ebendaf.,	wiederholter schwerer Diebstahl (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 30. September 1891),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Piesnig,	21. September 1894.
8	Chaja Feige Szejke- wicz (Szejkiwicz), geb. Gedalski, Wittwe,	geboren im September 1847 zu Pilz, Gouvernement Kielce, Polen, ortsangehörig zu Czestochau, Gouvernement Petrosow, ebendasselbst,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Albert Blau, Geschäftsreisender,	geboren am 27. Februar 1851 zu Agram, Kro- atien, ortsangehörig ebendasselbst,	Landstreichen und Falsch- meldung,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	21. September 1894.
2	Theodor De Kre, Uhrmacher,	geboren am 23. De- zember 1858 zu Brüssel, belgischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen und Fälschungs- fälschung,	derselbe,	desgleichen.

Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Anzeigengebühren betragen für eine einzeilige Druckzeile 20 Pf.

Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Witten.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 47.

Den 23. November

1894.

Allerhöchster Erlass.

Verleihung des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung auf der Chaussee von Eberswalde über Spetchhausen und Melchow nach Biesenthal an den Kreis Eberbarnim.

Auf Ihren Bericht vom 17. Oktober d. J. will Ich dem Kreise Eberbarnim, Regierungsbezirks Potsdam, welcher den Bau einer Chaussee von Eberswalde über Spetchhausen und Melchow nach Biesenthal ausgeführt hat, gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des Chausseegeld-Tarifs vom 29. Februar 1840 (Ges.-S. S. 94 ff.) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.

Neues Palais, den 23. Oktober 1894.

gez. Wilhelm R.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

21. Gemäß § 5 des Gesetzes vom 27. Juli 1885, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben (G.-S. S. 327), wird das für die Kommunalbesteuerung im Steuerjahre 1894/95 in Betracht kommende Reineinkommen der gesamten Preussischen Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen auf den Betrag von 146 800 092 Mark hierdurch festgesetzt. Von diesem Gesamteinkommen unterliegen nach dem Verhältnis der erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen der Besteuerung:

- A. durch die Preussischen Gemeinden 129 836 222 Mark,
- B. durch die Preussischen Kreise 134 026 615 Mark.

Berlin, den 4. November 1894.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Abreichung der Zinscheine Reihe II. zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe von 1885.

20. Die Zinscheine Reihe II. N^o 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten

4prozentigen Staatsanleihe von 1885 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1894 bis 30. September 1904 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 1. September 1894 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen. Berlin, den 15. August 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstkassen und den königlichen Haupt-Steuerämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 21. August 1894.

Königliche Regierung.

Sequestration der Domäne Hammer.

21. Wir bringen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Domäne Hammer von uns unter Sequestration gestellt ist und daß bis auf Weiteres Herr Domänenpächter Kortenbeitel in Zehdenick als Sequester und als dessen Stellvertreter Herr Wirtschaftsdirector Wollin in Hammer bestellt worden sind.

Es sind daher von jetzt ab alle Zahlungen, soweit solche aus dem Wirtschaftsbetriebe der vorgenannten Domäne herrühren, bei Vermeidung doppelter Zahlung nur an den Herrn Domänenpächter Kortenbeitel in Zehdenick gültig zu leisten.

Potsdam, den 10. November 1894.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen des königlichen Regierungs-Präsidenten.

Schiffahrtverordnungen betreffend.

264. Für die Schifffahrt und Flößerei werden gesperrt:

**für die Zeit vom 1. Januar bis Ende
Februar 1895**

die Schleusen zu Spandau, zu Storkow, zu Prieros und die Fürstenberger Schleusen;

für die Zeit vom 1. bis 31. Januar 1895
die Schleusen zu Schlaubehammer und Neuhaus.

Es wird jedoch darauf Bedacht genommen werden, auch für die Zeit der angeordneten Sperre bei freiem Wasser immer einen der Wege von der Scheitelfreie des Ober-Spree-Kanals zur Oder frei zu halten.

**für die Zeit vom 1. Januar bis zum
15. März 1895**

die Woltersdorfer Schleuse;

**für die Zeit vom 15. Dezember d. J. bis
15. März 1895**

der Templiner Kanal und die obere Havel von der Grenzschleuse aufwärts.

Potsdam, den 20. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

265. Festgestellt ist der Milzbrand bei einer Kuh des Erbigers Karl Heinz zu Neuholand (Kreis Niederbarnim).

Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Ackerbürgers Otto Huf zu Alt-Landsberg (Kreis Niederbarnim) und des Rittergutsbesizers von Treßow zu Friedrichsfelde (Kreis Niederbarnim).

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Kühen des Landwirths Albrecht zu Prig-

und des Mollereibesizers Ruffan zu Nirdorf (Kreis Teltow).
Potsdam, den 20. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin. Bekanntmachung.

74. Das hiesige fünfte Bezirks-Physikat, welches die Polizei-Reviere 28, 30, 34, 35, 36, 39, 41 und 42 umfaßt, ist erledigt.

Geeignete Bewerber um diese Stelle, deren nicht pensionfähiges Gehalt, jährlich 900 Mark beträgt, wollen ihre Gesuche unter Beifügung einer Darstellung ihres Lebenslaufes, der Approbation als Arzt und des Befähigungszeugnisses für die Verwaltung einer Physikatstelle binnen 6 Wochen an mich einreichen.

Berlin, den 12. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g.

75. Im Interesse der Vertheiligten weise ich wiederholt darauf hin, daß seit 1. Mai 1888 die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1887, betreffend die Verwendung gesundheitschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen in Kraft sind.

Dieses Gesetz ist in Nr. 17 des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 27. April 1888, sowie in Nr. 96 des Berliner Intelligenz-Blattes vom 24. desselben Monats abgedruckt.

Die auf Grund der Vorschriften im § 1, Absatz 3, und § 7, Absatz 2, des gedachten Gesetzes unterm 10 April 1888 von dem Herrn Reichsminister erlassenen näheren Bestimmungen über die Untersuchung von Farben, Gespinnsten und Geweben auf Arsen und Zinn sind im Centralblatt für das Deutsche Reich Nr. 15 vom 13. April 1888 veröffentlicht.

Berlin, den 16. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Berichtigung: In der Bekanntmachung vom 29. v. M., betreffend die Vertretung der Aktiengesellschaft Peggold und Comp. Ingenieure Limited zu London, veröffentlicht in Stück 45, Seite 433 Zeile 1 hinter dem Worte „März“ die Jahreszahl „1893“, was hiermit berichtigt wird.

Bekanntmachungen der kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Postsendungen.

71. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. in Berlin zur Post gegebene Pakete;

an Reich in Meppen, Kr. Labiau,

„Türk“ Dresden;

in Charlottenburg zur Post gegeben:

an Henkls in Gr. Olgau.

B. Gegenstände, die in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen, Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten aufgefunden worden sind:

Bücher, 1 Brille, Wam, Fufedern, Haarnadeln, Knöpfe,

Kragen, Pössel, Metalltheile, Messer, Nadeln, Portemonnaies, Quasten, Eeeren, Schirmgriffe, Schnur, Strümpfe, Taschentücher, Violinsaiten, Welle, Werkzeugsheile.

Die unbekannten Absender und Eigenthümer der vorbezeichneten Sendungen u. werden aufgefordert, sich spätestens innerhalb 4 Wochen bei der Ober-Postdirektion schriftlich zu melden. Anderen Falls werden die Gegenstände zum Besten der Postunterstützungs-kasse versteigert werden.

Berlin C., 13. November 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachung.

72. Der Fernsprechbetrieb zwischen Altdamm und Berlin wird am 16. d. M. eröffnet. Die Gebühr für ein Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt eine Mark. Berlin C., 15. November 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königl. Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Öffentliche Bekanntmachung.

38. Aus Anlaß der Erbauung der Lutherkirche in dem Bezirk der Zwölf-Apostel-Gemeinde wird von den zuständigen Staats- und Kirchenbehörden im Anschluß an die in der Errichtungsurkunde für die Christus-Kirchengemeinde vom 14./24. Juli d. Js. getroffenen Parochialveränderungen für die Sprengel von Zwölf-Apostel, Heilig-Kreuz und St. Lukas beabsichtigt,

- A. eine neue evangelische Parochie der **Luther-Kirche** hierselbst zu errichten, welcher der unten beschriebene Sprengel unter Ausparrung der darin wohnenden Gemeindeglieder der Zwölf-Apostel-Kirche aus ihrem jetzigen Parochialverbande zugewiesen werden soll,
- B. bei dieser Gelegenheit zugleich die Sprengel von St. Matthäus und St. Lukas durch Hinzulegung von Theilen der Zwölf-Apostel- und bezw. der St. Matthäus-Gemeinde anderweit zu umgrenzen.

Zu A.

I. Für die **neuerbaute Lutherkirche zu Berlin** wird unter gleichzeitiger Errichtung zweier Pfarrstellen an derselben ein besonderes **Kirchspiel** gebildet und von dem Zwölf-Apostel-Kirchensprengel abgegrenzt durch

- a. **im Osten:** die westliche Grenzlinie der Dresdener Bahn vom Schnittpunkte der Mittellinie der Kreuzbergstraße bis zum Schnittpunkte der hinteren Grenze der Grundstücke auf der Nordseite der Yorkstraße, diese Grenze und die Westgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn,
- b. **im Süden:** die Parochial- (Weichbild-) Grenze mit Schöneberg von der Westgrenze der Dresdener Bahn bis zum Schnittpunkte der Mittellinie der Potsdamerstraße,
- c. **im Westen:** die Mittellinie der Potsdamerstraße von der Parochial- (Weichbild-) Grenze mit Schöneberg bis zum Schnittpunkte der Mittellinie der Lützowstraße,

d. **im Norden:** diese Mittellinie bis zur Westgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn.

II. Alle innerhalb dieser Grenzen wohnenden Evangelischen werden aus der Zwölf-Apostel-Gemeinde in die Luther-Gemeinde umgepfarrt.

III. Der Archidiaconus Kramm von Zwölf-Apostel geht, sobald die Mittel zu seiner Besoldung in der neu zu bildenden Kirchenkasse nach dem Ermessen des unterzeichneten Consistoriums vorhanden oder sonst sichergestellt sein werden, als Pfarrer in die Luthergemeinde über und mit diesem Zeitpunkte geht seine Stelle bei Zwölf-Apostel ein.

IV. Die in der Parochie von Zwölf-Apostel bestehenden Gebührenordnungen sind für die Luthergemeinde solange verbindlich, bis anderweitige Gebührenordnungen im kirchenordnungsmäßigen Wege zu Stande gekommen sind.

V. Der Luther-Gemeinde steht vom Tage ihrer Konstituierung ab auf 5 Jahre die Mitbenutzung der beiden Kirchhöfe von Zwölf-Apostel zu. Dieselbe bezieht für diesen Zeitraum die Stoll- und Stellgebühren für Beerdigungen aus ihrer Mitte und die Einnahmen aus dem Verkauf von reservierten Stellen und Erbbegräbnissen, sofern diese von Angehörigen des neuen Kirchspiels erworben werden.

Zu B.

Die nachstehend bezeichneten Evangelischen werden aus ihren bisherigen Kirchengemeinden ausgepfarrt und eingepfarrt

I. in die **St. Matthäus-Kirchengemeinde** die Evangelischen desjenigen Theiles der bisherigen Zwölf-Apostel-Gemeinde, welcher begrenzt wird:

- a. **im Osten:** durch die Westgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn von dem Schnittpunkte der Mittellinie der Lützowstraße ab bis zum Kanal,
- b. **im Norden:** durch den Kanal bis zum Schnittpunkte der die hintere Grenze der Grundstücke an der Ostseite der Genthinerstraße bildenden Linie,
- c. **im Westen:** durch diese Linie bis zum Schnittpunkte der Mittellinie der Lützowstraße,
- d. **im Süden:** von dieser Linie bis zum Schnittpunkte der Westgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn,

II. in die **St. Lukas-Kirchengemeinde** die Evangelischen

1) desjenigen Theiles von der Zwölf-Apostel-Gemeinde, welcher begrenzt wird

- a. **im Osten:** von der Ostgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn,
- b. **im Süden:** von der hinteren Grenze der Grundstücke auf der Nordseite der Yorkstraße bis zum Schnittpunkte der Westgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn,
- c. **im Westen:** von der Westgrenze des Bahnkörpers der Potsdamer Bahn bis zum Kanal,
- d. **im Norden:** von dem Kanal bis zum

Schnittpunkte der Obergrenze des Vahnskörpers der Potsdamer Bahn,

2) desjenigen Theiles von der St. Matthäusgemeinde, welcher begrenzt wird

a. **im Osten:** von der bisherigen Parochialgrenze zwischen St. Matthäus und St. Lukas,

b. **im Norden:** von der Parochialgrenze zwischen St. Matthäus und Dreifaltigkeit von dem Punkte ab, in welchem die jetzigen Parochialgrenzen von St. Matthäus, St. Lukas und Dreifaltigkeit zusammenstoßen, bis zu dem Schnittpunkte der verlängerten Mittellinie der Potsdamerstraße und von der letzteren bis zum Schnittpunkte der hinteren Grenze der Grundstücke auf der Westseite der Linkstraße,

c. **im Westen:** von dieser bis zum Schnitt-

punkte der bisherigen Parochialgrenze zwischen St. Matthäus und Zwölf-Apostel,
d. **im Süden:** von dieser bis zu dem Punkte, in welchem die bisherigen Parochialgrenzen von St. Matthäus, St. Lukas und Zwölf-Apostel zusammenstoßen. —

Indem wir diesen Parochialregulierungs-Plan zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir alle dabei theilhabenden Gemeindeglieder auf, etwaige Einwendungen **bis zum 28. November dieses Jahres**, während der Zeit **von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags** in dem Amtszimmer Nr. 10 unserer Gesandtenräume (Schützenstraße Nr. 26) bei dem Bureauversteher, Rechnungsrat Pande oder dessen Stellvertreter unter geeignetem Ausweis über ihre Theilnahme bei der Sache schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 12. November 1894.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

19. Auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers werden nachstehend die Verzeichnisse der Preussischen Steuerstellen, die in der Provinz Brandenburg zur Erhebung der Reichsstempelabgabe, sowie zur Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (Ziffer 1 bis 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894) und von Lotterielosen (Ziffer 5 desselben Tarifs), sowie zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 des bezeichneten Gesetzes angeordneten Abgabe zuständig sind, mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß die Neuordnung der Erhebungsbefugnisse mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft tritt.

Berlin, den 25. Oktober 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

A.

Verzeichniß

derjenigen Preussischen Steuerstellen, welche zur Erhebung der Reichsstempelabgabe, sowie zur Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (Ziffer 1 bis 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz vom 27. April 1894) und von Lotterielosen (Ziffer 5 desselben Tarifs) zuständig sind.

Es umfaßt die Befugnisse:

- die Abstempelung von Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen etc. (Tarifnummer 1 bis 3) mit Ausschluß der Befugnisse unter b. und c.
- die stempelreine Abstempelung von inländischen Aktien nach der Bezeichnungsvorschrift zur Tarifnummer 1.
- die Abstempelung von Genußscheinen (Anmerkung zur Tarifnummer 1 und 2 Absatz 2.)
- die Abstempelung von Lotterielosen (Tarifnummer 5.)

Liste Nummer	Direktiv- Behörde	Der Steuerstelle				Bemerkungen.
		Amtort	Titel	Befugniß	Unter- scheidungs- zeichen.	
1	Provinzial-Steuer- Direktion in Berlin	Berlin	Haupt-Steuer-Amt für inländ. Gegenst.	a, b, c, d.	.	
2		Frankfurt a./D.	Haupt-Steuer-Amt	a, d.	.	

B.

Verzeichniß

derjenigen Preussischen Steuerstellen, welche zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 angeordneten Abgabe mit der nachstehenden Aufgabe zuständig sind:

Die Befugnisse:

- umfaßt den Verkauf von Reichsstempelmarken und von gestempelten Formularen zu Schlussnoten, auch die Verabsolung ungestempelter Formulare;

- h. erstreckt sich auf die Herstellung gestempelter Schlussnotenformulare durch Verwendung von Reichsstempelmarken zum verlangten Betrage und auf die Abstempelung von Vertragsurkunden (§ 15 des vorbezeichneten Gesetzes);
- c. ist beschränkt auf den Verkauf von Reichsstempelmarken und auf die Verabsolung ungestempelter Formulare. Die Befugniß, Anmeldungen zur Stempelung von Privatformularen durch die Reichsdruckerei anzunehmen, steht den sämmtlichen im Verzeichniß genannten Steuerstellen zu.

Laufende Nummer.	Direktions- Behörde.	Der Steuerstelle			Bemerkungen.
		Amtssitz.	Firma	Befugniß	
1	Provinzial-Steuer-Direktion in Berlin	Berlin	Haupt-Steuer-Amt für inländ. Gegenst.	a. h.	
2		Charlottenburg	Steuer-Amt I.	a.	
3		Brandenburg	Haupt-Steuer-Amt	a. h.	
4		Hebrbellin	Steuer-Amt I.	"	
5		Nauen	"	"	
6		Rathenow	"	"	
7		Cottbus	Haupt-Steuer-Amt	"	
8		Guben	Steuer-Amt I.	a.	
9		Serau	"	"	
10		Crossen	Haupt-Steuer-Amt	a. h.	
11		Zielenzig	Steuer-Amt I.	"	
12		Züllichau	"	"	
13		Eberswalde	Haupt-Steuer-Amt	"	
14		Coepenick	Steuer-Amt I.	a.	
15		Freienwalde	"	"	
16		Wriezen a. D.	"	"	
17		Frankfurt a. D.	Haupt-Steuer-Amt	a. h.	
18		Cüstrin	Steuer-Amt I.	a.	
19		Jürstenwalde	"	"	
20		Königsberg N.-M.	"	"	
21		Müncheberg	"	"	
22		Landesberg a. W.	Haupt-Steuer-Amt	a. h.	
23		Rübben	"	"	
24		Ludau	Steuer-Amt I.	"	
25		Potsdam	Haupt-Steuer-Amt	"	
26		Jüterbog	Steuer-Amt I.	a. h.	
27		Dranienburg	"	"	
28		Prenzlau	Haupt-Steuer-Amt	"	
29		Angermünde	Steuer-Amt I.	a.	
30		Schwedt a. D.	"	"	
31		Strasburg N.-M.	"	"	
32		Templin	"	"	
33		Neu-Ruppin	Haupt-Steuer-Amt	a. h.	
34		Havelberg	Steuer-Amt I.	a.	
35		Kyritz	"	"	
36		Perleberg	"	"	
37		Prigwitz	"	"	
38		Wittenberg	"	"	
39		Wittenberge	"	"	
40		Wusterhausen a. D.	"	c.	

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

13. Die deutsche Effekten- und Wechsel-Bank in

Frankfurt a. M. hat bei und auf Umschreibung der Schuldverschreibung des 3 1/2 %igen Staatsanlehens der vormals freien Stadt Frankfurt vom 9. April 1839, Lit. D. N^o 783 über 1000 fl. angetragen, auf

deren Rückseite sich ein durch Durchstreichung unleserlich gemachter Vermerk befindet.

In Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 29. Februar 1868 (Ges.-S. S. 169), des § 2 des Gesetzes vom 5. März 1869 (Ges.-S. S. 379) und des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe **innen 6 Monaten und spätestens am 23. Mai 1893** uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt werden und das obengenannte Bankgeschäft ein neues kunsfähiges Dokument erhalten wird.

Berlin, den 12. November 1894.

Hauptverwaltung der Staats Schulden.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

20. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 22. v. Mts. heute geschienenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

I. 4prozentige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Tblr.) 153 Stück und zwar die Nummern: 467 911 1484 1530 1667 1836 1985 2091 2156 2213 2266 2535 2844 3043 3161 3393 3494 3613 3904 3973 4072 4179 4230 4378 4881 5106 5401 5453 5915 5916 5928 6022 6564 6823 7007 7122 7201 7307 7467 7747 7781 8077 8212 8253 8298 8380 8449 8539 8785 8876 8937 9062 9145 9162 9175 9343 9367 9537 9538 9565 9716 9825 9901 9925 10101 10150 10221 10642 10666 10718 10810 11037 11051 11202 11209 11229 11262 11313 11362 11459 11699 11758 11773 11781 11831 12006 12212 12361 12432 12770 12787 12929 13013 13054 13071 13088 13106 13150 13213 13335 13466 13473 13765 13844 13972 14091 14215 14253 14275 14441 14580 14705 14806 15056 15100 15250 15503 15569 15742 25927 16053 16270 16304 16435 16475 16477 16480 16636 16713 16783 16834 16886 16974 17194 17100 17568 17806 17859 17879 17891 17896 17903 18364 18469 18663 18917 18976 19003 19082 19103 19152 19290 19317.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Tblr.) 53 Stück und zwar die Nummern: 59 147 489 971 978 1079 1293 1477 1785 2356 2347 2444 2453 2629 2695 2736 2906 3132 3145 3266 3529 3694 3768 3922 4100 4248 4287 4344 4414 4755 4767 5022 5292 5301 5314 5771 5844 5937 5990 6003 6047 6135 6148 6293 6334 6338 6374 6379 6563 6620 6738 6796 6904.

Litt. C. zu 300 M. (100 Tblr.) 202 Stück und zwar die Nummern: 9 382 418 812 1187 1452 1606 1791 1862 2011 2145 2458 2727 2881 2918 3171 3220 3253 3389 3403 3473 3732 3802 3959 4175 4302 4410 4482 4561 4791 4821 4857 4869

5137 5201 5284 5555 5664 5697 5700 5902 5986 6010 6347 6636 6727 6753 6951 6991 7124 7312 7414 7522 7589 7738 7769 8190 8220 8324 8560 8696 9024 9069 9173 9188 9381 9460 9770 9858 9999 10000 10179 10384 10484 10520 10558 10681 10842 10866 11212 11364 11603 11909 11946 11980 12480 12493 12526 12661 12675 12659 12703 11705 12837 12951 13000 13210 13245 13363 13511 13580 13693 14032 14103 14172 14403 14510 14640 14693 14790 15019 15037 15166 15169 15179 15185 15233 15305 15321 15499 15718 15733 15741 15828 16141 16161 16220 16284 16289 16553 16610 16796 16862 16939 17201 17206 17289 17545 17594 17643 17667 17677 17980 18016 18320 18337 18440 18531 18598 18646 18652 18672 18697 18730 18840 18914 19359 19529 19617 19637 19705 19778 19944 19990 20088 20200 20253 20347 20599 20819 21083 21085 21159 21225 21411 21492 21675 21691 21714 21739 21762 21795 21942 21983 21984 22064 22298 22411 22583 22933 22956 22959 23201 23367 23412 23467 23487 24265 24282 24489 24672 24886

Litt. D. zu 75 M. (25 Tblr.) 169 Stück und zwar die Nummern: 241 417 419 432 445 691 1077 1586 1691 1937 2042 2305 2689 2872 2931 2039 3057 3190 3231 3453 3630 3658 3667 3741 3875 3905 3907 3946 3964 3983 3986 4777 4969 4985 5016 5205 5488 5682 6026 6108 6130 6326 6357 6494 6497 6514 6529 6624 6727 6848 7220 7674 7742 7829 7871 7924 7981 8023 8063 8067 8213 8311 8470 8564 8761 8857 8986 9068 9534 9576 9596 9744 9970 9971 9981 10348 10369 10399 10411 10450 10459 10871 10952 11298 11564 11646 11767 11784 11878 12039 12464 12507 12564 12592 12642 12650 12732 12741 12749 12880 12923 12936 12946 12948 12962 13064 13095 13099 13211 13301 13395 13420 13479 13559 13563 13614 13660 13711 13873 13997 14259 14326 14354 14418 14951 15279 15231 15307 15312 15486 15492 15495 15554 15618 15628 15806 16212 16235 16310 17107 17492 17652 17715 17816 17990 18085 18257 18669 18897 18905 18908 18955 19008 19036 19183 19277 19511 19629 19745 19824 19874 19915 20156 20215 20235 20327 20429 20444 20695.

Litt. E. zu 30 M. (10 Tblr.) 2 Stück und zwar die Nummern: 9680 9690.

II. 3½prozentige Rentenbriefe.

Litt. N. zu 300 M. 2 Stück und zwar die Nummern: 19 21.

Litt. O. zu 75 M. 1 Stück und zwar die Nummer: 1.
Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in kunsfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 10—16 beziehungsweise Ser. I. Nr. 8—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76. I., vom 1. April f. J. ab an den Werth von 9 bis 1 Uhr

eingulieferen, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. April f. Js. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf; diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1905 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbeitrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. November 1894.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Personalchronik.

Im Kreise Döhring ist wegen des zum 26. d. M. bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit der königliche Oberamtmann Jäger zu Röntendorf aufs Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXII. — Maulbeerswalde — ernannt worden.

Der Militär-Anwärter Schlegel und der Civilanwärter Krauthoff sind zu Regierungssupernumeraren ernannt worden.

Der Landmeister Ringwaldt ist von Charlottenburg nach Frankfurt a. D. versetzt.

Der bisherige 1. Diaconus der Parodie der Stadtkirche zu Cöpenick, Diözese Cöln-Land II., Schaumann in Friedrichshagen, Diözese Cöln-Land II., ist zum Pfarrer daselbst bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Karl Gustav Eduard Johannes Baldenius in Ringenwalde, Diözese Templin, ist zum Pfarrer der Parodie Krampfer, Diözese Perleberg, bestellt worden.

Der bisherige Predikants-Kandidat Lic. Dr. Albert Friedrich Karl Schwarzlose ist zum Pfarrer

der Parodie der Schlosskirche in Cöpenick, Diözese Cöln-Land II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Mohrbeck, Diözese Jüterbog, Ernst Hermann Jähndrich, ist zum Pfarrer der Parodie Bienenburg, Diözese Belzig, bestellt worden.

Der wissenschaftliche Hilfslehrer Michaelsen ist zum Oberlehrer einer höheren Schule im Patronatsbereich des Magistrats in Charlottenburg ernannt und der Realschule daselbst überwiesen worden.

Dem Küster, Organisten und Lehrer Joachim Müller zu Brüg, Parodie Goltzow, Diözese Eberswalde, ist der Titel „ Kantor“ verliehen worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Oktober 1894 sind
versetzt von Berlin die Postassistenten Hülsebusch nach Braunschweig, Oppen nach Magdeburg, die Postsekretäre König nach Brandenburg (Havel), Krug nach Halle (Saale), Nitsche nach Pudenwalde, Rottner nach Dar-es-Salaam, Tebbenjohannes nach Hamburg, Weigel nach Meß, Ober-Postassistent Kerin nach Danzig, Postassistent Hesse nach Mühlh.,

nach Berlin Postrath Hüttenhein von Oldenburg (Grub.), Ober-Postdirektionssekretär Borchardt von Halle (Saale), die Postsekretäre Collatz von Halle (Saale), Hornemann von Brandenburg (Havel), Heinemann von Mülheim (Rhein), Rag von Pörrach, Ober-Postassistent Herkt von Cöln (Rhein),

in den Ruhestand getreten Rechnungsrath K. H. Th. Müller (künftiger Wohnort Templin), Postsekretär Vogge,

in den Ruhestand versetzt Bureauassistent von Schildt,

gestorben die Ober-Postassistenten A. W. Th. Schmidt und Theuerkauff, die Ober-Telegraphenassistenten Gundlach und Ziegenbein, Ober-Postsekretär a. D. Wolf, Postperwalter a. D. Steinacker.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Auf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Johann Peter Hengesck, Gerber,	geboren am 25. Dezember 1868 zu Luxemburg, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei,	königlich bayerische Polizei-Direktion zu München,	25. September 1894.
2	Joset Lieb, Metzger,	geboren im November 1846 zu Tnnumau, Bezirk Wiener-Neustadt, Oesterreich, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreicherei, falsche Namensangabe und Fälschung gefälschter Legitimationspapiere,	dieselbe,	desgleichen.

Rang. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat.	Datum der Anweisung Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
3	Jonas Kufzig, Schneider,	geboren am 13. Januar 1843 zu Chyrzanow, Galizien, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	21. September 1894.
4	Josef Many (Manny), Weber,	geboren im Jahre 1873 zu Maidlow, Bezirk Schireg, Rußland,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	6. Oktober 1894.
5	Hermann Leonardus Wittjes, Tagelöhner,	geboren am 20. März 1833 zu Romwegen, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	24. September 1894.
6	Franz Bartel, Eisengießer,	geboren am 7. Juli 1859 zu Schumburg, Bezirk Gablonz, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	3. September 1894.
7	Louis Vieu, Cigarrenarbeiter,	geboren am 24. Mai 1843 zu Grammont, Belgien, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hildesheim,	6. Oktober 1894.
8	Ferdinand Simon, Fabrikarbeiter,	geboren im Juli 1852 zu Wien, ortsangehörig zu Eisendorf, Bezirk Biskosteinig, Böhmen,	desgleichen,	Stadtmagistrat Regensburg, Bayern,	28. September 1894.
9	Johann Mathias Baes, Fabrikarbeiter,	geboren am 8. Juli 1871 zu Nederweert, Niederlande, ortsangehörig ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	9. Oktober 1894.
10	Johann Jacob Weber, Schlosser und Mechanikus,	geboren um 16. Mai 1842 zu Grünningen, Kant. Zürich, Schweiz, ortsangehörig ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	29. September 1894.
11	Alexander Werner, Koch,	geboren am 18. Dezember 1862 zu Reval, Rußland, ortsangehörig ebendaselbst,	Betteln,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	31. Juli 1894.
12	Franz Zeischka, Bäcker,	25 Jahre alt, geboren zu Rudig, Bezirk Porderham, Böhmen, ortsangehörig zu Kleinsürwig, ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Mannheim,	10. Oktober 1894.
13	Marianne Jarodny, unverehelichte,	geboren im August 1844 zu Gziesla, Kreis Bodanowo, Rußland,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	8. Oktober 1894.

Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Anweisung des Finanzministers vom 31. August 1894 über die Zu- und Abgänge, das Hebewesen, das Strafverfahren und die Kosten bei der Einkommensteuer und Ergänzungsteuer, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gava'schen Erben.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Anweisung

des

Finanzministers vom 31. August 1894 über die Zu- und Abgänge, das Hebewesen, das Strafverfahren und die Kosten bei der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer.

(Dritter Theil der Anweisungen zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893.)

Erster Abschnitt.

Veränderungen der veranlagten Steuer im Laufe des Jahres.

(Zu- und Abgänge.)

Artikel 72.*)

Rückwirkung der Einkommensteuer auf die Ergänzungssteuerveranlagung. Nachträgliche Vermehrungen des Einkommens oder Vermögens.

(§§. 56, 57 des Eintl. Ges., §§. 17, 19, 22, 37, 38 des Erg. Ges.)

1. Die Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt alljährlich; ihre Veranlagungsperiode fällt mit dem Steuerjahr zusammen.

Die Ergänzungssteuer wird gleichzeitig mit der Einkommensteuer veranlagt, zum ersten Male für die Zeit vom 1. April 1895 bis zum 31. März 1896. Für die Zeit vom 1. April 1896 bis zum 31. März 1899 wird die Veranlagungsperiode durch königliche Verordnung festgesetzt werden. Vom 1. April 1899 ab erfolgt die Veranlagung der Ergänzungssteuer jedesmal für eine Periode von drei aufeinander folgenden Steuerjahren.

2. Insofern die Veranlagung eines Pflichtigen zur Ergänzungssteuer nach den Vorschriften §§. 17, 19 Abs. 1 des Erg. Ges. (Artikel 19, 20 Erg. A.) von seiner Einkommensteuerveranlagung abhängt, zieht die im Laufe der Veranlagungsperiode eintretende Aenderung der letzteren auch eine entsprechende Berichtigung der Ergänzungssteuerveranlagung nach sich.

Wird beispielsweise der nach einem Einkommen von 1500 Mark mit dem Einkommensteuersatz von 16 Mark und nach einem Vermögen von 25 000 Mark mit dem Ergänzungssteuersatz von 12 Mark veranlagte Pflichtige auf seine nur gegen die Einkommensteuerveranlagung eingelegte Berufung auf den Einkommensteuersatz von 9 Mark (1 050 bis 1 200 Mark Einkommen) ermäßigt, so ist die Ergänzungssteuer auf den Satz von 7 Mark herabzusetzen.

War dagegen eine Steuerpflichtige mit Rücksicht auf den ihr obliegenden Unterhalt minderjährige Kinder (§. 17 Nr. 3 des Erg. Ges.) trotz eines steuerbaren Vermögens von 19 000 Mark von der Ergänzungssteuer freigelassen, weil bei der Veranlagung ihr steuerpflichtiges Jahreseinkommen auf nur 1 000 Mark angenommen wurde, so muß nachträglich ein Ergänzungssteuersatz von 9 Mark auf sie veranlagt werden, wenn auf die Berufung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission ihr steuerpflichtiges Einkommen auf 1 300 Mark (Steuersatz 12 Mark) festgestellt wird.

*) Aus praktischen Rücksichten ist die Artikelfolge der Anweisung vom 5. August 1891 beibehalten.

3. Die Vorschrift zu 2 findet in allen Fällen Anwendung, wo innerhalb der für die Ergänzungssteuer laufenden Veranlagungsperiode die Einkommensteuer anderweit festgestellt wird, sei es im Wege der ordentlichen Rechtsmittel gegen die Veranlagung, sei es bei der Veranlagung für ein folgendes Steuerjahr oder im Wege der Zugangsveranlagung, sei es in Folge eines Ermäßigungsantrages (Artikel 73 A) oder eines Berichtigungsverfahrens (Artikel 85).

4. Die anderweite Festsetzung der Ergänzungssteuer (Nr. 2, 3) erfolgt von Amts wegen von demselben Zeitpunkte ab, mit welchem die berichtigte Einkommensteuerveranlagung in Kraft tritt, durch die für diese zuständige Kommission oder Behörde.

In dem hinsichtlich der Einkommensteuer zu erlassenden Bescheide (Berufungsentscheidung, Ermäßigungsbescheid, Veranlagungsschreiben u. s. w.) ist dem Steuerpflichtigen zugleich von der anderweiten Festsetzung der Ergänzungssteuer Kenntniß zu geben.

5. Vermehrungen oder Verminderungen des Einkommens oder Vermögens während der laufenden Veranlagungsperiode begründen keine Veränderung in der schon erfolgten Veranlagung.³¹⁾

Ausnahmen von dieser Regel finden nur statt

bei Verminderungen unter den Voraussetzungen der Artikel 73 A und 73 B,
bei Vermehrungen in den nachstehend zu 6 und 7 angegebenen Fällen.

6. Ein veranlagter Steuerpflichtiger, dessen Einkommen während des laufenden Steuerjahres in Folge Erbanfalles einen Zuwachs erfährt, ist entsprechend der Vermehrung seines Einkommens anderweit zu veranlagern, und zwar in der Weise, daß dem bei der früheren Veranlagung festgestellten Einkommen der Jahresbetrag des durch den Erbanfall erworbenen Einkommens hinzugerechnet wird.

7. Ein veranlagter Steuerpflichtiger, dessen steuerbares Vermögen während der laufenden Veranlagungsperiode durch Erb- oder Fideikommißanfall, Abtheilungs- (vorweggenommenen Erbtheilungs-) Vertrag oder Ueberlassungsvertrag zwischen Eltern und Kindern, durch Schenkung oder Verheirathung einen Zuwachs erhält, ist entsprechend der Vermehrung des ihm anzurechnenden Vermögens anderweit zur Ergänzungssteuer zu veranlagern und zwar in der Weise, daß dem bei der früheren Veranlagung festgestellten steuerbaren Vermögen das durch den Erbanfall u. s. w. neu hinzugegetretene Vermögen hinzugerechnet wird.

8. Die aus anderem Anlaß seit der früheren Veranlagung außerdem etwa stattgehabten Einkommens- oder Vermögensvermehrungen bleiben bei den Neuveranlagungen (Nr. 6, 7) außer Betracht; ebenso die inzwischen am veranlagten Einkommen oder Vermögen etwa eingetretenen Verminderungen, insoweit dieselben nicht in Gemäßheit der Vorschriften Artikel 73 A und B einen Anspruch auf Ermäßigung begründen.

9. Die erhöhte Steuer (Nr. 6, 7) ist von dem Ersten des auf den Erbanfall oder den Vermögenszuwachs folgenden Monats ab zu veranlagern.

Wegen des Verfahrens bei der Veranlagung und Zugangstellung finden die im Artikel 77 gegebenen Bestimmungen Anwendung.

Artikel 73 A.

Ermäßigung der Einkommensteuer wegen Verminderung des Einkommens im Laufe des Steuerjahres.

(§. 58 des Eink. Ges.)

Wird nachgewiesen, daß während des laufenden Steuerjahres in Folge des Wegfalles einer Einnahmequelle oder in Folge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den vierten Theil vermindert worden ist, oder das wegfallende Einkommen anderweit zur Einkommensteuer herangezogen wird (Artikel 72 Nr. 6), so kann vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monats ab eine dem verbliebenen Einkommen entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer beansprucht werden.

Die Voraussetzungen dieses Ermäßigungsanspruches sind für alle Steuerpflichtigen ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens die gleichen. Zur Begründung ist der Nachweis erforderlich, aber auch ausreichend,

³¹⁾ Ann. 31. In Betreff derjenigen Personen, welche in die Staatssteuerliste nicht übernommen worden sind, weil weder ihr Einkommen den Betrag von 900 Mark noch ihr steuerbares Vermögen den Betrag von 6 000 Mark übersteigt (Artikel 24 Nr. 2, Artikel 481 Abs. 2 Erg. A.), ist eine Veranlagung noch nicht erfolgt. Bei Erwerb eines höheren Einkommens oder eines die Steuerpflicht begründenden Vermögens im Laufe des Jahres findet daher die Veranlagung im Zugangswege statt. (Vergl. Artikel 76 Nr. 9, 15.)

1. daß im Laufe des Steuerjahres
 - a) entweder eine Einnahmequelle weggefallen,
 - b) oder ein außergewöhnlicher Unglücksfall eingetreten,
2. daß in Folge eines Ereignisses der zu a oder b gedachten Art das Einkommen um mehr als den vierten Theil vermindert ist. Von der Voraussetzung zu 2 findet nur in einem unten zu erörternden Falle eine Ausnahme statt.

Zur Erläuterung wird bemerkt:

Zu 1a. Die Einnahmequelle und nicht nur das Einkommen aus einer solchen muß weggefallen sein. Es genügt also nicht, wenn die Zinsen eines Kapitals rückständig bleiben, oder das in Aktienunternehmungen angelegte Kapital zur Zeit keinen Ertrag liefert, wenn der bisherige Ertrag aus einem verpachteten oder vermieteten Grundstücke sich mindert oder versiegt, weil der Mieths- oder Pachtvertrag abgelaufen ist, wenn die geschäftlichen Einnahmen eines Kaufmannes oder Fabrikanten sich in Folge Abnahme der Kundschaft oder Einschränkung der Produktion mindern, wenn der Verdienst aus Gewinn bringender Beschäftigung in Folge Sinkens der Lohnsätze oder in Folge vorübergehender Arbeitslosigkeit geschmälert wird. Ebenjowenig kann es als Wegfall einer Einnahmequelle gelten, wenn zur Tilgung von Schulden das Gehaltsabzugsverfahren eingeleitet ist, oder wenn die bei der Veranlagung vorhandenen Kapitalien ganz oder theilweise zum Zwecke einer anderen wirtschaftlichen Anlage, z. B. zum Ankauf von Grundbesitz, verwendet sind.

Um eine Ermäßigung im Laufe des Jahres zu rechtfertigen, muß die zinstragende Kapitalforderung selbst erloschen, das vermietete Gebäude abgebrochen oder unbenutzbar geworden, der Gewerbebetrieb oder doch ein als selbstständige Erwerbsquelle anzusehender Theil des Gewerbebetriebes, z. B. eines von mehreren Ladengeschäften, eingestellt, das mit Besoldung verbundene Amt, die Ausübung der Anwaltschaft oder sonstigen Gewinn bringenden Thätigkeit aufgegeben, oder durch einen Wechsel des Arbeits- oder Dienstverhältnisses eine dauernde und bedeutende Schmälerung des Verdienstes verursacht sein.

Abweichend von den Bestimmungen des aufgehobenen Gesetzes vom 1. 25. Mai 1851/73 fordert das Gesetz indessen nicht den Verlust, sondern nur den Wegfall der Einnahmequelle. Es kommt deshalb nicht darauf an, ob die Quelle, wie im Falle des Konkurses, der nothwendigen Substitution, der Enthebung vom Amte u. s. w., unabhängig von dem eigenen Willen verloren gegangen oder ob dieselbe freiwillig aufgegeben ist.

Der Wegfall der Quelle muß eine vollendete Thatsache sein, bevor eine Ermäßigung bewilligt werden kann (vergl. Artikel 74 Nr. 5).

Zu 1b. Als außergewöhnliche Unglücksfälle kommen namentlich in Betracht: Krankheiten oder Todesfälle unter den erwerbenden Mitgliedern der Familie, Viehseuchen, Schaden durch Feuer, Hagelschlag, Ueberschwemmung und ähnliche mit örtlicher oder individueller Beschränkung wirkende Naturereignisse.

Nicht hierher gehören wirtschaftliche Vorgänge, welche auf den betreffenden Erwerbszweig im Allgemeinen einen nachtheiligen Einfluß üben, wie Stockungen im gewerblichen und Handelsverkehr, oder ungünstige Ernten.

Zu 2. Die Einkommensminderung muß einer dreifachen Voraussetzung entsprechen:

- a) sie muß als Folge des Wegfalles einer Einnahmequelle (Nr. 1a) oder eines Unglücksfalles (Nr. 1b) eingetreten sein, also in ursächlichem Zusammenhange mit dem fraglichen Ereignisse stehen;
- b) die Minderung muß unmittelbar mit dem Beginne oder im Laufe desjenigen Steuerjahres eingetreten sein, für welches die Veranlagung erfolgt ist; es kommt aber nicht darauf an, ob das den Wegfall verursachende Ereigniß, z. B. die Entscheidung auf das Pensionsgesuch oder der Beginn einer noch fortbauenden Krankheit, die als eine sich täglich erneuernde Ursache der Einkommensminderung anzusehen ist, bereits in das Vorjahr fällt. Mit diesem Vorbehalte kann eine bereits vor dem Beginne des Steuerjahres, also vor dem 1. April eingetretene Verminderung nur im Wege der ordentlichen Rechtsmittel gegen die Veranlagung geltend gemacht werden;
- c) das Einkommen muß endlich um mehr als den vierten Theil gemindert sein.

Um festzustellen, ob diese Voraussetzung vorliegt, ist das Jahreseinkommen, welches vom Zeitpunkte der Verminderung ab vom Steuerpflichtigen wirklich noch bezogen wird, mit demjenigen Jahreseinkommen zu vergleichen, nach welchem er für die Zeit bis zum Eintritt der Verminderung veranlagt war (vergl.

auch Verfügung vom 23. Februar 1893, Mitth. Heft 26 S. 24). Tritt z. B. ein nur nach seinem Gehalt von 3 000 Mark veranlagter Beamter mit Ablauf des 30. September gegen Bewilligung einer Pension von 2 200 Mark in den Ruhestand, ohne weiteres Einkommen zu beziehen, so liegt die Voraussetzung der Ermäßigung vor, da die Differenz zwischen beiden Jahresbezügen 800 Mark, also mehr als ein Viertel (750 Mark) des dem veranlagten Steuerfalle zu Grunde liegenden Einkommens von 3 000 Mark beträgt.

Ergäbe sich in dem vorausgesetzten Falle, daß dem Beamten außer dem Gehalt ein bei der Veranlagung nicht berücksichtigtes Zinseinkommen von 600 Mark anzurechnen gewesen wäre, mithin das wirkliche steuerpflichtige Gesamteinkommen bis zur Pensionirung 3 600 Mark betrug, nachher auf 2 800 Mark zu berechnen ist, so würde zwar gemäß §. 80 des Eink. Ges. (vergl. Artikel 85 dieser Anweisung) die Veranlagung für die Zeit vor der Einkommensminderung, entsprechend dem Einkommen von 3 600 Mark, zu berichtigen und somit dieses Einkommen (nicht das Einkommen von 3 000 Mark) mit dem nach der Pensionirung wirklich verbliebenen in Vergleich zu stellen sein. Da aber der vierte Theil des nunmehr für die Berechnung desselben maßgebenden Einkommens 900 Mark, die Einkommensminderung aber nur 800 Mark beträgt, findet in diesem Falle ein Ermäßigungsanspruch nicht statt.

Wie bereits angedeutet worden, kommt es in einem Falle auf die Höhe der Einkommensminderung nicht an, sofern nämlich das wegfallende Einkommen in Folge Erbansfalles auf einen anderen Steuerpflichtigen übergeht und bei dem letzteren anderweit zur Einkommensteuer gemäß §. 57 des Eink. Ges. (Artikel 72 Nr. 6) herangezogen wird.

Gelangt beispielsweise das Vermögen einer Ehefrau, deren besonderes Einkommen dem Ehemanne angerechnet war, nach dem Tode der Ehefrau ganz oder theilweise in Folge Erbanges an deren Verwandte und bei diesen das entsprechende Einkommen in Gemäßheit der angeführten Vorschriften zur Besteuerung im Laufe des Jahres, so ist der Anspruch des Ehemannes auf Ermäßigung begründet, auch wenn die für ihn dadurch eingetretene Einkommensminderung hinter dem vierten Theile seines veranlagten Gesamteinkommens zurückbleibt.

Artikel 73B.

Ermäßigung der Ergänzungssteuer wegen Verminderung des Vermögens im Laufe der Veranlagungsperiode.
(§. 39 des Erg. Ges.)

Wird nachgewiesen, daß im Laufe eines Steuerjahres in Folge Wegfalles eines Vermögenstheiles der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens eines Pflichtigen um mehr als den vierten Theil vermindert worden ist, oder daß der wegfallende Theil des Vermögens anderweit zur Ergänzungssteuer herangezogen wird, so kann vom Beginne des auf den Eintritt der Vermögensverminderung folgenden Monats ab die Ermäßigung der Ergänzungssteuer auf den dem verbliebenen Vermögen entsprechenden Steuerfuß beansprucht werden.

Zur Begründung des Ermäßigungsanspruches ist hiernach der Nachweis erforderlich, daß

- I. im Laufe der Veranlagungsperiode ein Vermögenstheil weggefallen und
- II. außerdem

1. entweder in Folge des Wegfalles der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens um mehr als den vierten Theil vermindert worden ist,
2. oder der wegfallende Vermögenstheil anderweit zur Ergänzungssteuer herangezogen wird.

Zu I. Als Vermögenstheil im Sinne dieser Vorschrift gilt nicht nur jeder selbstständige Bestandtheil des Vermögens, der bei der Veranlagung Gegenstand besonderer Werthermittelung gewesen ist (Artikel 5 Nr. 4 Abs. 1 Erg. A.), sondern jedes trennbare Stück der Vermögenssubstanz, also auch der Bruchtheil einer Kapitalforderung oder Liegenschaften, die von einer bis dahin einheitlich bewirtschafteten Besizung abgezweigt worden sind.

Ein solches Vermögensstück muß weggefallen, d. h. aus dem dem Steuerpflichtigen anzurechnenden Vermögen ausgeschieden sein. Der Eintritt einer bloßen Werthverminderung bei unverändertem Bestande, z. B. das Sinken des Kurses von Werthpapieren, genügt nicht, um den Ermäßigungsantrag zu begründen.

Keinen Unterschied macht es, ob der Wegfall unabhängig von dem eigenen Willen des Steuerpflichtigen eingetreten, z. B. ein Gebäude durch Brand zerstört, ein Kapital in Folge unglücklicher Spekulation oder Vermögensverfalles des Schuldners verloren gegangen ist, oder ob der Steuerpflichtige sich freiwillig eines Vermögensstückes entäußert hat.

Zu II. Eine Verminderung des Gesamtwertes des steuerbaren Vermögens muß vorliegen. An dieser Voraussetzung fehlt es, sofern an die Stelle des aus dem Vermögen des Steuerpflichtigen ausgeschiedenen Stückes ein gleichwerthiger Ersatz getreten ist, also in allen Fällen, wo es sich lediglich um einen Wechsel in der Vermögensanlage handelt.

Zu 1. Die Vermögensminderung muß einer dreifachen Voraussetzung entsprechen.

a) Sie muß als Folge des Wegfalls eines Vermögensstückes eingetreten sein, also in ursächlichem Zusammenhange mit dem Wegfall stehen.

Veräußert ein Steuerpflichtiger die seit der Anschaffung im Kurse gesunkenen Werthpapiere, so tritt die stattgehabte Verminderung seines Vermögens zwar für ihn erst gelegentlich des Verkaufs in die Erscheinung, die Minderung ist aber in Wirklichkeit nicht in Folge des Wegfalles, d. h. der Veräußerung, sondern in Folge des veränderten Preisstandes eingetreten und deshalb nicht geeignet, einen Ermäßigungsantrag zu begründen.

b) Die Vermögensminderung muß mit dem Beginne oder im Laufe derjenigen Veranlagungsperiode eingetreten sein, für welche die Veranlagung erfolgt ist. Eine bereits vor dem Beginne der Veranlagungsperiode eingetretene Minderung kann nur im Wege der ordentlichen Rechtsmittel gegen die Veranlagung geltend gemacht werden (Artikel 5 Nr. 2 Erg. A.).

c) Der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens muß um mehr als den vierten Theil gemindert sein.

Zur Feststellung, ob diese Voraussetzung zutrifft, ist zunächst der Betrag der Werthverminderung zu ermitteln; diese besteht in dem Werthe des weggefallenen Vermögensstückes, wie er bei der Veranlagung zu Grunde gelegt war, jedoch nach Abzug der dafür dem Vermögen des Steuerpflichtigen etwa hinzugegetretenen Werthe. Die so berechnete Werthverminderung ist mit dem veranlagten Gesamtwerte des steuerbaren Vermögens zu vergleichen.

Hat beispielsweise ein nach 40 000 Mark Grundvermögen und 60 000 Mark Kapitalvermögen, im Ganzen also nach einem Gesamtwerte von 100 000 Mark, veranlagter Steuerpflichtiger im 60. Lebensjahre den Grundbesitz gegen eine Leibrente im Jahreswerthe von 2 000 Mark einem Sohne abgetreten, so ist der Kapitalwerth der Rente auf $2\,000 \times 8\frac{1}{2} = 17\,000$ Mark zu berechnen (Artikel 18 II Erg. A.), mithin die Werthverminderung auf $40\,000 - 17\,000 = 23\,000$ Mark, während der vierte Theil des veranlagten Gesamtwertes 25 000 Mark beträgt. Eine Ermäßigung kann sonach in diesem Falle nicht bewilligt werden, sofern nicht etwa die Voraussetzung zu Nr. 2 (s. unten) vorliegt.

Ergiebt sich bei Erörterung eines Ermäßigungsantrages, daß bei der früheren Veranlagung steuerbare Vermögensstücke übergegangen sind, so ist dieselbe gemäß Artikel 85 zu berichtigen und die stattgehabte Werthverminderung mit dem Gesamtwerte des Vermögens nach der berichtigten Veranlagung in Vergleich zu stellen.

Zu 2. Ist der weggefallene Theil des Vermögens bei einer anderen Person zur Ergänzungssteuer herangezogen, so findet der Ermäßigungsanspruch ohne Rücksicht auf die Höhe der Vermögensminderung, also auch dann statt, wenn dieselbe den vierten Theil des veranlagten Gesamtwertes nicht erreicht.

Dies gilt nicht nur in den Fällen §. 38 des Erg. Ges. (Artikel 72 Nr. 7), sondern auch, wenn aus anderen Gründen der wegfallende Vermögensstück bei einem anderen Steuerpflichtigen zur Ergänzungssteuer herangezogen wird.

Verliert beispielsweise der nach einem Gesamtvermögen von 125 000 Mark mit dem Steuerjahre von 60 Mark veranlagte Haushaltungsvorstand im Laufe der Veranlagungsperiode die Verfügung über das ihm hierbei bisher mit 20 000 Mark angerechnete Vermögen eines Sohnes, weil derselbe aus dem Haushalte ausscheidet, und wird der Sohn nach diesem besonderen Vermögen nunmehr selbstständig zur Ergänzungssteuer herangezogen, so hat der Vater Anspruch auf eine dem verbliebenen Vermögen von 105 000 Mark entsprechende Ermäßigung seines Ergänzungssteuerjahres auf 50 Mark.

Voraussetzung ist aber in allen Fällen die wirkliche Heranziehung des weggefallenen Vermögensstückes zur Ergänzungssteuer. Würde in dem gegebenen Beispiele der Sohn von der Ergänzungssteuer freigelassen werden müssen, weil er seinen Wohnsitz in einen anderen deutschen Bundesstaat verlegt hat, oder weil sein steuerpflichtiges Einkommen den Betrag von 900 Mark nicht übersteigt (Artikel 19 Nr. 2 Erg. A.), so kann der Vater während der laufenden Veranlagungsperiode eine Ermäßigung nicht beanspruchen (vergl. dagegen Artikel 6 I Nr. 4 Abs. 3 Erg. A.).

Artikel 74.

Verfahren bei Ermäßigung der Einkommen- und Ergänzungssteuer.

(§. 60 Abs. 1 des Eink. Ges., §. 41 Abs. 1 des Erg. Ges.)

1. Die Ermäßigung der Steuer wegen Verminderung des Einkommens oder Vermögens (Artikel 73 A, 73 B) findet, auch wenn das Einkommen oder Vermögen, z. B. in Folge Konkurses, ganz weggefallen ist, nur auf Antrag des Steuerpflichtigen statt, welcher an keine Frist gebunden und bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission schriftlich oder zu Protokoll anzubringen ist (vergl. auch Verf. v. 21. September 1892, Mittb. Heft 25 S. 17).

Anträge desselben Pflichtigen auf Ermäßigung beider Steuern können mit einander verbunden werden.

2. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission veranlaßt die erforderlichen Ermittlungen und Holt nöthigenfalls, wenn der weggefallene bezw. der verbliebene Theil des Einkommens oder Vermögens nicht einfach durch Berechnung festgestellt werden kann, eine gutachtliche Aeußerung der Veranlagungs- oder Voreinschätzungskommission oder des Schätzungsausschusses oder einzelner Mitglieder dieser Körper schaften ein.

3. Bei Einkommensteuer-Ermäßigungsanträgen erfordert der Vorsitzende nach Umständen eine Steuer-erklärung vom Antragsteller.

Zur Vermögensanzeige ist derselbe bei Anbringung des Antrages auf Ermäßigung der Ergänzungs-steuer oder innerhalb der ihm durch die besondere Aufforderung zur Steuererklärung (Abs. 1) gestellten Frist befugt.

Muster XV.
Seite 21.

4. Nach Abschluß der Erhebungen nimmt der Vorsitzende den Antrag in eine Liste nach dem bei-liegenden Muster XV auf. Mehrere Ermäßigungsanträge können in einer Liste nachgewiesen werden, sofern die Erhebung der verschiedenen Steuerbeträge der nämlichen Hebestelle obliegt und die Anträge entweder gleichzeitig vorliegen oder nach Anordnung der Regierung in angemessenen Zwischenräumen ein-zureichen sind. Der Vorsitzende füllt die Spalten 1 bis 9 der Liste aus, versieht dieselbe mit der im Muster vorgeschriebenen Bescheinigung und überreicht sie in zwei Ausfertigungen mit den Belägen der Bezirksregierung.

5. Die Regierung prüft, ob die Voraussetzungen einer Ermäßigung (Artikel 73 A, 73 B) vorliegen.

Steht der behauptete Wegfall, z. B. der Verlust des Amtes im Falle der Suspension eines Beamten während des gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens, oder der Ausfall einer Kapitalforderung bei der Zwangsversteigerung des verpfändeten Grundstückes zwar in Aussicht, aber noch nicht endgültig fest, so ist die Entscheidung auf den Ermäßigungsantrag bis zum Austrage der Sache auszusagen und bis dahin nach Verwandtniß der Umstände die Steuer zu stunden. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn Grund zu der Annahme vorliegt, daß im Laufe des Steuerjahres weitere Aenderungen in den Ein-kommens- oder Vermögensverhältnissen des Antragstellers eintreten werden (s. unten Nr. 8).

6. Nach Erledigung etwaiger Anstände entscheidet die Regierung über den Antrag. Erachtet sie den-selben für begründet, so setzt sie die Steuer vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommens- oder Vermögensminderung folgenden Monats ab auf den dem verbliebenen Einkommen oder Vermögen entsprechenden Steuersatz herab, wobei die Anwendung des §. 19 des Einkommensteuergesetzes (§. 19 Abs. 2 des Ergänzungssteuergesetzes) nicht ausgeschlossen ist.

7. Die Minderung gilt mit dem Zeitpunkte als eingetreten, in welchem die Einnahmequelle und das bisher daraus bezogene Einkommen oder der Vermögenstheil weggefallen ist. Auch wenn dieser Zeitpunkt, wie z. B. beim Fortfall des Gehaltes in Folge der Pensionirung eines Beamten, mit dem Ende eines Monats zusammentrifft, ist die Ermäßigung schon von dem ersten Tage des unmittelbar folgenden Monats zu bewilligen, in dem vorausgesetzten Falle also von dem Tage des Pensionsbezuges ab.

Auf den Zeitpunkt der Einreichung des Antrages kommt es in keinem Falle an.

8. Sind nach dem Eintritte der dem Antrage zu Grunde liegenden Minderung weitere Aenderungen in den Einkommens- oder Vermögensverhältnissen des Antragstellers eingetreten (s. oben Nr. 5), so sind die ermäßigten Steuersätze thunlichst dem wirklichen, also dem jeweiligen Einkommen oder Vermögen an-zupassen.

War beispielsweise das mit 3000 Mark veranlagte Einkommen im Monat Juni in Folge Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Steuerpflichtigen gänzlich fortgefallen, nach beendetem Konkurse aber von Mitte September ab wieder ein steuerpflichtiges Einkommen zum Jahresbetrage von 2000 Mark vorhanden, so würde der Antragsteller für die Monate Juli, August und September von der Einkommen-

steuer überhaupt freizustellen, für die Zeit vom 1. Oktober ab auf den Einkommensteuergesetz von 31 März zu ermäßigen sein.

9. Auch wenn nur die Ermäßigung der Einkommensteuer beantragt ist, hat die Regierung bei Bewilligung des Antrages von Amts wegen zu prüfen, ob die auf den Pflichtigen veranlagte Ergänzungssteuer mit Rücksicht auf die Vorschriften §§. 17, 19 Abs. 1 des Erg. Ges. einer anderweiten Festsetzung bedarf, und diese zutreffenden Falles zu bewirken (vergl. Artikel 72 Nr. 2 bis 4).

10. Die Regierung trägt ihre Entscheidung in die Spalten 10 bis 16b der Liste ein, stellt dieselbe hinsichtlich des in Abgang kommenden Betrages fest und sendet eine Ausfertigung nebst den Belägen dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zurück, welcher das Konzept der Liste vervollständigt und im Falle der Bewilligung einer Ermäßigung die Ausfertigung an die Kreisstelle befördert. Diese giebt dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande Nachricht, der das Erforderliche wegen der Hebung herbeiführt.

11. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission benachrichtigt außerdem den Antragsteller von der Entscheidung der Regierung und zwar, sofern dem Antrage nicht im vollen Umfange stattgegeben ist, mit dem Eröffnen, daß ihm gegen die Entscheidung binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen³⁵⁾ die bei der Regierung einzulegende Beschwerde an den Finanzminister offen stehe.

Artikel 75.

Kontrolle der Zu- und Abgänge, insbesondere beim Wohnsitzwechsel der Steuerpflichtigen.

(§§. 61, 68 Abs. 2 des Eink. Ges., §. 41 Abs. 3, §. 46 des Erg. Ges.)

1. Der Gemeinde-(Guts-)Vorstand führt über alle im Laufe des Jahres bei der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer eintretenden Zu- und Abgänge eine Kontrolle, welche nach den für die Zu- und Abgangslisten vorgeschriebenen Mustern XVII, XVIII (S. 37 ff.) anzulegen ist.

2. Alle Steuerpflichtige, welche im Laufe des Steuerjahres ihren Wohnsitz ändern, haben sich zur Vermeidung der im §. 68 Abs. 2 des Eink. Ges. vorgesehenen Strafe bei dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande des Abzugsortes ab- und bei dem des Anzugsortes binnen 14 Tagen nach erfolgtem Anzuge anzumelden, auch gleichzeitig über ihre erfolgte Veranlagung zur Einkommensteuer und Ergänzungssteuer auszuweisen.

Wo die polizeiliche Ab- und Anmeldung bei einer anderen Behörde stattfindet, hat diese dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande alsbald die erforderlichen Mittheilungen zu machen, ohne daß es einer besonderen Ab- und Anmeldung bei dem letzteren bedarf.

3. Die Gemeinde-(Guts-)Vorstände sind verpflichtet, sich durch gegenseitige Mittheilung von dem geschehenen Umzuge und der Besteuerung der verzogenen Steuerpflichtigen Gewißheit zu verschaffen.

Die Behörde des Abzugsortes veranlaßt alsbald nach erfolgtem Abzuge die Einstellung der weiteren Steuererhebung (§. Nr. 4, 5) und ersucht mittels Benachrichtigung nach beiliegendem Muster den Gemeinde-(Guts-)Vorstand des neuen Wohnortes um Uebernahme der veranlagten Steuer.³⁶⁾ Der letztere ordnet nach Feststellung des Zuguges das Nöthige wegen der Steuererhebung an und übersendet mit thunlicher Beschleunigung dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande des Abzugsortes eine als Abgangsbetrag dienende Bescheinigung über die erfolgte Zugangseinstellung nach beiliegendem Muster.³⁷⁾

4. Die Ab- und Zugangseinstellung beim Wohnsitzwechsel der Steuerpflichtigen innerhalb des Preussischen Staatsgebietes (Nr. 3)³⁸⁾ erfolgt vom ersten Tage des Monats ab, bis zu dessen Beginn

Anm. 35. Vergl. jedoch §. 79 des Eink. Ges. (§. 46 des Erg. Ges.).

Anm. 36. Findet ein Wohnsitzwechsel nach der Personenstandsaufnahme statt, so muß der Gemeindebehörde des neuen Wohnortes zugleich mitgeteilt werden, ob der Verzogene für das künftige Steuerjahr noch an dem früheren Wohnort veranlagt werden wird, oder ob das zu diesem Zwecke Erforderliche an dem neuen Wohnort zu veranlassen ist. Das Letztere wird sich außer in dem im Artikel 37 I Nr. 1a Eink. A. vorgesehenen Falle bei Umzügen in einen anderen Veranlagungsbezirk in der Regel empfehlen, wenn zur Zeit des Umzuges die in der öffentlichen Bekanntmachung gestellte Frist zur Abgabe der Steuererklärung noch nicht abgelaufen war, auch der Steuerpflichtige in dem bisherigen Veranlagungsbezirk eine Steuererklärung nicht abgegeben hatte, oder wenn mit dem Wohnsitzwechsel eine Veränderung der Einkommensquellen verbunden ist. Erfolgt die Veranlagung noch an dem früheren Wohnort, so muß alsbald, nachdem die bescheinigte Staatssteuerrolle dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande zugegangen ist (Artikel 43 I Abs. 3 Erg. A.), der Abgang auch in die Kontrolle für das neue Steuerjahr aufgenommen und nach den Vorschriften zu 3, 6 verfahren werden.

Anm. 37. Wegen des Geschäftsverkehrs mit der Steuer- und Einquartierungsdeputation des Magistrats in Berlin bewendet es bei der Verfügung vom 15. April 1893, II 8691 (Witt. Zeit 26 S. 19).

Anm. 38. Wo in dieser Anweisung der Ausdruck „Preussisches Staatsgebiet“ oder „Preußen“ gebraucht wird, ist darunter das Geltungsgebiet des Eink. Ges. und Erg. Ges., also die Preussische Monarchie mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, zu verstehen.

Steuern XVII.
S. 38.

Steuern XVII.
S. 38.

die Steuer am seitherigen Wohnorte entrichtet, oder das Vertheilungsverfahren wegen der fälligen Rate bereits durchgeführt ist.

Die während des Ueberweisungsverfahrens etwa fällig werdenden ferneren Steuernaten sind demnächst von der Hebestelle des neuen Wohnortes einzuziehen; ob die Rückstände aus dem laufenden oder aus einem früheren Steuerjahre herrühren, macht hierbei, abgesehen von dem Falle unter Nr. 5, keinen Unterschied.

5. Sind beim Verzuge eines Steuerpflichtigen überhaupt keine laufenden Steuern in Ab- und Zugang zu stellen, sondern lediglich Rückstände aus Vorjahren einzuziehen, so ist der Steuerrückstand nicht zu überweisen, sondern die Einziehung im Wege des Erjuchens der Behörde des neuen Wohnortes, die kassenmäßige Verrechnung des Rückstandes aber am früheren Wohnorte zu bewirken.

6. Der Gemeinde-(Guts-)Vorstand übersendet — und zwar bei Zugängen nach Absendung, bei Abzügen nach Eingang der Bescheinigung Muster XVI b (s. oben Nr. 3) — dem Vorsitzenden der über seinen Gemeinde-(Guts-)Bezirk zuständigen Veranlagungskommission sogleich einen Auszug aus der Kontrolle (s. oben Nr. 1), dem die betreffenden Beläge beizufügen sind.

In Spalte 14 des Auszuges ist bei Zugängen der bisherige, bei Abzügen der künftige Wohnort des Steuerpflichtigen anzugeben, außerdem in beiden Fällen der Zeitpunkt, bis zu welchem die Steuer am Abzugsort entrichtet ist (s. oben Nr. 4).

7. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission kann für seinen Bezirk oder einzelne Gemeinden desselben bestimmen, daß ihm die Kontrolauszüge nicht einzeln, sondern gesammelt in regelmäßigen Zwischenräumen übersendet werden, oder daß an Stelle von Auszügen die Urschrift der Kontrolle selbst periodisch vorgelegt wird.

8. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission prüft die Vorlagen (Nr. 6, 7), veranlaßt die erforderlichen Ergänzungen und Verichtigungen, sowie die Eintragung der Veränderungen in das von ihm zu führende Kontzregister und sendet die festgesetzten Auszüge dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande zurück.

Dieser hat nach Maßgabe der Festsetzung seine Kontrolle zu berichtigen und das Erforderliche wegen der Steuererhebung herbeizuführen.³⁹⁾

9. Bei Umzügen in einen anderen Veranlagungsbezirk hat der Vorsitzende der für den Abzugsort zuständigen Veranlagungskommission dem Vorsitzenden des neuen Wohnorts unter Benachrichtigung von der erfolgten Abgangstellung die Personalakten des Steuerpflichtigen nebst einem ihr betreffenden Auszug aus der Staatssteuerliste bezw. Einkommens- und Vermögensnachweisung zu übersenden. Geeigneten Falls⁴⁰⁾ kann diese Mittheilung in der auf dem Muster XVI a angedeuteten Weise mit dem verschlossen abzuschickenden Ueberweisungsschreiben des Gemeindevorstandes (s. oben Nr. 3) verbunden und statt des förmlichen Auszuges dem Ueberweisungsschreiben nur ein die wesentlichen Besteuerungsmerkmale enthaltender Vermerk beigegeben werden.

Artikel 76.

Weitere Zugangsfälle.

(§. 59 des Eink. Ges., §. 40 des Erg. Ges.)

I. Abgesehen von den durch Wohnsitzwechsel innerhalb des Preussischen Staatsgebietes entstehenden Veränderungen (Artikel 75 Nr. 2 bis 9) können Zugänge gegen die Veranlagung im Laufe der Veranlagungsperiode in Folge Eintritts in die Steuerpflicht oder in Folge anderweiter Festsetzung des Steuerjahres entstehen, und zwar

bei der Einkommen- und Ergänzungssteuer:

1. durch nachträgliche Heranziehung der bei der Veranlagung irrtümlich übergangenen Steuerpflichtigen;

Anm. 39. Wo es zur Erleichterung der Abrechnung zwischen den Ertragshebern und der Preiskasse für zweckmäßig erachtet wird, kann die Regierung anordnen, daß die Rücksendung der festgesetzten Auszüge durch Vermittelung der Kreisassen erfolgt, damit diese von den Veränderungen des Steuerfalls alsbald vorläufige Kenntniß nehmen können.

Anm. 40. Dieses Verfahren wird vorzugsweise in denjenigen Stadtkreisen anwendbar sein und zu einer Verminderung des Schreibwerks führen, in denen der Vorsitzende der Veranlagungskommission selbst städtischer Beamter ist, also in enger geschäftlicher Beziehung zur Gemeindeverwaltung steht.

Personalakten und Listenauszug sind alsdann zusammen mit dem Muster XVI a an den Gemeindevorstand des neuen Wohnorts zu senden, der seinerseits diese Aktenstücke der ihm obliegenden Mittheilung an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission (s. oben Nr. 6) beizufügen hat.

2. durch nachträgliche Erhöhung der veranlagten Steuer
 - a) in Folge Berichtigung der Veranlagung für das laufende Jahr (vergl. Artikel 85 Nr. 2),
 - b) in Folge eines Strafverfahrens (vergl. Artikel 84 Nr. 9 Abs. 3);
3. dadurch, daß ein Preussischer Staatsangehöriger den dienstlichen Wohnsitz, welchen er bisher außerhalb Preußens in einem zum Deutschen Reiche gehörigen Staate oder in einem Deutschen Schutzgebiete hatte, verliert, oder daß ein in Preußen wohnhafter Angehöriger eines anderen Deutschen Staates seinen bisherigen zweiten Wohnsitz im Heimathstaate aufgibt;
4. dadurch, daß Deutsche Reichsangehörige nach Preußen verziehen, oder in Preußen als Beamte oder Offiziere einen dienstlichen Wohnsitz erhalten;
5. dadurch, daß Ausländer in Preußen ihren Wohnsitz oder des Erwerbes wegen ihren Aufenthalt nehmen oder ihren Aufenthalt über ein Jahr hinaus ausdehnen (Artikel 1 Nr. 3 Einl. A., Artikel 1 Erg. A.);
6. durch den Erwerb der Preussischen Staatsangehörigkeit seitens einer bis dahin nicht steuerpflichtigen Person, hinsichtlich deren keine der im Artikel 1 Nr. 1a bis c der Einl. A. (Artikel 1 Erg. A.) vorgesehenen Ausnahmen zutrifft;
7. durch die Lösung des Verhältnisses, vermöge deren die Steuerfreiheit einer Person gemäß Artikel 34 I Nr. 3 bis 5 Einl. A. (Artikel 3 Nr. 3 bis 5 Erg. A.) begründet war;
8. durch Eintritt der im Artikel 2 Einl. A., Artikel 2 Erg. A. angegebenen Voraussetzungen für die beschränkte Steuerpflicht bei physischen Personen;
9. durch den Erwerb eines steuerpflichtigen Einkommens von mehr als 900 Mark seitens eines nicht veranlagten Steuerpflichtigen (vergl. Num. 34 zu Artikel 72); hierher gehört insbesondere auch der Fall, daß nach dem Ausscheiden einer Person aus dem Unteroffizier- oder Gemeinenstande an Stelle des bis dahin nur vorhandenen steuerfreien Militäreinkommens (Artikel 3 II Nr. 3 Einl. A.) ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 900 Mark tritt (vergl. Artikel 72 Nr. 3);
10. durch Austreten einzelner dadurch steuerpflichtig werdender Mitglieder aus einer Haushaltung (Artikel 6 Einl. A., Artikel 6 Nr. 4 Erg. A.) und zwar:
 - a) in Folge Auflösung der Haushaltung,
 - b) in Folge gerichtlicher Scheidung, oder dauernder Trennung der Ehegatten,
 - c) durch Bildung eines eigenen Hausstandes,
 - d) durch Erwerb eines steuerpflichtigen Einkommens oder Vermögens, welches dem Haushaltsvorstande nicht angerechnet werden darf;
11. durch Erbanfall (Artikel 72 Nr. 6, 7);
12. durch Erhöhung des Steuerfuges in Folge Entscheidung der Berufungskommission oder des Oberverwaltungsgerichts (Artikel 66 Nr. 3, Nr. 4 Abs. 4 Einl. A., Artikel 48 Nr. 1, Artikel 49 Nr. 4 Erg. A.);

bei der Einkommensteuer:

13. dadurch, daß nicht physische Personen (Artikel 26 Einl. A.) steuerpflichtig werden, indem dieselben
 - a) einen Sitz in Preußen begründen beziehungsweise dorthin verlegen, oder
 - b) in Preußen Grundbesitz erwerben oder gewerbliche Betriebsstätten eröffnen, oder indem
 - c) eingetragene Genossenschaften ihren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder ausdehnen, oder indem
 - d) ein bisher nicht steuerpflichtiger Konsumverein mit offenem Laden die Rechte einer juristischen Person erwirbt, oder ein mit diesen Rechten bereits ausgestatteter, aber bisher nicht steuerpflichtiger Konsumverein einen offenen Laden einrichtet;

bei der Ergänzungssteuer:

14. durch Vermehrung des Vermögens in Folge Fideikommissanfalls, Abtheilungs- oder Ueberlassungsvertrages, Schenkung oder Verheirathung (Artikel 72 Nr. 7);
15. durch den Erwerb eines die Steuerpflicht begründenden Vermögens seitens einer nicht in die Staatssteuerliste übernommenen Person (Num. 34 zu Artikel 72).

II. Treten bei einem Steuerpflichtigen, welcher bisher nur der beschränkten Steuerpflicht unterlag (Artikel 2, Artikel 26 Nr. 2 Einl. A., Artikel 2 Erg. A.), die Voraussetzungen der allgemeinen

Steuerpflicht ein (vergl. oben I Nr. 3 bis 7, Nr. 13a), so sind diese Zugangsfälle in gleicher Weise zu wahren.

- III. In besondere Mittheilungen der Kontrolle und der Zugangsliste sind außerdem aufzunehmen
- a) die von der Regierung festgesetzten Zuschläge zur Einkommensteuer von 25 Prozent (Artikel 61 Eink. A.),
 - b) die nicht laufend im Zugang gestellten Nachsteuern aus Prozessen (Artikel 84 Nr. 9 Abs. 2),
 - c) die auf Grund eines Verdictungsverfahrens festgesetzten Nachsteuern für Vorjahre (Artikel 85).

Artikel 77.

Behandlung der Zugangsfälle, in denen eine Festsetzung oder anderweite Bestimmung des Steuerjahres erforderlich ist.

(§. 59 Abs. 2, §. 60 Abs. 2, 4, 5 des Eink. Ges., §. 40 Abs. 2, §. 41 des Erg. Ges.)

I. Obliegenheiten des Gemeinde- (Guts-) Vorstandes.

1. Auch in den Zugangsfällen Artikel 76 I Nr. 1, 2a, 3 bis 11, 14, 15 und II hat der Gemeinde- (Guts-) Vorstand dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission sogleich einen Auszug aus der Kontrolle mitzutheilen (vergl. Artikel 75 Nr. 7).

In Spalte 14 des Auszuges sind anzugeben die Ursachen des Zuganges sowie die von dem Gemeinde- (Guts-) Vorstande gesammelten Nachrichten über die Vermögens-, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse der neu in die Steuerpflicht eintretenden Personen.

In den Fällen Artikel 76 I Nr. 3 bis 11, 14, 15 und II ist außerdem der Zeitpunkt anzugeben, zu welchem das die Steuerpflicht begründende oder erweiternde Ereigniß eingetreten ist,

in den Fällen I Nr. 2a, 11, 14 und II die Nummer der Staatssteuerrolle bezw. Zugangsliste, unter welcher der im Steuerjahr zu erhöhende Steuerpflichtige bereits erscheint.

2. Hinsichtlich derjenigen neu in die Steuerpflicht eintretenden Personen, deren muthmaßliches Einkommen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, holt der Gemeinde- (Guts-) Vorstand, soweit es ohne Aufenthalt geschehen kann, alsbald die Vorschläge der Voreinschätzungskommission über die zu veranlagenden Einkommensteuersätze ein und fügt dieselben dem Auszuge bei.

Wo die Zusammenberufung der Voreinschätzungskommission mit Weiterungen verknüpft ist, insbesondere in vereinigten Voreinschätzungsbezirken (§. 31 Abs. 3 bis 7 des Eink. Ges.) kann ihre Anhörung unterbleiben.

3. Hinsichtlich der Zugangsfälle bei nicht physischen Personen (Artikel 76 I Nr. 13) ist dem Vorsitzenden nach der Vorschrift Artikel 39 Abs. 4 der Eink. A. Mittheilung zu machen.

II. Obliegenheiten des Vorsitzenden der Veranlagungskommission.

1. Der Vorsitzende hat die Wahrung der Zugangsfälle (Artikel 76) zu überwachen und, sobald ein solcher Fall anderweit zu seiner Kenntniß gelangt, die vorgeschriebenen Eintragungen in die Kontrolle und Mittheilungen des Gemeinde- (Guts-) Vorstandes herbeizuführen.

2. In Ansehung der Zugangsfälle unter Nr. 1 bis 11, 14, 15 unterwirft er die Anzeigen des Gemeindevorstandes einer sorgfältigen Prüfung, namentlich mit Bezug auf den Zeitpunkt des Eintritts der Steuerpflicht, sowie die Bemessung des steuerpflichtigen Einkommens und steuerbaren Vermögens. Nach Umständen veranlaßt er die Aufstellung von Schätzungsbogen oder Personalblättern (Artikel 27 bis 30 Erg. A.) und die Aeußerung des Schätzungsausschusses oder der Voreinschätzungskommission, erläßt geeignetenfalls an die Pflichtigen die Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung (Artikel 51 Eink. A., Artikel 36 III Erg. A.) und verfährt in Gemäßheit der Vorschriften Artikel 53 bis 56 der Eink. A., Artikel 37, 38 der Erg. A.

3. Soweit dem Vorsitzenden nicht die Festsetzung des Einkommensteuerjahres zusteht (Artikel 56 I Abs. 2, 3 der Eink. A.), insbesondere also in allen Fällen, wo die Voreinschätzungskommission nicht gehört ist (vergl. I Nr. 2), trifft er die vorläufige Entscheidung über den zu entrichtenden Einkommensteuersatz.

Den Ergänzungssteuersatz setzt er in allen Zugangsfällen an Stelle der Veranlagungskommission fest (vergl. auch Artikel 72 Nr. 2 bis 4).

4. Der Vorsitzende bestimmt zugleich den Zeitpunkt der Zugangstellung; diese erfolgt in den Fällen Artikel 76 I, II

zu Nr. 1 von dem Beginn des Steuerjahres ab,

zu Nr. 2a von demjenigen Zeitpunkte ab, mit welchem die ursprüngliche Veranlagung in Geltung getreten war,

zu Nr. 2b von dem ersten Tage desjenigen Vierteljahres ab, bis zu welchem die Nachsteuer festgestellt ist (vergl. Artikel 84 Nr. 9 Abs. 3),

zu Nr. 3 bis 11, 14, 15 von dem ersten Tage des Monats ab, welcher auf das die Steuerpflicht oder die Erhöhung des Steuerjahres begründende Ereigniß folgt; ohne Unterschied, ob dieses Ereigniß am ersten oder an einem späteren Monatslage eingetreten war.

5. Im Falle der Festsetzung des Steuerjahres wird derselbe dem Pflichtigen gemäß Artikel 60 I Eink. A., Artikel 44 Erg. A. bekannt gemacht. Die vorläufige Bestimmung des Einkommensteuerjahres theilt der Vorsitzende dem Pflichtigen unter der Eröffnung mit, daß die ordentliche Veranlagung durch die Veranlagungskommission erfolgen werde, daß ihm demnächst gegen die ordentliche Veranlagung das Rechtsmittel der Berufung zustehe, bis dahin aber der vorläufig bestimmte Steuerjah vorbehaltlich der anderweiten Feststellung durch die Veranlagungskommission und vorbehaltlich der späteren Erstattung des etwa zu viel Gezahlten zu entrichten sei.

6. Der Vorsitzende vermerkt die Festsetzungen (Nr. 3 und 4) in seinem Mollzregister sowie auf dem Kontrolauszuge und sendet den letzteren dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande zurück, welcher das Erforderliche wegen der Steuererhebung herbeiführt (vergl. Anm. 39 zu Artikel 75).

7. Soweit der Vorsitzende die Einkommensteuersätze in den Fällen zu 3 nur vorläufig bestimmt hat, erfolgt die ordentliche Veranlagung durch die Veranlagungskommission nach Maßgabe der Artikel 57, 58, 60 I der Eink. A. und der Verfügung vom 14. November 1892 (Mittb. Heft 26 S. 28).

Von den seitens der Kommission beschlossenen Aenderungen der vorläufig bestimmten Steuersätze giebt der Vorsitzende dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande unter Ertheilung entsprechender Anweisung Kenntniß.

8. In Ansehung der neu in die Steuerpflicht eintretenden Aktiengesellschaften zc. (Artikel 76 I Nr. 13) kontrolirt der Vorsitzende den Eingang der Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse zc. (vergl. Artikel 48 IV Eink. A.).

Nach Eingang des ersten Jahresabschlusses, aus welchem sich ergibt, daß gemäß Artikel 27 Eink. A. steuerpflichtige Ueberschüsse erzielt worden sind, bestimmt der Vorsitzende auf Grund der von ihm aufgestellten Berechnung, nöthigenfalls nach Einholung einer Steuererklärung, vorläufig den zu entrichtenden Einkommensteuersatz sowie den Zeitpunkt der Zugangstellung (vergl. Artikel 27 Nr. 3 a. a. O.).

Im Uebrigen wird nach den Vorschriften zu 5 bis 7 verfahren.

Artikel 78.

Weitere Abgangsfälle.

(§. 59 des Eink. Ges., §. 40 des Erg. Ges.)

I. Im Allgemeinen steht die Steuer nach ordnungsmäßig erfolgter Veranlagung in dem Sinne fest, daß Beschwerden über unrichtige Veranlagung, mögen dieselben auf gänzliche Befreiung oder auf Ermäßigung der Steuer gerichtet sein, im Wege der Berufung geltend gemacht werden müssen, und außerhalb des Rechtsmittelweges eine Abgangstellung der veranlagten Steuer deshalb, weil dieselbe den gesetzlichen Vorschriften zuwider veranlagt ist, nicht stattfindet.

Dieser Grundsatz erleidet jedoch Ausnahmen

bei der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer:

1. im Falle mehrfacher Veranlagung des nämlichen Steuerpflichtigen oder bei irriger Veranlagung einer Person, welche als zum Haushalte eines anderen Steuerpflichtigen gehörig anzusehen, beziehungsweise deren Einkommen oder Vermögen bereits dem Haushaltungsvorstande angerechnet ist (Artikel 6 Eink. A., Artikel 6 Nr. 4 Erg. A.);
2. bei Veranlagungen,
 - a) welche gegen das Reichsgesetz wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 verstoßen;
 - b) welche eine gemäß Artikel 34 I Eink. A. (Artikel 3 Erg. A.) steuerfreie Person betreffen;

bei der Einkommensteuer:

3. in Betreff solcher Veranlagungen, durch welche, der Bestimmung im Artikel 311 Nr. 3 der Einf. A. entgegen, steuerfreies Militäreinkommen angerechnet ist, insofern hierdurch die Vorschrift §. 46 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874⁴¹⁾ verletzt wird.

In Fällen dieser Art (zu 1 bis 3) ist die Abgangstellung der unrichtig oder irrig veranlagten Steuer von Amts wegen zu bewirken und von dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission unter Vorlegung eines Kontrollauszuges und gehöriger Begründung zu beantragen.

Eine mehrfache Veranlagung (zu 1) kann eintreten dadurch, daß dieselbe Person irrtümlich in den Steuerlisten oder Nachweisungen desselben Veranlagungsbezirktes an verschiedenen Stellen aufgeführt ist, oder durch Veranlagung in mehreren Bezirken, z. B. bei doppeltem Wohnsitz. Soweit es sich um die Einkommensteuerveranlagung handelt, ist in dem ersteren Falle stets die höhere Veranlagung aufrecht zu erhalten, ebenso in dem letzteren, sofern die Veranlagungsbehörden der verschiedenen Bezirke an und für sich für die Veranlagung des Pflichtigen nach den bestehenden Vorschriften zuständig waren; trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist der von der unzuständigen Stelle veranlagte Einkommensteuersatz in Abgang zu stellen.

Wegen des Verfahrens bei mehrfacher Veranlagung der Ergänzungssteuer wird auf Artikel 22 der Erg. A. verwiesen.

Bei Begründung des Abganges in dem Falle zu 1 ist auf die Rollennummer der aufrecht erhaltenen Veranlagung beziehungsweise der Veranlagung des Haushaltungsvorstandes hinzuweisen. Anträge auf Befreiung oder Ermäßigung der Steuer, welche sich auf die zu 1 bis 3 angegebenen Gründe stützen, dürfen nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil die Berufungsfrist verjährt ist.

II. Außerdem können Abgänge an der veranlagten Steuer im Laufe des Jahres entstehen:

Zur Begründung des Abganges ist festzustellen und in der Kontrolle (Artikel 75 Nr. 1) sowie in der Abgangsliste (Artikel 80) anzugeben:

bei der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer:

4. durch das Ableben eines Steuerpflichtigen;

zu 4: der Todestag, sowie der Hinweis auf die in Folge des Todesfalles eingetretenen Zugänge (Artikel 76 I Nr. 10 und 11);

4a. durch den nach Wegfall des steuerpflichtigen Einkommens bzw. Vermögens stattgehabten Uebertritt eines Steuerpflichtigen in den Haushalt eines Anderen;

zu 4a: der Tag, an welchem der Uebertritt stattgefunden hat und das anzurechnende Einkommen bzw. Vermögen fortgefallen ist, sowie der Hinweis auf die Besteuerung des Haushaltungsvorstandes;

5. durch Begründung eines dienstlichen Wohnsitzes in einem anderen Deutschen Staate oder einem Deutschen Schutzgebiete, oder durch den Wegfall des bisherigen dienstlichen Wohnsitzes in Preußen;

zu 5: die Staatsangehörigkeit des Steuerpflichtigen, der Tag, mit welchem das näher zu bezeichnende, den dienstlichen Wohnsitz begründende Amtsverhältnis beginnt oder aufhört (Artikel 35 Nr. 2 Einf. A.);

6. durch den Verzug

zu 6:

a) eines Preußen nach einem anderen Deutschen Staate oder einem Deutschen Schutzgebiete oder nach den Hohenzollernschen Landen oder nach Helgoland,

a) der Monat, in welchem und der Ort, wo der neue Wohnsitz genommen,

b) eines nicht Preussischen Staatsangehörigen aus Preußen (vergl. Anm. 38 zu Artikel 75);

b) der Monat, in welchem das Preussische Staatsgebiet verlassen ist, sowie die Staatsangehörigkeit des bisherigen Steuerpflichtigen;

Anm. 41. Die in Betracht kommende Vorschrift des §. 46 lautet:

Die Verpflichtung der Militärpersonen zur Entrichtung der Staatsteuern regelt sich nach den Landesgesetzen unter Berücksichtigung des Gesetzes wegen Befreiung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 (Bundesgesetzbl. des Norddeutschen Bundes S. 119).

Jedoch ist das Militäreinkommen der Personen des Unteroffizier- und Gemeinenstandes, sowie für den Fall einer Mobilmachung das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres bei der Veranlagung beziehungsweise Erhebung von Staatsteuern außer Betracht zu lassen.

7. durch Ablauf eines zweijährigen Zeitraumes, während dessen ein Preuße sich ununterbrochen im Auslande aufgehalten hat (Artikel 1 Nr. 1 c Eink. A.);
8. durch Wegfall der Voraussetzungen, welche die Steuerpflicht gemäß Artikel 2 Eink. A., Artikel 2 Erg. A. begründen;
9. durch Verlust der Preussischen Staatsangehörigkeit, insofern nicht die Voraussetzungen vorliegen, unter denen auch fremde Staatsangehörige der Steuer unterworfen sind;
10. durch Ermäßigung des Steuerfusses oder Freistellung im Wege der Berufung oder Beschwerde;

- zu 7: der Monat, seit welchem der Steuerpflichtige dauernd im Auslande verweilt, der Ort des Aufenthalts oder die Angabe, daß derselbe unbekannt sei;
- zu 8: der Tag und die Veranlassung der eingetretenen Veränderung, sowie die Bezeichnung des etwaigen Besignachfolgers;
- zu 9: der Tag, an welchem die Entlassungsurkunde ausgehändigt oder aus anderen Gründen der Verlust eingetreten ist, sowie Wohnsitz bezw. Aufenthalt des bisherigen Steuerpflichtigen;
- zu 10: die Entscheidung, durch welche die Ermäßigung oder Befreiung bewilligt ist (Artikel 66 Nr. 3, 4 Eink. A., Artikel 48, 49 Erg. A.);

bei der Einkommensteuer:

11. dadurch, daß
 - a) die Kriegsformation in Ansehung eines Theiles des Heeres oder der Marine⁴²⁾ angeordnet wird (Artikel 3 II Nr. 3 Eink. A.),
 - b) Unteroffiziere oder Mannschaften des Beurlaubtenstandes in den aktiven Dienst einberufen werden (§. 65 Nr. 1 des Eink. Ges.),
 - c) Steuerpflichtige zur Ableistung ihrer Dienstpflicht in das Heer oder die Marine eintreten (Verf. v. 22. Januar 1893, Mitth. Heft 26 S. 30),
 - d) Reichs- oder Staatsbeamte oder Offiziere in die Besatzung eines zum auswärtigen Dienst bestimmten Schiffes oder Fahrzeuges der Kaiserlichen Marine eintreten (§. 65 Nr. 2 des Eink. Ges.);
12. dadurch, daß eine Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berggewerkschaft, eingetragene Genossenschaft oder ein Konsumverein den Sitz oder den Grundbesitz bezw. die Betriebsstätte (Artikel 26 Nr. 1, 2 Eink. A.) in Preußen aufgibt oder sich auflöst.

- zu 11:
 - a) der Tag, an welchem die Kriegsformation angeordnet oder der Eintritt des Steuerpflichtigen in den betreffenden Heeresheil erfolgt ist,
 - b) der Tag des Eintritts in den aktiven Dienst,
 - c) der Tag des Dienst Eintritts und die Thatsache, daß ein nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtiges Einkommen nicht mehr anzurechnen ist,
 - d) der Tag, an welchem das Schiff oder Fahrzeug die heimischen Gewässer⁴³⁾ verlassen hat; außerdem zu 11a bis d der Tag, bis zu welchem der die Befreiung begründende Zustand fortgedauert hat, oder die Angabe, daß derselbe noch fortbauert;
- zu 12: der Tag, an welchem die Betriebseinstellung bezw. die Auflösung erfolgt ist.

III. In besonderen Abtheilungen der Kontrolle (Artikel 75 Nr. 1) sowie der Abgangliste (Artikel 80) sind außerdem aufzunehmen:

- a) die an den Zuschlägen von 25 Prozent (s. Artikel 76 IIIa) eintretenden Abgänge (vergl. die Verfügungen vom 13. Dezember 1892 und 11. April 1893, Mitth. Heft 26 S. 20, 21),
- b) die an den Nachsteuern für Vorjahre (s. Artikel 76 IIIc) in Folge eingelegter Rechtsmittel eintretenden Abgänge.

Anm. 42. Als im Kriegszustande befindlich ist jedes Schiff oder Fahrzeug der Kaiserlichen Marine zu betrachten, welches außerhalb der heimischen Gewässer allein fährt (vergl. §. 164 des Militärstrafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 20. Juni 1872, Reichs-Gesetzbl. S. 174).

Unter „heimischen Gewässern“ ist das Gebiet der Ost- und Nordsee — die letztere im Norden durch den Breitenparallel von 60° Nordbreite, im Westen nördlich von Schottland durch den Meridian von 3° Westlänge von Greenwich und südlich von England von der Linie Dover-Calais begrenzt — zu verstehen (vergl. die durch Verfügung vom 26. März 1887, Mitth. Heft 21 S. 46 mitgetheilte Bekanntmachung des Herrn Chefs der Admiralität vom 14. März 1887).

Anm. 43. Vergl. Anm. 42 Abs. 2. Hat das zum auswärtigen Dienst bestimmte Schiff oder Fahrzeug zugleich die Eigenschaft eines „allein fahrenden“, so liegt der Fall unter Nr. 11a vor. Ein Unterschied in der Behandlung beider Fälle findet wegen des Zeitpunktes der Abgangseinstellung statt (vergl. Artikel 79 und Anm. 45 dazu).

IV. Die auf Grund der Artikel 73 A, B, 74 bewilligten Ermäßigungen werden in die Abgangslisten nicht aufgenommen, weil ihre endgültige Festsetzung bereits durch die Ermäßigungsliste erfolgt ist.

V. Verheirathung begründet für sich allein einen Abgang nicht; auch die Einkommen- und Ergänzungssteuer der bereits vorher selbstständig veranlagten Ehefrau wird bis zum Schlusse des Steuerjahres, in welchem die Heirath geschlossen ist, fort erhoben, insoweit nicht die Voraussetzungen der Abgangstellung gemäß II Nr. 4a oder einer Ermäßigung oder Befreiung gemäß Artikel 73 A, B vorliegen.

Artikel 79.

Verfahren bei der Abgangstellung in den Fällen Artikel 78 Nr. 1 bis 9, 11, 12.

(§. 59 Abs. 2, §. 60 Abs. 2, 3 des Eink. Ges., §. 40 Abs. 2, §. 41 des Erg. Ges.)

1. Die Anträge auf Abgangstellung in den Artikel 78 II unter Nr. 4 bis 9, 11, 12 bezeichneten Fällen sollen zwar in der Regel von den Steuerpflichtigen beziehungsweise deren Vertretern oder Erben ausgehen und bei dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande unter Vorlegung der zur Begründung erforderlichen Beweisstücke angebracht werden. Voraussetzung für die Abgangstellung ist jedoch ein Antrag nicht, dieselbe vielmehr herbeizuführen und zu diesem Zwecke dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einen Auszug aus der Kontrolle zu überreichen, sobald die den Abgang und den Zeitpunkt desselben begründenden Thatfachen genügend feststehen (vergl. Artikel 75 Nr. 7).

Unberührt bleiben die Vorschriften der Verfügung vom 2. November 1892 (Mith. Heft 25 S. 78).⁴⁴⁾

2. Nach Eingang des Kontrollauszuges unterwirft der Vorsitzende der Veranlagungskommission die zur Begründung der Abgangsfälle Artikel 78 Nr. 1 bis 9, 11, 12 vorgelegten Anträge und Beweisstücke einer sorgfältigen Prüfung in formeller und sachlicher Hinsicht, ordnet die etwa erforderlichen Aufklärungen und Ergänzungen an und trifft die vorläufige Entscheidung über den Zeitpunkt der Abgangstellung (vergl. auch Artikel 72 Nr. 2 bis 4).

3. Die Abgangstellung erfolgt in den Fällen

zu 1 bis 3 von dem Zeitpunkt ab, von welchem die mehrfache oder vorchriftswidrige Veranlagung stattgefunden hatte;

zu 4 bis 9, 11d und 12 von dem Ersten des Monats, welcher auf das den Abgang begründende Ereigniß folgt;

zu 11a, b und c von dem Ersten des Monats, in welchem die Kriegsformation beziehungsweise die Zugehörigkeit zu dem betreffenden Truppentheile eingetreten, die Grenzen der heimischen Gewässer passiert oder der Eintritt in den aktiven Dienst erfolgt ist.⁴⁵⁾

Als Tag der Auflösung einer Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder eingetragenen Genossenschaft (zu 12) gilt hierbei der Tag der Löschung der Firma im Handels- beziehungsweise Genossenschaftsregister. Die Entscheidung der Frage, ob bereits der Eintritt in Liquidation der Auflösung gleichsteht, hängt von den Umständen des einzelnen Falles ab und ist zu verneinen, so lange durch theilweise Fortsetzung des noch nicht abgewickelten Geschäftsbetriebes ein Einkommen erzielt wird.

4. Wenn auch die Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht weggefallen sind (vergl. insbesondere Artikel 78 Nr. 5, 6, 7, 9), können doch Umstände vorliegen, welche trotzdem in Ansehung einzelner

Ann. 44. Dieselben lauten: Die Frage, ob persönliche Rassenbeiträge und Lebensversicherungsprämien von dem Einkommen in Abzug zu bringen sind oder nicht, ist nicht nach reichsrechtlichen Vorschriften, sondern nach den Bestimmungen des Preussischen Einkommensteuergesetzes und den dazu ergangenen Ausführungsanweisungen zu entscheiden. Mit Rücksicht hierauf und da es sich bei diesen Abzügen in der Regel um verhältnismäßig unbedeutende Beträge handelt, bieten die in der Abzugsfähigkeit eintretenden Aenderungen für sich allein keinen Anlaß, von Amts wegen eine Neuveranlagung derjenigen rechtskräftig zur Einkommensteuer veranlagten Personen anzuordnen, welche Gehalt, Pension oder Wartegeld aus der Preussischen Staatskasse beziehen und im Laufe des Jahres ihren Wohnsitz entweder aus Preußen in einen anderen Bundesstaat, oder umgekehrt aus einem anderen Bundesstaat nach Preußen verlegen.

Dagegen kann die Neuveranlagung in derartigen Fällen allerdings nicht versagt werden, wenn eine solche von den betreffenden Steuerpflichtigen selbst beantragt wird. Abgesehen hiervon muß eine anderweite Veranlagung zur Einkommensteuer in allen Fällen stattfinden, wo dieselbe nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes wegen Vereitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 geboten ist, insbesondere also, wo in Folge des Wohnsitzwechsels gewisse Einnahmequellen der Besteuerung in Preußen entzogen oder neu unterworfen werden.

Ann. 45. Die Vorschrift im §. 59 Abs. 2 des Eink. Ges. findet in diesen Fällen keine Anwendung mit Rücksicht auf die Bestimmung §. 46 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874. Vergl. Ann. 41.

Theile des Einkommens oder Vermögens die Fortdauer der Steuerpflicht gemäß Artikel 2 Einf. A., Artikel 2 Erg. A. begründen. Auch hierauf ist die Prüfung der Kontrollauszüge, welche die erforderliche Auskunft enthalten müssen, zu richten und in den geeigneten Fällen der dem verbleibenden steuerpflichtigen Einkommen oder steuerbaren Vermögen entsprechende Steuerfuß aufrecht zu erhalten.

Dasselbe gilt, wenn eine Aktiengesellschaft u. s. w. zwar den Sitz in Preußen aufgiebt, aber denselben Grundbesitz oder eine Betriebsstätte beibehält (Artikel 26 Nr. 1, 2 Einf. A.).

Kann der aus der Steuerpflicht ausscheidende Theil des Einkommens oder Vermögens nicht einfach durch Berechnung festgestellt werden, so hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission denselben, nöthigenfalls nach Einholung einer Steuererklärung oder einer gutachtlichen Aeußerung des Schätzungsausschusses, zu schätzen. Die Bestimmung des fort zu entrichtenden Steuerfußes erfolgt nach den Vorschriften des Artikels 77 II Nr. 3 bis 7.

5. Die vorläufige Feststellung der Abgänge vermerkt der Vorsitzende in seinem Notizregister sowie auf den Kontrollauszügen und giebt die letzteren dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande zurück, welcher das Erforderliche wegen der Hebung herbeiführt (vergl. auch Anm. 39 zu Artikel 75).

Artikel 80.

Die Zu- und Abgangslisten.

(§. 60 Abs. 3 des Einf. Ges., §. 41 Abs. 1 des Erg. Ges.)

1. Auf Grund der über die Zu- und Abgänge geführten Kontrollen fertigt der Gemeinde-(Guts-)Vorstand in den Monaten September und März die Zu- und Abgangslisten nach den beiliegenden Mustern XVII und XVIII und überreicht dieselben in einfacher Ausfertigung mit den zur Begründung gehörigen Belägen spätestens am 20. Tage der genannten Monate dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission.

Muster XVII
u. XVIII.
S. 37 ff.

2. Bei Aufstellung der Listen ist Folgendes zu beachten:

- a) Die Listen sind nach Gemeinde-(Guts-)Bezirken und innerhalb eines jeden Bezirkes unter Beachtung der Verfügung vom 2. Februar 1893 (Mitth. Heft 26 S. 30) getrennt nach den Steuern einerseits von physischen Personen mit Jahreseinkommen von nicht mehr als 3000 Mark, andererseits von physischen Personen mit höherem Einkommen und von Aktiengesellschaften u. s. w. anzulegen.
- b) Bei Erhöhungen und Ermäßigungen des durch die Rolle oder Zugangsliste veranlagten Steuerfußes ist stets der Differenzbetrag zwischen dem veranlagten und dem anderweit festgestellten Steuerfuß in Zugang beziehungsweise in Abgang nachzuweisen.
- c) Die nach Abschluß⁴⁶⁾ der Staatssteuerliste für das folgende Steuerjahr sich ergebenden Zu- und Abgänge des laufenden Steuerjahres müssen zugleich für das folgende Steuerjahr gewahrt werden und sind deshalb in die Veränderungslisten sowohl für die letzte Hälfte des laufenden als auch für die erste Hälfte des folgenden Verwaltungsjahres einzutragen.

3. Mit Genehmigung der Regierung ist es gestattet, die vom Vorsitzenden festgesetzten Kontrollauszüge unmittelbar als Zu- und Abgangslisten zu benutzen, indem dieselben mit übersichtlicher Resapitulation am Schlusse eines jeden Halbjahres vereinigt und nur die in den Auszügen nicht enthaltenen Zu- und Abgänge (Artikel 76 I Nr. 2b, 12, 13 und III, Artikel 78 II Nr. 10 und III) hinzugefügt werden.

Auch steht es dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission frei, für alle oder einzelne Gemeinden seines Bezirkes die Zu- und Abgangslisten auf Grund der stattgehabten Festsetzungen in seinem Bureau aufstellen zu lassen.

4. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission prüft die Zu- und Abgangslisten in den einzelnen Positionen, stellt die Zugangslisten fest, bescheinigt die Abgangslisten in der auf dem Muster XVIII vorgesehenen Weise, fertigt die Kreisnachweisung von den Zu- und Abgängen für das erste Halbjahr nach dem Muster XIX, für das zweite Halbjahr nach dem Muster XX und überreicht der Regierung am

Muster XIX
u. XX.
S. 33 ff.

Anm. 46. Die zwar nach Aufstellung, aber vor dem Abschluß der Staatssteuerliste (Artikel 59 Einf. A., Artikel 43 Erg. A.) zur Festsetzung gelangenden Zu- und Abgänge können für das künftige Jahr durch Nachtragung beziehungsweise Streichung der betreffenden Steuerpflichtigen in der Staatssteuerliste, dem Personenverzeichnis u. s. w. gewahrt werden.

Schlusse der Monate September bezw. März die Zu- und Abgangslisten nebst den Belägen und zwei Ausfertigungen der Kreisnachweisung; wo ausnahmsweise in einem Veranlagungsbezirke mehrere Kreisklassen theilhaftig sind, ist an Stelle der zweiten Ausfertigung der nach Klassenbezirken geordnet aufzustellenden Kreisnachweisung ein Auszug für jede Kreisklasse beizufügen.

5. Ueber die nach Abschluß der Zu- und Abgangslisten für das zweite Halbjahr bis zum Jahreschlusse (31. März) noch vorkommenden Zu- und Abgänge sind Nachtrags-Zu- bezw. Abgangslisten aufzustellen und der Regierung bis zum 8. April vorzulegen, damit letztere in der Lage ist, die Ergebnisse dieser Listen noch mit in die Kreisnachweisung von den Zu- und Abgängen für das zweite Halbjahr aufzunehmen. Der vorgeschriebene Termin darf nicht überschritten werden.

6. Die Regierung unterzieht die Zu- und Abgangslisten sowie die Kreisnachweisungen der kalkulatorischen Prüfung, kontrolirt, ob die von ihr festgesetzten Einkommensteuerszuschläge (Artikel 61 Eink. A.) und Nachsteuern (Artikel 84, 85) in den Zugangslisten gewahrt sind, prüft die Abgangstellungen und stellt nach Erledigung etwaiger Anstände die Abgangslisten sowie die Kreisnachweisungen fest.

Die Regierung sendet eine Ausfertigung der festgestellten Kreisnachweisung mit den Zu- und Abgangslisten und den Belägen dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zurück. Dieser fertigt die Zu- und Abgangslisten dem Gemeinde- (Guts-) Vorstände, die Kreisnachweisung nebst den Belägen zur Abgangsliste der Kreisklasse zu, nachdem er behufs der von ihm herbeizuführenden Berichtigung der Konzeptsnachweisungen und Listen von den etwa regierungsseitig gemachten Abänderungen Notiz genommen hat, und erledigt auch die etwaigen Erinnerungen der Regierung.

Die Hebestelle liefert die Zu- und Abgangslisten, nachdem darnach die Heberollen berichtigt sind, der zuständigen Kreisklasse ab.

Für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres muß die vorgeschriebene Zustellung an die Kreisklassen spätestens bis zum 20. April jedes Jahres geschehen.

7. Ueber die nach dem Schlusse des Rechnungsjahres noch vorkommenden Zu- und Abgänge aus früheren Steuerjahren werden besondere Zu- und Abgangslisten nach den Mustern XVII bezw. XVIII aufgestellt, welche auf der ersten Seite mit dem Vermerke „aus Vorjahren“ zu versehen und der Regierung zur Prüfung sowie zur Festsetzung der Abgänge vorzulegen sind.

Handelt es sich bei den Abgängen aus Vorjahren um Beträge, welche nicht als Einnahmereste verblieben, sondern rechnungsmäßig bereits definitiv in Einnahme nachgewiesen sind, so ist die Abgangsliste, in deren Spalte 2 auch der Empfangsberechtigte zu benennen ist, mit dem Vermerke „Erstattung aus Vorjahren“ und folgenden Bescheinigungen zu versehen:

a) von dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission:

daß die Steuerfäße in Spalte 8 und 11 veranlagt und nicht anderweit ermäßigt, auch nicht ganz oder zum Theil in Abgang gekommen;

b) von dem Kurator (Revisor) der Kreisklasse:

daß die zu erstattenden Beträge nicht in Rest geblieben, also unter der in der Rechnung für das betreffende Jahr nachgewiesenen Einnahme wirklich enthalten sind.

Zu den auf Grund der Gesetze und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften verfügten Erstattungen bedarf es der Genehmigung des Finanzministers fortan nicht mehr.

Zweiter Abschnitt.

Das Hebewesen.

Artikel 81.

Die Hebestellen.

(§. 73 Abs. 2 des Eink. Ges., §. 42 Abs. 2 des Erg. Ges., §. 16 Abs. 2 des Ges. wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893.)

Die örtliche Erhebung der Einkommensteuer und der Ergänzungssteuer liegt den Gemeinde- (Guts-) Vorständen nach Maßgabe der königlichen Verordnung vom 22. Januar 1894 (G. S. S. 5) und der zur Ausführung derselben ergangenen Bestimmungen ob.

Artikel 82.

Die Steuererhebung.

(§§. 62 bis 64 des Eink. Ges., §. 42 Abs. 1, 3, 4 des Erg. Ges.)

1. Die Einkommensteuer und die Ergänzungsteuer sind ohne Rücksicht auf die Höhe des Steuerbetrages in vierteljährlichen Beträgen im zweiten oder dritten Monat eines jeden Quartals zu erheben. Der Hebe Monat wird durch die Regierung mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse bestimmt.

2. Wo dem Zahlungspflichtigen bei Beginn des Jahres ein Steuerzettel über die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer und Ergänzungsteuer zugesertigt wird, muß dies, auch wenn der Steuerzettel zugleich andere Steuern betrifft, in einem gehörig verschlossenen Couvert geschehen.

3. Der Vierteljahrsbetrag ist vom Steuerpflichtigen — unbeschadet seiner Befugniß zur früheren Entrichtung und zu Vorauszahlungen (§. 62 Abs. 2 des Eink. Ges.) — in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Quartals, spätestens also am

16. Mai, 16. August, 15. November, 14. (in Schaltjahren 15.) Februar an den Ortserheber abzuführen.⁴⁷⁾

In den genannten Terminen wird die Steuer fällig, mit der Wirkung, daß Steuerpflichtige, welche es unterlassen, bis zu dem Fälligkeitstermine oder in dem örtlichen Hebetermine, sofern der letztere später ansteht, ihren Vierteljahrsbeitrag zu entrichten, mit dreitägiger Zahlungsfrist zu mahnen sind (§. 6 der Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren).

Die Abhaltung der örtlichen Hebetermine oder die Steuereinsammlung durch ambulante Erheber kann bereits vor der Fälligkeit beginnen.

Die Mahnung dagegen darf unter allen Umständen erst nach dem Eintritt der oben genannten Fälligkeitstermine geschehen.

Nach fruchtlosem Ablauf der Mahnfrist ist zur Zwangsvollstreckung nach den Bestimmungen der angeführten Verordnung vom 7. September 1879 und der dazu ergangenen Ausführungsvoorschriften zu schreiten.

4. Die vierteljährlich erhobene Steuer wird vom Ortserheber unter Beachtung der für die Ablieferung bestehenden Vorschriften an die Kreiskasse abgeführt.

Spätestens fünf Tage vor Ablauf eines jeden Vierteljahrs muß die eingehobene Steuer nebst der Nachweisung der etwa unvermeidlichen Ausfälle und Kosten an die Kreiskasse abgeliefert sein. Die Feststellung bestimmter Ablieferungstage für die verschiedenen Ortserheber innerhalb dieser Frist ist hierdurch nicht ausgeschlossen.

5. Die Stundung der Steuer dürfen die Regierungen nach Maßgabe der durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 31. Dezember 1825 genehmigten Geschäftsanweisung für die Regierungen von demselben Tage bewilligen.

Zur Stundung über den Rechnungsabschluß hinaus ist die Genehmigung des Finanzministers erforderlich.

Durch Einlegung von Rechtsmitteln wird die Zahlung der veranlagten Steuer nicht aufgehalten.

Auf Antrag eines Steuerpflichtigen, welcher gegen die Veranlagung rechtzeitig Berufung eingelegt hat, ist jedoch der Vorsitzende der Veranlagungskommission zur vorläufigen Stundung der Steuer und zur entsprechenden unmittelbaren Anweisung der Hebestelle ermächtigt, wenn und insoweit der Vorsitzende

a) nach vorgängiger Prüfung und nach seinem pflichtmäßigen Ermessen die Berufung für begründet erachtet und zugleich

b) die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Steuerpflichtige nicht im Stande ist, aus eigenen Mitteln die zu hoch veranlagte Steuer bis zur demnächstigen Entscheidung der Berufung ohne Schädigung seines Nahrungs- beziehungsweise Vermögensstandes zu entrichten.

Wird demnächst gleichwohl die Berufung zurückgewiesen, so hat der Vorsitzende sogleich nach dem Eingange der Entscheidung den gestundeten Betrag wieder in Hebung zu setzen.

Anm. 47. Wegen Einbehaltung und Abführung der Steuerbeträge, welche von den auf Seiner Majestät Schiffen und Fahrzeugen im Auslande befindlichen Offizieren und Beamten zu entrichten sind, bewendet es bis auf Weiteres bei der Verfügung vom 18. Juli 1881, II 7771, wegen Erhebung der Steuer von den regimentirten Offizieren bei der Verfügung vom 21. Oktober 1892 (Mittl. Heft 25 S. 80).

Von der bewilligten Stundung hat der Vorsitzende der Regierung Anzeige zu erstatten, welche im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Berufungskommission befugt ist, die ohne genügende Veranlassung etwa bewilligte Stundung auch vor Eingang der Entscheidung über die Berufung zurückzuziehen und die betreffenden Steuerbeträge wieder in Forderung zu setzen.

6. Auf Grund des §. 64 des Eink. Ges., §. 42 Abs. 3 des Erg. Ges. werden die Regierungen ermächtigt, in einzelnen Fällen veranlagte Steuerbeträge niederzuschlagen, wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde, weil der Steuerpflichtige und die für den Rückstand etwa solidarisch verhaftete Person (s. unten zu 8) gänzlich unvermögend oder der Aufenthalt des Schuldners nicht zu ermitteln ist.

Diese Ermächtigung findet auch auf rückständige Steuerbeträge Anwendung, welche wegen Abwesenheit des Steuerpflichtigen im Auslande bis zum Ablaufe des auf das Steuerjahr, für welches die Veranlagung erfolgt ist, folgenden Steuerjahres nicht haben eingezogen werden können.

7. Die Niederschlagung eines Steuerbetrages aus dem Grunde, weil die zwangsweise Beitreibung den Steuerpflichtigen in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährden würde, bedarf der Genehmigung des Finanzministers, welche in den geeigneten Fällen seitens der Regierung unter Darlegung des Sachverhaltes zu beantragen ist.

8. Außer dem Veranlagten haften diejenigen Personen, deren Vermögen demselben bei der Veranlagung gemäß Artikel 6 Erg. A. zugerechnet ist, für den auf dasselbe nach dem Verhältnisse zum veranlagten Gesamtvermögen entfallenden Theil der veranlagten Ergänzungsteuer solidarisch.

Ist beispielsweise einem nach dem Gesamtvermögen von 125 000 Mark mit dem Ergänzungsteuerfah von 60 Mark veranlagten Steuerpflichtigen hierbei das Vermögen seiner Ehefrau zum Betrage von 100 000 Mark angerechnet, so haftet die Ehefrau — nach dem Verhältnisse $125 : 100 = 60 : 48$ — für den Jahressteuerbetrag von 48 Mark.

Mit der Einforderung des rückständigen Steuerbetrages von dem Solidarschuldner ist in der Regel erst vorzugehen, wenn das Beitreibungsverfahren gegen den veranlagten Steuerpflichtigen fruchtlos ausgefallen ist oder wegen Unvermögens oder Abwesenheit desselben voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.

Auf die Einkommensteuer finden die Vorschriften zu 8 keine Anwendung.

Artikel 83.

Ausfälle.

1. Ausfälle an der veranlagten Steuer entstehen,

- a) wenn das Zwangsverfahren wegen Beitreibung eines Steuerrückstandes fruchtlos verlaufen ist;
- b) wenn von der Zwangsvollstreckung wegen eines rückständigen Steuerbetrages Abstand zu nehmen ist, weil eine der im Artikel 82 unter Nr. 6 und 7 angegebenen Voraussetzungen vorliegt.

Das eingeleitete Beitreibungsverfahren kann nach Bestimmung der Vollstreckungsbehörde vorläufig eingestellt werden, wenn sich im Laufe desselben Verhältnisse der unter b erwähnten Art ergeben.

2. Halbjährlich, am Schlusse der Monate September und März, übersendet der Gemeinde-(Guts-)Vorstand der Kreisasse in doppelter Ausfertigung eine von den erforderlichen Unterlagen (Auszug aus dem Besitzverzeichnisse, Pfändungsprotokolle, Versteigerungsprotokolle u. s. w.) begleitete, nach dem anliegenden Muster XXI aufgestellte und mit den darin vorgesehenen Bescheinigungen versehene Liste der Steuerpflichtigen, deren Steuer in dem betreffenden halben Jahre ganz oder zum Theil im Rückstande geblieben und als unbeibringlich niederzuschlagen ist (Ausfallliste). In die Ausfallliste für das erste Halbjahr dürfen keine Beträge aufgenommen werden, deren Einzahlung im zweiten Halbjahre erwartet werden darf.

3. Die Ausfalllisten sind seitens des Kreisassessors einer sorgfältigen Prüfung, besonders dahin zu unterwerfen:

ob die rückständigen Steuerbeträge jederzeit in den Zahlungsterminen eingefordert, die zu Gebote stehenden Zwangsmittel gehörig angewendet sind oder die Abstandnahme von denselben gerechtfertigt erscheint.

Gewährt diese Prüfung nicht die Ueberzeugung von einem überall vorschriftsmäßigen Verfahren, so ist diesbezüglich unter Abiegung der Posten, gegen welche sich etwas zu erinnern findet, der Ausweis der Gebühre zu erfordern, nach Umständen eine örtliche Untersuchung zu veranlassen.

Der Rentmeister fertigt nach den einzelnen Ausfalllisten eine Hauptnachweisung für den Kreis-
klassenbezirk nach dem Muster XXII in doppelter Ausfertigung, bescheinigt unter derselben, daß die vor-
erwähnte Prüfung erfolgt ist, und reicht die geprüften Listen mit den Belegen und den Hauptnach-
weisungen dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission ein.

4. Der Vorsitzende unterwirft die Listen sofort nach dem Eingange einer genauen Revision,
namentlich darauf hin:

ob die als Ausfälle liquidirten Beträge veranlagt und nicht bereits anderweit in Abgang
oder Ausfall gekommen sind,
bescheinigt die Prüfung auf den Hauptnachweisungen und stellt dieselben sowie die Listen fest.

5. Der Vorsitzende übersendet eine Ausfertigung der Ausfalllisten den Gemeinde-(Guts-)Vorständen,
eine Ausfertigung der Hauptnachweisung der Kreisklasse, und zwar für die zweite Hälfte des Rechnungs-
jahres spätestens bis zum 20. April.

Die zweite Ausfertigung der Hauptnachweisung wird der Regierung zur Berichtigung ihrer Kon-
trollen überreicht.

Der Gemeinde-(Guts-)Vorstand hat die Ausfallliste nach Kenntnisaufnahme und Wahrnehmung des
Erforderlichen in den Geberegistern an die betreffende Kreisklasse abzugeben.

Dritter Abschnitt.

Strafverfahren und Nachbesteuerung.

Artikel 84.

Verfahren bei Zuwiderhandlungen.

(§§. 66, 67, 68, 70 des Eink. Ges., §§. 43, 44, 46 des Erg. Ges.)

Sobald der begründete Verdacht einer in den §§. 66, 68 des Eink. Ges., §. 43 des Erg. Ges. mit
Strafe bedrohten Zuwiderhandlung vorliegt, hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission die zur
Feststellung des Thatbestandes erforderlichen Ermittlungen zu veranlassen und nach Abschluß der Ver-
handlungen mit seiner gutachtlichen Aeußerung der Regierung zur Beschlußfassung über die Einleitung des
Strafverfahrens vorzulegen.

Hierbei ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Erachtet die Regierung den Thatbestand einer nach §. 66 des Eink. Ges. oder §. 43 des Erg. Ges.
strafbaren Zuwiderhandlung für vorliegend, so hat die Regierung gleichwohl von der Verfolgung Abstand
zu nehmen, sofern der Steuerpflichtige, bevor eine Anzeige erfolgt oder eine Untersuchung eingeleitet war,
seine Angabe bei dem zuständigen Vorsitzenden berichtigt oder ergänzt und die vorenthaltene Steuer in
in der ihm von der Regierung gesetzten Frist entrichtet hat (§. 68 Abs. 3 des Eink. Ges., §. 43 Abs. 3
des Erg. Ges.). Als Einleitung einer Untersuchung im Sinne dieser Vorschrift gilt die erste, in klar er-
kennbarer Form zu den Akten festzustellende Maßregel, welche der Vorsitzende der Veranlagungs-
kommission zur Feststellung des Thatbestandes ergreift (vergl. den ersten Absatz dieses Artikels). Die
lediglich zum Zwecke der Veranlagung oder der Erörterung eines Rechtsmittels gegen die Veranlagung
angestellten Ermittlungen sind als eine solche Maßregel nicht anzusehen; im Falle zweifellos wissentlich
unrichtiger Deklaration ist aber darauf Bedacht zu nehmen, daß die Untersuchung ausnahmsweise schon
im Beginne oder im Laufe des Veranlagungsverfahrens eingeleitet, zu diesem Zwecke eine zur Fest-
stellung des Thatbestandes geeignete Maßregel ergriffen und dies aktienkundig gemacht wird (vergl. auch
die Verfügung vom 26. Dezember 1893, Mitth. Heft 29 S. 25).

Liegen, abgesehen von dem Falle des §. 68 Abs. 3 des Eink. Ges., §. 43 Abs. 3 des Erg. Ges.
besondere Umstände vor, welche nach dem Ermessen der Regierung die Einstellung des Verfahrens recht-
fertigen, obwohl ein nach §. 66 oder §. 68 des Eink. Ges. oder §. 43 des Erg. Ges. strafbarer Thatbestand
vorliegt, so ist die Entscheidung des Finanzministers einzuholen.

2. Der Regierung steht nicht der Erlass förmlicher Strafbefehle im Sinne des §. 459 der Straf-
prozeßordnung für das Deutsche Reich zu, sondern nur die vorläufige Festsetzung von Geldstrafen.

Auch diese vorläufige Festsetzung findet nicht statt:

- a) wenn der Beschuldigte in Preußen keinen Wohnsitz hat,
- b) wenn derselbe auf die vorläufige Straffestsetzung durch die Regierung verzichten zu wollen erklärt,
- c) wenn die Regierung selbst von der vorläufigen Straffestsetzung Abstand nimmt.

3. Ob die Regierung von der zu 2c gedachten Befugniß Gebrauch machen will, darüber hat sie in jedem einzelnen Falle nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen zu beschließen; einer Begründung des Beschlusses gegenüber dem Gericht bedarf es nicht. Im Allgemeinen ist jedoch davon auszugehen, daß eine Häufung der gerichtlichen Untersuchungen an sich nicht erwünscht, daß außerdem die vorläufige Straffestsetzung geeignet ist, das Verfahren abzukürzen, daß endlich das Gesetz der Regierung einen weiteren Spielraum in Ansehung der Strafabmessung für die milderen Fälle gestattet, da nur die Regierungen, nicht aber die Gerichte ermächtigt sind, unter das vorgesehene geringste Strafmaß hinabzugehen.

Als Regel wird sich daher in milderen Fällen die vorläufige Straffestsetzung im Verwaltungswege empfehlen, sofern nicht im einzelnen Falle die Abständnahme durch besondere Rücksichten ihre Rechtfertigung findet. In dieser Beziehung kann namentlich in Betracht kommen,

- a) daß der Thatbestand mit den der Verwaltungsbehörde zu Gebote stehenden Mitteln, insbesondere ohne Anwendung des Zeugenzwanges, ohne eidliche Vernehmungen u. s. w. nicht mit genügender Sicherheit festzustellen ist;
- b) daß der Beschuldigte sich der Vernehmung entzieht, oder nach den von ihm abgegebenen Erklärungen die freiwillige Zahlung der festzusetzenden Strafe nicht zu erwarten ist;
- c) daß die Regierung wegen der Bedeutung des Falles die Herbeiführung einer öffentlichen gerichtlichen Verhandlung für angezeigt erachtet.

4. Die vorläufige Straffestsetzung darf in keinem Falle ohne vorherige Anhörung des Beschuldigten erlassen werden und erfolgt durch eine an denselben gerichtete Verfügung, welche den Thatbestand der strafbaren Zuwiderhandlung angeben, das maßgebende Strafgesetz bezeichnen, den Betrag der Geldstrafe, sowie der durch das Verfahren entstandenen Kosten bestimmen, endlich die Eröffnung enthalten muß, daß die gerichtliche Untersuchung und Entscheidung herbeigeführt werden würde, wenn der Beschuldigte nicht binnen der auf mindestens vierzehn Tage zu bemessenden, vom Tage der Zustellung ab laufenden Frist die angegebenen Beträge freiwillig an die zu bezeichnende Kasse zahlt. Die Zustellung erfolgt nach Maßgabe des Artikels 71 der Eink. A.

Als Kosten des Verfahrens kommen nur baare Auslagen, wie Porto, Zeugengebühren, in Betracht.

5. Bei Bemessung der Strafe auf Grund des §. 66 des Eink. Ges. sind drei Hauptfälle zu unterscheiden:

- a) Ist in Folge der Zuwiderhandlung der Staat verkürzt, so soll die gesetzliche Strafe dem 4- bis 10 fachen Betrage der Verkürzung gleichkommen, mindestens aber 100 Mark betragen.

Eine Verkürzung liegt vor, sofern in Folge der wirklich unrichtigen oder unvollständigen Angabe bei der Veranlagung, sei es durch den nicht angesprochenen Beschluß der Veranlagungskommission oder des Vorstehenden, sei es auf Verurufung oder Beschwerde, endgültig ein geringerer Steuerfuß festgesetzt worden ist, als bei richtiger Angabe nach den maßgebenden Bestimmungen hätte festgesetzt werden müssen.

Bezugs Berechnung des Betrages der Verkürzung ist der ganze Zeitraum in Betracht zu ziehen, für welchen die Veranlagung auf Grund der strafbaren Angabe stattgefunden hat. Die für diesen Zeitraum zu berechnende Differenz zwischen der unrichtig veranlagten und der den wirklichen Einkommensverhältnissen entsprechenden Steuer stellt den Betrag der Verkürzung dar. Dieselbe deckt sich nicht nothwendig mit der Differenz zwischen den betreffenden Jahressteuerfüßen, da es weder ausgeschlossen ist, daß dieselbe strafbare Angabe der unverändert gebliebenen Veranlagung für mehrere aufeinanderfolgende Jahre als Grundlage gedient, noch daß die Angabe — z. B. bei Eintritt der Steuerpflicht im Laufe des Jahres — nur auf die Veranlagung für einen kürzeren Zeitraum als ein volles Steuerjahr Einfluß geübt hat.

- b) Ist eine Verkürzung des Staates trotz der wirklich unrichtigen oder unvollständigen Angabe nicht erreicht, so ist für die Berechnung der Strafe in allen Fällen die Jahressteuer maßgebend, um welche der Staat verkürzt werden sollte, d. h. also die Differenz zwischen dem festgesetzten und demjenigen Jahressteuerfüße, welcher bei Zugrundelegung der unrichtigen Angabe festzusetzen gewesen wäre.

Auch in diesem Falle beträgt die ordentliche Mindeststrafe 100 Mark.

c) Ist endlich aus den Umständen zu entnehmen, daß die unrichtige oder unvollständige Angabe oder die Verschweigung des Einkommens zwar wissentlich, aber nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung erfolgt ist, so beträgt die ordentliche Strafe 20 bis 100 Mark ohne Rücksicht darauf, ob eine Verkürzung stattgefunden hat oder nicht.

Festzuhalten ist, daß auch in diesem Falle eine strafbare Handlung überhaupt nur vorliegt, wenn die unrichtige oder unvollständige Angabe wissentlich gemacht ist, d. h. wenn der Steuerpflichtige die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit seiner tatsächlichen Angaben zur Zeit, als er die Erklärung abgab, gekannt hat. Daß gleichwohl die Absicht nicht auf eine Steuerhinterziehung (Verkürzung) gerichtet war, wird in der Regel nicht zu vermuthen sein, ist aber, z. B. in Fällen des Rechtsirrhums, nicht ausgeschlossen.

6. Bei Bemessung der Strafe auf Grund §. 43 des Ergänzungssteuergesetzes ist zu unterscheiden, ob die unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angabe in der Absicht der Steuerhinterziehung gemacht ist oder nicht.

a) Ersterenfalls soll die Strafe dem 10- bis 25fachen Betrage der Jahressteuer gleichkommen, um welche der Staat verkürzt worden ist oder verkürzt werden sollte, mindestens aber 100 Mark betragen.

Maßgebend ist hier also nicht wie in dem Falle zu 5a der Betrag der Verkürzung, sondern die Differenz zwischen dem auf Grund der unrichtigen Angabe veranlagten und demjenigen Jahressteuersatze, der bei richtiger Angabe festzusetzen gewesen wäre.

Ist eine Verkürzung trotz der Absicht der Hinterziehung nicht erreicht, so ist, wie in dem Falle zu 5b, die Differenz zwischen dem festgesetzten und demjenigen Jahressteuersatze maßgebend, welcher auf Grund der unrichtigen Angabe festzusetzen gewesen wäre.

b) Ist eine unrichtige Angabe zwar wissentlich, aber nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung gemacht, so beträgt die ordentliche Strafe 20 bis 100 Mark, ohne Rücksicht darauf, ob eine Verkürzung stattgefunden hat oder nicht.

Die Strafe tritt aber nur ein, wenn die unrichtige Angabe an sich geeignet war, eine Verkürzung der Steuer herbeizuführen, insbesondere also nicht wegen unrichtiger Angaben, die eine höhere Veranlagung begründen würden, als nach den tatsächlichen Verhältnissen gerechtfertigt ist.

7. Auf welchen Betrag die Strafe innerhalb der zulässigen Grenzen vorläufig festzusetzen ist, ob insbesondere die Regierung von der Befugniß Gebrauch machen will, in den Fällen zu 5 und 6 mildere als die dort vorgesehenen Mindeststrafen festzusetzen, hat die Regierung nach den Verhältnissen des einzelnen Falles und ihrem pflichtmäßigen Ermessen zu entscheiden.

In erster Reihe muß hierbei der aus den begleitenden Umständen erkennbare höhere oder geringere Grad der betrügerischen Absicht, daneben aber auch berücksichtigt werden, daß die Geldstrafe eine den Vermögens- und Einkommensverhältnissen des Schuldigen entsprechende Buße für die Zuwiderhandlung darstellen soll.

Die nachträgliche Milde rung oder der gänzliche Erlass der einmal festgesetzten Strafe steht der Regierung nicht zu, ebensowenig die Bewilligung von Theilzahlungen auf die Strafe.

Glaubt die Regierung einen hierauf gerichteten Antrag befürworten zu müssen, so ist die Entscheidung des Finanzministers einzuholen.

Dagegen steht eine angemessene Verlängerung der für die freiwillige Zahlung der Strafe bestimmten Frist auf begründeten Antrag in dem Ermessen der Regierung.

8. Wird die vorläufig festgesetzte Strafe nicht innerhalb der bestimmten Frist vom Beschuldigten gezahlt, oder liegt einer der Fälle Nr. 2a bis e vor, so sind die Verhandlungen dem zuständigen Staatsbeziehungsweise Amtsanwalt mit dem Antrage auf Herbeiführung der gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung abzugeben.

Die zwangsweise Vertreibung der vorläufig festgesetzten Strafe ist unter allen Umständen unstatthaft.

Für das gerichtliche Verfahren findet bei Zuwiderhandlungen gegen das Einkommensteuer- und Ergänzungssteuergesetz eine Festsetzung des der Strafe zu Grunde zu legenden Steuersatzes durch die Regierung nicht statt.

9. Neben und unabhängig von der Strafe erfolgt die Festsetzung der hinterzogenen Steuer (Nachsteuer), welche in allen Fällen, auch wenn die Untersuchung an das Gericht abgegeben ist, der Regierung zusteht, vorbehaltlich der Beschwerde an den Finanzminister (§. 67 des Eink. Ges., §. 44 des Erg. Ges.).

Die Festsetzung der noch nicht verjährten Nachsteuer geschieht für den ganzen Zeitraum, auf welcher sich die stattgehabte Verkürzung erstreckt, soweit die Steuer zur Zeit der Festsetzung bereits fällig ist (Artikel 82 Nr. 3).

Zugleich ordnet die Regierung die laufende Zugangstellung der etwa noch nicht fälligen Steuerbeträge an (vergl. Artikel 76 I Nr. 2b).

Die Verbindlichkeit zur Entrichtung der Nachsteuer verjährt in zehn Jahren, gerechnet von dem Ablaufe des Steuerjahres, in welchem die Hinterziehung begangen wurde, und geht auf die Erben mit einer Verjährungsfrist von fünf Jahren, jedoch nur auf Höhe ihres Erbtheils über.

Die Festsetzung und Einziehung der Nachsteuer findet innerhalb der bezeichneten Verjährungsfrist auf Grund des von der Regierung festzustellenden Thatbestandes auch statt, obwohl eine Bestrafung nicht mehr herbeigeführt werden kann, weil die Strafe bereits verjährt⁴⁸⁾, oder der Zuwiderhandelnde vor Verhängung der Strafe gestorben ist.

Im Falle der Einleitung eines Strafverfahrens ist bei Festsetzung der Nachsteuer der vom Strafrichter festgestellte Thatbestand zu Grunde zu legen; es wird sich daher, um Abänderungen der Nachsteuerfestsetzung zu vermeiden, in der Regel empfehlen, dieselbe auszusprechen, bis entweder die vorläufig festgesetzte Strafe gezahlt oder das gerichtliche Verfahren durch rechtskräftige Entscheidung erledigt ist.

Im Uebrigen finden zum Zwecke der Festsetzung der Nachsteuer bei Berechnung des Einkommens die Vorschriften Artikel 3 bis 26 und 27 Eink. A., bei Berechnung des steuerbaren Vermögens die Vorschriften Artikel 4 bis 18 Erg. A. gleichmäßig Anwendung.

Erlasse oder Ermäßigungen der Nachsteuer zu bewilligen, ist die Regierung nicht ermächtigt.

10. Wegen der Kontrolle und Verrechnung der von der Regierung festgesetzten Strafen, Kosten und der nicht laufend in Zugang gestellten Nachsteuern (s. Nr. 9) wird auf die diesbezüglich ergehenden besonderen Bestimmungen verwiesen (vergl. auch Artikel 76 IIIb).

Artikel 85.

Nachbesteuerung außer dem Falle der strafbaren Zuwiderhandlung.

(§. 80 des Eink. Ges., §. 46 des Erg. Ges.)

Die Vorschrift im §. 6 des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetzsamml. S. 140) findet auf die Einkommensteuer und die Ergänzungsteuer keine Anwendung, vielmehr sind Steuerpflichtige, auch wenn eine strafbare Hinterziehung (Artikel 84) nicht vorliegt, sowohl bei gänzlicher Uebergangung als auch bei zu niedriger Veranlagung zur Nachzahlung des der Staatskasse entzogenen Betrages verpflichtet, und zwar erstreckt sich diese Verpflichtung auf die drei Steuerjahre zurück, welche dem Steuerjahre, in dem die Verkürzung festgestellt worden, vorausgegangen sind.

Bei Anwendung dieser Vorschrift muß der Fall der gänzlichen Uebergangung von dem Falle der zu niedrigen Veranlagung unterschieden werden.

1. Gänzliche Uebergangung liegt vor, wenn ein Steuerpflichtiger nicht in die Staatssteuerliste aufgenommen und in Folge dessen überhaupt nicht zur Veranlagung gelangt ist, sei es nun, daß seine Person übersehen, sei es, daß ihm ein Einkommen von mehr als 900 Mark bzw. ein steuerbares Vermögen von mehr als 6 000 Mark nicht beigegeben, sei es, daß ihm irrtümlich aus anderen Gründen Steuerfreiheit beigelegt worden war.

In Fällen dieser Art muß alsbald, nachdem die Uebergangung festgestellt worden, die nachträgliche Heranziehung des übergangenen Steuerpflichtigen zur Steuer nach den gegebenen Vorschriften erfolgen, und zwar für die ganze Dauer der Uebergangung, soweit dieselbe nicht die dreijährige Verjährungsfrist übersteigt.

2. War ein Steuerpflichtiger formell ordnungsmäßig veranlagt, jedoch den Vorschriften des Gesetzes entgegen steuerfrei — ein Fall, welcher bei Anwendung der §§. 18, 19 des Einkommensteuergesetzes oder der §§. 17, 19 des Ergänzungsteuergesetzes eintreten kann (Spalte 28, 29, 34 bis 36 der Staatssteuerliste A) —, oder mit einem zu niedrigen Steuerfusse, so findet zwar auch auf Fälle dieser Art die Vorschrift im §. 80 des Eink. Ges. (§. 46 Erg. Ges.) dem Wortlaute nach unbeschränkt Anwendung.

Anm. 48. Die Strafe verjährt in fünf Jahren, Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Mai 1852 (Gesetzsamml. S. 250), Artikel XI der Verordnung vom 25. Juni 1867 (Gesetzsamml. S. 927), §. 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.

Im Allgemeinen ist aber daran festzuhalten, daß — abgesehen vom Falle der strafbaren Hinterziehung (Artikel 84) — wie für die Steuerpflichtigen so auch für den Vertreter des Staatsinteresses zur Berichtigung einer ordnungsmäßig erfolgten, aber sachlich unrichtigen Veranlagung die ordentlichen Rechtsmittel gegeben sind.

Thatsachen und Beweismittel, welche im Wege der Berufung, oder Anfechtungsgründe, welche im Wege der Beschwerde (§. 44 Nr. 1 und 2 des Eink. Ges., §. 36 des Erg. Ges.) hätten geltend gemacht werden können, deren Geltendmachung aber versäumt oder erfolglos geblieben ist, sind daher nicht geeignet, eine nachträgliche Berichtigung der rechtskräftigen Veranlagung zu rechtfertigen.

Eine solche Berichtigung ist vielmehr nur herbeizuführen, wenn mit Bezug auf die Einkommens- oder Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen neue Thatsachen oder Beweismittel, welche eine höhere Veranlagung begründen, erst nachträglich zu einer Zeit ermittelt werden, zu welcher die Geltendmachung im Wege der ordentlichen Rechtsmittel nicht mehr möglich war.

Diese Voraussetzung trifft beispielsweise zu, wenn nach bereits geschehener Veranlagung und nach Ablauf der Berufungsfrist durch den Inhalt einer auf nochmalige Aufforderung (§. 30 Abs. 2 des Eink. Ges.) eingereichten Steuererklärung, oder durch den Inhalt einer in einem späteren Jahre abgegebenen Steuererklärung oder Vermögensanzeige oder in Folge einer anderen nachträglichen Mittheilung des Steuerpflichtigen oder in Folge Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse eines verstorbenen Steuerpflichtigen gelegentlich der Nachlassregulierung ein höheres als das bei der Veranlagung durch Schätzung ermittelte Einkommen oder Vermögen dargethan wird.

Wegen der Abstandnahme von der Nachforderung geringfügiger Steuerbeträge bewendet es bei den Vorschriften der Verfügung vom 7. März 1893 (Mitth. Heft 26 S. 27).

Auch die nachträgliche Berichtigung der Veranlagung erfolgt durch die Voreinschätzungs- bezw. Veranlagungskommissionen nach den Vorschriften der Eink. und Erg. A. Die Erben des inzwischen etwa verstorbenen Pflichtigen sind bis zur Höhe ihres Erbtheils zur Zahlung der Nachsteuer verpflichtet.

Die auf Grund der berichtigten Veranlagung zu entrichtenden Steuerbeträge werden auf dem gewöhnlichen Wege in Zugang gestellt, soweit es sich um Nachsteuern für Vorjahre handelt, in einer besonderen Abtheilung der Zugangsliste (vergl. Artikel 76 I Nr. 2a, IIIc).

Vierter Abschnitt.

Kosten.

Artikel 86.

Allgemeine Bestimmungen.

(§§. 71, 72 des Eink. Ges., Gesetz vom 22. April 1892 (G. S. S. 93), §. 45 Abs. 2, 4, 5 des Erg. Ges.)

1. Die Kosten der Veranlagung der Einkommen- und Ergänzungssteuer fallen der Staatskasse zur Last, soweit nicht in den Artikeln 87, 88 etwas Anderes bestimmt ist.

2. Diejenigen Landräthe, welche kraft ihres Hauptamtes den Vorsitz in Veranlagungskommissionen führen, haben die hierdurch veranlaßten Kosten aus den ihnen für das Hauptamt gewährten Dienstaufwandsentschädigungen und Zuschüssen zu bestreiten mit Ausnahme

- a) der Remunerationen, Diäten, Besoldungen der ihnen zur Bearbeitung der Einkommensteuer-sachen überwiesenen staatlichen Hilfs- und Subalternbeamten,
- b) der Kosten für die ihnen auf Rechnung der Staatskasse zu liefernden Formulare Muster I, II, VII bis XV, XIX, XX, B bezw. C, zu dieser bezw. zur Eink. A., Muster 2 bis 14 zur Erg. A., für die Formulare zu Auszügen aus den Mustern A, B, C, sowie für alle diejenigen Formulare, welche außerdem vom Finanzminister oder wie z. B. Benachrichtigungsschreiben an die Steuerpflichtigen, Behändigungsscheine, Berufungsnachweisungen, behufs Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens vom Vorsitzenden der Berufungskommission vorgeschrieben werden.

3. Die Formulare Muster XXI sind den Rentmeistern auf Rechnung der Staatskasse zu liefern.

4. In allen Fällen werden aus der Staatskasse die den Vorsitzenden und Mitgliedern der Berufungs-, Veranlagungs- und Voreinschätzungskommissionen, den Mitgliedern der Schätzungsausschüsse, sowie den Zeugen und Sachverständigen nach Maßgabe der Bestimmungen vom 4. Juli 1892 (Gesetz-samml. S. 201) und 4. Februar 1894 (Gesetz-samml. S. 6), der Verfügungen vom 28. Oktober 1891 (Mitth. Heft 25 S. 81), vom 2. August 1892 (Mitth. Heft 25 S. 83), vom 3. Januar 1894, II 11, und vom 29. Mai 1894, II 6384, I 7957, zu gewährenden Reisekosten, Tagegelder und Versäumnißgebühren gezahlt.

Artikel 87.

Erstattung der Kosten durch den Steuerpflichtigen.

(§. 71 des Eink. Ges., §. 45 Abs. 2, 3, §. 47 Abs. 5 des Erg. Ges.)

1. Diejenigen Kosten an Porto, Zeugengebühren oder anderen baaren Auslagen, welche durch die gelegentlich der eingelegten Rechtsmittel (Berufung, Beschwerde an das Obergerwaltungsgericht) erfolgenden Ermittlungen veranlaßt werden, sind von dem Steuerpflichtigen zu erstaten, wenn sich seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erwiesen haben und die Erstattungspflicht durch endgültige Entscheidung der zuständigen Kommission oder des Obergerwaltungsgerichts ausgesprochen ist (vergl. auch Artikel 66 Nr. 2 Abs. 4 Eink. A., Artikel 48 Nr. 1 Erg. A.).

Liegt eine solche Entscheidung vor, so überreicht der Vorsitzende der Berufungskommission eine Abschrift derselben mit den Vorverhandlungen, den zur Berechnung der Kosten erforderlichen Unterlagen und seinem Gutachten über den festzusetzenden Betrag der Regierung, welche die zu erstatenden Kosten festsetzt und wegen Zustellung des Festsetzungsbeschlusses an den Steuerpflichtigen, sowie wegen Einziehung des festgesetzten Betrages das Erforderliche veranlaßt.

Gegen den Festsetzungsbeschuß steht dem Steuerpflichtigen binnen einer Ausschußfrist von 4 Wochen⁴⁹⁾ die bei der Regierung einzulegende Beschwerde an den Finanzminister offen.

2. Die durch Erörterung eines Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Artikel 51 Erg. A.) entstehenden baaren Auslagen (Porto, Zeugen- und Sachverständigengebühren) trägt in allen Fällen der Antragsteller, auch wenn dem Antrage stattgegeben ist.

Sobald die Entscheidung auf einen solchen Antrag erfolgt ist, überreicht der Vorsitzende der Berufungskommission die Verhandlungen mit den zur Berechnung der Kosten erforderlichen Unterlagen und seinem Gutachten der Regierung, welche gemäß der Vorschrift zu 1 Abs. 2 verfährt.

Gegen ihren Festsetzungsbeschuß findet die an eine Frist nicht gebundene, bei der Regierung einzulegende Beschwerde an den Finanzminister statt.

Artikel 88.

Die den Gemeinden (Gutsbezirken) zur Last fallenden Kosten.

(§. 73 des Eink. Ges., §. 42 Abs. 2, §. 45 Abs. 1 des Erg. Ges., §. 16 des Ges. wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.)

1. Die Gemeinden (Gutsbezirke) haben ohne Anspruch auf Vergütung die sämtlichen persönlichen und sächlichen Kosten zu tragen, welche durch die bei der Veranlagung der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer ihnen übertragenen Geschäfte entstehen.

Hierzu gehören insbesondere

a) in allen Gemeinden (Gutsbezirken):

diejenigen Kosten, welche entstehen durch die Vorbereitung der Veranlagung (Artikel 36 bis 39 Eink. A., Artikel 23, 24 Erg. A.), durch die dem Vorsitzenden der Voreinschätzungskommission obliegenden Geschäfte (Porto, Schreibwerk, Arbeitshilfe u. s. w.), durch die Beschaffung, Heizung, Beleuchtung u. s. w. der zu den Sitzungen der Voreinschätzungskommission nötigen Räume, durch die Kontrolle der Zu- und Abgänge, die Aufstellung der Zugangs- und Abgangslisten und die Erledigung der seitens der Vorsitzenden der Berufungs- und Veranlagungskommission innerhalb deren Zuständigkeit erteilten Aufträge — einschließlich aller sächlichen Kosten für Schreibmaterialien, Drucksachen, Formulare u. s. w., namentlich auch für die Muster A, III bis VI, XVIa, XVIb, XVII, XVIII zu dieser bezw. zur Eink. A., Muster 1 zur Erg. A. —;

b) in denjenigen Stadtgemeinden, in welchen der erste Bürgermeister oder an dessen Stelle ein anderer städtischer Beamter den Vorsitz in der Veranlagungskommission führt:

die durch Führung dieses Vorsitzes und die damit verbundenen Geschäfte veranlaßten Kosten, insbesondere auch die persönlichen und sächlichen Kosten für das Bureau des Vorsitzenden und für alle zum Gebrauche desselben bestimmten Formulare.

Anm. 49. Vergl. jedoch §. 79 des Einkommensteuergesetzes.

2. In vereinigten Voreinschätzungsbezirken (§. 31 Abs. 3 bis 7 des Eink. Ges.) sind die zu 1a bezeichneten Kosten, soweit dieselben durch die Voreinschätzung entstehen, von den zu dem vereinigten Bezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirken gemeinsam zu tragen. Die Vertheilung dieser Kosten unter die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke erfolgt nach dem Verhältnisse der in denselben veranlagten Einkommensteuer einschließlich der gemäß §§. 74, 75 des Einkommensteuergesetzes veranlagten fingirten Steuerjäge.

3. Die Gemeinden und Gutsbezirke, denen auf Grund der Verordnung vom 22. Januar 1894 die Verpflichtung zur Einzelerhebung auferlegt worden ist, tragen ohne Vergütung die sämmtlichen persönlichen und sachlichen Kosten der örtlichen Erhebung und Beitreibung der ihnen zur Hebung überwiesenen Steuern sowie der Abführung an die zuständige Staatskasse.

Hierzu gehören insbesondere auch die Kosten für Ausfertigung der Steuerzettel und Behändigung derselben an die Steuerpflichtigen, sowie für die erforderlichen Formulare einschließlich des Musters XXI zu dieser Anweisung.

4. Veranlagungs- oder Hebegebühren werden den Gemeinden und Gutsbezirken für die Zeit vom 1. April 1895 ab weder von der Einkommensteuer noch von der Ergänzungssteuer gezahlt.

Die hierauf bezüglichen Vorschriften treten mit dem genannten Zeitpunkte, vorbehaltlich der Anwendung auf die für die Zeit bis zum 1. April 1895 zahlbaren Gebühren, außer Kraft.

Berlin, den 31. August 1894.

Der Finanzminister.

Miquel.

Erläuterung der Abkürzungen.

— — —

Einf. Ges. = Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891.

Einf. A. = Anweisung vom 6. August 1891 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes, I. und II. Theil.

Erg. Ges. = Ergänzungsteuergesetz vom 14. Juli 1898.

Erg. A. = Anweisung vom 3. April 1894 zur Ausführung des Ergänzungsteuergesetzes, I. und II. Theil.

Regierungsbezirk
Kreis
Kreisasse
(Gemeinde)

Muster XV.
Artikel 74 (Seite 6).

Steuerjahr 18⁹⁵₉₆.

Ermäßigungsliste

(§. 58 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, §. 39 des Ergänzungssteuergesetzes vom 14. Juli 1893).

Zau- fende Num- mer.	Nummer der Staats- steuer- rolle bezw. der Zu- gangs- liste.	Des Steuerpflichtigen			Der Steuerpflichtige ist veranlagt mit dem		Ursache, Betrag und Zeitpunkt des Eintrittes der Verminderung a) des Einkommens, b) des Vermögens nach der Angabe des Antragstellers.
		Name und Vorname.	Stand oder Gewerbe.	Wohnort, Straße und Hausnummer.	a) Jahres- ein- kommen. b) steuer- baren Vermögen von M.	a) Ein- kommen- steuerfab. b) Ergän- zungs- steuerfab von M.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
1	112	Carl Lehmann.	Praktischer Arzt.	Hochstrasse No. 15.	a) 5 685 b) 23 000	146 11	a) Aus seinem Ver- mögen habe er im Mai 1895 10 000 M. zur Be- schaffung der Ausstat- tung für eine Tochter verwendet. Sein Ein- kommen vermindere sich hierdurch um den Betrag der Zinsen = 450 M. Erbittet entsprechende Ermässigung der Ein- kommen- und Ergän- zungssteuer.
2	65	Franz Göring.	Regierungsrath.	Fröbenstrasse No. 6.	a) 6 960 b) 25 000	176 12	a) In Folge seiner mit dem 1. Juli 1895 in Kraft getretenen Pensionierung beziehe er an Stelle des seitherigen Dienst- kommens von 6000 M. nur die Pension im Jahres- betrage von 3 729 M., daneben 960 M. Zinsen aus Kapitalvermögen. Bittet um Ermässi- gung der Einkommen- steuer.

Entscheidung der Regierung.									
Entschieden mit Vorirlag des Vorstandes der Kommunalverwaltung	Im Falle der Abrechnung des Antrages	Der beantragte Ermässigungswert ermässigt:		Der Betrag beträgt: mithin					
		a) für die Einkommensteuer b) für die Ergänzungssteuer			in Franken				
		auf den Jahressatz von	von welchem Monate ab?	jährlich	viertel- jährlich	auf Viertel- jahre.	Einkommen- steuer	Ergänzungs- steuer	
		fr.		fr.	fr.		fr.	fr.	
9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16a.	16b.	
<p>Die Angaben sind richtig. Censil besitzt nur noch ein mit 585 fr. versinslichtes Kapitalvermögen von 13000 fr. Sein Einkommen aus der Praxis ist bei der Veranlagung auf 4650 fr. angenommen. Vorschlag: Ermässigung der Ergänzungssteuer auf den Jahressatz von 6 fr.</p>	<p>Die beantragte Ermässigung der Einkommensteuer kann nicht bewilligt werden, weil die stattgehabte Einkommensminderung (150 fr.) den vierten Theil (1421 fr. 25 A) des veranlagten Gesamteinkommens nicht erreicht.</p>	b)	6	Juni	5	1,25	3 1/2	4	17
<p>Die Angaben sind richtig. Das steuerpflichtige Einkommen hat sich in Folge der Pensionirung vom 1. Juli ab um 2271 fr., also um mehr als den vierten Theil (1740 fr.) vermindert. Vorschlag: Ermässigung der Einkommensteuer nach dem Einkommen von 4689 fr. auf den Satz von 118 fr.</p>		a)	118	Juli	58	14,50	3	45	50
Zu übertragen								45	50

Aus- sende Num- mer.	Nummer der Staats- steuer- rolle bezw. der Zu- gangs- liste.	Des Steuerpflichtigen			Der Steuerpflichtige ist veranlagt mit dem		Ursache, Betrag und Zeitpunkt des Eintritts der Verminderung a) des Einkommens, b) des Vermögens nach der Angabe des Antragstellers.
		Name und Vorname.	Stand oder Gewerbe.	Wohnort, Straße und Hausnummer.	a) Jahres- ein- kommen, b) steuer- baren Vermögen von M.	a) Ein- kommen- steuerjah. b) Ergän- zungs- steuerjah. von M.	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
3	518	Clara Dommitzsch, Wittwe.	Rentnerin.	Kesselstrasse No. 17	a) 1 680 b) 27 000	26 12	a) Habe bisher durch Handarbeiten einen Jah- resverdienst von 600 M. gehabt, diese Erwerbs- thätigkeit aber krank- heitshalber im Monat Juli aufgegeben, und sei seitdem auf das Zins- einkommen von 1080 M. aus ihrem Kapitalver- mögen von 27 000 M. angewiesen. Bittet um Ermässi- gung der Einkommen- steuer.

Anmerkung.

- Die Spalten 6 und 7 sind in allen Fällen hinsichtlich beider Steuerarten in Uebereinstimmung mit dem Inhalte der betreffenden Spalte der Staatssteuerliste A beziehungsweise Nachweisung B (C) auszufüllen, auch wenn der Ermäßigungsantrag sich nur auf eine Steuer bezieht.
- Wenn durch eine Liste Consiten aus verschiedenen Gemeinden Steuerermäßigungen gewährt werden, sind die Beträge in Spalte 16a und 16b gemeindeweise zusammenzurechnen und die sich danach ergebenden Summen am Schlusse der Liste zusammenzustellen.

Veranlagungsbezirk

Stadt-)
(Land-)) Kreis

Gemeinde (Gutsbezirk)

Steuerjahr 18

Muster XVI a.

Artikel 75 Nr. 8, 9 (Seite 7).

den 18 18

Der in der Staatssteuerrolle (Zugangsliste) der Gemeinde unter Nr. verzeichnete, mit jährlich Mark Einkommensteuer und Mark Ergänzungssteuer veranlagte (Name, Stand, Gewerbe) ist von im Kreise nach im Kreise verzogen, hat bis Ende des Vierteljahrs 18 die Einkommensteuer mit Mark Pf. und die Ergänzungssteuer mit Mark Pf. im hiesigen Bezirke richtig eingezahlt und kommt mit diesem Zeitpunkte hier in Abgang.

Es wird um Uebernahme der Steuer und Uebersendung des Abgangsbelages (Muster XVI b) ergebenst erjucht.

[Die Personalsteueracten sowie ein Auszug aus der Staatssteuerliste (Einkommens- und Vermögensnachweisung) sind beigelegt. *)]

Bezeichnung der Ortsbehörde.

Unterschrift.

[Der Vorsitzende der
Veranlagungskommission.

Unterschrift. *)]

Mit

mit

*) Anmerkung. Die in Klammern [] gesetzten Worte fallen fort, wenn die bezügliche Mittheilung mittels besonderen Schreibens des Vorsitzenden erfolgt.

Besteuerungsmerkmale nach der { Staatssteuerliste.
 Einkommens- und Vermögensnachweisung.

	Einkommen.	Vermögen.	Bemerkungen.
	<i>M.</i>	<i>M.</i>	
Kapitalvermögen			Auf Grund des § 19 des Einkommensteuer- (Ergänzungssteuer-) Gesetzes ist der Einkommensteuersatz um Stufen, der Ergänzungs- steuersatz um Stufen er- mäßigigt wegen
Grundvermögen			
Handel und Gewerbe			
Rechte und Gerechtigkeiten			
Gewinnbringende Beschäftigung			
Rechte auf fortlaufende Gebungen u. s. w.			
Zusammen			
Davon ab:			
Schuldenzinsen — Lasten	<i>M.</i>		
Kassenbeiträge — Prämien	<i>M.</i>		
Kapitalschulden			
verbleibt:			
Jahreseinkommen			
steuerbares Vermögen			
Abzug für Kinder unter 14 Jahren			
steuerepflichtiges Einkommen			
Veranlagt:			
Einkommensteuersatz	<i>M.</i>		
Ergänzungssteuersatz	<i>M.</i>		

Anmerkung. An Stelle des vorstehenden Schemas kann ein den Spalten der Staatssteuerliste (Muster A) bezw.
 der Einkommens- und Vermögensnachweisung (B, C) entsprechender Bordruck für die Mittheilung der Besteuerungs-
 merkmale treten.

Be lag

zur

Begründung des Steuerabganges unter Nr. — für 18 — in der
Gemeinde des Kreises ..

Der bisher in der Staatssteuerrolle (Zugangsliste) der Gemeinde
des Gutsbezirks unter
Nr. verzeichnete, mit jährlich Mark Einkommensteuer und Mark Ergänzungssteuer
veranlagte (Name, Stand oder Gewerbe, bisheriger Wohnort), welcher nach
im Kreise verzogen ist, wird hier in der Kontrolle der Zugänge für das Halbjahr 18
unter Nr. vom ab mit Mark Pf. Einkommensteuer und Mark
Pf. Ergänzungssteuer vierteljährlich nachgewiesen werden.

(Ort und Datum.)

(Bezeichnung der Behörde und Unterschrift.)

Zugangsliste 1

der

Gemeinde *N.* im Kreise *O.*

für das I. Halbjahr 18 $\frac{95}{96}$.

Festgesetzt auf einen Zugang von 70 Mark 67 Pf., buchstäblich *Siebenzig* Mark 67 Pf. Einkommensteuer und 8 Mark 67 Pf., buchstäblich *Acht* Mark 67 Pf. Ergänzungssteuer mit der pflichtmäßigen Bescheinigung, daß für das I. Halbjahr 18 $\frac{95}{96}$ weder mehr noch weniger an Steuerzugang nachzuweisen gewesen sind.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

B e m e r k u n g.

Zum Zwecke der Benützung als Kontrolle für die Zu- und Abgänge (Artikel 76 Nr. 1) können den Mustern XVII und XVIII nach Bedürfnis mit Genehmigung der Regierung weitere Spalten zur Aufnahme von Bemerkungen über die Beschaffung der Beläge, über die Absendung der vorgeschriebenen Auszüge und dergl. sowie zu Gemeindesteuerzwecken angefügt werden.

Zugangsliste 2

Der

Gemeinde *N.* im Kreise *O.*

für das I. Halbjahr 18 ^{$\frac{95}{96}$} .

Festgesetzt auf einen Zugang von 262 Mark 67 Pf., buchstäblich *Zweihundert zwei und sechzig Mark 67 Pf.* Einkommensteuer und 57 Mark 92 Pf., buchstäblich *Sieben und fünfzig Mark 92 Pf.* Ergänzungssteuer mit der pflichtmäßigen Bescheinigung, daß für das I. Halbjahr 18 ^{$\frac{95}{96}$} weder mehr noch weniger an Steuerzugang nachzuweisen gewesen sind.

Ort und Datum.

Der Vorsigende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

Laufende Nr.	Name und Vorname (Firma) der zugegangenen Personen.	Stand oder Gewerbe.	Strasse und Hausnummer.	Monat		Also auf Biertel- jahre.
				von welchem ab	bis zu welchem	
				der Zugang berechnet wird.		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1.	Wobschall, Carl.	Rechnungsrath.	Hohestrasse 280.	August	März	2 ¹ / ₂
2.	van Koll, Heinrich.	Rentner.	Niederstrasse 66.	September	März	2 ¹ / ₂
3.	Thiede, Wilhelm.	Prokurist.	Grünstrasse 85.	Oktober	März	2
				Summe Zugangsliste 2 . . .		
				Hiersu Summe Zugangsliste 1 . . .		
				Zusammen Zugangsliste 1 und 2 . . .		

Hierzu:

25 % Zuschlag zur veranlagten Steuer gemäß §. 30 des Einkommensteuergesetzes.

1.	Krüger, Ernst	Ziegeleibesitzer.	Marktstrasse 3.	April	März	4
				Summe Zugangsliste 2 . . .		
				Hierzu Summe Zugangsliste 1 . . .		
				Zusammen Zugangsliste 1 und 2 . . .		

Nachsteuer gemäß §§. 67 und 80 des Einkommensteuergesetzes, §§. 44, 46 des Ergänzungsteuergesetzes.

1.	Thiede, Wilhelm.	Prokurist.	Grünstrasse 85.	April	September	.
				Summe Zugangsliste 2 . . .		
				Hierzu Zugangsliste 1 . . .		
				Zusammen Zugangsliste 1 und 2 . . .		
				Hauptsumme Zugangsliste 2 . . .		
				Hierzu		
				Hauptsumme Zugangsliste 1 . . .		
				Zusammen Hauptsumme		
				Zugangsliste 1 und 2 . . .		

Einkommensteuer-					Ergänzungssteuer-					Ursachen des Zugangs.	
Satz.	Zugang.				Satz.	Zugang					
	viertel-jährlich		im Ganzen			viertel-jährlich		im Ganzen			
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
8.	9.		10.		11.	12.		13.		14.	
76	19	.	50	67	30	7	50	20	.	Einkommens- und Vermögensvermehrung in Folge Erbanfalls; ausserdem unter No. 10 der Staatssteuerrolle zu 70 ℳ Einkommensteuer veranlagt (Vergl. Belag No.).	
132	33	.	77	.	65	16	25	37	92		Ist Ausländer, hält sich seit 16. 8. 94 in Preussen auf ohne festen Wohnsitz und ohne Erwerb.
60	15	.	30		
.	67	.	157	67	.	23	75	57	92	Steuererhöhung in Folge Straffahrens. Mit 199 ℳ Einkommensteuer unter No. 17 der Staatssteuerrolle veranlagt	
.	24	25	70	67	.	3	.	8	67		Verfügung der Regierung vom 20. 8. 95, III. A. 11 370. Vergl. unten Nachsteuer No. 1.
.	91	25	228	34	.	26	75	66	59		
75	18	75	75	Verfügung der Regierung vom 16. 5. 95, III. A. 9872, Belag No. Unter No. 25 der Staatssteuerrolle zu 300 ℳ Einkommensteuer und 55 ℳ Ergänzungssteuer veranlagt.	
.	18	75	75		
.	18	75	75		
60	.	.	30	Verfügung der Regierung vom 20. 8. 95, III. A. 11 510. Vergl. oben Zugang No. 3.	
.	.	.	30		
.	.	.	30		
.	88	75	262	67	.	23	75	57	92		
.	24	25	70	67	.	3	.	8	67		
.	110	.	333	34	.	26	75	66	59		

Abgangsliste 1

der

Gemeinde *N.* _____ im Kreise *O.* _____
für das I. Halbjahr 18⁹⁵/₉₆.

Daß die Steuerfäße in Spalte 8 und 11 veranlagt und nicht anderweit ermäßigt, auch nicht bereits ganz oder zum Theil in Abgang gestellt oder in Ausfall gekommen sind und daß für das I. Halbjahr 18⁹⁵/₉₆ weder mehr noch weniger als (Gesamtbetrag buchstäblich) an Einkommensteuerabgang und (Gesamtbetrag buchstäblich) an Ergänzungssteuerabgang durch die Abgangsliste nachzuweisen gewesen, wird hierdurch pflichtmäßig bescheinigt.

Ort und Datum.

Ort und Datum.

Der Ortsvorstand.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

(Unterschrift.)

Festgesetzt auf einen Abgang im Hauptbetrage von 61 Mark 67 Pf., buchstäblich *Ein und sechszig Mark 67 Pf. Einkommensteuer* und von 9 Mark — Pf., buchstäblich *Neun Mark — Pf. Ergänzungssteuer.*

Ort und Datum.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Eau- fende Nr.	Nr. der Steuer- rolle bzw. der Zugangs- liste.	Name und Vorname (Firma) der abgegangenen Personen.	Stand oder Gewerbe.	Strasse und Hausnummer.	Monat		Also am Diertel- jahre.
					von welchem ab	bis zu welchem	
					der Abgang berechnet wird.		
1.	1a.	2.	3.	4.	5.	6	7.
1.	310	Schmidt, Wilhelm.	Schmied.	Karlstrasse 67.	Juli	März	3
2.	146	Janke, Gustav.	Regierungssekretär.	Kreuzstrasse 88.	August	März	2 ² ;
3.	201	Marthe, Wilhelm.	Kaufmann.	Grossstrasse 66	April	März	4
						Summe	
Dierzu:							
Abgang an Zuschlägen von 25% (§. 30 Eink. Ges.)							
Abgang an Nachsteuer (§. 80 Eink. Ges., §. 46 Erg. Ges.)							
Gesamtsumme Abgangliste 1							

Bemerkung.

Vergl. die Bemerkung auf Muster XVII Seite 87.

Abgangsliste 2

der

Gemeinde *N.* im Kreise *O.*

für das I. Halbjahr 18 $\frac{95}{96}$.

Daß die Steuerfäße in Spalte 8 und 11 veranlagt und nicht anderweit ermäßigt, auch nicht bereits ganz oder zum Theil in Abgang gestellt oder in Ausfall gekommen sind und daß für das I. Halbjahr 18 $\frac{95}{96}$ weder mehr noch weniger als (Gesamtbetrag buchstäblich) an Einkommensteuerabgang und (Gesamtbetrag buchstäblich) an Ergänzungssteuerabgang durch die Abgangsliste nachzuweisen gewesen, wird hierdurch pflichtmäßig bescheinigt.

Ort und Datum.

Ort und Datum.

Der Ortsvorstand.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

(Unterschrift.)

Festgesetzt auf einen Abgang im Hauptbetrage von 261 Mark 67 Pf., buchstäblich *Zweihundert ein und sechzig Mark 67 Pf. Einkommensteuer* und von 64 Mark 16 Pf., buchstäblich *Vier und sechzig Mark 16 Pf. Ergänzungssteuer.*

Ort und Datum.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Zau- fende Nr.	Nr. der Steuer- rolle bzw. der Zugangs- liste.	Name und Vorname (Firma) der abgegangenen Personen.	Stand oder Gewerbe.	Straße und Hausnummer.	Monat		Also auf Viertel- jahre.
					von welchem ab	bis zu welchem	
					der Abgang berechnet wird.		
1.	1 a.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
1.	221	Wilke, Carl	Reitner	Hohestrasse 280	August	März	2 ³ , ₁
2.	135	Hintze, Friedrich	Tischler	Rosenstrasse 201	August	März	2 ³ , ₁
3.	75	Paetsch, Gustav	Kaufmann	.	September	März	2 ¹ , ₁
					Summe Abgangsliste 2 ..		
					Hiervu Summe Abgangsliste 1 ..		
					Zusammen Abgangsliste 1 u. 2 ..		
Hierzu:							
Abgang an Zuschlägen von 25 % (§. 30 Eink. Gef.)							
Abgang an Nachsteuer (§. 80 Eink. Gef., §. 46 Erg. Gef.)							
					Zusammen Hauptsumme Abgangsliste 1 u. 2 ...		

Muster XIX.

Artikel 80 Nr. 4 (Seite 15).

Regierungsbezirk

Steuerjahr 18⁹⁵/₉₆.

Kreis

N a c h w e i s u n g

von den Zu- und Abgängen an Einkommensteuer und Ergänzungssteuer
im Kreise

für das I. Halbjahr 18⁹⁵/₉₆.

Festgestellt auf ein berichtigtes Jahresoll im Gesamtbetrage von 8485 Mark — Pf. Einkommen-
steuer und 1614 Mark 43 Pf. Ergänzungssteuer.

Ort und Datum.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Einkommensteuer.																	
Auf- senbe- Nr	N a m e der Gemeinden (Gutsbezirke).	Viertel- jährlicher Steuer- betrag.		Jah- res- soll nach der Ber- anla- gung.	Summarischer				Pr- richtigtes Jahres- soll.	Vierteljähr- licher laufender				Mit Hinzur- rechnung der Spalte bleibt viertel- jährlicher Betrag.		In Spalte 6 sind enthalten:	
					Zu- gang		Ab- gang			Zu- gang		Ab- gang					
					bis zum Schlusse des Steuerjahres.					für das 2te Halbjahr.							
					M.		S.			M.		S.					
		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.				
	Neuendorf u. S. 10.	2 118	75	8 475	334	34	722	34	8 486	110	120	50	2 699	25	75	30	

Ergänzungssteuer.

Viertel- jährlicher Steuer- betrag.		Jahres- soll nach der Veran- lagung.	Summarischer				Be- richtigtes Jahres- soll.	Vierteljährlicher laufender				Neu- einzu- rechnung der 12. Spalte bleibt viertel- jährlicher S. 17a.	In Spalte 15 sind enthalten: Nachsteuern gemäß der §§. 44 und 46 des Ergänzungs- steuergesetzes.	Bemerkungen.	
			Zu- gang		Ab- gang			Zu- gang		Ab- gang					
			bis zum Schlusse des Steuerjahres.					für das 2te Halbjahr.							
K.	A.	K.	K.	A.	K.	A.	K.	A.	K.	A.	K.	A.	K.	A.	
13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.
405	25	1621	66	59	73	16	1614	47	26	75	29	403	.	.	.

Regierungsbezirk

Steuerjahr 18

Kreis

Nachweisung

von den Zu- und Abgängen an Einkommensteuer und Ergänzungssteuer
im Kreise

für das II. Halbjahr 18 $\frac{95}{96}$

Festgestellt auf ein definitives Jahresoll im Gesamtbetrage von 8421 Mark 58 Pf. Einkommensteuer und 1570 Mark 34 Pf. Ergänzungssteuer.

Ort und Datum.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Zu- funde Nr.	N a m e der G e m e i n d e n (Gutsbezirke).	E i n k o m m e n s t e u e r							
		Vierteljähr- licher Steuerbetrag.	Verichtigtes Jahressoll nach der Kreis- nachweisung für die erste Hälfte des Vierteljahres (Spalte 7).	Summarischer		Definitives Jahressoll.	In Spalte 8 sind enthalten		
				Zugang.	Abgang.		Zuschlags- steuern gemäß § 80 des Ein- kommen- steuer- gesetzes.	Nach- steuern gemäß der §§ 67 und 80 des Ein- kommen- steuer- gesetzes.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1.	Neuendorf u. s. w.	2 050 25	8 700	1 500 58	2 200	8 421 58	90	76	.

Ergänzungssteuer.													Bemerkungen.
Vierteljährlicher Steuerbetrag.		Berichtigtes Jahresfoll nach der Preisnachweisung für die erste Hälfte des Etatsjahres (Spalte 17).		Summarischer				Definitives Jahresfoll.		In Spalte 12 sind enthalten			
				Zugang.		Abgang.				Nachsteuern gemäß der §§. 44, 46 des Ergänzungssteuergesetzes.			
M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.		
10.		11.		12.		13.		14.		15.		16.	
403	.	1614	47	48	75	92	84	1570	34	.	.		

Regierungsbezirk

Kreis

Steuerjahr 18⁹⁵₉₆

L i s t e

derjenigen Steuerpflichtigen der Gemeinde im Kreise,
deren Steuerbeträge für das 1. Halbjahr 18⁹⁵₉₆ in Rückstand geblieben und als
unbeibringlich niederzuschlagen sind.

Festgestellt auf einen Ausfall im Hauptbetrage von 18 Mark — Pf., buchstäblich *Achtzehn*
Mark — Pf. Einkommensteuer und 1 Mark 50 Pf., buchstäblich *Eine Mark 50 Pf.* Ergänzungssteuer.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

Laufende Nr.	Nr. der Hebeliste bezw. des Kontobuchs.	Nr. der Steuerrolle bezw. Zugangsliste.	Namen (Firma), Stand oder Gewerbe der Restanten.	Zeitraum.	Einkommensteuer.		Ergänzungssteuer.		Bescheinigung des Vollziehungsbeamten, daß die Zwangsvollstreckung wirklich stattgefunden hat, oder Anzeige, ob und weshalb dieselbe unterblieben ist.
					Vierteiljahrlicher Steuerbetrag.	Betrag des Rückstandes.	Vierteiljahrlicher Steuerbetrag.	Betrag des Rückstandes.	
1.	2.	3.	4.	5.	M. S.	M. S.	M. S.	M. S.	10.
1.	106	35	Papenburg, Wilhelm, Kaufmann	April bis September	9	18	75	1 50	Dass bei der am 16. September in der Wohnung des Schuldners versuchten Pfändung pfändbare Gegenstände nicht vorgefunden sind und auch etwa Kapitalvermögen oder ausstehende Geldforderungen nicht zu beschlagnahmen waren, bescheinigt.
					Summe 18		1 50		Der Vollziehungsbeamte. N. N.

Es wird auf Dienstpflicht hiermit bescheinigt, daß die vorbemerkten Steuerbeträge von 18 Mark — Pf., geschrieben *Achtzehn* Mark — Pf. Einkommensteuer und von 1 Mark 50 Pf., geschrieben *Eins* Mark 50 Pf. Ergänzungssteuer wirklich in Rest verblieben, daß die zulässigen Zwangsmittel zur gehörigen Zeit und in gehöriger Art angewendet worden sind und die über die Ursachen dieser Reste sowie über das Unterbleiben der Zwangsvollstreckung angeführten Umstände sich so verhalten, wie angegeben ist.

Ort und Datum.

Der Gemeindevorstand.

(Unterschrift.)

Muster XXII.

Artikel 88 Nr. 3 (Seite 19).

Regierungsbezirk

Steuerjahr 18⁹⁵/₉₆.

Kreis

H a u p t n a c h w e i s u n g

von den Ausfällen an Einkommensteuer und Ergänzungssteuer
im Kreise

für das I. Halbjahr 18⁹⁵/₉₆.

Festgestellt auf einen Ausfall im Gesamtbetrage von 36 Mark 50 Pf. Einkommensteuer und
2 Mark 50 Pf. Ergänzungssteuer.

Ort und Datum.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

Laufende Nr.	Name der Gemeinden (Gutsbezirke).	Ausfall an Einkommensteuer.		Ausfall an Ergänzungssteuer.		Bemerkungen.
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
1.	2.	3.		4.		5.
1.	A.	18	.	1	50	
2.	B.	18	.	1	.	
3.	C.	.	50	.	.	
	Summe . . .	36	50	2	50	

Daß die vorbezeichneten rückständigen Steuerbeträge jederzeit in den Zahlungsterminen eingefordert und die zu Gebote stehenden Zwangsmittel gehörig angewendet worden sind, beziehungsweise die Abstinahme von diesen gerechtfertigt erscheint, bescheinigt

Ort und Datum.

Der Rentmeister.

(Unterschrift.)

Daß die in Ausfall liquidirten Beträge veranlagt und noch nicht anderweit in Abgang oder Ausfall gekommen sind, wird bescheinigt.

Ort und Datum.

Der Vorsikende der Veranlagungskommission.

(Unterschrift.)

Neuzeit

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 48.

Den 30. November

1894.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

22. Auf Grund der Betriebsordnung für die Haupt-eisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 ist mit Zustimmung des Reichs-Eisenbahn-Amtes die Anwendung der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands vom 5. Juli 1892 — veröffentlicht in der Nummer 36 des Reichsgesetzblattes vom 21. Juli 1892 — auf die Eisenbahn von Jüterbog nach Treuenbrietzen vom Tage der Eröffnung des Betriebes auf derselben ab von mir genehmigt worden. Die in Gemäßheit des § 43 dieser Bahnordnung behufs Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Bahngebietes und bei der Beförderung von Personen und Sachen in Ergänzung der Vorschriften des § 44 zu erlassenden Anordnungen der Bahnverwaltung werden durch Aushang in den Wartesälen nach Maßgabe des § 46 der Bahnordnung bekannt gemacht werden.

Berlin, den 19. November 1894.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten.

Verfügung.

betreffend die Verlängerung der Frist zur Einreichung der Rechnungen der katholischen Kirchen Privat-Patronats in der Provinz Brandenburg.

18. Auf Grund der §§ 42 und 44 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 verschiebe ich im Einvernehmen mit dem Herrn Kardinal-Kürstbischof von Breslau in Abänderung des Artikels 25 der Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen in der Provinz Brandenburg vom 10. Juni 1879 für die Kirchen mit Privat-Patronat den Schlusstermin zur Einreichung der kirchlichen Rechnungen an den Königl. Regierungs- bezw. Polizeipräsidenten (vergl. Art. 32 der Geschäftsanweisung) bis zum 15. Juli und bestimme, daß bis zu diesem Termine entweder die Rechnung eingereicht oder über die Gründe der Verzögerung berichtet sein muß.

Potsdam, den 15. November 1894.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister von Achenbach.

Greifung des Kommunallandtages der Rarmark.

19. Der nächste Kommunallandtag der Rarmark wird am 15. Januar 1895 in Berlin eröffnet werden.

Die verwaltenden Behörden der ständischen Institute, sowie der Kreise und Gemeinden haben die-

jenigen Gegenstände, welche sie auf diesem Landtage zur Sprache zu bringen beabsichtigen, bei dem Herrn Vorsitzenden, Königl. Landrath, Geheimen Regierungs-Rath von Winterfeldt auf Menkin bei Brüssow, Kreis Prenzlau, anzumelden, die Königl. Behörden aber sich wegen solcher Gegenstände an mich zu wenden.

Potsdam, den 24. November 1894.

Der Oberpräsident, Staatsminister von Achenbach.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

266. Zum Vorsitzenden der Prüfungskommission der Schmiede-Innung in Perleberg ist der Kreisbierarzt Müller an Stelle des verstorbenen kommissarischen Kreisbierarztes Schäfer ernannt worden.

Potsdam, den 19. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Neue Apotheke in Zehlendorf, Kreis Teltow.

267. Der Apotheker Dr. phil. Verthold hat die auf Grund einer Concession vom 12. Oktober 1893 in der Hauptstraße 2 zu Zehlendorf im Kreise Teltow neu angelegte Apotheke eröffnet.

Potsdam, den 16. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

268. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 5. d. Mts. zu genehmigen geruht, daß die im Kreise Oberbarnim belegene Landgemeinde Praedifow mit dem zu demselben Kreise gehörigen selbstständigen Gutsbezirke Praedifow, unter Aufrechterhaltung des letzteren als solchen, vereinigt werde.

Potsdam, den 23. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

269. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 5. d. Mts. zu genehmigen geruht, daß die Landgemeinde Proegel und der Gutsbezirk Biesow im Kreise Oberbarnim mit dem selbstständigen Gutsbezirke Proegel in demselben Kreise, unter Aufrechterhaltung des Gutsbezirks Proegel als solchen, vereinigt werden.

Potsdam, den 23. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

270. Die Sprechstunden der diesseitigen Gewerbeaufsichtsbeamten finden vom 1. Dezember d. J. ab bis auf Weiteres jeden Montag Abends von 7 bis 9 Uhr

und an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat Nachmittags von 12 bis 2 Uhr in den nachstehend genannten Diensträumen statt.

Für die Gewerbeinspektionen:

Potsdam, in Potsdam, Mauerstraße 12,
Berlin I. (Potsdam), in Berlin W., Neue Winterfeldstraße 1,

Berlin II. (Potsdam), in Berlin SW., Tempelhofer-Ufer 10,

Prigwall, in Prigwall, Hagenstraße 17.

Potsdam, den 26. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

271. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauen- seuche unter dem Rindvieh des Rieselgutes Malsow, des Rieselgutes Wartenberg, des Rittergutes Friedrichsfelde, des Adterbürgers Otto Hug zu Alt- landsberg (Kreis Niederbarnim) und des Gutes Jühnsdorf (Kreis Teltow.)

Festgestellt ist der Milzbrand bei einer Kuh des Weinbergbesizers Karl Siegel zu Brandenburg a. H. und bei einem Pferde des Kessäthen Hermann Nölke in Börnick (Kreis Osthavelland) sowie die Rospkrankheit bei einem Wallach des Fuhrmannes Pippke zu Schmargendorf (Kreis Teltow.)

Erloschen ist die Räude bei dem Pferde des Handelsmannes Gebhardt in Kremmen (Kreis Ost- havelland.)

Potsdam, den 27. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des

Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

76. Unter Bezugnahme auf die diesseitige Bekannt- machung vom 18. September 1874 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der bisher auf dem Dranienplage stattgehabte Getreide-, Heu- und Stroh- markt vom **1. Dezember d. J.** ab nach der Wienerstraße verlegt wird.

Die Aufstellung der Wagen erfolgt auf der unbe- bauten Nordseite der Wienerstraße und beginnt erst an derjenigen Stelle, welche dem Hause Nr. 35 gegenüber- liegt, wobei jedoch zu beachten ist, daß die Einfahrten zu den an der Nordseite der Wienerstraße belegenen Brennmaterialien-Lagerplätzen stets frei zu halten sind.

Berlin, den 22. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen

Ober-Postdirektion zu Potsdam.

73. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern nachbezeichnete Postsendungen und Gegenstände zc., welche den Absendern bezw. den Eigen- thümern nicht haben zurückgegeben werden können:

A. Postanweisungen:

- 1) **Nº 1** aus Wiesenburg (Mark) v. 13. August 1893 über 10 M. nach Weidenau (Oesterr.-Schlesien).
- 2) **Nº 14223** aus Spandau 1 v. 5. März 1894 nach Spwinemünde über 5 M.

3) **Nº 314** aus Griesack (Mark) v. 6. Juli 1894 an die Gerichtskasse in Potsdam über 70 Pf.

4) **Nº 4972** aus Brandenburg (Havel) vom 26sten April 1894 nach Genthin über 55 Pf.,

5) **Nº 5053** aus Prenzlau vom 26. April 1894 über 40 Pf. nach Berlin.

6) **Nº 4038** aus Spandau 1 v. 23. August 1894 über 4 M. an die Gerichtskasse in Kremmen.

7) **Nº 967** aus Erkner v. 17. August 1894 über 1 M. 50 Pf. an Sperber in Berlin.

B. Gewöhnliche Briefe mit Werthangabe:

1) aus Schenwerder (Mark) v. 13. August 1894 an Carl Laß in Stadenhagen mit 1 M. 40 Pf.

C. Einschreibbriefe:

1) **Nº 522** aus Dahme (Mark) v. 21. März 1894 an Julius Rose in Cassel.

2) **Nº 79** aus Spandau 1 v. 23. Juni 1894 an den Schlächtermeister Reed in Spandau.

3) **Nº 884** aus Straßburg (Uderrn.) v. 11. Juli 1894 an den Director Arsenal Royal in Besseli- buren.

4) **Nº 659** aus Cöpenick v. 20. August 1894 an Emma Kühl in Berlin, Veteranenstraße Nr. 10.

5) **Nº 545** aus Löwenberg (Mark) 2 (Drt) v. 29. März 1894 an Abraham Wypliarowski bei E. Lüdke, Gastwirth in Zehdenick.

D. Pakete:

1) **Nº 377** aus Karstädt v. 11. Juni 1894 an Hermann Bünsch in Berlin C. Hauptpostl.

2) **Nº 160** aus Prigwall v. 5. Juli 1894 an an Augustinus Steinbach in Fürstenberg (Medl.).

3) **Nº 408** aus Dranienburg v. 3. September 1894 an Willi Feltner, Hotel drei Kronen in Anger- münde.

E. Vose aufgefunden:

1) eine Scheere am 24. Juni 1894 früh im Perron- wagen des Postamts in Glöwen, in welchem die für die Schaffnerbahnpost des Zuges **Nº 142** Glöwen-Havelberg bestimmten Pakete an den Bahnpostwagen befördert worden sind.

Die unbekannten nicht ermittelten Absender oder Eigenthümer der vorstehend bezeichneten Postsen- dungen und Gegenstände zc. werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ihre Ansprüche hieselbst geltend zu machen, widri- gensfalls mit diesen Sendungen zc. nach Maßgabe der ge- setzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 17. November 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachung.

74. Vom 1. Dezember 1894 ab wird auf dem Bahnhofe in Jüterbog unter der Bezeichnung „Jüter- bog 2“ eine Postanstalt mit Telegraphenbetrieb als nicht selbstständige Zweigstelle des Postamts in Jüterbog Stadt, welches künftighin, außer dem Namen „Jüterbog“ als Zusatz die Zahl „1“ führen wird, im Wirkungskreis treten.

Die künftige Zweigstelle **Nº 2** hat sich mit dem Verfaufe von Werthezeichen, mit der Annahme, Ausgabe

und Bestellung von Postsendungen jeder Art, sowie von Telegrammen zu befragen und erhält die erforderlichen Postverbindungen mit dem Postamt in Jüterbog 1, sowie mit den Bahnposten der Berlin-Eisenacher bz. Berlin- (Möderau-) Dresdener Eisenbahn und der Nebenbahn Treuenbriezen-Jüterbog.

Als Bestellbezirk werden der neuen Zweig-Postanstalt außer den zur Bahnhofsanlage in Jüterbog gehörigen Gebäuden und den in der unmittelbaren Nähe des Bahnhofes belegenen Privathäusern der „Neue Schießplatz“, d. h. die gegenüber dem Bahnhofe erbauten Kasernements und sonstigen militärischen Dienstgebäude zugetheilt.

Posdam, den 23. November 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

39. Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Luisow, Diocese Verleberg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Rorth demnächst zur Erledigung. Ueber dieselbe ist bereits verfügt.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

21. Die nachstehende Verhandlung:

Geschehen

Berlin, den 17. November 1894.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 und des § 6 des Gesetzes vom 9. Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, wurden an ausgelassenen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben worden sind, und zwar:

154	Stück	Litr. A.	zu	3000	M.	462000	M.
50	"	"	B.	1500	"	75000	"
203	"	"	C.	300	"	60900	"
157	"	"	D.	75	"	11775	"
2	"	"	E.	30	"	60	"
1	"	"	F.	über	"	3000	"
2	"	"	H.	300	"	600	"
1	"	"	N.	über	"	300	"
3	"	"	O.	75	"	225	"
2	"	"	P.	30	"	60	"

575 Stück über 613920 M.

nebst den dazu gehörigen, im vorgedachten Verzeichnisse aufgeführten 4673 Coupons und 575 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

gez. Lazarus. Witte, König,
als Abgeordneter des Abgeordneter des Notar.
Provinzial-Landtages. Provinzial-Landtages.

a. u. s.

gez. Schreiber, Behrens,
Provinzial-Rentmeister. Rechnungsrath.
wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Königliche Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

In der Bekanntmachung vom 6. d. M., betreffend die dem Buchhalter Paul Jühre zu Berlin angeblich entwendeten Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe ist Zeile 6 gedruckt „Schuldverschreibung“, während es richtig heißen muß „Schuldverschreibungen.“

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eröffnung der Haltestelle Schwante für den Stückgut- und Vieh-Verkehr.

38. Am 1. Dezember 1894 wird die bereits seit dem 20. Dezember 1893 für den Personen-, Gepäck- und Wagenladungsverkehr eingerichtete, an der Bahnstrecke Schönholz-Kremmen, zwischen den Stationen Beptersang und Kremmen gelegene Haltestelle Schwante auch für den Stückgut- und Viehverkehr eröffnet. Von dem genannten Tage ab findet im Verkehr mit der Haltestelle Schwante

- a) von und nach sämmtlichen Preussischen Staatsbahnstationen, sowie den Stationen der Oldenburgischen Staatseisenbahnen direkte Abfertigung von Stückgütern;
- b) von und nach Stationen der Preussischen Staatsbahnen auch direkte Abfertigung von Vieh statt. Ueber die Höhe der zur Berechnung kommenden Frachten ertheilen die Güter- bezw. Gepäck-Abfertigungsstellen, sowie das Auskunftsbureau, Bahnhof Alexanderplatz hier, Auskunft.

Berlin, im November 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Namens der theilhaftigen Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreisausschüsse.

24. Auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 genehmigen wir nach Anhörung und mit Zustimmung der Theilhaftigen, daß die den Grundbesitzern Hermann Wismark und Ehefrau, Friedrich Schulz, Henriette Stieper, Karl Röwe, August Abrecht, Otto Alm, Christian Otto, Hermann Reuter, Friedrich Klahn und Karl Kurth zu Herzsprung gehörigen Grundstücke Blatt 1 Parzellen-Nr. 162, 163, 164, 165, 166, 168, 170, 171, 172 und Blatt 2 Parzellen-Nr. 60, 61, 62, 177, 178, 179, 180, 181, 183, 184, 186, 187, 420, 421, 422 der Gemarkungsfarte von zusammen 12,3720 ha Größe von dem Gutsbezirke Herzsprung abgetrennt und mit dem Gemeindebezirke Herzsprung vereinigt werden.

Kyritz, den 20. November 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Ost-Prignitz.

25. Auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 beschließt der Kreisausschuß des Kreises Ost-Prignitz nach Anhörung und mit Zustimmung der Theilhaftigen, 1) die der Schule, der Frau Mühlentbesitzer Scherz und dem Landwirth August Meyer zu Treptdorf gehörigen, in der Gemarkung Ernstenswille belegenen Grundstücke Kartenblatt 2 Parzellen Nr. 10, 11 und 12 von zusammen 7,0850 ha

Größe, 2) die dem Landwirth August Meyer, dem Tischlermeister Johann Scheel und der Schule zu Freydorf gehörigen, in der Gemarkung Freydorf belegenen Grundstücke Kartenblatt 3 Parzellen Nr. 18, 19 und 20 von zusammen 2,3870 ha Größe vom Gutsbezirke Freydorf abzurennen und mit dem Gemeindebezirke Freydorf zu vereinigen.

Kyritz, den 20. November 1894.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Ost-Prignitz.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

B e k a n n t m a c h u n g.

Diesjenigen in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam wohnhaften jungen Leute, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst nachsuchen wollen, haben sich in der Zeit vom zurückgelegten 17. Lebensjahre bis zum 1. Februar ihres ersten Militärpflichtjahres, das ist des Kalenderjahres, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, bei der unterzeichneten Kommission schriftlich zu melden.

Dieser Meldung sind beizufügen:

- a. ein Geburtszeugniß,
- b. eine Erklärung des Vaters oder Vormundes über die Bereitwilligkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen aktiven Dienstzeit zu kassieren, auszurüsten, sowie die Kosten für Wohnung und Unterhalt zu übernehmen.

Die Fähigkeit hierzu ist obrigkeitlich zu bescheinigen.

- c. ein Unterscholtenheits-Zeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Eber-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürger Schulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist,
- d. ein über die wissenschaftliche Befähigung ausgestelltes Schulzeugniß.

Die Einreichung des letztgenannten Zeugnisses darf bis zum 1. April des ersten Militärpflichtjahres ausgesetzt werden.

Für Diejenigen, welche den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung durch Ablegung einer Prüfung erbringen wollen, finden alljährlich zwei Prüfungen statt, die eine im Frühjahr, die andere im Herbst. Das Gesuch um Zulassung zu der nächstjährigen Frühjahrsprüfung muß unter Einreichung der bei a. bis c. erwähnten Schriftstücke, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und einer amtlich bescheinigten Photographie, sowie mit der Angabe, in welchen zwei fremden Sprachen der sich Meldende geprüft sein will, spätestens bis zum 1. Februar f. J. angetraht werden.

Die unterzeichnete Kommission fordert diejenigen jungen Leute, welche in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam im Jahre 1895 gesellungs-pflichtig werden und die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu erlangen beabsichtigen, hierdurch auf, die vorgeschriebenen Meldungen möglichst bald, spätestens

jedoch bis zum 1. Februar 1895 in ihrem Geschäftslokal — Mollsenmarkt 3 — anzubringen.

Berlin, den 19. November 1894.

Königliche Prüfungs-Kommission
für Einjährig-Freiwillige.

Personalchronik.

An Stelle des nach Etade versetzten Gewerbeinspektionsassistenten Hesse ist der Hütteningenieur Müller mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Assistenten bei der Königlichen Gewerbeinspektion Berlin II. (Potsdam) beauftragt worden.

Der bisherige Hülfsprediger Dr. phil. Martin Wilhelm Desar Vogan ist zum 2. Pfarrer der Pfarodie Steglitz, Diözese Cöln-Band I., bestellt worden.

Der bisherige Predigtamtskandidat Ernst Friedrich Wirtz ist zum 2. Prediger der Pfarodie Oranienburg, Diözese Pommern, bestellt worden.

Der bisherige wissenschaftliche Hülfslehrer Dr. Buhle ist zum Oberlehrer in Berlin ernannt und der 10. Realschule ebenda überwiesen worden.

**Personalveränderungen im Bezirke des
Kammergerichts im Monat Oktober 1894.**

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind zum Landgerichtsdirektor der Landgerichtsrath Retering bei dem Landgericht in Beuthen i. Oberschl., zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Georg Hoffmann bei dem Amtsgericht in Sorau und Reikel beim Amtsgericht in Birnbaum. Versetzt sind der Oberlandesgerichtsrath Warneke in Marienwerder als Kammergerichtsrath an das Kammergericht, der Amtsgerichtsrath Ziehm in Goepenick als Landgerichtsrath an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsgerichtsrath Wichmann in Hagen i. W. an das Amtsgericht I. in Berlin, die Amtsrichter Dr. Jüngel in Trebbin und Dr. Bornhak in Prenzlau an das Amtsgericht II. in Berlin. Pensionirt ist der Landgerichtsrath Bischoff bei dem Landgericht I. in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die Referendare Dr. Hirsch, Mohdewald, Felix Hirsch, Klose, Daesen, Schlingmann, Pauly, Dr. Hirte, Dr. Collin und Moser. Der Gerichtsassessor Esche ist infolge seiner Uebernahme in den Dienst des auswärtigen Amtes aus dem Justizdienste geschieden.

III. Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt Nipel vom Landgericht I. ist zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht Cottbus ernannt worden. Der Staatsanwalt Dr. Dammke bei dem Landgericht II. in Berlin ist infolge seiner Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath und Mitgliede des Patentamtes aus dem Justizdienst ausgeschieden. Der Beigeordnete Leidolt in Belgig ist zum Staatsanwalts-Stellvertreter daselbst ernannt worden.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte

der Rechtsanwalt Justizrath Ketch beim Landgericht Potsdam, die Rechtsanwältin Hermanowksi, Gundlach und Gustav Jacobsohn bei dem Landgericht I. in Berlin. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwältin die Gerichtsassessoren Dr. Arthur Meyer und Dr. Moritz Strang bei dem Kammergericht, der Rechtsanwalt Wiener aus Graudenz und die Gerichtsassessoren Max Voewenthal, Dr. Felix Kemp, Marggraff und Martin Seligsohn bei dem Landgericht I. in Berlin, Dr. Siegfried Voewenthal, Felix Hirsborn und die Rechtsanwältin Hermanowksi und Gundlach früher bei dem Landgericht I. in Berlin, bei dem Landgericht II. daselbst, die Gerichtsassessoren Paul Fischer bei dem Amtsgericht in Prignitz, Schorn bei dem Amtsgericht in Forst i. V. und der Rechtsanwalt Bogt aus Neustadt D.-Schl. bei dem Landgericht in Cottbus.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten von Hase, Bernhard Hoffmann, Weined, Winterfeld, Buttler, Deus und Edler von der Planitz. Uebernommen sind Dr. Freiherr von Münchhausen aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts Raumburg a. S., Dr. Miguel aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M., Menzel aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts Marienwerder und Freiherr Helmuth von Malgahn aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts Stettin. Entlassen sind Dr. Molenaar, Dr. Erich Freiherr von Münchhausen und Curt Kühnemann auf Antrag, Semper und Dr. Freiherr von der Goltz behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Höpfner behufs Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts Celle, Geymer behufs

Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau, Grunelius behufs Uebertritts in den Bezirk des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.

VI. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern die Gerichtsschreibergehilfen Bogner aus Zielentz bei dem Amtsgericht in Dobrilugk, Weinmann vom Landgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht I. daselbst, Assistent Kurpan von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I. in Berlin bei dem Amtsgericht in Werder a. H., Gerichtsschreibergehilfen Mudrak aus Finsterwalde bei dem Amtsgericht in Forst i. V. Zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft in Neu-Ruppin ist ernannt der Gerichtsschreibergehilfe Schaar vom Amtsgericht I. in Berlin. Zu Gerichtsschreibergehilfen sind ernannt die Militärantenwärter Brederlow bei dem Amtsgericht in Brandenburg a. H., Sittig und Schink bei dem Amtsgericht I. in Berlin, zu Gerichtsvollziehern die Militärantenwärter Meitrod und Knüppel in Charlottenburg, Seidler in Alt-Landenberg und Kallenbach in Straußberg. Der Kanzleidiatar Wandel in Frankfurt a. O. ist zum Kanzlisten bei der Staatsanwaltschaft in Prenzlau ernannt. Versetzt sind die Gerichtsschreiber Nahgel aus Poeskow an das Amtsgericht in Woldenberg und Klint aus Werder a. H. an das Amtsgericht in Poeskow, die Kanzlisten Witte bei dem Landgericht in Potsdam an das Landgericht I. in Berlin und Sopart bei der Staatsanwaltschaft in Prenzlau an das Landgericht Potsdam. Pensionirt sind die Gerichtsschreiber Kanzleirath Schulz bei dem Amtsgericht in Woldenberg, Vankow bei dem Amtsgericht in Forst i. V. und der Gerichtsvollzieher Lange vom Amtsgericht Charlottenburg. Gestorben ist der Gerichtsvollzieher Arnholdt vom Amtsgericht I. in Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Franz Beck, Arbeiter,	geboren am 17. Juni 1862 zu Vechma, Galizien,	schwerer Diebstahl (ein Königlich preussischer Haus laut Erkenntnis vom 8. Mai 1893),	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	22. Oktober 1894.
2	Johann Josef Wiennaur, Fuhrmann,	geboren am 26. November 1843 zu Assenois, Provinz Luxemburg, Belgien, belgischer Staatsangehöriger,	25 schwere Diebstähle (10 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 28. Oktober 1884),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	18. Oktober 1891.
3	Franz Will, Schneider,	geboren im Jahre 1868 zu Straßburg, Böhmen, österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger,	24 schwere Diebstähle (2 Jahre 8 Monate Zuchthaus laut Erkenntnis vom 13. Mai 1892),	Königlich bayerisches Bezirksamt Bamberg II.,	14. August 1894.

Auf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs- Beschlusse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Anton Achner, Färbereiarbeiter,	geboren am 9. Sep- tember 1862 zu Schlag- genwald, Bezirk Kals- senau, Böhmen, orts- angehörig daselbst,	Vetteltn,	Königlich Sächsische Kreisshauptmann- schaft Zwickau,	19. September 1894.
2	Johann Batowsky, Konditor,	geboren am 21. De- zember 1857 zu War- schau, Polen, russischer Staatsangehöriger,	Vetteltn, Gebrauch sat- scher Legitimationspa- piere,	Großherzoglich hes- sisches Kreisamt Gießen,	24. Oktober 1894.
3	Georg Bihner, Tagner,	geboren am 23. Januar 1837 zu Malmers- bach, Kreis Thann, Ober-Elß, durch Op- tion Franzose,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	16. Oktober 1894.
4	Robert Fischer, Mechaniker,	geboren am 31. Mai 1859 zu Graßlig, Kreis Eger, Böhmen, österreichischer Staats- angehöriger,	Vetteltn,	Stadtmagistrat Neu- Ulm, Bayern,	11. Oktober 1894.
5	Mathias Friedrich, Maurer,	geboren am 27. Oktober 1835 zu Irna, Bezirk Karolinenthal, Böh- men, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Erding,	2. Oktober 1894.
6	Ludwig Künfred, Tagner,	geboren am 10. Mai 1851 zu Bischweiler, Kreis Hagenau, Elß, durch Option Franzose,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	16. Oktober 1894.
7	Oskar Heinkel, Weber u. Handarbeiter,	geboren am 4. Dezember 1871 zu Johannes- berg, Bezirk Braunau, Böhmen, ortsangehö- rig ebendasselbst,	Vetteltn,	Königlich Sächsische Kreisshauptmann- schaft Leipzig,	26. September 1894.
8	Josef Herbig, Färber,	geboren am 24. Mai 1857 zu Schönbörn, Bezirk Reichenberg, Böhmen, österrei- chischer Staatsangehör.	Vetteltn und Verübung ruhstörenden Lärms,	Königlich Sächsische Kreisshauptmann- schaft Bangen,	17. August 1894.
9	Adolf Kreibich, Schuhmachergehülfe,	geboren am 26. August 1853 zu Danka, Böh- men,	Vetteltn,	Herzoglich sächsisches Ministerium zu Al- tenburg,	15. Oktober 1894.
10	Johann Nowak, Sattler,	geboren am 21. März 1872 zu Wien, öster- reichischer Staatsan- gehöriger,	Landstreichen u. Vetteltn,	Stadtmagistrat Neu- Ulm, Bayern,	11. Oktober 1894.

Hierzu Fünf Öffentliche Anzeiger.

(Die Inserationsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Abgedruckt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben am 4. Dezember 1894.

Baupolizeiordnung für die Städte des Regierungs- bezirks Potsdam mit Ausnahme der Städte Charlottenburg, Köpenick und Teltow.

E i n t h e i l u n g.

Titel I.

Polizeiliche Anforderungen und Beschränkungen bei Bauten in sachlicher Hinsicht.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Lage der Gebäude zur Straße und Zugänglichkeit. Einfriedigung der Grundstücke.

§ 2. Zulässige Bebauung der Grundstücke. Hofraum. Entfernung der Gebäude von einander und der Grenze.

§ 3. Höhe der Gebäude und Geschoszahl.

§ 4. Vortreten einzelner Bauteile über die Bauflucht.

2. Konstruktion und Material.

§ 5. Allgemeines.

§ 6. Massivbau.

§ 7. Holzsachwerkbau.

§ 8. Holzbau.

§ 9. Ersatz für Massivbau und massive Verblendung.

§ 10. Scheidewände.

§ 11. Decken.

§ 12. Dächer.

§ 13. Vortretende Bauteile.

§ 14. Schaufseiten der Baulichkeiten, Anstrich und dergl.

§ 15. Treppen.

§ 16. Feuerstätten.

§ 17. Rauchröhren.

§ 18. Schornsteine.

§ 19. Lichtschachte, Aufzüge und Lüftungsschote.

3. Besondere Vorschriften in Rücksicht auf die Zweckbestimmung der Gebäude, Gebäudetheile und baulichen Anlagen.

§ 20. Zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume.

§ 21. Gewerbliche Betriebsstätten, stark besuchte Gebäude, Lagerräume.

§ 22. Viehställe.

§ 23. Bedürfnisanstalten.

§ 24. Abwässerung. Sammelstätten für Abfälle.

§ 25. Wasserversorgung.

Titel II.

Polizeiliche Ueberwachung der Bauten.

§ 26. Baupolizeiliche Genehmigung.

§ 27. Bauborlagen.

§ 28. Bauscheine.

§ 29. Beginn der Bauarbeiten.

§ 30. Baugerüste und Bauzäune.

§ 31. Sicherungsmaßregeln bei der Bauausführung.

§ 32. Robbauabnahme.

§ 33. Putzarbeiten.

§ 34. Gebrauchsabnahme.

§ 35. Genehmigung zu geringfügigeren Anlagen.

§ 36. Abbruch von Gebäuden.

Titel III.

Zusatz, Uebergangs- und Strafbestimmungen.

§ 37. Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf schon vorhandene Gebäude.

§ 38. Grenzveränderungen.

§ 39. Besondere polizeiliche Anforderungen.

§ 40. Anwendung der Baupolizeiordnung in Festungsbezirk.

§ 41. Anwendung der für das platte Land geltenden baupolizeilichen Vorschriften innerhalb des städtischen Gebietes.

§ 42. Ausnahmen.

§ 43. Uebergangsbestimmungen.

§ 44. Ortspolizeiverordnungen.

§ 45. Strafen.

* * *

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) wird hiermit unter Zustimmung des Bezirksausschusses für die Städte des Regierungsbezirks Potsdam mit Ausnahme von Charlottenburg, Köpenick und Teltow nachstehende Polizeiverordnung erlassen.

Titel I.

Polizeiliche Anforderungen und Beschränkungen bei Bauten in sachlicher Hinsicht.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Lage der Gebäude zur Straße und Zugänglichkeit. Einfriedigung der Grundstücke.

- 1) Der Regel nach sollen nur Grundstücke bebaut werden, welche an eine öffentliche Straße grenzen.
- 2) Die Straßenfronten der Gebäude müssen in der Regel in der Baufluchtlinie oder parallel mit ihr errichtet werden.
- 3) Jedes bebaute Grundstück muß wenigstens einen selbstständigen Zugang von der Straße aus haben.
- 4) Soll die Bebauung in einer Tiefe von mehr als 30 m von der Straßenfront der Gebäude ab geschehen, so kann die Polizeibehörde besondere Anforderungen hinsichtlich der Zufahrt und Zugänglichkeit stellen.
- 5) In bebauten Straßen müssen alle Grundstücke, soweit sie nicht an der Straßengrenze mit Gebäuden belegt sind, an der Straße durch Mauern, Gitter oder Zäune, welche die Straße nicht verunstalten dürfen, eingefriedigt werden.
- 6) Fällt die Straßenfluchtlinie mit der Baufluchtlinie nicht zusammen, so sind Vorgärten anzulegen, durch Gitter oder durchbrochene Zäune einzufriedigen und zu unterhalten.

§ 2. Zulässige Bebauung der Grundstücke. Hofraum. Entfernung der Gebäude von einander und der Grenze.

- 1) Jedes zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Gebäude muß so angelegt werden, daß eine hinreichende Zuführung von Licht und Luft auch zu den nicht an der Straße belegenen Räumen des Gebäudes gewährleistet wird.
- 2) Es dürfen nur $\frac{1}{4}$ — bei Eckgrundstücken, falls sie keine größere Fläche als 500 qm einnehmen, $\frac{1}{3}$ — der Gesamtfläche des Grundstückes, einschließlich der Vorgärten, bebaut werden.
- 3) Die Bebauung muß durch Höfe von mindestens 50 qm — auf den vorbezeichneten Eckgrundstücken von mindestens 40 qm — Grundfläche, deren geringste Abmessung 5 m beträgt, derartig unterbrochen werden, daß die Gebäudetheile in der Regel eine Tiefe von 18 m nicht überschreiten.
- 4) Für Grundstücke, welche bei Veröffentlichung dieser Baupolizeiordnung bereits bebaut sind und deren Fläche zu diesem Zeitpunkt weniger als 200 qm beträgt, kann die Polizeibehörde unbeschadet der Bestimmungen unter Ziffer 2 dieses Paragraphen die Anlage von Höfen von weniger als 50 bzw. 40 qm Grundfläche zulassen, sofern die Höhe der auf dem Grundstück zu errichtenden Gebäude 10 m nicht übersteigt. Auch in diesem Falle muß die geringste Abmessung des Hofes 5 m betragen. Vorhandene Höfe, welche den in Ziffer 3 gegebenen Maßbestimmungen entsprechen, dürfen niemals über diese Maße hinaus verringert werden.

- 5) Bei Berechnung der Fläche, welche hiernach bebaut werden darf, werden die in Aussicht genommenen Baulichkeiten jeder Art, einschließlicly aller Vorbauten in Ansatz gebracht. Nicht mit berechnet werden: ~~Wände~~ und ~~Wandbehälter~~, Treppen, die eine Grundfläche von 3 qm und eine Höhe von 1 m nicht überschreiten, massive Grenzmauern, deren Höhe das Maß von 1,80 m nicht übersteigt und deren Stärke sich innerhalb der durch die Zweckbestimmung gegebenen Grenze hält, Grenz-~~zäune~~ aus Holz oder Eisen, Mistbeete und Treibkassen, die nicht höher als 1 m sind.
 - 6) Zwischen allen nicht unmittelbar zusammen gebauten Gebäuden auf demselben Grundstück muß durchweg ein freier Raum von 5 m innegehalten werden. Das Gleiche gilt für vorspringende Theile desselben Gebäudes, wenn die einander zugekehrten Wände Oeffnungen erhalten sollen. Werden nur in einer Wand Oeffnungen oder überhaupt keine Oeffnungen angelegt, so genügt ein Abstand von 2,50 m.
 - 7) Die Gebäude sind unmittelbar an der Grenze zu errichten oder müssen in allen ihren Theilen, wenn sie Oeffnungen nach der Nachbargrenze zu erhalten sollen, von ihr mindestens 5 m, andernfalls mindestens 2,50 m entfernt bleiben.
 - 8) Wo vorstehend von Abständen zwischen Gebäuden und Gebäudetheilen unter sich oder von Grenzen die Rede ist, ist das Maß senkrecht zu den Umfassungswänden zu nehmen. Gesimsvorsprünge bis 0,30 m Ausladung bleiben außer Betracht.
- § 3. Höhe der Gebäude und Geschoszahl.
- 1) An Straßen, welche weniger als 10 m breit sind, dürfen Gebäude bis auf 10 m Höhe aufgeführt werden. An Straßen von größerer Breite darf die Höhe der an ihnen zu errichtenden Gebäude nicht die zwischen den Straßenfluchtlinien gemessene Straßenbreite, keinesfalls aber 18 m überschreiten. Hintere Gebäude, wie Seitenflügel, Mittelflügel, Quergebäude u. s. w. dürfen in der Höhe die Ausdehnung des vor ihnen belegenen Hofraumes, senkrecht zur Front gemessen, um nicht mehr als 5 m überschreiten, niemals aber höher als 18 m aufgeführt werden. Ist die Straßenbreite ungleich oder ist der Hofraum unregelmäßig gestaltet, oder liegt ein Gebäude an mehreren Straßen, so findet Durchschnittsberechnung statt. Das zulässige Höhenmaß eines Hintergebäudes, welches an mehreren Höfen liegt, richtet sich nach den Abmessungen des kleinsten dieser Höfe. Diesenigen Theile der Seitenflügel, welche zu dem im Vorderhause belegenen Durchgangszimmer, der sog. Berliner Stube, gehören, dürfen nebst dem sich an letztere anschließenden Treppenhause für eine Hintertreppe die gleiche Höhe erhalten, wie das Vordergebäude selbst.
 - 2) Unter Höhe der Gebäude wird für das Vordergebäude das Maß von der Oberfläche des

Bürgersteiges und für hintere Gebäude das Maß von der Oberfläche des Hofraumes bis zur Oberkante des Hauptgesimses und, wo die Anlage eines Gesimmsaufbaues (Attika) beabsichtigt wird, bis zu deren Oberkante verstanden. Bei geneigter Oberfläche des Bürgersteiges oder Hofraumes in der Längsrichtung der Frontwand ist das mittlere Höhenmaß in Rechnung zu stellen.

- 3) Oberhalb der zulässigen Fronthöhe dürfen Dächer über eine in einem Winkel von 45° zu der Front gedachte Lufteinlinie nicht hinausgehen. Wird der Aufbau von Thürmen, Giebeln, Dachlukern und dergl. beabsichtigt, so findet Durchschnittsberechnung für die Fronthöhe statt. Die höheren Aufbauten dürfen die zulässige Durchschnittshöhe nicht um mehr als ein Fünftel überschreiten und nicht mehr als ein Viertel der Gebäudfrontlänge einnehmen.
- 4) Es dürfen nicht mehr als vier zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Geschosse übereinander angelegt werden. Keller und Dachraum rechnen als Geschosse, sobald in ihnen Räume zu Zwecken des dauernden Aufenthalts von Menschen eingerichtet werden.

§ 4. Vortreten einzelner Bauteile über die Bauflucht.

a. an Bürgersteigen.

- 1) Das Vortreten einzelner Bauteile über die Bauflucht in die Bürgersteige und bis 3 m in den Raum darüber ist unstatthaft, soweit nicht überall ein mindestens 3 m breiter Raum des Bürgersteiges für den Verkehr frei bleibt. Jedoch kann ein Vortreten der Gebäudeplintzen bis 0,13 m einschließlich der Gesimse auch an Bürgersteigen nachgelassen werden, welche die Breite von 3 m nicht erreichen.
- 2) Bei einer Bürgersteigbreite von mehr als 3 m dürfen Treppentufen bis 0,20 m vorspringen; bei einer Bürgersteigbreite von mehr als 2 m kann die Polizeibehörde die Anlage derartiger Treppentufen zulassen.
- 3) Türen, Fenster oder Fensterläden dürfen in den Bürgersteig und bis 3 m in den Raum darüber nicht aufschlagen.
- 4) Balkone und Erker dürfen nur in Straßen von mindestens 15 m Breite über die Bauflucht vortreten, bis zu ihrer Unterkante von der Oberfläche des Bürgersteiges ab muß jedoch eine lichte Höhe von wenigstens 3 m verbleiben.
- 5) Soweit ein Vortreten von Bauteilen hiernach nicht überhaupt ausgeschlossen ist, dürfen Balkone und Erker bis höchstens 1,25 m, Kellerräume und andere Bauteile bis höchstens 0,50 m über die Bauflucht hinaus vortreten.
- 6) Lichtschächte für Kellerräume dürfen nur an Bürgersteigen von mindestens 2 m Breite angelegt werden und höchstens 0,30 m vorspringen.
- 7) Kellertreppen dürfen in Bürgersteige nicht einschneiden.

b. in Vorgärten.

In Vorgärten ist ein über die Bestimmungen in § 4a. hinausgehendes Vortreten von Bauteilen bis zu 2,50 m gestattet; jedoch mit der Maßgabe, daß ein freier Vorgartenraum von mindestens 2,50 m, bei der Anlage von Freitreppen von mindestens 1,50 m Breite verbleibt.

c. Allgemeines.

- 1) Erker und andere geschlossene Vorbauten dürfen über die Bauflucht hinaus höchstens den dritten Theil, in Vorgärten höchstens die Hälfte der Frontlänge eines Gebäudes einnehmen.
- 2) Alle Vorbauten, welche mehr als 0,30 m über die Bauflucht vortreten, müssen von Nachbargrenzen um das anderthalbfache ihrer größten Ausladung, mindestens aber 1 m entfernt bleiben.
- 3) Lichtöffnungen für Kellerräume an Bürgersteigen, Höfen und Gärten müssen an der Oberfläche mit Eisengittern in Abständen von höchstens 0,03 m im Richten überdeckt oder umgittert werden. An Bürgersteigen muß diese Umgitterung mindestens 1 m hoch und aus glattem Metall hergestellt werden.
- 4) An Gebäudfronten, vor welchen weder ein Bürgersteig noch ein Vorgarten liegt, darf die Fluchlinie nur durch Plintzen und Gesimse um höchstens 0,13 m überschritten werden.

2. Konstruktion und Material.

§ 5. Allgemeines.

- 1) Gebäude sind in allen Theilen nach den Regeln der Technik aus gutem zweckentsprechenden Materiale herzustellen.
- 2) Für die Beanspruchung des Materials und des Baugrundes gelten die Vorschriften der Anlage A.

§ 6. Massivbau.

- 1) Die Umfassungswände, die balkentragenden Wände der Gebäude und alle Vorbauten sind, soweit in den §§ 7, 8 und 9 nicht andere Bestimmungen getroffen sind, massiv herzustellen.
- 2) Die Räume, in welchen notwendige Treppen (§ 15) liegen, müssen abgesehen von den im § 7 Ziffer 4 zugelassenen Ausnahmen mit massiven, nur durch die erforderlichen Verbindungs- und Lichtöffnungen unterbrochenen Wänden umschlossen sein. Nebeneinander belegene Treppenräume dürfen in der Regel nicht durch Oeffnungen mit einander oder mit einem gemeinsamen Lichtschachte in Verbindung stehen.
- 3) Jede Bauflucht, welche unmittelbar an der Nachbargrenze errichtet wird, muß mit einer selbstständigen Brandmauer abgeschlossen werden, welche in allen ihren Theilen mindestens 0,25 m stark ist. Von Holztheilen dürfen nur Balkenköpfe in die Brandmauer eingelegt werden; jedoch müssen diese mindestens 0,12 m stark massiv verblendet sein. Für Gebäude auf bereits bebaut gewesenen Grundstücken kann, falls eine mit dem Nachbargebäude gemeinsame Brandmauer vorhanden ist, von der Forderung der Errichtung einer selbst-

ständigen Brandmauer ausnahmsweise Abstand genommen werden; es muß also dann jedoch ein holzfreier massiver Kern der gemeinsamen Brandmauer von mindestens 0,25 m Stärke verbleiben.

- 4) Im Innern der Gebäude muß mindestens auf je 40 m Entfernung eine massive Mauer von der unter Ziffer 3 angegebenen Art hergestellt werden. Verbindungsöffnungen in dieser Mauer sind zulässig; müssen aber in den Dachräumen mit feuer- und rauchsicheren, selbstthätig zusallenden, nicht fest verschließbaren Thüren versehen werden.

§ 7. Holzsachwerkbau.

- 1) Gebäude, welche eine Grundfläche von 100 qm und eine Fronthöhe von 6 m nicht überschreiten, können an Stelle massiver Wände (§ 6 Ziffer 1) solche von ausgemauertem Holzsachwerk erhalten.
- 2) Die Umfassungswände solcher Gebäude sind, soweit sie von Straßen, Nachbargrenzen oder Gebäuden auf demselben Grundstücke nicht mindestens 5 m entfernt bleiben, außen nicht unter 0,12 m stark massiv zu verblenden.
- 3) In ausgemauertem Holzsachwerke dürfen ferner — abgesehen vom Keller- und Erdgeschoße — solche Gebäude hergestellt werden, welche nicht mehr als drei zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Geschosse aufweisen, nicht höher als 12 m sind, höchstens 400 qm Grundfläche einnehmen, von allen Nachbargrenzen und anderen Gebäuden mindestens 5 m entfernt sind und in Straßen und Straßentheilen liegen, für welche eine von der Straßenschutlinie verschiedene Baufluchtlinie festgesetzt ist oder, wo Fluchtlinien nicht bestehen, von der Straße oder dem Wege, an dem sie errichtet werden sollen, einen Abstand von mindestens 3 m inne halten.
- 4) Bei Gebäuden, welche — gleichviel ob massiv oder in Holzsachwerk errichtet — den Voraussetzungen in Ziffer 3 entsprechen, dürfen die inneren Scheidewände, mit Ausnahme der im Keller belegenen, auch wenn sie Balkenlagen tragen, aus ausgemauertem Holzsachwerk hergestellt werden, müssen aber, wenn sie Treppenträume umschließen, an den Treppenseiten mindestens 0,12 m stark massiv verblendet werden.
- 5) Ueber die vorsehenden Vorschriften hinaus können Baulichkeiten aus Holzsachwerk nur ausnahmsweise und vorübergehend für bestimmte Nutzungszwecke zugelassen werden. Für solche Baulichkeiten kann an Stelle der Aufführung einer Brandmauer eine 0,12 m starke massive Verblendung gestattet werden.

§ 8. Holzbau.

- 1) Mit hölzernen Umfassungswänden dürfen nur Schuppen, Buden, Gartenhallen, Lauben und ähnliche kleine Anlagen hergestellt werden.
- 2) In der Regel sollen diese Anlagen eine Grundfläche von 25 qm sowie eine Fronthöhe von 4 m nicht überschreiten und von Nachbargrenzen, anderen

Holzbauten und Straßen mindestens 5 m entfernt gehalten werden. Bei größerer Nähe sind die der Nachbargrenze u. s. w. zugewandten Wände 0,12 m stark massiv zu verblenden.

- 3) Bei Gebäuden, welche den in § 7 Ziffer 3 aufgeführten Voraussetzungen entsprechen — gleichviel, ob sie massiv oder in Holzsachwerk errichtet sind — dürfen Vorbauten, wie Unterfahrten, Balkone, Erker, Galerien, Veranden und dergl. aus Holz hergestellt werden. Ob und inwiefern diese Vorbauten den für die Gebäude vorgeschriebenen Abstand von Nachbargrenzen und anderen Gebäuden einhalten müssen, unterliegt dem Ermessen der Polizeibehörde.
- 4) Ueber die Bestimmungen unter Ziffer 1 und 2 hinaus werden Holzbaulichkeiten nur ausnahmsweise und vorübergehend für bestimmte Nutzungszwecke gestattet. Es bleibt dann vorbehalten, weitere Bedingungen zu stellen, namentlich die feuersichere Bekleidung von Außenwänden vorzuschreiben.
- 5) In überwiegend offen bebauten Gegenden kann jedoch die Errichtung von Holzbauten abweichend von den Bestimmungen in Ziffer 1 und 2 auch zu dauernden Zwecken gestattet werden, sofern sie nicht mehr als zwei Geschosse erhalten sollen, von den Nachbargrenzen und anderen Gebäuden einen Abstand von wenigstens 10 m einhalten und sonst in Rücksicht auf die Feuersicherheit zu keinen Bedenken Anlaß geben.

§ 9. Ersatz für Massivbau und massive Verblendung.

An Stelle der in § 6 Ziffer 1 und 2 geforderten massiven Wände und der in § 7 Ziffer 2 und 4 und § 8 Ziffer 2 geforderten massiven Verblendung kann die Ausführung in Eisensachwerk, Eisenwellblech, Drahtputz, Gipsdielen und dergleichen zugelassen werden, wenn die örtlichen Verhältnisse und die Benutzungsart der Gebäude dies unbedenklich erscheinen lassen.

§ 10. Scheidewände.

- 1) Holzgerne und Nachwerkscheidewände im Innern der Baulichkeiten müssen mit Mörtel verputzt oder in sonstiger gleich wirksamer Weise gegen die Uebertragung von Feuer gesichert werden. Die Verwendung von Lehm Mörtel ist hierbei ausgeschlossen.
- 2) Hohlräume in hölzernen Scheidewänden sind mit unverbrennlichem Materiale auszufüllen.
- 3) Scheidewände zur Abgrenzung wirtschaftlicher Nebenräume dürfen überall aus unverputztem Holzsachwerk hergestellt werden.

§ 11. Decken.

- 1) In Räumen, welche mit Feuerungsanlagen versehen oder zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, sind Holzbalkendecken auszustafen, mit unverbrennlichem, für die Gesundheit unschädlichem Materiale zu füllen und unterhalb feuersicher zu putzen oder zu verkleiden.
- 2) Sonstige Deckenkonstruktionen in derartigen Räumen

müssen ebenso zuverlässig den Anforderungen der Feuericherheit und Gesundheitspflege entsprechen, wie die in Ziffer 1 genannten Holzbalkendecken.

- 3) Die Bekleidung vorchriftsmäßig ausgeführter Decken mit Holztafelung ist erlaubt.

§ 12. Dächer.

- 1) Dächer dürfen niemals nach einer Brandmauer hin den Abfall erhalten oder mit ihren Holztheilen durch eine Brandmauer gelegt werden.
- 2) Die Dächer aller Baulichkeiten müssen mit einem gegen die Uebertragung von Feuer hinreichend Schutz bietenden Materiale (Stein, Ziegel, Schiefer, Metall, Theerpappe, Holzcement, Glas und dergl.) gedeckt werden.
- 3) Je nach der Beschaffenheit und Lage der Dächer können Schutzvorrichtungen gegen das Hinabfallen von Schnee und Eis angeordnet werden.
- 4) An den Straßen sind alle Gebäude mit Dachrinnen und Abfallrohren nach den Anforderungen der Polizeibehörde zu versehen.
- 5) Auch für die Hofseiten der Gebäude können Einrichtungen der in Ziffer 4 gedachten Art gefordert werden.

§ 13. Vortretende Bauteile.

- 1) Bauteile, welche über die Umfassungswände und Dächer vortreten, unterliegen hinsichtlich des Materials den gleichen Vorschriften, wie die Umfassungswände und Dächer selbst. Die Stirnseiten von Mansardfenstern, Dachlukern und ähnlichen Anlagen können jedoch aus Holz hergestellt werden.
- 2) Gesimse können aus Holz hergestellt werden, sie müssen jedoch bis auf mindestens 1 m von der Nachbargrenze feuericher verkleidet werden.
- 3) Zierteile aus Stuck, Steinpappe, Cementguss und dergl. dürfen an den Außenfronten nicht auf Holz befestigt, sondern müssen in einer vollständig und dauernd sicheren Weise mit dem Mauerwerke verbunden werden.

§ 14. Schaufseiten der Baulichkeiten, Anstrich und dergl.

- 1) Die von der Straße aus sichtbaren Flächen der Baulichkeiten dürfen die Straßen durch Form und Ausstattung nicht verunstalten und sind in dauernd gutem Zustande zu erhalten. Sie sind bei Neubauten spätestens drei Jahre nach Fertigstellung entweder auszufugen oder zu verputzen.
- 2) Zum Anstriche der Baulichkeiten dürfen der Gesundheit, insbesondere den Augen schädliche Farben nicht verwendet werden.

§ 15. Treppen.

- 1) Jedes nicht zu ebener Erde belegene Geschoss der Gebäude muß mindestens durch eine Treppe zugänglich sein. Für Keller können in besonderen Fällen Ausnahmen zugelassen werden. Der Weg, der von irgend einem Raume innerhalb der oberen Geschosse bis zur Treppe zurückzulegen ist, darf höchstens 25 m betragen.
- 2) Gebäude, in deren oberstem Geschosse der Fußboden

höher als 6 m über dem Erdboden liegt, müssen mindestens zwei in gesonderten Räumen befindliche Treppen oder eine feuerichere Treppe erhalten. Doch soll, wenn der oberste Fußboden über 10 m hoch gelegen ist, eine Treppe, selbst wenn sie feuericher ist, nur in Ausnahmefällen als genügend erachtet werden.

- 3) Bei Gebäuden, welche den in § 7 Ziffer 3 aufgeführten Voraussetzungen entsprechen — gleichviel ob sie massiv oder in Holzfachwerk errichtet sind — genügt die Herstellung nur einer Treppe, auch wenn dieselbe nicht feuericher ist.
- 4) Jede nach den Vorschriften dieser Baupolizeiordnung notwendige Treppe muß von den Räumlichkeiten, für welche sie bestimmt ist, stets sicher erreichbar sein, in einem vom Tageslichte unmittelbar erhellen Raume liegen und in einer freien Breite von mindestens 1 m sicher gangbar durch alle Geschosse führen.
- 5) Die Treppenhäuser und Treppenabläufe (Podeste) sind, wenn sie zwischen Wänden liegen, mindestens an einer Seite mit Handgriffen, sonst mit schützenden Geländern zu versehen.
- 6) Alle hölzernen Treppen sind unterhalb zu rohren und zu putzen. Als feuericher gilt eine Treppe, deren tragende Theile, Tritts- und Füllerlufen massiv oder aus Eisen hergestellt sind.
- 7) Die Stufen dürfen, wenn sie massiv oder in unburchbrochener Eisenkonstruktion ausgeführt sind, mit Holz belegt werden.
- 8) Die Treppenhäuser müssen mit massiv gewölbten oder mindestens mit gerohrten und geputzten Decken versehen sein.
- 9) Bei Wirtschaftsgebäuden auf Grundstücken, welche landwirtschaftlichem oder gärtnerischem Betriebe dienen, kann von der Herstellung von Treppen abgesehen werden.

§ 16. Feuerstätten.

- 1) Feuerstätten in Gebäuden müssen in allen Theilen aus unverbrennlichem Materiale hergestellt werden.
- 2) Feuerstätten (Oefen und Herde) sind von dem Fußboden durch eine mindestens 0,05 m starke Massivschicht und darüber durch einen 0,05 m hohen, den Durchzug der Luft gestaltenden Hohlraum mit mindestens zwei Luftöffnungen zu trennen.
- 3) Vor den Heizöffnungen sämtlicher Feuerstätten ist der Fußboden in einem Vorsprunge von 0,50 m und in einer über die Öffnungen nach beiden Seiten hin vortretenden Breite von 0,20 m feuericher zu bekleiden.
- 4) Vor Stutenfeuerungen gewöhnlichen Umfanges sind anstatt der feuericheren Fußbodenbekleidung metallene Vorseile zulässig.
- 5) Eisernen Feuerstätten sind von verputztem oder verblendetem Holzwerke mindestens 0,50 m, von freiem Holzwerke mindestens 1 m entfernt zu halten.
- 6) Herde dürfen nur an solche Wände gesetzt werden, welche wenigstens 0,30 m über die Ausdehnung

des Herdes nach jeder Seite hinaus und bis zur Decke massiv sind.

- 7) Für Feuerstätten von erheblichem Umfange oder für solche, deren Betrieb dauernd große Hitze erfordert, wie große Kochherde, Waschküchenherde, Plättöfen und dergl. können weitergehende Forderungen in Bezug auf Feuersicherheit der umgebenden Wände und Decken gestellt werden.
- 8) Räucherammern müssen in allen Theilen unverbrennlich entweder mit eisernen oder mit Eisenblech bekleideten Thüren hergestellt und entweder massiv unterwölbt oder auf einer vollkommen dichten eisernen Unterlage errichtet werden.

§ 17. Rauchröhren.

- 1) Der Rauch ist von Feuerstätten durch dichte feuersichere Röhren innerhalb des Geschosses seitlich in Schornsteine zu leiten.
- 2) Als Stütze der Röhren darf nur unverbrennliches Material verwendet werden.
- 3) Die Rauchröhren sind von gepugtem oder verblendetem Holzwerke mindestens 0,50 m, von freiem Holzwerke mindestens 1 m entfernt zu halten.
- 4) Sind die Rauchröhren ummantelt oder sind sonst gleich wirksame Schutzvorrichtungen getroffen, so ist eine Verminderung der unter Ziffer 3 vorgeschriebenen Entfernungen zulässig.
- 5) Alle Rauchröhren müssen mit Einrichtungen zum Reinigen versehen werden.
- 6) Bei Heizöfen in Räumen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, dürfen in den zur Ableitung der Feuer gas dienenden Röhren oder Kanälen keine Verschlussvorrichtungen angebracht werden. Bei offenen Kaminfeuerungen ist jedoch die Anbringung solcher Verschlussvorrichtungen gestattet.

§ 18. Schornsteine.

- 1) Schornsteine sind durchweg dicht, massiv oder sonst feuersicher herzustellen und von Grund auf zu fundamentieren oder feuersicher zu unterstützen.
- 2) Jeder Schornstein ist mit einem überall gleichen, rechtwinkligen oder freisrunden Querschnitt von mindestens 250 qcm im Lichten bis mindestens 0,30 m über die Dachfläche zu führen. Bei rechtwinkligem Querschnitt muß die geringste Abmessung im Lichten 0,14 m betragen.
- 3) Besteigbare Schornsteine müssen einen rechteckigen Querschnitt von mindestens 0,47 zu 0,51 m Breite erhalten. Bei größeren Abmessungen sind Stiegeisen anzubringen.
- 4) Eine andere als senkrechte Richtung darf den Schornsteinen nur gegeben werden, wenn sie ringsum zwischen massiven Wänden liegen oder durch gemauerte Bögen oder eiserne Träger unterstützt werden.
- 5) Gemauerte Schornsteine müssen eine Wangenstärke von mindestens 0,12 m, an Nachbargrenzen eine solche von mindestens 0,25 m erhalten.
- 6) Für Schornsteine von Centralheizungen oder anderen

großen Feuerungsanlagen können stärkere Wangen vorgeschrieben werden.

- 7) Für unmittelbar aneinander stoßende Schornsteine genügt eine gemeinsame Scheidemauer der vorgeschriebenen Stärke.
- 8) Gemauerte Schornsteine sind auf den Außenseiten unterhalb der Dachflächen in ganzer Ausdehnung, besonders auch innerhalb der Balkenlagen zu rußen und müssen auf den Innenseiten glatt ausgestrichen werden.
- 9) Von Balkenlagen und sonstigem Holzwerke müssen die Außenseiten der Schornsteine, falls die Wangenstärke weniger als 0,25 m beträgt, überall mindestens 0,08 m entfernt gehalten und durch doppelte, in Verband gelegte Dachsteinschichten oder ähnliches unverbrennliches Material getrennt werden.
- 10) Nicht gemauerte Schornsteine sind entweder mit Mauerwerk zu umgeben, für dessen Stärke und Entfernungen von Holzwerk dann die gleichen Bestimmungen wie für gemauerte Schornsteine gelten, oder unter Freihaltung eines Luftraumes von überall mindestens 0,10 m feuersicher zu ummanteln.
- 11) Freistehende Schornsteine außerhalb der Gebäude, sowie Aufzugsröhren zur Erhöhung von Schornsteinen bedürfen einer Ummauerung oder Ummantelung nicht. Auch kann von einer solchen bei Schornsteinen in nicht feuergefährlichen gewerblichen Betriebsstätten, deren Decke gleichzeitig das Dach des Gebäudes bildet, unter der Bedingung einer feuersicheren Isolierung des Schornsteines von allem Holzwerke der Decke ausnahmsweise abgesehen werden.
- 12) Alle Schornsteine sind so einzurichten, daß sie in allen Theilen ordnungsmäßig gereinigt oder in ganzer Ausdehnung besiegt werden können.
- 13) Unbesteigbare Schornsteine müssen behufs ihrer Reinigung unten und nach Bedarf oben, außerdem auch bei Richtungsveränderung, wenn die Neigung gegen die Horizontale weniger als 60° beträgt, hinlänglich große Öffnungen erhalten. Obere Reinigungsöffnungen sind über dem Dache anzulegen, bei steilen Dächern kann jedoch die Polizeibehörde ihre Anlage unter Dach gestatten.
- 14) Besteigbare Schornsteine sind in ihrem unteren Anfange mit Einsteigethüren zu versehen.
- 15) Alle seitlichen Einsteige- und Reinigungsöffnungen sind mit gefalzten eisernen Thüren dicht zu verschließen.
- 16) Aufsätze irgend welcher Art sind auf Schornsteinen nur zulässig, soweit sie die ordnungsmäßige Reinigung nicht hindern.
- 17) In einen Schornstein von 250 qcm lichten Querschnitt dürfen höchstens drei Rauchröhren gewöhnlicher Zimmeröfen einmünden. Jedes hinzutretende Rauchrohr dieser Art bedingt eine Vergrößerung des Querschnittes um 50 qcm. Münden Rauchröhren aus Feuerstätten von erheblichem Umfange ein, so können weitere Vergrößerungen des Querschnittes gefordert werden.

- 18) Die Schornsteine sind so anzulegen und zu benützen, daß in den Gebäuden und deren Umgebung durch Rußen, Rauch und Ruch keine Gefährdung hervorgerufen wird.
- 19) In Küchen mit geschlossener Feuerung und engen Schornsteinen ist ein besonderes Rohr zum Abzuge der Wasserdämpfe einzurichten.
- 20) Mauerkanäle aller Art sind, auch wenn die Einleitung von Rauchrohren zunächst nicht beabsichtigt wird, den vorstehenden Bestimmungen entsprechend auszuführen.

§ 19: Lichtschächte, Aufzüge und Lüftungsschöte.

- 1) Lichtschächte, Aufzugsschächte und Lüftungsschöte sind, abgesehen von den nothwendigen Oeffnungen, mit feuersicheren Wänden einzuschließen. Bei Speiseaufzügen kann von vorstehender Forderung Abstand genommen werden.
- 2) Ueber die sonstige Einrichtung größerer Aufzüge und die Lüftung der Lichtschächte kann die Polizeibehörde besondere Bestimmungen treffen.
3. Besondere Vorschriften in Rücksicht auf die Zweckbestimmung der Gebäude, Gebäude-theile und baulichen Anlagen.

§ 20. Zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume.

Für die zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume gelten folgende Vorschriften.

- 1) Sie müssen durch Fenster von ausreichender Größe und zweckentsprechender Lage vom Freien aus hinlänglich Luft und Licht erhalten, trocken und der Gesundheit nicht nachtheilig sein.
- 2) Bedingt die Lage und Zweckbestimmung solcher Räume eine Beleuchtung von oben, so dürfen sie durch Deckenlicht erhellt werden, wenn Vorkehrungen getroffen sind, welche einen ausreichenden Luftwechsel sicherstellen.
- 3) Die Räume müssen eine — bei ungleicher Höhe der Decke oder des Fußbodens im Durchschnitt zu berechnende — Höhe von mindestens 2,50 m haben.
- 4) Sie müssen, wenn ihr Fußboden höher als 6 m über dem Erdboden liegt, einen Zugang, der im Dachgeschosse feuersicher sein muß, zu zwei Treppen oder zu einer feuersicheren Treppe erhalten; soweit nicht nach § 15 Ziffer 3 mildere Bestimmungen Anwendung finden. Als feuersicher gilt ein Zugang, dessen Decke gewölbt oder mindestens gerohrt und gepunkt ist und dessen Wände abgesehen von den nothwendigen Thüren und Fenstern massiv hergestellt sind. An Stelle der massiven Ausführung der Wände kann die Herstellung nach § 9 gestattet werden.
- 5) Werden solche Räume im Dachgeschosse angelegt, so müssen sie unmittelbar über dem obersten Hauptgeschosse liegen.
- 6) Liegt ihr Fußboden tiefer als der Bürgersteig oder die Hofoberfläche, so muß der äußere Fenstersurz

und die Decke mindestens 1 m über der Erboberfläche und die Fußbodenoberkante mindestens 0,30 m über dem höchsten bekannten Grundwasserstande liegen; die Räume müssen in den Wänden gegen Masse geschützt und durch eine undurchlässige massive Sohle gegen aufsteigende Erdfeuchtigkeit und Erd-dünste gesichert werden.

Die Anlage solcher Räume ist nur an Straßen oder Höfen von mindestens 10 m Breite gestattet.

§ 21. Gewerbliche Betriebsstätten, stark besuchte Gebäude, Lagerräume.

- 1) Besondere Anforderungen können für Gebäude und Gebäude-theile gestellt werden:

- a. in denen Fabriken oder solche gewerbliche Betriebsstätten eingerichtet werden sollen, welche starke Feuerung erfordern, zur Verarbeitung leicht brennbarer Materialien dienen, eine besonders große Belastung oder Erschütterung oder einen starken Abgang unreiner Stoffe bedingen. Es gehören dahin namentlich: Gieß- und Schmelzöfen aller Art, Schmieden, Ziegel-giebereien, Zerkleinerungen, Backöfen, Holzbearbeitungswerkstätten (Tischlereien, Drechslereien, Böttchereien, Stellmachereien), Druckereien, Färbereien und dergl.,
- b. welche zur Vereinigung einer größeren Anzahl von Menschen bestimmt sind,
- c. welche zur Aufbewahrung einer größeren Menge brennbarer Stoffe bestimmt sind (Speicher, Lagerräume, Scheunen und dergl.)

Scheunen dürfen überhaupt nur außerhalb des Zusammenhanges geschlossen bebauter Ortschaften neu errichtet oder wieder aufgebaut werden. Dem Neubau werden alle solche Hauptausbesserungen gleich geachtet, welche bestimmt sind, das Gebäude in seinem Hauptbestande zu erhalten, um so der Nothwendigkeit eines Neubaus zu entgehen. Hierher gehören insbesondere die Erneuerung der Fundamente und der Wände bis unter Dach und die Erneuerung des Dachstuhles und Sperrwerkes. Auch die Vergrößerung der innerhalb der geschlossenen Ortschaften vorhandenen Scheunen ist verboten.

- 2) Die an den Bau und die Einrichtung der unter Ziffer 1 bezeichneten Baulichkeiten zu stellenden besonderen Anforderungen werden vornehmlich betreffen: Die Stärke und Feuersicherheit von Wänden, Decken, Dächern, Fußböden, Treppen, Feuerstätten und Schornsteinen, die Zahl, Breite und sonstige Anordnung der Treppen und Ausgänge, die Art der Aufbewahrung und Beseitigung brennbarer Abfälle sowie unreiner Abgänge, die regelmäßige Zuführung frischer Luft, die Unterhaltung von Brunnen und Wasserbehältern.
- 3) Nach Umständen wird die Verwendung eiserner Ofen und freiliegender Rauchrohren untersagt und die Heizung der Räume überhaupt nur von

außen oder innerhalb feuerfester Vorgelege gestattet werden.

- 4) Die Einrichtung von Tischlereien und anderen feuergefährlichen Arbeitsstätten, sowie die Anordnung von Lagerräumen zur Aufnahme feuergefährlicher Waaren kann in Wohngebäuden davon abhängig gemacht werden, daß sämtliche oberhalb belegene Wohnungen mindestens einen mit den Betriebsstätten außer Berührung stehenden Treppenzugang haben und durch feuersichere Decken von den Arbeitsstätten und Lagerräumen getrennt sind.

§ 22. Viehställe.

- 1) In Viehställen muß der Fußboden undurchlässig hergestellt werden.
- 2) Zur Aufnahme der Stallabgänge müssen in den Ställen oder in ihrer nächsten Nähe, jedoch in einem Abstände von mindestens 8 m von Röhren und Kesselbrunnen, undurchlässige Gruben angelegt werden.
- 3) Nach Straßen hin dürfen Ställe in der Regel keine Öffnungen erhalten.
- 4) In den Umfassungswänden der Stallgebäude dürfen — unbeschadet der allgemeinen Vorschriften über den Abstand der Gebäude — Öffnungen nur in einem Abstände von wenigstens 3 m nach allen Richtungen von den Umfassungswänden anderer Gebäude, wenn diese zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, angelegt werden.
- 5) Die Anlage von Ställen unter Räumen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, ist unzulässig. Diese Vorschrift findet jedoch keine Anwendung auf Ställe, welche in selbstständigen Gebäuden eingerichtet werden, wenn über den Ställen nur ein einziges zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmtes Geschoss vorhanden und dieses von den Ställen durch massiv gewölbte Decken getrennt ist. Als selbstständig gilt ein Stallgebäude, wenn es entweder nicht im Zusammenhange mit anderen Gebäuden steht, oder von diesen durch undurchbrochene massive Wände getrennt ist.
- 6) Für Ställe, welche landwirtschaftlichem Betriebe dienen, sowie für solche, welche zur Aufnahme von höchstens zwei Stück Kleinvieh bestimmt sind, können Ausnahmen von den Bestimmungen unter Ziffer 1 und 2 zugelassen werden.

§ 23. Bedürfnisanstalten.

- 1) Mit jeder selbstständigen Wohnung muß ein gehörig abgeschlossener Abort oder die Verrechtigung zur Benutzung eines solchen verbunden sein. Bei mangelndem Raume kann ausnahmsweise die Einrichtung eines Abortes für je zwei Familien zugelassen werden.
- 2) Für hinreichende Zuführung von Licht und Luft muß Sorge getragen werden. Auch müssen Einrichtungen getroffen werden, welche die im Interesse der Gesundheit erforderliche Sauberhaltung gewährleisten.

§ 24. Abwässerung. Sammelstätten für Abfälle.

- 1) Wo die Auswurfstoffe nicht in unterirdische Leitungen abgeführt werden, müssen zu ihrer Aufnahme und Beseitigung auf jedem bebauten Grundstücke undurchlässige Behälter eingerichtet werden.
- 2) Das Tagewasser und die flüssigen Wirtschaftsabgänge sind, wo dies überhaupt polizeilich statthaft ist, von bebauten Grundstücken durch Röhren mit undurchlässigen Wandungen oder durch feste Rinnen nach besonderer Anordnung der Polizeibehörde in Kanäle oder Straßenrinnsteine zu leiten. Die Wirtschaftswässer müssen jedoch, ehe sie in die Straßenrinnsteine abfließen, auf dem Grundstücke durch einen mit engvergitterter Ausflußöffnung und bei unterirdischer Ableitung mit Wasserverschluß versehenen undurchlässigen Schlammfang geleitet werden. Wo und insoweit eine Abführung der Abwässer in die Kanäle oder Rinnsteine nicht zugelassen ist, muß die Einleitung in undurchlässige Behälter erfolgen.
- 3) Für die Herstellung von Düngergruben auf landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und die Ableitung des Tagewassers kann die Polizeibehörde geringere Anforderungen stellen.
- 4) Für die Lage der unter Ziffer 1 und 2 genannten Anlagen, insbesondere ihre Entfernung von Brunnen, kann die Polizeibehörde im einzelnen Falle besondere Anforderungen stellen.
- 5) Behälter für Asche, Müll und sonstige trockene Abfallstoffe sind feuersicher herzustellen und ebenso zu überdecken.
- 6) Behälter für übelriechende Abfälle müssen geruchsdicht abgeschlossen werden.

§ 25. Wasserversorgung.

Für jedes Grundstück, welches mit größeren Wohngebäuden belegt oder auf dem eine größere gewerbliche Anlage eingerichtet werden soll, kann die Polizeibehörde die Anlage und Unterhaltung eines Brunnens fordern, falls nicht eine dem gesundheitlichen und feuerpolizeilichen Interesse entsprechende Wasserversorgung in anderer Weise sicher gestellt wird.

Titel II.

Polizeiliche Ueberwachung der Bauten.

§ 26. Baupolizeiliche Genehmigung.

Einer baupolizeilichen Genehmigung bedarf es:

- a. zu allen neuen baulichen Anlagen,
- b. zu Umbauten und Ausbesserungen, bei denen massive oder Fachwerkwände, Decken, Eisenkonstruktionen, vortretende Bauteile, Treppen, Licht- und Lüftungsgewächte, Aufzüge, Feuerstätten, Schornsteine oder Entwässerungsanlagen hergestellt oder verändert werden sollen,
- c. zu Veränderungen oder Ausbesserungen aller Gebäudetheile, deren Beschaffenheit den Bestimmungen dieser Baupolizeiordnung nicht entspricht.

§ 27. Bauvorlagen.

- 1) Mit dem Antrage auf baupolizeiliche Genehmigung (§ 26) ist
 - a. ein **Bauplan** vorzulegen, welcher unter Darstellung der Grundrisse sämtlicher Geschosse, sowie der erforderlichen Querschnitte und einer Ansicht der Straßenfront, Konstruktion und Abmessungen des beabsichtigten Baues im Ganzen, sowie seinen Theilen und die Art und Stärke des zu verwendenden Materials genau erkennen läßt und außerdem über die beabsichtigte Benutzungsart der Räume und die Anlage der Schornsteine, Dfen und Herde bestimmte Auskunft giebt. Auch muß jedesmal die Höhenlage des geplanten Baues gegenüber der Straßendammskrone und der Oberfläche des Bürgersteiges ersichtlich gemacht werden. Soweit es zur baupolizeilichen Prüfung erforderlich, ist der Bauplan in seinen einzelnen Theilen durch Einzelzeichnung zu erläutern und die Tragfähigkeit der Konstruktionen rechnungsmäßig nachzuweisen. Baupläne sind in der Regel im Maßstabe 1:100, Einzelpläne im Maßstabe von 1:20 zu fertigen.
 - b. Bei Errichtung neuer Gebäude und bei Umbauten und Ausbesserungen, welche eine Durchbrechung oder wesentliche Veränderung äußerer Umfassungswände bedingen, sowie auf Erfordern auch in sonstigen Fällen, ist außerdem ein **Lageplan** vorzulegen, welcher — der Regel nach im Maßstabe von mindestens 1:500 — die Lage des betreffenden Grundstückes zu Straßen und Nachbargrundstücken unter Einzeichnung der festgesetzten Bauflucht, sowie die Entfernung des beabsichtigten Baues von anderen Gebäuden auf demselben Grundstück, von Straßen, Nachbargrenzen und den Gebäuden auf Nachbargrundstücken genau erkennen läßt. Derartige Pläne sind auf Verlangen durch einen vereideten Landmesser oder Feldmesser zu beglaubigen.
 - 2) Das Grundstück, auf welchem gebaut werden soll, muß stets nach Haus- und Grundbuchnummer bezeichnet werden.
 - 3) Für Neu- oder Erweiterungsbauten ist bei Einreichung der Bauvorlagen anzugeben, auf welchem Wege die Entwässerung stattfinden soll.
 - 4) Die Pläne sind in einer die Uebersicht erleichternden Weise farbig anzulegen und auf dauerhaftem Papiere oder auf Pausleinwand anzufertigen.
 - 5) Sämmtliche Bauvorlagen sind in je zwei Exemplaren, von dem Bauherrn und dem Bauunternehmer unterschrieben, einzureichen.
- § 28. Pauscheine.
- 1) Wird ein Bauplan polizeilich genehmigt, so erhält der Bauherr ein mit dem Genehmigungsvermerke

versehenes Exemplar der Bauvorlagen zurück und einen die Baubedingungen feststellenden Pauschein. 2) Die Gültigkeit des Pauscheines erlischt nach Jahresfrist, wenn nicht inzwischen mit dem Bau begonnen ist. Ebenso erlischt die Gültigkeit, wenn ein begonnener Bau länger als ein Jahr liegen bleibt.

§ 29. Beginn der Bauarbeiten.

Der Tag, an welchem mit dem Bau begonnen werden soll, ist vorher der Baupolizeibehörde unter Angabe des Datums und der Nummer des Pauscheines schriftlich anzuzeigen.

§ 30. Baugerüste und Bauzäune.

- 1) Baugerüste müssen sicher konstruirt und mit Schutzvorrichtungen gegen das Herabfallen der Arbeiter versehen werden.
- 2) Baugerüste und Bauzäune an Straßen und Plätzen dürfen nur auf Grund und nach Maßgabe einer bei der Baupolizeibehörde nachzusuchenden Genehmigung errichtet und benutzt werden. Es bleibt vorbehalten, ihre Herstellung, soweit nothwendig, auch ohne Antrag polizeilich anzuordnen.
- 3) Das Vortreten von Baugerüsten und Bauzäunen in die Straßen oder Bürgersteige wird nur gestattet, insoweit es mit den Verkehrsrücksichten vereinbar ist und so lange die Bauausführung es nothwendig bedingt.

§ 31. Sicherungsmaßregeln bei der Bauausführung.

- 1) Im Innern von Neubauten sind die Stufungen alsbald nach dem Verlegen der Balkenlagen eines jeden Geschosses herzustellen, Treppendöffnungen und sonstige offene Räume aber sicher zu überdecken oder zu umfrieden.
- 2) Die Baustellen sind, soweit es zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlich ist, während der Dunkelheit zu beleuchten.
- 3) Bei Ausführung von Bauten in der Nähe vorhandener Gebäude sind die zur Sicherheit der letzteren nothwendigen Vorkehrungen (allmähliche Ausführung der Grundmauern in kurzen Strecken, Abstreifen oder Unterfahren der Mauern anstoßender Gebäude und dergl.) zu treffen.
- 4) Wenn die Winterkälte die Haltbarkeit des Mörtels beeinträchtigt, dürfen tragende Konstruktionsheile nicht aufgemauert werden.

§ 32. Rohbauabnahme.

- 1) Wenn ein Bau in seinen Mauern, Gemölken und Eisenkonstruktionen (einschließlich der feuersicheren Treppen), sowie in Dacheindeckung und Balkenlage vollendet ist, so liegt es dem Bauherrn ob, bei der Polizeibehörde die Abnahme zu beantragen.
- 2) Zu dem dann anzuberaumenden Termine muß der Bauherr auf Vorladung entweder persönlich erscheinen oder in geeigneter Weise vertreten sein. Im Termine müssen alle Theile des Baues sicher zugänglich sein und die Balkenverankerung im

Innern durchweg, Eisenkonstruktionen aber soweit offen liegen, daß die Abmessungen geprüft werden können.

- 3) Ergeben sich bei der polizeilichen Prüfung Mängel, so hat sie der Bauherr abzustellen und demnächst erneute Abnahme zu beantragen.
- 4) Nach vorschriftsmäßiger Ausführung wird durch eine Bescheinigung der Baupolizeibehörde die Abnahme des Rohbaues ausgesprochen.
- 5) Anträge auf vorläufige Abnahme einzelner Bauarbeiten und Bautheile werden nur ausnahmsweise berücksichtigt.

§ 33. Putzarbeiten.

Bei Ertheilung des Rohbauabnahmescheines wird der Zeitpunkt bestimmt, an welchem mit den inneren und äußeren Putzarbeiten begonnen werden darf. Gebäude, welche ganz oder theilweise zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, dürfen in der Regel nicht früher als sechs Wochen nach Vollendung des Rohbaues gepußt werden.

§ 34. Gebrauchsabnahme.

- 1) Gebäude, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume enthalten, dürfen nicht eher in Gebrauch genommen werden, als bis nach Vollendung der baulichen Einrichtung eine besondere baupolizeiliche Prüfung vorgenommen und ein Gebrauchsabnahmeschein ertheilt worden ist.
- 2) Die Polizeibehörde ist befugt, eine Gebrauchsabnahme für die in § 21 bezeichneten Gebäude bei Ertheilung des Bauscheines auch dann anzuordnen, wenn sie nach Ziffer 1 nicht der Gebrauchsabnahme unterliegen.
- 3) Der Gebrauchsabnahmeschein darf in der Regel nicht früher als 4 Monate nach Ausfertigung des Rohbauabnahmescheines ertheilt werden.
- 4) Im Uebrigen finden auf die Anmeldung zur Gebrauchsabnahme und das dabei zu beobachtende Verfahren die im § 32 für die Rohbauabnahme getroffenen Bestimmungen sinngemäß Anwendung.

§ 35. Genehmigung zu geringfügigeren Anlagen.

- 1) Auf die im § 8 Ziffer 1 erwähnten Holzbauten, sowie auf die Herstellung und Veränderung von Entwässerungsanlagen, Asch- und Müllebehältern, Abort- und Sammelgruben, Grenzmauern, Zäunen und dergl. finden die Bestimmungen der §§ 27 bis 33 keine Anwendung.
- 2) Es sind jedoch dem Genehmigungsgesuche die zur Verdeutlichung nöthigen Vorlagen beizufügen. Für diese Anlagen bedarf es keines förmlichen Bauscheines, sondern nur einer schriftlichen Genehmigung.

§ 36. Abbruch von Gebäuden.

- 1) Bei dem Abbruch von Gebäuden sind die nach technischen Grundsätzen erforderlichen Vorsichtsmaßregeln anzuwenden. Die §§ 30 und 31 finden sinngemäß Anwendung.
- 2) Mit den Abbrucharbeiten darf nicht begonnen werden, bevor nicht der Polizeibehörde schriftlich Anzeige gemacht worden ist.

Titel III.

Zusatz, Uebergangs- und Strafbestimmungen.

§ 37. Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf schon vorhandene Gebäude.

- 1) Auf Veränderungen und Ausbesserungen bereits vorhandener baulicher Anlagen finden in der Regel die Vorschriften dieser Baupolizeiordnung Anwendung.
- 2) Werden vorhandene Gebäude oder Gebäudetheile, welche bisher nicht zum dauernden Aufenthalte von Menschen oder zu Zwecken der im § 21 angegebenen Art dienen, hierfür bestimmt, so finden die Vorschriften der §§ 20 und 21 Anwendung.
- 3) Bei erheblichen Veränderungsbauten kann die baupolizeiliche Genehmigung auch davon abhängig gemacht werden, daß gleichzeitig die durch den Entwurf an sich nicht berührten älteren Gebäudetheile, soweit sie den Vorschriften dieser Baupolizeiordnung widersprechen, damit in Uebereinstimmung gebracht werden.
- 4) Außerdem finden die Vorschriften dieser Baupolizeiordnung den zu Recht bestehenden baulichen Anlagen gegenüber nur soweit Anwendung, als überwiegende Gründe der öffentlichen Sicherheit ein Einschreiten auf Grund dieser Vorschriften **unerläßlich** und unaufschiebbar machen.

§ 38. Grenzveränderungen.

Werden durch einseitige Veränderungen der Grenzen bebauter Grundstücke Verhältnisse geschaffen, welche den Vorschriften dieser Baupolizeiordnung zuwider laufen, so sind die betreffenden Gebäude oder Gebäudetheile entsprechend umzugestalten oder zu beseitigen.

§ 39. Besondere polizeiliche Anforderungen.

Soweit diese Baupolizeiordnung bestimmte Vorschriften nicht enthält, bleibt es der Polizeibehörde unbenommen, bei Neu- und Umbauten, Veränderungsbauten und Ausbesserungen besondere Anforderungen zu stellen, falls dies aus polizeilich wahrzunehmenden Interessen (§ 10 Theil II. Ziff. 17 des Allgemeinen Landrechts, § 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung G.-S. S. 265) notwendig ist.

§ 40. Anwendung der Baupolizeiordnung in Festungstrayens.

Soweit die Bestimmungen dieser Baupolizeiordnung nicht in Uebereinstimmung mit den Anforderungen stehen, welche das Gesetz, betreffend die Beschränkung des Grundeigenthums in der Umgehung von Festungen vom 21. Dezember 1871 (R.-G.-Bl. S. 459) an bauliche Anlagen stellt, ist — vorbehaltlich des Erlasses entsprechender ortspolizeilicher Vorschriften — die Polizeibehörde befugt, Ausnahmen zuzulassen.

§ 41. Anwendung der für das platte Land geltenden baupolizeilichen Vorschriften innerhalb des städtischen Gebietes.

Diesemjenigen Grundstücke, welche zwar in der städtischen Feldmark gelegen, von den geschlossenen bebauten

2) Eigengewichte und Belastung von Bau-
theilen.

Balkenlage in Wohngebäuden pro qm	250 kg.
desgleichen einschließlich der Belastung	500 "
Balkenlage in Fabrik- und Lagergebäuden	250 "
desgleichen einschließlich Belastung	750 "
Balkenlage in Getreidespeichern einschließlich der Belastung zum Nachweis	850—1000 "
Gewölbte Decke aus porösen Steinen in Wohngebäuden	350 "
desgleichen einschließlich der Belastung	600 "
Gewölbte Decke in Fabrikgebäuden einschließ- lich der Belastung pro qm	1000 "
Gewölbte Decke unter Durchfahrten und be- fahrbaren Höfen einschl. der Belastung	1250 "
Wellblechdecken einschließlich der Belastung zum Nachweis	500—1000 "
Gewölbte Treppen	500 "
desgleichen einschließl. der Belastung	1000 "
Dachflächen in der Horizontalprojektion ge- messen einschließlich Schnee und Wind- druck bei Metall oder Glasdeckung gemäß der Neigung pro qm	125—150 "
desgleichen bei Schieferdeckung	200—240 "
desgleichen bei Ziegeldeckung	250—300 "
desgleichen bei Holzcementdeckung	350 "
Steile Mansardendächer	400 "

3) Zulässige Beanspruchung der Bau-
materialien.

Schmiedeeisen pro qm auf	Zug	750 kg.
desgleichen	Druck	750 "
desgleichen	Absperrung	600 "
Gusseisen	Zug	250 "
desgleichen	Druck	500 "
desgleichen	Absperrung	200 "
Bombirtes Eisenwellblech pro qm auf	Zug	500 "
desgleichen	Druck	500 "
Eisendraht	Zug	1200 "
Eichen- und Buchenholz pro qm auf	Zug	100 "
desgleichen	Druck	80 "
Kiefernholz	Zug	100 "
desgleichen	Druck	60 "
Granit	Druck	45 "
Sandstein je nach der Härte desgl.		15—30 "
Müderödorfer Kalksteine in Quatern desgl.		25 "
Kalksteinmauerwerk in Kalkmörtel		5 "
Gewöhnliches Ziegelmauerwerk desgl.		7 "
Ziegelmauerwerk in Cementmörtel		11 "
Klinkermauerwerk desgl.		12—14 "
Mauerwerk aus porösen Steinen		3—6 "
Guter Baugrund		2,5 "

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 49.

Den 7. Dezember

1894.

Reichs-Gesetz-Blatt.

- (Stück 37.) **Nr. 2195.** Bekanntmachung über die seitens der Niederlande erfolgte Ratifikation der am 15. April 1893 zu Dresden abgeschlossenen internationalen Uebereinkunft, betreffend Maßregeln gegen die Cholera. Vom 9. September 1894.
- Nr. 2196.** Bekanntmachung, betreffend die Beziehungen zu Griechenland wegen gegenseitigen Markenschutzes. Vom 14. September 1894.
- (Stück 38.) **Nr. 2197.** Bekanntmachung, betreffend den Schutz deutscher Waarenbezeichnungen in auswärtigen Staaten. Vom 22. September 1894.
- (Stück 39.) **Nr. 2198.** Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Schweinepest, die Schweinepeft und den Rothlauf der Schweine. Vom 26. September 1894.
- (Stück 40.) **Nr. 2199.** Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 23. Oktober 1894.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 27.) **Nr. 9693.** Staatsvertrag zwischen der Königlich Preussischen und der Großherzoglich Sächsischen Regierung wegen Aufhebung der parochialen Verbindung Großherzoglich Sächsischer Dörfschaften mit den Königlich Preussischen Kirchengemeinden Heringen und Philippsthal und der Königlich Preussischen Dörfschaft Röhrigshöfe mit der Großherzoglich Sächsischen Kirchengemeinde Bacha. Vom 16./20. Februar 1894.
- Nr. 9694.** Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 26. Juli 1894 zu dem Staatsvertrage zwischen der Königlich Preussischen und der Großherzoglich Sächsischen Regierung über die Aufhebung der parochialen Verbindung Großherzoglich Sächsischer Dörfschaften mit den Königlich Preussischen Kirchengemeinden Heringen und Philippsthal und der Königlich Preussischen Dörfschaft Röhrigshöfe mit der Großherzoglich Sächsischen Kirchengemeinde Bacha. Vom 31. August 1894.
- Nr. 9695.** Verordnung zur Ausführung des Artikels 3 des internationalen Vertrages zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See. Vom 20. August 1894.
- Nr. 9696.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Düren, Gemünd, Heinsberg, Montjoie, Sanft Witz, Bonn, Mors, Akenau,

Stinzig, Bergheim, Wipperfürth, Bensberg, Einlar, Lemmer, Gummersbach, Odenkirchen, Grumbach und Wüllich. Vom 18. September 1894.

Nr. 9697. Bekanntmachung, den Beginn der Messen in Frankfurt a. M. betreffend. Vom 10. September 1894.

(Stück 28.) **Nr. 9698.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Probstzella nach Wallendorf. Vom 13. Januar 1894.

Nr. 9699. Allerhöchster Erlass vom 31. August 1894, betreffend die von den Mandanten der Strafanstaltskassen zu bestellenden Amtsaufsichtsbeträge.

(Stück 29.) **Nr. 9700.** Verordnung, betreffend die Errichtung einer Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen bei der Regierung zu Danabrück. Vom 2. September 1894.

Nr. 9701. Allerhöchster Erlass vom 16. September 1894, betreffend den Urlaub der Preussischen gesellschaftlichen Beamten und deren Stellvertretung.

(Stück 30.) **Nr. 9702.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Bonn, Eitorf, Waldbreel, Zell, Eibek, Saarburg, Trier, Perl und Rhaden. Vom 15. Oktober 1894.

(Stück 31.) **Nr. 9703.** Kirchengesetz, betreffend Abänderung des Kirchengesetzes vom 6. Juli 1876 über die kirchliche Trauung in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 23. Oktober 1894.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung

wegen Anordnung der Zinslosheite Reihe XXII. zu den 3 1/2 prozentigen Preussischen Staatsschuldscheinen von 1812.

22. Die Zinslosheite Reihe XXII. Nr. 1 bis 8 zu den 3 1/2 prozentigen Preussischen Staatsschuldscheinen von 1812 über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1895 bis 31. Dezember 1898 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden vom 15. Dezember 1894 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden. Die Zinslosheite können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden. Wer die Empfang-

nahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem kaiserlichen Postamt Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Fall erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Staatsschuldsscheine bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Staatsschuldsscheine an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 22. November 1894.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den königlichen Kreis- und Forstassen und den königlichen Hauptsteuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 28. November 1894.

Königliche Regierung.

**Bekanntmachungen
des königlichen Regierungs-Präsidenten.**

Bekanntmachung.

272. In Abänderung der A^o 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 der Verordnung vom 22. Juni 1892 — Extrabeilage zum 26. Stück des Amtsblattes — und in Ausführung der §§ 105b. Abs. 2, 105e., 41 a. der Reichsgewerbeordnung bestimme ich was folgt:

§ 1. Die Verordnung vom 28. Juli 1892 — Amtsblatt S. 317 — wird auf den Amtsbezirk Nieder-Schönhausen (Kreis Nieder-Barnim) ausgedehnt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 24. November 1894.

Der Regierungs-Präsident. Graf Hue de Grais.

Errichtung einer Apotheke in Brandenburg a. S.

273. In Brandenburg a. S. und zwar in der Bahnhofsstraße oder Schützenstraße zwischen den Treffpunkten der Bahnhofsstraße mit der Großen Gartenstraße und der Schützenstraße und der Kirchhofsstraße soll eine neue Apotheke errichtet werden.

Die Konzession wird nach Maßgabe der Allerh. Ordre vom 30. Juli 1894 mit dem Zusage ertheilt werden, daß dem Inhaber der Vorschlag eines Geschäftsnachfolgers nicht gestattet ist, sondern die Konzession bei dem Auscheiden des Inhabers an den Staat zur anderweiten Verleihung zurückfällt, hinterbliebenen Wittwen und Waisen des Konzessionärs jedoch die im § 4 Tit. 1 der revidirten Apothekerordnung vom 11ten Oktober 1801 bezeichneten Vergünstigungen zu Theil werden sollen.

Eosern der Besitzer der gegenwärtig in Brandenburg a. S. bestehenden Rathapothek aus Anlaß der in Aussicht gestellten Errichtung einer neuen Apotheke auf Grund eines seiner Apotheke vormals ertheilten Privilegiums einen Entschädigungsanspruch geltend machen könnte, ist der neue Konzessionar verpflichtet, sich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen an der Ausbringung der Entschädigung zu betheiligen.

Bewerbungen um die Konzession werde ich bis zum 15. Januar 1895 entgegennehmen. Dem Bewerbungsgesuche sind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der Familienverhältnisse und der Konfession,
- 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung und Führung während der gesammten Zeit seit Ablegung der Staatsprüfung; diesen Zeugnissen ist ein Inhaltsverzeichnis beizufügen und in diesem die Zeitdauer ersichtlich zu machen, auf welche die einzelnen Zeugnisse sich beziehen,
- 4) Bewerber, welche bereits eine Apotheke besessen haben, müssen die Zeit dieses Besesses, sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke nachweisen,
- 5) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß und in welcher Höhe dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Bewerbungen von Apothekern, welche bereits mehr als eine Apotheke besessen haben, bleiben unberücksichtigt; auch haben Apotheker, welche nach dem Jahre 1883 approbirt sind, keine Aussicht auf Erfolg.

Potsdam, den 23. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Errichtung einer zweiten Apotheke zu Groß-Lichterfelde im Kreise Jellow.

274. In Groß-Lichterfelde und zwar in der Draße-straße zwischen der Berlin-Potsdamer Eisenbahn und der Ringstraße soll eine neue Apotheke errichtet werden.

Die Konzession wird nach Maßgabe der Allerh. Ordre vom 30. Juni 1894 mit der Bestimmung ertheilt werden, daß dem Inhaber der Vorschlag eines

Geschäftsnachfolger nicht gestattet ist, die Konzession vielmehr bei dem Ausscheiden des Inhabers an den Staat zur anderweiten Verleihung zurückfällt, der hinterbliebenen Witwe und den Waisen des Konzessionärs jedoch die im § 4 Tit. 1 der revidirten Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801 bezeichneten Vergünstigungen zu Theil werden sollen.

Bewerbungen um die Konzession sind mir bis zum 15. Januar 1895 einzureichen. Dem Bewerbungsgesuche sind beizufügen:

- 1) die Approbation,
- 2) eine genaue Lebensbeschreibung mit Angabe der Familienverhältnisse und der Konzession,
- 3) amtlich bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung und Führung während der gesamten Zeit seit Ablegung der Staatsprüfung; diesen Zeugnissen ist ein Inhaltsverzeichnis beizufügen, aus dem die Zeitdauer ersichtlich ist, auf welche die einzelnen Zeugnisse sich beziehen,
- 4) Bewerber, welche bereits eine Apotheke besessen

haben, müssen die Zeit dieses Besesses, sowie den Kaufpreis und Verkaufspreis der Apotheke nachweisen, 5) ein amtlich beglaubigter Nachweis, daß und in welcher Höhe dem Bewerber die zur Errichtung der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Meldungen von Verwerbern, welche bereits mehr als eine Apotheke besessen haben, werden nicht berücksichtigt; auch haben Bewerber, welche nach dem Jahre 1883 approbirt sind, keine Aussicht auf Erfolg.

Potsdam, den 28. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs im Stromgebiet der Elbe.

275. Der Herr Reichskanzler hat die anlässlich der diesjährigen Choleraepidemie wieder eingeführte gesundheitspolizeiliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs im Stromgebiet der Elbe aufgehoben.

Potsdam, den 30. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

276. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Eber. N. N.	Unter. N. N.	Eber. Wasser.	Unter. Wasser.		Eber. Wasser.	Unter. Wasser.	Eber. Wasser.	Unter. Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	
1	32,28	30,56	2,38	0,58	0,96	2,06	1,14	1,32	0,78	1,64
2	32,28	30,58	2,38	0,60	0,96	2,06	1,14	1,32	0,78	1,66
3	32,28	30,56	2,36	0,62	0,96	2,04	1,14	1,32	0,78	1,68
4	32,28	30,52	2,36	0,58	0,95	2,04	1,14	1,32	0,78	1,68
5	32,30	30,56	2,36	0,58	0,95	2,02	1,14	1,32	0,78	1,70
6	32,30	30,56	2,36	0,58	0,94	2,02	1,14	1,32	0,80	1,68
7	32,30	30,56	2,36	0,50	0,94	2,02	1,14	1,32	0,80	1,70
8	32,20	30,58	2,38	0,60	0,93	2,02	1,12	1,32	0,80	1,72
9	32,20	30,58	2,40	0,58	0,93	2,02	1,12	1,32	0,80	1,80
10	32,28	30,60	2,38	0,62	0,93	2,02	1,12	1,32	0,80	2,10
11	32,28	30,58	2,38	0,62	0,94	2,00	1,12	1,32	0,80	2,38
12	32,28	30,60	2,36	0,62	0,93	2,00	1,12	1,32	0,80	2,64
13	32,28	30,60	2,36	0,58	0,93	2,00	1,12	1,32	0,80	2,88
14	32,28	30,60	2,42	0,56	0,94	2,00	1,12	1,32	0,80	3,00
15	32,28	30,54	2,42	0,62	0,93	2,00	1,12	1,32	0,80	3,02
16	32,28	30,54	2,42	0,62	0,93	2,00	1,14	1,32	0,80	2,94
17	32,28	30,56	2,40	0,62	0,94	2,00	1,14	1,32	0,80	2,82
18	32,30	30,54	2,40	0,62	0,94	2,00	1,14	1,32	0,80	2,72
19	32,30	30,56	2,40	0,62	0,94	2,00	1,14	1,32	0,82	2,64
20	32,32	30,56	2,40	0,60	0,94	2,00	1,14	1,32	0,84	2,58
21	32,32	30,68	2,40	0,62	0,95	2,00	1,14	1,32	0,84	2,54
22	32,26	30,62	2,42	0,76	0,96	1,96	1,14	1,32	0,84	2,54
23	32,30	30,64	2,44	0,68	0,98	2,04	1,14	1,32	0,84	2,52
24	32,34	30,64	2,44	0,66	0,98	2,06	1,16	1,32	0,86	2,52
25	32,30	30,64	2,44	0,66	0,98	2,06	1,16	1,32	0,86	2,54
26	32,26	30,64	2,42	0,72	0,99	2,06	1,16	1,32	0,86	2,58
27	32,30	30,60	2,44	0,76	1,02	2,04	1,16	1,32	0,86	2,66
28	32,30	30,60	2,44	0,68	1,05	2,04	1,16	1,32	0,88	2,76
29	32,34	30,64	2,46	0,72	1,05	2,10	1,20	1,32	0,90	2,84
30	32,32	30,72	2,46	0,80	1,05	2,08	1,20	1,32	0,90	2,90
31	32,28	30,64	2,50	0,80	1,08	2,04	1,26	1,32	0,90	2,90

Potsdam, den 29. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Rothseuchen.

277. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Buch, des Rittergutes Mehrow, des Bännergutsbesizers Velle zu Schwanebeck und des Kossäthen Wille zu Malschow (Kreis Niederbarnim.)

Festgestellt ist der Milzbrand bei einer Kuh des Gemeindevorsehers Rhinow zu Mohrbeck (Kreis Osthavelland.)

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Domaine Alt-Landsberg (Kreis Niederbarnim) und unter den Kühen des Adersbürgers Wilhelm Berger zu Teltow und des Molkereibesizers Otto Hoenicke zu Schoeneberg (Kreis Teltow) sowie die Influenza (Brustseuche) unter den Pferden des Brauereibesizers Weber in Sommerfeld.

Potsdam, den 4. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

77. Diesem Stücke des Amtsblattes ist eine Beilage, enthaltend die Genehmigungsurkunde, sowie die Bestimmungen und Satzungen der Union Asssekuranz Societät zu London, beigelegt.

Berlin, den 8. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachung.

78. Der nachstehende Tarif für die Fähranstalt über den Landwehrkanal zwischen dem Goltbuser- und Maybachufer im Zuge der Grünauerstraße wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß derselbe an dem Tage der Veröffentlichung in Kraft tritt.

Tarif,

nach welchem das Ueberfahrgeld bei der Fähranstalt über den Landwehrkanal zwischen dem Goltbuser- und Maybachufer im Zuge der Grünauerstraße zu erheben ist.

I. Es wird entrichtet für das Ueberfahrgeld von Personen einschließlich dessen, was sie tragen, für jede Person 5 Pf.

II. Befreit von der Entrichtung des Fährgeldes sind:

a. öffentliche Beamte, welche die Fähranstalt in Ausübung ihres Dienstes benutzen und sich hiefür ausweisen, Sektuer- und Polizei-Beamte, sowie Postboten und Briefträger in Uniform, auch ohne besondere Legitimation.

b. Kinder unter 5 Jahren, welche in Begleitung Erwachsener übergesetzt werden und für welche kein besonderer Platz beansprucht wird.

Berlin, den 23. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

79. Gemäß § 105b. Absatz 2 und § 105c. der Reichs-Verkehrs-Ordnung wird für den Stadtkreis Berlin Folgendes bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht:

1) Im Handelsgewerbe, soweit es in offenen Verkaufsstellen betrieben wird, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotterie-Geschäfte, dürfen Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter über die allgemein festgestellte sonntägliche Beschäftigungszeit hinaus am 16., 23. und 30. Dezember d. J. bis 7 Uhr Abends beschäftigt werden.

2) Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am 28. Dezember d. J., dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

a. der Handel mit Milch, mit Back-, Conditorenwaaren und Confitüren

während der Zeit von 5—10 Uhr Vormittags und von 12—2 Uhr Nachmittags,

b. der Handel mit Fleischwaaren

während der Zeit von 5—10 Uhr Vormittags,

c. der Handel mit Colonialwaaren, mit Porzellanwaaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Taback und Cigarren

während der Zeit von 8—10 Uhr Vormittags,

d. der Handel mit Blumen

während der Zeit von 7—10 Uhr Vormittags und von 12—2 Uhr Nachmittags,

e. die Zeitungs-Expedition

während der Zeit von 4—9 Uhr Vormittags.

3) An den übrigen Sonntagen im Dezember dieses Jahres (2. und 9. Dezember), sowie am 26. Dezember d. J., dem zweiten Weihnachtstage, finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Feststellung der Zeit zur Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe Anwendung.

4) Alle mit den vorstehenden Festsetzungen nicht im Einklang stehenden Vorschriften früherer Verordnungen bleiben außer Anwendung.

Berlin, den 24. November 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Erhebung der Gewichtsgrenze für Postpakete nach Großbritannien und Irland, sowie nach britischen Colonien. Bekanntmachung für Postpakete nach Persien.

16. Vom 1. Dezember ab wird die Gewichtsgrenze für Postpakete im Verkehr mit Großbritannien und Irland, sowie mit einer großen Anzahl britischer Colonien von 3 kg auf 5 kg erhöht. Die Tare für Postpakete nach Großbritannien und Irland beträgt vom gleichen Zeitpunkte ab einheitlich für alle Pakete bis zum Gewicht von 5 kg auf dem direkten Wege über Hamburg oder Bremen und zur See 1 M. 50 Pf., dagegen bei der Leitung über Belgien 1 M. 70 Pf. Ueber die Einzelheiten des im Paket-

verkehr mit den britischen Kolonien eintretenden Änderungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auslassung. Ferner wird vom gedachten Zeitpunkte ab das Porto für Postpakete nach Mexico von 3 M. auf 2 M. 40 Pf. für jedes Paket herabgesetzt, ohne daß in den sonstigen Versendungsbedingungen Änderungen eintreten. Berlin W., den 25. November 1894.

Der Stadtschreiber des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen des Reichs-Postamts.

betreffend die Weihnachtssendungen.

17. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Papptaschen, schwache Schachteln, Cigarrenlisten etc. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgelegt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Feinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut etc. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Als zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paket-aufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paket-aufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten; zureichendfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Selbststellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C. W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Vereinfachung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete **frankirt** ausgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleitadresse ist thöricht zu vermeiden.

Berlin W., 30. November 1894.

Reichs-Postamt, Abtheilung I.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

Refunde,

betreffend die Errichtung einer dritten Pfarrstelle an der evangelischen Wolgathakirche in Berlin.

40. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenraths, sowie nach Anhörung der Vortheiligten wird von den unterzeichneten Behörden hierdurch folgendes festgesetzt:

§ 1. In der Pfarodie der evangelischen St. Wolgathakirche zu Berlin wird eine dritte Pfarrstelle errichtet.

§ 2. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Dezember 1894 in Kraft.

Berlin, den 15. November 1894. Berlin, den 22. November 1894.
Königliches Consistorium. Der Königliche Polizeipräsident der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Bekanntmachung.

22. Die Aufnahmeprüfung im hiesigen Königlichen Lehrerinnen-Seminar wird **am 7. und 8. März 1895** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 14. Februar 1895** an den Herrn Seminar-Direktor Moldehu SW. Kleindeckerstraße 16/19 zu richten und denselben beizufügen: 1) ein kurzer Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- beziehungsweise private Vorbildung, 4) ein amtliches Führungsattest — nur von Denjenigen beizubringen, welche z. Bt. der Aufnahmeprüfung keine Schule mehr besuchen —, 5) ein ärztliches Attest über normalen Gesundheitszustand. Der bestimmte Anmelde-termin ist **genau** innezuhalten. Zugelassen werden zur Aufnahmeprüfung nur solche Bewerberinnen, welche vor dem 1. April 1895 das 16. Lebensjahr vollenden, doch ist, wenn das Ergebniß der Prüfung ein günstiges und der Gesundheitszustand der Bewerberin ein befriedigender ist, ein Dispens wegen Mangels an dem bezeichneten Alter bis zu 3 Monaten zulässig.

Berlin, den 19. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

23. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Potsdam wird **vom 8. März 1895 an** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 11. Februar 1895** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der bestimmte Anmelde-termin ist **genau** innezuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probeschrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 19. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

24. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier **am 3. Mai 1895** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum 2ten April 1895 an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberinnen anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der bestimmte Anmeldetermin ist **genau** einzuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 22. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

25. Die Mittelschullehrer-Prüfung wird hier **vom 30. April bis 4. Mai 1895** und wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch **vom 11.—15. Juni 1895** abgehalten werden. Die Anmeldungen mit der bestimmten Angabe, in welchen Fächern der Kandidat (sfr. Allg. Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 § 12) die Befähigung als Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen zu erlangen wünscht, sind an uns **bis zum 23. Februar 1895** von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 19. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

26. Die Rektorats-Prüfung wird hier **am 7. und 8. Mai 1895** und wenn die Zahl der Meldungen es erforderlich macht, auch noch **am 18. und 19ten Juni 1895** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 25. Februar 1895 einzureichen, und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titel-

blatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule, zu dem er von den Besetzungsberechtigten bereits in Aussicht genommen ist, zu erlangen wünscht.

Berlin, den 19. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

27. Die Schulpflichterinnen-Prüfung wird hier **am 27. Mai 1895** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns **bis zum 27. Februar 1895** einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugniß über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtsfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der Anmeldetermin ist **genau** inne zu halten.

Berlin, den 22. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

28. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Frankfurt a. D. wird **vom 27. Februar 1895 ab** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind **spätestens bis zum 30. Januar 1895** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin anzugeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Der festgesetzte Anmeldetermin ist **genau** innezuhalten. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 22. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

29. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin in der Augustaschule, Kleindekenstraße 16/19, **vom 13. Mai 1893 ab stattfinden.** Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorschristsmäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind **spätestens bis zum 13. April 1893** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: a. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerin bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung; 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerin; b. von den übrigen bezeichneten Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen) angegeben ist; 2) ein Tauf- bezw. ein Geburtschein; 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigt ist; 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w.; 5) ein Zeugnis über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin; 6) ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Der bestimmte Anmeldetermin ist **genau** innezuhalten. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug; b. ein Häfelnduch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Kante umgeben ist; c. ein gewöhnliches Mannshemd (Herren-Nachthemd); d. ein Frauenhemd; e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstopfe, sowie eine Strickstopfe ausgeführt ist; f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorzukommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingesehten Kragen; eine weiße und eine bunt farrierte Gitterstopfe; eine Körperstopfe; zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich; drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberin. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem

dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungskommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgefahren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulkasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 M. Prüfungs- und 1 M. 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welche letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 22. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

30. Die Prüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für den französischen und englischen Sprachunterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen wird in Berlin im Lokale der Elisabethschule, Kochstraße 65, **vom 29. Mai 1893 ab stattfinden.** Zu der Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet und ihre sittliche Unbescholtenheit, sowie ihre körperliche Befähigung zur Verwahrung eines Lehramtes nachgewiesen haben. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind **spätestens bis zum 30. April 1893** einzureichen und es ist in dem Gesuche anzugeben, ob die Ablegung der Prüfung in beiden Sprachen und wenn nur in einer, in welcher von beiden sie beabsichtigt wird. Der Anmeldetermin ist **genau** innezuhalten. Der Meldung ist beizufügen 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist; 2) ein Tauf- bezw. Geburtschein; 3) Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und über etwa schon bestandene Prüfungen; 4) ein amtliches Führungszeugnis; 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestellt Zeugnis über den Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung sind 12 M. Prüfungsgebühren und 1,50 M. Stempelgebühren zu entrichten. Die letzteren werden der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückgezahlt werden.

Berlin, den 22. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

22. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 10. Juli d. J. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von 3 1/2 procentigen Rentenbrieffen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoin's gezogen worden:

Litt. G. zu 1500 M. 1 Stück und zwar die N^o 6.

Litt. J. zu 75 M. 2 Stück und zwar die N^o 24 36.

Litt. K. zu 30 M. 2 Stück und zwar die N^o 12 20.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in courosfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. I. N^o. 7—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkass^e, Klosterstraße Nr. 76 I. vom 2. Januar 1895 ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 2. Januar 1895 ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1905 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kass^e kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 24. August 1894.

Königliche Direction

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Bromberg.

B e k a n n t m a c h u n g .

61. Mit Ende dieses Monats wird der auf der Bahnstrecke Insterburg-Lyd in Kilometerstation 24,51 gelegene Personen-Haltepunkt Spiroseln für den Personen-Verkehr geschlossen und vom 1. Dezember d. J. ab in Kilometerstation 24,905 für den Personenverkehr eröffnet. Eine Aenderung der Abfahrt der Züge von Spiroseln tritt hierdurch nicht ein. Näheres ist bei den Bahnhofsvorständen zu erfahren.

Bromberg, den 24. November 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

B e k a n n t m a c h u n g .

62. Für diejenigen Thiere und Gegenstände, welche auf der vom 18. bis 21. November d. J. in Potsdam von dem Verein Dettel veranstalteten Geflügel-Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird von den Preussischen Staatseisenbahnen eine Frachtbeförderung in der Art gewährt, daß nur für die Hinförderung die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, die Rückbeförderung an die Versand-Station und den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des ursprünglichen Frachtfreies bezw. des Duplikat-Beförderungsscheines für den Hinweg, sowie durch eine Bescheinigung der Ausstellungs-Kommission nachgewiesen wird, daß die Thiere und Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn die Rückbeförderung innerhalb 4 Wochen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

In den ursprünglichen Frachtbriefen bezw. Duplikat-Beförderungsscheinen für die Hinförderung ist ausdrücklich zu vermerken, daß sie mit denselben ausgegebenen

Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Bromberg, den 30. November 1894.

Königliche Eisenbahn-Direction.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Unter den Werken des Fuhrherrn Stahr hier selbst, Kirchstraße 16, ist die Koprantheit ausgebrochen.

Charlottenburg, den 25. November 1894.

Königliche Polizei-Direction.

Schiffahrtssperre.

Wegen Anschlusses des neuen Seiten-Canals Malchow-Garwig an die bestehende Wasserstraße wird die Schiffahrt auf der Elbe beim Dorfe Malchow unterhalb Parchim vom 3. Dezember d. J. an auf längere Zeit und zwar voraussichtlich bis Frühling 1895 gesperrt sein.

Schwerin, den 20. November 1894.

Großherzogliche Flußbauverwaltungs-Commission.

Personalchronik.

Der an die hiesige Königliche Regierung versetzte Regierungsrath Rohde hat seine Dienstgeschäfte übernommen.

Der Regierungsdassessor Reßler ist dem Landrathe des Kreises Osthavelland zur Hülfeleistung in den landrätlichen Geschäften zugetheilt worden.

Im Kreise Däprignitz ist an Stelle des Wundbesizers Fromm zu Bärensprung, welcher sein Amt Krankheit halber niedergelegt hat, der Rittergutsbesitzer von Klitzing zu Demerthin zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XLIII. — Granzow — ernannt worden.

In Stelle des verstorbenen Kreiswundarztes, Sanitätsrathes Dr. Guericke ist der pr. Arzt Dr. Otto Möbius zum Kreiswundarzt des Kreises Oberbarnim mit dem Sitz in Straußberg ernannt worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Forstausseher Hujung zu Tornow in der Oberförsterei Pehain ist zum Königlichen Förster ernannt und es ist ihm die Försterstelle Tornow in der vorbezeichneten Oberförsterei vom 1. Dezember d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Johannes Dörr, welcher die Försterstelle Friedrichsgüte in der Oberförsterei Neuendorf probeweise zu verwalten hat, ist zum Königlichen Förster ernannt und ist ihm diese Försterstelle vom 1. Dezember d. J. ab endgültig übertragen worden.

Dem Waldwärter Winkler zu Plogitz in der Oberförsterei Buchberg, Regierungsbezirk Danzig, ist die Flößmeisterstelle für das Dölln- und Tremmersfließ mit dem Wohnsitz zu Cappe in der Oberförsterei Zehdenick vom 1. Januar 1895 ab vorläufig auf Probe übertragen worden.

Der Landmesser Goeritz ist von Berlin nach Guben versetzt.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer Fischer ist zum Oberlehrer in Berlin ernannt und der 11. Realschule ebenda überwiesen worden.

Der hiesige Gemeindefchullehrer, Kandidat des höheren Lehramts Dr. Nooß ist zum Oberlehrer in Berlin ernannt und der 11. Realschule ebenda überwiesen worden.

Personalveränderungen im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam. **Statzmäßig angestellt ist:** der Postpraktikant Wittmann in Briesen als Postsekretair.

Versetzt sind: der Ober-Postassistent Godde von Strausberg Stadt nach Brandenburg (Havel), der Postassistent Gruber von Zehdenick nach Dranienburg, der Postassistent Garisch von Dranienburg nach Zehdenick.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die Berliner Börsen-Zeitung und das Kreisblatt für die Westprignitz. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften, erfolgt, außer durch den

Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger nur durch das Kreisblatt für die Westprignitz.

Potsdam, den 1. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Von dem unterfertigten Amtsgericht sind für das Kalenderjahr 1895 zur Einrückung der öffentlichen Bekanntmachungen der öffentliche Anzeiger zum Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin, das Teltower Kreisblatt und die Pössische Zeitung bestimmt.

Königs-Wusterhausen, den 17. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1895 werden die Eintragungen in das Handelsregister in dem deutschen Reichsanzeiger, der Stettiner Ostseezeitung, der Schwedter Zeitung und dem Schwedter Tageblatt veröffentlicht.

Schwedt, den 28. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

Im Jahre 1895 werden die Eintragungen in das Genossenschaftsregister für kleinere und größere Genossenschaften im deutschen Reichsanzeiger und in der Schwedter Zeitung veröffentlicht.

Schwedt, den 28. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Name und Stand des Ausgewiesenen	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1	2	3	4	5	6

Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

1	Johann Richter, Fleischergehilfe,	geboren am 11. März 1857 zu Hartmannsdorf, Kreis Gitschin, Böhmen, ortsdangerig ebendaselbst,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	18. Oktober 1894.
2	Engelbert Scharrel, Arbeiter,	geboren am 19. März 1860 zu Deutsch-Märzdorf, Bez. Schönberg, Mähren, ortsdangerig ebendaselbst,	Petteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	13. Oktober 1894.
3	Giovanni Simoni, Erdarbeiter,	26 Jahre alt, geboren zu Odeffa, Italien,	Landstreichen,	Großherzoglich heftisches Kreisamt Darmstadt,	19. Oktober 1894.
4	Anna Spinar, ledig,	geboren am 26. September 1847 zu Werdby, Böhmen,	Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	16. Oktober 1894.
5	Eduard Berk, Gärtnerbursche,	geboren am 11. Februar 1873 zu Topole, Gemeinde Lafacovo, Bezirk Pettau, Steiermark, österreichischer Staatsangehöriger,	Landstreichen und Gebrauch eines fremden Arbeitsbuchs,	Königlich bayerisches Bezirksamt Kausen,	26. September 1894.

Auf. Nr.	Name und Land	Alter und Geburtsort	Grund der Verurteilung	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	1	2	3	4	5
6	Franz Corac, Schneider,	geboren am 18. August 1863 zu Triest, Lestereich, ortsangehörig zu Saint-Martin unter Groß-Rohlsenberg, Bezirk Laibach, Krain,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	5. Oktober 1894.
7	Max Corvessie, Kellner,	geboren am 15. Januar 1851 zu Krasau, Galizien, österreichischer Staatsangehöriger,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Wiesbaden,	29. Oktober 1894.
8	Andreas Garbini, Musiker,	geboren am 8. Juni 1858 zu Cesia Godana, Distrikt Spessia, Provinz Genua, Italien, ortsangehörig ebenda selbst,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	18. Oktober 1894.
9	Johann Oerßen, Hausfrier,	geboren am 11. August 1863 zu Tüßbergen, Provinz Overijssel, Niederlande,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabruk,	27. Oktober 1894.
10	Joelr Johane, Schlossergeselle,	geboren am 10. März 1847 zu Amsterdon, Niederlande,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg,	22. Oktober 1894.
11	Heinr. Johann Voro, Arbeiter,	geboren am 14. Januar 1877 zu Kröfsmöla bei Kalmar, Schweden, schwedischer Staatsangehöriger,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Danabruk,	29. Oktober 1894.
12	Johann Yimberger, Fabrikarbeiter,	geboren am 9. April 1872 zu Gmunden, Ober-Österreich, ortsangehörig zu Puchers ebenda selbst,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	23. Oktober 1894.
13	Johann Defatis, Schneidergeselle,	geboren am 28. Februar 1875 zu Budapest, ortsangehörig ebenda selbst,	Vandstreichen u. Diebstahl,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	30. Oktober 1894.

Die durch Beschluß des Kaiserlichen Bezugs-Präsidenten zu Colmar vom 27. August d. J. verfügte Ausweisung des Photographen Karl Zohmann aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß Zohmann deutscher Reichsangehöriger ist.

Hierzu
eine Beilage, enthaltend Bestimmungen und Satzungen der Union Assurance-Société in London,
sowie fünf öffentliche Anzeigen.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einrätige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigiert von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Pappschon Erben.

Amtsblatt

der Königlichcn Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 50.

Den 14. Dezember

1894.

Bekanntmachung.

Das am Freitag den 28. d. Mts. zur Ausgabe gelangende 52. Stück des Amtsblattes wird der Weihnachtsfeiertage wegen bereits am Montag den 24. d. Mts. abgeschlossen. Die für das 52. Stück bestimmten Bekanntmachungen sind bis zu diesem Tage:

24. Dezember Vormittags 10 Uhr

der Amtsblatt-Redaction zu übersenden.

Potsdam, den 10. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Allerhöchster Erlaß.

Auf Ihren Bericht vom 3. Oktober d. J. will Ich genehmigen, daß bei dem von der Staatsbauverwaltung auszuführenden Neubau der Templiner Stadtschleuse und der Regulirung des Templiner Kanals im Regierungsbezirk Potsdam zur Entziehung und zur dauernden Beschränkung des für diese Bauten in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums das Enteignungsverfahren nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (W.-S. S. 221 ff.) in Anwendung gebracht werde.

Hubertusstod, den 11. Oktober 1894.

gez. Wilhelm K.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten. Rachweiser.

278. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Rittergutsbesizers Heuser zu Zehlendorf, des Aderbürgers

280.

Rachweiser des Monatsdurchschnitts der gezahlten höchsten Tagespreise einschließlich 5% Aufschlag im Monat November 1894 in den Hauptmarkorten des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Laufende Nummer.	Güter festsetzen je 50 Kilogramm.	Weiden für Kreis Weiden Stettin	Brandenburg für Kreis Weiden Land.	Potsdam für Kreis Weiden Land.	Berlin für Kreis Weiden Land.	Potsdam für Kreis Weiden Land.	Potsdam für Kreis Weiden Land.	Neu- ruppin für Kreis Weiden Land.	Schwedt für Kreis Weiden Land.	Wittenberg für Kreis Weiden Land.	Bemerkungen.
		M. 1894	M. 1894	M. 1894	M. 1894	M. 1894	M. 1894	M. 1894	M. 1894	M. 1894	
1.	Hafer	6 61	6 71	6 56	5 51	6 93	5 70	6 49	6 65	6 02	Für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Teltow sowie für die Stadt Spandau gilt Berlin als Hauptmarkort.
2.	Heu	—	2 52	2 36	2 36	2 43	2 63	2 13	2 33	1 32	
3.	Rübsen	—	2 10	1 84	1 83	2 03	2 63	2 20	1 58	1 58	

Potsdam, den 8. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Ernst Wilhelm zu Alt-Landenberg, des Möllerei-
besizers Zimmer zu Weissensee und des städtischen
Rieslgutes Hellersdorf (Kreis Niederbarnim).

Festgestellt ist der Milzbrand bei einer Kuh
des Bauerngutsbesizers Julius Lemke in Tremmen,
(Kreis Westhavelland), die Rotblausenke unter
den Schweinen des Möllerei-
besizers Mennicke zu
Potsdam, Victoriastraße Nr. 29.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche
unter dem Rindvieh der Witwe Hempel zu Neu-
Hohenschoenhausen und des Instituts der Alexianer-
Brüderschaft zu Weissensee (Kreis Niederbarnim).

Potsdam, den 11. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Schiffahrtsdirektor.

279. In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom
20. v. M. wird hiermit zur Kenntniss der Beteiligten
gebracht, daß auch die Kersdorfer Schleuse vom 1. Ja-
nuar bis 15. Februar 1895 gesperrt sein wird.

Potsdam, den 10. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Reisende Nummer	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markte				
		Es kosten je 100 Kilogramm														Es
												Rindfleisch				
		Weizen	Roizen	Gerste	Hafers	Erbsen	Breiebohnen	Linien	Kartoffeln	Knoblauch	Knollens	im Großhandel	von der Seele	aus der Seele		
		M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	M. 97	
1	Angeimünde	11.50	11.23	11.67	11.02	25.00	27.00	37.50	3.75	3.00	2.00	1.50	1.10	1.35	1.20	
2	Beeslow	10.97	11.74	12.27	25.00	27.50	45.00	4.00	4.00	4.00	4.00	1.00	1.20	1.00	1.00	
3	Brandenburg	12.04	11.04	10.58	11.91	27.00	29.00	31.00	4.05	3.50	4.40	1.89	1.40	1.20	1.20	
4	Dahme	12.94	11.31	12.14	12.30	40.00	50.00	3.50	3.50	2.50	5.00	1.20	1.20	1.20	1.20	
5	Eberwalde	12.46	11.38	11.94	11.92	21.00	21.00	32.00	5.00	4.00	4.00	1.20	1.40	1.20	1.20	
6	Favelberg	11.70	11.09	12.25	12.91	25.50	28.50	37.50	4.00	2.75	1.50	1.12	1.35	1.15	1.15	
7	Jüterbog	12.79	10.94	12.67	12.08	24.87	20.00	29.75	4.37	4.00	4.50	1.40	1.20	1.20	1.20	
8	Luderswalde	12.59	10.98	11.43	11.54	35.00	35.00	45.00	3.80	3.40	4.25	1.16	1.20	1.20	1.20	
9	Perleberg	12.08	10.88	11.20	10.15	20.00	22.00	22.50	4.39	3.84	4.25	1.23	1.50	1.15	1.15	
10	Potodam	10.78	12.56	20.19	29.94	20.88	4.56	3.65	4.73	95	1.50	1.30	1.30	1.30	1.30	
11	Prenzlau	11.80	11.43	11.37	10.51	27.00	26.00	40.00	4.69	4.50	2.75	4.25	1.40	1.10	1.10	
12	Prignitz	12.38	10.50	13.38	10.88	19.00	20.00	30.00	5.00	3.25	2.25	3.50	1.40	1.20	1.20	
13	Ratzenow	11.96	10.66	10.90	11.89	22.50	22.50	32.50	3.74	2.83	3.25	1.20	1.40	1.30	1.30	
14	Reh-Ruppin	14.00	11.60	12.12	11.90	35.00	35.00	50.00	4.12	4.17	4.07	1.06	1.35	1.15	1.15	
15	Schwedt	12.46	11.50	12.13	12.66	26.66	31.25	37.50	4.00	3.00	4.40	1.10	1.10	1.20	1.20	
16	Spandau	12.00	12.50	11.10	12.50	28.00	29.50	32.50	5.04	3.25	4.00	1.15	1.60	1.20	1.20	
17	Strausberg	13.05	10.75	14.50	14.60	23.00	32.00	38.00	4.00	4.50	2.50	5.75	1.00	1.00	1.30	
18	Teltow	11.15	14.33	13.53	30.00	29.00	47.50	5.00	3.50	2.00	5.00	1.15	1.55	1.10	1.10	
19	Templin	11.00	11.25	10.50	35.00	32.00	45.00	3.50	3.00	2.00	3.50	1.00	1.20	1.00	1.00	
20	Treuenbriegen	12.78	11.10	10.00	12.00	12.00	12.00	12.00	4.00	3.00	4.00	1.00	1.10	1.20	1.20	
21	Wurth	13.75	11.38	12.00	11.37	15.50	28.00	35.00	3.94	3.00	3.67	1.05	1.15	1.05	1.05	
22	Wriezen a. D.	12.09	10.90	12.51	11.04	24.80	24.40	29.50	3.81	2.59	1.80	3.90	1.20	1.30	1.20	
Durchschnitt		12.45	11.15	12.56	11.90	25.00	27.00	37.50	4.19	3.42	4.16	1.07	1.30	1.10	1.10	

Potodam, den 8. Dezember 1891.

Potodam, den 8. Dezember 1891.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise im Monat November 1891

77. A. Engros-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

In Berlin:

jür 100 Kgr. Weizen (gut)	13 Mark 34 Pf.
do. (mittel)	12 " 59 "
do. (gering)	11 " 87 "
Reggen (gut)	11 " 43 "
do. (mittel)	11 " 11 "
do. (gering)	10 " 87 "
Gerste (gut)	16 " 55 "
do. (mittel)	13 " 60 "
do. (gering)	10 " 70 "
Hafer (gut)	14 " 00 "
do. (mittel)	12 " 70 "
do. (gering)	11 " 40 "
Erbsen (gut)	17 " 05 "
do. (mittel)	15 " 84 "
do. (gering)	14 " 60 "

jür 100 Kgr. Roggen 4 Mark 09 Pf.,
do. do. 4 " 90 "
Monats-Durchschnitt der höchsten Berliner
Tagespreise einschließlich 3% Aufschlag
jür 50 Kgr.

Hafer Stroh Hen
im Monat November 7,67 Mk., 2,32 Mk., 3,27 Mk.

B. Detail-Marktpreise im Monatsdurchschnitt.

1) In Berlin:

jür 100 Kgr. Erbsen (gelbe; roten)	30 Mark 64 Pf.
Erbsenbohnen (weiße)	35 " 04 "
Linien	45 " 16 "
Kartoffeln	5 " 00 "
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1 " 40 "
1 " Rindfleisch (Bauchfleisch)	1 " 10 "
1 " Schweinefleisch	1 " 28 "
1 " Kalbfleisch	1 " 26 "
1 " Hammelfleisch	1 " 20 "
1 " Erbsen (geräuchert)	1 " 45 "
1 " Eßbutter	2 " 30 "
60 Stück Eier	4 " 01 "

für 1 Algr. Speisesalz 20 Pf.,
 1 Schmeinschmalz (hiefiges) 1 = 30 =
 Berlin, den 6. Dezember 1894.

Königliches Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Bekanntmachung.

31. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Stadt-
 schullehrer-Seminar zu Berlin wird **am 3. und
 4. April 1895** abgehalten werden. Die An-
 meldungen sind **bis zum 13. März 1895** an
 den Herrn Seminar-Direktor Schulrath Paasche ein-
 zureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf,
 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revacci-
 nationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von
 einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte,
 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des
 Vaters oder an dessen Stelle des Nachsverpflichteten,
 daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten
 während der Dauer des Seminars gewähren
 werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er
 über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 28. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

32. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Stadt-
 schullehrer-Seminar zu Berlin wird **vom 28.sten
 März 1895 ab** abgehalten werden. Zu dieser
 Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete
 Schulkandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr
 zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind
bis zum 28. Februar 1895 an uns einzureichen
 und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der
 Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines
 Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Ge-
 sundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine
 Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und
 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung,
 daß sie der Einsender selbständig gefertigt hat. Erfolgt auf
 die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich
 die betreffenden Schulkandidaten am Tage vor
 Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um
 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 28. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

33. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen
 Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **vom 13ten
 Mai 1895 an** abgehalten werden. Die Anmel-
 dungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungs-
 bezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind **bis zum
 13. April 1895** durch die bezüglichen Kreis-Schul-
 Inspektoren an uns einzureichen und denselben beizu-
 fügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die be-
 standene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schul-
 Inspektors, 3) eine von dem Examinanden selbständig ge-
 fertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes
 Thema, mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine

Probezeichnung und 5) eine Probechrift. Der Examinand
 hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten
 selbständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatze
 keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe.
 Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so
 haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn
 der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor
 um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 26. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

34. Die zweite Lehrerprüfung im Königlichen Stadt-
 schullehrer-Seminar zu Berlin wird **vom 18ten
 Juni 1895 an** abgehalten werden. Die An-
 meldungen hiesiger Lehrer sind **bis zum 19. Mai
 1895** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an
 uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das
 Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste
 Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors,
 3) eine von dem Examinanden selbständig gefertigte
 Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes
 Thema, mit der Angabe der dazu benutzten Quellen,
 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probechrift. Der
 Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die
 drei Arbeiten selbständig angefertigt und zu dem pä-
 dagogischen Aufsatze keine anderen als die angegebenen
 Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein
 ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden
 Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung
 dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags
 vorzustellen.

Berlin, den 28. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

35. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schul-
 lehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **vom 21sten
 März 1895 an** abgehalten werden. Zu dieser
 Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete
 Schulkandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr
 zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind
bis zum 21. Februar 1895 an uns einzureichen
 und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der
 Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines
 Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesund-
 heitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine
 Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und
 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung,
 daß sie der Einsender selbständig angefertigt hat. Erfolgt
 auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben
 sich die betreffenden Schulkandidaten am Tage
 vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor
 um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 26. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

36. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-
 Seminar zu Neu-Ruppin wird **am 27. und 28.
 März 1895** abgehalten werden. Die Anmeldungen

sind **bis zum 5. März 1895** an den Herrn Seminar-Direktor Hoffmann einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 26. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

37. Die zweite Lehrerprüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird **vom 27. bis 28. März 1895** an abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind **bis zum 27. April 1895** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß über die bestandene erste Prüfung, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit Angabe der dazu benutzten Quellen, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Der Examinand hat die Versicherung abzugeben, daß er die drei Arbeiten selbstständig angefertigt und zu dem pädagogischen Aufsatz keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 26. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

38. Die Aufnahme-Prüfung am königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird **am 27. und 28. März 1895** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 6. März 1895** an den Herrn Seminar-Direktor Schulrath Eckert einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 28. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

39. Die Entlassungs-Prüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Prenzlau wird **vom 21. bis 22. März 1895** an abgehalten werden. Zu dieser

Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **bis zum 21. Februar 1895** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 28. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

40. Die Aufnahme-Prüfung am königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird **am 20. und 21. März 1895** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind **bis zum 26. Februar 1895** an den Herrn Seminar-Direktor Dr. Gregorovius einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 26. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

31. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß von der verwitweten Frau Postdirektor Dittie Jarzambek, geb. Bloß, in Königs (Westpr.) folgende Staatsschuldurkunden:

- 1) die Staatsschuldscheine von 1842 Lit. F. Nr. 199207 und 209456 über je 100 Thlr.,
- 2) die Schuldverschreibungen der konsolidirten 3 1/2 % igen Staatsanleihe

a. von 1887/88 Lit. E. Nr. 101937 über 300 M. und

b. von 1890 Lit. E. Nr. 583397 über 300 M.

angeblich verbrannt worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Gebauer zu Königs (Westpr.) anzuzeigen, widrigenfalls

das gerichtliche Aufgebotverfahren behufs Kräftigung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 10. Dezember 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Druckfehler-Berichtigung. In der in Stück 47 dieses Amtsblatts enthaltenen Bekanntmachung der Königl. Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg vom 17. November d. J. ist bei Angabe der ausgelassenen Rentenbriefe Litt. B. zu lesen nach Nr. 1788 statt Nr. 2356 die Nr. 2346.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Bekanntmachung.

20. Mit Genehmigung des Herrn Finanz-Ministers wird das Königl. Steuer-Amt II. Klasse in Treuenbriezen im Bezirke des Königl. Haupt-Steuer-Amtes zu Brandenburg a. O. vom 1. Januar 1895 ab unter Errichtung einer Stempel-Distribution daselbst aufgehoben.

Dies wird hierdurch mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von dem gedachten Zeitpunkte ab der bisherige Hebezirk des genannten Steuer-Amtes dem Hebezirk des Königl. Steuer-Amtes I. Klasse in Belgig zugetheilt wird.

Berlin, den 6. Dezember 1894.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Kanalsperre.

Während des nächsten längeren Eisstandes, spätestens aber am 1. Januar 1895, wird Behufs Vornahme nothwendiger Reparaturen an den beiden Plauer Schleusen der Plauer Kanal von Cade bis Plau auf vier Wochen gesperrt werden.

Magdeburg, den 19. November 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Personalchronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. Heise in Rathenow den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen.

Im Kreise Templin ist an Stelle des verstorbenen Amtsvorstehers T. L. zu Regow der Rittergutspächter Gaube ebendasselbst zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XI. — Templin — ernannt worden.

Der bisherige Provinzialvikar Otto Gottlob Hagena ist zum Pfarrer der Pfarodie Stolpe, Diözese Angermünde, bestellt worden.

Dem Rector und Lehrer Johann Friedrich Wilhelm Besener zu Michendorf, Diözese Potsdam I., ist der Titel „Rector“ verliehen worden.

Die Lehrerinnen Willrich, Bahr II., Kaul, Kestler I., Rothenburg, Pomtow und Musch sind als Gemeindeschullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin.

Im Laufe des Monats November 1894 sind

versetzt von Berlin die Postsekretäre Großmann nach Hamburg, Th. Meier nach Erfurt, Zander nach Arnberg, Ober-Postassistent Liebig nach Pöln, die Postassistenten Corr. nach Aachen, Höck nach Greifswald,

nach Berlin Postdirektor Gartmann aus Pudenwalde, Postinspektor Wächter aus Scherwin (Medlb.), ernannt zum Ober-Postassistenten Postassistent Hildebrand,

etatmäßig angestellt als Telegraphenassistenten die Telegraphenambvierer J. W. Franke, Lüdke, Bachmann,

als Postassistent Postassistent Pirow,

in den Ruhestand versetzt Postdirektor Donner,

Postsekretär Buchholz (künftiger Wohnort Pöln),

entlassen Postassistent Dinger,

gestorben Postdirektor Dr. D. Vouché.

Bermischte Nachrichten.

Die Kurse für Lehrer im Obstbau finden im Jahre 1895 am Königl. pomologischen Institute zu Proskau vom 26. März bis 10. April und vom 15. bis 24. August statt. Die Kurse für Baumgärtner und Baumbäuer werden vom 4. bis 16. März und vom 5. bis 14. August abgehalten. Der Unterricht wird unentgeltlich ertheilt. Ueber den Plan des vom 17. bis 22. Juni abzuhaltenden Pflanzenkrankheitskurses wird f. Zt. weitere Bekanntmachung erfolgen.

Proskau, den 24. November 1894.

Der Direktor.

Bekanntmachung.

Im Laufe des Jahres 1895 werden für den hiesigen Bezirk die Bekanntmachungen A. aus dem Handelsregister und aus dem Genossenschaftsregister, soweit nicht zu B. eine Ausnahme bestimmt ist, durch 1. den deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, 2. die Berliner Börsenzeitung, 3. das Potsdamer Intelligenzblatt, B. aus dem Genossenschaftsregister hinsichtlich kleinerer Genossenschaften durch die zu A. 1. und 3. genannten Blätter, C. aus dem Zeichen- und Musterregister nur durch das zu A. 1. genannte Blatt erfolgen. Die auf die vorgenannten Register bezüglichen Geschäfte werden bei Abtheilung I. durch den Amtsgerichtsrath Pohse und den Sekretär Walter bearbeitet werden.

Potsdam, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Geschäftsjahr 1895 wird die öffentliche Bekanntmachung der Eintragungen I. in das Firmen-, Gesellschafts- und Procurentregister durch a. den deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. das Niederbarnimer Kreisblatt, d. die Liebenwalder Zeitung; II. in das Genossenschaftsregister durch die a. h. d. bezeichneten Blätter und durch den Anzeiger des Regierungs-Amtes.

blatts; für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Liebenwalder Zeitung; III. in das Musterregister sowie von Zeichnungen in dem Zeichenregister durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen.

Liebenwalde, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Die Eintragungen in unser Genossenschaftsregister werden im Jahre 1895 für größere und kleinere Genossenschaften im Deutschen Reichsanzeiger und in der Oderberger Zeitung veröffentlicht.

Oderberg i. M., den 6. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Die Eintragungen in unser Handels- und Musterregister werden im Jahre 1895 im Deutschen Reichsanzeiger und in der Oderberger Zeitung veröffentlicht.

Oderberg i. M., den 6. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch den Anzeiger des Potsdamer Regierungs-Amtsblattes und die Märkische Zeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Märkische Zeitung.

Potsdam, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1895 werden die Eintragungen in das Handelsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsenzeitung, die Eintragungen in das Genossenschaftsregister für größere und kleinere Genossenschaften durch den Deutschen Reichsanzeiger und das hiesige Hilscher'sche Wochenblatt bekannt gemacht werden.

Pahme, den 1. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Die in Art. 14 des Handelsgesetzbuches vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im Laufe des Geschäftsjahres 1895 im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, sowie in der Prenzlauger Zeitung.

Prüßow, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Im Jahre 1895 werden die Eintragungen a) in unser Genossenschaftsregister und Handelsregister durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsen-Zeitung, 3) die Rixdorfer Zeitung, 4) das Rixdorfer Tageblatt, b) in unser Zeichen- und Musterregister durch den Deutschen

Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, c) für etwaige kleinere Genossenschaften in das Genossenschaftsregister nur durch 1) den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Rixdorfer Zeitung veröffentlicht werden. Die auf die Register bezüglichen Geschäfte werden durch den Amtsrichter Schöffing unter Mithilfe des Secretairs Rathenow bearbeitet.

Rixdorf, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und die Pritzwalder Nachrichten. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Pritzwalder Nachrichten.

Pritzwall, den 1. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Im Jahre 1895 werden für den diesseitigen Bezirk die Bekanntmachungen aus dem Handels- und Genossenschafts-Register a) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b) in der Berliner Börsenzeitung und für kleinere Genossenschaften außer dem Deutschen Reichs-Anzeiger in der Zauch-Beßiger Zeitung in Treuenbriegen erfolgen.

Treuenbriegen, den 29. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895 durch den „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch die „Berliner Börsenzeitung“ und die „Märkische Zeitung“. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den „Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger“ nur durch die „Märkische Zeitung“.

Rheinsberg, den 1. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a n n t m a c h u n g.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895 durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem durch das Kreisblatt für die Ost-

Prignitz und die Prignitzer Zeitung, für das Handelsregister allein ferner noch durch die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen betreffend die kleineren Genossenschaften erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch das Kreisblatt für die Ost-Prignitz. Wustfod, den 5. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895

- 1) durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger für das Handels- und Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — außerdem noch durch
- 2) die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin,
- 3) die Gransee'er Zeitung.

Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger nur durch die Märkische Zeitung zu Neu-Ruppin.

Gransee, den 5. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung,

betreffend die Abhaltung der Gerichtstage in Gramzow.

Die Gerichtstage in Gramzow sind für das Jahr 1895 festgesetzt auf den 8. und 9. Januar, 5. und 6. Februar, 5. und 6. März, 2. und 3. April, 7. und 8. Mai, 11. und 12. Juni, 2. und 3. Juli, 1. und 2. Oktober, 5. und 6. November, 3. und 4. Dezember. Die Gerichtssitzung beginnt an allen Tagen um 10 Uhr Vormittag. Der zweite Terminstag ist vorzugsweise zur Aufnahme von Anträgen und Verhandlungen und zur Auskunftsvertheilung u. s. w. in denselben Fällen bestimmt, in welchen sich die Beteiligten einfänden, ohne geladen zu sein. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch in diesen Fällen eine rechtzeitige vorherige Anmeldung des Erscheinens mit kurzer Angabe des Zwecks derselben häufig dringend empfiehlt, damit die betreffenden Akten herbeigeschafft und Hindernisse, welche sonst etwa der alsbaldigen Erledigung der Sache entgegenstehen würden, beseitigt werden können. Namentlich trifft dies zu in Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen, sowie in sonstigen Sachen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit. Auflassungserklärungen können ohne solche Anmeldung regelmäßig nicht aufgenommen werden. Schließlich wird ausdrücklich bemerkt, daß auch Anträge

auf Eintragung in die Landgüterrolle auf dem Gerichtstage gestellt werden können.

Angermünde, den 17. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

An folgenden Tagen werden im Jahre 1895 Gerichtstage in Niemege im Rathhause abgehalten werden, und zwar für den Stadtbezirk Niemege, sowie für die Amtsbezirke Bokdorf, Dahnsdorf und Zeuden: 1) 26. Januar, 2) 23. Februar, 3) 30. März, 4) 27. April, 5) 25. Mai, 6) 29. Juni, 7) 31. August, 8) 28. September, 9) 26. Oktober, 10) 30. November, 11) 28. Dezember. Ferner wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß den Eigenthümern eintragungsfähiger Grundstücke gestattet ist, Anträge auf Eintragung in die Landgüterrolle auf Grund des Gesetzes vom 10. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 111) auch auf den außerhalb des Gerichtssitzes stattfindenden Gerichtstagen zu stellen.

Belzig, den 19. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

Die Gerichtstage für den Gerichtsbezirk Joachimsthal sind auf die nachbezeichneten Tage festgesetzt: 3., 17. Januar, 7., 21. Februar, 7., 21. März, 4., 18. April, 2., 16. Mai, 6., 20. Juni, 4., 18. Juli, 5., 19. September, 3., 17. Oktober, 7., 21. November, 5., 19. Dezember. Das Gerichtstagslokal ist das der früheren Gerichts-Kommission Joachimsthal.

Eberswalde, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Die Gerichtstage für den Gerichtsbezirk Biesenthal sind für das Jahr 1895 auf nachbezeichnete Tage festgesetzt: 4., 18. Januar, 1., 15. Februar, 1. 15. März, 5., 19. April, 3., 17. Mai, 7., 21. Juni, 12. Juli, 16. August, 13., 27. September, 11., 25. Oktober, 8., 22. November, 6., 20. Dezember. Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Biesenthal.

Eberswalde, den 3. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels- und Genossenschaftsregister des unterzeichneten Gerichts werden im Jahre 1895 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und den Baruther Anzeiger, und soweit sie kleinere Genossenschaften betreffen, durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, sowie den Baruther Anzeiger veröffentlicht werden.

Baruth, den 6. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1.	a. Die Zigeuner: Josef Balaszy, Schmied,	geboren im Jahre 1826 zu Zafopce, Komitat Trenesin, Ungarn, orts- angehörig zu Czeho- wig, Bezirk Bielitz, Oesterreichisch-Schle- sien,			
	b. Anton Balaszy, Schmied,	geboren am 5. Februar 1867 zu Czehowig, Bezirk Bielitz, orts- angehörig ebendaselbst,	Landrath u. Beireth,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	19. Oktober 1894.
	c. Stephan Balaszy, Schmied,	geboren im Februar 1864 zu Czehowig, Bezirk Bielitz, ortsan- gehörig ebendaselbst,			
2.	David Piffchütz, Privatlehrer,	geboren im Dezember 1872 zu Winniza, Bezirk Kamenez, Gou- vernement Podolien, Rußland, ortsangehö- rig zu Berditschew, Gouvernement Kiew, ebendaselbst,	Landrath u. Beireth,	Königlich bayerische Polizei-Direktion München,	23. Juli 1894.
3.	Josef Penner, Bäcker,	geboren am 13. März 1872 zu Wertheim, Bezirk Neutischheim, Mähren, ortsangehö- rig zu Scherpfowitz, Bezirk Jmáim, eben- daselbst,	Landrath u. Beireth,	Königlich preussischer Polizei-Präsident zu Berlin,	5. Oktober 1894.
4.	Eduard Karl Fraije, Weber,	geboren am 14. März 1841 zu M- Barnsdorf, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsangehörig eben- daselbst,	Landrath u. Beireth,	Großherzoglich heß- isches Kreisamt Mainz,	12. November 1894.
5.	Karl Reichelt, Schuhmacher,	geboren am 28. Sep- tember 1852 zu Trau- tenau, Böhmen, öster- reichischer Staatsan- gehöriger,	Landrath u. Beireth,	Königlich Sächsische Kreisoberhauptmann- schaft, Bautzen,	17. Oktober 1894.
6.	Ferdinand Spates, Schlosser,	geboren am 21. April 1875 zu Linz, Oester- reich,	Landrath u. Beireth,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Hannover,	10. November 1894.
7.	Josef Walbert, Schlachter und Bäcker,	geboren am 16. Mai 1821 zu Schlagen- wald, Böhmen, öster- reichischer Staatsan- gehöriger,	Landrath u. Beireth und verhe- rlichte Rückkehr,	Polizeibehörde zu Hamburg,	25. Oktober 1894.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Aufgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
8	Franz Wilhelmsen, Sattlergehilfe,	geboren am 1. August 1828 zu Apenrade, Preußen, ortsangehörig zu Ribe, Dänemark,	Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	6. November 1894.
9	Anna Gurtner, Kutshersfrau,	geboren am 3. Mai 1862 zu Wien, ortsangehörig zu Obernberg, Bezirk Nied., Oesterreich,	gewerbsmäßige Unzucht,	Königlich bayerisches Bezirksamt Pfarrkirchen,	17. Oktober 1894.
10	Luise Kaderle (Kaderli), geb. Hofreiter,	geboren am 23. August 1864 zu Chaur de fond, Kanton Neuchâtel, Schweiz, schweizerische Staatsangehörige,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg,	30. Oktober 1894.
11	Moses Levy, Zinngießer u. Händler,	geboren am 4. Mai 1844 zu Herford bei Zwolle, Niederlande, ortsangehörig ebenda,	Betrug, Fälschung von Legitimations-Papieren und Betteln,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Düsseldorf,	2. November 1894.
12	Klara Machuta, ledige Hausirerin,	geboren am 14. April 1874 zu Milin, Böhmen, österreichische Staatsangehörige,	Heblerei, schwerer Diebstahl und Landstreichen,	Königlich bayerisches Bezirksamt Sulzbach,	23. Mai 1894.
13	Franz Djala, Seemann,	geboren am 24. August 1870 zu Raumve, Finnland, ortsangehörig ebenda,	Sachbeschädigung und Landstreichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Schleswig,	31. Oktober 1894.
14	Philippert Redersdorff, Knecht,	geboren am 10. April 1845 zu Bentorf, Kreis Alsfeld, Elsass, durch Option Franzose,	Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	2. November 1894.
15	Franz Wilhelm Reif, Tuchmacher,	geboren am 23. September 1856 zu Dorf, Bezirk Reichenberg, Böhmen,	desgleichen,	Großherzoglich hessisches Kreisamt Darmstadt,	30. Oktober 1894.
16	Johann Schöberl, Steinmetz,	geboren am 18. Dezember 1861 zu Graz, Steiermark, österreichischer Staatsangehöriger,	desgleichen,	Königlich preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	7. November 1894.
17	Dominikus Seidl, Lithograph,	geboren am 24. April 1869 zu Wien, ortsangehörig zu Plöb, Gemeinde Rothensbaum, Bezirk Klattau, Böhmen,	Landstreichen u. Betteln,	Königlich bayerisches Bezirksamt Mühlbach,	29. Oktober 1894.

Hierzu eine Beilage, enthaltend den Sechsten Nachtrag zu dem Statut für das Berliner Pfandbrief-Institut, sowie Acht Oeffentliche Anzeiger.

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Wogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben.

Beilage

zum 50sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 14. Dezember 1894.

Allerhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 25. Oktober d. J. will Ich dem anliegenden, in Folge der Beschlüsse der Generalversammlungen des Berliner Pfandbrief-Instituts vom 29. Juni 1892 und 14. April d. J. aufgestellten sechsten Nachtrage zu dem Statute vom 8. Mai 1868 (Gesetz-Samm. S. 451) hierdurch mit der Maßgabe Meine Genehmigung ertheilen, daß der § 63 des Statuts, Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 und 3, folgende Fassung erhält: „Die Wahl der Deputirten und deren Stellvertreter sowohl für den Ausschuß als für die Generalversammlung geschieht durch Stimmzettel in mindestens vier getrennten Wahlgängen. Zuerst sind die Deputirten zu wählen. Nachdem deren Wahl verkündet, werden die Stellvertreter gewählt.“

Neues Palais, den 7. November 1894.

gez. **Wilhelm R.**

geez. von Köller. von Schelling. Miquel.
von Heyden.

An die Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen
und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Sechster Nachtrag.

zu dem Statut für das Berliner Pfandbrief-Institut vom 8. Mai 1868 (G. S. S. 450 ff.).*)

A.

Das Statut für das Berliner Pfandbrief-Institut wird in nachstehender Weise abgeändert.

I.

§ 4 Absatz 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

Jeder Grundbesitzer, der dem Berliner Pfandbrief-Institut beitreten will, hat sich deshalb bei der unter dem Namen „Berliner Pfandbrief-Anst.“ die Geschäfte des Instituts leitenden Direction (§ 53) unter Vorlegung des amtlich beglaubigten Situationsplans, des neuesten Hypothekenscheins und des Attestes der städtischen Feuer-Sozialität zu melden und gleichzeitig zur Befreiung der Verwaltungskosten 20 M. einzuzahlen.

Eine Rückzahlung dieser Gebühr findet nicht statt.

II.

Im § 5 Nr. 7 ist hinter dem Worte „zurückzahlen“ einzuschalten: „(§ 48)“.

*) Die Aenderungen des geltenden Statuts A und die Zusätze dazu sind durch gesperrten und fetten Druck der betreffenden Worte

III.

In das Statut wird aufgenommen:

§ 11a.

Berwandelt ein Mitglied des Pfandbrief-Instituts das auf seinem Grundstück eingetragene Pfandbriefdarlehn in ein solches geringeren Zinsfußes oder gleichen Zinsfußes, **jedoch in neuen Berliner Pfandbriefen**, so kann es bei dieser Gelegenheit über die Guthaben am Reserve- und Amortisationsfonds in gleicher Weise verfügen, wie im Falle der §§ 49 ff. vorgeschrieben ist, auch wenn die anderen Bedingungen der Kreditterneuerung noch nicht eingetreten sind.

Doch muß sich der Darlehnsnehmer in diesem Falle der grundbuchlich einzutragenden Bedingung unterwerfen, binnen zwei Jahren nach Aushändigung der neuen Pfandbriefe nicht zu kündigen.

IV.

Die §§ 17, 19 und 20 erhalten folgende Fassung:

§ 17.

Für die Beleihung der Grundstücke ist deren Bauwerth und Ertrag maßgebend nach folgenden näheren Bestimmungen:

§ 19.

Als Ertrag gilt der durchschnittliche Jahresertrag der letzten fünf Jahre vor dem Antrage auf Beleihung, welcher durch amtliche Auskunft der Steuer- und Einquartierungs-Deputation des Magistrats nachzuweisen ist.

Von diesem Durchschnittsertrage werden abgezogen:

1) die auf dem Grundstück lastenden Abgaben, Gebäude- und Haussteuer, Realabklevation und Feuerlößengeld und zwar, sofern diese Abgaben im Betrage nach nicht feststehen, nach dem fünfjährigen Durchschnitt;

2) Die Abtheilung II seines Grundbuchblattes etwa lastenden beständigen Lasten an Kanon u. s. w.;

3) für Unterhaltung und Miethsausfälle u. s. w. 4%.

§ 20.

Sind auf dem Grundstück Gebäude vorhanden, welche zur Zeit der Beleihung noch nicht fünf aber min-

des fünfjährigen Durchschnitts der Jahresdurchschnitt des Ertrags während der Dauer der Benutzung nach Angabe der Steuer- und Einquartierungs-Deputation, jedoch mit einem von der Direktion festzusetzenden Abzug, der bis zu 10% des Ertrages bemessen werden darf.

V.

An Stelle der §§ 21 bis 24a treten unter Fortfall der bisherigen §§ 21a, 23a und 24a — welche Schlussätze werden bei §§ 24 resp. 22 und 23 — und unter anderweiter Numerirung der §§ 21 bis 24 folgende Bestimmungen:

§ 21.

(Bisher § 22, bleibt übrigens unverändert.)

Wenn der auf einem Grundstücke vorhandene Gebäudekomplex durch die Errichtung neuer Gebäude vermehrt wird, so dürfen diese neuen Gebäude bei der Feststellung des Grundstückswerts sofort berücksichtigt werden, sobald durch Auskunft der Steuer- und Einquartierungs-Deputation des Magistrats nachgewiesen wird, daß der neue Anbau einen Ertrag liefert.

Doch bleibt der Direktion das Recht vorbehalten, in einem solchen Falle bei Feststellung des Ertragswerts dieser neuen Anbauten einen Abzug bis zu 10% zu machen.

§. 22.

(Bisher §§ 23 und 23a.)

Jedes Grundstück, welches einen nach §§ 19 und 20 zu ermittelnden Ertrag bringt, ist beleihbar nach Wahl des Grundstückseigenthümers

- a. bis zur Hälfte des Ertragswerts, oder
- b. bis zur Hälfte des Bauwerts (§ 18), oder
- c. bis zur Hälfte einer vom Eigenthümer beizubringenden gerichtlichen Tare des Grundstücks.

Als Ertragswert gilt das Zwanzigfache des in Gemäßheit der §§ 19 und 20 ermittelten Ertrages.

Durch einstimmigen Beschluß der Direktion kann der Ertragswert auf das 22fache des Ertrages festgestellt werden.

Grundstücke, bei welchen ein nach §§ 19 und 20 zu ermittelnder Ertrag nicht vorhanden ist, können nur auf einstimmigen Beschluß der Direktion bis zur Hälfte des Bauwerts oder bis zur Hälfte einer vom Eigenthümer beizubringenden gerichtlichen Tare beliehen werden.

Zur Beleihung über den Bauwert (§ 18) hinaus ist stets einstimmiger Beschluß der Direktion erforderlich.

§ 23.

(Bisher §§ 24 und 24a.)

Uebrigens ist die Direktion befugt, Anträge auf Beleihungen ganz zurückzuweisen, wenn sie dafür hält, daß nach der besonderen Natur oder Bestimmung des Grundstücks oder der Gebäude oder wegen sonst obwaltender Umstände für die Beleihung eine genügende und dauernde Sicherheit nicht vorhanden sein würde.

Gegen die diesfallsige Entscheidung der Direktion steht dem berechtigten Grundbesitzer der Rekurs an den Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin und gegen dessen Entscheidung an den Minister des Innern zu.

Gegen die Versagung der Beleihung gemäß § 22, letzter Absatz, findet der Rekurs nicht statt.

§ 24.

(Bisher § 21 Abs. 2 und § 21a.)

Werden Gebäude auf einem mit Pfandbriefen beliehenen Grundstück abgebrochen, und wird dadurch der Ertrag unter den der Beleihung zu Grunde gelegten Betrag oder der Bauwert unter die Höhe des Pfandbrief-Darlehns vermindert, so hat der Eigenthümer vor Beginn des Abbruchs eine nach Verhältnis der Ertrags- bzw. Bauwerts-Verminderung zu bemessende und von der Direktion der Höhe nach festzustellende Kaution in Berliner Pfandbriefen zu bestellen, widrigenfalls die Rückzahlung des Pfandbrief-Darlehns sofort von der Direktion gefordert werden kann. Die Kaution wird zurückgegeben in dem Umfange, in welchem die statutenmäßige Sicherheit als wiederhergestellt nachgewiesen wird.

Die Direktion ist befugt, durch einstimmigen Beschluß in geeigneten Fällen die Bestellung der Kaution in anderen Effekten oder in barem Gelde zu genehmigen oder auch von Erfordern einer Kaution überhaupt abzuheben.

VI.

Im das Statut wird aufgenommen:

§ 35a.

Zu den personellen Kosten gehört die Ansammlung eines Pensions-Fonds. Zu diesem Zwecke wird ein dem Betrage von 5% der pensionsfähigen Gehälter entsprechender Betrag alljährlich verwendet und gemäß § 39 der Bormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 zinsbar angelegt. Die Zinsen sind zunächst zur Auszahlung der Pensionen zu verwenden. Soweit es derselben hierzu nicht bedarf, wachsen dieselben dem Kapital des Pensions-Fonds zu.

Hat der Pensions-Fonds den vierfachen Betrag der pensionsfähigen Gehälter erreicht, so wächst er hinfort nur noch durch seine eigenen bei der Pensionszahlung nicht absorbirten Zinsen.

VII.

Im § 37 ist hinter den Worten: „in Berliner Pfandbriefen“ einzuschalten:

„oder anderen pupillariſch ſicheren Werthpapieren.“

VIII.

Absatz 2 und 4 des § 43 sind geändert. Es lautet jetzt der

§ 43.

Der am Schlusse eines halben Jahres nach § 42 sich ergebende Bestand des Amortisations-Fonds, soweit derselbe nicht in Pfandbriefen besteht, und soweit er durch 100 theilbar, ist zur Einlösung von Pfandbriefen bestimmt.

Die mit diesem Bestande durch baare Zahlung zu tilgenden einzelnen Points werden angekauft oder durch das Loos bestimmt und den Inhabern zum 2. Januar resp. 1. Juli gekündigt.

Die Kündigung muß 3 Monate vor dem Einlösungstermin erfolgen.

Sie geschieht durch einmalige Insertion in die für die Bekanntmachungen des Pfandbrief-Amtes bestimmten öffentlichen Blätter. Dieselbe muß mindestens drei Monate vor dem Zahlungstermin erfolgen.

IX.

Im § 44 treten Absatz 2 an Stelle der Worte: „bei dem Königl. Stadtgerichte zu Berlin eingezahlt, welches demnächst die Amortisation der nicht eingegangenen Pfandbriefe zu veranlassen hat,“

folgende Worte:

„bei der Hinterlegungsstelle zu Berlin eingezahlt und gleichzeitig das Aufgebot der nicht eingegangenen Pfandbriefe beantragt.“

X.

In Zeile 2 des § 50 sind die Worte „in Pfandbriefen“ zu streichen.

XI.

Folgende Fassung erhält

§ 58.

Auf sämtliche Beamte, mit Einschluß der Direktions-Mitglieder, finden die Vorschriften des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten (G.-S. S. 463) und die dasselbe ergänzenden bzw. abändernden Bestimmungen, insbesondere auch das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und das Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs-Behörden vom 1. August 1883 (G.-S. S. 195 folg. u. 237 folg.), Anwendung.

Bei den nicht pensionsberechtigten Beamten tritt an die Stelle der zwangsweisen Pensionierung die einfache Entlassung.

B.

Für die neu zu emittirenden „Neuen Berliner Pfandbriefe“ gelten folgende Bestimmungen:

I. Das Berliner Pfandbrief-Institut ist berechtigt, 3prozentige, 3½, 4, 4½ und 5prozentige Pfandbriefe auszufertigen, auf welche das Statut vom 8. Mai 1868

stehenden Bestimmungen Anwendung finden, soweit nicht die nachstehenden Bestimmungen Aenderungen enthalten. Diese Pfandbriefe werden als „Neue Berliner Pfandbriefe“ bezeichnet.

Ob und von welchem Zeitpunkt ab jede der verschiedenen Zinssklassen dieser Pfandbriefe auszufertigen ist, wird durch das Berliner Pfandbrief-Amt festgestellt.

II. Die Neuen Berliner Pfandbriefe werden in Stücken von 5000, 1000, 500, 200 und 100 M. ausgegeben. Ueberall, wo im Statut von Abrundung in „Hundertern“ oder „Hundertern von Thalern“ die Rede ist, tritt für die Neuen Berliner Pfandbriefe die Abrundung in Hunderten von Mark ein.

III. Für jede Zinssklasse der Neuen Berliner Pfandbriefe wird ein besonderer Reserve- und Amortisationsfonds angelegt. Der Verwaltungsfonds ist dagegen für die alten Pfandbriefe und für die neuen Berliner Pfandbriefe gemeinschaftlich, seine Ueberschüsse werden pro rata der Hypothekenskapitalien auf die verschiedenen Reserve- bzw. Amortisationsfonds des Pfandbrief-Instituts alljährlich vertheilt.

IV. Das Pfandbrief-Amt gewährt in den von demselben auszufertigenden Neuen Berliner Pfandbriefen die Darlehen, die stets in Hunderten von Mark abgerundet sein müssen, unter folgenden Bedingungen:

1. Der Schuldner hat beim Empfang des Darlehns ½ % desselben als Beitrag zum Reserve-Fonds baar zu zahlen;

2. er hat das Darlehn mit jährlich ½ % mehr zu verzinsen, als der Zinssuß der Pfandbriefe beträgt, in denen er das Darlehn erhalten hat;

3. er ist berechtigt, zur Tilgung seiner Kapitalschuld nach Ablauf von 2 Jahren seit Ausbändigung der Pfandbriefe jederzeit baare Zahlungen in beliebiger Höhe zu leisten (§ 42b);

4. die Zinsen sind vierteljährlich pränumerando in der Zeit vom 3. bis 10. Januar, 3. bis 10. April, 3. bis 10. Juli, 3. bis 10. October an die Kasse des Pfandbrief-Amtes baar oder in nicht verzinsten bereits fälligen Coupons von Berliner Pfandbriefen abzuführen;

5. für Kapital, Zinsen (Nr. 2), Kündigungs-, Einlagungs- und Vertheilungskosten muß Hypothek in der Art bestellt werden, daß die Eintragung innerhalb der in den §§ 17 bis 23 angegebenen Werthsgrenzen und zur ersten Stelle erfolgt;

6. die persönliche Verbindlichkeit aus dem Darlehensvertrage muß von jedem Besitzer des Grundstücks sofort beim Erwerbe desselben in einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde übernommen, die letztere auch spätestens vier Wochen nach diesem Zeitpunkte der Direction des Institutes eingesendet werden.

Das Pfandbrief-Institut ist befugt, nach seiner

Immobilienvermögen des Schuldners sich zu halten. Auf gerichtliche Zahlungseinstellungen kann sich der Schuldner nicht berufen.

7. Der Schuldner resp. der Besitzer ist befugt, das Darlehn nach Ablauf von 2 Jahren seit Ausbändigung der Pfandbriefe ganz oder theilweise zurückzahlen, er ist aber verpflichtet, sechs Monate vorher zu kündigen, und zwar so, daß die Zeit der Rückzahlung auf den 1. Juli oder 2. Januar fällt. Umfaßt die Kündigung nur einen Theil der Schuld, so muß die Summe durch Hundert theilbar sein.

Bei der Kündigung ist gleichzeitig zu erklären, ob die Rückzahlung baar oder in Pfandbriefen erfolgen soll.

Vor Ablauf von 2 Jahren ist Rückzahlung nur mit Genehmigung des Pfandbrief-Amtes zulässig. Diese darf nicht versagt werden, wenn die Rückzahlung in Pfandbriefen derselben Ausgabe und desselben Zinssfußes angeboten wird, in welchem das Darlehn gegeben ist.

8. Das Pfandbrief-Amt ist außer den Fällen der §§ 27—29 nur befugt, die Tilgung der Schuld durch die Amortisation in Gemäßheit dieser Statuten zu fordern.

9. Die durch die Bestellung der Hypothek erwachsenden Kosten, sowie die zu den auszufertigenden Pfandbriefen gesetzlich erforderlichen Stempel trägt der Schuldner.

V. Die von dem Pfandbrief-Institut nach dem beigelegten Formular D mit dem Datum vom 1. Januar des jedesmal laufenden Jahres auszustellenden Neuen Berliner Pfandbriefe sind verzinsliche Schuldverschreibungen, welche auf jeden Inhaber lauten.

Sie werden vom Pfandbrief-Amt ausgefertigt und für einen Zeitraum von fünf Jahren mit Coupons, welche nach dem Schema E auszufertigen sind, und außerdem zur Empfangnahme der neuen Coupons-Serie mit Talons nach dem Schema F versehen.

VI. Die Neuen Berliner Pfandbriefe, deren Eigentum durch bloße Uebergabe übertragen wird, können Seitens des Inhabers nicht, von dem Verein nur Beibehaltung der statutenmäßig zu bewirkenden Amortisation und Beibehaltung der Anlage der Bestände des Reserve-Fonds (XI.) gekündigt werden.

VII. Das den Zins der Pfandbriefe übersteigende halbe Prozent Zinsen, welches der Schuldner zahlt (IV Nr. 2), ist zur Hälfte — mit $\frac{1}{2}$ % — zur Beibehaltung der Verwaltungskosten, zur anderen Hälfte — also ebenfalls mit $\frac{1}{2}$ % — zur Verstärkung des Reserve- und nachdem das Guthaben des Grundstücks an denselben auf 5% angewachsen ist, zur Bildung und Verstärkung des Amortisations-Fonds bestimmt.

VIII. Die Inhaber der Neuen Berliner Pfandbriefe haben sich vorbehaltenlich ihrer Rechte aus § 15 des Statuts für alle aus diesen Schuldverschreibungen

des Pfandbrief-Amtes entspringenden Forderungen in erster Linie an den Reserve-Fonds ihrer Zinsgattung und die an denselben theilnehmenden Hypotheken zu halten. Letzteres geschieht in der Art, daß der Pfandbrief-Inhaber, soweit die Befriedigung seiner fälligen Forderungen nicht sofort aus der Kasse des Pfandbrief-Amtes erfolgt, befugt ist, in Höhe der ihm zustehenden Forderung aus diesen Hypotheken sich diejenigen richterlich mit den Rechten eines Cessionärs überweisen zu lassen, welche er auswählt. Alle Rechte, welche dem Institut gegen das Grundstück oder den Besitzer zustanden haben, gehen hierdurch auf ihn über.

IX. Der Reserve-Fonds jeder Zinsgattung der Neuen Berliner Pfandbriefe hat für die an ihm theilnehmenden Pfandbrief-Darlehen die etwa ausbleibenden Zinszahlungen der Grundbesitzer vorzuschießen, und diese sind verpflichtet, von dergleichen Vorschüssen 5% Zinsen zu entrichten.

Außerdem ist die Direction ermächtigt, gegen säumige Zinszahler von ihrem Kündigungsrecht (vergl. § 29) Gebrauch zu machen.

Aus dem Reserve-Fonds sind außerdem zu beistreichen die etwaigen Capital-Ausfälle, sowie, wenn der Verwaltung-Fonds dazu nicht ausreicht, die Vorschüsse zur Beibehaltung der dem Institute zustehenden Forderungen.

X. Die Reserve-Fonds für die verschiedenen Zinsgattungen der Neuen Berliner Pfandbriefe werden gebildet:

- a) aus dem mit $\frac{1}{2}$ % des dargeliehenen Kapitals zu zahlenden Beitrag (Nr. IV 1),
- b) aus dem $\frac{1}{4}$ % des Darlehens, welches von der Pfandbrief-Kasse sofort nach dem Eingang zum Reserve-Fonds abzuführen ist (VII),
- c) aus den etwaigen Ueberschüssen des Verwaltung-Fonds (§ 35 Abs. 2),
- d) aus den Zinsen der geleisteten Vorschüsse (Nr. IX),
- e) aus den Zinsen seiner eigenen Bestände.

XI. Die Einnahmen des Reserve-Fonds (X), welcher nach Maßgabe des § 3 auch zur Erwerbung von Grundstücken verwendet werden darf, sind in Berliner Pfandbriefen oder anderen pupillarisch sicheren Wertpapieren zinsober anzulegen.

Die Pfandbriefe sind durch Ankauf oder durch Auslosung nach Maßgabe des § 43 Absatz 2—4 zu erwerben.

XII. Sobald der jährliche Abschluß ergibt, daß das Guthaben eines Grundstücks am Reserve-Fonds 5 % des auf ihm eingetragenen Darlehens erreicht hat, fließen die Zinsen von dem fortan nicht mehr wachsenden Guthaben, sowie alle übrigen für den Reserve-Fonds bestimmten Einnahmen in den Amortisations-Fonds.

XIII. Der Amortisations-Fonds wird gebildet:

- a) aus dem $\frac{1}{4}$ % des Darlehns derjenigen Grundstücke, deren Guthaben am Reserve-Fonds 5% erreicht hat (cfr. Nr. XII);
- b) aus den freiwilligen oder nothwendigen baaren Kapitalzahlungen der Grundbesitzer;
- c) aus den Ueberschüssen des Verwaltungs-Fonds, welche nicht mehr dem Reserve-Fonds zufließen, und aus den dazu bestimmten Ueberschüssen des Reserve-Fonds;
- d) aus den Zinsen der getilgten Pfandbriefe.

Außerdem sind dem Amortisations-Fonds zu überweisen diejenigen Pfandbriefe, welche von den Grundbesitzern bei Kapitalzahlungen an Zahlungseinstatt gegeben werden (§ 11, § 45) und diejenigen, welche im Falle des § 47 Alinea 2 aus dem Reserve-Fonds entnommen werden.

XIV. Der Antheil eines bepfandbrieften Grundstücks an dem der betreffenden Jahresgesellschaft am Reserve-Fonds zustehenden Entschäften (§ 38) fällt, wenn der Schuldner angehalten wird, das Darlehn ganz oder theilweise zurückzuzahlen, stets ganz oder verhältnißmäßig an sämtliche Jahresgesellschaften dergestalt zurück, daß dieser Antheil der nächsten zur Vertheilung kommenden Pfandbriefmasse zuwächst.

Ein Gleiches tritt ein, jedoch nur in Höhe von 2% des Darlehns, bei freiwilliger gänzlicher oder theilweiser Rückzahlung des Darlehns, falls diese erfolgt vor Ablauf von 5 Jahren seit dem 1. Januar desjenigen Jahres, in welchem die Beleihung des Grundstücks oder die letzte Erneuerung des Darlehns oder die letzte Umwandlung des Darlehns unter Anrechnung des Guthabens am Reserve-Fonds (§ 11a) stattgefunden hat. Erreicht das Guthaben am Reserve-Fonds in diesem Fall noch nicht 2%, so hat der Grundstücks-Eigenthümer sein Guthaben auf diese Höhe zu ergänzen.

Nach Ablauf von 5 Jahren wird bei freiwilliger Rückzahlung dem Ablösenden sein Antheil am Reserve-Fonds ganz, oder bei Partialablösungen verhältnißmäßig angerechnet, jedoch nur insoweit, als der in Betracht kommende Antheil durch 100 theilbar ist. Dieser Betrag desselben wird in Pfandbriefen aus dem Reserve-Fonds entnommen und zur Tilgung verwendet.

XV. Außer dem Falle des § 11 ist bei freiwilligen wie nothwendigen Rückzahlungen nach der Wahl des Schuldners Baarzahlung oder Angabe von nicht ausgelosten Pfandbriefen an Zahlungseinstatt zulässig.

Wird Baarzahlung gewählt, so muß dies bei der Kündigung erklärt sein (IV. 7), und es wächst die zu zahlende Ablösungssumme dem der nächsten Auslösung zu Grunde zu legenden Amortisations-Fonds zu. Der baar abzulösende Betrag der Pfandbriefschuld muß bis zum Einlösungstermine der gekündigten Pfandbriefe verzinst werden.

Erfolgt die Baarzahlung am Fälligkeitstage nicht, so sind bis zur Zahlung 6% Zögerungszinsen zu entrichten.

XVI. Auf Höhe der Summe, welche sich ergibt, wenn

- a. das Guthaben des Grundstücks am Amortisations-Fonds, soweit dasselbe durch 100 theilbar ist, und
- b. das Guthaben des Grundstücks am Reserve-Fonds, soweit dasselbe bei freiwilliger Rückzahlung nach No. XIV angerechnet werden kann,

zusammengerechnet wird, kann von dem Besitzer des bepfandbrieften Grundstücks entweder Lösungsquittung oder Cession, vorbehaltlich der Priorität für den Ueberrest des Pfandbrief Darlehns, oder ein neues Pfandbrief-Darlehn verlangt werden, dies letztere jedoch immer nur nach vorangegangener Revision und abermaliger Festsetzung des Werths des Grundstücks.

XVII. In beiden Fällen — es mag Lösungsquittung resp. Cession über den getilgten Pfandbriefbetrag oder Kredit-Erneuerung verlangt werden (§ 49 und XVI) — beginnt bezüglich des Ueberrestes der Pfandbriefschuld vom 1. Januar des laufenden Jahres ab die Amortisation und die Besteuerung zum Reserve-Fonds (IV Nr. 1) von Neuem. Der Besitzer des bepfandbrieften Grundstücks scheidet also auch mit diesem Ueberreste seiner Pfandbriefschuld aus der früheren Jahresgesellschaft aus und tritt mit demselben in diejenige ein, welche eben in der Bildung begriffen ist.

Demnach hat derselbe:

- a. wenn er Lösungsquittung verlangt, bezüglich des nicht zu quittirenden Betrages,
- b. wenn er dagegen Kredit-Erneuerung verlangt, bezüglich des ganzen eingetragenen Pfandbrief-Darlehns

eine neue Verbindlichkeits-Erklärung in urkundlicher Form abzugeben und nöthigenfalls deren Inhalt ins Grundbuch eintragen zu lassen.

Anlage zu Nr. V

D.

Neuer Berliner Pfandbrief

über Mark

Litr. Nr.

Das Berliner Pfandbrief-Institut schuldet dem Inhaber dieses Neuen Berliner Pfandbriefes die Summe von M., welche in Gemäßheit der Statuten des Berliner Pfandbrief-Instituts und ihrer Nachträge mit . . . Prozent für das Jahr verzinst wird. Der Pfandbrief ist von Seiten des Gläubigers unkündbar. Er kann von Seiten des Pfandbrief-Amtes nur in Folge vorangegangener statutenmäßiger Auslösung und nach vorangegangener dreimonatlicher Kündigung zum Nennwerth eingelöst werden. Die Kündigung geschieht durch die für die Bekanntmachungen des Pfandbrief-Amtes bestimmten öffentlichen Blätter.

Die Zahlung der Zinsen erfolgt nur gegen Vor-
bringung der besonders ausgefertigten Zins-Koupons.

Berlin, den . . . ten Januar 18 . . .

(Trockenes Siegel.)

Das Berliner Pfandbrief-Amt.

(Drei Unterschriften.)

Eingetragen in das Pfandbrief-Buch.

Fol. . . . N^o . . .

N. N.

Buchhalter.

E.

Zins-Koupon N^o . . .

des Neuen Berliner Pfandbriefes Litt. . . . N^o . . .
über M.

Inhaber dieses Koupens fängt am . . . die halbjähr-
lichen Zinsen des oben bezeichneten Pfandbriefes mit
. . . . M. von der Kasse des unterzeichneten Pfand-
brief-Amtes.

Berlin, den . . . ten Januar 18 . . .

Das Berliner Pfandbrief-Amt.

(Trockenes Siegel.)

N. N.

Buchhalter.

Dieser Zins-Koupon verjährt in vier Jahren, vom
31. Dezember des Jahres an gerechnet, in welches der
Zahlungstag fällt.

F.

Talon

zu dem Neuen Berliner Pfandbrief. Litt. . . . N^o . . .

über M,

Der Vorzeiger dieses Talons erhält ohne weitere
Prüfung seiner Legitimation die für den vorstehend be-
zeichneten neuen Berliner Pfandbrief neu auszufertigen-
den Zins-Koupon für fünf Jahre, vom . . . bis . . . ;
sofern dagegen Seitens des Inhabers des Pfandbriefes
nicht vorher schriftlicher Widerspruch bei dem Pfandbrief-
Amte eingebracht ist.

Berlin, den . . . ten Januar 18 . . .

Das Berliner Pfandbrief-Amt.

(Trockenes Siegel.)

N. N.

Buchhalter.

Amtsblatt

der Königlich-Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 51.

Den 21. Dezember

1894.

Bekanntmachung.

Das am Freitag den 28. d. Mts. zur Ausgabe gelangende 52. Stück des Amtsblattes wird der Weihnachtsfeiertage wegen bereits am Montag den 24. d. Mts. abgeschlossen. Die für das 52. Stück bestimmten Bekanntmachungen sind bis zu diesem Tage:

24. Dezember Vormittags 10 Uhr
der Amtsblatts-Redaction zu übersenden.

Potsdam, den 10. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen

des Königlich-Preussischen Regierungs-Präsidenten.

Betrifft die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1895.

282. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 306 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1895, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Januar: 1. 6. 9. 10. 13. 16. 18. 20. 23. 24. 27. 28.

Februar: 2. 3. 6. 7. 10. 13. 14. 17. 20. 21. 24. 26. 27.

März: 3. 5. 6. 10. 11. 13. 17. 18. 20. 24. 25. 27. 31.

April: 2. 3. 7. 11. 12. 14. 15. 16. 21. 22. 24. 28. 29.

Mai: 1. 5. 7. 8. 12. 15. 16. 19. 22. 23. 26. 29. 29. 30.

Juni: 1. 2. 3. 4. 9. 12. 13. 16. 17. 19. 23. 24. 29. 30.

Juli: 3. 4. 7. 9. 10. 14. 15. 17. 21. 22. 24. 28. 29. 31.

August: 4. 5. 7. 11. 14. 15. 18. 20. 21. 25. 26. 28.

September: 1. 2. 4. 8. 10. 11. 15. 16. 18. 22. 25. 26. 29. 30.

Oktober: 2. 6. 8. 9. 13. 14. 16. 20. 21. 23. 27. 30.

November: 1. 3. 5. 6. 10. 13. 14. 17. 20. 21. 24. 25. 27.

Dezember: 1. 4. 5. 8. 11. 12. 15. 18. 19. 22. 25. 26. 29.

Potsdam, den 15. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

283. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 26ten v. Mts. zu genehmigen geruht, dass aus den zu dem selbstständigen Gutsbezirke „Mittergut Potsdam“ im Kreise Zauch-Belzig gehörigen,

auf der Tornow-Insel belegenen Grundstücken, welche in der Grundsteuer Mutterrolle des Gutsbezirks unter Artikel N^o 12 eingetragen und auf Kartenblatt 2 mit den Parzellennummern 5, 63/6, 65/6, 64/7, 66/7, 8, 9, 10 bezeichnet sind, im Gesamtflächeninhalte von 40 ha 68 qm, unter Abtrennung derselben von dem genannten Gutsbezirke ein selbstständiger Gutsbezirk mit dem Namen „Sermannswerder“ gebildet werde.

Potsdam, den 15. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Die Einstellung Einjährig-Wehrpflichtiger.

284. Unter Bezugnahme auf § 94,1 der Wehrordnung bringe ich zur öffentlichen Kenntniss, dass nachstehende Truppentheile am 1. April 1895 Einjährig-Wehrpflichtige einstellen:

- 1) Infanterie-Regiment von Stülpnagel N^o 48 Gutsrin,
- 2) 1. Bataillon Infanterie-Regiments von Alvensleben N^o 52 Croßen,
- 3) Jülicher-Regiment Prinz Heinrich N^o 35 Brandenburg a. S.

Potsdam, den 12. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Ermittelung des Erntetrages.

285. Wie alljährlich findet auch für das Jahr 1894 eine Ermittlung des Erntetrages statt, welche durch unmittelbare Anträge bei den Theilnehmern möglichst zuverlässige Angaben über die 1894 wirklich geerntete Menge an Bodenerzeugnissen beschaffen soll.

Die Ermittlung wird in der Zeit vom 1. — 10. Februar n. J. stattfinden.

Bei der Wichtigkeit dieser Ernte-Ermittelungen ist zu hoffen, dass allseitig eine bereitwillige Mitwirkung zur Beschaffung der Unterlagen erfolgen wird und insbesondere die Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine, sowie alle übrigen darum ersuchten Landwirthe und angelegenen Ortsbewohner die etwa zu bildenden Schätzungs-Ausschüsse unterstützen und mit

für die pünktliche und zuverlässige Ausfüllung der Erhebungsformulare beitragen werden.

Potsdam, den 18. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

(Chausseegelderhebung auf der von der Jossen-Cummersdorfer Chaussee im Kreise Teltow in der Nähe des sogenannten Schneidegrabens über Clausdorf und Sperenberg nach Kern-Neuendorf abweigenden Chausseestrecke.

286. Dem Kreise Teltow ist durch Erlass vom 14. August d. J. die Genehmigung erteilt worden, auf der von der Jossen-Cummersdorfer Chaussee, in der Nähe des sogenannten Schneidegrabens, über Clausdorf und Sperenberg nach Kern-Neuendorf führenden Chaussee und zwar an der Kreuzung mit dem Rehagen-Kern-Neuendorfer Landwege (Station II. der Chaussee) eine Hebestelle zu errichten und an derselben das Chausseegeld für eine Meile zu erheben.

Die den Bewohnern von Saalow und Clausdorf durch den Erlass vom 6. Dezember 1880 gewährte Vergünstigung in der Entrichtung des Chausseegeldes an der Hebestelle Mellen kommt mit der Maßgabe in Wegfall, daß die Bewohner des ersteren Orts an dieser Hebestelle fortan das Chausseegeld für eine Meile zu entrichten haben.

Potsdam, den 15. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

287. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Roffäthen Marggraf zu Buch (Kreis Niederbarnim) und des Destillateurs Steinberg in Ludenwalde (Kreis Jüterbog-Ludenwalde).

Festgestellt ist der Milzbrand bei einer Kuh des Bauern Friedrich Gerling zu Tornow (Kreis Oberbarnim).

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Rittergutes Friedrichsfelde (Kreis Niederbarnim).

Potsdam, den 18. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Verfüg in der Verfassungskommission.

288. An Stelle des erkrankten Ober-Regierungs-Rathes Knappe ist der Regierungsrath Nobbe hieselbst von dem Herrn Finanzminister zum Vorsitzenden der Einkommensteuer-Verfassungskommission für den Regierungsbezirk Potsdam ernannt worden.

Potsdam, den 11. Dezember 1894.

Königliche Regierung.

B e k a n n t m a c h u n g.

24. Dem Forstassenrendanten Biebert in Alt-Nuppin ist vom 1. Januar 1895 die Verwaltung der durch die Pensionirung des Rechnungsraths Pohle zur Erledigung kommenden Forstassenrendantensstelle in Spandau übertragen worden.

Mit der Verwaltung der vom 1. Januar 1895 von Alt-Nuppin nach dem Flecken Zechlin zu ver-

legenden Forstasse für die Reviere Neu-Blinden, Neuendorf und Zechlin ist der Forstassessor Mohr beauftragt. Von diesem Tage ab werden die in Gühlen-Blinden, Wittstock und Zechlin bestehenden Unterforstassen aufgelöst, so daß demnächst alle Einnahmen und Ausgaben der vorgenannten Reviere unmittelbar von der Forstasse in Zechlin zu erheben oder zu zahlen sind.

Für die Oberförsterei Alt-Nuppin wird am 1. Januar 1895 eine besondere Forstasse im Nebenamte mit dem Wohnsitz des Rendanten in Alt-Nuppin eingerichtet.

Die Wahrnehmung der Kassengeschäfte ist dem bisherigen Forstunterverheber Giebel, jetzt zu Gühlen-Blinden übertragen worden.

Potsdam, den 10. Dezember 1894.

Königliche Regierung.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bekanntmachung.

78. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Prüfungs-Commission für die Prüfung der Apotheker-Gehülfen während der Jahre 1895, 1896 und 1897 besteht aus dem Regierungs- und Medizinalrath Dr. Bernich als Vorsitzenden, aus den Apothekenbesitzern Dr. phil. Callies und Medizinal-Assessor Dr. Schacht hieselbst als Mitgliedern. Als Stellvertreter sind bestimmt der Medizinal-Assessor Dr. Springfeld und der polizeiliche Stadt-Physikus Sanitätsrath Dr. Schulz für den Vorsitzenden, sowie die Apothekenbesitzer Dr. Laur und Jande für die obengenannten Mitglieder.

Berlin, den 5. Dezember 1894.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

79. Gemäß § 9 des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfegergewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Schornsteinfeger-Prüfungs-Commission während der Zeit vom 1. Dezember d. J. bis dahin 1896 aus den nachbenannten Herren besteht:

- 1) dem Königlichen Baurath Graßmann, Calvinstraße Nr. 24 hieselbst, als Vorsitzenden,
- 2) dem Königlichen Baurath Hader, Potsdamerstraße Nr. 86, als Stellvertreter des Vorsitzenden,
- 3) dem Schornsteinfegermeister Anton Menzel, Alexandrinenstraße Nr. 47a.,
- 4) dem Schornsteinfegermeister Adolf Schöff, als Beisitzer, Dragonerstraße Nr. 49,
- 5) dem Rathsmaurermeister W. Bollmer, Lessingstraße Nr. 12,
- 6) dem Schornsteinfegermeister F. W. Joseph, Steglitzerstraße Nr. 54,
- 7) dem Schornsteinfegermeister Hermann Maertens, Jägerstraße Nr. 12, als Stellvertreter der Beisitzer,
- 8) dem Maurermeister Ernst Ratho, Kurfürstenstraße Nr. 166,

Berlin, den 11. Dezember 1894.

Der Polizei-Präsident.

B e k a n n t m a c h u n g.

80. Nachdem der Herr Minister für Handel und Gewerbe unter dem 18. November dieses Jahres den in der ordentlichen Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft „Fabrik von Maggi's Nahrungsmitteln“ vom 25. August d. J. beschlossenen Statuten-Änderungen seine Genehmigung erteilt hat, bringe ich dieselben nachstehend, insofern sie den in dem 15. Stück des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 10. April 1891 veröffentlichten Statuten-Auszug betreffen, zur öffentlichen Kenntniß.

Es erhalten darnach die §§ 2, 3, 5, 9, 12 und 24 folgende Fassung:

§ 2.

Das Grundkapital beträgt eine Million und fünfhunderttausend Franken, eingetheilt in

100 Stammaktien und

200 Prioritätsaktien

von je 5000 Franken. Hiervon sind sämtliche Stamm- und 100 Prioritätsaktien voll, die übrigen 100 Prioritätsaktien zu 40 % ihres Nominalbetrages einbezahlt.

Neben den Aktien bestehen 140 Genußscheine, ausgegeben im Tausch gegen die entsprechende Anzahl anruflirter Aktien. Diese Genußscheine participiren nach Maßgabe der §§ 22 und 24 der Statuten am jährlichen Reingewinn der Gesellschaft und an ihrem nach einer allfälligen Liquidation zur Vertheilung kommenden Vermögen.

Bei spätern Erhöhungen des Aktienkapitals haben die Eigenthümer der bestehenden Stamm- und Prioritätsaktien sowie die Inhaber von Genußscheinen das Recht, die neuen Aktien im Verhältniß zu ihrem Besitz an Aktien und Genußscheinen zum Nennwerthe zu übernehmen. Für die Ausübung dieses Bezugsrechtes ist je ein Genußschein einer Aktie von nom. 5000 Fr. gleichzuachten.

Sobald während drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren die auf jede der beiden Aktienkategorien entrichtete Jahresdividende 8 % beträgt, können die Inhaber der Mehrheit der Stammaktien verlangen, daß die Prioritätsaktien al pari zurückbezahlt und durch Ausgabe neuer Stammaktien vom gleichen Nominalbetrage ersetzt werden.

Die Prioritätsaktionäre haben dabei die Wahl, den Gegenwerth ihrer alten Prioritätsaktien in baar oder in neuen Stammaktien vom gleichen Nennwerthe al pari zu beziehen.

§ 3.

Die Liberierung noch nicht voll einbezahlter Aktien erfolgt an den vom Verwaltungsrathe festzusetzenden Terminen.

Säumige Aktionäre sind zur Zahlung von 6 % Verzugszinsen verpflichtet und können überdies nach Ablauf des Einzahlungstermins und nach Erlaß der im Geetze vorgesehenen Zahlungsaufforderungen auf Beschluß des Verwaltungsrathes ihres Anrechtes aus

der Zeichnung der Aktien und der geleisteten Theilzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig erklärt werden.

§ 5.

Die Uebertragung der Aktien und Genußscheine wird sowohl im Aktienregister als auf dem Titel selbst durch die Direktion mit Gegenzeichnung durch ein Mitglied des Verwaltungsrathes vorgemerkt.

Die Uebertragung noch nicht voll einbezahlter Aktien kann nur mit Genehmigung des Verwaltungsrathes erfolgen; derselbe kann ohne Angabe von Gründen die Uebertragung verweigern.

§ 9.

Die Generalversammlung ist beschlußfähig, sobald in derselben mindestens ein Viertel sämtlicher Aktien vertreten ist. Vorbehalten bleiben die gesetzlichen Bestimmungen, welche für einzelne Fälle abweichende Vorschriften enthalten.

Im Stimmrecht sind Stamm- und Prioritätsaktien vollständig gleichgestellt. Jede Aktie hat eine Stimme.

Jeder Aktionär ist berechtigt, seine Rechte an der Generalversammlung durch einen andern Aktionär ausüben zu lassen.

Die Beschlüsse bedürfen zu ihrer Gültigkeit des absoluten Mehrs der vertretenen Aktienstimmen. Für die Gültigkeit von Beschlüssen, betreffend die Abänderung der Statuten oder die Auflösung der Gesellschaft (§ 12 f. und g.) ist indessen erforderlich, daß die für Abänderung der Statuten oder Auflösung der Gesellschaft abgegebenen Stimmen mindestens zwei Dritteltheile des gesamten Aktienkapitals repräsentiren.

Die Genußscheine haben kein Stimmrecht in der Generalversammlung.

§ 12.

Der Generalversammlung sind folgende Befugnisse vorbehalten:

- a. Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes;
- b. die Wahl von zwei Censoren und zwei Ersatzmännern;
- c. die Abnahme des Geschäftsberichtes, der Jahresrechnung und der Bilanz, sowie des Berichtes der Censoren und die Beschlußfassung über die Verwendungs des Jahresgewinnes;
- d. die Verathung und Beschlußfassung über Anträge des Verwaltungsrathes und einzelner Aktionäre;
- e. die Entscheidung über An- und Verkäufe von Liegenschaften im Betrage von über Fr. 100000;
- f. die Abänderung der Statuten (§ 9 al. 4);
- g. die Auflösung der Gesellschaft (§ 9 al. 4).

§ 24.

Die Liquidation der Gesellschaft kann auf einen Beschluß der Generalversammlung, welcher den im § 9 alinea 4 dieser Statuten aufgestellten Anforderungen entspricht, jederzeit erfolgen.

Die Liquidation muß erfolgen, wenn ein Rechnungsabluß den Verlust der Hälfte des Grundkapitals ergibt.

Das Vermögen der aufgelösten Gesellschaft muß nach Tilgung ihrer Schulden vorerst zur Rückzahlung der Prioritätsaktien zu ihrem Nennwerth verwendet werden. Aus dem allfälligen Rest werden die Stammaktien soweit als möglich zurückbezahlt.

Ein nach Rückzahlung der Prioritäts- und Stammaktien allfällig noch verbleibender Ueberschuß aus dem Liquidationsergebnisse fällt bis zum Betrage von Total Fr. 700000 zu gleichmäßiger Vertheilung an die Inhaber der Genussscheine.

Ein allfällig weiterer Rest wird auf die einzelnen Genussscheine und Aktien gleichmäßig vertheilt.

Berlin, den 7. Dezember 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachung.

81. Dem Auswanderungsagenten Karl Stangen, Mehrenstraße Nr. 10 hieselbst, ist auch für Jahr 1895 die Genehmigung erteilt worden, als Generalagent des Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers, Schiffsmallers Theodor Ihon zu Bremen, innerhalb des preussischen Staates — mit Ausnahme der Provinz Hannover — Verträge mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Bremen oder Hamburg aus nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Canada, Australien und Süd-Amerika — mit Anschluß von Brasilien und Venezuela — zu vermitteln und Unteragenten zu bestellen.

Berlin, den 15. Dezember 1894.

Der Polizei-Präsident.

Freiherr von Richthofen.

Bekanntmachungen des Staatssecretärs des Reichs-Postamts.

Einzichung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder.

18. Die noch in den Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder, welche seit dem 10. Dezember 1890 von den Verkehrsanstalten nicht mehr verkauft worden sind, haben seit dem 1. Juli 1894 ihre Gültigkeit verloren und dürfen zur Frankirung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden. Dem Publikum ist indessen gestattet, die noch nicht verwendeten fertigen Werthzeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwerth des Stempels gegen Freimarken zu 10 oder 3 Pfennig bei gleichzeitigem Rückempfang des Betrages der Herstellungskosten von 1 Pfennig für den Briefumschlag und 1 Pfennig für je 2 Streifbänder umzutauschen. Für einzelne Streifbänder können Herstellungskosten nicht vergütet werden. Die Posthülfsstellen und die amtlichen Verkaufsstellen für Postwerthzeichen haben mit dem Umtausch keine Befassung. Postsendungen, welche etwa jetzt noch in Briefumschlägen oder Streifbändern der gedachten Art ohne anderweitige Frankirung zur Auslieferung gelangen, werden den Absendern unter Hinweis auf die Ungültigkeit der verwendeten Werthzeichen zurückgegeben oder, wenn dies nicht ohne Weiteres thunlich ist, als unfrankirt behandelt. Auf gestempelte Brief-

umschläge und Streifbänder der älteren Ausgabe, welche ihre Gültigkeit bereits am 1. Februar 1891 verloren haben, und welche seit dem 1. Juli 1891 nicht mehr umgetauscht werden, sowie auf Rohrpost-Briefumschläge erstreckt sich diese Bekanntmachung nicht. Vom 1. Januar 1895 ab sind die Verkehrsanstalten auch zum Umtausch der neueren Briefumschläge und Streifbänder nicht mehr befugt.

Berlin W., 6. Dezember 1894.

Der Staatssecretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

75. Der Fernsprechverkehr mit Lübeck und Travemünde ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin C., 10. Dezember 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Bekanntmachungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Brandenburg.

41. Die unter magistratualischem Patronat stehende Pfarrstelle an der St. Andreas-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin I., kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritirung ihres bisherigen Inhabers, des Ober-Konsistorialraths Berner, zum 1. Januar 1895 zur Erledigung. — Ueber die Wiederbesetzung ist bereits verfügt.

42. Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Bornstedt, Diözese Potsdam I., kommt durch die aus Gesundheitsrücksichten erfolgende freiwillige Amtsniederlegung ihres gegenwärtigen Inhabers am 1. Januar 1895 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung steht dem Kirchenregiment zu.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums.

Bekanntmachung.

41. Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten beginnt hier am 9. September 1895. Zu dieser Prüfung werden zugelassen Geistliche, Kandidaten der Theologie oder der Philologie, sowie solche Volksschullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden und sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummen-Unterricht beschäftigt haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 8. Juni 1895 einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Bewerbers anzugeben ist; 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen; 3) ein Zeugniß über die bisherige Thätigkeit des Bewerbers im Taubstummen-Unterricht; 4) ein amtliches Führungsattest; 5) ein von einem zur Führung eines Dienstsegels berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugniß über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 11. Dezember 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachung.

42. Die Entlassungs-Prüfung im königlichen Schullehrer-Seminar zu Ceevenick wird **vom 14ten März 1893 an** abgehalten werden. In dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Candidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind **bis zum 14. Februar 1893** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der (Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probechrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung, beide mit der Versicherung, daß sie der Einsender selbstständig angefertigt hat. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts Aspiranten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor um 5 Uhr Nachmittags vorzustellen.

Berlin, den 26. November 1894.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Reise-Erleichterung für Weihnachten und Neujahr.

39. Mit Rücksicht auf die diesjährige Vage des Weihnachtsestes und des Neujahrstages 1895 wird

bestimmt, daß die im Lokal- und Staatsbahnverkehr, sowie im direkten Verkehr mit den sämtlichen Nachbarbahnen (Deutschen und Oesterreichischen) am 22. Dezember und an den folgenden Tagen gelösten Rückfahrkarten noch am 27. Dezember, und die am 29. und 30. Dezember gelösten Rückfahrkarten noch am 2. Januar l. J. zum Antritt der Rückfahrt benutzt werden können, auch wenn nach den allgemeinen Bestimmungen die gewöhnliche Gültigkeitsdauer alsdann abgelaufen ist.

Berlin, den 12. Dezember 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

63. Mit Rücksicht auf die diesjährige Vage des Weihnachtsestes, demzufolge dem Weihnachte Heiligabend ein Sonntag unmittelbar vorausgeht, werden die am 22. Dezember d. J. und an den folgenden Tagen gelösten Rückfahrkarten noch am 27. Dezember und die am 29. und 30. Dezember gelösten Rückfahrkarten noch am 2. Januar l. J. zum Antritt der Rückfahrt zugelassen, auch wenn nach den allgemeinen Bestimmungen die gewöhnliche Gültigkeitsdauer alsdann abgelaufen ist.

Bromberg, den 8. Dezember 1894.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen

der Königlichen General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

3. **Nachweisung**
der 24jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Markttorten des Regierungs-Bezirks Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1894.

§ 19 des Akkord-Gesetzes vom 2. März 1850.

No.	Namen der Städte.	Weizen.		Roggen.		Große Gerste.		Kleine Gerste.		Hafer.		Gersten.	
		pro Munscheffel											
		Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.
1	Berlin	7	32	5	59	5	20	—	—	3	45	7	64
2	Berolin	—	—	5	95	4	78	—	—	3	59	—	—
3	Brandenburg (Havel)	—	—	5	94	4	81	—	—	3	59	—	—
4	Dahme	7	45	5	72	4	73	—	—	3	20	13	30
5	Kärkenwalde (Eree)	—	—	5	72	5	05	—	—	3	44	—	—
6	Havelberg	—	—	5	99	4	86	—	—	3	37	—	—
7	Zurtebog	7	35	5	84	4	68	—	—	3	45	—	—
8	Lutken	8	17	6	23	5	37	—	—	3	41	—	—
9	Endenwalde	7	62	6	10	4	48	—	—	3	40	—	—
10	Perleberg	—	—	5	68	—	—	—	—	3	21	—	—
11	Potsdam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Prenzlau	6	85	5	63	4	87	—	—	3	12	7	10
13	Prignitz	7	25	5	57	—	—	—	—	3	21	6	88
14	Rathenow	6	97	5	69	4	73	—	—	3	29	8	12
15	Neu-Ruppin	7	53	5	68	4	71	—	—	3	32	9	08
16	Schwedt (Oder)	—	—	6	00	4	86	—	—	3	53	6	96
17	Trenenbrücken	7	34	5	79	4	60	—	—	3	29	—	—
18	Wittstock	7	27	5	70	4	68	—	—	3	13	6	87
19	Wittenberg	7	30	5	88	5	02	—	—	3	27	—	—
20	Wriezen (Oder)	—	—	5	74	4	81	—	—	3	29	8	76

Wegen der vorstehend fehlenden Getreide-Durchschnittspreise wird auf die für dieselben festgesetzten, in der Beilage zu Nr. 29 des Amtsblatts der Königl. Regierung in Potsdam für 1874 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen.

Frankfurt a. O., den 13. Dezember 1894.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

4. Nachweisung
der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in
den Normal-Marktvorten des Regierungs-Bezirks Potsdam für das Jahr 1894.
ad § 20 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

N. r.	Namen der Städte.	Getreide												Kartoffeln				Rauchgut	
		Weizen		Roggen		Große Gerste		Kleine Gerste		Hafer		Größen		Kartoffeln		Heu	Stroh		
		pro		pro		pro		pro		pro		pro		pro		pro			
		100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.	100 kg M. Pf.	Nicht M. Pf.		
1	Berlin	12 62	5 02	11 15	3 92	13 60	4 55	—	—	12 70	3 07	16 00	6 41	4 50	1 68	5 20	4 08		
2	Beeskow	—	—	11 00	4 24	11 70	3 69	—	—	12 30	2 89	—	—	4 00	1 68	—	—		
3	Brandenburg a. O.	12 15	4 62	11 35	4 09	10 50	3 15	—	—	11 95	2 87	27 00	11 07	4 00	1 72	4 40	3 50		
4	Dahme	12 94	4 98	11 30	4 12	12 14	3 88	—	—	12 00	2 70	30 00	12 30	3 50	1 59	5 00	3 50		
5	Härstenwalde (Spree)	13 00	4 73	11 00	3 89	13 52	4 35	—	—	12 53	2 80	24 00	—	4 60	1 47	5 00	3 50		
6	Havelberg	11 70	4 50	11 15	4 24	12 25	3 98	—	—	13 00	2 93	25 50	11 22	4 00	1 64	4 00	*2 75		
7	Jüterbog	12 83	4 88	11 02	3 86	12 67	3 93	—	—	12 08	2 78	25 00	10 50	4 50	1 80	4 50	4 00		
8	Kübben	14 00	5 88	11 00	4 29	12 00	4 20	—	—	12 00	2 76	30 00	12 60	3 88	1 82	5 00	3 13		
9	Luderswalde	12 56	5 04	10 98	4 11	11 43	3 50	—	—	11 54	2 62	35 00	13 13	3 80	1 73	4 25	3 42		
10	Perleberg	—	—	10 95	3 87	—	—	—	—	10 15	2 26	—	—	4 50	1 64	—	—		
11	Potsdam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
12	Prenzlau	11 67	4 32	11 25	3 84	11 28	3 76	—	—	10 43	2 50	12 25	5 08	5 00	1 88	4 25	4 50		
13	Prigwitz	12 38	4 70	10 50	3 78	13 38	3 95	—	—	10 88	2 39	19 00	7 79	5 00	1 78	3 25	3 25		
14	Rathenow	11 90	4 34	11 00	3 85	11 40	3 42	—	—	11 90	2 86	22 50	9 23	3 75	1 56	—	—		
15	Reu-Ruppin	14 00	5 32	11 60	4 22	12 20	3 86	—	—	11 95	2 63	25 00	10 13	4 05	1 56	4 16	4 25		
16	Schwedt a. O.	12 40	4 78	11 40	4 16	12 00	3 81	—	—	12 70	2 86	14 00	5 74	4 00	1 80	4 40	3 00		
17	Treuenbriegen	12 72	4 90	10 95	4 00	10 75	3 44	—	—	11 00	2 48	—	—	3 75	1 69	4 75	2 90		
18	Wittstedt	14 00	5 32	11 43	4 19	13 00	3 94	—	—	11 50	2 59	15 00	6 15	4 05	1 68	3 50	3 00		
19	Wittenberg	12 50	4 75	11 47	4 12	13 67	4 33	11 00	3 37	12 16	2 65	—	—	4 50	1 71	5 60	3 40		
20	Wriezen a. O.	12 03	4 47	10 83	3 92	12 58	4 03	—	—	11 17	2 53	22 50	9 56	3 75	1 58	3 80	2 59		

* Nichtstroh. 100 Mgr. Krummstroh festen 1,50 M.

Frankfurt a. O., den 13. Dezember 1894.

Königliche General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen
der Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung.

16. Die am 1. Oktober 1895 fälligen **Zinsscheine der Preussischen Staatsschulden** werden bei der Staatsschulden-Zilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hierselbst —, bei der Reichsbankhauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten Kassen und Reichsbankanstalten vom **21. d. M.** ab eingelöst. Auch werden die am 1. Januar 1895 fälligen Zinsscheine der auf unsere Verwaltung übergegangenen Eisenbahn-Anleihen bei den vorbezeichneten Kassen, sowie bei den auf diesen Zinsscheinen vermerkten Zahlstellen vom 21sten d. M. ab eingelöst.

Die Zinsscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Ein-

lösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die **Stückzahl** und den **Betrag** für jeden Werthabschnitt angiebt, ausgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Januar fälligen Zinsen für die in das **Staatsschuldbuch** eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die **Zufendung** dieser Zinsen mittels der **Post** sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem **18. Dezember** und **8. Januar** erfolgt, die **Baarzahlung** aber bei der **Staatsschulden-Zilgungskasse** am **18. Dezember**, bei den **Regierungs-Hauptkassen** am **24sten Dezember** und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am **2. Januar** beginnt.

Liſſa iſt an das Landgericht I. in Berlin verſetzt. Zu Amtsanwälten ſind ernannt die Bürgermeiſter Klein in Beeskow bei dem Amtsgericht daſelbſt, Schulze in Soldin bei dem Amtsgericht daſelbſt, Ungewitter in Cüſtrin bei dem Amtsgericht daſelbſt. Der Forſtkajſen-rendant Roſenhahn in Templin iſt zum zweiten Stellvertreter des Amtsanwalts daſelbſt ernannt.

IV. Rechtsanwälte und Notare.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte die Rechtsanwälte Dr. Heinemann beim Landgericht I. in Berlin, Hanquet bei dem Amtsgericht in Oderberg i. M. Eingetragen sind in die Liste der Rechtsanwälte der Rechtsanwalt Dr. Heinemann, bisher beim Landgericht I. in Berlin, und der Gerichtsassessor Dr. Reimer beim Kammergericht, die Gerichtsassessoren Kurt Basse und Dr. Hirte beim Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt Hanquet aus Oderberg i. M. bei dem Amtsgericht in Dranienburg, der Gerichtsassessor Stodt bei dem Amtsgericht II. in Berlin mit dem Wohnsitz in Neu-Weisensee, der Rechtsanwalt Gustav Jacobsohn, früher beim Landgericht I. in Berlin, beim Landgericht II. daselbst. Dem Notar Hanquet in Oderberg ist der Wohnsitz in Dranienburg angewiesen.

V. Referendare.

Zu Referendaren sind ernannt die bisherigen Rechtskandidaten Scherbring, Friedrich Müller, Securius, Stephan, von zur Westen, Freiherr von dem Kneschedt, Hansen, Siegert, Große, Tapper, von Patow, Hohenberg, Kleinau, Teyßler, Kallmann, Willert. Uebernommen sind Saenger und Dr. Merfllinghaus aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Köln, Stubenrauch aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts in Stettin. Entlassen sind Vezius und Gustav Lück auf ihren Antrag. Dr. Valentin, Dr. Schröpfer, Dr. Alwers, Wilhelm Pympius behufs Uebertritts in den höheren Verwaltungsdienst. Verstorben ist: Dr. Andreae.

VI. Eubalternebeamte.

Ernannt ist der Aktuar Otto Schroeder zum Gerichtsschreibergehilfen bei dem Amtsgericht I. in Berlin. Versetzt sind die Gerichtsschreibergehilfen Albert Carl Julius Schmidt in Coepenick an das Landgericht I. in Berlin, Jaedel bei dem Landgericht in Guben an das Amtsgericht in Finsterwalde. Pensionirt sind der Justizhauptkassentendant Rechnungs Rath Lehmet in Berlin und der Gerichtsschreiber Schindler in Korb.

Vermischte Nachrichten.

B e f a n n t m a c h u n g.

Im Geschäftsjahr 1895 wird für den Bezirk des unterzeichneten Gerichts die Veröffentlichung der Eintragungen a. des Handelsregisters: 1) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger,

2) in der Berliner Börsenzeitung, 3) im Osthavelländischen Kreisblatt, 4) im Westhavelländischen Kreisblatt, h. des Genossenschaftsregisters und zwar sowohl für größere als auch für kleinere Genossenschaften: 1) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) im Osthavelländischen Kreisblatt, c. des Zeichen- und des Muster-Registers: im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger erfolgen. Nauen, den 1. December 1894.

Königliches Amtsgericht.

Belanntmachung.

Im Jahre 1895 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterregister des hiesigen Amtsgerichts erfolgen: 1) durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschaftsregister außerdem durch 2) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) das Bessers-
Storkower Kreisblatt. Die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften werden außer durch den Deutschen Reichsanzeiger nur noch durch das vor-
bezeichnete Kreisblatt erfolgen.

Etterkow, den 6. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Befanntmachung.

Im Jahre 1895 werden unsere Eintragungen I. in das Handelsregister durch a. den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, b. die Berliner Börsenzeitung, c. die Angermünder Zeitung und Kreisblatt, d. den Angermünder Anzeiger, II. in das Musterregister nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger bekannt gemacht werden.

Angermünde, den 6. December 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1895 erfolgen die im Artikel 13 des Handelsgesetzbuchs vorgeschriebenen, sowie die nach dem Genossenschaftsgesetze vom 1. Mai 1889 erforderlichen Veröffentlichungen: 1) im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) im Anzeiger für Weidder a. S., Pönnin und Umgebung.

Werder a. H., den 10. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e f a u n t m a c h u n g.

In dem Geschäftsjahr 1895 werden zu Besten und zwar in dem Seeler'schen Gasthof die folgenden Gerichtstage abgehalten werden: 1) am 7. und 8. Januar, 2) am 4. Februar, 3) am 4. März, 4) am 8. und 9. April, 5) am 6. Mai, 6) am 10. Juni, 7) am 8. Juli, 8) am 23. und 24. September, 9) am 14. October, 10) am 11. November, 11) am 9. December. Spandau, den 5. December 1894.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.

(Die Injektionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 M.)

Verlagsblätter werden der Bege mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Papp'schen Erben.

Amtsblatt

der Königlichⁿen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 52.

Den 28. Dezember

1894.

Bekanntmachungen des Königlichⁿen Ober-Präsidenten.

Berichtigung.

19. Im 6. Nachtrage zu dem Statut für das Berliner Pfandbrief-Institut vom 8. Mai 1868 (veröffent-

licht in der Beilage zum Stück 50 des Amtsblattes für 1894) muß es im Abschnitt XIV. Absatz 1. Zeile 3 (Seite 5 der Beilage) heißen: „Guthaben“ statt „Gutachten“.

Bekanntmachungen des Königlichⁿen Regierungs-Präsidenten.

Nachweisung der an den Ufern der Spree und Havel im Monat November 1894 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	
1	32,32	30,76	2,50	0,76	1,08	2,16	1,24	1,32	0,94	2,94
2	32,30	30,50	2,52	0,82	1,08	2,18	1,24	1,32	0,96	2,96
3	32,30	30,66	2,54	0,84	1,09	2,20	1,22	1,32	0,98	2,98
4	32,30	30,64	2,58	0,76	1,10	2,22	1,26	1,32	0,98	2,98
5	32,30	30,68	2,60	0,84	1,11	2,20	1,22	1,32	0,98	3,00
6	32,28	30,70	2,60	0,86	1,12	2,18	1,20	1,32	0,98	2,98
7	32,30	30,68	2,62	0,86	1,15	2,24	1,22	1,32	0,98	2,96
8	32,32	30,70	2,62	0,86	1,15	2,24	1,24	1,32	0,98	2,88
9	32,30	30,65	2,62	0,86	1,16	2,26	1,26	1,32	1,00	2,80
10	32,32	30,70	2,62	0,92	1,17	2,26	1,30	1,32	1,00	2,70
11	32,30	30,70	2,60	0,92	1,19	2,26	1,30	1,32	1,00	2,62
12	32,40	30,52	2,62	1,10	1,21	2,26	1,28	1,32	1,00	2,58
13	32,28	30,82	2,58	1,14	1,23	2,06	1,30	1,62	1,02	2,48
14	32,32	30,74	2,58	1,04	1,26	2,26	1,36	1,62	1,02	2,46
15	32,32	30,82	2,62	0,96	1,26	2,26	1,40	1,62	1,04	2,42
16	32,30	30,86	2,64	1,04	1,26	2,26	1,42	1,62	1,04	2,40
17	32,30	30,74	2,62	1,10	1,27	2,22	1,48	1,62	1,04	2,40
18	32,28	30,74	2,62	0,96	1,26	2,24	1,54	1,62	1,04	2,40
19	32,28	30,74	2,66	0,96	1,26	2,20	1,58	1,62	1,04	2,38
20	32,30	30,76	2,62	0,98	1,25	2,20	1,58	1,62	1,06	2,36
21	32,30	30,78	2,62	0,98	1,25	2,20	1,60	1,62	1,06	2,34
22	32,30	30,74	2,64	1,00	1,25	2,18	1,62	1,62	1,10	2,32
23	32,30	30,78	2,62	1,06	1,25	2,20	1,62	1,62	1,20	2,30
24	32,34	30,58	2,62	0,98	1,25	2,20	1,64	1,62	1,22	2,26
25	32,30	30,70	2,64	0,88	1,24	2,24	1,64	1,62	1,22	2,24
26	32,32	30,76	2,64	1,02	1,22	2,24	1,64	1,62	1,22	2,22
27	32,30	30,80	2,62	1,02	1,22	2,22	1,66	1,62	1,22	2,20
28	32,34	30,62	2,60	1,02	1,23	2,20	1,64	1,62	1,24	2,18
29	32,30	30,74	2,60	0,96	1,23	2,20	1,64	1,62	1,24	2,16
30	32,26	30,64	2,60	0,98	1,24	2,20	1,64	1,62	1,26	2,16

Potsdam, den 21. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

289. Der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat genehmigt, daß der 23. Standesamtsbezirk „Forsthaus Zehdenick“ des Kreises Templin, bestehend aus der Oberförsterei Zehdenick, dem Vorwerk Neuhof und den Forsthäusern Burgwall und Wolfsgarten vom 1. Januar 1895 ab mit dem 27. Standesamtsbezirk „Dammhast“ vereinigt wird.

Potsdam, den 19. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für 1894.

290. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsbl. S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die **schußfreien Tage** auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1895, wie folgt, festgesetzt worden sind: **Dezember: 30. 31.**

Potsdam, den 19. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

291. An Stelle des Amtsrichters Richter ist der Amtsgerichtsrath Hecht in Beesow zum Vorsitzenden und an dessen Stelle der Amtsrichter Krüger daselbst zum stellvertretenden Vorsitzenden des in Beesow für den Kreis Beesow-Storkow zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichts ernannt worden.

Potsdam, den 19. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

292. Ausgebrochen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Alderbürgers Wilhelm Jürgen zu Alt-Landsberg (Kreis Niederbarnim) und bei einer Kuh des Gemeindevorstehers Wille zu Schönefeld (Kreis Teltow), sowie die Influenza unter den Remonten des Vorwerks Bärenklau (Kreis Tshhavelland.)

Festgestellt ist der Milzbrand bei einem Fohlen des Mittergutsbesizers von Karstedt in Kreddorf.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen des Gutes Jühnsdorf (Kreis Teltow), des Rieselgutes Wartenberg und des Mittergutes Mehrow (Kreis Niederbarnim), die Rothlauffeuche unter dem Schweinebestande des Molkereibesizers Menckes zu Potsdam und die Brustseuche unter den Pferden des Gutsbesizers Pfister in Granzow (Kreis Ostprignitz.)

Potsdam, den 24. Dezember 1894.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse.

Schluß der kleinen Jagd.

9. Für den Regierungsbezirk Potsdam wird die Jagd auf Hasen, Auer-, Witz-, Fasanenbennen, Haselwild und Wacheln mit Ablauf des **17. Januar 1895** geschlossen.

Potsdam, den 19. Dezember 1894.

Der Bezirksausschuß.

Bekanntmachungen des Staatssecretairs des Reichs-Postamts.

Postverkehr mit Japan. Tarifierungen für Postfrachtküden im Verkehr mit Frankreich.

20. Vom 1. Januar 1895 ab können Postpakete ohne Werthangabe im Gewicht bis 5 kg nach Japan auf dem Wege über Bremen mit den Reichspostdampfern der ostasiatischen Linie nach Maßgabe der Bestimmungen der Vereins-Postpaket-Uebereinkunft versandt werden. Die Postpakete müssen frankirt sein. Die Tare beträgt einheitlich 4 M. 40 Pf. für jedes Paket. Von dem gleichen Zeitpunkt ab treten für die schweren Paket-sendungen (Postfrachtküden) im Verkehr mit Frankreich neue Tarife in Kraft, durch welche in Ansehung der französischen Beförderungstaxe die Gebührensätze fast durchweg Ermäßigungen erfahren. Ueber das Nähere in Betreff der vorstehenden Aenderungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Berlin W., 14. Dezember 1894.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Bekanntmachung.

76. Der Fernsprechebetrieb zwischen Celle und Berlin nebst zugehörigen Vor- und Nachbarorten ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt eine Mark.

Berlin C., den 20. Dezember 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung.

32. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse der zu Griesack verstorbenen unverheiratheten Wilhelmine Krieg die Schuldverschreibung der consolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1885

Lit. F. Nr. 357361 über 200 M.

angeblich vermißt wird.

Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt und Notar Sander in Wasserhausen a. Dosse anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aushabungsverfahren behufs Krassloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 14. Dezember 1894.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

23. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 22. v. Mts. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden;

I. 4prozentige Rentenbriefe.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Tblr.) 153 Stück und zwar die Nummern: 467 911 1484 1530 1667 1836 1985 2091 2156 2213 2266 2535 2844 3043 3181 3393 3494 3613 3904 3973 4072 4179 4230 4378 4881 5106 5401 5453 5915 5916 5928 6022 6564 6823 7007 7122 7201 7307 7467 7747 7781 8077 8212 8253 8298 8380 8449 8539 8785 8876 937 9062 9145 9162 9175 9343 9367 9537 9538 9565 9716 9825 9901 9925 10101 10150 10221 10642 10666 10718 10810 11037 11054 11202 11209 11229 11261 11313 11362 11459 11699 11758 11773 11781 11831 12005 12212 12361 12432 12770 12787 12929 13013 13054 13071 13088 13106 13150 13213 13335 13466 13473 13765 13844 13972 14091 14215 14253 14275 14441 14580 14705 14806 15056 15100 15250 15503 15569 15742 25927 16053 16270 16304 16435 16475 16477 16480 16636 16713 16783 16834 16886 16974 17194 17300 17568 17506 17859 17879 17891 17896 17903 18364 18109 18663 18917 18976 19003 19082 19103 19152 19290 19317.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Tblr.) 53 Stück und zwar die Nummern: 59 147 489 971 978 1079 1293 1477 1788 2346 2347 2444 2453 2629 2695 2736 2906 3132 3145 3266 3529 3694 3768 3922 4100 4248 4267 4344 4414 4755 4767 5022 5292 5301 5314 5771 5844 5937 5990 6003 6047 6135 6148 6293 6334 6338 6374 6379 6563 6630 6738 6796 6901.

Litt. C. zu 300 M. (100 Tblr.) 202 Stück und zwar die Nummern: 9 382 418 812 1187 1452 1606 1791 1862 2011 2145 2458 2727 2881 2918 3171 3220 3253 3389 3403 3473 3732 3802 3959 4175 4302 4410 4482 4561 4791 4821 4857 4889 5137 5201 5284 5555 5664 5697 5700 5902 5986 6010 6347 6636 6727 6753 6951 6991 7124 7312 7414 7522 7589 7738 7769 8190 8220 8324 8560 8696 9024 9069 9173 9188 9381 9460 9770 9858 9999 10000 10179 10384 10484 10520 10558 10686 10842 10886 11212 11364 11503 11909 11946 11980 12480 12493 12526 12661 12675 12689 12703 12705 12837 12951 13000 13210 13245 13363 13511 13580 13693 14032 14103 14172 14403 14510 14640 14693 14790 15019 15037 15166 15169 15179 15185 15233 15305 15321 15499 15718 15733 15741 15828 16141 16161 16220 16284 16289 16553 16610 16796 16862 16939 17201 17206 17289 17545 17594 17643 17667 17677 17980 18016 18320 18337 18440 18531 18598 18646 18652 18672 18697 18730 18840 18914 19359 19529 19617 19637 19705 19778 19944 19990 20088 20200 20253 20347 20599 20819 21083 21085 21159 21225 21411 21492 21675 21691 21714 21739 21762 21795 21942 21983 21984 22064 22298 22411

22583 22933 22956 22959 23201 23367 23412 23467 23487 24265 24282 24489 24672 24886

Litt. D. zu 75 M. (25 Tblr.) 169 Stück und zwar die Nummern: 241 417 419 432 445 691 1077 1586 1691 1937 2042 2305 2689 2872 2931 2938 3057 3190 3231 3453 3630 3658 3667 3741 3875 3905 3907 3946 3964 3983 3986 4777 4969 4998 5016 5205 5428 5682 6026 6108 6130 6326 6387 6491 6497 6514 6529 6624 6727 6848 7220 7674 7742 7829 7871 7924 7981 8023 8063 8067 8213 8311 8470 8564 8761 8857 8986 9068 9534 9576 9596 9744 9970 9971 9981 10348 10369 10399 10411 10450 10459 10871 10952 11298 11564 11646 11767 11784 11878 12039 12464 12507 12564 12592 12642 12650 12732 12741 12749 12880 12923 12936 12946 12948 12962 13064 13095 13099 13211 13301 13395 13420 13479 13559 13563 13614 13660 13711 13873 13997 14259 14326 14354 14418 14951 15229 15231 15307 15312 15486 15492 15495 15554 15618 15628 15666 16222 16235 16310 17107 17492 17652 17715 17816 17990 18085 18257 18669 18897 18905 18908 18955 19008 19036 19183 19277 19511 19629 19745 19824 19874 19915 20156 20215 20235 20327 20429 20444 20695.

Litt. E. zu 30 M. (10 Tblr.) 2 Stück und zwar die Nummern: 9680 9690.

II. 3½prozentige Rentenbriefe.

Litt. N. zu 300 M. 2 Stück und zwar die Nummern: 19 21.

Litt. O. zu 75 M. 1 Stück und zwar die Nummer: 1.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. VI. Nr. 10—16 beziehungsweise Ser. I. Nr. 8—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbankkasse, Klosterstraße Nr. 76. I., vom 1. April f. J. ab an den Werktagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf, diese selbst verjähren mit dem Schlusse des Jahres 1905 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post portofrei und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde.

Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Eofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 17. November 1894.

Königliche Direction
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen

der Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

5. N a c h w e i s u n g

der 24jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in dem Normal-Markttorte Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1894.

§ 19 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

N ^o . v. d. St.	N a m e n der S t ä d t e	Weizen.		Roggen.		Große Gerste		Kleine Gerste		Hafer.		Erbsen.	
		Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.	Markt	St.
1	Potsdam	—	—	5	76	—	—	—	—	3	73	—	—

Wegen der vorstehend fehlenden Getreide-Durchschnittspreise wird auf die für dieselben festgesetzten, in der Beilage zu N^o 29 des Amtsblatts der Königl. Regierung in Potsdam für 1874 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen.

Frankfurt a. O., den 21. Dezember 1894.

Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

6. N a c h w e i s u n g

der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in dem Normal-Markttorte Potsdam für das Jahr 1894.

ad § 20 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850.

No. v.	Namen der Städte.	G e t r e i d e												Rauhpunter			
		Weizen		Roggen		Große Gerste		Kleine Gerste		Hafer		Erbsen		Kartoffeln		Heu	Stroh
		pro 100 kg		pro 100 kg		pro 100 kg		pro 100 kg		pro 100 kg		pro 100 kg		pro 100 kg		pro 100 kg	pro 100 kg
		M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.	M. St.
1	Potsdam	—	—	10 78	3 79	—	—	—	—	12 52	2 87	—	—	4 40	1 76	4 05	3 66

Frankfurt a. O., den 21. Dezember 1894.

Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Bekanntmachung.

64. Vom 1. Februar 1895 ab treten in einzelnen Stationsverbindungen infolge Veränderung der Entfernungen geringe Ermäßigungen und Erhöhungen der Beförderungspreise ein. Näheres ist bei allen Fahrkarten Ausgabestellen des diesseitigen Bezirks zu erfahren.

Bromberg, den 12. Dezember 1894.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der nachbezeichneten, von dem Königl. Kredit-Institut für Schlesien angefertigten 4% Pfandbriefe Lit. B., haltend

1) auf dem im Frankenstein'ser Kreise belegenen Gute **Dielsdorf**:

N^o 44415 über 500 Thaler (1500 Mark);

2) auf dem im Strehlen'ser Kreise belegenen Gute **Ober-Schreibendorf**:

N^o 50950 über 200 Thaler (600 Mark);

N^o 63567 63568 63571 63573 63574 63575

über je 100 Thaler (300 Mark)

werden hierdurch aufgefordert, diese Pfandbriefe in lursfähigem Zustande mit den laufenden Zinscoupons

bis zum 15. Februar 1895

zum Austausch gegen andere Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Zinscoupons versehen an die Königl. Amtsstelle hieselbst (im Regierungsgebäude am Lessing Platz) einzureichen.

Breslau, den 19. Dezember 1894.

Königl. Kredit-Institut für Schlesien.

Buchholz.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 des Gesetzes vom 27. Juli 1855, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben (Gesetz-Sammlung S. 327) wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der im laufenden Steuerjahre zu den Kommunalabgaben einschlägige Reinertrag aus dem Betriebsjahre 1893/94 bei der Wittenerge-Perleberger Eisenbahn auf 38020,63 M. festgestellt worden ist.

Berlin, den 10. Dezember 1894.

Königl. Eisenbahn-Kommissariat.

Personalchronik.

Im Kreise Templin ist wegen des Ablaufs seiner Diensten der Amtsvorsteher Herr Dr. zu Wödenberg aus Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks V. — Groß-Fredemwalde — ernannt worden.

Im Kreise Weesow-Storkow ist wegen Ablaufs seiner Dienstzeit der Königl. Förster Schröder zu

Schwenow auf's Neue zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXVII. — Schwenow'er Forst — ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau ist an Stelle des Gemeindevorstehers a. D. Bar zu Schönwerder, welcher sein Amt als Amtsvorsteher-Stellvertreter krankheitshalber niedergelegt hat, der jetzige Gemeindevorsteher Brandenburg in Schönwerder zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XIV. — Dedelow — ernannt worden.

Im Kreise Angermünde ist wegen des am 4. Januar f. Js. bevorstehenden Ablaufs seiner Dienstzeit der Amtmann Redlich in Güstow auf's Neue zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks III. — Rüglow — ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des königlichen Generalleutnants z. D. von Oppen auf Alt-Friedland, welcher sein Amt krankheitshalber zum 1. Januar f. Js. niederlegt, der bisherige Amtsvorsteher-Stellvertreter, königliche Kammerherr von Oppen in Euerödorf zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIX. — Alt-Friedland — und zu dessen Stellvertreter der Hofinspektor Heinrich Overbeck in Euerödorf ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz sind auf's Neue ernannt worden zum 1. Januar 1895 der Herr Gutspächter Coshus zu Mansmuth zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks IV. — Boberow —, zum 1. Januar 1895 der Herr Gutspächter Weg zu Boog zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks V. — Warnow —, zum 31. Januar 1895 der Administrator Herr Rambke zu Dallmin zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VII. — Dallmin —, zum 31. Januar 1895 der Rittergutsbesitzer und Erbmarschall der Rurmark Gans Edler Herr zu Putzig zu Philippsdorf-Putzig zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks IX. — Sagast —, zum 31. Januar 1895 der Rittergutsbesitzer Gans Edler Herr zu Putzig zu Wolfshagen zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks X. — Wolfshagen —, zum 26. Dezember 1894 der königliche Forstmeister Herr Riesen zu Havelberg zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXXII. — Havelberger Forst, zum 26. Dezember 1894 der Gemeindevorsteher Herr Herr zu Spiegelhagen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXII. — Gottschew —, zum 26. Dezember 1894 der Rittergutsbesitzer Herr Danemann zu Uenze zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks XXIV. — Düprow.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Kommerzienrath Louis Gumpert in Brandenburg a. H. den Charakter als „Geheimer Kommerzienrath“ zu verleihen.

Des Königs Majestät haben geruht, dem Kreissekretär Lange in Belgig den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Der Steuer-Civilsupernumerar Pohle bei der Veranlagungskommission des Kreises Niederbarnim in Berlin ist zum Steuersekretär ernannt worden.

Der Katasterkontroleur Butz zu Berlin ist zum Steuerinspektor ernannt worden.

Vermischte Nachrichten.

Während des Geschäftsjahres 1895 werden seitens des unterzeichneten Gerichts die Bekanntmachungen aus dem Handels- und Genossenschaftsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und den Niederbarnimer Anzeiger, und die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften durch die beiden letztgenannten Blätter erfolgen. Die Eintragungen im Zeichen- und im Musterregister werden im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht werden.

Alt-Landsberg, den 22. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Im Geschäftsjahr 1895 werden die vorgeschriebenen diesseitigen Bekanntmachungen bezüglich 1) des Handelsregisters durch den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger, das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und das Straußberger Wochenblatt; 2) des Genossenschaftsregisters und zwar größerer Genossenschaften durch dieselben Organe, kleinerer Genossenschaften durch den Reichsanzeiger und das Straußberger Wochenblatt; 3) des Zeichen- und Musterregisters durch den Reichsanzeiger erfolgen.

Strausberg, den 27. November 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Im Laufe des Jahres 1895 wird die Veröffentlichung der Eintragungen in das Firmen-, Gesellschafts-, Prokuren- und Genossenschafts-Register durch den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staats-Anzeiger, das Teltower Kreisblatt und die Vossische Zeitung, der Eintragungen in das Zeichen- und Musterregister durch den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger bewirkt werden. Die Bekanntmachungen für kleinere Genossenschaften erfolgen außer dem Deutschen Reichsanzeiger nur im Teltower Kreisblatt.

Mittenwalde, den 8. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Mit der Führung des Handels-, des Zeichen-, des Muster-, sowie des Genossenschafts-Registers bei dem königlichen Amtsgericht in Brandenburg a. H. für das Jahr 1895 ist bis auf Weiteres der Amtsrichter Samter unter Mitwirkung des Amtsgerichtsschreibers Pinzjakowski beauftragt. Die Aufnahme der zu den Eintragungen erforderlichen Anträge findet jeden Donnerstag und Sonnabend von 11 bis 12 Uhr Vormittags im Zimmer Nr. 43 statt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen erfolgen: 1) für das Zeichen- und Muster-Register nur durch den Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staatsanzeiger, 2) für das Handels-Register durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Börsen-Zeitung in Berlin, den Brandenburger Anzeiger hier, das Rurmärkische Wochenblatt hier.

Brandenburg a. H., den 12. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das hiesige Genossenschaftsregister werden im Laufe des Jahres 1895 auch rücksichtlich der sich künftig bildenden größeren wie kleineren Genossenschaften a. in dem Deutschen Reichsanzeiger, b. in dem Brandenburger Anzeiger veröffentlicht werden. Für die Veröffentlichung von Eintragungen, die den Brandenburger Vorschuß-Verein betreffen, wird außerdem noch die Börsen-Zeitung in Berlin bestimmt.

Brandenburg a./H., den 12. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Laufe des Jahres 1895 werden die Eintragungen in das Handelsregister veröffentlicht werden durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung und die Botsche Zeitung, während die Bekanntmachungen der Eintragungen in das Genossenschaftsregister durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Botsche Zeitung und je nach dem Sitz der Genossenschaft durch das Teltower bezw. Niederbarnimer Kreisblatt, für kleinere Genossenschaften nur durch den Deutschen Reichsanzeiger und das bezügliche Kreisblatt erfolgen. Die auf die Register sich beziehenden Geschäfte werden von dem Amtsrichter Badstübner und dem Amtsgerichtsekretair Garlipp bearbeitet.

Berlin, den 6. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht II. Abtheilung 16.

Diesenigen Geschäfte, welche die Führung des hiesigen Handels- und Muster-Registers betreffen, werden im Jahre 1895 von dem Amtsrichter Dr. Piepmann unter Mitwirkung des Sekretärs Wesenberg bearbeitet. Die bezüglichen, diesseits ergehenden Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, für das Handels- und

Genossenschafts-Register außerdem noch durch 1) die Botsche Zeitung, 2) das hiesige Neue Intelligenzblatt, 3) die Charlottenburger Zeitung (Gemeinde-Zeitung) mit Ausnahme der Veröffentlichungen hinsichtlich der kleineren Genossenschaften, welche nur im Staatsanzeiger und der Botschen Zeitung erlassen werden sollen. Charlottenburg, den 7. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht. Abtheilung V.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register des unterzeichneten Gerichts erfolgt im Jahre 1895 durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, daneben a. für das Handelsregister durch die Berliner Börsenzeitung und durch das Osthavelländische Kreisblatt, b. für das Genossenschafts-Register — mit Ausschluß der kleineren Genossenschaften — durch das Kremmener Wochenblatt und durch das Osthavelländische Kreisblatt. Die Bekanntmachung der Eintragungen, betreffend die kleineren Genossenschaften, erfolgt außer durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger nur durch das Kremmener Wochenblatt.

Kremmen, den 12. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

B e s c h l u ß.

22. Die Eintragungen in das Handels- und das Genossenschaftsregister werden im Geschäftsjahr 1895 durch den Deutschen Reichsanzeiger, die Zeitung für Niederbarnim und die Berliner Börsenzeitung, für kleinere Genossenschaften jedoch nur durch die ersten beiden Blätter veröffentlicht werden.

Dranienburg, den 1. Dezember 1894.

Königliches Amtsgericht.

Hierzu das Titelblatt und Fünf Öffentliche Anzeiger.

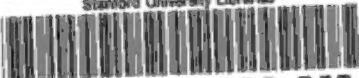
(Die Anzeigengebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Verlagblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben.

Stanford University Libraries



3 6105 014 682 053

JS
7
G3P6
1894

DATE DUE			

